HITLER

REDEN SCHRIFTEN ANORDNUNGEN

FEBRUAR 1925 BIS JANUAR 1933

Band V
Von der Reichspräsidentenwahl bis zur Machtergreifung
April 1932 – Januar 1933

Teil 2: Oktober 1932 – Januar 1933

Herausgegeben und kommentiert
von Christian Hartmann
und Klaus A. Lankheit

K · G · Saur München · 1998

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Hitler Adolf:
Reden, Schriften, Anordnungen / Hitler. Hrsg. vom Institut
für Zeitgeschichte. – München : Saur.
ISBN 3-598-21930-X
Bd. 5. Von der Reichspräsidentenwahl bis zur Machtergreifung
April 1932 – Januar 1933 / hrsg. und kommentiert von
Christian Hartmann und Klaus A. Lankheit.
Teil 2. Okober 1932 – Januar 1933. – 1998
ISBN 3-598-22002-2



Gedruckt auf säurefreiem Papier / Printed on acid-free paper

Printed in Germany

Datenübernahme und Satz: Rainer Ostermann, München
Druck/Binden: Graphische Kunstanstalt Jos. C. Huber, Dießen/Ammersee

ISBN 3-598-21930-X (Gesamtwerk)

Gesamtedition

Band I
Die Wiedergründung der NSDAP
Februar 1925 - Juni 1926

Band II
Vom Weimarer Parteitag bis zur
Reichstagswahl
Juli 1926 - Mai 1928

Band II A
Außenpolitische Standortbestimmung nach
der Reichstagswahl
Juni - Juli 1928

Band III
Zwischen den Reichstagswahlen
Juli 1928 - September 1930

Band IV
Von der Reichstagswahl bis zur
Reichspräsidentenwahl
Oktober 1930 - März 1932

Band V
Von der Reichspräsidentenwahl bis zur
Machtergreifung
April 1932 - Januar 1933

Band VI
Register

Ergänzungsband
Der Hitler - Prozeß 1924

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

Der vorliegende Teilband beendet nicht nur die Edition *Hitler - Reden, Schriften, Anordnungen: Februar 1925 bis Januar 1933*; aller Voraussicht nach ist er auch der Schlußstein für eine ganze Reihe von Editionen und Dokumentationen, die vor allem ein Ziel verfolgen: eine möglichst lückenlose Publizierung aller Zeugnisse, die über das Leben, die Politik und die Weltanschauung Hitlers Auskunft geben. In der Einleitung zum ersten Band dieser Edition hat Clemens Vollnhals alle bis 1992 erschienenen, sich chronologisch und thematisch ergänzenden Hitler-Editionen aufgezählt. Seitdem sind nur noch wenige hinzugekommen[1], und es hat den Anschein, daß es nun keinen Abschnitt von Hitlers Biographie, keinen Tätigkeitsbereich mehr gibt, aus dem nicht alle Zeugnisse publiziert wurden, die bisher bekannt geworden sind. Natürlich wird die Forschung weitergehen und neue Entdeckungen machen. Doch ist zu erwarten, daß der Kanon aller bisherigen Hitler-Editionen stets die Bezugsebene bleiben wird, in die diese Funde dann eingeordnet werden können.

Es liegt auf der Hand, daß ein so schwieriges und weitgespanntes Unternehmen, wie es die Edition *Hitler - Reden, Schriften, Anordnungen: Februar 1925 bis Januar 1933* darstellt, eine entsprechend lange Vorbereitungszeit braucht. Die Planungen für dieses Projekt reichen denn auch zurück bis in die ausgehenden siebziger Jahre, als der damalige Archivleiter des Instituts für Zeitgeschichte, Anton Hoch, und Horst Möller, damals noch Stellvertretender Direktor, den Rahmen für dieses Projekt absteckten. Während der achtziger Jahre wurde das Konzept von Martin Broszat und später von Ludolf Herbst mehrfach modifiziert und an die Ergebnisse und Fragestellungen einer rasch voranschreitenden Hitler-Forschung angepaßt. Für die lange und entsagungsvolle Sammlungstätigkeit ist vor allem Frau Hildegard von Kotze zu danken. Sie hat in unzähligen, oft langwierigen Recherchen den Grundstock für diese Quellensammlung gelegt.

---

1 Dies sind vor allem drei Editionen: "Führer-Erlasse" 1939-1945. Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung. Zusammengestellt und eingeleitet von Martin Moll, Stuttgart 1997.
Der Hitler-Prozeß 1924. Wortlaut der Hauptverhandlung vor dem Volksgericht München I. Hrsg. und kommentiert von Lothar Gruchmann und Reinhard Weber unter Mitarbeit von Otto Gritschneder, Teil 1: 1.-4. Verhandlungstag, München 1997; Teil 2: 5.-11. Verhandlungstag; Teil 3: 12.-18. Verhandlungstag, München 1998. Das Erscheinen des vierten Bandes steht unmittelbar bevor.
Bislang unverändert der Stand der folgenden Edition: Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933-1938. Hrsg. für die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von Konrad Repgen, für das Bundesarchiv von Hans Booms. Die Regierung Hitler, Teil I: 1933/34, 2 Bde. Bearbeitet von Karl-Heinz Minuth, Boppard a. Rh. 1983.

Daß nach der Pensionierung von Frau von Kotze die Arbeit an diesem Projekt weitergehen konnte, ist zu einem großen Teil das Verdienst von Clemens Vollnhals. Er hat die Editionsrichtlinien erarbeitet, konsequent die neue Archivsituation genutzt, die sich für die Edition nach dem Zusammenbruch der DDR, aber auch anderer ehemaliger Ostblockstaaten ergaben, und schließlich 1992 zusammen mit Bärbel Dusik und Constantin Goschler die ersten Bände dieser Edition vorgelegt.

Die sich anschließenden acht Teilbände haben Christian Hartmann und Klaus A. Lankheit unter der Projektleitung von Udo Wengst ediert. Die Tätigkeit der Editoren war indessen nicht allein hierauf beschränkt. Sie haben die Kommentierungsrichtlinien noch einmal modifiziert und ausgebaut, die Kommentierung verdichtet und schließlich auch die Quellengrundlage erheblich erweitert, indem sie allen Angaben aus dem Hitlerschen Itinerar in den einschlägigen Ortsarchiven und -bibliotheken nachgegangen sind. Die meiste Zeit benötigte jedoch die aufwendige Kommentierung. Sie erscheint schon als Gegengewicht zu der oft recht subtil angelegten Propaganda Hitlers unabdingbar. Aber auch unter einem zweiten Aspekt erfüllen diese zahllosen Fußnoten eine wichtige Funktion: Viele Anspielungen Hitlers sind für den heutigen Leser unverständlich geworden, selbst für den Spezialisten sind sie oft kaum noch ohne weiteres einzuordnen. Die Aufgabe einer derartigen Edition wäre daher nur sehr unvollkommen erfüllt, wenn nicht der Versuch unternommen würde, diese Bezüge in vielen Einzelrecherchen Stück für Stück wieder zu rekonstruieren. Erst dann läßt sich der "Dialog", den Hitler in diesen entscheidenden Jahren mit der deutschen Gesellschaft führen wollte, wirklich nachvollziehen.

Was es heißt, die insgesamt zwölf Teilbände dieser Edition, deren Anmerkungsapparat immer auch ein Kompendium der weitgefächerten Spezialforschung zur Geschichte der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus darstellt, in nur sechs Jahren zu publizieren, kann vielleicht nur derjenige ermessen, der selbst einmal das mühselige, zeitaufwendige und selbstlose Geschäft des Edierens betrieben hat. Dabei spricht es für die Sorgfalt und Kompetenz der Bearbeiter, wenn in diesen sechs Jahren nur wenige neue Dokumente aufgetaucht sind; es ist geplant, diese wenigen Nachträge zusammen mit einem kumulierten Personen-, Orts- und Sachregister für die ganze Edition zu publizieren.

Dem Verleger Klaus G. Saur kommt das Verdienst zu, durch großzügige Unterstützung und ein nie versiegendes Wohlwollen erst die Voraussetzung für den erfolgreichen Abschluß des Vorhabens geschaffen zu haben. Nicht weniger wichtig war der Einsatz von Georg Maisinger, der als Verwaltungsleiter des Instituts für Zeitgeschichte wie stets Umsicht und Tatkraft bewies, wenn es darum ging, Finanzierungsengpässe zu überwinden oder Verwaltungsprobleme zu lösen. Schließlich war es ein Glücksfall, daß mit Rainer Ostermann für die Insatzgabe der Manuskripte ein nicht nur technisch, sondern auch philologisch ungewöhnlich versierter Fachmann zu Verfügung stand.

In dem vorliegenden Band wurden die Monate Oktober und November 1932 von Klaus A. Lankheit ediert und kommentiert, die Monate Dezember 1932 und Januar 1933 von Christian Hartmann. Zur leichteren Handhabung für den Benutzer wurden auch in diesem Teilband die Auswahlkriterien und die Editionsgrundsätze nochmals abgedruckt sowie ein gesondertes Personenregister, ein Abkürzungsverzeichnis und ein Literaturverzeichnis aufgenommen. Das hier veröffentlichte Quellenmaterial ist im wesentlichen von den beiden Bearbeitern gesammelt worden.

Unterstützung für Bibliotheks- und Archivrecherchen erhielten die Bearbeiter durch Volker Barth und Julia Hahn, die Texterfassung erfolgte durch Hannelore Scholz.

Institut für Zeitgeschichte München, im Mai 1998

Horst Möller
Udo Wengst

Zur Edition

Entsprechend den Kriterien einer wissenschaftlichen Quellenedition sind nur schriftliche Zeugnisse und zeitgenössische Mitschriften, Polizei- oder Presseberichte über Rednerauftritte Hitlers, also Hitler-Dokumente im engeren Begriffssinn, aufgenommen. Zur Kategorie Reden zählen auch die mündlichen Erklärungen und Zeugenaussagen Hitlers vor Gericht, die einen vom Umfang kleinen, aber hochinteressanten Bestand darstellen. Ist der Inhalt einer Rede in verschiedenen Mitschriften oder Berichten überliefert, so wird nach dem Kriterium der umfassendsten Wiedergabe nur eine Überlieferung abgedruckt, während die anderen ermittelten Überlieferungen in einer Anmerkung nachgewiesen werden. Gelegentlich ist nur bekannt, daß Hitler auf einer öffentlichen Versammlung eine Rede hielt, aber nicht, was er sagte. Diese Hinweise sind ebenfalls mit knappen Angaben zu den äußeren Begleitumständen verzeichnet, um der weiteren Forschung einen Anhaltspunkt zu geben. Nicht nachgewiesen werden im allgemeinen jedoch angekündigte Rednerauftritte, die nachweislich nicht stattfanden, bzw. Versammlungen, auf denen statt Hitler ein anderer Redner sprach.

Angesichts der zahllosen Reden, die Hitler in den Wahlkämpfen zu Beginn der dreißiger Jahre hielt, erschien es sinnvoll, für jeden Tag nur eine Rede zu edieren, wenn diese inhaltlich mit anderen Reden übereinstimmt. Auf diese ähnlichen Reden wird dann verwiesen, während in dem betreffenden Dokument selbst nur der Kopf sowie die Anmerkungen über den Verlauf der Veranstaltung sowie über die Parallelüberlieferung aufgenommen sind.

Bewußt nicht aufgenommen sind in der vorliegenden Edition Berichte über Gespräche mit und Äußerungen von Hitler und über von Hitler veranlaßte Handlungen und Aktionen, wie sie im Schriftwechsel Dritter, in Tagebüchern, Memoiren oder ähnlichen Büchern wiedergegeben werden.

Aufgenommen wurden dagegen alle politisch sowie partei- oder organisationsgeschichtlich relevanten Anordnungen und Ernennungen Hitlers, während auf alle von ihm unterzeichneten Ernennungsschreiben und Vollmachten verzichtet wurde, wenn sie lediglich formalen Charakter besitzen. Ebenfalls abgesehen wurde bis auf einige Ausnahmen von einer Edierung aller von Hitler gezeichneten Anordnungen für die SA; seit der Übernahme der Obersten SA-Führung durch Hitler im September 1930 behielt sich dieser auch die Zeichnung von Befehlen vor, die allein für den Innendienst der SA relevant waren. Nicht enthalten sind weiterhin Entscheidungen des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses (USchlA), die Hitler als Referentenentwürfe vorgelegt und von ihm in seiner Funktion als Parteivorsitzender abgezeichnet wurden. In diesen parteiinternen Erlassen schlägt sich vor allem die routinemäßige Arbeit des Parteiführers nieder, die in der Regel kaum etwas über das spezifische politische Handeln und Denken Hitlers aussagt.

Problematisch erschien schließlich auch die Einbeziehung solcher privater und oft ganz inhaltsleerer Schriftstücke von Hitlers Hand oder mit seiner Namenszeichnung wie Widmungen,

Eintragungen in Gästebücher, Postkarten mit bloßen Grußformeln, Danksagungen o. ä. In diesem Bereich privat-persönlicher Hitler-Zeugnisse, die zumeist in Privatbesitz überliefert sind, mußte nicht zuletzt aufgrund zahlreicher Fälschungen besondere Zurückhaltung und Vorsicht bei der Aufnahme in die Edition geboten sein.

Die Dokumente sind chronologisch angeordnet. Als Datum ist durchweg der Tag der Rede und nicht das Datum der Übertragung des Stenogramms, des Polizei- oder Zeitungsberichts eingesetzt. Für die Datierung schriftlicher Äußerungen ist das Ausstellungsdatum maßgebend, bei undatierten Aufrufen, Erklärungen und Anordnungen Hitlers wird als Datum ersatzweise der Tag der Veröffentlichung angegeben. Steht das Datum in eckigen Klammern, so ist die Einordnung undatierter Dokumente aus dem sachlichen Zusammenhang erschlossen worden.

Die Titel der Reden werden, sofern sie eindeutig überliefert sind, in den Dokumentenkopf aufgenommen, ebenso die Überschriften bzw. "Betreffe" aller übrigen Dokumente. Weicht der Kopf des Dokuments bemerkenswert von der Vorlage ab oder enthält die Überschrift in der Vorlage zusätzliche Angaben, so ist in einer Anmerkung darauf verwiesen.

Absätze und Untergliederung entsprechen der Vorlage, jedoch wurden die Dokumente für die Druckfassung formal vereinheitlicht. Hervorhebungen durch Unterstreichung, Sperrung oder Fettdruck werden in Kursivdruck wiedergegeben.

Korrekturen im Text der Vorlage werden nur dann angemerkt, wenn sie den Sinn in sachlich relevanter Weise verändern. Bearbeitungsvermerke wie etwa Unterstreichungen oder Randbemerkungen sind nur dann erwähnt, wenn sie offensichtlich oder vermutlich von Hitler hinzugefügt oder sachlich bemerkenswert sind.

Fehlerhafte Rechtschreibung und Zeichensetzung der Vorlage sind stillschweigend berichtigt, ebenso irrtümliche Schreibweisen von Eigennamen, sofern Orte und Personen zweifelsfrei identifiziert werden konnten. Eigenhändige Schreiben Hitlers werden hingegen unter Beibehaltung aller Schreib- und sonstigen Fehler buchstabengetreu wiedergegeben.

Zusätze des Herausgebers sind kursiv gesetzt und durch eckige Klammern gekennzeichnet. Unverständliche oder höchst eigenwillig formulierte Textstellen sind mit [*sic!*] gekennzeichnet.

Bei Aufzeichnungen über Versammlungen, Aussagen vor Gericht und Interviews sind einleitende oder abschließende Bemerkungen des Berichterstatters sowie die Reden und Diskussionsbeiträge anderer Redner als Hitler in der Regel ausgelassen, Auslassungen innerhalb des edierten Redetexts sind durch [...] gekennzeichnet. Ist die ausgelassene Stelle sachlich bemerkenswert, so ist in einer Anmerkung darauf verwiesen; wörtliche Zitate aus der ausgelassenen Stelle sind in diesem Fall zwar in Anführungszeichen gesetzt, jedoch nicht mit einem Hinweis auf die Quelle versehen.

Wird der Völkische Beobachter (VB) zitiert, so ist stets die Bayernausgabe gemeint, es sei denn, auf seine seit 1.2.1927 erscheinende Reichsausgabe bzw. auf seine ab 1.1.1933 erscheinende Norddeutsche Ausgabe wird ausdrücklich verwiesen.

Die Sachanmerkungen sollen keine umfassende, wertende Interpretation des edierten Dokuments geben, sondern dem Benutzer in knapper Form gezielte Verständnis- und Arbeitshilfen anbieten.

Alle im Text genannten Personen, die im 20. Jahrhundert gelebt und gewirkt haben, werden bei der Erstnennung mit einer Kurzbiographie vorgestellt, die in aller Regel den Lebenslauf bis 1945 nachzeichnet. Neben den einschlägigen biographischen Nachschlagewerken wurden bei

Mitgliedern der NSDAP zusätzlich die im Berlin Document Center, jetzt Bundesarchiv Außenstelle Zehlendorf, vorhandenen Personaldossiers herangezogen.

Jeder Teilband enthält ein Personenregister, wobei die kursiv gesetzte Seitenzahl auf die erstellte Kurzbiographie verweist. Mit dem Erscheinen des letzten Bandes wird die Edition zusätzlich durch ein kumuliertes Personen-, Orts- und Sachregister erschlossen.

Angesichts der außerordentlichen Zerstreuung der Quellen konnte Vollständigkeit nur annäherungsweise erreicht werden. Die Sammlungstätigkeit, die ausgangs der 80er Jahre beendet, 1990-1992 an einigen Orten der ehemaligen DDR fortgesetzt und 1994-1996 durch gezielte Rückfragen bei allen relevanten in- und ausländischen Ortsarchiven und -bibliotheken systematisch ergänzt wurde, konzentrierte sich zunächst auf die Durchsicht der als einschlägig und besonders ergiebig bekannten Bestände des Bundesarchivs Koblenz, des Bayerischen Hauptstaatsarchivs München, der Staatsarchive München und Nürnberg, des Bundesarchivs Abteilungen Potsdam (ehemals Zentrales Staatsarchiv der DDR) sowie des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte.

Weitere Recherchen fanden in den Beständen und Zeitungsausschnittssammlungen folgender Archive, Bibliotheken und Forschungseinrichtungen (geordnet nach Orten) statt: Bundesarchiv Außenstelle Zehlendorf (ehemals Berlin Document Center), Landesarchiv Berlin, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, Deutsche Staatsbibliothek Berlin, Staatsarchiv Bremen, Sächsisches Hauptstaatsarchiv (ehemals Staatsarchiv Dresden), Sächsische Landesbibliothek Dresden, Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Archiv der Mannesmann-AG Düsseldorf, Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt, Bundesarchiv, Abt. MA Militärarchiv Freiburg i. Br., Staatsarchiv Freiburg i. Br., Militärgeschichtliches Forschungsamt ehemals Freiburg i. Br., jetzt Potsdam, Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Staatsarchiv Hamburg, Weltwirtschaftsarchiv Hamburg, Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, Generallandesarchiv Karlsruhe, Staatsarchiv Landshut, Deutsche Bücherei Leipzig, Staatsarchiv Leipzig, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Abteilung Merseburg (ehemals Dienststelle Merseburg des Zentralen Staatsarchivs der DDR), Bayerische Staatsbibliothek München, Brandenburgisches Landeshauptarchiv (ehemals Staatsarchiv Potsdam), Bibliothek für Zeitgeschichte Stuttgart, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar (ehemals Staatsarchiv Weimar), Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel. Weiterhin wurden das Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien sowie die polnischen Staatsarchive Mąlbork, Olsztyn und Wrocław in die Recherchen einbezogen.

Wertvolle Hinweise auf einzelne Bestände und Aktivitäten Hitlers brachten ferner zwei Rundschreibenaktionen, die sich an jeweils mehr als 100 Archive der Bundesrepublik und der DDR sowie Bibliotheken mit der Bitte um Unterstützung richteten. Unentbehrlich für die Nachweisung der recherchierten Hitler-Reden in der oft entlegenen Lokal- und Regionalpresse war die tatkräftige Mitarbeit zahlreicher Stadtarchive und Bibliotheken, die viel Mühe auf die Durchsicht der bei ihnen überlieferten Presseorgane verwandten. Den Mitarbeitern aller beteiligten Archive, Bibliotheken und sonstigen Institutionen sei an dieser Stelle aufrichtig für die umfassende und bereitwillig gewährte Unterstützung gedankt.

Dokumente

[Ende September/Anfang Oktober 1932][1] Dok. 1
"Die Aufgabe der nationalsozialistischen Frauenbewegung im Dienst an Familie und Staat" Rede auf der Zweiten Tagung der Gaufrauenschaftsleiterinnen der NSDAP in München[2]

N.S. Frauen-Warte vom 15.10.1932, "Der Führer auf der Münchener Frauenschaftstagung über die Aufgabe der nationalsozialistischen Frauenbewegung im Dienst an Familie und Staat"[3].

Parteigenossinnen!

Die heutige Regierung glaubt, in einem luftleeren Raum nationale Politik treiben zu können, sie sucht nationalpolitische Entschlüsse zu verwirklichen, und begreift nicht, daß das wesentliche das geistig weltanschauliche Fundament ist, auf dem Politik zu verwirklichen ist. Nicht das entscheidet, daß eine Regierung ein nationales Fühlen zu haben vorgibt, entscheidend ist, ob im Volk die Voraussetzungen für die Regierung gegeben sind, die eine Verwirklichung dieses nationalen Fühlens nicht als eine Maßnahme, die nur die Regierung angeht, erscheinen lassen, sondern die das ganze Volk versteht.

Die heutige Regierung bildet sich ein, daß von ihr Kraft ausgehen kann.

Aber im Volk liegt die Kraftquelle, und nur wenn eine Regierung es versteht, diese Quelle für sich zu mobilisieren, ist ein Erfolg möglich.

---

1 Ein Datum kann nicht zweifelsfrei angegeben werden. Die *N.S. Frauen-Warte* datiert die Rede Hitlers auf den 29.9.1932, der *VB* auf den 3.10.1932. Vgl. auch Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Kommentiert von einem Zeitgenossen. Teil 1: Triumph (1932-1938). Erster Band 1932-1934, Leonberg [4]1988, S. 137; Milan Hauner, Hitler. A Chronology of his Life and Time, London 1983, S. 85.

2 Im großen Saal des Mathilden-Hospizes, nach 14.00 Uhr. Auf der von Elsbeth Zander geleiteten Tagung sprachen am ersten Tag Reichsinspekteur Robert Ley über "Das Dienstbuch und die Anerkennung der Frauenarbeit", Käthe Auerhahn über "Organisation von Deutschen Kindergärten" und Elsbeth Zander über das "Rote Hakenkreuz". Der zweite Tag begann mit einem Referat von Hermann Boehm über "Rassenhygiene", gefolgt von Guida Diehl, die über "Frauenkultur", und Fräulein Selbmann, Dresden, die über die Pflichten der Frauen im Wahlkampf sprachen. Nach Hitlers etwa einstündiger Rede und einer anschließenden Pause sprachen Elsbeth Unverricht über die "Entwicklung der N.S. Frauen-Warte", Thea Otte über die "N.S. Jungmädchenschaft", Helene Passow über "Frauen-Dienstpflicht und das Arbeitsdienstjahr", Kreisfrauenschaftsleiterin Hanna Schnabel, Chemnitz, über "Arbeit und Erfahrungen in der NS-Frauenschaft", Paula Siber über die "Gauhilfswoche" des Gaues Düsseldorf sowie abschließend der Rechtsberater des Eher-Verlags, Rolf Rienhardt, über Wahlpropaganda. Vgl. N.S. Frauen-Warte vom 15.10.1932, "Die Tagung der N.S.-Gau-Frauenschaftsleiterinnen in München".
Am 1.10.1932 war die NS-Frauenschaft, bisher der Hauptabteilung III der Reichsorganisationsleitung der NSDAP unterstellt, zur Hauptabteilung VIII (NS-Frauenschaft) aufgewertet worden. Leiterin blieb Elsbeth Zander. Vgl. VB vom 5.10.1932, "Die Frau und der Nationalsozialismus"; Jill Stephenson, The Nazi Organisation of Women, London 1981, S. 68 f.

3 Vgl. auch Der Freiheitskampf vom 4.10.1932, "'Im Volke liegt die Kraftquelle'"; Der Angriff vom 5.10.1932, "Hitler über den Volksstaat"; VB vom 5.10.1932, "Die Rede des Führers auf der Tagung der nat[*ional*]-soz[*ialistischen*] Frauenschaft in München".

Daß eine Regierung glaubt, *einzelne* unserer Gedanken *für sich annektieren* zu können[4], zeigt, *wie wenig sie das Programm verstanden* hat. Ein alter Moralgrundsatz sagt: Unrecht Gut gedeiht nicht[5].

Der Sinn liegt darin, daß, wenn ein Mensch nicht fähig ist, etwas zu erwerben, er auch nicht fähig sein wird, was ein anderer erworben hat, zu verwalten, denn um etwas zu verwalten, *muß man die Fähigkeit haben, es zu erwerben.*

Was man von uns annektiert, ist belanglos, man müßte denn die lebendige Organisation nehmen. Das kann man nicht. *Man will uns die Begriffe nehmen, um sie, soweit sie weltanschaulich sind, zu unterdrücken.* Man glaubt noch einmal, den Sieg unserer Idee aufhalten zu können.

Die erste Wurzel des Staates sehen wir im natürlichen Gemeinschaftssinn der Familie.

Diese kleinste Keimzelle ist nur schöpferisch, wenn sie auf einer gemeinsamen Auffassung des Lebens beruht, sie zerbricht, wenn die Partner über die wichtigsten Lebensvorgänge verschiedene Auffassungen besitzen. Jede Organisation muß zerbrechen, wenn nicht eine einige Auffassung über lebenswichtige Vorgänge besteht. Dasselbe wiederholt sich im großen in den Völkern, wenn gewisse gemeinsame Lebensvorgänge nicht ein einheitliches und absolut klares Ziel besitzen. Für dieses Ziel wird immer

die Auffassung von der Moral der Ausgangspunkt sein.

Der Sinn der Familie ist, den Lebenskampf durchführen helfen, und dazu bedarf es einer gemeinsamen Weltauffassung. Wir sehen, daß einige Male in der Geschichte derartige Moralauffassungen in die Erscheinung treten, religiöser und staatspolitischer Art, wir sehen, daß sie im Laufe der Zeit langsam erstarrten, weil die Idee zur Organisation wird oder durch neue bessere Erkenntnisse erschüttert wird.

Wir leben heute mitten in der Zeit der Erschütterung einer Basis, die durch viele, viele Jahrhunderte die Staatenbildung ermöglicht hat.

Mein Ausgangspunkt als Nationalsozialist für die Betrachtung aller Erscheinungen *ist das Volk an sich*, als rassischer Begriff, dem Fähigkeiten gegeben sind, die niemand beseitigen kann und die auch nicht wegzuleugnen sind. Dieser Ausgangspunkt gibt eine feste Plattform für alle Lebensfragen.

Welch große Macht in der nationalsozialistischen Idee liegt, beweisen die Tatsachen. Allen Gewalten des öffentlichen Lebens entgegen konnte in wenigen Jahren aus einem Durcheinander von Verbänden und Gruppen eine gewaltige Organisation von 13-14 Millionen Menschen[6]

---

4 In einer Rundfunkrede am Abend des 12.9.1932 hatte Reichskanzler Franz von Papen selbst für sich in Anspruch genommen, Teile des Programms der NSDAP durchsetzen zu wollen: "Wenn heute eine Regierung das Programm auf ihre Fahne schreibt, das eine große Partei in ihrem wesentlichen Inhalt gefordert und wofür sie Millionen von Menschen in Bewegung gesetzt hat, dann erfährt sie die bitterste Opposition, wird mit Feuer und Schwert bekämpft, weil - ja weil diese Regierung zufällig nicht aus den Reihen jener Partei hervorgegangen ist." Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, 1. Juni bis 3. Dezember 1932, bearbeitet von Karl-Heinz Minuth, Bd. 2: September bis Dezember 1932, Boppard a. Rh. 1989, S. 546 ff., S. 557 f.

5 Nach Sprüche 9, 17.

6 Bezieht sich auf die 13.779.111 Stimmen (37,4%), die bei der Reichstagswahl am 31.7.1932 auf die NSDAP entfallen waren, die damit 230 Mandate erhielt. NSDAP und KPD verfügten erstmals über eine negative Mehrheit im Reichstag. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1932, S. 542 f.

aufgestellt werden, wurden diese Millionen langsam in eine innere geistige Beziehung gebracht, die so eng ist, daß eine große Anzahl Fragen nunmehr gelöst erscheint. Es ist dadurch möglich, daß die durch die wirtschaftlichen Erfordernisse differenzierten Menschen [*sic!*] auf *einem* weltanschaulichen Gebiet wieder zusammengeführt werden, während der *Marxismus*, der die ökonomischen Gesetze als Basis jeder Entwicklung ansieht, die Menschen auf allen Gebieten, in denen diese Gesetze wirksam sind, *auseinandertreibt*. Es ist eines damit klar geworden: daß man in der Zukunft auf ein solches weltanschauliches Fundament nichts Unorganisches aufbauen kann.

Wenn es einer Regierung gelingt, hundertprozentige Übereinstimmung herzustellen zwischen sich und dem Volk, dann wird eine solche Regierung selbstverständlich auf Grund der hinter ihr stehenden Macht eine Nation nach außen vertreten können. Aber wer nicht mit dem Volk und durch das Volk regiert, wendet sich gegen das Volk. Ich habe nie meine Mission dahin verstanden, in Zukunft den deutschen Arbeiter unterzuzwingen [*sic!*]; ich möchte ein Regiment aufbauen, mittelst dessen ich ihn in den lebendigen Organismus der Lebensgemeinschaft hineinführe. Ich werde mir nie einbilden, daß man mit einem Klüngel, den man über die Nation setzt, regieren kann.

Man muß im politischen Leben die Möglichkeit geben, daß die Fähigkeiten, die im Einzelnen liegen, zur Geltung kommen. Ich kann nur im Staat auf wirkliche Autorität rechnen, wenn das Volk der Überzeugung ist, daß diejenigen, die regieren, die *geistige Auslese* sind. Und hier ergibt sich, wenn auch zunächst nur mittelbar,

die Stellung der Frau.

Ich gehe nicht aus von einer abstrakten Vorstellung. Ich gehe aus von einem einzigen: Das Volk soll erhalten werden und muß erhalten bleiben. Wichtig allein ist, daß aus der vollen Übereinstimmung der Ehepartner das gemeinsame Leben entsteht. Wenn der Mann nicht mehr männlich ist, wenn er abgibt an Mannstum [*sic!*] an die Frau und umgekehrt, ist kein Glück mehr vorhanden.

In einem Volk ist es nicht anders.

Es ist die große Aufgabe der nationalsozialistischen Frauenbewegung[7], daß sie ganz bewußt immer mehr und mehr die beiden Geschlechter auf den Gebieten zur Zusammenarbeit führt, die ihnen zukommen.

Je vollständiger das gelingt, um so mehr wird die innere Befriedung eintreten, die Erlösung unseres Volkes von Not und Leid. Es ist eine gewaltige Aufgabe, die nicht nach Jahren zu bemessen ist, die eine einzige Frauengeneration überhaupt nicht lösen kann. Ich bin sicher, daß die nationalsozialistische Frauenschaft zu ihrem Teil dazu beitragen wird.

---

7 Ursprung der nationalsozialistischen Frauenorganisation war der 1923 von Elsbeth Zander gegründete und von ihr geleitete Deutsche Frauenorden (seit 1928: Deutscher Frauenorden Rotes Hakenkreuz), der im Oktober 1931 als NS-Frauenschaft der NSDAP-Reichsleitung unterstellt wurde. Bei dieser Reorganisation hatte der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Gregor Straßer, die Aufgaben der Frauenorganisation im wesentlichen auf wirtschaftliche und krankenpflegerische Tätigkeit sowie auf die Mitwirkung an der politischen Schulung der weiblichen NSDAP-Mitglieder begrenzt. Nach eigenen Angaben hatte die NS-Frauenschaft am 31.12.1932 109.320 Mitglieder. Vgl. Deutsches Frauenschaffen. Jahrbuch der Reichsfrauenführung 1939, im Auftrag der Reichsfrauenführung. Hrsg. und bearbeitet von Erika Kirmsse, Dortmund 1938, S. 12; Stephenson, The Nazi Organisation of Women, S. 28 ff. sowie Hans-Jürgen Arendt, Sabine Hering, Leonie Wagner (Hrsg.), Nationalsozialistische Frauenpolitik vor 1933. Dokumentation, Frankfurt a. M. 1995, S. 45 ff.

1. Oktober 1932 Dok. 2
Anordnung

Druck mit faksimilierter hs. Unterschrift[1]: Dienstvorschrift für die S.A. der N.S.D.A.P. (S.A.D.V.), Heft 1, Diessen 1932; IfZ Db 52.26.

Nachstehende *S.A.-Dienstvorschrift*[2] tritt mit sofortiger Wirksamkeit an die Stelle des Entwurfes der S.A.D.V. v. 30.5.[*19*]31 Ia Nr. 3015/31[3]. Eigenmächtige Zusätze und Abänderungen sind untersagt.

Wo in der Vorschrift die Bezeichnung "S.A.-Führer, S.A., S.A.-Männer", gebraucht wird, sind darunter S.S.-Führer, S.S. und S.S.-Männer mitverstanden. Soweit für die S.S. besondere, von denen der S.A. abweichende Bestimmungen getroffen sind, sind sie in der Dienstvorschrift für die S.S. vom 20.11.1931 [*sic!*][4] enthalten.

Adolf Hitler[5]

1. Oktober 1932 Dok. 3
Rede auf dem 1. Reichsjugendtag der NSDAP in Potsdam[1]

VB vom 4.10.1932, "Der Führer spricht zur deutschen Jugend"[2].

Es ist in der Not der jetzigen Zeit begründet, was euch, meine Jungen und Mädel, nach Potsdam gerufen hat. Früher einmal war es möglich, daß Deutschlands Jugend an Dingen vorüberging, die euch heute aufs tiefste bewegen. *Früher einmal mag der Jugend das Leben schöner*

---

1 Kopf: "Der Oberste S.A.-Führer. A. Nr. 2200/32. München, 1. Oktober 1932."

2 Die Dienstvorschrift für die S.A. der N.S.D.A.P. (S.A.D.V.) war in drei Hauptteile mit zusammen 181 Einzelpunkten gegliedert. Teil I, "Die S.A.", umfaßte die Unterpunkte "Geschichte", "Wesen und Ausbildung", "Gliederung", "Die S.S.", "Das N.S.K.K.", "Das N.S.F.K.", "Die H.J.", "Verhältnis zur pol[*itischen*] Organisation", "Aufstellung und Auflösung von S.A.-Einheiten"; Teil II, "Der S.A.-Mann", umfaßte die Unterpunkte "Aufnahme", "Verpflichtung", "Ausscheiden", "Wiederaufnahme", "Urlaub, Überweisung" und "Pflichten"; der Teil III, "Der S.A.-Führer", umfaßte "Pflichten", "Dienstverhältnisse im allgemeinen", "Beförderung, Ernennung, Enthebung", "Stellvertretung", "Beurlaubung", "Befehlsregelung" und "Aufgaben der Führer im einzelnen". Der eigentlichen Vorschrift folgten als Anlage noch einige Formularmuster.

3 Vgl. Entwurf der Dienstvorschrift für die S.A. der N.S.D.A.P. (S.A.D.V.), I. Teil, Diessen 1931.

4 Nicht ermittelt. Bezieht sich vermutlich auf den Ergänzungsbefehl zum Erlaß Nr. 4 des Obersten SA-Führers vom 21.12.1931 (Druck: Bd. IV/2, Dok. 77), in dem Reichsführer-SS Heinrich Himmler die formalen Besonderheiten in der Organisation, Dienstgradbezeichnung und Uniformierung der SS definierte; StA München, Polizeidirektion München 6829.

5 Dieser Anordnung Hitlers folgt der nahezu wortgleiche Wiederabdruck des Vorwortes des Entwurfs der Dienstvorschrift (vgl. Anm. 2) vom Mai 1931. Druck: Bd. IV/1, Dok. 127.

1 Im Stadion Luftschiffhafen, nach 20.30 Uhr. An der von Reichsjugendführer der NSDAP Baldur von Schirach geleiteten Versammlung nahmen nach Schätzung des Polizeipräsidenten etwa 70.000 Angehörige der Hitler-Jugend, des Deutschen Jungvolks und des Bundes Deutscher Mädel teil. Das offizielle Motto lautete: "Reichs-

erschienen sein, weil es ihr mehr an äußerer Freude brachte. Ihr aber habt das Glück, in frühen Jahren am Schicksal der Nation teilzuhaben.

Ich weiß es, daß viele unter euch sind, deren Väter arbeitslos durch die Straßen ziehen, daß viele von euch vielleicht nicht einmal wissen, welches Schicksal in den nächsten Wochen und Tagen über Familie und Elternhaus hereinbrechen wird.

Die Not und das Elend, unter dem das deutsche Volk heute zu leiden hat, ist nicht von ungefähr hereingebrochen. In seiner großen historischen Stunde hat unser Volk sich selbst vergessen[3]. Es ist uneins geworden, es ist langsam zerfallen und machtlos geworden und aus seiner Rechtlosigkeit erwuchs der Verlust an Arbeit und Brot.

Alle Versuche, unserem Volk in seiner großen Not Hilfe zu bringen, müssen scheitern, solange sie von einer in den Wolken schwebenden Regierung und nicht von der deutschen Volkskraft ausgehen.

Der Deutsche muß es wieder lernen, sich über Stand, Konfession und Gesellschaftsklasse hinweg als einiges Volk zu fühlen. Unser Volk stürzte von seiner stolzen Höhe, weil es dies alles vergaß, und ihr, meine deutschen Jungen und Mädel, sollt es in der nationalsozialistischen Bewegung wieder lernen, euch als Brüder und Schwestern einer Nation zu fühlen. Ihr sollt über die Berufsstände und Gesellschaftsschichten hinweg, über alles, was euch zu zerreißen droht, die deutsche Gemeinsamkeit suchen und finden. Ihr sollt sie bewahren und festhalten, und niemand soll sie euch rauben. *Nicht früh genug kann die deutsche Jugend dazu erzogen werden, sich zuallererst als deutsch zu fühlen.* Die nationalsozialistische Jugenderziehung soll nicht einer Partei, sondern dem deutschen Volk zum Wohle gereichen, wie ja auch

die nationalsozialistische Bewegung einmal Deutschland sein

soll, und das einheitliche Bekenntnis der opferfreudigen deutschen Jugend zur Idee des Nationalsozialismus gibt hierfür den klaren Beweis. Mögen die anderen spotten und lachen, ihr werdet einmal Deutschlands Zukunft sein.

Ihr seid das kommende Volk und auf euch ruht die Vollendung dessen, um was wir heute kämpfen.

Gegenwärtig mag es viele Deutsche geben, die den Wert der Ideale verleugnen. Der Nationalsozialismus aber erzieht euch Jungen zu gläubigen Idealisten, denn nur große Ideen können

jugendtag gegen die Reaktion"; es richtete sich gegen die durch Erlaß des Reichspräsidenten am 13.9.1932 verfügte Zusammenfassung der Jugendverbände im "Reichskuratorium für Jugendertüchtigung", in dem die HJ nur eine Minderheit der Mitglieder gestellt hätte. Die preußischen Behörden erwogen ursprünglich ein Verbot der Veranstaltung mit der Begründung, die Übertragung der in Teilen Preußens grassierenden spinalen Kinderlähmung bei einer derartigen Massenveranstaltung ausschließen zu wollen.

2 Vgl. auch Berliner Lokal-Anzeiger vom 2.10.1932 (MA), "Hitlerjugend in Potsdam"; Der Angriff vom 3.10.1932, "Hitlers Rede an Deutschlands Jugend"; Berliner Börsen Zeitung vom 2.10.1932, "Hitler spricht zur Jugend"; Potsdamer Tageszeitung vom 3.10.1932, "78.000 Braunhemden beim 1. Nationalsozialistischen Reichsjugendtag in Potsdam"; Schreiben des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an den Preußischen Minister des Innern, Nr. U II 1324, vom 26.9.1932; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 318; Bericht des Polizeipräsidenten in Potsdam an den Regierungspräsidenten in Potsdam, I 4204/32, vom 3.10.1932; Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Pr. Br. Rep. 2 A I Pol 1104; Baldur von Schirach, Ich glaubte an Hitler, Hamburg 1967, S. 157 ff.; Hans-Christian Brandenburg, Die Geschichte der HJ. Wege und Irrwege einer Generation, Köln [2]1982, S. 124 sowie Christoph Schubert-Weller, Hitler-Jugend. Vom "Jungsturm Adolf Hitler" zur Staatsjugend des Dritten Reiches, Weinheim 1993, S. 68 ff.

3 Anspielung auf die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse in Deutschland.

das deutsche Volk wieder zur Einheit schmieden. Was kann es Herrlicheres geben als diese gewaltige Idee, die selbst die Allerjüngsten eines Volkes erfaßt hat und die sich auch heute in dieser einzigartigen Nacht im freudigen Opferwillen der deutschen Jugend offenbart. Niemals wird unser Volk vergehen, solange es seinen großen Idealen zugänglich ist.

Was kann einem Volk geschehen, dessen Jugend auf alles verzichtet, um seinen großen Idealen zu dienen!

Wie ihr, meine Jungen und Mädel, schon heute im gemeinsamen Ringen um das Wohl unseres Volkes strebt, so kämpfen auch Millionen erwachsener Männer und Frauen um Deutschlands Befreiung.

Der Nationalsozialismus gestaltete eine Volksgemeinschaft, die vom Kind an beginnt und beim Greise endet[4]. *Niemand kann diese gewaltige Symphonie des deutschen Lebens zum Schweigen bringen.*

Die nationalsozialistische Bewegung will den deutschen Knaben erziehen, ihn stolz und mutig machen und ihn beizeiten lehren, das kleine Haupt *nicht zu beugen, wenn andere ihn zum Unrecht bewegen wollen.* Gerade dann bleibt ein deutscher Junge seinem Volke treu, wenn er sich in der größten Gefahr befindet. Was du, mein lieber deutscher Junge, in deinen Heldensagen und in deinen Heldenliedern bewunderst, dem mußt du selbst nachstreben, damit dein Volk einst würdig ist, im Heldenlied besungen zu werden.

Ich glaube, daß in der nationalsozialistischen Jugendbewegung ein neues Geschlecht heranwächst. Es wird dereinst den Mut besitzen, sich der Erfüllungspolitik[5] *zu widersetzen.*

Schon der erste Tag, an dem reichsdeutsche Jugend unter dem Hakenkreuz marschiert, erbringt einen strahlenden Beweis für die Richtigkeit unserer Grundsätze. Diesem Tage werden größere und herrlichere folgen, *und so werdet ihr, meine lieben Jungen und Mädel, dereinst Deutschland sein.* Es wird eure stolzeste Jugenderinnerung sein, daß ihr bereits als kleine Buben in allerschwerster Not eure Herzen Deutschland geweiht hattet und ihr werdet dereinst im glücklichen Stolz bekennen dürfen, *daß eure Treue und eure Einsatzbereitschaft das neue Deutschland schufen.*

Ihr habt als kleine Buben und Mädel für dieses neue Deutschland Partei ergriffen. Ihr seid eurem Deutschland treu geblieben und die Erinnerung eures Alters wird den Lohn in sich tragen, den euch heute niemand zu geben vermag.

Deutschland erwache[6]*!* [7]

4 Von ihrer Mitgliederstruktur her war die damalige NSDAP eine eminent junge Partei, allein die KPD besaß einen vergleichbar hohen Anteil an Mitgliedern unter 30 Jahren. Das Durchschnittsalter der Mitglieder der NSDAP lag 1920 noch bei 34, bei Wiedergründung der Partei 1925 sogar bei 29, 1932 bei 32 Jahren. Die seit 1930 einsetzende Vergrößerung der NSDAP zur Massenpartei sorgte zwar dafür, daß sich das Durchschnittsalter der Mitglieder erhöhte, doch blieben - verglichen mit den übrigen deutschen Parteien - die jüngeren Jahrgänge in der Partei weit überrepräsentiert. Vgl. Michael H. Kater, The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945, Oxford 1983, S. 139 ff.

5 Mit dem polemischen Begriff "Erfüllungspolitik" wurde die Bereitschaft zur Erfüllung der alliierten Reparationsforderungen charakterisiert, die deren Undurchführbarkeit beweisen sollte. Erstmals verwendet wurde der Begriff nach der Annahme des Londoner Ultimatums durch das Kabinett Wirth am 11.5.1921. Vgl. Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 132 ff.

6 Bei der Parole "Deutschland erwache!" handelt es sich um den Kehrreim des 1919 entstandenen Gedichts *Sturm* von Dietrich Eckart (1868-1923); seit Januar 1923 diente sie als Aufschrift auf den SA-, später auch SS-Standarten. Vgl. Jill Halcomb, The SA. A Historical Perspective, Overland Parks, Kans., 1985, S. 251 ff.

4. Oktober 1932 [1] Dok. 4
Interview mit Il Tevere [2]

Il Tevere vom 4./5.10.1932, "Un colloquio con Hitler alla Casa Bruna" [3].

Adolf Hitler sagt mir:

Meine Bewegung, von mir geführt, hat über 13 Jahre den Marxismus in Deutschland bekämpft; daher, durch unsere Tätigkeit, kommt es, daß es auch schwachen Regierungen möglich geworden ist, den Marxismus zu bekämpfen und die roten und schwarzen Koalitionen zu zerbrechen.

An der Stelle Brünings [4] ist Herr von Papen [5] beauftragt worden, ein Kabinett zu bilden, um die Arbeit der Regierung in einer Übergangsphase zu leiten [6].

Sie wissen, daß von Papen 13 Jahre lang Abgeordneter einer Partei gewesen ist, die der rot-schwarzen Koalition angehörte, also für die Roten war [7].

Adolfo Hitler mi dice:

- Il mio movimento, da me guidato, ha combattuto per tredici anni il marxismo in Germania; è così, per questa nostra azione, che è stato reso possibile, anche a governi deboli, di combattere il marxismo e di rovesciare le coalizioni rosse e nere.

Al posto di Brüning è stato incaricato il signor von Papen di formare un gabinetto per dirigere i lavori del governo in un periodo transitorio.

Lei sa che von Papen per tredici anni è stato deputato di un partito aderente alla coalizione rossa e nera, cioè con i rossi.

---

7 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Datierung nach dem Publikationsdatum.

2 In München im Braunen Haus, Brienner Straße 45. Das Interview führte Remo Renato Petitto.

3 Vgl. auch Münchener Post vom 6.10.1932, "Hitler als Wilhelm der Letzte"; VB vom 9./10.10.1932, "'Hitler bedeutet das Deutschland von morgen'" sowie Bericht Nr. 687 der französischen Botschaft in Rom an Ministerpräsident Édouard Herriot vom 4.10.1932; Archives du Ministère des Affaires Etrangères, 28-IO-Allemagne - Politique intérieure - Parti national-socialiste. 30-39.

4 Heinrich Brüning (1885-1970), 1915 Dr. rer. pol., 1920 persönlicher Referent des preußischen Wohlfahrtsministers Adam Stegerwald, 1920-1923 Geschäftsführer der Vereinigung christlicher Gewerkschaften, 1924-1933 MdR (Zentrum), 1929 Fraktionsvorsitzender, 1930-1932 Reichskanzler, 1934 Emigration in die USA, seit 1937 Lehrtätigkeit an der Harvard University.

5 Franz von Papen (1879-1969), 1898 preußischer Leutnant, 1913-1915 deutscher Militärattaché in Washington, 1918 Oberstleutnant der osmanischen Armee, Verabschiedung als Major i. G., 1921-1932 MdL in Preußen (Zentrum), Juni bis November 1932 Reichskanzler, Januar 1933 bis August 1934 Vizekanzler, 1934-1938 deutscher Gesandter (später Botschafter) in Wien, 1939-1944 deutscher Botschafter in Ankara, 1946 im Kriegsverbrecherprozeß freigesprochen, 1947 im Spruchkammerverfahren als Hauptschuldiger eingestuft und zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt, 1949 entlassen.

6 Die zunehmende Entfremdung zwischen Reichspräsident Hindenburg und Reichskanzler Brüning führte am 30.5.1932 zum Rücktritt des gesamten Kabinetts, nachdem es dem Reichskanzler nicht gelungen war, für die vom Kabinett angestrebten Notverordnungsmaßnahmen die Zustimmung von Hindenburg zu erlangen. Am 31.5.1932 beauftragte der Reichspräsident den Zentrumsabgeordneten Papen mit der Bildung einer neuen Regierung. Vgl. Gerhard Schulz, Die Suche nach dem Schuldigen. Heinrich Brüning und seine Demission als Reichskanzler. In: Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Paul Mikat, Konrad Repgen, Martin Schumacher und Hans-Peter Schwarz, Berlin 1992, S. 669-687.

7 In Preußen wurden seit März 1919 mit Ausnahme der Zeit von April bis November 1921 alle Regierungen aus Vertretern von SPD und Zentrum gebildet, unter Einschluß einzelner Vertreter der DDP, von 1921 bis 1925 auch der DVP. Vgl. Horst Möller, Parlamentarismus in Preußen 1919-1932, Düsseldorf 1985, S. 324 ff., 607 ff.

Die Folgen davon haben wir gesehen: wie der Kommunismus im Jahre 1918 der Außenpolitik Deutschlands einen Dolchstoß in den Rücken versetzt hat[8], so hat jetzt die sogenannte "Reaktion" dem Land in den Rücken gestoßen, indem sie meinen Vormarsch behindert hat. Sie hat erreicht, daß der alte Präsident[9] mir, der ich 14 Millionen Wähler und 230 Abgeordnete im Parlament habe[10], das Kanzleramt verweigert hat[11].

[...][12]

Nach der Reichsverfassung habe ich das Recht darauf, daß mir legal die Regierung anvertraut wird[13]. Herr von Papen vertritt eine kleine Gruppe und hat weder moralisch noch politisch ein Recht, im Namen des Volkes zu sprechen. Und wir haben weder Eile,

Ne abbiamo visti gli effetti; come nel 1918 il comunismo ha dato una pugnalata nella schiena alla politica estera della Germania, così adesso questa cosidetta "reazione" ha pugnalato alle spalle il paese cercando di ostacolare la mia marcia. Ha ottenuto che il vecchio Presidente negasse il Cancellierato a me che ho quattordici milioni di elettori e duecentotrenta deputati in Parlamento.

[...][14]

- Per la costituzione del Reich ho diritto che mi si affidi legalmente il Governo. Il signor von Papen rappresenta un piccolo gruppo e non ha ragione, nè moralmente nè politicamente, di parlare in nome del popolo. E non abbiamo fretta nè timore nè nervosismo

8 Die Wendung geht auf einen Bericht der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 17.12.1918 (2. MA) zurück, der die Meinung des britischen Generals Sir Frederick Barton Maurice (1871-1951) über die Ursachen der Niederlage der deutschen Armee in den Worten zusammenfaßte: "Sie wurde von der Zivilbevölkerung von hinten erdolcht." Vgl. Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes, gesammelt und erläutert von Georg Büchmann, München 1967, S. 763 f.
Zur Instrumentalisierung der sogenannten Dolchstoßlegende in der politischen Auseinandersetzung in der Weimarer Republik vgl. Ulrich Heinemann, Die Last der Vergangenheit. Zur politischen Bedeutung der Kriegsschuld- und Dolchstoßdiskussion. In: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Düsseldorf 1987, S. 371-386.

9 Gemeint ist Paul von Beneckendorff und von Hindenburg (1847-1934), 1866 Leutnant, 1903 Kommandierender General des IV. Armeekorps, 1911 als Generaloberst verabschiedet, 1914 reaktiviert, Generalfeldmarschall, Oberbefehlshaber Ost, 1916 Chef der (3.) Obersten Heeresleitung, 1919 erneuter Ruhestand, April 1925 bis August 1934 Reichspräsident.

10 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

11 Bezieht sich auf die endgültige Ablehnung Hitlers am 13.8.1932, als "Vizekanzler" ins Kabinett Papen einzutreten. Bei der entscheidenden Besprechung in der Reichskanzlei hatten Reichspräsident Paul von Hindenburg, Reichskanzler Franz von Papen, Staatssekretär Otto Meißner, Adolf Hitler, Wilhelm Frick und Ernst Röhm teilgenommen. Vgl. Bd. V/1, Dok. 167.

12 "Und warum haben Sie nicht von sich aus das Kanzleramt ergriffen?"

13 Artikel 53 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 bestimmte: "Der Reichskanzler und auf seinen Vorschlag die Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen." In Artikel 54 war darüber hinaus festgelegt: "Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht." Druck: RGBl. 1919, S. 1393.
Nach der Verfassung besaß also weder die Mehrheit des Reichstags noch gar der Vorsitzende der stärksten Partei bzw. Fraktion das Recht, den Reichskanzler zu bestimmen. In der Staatsrechtslehre hatte sich gegen Ende der Weimarer Republik sogar die Auffassung durchgesetzt, daß die Ernennung des Reichskanzlers durch den Reichspräsidenten nicht eine formale Bestätigung der Vorentscheidung der Reichstagsmehrheit sei, sondern ein uneingeschränktes selbständiges Recht des Reichspräsidenten darstelle. Vgl. Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1981, S. 47 ff.

14 "E pero non ha preso da sè il Cancellierato?"

noch Angst oder Nervosität, weil wir bereits wissen, daß die Wahlen vom 6. November [*1932*] [15] unausweichlich zu unseren Gunsten ausgehen.

[...] [16]

Der Faschismus in Italien hat sein Fundament im berühmten "Marsch auf Rom" und in der folgenden Machtübernahme durch den Duce [17]. Als Mussolini [18] - dessen Büste, wie Sie sehen, hier vor mir in meinem intimsten Arbeitszimmer steht, was ihnen zeigen mag, wie sehr ich ihn bewundere -, alle Macht auf seine Person konzentriert hatte, war es nötig, die Italiener zur faschistischen Idee des Staates durch eine ganze Reihe von Reformen zu erziehen, die von oben betrieben wurden. Ich habe diese Arbeit bereits gemacht, indem ich in gut 13 Jahren die Deutschen erzogen und mit meinen Prinzipien höchst vertraut gemacht habe, und ich habe damit die Plattform für die Zukunft vorbereitet.

Es ist unausweichlich, daß ich legal die ganze Macht erhalte. Ein Gewaltstreich von oben war notwendig in der Situation Italiens vor 10 Jahren, aus Gründen, die in der gänz-

perchè sappiamo già che le elezioni del 6 novembre sono inevitabilmente per noi.

[...] [19]

- Il Fascismo in Italia ha la sua base nella celebre "marcia su Roma" e nella conseguente assunzione del potere da parte del Duce. Quando Mussolini - di cui il busto che vede collocato qui dinanzi a me nella mia più intima stanza da lavoro basta a dire quanto io l'ammiri - quando Mussolini ha accentrato in sè tutti i poteri c'era bisogno di educare gli italiani all'idea fascista dello Stato con tutta una serie di riforme operata dall'alto. Io ho già fatto questo lavoro educando per lunghi tredici anni i tedeschi e familiarizzandoli con i miei principii, e ho preparata la piattaforma per il futuro.

É inevitabile che io riceva legalmente tutto il potere. Una violenza dall'alto era necessaria nell'Italia di dieci anni fa; per ragioni dovute a differenza di situazioni e di temperamenti,

---

15 Mit der "Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstags vom 12.9.1932" war der am 31.7.1932 gewählte Reichstag aufgelöst worden; die Neuwahl mußte entsprechend Artikel 25 innerhalb der 60 folgenden Tage stattfinden. Die "Verordnung über die Neuwahl des Reichstags" vom 20.9.1932 bestimmte den 6.11.1932 zum Wahltag. Druck: RGBl. 1932, I, S. 441, 485.

16 "In Italien hat man einen Gewaltstreich erwartet."

17 Seit Kriegsende litt das parlamentarische System in Italien unter einer schweren wirtschaftlichen und politischen Krise. Nach der Wahl vom 15.5.1921 war der Partito Nazionale Fascista lediglich mit 35 - bei einer Gesamtzahl von 535 - Abgeordneten im italienischen Parlament vertreten. Mit ihrem "Marsch auf Rom" erzwangen die italienischen Faschisten den Rücktritt des liberalen Kabinetts des Ministerpräsidenten Luigi Facta am 27.10.1922 und Benito Mussolinis Ernennung zum Ministerpräsidenten am 30.10.1922. Die nachträgliche Legitimierung des Staatsstreichs durch den verunsicherten König änderte nichts daran, daß auch die weitere gewaltsame Konsolidierung der faschistischen Diktatur weder dem herrschenden Recht und der Verfassung entsprach, noch - zumindest vorläufig - den Vorstellungen der Mehrheit des italienischen Volkes. Vgl. Adrian Lyttelton, The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919-1929, London 1973, S. 77 ff.

18 Benito Mussolini (1883-1945), Lehrer, 1910 Sekretär der sozialistischen Provinzialföderation von Forli, 1912 Direktor des Parteiorgans *l'Avanti!*, 1914 Parteiausschluß, Gründer der Tageszeitung *Il Popolo d'Italia*, 1919 Gründer und Führer (Duce) der Fasci di combattimento (ab 1921: Partito Nazionale Fascista), 1922-1943 italienischer Ministerpräsident, 1938 Oberster Befehlshaber der italienischen Streitkräfte, 1943-1945 Staatschef der Republik von Salò (Repubblica Sociale Italiana), am 28.4.1945 erschossen.

19 "In Italia ci si aspettava un colpo di forza."

lich anderen Situation und im Temperament liegen. In Deutschland hat eine legale Aktion gerade heute eine um so größere Wirkung, da auch die Legalität uns gehört[20]. Somit haben wir nicht auf einen Handstreich und auf Gewalt zurückgegriffen, weil wir uns immer unserer selbst sicher waren und sind. Daher kommt es, daß unsere Arbeit von unten her begonnen wurde, um die Spitze zu erreichen, und jede Gewalt heute weniger denn je dabei helfen, ja sogar schaden würde.

in Germania ha più efficacia un'azione legale tanto più oggi che anche la legalità è nostra. Insomma noi non abbiamo ricorso a colpi di mano e a violenze perchè siamo sempre stati e siamo sicuri di noi stessi. Ecco perchè il nostro lavoro è stato cominciato dal basso per raggiungere la cima, e ogni violenza oggi meno che mai lo aiuterebbe, anzi lo guasterebbe.

[...][21]

Ich werde die Feinde des Vaterlands erbarmungslos zermalmen, aber ich habe die Absicht, auch jenen die Hand zu reichen, die mich bekämpft haben, vorausgesetzt, daß sie bereit wären, unter meiner Fahne für die Größe des deutschen Vaterlands zu dienen. Man darf nicht vergessen, daß wir vor allem 7 Millionen Arbeitslose haben[22], für die Arbeit gefunden werden muß, und ich werde sie für sie zu finden wissen.

[...][23]

- Schiaccerò inesorabilmente i nemici della Patria ma intendo porgere la mia mano anche a quelli che mi hanno combattuto purchè siano pronti a servire sotto le mie bandiere per la grandezza della Patria tedesca. Non bisogna dimenticare che prima di tutto ci sono sette milioni di disoccupati a cui bisogna trovare lavoro, e io saprò trovarlo per loro.

Ich weiß, daß meine Feinde im Ausland verschiedenes dummes Zeug über meine Ideen und meine Möglichkeiten drucken lassen. Sagen Sie den italienischen Lesern nur, daß ich und die Meinen bereits alle materiellen Kräfte in der Hand haben, um Deutschland zu regieren, daß wir das moralische und gesetzliche Recht dazu haben und daß der Tag nicht mehr fern ist, an dem wir nicht durch einen Gewaltstreich, sondern durch den einhelligen Willen des Volkes im Namen Gottes und zum Wohl des Volkes Deutschland regieren werden.

So che all'estero i miei nemici fanno stampare varie sciocchezze sulle mie idee e sulle mie possibilità; dica pure ai lettori italiani che io ed i miei abbiamo già in mano tutta la forza materiale per governare la Germania, che ne abbiamo il diritto morale e legale, e che è imminente il giorno in cui, non per colpi di forza ma per volontà unanime di popolo, la governeremo per il bene del popolo e in nome di Dio.

---

20 In der Rechtsprechung der Weimarer Republik wurden der NSDAP nicht *grundsätzlich* hochverräterische Absichten unterstellt, diese mußten vielmehr von Fall zu Fall bewiesen werden. Dies widersprach dem juristischen Vorgehen gegenüber der KPD, deren staatsfeindlicher Charakter in der Regel als "gerichtsbekannt" vorausgesetzt wurde. Vgl. Christoph Gusy, Weimar - die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991, S. 178.

21 "Und welches ist Ihr Programm für die nächsten Wahlen und für die Zeit danach?"

22 Ende September 1932 wies die amtliche Statistik 5.102.750 Arbeitslose aus. In dieser Zahl waren Notstands- und Fürsorgearbeiter sowie Arbeitssuchende in gekündigter oder ungekündigter Stellung nicht enthalten. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1933, S. 292.

Und während er mich entließ, sagte er:

Italien und Deutschland haben die gleichen Feinde und es ist ihre Mission, vereint für die Sache der Zivilisation zu wirken[24]. Ich bitte Sie, dem Duce persönlich meinen Respekt und meine Grüße zu überbringen.

- E nel congedarmi:

- Italia e Germania hanno gli stessi nemici e la loro missione è di lavorare unite per la causa della civiltà.

La prego di presentare personalmente i miei personali rispetti e saluti al Duce.

6. Oktober 1932 Dok. 5

Rede auf Reichspropagandatagung der NSDAP in München[1]

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 6.10.1932, "Reichspropagandatagung der N.S.D.A.P."[2].

In seinen von Kampfgeist und Siegeszuversicht getragenen Ausführungen wies Adolf Hitler darauf hin, daß die Widerstände, die sich der nationalsozialistischen Bewegung heute noch entgegenstellten, jener *letzte Ansturm* jener vereinigten Gegner sei, dem sich jede Bewegung gegenüber sehe, wenn sie sich *der letzten Entscheidung vor dem Sieg* nähere. Der Nationalsozialismus sei eine so *umwälzende* Bewegung, daß ihr *Sieg kein leichter* sein könne. Die Ge-

---

23 "E quale è il programma per le prossime elezioni, e per dopo?"

24 Eine der Leitlinien von Hitlers außenpolitischen Vorstellungen bildete das Ziel eines deutsch-italienischen Bündnisses, wie er es in Kapitel XV seiner "Außenpolitischen Standortbestimmung nach der Reichstagswahl" ausführlich erläutert. Vgl. Bd. II A, S. 136 ff.
Zu Hitlers damaligem Italienbild vgl. Hans Woller, Machtpolitisches Kalkül oder ideologische Affinität? Zur Frage des Verhältnisses zwischen Hitler und Mussolini vor 1933. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 42-63; Wolfgang Schieder, Das italienische Experiment. Der Faschismus als Vorbild in der Krise der Weimarer Republik. In: Historische Zeitschrift 262 (1996), S. 73-125.

1 Im Braunen Haus, nach 11.00 Uhr. Die Tagung unter Leitung von NSDAP-Reichspropagandaleiter Joseph Goebbels wurde gleichzeitig mit einer Pressetagung durchgeführt und dauerte vom 5. bis 7.10.1932. Am 6.10. referierten vor Hitler der Stellvertretende Reichspropagandaleiter und Leiter der Hauptabteilung I, Propaganda, der Reichspropagandaleitung der NSDAP, Heinz Franke, über den "Wahlkampf und seine technische Durchführung", der Leiter der Hauptabteilung II, Nachrichtendienst, in der Reichspropagandaleitung der NSDAP, Arthur Schumann, über "Nachrichtendienst" und der Unterabteilungsleiter der Hauptabteilung I in der Reichspropagandaleitung der NSDAP, Hermann Demann, über "Lügenabwehr". Nach Hitler sprachen Goebbels und Reichsorganisationsleiter Gregor Straßer. Goebbels notierte in seinem Tagebuch: "Hitler redet. Ganz groß. Fabelhafte Umrisse. Er ist der Große über uns. Reißt die ganze Sache wieder hoch. Ganzer Mann. Und mit eiserner Konsequenz."

2 Vgl. auch Der Angriff vom 7.10.1932, "Der Führer gibt die Parole aus"; Münchener Zeitung vom 7.10.1932, "Hitlers Wahlparole"; Münchener Post vom 8./9.10.1932, "Die Wahlparole des als ob"; VB vom 8.10.1932, "Unerschütterliche Kampfbereitschaft, Siegeszuversicht und Gefolgschaftstreue" sowie Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 2: 1.1.1931-31.12.1936, München 1987, S. 254.

schichte kenne keine große Umwälzung, deren Erfolg von vorneherein allen sichtbar gewesen sei. Immer habe erst die *letzte Ausdauer und die letzte Entschlußkraft im Entscheidungskampf dem Stärkeren den Sieg garantiert.* Die nationalsozialistische Bewegung, die nicht auf kurze Sicht aufgebaut sei, besitze in ihrer *inneren Kraft* diese *ungeheure Beharrlichkeit und Zähigkeit,* ohne auch nur einen Augenblick am Endsiege zu zweifeln.

Der Führer legt im einzelnen dar, warum das *Programm der Regierung von Papen zusammenbrechen* müsse. Das *wirtschaftliche* Programm[3] dieser Regierung könne nach allen vorhandenen Anzeichen bereits jetzt als erledigt gelten. Der *innerpolitische Teil* des Programms, der angeblich die Aufrichtung einer starken Autorität erstrebe[4], müsse an den geradezu lächerlichen Mitteln scheitern, mit denen man glaube, eine solche Autorität ohne die geringste Fundierung im Volke[5] aufrichten zu können. Man könne ein System nicht einfach ersetzen durch irgendein neues Kabinett von Männern dieses gleichen Systems. Wenn man die parlamentarische Organisation ersetzen wolle, könne man das nicht durch eine Clique, die dem Volke ihren Willen aufzwingen wolle, sondern nur durch eine unparlamentarische Organisation [*sic!*], die bereits von unten her *aus dem Volke selbst herausgewachsen* sei. Der Regierung von Papen fehle eben die Nation als Kraftquelle, und deshalb müsse auch - zum Schaden des Volkes ihr *außenpolitisches Programm*[6] *scheitern.* Der Führer unterzog die außenpolitischen Methoden der Regierung von Papen, die Deutschland in eine völlige Isolierung hineintrieben, einer scharfen Kritik und zeichnete die positiven Linien einer nationalsozialistischen Außenpolitik.

---

3 Bezieht sich auf die "Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft" vom 4.9.1932 und die "Verordnung der Reichsregierung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit" vom 5.9.1932. Die "Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft" stellte Arbeitgebern, die in den folgenden 12 Monaten (Oktober 1932 bis September 1933) im Durchschnitt mehr Arbeiter beschäftigen sollten als in den Monaten Juni bis August 1932, Steuernachlaß in Form von Steuergutscheinen in Aussicht. Die "Verordnung der Reichsregierung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit" ermöglichte Arbeitgebern, die mehr Arbeiter als bisher (Stichtag: 15.8.1932) anstellten, die Tariflöhne zwischen 10% und 50% zu senken. Bei landwirtschaftlichen Betrieben galt die Zahl der Beschäftigten des Vorjahresmonats als Bezugsgröße. Druck: RGBl. 1932, I, S. 425 ff., 433 ff. Vgl. Helmut Marcon, Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierungen Papen und Schleicher. Grundsteinlegung für die Beschäftigungspolitik im Dritten Reich, Frankfurt a. M. 1974, S. 176 ff.

4 Am Abend des 12.9.1932 hielt Reichskanzler Papen im Rundfunk über alle deutschen Sender eine Programmrede, die er seinen Angaben zufolge zur Begründung der Auflösungsverordnung vor dem Reichstag halten wollte. Hitler bezieht sich hier auf folgende Passage: "Damit das deutsche Volk in Freiheit an der Erziehung seiner Kinder und an der Erfüllung seiner deutschen Mission arbeiten kann, darf es nicht von dem ständigen Wechsel parteipolitischer Koalitionen aus seiner Bahn abgelenkt werden. Auch hierfür bedarf es der Aufrichtung einer dauernden Staatsautorität." Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 546 ff., S. 559.

5 Der Antrag der KPD-Fraktion im Reichstag, die "Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft" vom 4.9.1932 und die "Verordnung der Reichsregierung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit" vom 5.9.1932 (vgl. Anm. 3) aufzuheben, erhielt am 12.9.1932 512 Stimmen. Die geringe Anzahl von 42 Gegenstimmen bewies, wie wenig Rückhalt die Regierung Papen im Reichstag hatte. Druck der Anträge und des Protokolls der namentlichen Abstimmung: Verhandlungen des Reichstags. VI. Wahlperiode 1932, Bd. 454.

6 In seiner Rundfunkrede am 12.9.1932 erklärte Papen: "Die Herstellung der vollen Souveränität des Deutschen Reichs, seiner Freiheit und Gleichberechtigung ist das grundsätzliche Ziel unserer Außenpolitik. Das ist eine Sache der Ehre und Selbstachtung Deutschlands und zugleich die einzig mögliche Grundlage seiner Zusammenarbeit mit dem Ausland." Druck: wie Anm. 4, S. 549.

Auch auf diesem Gebiete sei es nichts mit dem frommen Wunsch der Regierung von Papen, "den Nationalsozialisten das Dritte Reich vorwegzunehmen"[7].

Der Führer gab sodann die *Richtlinien und Grundsätze für die politische Tendenz des Wahlkampfes* bekannt und führte zum Schluß seiner immer wieder von stürmischer Zustimmung der gesamten Führerschaft unterbrochenen Rede aus:

"Im Bewußtsein für das Recht und die Zukunft des Volkes zu kämpfen, geht die nationalsozialistische Bewegung von glühendem Kampfgeist beseelt mit dem Einsatz ihrer ganzen Kraft in den Wahlkampf[8] *hinein. Sie besitzt in ihrer Organisation alle Voraussetzungen eines erfolgreichen Kampfes, die überhaupt denkbar sind. Jeder einzelne wird sich einsetzen bis zum äußersten. Wir Nationalsozialisten werden der Nation ein unerhörtes Vorbild unserer Willenskraft geben. Es gibt Leute, die sagen, ehe die Wahl kommt, ist die Regierung Papen wirtschaftlich längst zusammengebrochen und erledigt. Aber Friedensresolutionen werden in der nationalsozialistischen Bewegung nicht gemacht. Wir werden für den 6. November* [*1932*] *kämpfen, als ob davon Deutschlands Sein oder Nichtsein abhängen werde.*

Ich sehe dem Kampf mit absoluter Zuversicht entgegen. Die Schlacht kann beginnen. In vier Wochen werden wir aus ihr als Sieger hervorgehen.

Im Reichspräsidentenpalais wird dann wohl die Erkenntnis einhellig sein: Die nationalsozialistische Bewegung steht, sie ist da und wird niemals verschwinden. Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder man gibt ihr die Macht oder man gibt sie ihr nicht, dann werden sie von der Macht dieser Bewegung überwunden werden."[9]

11. Oktober 1932 Dok. 6
Rede auf NSDAP-Versammlung in Günzburg[1]

Völkischer Beobachter vom 13.10.1932, "Der Führer beginnt seinen neuen Kampf um Deutschland"[2].

Herr von Papen war der Überzeugung, bis zum 6. November [*1932*] würde seine Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft[3] glänzende Früchte tragen, und daher setzte er den Termin der Reichstagswahl auf 60 Tage nach der Reichstagsauflösung an[4]. *Und ich war der Überzeugung,*

---

7 Vgl. Dok. 1, Anm. 4.
8 Vgl. Dok. 4, Anm. 14.
9 Folgt Bericht über den weiteren Tagungsablauf.

1 In der Maschinenfabrik Karl Mengele, nach 20.00 Uhr. An der von Bezirksleiter Hans Weber geleiteten Versammlung nahmen laut Lagebericht etwa 7.000 Menschen teil. Vor Hitler sprach Gauleiter Karl Wahl. Weber verunglückte wenige Stunden nach der Veranstaltung bei einem Motorradunfall tödlich.
2 Vgl. auch Schwäbisches Volksblatt vom 12.10.1932, "Adolf Hitler in Günzburg"; Fränkische Volkstribüne vom 17.10.1932, "Die Zwanzigtausend von Günzburg"; Lagebericht (Halbmonatsbericht) Nr. 1752 des Regierungspräsidenten von Schwaben und Neuburg vom 19.10.1932; BayHStA, MA 102149 sowie Zdenek Zofka, Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie zur politischen Einstellung der Landbevölkerung in der Zeit des Aufstiegs und der Machtergreifung der NSDAP 1928-1936, München 1979, S. 89 f. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 29.10.1932, "Der Führer auf großer Fahrt durch Deutschlands Gaue".

daß in diesen 60 Tagen die Nation sehen würde, daß dieses Werk zur "Belebung der Wirtschaft" das größte Stümper- und Flickwerk ist, das man sich vorstellen kann. Ich war der Überzeugung, daß schon nach vier Wochen eine Frage von vorneherein beantwortet sein würde, nämlich die Frage: Warum ich am 13. August [1932] es ablehnte, in dieses Kabinett einzutreten [5]. *Darüber wird am 6. November entschieden.*

Nicht etwa die bewußten Gegner warfen mir vor, daß ich den Eintritt in das Kabinett ablehnte, sondern sogenannte "Freunde", insbesondere aus dem bürgerlichen Lager [6].

Ich könnte mit gleichem Recht dazwischen fragen: Wie konnten sie sich unterstehen, mich einzuladen, in diese Regierung einzutreten? Glaubten sie wirklich, daß ich 13 Jahre gearbeitet habe, um dann das Ergebnis dieser Arbeit einem politischen Irrsinn auszuliefern? Und es wäre ein Irrsinn gewesen, wenn ich auf eine Karte gesetzt hätte, deren Untauglichkeit mir seit langem bekannt war. Einen Einfluß im Kabinett hätte ich nicht gehabt, nur die Verantwortung hätte man mir gnädigst überlassen. Ich scheue mich nicht, die Verantwortung zu übernehmen, und zwar die ganze Verantwortung; aber ich scheue mich, sie zu übernehmen dort, wo ich keinen Einfluß besitze.

Wenn das Schicksal die Kräfte, die heute nach der Macht drängen, bestimmt hätte, Deutschlands Führung zu sein, würde es ein Verbrechen sein, sich dagegen zu wehren. Ich glaube aber nicht, daß das Schicksal diese Männer bestimmt haben kann, denn sonst würden sie *schon früher in Erscheinung* getreten sein.

Man kann nicht bis vor fünf Monaten schweigsames Mitglied der Zentrumspartei gewesen sein [7] *und dann eines Tages "hellerleuchtet" Führer in das Dritte Reich werden. Ich habe nicht den Marxismus bekämpft, um nun an seiner Stelle ein anderes Klassenregiment aufzurichten. Ich bin in diesen 13 Jahren vor Millionen deutscher Arbeiter gestanden und habe um sie gerungen. Ich habe aber nicht gekämpft um diese Seelen, um sie jetzt etwa hinterher zu betrügen.*

Meine Gegner täuschen sich vor allem in meiner ungeheuren Entschlossenheit. Ich habe meinen Weg gewählt und gehe ihn bis ans Ende.

Ob ich zur Macht komme, ist nicht so wichtig, als daß ich das erfülle, was ich versprochen habe. (Stürmischer Beifall.)

Auch die Partei ist mir nicht käuflich oder abkäuflich. Man soll sich nicht einbilden, daß ich auch nur eine Sekunde diese Bewegung vielleicht herleihe oder andere damit arbeiten lasse.

Entscheidend wird für mich immer nur eine einzige Frage sein: *"Wird Deutschland durch den Einsatz dieser Bewegung gerettet werden können oder nicht?"* Wenn nicht, dann darf der Einsatz nicht erfolgen.

---

3 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.

4 Vgl. Dok. 4, Anm. 14.

5 Vgl. Dok. 4, Anm. 11.

6 Vgl. z. B. Kreuz-Zeitung vom 14.8.1932 (2. Sonntags-Ausgabe B), "Die innere Politik der Woche": "Wir stehen nicht an, es lebhaft zu bedauern, daß der nationalsozialistische Führer durch sein Verhalten gegenüber dem Angebot des Reichspräsidenten den Versuch zerstört hat, der Reichsregierung durch eine besonders innige Verbindung mit den Kräften der nationalsozialistischen Partei eine überaus wertvolle Stütze zu geben." Sowie Der Jungdeutsche vom 16.8.1932, "Hindenburgs Linie": "*Adolf Hitler dürfte mit der Ablehnung dieses Angebotes einen der größten Fehler in seiner bisherigen Laufbahn gemacht haben.*"

7 Reichskanzler Papen war am 3.6.1932 aus dem Zentrum ausgetreten. Vgl. Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. III: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930-1933, Berlin 1992, S. 877 ff.

Wenn ich am 13. August [*1932*] angenommen hätte, wäre vielleicht 12 Monate später schon *Goldschmidts*[8] *Wunsch erfüllt* gewesen[9]. Die Bewegung wäre dann vielleicht zerstört worden. Aber dann wäre der Bolschewismus gekommen.

Die nationalsozialistische Bewegung darf nicht zu irgendeinem anderen Zweck eingesetzt werden als zu dem der Vollendung ihres Zieles. Dieses kann aber nur lauten:

"Es gilt, den Sammlungsprozeß unseres Volkes zu vollenden."

Dabei allerdings geht dieser Sammlungsprozeß hinweg sowohl *über die Trümmer der marxistischen als auch der bürgerlichen Parteiwelt.*

Die Erhebung des Volkes ist in erster Linie eine ideelle und politische Angelegenheit, nicht die Angelegenheit eines Wirtschaftsprogramms. *Man kann die Nation nur zusammenfügen auf dem Boden eines großen Ideals.* Es kann nicht eine zerrissene Epoche abgelöst werden von einem Kabinett, sondern es kann nur ein zerrissenes Volk abgelöst werden von einer *neuen Organisation seiner Menschen*, und zwar nach ganz großen Gesichtspunkten.

Und nun deckt der Führer die großen Gesichtspunkte auf, nach denen das Programm der nationalsozialistischen Bewegung gestaltet wurde.

Die Frage, wann denn endlich die deutsche Not ein Ende nehmen wird, beantwortet Adolf Hitler unter stürmischem Beifall mit den Worten:

Dann, wenn wieder jeder Deutsche nicht in erster Linie Arbeiter, Bürger, Bauer oder Beamter ist, sondern *wenn er zuerst Deutscher geworden ist;* an dem Tag wird unser Volk eine solche Kraft bekommen, daß es die Fragen meistern kann, die heute riesenhoch und titanenhaft vor uns stehen.

Ich appelliere an die deutsche Kraft und an den deutschen Menschen. Aber ich kann diesen Appell nicht an ihn richten, wenn ich ihm nicht dafür auch etwas bieten kann.

Ich kann keinen Appell an den deutschen Arbeiter richten: "Gib deinen Klassenstandpunkt auf!", wenn ich nicht eines Tages etwas Schöneres und Höheres dafür geben kann, nämlich sein Volk.

Es handelt sich ja nicht darum, daß man mit Zwang die Menschen in das politische Leben einfügt, sondern *daß sie sich selbst auf Grund ihrer politischen Überzeugung einfügen.* Zwang

---

8 Jakob Goldschmidt (1882-1955), Bankier, 1910 Mitgründer und Teilhaber des Bankhauses Schwarz, Goldschmidt & Co., 1918 Direktor der Nationalbank für Deutschland KG, 1922-1931 persönlich haftender Gesellschafter der Darmstädter und Nationalbank KG, 1927 Verleihung des Dr. rer. nat. h. c. durch die Universität Heidelberg, 1934 Emigration.

9 Mit den Nennung des Namens Jakob Goldschmidt griff Hitler antisemitische und antikapitalistische Ressentiments auf. Goldschmidt war bis 1931 zu einer zentralen Figur des deutschen Wirtschaftslebens geworden, in der Bankenkrise im Juli 1931, als deren Verantwortlicher er in der öffentlichen Meinung galt, verlor er jedoch seinen gesamten Einfluß. Zu diesem Zeitpunkt war er Mitglied in 123 Aufsichtsräten. Bereits bei der Liquidation des Stinnes-Konzerns 1925 war sein Geschäftsgebaren allgemein kritisiert worden.
Die Bankenkrise vom Juli 1931 konnte zwar durch entschiedene wirtschaftspolitische Maßnahmen der Reichsregierung eingedämmt werden, aber weder das schwindende Vertrauen in die Stabilität von Staat und Wirtschaft beleben, noch den Verfall der deutschen Aktienkurse, die Verschärfung der Arbeitslosigkeit und den Konkurs der Kommunen aufhalten. Vgl. Gerald D. Feldman, Jakob Goldschmidt, the History of the Banking Crisis of 1931, and the Problem of Freedom of Manoeuvre in the Weimar Economy. In: Christoph Buchheim/Michael Hutter/Harold James (Hrsg.), Zerrissene Zwischenkriegszeit. Wirtschaftshistorische Beiträge, Knut Borchardt zum 65. Geburtstag, Baden-Baden 1994, S. 307-327 sowie Karl Erich Born, Die deutsche Bankenkrise 1931. Finanzen und Politik, München 1967.

heißt, die Kraft, die man nach außen braucht, nach innen zu verzehren. Wenn hier heute einer sagt: "Wenn Sie Ihr Programm durchsetzen wollen, dann können Sie vielleicht erst in zehn oder zwanzig Jahren zur Macht kommen!", so kann ich ihm nur sagen: *"Dann hat es die Vorsehung gewollt." Aber das kann mich nicht bewegen, meine Pflicht nicht zu erfüllen.*

Wenn die Vorsehung uns bestimmt hat, daß wir zur Macht kommen, dann werden wir zur Macht kommen. Wenn sie uns aber nur dazu bestimmt hat, die Zukunft vorzubereiten, so erfüllen wir hier unsere Pflicht. Niemals aber wird man mich in meiner Mission wankend machen. Das mögen die Herren in Berlin sich merken.

Wenn die Gegner meinten, nun sei es mit der nationalsozialistischen Bewegung vorbei, so täuschen sie sich.

Diese Bewegung ist ein Fels, der steht und nimmermehr vergeht!

Ob wir ans Ruder kommen, bestimmen nicht Menschen. Menschen erkenne ich nicht als meine Vorgesetzten an, am wenigsten die Herren vom Herrenklub[10]. *Ihr redet gegen den Marxismus als Klassenerscheinung, und seid selbst die übelste Klassenerscheinung!* (Stürmischer Beifall.)

Ich habe noch nie mehr Vertrauen zur breiten Masse unseres Volkes gehabt als in diesen letzten Wochen und Monaten. Es steckt in unserem Volke ein guter Kern. Das Volk will statt Klassenkampf und Haß Versöhnung und Verständigung, und wenn ein kleiner Klüngel das nicht will, dann wird das Rad der Geschichte darüber hinweggehen.

In den neuen Wahlkampf gehen wir hinein genau wie bisher, bereit, jedem Deutschen die Hand hinzureichen, auch dann, wenn er in einem anderen Lager steht, aber auch ebenso entschlossen, der Bewegung auf keinen Fall ihr Ziel entfremden zu lassen.

Wenn das Schicksal mich einmal dahin beruft, wo ich glaube, daß ich einmal stehen muß, dann wird auch diese Stunde nur dann einen Sinn haben, wenn wir die Reinigung des deutschen Volkes von Klassen durchführen.

Es gibt nichts, was mich von meinem Ziel abbringen könnte, nichts, was mich meiner Idee untreu werden lassen könnte, von Ministersesseln ganz zu schweigen.

Was wir erstreben, sind nicht Ämter und Würden, was wir erstreben, ist die Verantwortung und damit die Macht.

Es soll sich keiner einbilden, daß ich von meinem Kampf ablassen würde. Und wenn ich der einzige wäre, dann würde ich bis zum letzten Augenblick die Fahne hochhalten. Erfüllen nun auch Sie Ihre Pflicht, so wie wir sie erfüllen wollen![11]

---

10 Anspielung auf den im November 1924 von Heinrich von Gleichen und Hans Bodo Graf von Alvensleben-Neugattersleben gegründeten Deutschen Herrenklub (DHK), der sich als "Repräsentanz einer konservativen politischen Oberschicht" verstand. Er setzte sich aus Großgrundbesitzern, Großindustriellen, Bankiers und Angehörigen der hohen Ministerialbürokratie zusammen. Der DHK berief sich auf die jungkonservativen Ziele, die Arthur Moeller van den Bruck in seinem Buch *Das dritte Reich* 1923 formuliert hatte. Mit der Bildung der Regierung Papen, der ebenso wie Innenminister Gayl Mitglied des DHK war, gewann der 1932 etwa 5.000 Mitglieder zählende Verein entscheidenden Einfluß auf die deutsche Politik. 1933 umbenannt in "Deutscher Klub", löste sich die Vereinigung 1944 auf. Vgl. Joachim Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, Köln 1978, S. 175 ff.; Yuji Ishida, Jungkonservative in der Weimarer Republik. Der Ring-Kreis 1928-1933, Frankfurt a. M. 1988, S. 55 ff.

11 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

11. Oktober 1932 Dok. 7
Rede auf NSDAP-Versammlung in Nördlingen[1]

Nördlinger Zeitung vom 12.10.1932, "Adolf Hitler in Nördlingen"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 6.

12. Oktober 1932 Dok. 8
Rede auf NSDAP-Versammlung in Pocking[1]

Pockinger Zeitung vom 13.10.1932, "Adolf Hitler in Pocking"[2].

Adolf Hitler kritisierte scharf das Papensche Wirtschaftsprogramm[3], das in Wirklichkeit nur dazu führe, die furchtbare materielle und seelische Notlage des deutschen Volkes noch mehr zu verschärfen. Darüber könnten auch alle noch so dialektischen Reden nicht hinweghelfen. Der wahre Sinn des 13. August [*1932*] sei nichts anderes gewesen, als der Versuch, der nationalsozialistischen Bewegung die Verantwortung aufzubürden, ohne ihr den entsprechenden Einfluß zuzubilligen[4]. Das wisse heute das ganze deutsche Volk. Nur Herr von Papen behaupte jetzt noch immer das Gegenteil. Entweder es wird in unserem Sinne regiert, dann tragen wir die

---

1 Im Zelt auf der Kaiserwiese, nach 22.30 Uhr. An der von Ortsgruppenleiter Theodor Hippler geleiteten Versammlung nahmen laut Lagebericht etwa 3.500 Menschen teil (Lokalpresse: 4.500 - 5.000). Vor Hitler sprach MdL Rudolf Buttmann. Hitlers Rede wurde mit Lautsprecher in den Saal des *Deutschen Hauses* übertragen, wo Hitler nach seiner Rede noch kurz auftrat, ohne zu sprechen. Ein weiterer Saal konnte nicht gefüllt werden.

2 Vgl. auch Rieser Tagblatt vom 13.10.1932, "Adolf Hitler in Nördlingen", VB vom 13.10.1932, "Die Bayernwoche nimmt ihren Anfang"; Rieser Volkszeitung vom 15.10.1932, "4.500 und 12.000 - ein Unterschied?"; Fränkische Volkstribüne vom 17.10.1932, "Die Zwanzigtausend von Günzburg" sowie Lagebericht (Halbmonatsbericht) der Regierung von Schwaben und Neuburg, Nr. 1752, vom 19.10.1932 (Abschrift); BayHStA, MA 102149. Ferner Vorankündigung in der Nördlinger Zeitung vom 11.10.1932. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 29.10.1932, "Der Führer auf großer Fahrt durch Deutschlands Gaue".

1 In der Ausstellungshalle des Fleckviehzuchtverbandes, von 15.00 bis 15.45 Uhr. An der von MdR Otto Erbersdobler geleiteten Versammlung nahmen laut Bericht des Bezirksamts Griesbach und der *Pockinger Zeitung* etwa 8.000 Personen teil. Nach Hitler sprach der Münchner Stadtrat Hermann Esser. Die Eintrittspreise waren von 30 Pfennig bis 3 RM gestaffelt. Die Grenzpolizeistelle Passau meldete: "Im übrigen habe die Rede infolge ihrer Inhaltslosigkeit den größten Teil der Zuhörer stark enttäuscht. Temperamentvoll und ausführlich sei Hitler nur geworden, wenn er von seiner eigenen Person sprach." Nach übereinstimmenden Meldungen verließ der Großteil der Zuschauer die Versammlung vor Essers Rede.

2 Vgl. auch Weidener Anzeiger vom 14.10.1932, "Hitler zur Kanzlerrede"; VB vom 16.10.1932, "Der Führer im Wahlkampf. Gegen Willkür, Wirtschaftsnot und Steuerlast"; Münchener Post vom 18.10.1932, "Das Nazi-Wunder von Pocking" sowie Bericht des Bezirksamts Griesbach an die Regierung von Niederbayern, Nr. 7115, vom 13.10.1932 (Abdruck); BayHStA, MInn 81588; Bericht der Grenzpolizeistelle Passau an die Polizeidirektion München, Nr. 688/32, vom 15.10.1932; StA München, Polizeidirektion München 6736. Ferner Vorankündigung in der Pockinger Zeitung vom 11.10.1932.

3 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.

4 Vgl. Dok. 4, Anm. 11.

Verantwortung, oder es wird nicht in unserem Sinne regiert, dann tragen die anderen die Verantwortung. Ich glaube an kein Regiment, das nicht im Volke selbst verankert ist. Ich glaube an kein wirtschaftliches Regiment. Nicht von oben kann man ein Haus aufbauen, sondern von unten muß man beginnen. Die Fundamente des Staates sind nicht die Regierung, sondern das Volk. Den bürgerlichen Parteien und Politikern, die seit dem November 1918[5] geschlafen hätten, während der Nationalsozialismus gearbeitet hätte, antworte er: Heute ist nicht mehr eure Zeit, sondern unsere Zeit. Herr von Papen, der erst vor drei Monaten aus der Zentrumspartei ausgetreten sei[6], in der er ein Dasein unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt habe, habe bis heute nichts geleistet. Wenn Herr von Papen sage: Sie [*Hitler*] sind nur da, weil die Not da ist[7], dann antworte er: Ja, wenn das Glück da wäre, dann brauchte ich nicht hier zu sein und ich würde nicht hier sein. Ich werde nicht dulden, daß diese sogenannten bürgerlichen Politiker die vom Nationalsozialismus in harter Arbeit aufgebaute Volksgemeinschaft wieder auseinanderreißen, sondern ich werde dieses deutsche Volk im Innern wieder aussöhnen. Ich weiß, daß ich damit die Voraussetzung zu neuer Größe der deutschen Nation schaffe.

Nach genau einer Stunde Redezeit[8] schloß er seine, an dieser Stelle platzmangelshalber kürzer zusammengefaßten Ausführungen, mit folgenden Worten: Ich will deutsche Männer sammeln und will immer das bleiben, was ich war, ein deutscher Volksmann, auch wenn ich zur Macht gelangen würde. Ich gehöre nicht zu denen, die immer sagen: "Das kann man nicht mit dem Volke machen", sondern ich sage im Gegenteil: "Mit unserm Volke kann man alles machen." Wir wollen, daß das Parlament beiseite tritt; was soll an seine Stelle treten? Ich will: "Die deutsche Nation!"

13. Oktober 1932 Dok. 9
Rede auf NSDAP-Versammlung in Gunzenhausen[1]

Der Altmühl-Bote vom 14.10.1932, "Adolf Hitler in Gunzenhausen"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 10.

---

5 Anspielung auf die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse in Deutschland.

6 Vgl. Dok. 6, Anm. 7.

7 Nicht ermittelt.
Daß der starke Zulauf Hitlers von der Wirtschaftskrise begünstigt werde, hatte z. B. Carl von Ossietzky bereits Mitte 1930 in der Zeitschrift *Weltbühne* festgestellt. Vgl. Gerhard Schreiber, Hitler. Interpretationen 1923-1983. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung, Darmstadt 1984, S. 43.

8 Redezeitangabe in Anm. 1 nach Bericht des Bezirksamts Griesbach. Die *Pockinger Zeitung* zählte offenbar die Zeit vom Eintreffen Hitlers am Veranstaltungsort (14.45 Uhr) bis zum eigentlichen Redebeginn mit.

1 Im Zelt auf dem Sportplatz, nach 17.00 Uhr. An der vom Bezirksleiter der NSDAP, Johann Appler, geleiteten Versammlung nahmen nach Angaben der Lokalpresse etwa 9.000 Menschen teil (*VB*: 15.000). Nach Hitlers etwa einstündiger Rede sprach der Münchner Stadtrat Hermann Esser. Hitlers Besuch in Gunzenhausen bezeichnete der *VB* als "des Führers Dank für den besten Bezirk Deutschlands".

2 Vgl. auch VB vom 15.10.1932, "Des Führers Siegeszug durch Bayerns Gaue"; Fränkische Tagespost vom 18.10.1932, "Aus dem Hitlerzirkus in Gunzenhausen." Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 29.10.1932, "Der Führer auf großer Fahrt durch Deutschlands Gaue".

13. Oktober 1932 Dok. 10
Rede auf NSDAP-Versammlung in Nürnberg[1]

Masch. Manuskript, o. D.[2]; BA, NL Streicher 125[3].

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Vor 10 Wochen haben wir nicht geglaubt, daß wir in so kurzer Zeit wieder im Kampf stehen werden[4]. Man hat geglaubt, daß die nationalsozialistische Bewegung kapitulieren würde oder zumindest sich fügen würde, aber niemals, daß wir noch einmal zu diesem großen Kampf bereit wären. Wir sind den harten Kampf seit 13 Jahren gewohnt, wie ein Herr von Papen da Stillsitzen in derselben Zeit gewohnt war. Er glaubte nun, daß wir den erneuten Kampf scheuen würden. Wir Nationalsozialisten haben aber in den letzten Wochen nicht nur zugesehen, wir waren überzeugt, daß schon nach 5 Wochen das ganze Notverordnungenwerk[5] von der deutschen Wirtschaft erledigt sein wird, daß das deutsche Volk dieses Blendwerk durchschauen und dann erkennen wird, als ich es am 13. August [*1932*] ablehnte[6], mich mit Stümperwerk zu identifizieren.

Das hätte ihnen so passen können, diese große Bewegung, die sie so nicht kaputtmachen konnten, daß sie mich mit einer Verantwortung belastet hätten, um mich mit ein paar Ministerstühlen abzuspeisen und das größte heilige Werk des deutschen Volkes damit zu zerstören. Ich kämpfte nicht für einen Ministerstuhl, der ist für mich noch nie verführerisch gewesen. Die Herren haben sich in mir getäuscht. Seitdem es in Deutschland Minister gibt mit so verschiedenen Charakteren, sind diese Posten nicht so verführerisch, als daß ein anständiger Mann seiner Ehre und seinem Gewissen entsagen könnte. (Begeisterter Beifall.)

Wenn etwas mich bewegen kann, eine solche Stelle anzunehmen, ist es nur die damit verbundene Macht und sonst gar nichts. Eine Marionettenfigur lasse ich nicht aus mir machen!

---

1 In der Festhalle im Luitpoldhain, von 20.00 bis 20.45 Uhr. An der von Gauleiter Julius Streicher mit einer Rede eröffneten Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 8.000 bis 10.000 Menschen teil (*VB*: 30.000). Die *Bayerische Volkszeitung* kommentierte: "Die Überschriften des Münchner Organs der NSDAP aus den letzten paar Wochen würden genügen, um die Ausführungen zu skizzieren. Der sozialistische Grundton klang stark durch."

2 Kopf: "Rede Adolf Hitlers am 13.10.1932 in der Luitpoldfesthalle Nürnberg".

3 Mit inhaltlich geringfügigen, hs. Korrekturen wurde die Rede offenbar für den Druck bei Preiß überarbeitet: Heinz Preiß (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939, S. 198-200. Die vorliegende Wiedergabe orientiert sich am masch. Text.
Vgl. auch Bayerische Volkszeitung vom 14.10.1932, "Hitler im Nürnberger Wahlkampf"; Fränkischer Kurier vom 14.10.1932, "Die Hitler-Versammlung"; Fränkische Tagespost vom 14.10.1932, "Der Schwindel geht schon wieder los"; Nordbayerische Zeitung vom 14.10.1932, "Hitler in Nürnberg"; VB vom 15.10.1932, "Die große Rede Adolf Hitlers in der Nürnberger Luitpoldhalle vor 30.000 Volksgenossen aller Stände"; 8-Uhr-Blatt vom 17.10.1932, "Hitler in Nordbayern" sowie Polizeibericht der Polizeidirektion Nürnberg vom 14.10.1932; BA, NS 26/13. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 29.10.1932, "Der Führer auf großer Fahrt durch Deutschlands Gaue".

4 Anspielung auf die Reichstagswahl vom 31.7.1932 und den bevorstehenden Wahltermin am 6.11.1932. Vgl. auch Dok. 4, Anm. 14.

5 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.

6 Vgl. Dok. 4, Anm. 11.

Sie haben sich noch in etwas anderem getäuscht. Wenn *Papen* sagt: "Ich erfülle, was die Nationalsozialisten erstrebt haben", so sage *ich*: Wenn die Vorsehung Herrn Papen als Führer gewollt hätte, dann hätte man Herrn Papen schon früher entdeckt. Dann hätte er für diese göttliche Sendung schon 13 Jahre lang kämpfen können. Es stand jedem frei, das Schicksal zu meistern, aber diese Männer waren nicht da,

die heilige Pflicht am deutschen Volke zu erfüllen! (Jubelnde Zurufe.)

Jetzt sollen sie nicht sagen, wir wollten ja, aber wir konnten nicht, weil die Nationalsozialisten da waren, so mußten wir den Herrenclub[7] nehmen.

Ich sage euch, wir hätten uns die Arbeit leichter machen können, ich hätte es leichter haben können, statt Tag für Tag mich heiser und wund zu reden, um nun zusehen zu müssen, wie ein anderer die Arbeit schafft und einem anderen die Ernte in den Schoß fällt. Sie haben keine Ahnung vom deutschen Volk und seiner Zuverlässigkeit. Deshalb wende ich mich *gegen sie*. Ich frage euch Volksgenossen: Was hat uns denn überhaupt zusammengeführt?

Die eine Erkenntnis: Deutschland ist krank, Deutschlands Wirtschaft zerfällt. Aber Deutschlands Wirtschaft zerfällt nur, weil Deutschlands politische Macht zerfällt, weil kein Deutschland mehr da ist, sondern nur Klassen, Stände, weil Konfessionen, Katholiken und Protestanten, gegeneinander sind und sich bekämpfen und dadurch die ganze deutsche Kraft lähmen.

Ich habe vor 13 Jahren unternommen, diesen Geist umzuformen, aus Bauern, Bürgern, Angestellten, aus Katholiken und Protestanten *wieder Deutsche zu machen*. Und nur wir werden dieses Werk vollenden können. Die ganze Welt kennt unsere Bewegung, aber Herrn von Papen hat vor 5 Monaten noch niemand gekannt. *Mich* kennen sie und *euch* kennen sie und die *Bewegung*. (Langanhaltender Beifall.)

Ein neues Deutschland ist im Entstehen begriffen. Wir haben die größte Organisation, die Deutschlands politisches Leben überhaupt gekannt hat[8]. Wir schufen eine neue Richtung im Volk, weil wir fühlten, daß eine neue Basis gefunden werden muß. Aus Millionen von Arbeitern[9], Millionen von Bürgern[10] und Bauern[11] machten wir eine lebendige Gemeinschaft[12].

---

7 Vgl. Dok. 6, Anm. 10.

8 Das traf im Hinblick auf die Zahl der Parteimitglieder nicht zu. Zwar vergab die NSDAP im April 1932 die Mitgliedsnummer 1.000.000, doch wies ihre parteieigene Statistik bis zum 30.1.1933 insgesamt nur 849.009 Parteieintritte aus; wegen der starken Mitgliederfluktuation ist die tatsächliche Zahl noch niedriger anzusetzen. Die SPD hatte in den zwanziger Jahren weit mehr als eine Million eingeschriebene Mitglieder und erreichte, trotz abnehmender Tendenz, am Stichtag 31.12.1931 eine Zahl von 1.008.953. Vgl. Albrecht Tyrell (Hrsg.), Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, S. 352; Partei-Statistik. Stand 1. Januar 1935 (ohne Saargebiet), Bd. 1: Parteimitglieder. Hrsg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, [*München 1935*], S. 12; Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1931, Berlin o. J., S. 109.

9 Umfassende Wahlanalysen lassen vermuten, daß bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 ca. 13% der wahlberechtigten Arbeiter NSDAP wählten - zum Vergleich: alle Berufsgruppen durchschnittlich 15%. Bei der Reichstagswahl vom 31.7.1932 wählten ca. 27% der wahlberechtigten Arbeiter NSDAP, bei einem Durchschnittswert von 31%. Unter den Wählern der NSDAP waren Arbeiter also leicht unterrepräsentiert, starke regionale und berufsspezifische Schwankungen eingeschlossen. Dennoch würde dies bedeuten, "daß ab Juli 1932 mehr Arbeiter NSDAP gewählt hätten, als jeweils der KPD oder SPD ihre Stimme gaben". Vgl. Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991, S. 198 ff., S. 225 mit Angaben zur Berechnung und den zugrundegelegten Definitionskriterien. Ferner Detlef Mühlberger, Hitler's Followers. Studies in the Sociology of the Nazi Movement, London 1991.

10 Der Sammelbegriff *Bürger* bezeichnete zur Zeit der Weimarer Republik Angehörige der freien Berufe, Selbständige, Beamte und Angestellte, also eine Schicht von enormer sozialer Spannweite. Obwohl das konfessio-

Die Herren können mir nicht abstreiten, daß ich dies seit 13 Jahren gepredigt habe. Der Klassenstaat soll niemals wiederkehren. Und jetzt sollte ich zurücktreten und ihnen mein Erbe überlassen? Einem Kabinett von Aristokraten[13]? Nein, sie täuschen sich! Diese Regierung sagt: "Wir werden den Massen schon den Herrn zeigen". Ich stehe auf dem Standpunkt: Ich will meinem Volk nicht den Herrn zeigen, sondern *ich will es erobern*. (Brausender Beifall.)

Die sozialdemokratische Partei und der Kommunismus waren von uns nicht bekämpft worden, um an ihrer Stelle statt einer Volksgemeinschaft Theorien und Phrasen zu setzen. Wer unseren Kampf miterlebt hat, der steht uns nicht mehr fremd gegenüber, der weiß, daß die Rettung der Wirtschaft eine sekundäre Erscheinung ist. Die Rettung des deutschen Volkes existiert nicht in Theorien, sondern als *Krönung unseres 13jährigen Kampfes*. Die Berliner Judenpresse soll sich irren, ich sage ihr nur eines: Das Wort *"unterwerfen"* gibt es in meinem Lexikon überhaupt nicht! (Dröhnender Beifall [*sic!*].)

Ob wir die Macht bekommen oder nicht, das entscheidet letzten Endes noch lange nicht [*sic!*]. Wir rasten noch ruhen nicht, wir ermüden nicht, uns treibt eine *innere heilige Kraft* zu erneuter Arbeit und zu hartem Kampf. Alles Äußerliche ist eitles Werk und eitles Beginnen. Eine Papen-Regierung besitzt heute die Macht: die Polizei und das Militär. Ich kann den Herren nur sagen: Als Nationalsozialist halte ich jedes Ringen für verderblich, das das Heer und die Soldaten

---

nelle Element die Wahlentscheidung wesentlicher bestimmte, lassen sich durch neuere umfassende Wahlanalysen allgemeine Aussagen zum Wahlverhalten dieser Gruppen treffen. Die Angehörigen der freien Berufe und die Selbständigen aus dem nichtagrarischen Sektor wählten wahrscheinlich nicht häufiger NSDAP als andere Bevölkerungsgruppen. Über das Wahlverhalten der Beamtenschaft können keine eindeutigen Feststellungen getroffen werden, doch die gegenüber der übrigen Bevölkerung überdurchschnittliche Repräsentation der Beamten unter den NSDAP-Mitgliedern läßt bedingt den Schluß zu, daß dies auch für die Wahlentscheidung der Beamtenschaft zutrifft. Entgegen einer vorherrschenden Meinung ist zu vermuten, daß Angestellte eher seltener als der Durchschnitt aller Wahlberechtigten NSDAP gewählt haben. Vgl. Horst Möller, Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung nach 1918. In: Lothar Gall (Hrsg.), Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jahrhundert, München 1997, S. 293-342; Falter, Hitlers Wähler, S. 230 ff. Ferner Mühlberger, Hitler's Followers.

11 Die Anhängerschaft der NSDAP in von der Landwirtschaft geprägten Gebieten Deutschlands lag seit 1932 über dem Durchschnitt des Deutschen Reichs, soweit sie überwiegend von Protestanten bewohnt waren, bereits seit 1930. So erzielte die NSDAP bei der Reichstagswahl am 31.7.1932 im Wahlkreis Ostpreußen, in dem 55,7% der Bevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft tätig war (reichsweit 30,5%), 47,1% der Stimmen, in Pommern, wo dieser Anteil bei 50,7% lag, 48% (reichsweites Ergebnis der NSDAP 37,3% der Stimmen). Vgl. Falter, Hitlers Wähler, S. 256 ff.; Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933. Von Jürgen W. Falter, Thomas Lindenberger, Siegfried Schumann. Unter Mitarbeit von Dirk Hänisch, Jan-Bernd Lohmöller und Johann de Rijke, München 1986, S. 73, Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S 21. Ferner Mühlberger, Hitler's Followers.

12 Außer der NSDAP repräsentierten von den damaligen Parteien faktisch nur Zentrum und DNVP alle sozialen Schichten, wobei die beiden letzteren ausgeprägte regionale Schwerpunkte und konfessionelle Grenzen besaßen. Vgl. Horst Möller, Weimar. Die unvollendete Demokratie, München [5]1994, S. 102 ff. sowie Peter Manstein, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919-1933. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung, Frankfurt a. M. [3]1990, S. 129 ff.

13 Der amtierenden Reichsregierung gehörten überdurchschnittlich viele Adlige an: Reichskanzler Franz von Papen, Außenminister Konstantin Freiherr von Neurath, Innenminister Wilhelm Freiherr von Gayl, Finanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Reichswehrminister Kurt von Schleicher, Post- und Verkehrsminister Paul Freiherr von und zu Eltz-Rübenach und Landwirtschaftsminister Magnus Freiherr von Braun. Daneben bekleideten auch drei Bürgerliche Ministerämter: Wirtschaftsminister Hermann Warmbold, Arbeitsminister Hugo Schäffer und Justizminister Franz Gürtner.

gebraucht, um sich vor dem Volke zu schützen. *In unserem Reich darf der deutsche Soldat nur eine Aufgabe haben, nicht die Regierung zu schützen, sondern Deutschland zu verteidigen.* Die Herren vom Herrenclub konnten ja schon vor 14 Jahren kommen und ihren Einfluß geltend machen, aber wo wäre heute ein Herr von Papen, wenn hier nicht Nationalsozialisten gewesen wären?

Wir werden unseren Weg weitergehen, auch in der Zukunft. Es soll kein Mittel geben, das uns vor unserer Aufgabe fernhielte. Und wenn die jüdische Presse prophezeit, daß wir abnehmen und die bürgerlichen Parteien zunehmen würden, so kann ich nur sagen: Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun [14]. Diese Herren *wollen* den Klassenkampf: hie Bürgertum, hie Proletariat. Sie haben nicht genug davon, daß Deutschland zugrunde ging, weil sie den Mut nicht aufbringen, sich im Kampf zu bewähren. Wir aber kämpfen bis zum letzten Atemzug, unsere Schädel werden härter sein als deren Köpfe.

Das Werk, das von 7 Mann [15] auf 14 Millionen [16] anwuchs, wird weiterwachsen in unserem unbändigen Willen, *bis ein Reich* und *ein Volk* gewaltig nach außen, beseelt von der einzigen Idee, daß Gott unseren Kampf gewollt hat [*sic!*]. Hätte er unseren Untergang gewollt, dann hätte er uns nicht als Deutsche erschaffen.

Heil!

13. Oktober 1932 Dok. 11
Rede auf NSDAP-Versammlung in Weiden [1]

Weidener Anzeiger (Weidener Zeitung) vom 14.10.1932, "Adolf Hitler in Weiden" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 10.

---

14 Nach Lukas 23, 34: "Vater, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun."

15 Als Hitler im September 1919 der damaligen DAP beitrat, hatte diese bereits mehr als sieben Mitglieder. Hitler war jedoch als Werbeobmann das siebente Mitglied des "Arbeitsausschusses" der Partei. In der ersten überlieferten Mitgliederliste vom 2.2.1920 trägt Hitler die Nummer 555; in der ersten Liste nach Hitlers kurzzeitigen Aus- und seinem Wiedereintritt am 26.7.1921 in die inzwischen in NSDAP umbenannte Partei wurde er als Mitglied 3.680 geführt. Vgl. Werner Maser, Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt a. M. 1965, S. 167 sowie Anton Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989, S. 251 ff.

16 Bezieht sich auf die Zahl der Wähler bei der Reichstagswahl am 31.7.1932. Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

1 Im Zelt auf dem Sportplatz des Turnerbundes, nach 23.30 Uhr. An der von Gauleiter Franz Maierhofer mit einer Rede eröffneten Versammlung nahmen laut *VB* etwa 10.000 Menschen teil. Vor Hitler sprach der Gauleiter des Gaues Oberbayern, Adolf Wagner.

2 Vgl. auch Oberpfälzischer Kurier (Weidener Tagblatt) vom 14.10.1932, "Hitler in Weiden"; VB vom 15.10. 1932, "Adolf Hitler in Weiden" sowie Vorankündigung im Weidener Anzeiger (Weidener Zeitung) vom 11.10.1932.

14. Oktober 1932 Dok. 12
"Aufruf zum Hilfswerk für die Opfer aus den Reihen der S.A."
Aufruf

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 14.10.1932 [1].

Die Opfer der S.A. in den letzten Wochen sind ins ungeheuerliche gestiegen [2]. Neben den im Dienste der Bewegung verwundeten und geschädigten S.A.- und S.S.-Kameraden sind es vor allem die Familien, die Frauen und Kinder, die bittere Not leiden müssen, während ihre Ernährer kein Brot verdienen können.

Ich rufe daher die stets bewährte Opferbereitschaft [3] der im Zeichen der deutschen Volks- und Schicksalsgemeinschaft in der "Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei" e. V. [4] geeinten deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen an, soweit es ihre eigenen Mittel erlauben, den notleidenden Kampfgefährten zu helfen. Auch die kleinste Spende ist willkommen. Beiträge sind, da rasche Hilfe nottut, beschleunigt zu senden an das Konto Nr. 120 (S.A.-Hilfswerk), der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank München, Zweigstelle Barerstraße.

gez. *Adolf Hitler*

1 Vgl. auch VB vom 16./17.10.1932, "Aufruf".

2 Im ganzen Jahr 1932 wurden der SA-Versicherung 14.005 Verletzte gemeldet. Zahlen für nur einzelne Monate sind nicht ermittelt. Vgl. Andreas Werner, SA und NSDAP. SA: "Wehrverband", "Parteitruppe" oder "Revolutionsarmee"? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920-1933, Diss. phil., Erlangen 1964, S. 412. Nach parteieigenen Angaben wurden zwischen 1923 und einschließlich 14.10.1932 182 NSDAP- und SA-Angehörige bei politisch motivierten Auseinandersetzungen getötet. Vgl. Thor Goote, Kam'raden die Rotfront und Reaktion erschossen ... Ein Buch vom Opfertode unserer braunen Kameraden, Berlin 1934, S. 71 ff.

3 Seit 1928 versuchte die Parteiführung, unkontrollierte Sammlungen für die bei politischen Auseinandersetzungen verletzten Parteimitglieder durch die von Martin Bormann geleitete SA-Versicherung einzuschränken. Diese Versicherung, seit September 1930 "Hilfskasse der NSDAP", war eine Unfall- und Haftpflichtversicherung für SA- und NSDAP-Mitglieder, die seit Dezember 1928 von der Obersten SA-Führung selbst verwaltet wurde. Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 408 ff. sowie Bd. III/1, Dok. 66, Bd. III/2, Dok. 80, Dok. 120.

4 Der Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterverein, NSDAP/NSDAV wurde am 10.10.1925 vom Amtsgericht München, Registergericht, in das Vereinsregister (Bd. 20, Nr. 67a, S. 137) eingetragen. Der Verein wurde gegründet, um der Partei Rechtscharakter zu verleihen. Die erste Satzung wurde in der ersten Generalmitgliederversammlung am 21.8.1925 beschlossen (Druck: Bd. I, Dok. 64) und am 22.5.1926 durch eine von der Generalmitgliederversammlung einstimmig angenommene Neufassung abgelöst (Druck: Bd. I, Dok. 146).

14. Oktober 1932 Dok. 13
Rede auf NSDAP-Versammlung in Hof[1]

Hofer Anzeiger vom 15.10.1932, "Große Hitler-Kundgebung in Hof"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 14.

14. Oktober 1932 Dok. 14
Rede auf NSDAP-Versammlung in Selb[1]

Sonderbericht des Bezirksamts Rehau an die Regierung von Oberfranken (Abdruck), Nr. 258 St.K., vom 18.10.1932; BayHStA, MInn 81588[2].

Hier erschien dann Adolf Hitler und ergriff sogleich das Wort zu folgenden Ausführungen: Ihm sei am 13.8.[*19*]32 angetragen worden, in die heutige Reichsregierung einzutreten; er habe dieses Angebot aber abgelehnt[3]. Das Problem, das heute vor uns stehe, sei ungeheuerlich.

Dann kam er auf das Papensche Wirtschaftsprogramm zu sprechen[4] und erklärte hiezu, es könne keinen Zweifel mehr geben, daß der Versuch, damit die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, als restlos mißlungen zu bezeichnen sei. Dieses sogenannte Rettungswerk könne höchstens noch einmal die Banken retten, die man nicht mehr wage zu sanieren. Es sei selbstverständlich, daß seine Bewegung und insbesondere er niemals für eine Wirtschaftsnotverordnung zu haben sein werde[*n*], die letzten Endes nicht darauf hinausgehe, die Wirtschaft zu retten, sondern nur,

---

1 Im Zelt auf dem Volksfestplatz, nach 20.00 Uhr. An der von Gauleiter Hans Schemm geleiteten Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 12.000 Menschen teil. Nach Hitlers einstündiger Rede sprach NSDAP-Mitglied Franz Ganninger. Der *Hofer Anzeiger* berichtete: "Die größte Zahl der Zuhörer indessen sah mit der Rede Hitlers den Zweck des Abends erfüllt und verließ das Festzelt." Die Rede Hitlers wurde mit Lautsprechern ins Schützenhaus und in die Vereinshalle übertragen. Im Schützenhaus begrüßte Hitler anschließend noch die Teilnehmer, jedoch nicht in der Vereinshalle; der Polizeibericht meldete daher: "Ein großer Teil [*der Zuhörer*] zog unter Schimpfen dort ab." Die Eintrittspreise waren vom 1 RM bis 5 RM gestaffelt.

2 Vgl. auch Oberfränkische Volkszeitung vom 15.10.1932, "Volksfest in Hof", vom 18.10.1932, "Adolf, der Ignorant und seine Windbeutelpresse"; VB vom 16./17.10.1932, "'Warum ich kein Vertrauen zu dieser Regierung habe? Weil sie im luftleeren Raum operiert!'" sowie Polizeibericht Nr. 3791/71 der Polizeidirektion Hof vom 15.10.1932 (Abdruck); BA, NS 26/13.

1 Im Zelt hinter der Turnhalle, von 22.00 bis 23.10 Uhr. An der von Georg Kellermann geleiteten Versammlung nahmen nach amtlicher Schätzung etwa 7.000 bis 8.000 Menschen teil (*VB*: 12.000). Vor Hitler sprachen Pfarrer Richard Zwörner, Ortsgruppenleiter Kellermann und Gauleiter Hans Schemm.

2 Vgl. auch Selber Tageblatt vom 15.10.1932, "Hitler in Selb"; VB vom 16./17.10.1932, "Weiter nach Selb"; Bericht der Schutzmannschaft Selb an den Stadtrat Selb vom 14.10.1932; StA Bamberg, K 18 Verz. X sowie Benedikt Lochmüller, Hans Schemm, Bd. 2: 1920-1935, München 1940, S. 323. Ferner Vorankündigung im Selber Tagblatt vom 14.10.1932.

3 Vgl. Dok. 4, Anm. 11.

4 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.

wie schon so oft, die Banken. Aber diese rein äußerlichen Gründe sachlicher Art seien noch gar nicht das Entscheidende.

Die nationalsozialistische Bewegung gehe von dem Grundsatz aus, daß die Zukunft unseres Volkes selbst nur das Ergebnis des Krafteinsatzes des Volkes sein könne, als Voraussetzung einer gesunden Wirtschaft, die nicht gestaltet werde von einem Diplomaten, sondern nur von der Nation und der Kraft selbst. Immer, wenn wir geistige Kämpfe im Innern gehabt hätten, hätte es das deutsche Volk an seiner Weltstellung büßen müssen und dann, wenn diese Kämpfe überwunden waren, gewonnen. Es gäbe keine Wirtschaftszukunft, wenn nicht vorher der Kräfteeinsatz gesichert sei.

Hitler sagte weiter, er sei in der Zeit aufgetreten, als alle Wirtschaftsapostel erklärt hätten, die Wirtschaft werde Deutschland wieder aufrichten. Er sagte, das sei die größte Dummheit. Noch nie habe die Wirtschaft den Staat aufgerichtet. Seitdem seien 13 Jahre vergangen, und die Entwicklung habe ihm recht gegeben.

Dann befaßte sich [*der*] Redner längere Zeit mit der Person des Reichskanzlers von Papen. Dabei führte er wörtlich aus: "Glauben Sie, Herr von Papen, daß Sie etwa mehr Autorität haben wie wir [*sic!*]? Sie bilden sich ein, weil Sie Herr von Papen heißen, sind Sie nicht zu beseitigen? Sie bilden sich ein, daß nun plötzlich Weltanschauungen beseitigt werden könnten durch Kabinette. Das ist genau so, als wenn ich sage: ich beseitige Religion durch eine Regierung, durch Minister usw.". Eine autoritäre Regierung, fuhr er fort, sei nicht in Vergleich zu setzen zu einer Institution, wie sie eine Regierung sei, die gar keine Verankerung im Volk habe. Von Papen sage nun, er gelte dabei als ein Organ einer göttlichen Weltordnung[5]. Die göttliche Weltordnung habe eine ganz andere Ordnung. Von Papen sei sich sehr spät klar geworden. Am Tage seiner Ernennung sei er aus einer anderen Institution hervorgegangen, die vermutlich nicht in der göttlichen Institution gelegen sei, und erst seitdem habe er dem Zentrum theoretisch ade gesagt[6]. Er - Hitler - sage, es gäbe ohne Zweifel eine göttliche Ordnung, diese müsse aber dem Volke verständlich sein.

Dann wandte sich Hitler gegen den Marxismus. Er habe 13 Jahre lang gekämpft und sich vor die Millionen Arbeiter hingestellt und ihnen erklärt, sie müßten heraus aus dem Klassenwahnsinn und -irrsinn und zurückkehren; da könne er jetzt die 14 Millionen, die er gewonnen habe[7], nicht auf einmal verlassen und sagen, er danke ihnen, daß sie ihm soviel gegeben hätten. Er wolle diese Menschen binden in einer neuen Volksgemeinschaft, nicht durch ein betrügerisches Manöver. Diese Menschen würden wieder zurückkehren, wenn sie sehen würden, daß das ganze ein Betrug gewesen sei.

Allen Herren, so fuhr [*der*] Redner fort, die sich ihm angeboten hätten, könne er sagen:

1.) Man solle ihm keine Ministerstellen anbieten, das übe auf ihn keinen Einfluß aus.

2.) Es sei auch nicht daran zu denken, daß man ihn mit den damit verbundenen Bezügen hiezu bewegen könnte. Er sei freier Schriftsteller und verdiene sich sein Geld[8]. Er nehme ein Staatsamt nicht an; er habe das nicht nötig und verzichte darauf[9].

---

5 Am Abend des 12.9.1932 hielt Reichskanzler Papen im Rundfunk über alle deutschen Sender eine Programmrede, die folgende Passage enthielt: "Alle Autorität des Staates und jedes Amtes hat ihren Ursprung in Gott, auch wenn der Träger des Amtes vom Volk bestimmt wird." Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 546 ff., S. 558.

6 Vgl. Dok. 6, Anm. 7.

7 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

3.) Man solle ja nicht glauben, daß er 13 Jahre für etwas gekämpft habe, um es im 14. Jahre plötzlich wieder preiszugeben. Das könnten die Männer ja gar nicht beurteilen, die nicht selbst so gekämpft hätten.

Alle, die heute kämen und sagen würden, sie wollten sein Programm durchführen [10], könnten es weder begreifen, weil sie es nicht geschaffen hätten, noch schützen, weil sie auch nicht dafür die Opfer gebracht hätten. Seine Bewegung sei kein Objekt, das man erst schaffen und dann wieder beliebig verschachern könne.

Nach einigen Ausführungen über seine Stellung zum Parlamentarismus führte Hitler dann weiter aus: Er habe keine Maschinengewehre und doch habe er eine bedingungslose Autorität. Er kenne nicht Klasse und Stand. Er sei stolz auf seine Bewegung. Er habe ihr die Möglichkeit gegeben, ihre Fähigkeiten zu entwickeln, ohne Ansehen ihrer Herkunft. Es seien darunter Prinzen genau so wie Bauern. Es gäbe nur eins; denn das Kostbarste eines Volkes seien nicht eingebildete Nachkommen, sondern Köpfe.

Wenn ihm gesagt werde, daß er niemals an die Macht komme, wenn er nicht unter das Joch (der heutigen Regierung?) gehe, dann sage er: "Herr von Papen, darüber entscheiden nicht Sie." Das liege ausschließlich in der Macht der Vorsehung. Über eines solle man sich nicht irren: daß er jemals faule Kompromisse schließe. Sein Ziel sei, eine Bewegung zu gründen, die stark genug sei, allmählich das ganze Volk zu erobern. Er wolle es nicht beseitigen, sondern gewinnen. Wenn jemand Gewalt anwende, dann könne er auch von "uns" (der nat[*ional*]-soz[*ialistischen*] Bewegung) Gewalt haben. Die Reichswehr gehöre zum Schutze nach außen, nicht im Innern [11].

Er habe in den letzten Wochen gesehen, wie hart und fest die Bewegung sei, und zwar als Weltanschauung, bekämpft von allen Seiten. Die einen wollten, die anderen könnten sie nicht verstehen. Trotz einer Flut von Lügen wachse sie aber immerzu. Er glaube, daß die Bewegung noch mehr wachse. Sie habe kein anderes Ziel, als aufrichtig und ehrlich dem deutschen Volke zu dienen. Wenn er etwas anderes gewollt hätte, dann hätte er sich ja am 13.8.[*19*]32 entscheiden können.

Es spiele keine Rolle, wann die Nationalsozialisten zur Macht kämen. Nur eines sei notwendig, daß die Idee der Bewegung nicht preisgegeben werde. Ihre Stunde werde kommen, unter dem unbändigen Willen in der Sammlung der deutschen Menschen.

---

8 1932 gab Hitler in seiner Steuererklärung ein Gesamteinkommen von 64.639 RM an. Davon stammten 62.340 RM aus dem Verkauf von *Mein Kampf*, 2.299 RM aus anderer schriftstellerischer Tätigkeit. Nach Abzug der Steuern verblieben 44.745 RM. Vgl. Oron James Hale, Adolf Hitler: Taxpayer. In: The American Historical Review 60 (1955), S. 830-842, S. 837 ff.
Nach amtlichen Angaben betrug das jährliche steuerpflichtige Diensteinkommen des Reichskanzlers unter Berücksichtigung der krisenbedingten Kürzungen 29.200,50 RM. Dazu kam eine Dienstaufwandsentschädigung, die im Haushaltsjahr 1932 die Gesamthöhe von 18.000 RM hatte. Reichsminister bezogen ein steuerpflichtiges Gehalt von 23.360,40 RM, zuzüglich einer Dienstaufwandspauschale von 4.800 RM. Vgl. Kreuz-Zeitung vom 28.10.1932 (Ausgabe B), "Die Höhe der Ministergehälter".

9 Nach einer öffentlichen Diskussion über Hitlers Einkommen im April 1932 (vgl. Bd. V/1, Dok. 19, 23) wurden die Bezüge, die ihm als braunschweigischer Regierungsrat zustanden, einem Fonds für Bedürftige zugeführt. Vgl. Rudolf Morsey, Hitler als braunschweigischer Regierungsrat. In: VfZ 8 (1960), S. 419-448.

10 Vgl. z. B. Dok. 1, Anm. 4.

11 Artikel 160 des Versailler Friedensvertrages bestimmte unter anderem: "Das Heer ist nur für die Erhaltung der Ordnung innerhalb des deutschen Gebiets und zur Grenzpolizei bestimmt." Druck: RGBl. 1919, S. 919.

Der Wall, den der Nationalsozialismus um Deutschland aufgerichtet habe, werde nicht ersetzt durch ein Kabinett. Der Idealismus und die Begeisterung, die in der Bewegung wiedererstanden sei, könne man nicht durch etwas anderes ersetzen.

Am 6. November [*1932*] finde wieder eine Wahl statt[12]; am 7. November werde der Kampf weitergehen. Um die Seele deutscher Arbeiter, deutscher Bauern und auch Bürgerlicher. Wenn er von einer Regierung gefragt werde, wann er denn den Kampf aufgeben wolle, dann sage er: "Herr von Papen, wenn der letzte Deutsche in der Bewegung steht." Dann sei Deutschland wieder fähig, die Stellung einzunehmen, die ihm gebühre, denn nicht Diplomaten können Völker frei machen. Er wolle die deutsche Kraft formen; ein großes Werk, das am 6. November nicht sein Ende finde, sondern das an diesem Tage nur einen Kampftag habe. Der Kampf werde vergehen, und die Arbeit der Bewegung werde wieder beginnen.

16. Oktober 1932 — Dok. 15
"Nationalsozialistische Weltauffassung gegen Ideenlosigkeit und Dilettantismus"[1]
Schreiben an Franz von Papen

Broschüre: "Adolf Hitlers Offener Brief an Herrn von Papen. Die Antwort des Führers der NSDAP an den Reichskanzler", Berlin 1932[2]; IfZ, Fk 1486[3].

Herr Reichskanzler!

Als Sie am 12. Oktober [*1932*] vor dem Bayerischen Industriellenverband in München Ihre große Rede hielten[4], wurden zwei Absichten bemerkbar: Erstens sollte damit eine Rechtfertigung Ihrer Wirtschafts- und Außenpolitik erfolgen und, zweitens, durch eine geschickte Polemik meine Person und die nationalsozialistische Bewegung angegriffen und erledigt werden. Da Sie mich, Herr Reichskanzler, dabei des öfteren direkt und indirekt anführten, sehe ich mich gezwungen, auf diese Ihre Rede ausführlich einzugehen.

Nach den üblichen Vorbildern neudeutscher Regierungskunst beginnt Ihre Rede mit einer Motivierung Ihrer Außenpolitik, geht dann über in eine Verteidigung Ihrer wirtschaftspolitischen Maßnahmen und endet im Bereiche der innenpolitischen Gestaltung unseres Lebens.

Schon die von Ihnen gewählte Reihenfolge Ihrer Themen zeigt den inneren Gegensatz zwischen Ihrer Betrachtung der Lebensvorgänge eines Volkes und der unseren.

---

12 Vgl. Dok. 4, Anm. 14.

1 Titel laut Vorlage.
2 "Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Gerhard Schlesier, Berlin W 15. Druck: H. Jamrowski & Co., Berlin-Charlottenburg 1."
3 Vgl. auch VB vom 21.10.1932, "Adolf Hitlers Antwort an Reichskanzler von Papen".
4 Im Phöbus-Palast, nach 11.00 Uhr vor etwa 2.500 Zuhörern. Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 754-764.

Als Nationalsozialist beherrscht mich die Erkenntnis, daß Außenpolitik und Wirtschaftspolitik nur Funktionen sind zur Selbstbehauptung und Erhaltung eines Volkskörpers und mithin bestimmt werden von Faktoren, die in inneren Werten dieses Volkskörpers ihre Wurzel haben und aus ihnen ihre bestimmende Anweisung bekommen.

Diese inneren Werte umfassen ebenso die an sich im Blute gegebenen wie die durch Vererbung erhaltenen. Sie umfassen weiter die Werte der gesellschaftlichen und staatlichen Organisation eines Volkskörpers. Wenn man im Völkerleben von "Reformen" redet, dann kann es sich unter Berücksichtigung *kurzer* Zeiträume immer nur um Änderungen in der gesellschaftlichen und staatlichen Organisation der Menschen handeln, da die *bluts*mäßigen Werte an sich gegeben sind, Werte also, die in kurzen Zeiträumen verdorben, aber nur in langen Zeiträumen verbessert werden können.

Allerdings ist die blutsmäßige Aufbesserung eines Volkskörpers die erhabenste Aufgabe des wahrhaften Staatsmannes. Auf keinen Fall aber kann man die Wiedererhebung eines Volkes anbahnen, ohne diese größte Aufgabe im Auge zu behalten, und noch weniger, wenn man sich gegen sie stellt.

Im Hinblick darauf, daß die nationalsozialistische Bewegung aber gerade diese Erkenntnis in sich aufgenommen hat, stellt sie sich auf einen *geistigen Standpunkt von dauernder Gültigkeit,* nicht nur für die Betrachtung und Beurteilung der einzelnen Lebensvorgänge und Funktionen des Volkskörpers, sondern auch für die Durchführung der Absichten, die sich aus der Berücksichtigung dieser Erkenntnis für unser Volk in der Zukunft ergeben. *Damit setzt diese Idee die sie vertretende Organisation der nationalsozialistischen Bewegung in den Besitz einer Weltauffassung, die auf eine absolute Totalität Anspruch erheben kann. Und dank dieser universalen Idee ist diese Bewegung auch befähigt, den Kampf gegen andere Weltauffassungen durchzuführen.*

Es ist deshalb verständlich, daß die Betrachtungen, die ich als *Nationalsozialist* über die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder außenpolitischen Lebensvorgänge anstelle, in sich geschlossene sind. *Daher ist es auch wohl verständlich, daß es für mich schwer ist, mich mit einer Rede zu beschäftigen, deren innere Disharmonie gerade deshalb so hervortritt, weil ihr jeder irgendwie mit dem Verstand zu fassende Ausgangspunkt fehlt.*

Es ist daher die Aufgabe dieser meiner Erwiderung, gerade die *Unlogik nicht nur dieser Ihrer Rede, Herr von Papen, sondern auch Ihres Handelns* aufzuzeigen. Daß ein solches Handeln für die Nation nicht nur unzweckmäßig, sondern auf das äußerste bedenklich ist, ergibt sich von selbst. Am sichtbarsten wird der Mißerfolg infolge dieser unlogischen Veranlagung zunächst gerade auf dem Gebiet in Erscheinung treten, das Sie sich, Herr Reichskanzler, als erstes Experimentierfeld ausersehen haben.

Die Krise der deutschen Wirtschaft

ist eine Erscheinung, die in ihren letzten Ursachen mit einem nur wirtschaftlichen Verstand nicht begriffen werden kann.

Das wirtschaftliche Denken ist der Tod jedes völkischen Idealismus

Ihr Ausgangspunkt liegt in dem Mißverhältnis, das zwischen dem deutschen Volke als Zahl seiner Bedeutung aus blutsmäßig gegebenen Fähigkeiten, einem daraus resultierenden Kulturbedürfnis und allgemeinen Lebensstandard einerseits und der als Lebensraum dem deutschen

Volke zur Zeit zugewiesenen Reichsfläche andererseits besteht [*sic!*]. *Das deutsche Volk ist daher gezwungen, entweder seine Volkszahl dem beengten deutschen Boden anzupassen, das heißt sich selbst zu dezimieren, oder die übrige Welt für seine Lebenshaltung in Anspruch zu nehmen, sei es durch das Abschieben deutscher Arbeitskräfte als Auswanderer, oder durch das Hinaussenden der deutschen Arbeitsleistung als Ware. Dieser letzte, seit Jahrzehnten vor dem Kriege bereits unternommene Versuch, die Lebenshaltung des deutschen Volkes durch eine intensive Anteilnahme am Weltverkehr und Welthandel zu ermöglichen, führte Deutschland in den Weltkrieg*[5].

Der Weltkrieg wurde verloren, weil die weltanschauliche Zerrissenheit der deutschen Nation einen geschlossenen Einsatz aller völkischen Kräfte nach außen bereits unmöglich machte.

Das ohne einheitliche weltanschauliche Auffassung schwankende, zwischen internationalen Marxismus und bürgerlichen, sogenannten nationalen Vorstellungen zerrissene Volk beendete das Ringen um seine damalige Lebensgeltung mit einer Revolution.

Die Folgen dieser Revolution des Jahres 1918 waren entsetzliche: Nach ungeheuersten Blutopfern eine *außenpolitisch demütigende Kapitulation,* ohne daß im Innern der Weltanschauungsstreit eine Beendigung durch den Sieg einer Richtung gefunden hätte. Nicht nur, daß damit Deutschland seinen notwendigerweise dauernd steigenden Anteil an den außerhalb Deutschlands liegenden internationalen Geschäftsmöglichkeiten verlor, *trat nunmehr sogar eine vernichtende Schmälerung der bisher innegehabten Beteiligung an internationalen wirtschaftlichen Möglichkeiten ein.* Eine vorübergehende, durch Lieferungen auf Grund unsinniger "Reparations"-Verpflichtungen mitunterstützte scheinbare Blüte der deutschen Produktion führte zu einer umfassenden Rationalisierung[6], zwang aber damit zugleich zu einer schweren öffentlichen und privaten Überschuldung[7].

Das Erwachen aus dem Reparationsunsinn, die allgemeine Einengung wirtschaftlicher Absatzmärkte überhaupt, die gigantische Steigerung der internationalen Konkurrenz führt zum langsamen Leerlauf der auf das äußerste rationalisierten Betriebe und endlich zu ihrem Stillstand.

Eine Arbeitslosenarmee wuchs damit heran und wurde zu einem
drohenden fünften Stand.

Daß man dieser aus dem politischen Verfall unseres Volkes resultierenden Katastrophe nicht mit kümmerlichen finanziellen und wirtschaftlichen Mittelchen Herr werden kann, liegt auf der

5 Zur Bedeutung von Weltwirtschaft und Welthandel für die Entstehung des Ersten Weltkriegs vgl. Volker R. Berghahn, Sarajewo, 28. Juni 1914. Der Untergang des alten Europa, München 1997, S. 23 ff.

6 Vgl. hierzu Thomas von Freyberg, Industrielle Rationalisierung in der Weimarer Republik. Untersucht an Beispielen aus dem Maschinenbau und der Elektroindustrie, Frankfurt a. M. 1989.

7 Die Gesamtverschuldung des Deutschen Reichs betrug am 30.9.1932 11.540,6 Millionen RM, die der Länder und Hansestädte 3.059,9 Millionen RM, die der Großstädte des Deutschen Reichs (ohne Hansestädte) 5.087,5 Millionen RM. Die als Reaktion auf die 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise von den Reichsregierungen betriebene Deflationspolitik sowie die Fixierung auf einen ausgeglichenen Reichshaushalt führten dazu, daß vor allem Städte und Gemeinden von den Auswirkungen der Krise betroffen waren. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 458 sowie Wolfgang Heindl, Die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden in Deutschland von 1925 bis 1933. Öffentliche Haushalte und Krisenverschärfung, Frankfurt a. M. 1984, S. 251 ff.
Banken, Sparkassen, Genossenschaften und die öffentliche Hand hatten am 30.9.1932 Kredite im Gesamtbetrag von 50.719,5 Millionen RM ausgegeben. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 358 f.

Hand. *Alle Maßnahmen wirtschaftlicher Art zur Behebung dieser Not - und mögen sie noch so schwer und eingreifend sein - sind in ihrem letzten Erfolg zur Aussichtslosigkeit verdammt, wenn nicht der Ursprung des wirtschaftlichen Verfalls erkannt wird.* Diese Diagnose unseres kranken Volkes verpflichtet uns damit, den Heilungsprozeß *dort* einzuleiten, wo die Krankheit ihren Anfang genommen hat.

Es ist dies um so wichtiger, als erfahrungsgemäß im Völkerleben rein wirtschaftliche Maßnahmen, auch wenn sie tausendmal notwendig sind, nur schwer ertragen werden, sowie der ganze Sinn eines Volkes mit nur wirtschaftlichem Denken infiziert ist.

Die Bereitwilligkeit zum Ertragen wirtschaftlicher Nöte, ja die allgemeine Opferwilligkeit überhaupt nehmen in eben demselben Umfange ab, in dem die Menschen mangels großer völkisch-politisch aufwühlender und bewegender Gedanken und Aufgaben sich nur mehr mit ihren eigenen wirtschaftlichen Belangen beschäftigen und in ihnen aufgehen.

Das wirtschaftliche Denken erzieht am Ende immer zum Egoismus, und nur das völkisch-politische zum Idealismus und damit zum Heroismus.

Niemals aber benötigt ein Staatsmann diese gewaltigen Kräfte mehr als in einem Augenblick, da eine scheinbar erdrückende wirtschaftliche Not nur durch die ungeheuersten Anstrengungen überwunden und beseitigt werden kann.

In Deutschland haben die Regierungen seit dem Jahr 1918 dies nicht begriffen. Im Gegenteil: Um einer insbesonders unseren bürgerlichen Politikern unheimlich erscheinenden völkisch-weltanschaulichen Krise und deren Lösung in unserem Sinne zu entgehen, vermeinten sie in der Wirtschaft ein taugliches Mittel zum Wiederaufbau des Deutschen Reiches zu besitzen.

Als aber die törichte Phrase vom Wiederaufbau Deutschlands allein durch die harte Wirklichkeit ad absurdum geführt war, begann die Periode der Rettung der Wirtschaft selbst auf dem Notverordnungsweg. Mit Hilfe des Art[*ikel*] *48 löffelte man nun dem wirtschaftlichen Patienten die Gifte und Gegengifte in so schneller Reihenfolge ein, daß die Wirtschaft heute fast ebensosehr an den Medizinen krankt als am ursprünglichen Leiden*[8].

Dabei war der Grundcharakter aller dieser Maßnahmen einem uralten Rezept entnommen, das für normale Zeitläufe ohne Zweifel seinen Sinn hat, aber diesen Sinn im Augenblick verlieren muß, wo es sich um eine Katastrophe des heutigen Ausmaßes aus den uns bekannten Ursachen handelt. *Man drosselte die Ausgaben und erhöhte die Einnahmen*[9]. Die Folgen dieses steuerlichen Vernichtungsfeldzuges konnten nicht ausbleiben und sind nicht ausgeblieben.

---

8 Wurden 1930 vom Reichstag noch 98 Gesetze beschlossen, so waren es 1931 nur noch 34, während die Zahl der als Notverordnungen erlassenen Gesetze von fünf im Jahr 1930 auf 44 im Jahr 1931 stieg. Dieses Mißverhältnis steigerte sich 1932: Das Parlament erließ fünf Gesetze, der Reichspräsident 59 Notverordnungen. Vgl. Hans Boldt, Der Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung. Sein historischer Hintergrund und seine politische Funktion. In: Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. Hrsg. von Michael Stürmer, Königstein/Ts. 1980, S. 288-309.

9 Anspielung auf die Deflationspolitik der Regierung Brüning, die, auch um den Preis hoher sozialpolitischer Opfer, das Ziel hatte, vor dem Hintergund der Weltwirtschaftskrise die Reparationsgläubiger vom guten Willen Deutschlands, zugleich aber von der objektiven Unmöglichkeit eines weiteren Transfers der Reparationen zu überzeugen. Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 85 ff.; Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970, S. 489 ff.; Reinhard Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981, S. 201 sowie Dok. 3, Anm. 5.

Trotzdem setzen Sie, Herr von Papen, diese unmöglichen Versuche weiter fort.

Die großen Gedanken, die wir Nationalsozialisten seit vielen Jahren prägten und predigten, sind heute von Ihnen zum Teil akzeptiert worden, sind aber unter Ihrer unglücklichen Hand so verkümmert, daß höchstens wertvolle Begriffe verbraucht wurden, ohne irgend jemand dabei zu helfen.

Von Papens "Arbeitsprogramm" züchtet neuen Klassenhaß - Nationalsozialistische Arbeitsdienstpflicht überwindet die Klassengegensätze

Was haben Sie, Herr Reichskanzler, aus unserem

nat[ional]-soz[ialistischen] Programm zur Arbeitsbeschaffung

gemacht? Eine armselige Aktion, höchstens zur Belebung des Geldverkehrs, soweit die Banken an ihm teilhaben, um nicht zu sagen gänzlich unzulänglich, überhaupt wertlos aber für den angegebenen Zweck der Arbeitsbeschaffung [10].

Wenn Sie, Herr von Papen, heute noch den Mißerfolg Ihrer großen Aktion bestreiten wollen, dann werden die nächsten Monate ja endgültig erweisen, wer diese Dinge richtig gesehen hat, Sie oder ich. Es handelt sich nicht darum, daß man die Öffentlichkeit mit irgendwelchen Maßnahmen beschäftigt und in Atem hält, sondern daß man den großen und drückenden Sorgen wirklich zu Leibe rückt. *Es mag sein, daß ein Teil unserer Wirtschaft, dem ohnehin das Fortfretten [11] von heute auf morgen schon durch die Verhältnisse als des Handelns höchste Weisheit aufgezwungen wurde, Ihren Ausführungen gerührt Beifall klatscht, den Millionen-Armeen unserer vom grauen Elend gepackten Massen wird dadurch weder geholfen, noch haben sie an diesen Vorstellungen irgendeinen inneren Anteil.*

An diesen Massen aber muß sich Ihre Notverordnung erproben.

Und ich sage Ihnen hier, Herr Reichskanzler, Ihre Notverordnung wird diese Probe nicht bestehen. Ja, ich habe die Pflicht als Führer einer Millionenzahl deutscher Volksgenossen - so unangenehm es Ihnen, Herr Reichskanzler, sein mag -, schon hier und heute festzustellen, daß meiner Überzeugung nach Ihr ganzes wirtschaftliches Notverordnungswerk bereits "gewogen und als zu leicht befunden" [12] wurde.

Ebenso wie mit dem Programm einer Arbeitsbeschaffung verhält es sich mit dem Programm einer

Arbeitsdienstpflicht [13].

---

10 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.

11 Österreichisch: Sich weiter abmühen.

12 Nach Daniel 5, 27: "Man hat dich in einer Waage gewogen und für zu leicht befunden."

13 Papen hatte bereits in einer Ministerbesprechung am 15.8.1932 die Einführung der Arbeitsdienstpflicht erwogen, um die Jugend für die Präsidialregierung zu gewinnen, konkrete Schritte folgten jedoch nicht. Der 1931 eingerichtete Freiwillige Arbeitsdienst wurde zwar von der Regierung Papen mit der "Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst" vom 16.7.1932 (Druck: RGBl. 1932, I, S. 352 f.) erheblich ausgebaut, die Teilnahme an dieser sozialen Notmaßnahme für arbeitslose Jugendliche blieb aber absolut freiwillig. Die Zahl der Freiwilligen stieg von 97.000 im Juli 1932 auf 254.00 Ende Oktober 1932. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 400; Henning Köhler, Arbeitsdienst in Deutschland. Pläne und Verwirklichungsformen bis zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht im Jahre 1935, Berlin 1967, S. 114 ff. sowie Wolfgang Benz, Vom freiwilligen Arbeitsdienst zur Arbeitsdienstpflicht. In: VfZ 16 (1968), S. 317-346.

Aus einer sittlich und ethisch großen Idee, die wir Nationalsozialisten seit bald 12 Jahren vertreten[14]*, haben Sie, Herr Reichskanzler, eine ebenso verfehlte wie unzulängliche Einrichtung gemacht.*

Während wir Nationalsozialisten durch die Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht nicht nur ein Arbeitslosen-Reservoir entleeren, sondern zur Überwindung unserer inneren Klassengegensätze die deutsche Jugend ohne Ansehen ihrer Person und Herkunft zum Begreifen der Arbeit als sittliche Pflicht erziehen wollen, um sie in ihr und durch sie aneinander zu gewöhnen und sich gegenseitig kennen, schätzen und lieben zu lernen, bauen Sie, Herr Reichskanzler, ohne jedes Verständnis für diese gewaltige Aufgabe eine Institution auf, die, nur die "Enterbten des Glücks" umfassend, zwangsläufig einst mehr zu einer Gefahr als zu einem Segen des deutschen Volkes werden muß.

Damit aber kann ich auch hier leicht ein Prophet sein: Dieser Ihr Versuch hat weder wirtschaftlich, noch sonst irgendeinen wirklich greifbaren Wert.

Nicht minder systemlos, unlogisch, ja undurchdacht ist Ihre Stellungnahme zum Gesamtkomplex der sozialen Frage überhaupt. Ihre früher vertretene Ansicht, daß der

"Wohlfahrtsstaat"

abzulehnen sei, haben Sie anscheinend nunmehr als taktisch unglücklich empfunden und teilen heute, Ihre damalige Ungeschicklichkeit korrigierend, der Öffentlichkeit eine Auffassung mit, *die in Wirklichkeit noch viel unglücklicher ist.* Sie betonen, daß Sie damals sagen wollten, der Staat sei keine Versorgungsanstalt[15].

Herr Reichskanzler, der Staat ist eine zusammenfassende Organisation menschlicher Wesen zum Zweck der Ermöglichung einer ihrer Art und Fähigkeiten entsprechenden Forterhaltung. Der Staat ist nicht dazu da, daß etwa eine Regierung etwas zu regieren besitzt. Wenn es einem Staat nicht möglich wird, einem Volk die Lebensgrundlagen und damit Lebensvoraussetzungen zu sichern, ist er vollständig zwecklos und damit wertlos.

Zu diesen Lebensgrundlagen gehört allerdings im allgemeinen nicht der Bezug von Almosen, dafür aber um so mehr die Möglichkeit einer allgemeinen Betätigung zur Lebenshaltung der einzelnen und damit der Gesamtheit.

Unter keinen Umständen kann der Staat seine Uninteressiertheit an der Lebenshaltung, ja Lebenserhaltung von Millionen seiner Bürger aussprechen oder gar vertreten, ohne daß er sich nicht selbst auf die Dauer in Anarchie auflöst.

---

14 Die Forderung nach Einführung der Arbeitsdienstpflicht war kein Gegenstand des 25-Punkte-Programms der NSDAP vom 24.2.1920. Hitler selbst hatte sich bis Anfang der 30er Jahre nur am Rande zu diesem Thema geäußert. Seit 1925 trat vor allem der NSDAP-Abgeordnete Franz Stöhr sporadisch, mit Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929/30 die ganze NSDAP-Reichstagsfraktion für die Einführung der Arbeitsdienstpflicht ein, mit der mehrere Ziele verfolgt werden sollten: Neben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit standen die nationale Erziehung der Dienstpflichtigen und die Ausnutzung der Arbeitskraft für den "wirtschaftlichen Befreiungskampf" Deutschlands. Vgl. Köhler, Arbeitsdienst in Deutschland, S. 51 ff., 243 ff. sowie Benz, Vom freiwilligen Arbeitsdienst zur Arbeitsdienstpflicht, S. 329 ff.

15 "In ihrer ersten Erklärung hat die Reichsregierung den Satz geprägt, daß der Wohlfahrtsstaat oder - wie ich unmißverständlicher sagen möchte - der Versorgungsstaat, so wie er in den letzten Jahren geworden ist, die moralischen Kräfte der Nation zu schwächen drohe. Die heftige Kritik, die dieser Satz gefunden hat, geht von völlig falschen Voraussetzungen aus. Wir sind der Ansicht, daß die Gesetzgebung des letzten Jahrzehnts in einem viel zu hohem Maße den Arbeitgeber aller Grade der sittlichen Pflicht entlastet hat, zuallererst, und sei es auch unter großen persönlichen Opfern, für den Arbeitnehmer zu sorgen." Druck: wie Anm. 4, S. 759.

Es ist eine Frage seines allgemeinen inneren sittlichen Wertes sowohl als seiner vernunftgemäßen Organisation, ob er dieser Verpflichtung den einzelnen Bürgern gegenüber durch das Verteilen von Almosen oder durch die Schaffung von Arbeit gerecht werden will. Das eine oder das andere aber muß er tun. Er kann sich nicht beiden Verpflichtungen zugleich entziehen.

Wenn allerdings ein Staatsmann so verhängnisvolle Auffassungen über die natürlichen und selbstverständlichen Pflichten der menschlichen Gemeinschaftsorganisationen ihren einzelnen Mitgliedern gegenüber besitzt, dann kann es keinen wundernehmen, wenn an Stelle einer groß erfaßten Sozialpolitik teils verkehrte, teils ungenügende und damit immer den Endzweck verfehlende Maßnahmen treten.

Alle diese wirtschaftlichen Halbheiten und Mißgriffe werden aber um so gefährlicher, als von Regierungs wegen eine förmliche *Hypnose der Nation zum wirtschaftlichen Denken betrieben wird. Was bedeutet es aber, wenn bei einem also orientierten Volk ein Reichskanzler bei dürftigsten realen Erfolgen nichts anderes zu melden weiß, als daß die Regierung "beabsichtigt", "erwägt", "prüft", "hofft" usw.*

Diese stereotypen Amtsphrasen, Herr Reichskanzler, können vielleicht einen interessanten Einblick in das Kreißen jener Berge vermitteln, denen dann Ihre wirtschaftlichen Mäuse das Leben verdanken, verraten aber mit erschreckender Deutlichkeit, wie gänzlich ziel- und planlos Sie selbst diesen Dingen im Grunde gegenüberstehen.

Die deutsche Not wird durch keine Verfassungs-Reform überwunden

Allerdings kann man die Folgen der von der nationalsozialistischen Bewegung geleisteten Erziehungsarbeit über diese Probleme und ihre inneren Ursachen nicht mehr rückgängig machen oder aus der deutschen Nation ausmerzen. Selbst unsere Gegner müssen daher heute zumindest so tun, als ob sie ebenfalls auf dem Wege wären, den inneren Gründen unseres Verfalls nachzuspüren. So versuchen denn also auch Sie, Herr Reichskanzler, Ihrem Handeln den Anstrich einer inneren Mission zu geben, die beim eigenen Ich anfängt und in der

"göttlichen Ordnung"

aufhört[16].

Ich glaube nun, daß nichts schärfer die Unlogik und Unhaltbarkeit Ihrer Gedankengänge aufweisen kann als der Teil Ihrer Rede, der gedacht ist, eine weltanschauliche Fundierung Ihrer Handlungen vorzutäuschen.

Sie sagen:

"Der führende Staatsmann hat die Verpflichtung, über den Tagesstreit hinweg nach den Gründen der Hindernisse zu forschen, die sich dem Ziel der Nation entgegentürmen, die den Weg blockieren, die die Sehnsucht wieder einmal zu trügen versuchen. Der führende Staats-

---

16 "Ich sagte damals, daß konservative Staatspolitik eine Politik aus dem Glauben sei. Das Wesenhafte jeder konservativen Weltanschauung ist ihre Verankerung in der göttlichen Ordnung der Dinge. Das aber ist auch ihr grundsätzlicher Unterschied zwischen der Doktrin, welcher die NSDAP huldigt. Ihr Grundsatz der 'Ausschließlichkeit' des politischen 'alles oder nichts', ihr mystischer Messiasglaube an den wortgewaltigen Führer als den einzigen zur Leitung der Geschicke Berufenen gibt ihr den Charakter einer politischen Konfession. Und eben darin sehe ich den unüberbrückbaren Unterschied zwischen einer konservativen Politik aus dem Glauben und einem nationalsozialistischen Glauben aus Politik." Druck: wie Anm. 4, S. 762 f.

mann hat auch, ohne in den Tagesstreit hinabzusteigen, die Verpflichtung, das festzustellen, was die Nation für ihre Urteilsbildung wissen muß[17]."

Wo waren Sie die letzten dreizehn Jahre, Herr von Papen?

Es ist sehr schön, Herr von Papen, daß der "führende Staatsmann" nach den "Gründen der Hindernisse forschen" soll, die sich dem "Ziel der Nation entgegentürmen". *Wenn aber nun die Staatsmänner, Herr von Papen, statt beizeiten zu forschen, 13 Jahre lang in der Zentrumspartei sitzen*[18], *dann wird schon nichts anderes übrig bleiben, als daß inzwischen andere sich dieser Forschungsarbeit widmen.* Denn man kann nicht gut allen verantwortungsbewußten und sich für das Wohl ihres Volkes sorgenden Männern das Denken einfach verbieten, weil die "forschenden" Staatsmänner noch nicht ihr Amt angetreten haben. Ohne Zweifel, Herr von Papen, hat aber die Welt von Ihrer intensiven Forschungsarbeit bis vor drei Monaten noch keine Kenntnis gehabt. Ich weiß auch wirklich nicht, ob die Ergebnisse dieser Forschung damals schon sehr bedeutende gewesen sein können, denn sonst wäre es selbstverständlich Ihre Pflicht gewesen, zumindest Ihre eigene Partei mit Ihren erschauten Kenntnissen vertraut zu machen. Denn wenn auch nach Ihrer Meinung der Staatsmann nicht in den Tagesstreit hinabsteigen soll, *dann befand sich aber zumindest der Zentrumsabgeordnete von Papen in diesem Streit des Tages, und es wäre schon damals seine Pflicht gewesen, innerhalb des Zentrums das festzustellen, was die Nation, soweit sie im Zentrum sich befindet, "für ihre Urteilsbildung wissen muß".* Wir Nationalsozialisten, Herr Reichskanzler, haben jedenfalls diese Aufklärung seit 13 Jahren betrieben. *Und aus dieser unserer Aufklärungsarbeit, Herr von Papen ist das geworden, was Sie als*

"unseres Volkes Sehnsucht"

bezeichnen. Allerdings das Ziel dieser Sehnsucht ist ein anderes als das, welches das Ergebnis Ihrer Forschertätigkeit Ihnen vermittelt zu haben scheint.

von Papens Gottesgnadentum

Der Unterschied, der zwischen Ihrer Auffassung über das Ziel der deutschen Sehnsucht und der unseren besteht, wird klar durch folgende Ausführungen Ihrer Rede:

"Wir wollen eine machtvolle und überparteiliche Staatsgewalt schaffen, die nicht als Spielball von den politischen und gesellschaftlichen Kräften hin- und hergetrieben wird, sondern über ihnen unerschütterlich steht wie ein 'Rocher de bronze'[19]. Die Reform der Verfassung muß dafür sorgen, daß eine solche machtvolle und autoritäre Regierung in die richtige Verbindung mit dem Volk gebracht wird. An den großen Grundgesetzen, die der Teil II der Weimarer Verfassung enthält[20], soll man nicht rütteln, aber die Formen des politischen Lebens gilt es zu erneuern und den Bedürfnissen des Volkes anzupassen.

---

17 Druck: wie Anm. 4, S. 762.

18 Vgl. Dok. 4, Anm. 5.

19 Anspielung auf eine Randbemerkung des preußischen Königs Friedrich Wilhelm I. vom 25.4.1716, mit der er eine Eingabe unter anderem mit den Worten ablehnte: "Ich komme zu meinem Zweck und stabiliere die Souveränität und setze die Krone fest wie einen rocher von bronce, und lasse den Herren Junkers den Wind von Landtag. Man lasse den Leuten Wind, wenn man zum Zweck kommt."
Satzende fehlt in "Akten der Reichskanzlei" (vgl. Anm. 4, S. 760), ist jedoch überliefert in: Frankfurter Zeitung vom 13.10.1932 (AA und 1. MA), "Die Münchner Rede".

20 Der zweite Hauptteil der Verfassung des Deutschen Reichs enthielt die "Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen". Druck: RGBl. 1919, S. 1404 ff.

Die Reichsregierung muß unabhängiger von den Parteien gestellt werden[21]."

Damit, Herr Reichskanzler, sagen Sie folgendes: Es gibt zwei Faktoren: auf der einen Seite die Regierung und auf der anderen das Volk. Die Regierung ist "machtvoll" und "autoritär" und muß "in eine richtige Verbindung zum Volk" gebracht werden. Das ist schon richtig, denn ganz ohne "Volk" natürlich kann auch eine "machtvolle" und "autoritäre" Regierung nicht sein.

Allein diese Auffassung eines Gottesgnadentums war bei unseren Monarchien schon überlebt und nicht mehr aufrechtzuerhalten, ist aber in der heutigen Zeit und angesichts der die Welt im Augenblick bewegenden umwälzenden Kräfte einfach absurd.

Sie wird nur erklärlich bei einem Manne, an dem die politische Entwicklung der letzten Jahre spurlos vorübergegangen ist und dem auch jede Fähigkeit des ruhigen Durchdenkens dieser Probleme fehlt.

Jede Organisation menschlicher Einzelwesen setzt eine gewisse Summe gemeinsamer Auffassungen und gleichmäßig gesehener Interessen voraus. *Dieses kann sich schon bis zu einem gewissen Grade aus der rassenmäßigen Einheit eines Volkes ergeben, muß aber ohnedem und darüber hinaus immer durch eine sei es religiös-universale oder weltanschaulich genügend begründete, Erziehung gewährleistet sein.* Je weniger der Staat selbst sich mit diesen grundsätzlich wichtigsten Problemen beschäftigt, um so mehr ist er angewiesen auf die Hilfe anderer organisatorischer Gebilde, die diese Mission übernommen und durchgeführt haben. *Die Bildung der großen germanischen Reiche als machtpolitische Erscheinungen wäre nie denkbar gewesen ohne die geistige Grundlage des Christentums als religiös-moralische Weltanschauung und Plattform.* Dieses geistige System, Herr von Papen, schuf die Voraussetzung für die Gründung und Erhaltung großer menschlicher Gemeinschaften. *Seit dieses Fundament, von inneren Schwierigkeiten und Kämpfen erschüttert, wankend wurde, kam in die europäischen Staaten jene Unruhe, die teils in schleichenden Krisen, teils in plötzlich ausbrechenden Katastrophen die Geschichte der letzten 300 Jahre kennzeichnete.*

Die Wahrheit über den 13. August [*1932*]

Die damit schwankend gewordenen Auffassungen über *gewisse Grundbegriffe* des Gemeinschaftslebens übertrugen sich selbstverständlich sofort auf die mehr äußeren machtpolitischen Charakter besitzenden staatlichen Gebilde. *In diese unsicher und unruhig gewordene Welt kam*

der Marxismus

als eine neue, das gesamte Leben in ein System bringende Weltauffassung. Der Ausgangspunkt seiner Lebensbetrachtung ist der Begriff "Menschheit". *Seine Theorie der Gleichheit aller ist nicht nur wissenschaftlich unhaltbar, sondern auch in erster Linie für die weißen Völker verhängnisvoll, ja tödlich.*

Seine Angriffswucht hat dank der Mobilisierung eines in den meisten Ländern und Staaten der Erde vorhandenen Untermenschentums nicht nur ein gigantisches Gebiet über halb Asien und einen großen Teil Europas hinweg bereits überrannt, sondern auch in den übrigen Staaten mächtige Stützpunkte eingenommen. Es gehört die ganze gedankliche Oberflächlichkeit unserer

21 Das Satzende lautete nach "Akten der Reichskanzlei" "[...], ihr Bestand darf nicht Zufallsmehrheiten ausgesetzt sein." Druck: wie Anm. 4, S. 760.

alten Herrenschichten dazu, sich einbilden zu können, daß man dieser elementaren Weltanschauungskrise eine "machtvolle" und "autoritäre" Regierung gegenübersetzen könnte.

Herr von Papen, entweder Sie haben keine Ahnung von der Gefahr, in der der Rest Europas und in erster Linie Deutschland sich dem Bolschewismus gegenüber befindet, oder Sie glauben wirklich, daß einer Weltanschauung ein "Kabinett" gegenübergestellt werden könnte. Das, was Sie reden, ist nichts anderes, als wenn jemand die Auffassung vertreten wollte, man könnte eine Religion beseitigen oder gar ersetzen durch eine "Regierung".

Dabei leben wir, Herr von Papen, in einer Zeit, die das Unsinnige dieser Auffassung eigentlich doch zur Genüge dargestellt und bewiesen haben müßte. Trotzdem meinen Sie, daß es eine Regierung von Macht und Überparteilichkeit sein muß, ein "Rocher de bronce", wie Sie sagen, um nicht "von den politischen und gesellschaftlichen Kräften hin- und hergetrieben" zu werden.

Nichts gelernt und nichts vergessen

Herr von Papen, glauben Sie, daß Ihr Kabinett ein härterer "Rocher de bronce" sein wird als die Regierung der Habsburger, jene der Bourbonen, der Romanoffs oder die glanzvolle Tradition der Häuser Hohenzollern, Wettin oder Wittelsbach? Es liegt offenbar in der Natur aller überoptimistischen Restaurationspolitiker, die nichts gelernt und nichts vergessen haben, daß sie immer wieder glauben, das Spiel mit den alten Kräften beginnen zu können. Ihr ganzes Denken, Herr von Papen, kreist um Ihr Kabinett, die Weimarer Verfassung und um die gegenwärtigen Parteien. Daß Verfassung und Parteien aber nur zeitliche Erscheinungen in der Tiefe stattfindender Umwälzungen sind, kommt Ihnen anscheinend nicht zu Bewußtsein.

Nur so ist auch Ihre Einstellung zur nationalsozialistischen Idee und Bewegung verständlich.

Sie sprechen von einer *"grundsätzlichen neuen Staatsführung[22]", und wir reden von einer grundsätzlich neuen Erziehung unseres Volkes in allen Schichten.*

Denn in derselben Zeit, da Sie, Herr von Papen, ein treues Mitglied der Zentrumspartei waren, habe ich der marxistischen Weltanschauung eine deutsche gegenübergestellt, ausgehend statt vom Begriffe der "Menschheit" vom Begriffe "Volk", oder noch schärfer von Blut und Rasse als den ewigen Bausteinen des Schöpfers.

Es ist daher auch nicht, wie sie glauben, Herr von Papen, die Zukunft der deutschen Nation oder der deutschen Wirtschaft abhängig von einer neuen "Verfassung", sondern vielmehr abhängig von der Wiedergewinnung einer für das staatliche Leben geeigneten einheitlichen weltanschaulichen Auffassung.

Es ist daher auch unsinnig, wenn Sie, Herr Reichskanzler, sagen:

"Wir waren uns bewußt, daß das Reich und die Länder nur wiedergesunden werden, wenn es gelänge, dem politischen Willen des Volkes eine neue und bessere Ausdrucksform zu geben, als es das Werk von Weimar vermocht hätte[23]."

Herr Reichskanzler! *Welchem* politischen Willen wollen Sie denn eine "neue und bessere Ausdrucksform" geben? *Sie scheinen keine Ahnung davon zu haben, daß es einen eindeutigen politischen Willen des deutschen Volkes schon lange nicht mehr gibt, weil alle Grundauffas-*

---

22 "Als diese Reichsregierung vom Herrn Reichspräsidenten berufen wurde, habe ich das Prinzip einer grundsätzlich neuen Staatsführung verkündet." Druck: wie Anm. 4, S. 762.

23 Druck: wie Anm. 4, S. 762.

sungen verschieden sind. Die Zersetzung jedes einheitlichen weltanschaulichen Denkens in unserem Volke hat dazu geführt, daß dieselben Probleme, die gleichen Lebensvorgänge bei uns eine extrem verschiedene Beurteilung erfahren.

Was der in Ihren Augen zu rettende "Staat" ist, ist in den Augen von Millionen ein zu beseitigendes Übel.

Was Sie als Grundlage unserer wirtschaftlichen Existenz ansehen und mit Privateigentum bezeichnen, ist für Millionen andere ein Unrecht, das Diebstahl heißt[24].

Was Sie als religiösen Glauben verkünden, ist für andere nur Aberglaube, da diese Gottes Existenz überhaupt leugnen.

Was Sie, Herr von Papen, unter "Moral" verstehen, erscheint zahlreichen Millionen unserer Volksgenossen als Unmoral, ja als gesellschaftliche Schmach und Klassenschande usw.

Sie haben offenbar nicht sehr tief geforscht, Herr von Papen, sonst müßten Sie das alles wissen. *Und Sie müßten und würden dann auch begreifen, daß die deutsche Not keine Verfassungsnot, sondern im tiefsten Sinne des Wortes eine seelische Not ist.*

Nicht im Herrenklub[25]*, sondern durch Leistung wird "göttliche Berufung" bewiesen*

Und dann würden Sie am Ende vielleicht sogar begreifen, daß man erst das Denken unseres ganzen Volkes in eine gesunde Entwicklung bringen muß, damit aus diesem Denken dann eine neue Willensbildung erfolgen kann, daß erst aus dieser Willensbildung heraus die Art der staatlichen Organisation gegeben ist. Sie würden dann nicht, Herr von Papen, von *"konservativer Staatspolitik"* als einer *"Politik aus dem Glauben"* reden, würden nicht von *"konservativen Weltanschauungen"* und von ihrer Verankerung in der *"göttlichen Ordnung"* sprechen[26].

Oder wollen Sie etwa behaupten, Herr von Papen, daß der Herrenklub eine geeignete Studienvereinigung für die Erforschung der göttlichen Ordnung sei und Sie selbst etwa ein Exponent derselben?

Wenn wir von der "göttlichen Ordnung" reden, dann ist vorauszusetzen, daß sie nicht unvernünftig, sondern auch nach den Maßstäben menschlichen Begreifens höchste und klarste Vernunft sein muß. Dann aber wird diese göttliche Ordnung in erster Linie fordern, daß den weisesten und fähigsten Köpfen des Volkes auf allen Gebieten des Lebens die Führung und Ordnung der Dinge zukommt. *Gott schafft eben nicht vernünftige Wesen, damit unvernünftige führen, nicht kluge, damit beschränkte bestimmen, und nicht sehende, damit blinde regieren.* Wenn Sie auch überzeugt sind, Herr von Papen, göttlicher Berufung zu folgen, so müßten Sie uns doch erst den Teil der göttlichen Ordnung nennen, aus dem diese Berufung sich herleitet. *Denn sonst, Herr Reichskanzler, gibt es für göttliche Berufung nur einen Beweis, und das ist die Leistung.*

Was Sie nun, Herr von Papen, in den letzten 13 Jahren staatsmännisch geleistet haben, ist mir ebensowenig bekannt wie der Welt und dem deutschen Volke. Ich erblicke darin jedenfalls kein Anrecht, sich irgendwie auf eine Ihnen übertragene "göttliche Mission" zu berufen.

---

24 Bezieht sich auf die von Pierre Joseph Proudhon (1809-1865) in seinem 1840 erschienenen Werk "Qu'est-ce que c'est que la propriété? ou: Recherches sur le principe du droit et du gouvernement" geprägte Formel "La propriété c'est le vol".

25 Vgl. Dok. 6, Anm. 10.

26 Vgl. Anm. 15.

Allerdings, in einem haben Sie recht: Wenn Sie selbst einsehen, daß dieser Mangel der grundsätzliche Unterschied zwischen unserer und Ihrer Auffassung ist. *Sie* nehmen den Allmächtigen zum Beweis dafür in Anspruch, daß es mit Ihrer staatsmännischen Existenzberechtigung seine Richtigkeit habe, und verkünden damit, daß Ihre Politik eine

"Politik aus dem Glauben"

heraus sei. *Wir dagegen haben die uns vom Allmächtigen gegebenen Kräfte und Fähigkeiten unermüdlich und fleißig eingesetzt und angewandt für die geistige Erziehung und damit politische Erhebung unseres Volkes. Und insoferne haben wir nun tatsächlich einen Glauben aus der Politik, nämlich den an unser Volk und an unsere Leistung.*

Allerdings, so ganz überzeugt von Ihrer göttlichen Mission scheinen Sie ja auch nicht immer gewesen zu sein, Herr Reichskanzler, denn als sich die wunderbaren Zufälle Ihrer politischen Ernennung abspielten, war Ihre Forschungsarbeit zu noch nicht klar ausgeprägten Ergebnissen gelangt. Sollten Sie schon damals überzeugt gewesen sein, daß die neue Staatsgewalt mit den Parteien nichts zu tun haben dürfte, ja unabhängig über ihnen stehen sollte, *wie konnten Sie mich, Herr von Papen, überhaupt am 13. August* [*1932*] *einladen, in Ihr Gottesgnaden-Kabinett einzutreten*[27]*?*

Sie sagen in Ihrer Rede:

"Das Angebot des 13. August [*1932*], das der NSDAP einen Anteil an der Macht im Reich und in Preußen gab, der ihr entscheidenden Einfluß gesichert hätte, hat Herr Hitler nicht angenommen, weil er glaubte, als Führer einer Bewegung, die sich auf 230 parlamentarische Mandate stützt, den Kanzlerposten beanspruchen zu müssen[28]."

Herr Reichskanzler! Zum einen sagen Sie, daß die "neue", "machtvolle", "autoritäre" Reichsregierung *über* Parteieinflüssen stehen soll.

Zum anderen sagen Sie, daß die *nationalsozialistische Partei* einen *maßgebenden Einfluß bekommen sollte.*

Und zum dritten sagen Sie in derselben Rede, daß zwischen der "konservativen Politik aus dem Glauben" dieses Kabinetts und dem "nationalsozialistischen Glauben aus der Politik" meiner Partei ein "unüberbrückbarer Unterschied" zu sehen ist.

Das ist doch wohl eine Logik, die mit göttlicher Ordnung wirklich nichts mehr zu tun hat.

Ich darf mir aber nun, Herr Reichskanzler, weiter die Frage erlauben:

Warum sollte ich denn überhaupt einen "maßgebenden Einfluß" in diesem Kabinett ausüben?

Mußte nicht dieser Einfluß angesichts des von Ihnen selbst festgestellten unüberbrückbaren Unterschiedes unserer Auffassungen in die von der göttlichen Ordnung inspirierte Einheit Ihres Kabinetts und Einmütigkeit Ihres Ministerrates eine böse Disharmonie hineintragen?

Denn, da Sie selbst zugeben, daß die Wurzeln unserer Auffassungen ganz verschiedene sind, mußte dies doch auch eine sehr verschiedene Einstellung zu den verschiedensten Problemen, die nun einmal gelöst werden müßten, zur Folge haben. Wenn das nicht der Fall sein

27 Vgl. Dok. 4, Anm. 11.

28 Laut *Akten der Reichskanzlei*: "Das Angebot des 13. August [*1932*], das der NSDAP einen Anteil an der Macht im Reich und in Preußen gab, der ihr entscheidenden Einfluß gesichert hätte. Herr Hitler hat dieses Angebot nicht angenommen, weil er glaubte, als Führer einer Bewegung, die sich auf 230 parlamentarische Mandate stützt, den Kanzlerposten beanspruchen zu müssen." Druck: wie Anm. 4, S. 762.

würde, bestünde ja gar keine Notwendigkeit, daß Sie sich auf die "göttliche Ordnung" berufen und mich zum ersichtlichen Vertreter niederer menschlicher Leidenschaften degradieren.

Weil aber nun unsere Auffassungen, wie Sie selbst zugeben, nicht gleich sein können, wie konnten Sie mir, Herr von Papen, dann einen "entscheidenden Einfluß" in Ihrem Kabinett einräumen? Denn das heißt doch nichts anderes, als daß bei auftretenden Meinungsdifferenzen am Ende Ihre "konservative Politik aus dem Glauben" zugunsten meines "Glaubens aus der Politik" hätte ins Hintertreffen geraten können. Danken Sie Gott dem Herrn, Herr von Papen, daß mein Nein Sie damals von dieser bösen Verirrung noch gerettet hat!

Sollten Sie aber am Ende sogar innerlich bereit gewesen sein, den Einfluß meiner Partei und meiner Person wirklich anzunehmen und ihm nachzugeben - eine andere Möglichkeit bestand ja bei den Gegensätzen unserer Auffassungen nicht, *besonders nachdem ich selbst niemals nachgegeben hätte -, so verstehe ich wirklich nicht Ihr Sträuben gegen die auch nach außen sichtbare Übernahme der Führung durch mich und die Bewegung.*

Oder glaubten Sie wirklich, daß wir am Ende etwa schweigend Torheiten anderer mitgemacht hätten oder unser Wissen hergeliehen haben würden, damit Dritte es vertun?

Herr von Papen! Das kann ich Ihnen sehr deutlich sagen: Entweder wir sollen in die Regierung, dann fordern wir die Führung, oder wir erhalten die Führung nicht, dann muß man auch in einer Regierung auf uns verzichten.

Die Möglichkeit aber, in dieser Regierung wirklich seinen Einfluß geltend zu machen, bestand nur dann, wenn zumindest der Posten des Reichskanzlers von der Bewegung, und zwar durch ihren Führer, besetzt wurde.

Die Behauptung, Hitler hätte die ganze Macht allein gefordert, ist unwahr!

Wenn Sie nun damit die Behauptung aufstellen, daß die Partei oder ich die gesamte Macht gefordert hätten, so ist das, Herr Reichskanzler, eine Unwahrheit. Weder von mir, noch von irgend jemand anderem ist eine solche Forderung erhoben worden. Aber gerade, weil der verhandelnde Minister mir erklärte, daß eine Reihe der wichtigsten Ministerien zumindest im Augenblick vom Reichspräsidenten uns verweigert werden würden, mußte ich um so mehr die Forderung stellen, daß dann aber die Stelle des Reichskanzlers der Bewegung zufalle. Denn wie können Sie, Herr Reichskanzler, von einer Forderung der gesamten Macht reden, während Sie doch genau wissen, daß von vorneherein

das Reichswehr-Ministerium,
das Reichswirtschafts-Ministerium,
das Reichsfinanz-Ministerium,
das Reichsjustiz-Ministerium,
das Reichspost-Ministerium,
das Reichsernährungs-Ministerium
von unserer Bewegung nicht besetzt werden sollten[29].

29 Die genannten Ressorts standen bei den Verhandlungen über die Kabinettsbildung nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932 nicht zur Diskussion. Am 4.8.1932 hatte Hitler Reichswehrminister Kurt von Schleicher die Forderungen der NSDAP präsentiert: Seine eigene Ernennung zum Reichskanzler sowie die Vergabe der Ressorts Inneres an Wilhelm Frick, Luftfahrt an Hermann Göring, Arbeit an Gregor Straßer und Erziehung an

Im übrigen hat die nationalsozialistische Bewegung und habe ich nur eine Forderung aufgestellt, für die wir das tatsächliche und moralische Recht auf unserer Seite hatten.

Würde ich nicht Adolf Hitler und deutscher Nationalsozialist sein, sondern internationaler marxistischer Sozialdemokrat, wäre meiner Ernennung zum Reichskanzler genau so wenig im Wege gestanden, wie wir das an analogen Beispielen von früher her kennen.

Die Beweggründe aber, die Sie der Öffentlichkeit, Herr Reichskanzler, als maßgeblich für die Entscheidung des Reichspräsidenten mitteilten, berühren mich um so weniger, als mir der tatsächliche Hergang der Dinge genau bekannt ist [30]*!*

Der wahre Sinn des "Präsidialkabinetts"

Im übrigen muß ich wirklich an Mimes klagende Begrüßung vor dem erschlagenen Drachen denken[31], wenn ich den kurzen Sinn aus Ihrer langen Rede herauslesen will. Wenn die "Ritter" der bayerischen Industrie jemals durch das Blut eines erschlagenen Lindwurmes sehend geworden wären, dann hätte sich die Rede ungefähr folgendermaßen angehört:

"Meine lieben bayerischen Landsleute!

Ich komme ja nicht, weil mich so sehr die Liebe zu Euch herführt als vielmehr die Sorge.

Seit vielen Jahren hat das Zentrum im Verein mit Sozialdemokraten, Demokraten, Volksparteilern und manches Mal und mancherorts auch mit deutschnationalen Bundesbrüdern regiert.

Da ist in Deutschland ein Mann aufgestanden, um gegen uns zu bohren und zu wühlen, das Volk aufzuklären, uns zu entfremden und am Ende abspenstig zu machen.

Jahrelang haben wir alles versucht, um uns dieser schlimmen Gefahr zu erwehren. Anfänglich nahmen wir ihn leider nicht ernst genug. Später liefen ihm schon so viele Menschen nach, daß man nur mit der Gewalt des Staates hätte seiner Herr werden können. Wir haben nun alles versucht, um ihn und seine nationalsozialistische Partei von Staats wegen unschädlich zu machen. Die Parlamentskollegen Severing[32]*, Grzesinski*[33] *und Braun*[34] *haben manches getan, diesem Störenfried unserer selbstzufriedenen Regierungen etwas Gesetzwidriges nachzuweisen.*

Joseph Goebbels. Goebbels schrieb zusammenfassend in sein Tagebuch: "Das heißt also, - die ganze Macht oder gar nichts." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 211 ff.

30 Zu den Verhandlungen über die Kabinettsbildung vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169.

31 Bezieht sich auf eine Szene aus Richard Wagners 1876 uraufgeführter Oper *Siegfried*, die von Hitler als Beispiel einer heuchlerischen Rede angeführt wird.

32 Carl Severing (1875-1952), Schlosser, 1905-1924 Stadtverordneter in Bielefeld (SPD), 1907-1912 und 1920-1933 MdR, 1919-1933 MdL in Preußen, 1919/20 Reichskommissar für Westfalen, März 1920 bis April 1921, November 1921 bis Oktober 1926 und Oktober 1930 bis Juli 1932 preußischer Innenminister, Juni 1928 bis März 1930 Reichsminister des Innern.

33 Albert Grzesinski (1879-1947), Metalldrücker, 1906-1919 Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Offenburg und Kassel, 1918/19 Mitglied des Zentralrats der Deutschen Sozialistischen Republik, 1919-1924 Stadtverordneter in Kassel, 1919-33 MdL in Preußen (SPD), 1919-1921 Reichskommissar des Reichsabwicklungsamtes, 1921/22 Referent im Reichsarbeitsministerium, 1922-1925 Präsident des preußischen Landespolizeiamtes, 1925/26 und 1930-1932 Polizeipräsident von Berlin, Oktober 1926 bis Februar 1930 preußischer Innenminister, 1933 Emigration.

34 Otto Braun (1872-1955), Stein- und Buchdrucker, 1911 Mitglied des SPD-Parteivorstandes, 1913-1918 MdL in Preußen, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1932, 1920-1933 MdL in Preußen, November 1918 bis April 1921 preußischer Landwirtschaftsminister, März 1920 bis April 1921, November 1921 bis Februar 1925, April 1925 bis Februar 1933 preußischer Ministerpräsident, 1933 Emigration.

Ja, unser Parteibruder Wirth[35] *hat mit vieler Mühe und saurem Fleiß hundert Seiten lange Denkschriften fabriziert, um aus Zitaten von Reden - von denen, wie ich im Vertrauen sagen will, wir gar nicht behaupten wollen, daß sie je gehalten wurden - illegale Absichten oder verbotene Zwecke diesen schändlichen Volksaufwieglern aufzuhängen*[36]. *Ja, wir haben ihren Führer in den Gerichtssaal geschleppt, ihn Eide schwören lassen, daß er die Verfassung legal beobachten wolle*[37], *und hinterher behauptet, daß er dennoch nicht legal sei.*

Es war alles umsonst. Sie sind leider legal geblieben. Die Zahl dieser Nationalsozialisten wuchs und wuchs. Sie kamen immer mehr in die Parlamente, und endlich, meine lieben bayerischen Landsleute von der Industrie, Sie wissen es ja selbst, kamen 107 in unseren Reichstag[38].

Anderthalb Jahre lang hat es unser Reichskanzler Brüning versucht, sie wieder klein zu machen. Aber unser Regiment führte ihnen immer neue Scharen zu, so daß wir endlich zur Überzeugung kamen: Hier kann keine Gewalt mehr helfen, sondern nur mehr listige Klugheit und kluge List.

Da es selbstverständlich war, daß nach dem normalen Brauch der Verfassung diese Nationalsozialisten in der Zukunft mit der Regierungsbildung hätten betraut werden müssen[39], *haben wir ein neues Wort erfunden - 'Präsidial-Kabinett' -, um damit diese jetzt unbrauchbare Verfassung tatsächlich außer Kraft zu setzen und die Regierungsgewalt doch in Händen zu behalten. Obwohl wir die Wahlen erst für den 31. Juli* [*1932*] *ansetzten, und in der Zwischenzeit so regierten, um mit unseren Maßnahmen die blinden Toren zu belasten, erhielten sie doch die erschreckende Zahl von 230 Mandaten*[40].

In dieser Not konnte nur eines helfen: Wir wollten Sie nun - überzeugt, daß sie, nichts Böses ahnend, freudig gerührt und beglückt einschlagen würden - in unser Kabinett, das nicht nur die Unterstützung aller Juden, sondern auch vieler Aristokraten, Deutschnationaler und Stahlhelmer besitzt, einladen und aufnehmen. Wir wollten ihnen damit schon langsam die Giftzähne

35 Joseph Wirth (1879-1956), Gymnasiallehrer, 1905 Dr. phil., 1911 Stadtrat in Freiburg i. Br., 1913-1921 MdL in Baden (Zentrum), 1914-1933 MdR, bzw. Mitglied der Nationalversammlung, 1918-1920 Finanzminister in Baden, März 1920 bis Oktober 1921 Reichsminister der Finanzen, Mai 1921 bis November 1922 Reichskanzler, Mai 1921, Oktober 1921 bis Januar 1922 und Juni bis November 1922 Reichsminister des Auswärtigen, April 1929 bis März 1930 Reichsminister für die besetzten Gebiete, März 1930 bis Oktober 1931 Reichsminister des Innern, März 1933 Emigration, 1948 Rückkehr nach Deutschland.

36 Ausführliche Denkschriften über den hochverräterischen Charakter der NSDAP wurden vor allem vom Preußischen Ministerium des Innern angefertigt (vgl. z. B. die Denkschriften vom 12.8. und Ende August 1930). Druck: Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von Gerhard Schulz. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst, Düsseldorf 1977, S. 95 ff). Als Reichsminister des Innern hatte Joseph Wirth am 4.4.1931 in einer Beurteilung der NSDAP für das Auswärtige Amt auf ein Urteil des Reichsgerichts vom 10.2.1931 Bezug genommen, dem zufolge "zum mindesten Teile der NSDAP auf den gewaltsamen Umsturz hinarbeiteten". Dem Schreiben war eine der preußischen Denkschriften beigefügt. Druck: ebenda, S. 191 f.

37 Anspielung auf Hitlers sogenannten Legalitätseid vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig am 25.9.1930; vgl. Bd. III/3, Dok. 123.
Als Zeuge und Beschuldigter vor Gericht wies Hitler stets die Verantwortung für illegales Handeln von SA- und NSDAP-Angehörigen mit dem Hinweis auf den legalen Kurs seiner Partei zurück. Vgl. z. B. Bd. III/2, Dok. 114; Bd. III/3, Dok. 58; Bd. IV/1, Dok. 115; Bd. IV/2, Dok. 18. Ferner Dok. 25, Anm. 11.

38 Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 erhielt die NSDAP 6.409.610 Stimmen, was 107 Sitzen im Reichstag entsprach. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41, 44.

39 Vgl. Dok. 4, Anm. 13.

40 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

ausbrechen. Waren Sie einmal von unserer Partie, dann konnten sie nicht mehr zurück. Mitgefangen, mitgehangen! Es kam aber, wie Ihr, liebe bayerische Landsleute, wißt, leider ganz anders. Dieser Fuchs scheint plötzlich von irgendwoher Lunte gerochen zu haben und ging nicht in unsere Falle. Nun müssen wir unsere Notverordnungen selbst verteidigen und schauen, wie wir die Notwendigkeit unserer Existenz irgendwie moralisch und sittlich und wenn möglich sogar noch religiös begründen können. Ihr könnt mir glauben, meine lieben Landsleute von der bayerischen Industrie, daß mir das schwer wird. Ich bin in manchem Sattel gesessen[41] *und traue mir hier etwas zu, aber in Weltanschauungen finde ich mich nicht so leicht zurecht. Ihr müßt es aber glauben, was ich Euch jetzt sage, und wenn Ihr's nicht könnt, dann müßt Ihr wenigstens so tun, als ob Ihr's glaubtet. Denn die Not ist groß: Kein Mensch weiß, wie das seit dreizehn Jahren am Narrenseil geführte Volk sich am 6. November* [*1932*] *entscheidet*[42]*! Daher treibt es mich jetzt herum, von einem Ort zum anderen, immer von der Angst geplagt, es könnte mich unversehens ein Parteibruder von früher begrüßen, immer von der Sorge gequält, die passenden Worte zu finden - um das zu sagen, was ich nicht denke, und was ich denke, zu verschweigen."*

So verstehe ich und so verstehen wohl auch meine Anhänger den düsteren Sinn Ihrer Rede, Herr von Papen.

Papens Außenpolitik als Mittel zur Abwürgung der nationalen Opposition

Es dürfte leicht sein, fast jeden einzelnen Satz Ihrer Behauptungen zu widerlegen und seine Unlogik nachzuweisen. So, wenn Sie, Herr von Papen, z. B. erwähnen, daß im politischen Leben "Namen und Personen nichts zur Sache bedeuten"[43]. Es mag Ihnen ja unbenommen sein, wie Sie die Wichtigkeit Ihres Namens und Ihrer Person geschichtlich einzuschätzen belieben, allein Sie können nicht gut behaupten, daß es belanglos gewesen sei, ob in der Welt Julius Cäsar, Friedrich der Große, Napoleon [*I.*], Bismarck oder irgend jemand anderer, beliebiger, Geschichte gemacht hätten. Diese eigentlich typisch marxistische, der materialistischen Geschichtsauffassung entsprechende Meinung steht allerdings in schärfstem Gegensatz nicht nur zu unserem "Glauben aus der Politik", sondern sogar zu Ihrem eigenen "Glauben an die göttliche Ordnung".

Ich möchte aber auch hier nicht das Wesentliche gegenüber dem Unwesentlichen zu kurz kommen lassen, und wesentlich scheint mir vor allem eine Stellungnahme zur Schilderung Ihres

außenpolitischen Wollens.

Gerade hier sind Sie, Herr Reichskanzler, am meisten unwirsch und fordern das blinde Mitgehen aller im politischen Leben stehenden. Begreiflich ist dieses Verlangen, zu rechtfertigen aber nur dann, wenn es auf tatsächliche Leistungen oder zumindest auf eine logische Arbeit hinzuweisen vermag. *Schon Ihr außenpolitischer "Erfolg" in der Lausanner Konferenz*[44] *war ein mehr als unbefriedigender.*

---

41 Anspielung auf Papens Dienstzeit als Kavallerieoffizier 1898-1918. Vgl. Joachim Petzold, Franz von Papen. Ein deutsches Verhängnis, München 1995, S. 16 ff.

42 Vgl. Dok. 4, Anm. 14.

43 "Mir scheint, daß Namen und Personen heute, wo es um Deutschlands endgültiges Schicksal geht, völlig gleichgültig sind." Druck: wie Anm. 4, S. 763.

44 Auf der Lausanner Reparationskonferenz vom 16.6. bis 9.7.1932 erreichte die deutsche Regierung das Ende der durch den Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 begründeten Reparationszahlungen. Obwohl der Lau-

Es war die eine große Chance, Deutschland ohne große Töne, aber in zähester Entschlossenheit von den Lasten der Reparationen einmal für immer zu befreien. Dabei kam diesem Versuch mehr als eine formale Bedeutung zu. Die Nation forderte in der von Ihnen, Herr Reichskanzler, so heftig gewünschten Einmütigkeit, daß unter keinen Umständen die Reparationen wieder aufleben dürften. Die nationalsozialistische Bewegung hat mit ihrem ewigen, unermüdlichen Kampf hier am meisten den Boden vorbereitet. *Sie, Herr von Papen, aber ließen sich erst in Lausanne auf die Basis eines Kompromisses zwischen Reparationen und Gegenleistungen bringen und blieben endlich in einer neuen Reparationsanerkennung stecken, während die Gegenleistungen selbstverständlich ausfielen. Herr Herriot*[45] *konnte mit billigen Lorbeeren nach Paris zurück und in den Wahlkampf ziehen.*

Viel schlimmer und in den Folgen verhängnisvoller ist aber die Art der Behandlung des *Abrüstungsproblems.*

Wenn ich Ihre Rede mit einer Kritik Ihres tatsächlichen Verhaltens beantworte, dann möchte ich dies hier noch besonders begründen:

Unsere Pflicht zur Kritik

Da jeder geschichtliche Zustand das Ergebnis zahlloser politischer Handlungen ist, so muß aus seiner Güte oder Fehlerhaftigkeit ein Rückschluß gezogen werden können auf die Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Einzelhandlungen selbst. Und da für jede Handlung Menschen verantwortlich sind, so ist es nicht verwunderlich, daß in der geschichtlichen Berichterstattung der Völker eine freudige Offenheit über die Männer herrscht, die wirklich oder vermeintlich für richtige und gute Handlungen verantwortlich sein wollen, umgekehrt aber eine bemerkenswerte Anonymität über die Männer, Ursachen und Beweggründe schlechter Maßnahmen. Der Nachwelt bleibt es überlassen, in den inneren Ursachen großer Völkerkatastrophen herumzustöbern, um, so gut es geht, nicht nur die Gründe des Verfalls, sondern auch die verantwortlichen Männer festzustellen. Diese Arbeit aber ist sehr schwierig, da die regierenden Gewalten zu allen Zeiten wohl gute, niemals aber schlechte Handlungen mit sich in Zusammenhang ge-

---

sanner Vertrag vom 9.7.1932 nie ratifiziert wurde, trat er faktisch in Kraft: Deutschland wurde zu einer Restzahlung von 3 Milliarden RM verpflichtet, zahlbar in fünfprozentigen Obligationen an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel, einlösbar frühestens nach Ablauf von drei Jahren. Der Zinsertrag sollte den Gläubigermächten zufallen. Die Rückzahlungsverpflichtung für bereits bestehende deutsche Schulden blieb davon unberührt. Dieser reparationspolitische Durchbruch wurde unter anderem durch den Verzicht der deutschen Delegation auf die Berücksichtigung der politischen Forderungen nach der Streichung des Kriegsschuldartikels und der diskriminierenden Abrüstungsbestimmungen des Abschnitts V des Versailler Friedensvertrags erreicht. Druck des Vertrags: Das Diktat von Versailles. Entstehung - Inhalt - Zerfall, Eine Darstellung in Dokumenten. Hrsg. von Fritz Berber, Essen 1939, Bd. 2, S. 1374 ff. Vgl. Thilo Vogelsang, Papen und das außenpolitische Erbe Brünings. Die Lausanner Konferenz 1932. In: Neue Perspektiven aus Wirtschaft und Recht. Festschrift für Hans Schäffer zum 80. Geburtstag am 11. April 1966. Hrsg. von Carsten Peter Claussen, Berlin 1966, S. 487-507.

45 Édouard Herriot (1872-1957), Schriftsteller und Politiker, Radikalsozialist, 1905-1940 und 1945-1957 Bürgermeister von Lyon, 1912-1919 Senator, 1916-1917 Minister für öffentliches Bauwesen, Verkehr und Versorgung, 1919-1940 und 1945-1954 Abgeordneter, Juni 1924 bis April 1925 Ministerpräsident und Außenminister, 1925/26 Präsident der Deputiertenkammer, 1926-28 Minister für Unterrichtswesen, Juni bis Dezember 1932 Ministerpräsident, 1936-1940 Präsident der Deputiertenkammer, 1942 unter Polizeiaufsicht gestellt, 1944 nach Deutschland deportiert, 1946 Mitglied der Académie française, 1947-1954 Präsident der Nationalversammlung.

bracht wissen wollten und mithin bewußt über die schlechten einen Schleier legten, den auch die Nachwelt nicht immer durchschauen oder gar zerreißen kann.

Gelingt es aber dennoch einmal, dann könnte die Menschheit wohl aus den vorliegenden Erfahrungen lernen; *wie wenig sie solche Lehren aber wirklich beherzigt, zeigt die tausendfältige Wiederholung der längst erkannten Fehler, die unsterblich sind, weil sie ihre Quellen in ebenso unsterblichen menschlichen Eigenschaften haben: Nicht nur in Dummheit, mehr vielleicht noch in Angst, Schwäche, Bequemlichkeit und der daraus sich ableitenden Hoffnungsseligkeit.*

Daher genügt niemals nur die beschauliche geschichtliche Prüfung der Vergangenheit, sondern es ist notwendig, für die gewonnene Erkenntnis jederzeit offensiv zu kämpfen und eine lebendige Kritik an der Gegenwart zu üben. Diese Kritik kann unter Umständen durch Heranziehung geschichtlicher Erfahrungen in den augenblicklichen Prozeß der Entwicklung eingreifen, diesen von Irrtümern befreien und damit für ein Volk günstiger gestalten.

Daß sich gegen eine solche Kritik der vehemente Widerstand der für das politische Leben verantwortlichen Männer richtet, darf nicht wundernehmen. *Dem geschichtlichen Byzantinismus [sic!] mag es vorbehalten bleiben, die Verantwortlichkeit für das Gelungene hervorzuheben, die Kritik hat die Aufgabe, die Verantwortung für Irrtümer, Fehler oder Verbrechen festzulegen.* Damit ist sie aber nicht mehr Kritik um der Kritik willen, sondern sie soll beitragen, Fehler zu verhüten oder wiedergutzumachen, Verbrechen aufzuklären, um ihre Wiederholung zu verhindern, kurz, sie soll eine schlechte Entwicklung in eine bessere umändern.

Gewiß wird der Kritik - und mag sie noch so recht haben - dieser Versuch nicht immer gelingen. Die menschlichen Schwächen und die menschliche Unzulänglichkeit sind als Quellen menschlicher Irrtümer und schlechter Handlungen oft viel größer als das Vermögen und die Bereitwilligkeit, der Stimme der eigenen besseren Einsicht oder fremder vernünftiger Ratschläge zu folgen. *Im politischen Leben aber kann diese Einsicht die Kritik nicht von der Verpflichtung entbinden, gegen erkannte Fehler anzukämpfen, einer falschen Entwicklung gegenüber die geschichtliche Verwahrung einzulegen.*

Wie soll ein Volk die Mißregierung der dafür verantwortlichen Männer erkennen, wenn nicht im Ablauf der Handlungen Besserdenkende öffentlichen Einspruch erheben!? Nur die festgelegte Ablehnung eines geschichtlichen Irrtums in der Periode des Entstehens und des Vollzugs schafft das Recht, gegen die dafür Verantwortlichen aufzutreten und ihre Entfernung zu fordern.

Wohl bleibt dabei abzuwägen, in welchem Umfange eine solche Kritik der vollen Öffentlichkeit unterbreitet werden kann oder nicht. Die Entscheidung darüber ist dann am schwierigsten, wenn es sich um Vorgänge des außenpolitischen Lebens handelt: Von vornherein wird hier jede Regierung eine Kritik ihres Handelns um so mehr ablehnen, je elender dieses Handeln ist. Man wird sich der unangenehmen Warner in außenpolitischen Dingen dadurch zu entledigen versuchen, indem man ihr Handeln als staatsgefährlich, ja als die staatliche Sicherheit bedrohend, brandmarkt.

Wenn ich mich daher an dieser Stelle kritisch mit der Art der Behandlung auseinandersetze, die Ihre Regierung, Herr von Papen, dem Abrüstungsproblem angedeihen läßt, dann geschieht dies nicht als Kritik um der Kritik willen, nicht in der Meinung, das unmögliche Verfahren sogleich ändern oder bessern zu können, sondern ausschließlich aus dem Gefühl der Pflicht

heraus, als Führer der größten deutschen Bewegung in dem Augenblick die öffentliche geschichtliche Verwahrung einzulegen, in dem aus weiterem Schweigen später die Auffassung der geschichtlichen Mitverantwortung oder gar Mitschuld abgeleitet werden könnte.

Vorausschickend möchte ich dabei feststellen, daß ich das Verhalten und Verfahren Ihrer Regierung, Herr von Papen, in dieser historisch so wichtigen Frage für ebenso falsch wie undurchdacht halte. Treffendere und daher schärfere Kennzeichnungen verbieten mir leider die Gesetze[46].

Diese meine Auffassung zu begründen, ist die Aufgabe der nachfolgenden Darlegungen.

Vor einem neuen Versailler Diktat

Vor ungefähr zwei Monaten erhielt ich in Berlin den Besuch eines früheren deutschen Reichsaußenministers[47], der mir vor Antritt seiner Reise nach Amerika noch die Frage vorlegte, welchen Eindruck ich von dem Stand der Abrüstungsfrage besäße[48]. Ich setzte ihm damals in kurzen Zügen meine Meinung auseinander, so wie ich es jetzt an dieser Stelle tue.

Ich erklärte ihm, ich hielte Ihr Verfahren, Herr Reichskanzler, für gänzlich unmöglich und sei überzeugt, daß als Ergebnis eine neue Festlegung Deutschlands auf den Versailler Vertrag[49] *herauskommen werde. Daß vor allem aber Frankreich durch dieses Vorgehen in seiner Lage der außenpolitischen Isolierung eine wesentliche Erleichterung erhalte, ja am Ende die Verantwortung für das Scheitern der Abrüstung von sich auf Deutschland abschieben werde.*

Die Entwicklung hat mir unterdes vollkommen recht gegeben. Ich kann daher heute meine damalige Kritik Ihrer Außenpolitik, Herr von Papen, ohne jede Korrektur ruhig der Öffentlichkeit unterbreiten.

Wenn man schon in den Jahren vor dem Kriege von einer tiefgehenden Ziel- und Planlosigkeit der deutschen Außenpolitik sprechen konnte, *dann hat sich dieser Zustand seit 1918 nicht nur nicht gebessert, sondern laufend verschlimmert. Besonders seit einigen Jahren erscheint das Vorgehen der deutschen Außenpolitik immer weniger durchdacht und damit immer unlogischer und unvernünftiger.*

---

46 Ein Gesetz und eine Notverordnung bedrohten zu dieser Zeit Beschimpfungen von Regierungsmitgliedern mit Strafe: § 5 des zweiten "Gesetzes zum Schutze der Republik" vom 25.3.1930 sah Gefängnis nicht unter drei Monaten und die Möglichkeit einer zusätzlichen Geldstrafe vor, Teil acht, Kapitel III der "Vierten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens" vom 8.12.1931 erhöhte die Strafandrohung auf sechs Monate Mindeststrafe. Vgl. Gusy, Weimar - die wehrlose Republik?, S. 186 ff., 197 ff., 206 f. Druck: RGBl. 1930, I, S. 91 ff., 1931, I, S. 743.

47 Gemeint ist Julius Curtius (1877-1948), 1904 Dr. jur., Rechtsanwalt in Duisburg und Heidelberg, 1919-1921 Stadtverordneter in Heidelberg (DVP), 1919-1932 Mitglied des Zentralvorstands und des geschäftsführenden Ausschusses der DVP, 1920-1932 MdR (DVP), 1924 stellvertretender Vorsitzender der Reichstagsfraktion der DVP, 1926-1929 Reichswirtschaftsminister, 1929-1931 Reichsminister des Auswärtigen, danach Tätigkeit als Rechtsanwalt.

48 Über eine Zusammenkunft Hitlers mit Curtius ist sonst nichts ermittelt. Curtius begab sich im Herbst 1932 auf eine längere Amerikareise, von der er Mitte Dezember nach Deutschland zurückkehrte. Den Zweck der Reise beschreibt Curtius in seinen Erinnerungen: "Ich wollte durch politische Vorträge für Deutschland werben, von unserer deutsch-amerikanischen Politik vor dem amerikanischen Volk Rechenschaft ablegen." Vgl. Julius Curtius, Sechs Jahre Minister der Deutschen Republik, Heidelberg 1948, S. 249 ff.

49 Unterzeichnet am 28.6.1919. Druck: RGBl. 1919, S. 687 ff.

Das Mißverhältnis zwischen der inneren Verfassung Deutschlands und den außenpolitischen Absichten tritt vor allem seit Stresemanns[50] Tod immer verhängnisvoller in Erscheinung. *Stresemann selbst akzeptierte den nationalpolitischen inneren Verfall, die marxistisch-demokratisch-defaitistische Verlotterung unseres Volkes als einen gegebenen Zustand und richtete danach seine Außenpolitik ein. Seine Politik der Unterwerfung und Erfüllung mußte wirtschaftlich zum Zusammenbruch führen. Politisch war sie die logische und konsequente äußere Fortführung unseres inneren Treibens.* Die nationale innere Kraftlosigkeit zwang zu einer ähnlichen Politik nach außen, und diese ihrerseits wieder bedingte die Aufrechterhaltung der inneren nationalen Schwäche. *Dieser Kreislauf kann nur von innen durchbrochen werden.*

D[*as*] *h*[*eißt*]*: die innere nationale Erhebung muß die Voraussetzung für eine andere äußere Politik schaffen.*

Diese Erhebung kann nicht von den bisherigen bürgerlichen oder marxistischen Parteien ihren Ausgang nehmen. Sie setzt eine allgemeine Regeneration des deutschen Volkes voraus, die in der notwendigen Totalität nur durch eine neue Bewegung erzielt werden kann. Diese hat sich als Künderin einer Idee aus dem Niveau einer Partei zur Trägerin des Staates und damit zur offiziell anerkannten Staatsauffassung durchzuringen. Durch diesen Vorgang einer inneren Neubelebung verschiebt sich zwangsläufig die außenpolitische Position des deutschen Volkes zu seinen Gunsten.

Die nationalsozialistische Bewegung hat sich diese Aufgabe gestellt, praktisch aufgefaßt und befindet sich mitten in ihrer Durchführung. Gleichlaufend mit dem Steigen ihrer innerpolitischen Bedeutung erleben wir eine Verschiebung der außenpolitischen Stellung Deutschlands.

Es kann aber keine Täuschung darüber herrschen, daß dieser innerpolitische Prozeß der Regeneration unseres Volkes erst eingeleitet und noch lange nicht durchgeführt ist. Die Regierungen nach Stresemann konnten die Politik des Übergehens der nationalen Erneuerung nicht mehr weiter aufrechterhalten. *Die nationalsozialistische Bewegung begann, ihren Angriff gegen den bürgerlichen und marxistischen Klassenstaat mit immer schärferer Vehemenz zu führen.*

Sinnlose Demonstrationspolitik

Die Regierungen, parteimäßig beengt und mit Scheuklappen versehen, erkannten nicht die eminente Bedeutung dieses Vorganges für die Gestaltung des Verhältnisses Deutschlands zu den übrigen Nationen. Ja, als sie endlich selbst zu außenpolitischen Aktionen übergingen, die scheinbar mit der fortschreitenden inneren Neubelebung der Nation geistig verwandt sein sollten, da geschah es nicht, um eine Übereinstimmung der Außenpolitik mit der tatsächlichen inneren Lage herbeizuführen. *Nein, im Gegenteil: es geschah nur, um durch das Vorwegnehmen außenpolitischer Möglichkeiten der innerpolitischen Entwicklung einen Riegel vorzuschieben oder ihr zumindest den Wind aus den Segeln zu nehmen.*

Dies allein erklärt eine Reihe von aggressiven Handlungen, die ihrem ganzen Wesen nach als Akte einer bewußt nationalen Demonstrationspolitik gedacht waren, um damit der nationalen

50 Gustav Stresemann (1878-1929), 1900 Dr. phil., 1906-1912 Stadtverordneter in Dresden, 1907-1912 und 1914-1918 MdR (Nationalliberale Partei), 1912-1918 Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller, 1918 Mitbegründer und Vorsitzender der DVP, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1929, August 1923 bis November 1923 Reichskanzler und Reichsminister des Auswärtigen, November 1923 bis Oktober 1929 Reichsminister des Auswärtigen, 1926 Friedensnobelpreis (zusammen mit Aristide Briand).

Bewegung in Deutschland die außenpolitischen Argumente zu entwinden. *Denn diese nationale Bewegung betonte ja, daß die verhängnisvolle Politik der Unterwerfung, Demütigung und Erfüllung die Folge der inneren geistigen, moralischen und tatsächlichen Abrüstung aller Werte unseres Volkes war.* Die entsetzlichen Folgen dieser inneren Zerstörung konnten aber durch nichts besser illustriert werden als durch das dadurch bedingte außenpolitische Handeln unserer Regierungen. Was lag also den derzeitigen Regierungsmännern näher, als diese außenpolitische Handlungsweise zu ändern, um innenpolitisch der verhaßten Opposition ihre zugkräftigsten Beweise und damit Antriebe gegen die Regierung zu nehmen.

Daß dieses Vorhaben jammervoll mißlingen mußte, kam dabei den verantwortlichen Regierungsmännern gar nicht zum Bewußtsein. *Im Gegenteil, während der aus innerer Verantwortlichkeit handelnde Neuerbauer seines Volkes von vorneherein jede außenpolitische Aktion in peinliche Übereinstimmung zum Stande der inneren Wiedergeburt zu bringen bemüht sein wird, beginnt derjenige, der in der außenpolitischen Tätigkeit nur ein Mittel zum Abwürgen der nationalen Opposition sieht, mit Phrasen und bombastischen Redensarten um sich zu schleudern, und setzt damit die deutsche Politik einer Beurteilung aus, die Deutschland schon vor dem Kriege mehr geschadet als genützt hat.* Wobei aber damals hinter solchen Tönen immerhin die erste Armee der Welt stand, während seit dem Jahre 1918 nur mehr eine zerrissene Nation dahinter zu finden ist.

Die verunglückte Zollunion

Ein klassisches Beispiel einer derartigen Demonstrationspolitik war der *Zollunionspakt*[51] - ein Unternehmen, das vom ersten Augenblick an zum Scheitern verurteilt war. Eine Regierung - die es gerade damals nicht verstand, eine nutzbringende Mobilisierung der nationalen Kräfte im Innern vorzunehmen - überrascht die Welt mit einer außenpolitischen Aktion, die, *ganz abgesehen von ihrer schlechten Vorbereitung, zur Durchführung eine immense dahinterstehende nationale Kraft erfordert hätte.* Aber nicht nur, daß diese Kraft *nicht* dahinter stand: nein, man glaubte sogar im Gegenteil durch diese von oben eingeleitete politische Aktion die Behauptung der Notwendigkeit einer inneren nationalen Regeneration widerlegen zu können.

Genau so wie heute Sie, Herr von Papen!

Weshalb soll überhaupt eine innere nationale Erhebung nötig sein, wenn doch die Regierung und der Herrenklub ohnehin "nationale Politik" machen wollen? Es ist dabei charakteristisch,

---

51 Das Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion war seit 1930 erwogen worden. Am 21.3.1931 gab die Reichsregierung den Plan der Zollunion offiziell bekannt, der einen einheitlichen Zolltarif und die Aufhebung sämtlicher bilateraler Einfuhr- und Ausfuhrzölle vorsah. Die Verknüpfung dieser Absichten mit den Paneuropa-Plänen des französischen Außenministers Aristide Briand konnte jedoch nicht verhindern, daß sich Frankreich der Zollunion, die mittelfristig auch auf eine Ausdehnung der deutschen Einflusses nach Südosteuropa sowie auf Polen zielte, heftig widersetzte. Nachdem auch Großbritannien, Italien und die Staaten der Kleinen Entente Widerspruch angemeldet hatten, gaben der österreichische Bundeskanzler Johannes Schober und ihm folgend der Reichsminister des Auswärtigen Julius Curtius bis zum 3.9.1931 ihren Verzicht auf die Zollunion bekannt. Zwei Tage später erklärte der Internationale Gerichtshof im Haag, eine solche Union sei unvereinbar mit dem Genfer Protokoll vom 4.10.1922 und dem Friedensvertrag von St. Germain vom 10.9.1919. Vgl. Anne Orde, The Origins of the German-Austrian Customs Union Affair of 1931. In: Central European History XIII (1980), S. 34-59; Andreas Rödder, Stresemanns Erbe: Julius Curtius und die deutsche Außenpolitik 1929-1931, Paderborn 1996, S. 186 ff.

daß, je innerlich schwächer Regierungen in solchen Fällen zu sein pflegen, um so äußerlich aggressiver ihre Aktionen werden. Bismarck würde die Zollunionsfrage nur nach peinlichsten und gewissenhaftesten Vorarbeiten und Sicherungen nach allen Seiten angegriffen haben. Neudeutsche Regierungen überfallen aber damit plötzlich die Welt. Die Folge kann dann freilich nur eine vernichtende Niederlage sein.

Ihr Vorgehen, Herr von Papen, in der Abrüstungsfrage und anläßlich der Abrüstungskonferenz[52] *beweist, daß man seit diesem Zollunionspakt nicht nur nichts gelernt hat, sondern daß man sich im Gegenteil bemüht, diese Art geistloser Demonstrationspolitik in erhöhtem Maße fortzuführen.* Dabei zeigt sich, wie wenig Sie die gesamte Situation überhaupt erfaßt haben.

Die Abrüstungsfrage

Durch den Friedensvertrag von Versailles wurden einige Nationen, in erster Linie die deutsche Nation absolut wehrlos gemacht[53]. Die Absicht war, dank dieser Wehrlosigkeit, erstens Deutschland unerträgliche Erpressungen auflasten zu können - die neuerdings in ihrer Folge zur Zerstörung der gesamten Weltwirtschaft führen mußten und geführt haben -, *und zweitens bei irgendeiner günstigen Gelegenheit das französische Kriegsziel der vollkommenen Vernichtung Deutschlands wieder aufgreifen und ohne wesentliches Risiko durchführen zu können.* Verbrämt wurde diese Absicht mit der scheinheiligen Beteuerung, die Abrüstung Deutschlands habe nur den Zweck, die Abrüstung der anderen Nationen ebenfalls einzuleiten und durchzuführen[54]. *Der innere Zusammenhang zwischen deutscher und allgemeiner Abrüstung wurde damit von den Vätern des Friedensdiktats selbst vertraglich niedergelegt.*

Bekanntlich wurde die Abrüstung an Deutschland hundertprozentig vollzogen[55]. *Alle gegenteiligen Behauptungen des Auslandes sind zu durchsichtigen Zwecken erfundene Lügen.*

---

52 Bezieht sich auf die am 2.2.1932 eröffnete Abrüstungskonferenz des Völkerbundes in Genf, an der Vertreter von 60 Regierungen, darunter auch solchen, deren Staaten nicht dem Völkerbund angehörten, teilnahmen. Am 23.7.1932 hatte der Leiter der deutschen Delegation, Botschafter Rudolf Nadolny, gegen den Entwurf einer Resolution zu den Rüstungsbegrenzungsabsichten der beteiligten Länder gestimmt, der die deutsche Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage nicht anerkannte. Die deutsche Delegation verließ anschließend bis auf weiteres die Konferenz. Vgl. Sten Nadolny, Abrüstungsdiplomatie 1932/33. Deutschland auf der Genfer Konferenz im Übergang von Weimar zu Hitler, München 1978, S. 91 f., 183 ff.

53 Teil V des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 legte Größe, Charakter und Bewaffnung der deutschen Streitkräfte präzise fest. Dazu gehörten unter anderem ihre Reduzierung auf eine Gesamtstärke von 115.000 Mann, das Verbot aller modernen oder zukunftsweisenden Waffensysteme sowie der allgemeinen Wehrpflicht, ferner der Abbau aller Grenzbefestigungen und die Begrenzung aller militärischen Aufgaben auf die Aufrechterhaltung der innerstaatlichen Ordnung. Druck: RGBl. 1919, S. 919 ff. Zu Organisation von Reichsheer und Reichsmarine vgl. Edgar Graf von Matuschka, Organisation der Reichsheeres. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939, Bd. 3/VI: Reichswehr und Republik 1918-1933, München 1979, S. 305-343; Rolf Güth, Die Organisation der deutschen Marine in Krieg und Frieden 1913-1933. In: Ebenda, Bd. 4/VIII, S. 263-336, S. 314 ff.

54 Die Präambel von Teil V des Versailler Friedensvertrags, "Bestimmungen über Landheer, Seemacht und Luftfahrt", lautet: "Um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland, die im folgenden niedergelegten Bestimmungen über das Landheer, die Seemacht und die Luftfahrt genau innezuhalten." Druck: RGBl. 1919, S. 919.

55 Der tatsächliche Waffenbestand der Reichswehr überschritt die in der Übersicht Nr. 2 zu den Artikeln 164, 165 und 166 des Versailler Friedensvertrags zugelassene Anzahl im September 1932 erheblich. Statt der erlaubten 102.000 Gewehre und Karabiner besaß die Reichswehr 663.650 Stück, die Zahl der Maschinengewehre

Sie wären zumindest zum Teil nicht denkbar, wenn sich nicht aus der Welt der marxistisch-pazifistischen Parteien immer wieder Kreaturen fänden, die für klingenden Lohn vor keiner Fälschung und Verdrehung zurückschrecken[56].

Die Welt und insbesondere Frankreich haben nicht abgerüstet[57]. Was jeder vernünftige Mensch von vornherein wußte, ist eingetreten. *Frankreich hat keinen Augenblick daran gedacht, der Abrüstung Deutschlands zu folgen, sondern im Gegenteil durch ein System von Militärkonventionen*[58] *seine Position in Europa so gefestigt, daß der Schritt zur unbedingten Hegemonie kein sehr großer ist.*

Nun soll durch eine internationale Konferenz die im Friedensvertrage von Versailles festgelegte allgemeine Abrüstung eingeleitet oder zumindest irgendwie gefördert werden. Auch Deutschland ist an dieser Konferenz beteiligt. Es erhebt sich vorweg die Frage, was kann man überhaupt nach menschlicher Vernunft von einer solchen Konferenz erwarten? Mir scheint da eine Erkenntnis grundsätzlich wichtig zu sein:

Im allgemeinen werden auf Konferenzen niemals tiefgehende Veränderungen bestehender Zustände geschaffen, sondern immer nur bereits vollzogene Vorgänge ratifiziert. Die Kräfte, die das Leben wirklich gestalten, treten nicht am Konferenztisch in Erscheinung. Das Leben schafft einen bestimmten Tatsachenzustand, und Konferenzen verwandeln ihn höchstens in einen formalen Rechtszustand.

---

betrug 22.024 statt 1.926, die der erlaubten Geschütztypen 1.394 statt 393. Darüber hinaus besaß die Reichswehr über tausend verbotene Panzerabwehrwaffen und über hundert schwere Geschütze. Seit Ende 1926 wurden zwei Jagdfliegerstaffeln, eine Bomberstaffel und eine Behelfsbomberstaffel, als Lufthansa-Flugzeuge getarnt, im Dienst gehalten. Vgl. Fritz Hahn, Waffen und Geheimwaffen des deutschen Heeres 1933-1945, Bd. 1, Koblenz 1986, S. 14; Karl Nuß, Militär und Wiederaufrüstung in der Weimarer Republik. Zur politischen Rolle und Entwicklung der Reichswehr, Berlin (Ost) 1977, S. 195.

56 In- und ausländische Vorwürfe, die Reichswehr würde die Beschränkungen des Versailler Vertrages umgehen, waren an der Tagesordnung. Besonders spektakulär war die Aufdeckung der damals streng geheimen militärisch-technischen Kooperation zwischen Reichswehr und Roter Armee, in deren Mittelpunkt seit 1921 vor allem die Luft- und Panzerkriegsführung sowie der Gaskampf standen. Durch die Berichte des *Manchester Guardian* vom 3. und 6.12.1926 wurde die Öffentlichkeit erstmals über die Existenz von geheimen Waffenschulen und Rüstungsbetrieben in der Sowjetunion unterrichtet, was am 16.12.1926 eine Debatte im Reichstag, aber auch eine erregte journalistische Auseinandersetzung zwischen *Vorwärts* und *Roter Fahne* zur Folge hatte. Vgl. Manfred Zeidler, Reichswehr und Rote Armee 1920-1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit, München 1993, S. 143 ff.

57 Das französische Heer verfügte 1932 über 31.252 Offiziere und ca. 573.000 Unteroffiziere und Mannschaften, die französische Luftwaffe über 2.375 Offiziere und ca. 38.000 Unteroffiziere und Mannschaften, die französische Kriegsmarine über 4.745 Offiziere und ca. 59.000 Unteroffiziere und Mannschaften. 1933 waren die französischen Streitkräfte mit etwa 4.800 Geschützen und Minenwerfern, 1.700 Kampfwagen und 3.000 Flugzeugen ausgestattet. Vgl. Histoire Militaire de la France, III: De 1871 à 1940. Sous la Direction de Guy Pedroncini, Paris 1992, S. 347 ff., 405 ff., 443 ff.; Rüstung und Abrüstung. Eine Umschau über das Heer- und Kriegswesen aller Länder. Unter Mitwirkung zahlreicher Mitarbeiter hrsg. von K. L. von Oertzen, Berlin 1934, S. 66 ff.

58 Seit August 1920 hatte sich zwischen der Tschechoslowakei, Rumänien und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (ab 1929: Jugoslawien) ein System bilateraler Defensivverträge herausgebildet. Frankreich, das 1924/25 mit der Tschechoslowakei, 1926 mit Rumänien und 1927 mit dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen Freundschaftsverträge abschloß, unterstützte dieses, auch als "Kleine Entente" bezeichnete, Bündnissystem in der Absicht, den durch die Pariser Vorortverträge 1919/20 entstandenen Status quo in Südost- und Ostmitteleuropa zu sichern. Vgl. Magda Adám, Richtung Selbstvernichtung. Die Kleine Entente 1920-1938, Wien 1988.

Nicht Versailles, sondern der innere Verrat machte uns wehrlos

Auch die deutsche Abrüstung ist nicht durch die Friedenskonferenz von Versailles bewerkstelligt worden, sondern durch die erbärmliche Revolution unsrer marxistischen Landesverräter, die das deutsche Volk vergifteten, die deutsche Waffe zerbrachen und damit ein großes Reich de facto wehr- und waffenlos gemacht, zur "Konferenz" schleiften. Das Versailler Diktat hat nur das Verbrechen dieser marxistischen Volkszerstörer endgültig bestätigt.

Es ist für einen Staatsmann, Herr von Papen, notwendig, sich dieses vor Augen zu halten, um von vorneherein nicht falschen Hoffnungen zu erliegen.

Frankreichs Vernichtungspolitik

Denn es ist eine falsche Hoffnung, zu glauben, daß nunmehr irgendein Unrecht, das uns durch die Gegner zugefügt und durch diesen Vertrag bestätigt wurde, auf dem Wege einer Konferenz wiedergutgemacht werden könnte. Es ist aber auch genauso unsinnig zu denken, daß die Macht, die uns abrüstete, nun heute, ohne dazu gezwungen zu sein, selbst ebenfalls ernstlich abrüsten würde!

Wenn eine deutsche Vertretung in der Meinung nach Genf geht, es könnte dort gelingen, Frankreich zu einer freiwilligen Selbstabrüstung zu bewegen, dann soll man diese Vertretung nur schleunigst wieder zurückholen; denn sie bestände aus unfähigen Männern.

Genauso falsch ist es aber zu denken, daß Frankreich je freiwillig in eine deutsche Aufrüstung einwilligen wird. Denn in beiden Fällen handelt es sich um das gleiche: Um eine zu unseren Gunsten erfolgende Verschiebung der derzeitigen Kräfteverhältnisse zwischen Frankreich und uns. Die aber will Frankreich um keinen Preis.

Daß Frankreich dabei noch von seinen Vasallenstaaten[59] auf das eindringlichste unterstützt wird[60], ist verständlich. Wenn aber an sich das Scheitern der Abrüstungskonferenz, zumindest insoweit es sich um eine auch nur irgendwie fühlbare Abrüstung Frankreichs handelt, unausbleiblich ist, *kann es sich für die deutsche Diplomatie nur darum handeln, die Schuld für das Unterbleiben der Abrüstung eindeutig als ausschließlich bei Frankreich liegend festzustellen.* Dies ist wichtig, weil nur dadurch langsam die Rechtsgültigkeit des Versailler Diktates erschüttert werden kann. *Zu dem Zweck hätte Deutschland auf dieser Abrüstungskonferenz unentwegt und beharrlich Frankreichs Abrüstung fordern müssen. Dies hätte Frankreich zwangsläufig in eine Isolierung geführt. Es durfte damit aber unter keinen Umständen mit einem eigenen Aufrüstungsprogramm vor die Welt oder gar vor diese Konferenz getreten werden.* Denn erstens sind zumindest diese Konferenzen gar nicht in der Lage, diese Frage zu entscheiden.

Nicht in Lausanne oder Genf wird aufgerüstet, sondern letzten Endes in Deutschland. Und nicht in Genf kann eine solche Aufrüstung auf die Zustimmung der anderen Nationen rechnen.

Auch daß Deutschland tausendmal das Recht zu einer Angleichung seiner Rüstungen an die der anderen Nationen besitzt, *dieser Vorgang wird - da es sich hier um eine effektive Kräfte-*

59 Vgl. Anm. 58.

60 Nach seiner Rückkehr von der Abrüstungskonferenz in Genf (vgl. Anm. 52) erklärte der tschechoslowakische Außenminister Edvard Beneš in einer außenpolitischen Grundsatzrede unter anderem, daß die Tschechoslowakei die französischen Vorstellungen in der Abrüstungsfrage unterstütze, jedoch ohne eine Einigung mit Rumänien und Jugoslawien nicht in weitere Verhandlungen eintreten werde. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, München 1933, S. 249 f.

verschiebung im Völkerleben handelt - nicht zu einer internationalen Ratifikation führen, wenn er an sich nicht schon vollzogene Tatsache ist. Dazu fehlen aber im Augenblick fast alle Voraussetzungen.

Zweitens gibt man damit nun Frankreich die Möglichkeit, die ihm unerwünschte Diskussion über seine Nichtabrüstung umzubiegen in eine dafür um so erwünschtere Beschäftigung mit der theoretisch geforderten deutschen Aufrüstung. Frankreich erhält damit am Ende sogar die Möglichkeit, seine vorhandene Rüstung und beabsichtigte Nichtabrüstung als notwendig zu begründen durch den Hinweis auf die behaupteterweise beabsichtigte Aufrüstung Deutschlands, obwohl in Wirklichkeit keinerlei Rüstung Deutschlands vorhanden ist.

Eine neue Einheitsfront gegen Deutschland Folge der ungeschickten Abrüstungspolitik

Es wäre dabei gar nicht notwendig gewesen, daß die deutsche Delegation die Genfer Abrüstungskomödie etwa bis ins Endlose mitgemacht hätte. *Es konnte genügen, den Willen Frankreichs nicht abzurüsten, vor der ganzen Welt eindeutig klarzustellen, um dann die Konferenz mit dem Bemerken zu verlassen, daß damit der Friedensvertrag von Versailles von den Signatarmächten selbst verletzt sei und Deutschland sich vorbehalten müsse, daraus unter Umständen die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Dabei hätte man auf das schärfste betonen können, daß das Vertragswerk, da es in der deutschen Abrüstung nur einen Vorläufer zur allgemeinen Abrüstung sehe, selbst keine verschiedenwertigen und verschiedenberechtigten Nationen auf die Dauer anerkenne.* Für Deutschland sei dies um so selbstverständlicher, als es gleichberechtigtes Mitglied im Völkerbund ist[61] und, abgesehen davon, als Nation von 65 Millionen Menschen[62] von vorneherein eine entsprechende Behandlung verlangen könne.

Es ist aber auch hier zu bedenken, daß die Gleichberechtigung der Völker nicht in den Stimmen liegt, die sie bei internationalen Konferenzen in die Urne legen können, als vielmehr in der Kraft, die sie in die geschichtliche Waage zu werfen vermögen. *Diese Kraft aber ist eine innere. Sie verkörpert sich nicht in Regierungen, sondern im Gesamtgehalt eines Volkes.*

Daß Deutschland aber durch sehr unkluge Formulierungen seiner Wehrforderungen und durch eine noch unklügere Taktik der Anbiederung an Frankreich nunmehr bis zu einem gewissen Grade sogar eine Einheitsfront der Signatarmächte gegen Deutschland herstellte, war das Schlimmste, was passieren konnte, und ist ein Beispiel Ihrer geradezu verhängnisvollen Führung der Außenpolitik, Herr von Papen! Man durfte dies nie tun, ehe nicht die Konferenz vollkommen gescheitert war.

Wehrforderungen können von den politischen Bewegungen der Nation an die Regierung gerichtet werden, die Regierung soll sie aber in keiner Form an die Welt stellen.

Unzeitgemäße Marine-Politik der Regierung von Papen

Am wenigsten darf dies geschehen, wenn dabei die Forderungen selbst einer ernsthaften Prüfung vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit, als im Hinblick auf die innere Erfüllbarkeit aus nicht standhalten können [*sic!*]. *Das allerunklügste aber war die Verbindung immerhin noch*

61 Am 8.9.1926 hatte die Völkerbundversammlung die Aufnahme Deutschlands mit ständigem Ratssitz in den Völkerbund beschlossen. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 353 ff.

62 Das Deutsche Reich umfaßte eine Bevölkerung von 63.180.649 Einwohnern (Stand: 16.6.1925). Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 5.

verständlicher Forderungen für das Landheer mit Forderungen zur See, die als demonstrative Akte höchstens geeignet sind, die gesamte Wehrlage Deutschlands heute auf das furchtbarste zu erschweren. Denn wenn man schon glaubte, gerade in diesem Augenblick eine gänzlich aussichtslose Forderung nach einer 300.000-Mann-Armee erheben zu müssen, dann ist die Einfügung der Forderung zum Bau von Großkampfschiffen usw.[63] aber wirklich schon gar nicht mehr verständlich. Rein militärisch gesehen: welchen Zweck soll der Bau von Großkampfschiffen im Augenblick haben[64]?

Die schlimmste Gefahr droht Deutschland *im Osten.* Es gibt in der Welt nicht wenige einsichtsvolle Männer, welche die Unmöglichkeit und Unhaltbarkeit der diesbezüglichen Lage Deutschlands selbst einsehen und anerkennen. Eine Verstärkung des deutschen Schutzes diesen latenten Ost-Gefahren gegenüber ist verhältnismäßig leicht zu begründen. *Jedenfalls aber ist es für Deutschland selbst eine Notwendigkeit, bei der Zielsetzung für seine nationale Rüstung sich die wichtigsten Aufgaben unentwegt vor Augen zu halten.* Hätten die Regierungen seit dem Jahre 1919 die uns im Friedensvertrag von Versailles zugebilligten maritimen Streitkräfte hundertprozentig erneuert[65], dann würden wir auch mit ihnen unter Zugrundelegung unserer modernen Technik in der Ostsee wohl bestehen können. Zum Kampf aber außerhalb der Ostsee - sagen wir gegen Frankreich oder England - würden die von uns geforderten, uns heute möglichen Neubauten an Großkampfschiffen gar nicht in der Lage sein, selbst wenn sie bewilligt würden. Selbst wenn wir Genehmigung bekämen, Großkampfschiffe zu bauen, so würde das *zunächst* maritim ohne jede Bedeutung sein. Bei angestrengtestem Bauen könnte das erste Geschwader von vier Schiffen nicht vor vier Jahren kampfbereit sein. Ein hoffnungsloser Fall, wenn ich dabei an England oder auch nur an Frankreich denke[66]. Dabei ist die Forderung nach den Groß-

---

63 Am 29.8.1932 hatte die Reichsregierung dem französischen Botschafter in Berlin, André François-Poncet, eine vertrauliche Stellungnahme übergeben, in dem die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung zur Bedingung für die Wiederteilnahme an der Abrüstungskonferenz in Genf gemacht wurde. In der französischen Presse wurde daraufhin eine Liste der vermeintlichen deutschen Rüstungsforderungen veröffentlicht, die unter anderem die Erhöhung der Reichswehrstärke auf 300.000 Mann und die Aufhebung der Tonnagebeschränkung für Großkampfschiffe enthielt. Trotz einer sofortigen Klarstellung durch die Reichsregierung lehnten Frankreich und Großbritannien den deutschen Wunsch grundsätzlich ab, in den Rüstungsmöglichkeiten gleichberechtigt zu werden. Vgl. Berliner Tageblatt vom 1.9.1932 (AA), "Erregung in Paris"; Nadolny, Abrüstungsdiplomatie, S. 142.

64 Obwohl Hitler marinetechnisch stets starke Schlachtschiffe favorisierte, trat er bis 1934 marinestrategisch für Zurückhaltung ein, damit Deutschland nicht in ein Konkurrenzverhältnis zu Großbritannien eintreten müsse. Vgl. Jost Dülffer, Wilhelm II. und Adolf Hitler. Ein Vergleich ihrer Marinekonzeptionen. In: Jürgen Elvert (Hrsg.), Kiel, die Deutschen und die See, Stuttgart 1992, S. 49-69, S. 54. Vgl. auch Bd. III/3, Dok. 9.

65 In Artikel 181 des Versailler Friedensvertrags war Deutschland der Besitz von sechs Schlachtschiffen, sechs Kleinen Kreuzern, zwölf Zerstörern und zwölf Torpedobooten zugestanden. Die Ersatzbauten für diese Schiffe durften nach Artikel 190 eine festgelegte Wasserverdrängung für jeden Schiffstyp nicht überschreiten, die erheblich unter dem international üblichen Maß lag. Von den Ersatzbauten waren 1932 im Dienst oder vom Stapel gelaufen: ein Panzerschiff, fünf Leichte Kreuzer, zwölf Zerstörer und vier Torpedoschnellboote. Druck der Bestimmungen über die Seemacht des Versailler Friedensvertrags: RGBl. 1919, S. 943 ff. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1932, XXVII. Jahrgang 1932. Hrsg. von B[*runo*] Weyer, München 1932, S. 6 ff. sowie Rolf Güth, Die Marine des Deutschen Reiches 1919-1939, Frankfurt a. M. 1972.

66 Nach amtlichen Angaben hielt die britische Kriegsmarine 1931/32 15 Großkampfschiffe mit ca. 480.000 t Gesamtwasserverdrängung, die französische Kriegsmarine sechs Großkampfschiffe mit ca. 135.000 t Gesamtwasserverdrängung in Dienst. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1932, S. 29 ff., 52 f.

kampfschiffen geeignet, den außenpolitischen Blick zu verwirren und am Ende uns wieder in eine Situation hineinzusteuern, die wir schon einmal schaudernd erleben mußten[67]!

Für die Verhältnisse in der Ostsee ist der Bau von wirklichen Großkampfschiffen *solange* nicht notwendig, als nicht Rußland oder unter Umständen Polen über andere maritime Kräfte verfügen wie zur Zeit[68]. *Aber selbst wenn Sie glaubten, Herr von Papen, schon jetzt eine maritime Forderung anhängen zu müssen, dann durfte man unter keinen Umständen mit dieser Forderung ohne weiteres vor die Welt treten, sondern dann mußten Sie sich erst in London über die englische Zustimmung oder Ablehnung Klarheit verschaffen. Denn heute ist wichtig für die Zukunft Deutschlands ein vertrauensvolles Verhältnis zu England.* Es würde aber meines Erachtens bei einem solchen unbedingt notwendigen Vertrauensverhältnis zu England heute genügen, mit *Korrekturen* des vom Versailler Vertrag genehmigten Bauprogramms unserer Flotte aufzuhelfen - immer beherrscht von dem einen Glauben, den uns notwendigen Schutz im Osten damit zu gewährleisten. Im übrigen scheint auch hier, wie schon früher so oft die von der modernen Technik auch auf dem Gebiete militärischer Werte unterdes vollzogene Umwälzung nicht berücksichtigt worden zu sein. *Man erhebt die Forderung nach einer Waffe mehr aus einer heute nur noch psychologischen Reminiszenz als aus einer für unsere heutige Lage kampftechnisch richtigen Überlegung und vergißt dabei ganz die Rückwirkung auf die gleiche Psychologie eines unserer früheren Gegner.*

Dabei stellen Sie, Herr von Papen, damit auch noch ein Programm auf, dessen *finanzielle Durchführung augenblicklich ein Ding der Unmöglichkeit ist.* Ein modernes Schlachtgeschwader aus wirklich kampffähigen Schiffen erfordert alles in allem mindestens 700 bis 800 Millionen [*Reichs*]Mark Kosten. Selbst wenn wir zum Bau solcher Schiffe die außenpolitische Voraussetzung besäßen, würde die finanzielle Belastung in keinem Verhältnis stehen zum *heute* nötigen militärischen Gewinn, so daß also faktisch eine Forderung erhoben wurde, die in kurzer Zeit aus finanziellen Gründen überhaupt nicht realisierbar ist, dafür aber, wie gesagt, außenpolitisch England sofort wieder bedenklich stimmt und glücklich zu Frankreich zurückführt. Verbindet man damit noch *die schon mehr als ungeschickte Art der Lausanner Anbiederungsversuche an Frankreich, das Spielen mit Militärkonventionen und Bündnissen,* dann darf man wirklich nicht allzusehr über die französische Geschicklichkeit staunen, wenigstens bis zu einem gewissen Grade und Umfange wieder die alte Entente gegen Deutschland zusammengeleimt zu haben.

---

67 Anspielung auf den Ausbruch des Ersten Weltkriegs.

68 Die Sowjetunion hielt 1931/32 in der Ostsee drei Großkampfschiffe mit ca. 78.000 t Gesamtwasserverdrängung, zwei Kreuzer, 31 Zerstörer und Torpedoboote, zehn Unterseeboote sowie Hilfsschiffe in Dienst. Da es sich sämtlich um Vorkriegs- und Kriegsbauten handelte, galten sie als den modernen deutschen Schiffen unterlegen. Die sowjetische Flotte wurde von der Reichsmarine nicht als potentieller Gegner angesehen, doch entzog man sich, ohne die Rüstungszusammenarbeit mit der Sowjetunion (vgl. Anm. 56) grundsätzlich abzulehnen, den sowjetischen Wünschen nach deutscher Unterstützung bei der Reorganisation und Aufrüstung der Roten Flotte.
Polen hielt zwei moderne Zerstörer, drei moderne Unterseeboote, fünf ältere Torpedoboote und zwei ältere Kanonenboote sowie Hilfsschiffe in Dienst und war somit der Reichsmarine zahlen- und materialmäßig unterlegen. Seit 1930 ging die Reichsmarine bei ihren Planungen für einen Konflikt mit Polen nicht mehr vom Eingreifen französischer Verbände auf dem Ostseekriegsschauplatz aus. Vgl. Jost Dülffer, Die Reichs- und Kriegsmarine 1918-1939. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939, Bd. 4/VIII, S. 337-488, S. 419 ff., 447 f.; Taschenbuch der Kriegsflotten 1932, S. 117 ff., 128 ff.

Voraussetzung der deutschen Gleichberechtigung ist die Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands

Das alles aber wäre gar nicht möglich, Herr von Papen, wenn Sie überhaupt ein klares außenpolitisches Programm besäßen. Gerade hier schreit aber die Ziel- und Planlosigkeit zum Himmel. Sie reden von einer Gleichberechtigung Deutschlands[69] *und wollen doch nicht einsehen, daß diese Gleichberechtigung praktisch solange eine wertlose Formel bleibt, als sie sich nicht in der Wiederherstellung der deutschen Verteidigungsfähigkeit ausdrückt.*

Alles kann man nun erwarten, aber daß Frankreich von sich aus freiwillig einer solchen Veränderung der derzeitigen Kräfteverhältnisse das Wort reden würde, eben nicht. Und wenn Deutschland - woran bei keiner Regierung zu zweifeln ist - zehnmal vom ernstesten Friedenswillen erfüllt erscheint, dann wird es seine Gleichberechtigung unter den anderen Nationen eben doch nur erreichen können durch eine *tatsächliche Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichtes.* Daran aber könnten nach Lage der Dinge *England* sowohl als *Italien* ein Interesse besitzen, *aber sicherlich nicht das geringste Frankreich. Es ist daher klar, daß Deutschland, das mit allen Mitteln danach streben muß, eine weitere Beibehaltung oder gar Stärkung der französischen Hegemonie zu verhindern, dies nur im engsten Zusammenhang mit den vorgenannten anderen Nationen erreichen kann.*

Es ist somit jeder politische und diplomatische Schritt, der ohne Anlehnung an Italien oder England erfolgt oder gar ohne die allernötigste Inkenntnissetzung dieser Staaten ein sehr bedenkliches, ja, unter Umständen verderbliches Beginnen.

Geradezu unfaßbar aber ist es zu glauben, man würde die fehlende Fühlungnahme und Übereinstimmung mit England oder Italien durch die Herstellung besserer Beziehungen zu Frankreich ersetzen können.

Am Ende wird jeder Versuch einer deutschen Anbiederung an Frankreich dort solange auf keine Gegenliebe stoßen, als die durch die große Rüstungsdifferenz gegebene Sicherheit Frankreichs einer inneren Verständigung mit Deutschland überlegen erscheint und daher vorgezogen werden kann. Ja, man wird solche Angebote, besonders wenn sie militärischer Natur zu sein scheinen, nicht nur kühl zur Kenntnis nehmen, sondern in der geeigneten Form den ehemaligen Verbündeten mitzuteilen wissen. Der Erfolg kann dann immer nur in einer *erneuten Erweckung der ehemaligen Entente liegen.*

Verpaßte Bündnismöglichkeiten[70]

Besonders England, Herr von Papen, das sich ohnehin kaum jemals zwischen zwei Stühle setzt, wird in einem solchen Fall sich um so mehr zu Frankreich hingezogen fühlen, als ja die von Ihrer Staatskunst als möglich angesehene Verbindung mit Frankreich England erst recht unerwünscht sein müßte. Denn folgendes ist wohl klar: *Man will in England keinen deutsch-französischen Krieg, aber noch viel weniger eine deutsch-französische Militärkonvention als*

69 "Gerade weil wir den Frieden wollen, in dem allein wir wieder zu Wohlfahrt und Blüte gelangen können, fordern wir die Grundrechte der Freiheit und Gleichberechtigung, denn sie sind die elementare Voraussetzung für das Gedeihen auch der wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb Deutschlands und unter den Völkern." Druck: wie Anm. 4, S. 755.

70 Zu Hitlers bündnispolitischen Vorstellungen, in deren Mittelpunkt Großbritannien und Italien standen, vgl. Bd. II A, S. 120 ff.

den Schlußpunkt einer deutsch-französischen Verständigung! Von Italien ganz zu schweigen! Es ist das einzige Land, das seine im Gegensatz zu Frankreich stehenden Interessen nicht nur erkennt, sondern auch *mutig und offen vertritt*[71]. *Die Dienste, die dieses Land und seine Regierung dem deutschen Volke in den letzten Jahren indirekt erwiesen haben, werden im heutigen Berlin weder erkannt noch gewürdigt. Mehr als je zuvor könnte dieses Land in aufrichtige Freundschaft mit Deutschland gebracht werden, wenn man in Berlin überhaupt eine klare Vorstellung besäße, was man will, oder zumindest von dem, was man einerseits erreichen kann und was man andererseits niemals erreichen wird.*

Wenn man aber, wie Ihre Regierung, Herr von Papen, Außenpolitik nur betreibt, um der Opposition "das Dritte Reich vorwegzunehmen"[72], *dann braucht man sich nicht zu wundern, daß Innenpolitik, Außen- und Wirtschaftspolitik so kunterbunt durcheinandergehen, wie wir das jetzt erleben.*

Daß Innen- und Wirtschaftspolitik in einem unlöslichen Zusammenhang mit der Außenpolitik stehen, ist Ihnen anscheinend vollkommen unbekannt.

Alles wird beherrscht entweder von einer schreienden Unvernunft oder von einem genau so zu wertenden Schematismus.

Sie, Herr von Papen, haben vor allem von der verbindenden und werdenden Kraft innerlich nahverwandter Weltanschauungen genau sowenig Kenntnis wie von den politischen Möglichkeiten, die in der Auswirkung einer klug angewandten Zollpolitik liegen. Seit rund 100 Jahren hat Frankreich sein Vorgehen gegen Deutschland außerordentlich geschickt in einen Rahmen herrschender Weltauffassungen gestellt, die ihm in der übrigen Welt bei ähnlich eingestellten oder beeinflußten Völkern nur Sympathien eintragen konnten.

Herr von Papen, Sie aber führen Deutschland in ein Dickicht politischer Verwirrungen, da Sie nicht einsehen wollen, daß der Mangel einer klaren Ausprägung der inneren politischen Verhältnisse zwangsläufig erst recht zu einer geistigen Isolierung Deutschlands führen muß.

Die rein demokratisch orientierten Staaten beobachten uns mit Mißtrauen, die nicht demokratischen entweder mit voller Ablehnung oder mit zumindest unbefriedigenden Gefühlen. Einer Welt, die entweder demokratisch, bolschewistisch oder faschistisch ist, bemühen Sie sich, Herr von Papen, ein Deutschland vorzustellen, dessen nähere Charakterisierung in einem *Gemisch von christlich - konservativ - parlamentarisch - antidemokratisch - präsidialer Staatsgesinnung und Staatsführung* zu finden sein soll. *Man möge sich nur nicht wundern, wenn dieser Wechselbalg aber auch wirklich nirgends eine innere Verwandtschaft und damit Anlehnung finden kann.*

Schluß mit dem System der Schwäche, der Halbheiten, der Unlogik! Bahn frei dem Nationalsozialismus!

Ebensowenig wie Sie, Herr von Papen, und Ihre Helfer *den Wert der inneren weltanschaulichen Verfassung als werbenden und vermittelnden außenpolitischen Faktor* erkennen, so wenig erkennen Sie die Möglichkeiten, die in *wirtschaftlichen* Maßnahmen liegen können. *Ziel- und*

71 Die mangelnde Bereitschaft Frankreichs, die italienischen Vorschläge auf der Genfer Abrüstungskonferenz zu unterstützen, hatte im Sommer 1932 zu einer schärferen antifranzösischen Agitation in der italienischen Presse geführt. Vgl. C. J. Lowe/ F. Marzari, Italian Foreign Policy 1870-1940, London 1975, S. 220 ff.

72 Vgl. Dok. 1, Anm. 4.

planlos wird hier schematisch darauf losgearbeitet, als ob außenpolitische Folgen überhaupt nicht vorhanden wären.

Ihnen, Herr von Papen, gebührt der Ruhm, eine an sich unendlich aussichtsreiche Situation Deutschlands so schlecht genützt und am Ende so verwirrt zu haben, daß selbst Italien zu uns in Gegensatz gerät[73] *und Frankreich innerlich wieder einmal zufrieden sein kann. Die deutsche Nation aber hat damit eine große historische Chance verloren.*

Freilich bewegt dies das Konglomerat der augenblicklich in Deutschland Politik machenden Kräfte nur wenig. Berliner Judentum, Herrenklub, bürgerliche Parteien und was sich sonst noch im Zwielicht der offiziellen deutschen Politik herumtreibt, sind fürs erste zufrieden: *Das deutsche Volk hat eine Schlacht verloren, aber der Nationalsozialismus erscheint wenigstens im Augenblick doch noch von der Macht zurückgehalten worden zu sein! Lieber alles verkommen lassen, als die Macht an die Bewegung abtreten, die keine Zweifel darüber läßt, daß mit ihrem Regierungsantritt die Epoche der Schwäche und Halbheiten, aber auch der Unlogik, einmal für immer vorbei sein wird!*

Freilich am Ende täuschen sie sich doch: auch diese Front von Jakob Goldschmidt bis Hugenberg[74] *kann nicht den Sieg der nationalsozialistischen Bewegung verhindern. Und mit diesem Siege wird parallel der inneren Mobilisierung der nationalen Kräfte Zug um Zug die Wiederherstellung einer vernünftigen Außenpolitik erfolgen. Nichts von Konferenzen erhoffend, was nicht in der eigenen Kraft des Volkes seine Voraussetzungen hat, aber in eisig-kühler Überlegung jede Möglichkeit wahrnehmend, die dem inneren Wollen im Rahmen der tatsächlichen außenpolitischen Verhältnisse die Verwirklichung ermöglichen und sichern kann.*

Seit 13 Jahren sind wir das politische Gewissen der Nation

In Ihrer Rede, Herr von Papen, sprechen Sie folgenden Satz aus:

"Was die Nation fordert, ist dies: Von einer Bewegung, die die nationale innere und äußere Freiheit auf ihre Fahne geschrieben hat, verlangt sie, daß sie in jedem Augenblick und in jeder Lage so handelt, als ob sie das geistige, soziale und politische Gewissen der Nation wäre[75]."

Seit 13 Jahren während der ganzen Zeit, da Sie, Herr Reichskanzler, *im Zentrum saßen* und damit auch *mit den marxistischen und bolschewistischen Parteien gegen die nationalsozialistische Bewegung, trotz ihrer heute zugegebenen nationalen Verdienste, Stellung nahmen,* haben wir nach dieser Ihrer heutigen spät erforschten Erkenntnis gehandelt. Weil wir aber dieses uns als Leitmotiv für unseren politischen Kampf aussuchten, können wir auch heute nicht davon abgehen.

---

73 Im Oktober 1932 begann die faschistische Presse in Italien, die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage zu unterstützen und gab damit offensichtlich die Regierungsmeinung wieder, denn am 23.10.1932 sprach sich Ministerpräsident Mussolini in Turin öffentlich für die grundsätzliche Gleichberechtigung Deutschlands aus. Vgl. Lowe/Marzari, Italian Foreign Policy, S. 219 ff.

74 Alfred Hugenberg (1865-1951), 1888 Dr. rer. pol., 1890 Gründer des Allgemeinen Deutschen Verbands (seit 1894 Alldeutscher Verband), 1903 Verbandsdirektor der Raiffeisengenossenschaften, 1909-1918 Vorsitzender der Friedrich Krupp KG, seit 1914 Aufbau eines umfassenden Pressekonzerns, 1919-1933 MdR (DNVP), 1928-1933 Vorsitzender der DNVP, Januar bis Juni 1933 Reichswirtschaftsminister und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, 1947 im Entnazifizierungsverfahren als Unbelasteter eingestuft.

75 Druck: wie Anm. 4, S. 763.

Ich halte daher, Herr Reichskanzler, aus meinem geistigen, sozialen und politischen Gewissen heraus Ihre Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik für falsch, ja für im höchsten Maße verderblich für Deutschland. Ich sehe als Folge eines Andauerns Ihrer Regierung über eine längere Zeit nicht nur ein erneutes Aufreißen unserer alten Klassengegensätze, sondern die drohende Gefahr einer dann nicht mehr zu verhindernden Bolschewisierung.

Ich setze mich daher gegen Sie und Ihre Politik mit meiner Bewegung so zur Wehr, als ob wir "das geistige, soziale und politische Gewissen der Nation" wären.

Daß Sie, Herr Reichskanzler, aber uns deshalb, weil wir insbesondere die unmögliche Art der Wahrnehmung der außenpolitischen Interessen der deutschen Nation durch Ihre Regierung ablehnen, einfach als "Feinde des deutschen Volkes" hinstellen, ist so ungeheuerlich, daß uns nur die legale Befolgung der Gesetze verhindert, Ihnen die darauf nötige Antwort zu geben.

Ich wende mich aber an die Millionen meiner Anhänger, die ich bitte, diese meine Darlegungen nüchtern prüfen und in Vergleich zu Ihrer Rede setzen zu wollen.

Der Urteilsspruch dieser Millionen ist mir heute schon klar.

Am 6. November [*1932*] *wird Ihnen, Herr von Papen, und den Sie begleitenden Parteien und Interessentengruppen das deutsche Volk wohl die Erkenntnis vermitteln, daß mangelnde staatsmännische Qualität nicht durch Berufung auf übernatürliche Herkunft ausgeglichen werden kann.*

Im übrigen, Herr von Papen, leben Sie ruhig in Ihrer Welt. Ich kämpfe in der meinen. Es ist mein Glück zu wissen, daß meine Welt die Millionengemeinschaft deutscher Arbeiter der Stirne und der Hand und deutscher Bauern ist, die, wenn sie auch zumeist schlichter Herkunft und vielfach größter Armut sind, doch die treuesten Söhne unseres Volkes sein wollen, denn sie kämpfen nicht nur mit den Lippen, sondern mit tausendfältigem Leid und zahllosen Opfern für ein neues und besseres Deutsches Reich.

Adolf Hitler

Coburg, den 16. Oktober 1932 [76]

76 Hitlers Angriffen gegen ihre Außenpolitik begegnete die Reichsregierung mit folgendem öffentlichen Dementi: "Hitler behauptet, Deutschland sei mit einem Aufrüstungsprogramm vor die Welt getreten; es habe die Forderung nach einer *300.000-Mann-Armee* erhoben; es habe ferner den Bau von Großkampfschiffen usw. gefordert.
Diese drei Behauptungen sind unwahr.
Deutschland hat niemals andere Forderungen erhoben als diejenigen, welche das veröffentlichte Memorandum vom 29. August [*1932*] enthält. Es verlangt nach wie vor, daß die anderen Staaten auf einen Stand abrüsten, der unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse jedes Landes demjenigen Abrüstungsstand entspricht, der uns durch den Vertrag von Versailles auferlegt worden ist. Trägt die Abrüstungskonferenz dieser grundsätzlichen Forderung nicht Rechnung, so müssen wir verlangen, daß nicht weiter zweierlei Recht gilt, sondern, daß die in Genf abzuschließende Abrüstungskonvention auch auf Deutschland Anwendung findet. Deutschland fordert auch in diesem Falle keine Aufrüstung. Der Zustand darf aber nicht weiterbestehen, daß uns grundsätzlich Waffen verboten sind, welche anderen Staaten als unentbehrliche Mittel der Verteidigung erlaubt bleiben.
Die Reichsregierung stellt in aller Öffentlichkeit fest, daß Herr Hitler in seinem offenen Brief vom 20. Oktober [*vgl. Anm. 3*] *unwahre Behauptungen erhoben hat, die geeignet sind, das Bild der deutschen Außenpolitik zu verfälschen und damit die Interessen des deutschen Volkes auf das schwerste zu schädigen. Das Urteil über dieses Verhalten des Herrn Hitler überläßt die Regierung dem deutschen Volke."*
Druck: Vossische Zeitung vom 21.10.1932 (AA), "Papen-Erklärung gegen Hitler".

16. Oktober 1932 Dok. 16
Rede auf NSDAP-Versammlung in Coburg [1]

Coburger Nationalzeitung vom 17.10.1932, "Rede Adolf Hitlers" [2].

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

10 Jahre sind im Völkerleben eine sehr kurze Zeit. Allein 10 Jahre Kampf sind kaum rückblickend mehr abzumessen. Im Jahre 1922 hat die damalige Nationalsozialistische Bewegung zum ersten Male den Entschluß gefaßt, nunmehr die Fahnen aus ihrer Gründungsstadt [3] hinauszutragen und, wenn nötig, durch brachiale Gewalt den brachialen Widerstand anderer zu brechen, ein Entschluß, der uns nicht leicht wurde; *denn innerlich streben wir nicht danach, einem deutschen Volksgenossen wehe zu tun.* Unser Ziel ist, sie zu erobern, sie innerlich zu gewinnen. Auch in diese Stadt sind wir damals nicht eingezogen mit der Absicht, irgendeinem ein Leid zuzufügen, allerdings schon mit dem Entschluß, unter keinen Umständen die Fahne einzuziehen, mag kommen, was kommen will [4]. (Bravo und Heilrufe.)

Deutschland gehört nicht denen, die nicht an Deutschland glauben, sondern denen, die in Deutschland alles sehen. (Heil.) Die Straßen und die Plätze unserer Heimat, wir lassen sie uns nicht nehmen; im Gegenteil, wir sind der Überzeugung, daß sie uns natürlich gehören. Und so mußte es damals zu diesen Kämpfen kommen. Ich bin heute glücklich und gerührt, wenn ich

---

1 Auf dem Sportplatz, nach 11.30 Uhr. An der vom 1. Bürgermeister (NSDAP), Franz Schwede, mit einer Ansprache eröffneten Versammlung nahmen laut Halbmonatsbericht etwa 30.000 bis 35.000 Menschen teil (Schwede: 60.000).

2 Vgl. auch Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 16.10.1932, "Hitlertag in Coburg"; Coburger Tageblatt vom 17.10.1932, "Der Hitler-Tag in Coburg"; Coburger Volksblatt vom 17.10.1932, "Die 'aufbauwilligen Kräfte' in Coburg"; Coburger Zeitung vom 17.10.1932, "10-Jahresfeier der NSDAP", "Politische Zusammenstöße am gestrigen Sonntag"; Thüringer Tageszeitung vom 17.10.1932, "Adolf Hitler in Coburg"; Fränkischer Volksfreund vom 18.10.1932, "Nazis wüten in Coburg!"; VB vom 18.10.1932, "Adolf Hitler spricht"; Halbmonatsbericht der Regierung von Oberfranken an das Staatsministerium des Innern, Nr. 988, (Abdruck) vom 18.10.1932; BayHStA, MA 102155/3; Streng vertraulicher Lagebericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 31.10.1932, Nr. 203/II/32; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte sowie Franz Schwede-Coburg, Kampf um Coburg, München 1939, S. 235 f. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 29.10.1932, "Der Führer auf großer Fahrt durch Deutschlands Gaue".

3 München.

4 Am 14. und 15.10.1922 veranstaltete die Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde in Coburg den "Dritten Deutschen Tag". Mit der Organisation war der im übrigen Reich verbotene Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund betraut. Bereits das Bekanntwerden von Hitlers Absicht, mit mehreren hundert Mann SA anzureisen, löste bei SPD, KPD und Gewerkschaften im Raum Coburg heftige Proteste aus. Entgegen dem Polizeiverbot ließ Hitler bei der Ankunft des Sonderzuges am Vormittag des 14.10.1922 die SA im geschlossenen Verband, mit Fahnen und Musik, durch die Stadt marschieren. Beim Versuch von Gegendemonstranten, den Zug zu stören, kam es zu einer heftigen Straßenschlacht, in die auch die Polizei hineingezogen wurde. Die Abendveranstaltung, an der etwa 3.000 Mitglieder völkischer Gruppen teilnahmen und auf der unter anderen auch Hitler sprach, verlief ohne Störung. In der Nacht kam es in Coburg und Umgebung noch zu mehreren politisch motivierten Schlägereien. Der Abmarsch der SA nach dem Ende des "Dritten Deutschen Tags" verlief ungehindert. Der Auftritt der SA wurde von Hitler daher als Sieg seiner Partei gegen die regionalen Linksgruppen interpretiert. Vgl. Jürgen Erdmann, Coburg, Bayern und das Reich 1918-1923, Coburg 1969, S. 99 ff. Druck von Hitlers Vernehmung durch die Polizei am 13.1.1923 über die Vorgänge in Coburg: Eberhard Jäckel und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980, S. 787 ff.

meine alten ehemaligen Kameraden, die schon damals treu und mutig mir zur Seite standen, wieder begrüßen kann. In diesen 10 Jahren mußte ja mancher von uns scheiden; viele sind grau und manche weiß geworden. Aber wie glücklich ist es zu wissen, daß eine Bewegung in Deutschland besteht, die die Menschen so sehr fesselt und so sehr bindet, daß trotz allem sie niemals mehr wieder sie verlassen können. In diesen zehn Jahren hat unsere Bewegung nun einen unerhörten Siegeszug angetreten. Damals marschierte ich in diese Stadt ein mit knapp 800 Mann, und zu uns stießen wenige aus Württemberg und kaum 160 Mann aus Sachsen und Thüringen[5]. Aus dieser damaligen insgesamt verfügbaren Zahl nationalsozialistischer Kämpfer von noch nicht 1.100 Mann ist heute eine Armee geworden von allein

über 540.000 Mann SA[6],
über 60.000 SS[7],
über 380.000 Hitlerjungens[8],

eine gewaltige Macht, ein Symbol einer neu werdenden Volksgemeinschaft. Und zu ihnen stehen weit über 1 Million Parteigenossen[9] und hinter ihnen fast 14 Millionen Deutsche[10].

Es ist eine Entwicklung, wie sie ähnlich in der deutschen Geschichte noch nie stattfand, ein Emporstieg, der dabei noch nie auf eine Förderung, sondern stets nur auf Widerstände überall stoßen konnte. Und heute ist es ja nicht anders. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei als Deutschlands größte politische Organisation hätte das Recht, die Führung des Staates nunmehr in ihre Hände zu erhalten [*sic!*]. Sie wissen, daß man dieses Recht wie Jahre vordem uns auch jetzt verweigern will. Wir kennen die Gründe: Allein die Gegner kennen nicht unsere Entschlossenheit und unseren Willen. Sie können heute eines von dieser Stelle aus von mir vernehmen:

Ich habe die Energie und die Zähigkeit gehabt, aus den damaligen tausend Mann vor 10 Jahren bis heute 14 Millionen zu machen, und ich werde aus den 14 Millionen die 20 und die 30 Millionen machen. (Stürmische Heilrufe.)

Und die Parole - das können sich die Herren Papen und sonstigen Kabinettsmitglieder auch merken - ist heute dieselbe wie damals:

Unsere Fahne wird nicht eingerollt, das Wort Kapitulation gibt es im Lexikon der Nationalsozialistischen Bewegung nicht. (Stürmische Heilrufe.)

Und wir können nicht anders handeln. Denn in diesen Jahren haben wir nicht etwa 14 Millionen ehemalige Bürgerliche erobert, sondern 14 Millionen Menschen aus allen Berufsständen,

---

5 Hitler war mit acht Hundertschaften SA in Coburg erschienen; die Gesamtstärke dürfte 650 Mann nicht wesentlich überschritten haben. Vgl. Erdmann, Coburg, S. 94 f.

6 Die Stärke der SA betrug im Oktober 1932 435.000 Mann. Vgl. Peter Longerich, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989, S. 159.

7 Die Stärke der SS betrug im August 1932 23.853 Mann und am 30.1.1933 etwa 52.000 Mann. Zahlenangaben für Oktober 1932 sind nicht ermittelt. Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 551; Statistisches Jahrbuch der Schutzstaffel der NSDAP 1937. Nur für den Dienstgebrauch, Berlin 1938.

8 Im Antrag, der zur Aufnahme des nationalsozialistischen *Deutschen Jugendwerks e. V.* in den *Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände* am 6.10.1932 führte, hatte der Reichsjugendführer der NSDAP, Baldur von Schirach, die Mitgliederzahl sämtlicher angeschlossener Jugendverbände der NSDAP (NSDStB, NSS, BDM, HJ) mit 120.000, die der HJ allein mit 70.000 angegeben. Da die Hitler-Jugend vor 1933 keine Mitgliederstatistik führte, sind nähere Angaben über deren Stärke nicht möglich. Vgl. Brandenburg, Geschichte der HJ, S. 115 ff.

9 Zur Mitgliederzahl der NSDAP vgl. Dok. 10, Anm. 8.

10 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

Millionen Arbeiter, Millionen Bauern, Millionen Intellektuelle und Geistesarbeiter[11]. Sie haben in unserer Bewegung zum ersten Mal wieder eine Plattform gefunden, die sie gemeinsam trägt, und in der sie gemeinsam sich wohlfühlen. *Ich habe aber nicht diese Jahre um die Seele, sagen wir, des deutschen Arbeiters gerungen, habe nicht versucht, ihn aus seinen marxistischen Klassenparteien herauszubringen, um jetzt plötzlich auf das zu verzichten, was der Sinn dieses ganzen Kampfes war. Man soll nicht denken, daß jetzt plötzlich das Wort Volksgemeinschaft wieder keinen Sinn mehr haben soll und an ihre Stelle wieder das Regiment einer anderen Klasse treten müsse.* (Bravo.)

Es gibt in Deutschland bürgerliche Politiker, die sagen "wenn doch bei dieser kommenden Wahl die Nationalsozialisten verlieren möchten, damit die bürgerlichen Parteien wieder etwas zunehmen". Sie mögen sich nicht täuschen:

Was sie bitten, würde das Verderben Deutschlands sein. Sie wissen nicht, was sie tun[12]. *Glauben sie, daß Deutschland wieder besser dastehen würde, wenn wir 14 oder 20 bürgerliche lächerliche Parteichen*[13] *hätten und dagegen die marxistische Front?*

Nein, im Gegenteil, sie sollen dem Schicksal dankbar sein, das [*sic!*] einer Weltauffassung des Marxismus die Nationalsozialistische Bewegung entgegensetzen ließ. Und sie sollen sich nicht darüber täuschen, daß wir durch gar nichts von dieser Entschlossenheit weggebracht werden können. Sie haben vielleicht einen Augenblick gemeint, durch das Anbieten von Ministerposten oder sonstigen Würden und Ehren uns vielleicht umbiegen zu können. Sie kennen mich schlecht, für mich ist ein Wort *keine* Belohnung, keine Entschädigung, genausowenig wie für meine Kameraden. Nach was wir streben, das ist die politische Macht und die politische Führung. Und wenn sie heute sagen:

"Ja, wie kommen Sie dazu, nach der politischen Macht zu greifen?"

da möchte ich Herrn von Papen fragen:

"Wie kommen Sie dazu, die Macht mir zu verweigern?" (Heiterkeit und Heilrufe.)

Ich habe mir diesen Anspruch nicht in einer 13jährigen Zugehörigkeit zum Zentrum in Ruhe ersessen[14], sondern bitterschwer genug erkauft und erarbeitet und errungen. (Heil!)

Und wenn es eines fast symbolischen Beweises dafür bedurft hätte, dann ist es gerade diese Stadt. Wenn mir heute die Ehre zuteil wird, hier das Ehrenbürgerrecht verliehen zu bekommen[15], dann kann ich wohl sagen:

11 Vgl. Dok. 10, Anm. 9-12.

12 Vgl. Dok. 10, Anm. 14.

13 Zu den zahlreichen Splitterparteien vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Dieter Fricke, Leipzig 1983-1986, Bd. II, S. 42 ff., Bd. III, S. 723 ff., 742, Bd. IV, S. 189 f.

14 Bezieht sich auf Franz von Papen.

15 Unmittelbar vor Hitlers Rede hatte Bürgermeister Franz Schwede (NSDAP) Hitler einen Ehrenbürgerbrief überreicht mit den Worten: "Mein Führer! Der Stadtrat von Coburg hat Sie in einer Festsitzung in Erinnerung an den Tag, an dem das nationale Gefühl in Tausenden von Coburgern wiedergeweckt wurde, zum Ehrenbürger dieser deutschen Stadt ernannt. Ich habe die Ehre, Ihnen diesen Ehrenbürgerbrief zu überreichen. Einst wird der Tag kommen, an dem der Ehrenbürgerbrief des deutschen Volkes überreicht wird seinem Führer Adolf Hitler!" Druck: Schwede, Kampf um Coburg, S. 234.
Die NSDAP hatte in Coburg für den 5.5.1929 einen Volksentscheid zur Auflösung des Stadtrats und Ausschreibung von Neuwahlen initiiert, der eine Zustimmung von 6.914 (62%) gegen 4.266 (38%) Stimmen bei einer

Es sind Rechte, die wir alle uns als Nationalsozialisten nicht nur in einer Stadt, sondern in ganz Deutschland dauernd u[nd] ununterbrochen erkämpfen. Und die wir nur deshalb schätzen und die wir nur deshalb als schön empfinden, weil wir sie nicht geschenkt bekommen, sondern erarbeitet haben!

Denn wir glauben nicht, daß es auf die Dauer eine Freiheit gibt und ein Glück, das man eben nicht in einer dauernden Arbeit selbst erwirbt, das man nicht selbst erringt. *Und das, was heute das deutsche Volk braucht, ist nichts anderes, als was es vor 10 Jahren gebraucht hat, vor 15 Jahren gebraucht hätte, für die Überbrückung der Klassengegensätze, die Überbrückung unserer Standes- und Berufsgruppen und die politische Überbrückung unserer Konfessionen.*

Es ist die Zusammenfassung unseres Volkes zu einer lebendigen Gemeinschaft. Das ist unser Werk, und von dem wird niemand uns entfernen.

Und wenn keine Regierung Papen mehr selbst dem Namen nach bekannt sein wird, dann wird dieses Werk stehen und wird Deutschland tragen. (Stürmische Heilrufe.)

Wir gehen nun einem neuen Wahlkampf entgegen. Es wird ein Kampftag sein, genau wie so viele andere auch, und wird der nächste Tag wieder ein Arbeitstag sein, genau wie die Zeit hinter uns auch mit dieser Arbeit erfüllt war.

Die Gegner denken, die Partei ist schon in Auflösung begriffen. Wir werden ihnen am 6. November [1932][16] *eine Antwort erteilen, daß ihnen Hören und Sehen vergeht.* (Heil.)

Wir werden ihnen zeigen, daß das, was mit soviel Blut und soviel Treue und soviel Opfern an Deutschland geschaffen wurde, von Konjunkturerscheinungen nicht überwunden werden kann. (Sehr richtig.)

Wenn das schon möglich wäre, daß in Deutschland die Treue durch bloßes Geflunker beseitigt werden könnte, dann würde das nicht für die deutsche Nation sprechen und die deutsche Zukunft. Im Gegenteil habe ich die Überzeugung, daß gerade durch den Kampf unsere Bewegung erst recht als unerschütterlich und strahlend hervorgehen wird.

Wir werden bleiben, weil sie bestehen muß, wenn nicht Deutschland am Ende doch wieder vergehen soll. Man rede nicht von einer Regierung der Macht und Autorität! Regierungen kommen und gehen. Das Volk ist das bleibende. Und wer das Volk richtig organisiert, hat für die Zukunft alle Voraussetzungen geschaffen.

Gehen Sie nun, meine Parteigenossen, damit hinaus zum Kampf. Gehen Sie hinaus in dieses Ringen um eine neue Entscheidung und rüsten Sie sich im Innern damit, daß auch nach dieser Entscheidung vielleicht der Kampf sofort wieder beginnen kann. Etwas müssen wir in uns aufnehmen:

Es gibt keine Ruhe und keinen Frieden, es gibt immer nur Arbeit und immer nur Ringen und Kämpfen, und für unsere Bewegung kann es niemals ein Biegen oder Beugen geben, immer nur Widerstand mit dem Blick nach vorn.

Auch für uns muß dieser Grundsatz gelten:

Und wenn die Welt voll Teufel wär, - uns wird es und muß es doch gelingen[17]*!*[18]

Wahlbeteiligung von 67% erhielt. Bei den vorgezogenen Neuwahlen am 23.6.1929 erhielt die NSDAP 13 von den 25 Stadtratsmandaten. Vgl. N. F. Hayward und D. S. Morris, The First Nazi Town, New York 1988, S. 110 ff.

16 Vgl. Dok. 4, Anm. 14.

17 Aus dem Kirchenlied *Ein feste Burg ist unser Gott* von Martin Luther: "Und wenn die Welt voll Teufel wär und wollt uns gar verschlingen, so fürchten wir uns nicht so sehr, es soll uns doch gelingen". Druck: Evangelisches Kirchengesangbuch, Nr. 201.

16. Oktober 1932 Dok. 17
Rede auf NSDAP-Versammlung in Schweinfurt [1]

Schweinfurter Tagblatt vom 17.10.1932, "Zweiter Hitlertag in Schweinfurt" [2].

Adolf *Hitler*, der hierauf das Wort ergriff, sprach etwa 35 Minuten. Seine Rede dünkte uns mehr eine Elegie denn eine Fanfare; sie war im wesentlichen eine Auseinandersetzung mit dem Reichskanzler. Zunächst beantwortete Hitler die Frage, warum er am 13. August [*1932*] abgelehnt hatte, in die Regierung einzutreten [3]. Der erste Grund sei der gewesen, daß man ihn und andere Nationalsozialisten gewissermaßen nur als "Verschönerungsminister" ins Kabinett berufen wollte; nicht um ihn arbeiten zu lassen, sondern um ihn und die Bewegung mundtot zu machen, habe man ihm den Eintritt in die Regierung angeboten. Das Wirtschaftsprogramm des Kanzlers, dessen Vater in wesentlichen Teilen der Jude Jakob Goldschmidt (der ehemalige allmächtige Direktor der Darmstädter Bank, Schriftleitung) sei [4], lehne er (Hitler) ab; gerettet würden dadurch nur die Banken, nicht aber das deutsche Volk. Dieser seiner Auffassung gebe die Wirklichkeit heute schon recht. Wäre er den Lockungen, in die Regierung einzutreten, gefolgt, so würde man ihn schon jetzt mit Recht fragen, wie er (Hitler) die Bewegung auf so unsicherer Grundlage einsetzen konnte; es sei eben ein Unterschied, ob man von Papen oder Freiherr von Gayl [5] heiße, oder ob man die Verantwortung für Deutschlands größte politische Organisation überhaupt zu tragen habe. Wenn die NSDAP heute verginge, so wäre gar keine Organisation da, die die zerfallende Bewegung auffangen könnte. Das Gemengsel von bürgerlichen Parteien käme hierfür jedenfalls nicht in Betracht; die letzten dreizehn Jahre hätten ja zur Genüge bewiesen, was dieses Gemengsel für Deutschland bedeutete. Der bolschewistischen Front würde dann statt der zielbewußten Front des Nationalsozialismus lediglich ein zersplittertes

---

18 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Zelt auf dem Schützenplatz, nach 18.00 Uhr. An der von Stadtrat Ludwig Pösl (NSDAP) geleiteten Versammlung nahmen laut Lokalpresse etwa 9.000 bis 10.000 Menschen teil (*VB*: 15.000). Nach Hitler sprach MdL Adolf Wagner.

2 Vgl. auch Fränkischer Volksfreund vom 17.10.1932, "Hitler tobt im Bierzelt!"; vom 18.10.1932, "Für das Volk die Hundepeitsche!"; VB vom 18.10.1932, "Wo einst der Marxismus herrschte, steht heute das Volk bei Hitler"; Lichtenfelser Neueste Nachrichten vom 19.10.1932, "Hitler in Schweinfurt".

3 Vgl. Dok. 4, Anm. 11.

4 Die Notverordnungen des "Papen-Programms" (vgl. Dok. 5, Anm. 3) waren Ende August in Ministerbesprechungen der Reichsregierung unter Mitwirkung des Reichsbankpräsidenten Hans Luther entwickelt worden. Vgl. Marcon, Arbeitsbeschaffungspolitik, S. 176 ff. Druck der Protokolle der Ministerbesprechungen vom 26. und 27.8.1932: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 448 ff.
Der Bankier Jakob Goldschmidt hatte keinen Einfluß auf den Inhalt der Notverordnungen. Vgl. auch Dok. 6, Anm. 9.

5 Wilhelm Freiherr von Gayl (1879-1945), Jurist, 1904 Referendarexamen, 1908 Regierungsassessor, 1910-1933 Direktor der Ostpreußischen Landgesellschaft Königsberg, 1912-1916 Lehrauftrag an der Universität Königsberg, 1916 Chef der Abteilung für innere Politik und innere Verwaltung beim Oberbefehlshaber Ost, 1918 Landeshauptmann der Militärverwaltung in Kowno, 1920 Reichs- und Staatskommissar für die ostpreußischen Abstimmungsgebiete, 1921 Bevollmächtigter der Provinz Ostpreußen zum Reichsrat, Preußischer Staatsrat, Juni bis November 1932 Reichsminister des Innern, 1933 Rückzug aus der Politik, 1938 Abschluß von *Ostpreußen unter fremden Flaggen. Ein Erinnerungsbuch an die ostpreußische Volksabstimmung vom 11. Juli 1920*, Königsberg 1940.

Bürgertum gegenüberstehen. Eine neue Ordnung könne in Deutschland nur durch die Nationalsozialisten herbeigeführt werden, wie sie in Italien durch Mussolini[6] und umgekehrt in Rußland durch die Kommunisten herbeigeführt worden sei [*sic!*]. Schließlich habe auch eine grundsätzliche Erwägung dazu geführt, den Eintritt in die Regierung abzulehnen. Der Nationalsozialismus sei im Gegensatz zu Herrn von Papen der Überzeugung, daß die Gesundung des deutschen Volkes nicht auf dem Wege über die Wirtschaft herbeigeführt werden könne, und zwar deshalb, weil die Wirtschaft die Menschen zerteile; der Nationalsozialismus stehe im Gegensatz zu Herrn von Papen auf dem Standpunkt, daß der größte Schaden in Deutschland in dem Verbrauch der deutschen Kraft im Innern besteht, dem durch eine einheitliche Willensauffassung und Willensbildung im deutschen Volk entgegengearbeitet werden müsse. Die Aufgabe des Nationalsozialismus sei eben, das deutsche Volk aus der Zersplitterung in Parteien und Gruppen zu einer neuen deutschen Volksgemeinschaft zusammenzuführen. Dieser Prozeß, mit sichtlichem Erfolg bereits eingeleitet, sei noch nicht beendet und müsse fortgesetzt werden. Darum müsse logischerweise das deutsche Volk aus den bürgerlichen Begriffen genauso herausgeführt werden wie aus der marxistischen Gedankenwelt. Wenn das Schicksal den Nationalsozialismus zur Macht und Führung bringe, würden die letzten Reste von Standes- und Klassenvorurteilen ausgerottet werden. Mit den 14 Millionen, die sich bereits zu dieser neuen Volksgemeinschaft bekennen[7], könne man nicht Schindluder treiben, wenn man sie nicht zum Feinde haben wolle. Nur ein verblendeter Narr könne wünschen, daß diese Organisation wieder vergehe. Alle Versuche, sie zu beseitigen, seien von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil diese Gemeinschaft eben keine Konjunkturgemeinschaft, sondern eine von unerhörtem Idealismus getragene Gesinnungsgemeinschaft sei. Diesen inneren Zusammenhalt habe Groener[8] bei seinem SA-Verbot[9] ebenso verkannt, wie ihn jetzt Papen verkenne. Man möge ja nicht versuchen, mit verlockenden Angeboten an ihn (Hitler) heranzugehen. Er sei Nationalsozialist und werde es bleiben bis zum letzten Atemzuge. Ob er zur Regierung komme oder nicht, wolle er dem lieben Gott überlassen. Mit einer Aufmunterung zu Kampf und Sieg am 6. November [*1932*][10] schloß die Rede.[11]

6 Vgl. Dok. 4, Anm. 16.

7 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

8 Wilhelm Groener (1867-1939), 1886 württembergischer Leutnant, 1899 Hauptmann im Großen Generalstab, 1912 Oberstleutnant, Chef der Eisenbahnabteilung im Großen Generalstab, 1915 Generalmajor, Chef des Feldeisenbahnwesens, 1916/17 Generalleutnant, Chef des Kriegsamtes im preußischen Kriegsministerium, 1917 Kommandeur der 33. Infanteriedivision, 1918 Chef des Generalstabs der Heeresgruppe Eichhorn, Oktober 1918 Erster Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung, September Verabschiedung, Juni 1920 bis August 1923 Reichsverkehrsminister (parteilos), Januar 1928 bis Mai 1932 Reichswehrminister, Oktober 1931 bis Mai 1932 Reichsminister des Innern.

9 Die "Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität" vom 13.4.1932 verfügte die Auflösung von SA, SS und aller anderen paramilitärischen Verbände der NSDAP. Am 17.6.1932 wurde durch "Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen" das Verbot von SA und SS aufgehoben. Druck: Staat und NSDAP, S. 316 f., RGBl 1932, I, S. 297 ff. Vgl. auch Reginald H. Phelps, Aus den Groener-Dokumenten. VII: Das SA-Verbot und der Sturz des Kabinetts Brüning. In: Deutsche Rundschau 77 (1951), S. 19-31.
In einem Aufruf löste Hitler am 13.4.1932 SA und SS auf und verpflichtete die ehemaligen Angehörigen dieser Verbände auf seinen Legalitätskurs. Druck: Bd. V/1, Dok. 36.

10 Vgl. Dok. 4, Anm. 14.

11 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

16. Oktober 1932 — Dok. 18
Rede auf NSDAP-Versammlung in Würzburg [1]

Würzburger General-Anzeiger vom 17.10.1932, "Hitler in Würzburg" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 17.

17. Oktober 1932 — Dok. 19
Rede auf NSDAP-Versammlung in Tilsit [1]

Der Reichsbote vom 19.10.1932, "Hitler in Tilsit, Insterburg und Königsberg" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 21 [3].

17. Oktober 1932 — Dok. 20
Rede auf NSDAP-Versammlung in Insterburg [1]

VB vom 19.10.1932, "Ostpreußens Bauern und Arbeiter erwarten Adolf Hitler" [2].

Redetext nicht ermittelt.

---

1 In der Ludwigshalle, nach 20.20 Uhr. An der von Gauleiter Otto Hellmuth geleiteten Versammlung nahmen laut *Würzburger General-Anzeiger* etwa 5.000 Menschen teil. Nach Hitler sprachen der Münchner Stadtrat Hermann Esser und Hellmuth. Kurz nach Beginn der Rede Hitlers wurde das Lautsprecherkabel durchschnitten, so daß er seine Rede 20 Minuten unterbrechen mußte. Die Eintrittspreise waren von 10 Pfennig bis 2 RM gestaffelt.

2 Vgl. auch Neue Bayerische Landeszeitung vom 17.10.1932, "Die Hitlerversammlung"; VB vom 18.10.1932, "Die größte Kundgebung, die Würzburg jemals erlebt hat" sowie Roland Flade, "Es kann sein, daß wir eine Diktatur brauchen". Rechtsradikalismus und Demokratiefeindschaft in der Weimarer Republik am Beispiel Würzburg, Würzburg 1983, S. 138 ferner Vorankündigung im Würzburger General-Anzeiger vom 15.10.1932.

1 Im Großen Saal von Jakobsruh, von 15.00 bis 16.00 Uhr. An der Versammlung nahmen nach Schätzung der Nachrichtenagentur Telegraphen-Union etwa 2.000 Menschen teil. Vor Hitler sprachen MdR Max Fillusch und Gauleiter Erich Koch.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 18.10.1932, "Hitler in Ostpreußen"; Danziger Neueste Nachrichten vom 18.10.1932, "Bei dem Besuch Hitlers in Tilsit"; Königsberger Allgemeine Zeitung vom 18.10.1932 (MA), "Hitlers Rede in Königsberg" [*sic!*]; Königsberger Volkszeitung vom 18.10.1932, "Der große Osaf weint"; VB vom 19.10. 1932, "Ostpreußens Bauern und Arbeiter erwarten Adolf Hitler".

3 "*Bei dem Besuch Hitlers in Tilsit* führte er im wesentlichen genau das gleiche aus wie in *Königsberg*." Vgl. Danziger Neueste Nachrichten.

1 Im Gesellschaftshaus, nachmittags. Während der Rede Hitlers versuchte der Wortführer einer aus der NSDAP ausgeschlossenen Gruppe Nationalsozialisten, der sich vor der Veranstaltung in einem Lüftungsschacht versteckt hatte, mit Hitler Kontakt aufzunehmen, wurde aber vom Saalschutz abgefangen.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 18.10.1932, "Hitler in Ostpreußen"; Königsberger Allgemeine Zeitung vom 18.10.1932 (AA), "Zwischenfall in Insterburg"; Königsberger Volkszeitung vom 18.10.1932, "Der große Osaf weint"; Der Reichsbote vom 19.10.1932, "Hitler in Tilsit, Insterburg und Königsberg".

17. Oktober 1932 Dok. 21
Rede auf NSDAP-Versammlung in Königsberg[1]

Preußische Zeitung vom 18.10.1932, "Gewaltige Kundgebung in Königsberg"[2].

Meine deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen, die Frage, die Sie mir vorlegen, und die Sie von mir beantwortet wissen wollen, ist mir bekannt: *Warum sind Sie in die jetzige Regierung nicht eingetreten? Warum sagten Sie damals "nein"*[3]*?*

Wenn Herr von Papen sich entschloß, den Wahltermin für den 6. November [*1932*] *festzusetzen, um damit die gesetzliche Frist bis zur Neuwahl des Reichstages auf das äußerste auszunutzen*[4]*, so tat er das in der Meinung, daß bis dahin in Deutschland die Notverordnung*[5] *sich so segensreich ausgewirkt haben würde, daß Millionen von Menschen dieses Regiment gutheißen und ihre Entscheidung danach einrichten würden.*

Ich glaube, daß es heute in Deutschland schon sehr viele Menschen - ja Millionen von Menschen - gibt, die, selbst wenn sie vor sechs Wochen noch die Hoffnung gehabt haben, heute diese Hoffnung beiseite legten.

Warum ich am 13. Aug[*ust 1932*] *ablehnte*

Wenn ich am 13. August es ablehnte, die Verantwortung für eine solche Maßnahme mit zu übernehmen, dann geschah es aus der Überzeugung heraus, daß eine Bewegung von 14 Millionen[6] nicht wie ein einzelner Mann sich heute so und morgen anders entscheiden kann. (Lebhafter Beifall.) Wer nur Privatperson ist, der kann es sich vielleicht überlegen, in ein Kabinett einzutreten, und nach einigen Monaten - wenn die Sache schiefgeht - wieder auszutreten.

Wenn man aber fast 14 Millionen in einer Organisation besitzt, dann kann man nicht diese 14 Millionen heute in die Kartoffeln hineinführen und sie morgen aus den Kartoffeln wieder herausführen. (Erneuer Beifall.)

Freilich waren damit meine guten Freunde aus dem bürgerlichen Parteilager nicht einverstanden. Sie sagen: Wenn die Nationalsozialisten in das Kabinett hineingegangen wären, so hätten sie doch ihren Einfluß geltend machen können. Geltend machen können, ja. Aber es war

1 Im Haus der Technik, vor 18.30 Uhr. An der von Gauleiter Erich Koch geleiteten Versammlung nahmen laut Bericht des Regierungspräsidenten etwa 8.000 bis 9.000 Menschen teil. Nach Hitler sprach Stadtrat Ferdinand Großherr. Zum Empfang Hitlers durch die Zuhörer meldete der Regierungspräsident, er sei "von Freude und Begeisterung getragen. Diese Kundgebungen erreichten jedoch nicht mehr den Grad von Leidenschaftlichkeit, der bei früheren Empfängen beobachtet worden ist."

2 Vgl. auch Königsberger Allgemeine Zeitung vom 18.10.1932 (MA), "Hitlers Rede in Königsberg"; Königsberger Volkszeitung vom 18.10.1932, "Der große Osaf weint"; Der Reichsbote vom 19.10.1932, "Hitler in Tilsit, Insterburg und Königsberg"; VB vom 19.10.1932, "Ostpreußens Bauern und Arbeiter erwarten Adolf Hitler"; F[*erdinand*] Großherr, 10 Jahre Kampf und Aufbau im Gau Ostpreußen. In: 10 Jahre Gau Ostpreußen. Festschrift zum Gautag 1938 der NSDAP, Königsberg [*1938*], S. 13-23, S. 17 sowie Bericht des Regierungspräsidenten in Königsberg vom 19.10.1932, Nr. P.III.P. (Auszug); GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 301. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 5.11.1932, "Die große Deutschlandfahrt des Führers".

3 Vgl. Dok. 4, Anm. 11.

4 Vgl. Dok. 4, Anm. 14.

5 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.

6 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

ausgeschlossen, daß wir ihn auch durchgesetzt hätten. Ich glaube, das Recht zur Staatsleitung hätten wir mindestens genauso gehabt wie die Herren, die heute führen. Sie sagen: Das mußte erst erwiesen sein.

Nun könnte ich aber wirklich vor die deutsche Nation hintreten und die Frage aufwerfen: Wer hat denn bisher mehr geleistet, Herr von Papen oder wir? (Stürmischer Beifall.)

Dreizehn Jahre lang haben wir jetzt gearbeitet. Und in den dreizehn Jahren haben unsere Gegner alles versucht, um uns zu schlagen: Verfolgungen, Schikaniererereien, Verbote, Gefängnisstrafen, alles das hat man gegen uns angewendet. Mich schleifte man jahrelang von einem Prozeß in den anderen hinein und ließ mich die Hand zum Schwur erheben, daß ich nie daran denken sollte, anders als verfassungsmäßig nach der Macht zu streben[7].

Die Verfassung war ihnen damals heilig wie eine Bibel,

die sie mir immer wieder zum Schwur vorlegten. Man glaubte aber, daß wir nach menschlicher Voraussetzung *legal* nicht zur Macht kommen könnten. Da sie mir die Nerven nicht zu nehmen vermochten und die Bewegung legal wuchs, endlich gar mit 230 Mann in das Parlament einzog[8] -

da mit einem Mal entdeckten sie nach tiefer Forscherarbeit, wie Herr von Papen sagte, daß die Verfassung untauglich sei[9]! (Heiterkeit.)

Da auf einmal erkannten sie, daß sie eines anderen Fundaments bedürfe, eines anderen Ausgangspunktes, daß es in der göttlichen Ordnung[10] anders bestimmt sei, und daß diese Verfassung genauso wie dieser Reichstag nicht länger dauern dürfe. Das alles nur, um uns, da der Weg zur Macht legal uns nicht verrammelt werden konnte, ihn auf diese Weise noch einmal zu verlegen.

Ich will die Macht und nicht den Titel

Man lud mich damals nicht ein, in die Regierung einzutreten, etwa damit ich meinen Einfluß dort geltend machen könne, sondern in der Meinung, daß man mich damit mundtot werde machen können. Das war der ganze Grund. Da haben sie sich allerdings getäuscht. Sie meinten, daß es für mich u[*nd*] meine Kameraden etwas Blendendes, Verblendendes sein müßte, Minister zu werden. Ich kann den Herren versichern:

Der Titel Minister ist in den dreizehn Jahren der Republik so abgegriffen worden, daß er für mich aber auch wirklich nicht das geringste Anziehende hat. Wonach ich strebe, das ist die Macht und nicht der Titel. (Brausender Beifall.)

Ich brauche gar keine staatlichen Bezüge. Ich bin Schriftsteller, habe einen sehr großen Leserkreis in Deutschland[11] und habe auch außerhalb Deutschlands mehr Leser als ich brauche.

---

7 Vgl. Dok. 15, Anm. 37.

8 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

9 In seiner Rede vor dem Bayerischen Industriellenverband in München am 12.10.1932 sagte Reichskanzler Papen unter anderem: "Alle unsere großen Parteien sind sich in der Erkenntnis der Reformbedürftigkeit der Verfassung einig". Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 754-764, S. 760.

10 Vgl. Dok. 15, Anm. 8.

11 Bis 1930 erreichte der am 18.7.1925 erschienene erste Band von *Mein Kampf* eine Auflage von etwa 23.000 Exemplaren, der am 11.12.1926 erschienene zweite Band etwa 13.000 Exemplare. Seit 1930 erschienen

Was ich brauche, verdiene ich mir[12]. Ich brauche also keine staatlichen Bezüge[13], das bewegt mich gar nicht! (Beifall.) Wenn jene aber glauben, mich oder meine Freunde damit ködern zu können, so muß ich sagen: Ich verzichte von vornherein und für alle Zukunft auf jedes staatliche Gehalt. Ich will nur die Macht! (Brausender und anhaltender Beifall.) Wir wollen die Macht, weil wir der heiligsten Überzeugung sind, daß, wenn heute diese bürgerlichen Politiker nur zwei Jahre am Ruder blieben, daß dann alles das wieder verlorenginge, was wir in den letzten dreizehn Jahren aufgebaut haben.

Man wollte unsere Bewegung töten

Man wollte unsere Bewegung töten. Ich sollte den höchst verfänglichen Titel eines Ministers ohne Portefeuille bekommen, den eines Vizekanzlers, - d. h., nichts zu reden haben. Man hätte uns auch noch das Luftfahrtministerium gegeben - ohne Luftfahrt[14]. Auch das Reichskultusministerium, ebenfalls ohne wesentliche augenblickliche Beschäftigungsmöglichkeiten[15]. Aber ein Ministerium hätte man uns gegeben, hinter dem wirklich eine Arbeitsmöglichkeit steht: *das Innenministerium.* Und ich weiß, warum:

Ein Nationalsozialist hätte seinen Namen hergeben müssen, um mit der Polizei - und wenn nötig, sogar mit militärischem Einsatz - die Massen zurückzuhalten. Sie haben sich das so schön ausgedacht: Man lasse die Nationalsozialisten nur sechs Monate unsere Politik decken und mit der Polizei beschirmen, dann sind sie erledigt[16].

---

beide Teile in einem Band, der bis Januar 1933 in etwa 287.000 Exemplaren gedruckt wurde. Vgl. Hermann Hammer, Die deutschen Ausgaben von Hitlers "Mein Kampf". In: VfZ 4 (1956), S. 161-178, S. 163.

12 Vgl. Dok. 14, Anm. 8.

13 Vgl. Dok. 14, Anm. 9.

14 Die Artikel 198-202 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 verboten dem Deutschen Reich den Unterhalt von Luftstreitkräften völlig und den Flugzeugbau für sechs Monate. Die zivile Luftfahrt war durch die nach dem Londoner Ultimatum vom 5.5.1921 erlassenen Richtlinien für Luftfahrzeugbau bis zu deren Lockerung in den Pariser Übereinkünften der Alliierten Botschafterkonferenz mit dem Deutschen Reich vom 22.5.1922 stark eingeschränkt. Bis 1926 herrschte über dem besetzten Rheinland ein völliges Flugverbot für deutsche Luftfahrzeuge. Darüber hinaus stand der Luftraum über Deutschland bis 1923 allen Flugzeugen, bis zum Ende der Besatzung nur noch den Militärflugzeugen der Alliierten offen.
Dennoch entwickelte sich die Luftfahrt zu einem wesentlichen Element des Nationalprestiges der Weimarer Republik, das unter anderem im massenhaften Besuch von Flugtagen Ausdruck fand. Seit 1920 stieg die Zahl der von der deutschen Verkehrsluftfahrt beförderten Passagiere von 3.975 bis 1925 auf 55.185 an, erreichte 1927 ihren Höhepunkt mit 151.091 Fluggästen und ging bis 1932 auf 98.489 zurück. Das Frachtaufkommen stieg von 521 Tonnen 1920 auf 2.326,1 bis 1927 an und blieb mit 2.118,7 im Jahr 1932 nahezu konstant. Vgl. Alfred Wegerd, Deutsche Luftfahrtgesetzgebung. Reichsrechtliche Vorschriften, Berlin 1930; Peter Fritzsche, A Nation of Fliers. German Aviation and the Popular Imagination, Cambridge, Mass., 1992, S. 133 ff. sowie Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924/25. Hrsg vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1925, S. 115; 1926, S. 106; 1928, S. 159; 1933, S. 159.

15 Im August 1932 hatte die NSDAP unter anderem die Ernennung von Joseph Goebbels zum Erziehungsminister gefordert. Vgl. Dok. 15, Anm. 29.
Nach Artikel 10, Absatz 1 und 2 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 hatte das Reich das Recht, Rahmengesetze für die Rechte und Pflichten der Religionsgemeinschaften sowie das Schul- und Hochschulwesen zu erlassen. Druck: RGBl. 1919, S. 1385.

16 Die Forderung nach dem Innenressort bei den Verhandlungen im August 1932 ging von der NSDAP aus. Vgl. Dok. 15, Anm. 29.

Allerdings bin ich kein deutschnationaler Politiker. Ich gehe nicht im Februar oder März in eine Regierung, um September wieder herauszugehen[17]. Darüber gibt es für unsere Bewegung keinen Zweifel:

Wenn wir einmal die Macht in die Hand bekommen, werden wir sie, so wahr mir Gott helfe, auch erhalten! (Brausender und anhaltender Beifall.)

Die Wirtschaft - das sage ich seit dreizehn Jahren - ist kein Faktor, der fähig ist, eine zerbrochene Nation wieder in Ordnung zu bringen. Überhaupt ist der Ausgangspunkt der staatlichen Entschlüsse weder in wirtschaftlichem Denken noch in wirtschaftlichem Handeln zu sehen. Auch nicht in den wirtschaftlichen Erfolgen. Sondern in der politischen Kraft und Stärke. Von hier aus erhält erst die Wirtschaft die Macht aus politischen Voraussetzungen.

Nicht die Wirtschaft hat jemals einen Staat aufgerichtet, sondern die politischen Tugenden, die völkischen Kräfte sind es gewesen.

Wenn die politische Kraft einer Nation zerbrochen war, ist die Wirtschaft immer noch eine kurze Zeit später in das Grab der politischen Macht nachgesunken.

Nicht autoritäre Regierung, sondern aus dem Volk gewachsene Führung

Die Macht eines Volkes wird nicht - wie Herr von Papen meint - repräsentiert durch die autoritäre Stellung, durch die Machtstellung einer Regierung. Wenn Herr von Papen heute sagt: Ich regiere, denn ich habe die Macht, mir stehen zur Verfügung die Polizei und auch das Heer[18], dann kann ich zur Antwort geben:

Mein Herr Reichskanzler, das ist zu allen Zeiten ein schlechtes Regiment gewesen und ein schwaches zugleich, das sich beschützen ließ von Soldaten gegen die Andersdenkenden, gegen die ablehnende Bevölkerung.

Der Soldat ist nicht dazu da, eine Regierung vor der Mißbilligung der eigenen Volksgenossen in Schutz zu nehmen, sondern ein Volk zu schützen vor der Mißliebe der andern Welt[19]. (*Stürmischer und anhaltender Beifall.*) Selbst die Polizei kann nicht den Zweck haben, eine Regierung, die von einem Volk abgelehnt wird, diesem Volk aufzuoktroyieren, sie mit Gewalt am Ruder zu erhalten. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, dem Verbrecher nachzuspüren, das Verbrechen zu beseitigen und die Volksgemeinschaft von diesen Elementen zu säubern.

---

17 Mit Martin Schiele als Reichsminister des Innern, Otto von Schlieben als Reichsminister der Finanzen und Albert Neuhaus als Reichswirtschaftsminister beteiligte sich die DNVP erstmals am 15.1.1925 unter dem parteilosen Reichskanzler Hans Luther an einer Reichsregierung. Bereits am 26.10.1925 traten die deutschnationalen Minister zurück. Anlaß war der Vertrag von Locarno, der ebenso wie die gesamte Außenpolitik Stresemanns von der Partei abgelehnt wurde. Vom 29.1.1927 bis zum 12.6.1928 beteiligte sich die DNVP nochmals unter Reichskanzler Wilhelm Marx (Zentrum) an einer Reichsregierung. Oskar Hergt wurde Vizekanzler und übernahm das Justiz-, Walter von Keudell das Innen-, Martin Schiele das Landwirtschafts- und Wilhelm Koch das Verkehrsressort. Die Koalition scheiterte am Widerstand der DVP gegen den Entwurf für das Reichsschulgesetz. Vgl. Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. VII: Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik, Stuttgart 1984, S. 542 ff., 609 ff., Michael Stürmer, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924-1928, Düsseldorf 1967, S. 84 ff., 182 ff.

18 Bezieht sich möglicherweise auf die Aussage: "Die Autorität der Staatsgewalt muß gesichert werden durch die Macht. Sie ist verkörpert in der *Wehrmacht*." aus Papens Artikel "Konservative Staatsführung" in der Septemberausgabe der Zeitschrift *Volk und Reich*. Druck: Volk und Reich. Politische Monatshefte 8 (1932), S. 585-589.

19 Vgl. Dok. 14, Anm. 11.

Ich glaube nicht an die Stärke einer Regierung, die nicht ihre Wurzeln hat in den Millionenmassen der Volksgenossen, in der Einheit mit gleichmäßiger Willensbildung, in einer gleichmäßigen Auffassung über die wesentlichen Lebensvorgänge.

Wenn wir heute das bürgerliche und das nichtbürgerliche politische Leben in Deutschland einer Prüfung unterziehen, so muß ich sagen: Wie kann denn eine Nation überhaupt ihr ganzes politisches Leben, ihr politisches Dasein ableiten aus Wurzeln, die geradezu lächerlich, kümmerlich sind? Ein Parteiführer tritt auf und leitet seine Partei ab aus der Wurzel des Hausbesitzes. Eine andere Partei aus der Wurzel des Grundbesitzes, eine andere wieder kommt her von den Bauern, Handwerkern, Beamten, Angestellten, oder etwa von Katholiken, Protestanten. Wieder einmal eine andere kommt aus der bayerischen, preußischen Wurzel ...

Wie kann überhaupt eine Kraft sich repräsentieren, wenn das politische Leben derartig atomisiert ist? (Beifall.)

Und die wirtschaftliche Wiedergenesung Deutschlands erfordert einen gigantischen Krafteinsatz. Wenn man natürlich die Rettung aus einer Weltkatastrophe durch eine lächerliche Notverordnung erreichen könnte, dann wäre das alles sehr schön.

Sie haben aber dem deutschen Volke - und insonderheit der kranken deutschen Wirtschaft - soviele Verordnungen eingelöffelt, daß die Wirtschaft an dieser Medizin mindestens genauso krank ist als an dem ursächlichen Übel[20]. (Beifall.)

Man soll die Sache doch nicht so hinstellen, als ob die Not eine Wirtschaftsnot wäre, während ersichtlich Wurzel und Ausgangspunkt dieser Not politischer Art sind.

Als vor 13 Jahren die Arbeit dieser Partei begann und sie versuchte, über alle kleinlichen Unterschiede hinweg eine große Volksbewegung zu gründen und hineinzudringen in die Massen von Arbeitern und Bauern, Kleingewerblern, Mittelständlern und bei allen deutschen Stämmen und Konfessionen warb, da begann ich mit 7 Mann[21]. Und heute sind es fast 14 Millionen! Zum ersten Male in der ganzen deutschen Geschichte ist diese Zahl erreicht.

Und weshalb?

Wir haben zurückgegriffen auf das Volk selbst

Weil wir zum ersten Male in der Wurzel unseres ganzen Denkens und Handelns, in der Organisation, bewußt wirtschaftliche, ständische und konfessionelle Gesichtspunkte ausgeschaltet haben. Wir haben zum ersten Male zurückgegriffen auf das Bleibende, - auf das Volk selbst.

Ich muß gestehen, es wäre manchmal leichter gewesen, sich dem Vergnügen hinzugeben, beschaulicher, in einer alten Partei zu sitzen oder Rennplätze zu besuchen, sich in Klubs aufzuhalten, zu studieren, Geschäfte zu machen, - viel leichter, als es war, diesen Kampf zu beginnen, vor Hunderttausende hinzutreten und sie zu beschwören: "Mensch, Arbeiter, geh aus deinem kleinlichen Irrsinn heraus, von deinem kleinen Standpunkt weg! Das ist ja Wahnsinn. Es gibt keine internationale Solidarität, es gibt nur die Kraft deiner eigenen Nation, der mußt du dir widmen [*sic!*], ihr dienen. Hoffe nicht auf die andere Welt, erhoffe alles nur von deinem Volke!" Ein ewiges Ringen, - bis man den einen und den andern langsam loslöste und dafür Opfer brachte, blutige Opfer! Aber allmählich sind dann Millionen gekommen: Arbeiter,

20 Bezieht sich auf die Notverordnungspraxis der Regierungen Brüning und Papen. Vgl. Dok. 15, Anm. 8.
21 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.

Bauern, Mittelständler, und endlich auch ein großer Teil der besten deutschen Intelligenz[22]. Und da lernten sie sich langsam gegenseitig kennen. (Anhaltender Beifall.)

Und nachdem ich nun 13 Jahre diese Arbeit getan, sollte ich im 14. Jahre vor diese Massen hintreten und sagen: Das, was ich euch als Entgelt für die eingesetzte ungeheure Kraft versprochen habe - nämlich, daß ich nun die Volksgemeinschaft aufbauen will - das soll jetzt keine Geltung mehr besitzen? Das gilt jetzt nicht, der Weg dahin ist uns nicht gestattet? Wir sind die Trommler[23] gewesen und ihr waret das Material. Zur Führung aber bestimmt sind die! Glauben Sie wirklich, daß man das tun könnte?

Autorität durch Kameradschaft

Ich weiß eins: Ich glaube nicht, daß es in Deutschland jemals einen Parteiführer gegeben hat, der mehr Autorität besitzt als ich[24].

Aber Autorität ist im Grunde genommen auch nichts anderes als Kameradschaft, die ich halte und die mir von meinen Kameraden wieder vergolten wird. (Lebhafter Beifall.)

Sie hängen an mir, weil sie wissen, daß ich an ihnen hänge. Sie glauben mir, weil sie wissen, daß ich an sie glaube. Sie lassen ihre früheren Parteien im Stich, weil sie wissen, daß ich keiner andern Partei dienstbar bin und mein innerstes Ziel nur ist, alle diese Parteien zu erledigen.

Es gibt in Deutschland bürgerliche Politiker, die voller Hoffnung sind, daß wir Nationalsozialisten wieder klein werden und die bürgerlichen Parteien wieder zunehmen. Da kann ich nur sagen: Herr, vergib ihnen! Sie wissen nicht, was sie tun[25]! (Lebhafter Beifall.) Sie haben also in den letzten 13 Jahren zu wenig Klassenkampf gehabt! Oder bilden sie sich ein, daß, wenn sie ihre bürgerlichen Fähnchen aufziehen, daß die andern da hinterdreinmarschieren? Ich kann Ihnen sagen, was dann geschieht: Ziehen die ihre bürgerliche Fahne auf, so wird auf der anderen Seite die rote Fahne aufgezogen! Das wäre das Ergebnis. Dann zerfällt Deutschland erst recht! Und die bürgerliche Welt hält dem Ansturm nicht Stand. Sie werden sagen: Wir haben ja doch eine Polizei! Ich entgegne: Bleibt mir mit der Polizei vom Leibe, ich brauche sie nicht. Wir haben selbst die Macht, uns zu verteidigen.

---

22 Vgl. Dok. 10, Anm. 9-12.

23 Hitler selbst verstand sich zunächst nur als Propagandist der DAP/NSDAP, nicht als ihr Führer. In diesem Zusammenhang bezeichnete er sich selbst als "Trommler der nationalen Freiheitsbewegung", so etwa in seiner Rede vor dem Nationalen Klub 1919 am 29.5.1922. Nachdem Hitler am 29.7.1921 Erster Vorsitzender der NSDAP geworden war, begann sich bei den Parteimitgliedern allmählich die Bezeichnung "Führer" einzubürgern, im folgenden Jahr verfestigte sich dieser Titel durch das Vorbild Mussolinis. Am 13.12.1922 wurde erstmals ein Plakat publiziert, in dem "unser Führer, Adolf Hitler," angekündigt wurde, ab April 1923 wurde in der offiziellen Terminologie der NSDAP von Hitler nur noch in dieser Form gesprochen. Trotzdem läßt sich die Trommler-Apostrophierung bis in die späten 30er Jahre nachweisen. Vgl. Albrecht Tyrell, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975; Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 642 f.; Günter Scholdt, Autoren über Hitler. Deutschsprachige Schriftsteller 1919-1945 und ihr Bild vom "Führer", Bonn 1993, S. 63 f.

24 Zur frühzeitigen Verfestigung einer unangefochtenen Führerstellung Hitlers innerhalb der NSDAP vgl. Tyrell, Vom "Trommler"; ferner Hermann Weiß, Der "schwache Diktator". Hitler und der Führerstaat. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 64-77.

25 Vgl. Dok. 10, Anm. 14.

Im Gegenteil:
Wenn die Polizei nicht eingesetzt worden wäre, dann wäre in Deutschland schon längst alles in Ordnung! Ihr habt sie verwendet, um die Zwietracht künstlich zu konservieren!

Wir haben nicht 13 Jahre lang gekämpft, damit wir die Gegenwart wieder früheren Irrungen preisgeben. Das verstehen diese bürgerlichen Politiker nicht. Die täuschen sich auch, wenn sie meinen, daß unsere Bewegung schon zerfällt. Es gab einen deutschen Minister, der glaubte, es genüge die SA aufzulösen[26], um sie hinter sich zu bringen[27]. Dieser Mann hieß *Groener*. Er hat das vermutlich wirklich geglaubt.

Ich habe ihm damals gesagt: Herr Minister, wenn ich Ihnen meine SA hintrage und an Sie hinstelle, und ich würde mich umdrehen, so wären sie alle wieder hinter mir! (Stürmischer Beifall.)

Sie wissen nicht, wie das gemeinsame Kämpfen und die gemeinsamen Opfer, das gemeinsame Leid, die gemeinsame Verfolgung und das gemeinsame Gefängnis - wie das die Menschen aneinanderkettet. Nämlich die neue Frömmigkeit, diese große, neue, die auch in den Augen dieser Politiker etwas Unwirkliches ist - etwas, was man nicht abzuwägen vermag, weder in Geld noch in sonstige Werte umsetzen kann.

Sie haben keine Ahnung, was dieser Glaube ist, der uns zusammenhält, daß dies vielleicht die größte Kraft ist, die überhaupt entstehen kann, die die Menschen nicht nur leben, sondern auch sterben läßt!

Für eine wirtschaftliche Gruppe oder eine bürgerliche Partei stirbt kein Mensch. (Beifall.)

Ich habe das alles nicht geschaffen, um jetzt plötzlich darauf Verzicht zu leisten. Ich könnte nicht als ehrlicher Mann an der Spitze der Partei bleiben, wenn ich auf etwas Verzicht leiste, wofür ich gekämpft habe. Ich kann nicht einer göttlichen Ordnung weichen, die Herr von Papen vermutlich in 13jährigem Studium in der Zentrumspartei erschaut hat. (Heiterkeit und Beifall.) Einer göttlichen Ordnung, die - wie er meint - im Himmel entstand, während ich überzeugt bin, daß sie in Berlin gemacht worden ist, und zwar von Männern, die ich kenne, und an Orten, die mir auch bekannt sind.

Ich kann nicht sagen, diese göttliche Ordnung, deren plötzliches Entstehen - das Warum und das Weshalb ist den meisten nicht bekannt - veranlasse mich, abzutreten von meiner Führung.

Ein Mann wie ich kann zugrunde gehen, ein Mann wie ich kann totgeschlagen werden. Aber abtreten kann so ein Mann nicht! (Brausender, minutenlanger Beifall.)

Und wenn die Herren sagen: dann werden Sie nie zur Regierung kommen, so antworte ich: Das wollen wir einmal dem lieben Gott überlassen.

Ob ich, ob wir zur Regierung kommen, darüber entscheidet Herr Franz von Papen so wenig, als er entschieden hat über das, was ich bis heute erreicht habe!

---

26 Vgl. Dok. 17, Anm. 9.

27 Auf der Konferenz der Innenminister am 5.4.1932 hatte Reichsminister Groener im Zusammenhang mit dem SA-Verbot die Auflösung aller Wehrverbände und den Aufbau einer Miliz aus deren Potential angeregt. Dabei führte er unter anderem aus: "Es handelt sich nicht allein um die SA; es gibt auch noch andere Verbände, die auf Dauer nicht ertragen werden können. Es kommt nichts dabei heraus, wenn wir nicht die Jugend auf ein neues Ziel, auf neue Gedanken bringen. [...] Er habe schon als Reichswehrminister Vorbereitungen getroffen, daß man alle diese Verbände einfängt unter die staatliche Fürsorge und aus einer solchen Zusammenfassung unter der Devise des Sportes eine Art Miliz schafft." Vgl. Staat und NSDAP, S. 304 f. sowie Johannes Hürter, Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928-1932), München 1993, S. 338 ff.

Und wenn jene tausende Leute unter das kaudinische Joch[28] zwingen können mit der Begründung, sie würden sonst vernichtet, so mögen sie zur Kenntnis nehmen: Ich habe einen sehr reichen Wortschatz. Aber in meinem Lexikon fehlt ein Wort vollständig, das heißt "ergeben" oder "kapitulieren". Es ist ganz zwecklos, mich zu irgendeiner Kapitulation einzuladen.

Und der 13. August [1932] war nichts anderes gewesen, als der Versuch, mich zu dieser Kapitulation zu bewegen.

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß eine Bewegung, die das Höchste will, die zu äußersten Kampf entschlossen ist, niemals gebeugt werden kann. Sie wollen mir einreden: Ich habe die Zeit verpaßt, jene Politiker, die ihr ganzes Zeitalter verfehlt haben! (Große Heiterkeit und anhaltender Beifall.) Wenn ich 13 Jahre lang so wie Herr von Papen nichts getan hätte, als in einer alten Partei zu hocken, dann allerdings hätte ich eine Zeit versäumt. (Erneuter Beifall.) So aber kann ich sagen, ich habe die Zeit schon genützt. Und die Herren können sich beruhigen: Ich werde sie weiter nützen.

Was heißt es denn im Leben eines Volkes, ob eine Änderung ein Jahr früher, ja zehn Jahre früher oder später kommt? Wenn sie nur überhaupt kommt, und nicht aus feigen Kompromissen heraus die Lösung schließlich außer acht gelassen wird.

Ich werde mich - das können die Herren sich gesagt sein lassen - mit jedem verbünden unter der Voraussetzung, daß ich weiß, daß *wir* die Führung haben. (Beifall.) Ich lehne ein Zusammengehen aber ab, wenn ein anderer sich vor uns setzen will. Gerettet ist Deutschland nicht dann, wenn eine neue Regierung da ist, sondern erst dann, wenn ein neues Volk geworden ist und der letzte Rest unserer verfahrenen Gedankenwelt - die Standes-, Stammes- und Konfessions-Zersplitterung - vollständig überwunden ist. Dann ist Deutschland gerettet, so gerettet, daß ich der Überzeugung bin, dem Deutschland kann niemand mehr seinen Weg versperren.

Nicht von der Regierung zum Volk, sondern vom Volk zur Führung

Wenn Herr von Papen sagt, erst müsse eine Regierung da sein, die Autorität hat, und dann müsse man untersuchen, ob man sie in Verbindung mit dem Volk bringen kann[29], so entgegne ich:

Erst muß ein Volk gesund und kräftig gestaltet werden. Aus ihm heraus muß eine neue Organisationsform des Lebens kommen. Und diese Form muß zugleich dann Trägerin und Führerin sein. (Lebhafter Beifall und Bewegung.)

Sie sagen: Die Nationalsozialisten haben, als sie ablehnten, vielleicht Angst vor der Arbeit gehabt[30]? Ich kann diesen gut besoldeten Mitbürgern versichern: Wenn ich Angst vor der Arbeit gehabt hätte, wäre ich hineingegangen. Denn dort wird sicher weniger gearbeitet, als wir arbeiten. (Heiterkeit und herzlicher Beifall.)

---

28 Im zweiten Samnitenkrieg wurde das römische Heer in zwei engen Gebirgspässen, den Furculae Caudinae, von den Samniten eingeschlossen, ohne daß sich die Möglichkeit zur Gegenwehr ergab (321 v. Chr.). Ohne Waffen mußten die Römer Mann für Mann unter dem Joch, einem Tor aus drei verbundenen Speeren, hindurchgehen und hatten damit nach damaligem Verständnis ihre Ehre verloren. Nach diesem Ereignis wird eine Zwangslage, aus der man sich nur durch größte Demütigung befreien kann, als kaudinisches Joch bezeichnet.

29 "Die Reform der Verfassung muß dafür sorgen, daß eine solche machtvolle und autoritäre Regierung in die richtige Verbindung mit dem Volke gebracht wird." Druck: wie Anm. 9.

30 "Das Angebot des 13. August gab der NSDAP einen Anteil an der Macht im Reiche und Preußen, der ihr entscheidenden Einfluß gesichert hätte. Herr Hitler hat dieses Angebot nicht angenommen, weil er glaubte als

Ich bin überzeugt, daß nicht einer der hohen Beamten sich so abrackert, schindet und geschuftet hat, wie wir es tun.

Wäre ich heute Minister, so würde ich nichts zu tun haben, könnte ruhig sitzen. Regieren würden andere. Unsere Presse wäre dann auch in den allgemeinen Goldregen hineingekommen. (Heiterkeit.) Die Verfolgungen hätten ein Ende genommen. Wir wären nicht im Gefängnis und hätten es jedenfalls ruhiger als jetzt, brauchten uns nicht jede Nacht um die Ohren zu schlagen, brauchten uns nicht anbrüllen zu lassen, bedrohen zu lassen, uns heiser reden. Alles das würde entfallen. Weil ich aber nein sagte, heißt es weiter abschuften, jeden Tag. Trotzdem muß ich gestehen:

Ich habe niemals in meinem Leben mich leichter entschieden als am 13. August [*1932*]. *Ich bin bereit und entschlossen, mich weiter abzurackern und totzuschinden für dies Werk, weil ich weiß, daß damit einmal das deutsche Volk gerettet werden kann.* (Tosender, anhaltender Beifall.)

Was uns bedroht, wissen Sie selbst. Es erhebt sich drohend der jüdisch-internationale Bolschewismus. Eine Seuche, die einen Kontinent schon fast erfaßt hat und bei uns einzufallen droht. Wenn Herr von Papen sagt: Ich setze dagegen die Autorität einer Regierung ein, so entgegne ich, das kann nur einer sagen, der sich sein ganzes Leben mit Pferden statt mit Menschen beschäftigt hat[31]. Er müßte wissen, daß man gegen eine Weltanschauung so wenig eine Regierung einsetzen kann wie man gegen eine Religion ein Kabinett einsetzen kann.

Ich kann keine Weltanschauung beseitigen durch eine Regierung, sondern nur durch eine neue Weltanschauung.

Stets wird der Mensch etwas glauben, das eine oder das andere. Willst du das eine vernichten, so mußt du etwas anderes ihm dafür bieten, ein anderes Ideal.

Und das kann nur ein Ideal sein - das ist Deutschland. Die deutsche Volksgemeinschaft.

Daß wieder ein Deutschland der Klassengegensätze werden sollte, glaube ich nicht, denn die Vorsehung hätte es mir unbekanntem Manne nicht gestattet, mit so wenigen zu beginnen und 14 Millionen zu erreichen; ich glaube nicht, daß sie der deutschen Nation für eine Unmöglichkeit ein so großes Zahlenexperiment vormachen wollte. Unterdrückungen habe ich nie gescheut, Verfolgungen haben mir nie Sorgen gemacht. Wir haben Freunde kennengelernt, die in der Stunde der Prüfung sich zum Feinde geschlagen haben, und wir sind heute glücklich, Freunde los zu sein, als sie zu besitzen [*sic!*][32]. Denn an Stelle von 10.000 Gegangenen sind 100.000 andere doch wieder gekommen.

Führer einer Bewegung, die sich auf 230 parlamentarische Mandate stützt, den Kanzlerposten beanspruchen zu müssen." Druck: wie Anm. 9, S. 762.

31 Vgl. Dok. 15, Anm. 41.

32 Hitlers absoluter Führungsanspruch, der die Geschichte der NSDAP seit ihrer Wiedergründung im Februar 1925 prägte, provozierte immer wieder heftige interne Konflikte. Besonders folgenschwer von ihrer Publizität wie von ihrer Wirkung waren beispielsweise Hitlers Auseinandersetzungen mit Albrecht von Graefe (vgl. Bd. I, Dok. 106, 109 ff.; Bd. II/1, Dok. 46, 66; Bd. III/2, Dok. 34, 35; Bd. III/3, Dok. 13), Hellmuth von Mücke (vgl. Bd. III/1, Dok. 47; Bd. III/2, Dok. 49, Bd. III/3, Dok. 65), Artur Dinter (vgl. Bd. II/2, Dok. 183; Bd. III/1, Dok. 4, 33, 35), Otto Straßer (vgl. Bd. III/3, Dok. 39, 40, 64, 67, 70, 77), Franz von Pfeffer (vgl. Bd. III/3, Dok. 99 ff.) und Walter Stennes (vgl. Bd. III/3, Dok. 100 ff.; Bd. IV/1, Dok. 79-82, 84 f., 93, 99 f., 115). Ferner Weiß, Der "schwache" Diktator.

Die Partei wird diesen Kampf weiterführen, eingedenk ihrer Verpflichtung den Millionen gegenüber.

Und sie wird den Kampf zum Siege führen, eingedenk unserer Opfer, unserer Toten, und auch eingedenk der Toten, die der Weltkrieg forderte. Denn kein Opfer ist gebracht worden, das nicht irgendwie für das Volk wieder fruchtbar geworden ist. [33]

18. Oktober 1932 Dok. 22
Rede auf NSDAP-Versammlung in Elbing [1]

Befehl vom 22.10.1932, "Hitler in Elbing" [2].

Meine deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Es gibt heute in Deutschland zahlreiche bürgerliche Freunde, die sich den Kopf darüber zerbrechen, warum wir denn, in dieser Regierung zu regieren, am 13. August [*1932*] nicht wahrgenommen haben [3]. Sie sagen: "Wie konnten Sie damals nicht einsteigen in den Zug?" Ich antworte darauf, indem ich sage: *"Ich bin nicht eingestiegen, weil ich nicht wieder aussteigen wollte."* Ich hätte auch nicht mehr aussteigen können, denn es ist ein Unterschied, ob man in einem Zug einsteigt mit zwölf oder zwanzig Mann, wie Herr von Papen und Herr von Gayl [4], oder mit 14 Millionen Wählern [5] wie wir. *Ich kann nicht diese 14 Millionen heute in die Kartoffeln hinein- und morgen wieder herausführen.* Das kann man als einzelner, aber nicht mit einer Bewegung von 14 Millionen, besonders, wenn diese 14 Millionen von der Überzeugung erfüllt sind, daß es die große Stunde Deutschlands ist. Im Jahre 1925 traten die Deutschnationalen im Frühjahr in die Regierung ein, um im Spätsommer wieder aus der Regierung auszutreten [6]. *Wenn wir einmal in die Regierung eintreten, dann dürfen wir nicht morgen wieder austreten.* Meine bürgerlichen Freunde sagen: "Sie hätten doch gar nicht mehr aussteigen brauchen." Ich aber fürchte sehr, ich hätte nicht mehr aussteigen können, denn ich wäre damals unter die Räder geraten. *Man hat mich nicht eingeladen, in dieses Kabinett einzutreten, um in*

33 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In der Automobilmontagehalle der Maschinenfabrik F. Komnick & Söhne, nach 20.00 Uhr. An der Versammlung nahmen laut *VB* etwa 25.000 Menschen, darunter 8.000 Erwerbslose, teil. Die Eintrittspreise waren von 20 Pfennig bis 1 RM gestaffelt.

2 Vgl. auch VB vom 20.10.1932, "25.000 Arbeiter kommen zu Adolf Hitler nach Elbing" sowie Vorankündigung in Befehl vom 12.10.1932.

3 Vgl. Dok. 4, Anm. 11.

4 Wahrscheinlich Anspielung auf den geringen Rückhalt, den die Regierung Papen im aufgelösten Reichstag hatte. Bei der letzten Abstimmung am 12.9.1932 stimmten nur 42 von 554 Abgeordneten im Sinne der Regierung. Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

5 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

6 Vgl. Dok. 21, Anm. 17.

unserem nationalsozialistischen Sinne zu regieren, sondern um mich mundtot zu machen. Wenn man die Absicht gehabt hätte, in unserem Sinne zu regieren, warum hat man mir denn nicht die Regierung gegeben?

13 Jahre lang war Herr von Papen in einer Partei, in der Herr Dr. Wirth ungeheuerliche Schriften verfaßte und behauptete, daß ich nicht mit legalen Mitteln zur Macht kommen wolle[7]. Man hat meine Leute eingesperrt, man hat mich von einem Prozeß in den anderen geschleift und ließ mich die Hand zum Schwur erheben, daß ich niemals anders, als *verfassungsmäßig*, nach der Macht trachten werde[8]. Herr von Papen stand daneben und hat kein Wort gesagt. *Erst als meine 230 Kameraden in den Reichstag einzogen, sagte Herr von Papen, die Verfassung ist überlebt.* Da auf einmal erkannten sie, daß sie eines anderen Fundamentes bedürfe, eines anderen Ausgangspunktes, daß es in der göttlichen Ordnung[9] anders bestimmt sei.

Diese göttliche Ordnung hat aber nicht das Licht im Himmel erblickt, sondern in Berlin, und ich kenne auch die Stellen. Der Grundgedanke ist einfach der, die Nationalsozialisten haben sich bis zu einem gewissen Grade emporgearbeitet. Jetzt soll ihre Mission beendet sein. Jetzt beginnt die der Herren um Papen. Was wir in 13 Jahren aufgebaut haben, werden diese in noch nicht einmal 12 Monaten verwirtschaften wie sie das alte Deutschland verwirtschaftet haben.

Was Herrn von Papen bewogen hat, die Neuwahl für den 6. November [*1932*] *festzusetzen*[10], *geschah aus dem Grunde, seine Notverordnungen zur Belebung der Wirtschaft*[11] *durchzuführen.* Mir war das Projekt der Notverordnung schon vorher bekannt und ich war der Überzeugung, daß man mit diesen Mitteln nicht die Wirtschaft, sondern höchstens die Banken hätte sanieren können (Beifall). Wie kann eine Notverordnung Segen bringen, deren Vater Jakob Goldschmidt heißt und die von allen Juden bejubelt wird[12]? Man ließ erst eine Hoffnung aufkommen, um dann eine noch viel größere Enttäuschung zu bringen. So etwas können Herr von Papen und Herr von Gayl machen, die weiter nichts in die Ehe gebracht haben als ihre eigene Persönlichkeit, mit der sie auch wieder abziehen werden. Hinter mir aber stehen 14 Millionen Deutscher[13]. Ich stelle mich absolut auf den Standpunkt, daß, wenn ich mitgehe, ich dann meine Aufgabe zum Segen und zum Nutzen unserer Bewegung und damit für das ganze deutsche Volk muß erfüllen können. Darum trat ich auch nicht in die Regierung ein, denn *es liegt mir nichts an einem Ministersessel.*

Papen sagte, er wolle mich unserer Partei erhalten, damit wir noch weiterarbeiten können. Ich hätte gar nicht geglaubt, daß in Zentrumskreisen eine derartige Besorgnis für unsere Bewegung besteht.

Wir wollen die Macht, weil wir der heiligsten Überzeugung sind, daß, wenn heute diese bürgerlichen Politiker nur zwei Jahre am Ruder blieben, dann alles das wieder verlorenging, was wir in den letzten 13 Jahren aufgebaut haben.

---

7 Vgl. Dok. 15, Anm. 36.
8 Vgl. Dok. 15, Anm. 37.
9 Vgl. Dok. 15, Anm. 16.
10 Vgl. Dok. 4, Anm. 14.
11 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.
12 Vgl. Dok. 6, Anm. 9, Dok. 17, Anm. 4.
13 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

Man wollte mich mit dem höchst verfänglichen Titel eines Ministers ohne Portefeuille ködern. Den Posten eines Vizekanzlers sollte ich bekommen, das heißt, nichts zu reden haben. Man hätte uns auch noch das Luftfahrtministerium gegeben - ohne Luftfahrt [14]. Auch das Reichskultusministerium, auch ohne wesentliche augenblickliche Beschäftigung [15]. Aber ein Ministerium hätte man uns gegeben, *das wirklich wichtig ist: das Innenministerium.*

Wir Nationalsozialisten sollten unseren Namen hergeben. Wenn man dann gegen die randalierenden Massen hätte vorgehen müssen, wären wir dann vorgeschoben worden und wir wären erledigt gewesen [16]. Hätten die Herren diese Absicht nicht gehabt, dann hätten sie uns die Führung gegeben, denn ich habe erklärt, daß wir nicht nur arbeiten, sondern auch die Macht haben wollen. Ich strebe nicht nach Titeln. Der Titel Minister ist in den letzten Jahren so abgegriffen worden, daß er für mich aber *auch wirklich nicht das geringste Anziehende hat. Wonach ich strebe, das ist die Macht und nicht der Titel.*

Die Bezüge, die damit verbunden sind, brauche ich nicht [17]. *Mein bester Titel ist mein Name und meine Bezüge sind meine Fähigkeiten.* Wenn es den Herren schiefgeht, dann packen sie ihre Koffer und reisen ab. Ich kann das nicht tun. Entweder ich kann etwas vor meinem Gewissen verantworten, dann stehe ich auch dafür ein. Ist das aber nicht der Fall, und ich sehe, wohin die Karre geht, dann nehme ich den Kampf lieber wieder auf. *Nie werde ich meine Bewegung kleiner Vorteile wegen im Stiche lassen. Alles können sie erleben, aber daß ich die in unserer Bewegung zusammengeschlossenen Menschen verlasse, werden sie nie erleben.* Darum blieb ich auch hier der Bewegung treu. Der hauptsächliche Grund, warum ich gegen den von Papenschen Versuch Stellung nahm, ist folgender: Als ich vor 13 Jahren den Kampf der NSDAP-Bewegung aufnahm, sah ich vor mir ein Deutschland, das im innersten zersplittert war. Vielleicht 37 Parteien waren es, die es zersplitterten [18]. Die eine vertrat eine Klasse, die andere den Arbeiter, die andere die Wirtschaft, eine den Mieter, eine den Bauern, eine den Handwerker und so weiter. Aber keine vertrat das deutsche Volk in seiner Gesamtheit. Ich habe aber gesagt, es gibt für keine von ihnen eine Existenzmöglichkeit, wenn nicht das deutsche Volk sich eine Stelle erringt, indem es selbst die innere Kraft der deutschen Nation mobilisiert. Das ist unsere Zukunft und sonst gar nichts.

Wir haben zurückgegriffen auf das Volk selbst, weil wir zum ersten Male in der Wurzel unseres ganzen Denkens und Handelns, in der Organisation, bewußt wirtschaftliche, ständische und konfessionelle Gesichtspunkte ausgeschaltet haben. Wir haben zum ersten Male *zurückgegriffen auf das Bleibende - auf das Volk selbst.*

Die wirtschaftliche Wiedergenesung Deutschlands erfordert einen gigantischen Krafteinsatz. Wenn man natürlich die Rettung aus einer Weltkatastrophe durch eine lächerliche Notverordnung erreichen könnte, dann wäre das alles sehr schön, aber die Wirtschaft ist von den vielen Notverordnungen nur noch kränker geworden [19].

14 Vgl. Dok. 21, Anm. 14.
15 Vgl. Dok. 21, Anm. 15.
16 Die Forderung nach dem Innenressort bei den Verhandlungen im August 1932 ging von der NSDAP aus. Vgl. Dok. 15, Anm. 29.
17 Vgl. Dok. 14, Anm. 9.
18 Im Reichstag waren 1918 14, in der am 19.1.1919 gewählten Nationalversammlung elf Parteien vertreten.
19 Vgl. Dok. 15, Anm. 8.

Man soll die Sache doch nicht so hinstellen, als ob die Not eine Wirtschaftsnot wäre, während ersichtlich Wurzel und Ausgangspunkt dieser Not politischer Art sind.

Als vor 13 Jahren die Arbeit unserer Partei begann und sie versuchte, über alle kleinlichen Unterschiede hinweg eine große Volksbewegung zu gründen und hineinzudringen in die Massen von Arbeitern und Bauern, Kleingewerblern, Mittelständlern und bei allen deutschen Stämmen und Konfessionen, da begann ich mit 7 Mann[20]. Und heute sind es fast 14 Millionen! Zum ersten Male in der ganzen deutschen Geschichte ist diese Zahl erreicht.

Der Arbeiter kam zu mir, der Bauer kam und dann der kleine Mittelstand, Professoren und endlich Prinzen. Alle schlossen sich zu einer großen deutschen Volksgemeinschaft zusammen[21]. *Wenn nun Deutschland jetzt eine andere Stellung hat wie vor fünf Jahren, ist es nicht ein Verdienst, weil ein Mann wie Franz von Papen da ist, sondern weil die NSDAP-Bewegung kam und Deutschland geändert hat.* Es ist falsch, wenn Papen sagt, er regiere, weil er die Macht habe. Welche Macht denn? Er hat die Reichswehr und die Polizei. Das ist eine Auffassung, die ich nicht teilen kann. In meinen Augen ist die Regierung nicht gefestigt durch die Polizei und das Militär, sondern wenn hinter ihr eine große Volksgemeinschaft steht [*sic!*]. *Der Soldat ist nicht dazu da, eine mißlungene Regierung vor dem eigenen Volk zu verteidigen, sondern ein Volk zu schützen*[22].

Die Polizei hat die Aufgabe, Verbrechen aufzuspüren, aber nicht eine Regierung zu schützen vor der Ablehnung der Mitbürger. Ohne oder gegen das Volk kann keiner regieren.

Wenn Herr von Papen sagt, es müsse eine Regierung da sein, die Autorität hat und dann müsse man untersuchen, ob man sie in Verbindung mit dem Volk bringen kann, so entgegne ich: Erst muß ein Volk gesund und kräftig gestaltet werden. Aus ihm heraus muß eine neue Organisationsform des Lebens kommen. Und diese Form muß zugleich dann Trägerin und Führerin sein.

Zum Regieren ist der berufen, der dazu befähigt ist, mag er herkommen, wo er will. (Beifall.) *Fähigkeit allein herrscht, nicht Vermögen. Nicht Kapital, sondern Tatkraft und Entschlossenheit.* Ich zweifle nicht daran, daß unser Volk alles vermag, wenn es sich nicht im Standesdünkel verläuft und sich nicht selbst um seine besten Kräfte betrügt. Heute hat Papen alle die um sich, die das große Wort führen und sich im Standesdünkel über uns erheben. Wenn sie aber allein regieren wollen, dann weiß ich, was passiert. Das habe ich schon einmal erlebt. Sie hätten ihre Regierungsfähigkeit vor 14 Jahren bekunden müssen[23]. Damals waren diese Männer alle mit Namen und Ehre behaftet und hatten die Macht in der Hand, während ich und meine Mitkämpfer unbekannte Menschen waren. Die, die damals die Macht hatten, haben kapituliert, und ich habe gekämpft. Sie haben sich nicht zur Wehr gesetzt, während ich mich zur Wehr setzte. Es

20 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.

21 Vgl. Dok. 10, Anm. 12.

22 Vgl. Dok. 14, Anm. 11.

23 Die nationalsozialistische Propaganda bekämpfte die die Regierung Papen unterstützende DNVP mit Plakaten, die unter anderem folgenden Text enthielten: "*'Wir sind Monarchisten'*. So lautet das Feldgeschrei der Deutschnationalen. *Preisfrage:* Warum haben *diese tapferen Monarchisten* am 9. November 1918 ihren *Monarchen* nicht beschützt? Warum ist keiner von ihnen an den Stufen des Thrones fechtend gestorben? Wo steckten sie? *Antwort: In den Mauselöchern!*" Vgl. Vossische Zeitung vom 21.10.1932 (AA), "Der Streit um die Mauselöcher".

ist kein Zeichen von Genialität, wenn man 13 Jahre nichts tut. Darum ist es auch belanglos, wenn diese Regierung kaputtgeht. Wenn aber die deutsche Volksgemeinschaft kaputtgeht, das ist nicht belanglos, das ist wichtiger als jede Regierung.

Wenn Herr von Papen sagt, ich werde niemals zur Macht kommen, dann wollen wir das mal abwarten. Was ich geworden bin, bin ich durch mich selbst geworden, durch meine Kraft und meinen Fleiß. Das Weitere wollen wir Gott überlassen. Den Herren aber füge ich mich nicht, füge ich mich unter keinen Umständen! *Ich gehöre nicht zu den Männern, die das Wort "kapitulieren" in ihrem Sprachschatz besitzen. Sie können mit mir machen, was sie wollen. Sie können mich einsperren, sie können mich totschlagen, aber nie werden sie mich beugen.*

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß eine Bewegung, die das Höchste will, die zum äußersten Kampf entschlossen ist, niemals gebeugt werden kann.

Ich habe jahrelang um die Treue der Menschen gerungen und ich weiß mich eins mit ihnen. Kein Bauer, kein Arbeiter und kein Mittelständler wird mich verlassen, wenn ich ihnen treu bleibe. Diese Einheit ist daher unzerreißbar.

Gerettet ist Deutschland nicht dann, wenn eine neue Regierung da ist, sondern erst dann, wenn es ein neues Volk geworden ist und der letzte Rest unserer verfahrenen Gedankenwelt - die Standes-, Stammes- und Konfessionszersplitterung - vollständig überwunden ist. Dann ist Deutschland gerettet, so gerettet, daß ich der Überzeugung bin, *dem* Deutschland kann niemand mehr seinen Weg versperren.

Für uns gibt es jetzt nur einen Weg, den Kampf! *Es kommt nicht darauf an, daß man zeigt, über ein Volk herrschen zu können, sondern wie man die Kräfte möglichst mobilisiert.* Glauben Sie nicht, daß man heute eine wirtschaftliche Form vorführen kann, um Vertrauen zu schaffen. Die Voraussetzungen für eine Wirtschaftsreform sind Vertrauen und Glaube. Wer nicht glaubt, kann keine Opfer bringen. Am deutschen Volk zweifle ich gar nicht. Hätte ich das getan, dann hätte ich nie diese Massen gewonnen.

Man muß nur den Mut haben, einzugreifen in unser Volk, und Sie werden staunen, was hier für Fähigkeiten herauskommen. Unser Lebensbrunnen ist nicht erschöpft.

Wenn die heutige Regierung nicht das Verständnis dafür besitzt, so muß sie eben abtreten. Die NSDAP-Bewegung aber wird bleiben.

Und wenn Sie nach einem Versprechen fragen:

Am 6. November [*1932*] wird gewählt, und am 7. November beginnt wieder die Arbeit, damit aus allen diesen Parteien und Ständen heraus eine neue Ordnung entstehen wird für ein deutsches Volk und damit eine deutsche Nation.

19. Oktober 1932 Dok. 23
Schreiben an Friedrich Boden [1]

Masch. Ausfertigung mit hs. Gruß und Unterschrift [2]; IfZ, MA 1232.

Leider besteht keine Aussicht, daß mir die fortlaufenden politischen Kämpfe in der nächsten Zeit [3] die Erfüllung meines Dienstauftrages [4] ermöglichen.

Ich lege daher ein Urlaubsgesuch vor und bitte Sie, dasselbe an den Herrn Vorsitzenden des Braunschweigischen Staatsministeriums [5] weiterzuleiten [6].

Ergebenst
Adolf Hitler

---

1 Friedrich Boden (1870-1943), 1900 braunschweigischer Regierungsassessor, 1905 Regierungsrat, 1906 Geheimer Regierungsrat, stimmführender braunschweigischer Bevollmächtigter zum Bundesrat mit Sitz in Berlin, 1911 Wirklicher Geheimer Legationsrat, 1914 außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am Königlich Preußischen Hof, zugleich stimmführender anhaltinischer Bevollmächtigter zum Bundesrat, 1919 in diesen Funktionen zum Reichsrat bestellt, zugleich als Gesandter für Preußen beglaubigt, 1923 zugleich stimmführender Bevollmächtigter zum Reichsrat für Mecklenburg-Strelitz, 1929 Dr.-Ing. e.h., 1934 Entlassung aus dem braunschweigischen, dann aus dem anhaltinischen und mecklenburgischen Staatsdienst.

2 Kopf: "München, den 19.10.[*19*]32. An die Braunschweigische Vertretung beim Reich, z. H. des Herrn Gesandten Ex[*zellenz*] Boden, Berlin".

3 Vgl. Dok. 4, Anm. 14.

4 Mit der Ernennung zum braunschweigischen Regierungsrat beim Landeskultur- und Vermessungsamt am 25./26.2.1932 (vgl. Bd. IV/3, Dok. 28) besaß Hitler die deutsche Staatsbürgerschaft und konnte für das Amt des Reichspräsidenten kandidieren. Das braunschweigische Staatsministerium beauftragte Hitler mit der "Wahrnehmung der Geschäfte eines Sachbearbeiters bei der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin [...]. Die Aufgaben Hitlers werden insbesondere darin bestehen, für die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen des Landes Braunschweig in weitestem Umfange tätig zu sein, namentlich sich auch der Erlangung von Aufträgen für die braunschweigische Wirtschaft anzunehmen." Irgendwelche Aktivitäten Hitlers in dieser Funktion sind nicht nachweisbar. Vgl. Morsey, Hitler als braunschweigischer Regierungsrat.

5 Werner Küchenthal (1882-1976), Dr. jur., 1920 Oberregierungsrat im Landesfinanzamt Hannover, Eintritt in die DNVP, 1926/27 braunschweigischer Finanz- und Wirtschaftsminister, 1930-1933 Vorsitzender des Braunschweigischen Staatsministeriums sowie Finanz- und Justizminister, 1933 Eintritt in die NSDAP, 1933-1945 Präsident der Braunschweigischen Staatsbank, Vorstand des Aufsichtsrats der Braunschweigisch-Hannoverschen Hypothekenbank.

6 Am 8.11.1932 bewilligte Küchenthal Hitler Urlaub "bis auf weiteres" und ließ die Zahlung der Bezüge wunschgemäß einstellen. Vgl. Schreiben des Vorsitzenden des Braunschweigischen Staatsministeriums an die Braunschweigische Vertretung beim Reich, Pers. H., vom 8.11.1932; IfZ, MA 1232.

19. Oktober 1932 Dok. 24
Rede auf NSDAP-Versammlung in Oppeln [1]

Oppelner Zeitung vom 20.10.1932, "Hitler selbst" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 25.

19. Oktober 1932 Dok. 25
Rede auf NSDAP-Versammlung in Breslau [1]

Deutsche Ostfront vom 21.10.1932, "Schlesien jubelt seinem Führer zu!" [2].

Meine deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Wenn Sie heute so zahlreich in diese Versammlung hergekommen sind, dann weiß ich, daß Sie eine Frage hergeführt hat, die Sie beantwortet wissen wollen, nämlich die Frage, *weshalb* ich es abgelehnt habe, am 13. August [*1932*] in die Regierung einzutreten[3]. Unsere um uns so *"besorgten"* Freunde, deren "Besorgtheit" um unsere Partei wir erst jetzt richtig erkennen können, sagen jetzt: "Herr *Hitler*, Sie hätten doch in den Zug einsteigen sollen, weshalb sind Sie denn nicht eingestiegen? Herr *Hitler*, Sie haben diese Gelegenheit verpaßt". Darauf kann ich aber antworten:

Ich bin in diesen Zug nicht eingestiegen, weil ich hinterher *nicht wieder* aussteigen wollte. Es ist nämlich *nicht bei allen Menschen gleich. Wenn* man Herr von *Papen* heißt oder Herr von *Gayl*, dann kann man in *jeden Zug einsteigen* und, wenn es grade paßt, auch wieder aussteigen. Wenn man aber 14 Millionen deutscher Volksgenossen hinter sich hat[4], kann man *nicht einfach* einsteigen und, wenn es einem paßt, wieder aussteigen. Hier heißt es nicht:

Heute rin in die Kartoffeln, morgen raus aus die Kartoffeln!

---

1 Im Eiskellergarten, von 19.45 bis 20.45 Uhr. An der Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 7.500 Menschen teil (nationalsozialistische Presse: "Zehntausende"). Vor Hitler sprach Untergauleiter Josef Joachim Adamczyk. Die Versammlung wurde mit Lautsprecher in den benachbarten Garten von *Forms Hotel* übertragen; während der Rede von Adamczyk kam es zum Versuch einer Gegendemonstration durch etwa 20 Kommunisten, die von der Schutzpolizei abgedrängt wurden.

2 Vgl. auch VB vom 21.10.1932, "Schlesiens Treuebekenntnis zum Führer"; Oberschlesischer Volksbote vom 22.10.1932, "Blauer Dunst bei Hitler", Nowiny Codzienne vom 25.10.1932, "Jeszcże z pobytu Adolfa Hitlera w Opolu" sowie Bericht des Polizeipräsidenten in Oppeln an den Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien vom 20.10.1932 (Abschrift); Archiwum Państwowe we Wrocławiu, Rejencija Opolska, I/1806.

1 In der Jahrhunderthalle, nach 23.30 Uhr. An der von Landesinspekteur Ost der NSDAP, Helmuth Brückner, eröffneten Versammlung nahmen nach nationalsozialistischen Angaben etwa 50.000 Menschen teil. Hitlers Rede wurde in den Messehof übertragen, wo er anschließend noch kurz persönlich auftrat.

2 Vgl. auch Arbeiter-Zeitung vom 20.10.1932, "Nazi-Brückner deckt die Karten auf"; Mittelschlesische Gebirgszeitung vom 21.10.1932, "Schlesien jubelt seinem Führer zu!"; VB vom 21.10.1932, "Schlesiens Treuebekenntnis zum Führer".

3 Vgl. Dok. 4, Anm. 11.

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

Wie schlecht das einer Bewegung bekommt, das müßten die Herren bürgerlichen Parteipolitiker aus ihrer eigenen Erfahrung wissen. Nun gehöre ich nicht zu den Menschen, die Fehler, die die anderen dauernd machen, ohne weiteres nachmachen. Nun ist noch die Frage, weshalb bin ich nicht eingestiegen, in den Zug?

Weil der Zug eine Richtung nimmt, die ich nicht mitmachen kann! Der fährt nämlich auf eine Station hin, auf der ich nichts zu suchen habe. Außerdem bin ich überzeugt, daß er nicht einmal die Station erreicht, sondern der Zug wird entgleisen und geht kaputt (Beifall). Und ich setze mich nicht in einen Zug, der kaputtgeht.

Nun sagen diese Parteipolitiker: Warum soll denn der Zug entgleisen, Herr Hitler? Sie könnten ja dann Ihren Einfluß geltend machen. Ja wieso denn, glaubt denn wirklich ein Mensch, daß man mich eingeladen hat, in den Zug einzusteigen, in dem ich die Richtung bestimmen kann? Warum hat man mich denn dann nicht auf die Lokomotive gelassen. (Beifall.) Ich war ja bereit, die Führung zu übernehmen. Natürlich hätte ich meinen Einfluß geltend machen können, aber kein Mensch hätte sich darum gekümmert. Sie *dachten* nicht daran, mich in diese Regierung einzuladen, damit etwa das getan wird, was *wir* für notwendig ansehen. Man lud mich ein, hier einzusteigen, weil man überzeugt war, daß man mich damit mundtot machen könne, daß man mich damit erledigen könne, nachdem es anders nicht ging.

Die hatten sich das so schön ausgedacht: Wir bilden ein Kabinett und da laden wir dann den Führer dieser Oppositionspartei ein und überlassen ihm ein Ministerium, das überhaupt nicht existiert und einen Vizekanzlerposten, in dem man nichts zu reden hat. "Herr Hitler, das tun wir, damit Sie Ihre Kraft Ihrer Bewegung widmen können!" Ach, diese besorgten Mitbürger! Und dann geben wir ihm ein Luftfahrtministerium, das ist nicht gefährlich, weil die Luftfahrt noch nicht da ist[5], und dann ein Kultusministerium, das ist auch nicht gefährlich[6], das muß erst aufgebaut werden, und

dann geben wir ihm etwas, was da ist, das *Polizeiministerium*; und dann wird dieser Nationalsozialist mit der Polizei die ramponierten Massen im Zaum halten müssen[7], und dann wollen wir mal sehen, wie viele Arbeiter und Bauern dieser Herr Hitler nach 6 Monaten noch in seiner Partei hat.

Das war so recht schlau ausgedacht. Nun haben die Herren aber die Rechnung ohne mich gemacht. Wenn sie wirklich diesen inneren Zwang in sich fühlten, uns an dieser Regierung zu beteiligen, damit wir unseren Einfluß geltend machen könnten, dann gäbe es ein einfaches Mittel: Sie brauchten nur zu sehen, wie die Verfassung durchzuführen sei.

Nun freilich sagen sie: Ja, Herr Hitler, die Verfassung ist ja überlebt. Herr von Papen erzählt jetzt plötzlich von einer göttlichen Ordnung[8], die ihm plötzlich zum Bewußtsein gekommen ist. 13 Jahre lang hat man unsere Bewegung verfolgt, weil sie nicht legal sei oder gewesen wäre. 13 Jahre lang hat man verboten und verboten und uns unterdrückt. "Ihr wollt ja nicht legal sein, Ihr wollt nicht verfassungsmäßig die Macht erobern, sondern Ihr habt illegale Gedanken im Kopfe! Wir sehen Euch das an!" 13 Jahre lang hat man dicke Aktenbündel ge-

5 Vgl. Dok. 21, Anm. 14.
6 Vgl. Dok. 21, Anm. 15.
7 Die Forderung nach dem Innenressort bei den Verhandlungen im August 1932 ging von der NSDAP aus. Vgl. Dok. 15, Anm. 29.
8 Vgl. Dok. 15, Anm. 16.

schaffen mit lauter Zitaten von Reden, Zitaten aus Zeitungen, aus denen man immer wieder herauslesen wollte, daß die Nationalsozialisten nicht legal sind[9], und mich selbst hat man in den 13 Jahren von einem Prozeßsaal in den anderen hineingeschleift und ließ mich feierliche Eide schwören[10].

Da sagte man *nicht*, die Verfassung ist erledigt, sondern treten Sie einmal vor die Schranken des Gerichts und sagen Sie jetzt: Ist es richtig, daß Ihre Partei mit legalen Mitteln kämpfen will? Und wenn ich sagte, das ist richtig, da wurde mir entgegnet: "Herr Hitler, wie stellen Sie sich denn zu der Verfassung?"

Hier in *Schlesien* hat man mich genau so unter Eid ausgequetscht, ob ich ja die Verfassung als das höchste Gebot anerkennen wollte[11].

Das taten sie solange, als sie überzeugt waren, daß wir verfassungsmäßig nicht zur Macht kommen könnten, und vielleicht haben sie es auch getan in der Meinung, eines Tages müßte mir die Geduld reißen und dann würden wir uns zu einer Illegalität verleiten lassen.

Und dann hätte man gesagt: Wir haben nicht daran gezweifelt, sie wollten gar nicht legal sein. Aber ich habe die Nerven *nicht* verloren, ich bin legal geblieben. - Eines Tages waren wir 107[12], dann 230 und da auf einmal, da wurde dem Zentrumsmann von *Papen* klar, daß die Legalität etwas ganz Überlebtes sei.

Da wurde ihm auf einmal klar, daß es eine göttliche Meinung gibt, die göttliche Ordnung, und die hat Herr Franz von *Papen*, der Reichskanzler. Die göttliche Ordnung hat mit der Verfassung auf einmal nichts mehr zu tun, denn das ist ja alles überlebt und veraltet. Nun muß ich den Herren sagen:

Ihr habt mich *so oft* auf die Verfassung vereidet [*sic!*], daß ich jetzt nicht mehr davon abzubringen bin, auch wenn es Euch nicht paßt. (Großer Beifall.)

Nun ich kann ja auch nicht anders. Sie sehen das vielleicht am stärksten, wenn wir nur die "Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft"[13] in Betracht ziehen. Glauben Sie wirklich, daß ich, wo mir in großen Zügen diese Verordnung schon bekannt war, glauben Sie wirklich, daß ich diese unterzeichnet hätte, glauben Sie, daß ich die Verantwortung dafür tragen könnte?

---

9 Vgl. auch Dok. 15, Anm. 36.

10 Vgl. Dok. 15, Anm. 37.

11 Am 26.9.1929 hatte die Ortsgruppe Schweidnitz der NSDAP eine Versammlung mit dem Thema "Der Republikanische Schutzbund in Österreich und das Reichsbanner in Deutschland - eine Judenschutztruppe" abgehalten. Daraufhin hatte die örtliche SPD, unterstützt von ADGB, Arbeiter Turn- und Sportbund und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, tags darauf eine Gegenveranstaltung im Volksgarten mit MdR Carl Wendemuth als Redner organisiert. Diese Veranstaltung wurde von etwa 150 SA-Männern, die aus der gesamten Umgebung zusammengezogen worden waren, gesprengt. 14 der beteiligten SA-Männer wurden rechtskräftig wegen Landfriedensbruch am 5.7.1930 zu Strafen bis maximal fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Hitler trat am 13.12.1929 vor dem Schöffengericht als Zeuge auf. Am 12. Juni 1930 auch vor dem Landgericht, wo der Prozeß in 2. Instanz verhandelt wurde,. Vgl. Richard Bessel, Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925-1934, New Haven, Conn., 1984, S. 83 ff. ferner Hubert Wolan, Świdnickie Procesy. Narodowosocjalistycznych Bojówkarzy (1929-1930), in: Śtudia Sląskie, 30 (1976), S. 341-362; Hans Frank, Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse, München 1953, S. 82 f. Druck der Aussagen Hitlers: Bd. III/2, Dok. 114, Bd. III/3, Dok. 58.

12 Vgl. Dok. 15, Anm. 38.

13 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.

Dieses Werk wird ein Mißgriff sein. Es ist schon heute als unzulänglich und unbrauchbar erwiesen. Dieses Werk ist keine Notverordnung zur Rettung deutscher Wirtschaft, zur wirklichen Beschaffung von Arbeit, sondern höchstens eine Notverordnung zu einer weiteren, diesmal etwas verschleierten Sanierung der Banken. Alles andere ist unbrauchbar und unzulänglich.

Glauben Sie, ich hätte das unterzeichnen können? Was würde man heute mit Recht von mir sagen? Könnte ich jetzt vor die Massen hingehen und erklären, meine Volksgenossen, ich habe mich getäuscht?

Nein! Diese Bewegung von 14 Millionen Menschen kann nur eingesetzt werden, wenn es wirklich die große Stunde der deutschen Nation ist. Entweder oder! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Man kann eine solche Bewegung aber nicht heute einsetzen und morgen plötzlich wieder zurückziehen.

Die Herren haben sich das sehr einfach gedacht. Sie meinten, wir werden diesem Mann den Ministertitel geben, ganz übergehen können wir ihn nicht, er ist nun einmal da. Wir wollen ihm also einen Ministertitel geben und ein paar andere nehmen wir auch. Nach sechs Monaten wird er sich zurückziehen können, denn nach sechs Monaten wird er wenig mehr hinter sich haben. Die Herrschaften täuschen sich sehr. Erstens das Wort Minister hat für mich gar nichts Verführerisches. (Beifall.)

Dieser Titel ist in den letzten 13 Jahren schon so abgegriffen worden (Beifall), daß es für einen Mann, wie ich nun einer bin, absolut nicht verführerisch ist, diesen Titel zu tragen.

Ich kann den Herren versichern: Ihr habt gar keinen Titel, den Ihr mir geben könnt, der besser ist als mein Name. (Großer langanhaltender Beifall.)

An diesem Titel hänge ich, weil ich ihn von niemandem als Präsident bekommen habe, sondern weil ich ihn mir selbst geschaffen habe.

Und zweitens gehe ich überhaupt nach keinem Titel, sondern nach der *Macht.* Die Herren sagen vorwurfsvoll, ich wolle nach der *Macht* streben.

Ja habe ich denn die 13 Jahre etwas anderes erklärt, habe ich etwa erklärt, daß die Nationalsozialisten *nicht* die Macht wollen?

Natürlich wollen wir die Macht, und wir wollen sie, weil ich überzeugt bin, daß die anderen nicht würdig und nicht fähig sind, diese Macht zu verwenden. (Großer Beifall.)

Dann dachten sie vielleicht auch noch, daß sie uns mit den *Bezügen* würden ködern können. Da kann ich den Herren nur sagen: Ich benötige überhaupt kein staatliches Gehalt[14] und werde mein Leben lang keines annehmen. (Die Worte gehen in Beifall unter.) Ich bin freier Schriftsteller (Beifall), und was ich brauche, verdiene ich mir selbst[15]. So wie ich heute *von der Partei keinen Gehalt* beziehe[16], *will ich auch vom Staate keinen Gehalt haben.* Jetzt nicht und nie! (Erneuter stürmischer Beifall.) Ich bin Junggeselle; was ich brauche, habe ich selbst. (Beifällige Heiterkeit.) Mit all dem können sie *mich* nicht verführen. *Das eine, was für mich verführerisch ist, ist die Führung an sich, d. h. also wirklich die Macht, sonst gar nichts.*

Die Herren haben sich hier in uns allen verrechnet; sie haben sich aber besonders in einem verrechnet, nämlich, wenn sie meinten, wir könnten auf das verzichten, was wir in 13 Jahren

---

14 Vgl. Dok. 14, Anm. 9.

15 Vgl. Dok. 14, Anm. 8.

16 Hitler bezog von der NSDAP kein Gehalt und erhielt auch keine sonstigen Zuwendungen aus der Parteikasse. Vgl. Henry Ashby Turner jr., Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985, S. 185.

aufgebaut haben; wenn sie besonders von mir glauben, ich könnte Verzicht leisten auf das, was in 13jähriger ungeheurer Arbeit entstanden ist.

Und das ist der *tiefste* Grund, warum ich niemals einen Kompromiß schließen werde.

Als ich vor 13 Jahren diese Bewegung ins Leben rief[17], da bewegte mich folgende Erkenntnis: *Deutschland ist politisch zerbrochen,* kapituliert nun vor der Welt und wird zwangsläufig für diesen politischen Verfall die *wirtschaftliche Quittung* erhalten. Wenn eine Nation wie die deutsche ihrer ganzen Lage nach angewiesen ist auf wirtschaftliche Beziehungen zur anderen Welt, dann setzt das voraus eine politische Stellung in der Welt. Wenn aber ein solches Volk seine politische Stellung preisgibt, dann muß die Folge davon auch eine Vernichtung der wirtschaftlichen Stellung sein. Und so ist es ja auch gekommen! Politisch sind wir zerbrochen, sind machtlos und rechtlos geworden, haben damit nicht nur die wirtschaftliche Position in der Welt verloren, sondern auch diesen inneren Glauben, die innere Tatkraft, das Vertrauen. Und nun ist darüber die Wirtschaft langsam zusammengebrochen, belastet mit Tributen[18] einerseits und erstickt durch das zurückgehende ersichtlich mangelnde Vertrauen auf der anderen Seite.

Nun sage ich, wenn man Deutschland aufbauen will, darf man nicht bei der Wirtschaft beginnen, sondern man muß dort beginnen, wo der Verfall angefangen hat: der Verfall aber ist erklärlich, wenn ein Volk sein ganzes politisches Denken ableitet aus den lächerlichsten und erbärmlichsten kleinen Gesichtspunkten.

Der eine sagt, bei uns ist der Ausgangspunkt unseres politischen Denkens das Interesse der Beamten, ein anderer sagt, das Interesse der Bauern, ein dritter meint die Mieter, ein vierter die Aufwertler, der eine die Interessen der Katholiken, der andere die der Protestanten, wieder ein anderer die Interessen der Monarchisten, der andere die der Republikaner, oder die der Arbeitnehmer, oder die der Arbeitgeber, der Finanz oder der Wirtschaft usw.[19].

Glauben Sie, daß ein Volk, das seinen politischen Willen derart zerreißt, noch einen Sinn hat und eine Bedeutung erlangen kann?

Das alles war der Ausgangspunkt meiner politischen Arbeit: Das Volk muß erst wieder lernen, eine einheitliche Wurzel politischen Denkens zu finden.

Nicht eine Klasse, nicht ein Stand, nicht Arbeitnehmer- oder Arbeitgebertum, nicht Angestellte oder Beamte dürfen die Wurzeln sein, den Ausgangspunkt kann nur das Volk aus Fleisch und Blut darstellen.

Auf der einen Seite aber glauben die Proletarier an die Internationale[20], auf der anderen Seite stehen die Bürgerlichen, die sagen, wir sind national.

Beide sagen, wir sind unvereinbar, können nie zusammenkommen. Was soll ein Volk, das sich in einer Zeit der größten Weltentscheidung sich diese unsere geistige weltanschauliche Zerrissenheit leistet?

---

17 Die "Deutsche Arbeiterpartei" war am 5.1.1919 von dem Eisenbahnschlosser Anton Drexler und dem Sportjournalisten Karl Harrer gegründet worden. Seit Frühjahr 1920 trug sie die Bezeichnung "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei". Zu ihrer Frühgeschichte vgl. Tyrell, Vom "Trommler" sowie Wolfgang Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1932), Düsseldorf 1972, S. 29 ff.

18 Gemeint sind die Reparationsverpflichtungen Deutschlands.

19 Vgl. Dok. 16, Anm. 13.

20 Bezieht sich auf die im März 1919 auf Initiative Lenins gegründete III., sogenannte Kommunistische Internationale, die ihren Sitz in Moskau hatte. Vgl. Alexander Watlin, Die Komintern 1919-1929. Historische Studien, Mainz 1993.

Nur dieser Gedanke für das deutsche Volk ist und bleibt der Ausgangspunkt meines politischen Handelns und ich sehe dabei, daß die einzelnen Führer im ersten Augenblick uns nicht verstehen wollen, aber ich sehe, daß sie uns eines Tages verstehen werden müssen,

denn es wird der Bürger in seiner Isoliertheit genau so zu Grunde gehen, wie der internationale Proletarier eines Tages daran kommen wird.

Es gibt keine internationale Realität, er wird vollständig verlassen sein in dem Augenblick, in dem ihn die Not erfaßt. Auch hier stoßen die Tatsachen hart aufeinander. Für den Arbeiter gibt es keine Hilfe, denn die liegt nicht in seiner Kraft, sondern in der gesamten konzentrierten Kraft seiner Volksgemeinschaft. Ich weiß, daß es nicht leicht ist, gegen die Welt von Vorurteilen anzukämpfen, aber ich weiß auch, daß man den Kampf aufnehmen muß, wenn nicht beide Teile zu Grunde gehen sollen. Ich habe es unternommen, den Kampf zu beginnen. 13 Jahre lang bin ich in ihn hineingestiegen [*sic!*] und habe in viel tausend Kundgebungen geredet, um ihn zu gewinnen. Ich habe die Bewegung organisiert und versucht, die Menschen hineinzuführen. Es war nicht leicht, wenn in den 13 Jahren ein Arbeiter sagte "Ich habe kein Vertrauen" und wenn ich ihm tausendmal erklärte, "Mein Volksgenosse, du mußt aus deinem Klassenirrsinn herausgehen, das ist ein Wahnsinn, du wirst es eines Tages erleben, du hast nichts anderes als eine Idee, aber nirgends hast du eine Hilfe. Du kannst verhungern, die *Welt* hilft dir gar nicht. Wenn nicht *dein Volk* die Kraft besitzt, einen Arbeitsplan zu sichern, die andere Menschheit kümmert sich gar nicht um dich." Mit Recht muß ich eines zugeben: Es hätte niemals in Deutschland die Idee eines internationalen Proletariats entstehen können, wenn nicht ein anderer Teil der deutschen Nation sich in sein bürgerliches Klassenvorurteil eingehüllt hätte. (Beifall.)

Es ist natürlich, daß ich die Frage nur dann lösen kann, wenn jeder der *beiden* Teile auf seinen Standpunkt Verzicht leistet.

Ich kann vom Arbeiter nicht fordern und verlangen, daß er sich aus seiner Klassensphäre herausbewegt, wenn auf der anderen Seite der Bürgerliche steht und erklärt, ich bin bürgerlich.

Entweder es sollen alle deutsch sein und nur deutsch allein, oder sie werden auf eine Befreiung verzichten müssen. In diesem 13jährigen Ringen ist es aber nun wirklich gelungen, langsam Millionen von Menschen zusammenzufügen. Millionen sind in die Partei eingetreten, Millionen *Handwerker*, Millionen *Bauern,* endlich Millionen auch an *Intellektuellen: Geistliche, Professoren*[21], ja sogar bis zum *kaiserlichen Prinzen*[22] hinauf. Des deutschen Volkes Zukunft liegt nicht im Bürgertum oder Proletariat, sondern diese Zukunft liegt ausschließlich in dem Grad, in dem wir eine einheitliche Weltanschauung und Willensbasis schaffen können. Natürlich ein riesenhafter Kampf. Aber wer will hoffen, daß eine Nation, die so geschlagen erscheint, *ohne Kampf* wieder emporzusteigen vermag.

Daß aber dieser Kampf einen inneren Erfolg gezeitigt hat, das beweist am besten das Wunder, daß es möglich wurde, in kaum 13 Jahren, ausgehend von 7 Mann[23], nahezu 14 Millionen[24] unter eine Fahne zu bringen. (Beifall.)

---

21 Vgl. Dok. 10, Anm. 9-12.

22 Bezieht sich auf August Wilhelm Prinz von Preußen (1887-1949), 1905 preußischer Leutnant, 1908 Dr. rer. pol., 1918 Landrat des Kreises Neuruppin, 1927-1929 Mitglied des Stahlhelm, 1930 Eintritt in die NSDAP und die SA, 1932/33 MdL in Preußen, September 1932 SA-Oberführer, 1939 SA-Obergruppenführer, 1948 im Entnazifizierungsverfahren als Belasteter eingestuft.

23 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.

24 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

Die Herren Regierenden haben das an Leiden, Sorgen und Opfern nicht mitgemacht wie wir, nicht diese endlosen Sorgen, diese endlosen Verfolgungen, sie sind nie im Gefängnis gesessen wie wir. Ich kann nur eins sagen: Es ist irrsinnig, daß ich mich je von den Meinen trenne.

Ich bin ein Kind des Volkes und bleibe es!

Ich sehe die deutsche Zukunft darin, daß es gelingt, gerade dieses Volk zum tragenden Faktor des Staatslebens zu machen. Das ist meine Lebensaufgabe, diese Bauern, diese Arbeiter, diesen Mittelstand zum tragenden Faktor des Staatslebens zu machen, weil ich weiß, diese Menschen sind nicht so gewandt wie vielleicht die oberen Zehntausend, *aber sie sind treu.* Sie sind stabil, man kann sagen schwerfällig, aber sie sind anhänglich und ausdauernd. Wer sie gewonnen hat, hat einen Felsen, auf den er getrost bauen kann. Mit den oberen Zehntausend ist es nicht getan. Wenn in der Bewegung heute auch Hunderttausende von Intellektuellen sitzen, dann dank der Einsicht, daß es einmal gelingen muß, anstelle von Klassen und Ständen eine deutsche Volksgemeinschaft aufzubauen. Gelingt dies, dann ist Deutschland gerettet, mißlingt das, dann ist Deutschland auf die Dauer nicht mehr zu halten.

Herr von *Papen* hat in 13 Jahren Zeit gehabt, sich dem Bolschewismus entgegenzustemmen, wie er jetzt ankündigt. Die Herren regierten doch vor 14 Jahren, sie hatten hinter sich die Macht und die großen Machtmittel des Staates. Was waren wir dagegen, was war ich, nur einer von 10 Millionen, die ohne Note [*sic!*] herumliefen.

Und trotzdem, gerade die, die damals die Macht und alle Machtmittel besaßen, haben feige kapituliert, und ich habe mich gewehrt. Ich habe das aufgebaut, was heute der Garant für die deutsche Zukunft ist.

Das aber, was ihre Weltanschauung ist, wird und kann vom Geist der Zeit und vom Marxismus beseitigt werden. Wenn einer kommt und redet mir von ihrer Weltanschauung und davon, daß sie ihre *Weltanschauung* meiner Bewegung entgegenstellen wollen, dann sage ich: Eine Weltanschauung, die heute gegen uns anstürmt, kann nur beseitigt werden durch eine bessere Idee, und das kann nur der Gedanke der Volksgemeinschaft sein.

Sie sollen nicht hoffen, daß das, was ich in 13 Jahren geschaffen habe, im 14. von mir preisgegeben wird. Die Zukunft wird ja entscheiden. Eins ist sicher, ganz gleichgültig, wie es sich entscheidet: Ich werde meinen Weg niemals verlassen! Darin bin ich ein sturer Fanatiker.

Wenn Herr *Hugenberg* sagt zu mir: Seien Sie doch gescheit, geben Sie doch nach[25]! dann sage ich: Nein, Nein, ich bin ruhig der Dümmere, aber nachgeben tue ich nicht! Wir hätten es die 13 Jahre her leichter haben können, als wir es hatten. Glauben Sie ja nicht, daß die Herren

---

25 Zitat nicht ermittelt. Bezieht sich wahrscheinlich auf ein Schreiben an Hitler vom 20.3.1932, das am 22.5.1932 in den *Eisernen Blättern* veröffentlicht worden war, in dem der Vorsitzende der DNVP, Alfred Hugenberg, ausführlich die Gründe der DNVP darlegte, Hitlers Kandidatur im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl nicht zu unterstützen. Unter anderem schrieb Hugenberg: "So wie die NSDAP seit Oktober [*1931*] die großen praktischen Entscheidungen behandelt hat, geht es nicht. Bei einer anderen Behandlung der in dieser Zeit jeweils entscheidenden politischen Fragen könnte die nationale Opposition schon heute im gemeinsamen Besitz der Macht sein." Druck: Das Ende der Parteien 1933. Hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 627 ff.
Zum damaligen Verhältnis von DNVP und NSDAP vgl. John A. Leopold, Alfred Hugenberg. The Radical Nationalist Campaign against the Weimar Republic, New Haven [2]1979, S. 115 ff.

in ihrem Kabinett sich so abrackern wie wir uns abgerackert haben. Wenn ich in die Regierung eingetreten wäre, das Parlament käme nicht mehr in die Erscheinung, das Volk hätte auch nichts mehr zu vermelden, unsere Zeit wäre angenehmer verflossen, vielleicht wären wir auch ein wenig unter den Goldregen der Zeitungen gekommen und wir hätten nicht die Nächte draußen herumzigeunern brauchen. Alles das würde weggefallen sein, wir hätten ein schönes bequemes Dasein. Ich habe herausgefunden, daß es sich in Berlin in einem Ministerium leichter und angenehmer redet als draußen auf den vielen Versammlungen.

13 Jahre haben wir gekämpft, damit jetzt anstelle des Parlamentarismus der Herrgott in Gestalt des Herrn Jakob *Goldschmidt*[26] sich herandrängt. Die Organisation haben wir durchgeführt, und ich bin überzeugt, daß nur diese berufen ist, alles durchzuführen. Und nur gerade deshalb, weil keine andere berufenere da ist und weil die, die heute am Ruder sitzen, bisher nichts getan haben. Fünf Minuten vor 12 Uhr kommen Sie heraus und sagen: Ich bin da!

Ich glaube auch hier an eine göttliche Fügung, und diese göttliche Fügung hat zu allen Zeiten zur rechten Zeit eingesetzt und es gefügt, daß alle die, die gearbeitet haben, am Ende ihre Arbeit auch verwalten dürfen.

12 Mal können sie das Parlament auflösen und dann gehen wir eben in den 13. Kampf. Wir wollen doch am Ende sehen, ob die Schädel von 14 Millionen nicht härter sind als die paar Hundert vom Herrenklub[27].

Am 6. November findet der Kampf statt. Am 7. beginnt wieder die Arbeit und ich bin überzeugt, daß uns das Schicksal die Macht doch geben wird, und daß diejenigen, die ein Volk aufbauen, am Ende auch ein Volk führen. (Stürmischer Beifall, der erst ein Ende nimmt, als Adolf Hitler den Riesenraum verlassen hat.)[28]

26 Vgl. Dok. 6, Anm. 9.
27 Vgl. Dok. 6, Anm. 10.
28 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

[20. Oktober 1932] Dok. 26
Schreiben an Karl Eduard Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha[1]

Coburger Zeitung vom 21.10.1932, "Mit Myrte und Schleier"[2].

Adolf Hitler hat ein Handschreiben an den Herzog gerichtet[3], in dem er bittet, zu der "Vermählung der Prinzessin Sibylla[4] in meinem Namen und im Namen der vielen Millionen in unserer Bewegung zusammengefaßten Deutschen, die die so mutige und treue Haltung Euerer Königlichen Hoheit unserem schwergeprüften Volke gegenüber[5] mit dankbarem Herzen sehen und erkennen, die aufrichtigen Glückwünsche in tiefer Verehrung aussprechen zu dürfen"[6].

1 Karl Eduard Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha (1884-1954), 1900 Eintritt in die Hauptkadettenanstalt Lichterfelde, 1900-1905 Herzog unter Vormundschaft des Erbprinzen Ernst von Hohenlohe-Langenburg, 1904 preußischer Leutnant, 1905-1918 Regierender Herzog der Herzogtümer Sachsen-Coburg und Sachsen-Gotha, 1919 Angehöriger der Bayerischen Einwohnerwehr, Angehöriger der Brigade Ehrhardt, 1923 Oberbereichsleiter des Bundes Wiking, 1926 Übertritt in den Stahlhelm, 1929 Gründer und Präsident des Nationalen Deutschen Automobilklubs, 1930 Mitglied des Bundesvorstands des Stahlhelm, 1932 Präsident des Nationalen Klubs von 1919 in Berlin, März 1933 Eintritt in die NSDAP, Reichsbeauftragter für das Kraftfahrwesen, August 1933 SA- und NSKK-Gruppenführer, Dezember 1933-1945 Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, 1934 Reichskommissar für die Freiwillige Krankenpflege, 1950 im Berufungsverfahren als Minderbelasteter eingestuft.

2 Vgl. auch Coburger Tageblatt vom 21.10.1932, "Über zweitausend Glückwünsche"; Der Reichsbote vom 22.10.1932, "Coburger Festtage auf dem Höhepunkt"; Donauwacht vom 5.11.1932, "Diener der Hohenzollern".

3 Mit Schreiben vom 17.9.1932 an Hitlers Kanzlei machte der Erste Bürgermeister von Coburg, Franz Schwede (NSDAP), auf die bevorstehende Hochzeit aufmerksam und gab unter anderem angesichts der öffentlich geäußerten Sympathie des Herzogs für die NSDAP zu bedenken: "Aus all diesen Gründen halte ich es für unbedingt erforderlich, daß sich die Organisation der NSDAP bei den bevorstehenden und vorgesehenen Veranstaltungen anläßlich der Hochzeit im Herzogshause auf keinen Fall ausschließen darf. Wir würden damit den Herzog persönlich außerordentlich schwer kränken und darüber hinaus weiter und fester an den Stahlhelm binden." IfZ, MA 127/1.

4 Sibylla Prinzessin von Sachsen-Coburg und Gotha (1908-1972).

5 Anläßlich des "Dritten Deutschen Tages" in Coburg am 14. und 15.10.1922 (vgl. Dok. 16, Anm. 4) war Karl Eduard erstmals in Verbindung mit Hitler getreten; seitdem galt der Herzog als Förderer der NSDAP. Vgl. Erdmann, Coburg, Bayern und das Reich, S. 91 f.

6 Am 19.10.1932 wurden in Coburg Sibylla Prinzessin von Sachsen-Coburg und Gotha und der schwedische Erbprinz Gustav Adolf Bernadotte, Herzog von Västerbotten, standesamtlich getraut. Am Tag darauf folgte die kirchliche Trauung.

20. Oktober 1932 Dok. 27
Rede auf NSDAP-Versammlung in Sommerfeld (Niederlausitz)[1]

Der Angriff vom 21.10.1932, "Hitler vor 30.000 Ostmärkern"[2].

In seiner Rede kennzeichnete der Führer die Papensche Notverordnung[3] als das, was sie ist: eine *Bankensanierung* nach dem Rezept Jakob Goldschmidts[4]. Alles, was diese Regierung bisher angefaßt habe, sowohl außenpolitischer als auch innenpolitischer und wirtschaftspolitischer Art, sei schiefgegangen. Als *Dekorationsminister* aber für eine solche Regierung lasse er sich nicht mißbrauchen. "Man kann mir in dieser Republik", fuhr der Führer wörtlich fort, "keinen Titel anbieten, der besser wäre als mein Name. Ich bin ein *Kind des Volkes* und werde es ewig bleiben. Für dieses Volk habe ich gekämpft all die langen Jahre hindurch und werde auch weiter für es kämpfen, und für dieses Volk lasse ich mich, wenn es notwendig ist, in Stücke schlagen!"[5]

22. Oktober 1932 Dok. 28
Rede auf NSDAP-Versammlung in Halle[1]

Saale-Zeitung vom 24.10.1932, "Adolf Hitlers Rede in Halle"[2].

Was Sie wohl in erster Linie von mir hören wollen, ist sicherlich die Beantwortung einer Frage, die in den letzten Wochen von der bürgerlichen Presse besonders oft gestellt worden ist.

---

1 Im Zelt. An der Versammlung nahmen nach Angaben der nationalsozialistischen Presse etwa 30.000 Menschen teil. Anschließend flog Hitler nach Berlin.

2 Vgl. auch VB vom 22.10.1932, "Adolf Hitler in der Ostmark: 'Man kann mir in dieser Republik keinen Titel anbieten, der besser wäre als mein Name'".

3 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.

4 Vgl. Dok. 6, Anm. 9.

5 Folgt Bericht über den Weiterflug nach Berlin.
Am 21.10.1932 traf Hitler als Gast von Fritz Thyssen im Landhaus Schloß Landsberg bei Essen mit den Industriellen Emil Kirdorf und Albert Vögler zusammen. So einflußreiche Persönlichkeiten wie Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Hans von Loewenstein und Paul Reusch hatten aber Thyssens Einladung zum Treffen mit Hitler abgelehnt. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 349 f.

1 Im Zelt auf dem Sarassani-Platz, nach 15.15 Uhr. An der von Gauleiter Rudolf Jordan geleiteten Versammlung nahmen laut *Volksblatt* und *Klassenkampf* etwa 12.000 Menschen teil (*VB*: 35.000). Vor Hitlers 35minütiger Rede sprach MdR Manfred Freiherr von Killinger. Während Hitlers Rede wurde die Stromversorgung der Lautsprecheranlage kurzzeitig unterbrochen. Hitlers Abfahrt wurde durch kommunistische Gegendemonstranten behindert, berittene Polizei machte den Weg frei. Hitler war gegen Mittag aus Essen (vgl. Dok. 27, Anm. 5) kommend auf dem Flugplatz Halle-Leipzig in Schkeuditz gelandet und flog nach der Versammlung von dort nach Magdeburg weiter.

2 Vgl. auch Hallische Nachrichten vom 24.10.1932, "Hitler-Kundgebung in Halle"; Klassenkampf vom 24.10. 1932, "Papens Hitler mußte Spießruten laufen!", "Jämmerliche Hitlerpleite im roten Halle"; Volksblatt vom 24.10.1932,"Adolf Hitler in Halle ausgepfiffen"; VB vom 25.10.1932, "'In diesem Kampf werdet ihr unterliegen und das Volk wird Sieger sein'" sowie Rudolf Jordan, Erlebt und erlitten. Weg eines Gauleiters von München bis Moskau, Leoni am Starnberger See 1971, S. 46 ff.

Jeden Tag fast fragen diese bürgerlichen Politiker: *Wie konnten Sie am 13. August* [*1932*] *Nein sagen?* Wie konnten Sie damals ablehnen, in diesen Zug einzusteigen? Man hat Ihnen die Tür aufgemacht, und Sie wollten nicht! - Darauf kann ich eine einfache Antwort geben: Ich bin am 13. August [*1932*] in den Zug nicht eingestiegen, weil ich nicht die Absicht hatte, ein paar Monate später wieder auszusteigen[3]. Das können Herr von Papen oder Herr von Gayl, die in eine solche Stellung nichts mitbringen als vielleicht ihre Schrifttasche. Die Herren sind leicht beschwingt und wenig bepackt.

Wenn man aber hinter sich 14 Millionen hat[4], dann kann man nicht heute hinein in die Kartoffeln gehen und morgen wieder hinaus. Ich weiß, daß die Millionen unserer Bewegung eines erwarten: Daß, wenn diese Bewegung einmal eingesetzt wird, dann auch wirklich die große Stunde Deutschlands da ist. An einer Regierung sich beteiligen, von der man von vornherein weiß, daß sie länger als ein paar Monate nicht hält, das können ja andere tun. Er ist ihnen aber nie gut bekommen, dieser schnelle Luftwechsel. Ich selbst steige grundsätzlich in keinen Zug ein, der ganz woanders hingeht als ich will, oder von dem ich weiß, daß er entgleist. Und der Zug dieser Regierung geht erstens zu ganz anderen Stationen, und zweitens konnte er nicht einmal zu der von ihr gewollten Station. Wirtschaftlich ist er bereits vollständig entgleist.

Herr von Papen wird mich anwettern: Wie können Sie glauben, daß mein *Wirtschaftsprogramm*[5] gescheitert sei? Darauf habe ich zu erwidern, daß ich mir nicht durch eine Regierungspresse Schwarz in Weiß in Weiß in Schwarz verwandeln lasse. Wenn die Arbeitslosen in dieser Woche um 48.000 zugenommen haben[6], so braucht man kein großer Prophet zu sein, um das Ende absehen zu können. Wenn man auf der anderen Seite sagt, daß doch zur gleichen Zeit des Vorjahres die Arbeitslosigkeit um 130.000 zugenommen habe[7], so muß ich sagen, daß die Arbeitslosigkeit ja nicht jedes Jahr um 130.000 in der Woche steigen kann. Herr von Papen hat aber nicht gesagt, er werde eine Belebung der Wirtschaft herbeiführen, so daß die Arbeitslosigkeit nicht mehr wie im vergangenen Jahr um 130.000 steigt, sondern nur noch um etwa 50.000; Herr von Papen hat vielmehr gesagt: Die Wirtschaft wird belebt, und ich versichere, daß es möglich sein wird, die Arbeitslosigkeit bis Eintritt des Winters um ein bis zwei Millionen zu senken[8]! Diese schöne Zahl habe ich schon damals für gänzlich unerreichbar angesehen. Dazu

---

3 Vgl. Dok. 4, Anm. 11.

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

5 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.

6 Ende September 1932 wies die amtliche Statistik 5.102.750, Ende Oktober 1932 5.109.173 Arbeitslose aus, also eine Steigerung um 6.423. In dieser Zahl waren Notstands- und Fürsorgearbeiter sowie Arbeitsuchende in gekündigter oder ungekündigter Stellung nicht enthalten. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 297.
Hitler bezieht sich vermutlich auf die Meldung im *Völkischen Beobachter*, daß die Reichsbahn 52.000 Gleisarbeiter entlassen habe, von denen nur 6.000 anderweitig beschäftigt worden seien. Vgl. VB vom 19.10.1932 und vom 22.10.1932, "Die andere Seite der Papenschen 'Wirtschaftsankurbelung'".

7 In seiner Rede vor dem Bayerischen Industriellenverband in München am 12.10.1932 führte Reichskanzler Papen unter anderem aus: "Wie Ihnen bekannt ist, hat die Entwicklung des Arbeitsmarktes im vergangenen Monat mit einer Nettoabnahme der Arbeitslosenzahl um 123.000 Arbeitslose abgeschlossen. Im Gegensatz dazu brachte der Septembermonat des vorigen Jahres eine Zunahme der Arbeitslosigkeit um 140.000 Arbeitslose." Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 754-764, S. 756.

8 In einer Programmrede auf der Generalversammlung des Westfälischen Bauernvereins in Münster am 28.8. 1932, die im Rundfunk übertragen worden war, erklärte Reichskanzler Papen zu den von der Reichsregierung

ist jene Notverordnung am wenigsten geeignet. Wenn ich überhaupt höre, daß der geistige Vater einer Notverordnung Jakob Goldschmidt heißt[9], so weiß ich ganz genau, was gerettet werden soll: Nicht die Wirtschaft, sondern die Banken. Ich kann also hier das eine heute schon feststellen: Wirtschaftlich bin ich schon jetzt gerechtfertigt.

Wenn man weiß, daß diese 14 Millionen das letzte Aktivum Deutschlands sind, so kann man sie nicht leichtfertig in eine Aktion einsetzen, die man von vornherein als verfehlt ansieht. Nun sagen meine aufrichtigen Freunde: "Ja, Sie hätten Ihren Einfluß geltend machen können." Das wäre richtig, wenn man wirklich die Absicht gehabt hätte, mir Einfluß einzuräumen. Warum aber hat man mich dann nicht auf die Lokomotive hinaufgelassen! Ich bin bereit, die Führung zu übernehmen. Aber wenn man mich einlud, so geschah es nicht, weil man die Absicht hatte, dieses Kabinett unter unseren Einfluß zu stellen, sondern weil man die Absicht hatte, mich mundtot zu machen.

Ich habe die *Verfassung* nicht gemacht. Aber die Bewegung hat 13 Jahre lang im Rahmen dieser Verfassung legal gekämpft[10], und jetzt fordern wir die Führung nach dieser Verfassung.

Wenn ich mich gegen dieses Regiment wende, so nicht nur aus der Überzeugung, daß es wirtschaftlich versagte, sondern mehr noch, weil es innerpolitisch versagen muß. 13 Jahre lang versuchte man, die Wirtschaft zu retten. Aber man vergaß, daß der deutsche Verfall nicht in der Wirtschaft begonnen hat, sondern im politischen Leben. Weltwirtschaftlich ist die deutsche Nation zum willkürlichen Spielzeug anderer Völker geworden.

Als ich vor 13 Jahren den politischen Kampf unserer Bewegung begann, war das politische Leben atomisiert in 38 ebenso lächerliche wie dumme und schäbige Parteien[11], die das deutsche Volk retten wollten vom Standpunkt der Angestellten oder vom Standpunkt der Beamten, von dem des Kleinhandels, der Wirtschaft, der Arbeitnehmer - mindestens 30 Standpunkte gab es, und die ganze Nation wurde dabei zerrissen. Durch alles hindurch aber die Klassenspaltung: hier Proleten internationalistisch-marxistischer Einstellung und dort das sogenannte Bürgertum nationaler Einstellung. Die Kraft der deutschen Nation wurde im Innern aufgebraucht, und damit verloren wir nicht nur unsere Weltstellung, sondern auch die Stärke, um entscheidende

---

projektierten Notverordnungen (vgl. Dok. 5, Anm. 3) unter anderem: "Alle diese Maßnahmen dienen zunächst nur einer Übergangszeit; sie werden deshalb auf 12 Monate befristet. Sie sollen es der Wirtschaft ermöglichen, sich aus ihrer bisherigen Erstarrung zu lösen und den eigenen wirtschaftlichen Gesetzen zu folgen. Ich weiß, daß diese Maßnahmen noch nicht alles das enthalten, was Sie vielleicht heute von mir erwarteten und was die Aufgabe dieser Regierung ist. Ich erwähnte aber, daß der gewaltige *Anstoß*, den unsere gesamte Volkswirtschaft durch eine Entlastung und damit Befruchtung um etwa 2 Milliarden Mark und durch eine zusätzliche Beschäftigung von ein bis zwei Millionen Arbeitsloser erfährt, auch die *Lage der Landwirtschaft direkt* und *indirekt außerordentlich verbessern* wird." Druck: Frankfurter Zeitung vom 29.8.1932 (Reichsausgabe), "Die Rede des Reichskanzlers".

9 Vgl. Dok. 6, Anm. 9, Dok. 17, Anm. 4.

10 Diese Feststellung trifft nicht zu: Wegen des gescheiterten Putsches vom 8./9.11.1923 war die NSDAP am 9.11.1923 in Bayern durch Generalstaatskommissar Gustav von Kahr und am 20.11.1923 im ganzen Reich durch General Hans von Seeckt verboten worden. Im Hochverratsprozeß, der vom 26.2. bis 27.3.1924 vor dem Volksgericht in München stattfand, war Hitler unter Anrechnung der Untersuchungshaft zu fünf Jahren ehrenhafter Festungshaft verurteilt worden. Davon hatte er einen Monat im Gefängnis München-Stadelheim und dreizehn Monate in Landsberger Festungshaft abgebüßt. Vgl. Otto Gritschneder, Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz, München 1990.

11 Vgl. Dok. 22, Anm. 18.

Maßnahmen im Innern zu treffen. Das war das Ergebnis dieser Politik der Zersetzung und Auflösung.

Ich kenne nur eine Wurzel, nicht Bürger und Prolet, nicht Katholik und Protestant, sondern deutsches Volk. Es war nicht leicht, diese Auffassung durchzusetzen. Denn Millionen Bürger hatten kein Verständnis für das Wesen der breiten Masse und ihre soziale Not. Und nun mußte man diese schwere Aufgabe auf sich nehmen, den Mann von links in die Nation hineinzuführen und den Mann von rechts zurück zu seinem Volk zu bringen.

Noch niemals in der Geschichte war es möglich, 14 Millionen Menschen auf eine politische Plattform zu bringen. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, wenn da bürgerliche Politiker sagen: Hoffentlich nehmen die Nazis bei dieser Wahl wieder ab und unsere bürgerliche Partei wieder etwas zu. Das würde vielleicht kommen, wenn ich am 13. [*August 1932*] Ja gesagt hätte: Denn damit wäre ich den Millionen unserer Arbeiter und mir selbst untreu geworden. Glaubt man, daß man Millionen aus dem marxistischen Lager holen kann, um sie einem bürgerlichen Parteiregiment auszuliefern! Ich habe den Millionen versichert, daß für uns jedes Klassenregiment ausgeschlossen ist, ein marxistisches genau wie ein bürgerliches[. *Ich*] möchte niemals teilhaben an billigen politischen Erfolgen, von denen ich weiß, daß sie wenige Monate später schon zur Katastrophe führen müssen.

Wenn die bürgerlichen Politiker sagen: Jetzt ist die Zeit, unsere Fahne aufzuziehen! so warne ich: passen Sie auf, was auf der anderen Seite für eine Fahne aufgezogen wird, und täuschen Sie sich nicht: Ihre Fahne wird dem Ansturm der anderen nicht standhalten. Ich kenne die Herren genau. Sie hatten einst die Macht, eine ungeheure Tradition und berühmte Namen, und ich war damals ein unbekannter Wurm, einer von denen, die nur ein Nummernschild[12] trugen[13]. Aber die Männer mit ihren berühmten Namen, mit ihrer Macht, haben damals jämmerlich kapituliert, und ich habe Widerstand geleistet[14]. Ich bin überzeugt, daß dieser Kampf auch in Zukunft nicht anders aussehen würde, solange meine Front dasteht, reden sie große Töne. Ich weiß, wo die bürgerlichen Politiker zu finden sein würden, wenn diese Front nicht mehr wäre: Mich kann man nicht ködern. Ich brauche keinen Ministerposten und keinen Titel, denn *mein bester Titel ist mein eigener Name.*

---

12 1869 wurde in der preußischen Armee eine sogenannte Rekognitionsmarke eingeführt, um bewußtlose und tote Soldaten zu identifizieren. Nachdem sich dieses Verfahren im Deutsch-französischen Krieg 1870/71 bewährt hatte, wurden während des Ersten Weltkriegs Erkennungsmarken an alle deutschen Soldaten ausgegeben; bei Offizieren war der ganze Name, bei Unteroffizieren und Mannschaften die Nummer der Kriegsstammrolle sowie die Bezeichnung des letzten Truppenteils oder Schiffes eingestanzt. Vgl. Walter Transfeldt, Wort und Brauch in Heer und Flotte. Hrsg. von Hans-Peter Stein, Stuttgart [9]1986, S. 226 f.

13 Hitler war am 16.8.1914 als Kriegsfreiwilliger in das Rekruten-Depot VI des 2. bayerischen Infanterie-Regiments eingetreten und am 1.9.1914 in die 1. Kompanie des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 16 (List) versetzt worden. Am 3.11.1914 wurde er zum Gefreiten befördert, am 31.3.1920 endgültig aus dem Militärdienst entlassen. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 99 ff.

14 Wegen einer Kampfgasvergiftung, durch die Hitler zeitweise erblindete, war er vom 21.10. bis 19.11.1918 im preußischen Reservelazarett Pasewalk in Pommern. Nach seinen eigenen Angaben faßte er hier seinen Entschluß, Politiker zu werden. Wahrscheinlicher ist jedoch, das dies erst im Februar 1919 in München geschah: Zwei Tage nach Ausrufung der Räterepublik in München wurde Hitler Ersatz-Bataillons-Rat des Demobilmachungs-Bataillons des 2. Infanterieregiments. Vgl. Adolf Hitler, Mein Kampf, Bd. 1: Eine Abrechnung, München 1925, S. 215 ff.; Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 176 ff., 184 ff.

Wenn heute Herr Papen sagt: Herr Hitler, wie können Sie sich die Führung anmaßen, so kann ich nur sagen: Wie können Sie sich ihr entgegenstellen. Herr von Papen behauptet, aus einer göttlichen Ordnung zu regieren [15]. 13 Jahre ist er im Zentrum gewesen und hat nicht nach der göttlichen, sondern nach der Zentrums-Ordnung gearbeitet. Ich will regieren, weil ich das Volk habe. Die anderen möchten regieren, weil sie die Macht haben. Die breiten Massen unserer Bauern und Arbeiter sind das stabile Element. Die übrigen sind viel zu "geistig lebendig" und "geistig beweglich", als daß man auf sie wirklich bauen könnte.

Was heißt denn Macht? Die hat der Reichspräsident. *Aber die Führung will ich.* Und wir werden sie auch bekommen, weil die Herren drüben in absehbarer Zeit abgetakelt sind. Ich kann die Stunde ruhig abwarten und brauche die Protektion nicht. Unter sein kaudinisches Joch [16] beuge ich mich nicht. Alles ist möglich, aber ganz unmöglich ist, daß ich kapituliere. Und wenn die Herren mir sagen, dann würde ich nicht in ihre Gesellschaft aufgenommen, so antworte ich ihnen: Meine Gesellschaft ist sehr umfangreich und sie genügt mir vollständig. Denn sie ist das Volk, dem ich entstamme und dem ich angehöre.

22. Oktober 1932 Dok. 29
Rede auf NSDAP-Versammlung in Magdeburg [1]

Magdeburgische Zeitung vom 23.10.1932, "Adolf Hitler in Magdeburg" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 28.

15 Vgl. Dok. 15, Anm. 16.
16 Vgl. Dok. 21, Anm. 28.

1 In der Stadthalle, von 17.45 bis 18.45 Uhr. An der Versammlung nahmen laut amtlicher Schätzung etwa 15.000 Menschen teil (*VB*: 35.000). Vor Hitler sprachen der Ministerpräsident von Anhalt, Alfred Freyberg (NSDAP), und der Landesinspekteur Mitteldeutschland-Brandenburg der NSDAP, Wilhelm Friedrich Loeper. Auch das anliegende Schützenhaus und der Ehrenhof waren mit Zuhörern gefüllt. Laut *Volksstimme* wurden vor der Veranstaltung aus einem Wagen der Autokolonne Hitlers mehrere Passanten mit Peitschen geschlagen.
2 Vgl. auch Volksstimme vom 24.10.1932, "Hitler mit der Raubtierpeitsche"; Magdeburgische Tageszeitung vom 25.10.1932, "Adolf Hitler spricht in Magdeburg"; VB vom 25.10.1932, "'Wer auf unsere Fahne schwört, hat nichts mehr, was ihm selber gehört'".

22. Oktober 1932 Dok. 30
Rede auf NSDAP-Versammlung in Stendal [1]

Der Altmärker vom 24.10.1932, "Adolf Hitler in Stendal" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 28.

23. Oktober 1932 Dok. 31
Rede auf NSDAP-Versammlung in Zwickau [1]

Zwickauer Neueste Nachrichten vom 24.10.1932, "Gewaltige Kundgebung der NSDAP in Zwickau" [2].

Meine deutschen Volksgenossinnen und Volksgenossen!

In diesen letzten Tagen hat unsere nationalsozialistische Bewegung auf einmal zahlreiche besorgte Freunde bekommen. Die bürgerliche Presse und die bürgerlichen Politiker, sie können vor Besorgtheit um das Wohl und das Gedeihen und die Zukunft unserer Bewegung sich gar nicht genug tun in Fragen etwa des Inhalts: "Warum, Herr Hitler, haben Sie denn die einzige, günstige Gelegenheit am 13. August [*1932*], in den Regierungszug einzusteigen, nicht wahrgenommen, wie konnten Sie, nachdem man Ihnen doch die Türe aufgemacht hat, damals Nein

---

1 In der Auktionshalle am Ostbahnhof, von 20.30 bis 21.30 Uhr. An der von Kreisleiter Richard Meyer geleiteten Versammlung nahmen laut *Altmärkischer Tageszeitung* etwa 20.000 Menschen teil (NSDAP-Kreisleitung: 33.000). Vor Hitler sprachen MdL Heinrich Detloff von Kalben sowie Landbundpräsident und NSDAP-Mitglied Werner Willikens.
Die *Altmärkische Tageszeitung* kommentierte: "Gewiß, diese Folie war nur geeignet, die dann folgende etwa *einstündige Ansprache Adolf Hitlers* um so wirkungsvoller herauszuheben. Auch der Nicht-Nationalsozialist wird ihm niemals die Anerkennung versagen, daß er aus anderem Holze geschnitzt ist, daß in ihm der Geist der großen Volkstribunen lebt, kurz gesagt: schon ein ganzer Kerl! Dabei wird man nicht einmal behaupten können, daß dieser sympathische Führer, wenn er drahtig und selbstbewußt vor das Volk tritt, mit weltumstürzenden Gedanken aufwartet. Nein, nicht so sehr *was* er sagt, sondern *wie* er es sagt, scheint das Geheimnis seiner Kraft zu sein."
Ein für den Nachmittag geplanter SA-Marsch durch die Stadt wurde vom Preußischen Ministerium des Innern nicht genehmigt.

2 Vgl. auch Altmärkische Tageszeitung vom 24.10.1932, "Adolf Hitler spricht in Stendal"; VB vom 25.10.1932, "'In diesem Kampf werdet ihr unterliegen und das Volk wird Sieger sein'". Ferner Schreiben des SA-Standartenführers Albert Heinz an das Preußische Ministerium des Innern vom 11.10.1932 sowie Antwort vom 15.10.1932, Nr. II 1420 a 1; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 301.

1 Auf dem Sportplatz hinter dem Schwanenschloß, nach 12.45 Uhr. An der vom Kreisleiter der NSDAP, Ewald Dost, eröffneten Versammlung nahmen nach Polizeischätzung etwa 40.000 Menschen teil (*VB*: 100.000). Vor Hitler sprach Gauleiter Martin Mutschmann, nach ihm nochmals Dost. Die Eintrittspreise waren von 30 Pfennig bis 5 RM gestaffelt.

2 Vgl. auch Der Freiheitskampf vom 24.10.1932, "Hitlertag in Zwickau"; Sächsisches Volksblatt vom 24.10.1932, "Adolf zeigt sich seinem Volke ..."; VB vom 25.10.1932, "In Sachsen und Thüringen". Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 12.11.1932, "'Wir werden die Sammlung des Volkes fortführen und vollenden' (Adolf Hitler)".

sagen. Wer weiß, ob der Zug wieder hält. Sie haben die günstigste Gelegenheit versäumt." Die Antwort lautet kurz und knapp:

Ich bin am 13. August [1932] in diesen Zug der Regierung Papen nicht eingestiegen, weil ich hinterher nicht wieder aussteigen wollte[3]. *(Beifall.) Ich hätte aber wieder aussteigen müssen, weil der Zug nicht in der Station hält, in die ich kommen will, und weiter, weil ich sogar überzeugt bin, daß der Zug nicht einmal die Station erreicht, in die Herr Papen kommen will, sondern, daß er vorher entgleist. (Wiederholter Beifall.)*

Nun kann natürlich ein Mann wie Herr von Papen und Herr von Gayl nicht beschwert sein und im Grunde genommen außer seiner Aktentasche wenig besitzen [*sic!*], also sehr leicht in einen Zug einsteigen und ebenso wieder aussteigen. Bei einer großen Partei ist das schon nicht so leicht. Wenn man 14 Millionen Menschen hinter sich hat[4], kann man nicht in eine Regierung heute gehen und morgen heraus und übermorgen wieder hinein. Diese 14 Millionen erwarten Eines: Wenn diese Partei einmal in eine Regierung eintritt, dann muß das die große Stunde der deutschen Nation sein. (Beifall.) Freilich sagen nun bürgerliche Politiker: "Aber das konnten Sie doch erreichen, Sie konnten doch Ihren Einfluß geltend machen." Wenn die Leute, die den Zug dirigierten, gewollt hätten, daß er dorthin kommt, wo ich ihn haben will, dann hätten sie mich in die Lokomotive lassen können. Warum gaben sie uns denn dann nicht die Führung? Nein, sie wollten das nicht. Es war der letzte Versuch, und ein untauglicher Versuch, eine Bewegung, die man mit Gewalt, mit Terror und Unterdrückung nicht beseitigen konnte, mit List und Klugheit zu erledigen. Als Minister ohne Portefeuille oder etwa als Vizekanzler ist die Geltendmachung des Einflusses nicht möglich, oder als Luftfahrtminister, welches Ministerium erst geschaffen werden müßte, oder als Reichskultusminister, das müßte auch erst geschaffen werden[5]. Und dann allerdings das Reichsinnenministerium, und hier glaubten sie ganz klug zu sein. Sie irrten sich aber, wenn sie meinten, mich mit einem Titel ködern zu können[6]. Das einzige, was mich "verführen" kann, das ist die Führung selbst. (Beifall.)

Wer hat mehr Recht zur Führung? Papen, der 13 Jahre im Zentrum saß, oder ich, der ich 13 Jahre gekämpft habe. (Beifall.)

Man hat mir vorgeworfen, daß ich mit illegalen Mitteln in die Regierung kommen wollte. In Prozessen wurde ich ausgequetscht und immer wieder auf die Verfassung festgelegt[7]. Ich blieb bei ihr, und ich habe langsam die Bewegung zu dem gemacht, was sie heute ist. Und eines Tages zogen wir mit 230 Mann in den Reichstag. Nun hatten wir verfassungsmäßig das Recht zu fordern, daß uns die Regierungsbildung anvertraut wurde[8]. In dem Moment hieß es plötzlich: "Ja, Herr Hitler, Verfassung gibt's schon längst nicht mehr. Jetzt ist anstelle der Verfassung die göttliche Ordnung[9] getreten, und der Exponent der göttlichen Ordnung bin ich, Franz von Papen." Sie müssen jetzt schon zurücktreten. Die Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft hat ihren Zweck nicht erreicht, sie ist ebenso unpassend wie unzulänglich. Schon jetzt

3 Vgl. Dok. 4, Anm. 11.
4 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.
5 Vgl. Dok. 21, Anm. 15.
6 Bezieht sich auf das Angebot, als "Vizekanzler" in die Regierung Papen einzutreten.
7 Vgl. Dok. 15, Anm. 37.
8 Vgl. Dok. 4, Anm. 13.
9 Vgl. Dok. 15, Anm. 16.

sagt die Regierung nicht mehr: Wir werden bis zum Winter zwei Millionen Arbeitslose weniger haben, sondern, jetzt sagt sie schon: Die Arbeitslosen nehmen nicht mehr so zu wie vergangenes Jahr[10]. Mit diesen Methoden wird man jedes Vertrauen verwirtschaften.

Als die nationalsozialistische Bewegung ihren großen Kampf begann, war in Deutschland in der bürgerlichen Parteiwelt die Meinung verbreitet: Politik sei nur die Folge eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs, während ich die Meinung vertrat, daß der wirtschaftliche Zusammenbruch die Folge sein muß eines geistig-weltanschaulich-politischen Zusammenbruchs. Der Ausgangspunkt jeder Völkerkatastrophe ist nicht in der Wirtschaft, sondern in der Politik zu suchen, das heißt in der gesamten Gestaltung des Lebens eines Volkes. Und hier wird der Ausgangspunkt in einem Zusammenfassen der geistig-weltanschaulichen Einheit zu suchen sein. Gegenüber allen wirtschaftlichen Erwägungen sagte ich damals:

Über alle Gegensätze hinweg, über Marxismus und Faschismus, über Proletariat und Bürgertum usw., muß es für unser politisches Handeln doch eine gemeinsame Wurzel geben, und diese Wurzel erkenne ich nur im Gesamtgehalt und Gesamtwert und damit im Gesamtbestand des Volkes an. (Zurufe: Sehr richtig!)

Alles andere ist vergänglich, etwas muß dagegen bleibend sein, und das ist diese lebendige Substanz aus Fleisch und Blut, deutscher Mensch genannt, deutsches Volk geheißen. Das muß bestehen. Solange es gesund bleibt, wird immer wieder die Kraft kommen zu einer inneren und damit äußeren Erhebung. Weiter sage ich: Es behaupte nun niemand, daß der Wert dieses Menschen ursprünglich von vornherein schon ein differenzierter sei. Im Gegenteil. Wenn man einen festen Staat aufbauen will, müssen seine Wurzeln ganz tief ins Volk hineinreichen. Je tiefer, um so fester. Die Kraft eines Staates nimmt nicht ihren Ausgang von der autoritären Regierung, sondern von der natürlichen Festigkeit und starken willensmäßigen Einheit eines Volkes. (Beifall.) Regierungen kommen und vergehen. Gesellschaftsgliederungen werden und verschwinden wieder, was aber bleiben muß, ist die lebendige Substanz, das Volk selbst. Je mehr diese Substanz zu einer grundsätzlichen Willensauffassung und zu einem grundsätzlichen Erkennen gemeinsamer Interessen erzogen wird, um so fester wird ein solches Volk sein, und um so stärker kann der Staat sein.

Ein Staatsmann muß wissen, daß die Stärke einer Regierung nicht darin besteht, daß Polizei und Militär in ihrer Hand sind, sondern daß das Volk hinter ihr steht.

Als Nationalsozialist sage ich: Für mich ist der Staat überhaupt nicht dazu da, eine Regierung nach innen vor dem Bürger in Schutz zu nehmen, sondern ein Volk vor mißliebigen Nachbarn außen zu schützen. (Beifall.)

Wie stellt man sich die kommende Außenpolitik vor? Für mich ist die Stärke der Regierung gegeben in der willensmäßigen Übereinstimmung ihres Handelns und des Handelns und Denkens der Nation. Durch Weltanschauungen sind ganz andere als die gegenwärtige Regierung beseitigt worden; ich erinnere nur an die 800jährigen Dynastien der Habsburger usw. Wenn heute der Bolschewismus siegen würde, dann würde jedenfalls die Nachwelt einmal einsehen, daß es für eine Regierung nicht gleich war, ob ein Volk bolschewistisch oder nicht denkt. Regierungen müssen im Volke sein. Je tiefer eine Regierung ins Volk hineingeht, um so fester besteht sie. Ich rede nicht als Theoretiker, ich habe eine Idee proklamiert vor 13 Jahren, die heute Millionen

10 Vgl. Dok. 28, Anm. 7.

Menschen umfaßt. Wenn man eine Bewegung und auch einen Staat, überhaupt eine Organisation aufbauen will auf den oberen Zehntausend, dann wird man erleben, daß das nicht viel Bestand hat. Diese höchste Geistigkeit ist viel zu beweglich und viel zu unbeständig, um das Fundament abzugeben, das eine Bewegung oder ein Staat braucht. Ich kenne das Volk, die breite Masse. Wie ist es sturköpfig und schwer beweglich. Aber wenn es einmal gewonnen ist, dann ist es das treue und das beharrliche und das stabile Element. Darauf kann man dann bauen, darauf kann man sich verlassen. Diese Menschen werden dann nicht untreu, sie bleiben, was sie dann sind. (Beifall.) Das muß jede Regierung erkennen. Diese Menschen leisten Widerstand, wie unsere Bewegung ja schon im Laufe der letzten 13 Jahre bewiesen hat, die anderen aber werden ausreißen, wenn es hart auf hart geht, wie Schafleder. (Beifall.) Diese große Idee einer Verschmelzung der deutschen Klassen und Stände in einer Bewegung und die Einheit der Gesinnung von Millionen deutscher Arbeiter, deutscher Bauern und deutscher Mittelständler[11], die dieses Ziel erkannt haben, das sind die Männer gewesen, die sich mir zur Verfügung stellten, die bedingungslos treu bei der Bewegung blieben. Sie können von mir zumindest das eine erwarten, daß ich genau so treu und bedingungslos bei ihnen bleibe. (Beifall.) Wenn ich jahrelang um deutsche Arbeiter gekämpft habe und ihnen klar gemacht habe, daß der Klassenstandpunkt Irrsinn ist und ihre Methode versagt eines Tages, denn in Eurem Volke liegt Eure Zukunft, in Eurer Volksgemeinschaft, dann ist es klar, daß ich, wenn die Bewegung nun endlich so weit gediehen ist, nicht sage: So nun trete ich zurück, und die Führung übernimmt ein bürgerlicher Parteipolitiker.

Das kann ich den Herren des Herrenklubs[12] *und allem, was drum und dran hängt, sagen: Dieses Instrument, diese Bewegung habe ich nicht in 13 Jahren geschaffen, damit andere sie in 13 Monaten wieder vernichten.*

Wir haben bewiesen, daß wir die größeren Fähigkeiten haben. Während die anderen das deutsche Land zersplitterten, haben wir es wieder geeint. Und wenn heute die Welt sogar Deutschland anders ansieht als vor zwei und drei Jahren, dann deshalb, weil diese Bewegung da ist und Deutschland ein anderes Gesicht gegeben hat.

An meinem Werk da hänge ich, und an meinen Menschen hänge ich auch. Und wer hinter mir steht, für die trete ich ein.

Aus diesem neuen Verbundensein kommt die Kraft, die Deutschland braucht, um sich wieder zu erheben. Alles ist möglich, aber etwas ist ausgeschlossen, nämlich, daß ich mich jemals fortwerfe oder daß ich jemals kapituliere. Diese Ausdrücke und Wörter gibt es überhaupt im nationalsozialistischen Sprachgebrauch nicht. (Beifall.) Im politischen Leben gibt nie der Klügere nach, sondern immer der Schwächere. Und schwach sein wollen wir nicht und dürfen es nicht. Ich kann heute nicht das für falsch halten, was ich 13 Jahre lang für richtig predigte. Denn die Gegenseite vermag mich nicht zu überzeugen, daß sie irgend etwas besser macht, als sie es einst schon gemacht hat. Ich habe damit eine große Verpflichtung, und ich trage sie nach meinem besten Wissen und Gewissen. Ich weiß, daß ich wie vielleicht kein anderer deutscher Politiker jeden Tag mein Leben praktisch einsetze. Ich werde angesichts dieser Möglichkeit auch nicht einen Zentimeter abweichen von dem, was ich als richtig ansehe. (Beifall.) Mit Bewußtsein etwas falsch tun kann ich nicht und werde ich nicht. Ich bin überzeugt, daß die Millionen meiner

11 Vgl. Dok. 10, Anm. 9-12.
12 Vgl. Dok. 6, Anm. 10.

Anhänger das verstehen und mit mir gehen werden, denn das Eine werden Sie leicht begreifen, ich hätte es leichter haben können, wenn ich am 13. August Ja gesagt hätte. Nun heißt es weiter kämpfen. Ob wir in einer Regierung sitzen, ist noch nicht so wichtig, als daß die Bewegung erhalten bleibt und ihrer Mission, der Sammlung des deutschen Menschentums, gerecht wird. Denn das ist mein Ziel, unverrückbar, daß ich aus deutschen Arbeitern und deutschen Bauern, aus deutschen Handwerkern und deutschen Intellektuellen, aus deutschen Katholiken und deutschen Protestanten, deutschen Preußen und deutschen Bayern am Ende ein deutsches Volk mache. [13]

23. Oktober 1932 Dok. 32
Rede auf NSDAP-Versammlung in Eisenach [1]

Eisenacher Tagespost vom 24.10.1932, "Hitlers Ansprache an die Eisenacher Nationalsozialisten" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 31.

23. Oktober 1932 Dok. 33
Rede auf NSDAP-Versammlung in Weimar [1]

Der Nationalsozialist vom 25.10.1932, "Thüringens Hitlertag: Überwältigende Rede des Führers vor seinen Thüringern" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 31.

---

13 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Fürstenhof, von 18.00 bis 18.55 Uhr. An der vom Kreisleiter der NSDAP, Martin Seidel, eröffneten Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 7.000 Menschen teil (*Eisenacher Volkszeitung*: 4.000). Vor Hitlers Rede sprachen der thüringische Landtagspräsident, Fritz Hille, und der thüringische Ministerpräsident, Fritz Sauckel, nach diesem nochmals Hille, der erklärte, Ministerpräsident Sauckel werde die Verantwortung für das Elend im Land nicht mehr länger tragen, wenn Thüringen die vom Reich geforderten Hilfen nicht erhalte. Die Lokalpresse legte diesen Aussage übereinstimmend als Rücktrittsdrohung aus, was Sauckel am nächsten Tag dementierte. Die Kundgebung verlief nach Polizeiangaben ohne Zwischenfall.

2 Vgl. auch Eisenacher Volkszeitung vom 24.10.1932, "'Zirkus Schücklgruber-Hitler'"; Eisenacher Zeitung vom 24.10.1932, "Hitler in Weimar und Eisenach"; Der Freiheitskampf vom 24.10.1932, "Sturm über Deutschland"; Der Nationalsozialist vom 25.10.1932, "Thüringens Hitlertag: Überwältigende Rede des Führers vor seinen Thüringern"; VB vom 25.10.1932, "Der Führer in Weimar und Eisenach" sowie Bericht der Schutzpolizei Gotha vom 24.10.1932; HStA Weimar, MdI P 105.

1 In der Weimarhalle, von 20.45 bis 21.45 Uhr. An der von Hauptschriftleiter Hans Ziegler geleiteten Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 4.000 Menschen teil. Vor Hitler sprach der thüringische Volksbildungsminister Fritz Wächtler. Nach Polizeiangaben verlief die Veranstaltung ruhig.

2 Vgl. auch Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 24.10.1932, "Hitlers Kritik an der Papenpolitik"; Weimarische Zeitung vom 24.10.1932, "Hitler in Weimar und Eisenach"; VB vom 25.10.1932, "Der

24. Oktober 1932 Dok. 34
Rede auf NSDAP-Versammlung in Köslin [1]

VB vom 26.10.1932, "Die pommerschen Bauern und Landarbeiter geben auf den deutschnationalen Terror die richtige Antwort" [2].

Ich habe es heute so weit gebracht, führte Adolf Hitler aus, daß der nationale Gedanke eine Millionen-Organisation hinter sich hat wie niemals zuvor. Eigentlich müßte mir das deutsche Bürgertum dankbar sein, daß ich es von der Gefahr erlöst habe, zertrümmert zu werden! [3]

24. Oktober 1932 Dok. 35
Rede auf NSDAP-Versammlung in Stettin [1]

Pommersche Zeitung vom 26.10.1932, "Adolf Hitler in Pommern" [2].

Deutsche Volksgenossinnen und -genossen!

Was Sie heute von mir wohl in erster Linie hören wollen, ist die Beantwortung einer einzigen Frage, der Frage, die in der letzten Woche von unzähligen Zeitungen, von unzähligen Politikern, Abgeordneten und Rednern an mich gerichtet wird: "Warum", sagen diese bürgerlichen Politiker und ihre Zeitungen, "sind Sie, Herr Hitler, am 13. August [*1932*] nicht in den Zug eingestiegen. Es war die große Chance, warum sagten Sie damals Nein und schlugen dieses Angebot aus?" Die Antwort kann man in einem einzigen Satze geben:

Ich bin am 13. August [*1932*] *nicht eingestiegen, weil ich nicht die Absicht hatte, hinterher wieder auszusteigen, weil ich aber wieder hätte aussteigen müssen, denn erstens geht der Zug*

Führer in Weimar und Eisenach" sowie Polizeibericht (Fragment); HStA Weimar, MdI, P 165. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 5.11.1932, "Die große Deutschlandfahrt des Führers".

1 Nach 14.00 Uhr. An der Versammlung nahmen laut *VB* etwa 20.000 Menschen teil (Bericht des Regierungspräsidenten: "Gut besucht"). Vor Hitler sprach der Stettiner Rechtsanwalt Dr. Rüdiger Graf von der Goltz.

2 Vgl. auch Der Freiheitskampf vom 25.10.1932, "Der Führer in Pommern"; Rostocker Anzeiger vom 26.10.1932, "Hitler in Pommern"; Bericht Pr.pol.55.1. des Regierungspräsidenten in Stettin an den Preußischen Minister des Innern vom 25.10.1932; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 301.

3 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In den Messehallen, nach 19.00 Uhr. An der Versammlung nahmen laut *VB* etwa 20.000 Menschen teil. Vor Hitler sprach Gauleiter Wilhelm Karpenstein. Der *Volksbote* kommentierte: "Was Hitler gestern sagte, ging niemanden etwas an, außer ihn selbst. So kam's, daß *selbst eingefleischte Nazis von der Rede enttäuscht* waren."

2 Vgl. auch Volksbote vom 26.10.1932, "Hitler kam, sah und - schwieg"; VB vom 26.10.1932, "Die pommerschen Bauern und Landarbeiter geben auf den deutschnationalen Terror die richtige Antwort" sowie Bericht Pr.pol.55.1. des Regierungspräsidenten in Stettin an den Preußischen Minister des Innern vom 25.10.1932; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 301.

nicht nach der Station, nach der ich fahren will, und zweitens erreicht er nicht einmal die Station, die angeschrieben ist, sondern er wird vorher entgleisen[3].

Nun ist das Ein- und Aussteigen so eine Sache. Wenn man so leicht beschwert ist, wie z. B. Herr von Papen oder Herr Gayl, und eigentlich kein besonderes politisches Gepäck mitbringt außer ein paar Aktentaschen, kann man natürlich in Züge einsteigen und kann auch wieder aussteigen. Wenn man eine politische Partei zu vertreten hat von einiger Größe, dann ist das schon nicht mehr so zweckmäßig. Z. B. sind die bürgerlichen Mittelparteien jahrelang ein- und ausgestiegen, sie haben dabei nicht zugenommen, sondern wesentlich abgenommen[4]. Ja, selbst die Deutschnationale Volkspartei ist im Frühjahr 1924 einmal in eine Regierung eingestiegen, und im Herbst darauf ist sie wieder ausgestiegen[5]. Es ist ihr nicht sehr gut bekommen. Die Bewegung aber, die ich führe, verträgt das Aus- und Einsteigen schon überhaupt nicht. Wenn man fast 14 Millionen hinter sich hat[6], dann wollen die nicht, daß man heute hinein- und morgen wieder hinausgeht. Ich weiß, was die Bewegung morgen erwartet.

Eingesetzt werden darf sie nur dann, wenn wirklich die große Stunde Deutschlands gekommen ist, sonst nicht.

Und ich bestreite, daß die große Stunde Deutschlands schon gekommen sei. Wirtschaftlich bin ich heute schon gerechtfertigt. In diesen Monaten vor dem Einbruch des Winters, hat Herr von Papen versichert, würde die Arbeitslosenzahl um 1-2 Millionen niedriger[7]. In dieser Woche hat die Zahl schon wieder um 50.000 zugenommen[8].

Papens Mißerfolg

Das, was man erreichen wollte, ist jedenfalls nicht erreicht worden. Hier bin ich also eigentlich schon gerechtfertigt. Da sagen nun dieselben bürgerlichen Politiker, die überhaupt seit einigen Wochen von einer Sorge erfüllt sind für das Wohl der nationalsozialistischen Bewegung, daß man ordentlich gerührt sein kann darüber, sie sagen: Ja, aber gehen Sie doch hinein! Sie hätten ja Ihren Einfluß geltend machen können. Daran zweifle ich nicht, geltend hätte ich ihn machen können, aber ich zweifle daran, daß jemand gefolgt hätte [*sic!*], und das ist das entscheidende. Denn wenn man wirklich die Absicht gehabt hat, am 13. August [*1932*] mich ein-

---

3 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

4 Bereits die Landtagswahlen in Anhalt, Bayern, Preußen und Württemberg am 24.4.1932 hatten einen dramatischen Stimmenverlust der bürgerlich-gemäßigten Parteien mit sich gebracht. Die aus der DDP hervorgegangene Deutsche Staatspartei, die DVP, die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolk-Partei und die Wirtschaftspartei, die bisher die Politik in gewissem Umfang mitbestimmt hatten, waren zur Bedeutungslosigkeit abgesunken. Die DNVP hatte einen starken Einbruch zu verzeichnen. Während die DNVP bei der Reichstagswahl am 31.7.1932 ihren Wähleranteil weitgehend halten und lokal sogar geringe Gewinne machen konnte, stellten die Parteien der bürgerlichen Mitte nach einen neuerlichen Einbruch keinen ernstzunehmenden politischen Faktor mehr dar. Zentrum und BVP konnten sich in den Landtagswahlen behaupten und in der Reichstagswahl am 31.7.1932 ihren Stimmenanteil leicht ausbauen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 544 f. sowie Alfred Milatz, Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen 1930 bis 1933. In: Das Ende der Parteien, S. 743-793, S. 766 ff.

5 Vgl. Dok. 21, Anm. 17.

6 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

7 Vgl. Dok. 28, Anm. 8.

8 Vgl. Dok. 28, Anm. 6.

zuladen, und dann diesen Zug so zu führen, wie wir es für richtig ansahen, dann hätte man mich ja auf die Lokomotive lassen können.

Das Recht auf die Führung

Das Recht hätten wir ja moralisch gehabt dazu. Wenn mir heute von dieser Seite geradezu vorgeworfen wird, Herr Hitler, Sie haben ja die ganze Führung beansprucht[9], ich glaube, ich habe mehr Recht dazu, als Herr von Papen besitzt, sie mir zu verweigern. Denn wenn man schon von einem neuen Kurs oder einer neuen Zeit redet, dann habe ich zumindest 13 Jahre dafür gekämpft, während Herr von Papen 13 Jahre im Zentrum saß.

Nun sagt man freilich, "ja, wenn Sie nur damals nicht nein gesagt hätten, Sie hätten ja dann es auch durchsetzen können." Ja, meine Volksgenossen, da gehen die Meinungen auseinander. Ich hätte Minister oder[10] Portefeuille werden sollen, also überzähliger Minister, der nur Minister ist, um Minister zu sein, aber nichts zu sagen hat. Und dann hätte ich noch Vizekanzler werden sollen, da hätte ich eigentlich nichts zu tun als zu repräsentieren, und dazu eigne ich mich gar nicht.

Nun sagt man allerdings, "ja, außerdem sollten Sie preußischer Ministerpräsident sein[11]." Da darf ich nur fragen: Wen hätte ich denn da ablösen sollen, Herrn Braun oder Herrn Bracht[12]? Das eine konnte mir Herr von Papen nicht bieten, denn da hätte ich ja vom preußischen Landtag gewählt werden müssen[13]. Oder hätte ich vielleicht das Amt des Herrn von Bracht übernehmen sollen, dann würde mein natürlicher Vorgesetzter wieder Herr von Papen sein[14].

---

9 Vgl. Dok. 21, Anm. 30.

10 Muß heißen: "ohne".

11 Zum Ergebnis des Gesprächs über eine Regierungsneubildung zwischen Kurt von Schleicher und Hitler am 4.8.1932 (vgl. Dok. 15, Anm. 29) notierte Goebbels unter anderem in seinem Tagebuch: "Unterredung: alles in Ordnung. In einer Woche bricht die Sache auf. Chef wird Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 217.

12 Franz Bracht (1877-1933), 1900 Gerichtsreferendar, 1904 Gerichtsassessor, 1908 Assessor im Reichsversicherungsamt, 1909-1911 Staatsanwalt in Essen, 1911 Regierungsrat im Reichsversicherungsamt, 1918 Vortragender Rat im Reichsamt des Innern, 1919 Ministerialdirektor im preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt, 1923-1924 Staatssekretär in der Reichskanzlei, 1924-1932 Oberbürgermeister von Essen, 1930 Dr.-Ing. E. h. (TH Aachen), Juli 1932 stellvertretender Reichskommissar in Preußen, Dezember 1932 bis Januar 1933 Reichsminister des Innern und preußischer Innenminister.

13 Am 12.4.1932 hatte die Regierungsmehrheit des preußischen Landtags die Geschäftsordnung dahingehend geändert, daß der Ministerpräsident auch im zweiten Wahlgang nur noch mit absoluter Mehrheit gewählt werden konnte. So trat die Regierung Braun zwar am 19.5.1932 zurück, blieb aber geschäftsführend im Amt, da die Mehrheitsverhältnisse die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten nicht zuließen. Vgl. Hans-Peter Ehni, Bollwerk Preußen? Preußen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928-1932, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 243 ff.

14 Am 20.7.1932 hatte Reichspräsident Hindenburg, gestützt auf Artikel 48 der Reichsverfassung, Reichskanzler Papen zum Reichskommissar für Preußen ernannt, da die geschäftsführende preußische Regierung nicht mehr in der Lage sei, die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Zum stellvertretenden Reichskommissar war Franz Bracht ernannt worden. Als Anlaß diente der "Blutsonntag von Altona" am 17.7.1932, einer von einem Propagandamarsch der SA durch eine KPD-Hochburg provozierten Straßenschlacht zwischen 11.000 Beteiligten, bei der zwei SA-Leute, drei Kommunisten und 13 Unbeteiligte getötet sowie 61 Menschen verletzt wurden. Gegen die Entscheidung des Reichspräsidenten klagte die preußische Regierung beim Staatsgerichtshof (vgl. Dok. 45, Anm. 9). Vgl. Wolfgang Benz, Staatsstreich gegen Preußen am 20. Juli 1932. In: Wolfgang Benz/Imanuel Geiss, Staatsstreich gegen Preußen. 20. Juli 1932, Düsseldorf [*1982*], S. 9-34.

Klug im Parteiformat

Und dann sagte man: "Aber Reichsinnenminister, das muß einer der Ihren werden!" [15] Ja, das verstehe ich, die einen regieren, und die anderen haben die Ehre und das Vergnügen, mit ihrem Namen die Polizei zu decken, wenn sie gezwungen ist, gegen die hungernden rebellierenden Massen vorzugehen. Sie haben sich das wirklich klug ausgerechnet. 6 Monate dieses Regieren und die Deckung durch einen nationalsozialistischen Innenminister, und wir hätten allerdings dann den letzten Arbeiter und den letzten Bauern verloren.

Nun kann ich den Herren aber eins sagen, Sie sind klug, ganz gewiß, aber doch *klug nur in dem Parteiformat,* und sie sollen sich nicht einbilden, daß sie uns hier auf eine solche glatte Bahn locken können. Vor allem, sie sollen auch nicht denken, daß sie mich locken können durch ein so schönes Angebot, Minister zu werden. Das Wort Minister als Titel hat für mich auch nicht die geringste verführende Gewalt in sich. Dieser Titel ist so abgegriffen und so schlissig [*sic!*] geworden in diesen 13 Jahren Republik, daß ich schon sagen muß, meinen Namen tausche ich nicht mit Eurem Ministertitel. Und wenn sie aber gemeint haben sollen, daß mich vielleicht staatliche Bezüge locken, dann täuschen sie sich doppelt. Staatliche Bezüge brauche ich nicht. Das einzige, das mich verführen kann, ist die Macht und die Führung.

Die autoritäre Regierung

Herr Reichskanzler von Papen sagt: "Es ist notwendig, daß eine Regierung gebildet wird von Autorität und Machtfülle, und daß diese Regierung dann untersucht, in welche Beziehung sie zum Volk gebracht werden kann, und zweitens, dieses Kabinett muß dann als rocher de bronce [16] über den Ereignissen der Zeit stehen [17]."

Dazu habe ich nun folgendes zu bemerken: Die Kraft einer Regierung leitet sich in meinen Augen nicht ab von den sogenannten Machtmitteln, die ihr zur Verfügung stehen, sondern ausschließlich von dem Grade der Verbindung, die sie besitzt zum Willen und zur Geisteswelt des Volkes. Machtmittel sind vergänglich. Wenn mir heute ein Kabinett sagt: "Wir haben die Polizei und haben das Militär", dann muß ich ihm sagen: "Wenn Sie nun wirklich erfolgreich regieren wollen, dann dürfen Sie sich aber nicht auf diese beiden Faktoren stützen, denn das Militär und die Polizei sind nicht dazu da, schwankende oder unbeliebte Regierungen vor dem Mißwillen oder Mißwollen des eigenen Volkes in Schutz zu nehmen.

Der Soldat ist dazu da, daß er sein Volk nach außen verteidigt und nicht eine Regierung nach innen stützt.

---

15 Die Forderung nach dem Innenressort bei den Verhandlungen im August 1932 ging von der NSDAP aus. Vgl. Dok. 15, Anm. 29.

16 Vgl. Dok. 15, Anm. 19.

17 In seiner Rede vor dem Bayerischen Industriellenverband in München am 12.10.1932 sagte Reichskanzler Papen unter anderem: "Wir wollen eine machtvolle und überparteiliche Staatsgewalt schaffen, die nicht als Spielball von den politischen und gesellschaftlichen Kräften hin- und hergetrieben wird, sondern über ihnen unerschütterlich steht wie ein 'Rocher de bronze'. Die Reform der Verfassung muß dafür sorgen, daß eine solche machtvolle und autoritäre Regierung in die richtige Verbindung mit dem Volk gebracht wird. An den großen Grundgesetzen, die der Teil II der Weimarer Verfassung enthält, soll man nicht rütteln, aber die Formen des politischen Lebens gilt es zu erneuern und den Bedürfnissen des Volkes anzupassen. Die Reichsregierung muß unabhängiger von den Parteien gestellt werden." Das Satzende lautete nach *Akten der Reichskanzlei*: "[...], ihr Bestand darf nicht Zufallsmehrheiten ausgesetzt sein." Druck: Frankfurter Zeitung vom 13.10.1932 (AA und 1. MA), "Die Münchner Rede"; Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 754-764, S. 760.

Und wenn eine Regierung das heute vergißt, so wird sie morgen vielleicht sich schon dessen bewußt werden müssen, falls eine äußere Not sie zwingt, die Machtmittel von innen wegzuziehen und nach außen zu wenden, dann ist das Jahr 1918 mit einem Schlage wiedergekommen[18]. Und außerdem möge sich keine Regierung einbilden, daß sie über die heute die Welt und die Völker bewegenden Gedankengänge hinweggehen könnte. Wenn Völker durchgerüttelt werden von Fragen, die an den Grundfesten des menschlichen Denkens rütteln, die alle Probleme des Lebens angreifen, dann kann keine Regierung sagen, wir haben an dem nichts zu tun und an dem keinen Anteil. Im Gegenteil, die Regierungen werden dann Farbe bekennen müssen. Es wäre ebenso unsinnig gewesen, wenn 1610 ein deutscher Fürst erklärt hätte: "Was bewegt mich und meine Regierung das Problem Reformation oder Gegenreformation." Nur ein Narr hätte damals so reden können. Genauso wenig kann aber heute ein vernünftiger Mann behaupten, daß die Frage Bolschewismus oder Nichtbolschewismus eine Regierung nicht mehr rühre, daß die geistige Erziehung von heute eine Regierung nicht mehr rühre.

Kabinette haben zu allen Zeiten Weltauffassungen noch nicht standhalten können und werden es auch jetzt nicht.

Wenn Weltauffassungen in Gegensatz kommen zu Regierungen, dann kann nicht ein Kabinett dem gegenübergestellt werden, sondern höchstens eine *neue Weltauffassung*. Und das war der Sinn der Gründung der nationalsozialistischen Bewegung.

Als ich vor 13 Jahren in dieses politische Leben überhaupt eintrat[19], da war mir folgendes klar: Alle Welt sieht jetzt einen Verfall vor sich, zwangsläufig wird dieser Verfall sich wirtschaftlich auswirken, zwangsläufig wird man meinen, daß man die Wirtschaft zuerst zu retten hat. Und zwangsläufig wird man damit eine wirkliche Rettung unmöglich machen, denn

die wirtschaftlichen Katastrophen sind immer nur die Schlußergebnisse politischer Katastrophen.

Und die politischen Katastrophen liegen auch nicht in dem verlorenen Krieg, sondern sie liegen letzten Endes in ihrer tiefsten Wurzel, im Verfall der inneren Volkskräfte an sich. Deutschland hätte den Kampf nicht verloren, wenn dieses Deutschland nicht vorher bereits innerlich zerfressen und zersetzt gewesen wäre. Nicht etwa die Wirtschaft, auch nicht der Soldat sind hieran schuld, sondern schuldig waren die Politiker, und als der Krieg endlich diesen Ausgang nahm, da konnte man ja das politische Leben Deutschlands in seiner ganzen Erbärmlichkeit so richtig sehen. Und wenn dazu dann noch eine tiefgehende Klassenzersplitterung kommt, wenn der eine sich als bewußt internationaler Marxist bezeichnet und der andere sich als ebenso selbstsicherer nationaler, standesbewußter Bürger, dann kann man wirklich an der Zukunft eines solchen Volkes verzweifeln.

Und wenn das so weitergegangen wäre oder so weitergehen würde, dann würden Sie, meine Volksgenossen, es vielleicht selbst noch erleben, daß ein solches Reich nicht bestehen kann.

Wir haben ein sehr großes Reich gehabt und ein stabiles Regiment und eine jahrhundertelange Tradition stolzester Art. Und über dem Zerfall des geistigen und weltanschaulichen Menschen ist auch dieses Reich gestürzt.

---

18 Anspielung auf die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse in Deutschland.
19 Vgl. Dok. 28, Anm. 14.

Das Ziel

Ich habe darum vor 13 Jahren zum Unterschied der anderen Politiker mir ein bestimmtes Ziel gesetzt. Dieses Ziel lautete damals: Ich will an Stelle dieser Parteien, die ihre Wurzeln ableiten von weiß Gott was, eine *Bewegung aufbauen*, die ihre Wurzeln, das Denken und das Handeln ableitet von dem einzigen Begriff, und der heißt: *deutsches Volk*. Wir haben das nicht als eine Theorie empfunden, nicht am Schreibtisch ausgearbeitet, sondern ich ging damals in das Volk und habe mir die Mühe genommen, Mann um Mann, Weib um Weib zu bearbeiten. Heute sehe ich vor mir eine riesenhafte Bewegung. Damals, als ich anfing, mit einer Handvoll Kameraden, dieses Werk begann, [*sic!*] da mußte man sich jeden einzelnen mühsam erobern und mußte sich ungebrochen vor Augen halten, daß dieses Werk nur dann gelingt, wenn wirklich die breiten Massen davon erfaßt werden.

Ich war mir darüber klar, daß jedes Volk auf der ewigen Wahlstatt geboren wird.

Und damals habe ich auch um den deutschen Arbeiter zu ringen angefangen, habe versucht, ihn herauszureißen aus seinem Klassenwahn. Hunderten und Tausenden habe ich immer wieder dasselbe gepredigt: Deutsche Arbeiter, glaubt nicht an irgendeine Internationale[20], es wird Dir schlecht gehen. Kein Mensch wird Dir helfen. Aber Du hast Deine Phrasen, Du hast Deine Theorien, aber Brot hast Du nicht und Arbeit bekommst Du auch nicht. Und das habe ich immer wieder gepredigt, und habe langsam Menschen gewonnen. Genau so mußte ich es auch dem Bürger sagen: Geh aus Deinen Klassenvorstellungen heraus, verlasse Deinen eigenen Standpunkt hier. Poche nicht auf Deine Vergangenheit, nicht auf Deine Stellung, nicht auf Dein Wissen und nicht auf Dein Vermögen, sondern sei überzeugt, daß, wenn einmal die Volksgemeinschaft endgültig zerbricht, dann die rohe Gewalt entscheidet. Und dann bilde Dir nicht ein, daß Du überhaupt einmal noch eine deutsche Wiederauferstehung erleben wirst.

"Die Masse ist schlecht." Sie ist nicht schlecht, denn wenn sie schlecht gewesen wäre, dann hätten wir nicht 4 ½ Jahre Krieg führen können[21]. Wenn nicht dieser unvergleichliche deutsche Soldat gewesen wäre, dann wäre alles andere zwecklos gewesen. Die Führung in Ehren, jawohl, aber was hätte diese Führung vermocht, wenn sie eben nicht den deutschen Soldaten gehabt hätte.

Ich rede ja nicht als ein bloßer Theoretiker, denn ich habe eine andere Organisation aufgebaut als meine Parteigegner, die ja bloß aufgelöst und zerrissen haben. Aber das kann ich Ihnen sagen, wenn diese Organisation so felsenfest steht, so unerschütterlich, dann deshalb, weil sie mit ihren Wurzeln tief hineingreift in das breite Volk.

Ich würde mich einsam und verlassen fühlen, wenn ich das nicht von meiner Bewegung wüßte. Denn man glaube nur nicht, daß sich irgend etwas in einer großen Organisation aufbauen läßt auf den sogenannten "oberen Zehntausend". Diese Intellektuellen sind immer beweglich, immer schwankend, grübelnd und forschend und unzuverlässig. Darauf kann man nicht sicher bauen.

Die treuesten Massen

Kaum geht die Sonne hinter die Wolken, schon beginnen die Intellektuellen traurig und trübe zu werden, kaum schaut sie etwas hervor, schon werden sie wieder übermütig, schon haben

20 Vgl. Dok. 25, Anm. 20.
21 Bezieht sich auf die Dauer des Ersten Weltkriegs.

sie wieder alles vergessen, schon ist die Treue ihnen nicht mehr das höchste Gebot. Welch ein Unterschied zu unseren Bauernsöhnen, zu unserem breiten Mittelstand, zu der breiten Masse unseres Volkes. Wer die hat, der kann darauf bauen, und ich möchte nun, daß dieses sicherste Fundament einmal wieder Deutschland erhält, ganz Deutschland. Und daher kann ich den Männern, die heute Regierung spielen, nur eines sagen: Wenn Ihr mich einladet, an Eurer Regierung teilzunehmen, dann kann ich das nur annehmen, wenn ich weiß, daß diese von mir gewonnenen Millionen Menschen aus dieser breiten Masse unbedingt bei mir bleiben können.

Ein Mann gibt sein Werk, für das er 13 Jahre gearbeitet hat, nicht preis. Herr von Papen sagte mir, die Person tut nichts zur Sache. Soweit er sich selbst damit meint, will ich ihm nicht dagegen reden. Geschichtlich gesehen ist das natürlich unhaltbar. Ich bin überzeugt, daß es z. B. nicht gleichgültig gewesen wäre, ob einst Friedrich der Große oder ein Herr von Papen Preußen gebaut hätte[22], oder ein Bismarck oder ein Herr von Papen Deutschland[23]. Ich bin überzeugt, daß Personen immer und immer ihren Eigenwert besitzen.

Mein persönlicher Wert, das sind die Millionen der eroberten Arbeiter und Bauern und Mittelständler[24]*. Das ist mein Werk, und das bringe ich dem deutschen Volk.*

Und wenn mich jemand davon trennen will, dann bin ich selbst auch nichts mehr wert. Was meinen Wert ausmacht, das ist diese treue breite Masse unseres deutschen Volkes. Wenn ich das der deutschen Nation gebe, dann habe ich ihr das Höchste gegeben, was heute ein Mann dem deutschen Volke geben kann. Und das ist der größte Einsatz, den ich mitbringe.

Der Sinn der Bewegung

Ich habe die Treue von so vielen Millionen bekommen, die in mir den Garanten dafür sehen, daß nicht nur ihre Klassen beseitigt werden, sondern, daß auch das Klassen- und Standesvorurteil der anderen vergeht. Nur deshalb, weil ich das zugesichert habe, sind sie gekommen. Es soll sich keiner einbilden, daß ich diese Millionen von Arbeitern, welche in meiner SA und in meiner Partei vereinigt sind, bekommen hätte, wenn ich ihnen jemals erklärt hätte, wir wollen uns irgendeiner bürgerlichen Partei unterstellen und uns von ihr führen lassen. Sie verkennen damit den ganzen Sinn dieser großen Bewegung, sie verkennen damit aber auch den Sinn, der allein zum Erfolg führen kann.

Was Deutschland braucht, sind ja diese Massen.

Ihren Glauben braucht Deutschland, ihr Vertrauen braucht Deutschland. Keine Regierung soll sich einbilden, daß sie ohne diesen Glauben und ohne dieses Vertrauen bestehen kann.

Es tun jetzt alle auf einmal so, als wenn ich besonders schwach gewesen wäre. Ich muß schon sagen, die Herren haben einst große Namen gehabt und hatten Macht und Stellung und Einfluß und die staatlichen Gewaltmittel in ihrer Hand, und ich bin damals vor 14 Jahren eine unscheinbare Nummer gewesen, eine Nummer unter tausenden von Nummern, die nur gehorchen mußte und niemals befehlen konnte[25]. Aber als dann die Stunde der Entscheidung kam, da

---

22 Bezieht sich auf die siegreichen Kriege, die der preußische König Friedrich II. zwischen 1740 und 1763 um Schlesien führte und durch die Preußen zur zweiten deutschen Macht aufstieg.

23 Gemeint ist die Einigung Deutschlands unter Ausschluß von Österreich zum Deutschen Reich durch die Proklamation des preußischen Königs Wilhelm I. zum deutschen Kaiser am 18.1.1871 im Spiegelsaal von Versailles.

24 Vgl. Dok. 10, Anm. 9-12.

25 Vgl. Dok. 28, Anm. 12, 13.

haben die Männer, die heute wieder das große Wort führen, trotz ihrer Macht und ihrer Stellung sich elendig unterworfen; aber ich habe mich nicht unterworfen.

Die "göttliche Ordnung"

Ich kann nachweisen, was ich in den 13 Jahren seit dem Zusammenbruch gemacht und gearbeitet habe[26]. Dafür zeugt mein eigenes Werk. Man sollte mir nicht einen Mann gegenüberstellen, der in den 13 Jahren im Zentrum saß, der in diesen 13 Jahren nichts getan hat, der aber blöde mir sagt: Die göttliche Ordnung entscheidet für Sie. Die göttliche Ordnung des Herrn von Papen stammt nicht vom Himmel, sondern aus Berlin[27].

Sie sollen sich nicht irren, die Herren. Wenn man für ein Werk so gekämpft hat und es so ausbaute, dann läßt man es auch nicht. Und wenn sie mir heute sagen, wenn Sie sich uns nicht unterwerfen, Herr Hitler, kommen Sie nie zur Regierung, dann kann ich ihm sagen, ich habe einen sehr großen Wortschatz, aber ein Wort, das fehlt in meinem Lexikon ständig, das Wort *"unterwerfen"*.

Ich will der richtige Führer meiner Kameraden sein

In Jahrzehnten [*sic!*] predigte ich: Ihr müßt dieses deutsche Erbübel der Nachgiebigkeit ablehnen. Ihr dürft Euch nicht einreden lassen, daß es immer der Gescheitere ist, der sich unterwirft. Ihr müßt als Volk euch, wenn notwendig, zur Wehr setzen. Und dann sollte ich selbst die Flinte ins Korn werfen? Ich weiß eines, es gibt Regierungsmänner, die sehen mich jeden Tag isoliert, jeden Tag wissen sie, daß ich von meiner Bewegung verlassen werde. Ich kann ihnen nur eines sagen: Die Männer, die sich mir unterstellt haben, bleiben bei mir und ich bleibe bei ihnen, dem unlöslichen Treubund heraus, da wird Kraft kommen, die Deutschland einmal nötig hat.

Heute gehen wir einem neuen Kampf entgegen[28]. Unsere Gegner, sie jubeln schon, daß wir vielleicht abnehmen würden.

Sie sollen sich nicht täuschen, die Bewegung, die steht

Ich habe in diesen letzten Wochen so unzählige Zuschriften bekommen, vom Universitätsprofessor, von Adligen, ja bis zum kaiserlichen Prinzen selbst, die mich alle beschwören: Sie haben ein großes Werk begonnen, Sie haben unzähligen Menschen Glauben gegeben. Wenn Sie allem untreu werden würden, stürzt alles, was hinter Ihnen ist. Ich werde nicht umfallen, ich glaube, daß diese Fahne jetzt erst recht einmal zu Deutschlands Freiheit flattern wird, daß die Fahne zum Symbol des kommenden Deutschen Reiches wird, als Zeichen einer deutschen Volksgemeinschaft. 14 Millionen Menschen haben wir aufgebaut von oben bis unten aus allen Ständen und wollen dafür sorgen, daß aus diesen 14 Millionen 20 und 30 Millionen werden. Es gibt auch in der Zukunft keine höhere Aufgabe, keine deutsche Erhebung und Wiedergenesung, als die Versöhnung seiner Klassen und Stände bis zum letzten durchzuführen.

Das ist das Ziel, das ich mir vor 13 Jahren gesteckt habe. Und wenn ich bisher diesen Segen hatte, von 7 Mann[29] auf fast 14 Millionen zu kommen, dann wird die Vorsehung auch in der

---

26 Vgl. auch Dok. 28, Anm. 10.
27 Vgl. Dok. 15, Anm. 16.
28 Vgl. Dok. 4, Anm. 14.
29 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.

Zukunft ihren Segen uns nicht weiter versagen. Die Bewegung wird wachsen, und sie wird immer mehr und mehr zum tragenden Fundament eines neuen Reiches werden.

Das ist die Voraussetzung für die Erfüllung eines so großen deutschen Zukunftszieles. Und wenn heute mir jemand sagt, ich werde mit einer Notverordnung die wirtschaftliche Not bannen[30], dann muß ich ihm sagen:

Erst muß du die deutsche Zwietracht bannen, und dann kannst du bannen auch die deutsche Not.

25. Oktober 1932 Dok. 36
Rede auf NSDAP-Versammlung in Pasewalk[1]

Pasewalker Zeitung vom 27.10.1932, "Hitler-Kundgebung in Pasewalk"[2].

Nachdem ihm [*Hitler*] ein dreifaches Siegheil ausgebracht worden war, nahm er sofort das Wort. Wenn sich die Ausführungen Hitlers auch völlig mit dem Inhalt seiner verschiedenen von uns bereits gebrachten Reden, insbesondere auch mit demjenigen seiner Stettiner Rede[3], völlig deckten, so lassen wir hier trotzdem doch noch einmal das Wesentliche seiner gestrigen Pasewalker Rede etwas ausführlicher folgen. Leider hat er in derselben die Tatsache, daß er einmal in Pasewalk von schwerer Kriegsgasvergiftung Heilung gefunden hat[4], mit keiner Silbe erwähnt. Überall, so begann er, fragten heute die Zeitungsschreiber und Politiker der bürgerlichen Parteien, warum er es am 13. August [*1932*] abgelehnt habe, in die Regierung einzutreten[5]. Er habe es abgelehnt, in einen Zug einzusteigen, von dem er gewußt hätte, daß dieser Zug doch nicht sein Ziel erreichen würde, so daß er doch wieder hätte aussteigen und weiter gehen müssen. Er hätte aussteigen müssen, weil die Regierung ein anderes Ziel als er gehabt habe, und weil die Reise hätte Schiffbruch leiden müssen. Wenn man die Absicht gehabt hätte, ihn in die Regierung eintreten zu lassen, dann *hätte man ihm auch die Führung geben müssen,* zumal *er* ein Recht auf diese Führung hatte[6] und nicht die anderen. Man dachte gar nicht daran, ihn irgendwie zum Einfluß kommen zu lassen. Er sollte ein Minister ohne Porte-

30 Bezieht sich auf die Notverordnungspraxis der Regierungen Brüning und Papen. Vgl. Dok. 15, Anm. 8.

1 Im Schützenpark, nach 16.00 Uhr. An der vom Kreisleiter der NSDAP, Ludwig Zerbst, eröffneten Versammlung nahmen laut *Pasewalker Zeitung* etwa 6.000 Menschen teil. Vor Hitler sprach der Stettiner Kreisleiter Hermann Czirnick.

2 Vgl. auch VB vom 27.10.1932, "Vor 14 Jahren kriegsblind im Lazarett - heute der Führer von Millionen"; Bericht des Regierungspräsidenten in Stettin an den Preußischen Minister des Innern vom 25.10.1932, Pr.pol.55.1.; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 301 sowie Erich Repfennig, 10 Jahre Kampf um Pasewalk, die Lazarettstadt Adolf Hitlers. Geschichte der Ortsgruppe Pasewalk der NSDAP. Hrsg. zur Feier des 10jährigen Bestehens der Ortsgruppe Pasewalk, Pasewalk 1933, S. 243 ff.

3 Vgl. Dok. 35.

4 Vgl. Dok. 28, Anm. 14.

5 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

6 Vgl. Dok. 4, Anm. 13.

feuille, also ein Überzähliger, sein. Ein Vizekanzler ist nur Kanzler, wenn der andere krank ist, aber der ist nicht krank. Er sollte aber auch preußischer Ministerpräsident werden[7]; aber welcher denn, Braun oder Bracht? Hätte er Braun ablösen sollen, dann wäre die eine Hälfte von ihm kommissarischer preußischer Ministerpräsident[8] und die andere Hälfte Vizekanzler gewesen, wäre aber die Ablösung Brachts in Betracht gekommen, dann hätte er dem Kanzler unterstanden[9]. Nur zu verantworten, was die andern tun, ist unmöglich, er werde das jedenfalls nie tun. *Papen, der nur eine Aktentasche politischen Ballasts mitgebracht habe, sei das Ein- und Aussteigen leichter als ihm; denn er habe 14 Millionen Menschen hinter sich*[10]. Die Deutschnationalen seien auch einmal ein- und ausgestiegen, und das sei ihnen schlecht bekommen[11]. Da bleibe er doch lieber in seinem alten Zuge. Wenn wir unsere Bewegung einsetzen, so sagt Hitler, dann aber ordentlich, und dann ist die große Stunde der Nation da. Für Halbheiten sei er nicht zu haben. Für ihn allerdings wäre es besser gewesen, wenn er am 13. 8. [*1932*] angenommen haben würde; *denn es sei leichter, Minister zu sein, als Tag um Tag durch Deutschland zu hetzen, immer den Kampf vor sich zu haben, ohne Aussicht, wie das Ende sein wird!* Er hätte es heute leichter gehabt, wenn er in der Regierung säße und nichts zu tun hätte; auch einige seiner Umgebung würden gute Stellen bekommen haben. Wenn er das abgelehnt habe, so tat er das entsprechend seiner Haltung seit 13 Jahren. Er habe sich einer Arbeit gewidmet. *Entweder werde er seine Aufgabe erfüllen oder aber - wenn die Vorsehung ihm den Erfolg versage - dann würde er in seiner Arbeit sterben, zugrunde gehen.* Eine Notverordnung zur Belebung der deutschen Wirtschaft[12], deren geistiger Vater *Jakob Goldschmidt* ist[13], könne die deutsche Wirtschaft nicht retten. Auch sonst hätten die Herren keine eigene Idee gehabt, sondern sie haben sie nur von uns genommen. Aber ihre Wege sind falsch, einfach lächerlich und jämmerlich! Wenn sie unser Programm durchführen wollen[14], so könne er das besser als Herr von Papen, der 13 Jahre im Zentrum gesessen und davon keine Ahnung habe. Wenn er, Hitler, damals "Ja" gesagt hätte, dann würde er jetzt für den Mißerfolg verantwortlich gemacht werden, dann aber wäre seine Bewegung kompromittiert worden. Als er vor 13 Jahren in das politische Leben eintrat, sei Deutschland durch die Parteien vollständig zerrissen gewesen. Er habe damals die Auffassung gehabt, daß das alte System versagt habe, nicht weil wir den Krieg verloren hätten, sondern weil es nicht möglich gewesen wäre, das Volk zu einer einheitlichen Willensbildung zu bringen. Und wenn man jetzt die Wirtschaft wieder aufbauen will, dann muß man mit dem Aufbau dort beginnen, wo der Zusammenbruch begonnen habe. *Eine Nation, die nichts einzusetzen hat, muß immer unterliegen.* Entscheidend aber ist der Wille. Solange wir aber zersplittert sind, wird das deutsche Volk zu keiner Macht kommen. Es muß erst eine gemeinsame Wurzel völkischen Denkens geben. Gelingt es nicht, diese zu schaffen, dann muß Deutschland zugrunde gehen. Wenn jeder Stand nur seine eigenen Interessen retten will,

7 Vgl. Dok. 35, Anm. 11.
8 Vgl. Dok. 35, Anm. 13.
9 Vgl. Dok. 35, Anm. 14.
10 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.
11 Vgl. Dok. 21, Anm. 17.
12 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.
13 Vgl. Dok. 6, Anm. 9, Dok. 17, Anm. .4.
14 Vgl. Dok. 1, Anm. 4.

kann es nur einen langsamen Zusammenbruch geben. Vor 13 Jahren habe er die Bewegung ins Leben gerufen in der Hoffnung, daß es gelingen muß, die Standesinteressen auszurotten. Er habe mit einem langen Zeitraum gerechnet. Jahrzehnte könne es dauern, bis der deutsche Mensch lernt, daß er deutsch ist und weiter nichts. Es muß möglich sein, *Proletariat und Bürgertum in vernünftigem Maße zusammenzubringen. Sei das Bürgertum hierzu nicht zu bewegen, so werde es zu Proletariern werden, in ein Nichts versinken, und dann werden sich alle doch näher kommen, nämlich in dem dann herrschenden gemeinsamen Elend.* Die deutsche Kraft und Fähigkeit ist vorhanden, sie darf sich nur nicht im inneren Kampf und in politischen Weltanschauungen zerreiben. Wenn ein Regiment nur auf die oberen Zehntausend beruht [*sic!*], dann ist es auf Sand gebaut, wenn aber ein Regiment es fertigbringt, die breiten Massen zu erobern, dann kann es dauernd bestehen. *Die obere geistige Schicht ist zu beweglich und schwankend, auf sie kann man keinen Staat aufbauen, das Regiment kann nur Bestand haben, wenn es seine Wurzeln im Volke hat.* Bürgerliche Politiker sagen, seine Bewegung sei nicht mehr nötig, weil wir ein starkes Kabinett haben. Kabinette und Regierungen aber kommen und gehen, das Volk dagegen ist unzeitig [*sic!*] und bleibt, und wenn man dieses Volk erobert, dann hat man etwas Dauerndes. Vor 13 Jahren habe er zu kämpfen begonnen, während die andern kapituliert haben; nun aber, wo er das Bett gemacht habe, möchten sich die andern hineinlegen. 13 Jahre habe er geschuftet, in 13 Monaten aber würden die andern wieder sein Werk zerstört haben. Wenn man in 13 Jahren etwas geschafft hat, so könne man sich nicht von seinem Werk trennen, und wenn er es in dieser Zeit von sieben Mann [15] auf 13 Millionen gebracht habe, so sei das ein Beweis dafür, daß er den richtigen Weg gegangen sei. Er habe einen Schädel, den niemand von seinem Werk entfernen könne. Was er für Deutschland sein kann, das könne er nur sein, wenn er die breiten Massen mitbringe, darin liege sein Wert. Unter den 13,5 Millionen seiner Wähler befinden sich acht bis neun Millionen Bauern und Arbeiter [16], die er fest in seinen Willen einbezogen habe und die er dem deutschen Volke als Plattform für die weitere Arbeit geben könne. Keinen Titel könne man ihm geben; er habe seinen eigenen Namen, der sei anständig und den habe er sich selbst geschaffen, auch sei der nicht so abgegriffen wie die Ministertitel. Auch Gehalt wolle er nicht [17]; er sei Schriftsteller und verdiene damit mehr, als er als Junggeselle brauche [18]. *Das einzige, was ihn verführe, sei die Macht, die wolle er haben.* Er sei ein Kind des Volkes, wolle es bleiben und Fürsprecher der breiten Masse sein. Er fasse sein Leben als Geschenk auf und darum setze er es auch für eine ideale Sache ein bis zum letzten Atemzuge. Eins habe er bewiesen, er habe eine Millionenschaft zusammengeführt; wer aber seine Gesellenprüfung im Zentrum abgelegt habe, der werde niemals ein Meister der deutschen Nation! [19]

15 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.
16 Vgl. Dok. 10, Anm. 9, 11.
17 Vgl. Dok. 14, Anm. 9.
18 Vgl. Dok. 14, Anm. 8.
19 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

25. Oktober 1932 Dok. 37
Rede auf NSDAP-Versammlung in Anklam[1]

VB vom 27.10.1932, "Adolf Hitler vor 10.000 Metallarbeitern in Anklam"[2].

Redetext nicht ermittelt[3].

25. Oktober 1932 Dok. 38
Rede auf NSDAP-Versammlung in Rostock[1]

Rostocker Anzeiger vom 27.10.1932, "Adolf Hitler in Rostock"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 36.

26. Oktober 1932 Dok. 39
Rede auf NSDAP-Versammlung in Schwerin[1]

Rostocker Anzeiger vom 28.10.1932, "Die Schweriner Hitler-Kundgebung".

Redetext entspricht weitgehend Dok. 40[2].

---

1 In der Halle der Autoreparaturwerkstatt Eulitz, nach 18.00 Uhr. An der Versammlung nahmen laut *VB* etwa 10.000 Menschen teil.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 26.10.1932, "Adolf Hitler in Vorpommern"; Der Freiheitskampf vom 26.10.1932, "Der Führer in Pasewalk und Anklam"; Bericht des Regierungspräsidenten in Stettin an den Preußischen Minister des Innern vom 25.10.1932, Pr.pol.55.1.; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 301 sowie Günter Beyer, Adolf Hitler in Anklam. In: Anklamer Stadtkurier Nr. 3, 1996, S. 4-5.

3 Der *VB* gibt lediglich den Satz wieder: "Diese Bewegung gehört niemals einer Clique! Diese herrliche Bewegung gehört Deutschland!"

1 In der Maschinenhalle der Neptunwerft, nach 21.00 Uhr. An der Versammlung nahmen nach Angabe der *Mecklenburgischen Volkszeitung* etwa 8.000 Menschen teil (*Mecklenburgische Zeitung*: 16.000). Vor Hitler sprach Gauleiter Friedrich Hildebrandt.

2 Vgl. auch Mecklenburgische Volkszeitung vom 26.10.1932, "Die Trommel schlägt zur Pleite"; vom 28.10.1932, "Wie es mit Hitler in Mecklenburg bergab geht - laut eigenen Nazi-Berichten ..."; Mecklenburgische Zeitung vom 26.10.1932, "Hitler in Rostock"; VB vom 27.10.1932, "Vor 14 Jahren kriegsblind im Lazarett - heute der Führer von Millionen". Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 12.11.1932, "'Wir werden die Sammlung des Volkes fortführen und vollenden' (Adolf Hitler)".

1 In den Stadthallen, nach 18.30 Uhr. An der Versammlung nahmen nach Angabe der *Mecklenburgischen Volkszeitung* etwa 5.000 Menschen teil. Vor Hitler sprach der mecklenburgische Ministerpräsident Walter Granzow (NSDAP).

2 Vgl. auch Das freie Wort vom 28.10.1932, "Wie es mit Hitler in Mecklenburg bergab geht - laut eigenen Nazi-Berichten ..."; Mecklenburgische Volkszeitung vom 28.10.1932, "Wie es mit Hitler in Mecklenburg berg-

26. Oktober 1932 Dok. 40
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bad Schwartau[1]

Lübeckische Anzeigen vom 27.10.1932, "Adolf Hitler spricht in Schwartau zu den Lübeckern!"[2].

Wenn ich jetzt wieder durch Deutschland ziehe, so geschieht das vor allem, um auf die Frage Antwort zu geben, die man heute an mich stellt, nicht nur von seiten meiner Parteigenossen, sondern vor allem von meinen politischen Gegnern, die sich nicht genug darin tun können, die nationalsozialistische Bewegung zu bemitleiden, weil sie zurückgehe wegen eigner Fehler. Die große Stunde, so sagen die Gegner sei verpaßt worden: "Warum hat Hitler diese Stunde nicht genützt, warum hat er, als man am 13. August [*1932*] mit ihm wegen des Eintritts in die Regierung verhandelte, nicht ja gesagt[3]?" Ich kann die Antwort kurz geben:

In diesen Zug bin ich nicht eingestiegen, weil ich nicht die Absicht hatte, hinterher wieder auszusteigen. (Lebhafter, langandauernder Beifall.)

Und wenn man mich fragt: "Warum wollten Sie dann wieder aussteigen?", dann antworte ich: *"Weil dieser Zug nicht dahin fährt, wohin ich kommen will, ja weil er auch nicht dahin kommt, wohin er selbst will!"* Ich habe mich einmal im Leben für eine Idee eingesetzt. Und ich kann nicht morgen woanders hin, weil mein Gepäck zu groß ist. Wenn man allerdings als Gepäck nur eine Aktentasche mit sich führt, dann kann man leicht wieder aussteigen.

Wenn man aber hinter sich 13 Millionen deutscher Volksgenossen hat[4], *da kann man nicht heute rin in die Kartoffeln und morgen raus aus den Kartoffeln. Die Bewegung kann nur einmal eingesetzt werden und dann nur, wenn wirklich die große Stunde der Nation gekommen ist.* (Beifall.)

Man sagt mir: "Sie hätten Ihren Einfluß in der Regierung geltend machen können!" Darauf gebe ich die Antwort: "Wenn man die Absicht hatte, mit mir den Zug umzustellen,

dann hätte man mir die Lokomotive und nicht den Packwagen anbieten müssen."

---

ab geht - laut eigenen Nazi-Berichten ..."; VB vom 28.10.1932, "'Wir wollen kein Geschenk, sondern ein freies Deutschland, das wir uns zu erarbeiten gedenken'".

1 Im Zelt auf dem Riesebuschplatz, nach 21.00 Uhr. An der von Kreisleiter Franz Frisch eröffneten Versammlung nahmen nach übereinstimmenden Meldungen der Regionalpresse etwa 40.000 Menschen teil (*VB*: 60.000). Vor Hitlers 30minütiger Rede sprach der mecklenburgische Gauleiter Friedrich Hildebrandt. Die Eintrittspreise waren von 25 Pfennig bis 5 RM gestaffelt. Der *Lübecker General-Anzeiger* schrieb über Hitler: "Er sah abgespannt aus, und auch seiner Stimme merkte man die Strapazen des Wahlfeldzuges, der ihn ruhelos von Stadt zu Stadt führt, an."
Die NSDAP beabsichtigte ursprünglich, die Versammlung in der Stadt Lübeck abzuhalten, was der Lübecker Senat jedoch nicht genehmigt hatte. Daraufhin wich die NSDAP in das zum Land Oldenburg gehörende Bad Schwartau aus.

2 Vgl. auch Lübecker Beobachter vom 27.10.1932, "Hitler spricht zu 40.000 Lübeckern"; Lübecker General-Anzeiger vom 27.10.1932, "Adolf Hitler in Schwartau"; VB vom 28.10.1932, "60.000 in Bad Schwartau"; Der NSDAP-Kreis Lübeck. Werden und Wachsen (Die Kampfjahre), Lübeck 1935, S. 103 f. sowie Vorankündigung in Nachrichten für das Fürstentum Lübeck vom 26.10.1932.

3 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

Von Papen sagte, ich hätte Ministerpräsident werden sollen in Preußen[5], aber dieser Ministerpräsident ist ja gar kein Ministerpräsident. Wen hätte ich denn überhaupt in Preußen ablösen sollen, Herrn Braun oder Herrn Bracht? Man bot mir einen Ministerposten ohne Portefeuille im Reiche an; ein solcher Minister ist ein Minister, damit er Minister ist. Auch den Vizekanzlerposten mußte ich ablehnen, weil ein Vizekanzler nur ein Kanzler ist, wenn der andere Kanzler nicht da ist. Ich hätte also zur Hälfte Vizekanzler, zur anderen Hälfte preußischer Ministerpräsident sein können, aber für solche Zwitterdinge eigne ich mich nicht. Man hat mir außerdem das Luftfahrtministerium angeboten und das Reichsinnenministerium[6]. Das war sehr schlau ausgedacht. Man nahm an, wenn die Nationalsozialisten sechs Monate lang als Träger des Innenministeriums die Polizeigewalt innehaben und das ausführen müssen, was andere beschließen, dann haben sie den letzten Bauern und den letzten Arbeiter nicht mehr auf ihrer Seite.

Wenn ich vor der Wahl stehe, meinen Namen herzugeben oder einen Ministersessel zu verlieren, dann sage ich, *es gibt keinen Ministertitel in Deutschland, der meinen Namen ersetzen könnte.* Die Führung im Staate, die Macht im Staate ist es, nach der ich strebe, dreizehn Jahre lang.

Unter den Bedingungen des 13. August hätten wir keinen Einfluß in der Regierung gehabt und nirgends hätten wir ihn geltend machen können. Ich hätte mich zurückziehen müssen und wäre heute ein anderer, als ich es jetzt bin. Uns macht man das Recht, im Rundfunk zu reden, streitig[7].

Aber je öfterer [*sic!*] *die Regierung den Rundfunk benutzt, um so schlechter steht es für sie!*

Als ich vor dreizehn Jahren die nationalsozialistische Bewegung gründete[8], da ging ich aus von der Erkenntnis, daß Deutschland nicht wieder auferstehen wird durch Reformen an der Wirtschaft, da Deutschland nicht durch die Schuld der Wirtschaft verfallen ist.

Der Sturz Deutschlands war ein politischer Sturz!

Wenn die Wirtschaft gerettet wird, wird Deutschland nicht gerettet, sondern taumelt in den Abgrund. Ich sagte mir damals vor 13 Jahren, was soll ein Volk, daß sich selbst in 46 politische Parteien und Grüppchen auflöst[9], noch zu seiner Gesundung tun können? Wenn darüber hinaus nun noch die Klassen in Erscheinung treten. Der eine sagt, er sei Bürger, der andere, er sei Proletarier, dieser, er sei national, jener, er sei international? Es mußte in Deutschland aus einer einheitlichen Wurzel heraus eine Umschichtung des Volkes erfolgen.

---

5 Vgl. Dok. 35, Anm. 11.

6 Die Forderung nach dem Innenressort bei den Verhandlungen im August 1932 ging von der NSDAP aus. Vgl. Dok. 15, Anm. 29.

7 Am 7.6.1932 hatte die Reichsregierung Parteipropaganda im Rundfunk zur Reichstagswahl am 31.7.1932 zugelassen. Vor der Wahl konnten der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Gregor Straßer, am 14.6. und 29.7.1932 und der Reichspropagandaleiter der NSDAP, Joseph Goebbels, am 18.7.1932 im Rundfunk sprechen. Am 27.7.1932 verabschiedete die Reichsregierung "Leitsätze für die Neuregelung des Rundfunks", durch die unter anderem erreicht werden sollte, daß "der Rundfunk von parteipolitischen Darbietungen freigehalten wird". Vor der Reichstagswahl am 6.11.1932 gab es daher grundsätzlich keine Wahlsendungen mehr. Vgl. Hans Bausch, Der Rundfunk im politischen Kräftespiel der Weimarer Republik 1923-1933, Tübingen 1956, S. 133 f.; Winfried B. Lerg, Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik, München 1980, S. 462 ff.; Gerhard Paul, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990, S. 196 f. Druck der "Leitsätze" vom 27.7.1932: Bausch, Rundfunk, S. 205 ff. Vgl. auch Bd. IV/3, Dok. 51.

8 Vgl. Dok. 25, Anm. 17.

9 Vgl. Dok. 16, Anm. 13.

Ewig ist das Volk! Das ist der entscheidende Faktor! Man mußte das deutsche Volk aus seiner wirtschaftlichen Versklavung lösen und auf einer Plattform sammeln!

Ich wußte, der Weg, das deutsche Volk zu sammeln, würde ein dorniger Weg sein. Wenn man auch nicht von heute auf morgen einen Erfolg zu verzeichnen hatte, so galt es zunächst, die Menschen im praktischen Leben zu führen zu einer Organisation und damit langsam eine Keimzelle zu schaffen, die sich immer mehr ausbreitete und ausweitete, die allmählich zur Volksgemeinschaft führte. Das war ein ungeheurer Prozeß. Aber der Erfolg war sicher: Bis heute haben sich 13 Millionen dieser Idee untergeordnet. Ich weiß, der Arbeiter ist stur, er ist schwer aus seiner Gedankenwelt herauszubringen: theoretisch schwärmt er für die Internationale [10], aber praktisch mußte er erkennen, daß die Welt sich nicht um ihn und seine Idee kümmert. Genauso schwer ist es, den Bauern aus seiner schweren und dickköpfigen Einstellung herauszulösen. Aber wenn man diese Menschen einmal gewonnen hat, dann geben sie sich treu und zuverlässig. Darauf kann man bauen, das ist etwas anderes als die Klasse der oberen Zehntausend! (Lebhafte Zustimmung.) Glauben Sie, die Religion würde ihre Stabilität bewahrt haben, wenn sie nicht so tief in allen Schichten des Volkes wurzelte?

Und dem Staate gehört für alle Zeit die Zukunft, in dem die Auffassung der Regierung der Ausdruck der analogen Auffassung der breitesten Schichten des Volkes ist.

Weil ich das Fundament meiner Bewegung aufbaute auf den breiten Schichten der Arbeiter und Angestellten, der gewerblichen Kreise, des braven Bürgers und des Mittelstandes, hat sich diese Bewegung gehalten, das gibt Festigkeit!

Das schuf diese in der deutschen Geschichte nie dagewesene und kaum verständliche idealistische Bewegung. Es hat sich im deutschen Volke eine Wandlung vollzogen: In einer Zeit, da in weiten Kreisen des Volkes jeder nur für seinen eigenen Gewinn sorgt, nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht ist, da ist eine Organisation geschaffen worden, in der jeder, der *ihr* angehört, mit Leib und Leben in und hinter dieser Organisation steht, ohne darauf zu sehen, ob sie ihm selbst Vorteile bringt.

Eine Gesundung unseres Volkes ist nur möglich, solange man an den Wiederaufstieg des deutschen Volkes glaubt. Das ist die Voraussetzung einer wirklich deutschen Bewegung und diese Voraussetzung ist in großem Umfange geschaffen worden.

Allerdings, was geschaffen worden ist, das kann ebensogut wieder verloren gehen. Und hier liegt der Kernpunkt, weshalb ich es ablehnte, mich an einer Regierung zu beteiligen. 13 Jahre waren notwendig, um diese Bewegung aufzubauen, aber 13 Monate würden genügen, um in unrechten Händen das wieder zu zerstören. *Ich habe meine Bewegung nicht verlassen!*

Ich würde alle meine Anhänger, ich würde die deutsche Nation betrogen haben. Meine Stärke liegt darin, daß ich dem deutschen Volke, dem deutschen Staate etwas mitbringen will, was vorher nicht verloren gehen darf: ein besseres deutsches Ideal! Und das ist das beste Gut, was ich überhaupt mitbringen kann. Ich müßte ein Verbrecher, ein Narr sein, wenn ich zusehen wollte, wie dieses Gut, das Fundament einer geeinigten deutschen Nation, verlorengeht. Wenn mir jemand zumutet, ich könnte mich einer Regierung ausliefern, dann würde das der größte Treubruch sein, den ein Mensch überhaupt begehen kann. Denn meine Anhänger haben mir in Treu und Glauben Gefolgschaft gesichert. Da sollte ich sie ziehen lassen?

---

10 Vgl. Dok. 25, Anm. 20.

Das kann ich nicht tun: Ich würde das zerschlagen, was allein Deutschlands Wiederaufstieg sichert.

Wenn die Regierung mir darauf sagt: "Dann werden Sie niemals zur Macht kommen!", dann antworte ich darauf, daß ich das nicht Herrn von Papen, sondern dem lieben Gott anheimstelle. Der Erfolg wird nur gewährleistet durch eine Umschichtung des deutschen Volkes, das die Kraft zum Wiederaufstieg aus sich selbst heraus schafft, die Kraft, um ein Reich wieder aufzubauen, die Kraft, die notwendig ist, die schwierigen innenpolitischen Probleme zu lösen. Jeder Versuch muß scheitern, wenn nicht der gläubige Verstand des Volkes dahinter steht. Ich bin mir des Zieles klar bewußt: Sammlung des deutschen Menschen!

Unsere Bewegung muß immer größer und größer werden, um endlich aus einer Partei zu einer Volksgemeinschaft zu wachsen. Dann wird das deutsche Volk das Fundament bilden, das geeignet ist, darauf zu bauen. Das ist die Aufgabe, die ich mir stelle, für die ich kämpfe, und so Gott will, erfüllen werde! Ich weiß nicht, ob ich diese Aufgabe vollenden kann, ich weiß nicht, ob nicht an der nächsten Ecke ein Mann steht, der meinem Leben ein Ende setzt. Doch das, was ich mir vorgenommen habe und durchführen werde, ist mein Grundsatz:

"Bleibe treu bis in das Grab hinein[11]*!"* (Stürmischer Beifall.)

Erkennen Sie, wie groß die Verantwortung für die Zukunft ist, überlegen auch Sie sich Ihre Entscheidung, wenn Sie diese große Aufgabe für die deutsche Zukunft erkennen:

Es wird ein Deutsches Reich nur geben, wenn es ist ein starkes, einiges, weltanschaulich einheitliches deutsches Volk gibt! Dafür wollen und müssen wir kämpfen!

(Brausender Beifall, der minutenlang andauerte.)

28. Oktober 1932 — Dok. 41
Erklärung[1]

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 28.10.1932, "Eine Erklärung des Führers"[2].

Die Leitung des Stahlhelms hat es für nötig erachtet, unseren Pg. Prinz August Wilhelm von Preußen dafür, daß dieser sich in die Millionen-Bewegung derjenigen einreihte, die durch ihre Arbeit die einzige Voraussetzung für eine deutsche Erhebung schufen[3], anzugreifen und zu beschimpfen[4].

---

11 Wahrscheinlich Anspielung auf das 1839 von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben (1798-1874) geschaffene Gedicht *Mein Vaterland*: "Treue Liebe bis zum Grabe schwör ich dir mit Herz und Hand/ was ich bin und was ich habe, dank ich dir, mein Vaterland!/ Nicht in Worten nur und Liedern ist mein Herz zum Dank bereit/ mit der Tat will ich's erwidern dir in Not, in Kampf und Streit."

1 Kopf: "NSK: Zu dem rüden Angriff der Reichspressestelle des *Stahlhelm* auf *Prinz August Wilhelm von Preußen* veröffentlicht Adolf Hitler folgende Erklärung:"

2 Vgl. auch VB vom 30./31.10.1932, "Eine Erklärung des Führers".

3 Am 25.10.1932 hatte im Sportpalast eine Kundgebung der NSDAP stattgefunden, auf der August Wilhelm und der Vorsitzende der NSDAP-Fraktion im Preußischen Landtag, Wilhelm Kube, gesprochen hatten. Nach dem Bericht des *Berliner Tageblatts* vom 27.10.1932 (AA), "Stahlhelm gegen Auwi", hatte August Wilhelm

Mit diesem erbärmlichen Versuch ist der Prinz, dessen uneigennützige Arbeit am Aufbau einer deutschen Volksgemeinschaft wir alle kennen, uns deutschen Männern erst recht ans Herz gewachsen.

Letzte Antwort auf diesen Bubenstreich wird die Zukunft geben.

Adolf Hitler

28. Oktober 1932 Dok. 42
Rede auf NSDAP-Versammlung in Altona [1]

Altonaer Tageblatt vom 29.10.1932, "Adolf Hitler in Altona" [2].

In den Mittelpunkt seiner Rede stellte er wiederum *den 13. August* [*1932*]. Er legte noch einmal die in letzter Zeit bereits oft angegebenen Gründe dar, die ihn veranlaßt haben, den Eintritt in die Regierung abzulehnen und die ihm angebotenen Ministerposten auszuschlagen [3].

---

bei dieser Gelegenheit den Stahlhelm heftig angegriffen und unter anderem "Unmoralität" vorgeworfen. Die Redewiedergabe des *Angriff* vom 26.10.1932, "Pg. Prinz August Wilhelm spricht: 'Die Nationalsozialisten sind meine Standesgenossen'", enthält nur Angriffe auf die DNVP und die Regierung. In *Der Angriff* vom 28.10.1932, "'Niedriger hängen'", bestritt der Prinz, "die Stahlhelmbewegung *unmoralisch* genannt" zu haben.

4 Die Reichspressestelle des Stahlhelm hatte folgende Erklärung veröffentlicht: "Seine Königliche Hoheit Prinz August Wilhelm von Preußen, der die finanziellen, materiellen und gesellschaftlichen Vorteile seiner Stellung durchaus in Anspruch nimmt, die er lediglich dem erfolgreichen Kampf nationaler Kräfte gegen die Fürstenenteignung zu verdanken hat, hält es für angebracht, in letzter Zeit in öffentlichen Versammlungen, so auch in der gestrigen Versammlung der Nationalsozialistischen [*Deutschen*] Arbeiterpartei im Berliner Sportpalast, den Stahlhelm, insbesondere seine Bundesführung, auf das schärfste zu kritisieren. *Renegateneifer ist bekannt.* Während des vierjährigen Weltkrieges und in der Nachkriegszeit bis 1927 hat der Prinz eine bemerkenswerte Zurückhaltung beobachtet. Deutschland wurde vor dem roten Bolschewismus in den Jahren 1918 bis 1924 gerettet, wahrlich nicht durch die Nationalsozialisten! Im Jahre 1927 kam der Prinz zum Stahlhelm und schwur bei jeder passenden Gelegenheit den Bundesführern öffentlich die Treue. Er verließ trotzdem nach etwa drei Jahren die Stahlhelmbewegung, weil er sich nicht genügend beachtet glaubte, *seine Reden und Bilder nicht oft genug in der Stahlhelmpresse gebracht wurden.* Jetzt wirft der Prinz öffentlich dem Stahlhelm Unmoralität vor. Wir empfehlen ihm, sich zunächst mit der Moral in der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu beschäftigen, aus der namhafte Mitglieder wegen der unmoralischen Zustände laut öffentlicher Erklärung ausgetreten sind." Druck: Berliner Tageblatt vom 27.10.1932 (AA), "Stahlhelm gegen Auwi"; Der Angriff vom 27.10.1932, "Schweigen beim Stahlhelm und Hugenberg".

1 In der Ausstellungshalle an der Moltkestraße, nach 18.30 Uhr. An der von Kreisleiter Heinrich Piwitt geleiteten Versammlung nahmen etwa 10.000 Menschen teil. Nach Hitler sprach Bezirksleiter Joachim Meyer-Quade. Ursprünglich sollte auch eine Hitler-Kundgebung auf dem Reitturnierplatz in Neumünster stattfinden. Das eigens aufgebaute Zelt war jedoch am Vortag durch Sturmschäden unbenutzbar geworden.

2 Vgl. auch Altonaer Nachrichten vom 29.10.1932, "Die Hitler-Kundgebung in Altona"; Hamburger Nachrichten vom 29.10.1932, "Nationalsozialistische Kundgebung in Altona"; Schleswig-Holsteinische Tageszeitung vom 30.10.1932, "Adolf Hitler in Altona"; VB vom 30./31.10.1932, "Norddeutschlands Massenappell vor der Wahl" sowie "'Was wir in 13 Jahren aufbauten, würde der Herrenklub in 13 Monaten auflösen, und siegen müßte der Bolschewismus'".

3 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

Hitler fuhr dann u. a. fort: "Heute wirft mir der Reichskanzler vor, ich wollte die Führung beanspruchen. Jawohl, das wollte ich und mit einem ganz anderen Recht, als Herr von Papen sie mir verweigert. (Beifall.) Sie täuschen sich aber in meiner Person, wenn sie glauben, daß ich mich mit einem Ministertitel oder mit einem Staatsgehalt ködern lasse. Ich brauche einen solchen Titel nicht, solange ich meinen Namen habe; ich brauche auch kein staatliches Gehalt[4]. Das einzige, was mich locken könnte, ist die *Führung selbst* und damit *wirklich die Macht. Darum und dafür haben wir 13 Jahre lang gekämpft.*

Hätte ich damals das Angebot angenommen, so hätte ich es heute schon nicht mehr verantworten können.

Es scheint jetzt so, als ob das Wirtschaftsprogramm[5] versage, ja, es scheint nicht nur so, sondern es versagt. Hätte ich damals nachgegeben und wäre in die Regierung eingetreten, so hätte ich heute *für den wirtschaftlichen Mißerfolg,* an dem ich unschuldig wäre, gerade stehen müssen.

Die nationalsozialistische Bewegung kann nur dann eingesetzt werden, wenn wirklich Deutschlands ganz große Stunde gekommen ist."

Hitler sprach dann in längeren Ausführungen über seinen Kampf um die Schaffung einer neuen Volksgemeinschaft. "Als ich vor 13 Jahren in das politische Leben eintrat"[6], so führte er u. a. aus, "standen mir gegenüber *nahezu 45 Parteien*[7]. Dabei war die deutsche Nation in zwei große weltanschauliche Klassen zerfallen: in *Bürgertum* und *Proletariat.* Ich sagte mir damals: Wenn wir nicht die geistige, seelische und weltanschauliche Zersplitterung überwinden, kann eine Wiederauferstehung niemals kommen. Die Wirtschaft wird Deutschland nicht emporrichten; denn bei ihr begann ja auch nicht der Zerfall.

Die Wirtschaftskatastrophe ist nur der Schlußpunkt des allgemeinen Verfalls.

Ich sagte mir damals: Wenn man Deutschland wieder aufrichten will, muß man dort beginnen, wo der Verfall begann;

dann muß man aus dem Gemengsel von Klassenparteien, Konfessionen, Interessentengruppen usw. wieder ein deutsches Volk schaffen,

und zwar nicht theoretisch, sondern praktisch. Man muß *hinein in die Massen* und versuchen, die widerstrebenden Menschen zueinander zu erziehen und langsam in einer Organisation einen Kristallisationspunkt schaffen für diese neue Gemeinschaft. Und ich habe langsam aus *Arbeitern,* aus *Bauern,* aus *Kleinhandwerkern, Mittelständlern* und aus dem *soliden deutschen Bürgertum* eine neue Gemeinschaft aufgebaut[8]. Wenn nun Herr von Papen sagt: "Meine Regierung ist eine Regierung der Macht und der Autorität, weil wir die staatlichen Machtmittel besitzen"[9], dann setze ich dem gegenüber die Erkenntnis, daß die wirkliche Kraft einer Regierung sich niemals in den staatlichen Machtmitteln ausdrückt, sondern ausschließlich in dem Grad ihrer inneren Verbundenheit mit dem Volke selbst. Nur wer das breite Volk, diese Arbeiter, Bauern und Mittelständler erobert hat, der hat ein *zuverlässiges Fundament,* auf dem man bauen kann.

4 Vgl. Dok. 14, Anm. 9.
5 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.
6 Vgl. Dok. 28, Anm. 14.
7 Vgl. Dok. 22, Anm. 18.
8 Vgl. Dok. 10, Anm. 12.
9 Vgl. Dok. 21, Anm. 18.

Dieses Fundament ist nicht wie die Geistigkeit der "oberen Zehntausend" schwankend und unsicher und immer bereit, einem anderen nachzulaufen.

Ich habe in den 13 Jahren meines Kampfes Millionen wertvoller Menschen erobert. Ich habe das Bewußtsein, daß ich in diesen Menschen dem Deutschen Reich und dem deutschen Staat das Kostbarste gesammelt habe, das es gibt,

nämlich ein mögliches Fundament, eine tragende Schicht. Darauf kann man bauen. Und wenn mir heute jemand sagt, ich solle in die Regierung eintreten, dann muß ich sagen: "Ja, aber nur, wenn dieses Fundament, das ich schuf, zugleich das Fundament des neuen Staates wird." Wenn mich jemand allein haben will, muß ich sagen: *"Allein tauge ich nichts; mein Wert liegt in dem, was ich mitbringe."*

Wenn aber jemand verlangt, ich solle ihm das gesammelte Volksgut übergeben, dann antworte ich: "Das kann ich nicht, weil ihr das gar nicht zu schätzen wißt. Ich habe nicht 13 Jahre lang geschafft, damit ihr in 13 Monaten alles wieder vergeudet, was ich in den 13 Jahren zusammengetragen habe." *Ich habe ein Recht, die Verwaltung dieses Gutes selbst zu fordern*[10]. Ich würde allen denen untreu werden, und deshalb kann ich den Herren in Berlin nur eines sagen:

"Ihr werdet mich niemals von diesem Volk wegbringen. Ich bin ein Kind dieses Volkes und bleibe ein Kind dieses Volkes!" (Langanhaltender brausender Beifall.)

Adolf Hitler führte dann weiter aus: "Ein Staat ist nicht dazu da, um einer Regierung das Regieren zu ermöglichen, sondern *Staat und Regierung sind Instrumente im Dienste der Erhaltung eines Volksgutes.* Und wenn mir heute ein Mann entgegentritt und sagt, wie ich dazu komme, die Führung zu beanspruchen, dann erwidere ich: "Herr von Papen wie kommen Sie dazu, sie uns zu verweigern. Wir haben 13 Jahre lang für diesen Anspruch gearbeitet, und Sie sind 13 Jahre lang im Zentrum gewesen, und die Nation hat von Ihnen nichts gesehen. Wenn Sie wollen, daß unser Werk eingesetzt wird, so treten Sie ab; wir übernehmen die Führung!" (Beifall.)

Wenn die Bewegung aus unseren Händen kommt und zerfällt, dann würde das nicht der Emporstieg einer bürgerlichen Klasse sein, sondern es würde in Deutschland das Chaos bedeuten und der Bolschewismus würde endgültig zur Macht kommen.

Aber die hohen Herren in Berlin mögen zur Kenntnis nehmen: Sie werden es nie erleben, daß diese Millionenbewegung zerfällt. Sie werden nicht erleben, daß sie das Volk von mir trennen, und noch viel weniger, daß ich mich jemals von ihm trenne.

In einer Zeit der Treulosigkeit haben wir diesen Treubund aufgerichtet,

in der Überzeugung, daß Deutschland stärkste Kraft brauche, um sich dereinst wieder aufrichten zu können.

Die stärkste Kraft ist aber die Kraft der breiten Masse; sie will ich dereinst dem deutschen Volke als Gabe mitbringen.

Und wenn man mich zwingt, zehnmal zu kämpfen, werde ich zehnmal kämpfen in der Überzeugung, daß eben doch der Himmel und die Vorsehung denen den Sieg geben werden, die ihn auch verdienen."

---

10 Vgl. Dok. 4, Anm. 13.

Hitler schloß mit den Worten: "Unsere Arbeit kann nur dem einen Zweck dienen: das deutsche Volk in seiner breiten Masse wieder zum Deutschen Reich und zum deutschen Staat zu führen, auf daß Deutschland einmal wieder zu dem wird, was es war: ein Staat der Größe und der Stärke und der Macht." [11]

28. Oktober 1932 Dok. 43
"Gegen Junkerherrschaft und Schlotbarone - für den niedersächsischen Bauern und Arbeiter" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bremervörde [2]

Bremervörder Zeitung vom 29.10.1932, "Tagung" [3].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 42.

29. Oktober 1932 Dok. 44
Rede auf NSDAP-Versammlung in Oldenburg [1]

Nachrichten für Stadt und Land vom 30.10.1932, "Hitler-Kundgebung im Ziegelhof" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 45.

---

11 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Titel laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 11359).
2 In der Markthalle, von 22.10 bis 23.30 Uhr. An der von Gauleiter Otto Telschow geleiteten Versammlung nahmen laut *Bremervörder Zeitung* etwa 8.500 Menschen teil (NSDAP Bremervörde: 18.000 bis 20.000). Vor Hitler sprachen Pastor Gerhard Hahn und der braunschweigische Innen- und Volksbildungsminister Dietrich Klagges (NSDAP). Die Eintrittspreise waren von 1 RM bis 3 RM gestaffelt.
3 Vgl. auch Bremervörder Zeitung vom 29.10.1932, "Adolf Hitler in Bremervörde"; VB vom 30./31.10.1932, "Norddeutschlands Massenappell vor der Wahl".

1 Im Ziegelhof, nach 16.00 Uhr. Der oldenburgische Staatsminister Heinz Spangemacher (NSDAP) leitete die Versammlung. Die Presse meldete übereinstimmend, daß das Veranstaltungslokal und das zusätzlich aufgebaute Zelt gefüllt waren. Nach Hitler sprach der Landesinspekteur Niedersachsen der NSDAP, Bernhard Rust.
2 Vgl. auch Der Freiheitskämpfer vom 30.10.1932, "Der Führer in Oldenburg"; VB vom 1./2.11.1932, "Adolf Hitler in Ostfriesland und im Ruhrgebiet" sowie "'Will man einen festen Staat bauen, müssen die Wurzeln ganz tief ins Volk hineinreichen'". Ferner: Klaus Schaap, Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928-1932, Düsseldorf 1978, S. 235; ders., Oldenburgs Weg ins 'Dritte Reich'. Quellen zur Regionalgeschichte Nordwest-Niedersachsens, Oldenburg 1983, S. 165.

29. Oktober 1932 Dok. 45
Rede auf NSDAP-Versammlung in Aurich[1]

Auricher Zeitung vom 31.10.1932, "Der nationalsozialistische Führer in Ostfriesland"[2].

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Das, was Sie in diesem Wahlkampf wollen und in erster Linie aus meinem Munde hören wollen, ist die Beantwortung einer Frage, die auch mir in erster Linie vorgelegt wird. Nicht nur unsere Parteigenossen oder unsere Anhänger, nein, gerade die Gegner sind es, die immer wieder eine Frage an mich richten, nämlich die, warum ich am 13. August [*1932*] "Nein" gesagt habe[3]. Sie fragen mich: Warum, Herr Hitler, sind Sie nicht wenigstens eingestiegen in den Zug? Die Antwort darauf ist sehr einfach zu geben. Ich bin am 13. August [*1932*] in den Zug der Regierung Papen nicht eingestiegen, weil ich nicht die Absicht hatte, hinterher wieder aussteigen zu müssen. (Lebhafter Beifall.) Und ich hätte aussteigen müssen, weil der Zug nicht dorthin kommt, wo ich hinfahren will. Ja, darüber hinaus, weil dieser Zug überhaupt nicht dorthin kommen wird, wo selbst die heutigen Führer des Zuges hin wollen. Weder Herr von Papen, noch Herr von Gayl werden ihr Ziel erreichen. Man sagt: Ja, Herr Hitler, Sie hätten dann aber doch ihren Einfluß geltend machen können. Ich muß darauf die Antwort geben, daß das unmöglich war. Man hat gar nicht gewollt, daß hier mein Einfluß sich durchsetzt, denn sonst würde man mir die Führung des Zuges selbst anvertraut haben. Im Gegenteil, die Art, in der wir Nationalsozialisten beteiligt werden sollten, zeigte schon, daß man niemals den Gedanken hatte, uns tatsächlich einzuschalten. *Was soll es heißen, wenn man mir eine Stelle anbietet als Minister ohne Portefeuille. Ich sollte Minister sein, nur damit ich auch Minister bin. Zu reden habe ich als Minister ohne Portefeuille gar nichts. Oder wenn man mich zum Vizekanzler macht. Der Vizekanzler ist ein Kanzler, der nur dann in Erscheinung tritt, wenn der Kanzler nicht da ist oder krank ist.* Und wenn *ich* Vizekanzler bin, ist der Kanzler niemals krank. Ich habe in Wirklichkeit niemals zu reden oder Einfluß geltend zu machen. Auch das Angebot, preußischer Ministerpräsident[4] zu sein, ist nicht anders zu werten. *Wen sollte ich ablösen, Herrn Braun oder Herrn Bracht? Braun ist parlamentarischer Ministerpräsident* [*sic!*][5], *diese Stelle kann Herr von Papen nicht vergeben. Bracht ist ein reiner Untergebener des Herrn Reichskanzlers*[6]. *Das heißt, ich persönlich hätte auch in dieser Stellung kein Wort zu sagen.* Zwei weitere Ministerien sind genau so zwecklos, ein Luftfahrtministerium ohne Luftfahrt[7],

---

1 In der Landwirtschaftlichen Halle, nach 19.00 Uhr. An der vom oldenburgischen Ministerpräsidenten Carl Röver (NSDAP) mit einer Rede eröffneten Versammlung nahmen nach Polizeiangaben etwa 12.000 Menschen teil (*Auricher Zeitung*: 18.000 bis 20.000). Hitler sprach 20 Minuten. Während der Veranstaltung kam es zu einigen Ohnmachtsanfällen; die Polizei nahm mehrere Taschendiebe fest.

2 Vgl. auch Ostfriesische Nachrichten vom 1.11.1932, "Adolf Hitler in Aurich"; VB vom 1./2.11.1932, "Adolf Hitler in Ostfriesland und im Ruhrgebiet".

3 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

4 Vgl. Dok. 35, Anm. 11.

5 Vgl. Dok. 35, Anm. 13.

6 Vgl. Dok. 35, Anm. 14.

7 Vgl. Dok. 21, Anm. 14.

ein Kultusministerium ohne Tätigkeitsbereich[8]. Und nur das dritte hätte einen Sinn gehabt, nämlich das *Innenministerium*. Und die Herren haben sich schon ausgerechnet, wir regieren und bestimmen, und der Nationalsozialismus muß mit seinem Namen verantworten, wenn die *Polizei* gegen die Masse eingesetzt werden muß. Sie waren überzeugt, daß dann sechs Monate genügen würden, um uns endgültig zu erledigen[9]. Nach dieser Zeit hätten wir keinen Arbeiter und Bauern mehr hinter uns gehabt. Wenn man nun aber sagt, ja, Sie könnten dann wieder aussteigen, dann muß ich antworten, meine Volksgenossen, das könnte ich nicht tun. *Das kann Herr von Papen und das kann Herr von Gayl. Die Herren sind das mehr gewöhnt. Sie haben das mehr in der Übung. Ich kann das nicht, heute hinein, morgen heraus, übermorgen wieder hinein und wieder heraus. Als Nationalsozialist habe ich bisher weder meine Fahne noch meinen Standort gewechselt.* Volle dreizehn Jahre bin ich in dieser Bewegung. Ich habe sie groß gemacht. Ich kann nicht heute plötzlich irgendwo in eine Regierung hinein oder heraus gehen, wenn ich nicht weiß, daß es tatsächlich des deutschen Volkes ganz große Stunde ist. Wenn Herr von Papen heute von seinem Posten zurücktritt, ist er das, was er früher war. Er opfert gar nichts. Wenn Herr von Gayl zurücktritt, desgleichen. Beide können keine Menschen enttäuschen, weil kein Mensch etwas von ihnen erwartet. *Wenn ich zurücktrete, ist das die Vernichtung des Glaubens von 13 ½ Millionen Menschen*[10]. *Das kann man nicht verantworten.* (Bravorufe und anhaltender Beifall.)

Mit Recht würden diese Millionen sagen: Herr Hitler, Sie hätten vorher überhaupt nicht hineingehen dürfen, wenn Sie wußten, daß die Sache schief ausgeht. Dann hätten Sie die Pflicht, gerade diese Bewegung frei zu halten und nicht in die Katastrophe hinein zu führen. Von einer Notverordnung[11], *deren geistiger Vater Jakob Goldschmidt heißt*[12], weiß ich genau, wem sie hilft. Nicht dem deutschen Arbeiter, dem deutschen Bauern oder dem deutschen Mittelstand, sondern höchstens ein paar Banken. Es ist auch heute schon erwiesen, daß der Wert der Notverordnung gleich null ist. Unzulänglich und unbrauchbar. Schon jetzt ist die Arbeitslosenzahl wieder im Wachsen begriffen[13]. Ich wüßte nicht, wie ich heute vor meinen Arbeitern und Bauern diese Notverordnung decken sollte. Ich weiß genau, daß die, die vor sechs Wochen am lautesten schrien: Warum nehmen Sie nicht an?, dieselben wären, die mich am lautesten anklagen würden. Heute würden sie schreien: Kreuzige ihn[14], wenn ich damals in die Regierung gegangen wäre. Es gab keine andere Möglichkeit, als in dem Falle den Standpunkt einzunehmen: Die Männer müssen selbst die Verantwortung übernehmen, die ihnen nicht abgenommen werden kann durch 14 Millionen Menschen, die daran unschuldig sind. Ich selbst gebe meinen Namen am wenigsten dazu her.

Wenn man glaubt, mich mit einem Ministertitel oder -gehalt ködern zu können, täuscht und irrt man sich gründlich. Ich habe es nicht notwendig, meinen guten, ehrlichen Namen für einen

---

8 Vgl. Dok. 21, Anm. 15.
9 Die Forderung nach dem Innenressort bei den Verhandlungen im August 1932 ging von der NSDAP aus. Vgl. Dok. 15, Anm. 29.
10 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.
11 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.
12 Vgl. Dok. 6, Anm. 9, Dok. 17, Anm. 4.
13 Vgl. Dok. 28, Anm. 6.
14 Nach Markus 15, 13-14.

abgegriffenen Titel herzugeben. (Lebhafter Beifall.) Am wenigsten, wenn jeder weiß, daß es sich wirklich um einen Titel allein handelt und nicht um ein Amt.

Ich brauche nicht ein Gehalt. Ich bin Schriftsteller und Junggeselle und verdiene mir mehr als meinen Lebensunterhalt dank meiner großen Lesergemeinde[15]. Die Herren können überzeugt sein, daß mich nur etwas verführt. Dieses einzige heißt *die Führung selbst* und die Macht. Die Macht allein ist es und die Führung, die wir anstreben. Dazu haben wir ein heiliges Recht. Dreizehn Jahre Arbeit sind nicht deswegen gewesen, damit andere, die dreizehn Jahre im Zentrum saßen[16], unsere Arbeit und unsere Zeit vergeuden und verbrauchen. Es ist angenehmer, auf Rennplätzen und in Klubs zu sein, als Tag um Tag im heiligen deutschen Reiche [*sic!*] umherzureisen. Es wäre auch für uns schöner gewesen, das Leben dieser anderen zu führen und nichts zu tun. *Jetzt, da wir gearbeitet haben, verbitte ich mir, daß andere kommen und das Ergebnis dieser Arbeit in Anspruch nehmen wollen.* (Bravo!)

Ich tue es aber vor allem aus dem Grunde, weil diese Menschen Arbeit nicht leisten, sondern sie auch nicht würdigen und schätzen können. Sie haben heute noch keine Vorstellung davon, daß ein Reich auf Sand gebaut ist, das nicht auf breiten Schichten aufgebaut ist. Sie sind auch heute noch der Meinung, es genüge, wenn die oberen Zehntausend sich mit dem Reiche verbunden fühlen, während ich die unerschütterliche Überzeugung hege, daß Deutschlands Zukunft abhängt *von dem Grad der inneren Verbindung der Regierung zum breitesten Volk.* Ich weiß den Wert der Intelligenz zu würdigen, ich weiß aber auch den Wert des deutschen Arbeiters und Bauern zu schätzen, und man kann ohne diese beiden großen ragenden Schichten nichts aufbauen, was Dauer und Bestand haben soll. Das ist mein Werk gewesen in dreizehn Jahren in einer Organisation von Millionen deutscher Bauern, Arbeitern, Handwerkern, Mittelständlern zusammenzufügen und zusammenzuschließen[17]. Dieses Gut ist das Kostbarste, was man dem kommenden Deutschland geben kann. Wenn jemand glaubt, er könne mich von diesem Gut trennen und allein aussetzen, dann täuscht er sich.

Das Amt und den Titel gibt es überhaupt nicht, der mir und die mir wertvoller wären als diese Bewegung. *Denn die Titel und die Ämter werden vergehen, aber diese Bewegung muß bestehen, wenn Deutschland bestehen bleiben will. Bei den ewigen Gegensätzen und dem Durcheinander von Bürgertum, Proletariat, Ständen, Berufen und Klassen kann man auf die Dauer kein Festes gründen* [*sic!*]. *Es ist für mich der Weg ganz klar vorgezeichnet. Ich muß jede Berufung ablehnen, die mein Werk, das Ergebnis einer dreizehnjährigen Arbeit vernichtet, ja am Ende mich selbst davon wegreißt. Lieber verzichte ich auf alles, als daß ich auf die Treue der Millionen verzichte, die mir gefolgt sind. Ich muß daher heute, genauso wie am 13. August* [*1932*] *sagen: Wenn ihr uns wollt, dann gebt uns die Führung, wenn "Nein"* [*sic!*], *dann müßt ihr auf uns verzichten, dann müßt ihr euer Handeln selbst decken, genauso, wie mein Handeln ich auch selbst decke.* (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Der Kampf, den wir heute führen müssen, er ist wirklich von uns nicht gewollt. Als die 230 Abgeordneten in den Deutschen Reichstag einzogen, waren wir davon überzeugt, daß *nach jedem Recht wir die Führung erhalten müßten*[18], und wir waren bereit, sie zu übernehmen. Die

15 Vgl. Dok. 21, Anm. 11.
16 Gemeint ist Franz von Papen.
17 Vgl. Dok. 10, Anm. 9-12.
18 Vgl. Dok. 4, Anm. 13.

anderen wollten es nicht, und ich kann nur sagen, sie haben den Kampf gewählt, sie sollen ihn haben. Ich will sehen, was am Ende härter ist, die dreizehn Millionen Bauern, Handwerker und Bürger oder dieser kleine Klüngel, der in Berlin glaubt, über das deutsche Volk sich hinwegsetzen zu können.

Wenn die Menschen mir heute sagen, daß wir uns unterwerfen müssen, da wir sonst nicht zur Macht kommen würden, kann ich zur Antwort geben:

Unterwerfen werde ich mich niemals. (Starker Beifall und Heilrufe.)

Dieses Wort fehlt in meinem Sprachschatz vollständig. Wenn ich dieses Wort je gekannt hätte, stände ich jetzt nicht vor Ihnen. Ich glaube, daß dieses Wort auch das deutsche Volk wieder verlernen muß. Wenn das deutsche Volk nicht im Innern das Wort wieder vergißt, wird es auch nach außen hin das Wort niemals vergessen [*sic!*].

Ich kann daher sagen, der Kampf, den man mir aufgezwungen hat, ist von uns aufgenommen worden.

Ich führe den Kampf bis zur letzten Konsequenz.

Ich weiß, am Ende werden wir in diesem Kampfe Sieger sein, weil die Kraft eines Volkes immer noch stärker war, als der Eigendünkel einer ganz kleinen Oberschicht.

30. Oktober 1932 — Dok. 46
Rede auf NSDAP-Versammlung in Dortmund [1]

Dortmunder Zeitung vom 31.10.1932 (MA), "Hitler in Dortmund" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 47.

---

1 In der Westfalenhalle, nach 17.00 Uhr. Der Zugang zur vom Kreisleiter der NSDAP, Gottfried Flach, geleiteten Versammlung mußte wegen Überfüllung polizeilich gesperrt werden. Vor Hitler sprach Gauleiter Josef Wagner.

2 Vgl. auch General-Anzeiger vom 31.10.1932, "Hitler in der Westfalenhalle"; Westfälische Allgemeine Volkszeitung vom 31.10.1932, "Hitler wartet sich zu Tode"; VB vom 1./2.11.1932, "Adolf Hitler in Ostfriesland und im Ruhrgebiet". Ferner: Kurt Klotzbach, Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930-1945, Eine historisch-politische Studie, Hannover 1969, S. 76 ff.

30. Oktober 1932 Dok. 47
Rede auf Gautag des Gaues Essen der NSDAP in Essen[1]

National-Zeitung vom 31.10.1932, "Der Wortlaut der Rede Adolf Hitlers"[2].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

Ich weiß, daß Sie alle in erster Linie eine Frage beantwortet wissen wollen. Es ist die Frage, die Ihnen auf den Lippen schwebt, die vor allen Dingen von Gegnern an mich gerichtet wird, von politischen Gegnern insbesondere der bürgerlichen Parteien, die sich heute nicht genug tun können in *Besorgtheit um unser Schicksal,* um die Zukunft der nationalsozialistischen Bewegung, die in ihrer Presse fast jeden Tag schreiben, wie bedauerlich es sei, daß eine so erfolgversprechende schöne Bewegung jetzt so auf Ab- und Irrwege gerate.

Ja, erst in diesen letzten Wochen haben wir gesehen, wieviel Freunde wir in diesen bürgerlichen Parteien und in diesen Zeitungen besitzen. Früher wußten wir das gar nicht. Die Frage also, die Sie alle bewegt, und die jene Tag für Tag an mich richten, ist: *"Warum, Herr Hitler, sind Sie am 13. August* [*1932*] *nicht eingestiegen?* Warum haben Sie das Angebot[3] damals abgeschlagen? Warum sagten Sie nein?" Ich muß schon im Dialekt der Fragesteller antworten: Wenn die sagen: Warum sind Sie nicht eingestiegen? Dann muß ich zur Antwort geben:

Weil ich nicht die Absicht hatte, hinterher wieder auszusteigen.

Ich hätte ja wieder aussteigen müssen, weil der Zug gar nicht dorthin geht, wohin ich fahren will, und zweitens, weil er nicht einmal dort ankommt, wohin die ihn haben wollen, die ihn heute steuern. *Der Zug geht in einem Eisenbahnunglück zugrunde,* und ich glaube, wir sind schon mitten in dem Unglück drin. Freilich sagen nun die bürgerlichen Kritiker: "Ja, aber Herr Hitler, Sie konnten doch *Ihren Einfluß geltend machen!"* Ja natürlich, geltend machen hätte ich ihn können, aber durchgesetzt hätte ich ihn nicht.

Wenn man nämlich die Absicht gehabt hätte, diesen Zug meinem Einfluß zu unterstellen, warum hat man mich denn nicht auf die Lokomotive gelassen, sondern mir den Packwagen angeboten?

Ich habe doch nicht erklärt, daß ich überhaupt nicht einsteigen will, nur verlange ich, daß ich vorn hinaufkomme. Wenn die Herren die Absicht gehabt hätten, den Zug meinem Einfluß zu unterstellen, was wäre natürlicher gewesen, als daß sie getan hätten, was sie 13 Jahre lang getan?

---

1 In der Westfalenhalle, nach 19.00 Uhr. An der von Gauinspekteur Wilhelm Maerz eröffneten Veranstaltung nahmen nach Angaben der nationalsozialistischen Presse etwa 50.000 Menschen teil. Die Rede wurde über Telefonkabel in Parallelveranstaltungen in Kleve, Geldern, Moers und Wesel übertragen, wo nach nationalsozialistischen Angaben etwa 20.000 Menschen die Übertragung hörten. Vor Hitler sprach Gauleiter Josef Terboven.
Die *Essener Volks-Zeitung* stellte fest: "Die Ausführungen Hitlers gingen in keiner Weise über das hinaus, was aus seinen während der letzten Tage gehaltenen Reden schon bekannt geworden ist."

2 Vgl. auch Essener Allgemeine Zeitung vom 31.10.1932, "Adolf Hitler in Essen"; Essener Volks-Zeitung vom 31.10.1932, "Hitler in Essen"; General-Anzeiger vom 31.10.1932, "Hitler in der Westfalenhalle"; VB vom 1./2.11.1932, "Über 70.000 hören Adolf Hitler in Essen und am Niederrhein".

3 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

Bisher war es noch immer so gewesen, daß die *stärkste Bewegung die Bildung der Regierung* anvertraut bekommen hat. Nun auf einmal gilt dies Gesetz nicht mehr, sondern jetzt auf einmal sagt man: Ja, die Weimarer Verfassung ist an sich überlebt. Es ist eine göttliche Ordnung und nach *dieser göttlichen Ordnung muß eben der deutsche Reichskanzler Franz von Papen heißen*[4].

Meine Volksgenossen! Ich hätte mich ja *gleichfalls auf diese göttliche Ordnung* berufen können in der Zeit, da man die Weimarer Verfassung anwandte, um uns zu unterdrücken, um uns zu knebeln, zu verbieten, aufzulösen und unsere Zeitungen zu beschlagnahmen. Damals galt nur diese Verfassung. Da hat man mich in die Gerichtssäle geschleift und mich *einen feierlichen Eid leisten lassen auf die heilige Bibel der Weimarer Verfassung*[5]. Erst in dem Moment, wo wir mit 230 Mann in den Reichstag einziehen[6], *von dem Moment ab ist die Verfassung überlebt.* Ich weiß warum!

Früher war die Verfassung gut, um uns von der Macht fernzuhalten. Heute ist sie schlecht, weil sie uns nicht mehr von der Macht fernhalten könnte, sondern weil wir im Gegenteil jetzt an der Macht wären.

Nun sagen allerdings die bürgerlichen Politiker: "Man hat ihnen aber doch weiß Gott was angeboten!" Ja, allerdings: Gott weiß was! Einen *Minister ohne Portefeuille.* Das ist, wenn man es auf gut Deutsch sagen will, ein Mann, der Minister ist, damit er Minister ist. *Zu sagen hat der Mann gar nichts.* Man sagte mir auch: "Ja, Herr Hitler, das tun wir ja, damit Sie sich ihrer Bewegung widmen können!" Welch besorgte Seelen!

Und sie sagen: "Ja, man hat Ihnen doch sogar den Posten eines Vizekanzlers angeboten." Gewiß, aber ein Vizekanzler ist *ein Kanzler, der nur dann etwas zu reden und überhaupt in Erscheinung* zu treten hat, wenn der eigentliche Kanzler nicht da, oder sagen wir, wenn er krank wird. *Wenn ich Vizekanzler bin, dann wird er niemals krank.*

Ich hätte also auch hier niemals etwas zu reden gehabt. Dann sagt man: "Ja, aber Sie sollten außerdem

preußischer Ministerpräsident[7]

werden". Da muß ich zunächst fragen: *"Wen hätte ich denn da ablösen sollen, Herrn Braun oder Herrn Bracht?* Herrn Braun[8]? Darüber hat nicht zu verfügen Herr von Papen. Das hat man ja jetzt gesehen[9], sondern darüber entscheidet der preußische Landtag und das hätte nur

---

4 Vgl. Dok. 15, Anm. 16.
5 Vgl. Dok. 15, Anm. 37.
6 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.
7 Vgl. Dok. 35, Anm. 11.
8 Vgl. Dok. 34, Anm. 13.
9 Nach dem Vorgehen der Reichsregierung gegen die geschäftsführende preußische Regierung unter Ministerpräsident Braun am 20.7.1932 (vgl. Dok. 35, Anm. 14) hatte diese (vgl. Dok. 35, Anm. 13) sofort den Staatsgerichtshof beim Reichsgericht angerufen. Am 25.7.1932 verweigerte dieser, einstweilige Verfügungen gegen die von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen auszusprechen. Am 10.10.1932 begann in Leipzig die mündliche Verhandlung über die Klage Preußens, vertreten durch das amtsenthobene Staatsministerium, der Fraktionen von Zentrum und SPD des Preußischen Landtags sowie der amtsenthobenen Minister. Die Länder Bayern und Baden hatten sich wegen der grundsätzlichen reichsrechtlichen Bedeutung der Klage angeschlossen. In seinem Urteil vom 25.10.1932 erklärte der Staatsgerichtshof die Bestellung des Reichskanzlers Papen zum Reichskommissar und den Entzug der Amtsbefugnisse der preußischen Staatsminister durch die Notverordnung vom 20.7.1932 für rechtens. Die preußische Regierung sei aber als weiterhin im Amt zu betrachten und vertrete Preußen im Reichsrat und gegenüber dem Reichstag. Die preußische Staatsregierung hatte damit zwar

mit einer Koalition geschehen können. Und hätte ich das gemacht, dann würden gerade die bürgerlichen Parteifreunde es gewesen sein, die erklärt hätten: *"Mit Hilfe der parlamentarischen Majorität* versucht der Mann jetzt die klare Entwicklung zu bremsen." Aber abgesehen davon, ich hätte es gar nicht gemacht. Ich habe keine Lust, so eine komische Figur zu werden, und es wäre komisch: *Die eine Hälfte von mir preußischer parlamentarischer Ministerpräsident und die andere Hälfte Präsidial-Vizekanzler.* Oder hätte ich vielleicht Herrn Bracht ablösen sollen? Dann würde ich *der Beauftragte des Herrn Papen* gewesen sein, ich hätte also wieder gar nichts zu reden gehabt.

Dann sagt man: "Ja, Sie hätten ja *noch andere Ministerien* haben sollen." Allerdings, ein *Luftfahrtministerium,* dem es allerdings an der entsprechenden Luftfahrt mangelt[10]. Dann ein *Kultusministerium,* das sich auch seinen Wirkungsbereich erst hätte schaffen müssen[11], und dann ein Ministerium: das *Innenministerium.* Und das haben die Herren sich wirklich wunderbar ausgedacht. Sie regieren, sie haben die Macht, sie haben den Einfluß, und

ein Nationalsozialist hat als Polizeiminister die Ehre, das, was sie regieren, zu decken. Er muß die randalierenden Massen in den Großstädten zu Paaren treiben.

Und sie haben sich das so schön ausgerechnet: *Sechs Monate* dieses Regiment und ein Nationalsozialist als Polizeiminister, und die NSDAP hat den letzten Arbeiter und den letzten Bauern verloren[12]. Allerdings schön gedacht, aber wie gesagt:

ohne uns und ohne mich.

Ich denke gar nicht daran, für einen Titel die Zukunft der Bewegung herzugeben und entweder mich oder die Bewegung für einen Titel zu verkaufen.

Das können sich die Herren ein für allemal gesagt sein lassen. Ihre ganzen Titel üben auf mich keine Wirkung mehr aus, weder Ministertitel noch sonst etwas[13], *und ihr Gehalt brauche ich auch nicht, denn was ich brauche, das verdiene ich mir selbst*[14]. *Das einzige, was mich bewegt, ist die Führung an sich. Und wenn mir auch heute jemand entgegentritt und sagt: "Wie kommen Sie zu diesem ungeheuerlichen Anspruch?", dann muß ich sagen: "Wie kommt man dazu, uns den zu verweigern?"*

Natürlich sagen dann die bürgerlichen Parteipolitiker: "Ja, Sie könnten ja wieder gehen, wenn wir das nicht tun, was Sie wollen!" Nein, das konnte ich nicht!

Ich konnte nicht heute in die Regierung eintreten und morgen austreten und dann wieder ein- und wieder austreten. Wenn man so ein leichtes politisches Gepäck besitzt wie Herr

---

einen Teilerfolg errungen, der ihr eine "politische Scheinexistenz" ermöglichte, die Macht des Reichskommissars wurde jedoch kaum beeinträchtigt. Eine Anordnung des Reichspräsidenten vom 18.11.1932 ermächtigte darüber hinaus die Reichskommissare zu selbständigen Verhandlungen mit den Reichsbehörden. Druck des Urteils: Ernst Rudolf Huber (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 4: Deutsche Verfassungsdokumente 1919-1933, Stuttgart ³1992, 592 ff. Vgl. auch Henning Grund, "Preußenschlag" und Staatsgerichtshof im Jahre 1932, Baden-Baden 1976.

10 Vgl. Dok. 21, Anm. 14.

11 Vgl. Dok. 21, Anm. 15.

12 Die Forderung nach dem Innenressort bei den Verhandlungen im August 1932 ging von der NSDAP aus. Vgl. Dok. 15, Anm. 29.

13 Die *Rheinische Zeitung* bemerkte zur ähnlich lautenden Passage in der Kölner Rede (Dok. 48): "'Diese Republik hat keine Titel, der mehr ist als mein bloßer Name', sagte der Regierungsrat in braunschweigischen Diensten." Rheinische Zeitung vom 31.10.1932, "Hitler zu herabgesetzten Preisen".

14 Vgl. Dok. 14, Anm. 8.

von Papen oder Herr *Gayl*, das in einer einzigen Aktentasche Platz hat, dann kann man in eine Regierung hinein- und hinaus- und wieder hineingehen, aber *das muß man auch schon irgendwie geübt haben.* Ich bin da schon persönlich ein viel zu schwerfälliger Mensch. Ich habe das bisher noch nicht gekonnt. In meinem ganzen Leben habe ich mich *einmal zu einer politischen Bewegung entschlossen*, und da bin ich heute noch [15], und ich kann den Herren versichern:

Und dabei werde ich bleiben, solange ich lebe.

Und außerdem habe ich Gepäck bei mir. Wenn man eine große Bewegung hinter sich hat, dann kann man das nicht tun. Die *Deutschnationale Volkspartei* hat es schon einige Male versucht und die bürgerlichen Parteien alle. Im Jahre 1924 gingen sie in den Zug hinein und stiegen wieder aus. Es ist ihnen aber *gar nicht gut bekommen, dies Ein- und Aussteigen* [16]. Und wenn man 13 Millionen Menschen hinter sich hat [17], des deutschen Volkes größte Bewegung, dann geht das überhaupt nicht, dann kann man nicht hinein in die Kartoffeln und morgen wieder hinaus, *dann kann man sich nur entscheiden*, und diese Entscheidung - das erhoffen diese Millionen -, die muß zugleich dann die große Stunde der deutschen Nation sein, sonst kann man das überhaupt nicht tun.

Ich weiß, daß es auch heute noch politische Gegner gibt, die sagen:

"Ja, aber das Kabinett Papen hat doch dieses und jenes Gute getan."

Ich muß dazu nur eins antworten: Die nationalsozialistische Bewegung hat nicht nur in 13 Jahren eine organisatorische Arbeit vollbracht, sondern auch eine große Anzahl von Gedanken, die richtig sind, im deutschen Volke populär gemacht. Das war eine unermeßliche Arbeit. Ich erlebe es nun seit drei Jahren, daß man in dem Garten dieser nationalsozialistischen Ideenwelt herumsteigt und hier *plündert, was momentan verwertbar ist* [18]. Aber ich habe eines nicht erlebt, daß man Ideen nimmt und sie dann so verdreht, daß sie hinterher doch wieder wertlos geworden sind. Ich sehe dies augenblicklich an den

Maßnahmen zur Behebung der deutschen Wirtschaftsnot.

Ich lasse mich durch vorübergehende Besserungen nicht täuschen: *am Ende wird die große Enttäuschung stehen.* Eins kann nicht bestritten werden: schon heute ist *das Millionenheer der Arbeitslosen* in Deutschland in die Höhe gegangen und hat bereits *wieder um 50.000 zugenommen* [19]. Die Enttäuschung würde aber noch zehnmal größer sein, wenn unsere Bewegung ebenfalls damit belastet wäre, und ich weiß ganz genau, dieselben, die vor sechs Wochen mir dauernd zuriefen: "Sie müssen hineingehen!" und die damals sicher *"Hosianna"* [20] geschrien hätten,

15 Seit seiner Ankunft in München am 21.11.1918 verhielt sich Hitler loyal zu den regierenden Parteien MSPD und USPD. Ab 15.2.1919 war er Vertrauensmann seines Bataillons; dabei oblagen ihm auch Propagandaaufgaben für die Republik. Während der Räte-Republik wurde er am 9.4.1919 sogar Ersatz-Bataillons-Rat. In dieser Zeit suchte er nie Anschluß an gegenrevolutionäre Kräfte. Sympathien für die Sozialdemokratie sind bei Hitler in dieser Zeit nicht völlig auszuschließen und wurden von einzelnen Zeitzeugen behauptet. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 185 ff., 201 ff. sowie Dok. 28, Anm. 14.

16 Vgl. Dok. 21, Anm. 17.

17 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

18 Vgl. Dok. 1, Anm. 4.

19 Vgl. Dok. 28, Anm. 6.

20 Nach Markus 11, 9-10.

würden heute Ankläger sein und würden heute *"Kreuzige!"* schreien[21], wenn ich hineingegangen wäre.

Ich hätte aber gar nicht hineingehen können, denn das Wesentliche sind ja am Ende nicht Überlegungen wirtschaftlicher Art, sondern wesentlich ist für mich eine grundsätzliche Überlegung, und die darf ich Ihnen in großen Zügen skizzieren:

Zwischen den Auffassungen der Männer dieses Kabinetts und zwischen unseren und in Sonderheit meiner Auffassung ist eine Kluft, die gar nicht überbrückt werden kann. Wir gehen von ganz verschiedenen Wurzeln des Denkens aus.

Als ich vor 13 Jahren diese Bewegung ins Leben rief[22], da habe ich folgende Überzeugung gehabt: Das deutsche Volk hat nun eine furchtbare außenpolitische Niederlage erlitten. Das Ergebnis der Niederlage wird bei der gesamten Verfassung unseres Volkes nicht nur eine schmähliche militärische, sondern auch eine *schmähliche politische Kapitulation* sein. Die Folge der politischen Kapitulation wird ein *allgemeines Sinken der deutschen Machtstellung* an sich sein. Das Ergebnis dieses Sinkens der deutschen Machtstellung wird aber weiter sein ein *Verfall der deutschen Wirtschaft,* denn

die Wirtschaft ist zu allen Zeiten in treuer Gefolgschaft mit der politischen Machtstellung eines Volkes gegangen.

Niemals hat die Wirtschaft Staaten gegründet und wieder aufgerichtet, sondern sie war zu allen Zeiten gefesselt an die Größe oder an die Kleinheit eines Staatengebildes, an die Stärke oder an die Schwäche einer politischen Macht und dementsprechend war auch ihre eigene Stellung.

Ich bin 13 Jahre lang Prophet gewesen und bin es auch heute noch. Es ist der *wirtschaftliche Verfall der deutschen Nation,* den ich vorausgesagt habe, aber nur, weil ich mich *nicht durch sog[enannte] Konjunkturaufstiege*[23] *darüber täuschen ließ,* daß, wenn ein Volk als politischer Faktor verfällt, auf die Dauer eben die Wirtschaft mit verfallen muß. Und Deutschland macht davon um so weniger eine Ausnahme, als wir mehr als vielleicht ein anderes Volk *angewiesen sind auf eine Weltbedeutung,* auf eine Weltstellung, die letzten Endes doch nur der *Ausdruck unserer inneren Kraft und Stärke* sein kann.

Ich habe damals aber zugleich vorausgesagt: Den politischen Verfall sieht unser Volk nicht, den staatlichen Zusammenbruch teilweise, den wirtschaftlichen aber, den wird jeder einzelne zu spüren bekommen, und dann wird man sagen: Wir müssen *bei der Wirtschaft ansetzen,* um Deutschland wieder hoch zu bringen.

Ich habe das vorausgesagt, und es ist auch so gekommen. Das ganze politische Leben begann schon im Jahre 1919/20, sich in diesem Sinne zu orientieren. Die Parteien, fast 45 an der Zahl[24], leiteten damals ihr ganzes politisches Denken, ihr ganzes Programm ab von der nur

---

21 Vgl. Dok. 45, Anm. 14.

22 Vgl. Dok. 25, Anm. 17.

23 Zum Mitte der Zwanziger Jahre einsetzenden Aufschwung der deutschen Wirtschaft vgl. Dietmar Petzina, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977; Fritz Blaich, Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise, München [3]1994; Derek H. Aldcroft, Die zwanziger Jahre. Von Versailles zur Wall Street 1919-1929, München 1978, S. 216 ff.; Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945, Bd. 3: Produktivkräfte in Deutschland 1917/18 bis 1945. Hrsg. vom Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR. Wissenschaftliche Redaktion: Rudolf Berthold, Berlin (Ost) 1988.

24 Vgl. Dok. 22, Anm. 18.

wirtschaftlichen Wurzel. Die einen wollten den Mittelstand retten, die anderen wollten das Gewerbe retten, jene wollten den Kleinhandel retten, diese den Hausbesitz, den Mieter, die Beamten, die Angestellten, die anderen wollten Arbeitgeber oder die Arbeitnehmer retten. Endlos war die Zahl dieser Rettungsversuche - aus einem *nur marxistischen Sinne* heraus.

Ich habe damals prophezeit, daß alle diese Versuche fehlschlagen müssen, denn

der wirtschaftliche Verfall war das Ergebnis des machtpolitischen Verfalls.

Der machtpolitische Verfall aber prägt und drückt sich nicht aus im Jahre 1918[25], sondern prägt und drückt sich aus in der *Zerreißung des einheitlichen politischen Denkens überhaupt.*

Das deutsche Volk hat langsam jede einheitliche politische Gedankenplattform verloren.

Arbeitgebertum und Nationalismus auf der einen Seite und Proletariat und Internationalismus auf der anderen. Die deutsche Nation hörte langsam auf, ein Faktor des einheitlichen Denkens, eines einheitlichen Willens zu sein, und löste sich statt dessen auf in Klassen und Stände, in Berufe, in Konfessionen und den daraus letzten Endes resultierenden Parteien. Und da sagte ich im Jahre 1919: Wenn Deutschland wieder aufstehen und auferstehen will, dann kann die Arbeit nicht dort beginnen, wo das Ende der Katastrophe ist, nämlich bei der Wirtschaft, sondern die Arbeit muß beginnen bei der *Wiederherstellung eines intakten deutschen Volkskörpers.*

Und dieser Volkskörper kann nur wieder intakt werden, wenn an Stelle dieses zerfließenden Denkens wieder ein Denken aus einer einheitlichen Wurzel tritt. Und die Wurzel kann nicht sein das Bürgertum und nicht das Proletariat, nicht Arbeitgeber und nicht Arbeitnehmer, nicht Beamter u[nd] Angestellter, nicht Grundbesitzer und nicht Mieter, nicht Katholik und nicht Protestant, sondern die Wurzel kann nur sein das deutsche Volk als lebendige Substanz von Fleisch und Blut, die wieder hart werden muß.

Und ich sage Ihnen: Dieses gemeinsame einheitliche Denken kann man *nicht von oben herunter proklamieren,* sondern man muß sich die Mühe geben, in das Volk hineinzusteigen, um von unten auf die neue Volksgemeinschaft wieder zu bilden. Man muß nun an den deutschen Arbeiter, den deutschen Bauern, an den deutschen Mittelstand und an den Bürger herangehen und muß ohne Ansehen der Person, der Herkunft, der Stellung usw. versuchen, eine Plattform zu finden, auf die man treten kann. Und die Plattform kann nur eine

Überwindung der größten Differenzen "Sozialismus u[nd] Nationalismus" [*sein,*]

und man muß hier die Widerstände eines jeden einzelnen in Kauf nehmen. Ich sagte mir damals: ich weiß ganz genau, es wird das eine *unermeßliche Arbeit* sein. Man wird an tausend Menschen herantreten und wird 999 mal abgewiesen werden. Der *Arbeiter* wird sagen: Ich bin Proletarier, ich gehöre zu meiner Klasse. Der *Bürger* wird sagen: Ich bin Bürger, ich gehöre zu meinem Stand. Der *Bauer* wird sagen: Ich bin Bauer und habe mit dem Städter nichts zu tun. Der Arbeitgeber wird den Arbeitnehmer und der Arbeitnehmer den Arbeitgeber nicht verstehen wollen, der eine wird Katholik sein, der andere wird Protestant sein. Es wird schwer fallen. Aber ich sagte mir, man darf sich dadurch nicht abschrecken lassen, *es muß am Ende doch gelingen.*

Ich habe nun damals zu arbeiten begonnen in der Überzeugung, daß man erst eine kleine Gruppe von Menschen bilden muß, und daß man diese Gruppe dann erweitern muß, vielleicht

25 Anspielung auf die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse in Deutschland.

zu einem kleinen Klub, dann zu einem Verein, endlich zu einer Partei und dann zu einer Bewegung. Und daß es zuerst 500, endlich tausend sein müssen, und zu den tausend müssen dann Hunderttausend hinzukommen und endlich Millionen. Und daß man im Laufe dieses Kampfes die Menschen aneinander gewöhnt, daß diese Menschen sich gegenseitig wieder schätzen, achten und verstehen lernen, daß sie im Kampf eine lebendige Gemeinschaft bilden, daß aus der Gemeinschaft eine lebendige Organisation wird und daß diese Organisation allmählich in das Volk hineinwächst als ein Faktor, der immer weitere Kreise zieht, und daß

endlich aus dieser Bewegung wieder ein Volk wird, eine Volksgemeinschaft, und daß darauf dann ein Staat gestützt wird, der unter sich wieder ein sicheres Fundament hat.

Also nicht von oben zu bauen beginnen, nicht von einer Regierung ausgehen, sondern *von unten.* Das Fundament des Deutschen Reiches, das ist das deutsche Volk, muß wieder in Ordnung gebracht werden.

Diese Arbeit hatte nur dann einen Sinn, wenn es dabei gelang, den deutschen *Arbeiter,* den deutschen *Bauer* und den deutschen *Mittelstand* zu gewinnen. Die heute Regierenden sagen: An der Spitze steht eine Regierung der Macht und der Autorität, und die muß untersuchen, mit welchen Sachen man dem Volk gerecht werden kann[26]. Eine Regierung ist vergänglich.

Die sogenannte Autorität und die Macht einer Regierung bedeuten gar nichts in Zeiten weltanschaulichen Kampfes.

Keine Regierung kann sagen: Diesem Kampf stehe ich neutral gegenüber. Im Gegenteil, sie selbst wird davon ja erfaßt. Entweder - oder!

Deutschland ist Deutschland oder es wird bolschewistisch.

Dann kann nicht das Kabinett *von Papen* sagen, wir stehen über den Ereignissen. Nein! Wehe, wenn man sich einbildet, eine Organisation einfach auf der Geistigkeit unserer oberen Zehntausend aufzubauen, ob das der Staat ist oder einerlei wer. Das hatten wir ja einmal. Wenn ich hier rede, dann rede ich wirklich als ein Mann, der die größten praktischen Erfahrungen gesammelt hat, denn ich habe die größte politische Organisation aufgebaut, und ich weiß eines: Das wäre nie möglich gewesen, wenn ich mich nicht dieses stabilen tragenden Elementes, des *deutschen Arbeiters,* des deutschen *Bauern* und des deutschen kleinen *Mittelstandes,* des soliden deutschen Bürgertums, besonnen hätte. Gewiß, das sind lauter Menschen, die schwer beweglich sind. Der *Arbeiter*, er ist dickköpfig, stark fanatisch, der *Bauer* hat einen Stierkopf, er ist schwer zu gewinnen, aber wenn sie einmal gewonnen sind, dann sind sie

das zuverlässigste, das treueste, das stabilste Element, darauf kann man eine Organisation aufbauen.

Die Geistigkeit der oberen Zehntausend ist viel zu beweglich, viel zu schwankend. Ich schätze diesen Intellektualismus, aber der Intellektualismus soll auch das Volk schätzen, er soll auch erkennen, daß man ewig nur dann bauen kann, wenn man unter sich diese breite Masse hat. Das ist letzten Endes *ein Fundament, auch für einen Staat.* Darum sind wir mit der Regierung nicht eins, weil *der Staat dieses Fundament nicht mehr hat.* Diese kleinen Menschen, die zu-

---

26 In seiner Rede vor dem Bayerischen Industriellenverband in München am 12.10.1932 sagte Reichskanzler Papen unter anderem: "Die Reform der Verfassung muß dafür sorgen, daß eine solche machtvolle und autoritäre Regierung in die richtige Verbindung mit dem Volke gebracht wird." Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 754-764, S. 760.

verlässig und treu sind, auf die man bauen kann, die werden nicht heute so und morgen so denken. Wenn ich von einem Dritten Reich[27] rede und wir Nationalsozialisten alle, dann möchten wir

dieses Dritte Reich so verstehen,

daß wir für die Zukunft dieses Reich als formelle Organisation *in einen inneren Zusammenhang bringen* mit dem Volk als lebendige Kraft, als aufbauendes Fundament. Und das ist auch mein Werk. Und wenn mich heute jemand einlädt, in eine Regierung einzutreten, so muß ich mir sagen: Werde ich dieses kostbarste Gut, was ich überhaupt besitze, erhalten und mehren können? Wenn ja, kann ich es tun, wenn nein, kann man mir anbieten, was man will, dann werde ich es nicht tun.

Diese Millionenmassen treuer Menschen, Arbeiter, Bauern, das ist das Geschenk, das der Nationalsozialismus dem deutschen Volk bringt[28].

Das ist unser Werk. Und wenn mir jemand sagt, ich soll mich an einer Regierung beteiligen, und die Vernunft sagt mir, ich werde etwas verlieren, dann *kann ich das nicht,* könnte es auch nicht tun, weil ich mir dann *treulos* würde. Und ich würde das verlieren, was ich mühsam aus dem Marxismus herausgeholt habe. Wir tun es nur in der Voraussetzung, daß

in Deutschland nun wirklich über Klassen und Stände hinweg eine Volksgemeinschaft verwirklicht wird.

Ich kämpfe nicht dreizehn Jahre meines Lebens für ein Ziel, um es dann plötzlich preiszugeben. Ich soll mein eigenes Werk preisgeben? Ich denke gar nicht daran! Wenn man mir aber sagt: "ja, das sollen Sie ja gar nicht, das wollen wir doch jetzt regeln," - das können sie nicht. *Sie können das, was wir geschaffen haben, gar nicht schätzen, können es gar nicht ermessen, es ist ihnen vollkommen fremd.*

Ich weiß aber eins: Dreizehn Jahre haben wir gearbeitet, aber dreizehn Monate würden genügen, dieses ganze Gut zu vernichten. Sie haben es mir schon einmal vorgemacht, haben *ein großes Reich gehabt, von den Vätern ererbt.* Und was ist aus diesem Reich geworden? Sie sollen sich nicht entschuldigen mit faulen Ausreden. Sie hatten die Macht, alles hatten sie. Wir waren damals nicht.

Sie haben damals das deutsche Volk verloren.

Sie sollen nicht sagen: "Ja, das Volk hatte gar keinen Wert." Nein, es taugte schon etwas,

es muß nur die Führung auch etwas taugen.

Aber was diese Führung taugt, sehen wir jetzt vielleicht am besten. Wenn ich heute so lese, daß diese bürgerlichen Zeitungen Hoffnungen hegen, die Nationalsozialisten gingen zurück

---

27 Der Terminus "Drittes Reich" ist der 1923 erschienenen gleichnamigen Schrift von Arthur Moeller van den Bruck entlehnt. Der Begriff, der eine bestimmte zeitliche Abfolge der deutschen Geschichte suggeriert, verstand sich - in Abgrenzung zu den Ideologien des 19. Jahrhunderts und zum herrschenden Staatsbegriff - als Entwurf einer neuen Form aristokratischer Herrschaft in Europa. Diese Herrschaft sollte sich nicht nach rassistischen oder nationalen Kriterien definieren, sondern allein nach denen einer diffusen "neuen" Weltanschauung, welche Idee und Wirklichkeit versöhnen sollte. Das Schlagwort wurde bald von nationalistischen Kreisen übernommen und fand über die Brüder Gregor und Otto Straßer Eingang in die damalige nationalsozialistische Terminologie. Vgl. Hans Fenske, Das "Dritte Reich". Die Perversion der Reichsidee. In: Deutschland in Europa. Ein historischer Rückblick. Hrsg. von Bernd Martin, München 1992, S. 210-230.

28 Vgl. Dok. 10, Anm. 9-12.

und die bürgerlichen Parteien wachsen wieder[29], dann muß ich wirklich sagen: *nichts gelernt und nichts vergessen.* Sie haben also in den letzten dreizehn Jahren am Klassenkampf noch nicht genug, und auch die Revolution von 1918 ist noch nicht genug. Es muß also noch eine kommen. Sie wollen also wirklich, daß endlich die rote Fahne aufgezogen wird. Sie haben es 1918 nicht zurückgehalten, heute nun sehen sie nicht den Wall unserer Bewegung, der die deutsche Nation beschützt und beschirmt vor dem größten Unglück.

Ich bin ein Sohn des Volkes und ich bleibe es, solange ich lebe.

Die Intellektuellen und die oberen Zehntausend haben eher die Möglichkeit, sich zu vertreten. Entweder kommt das deutsche Volk aus den Händen der Juden oder es verkommt. Und da möchte ich sein Fürsprecher sein, möchte

es hineinführen in ein einiges Deutsches Reich und in den Staat und die Verbindung herstellen zwischen Form und Volk, zwischen Staatsorganisation und völkischer Organisation, die eins sein sollen in der Zukunft.

Da ist unser aller Weg eindeutig und klar vorgezeichnet. Ob wir heute zur Macht kommen oder morgen, das spielt keine Rolle. *Und wenn ihr das Parlament elf-, zwölf- oder dreizehnmal auflöst*, ihr werdet mich niemals zur Kapitulation bringen können. Und die schlechten Eigenschaften des deutschen Volkes, die werden ihm anerzogen. Die hündische Demut haben sie selbst gebilligt. Man hat den Mann, der sich nicht beugt, verachtet oder zumindest bekämpft. Wenn ihr wollt, daß unser Volk als Nation anders gewertet wird, müßt ihr es anders erziehen, es trotzig machen und ihm den Widerstand einpflanzen. Das Wort "Nachgeben" steht nicht in unserem nationalsozialistischen Wörterbuch.

Und wenn Herr Hugenberg noch so schön sagt, der Klügere gibt nach[30], dann will ich lieber der Dümmere sein, aber nachgeben tue ich nicht.

Ich möchte nicht, daß dieses Gift in unser Volk wieder hineindringt und in unserer eigenen Bewegung weiter verbreitet wird. Wir haben uns unser Ziel gesteckt und werden es halten um jeden Preis. Endgültig gerettet ist Deutschland erst dann, wenn hinter einer deutschen Regierung 60 Millionen, vom kleinen Knaben bis zum Greis, in eiserner Überzeugung und eisernem Willen zusammenstehen. *Das ist unser Werk, unsere Aufgabe, und keine Macht der Welt soll uns davon abbringen.*

---

29 Vgl. z. B. Vossische Zeitung vom 17.10.1932, "Gefährliches Helldunkel": "Im Bürgertum sind neue Hoffnungen erwacht. Zugleich ist die Anziehungskraft der nationalsozialistischen Schwarmgeisterei im Schwinden", sowie Frankfurter Zeitung vom 29.10.1932 (AA und 1. MA), "Bayern vor der Wahl": "Wie anderwärts so scheint auch in Bayern, wo zudem die Fortschritte des Nationalsozialismus geringer waren als in den übrigen Teilen des Reiches, nach Beobachtungen des Wahlkampfes diese Rechnung auf einen *Stillstand oder gar eine rückläufige Bewegung des Nationalsozialismus* nicht fehlzugehen. Die Skrupellosigkeit, mit der der Nationalsozialismus alles und alle bekämpft, stößt jetzt, wo Ansätze zur wirtschaftlichen Besserung die Hoffnungen beleben, ebenso ab, wie sie im Tiefstand der Krise Anziehungskraft besaß. In dieser Situation, die eine politische Selbstbesinnung der Wähler erwarten läßt, hat auch die *Staatspartei* in Bayern ihre Kandidaten aufgestellt, an der Spitze Dr. Theodor Heuss und Oberbürgermeister Dr. Luppe."

30 Vgl. Dok. 25, Anm. 25.

30. Oktober 1932 Dok. 48
Rede auf NSDAP-Versammlung in Köln [1]

Westdeutscher Beobachter vom 31.10.1932, "Des Führers große Kölner Rede" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 47 [3].

31. Oktober 1932 Dok. 49
Rede auf NSDAP-Versammlung in Gummersbach [1]

Gummersbacher Zeitung vom 1.11.1932, "Hitler in Gummersbach" [2].

Hitlers Rede diente vornehmlich einer *Auseinandersetzung mit dem Kabinett von Papen*, wobei er seine am *13. August* [*1932*] erfolgte Ablehnung, in das Reichskabinett einzutreten [3], zu begründen suchte. Er habe sein Nein nicht leichtfertig ausgesprochen und sei sich darüber im Klaren gewesen, daß es neue Sorgen, neue Arbeit und neuen Kampf bedeutete. Aber er sei deshalb nicht in den *Zug der Regierung* eingestiegen, um nicht wieder aussteigen zu müssen, denn dieser Zug führe nicht zu den Stationen, wohin seine Partei wolle. Zudem könne die Regierung Papen mit ihrem wenigen Gepäck ohne viel Mühe ein- und aussteigen, was ihm, der er ein Gepäck von 13 ½ Millionen Anhängern [4] mit sich führe, natürlich viel schwerer fallen müsse. Warum, so meinte Hitler, habe man ihn nicht auf die Lokomotive gelassen? Als Vizekanzler oder als preußischer Ministerpräsident [5] hätte er nur einen *bedeutungslosen Einfluß* gehabt. Zu

---

1 In der Osthalle des Messegebäudes, nach 21.30 Uhr. An der vom stellvertretenden Gauleiter Richard Schaller geleiteten Versammlung nahmen nach Polizeiangaben etwa 20.000 Menschen teil (*VB*: 50.000 bis 60.000). Vor Hitler sprach Gauleiter Josef Grohé.

2 Vgl. auch Kölner Tageblatt vom 31.10.1932 (MA), "Adolf Hitler in Köln"; Kölnische Zeitung vom 31.10.1932 (MA), "Hitler in Köln"; Lokal-Anzeiger vom 31.10.1932, "Adolf Hitler in Köln"; Rheinische Zeitung vom 31.10.1932, "Hitler zu herabgesetzten Preisen"; Sozialistische Republik vom 31.10.1932, "Hitler-Pleite in Köln"; Stadt-Anzeiger vom 31.10.1932 (MA), "Adolf Hitler in der Osthalle der Messe"; Westdeutscher Beobachter vom 31.10.1932, "Köln umjubelt Hitler!"; VB vom 1./2.11.1932, "Adolf Hitler in Ostfriesland und im Ruhrgebiet"; vom 6./7.11.1932, "Gewaltige Freiheitskundgebung in Köln". Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 19.11.1932, "Die neue Parole: Der Kampf wird fortgesetzt! Adolf Hitler".

3 Die *Rheinische Zeitung* stellte fest: "Was Adolf sagte? Genau dasselbe wie in allen übrigen Versammlungen, die er in den letzten Tagen abhielt."

1 Im Zelt auf dem Steinberg, nach 16.50 Uhr. An der von Kreisleiter Fritz Marrenbach eröffneten Versammlung nahmen laut *VB* etwa 30.000 Menschen teil. Vor Hitlers etwa 30minütiger Rede sprach der Reichsinspekteur II der NSDAP, Robert Ley.

2 Vgl. auch Volkszeitung für das Rheinland und Westfalen vom 1.11.1932, "Hitler sprach in Gummersbach" sowie VB vom 3.11.1932, "Das größte Erlebnis des oberbergischen Landes in Gummersbach".

3 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

5 Vgl. Dok. 35, Anm. 11.

einer Marionettenfigur habe er keine Lust, auch durch Titel und Ministersessel lasse er sich nicht bestechen, wie überhaupt die Republik keinen Titel verleihen könne, der nicht an Wert zurückstände hinter seinem Namen.

Papens *Wirtschaftsprogramm*[6] ist für Hitler von Anfang an ein Fehlschlag gewesen; eine Notverordnung, deren geistiger Vater ein Jakob Goldschmidt[7] sei, könne nicht die ungeheure Not des Volkes beheben. Von der Wirtschaft her lasse sich überhaupt niemals ein Staat aufrichten, erst müsse die *politische* Stärke erreicht sein. Der Zerfall der Wirtschaft sei nur eine Folge des Zerfalles des Volkes gewesen, des Zerfalls in Parteien und Klassen. Arbeiter, Bauern und Mittelständler müßten sich wieder zusammenschließen in einer neuen *Volksgemeinschaft*. Sie zu schaffen sei das Ziel der NSDAP. Aus den 13 Millionen, die heute hinter ihm stünden, müßten einmal 30, 40 und 50 Millionen werden. Aus dieser Zahl erwachse dann der neue Staat, und diese Zahl werde das Fundament des 3. Reiches[8] mitbringen. Er denke nicht daran, sich jemandem zu unterwerfen und werde nicht um des Vorteils des Augenblicks willen die *große Linie* verlassen.[9]

31. Oktober 1932 — Dok. 50
Rede auf NSDAP-Versammlung in Wallmenroth (Kreis Altenkirchen)[1]

Altenkirchener Zeitung vom 31.10.1932, "Adolf Hitler im Siegtal"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 49.

---

6 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.
7 Vgl. Dok. 6, Anm. 9, Dok. 17, Anm. 4.
8 Vgl. Dok. 47, Anm. 27.
9 Folgt abschließender Kommentar: "Wobei man fragen muß, wo diese 'große Linie' denn schließlich hinführen wird. Uns jedenfalls bedrückt bei aller Achtung vor der Großtat Hitlers die Sorge, daß diese Linie an dem nationalen Ziel vorbeiläuft und dort endet, wo die von Hitler so oft zitierte Volksgemeinschaft sich bereits in ihren ersten Ansätzen wieder in Parteiwirtschaft und leere Schlagworte auflöst."

1 Im Zelt, abends. An der Versammlung nahmen nach Angaben der *Altenkirchener Zeitung* etwa 35.000 Menschen teil (*Der Angriff*: 50.000). Vor Hitler sprach Gauleiter Gustav Simon.
2 Vgl. auch Der Angriff vom 1.11.1932, "Des Führers unermüdlicher Kampf für das Volk".

31. Oktober 1932 Dok. 51
Rede auf NSDAP-Versammlung in Limburg an der Lahn [1]

Nassauer Bote vom 2.11.1932, "Hitler in Limburg" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 49 [3].

[Oktober 1932] [1] Dok. 52
"Zum Geleit"
Geleitwort

Druck mit faksimilierter hs. Unterschrift: Das Braune Heer. 100 Bilddokumente: Leben, Kampf und Sieg der SA und SS, mit einem Geleitwort von Adolf Hitler, Bildzusammenstellung Heinrich Hoffmann, Berlin 1932 [2].

In den Novembertagen 1918 war der seit über 50 Jahre dauernde Kampf zwischen Bürgertum und Marxismus in ein entscheidendes Stadium getreten [3]. Wenn in den zurückliegenden Jahrzehnten in einem ununterbrochenen Niedergang die bürgerliche Parteiwelt Position um Position verloren hatte, dann war doch zumindest dem Scheine nach der Staat selbst und die Staatsgewalt in ihrem Besitz verblieben. Nun sollte auch diese letzte Festung fallen. In einem einzigen Ansturm überrannte die Revolution die bürgerliche Kompromiß-Lösung der sogenannten kon-

---

1 Im Festzelt auf dem Marktplatz, nach 21.40 Uhr. An der Versammlung nahmen nach Angaben des *Nassauer Boten* etwa 10.000 Menschen teil (*Der Angriff*: 30.000). Vor Hitlers 45minütiger Rede sprach Landesinspekteur Süd/West Jakob Sprenger. Nach Hitlers Rede überreichten 15 Bürgermeister des Untertaunuskreises ihm Ehrenbürgerurkunden ihrer Gemeinden.
Die überhöhte Teilnehmerzahl der nationalsozialistischen Presse kommentierte der *Nassauer Bote*: "*Nun faßt aber der gesamte Marktplatz einschließlich des Raumes außerhalb des Zeltes nur 28.000 Menschen, wenn auf einen Quadratmeter vier Personen kommen, also alle wie die Heringe in der Tonne zusammengepreßt stehen.* Das Zelt, das nur etwas über 5.000 qm umspannte, größtenteils mit Stühlen und Bänken besetzt war, dazu mindestens zu einem Drittel leer stand, *kann also nicht viel mehr als 10.000 Menschen aufgenommen haben.*"

2 Vgl. auch Der Angriff vom 1.11.1932, "Des Führers unermüdlicher Kampf für das Volk"; Frankfurter Zeitung vom 2.11.1932 (AA und 1. MA), "Hitler in Limburg"; Unser Wille und Weg. Monatsblätter der Reichspropagandaleitung der N.S.D.A.P. 2 (1932), S. 367 f., "Gefälschte Ehrenbürgerbriefe" sowie Dokumente zur Limburger Stadt- und Kreisgeschichte 1870-1945, ausgewählt und kommentiert von Heinz Maibach, Limburg 1992, S. 91 f.

3 Die *Frankfurter Zeitung* berichtete unter anderem: "Was er sagte, entsprach genau dem Inhalt seiner Reden an anderen Orten Deutschlands, und das Kernstück seiner Ausführungen bestand deshalb in einer Verteidigung seiner Haltung am 13. August."

1 Die jüngsten in der Vorlage veröffentlichten Fotografien, die sich präzise datieren lassen, stammen vom Parteitag der österreichischen NSDAP in Wien vom 29.9. bis 2.10.1932 und von der Veranstaltung anläßlich der zehnjährigen Wiederkehr von Hitlers erstem Auftreten in Coburg am 16.10.1932 (vgl. Dok. 16). Die Entstehung des Geleitworts wird daher auf Oktober 1932 datiert.

2 Vgl. auch Der SA-Mann vom 7.1.1933, "Adolf Hitler: Das Braune Heer".

3 Gemeint sind die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

stitutionellen Monarchie[4] und eroberte damit nicht nur das Fundament der bürgerlichen Staatsideologie, sondern zerbrach damit leider auch die damals einzige vorhandene Organisation und Repräsentation der deutschen Kraft, ja des deutschen Lebenswillens. Schlechter haben noch kein Stand und keine Klasse ihren Staat verteidigt als das deutsche Bürgertum den seinen. Noch jahrelang nach der Katastrophe lag es so feige und erbärmlich am Boden, daß die innere Naturnotwendigkeit des Novembers 1918, insoweit es sich um das Zusammenschlagen der bürgerlichen Parteiwelt handelte, selbst der größte Patriot bei aufrichtiger Überlegung leider nicht bestreiten konnte. Das Wort "Heroismus" hat diese bürgerliche Welt nicht gekannt. Der Kompromiß zwischen König- und Bürgertum hatte sein natürliches Ende gefunden.

In der Zeit, da die neugeborene Republik zu ihrer Selbsterhaltung den Kampf gegen die schon ziffernmäßig staatlich nicht tragfähigen Terroristenbanden des Spartakusbundes[5] und der Unabhängigen SPD[6] durchführen mußte, erreichte der charakterliche Verfall des deutschen Bürgertums seinen Höhepunkt. Mit der frechen Phrase der "Staatserhaltung" wendeten sich die Staatszerstörer an das nationalgesinnte Deutschland mit der Bitte, die rote Republik gegen die noch rötere in Schutz zu nehmen. Es entsprach der Mentalität der von den bürgerlichen Parteien erfolgten Erziehung des deutschen Volkes, daß diesem Ruf Hunderttausende nationaler Deutscher Folge leisteten[7], ohne die sich daraus vernünftiger Weise ergebenden Konsequenzen zu ziehen.

In diesem Winter [*19*]18 auf [*19*]19, da man diese Tragikomödie erlebt, ergibt sich folgendes Bild der Lage:

1. Der Marxismus hat eine Revolution gegen das widerstandsfeige Bürgertum durchgeführt, ist aber selbst zu pazifistisch verseucht, den neugeborenen Staat mit dem eigenen Blut zu schützen.

2. Die der marxistischen Staatserhaltung dienenden bürgerlichen Wehr-Organisationen haben dank dem Idealismus zahlloser deutscher Jünglinge und Männer den Mut zu militärischem Handeln, aber ohne jede Kenntnis eines eigenen nationalpolitischen Ziels. Damit wird das Blut nationaler Idealisten für die marxistischen Reichszerstörer vergossen!

3. Das politische Bürgertum, heillos zerrissen und aufgelöst, deprimiert und kleingläubig, besitzt in seinen stärksten Köpfen höchstens noch den Wunsch, eine geistlose Restauration durchzuführen, aber nicht die Fähigkeit und nicht die Kraft, dafür auch nur die machtmäßigen

---

4 Bezieht sich auf die Verfassung des Deutschen Reichs vom 16.4.1871.

5 Der Spartakusbund konstituierte sich am 11.11.1918 aus der Ende 1915, Anfang 1916 gebildeten "Spartakusgruppe" und war die Keimzelle der 1919 gegründeten KPD. Im ganzen Deutschen Reich hatte der Spartakusbund nur einige tausend Mitglieder und stellte beim ersten deutschen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte vom 16. bis 20.12.1918 nur zehn der 489 Delegierten. Vgl. Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986, S. 75 ff., 95 ff.

6 Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), hatte bei ihrer Gründung am 6.4.1917 etwa 120.000 Mitglieder, bei der Vereinigung mit der SPD im September 1922 290.762 Mitglieder. Den höchsten Mitgliederstand erreichte sie im Oktober 1920 mit 893.923 Mitgliedern. Vgl. Hartfrid Krause, USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt a. M. 1975, S. 303.

7 Bezieht sich auf den Einsatz von Reichswehr, Freikorps und Bürgerwehren zur Niederschlagung der inneren Unruhen. Vgl. Hannsjoachim W. Koch, Der deutsche Bürgerkrieg. Eine Geschichte der deutschen und österreichischen Freikorps 1918-1923, Frankfurt a. M. 1978, S. 68 ff.; Hans-Joachim Mauch, Nationalistische Wehrorganisationen in der Weimarer Republik. Zur Entwicklung und Ideologie des "Paramilitarismus", Frankfurt a. M. 1982, S. 36 ff. sowie Francis L. Carsten, Reichswehr und Politik 1918-1933, Köln 1964, S. 98 f., 122 ff.

Voraussetzungen zu schaffen. Dieses Bürgertum hat keine Ahnung davon, daß dieser Kampf nun nicht mehr im Salon, sondern auf der Straße entschieden wird.

Sollte deshalb die Zukunft der deutschen Nation nicht endgültig begraben sein, dann mußte man den Entschluß fassen, unter Übergehung der bisherigen Klassen und Parteien auf einer neuen geistigen weltanschaulichen Plattform eine Organisation des deutschen Volkskörpers in Angriff zu nehmen.

Aus dieser Überlegung entstand die nationalsozialistische Partei.

Die neue Bewegung mußte sich vor einem Fehler hüten: Höchste politische Ziele benötigen zu ihrer Verwirklichung nicht nur den Geist einer Nation, sondern auch ihre Kraft. Es genügt nicht, dies nur als für den Staat notwendig zu erkennen, sondern es ist dies nötig, auch für jede Bewegung, die sich zur Bildung und Formgebung eines Staates berufen fühlt. Weil der Marxismus den Geist durch die Straße zu töten versucht, muß er auf der Straße geschlagen werden. Weil der Terror das Hauptinstrument des marxistischen Kampfes ist, darf man sich nicht vor ihm mit bürgerlichen dummen Beamten-Phrasen in den Salon zurückziehen oder auf die Hilfe des Staates hoffen, sondern muß ihm mutig entgegentreten, um ihn zu brechen. Daß das nicht jeder ministerielle Hohlkopf versteht, darf einen nicht abhalten, dies dennoch zu vertreten und durchzusetzen.

Aus dieser Überzeugung heraus entstand die nationalsozialistische Partei[8] und ihre SA[9].

Es war damals ein zumindest für das bürgerliche Empfinden vollständig neuartiger Weg, den die junge nationalsozialistische Bewegung einschlug. Eine neue Weltanschauung, die mit genialsten Propaganda-Methoden arbeitet, eine einzigartige Organisation aufbaut und einen bewunderungswürdigen Mut zu ihrer Verteidigung aufbringt! Ein Selbsthilfe- und Selbstschutz-Gedanke wird von dieser politischen Organisation gepredigt und vertreten, wie ihn das Bürgertum nie gekannt hat!

Die junge Partei begriff, daß man Weltanschauungen nicht durch Polizeihundertschaften beseitigt, sondern nur durch eine neue Weltanschauung heroisch verdrängt. Die sogenannten "legalen" militärischen wie auch polizeilichen Machtmittel des Staates sind, weil für einen anderen Zweck gedacht und bestimmt, zur Durchführung solcher Aufgaben gänzlich unfähig.

Ja nicht nur das:

Der Staat kann überhaupt niemals eine Weltanschauung beseitigen, sondern höchstens unterdrücken und damit innerlich festigen, außer er kämpft selbst als Instrument einer solchen!

So entstand neben der politischen und der Propaganda-Organisation der Partei die Organisation der SA.

Was heißt nun SA?

Dieses Wort ist nicht zu übersetzen [*sic!*], es ist ein Begriff für sich. Die Einrichtung, die man darunter versteht, könnte genau so gut irgendwie anders heißen. Das Wesentliche ist nicht die Bezeichnung, sondern der Gehalt. Wie so vieles in unserer Bewegung, ist auch dieses

8 Vgl. Dok. 25, Anm. 17.

9 Seit Januar 1920 begann die DAP/NSDAP einen Saalschutz einzusetzen, der am Ende des Jahres unter Leitung von Emil Maurice zur "Turn- und Sportabteilung" der NSDAP zusammengefaßt wurde. Nachdem sich diese am 4.11.1921 bei einer Saalschlacht im Münchner Bürgerbräukeller "bewährt" hatte, galt sie - nun unter der Bezeichnung Sturm-Abteilung - als offizielle Parteitruppe der NSDAP mit einer damaligen Gesamtstärke von etwa 300 Mann. Vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 22 ff. sowie Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 513 ff.

Wort, aus einem ganz kleinen Beginn entstanden, beibehalten worden, um endlich etwas zu umschreiben, was mit dem Ursprung kaum mehr verglichen werden kann.

Eine Handvoll verwegener Kriegskameraden war es, mit denen ich im Jahr [*19*]19 auf [*19*]20 den Schutz der Versammlungen unserer Bewegung durchführte. Blinde Draufgänger, die keine Zahl und keine Gefahr sahen. Da unser Kampf zunächst um die Eroberung des Versammlungssaales ging, war ihre Aufgabe begrenzt. Daher kam auch der Name "Saalschutz-Abteilung", der später in "Sportabteilung" erweitert wurde. Ein Zufall war es vielleicht nur, daß diese beiden Buchstaben plötzlich einen anderen Sinn erhielten. In einer schweren Saalschlacht 1920, dem ersten großen Kampf der jungen Bewegung, setzen sich 46 dieser fanatischen Draufgänger gegen mehr als 800 Gegner durch. Als der Kampf zu Ende geht, gleicht der Festsaal des Münchner Hofbräuhauses einem Trümmerhaufen. Kaum einer ist darunter, der nicht verletzt ist. In blutverklebten Strähnen hängen ihnen die Haare in die Gesichter, allein der rote Mob ist in einem 20 Minuten lang dauernden ununterbrochenen wilden Anstürmen aus dem Saale getrieben und die Versammlung nimmt ihren Fortgang!

Und wie durch Zauberschlag heißt nun die junge Gruppe auf einmal:

"Sturmabteilung".

Sie ist ihrer Aufgabe unentwegt treu geblieben. In unzähligen Saalschlachten hat sie ehrenvoll das Feld behauptet und dem Gegner endlich überhaupt die Lust genommen, mit der nationalsozialistischen Bewegung anzubinden [10].

Und dann erst begann der Kampf um die Straße! Vom Jahre [*19*]22 bis [*19*]23 wird in einer Stadt nach der anderen der rote Straßenterror gebrochen und für den deutschen Nationalsozialisten die Bewegungsfreiheit erkämpft. Alle die ministeriellen Flunkerer einer "Staatsautorität" von heute hockten damals unauffindbar im Verborgenen. Die Bewegung aber warb und kämpfte, und die SA tat ihre Pflicht!

Wie sehr diese braune Armee [11] ihren Namen einem natürlichen Entwicklungsvorgang verdankt, kann noch folgendes erweisen:

Als ich im Dezember 1924 nach 13 Monaten aus der Festungshaft zurückkehrte [12], und die Neugründung der Partei beschloß [13], fehlte mir das notwendige Instrument zum Schutze der

---

10 Zum Gewaltpotential der SA vgl. Peter H. Merkl, Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925-1933. In: Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld, Stuttgart 1982, S. 422-440 sowie die von der Werbeabteilung der SPD erarbeitete, 238 Seiten starke Dokumentation "Gewalttaten der Nationalsozialisten", die für die Zeit von Dezember 1929 bis November 1931 alle einschlägigen Zeitungsmeldungen über nationalsozialistische Gewalttaten aufführt; IfZ, Fa 30.

11 Mit der Neugründung von NSDAP und SA im Jahr 1925 hatte die Parteiführung begonnen, die SA einheitlich mit einem Braunhemd zu uniformieren, zu dem 1927 braune Mütze, farbige Spiegel und Rangabzeichen kamen. Diese Uniformierung wurde zum Vorbild für die Uniformen der gesamten NSDAP und ihrer Gliederungen. Die Übernahme der braunen Farbe war - ungeachtet aller späteren Deutungsversuche - jedoch nicht symbolisch begründet; vielmehr war es der Parteiführung gelungen, einen Restposten von Khakihemden der ehemaligen deutschen Kolonialtruppe günstig zu erwerben. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 174 f. sowie Halcomb, SA, S. 87 ff.

12 Hitler war am 1.4.1924 zu fünf Jahren ehrenhafter Festungshaft unter Anrechnung von 18 Wochen Untersuchungshaft verurteilt worden. Zugleich wurde ihm eine vorzeitige Entlassung auf Bewährung zum 1.10.1924 in Aussicht gestellt. Den Beschwerden der Staatsanwaltschaft zum Trotz erklärte das Bayerische Oberste Landesgericht die Bewährungsfrist am 19.12.1924 für rechtens; tags darauf wurde Hitler aus Landsberg ent-

Bewegung. Von den inneren Kämpfen der Partei während meiner Abwesenheit war auch die SA nicht verschont geblieben [14]. Eine Handvoll treuer Parteigenossen stellte sich mir nun wieder zur Verfügung, bereit, ohne Rücksicht auf Vergangenes gegen jedermann Stellung zu nehmen, der den Wiederaufbau der Bewegung sabotieren wollte. Da es sich nur in jedem Ort um ganz wenige der Treuesten und Zuverlässigsten handeln konnte, schien uns, gemessen an der früheren SA, schon das Wort "Abteilung" zu großspurig zu sein. Wir sagten daher nun nicht mehr Schutz-Abteilung, sondern Schutz-Staffel [15]. Die Bezeichnung blieb, aber aus den ersten 11 Mann sind heute nahezu 60.000 geworden [16].

Neben der halben Million SA-Männer [17] eine weitere Elite-Formation der nationalsozialistischen Bewegung [18]! Eine ungeheure Organisation der deutschen Kraft, des besten deutschen Mannstums!

Und dazu kommt nun eine nicht minder gewaltige Organisation der deutschen Jugend [19].

Diese Braunhemden-Armee ist nicht nur der eiserne Arm der Partei, sondern auch eine ungeheure Propaganda-Einrichtung. Sie hat in der Zeit größter Anforderungen und schwerster Opfer ihren Wert erprobt. Unzählige Male verboten, verfolgt, aufgelöst, die Führer verhaftet, in die Gefängnisse geworfen, ist sie aus jeder Unterdrückung nur noch stärker hervorgegangen. Es muß aber hier festgestellt werden, daß es noch nicht einmal Marxisten waren, die im Verfolgen dieser braunen Front das Höchste leisteten, sondern leider bürgerliche Erbärmlichkeit und bürgerliche Charakterlosigkeit. *Was das deutsche Bürgertum unter dem Regiment seiner bürgerlichen Parteien an dieser Zukunft der deutschen Nation verbrochen hat, kann niemals wiedergutgemacht werden.* Ein polnischer Insurgent ist dieser politisch elendesten Schichte unseres Volkes wertvoller als fünf deutsche Menschen, die für ihr Volk und ihr Vaterland gekämpft und geblutet haben [20]. Das besagt alles!

---

lassen. Vgl. Gritschneder, Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H.; Der Hitler-Prozeß 1924. Wortlaut der Hauptverhandlungen vor dem Volksgericht München I. Hrsg. und kommentiert von Lothar Gruchmann und Reinhard Weber unter Mitarbeit von Otto Gritschneder, 3 Bde., München 1997 ff.

13 Am 26.2.1925 verkündete Hitler öffentlich die Neugründung der NSDAP. Vgl. Bd. 1, Dok. 1-4, 6.

14 Nach dem gescheiterten Hitler-Putsch war der Frontbann im August 1924 von Ernst Röhm und Wolf Graf von Helldorff offiziell gegründet worden, um eine reichsweite Auffangorganisation für die SA zu konstituieren. Der rein militärischen Organisation schlossen sich einige kleinere Verbände wie die Altreichsflagge oder der Völkische Wehrring an, so daß dieser Wehrverband damals etwa 30.000 Mitglieder besaß. Nach der Wiedergründung der NSDAP im Februar 1925 begann der Verband rasch wieder zu zerfallen, schon weil Hitler sich gegen jeden weiteren Putschversuch entschieden hatte; die Masse der Mitglieder stießen wieder zur NSDAP bzw. zur SA, die organisatorischen Reste vereinigten sich mit Ludendorffs Tannenberg-Bund. Vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 45 ff.; David Jablonsky, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925, London 1989.

15 Die Schutzstaffel wurde im April 1925 unter Josef Berchtold als persönliche Leibwache Hitlers aufgestellt. Vgl. Robert Lewis Koehl, The Black Corps. The Structure and Power Struggles of the Nazi SS, Madison, Wis., 1983, S. 21 f.

16 Vgl. Dok. 16, Anm. 7.

17 Vgl. Dok. 16, Anm. 6.

18 In seiner Funktion als Reichsführer-SS war Heinrich Himmler seit März 1929 bemüht, den Elitegedanken der SS zu fördern und sich auf diese Weise von der SA abzusetzen. Vgl. Michael H. Kater, Zum gegenseitigen Verhältnis von SA und SS in der Sozialgeschichte des Nationalsozialismus von 1925 bis 1939. In: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 62 (1975), S. 339-379, S. 357.

19 Vgl. Dok. 16, Anm. 8.

Aber nicht nur als große Schutzbewegung des deutschen Blutes und damit der deutschen Zukunft ist dieses braune Heer zu werten, sondern auch als große Schule der Brüderlichkeit, der Überwindung der Klassengegensätze, der Beseitigung der Standesvorurteile, der nationalen Opferbereitschaft und als Schule der nationalen Disziplin und des Gehorsams. Aus Stadt und Land, aus Fabriken und Hochschulen kommen sie[21] und werden Soldaten der deutschen Idee. Unerhört ist ihr freiwilliger Opferdienst! Der Leichtsinn der Jugend früherer Generationen ist ihnen fremd! Das bürgerliche Wohlleben unbekannt! Die Schonung des eigenen Ichs unverständlich, Gewinn und Vorteile scheiden aus, ja wenn nötig, erscheint selbst das eigene Leben als nichts! Deutschland allein ist alles.

Sie übernehmen jede Arbeit, kämpfen auf jedem Platz, üben sich in jeder Gefahr zu Lande, zu Wasser[22] und in der Luft[23].

Zehntausende fähige Deutsche, die infolge unserer traurigen Standesvorurteile im bürgerlichen Staat niemals eine ihnen entsprechende Betätigung fänden[24] und damit zwangsläufig zum

---

20 In der Nacht vom 9. zum 10.8.1932 waren in Potempa, Landkreis Gleiwitz, gegen 1.30 Uhr neun uniformierte, zum Teil mit Pistolen bewaffnete SA-Männer und Angehörige des Oberschlesischen Selbstschutzes in die Wohnung des arbeitslosen Landarbeiters Konrad Pietzuch eingedrungen, fünf Angehörige der SA hatten das schlafende Opfer aus dem Bett gezerrt und auf den am Boden liegenden Mann eingetreten. Der Sachverständige hatte bei der Obduktion 29 mit großer Gewalt verursachte Verletzungen festgestellt. Ein Tritt in den Hals habe zum Eindringen von Blut in die Lunge und damit zum Tode geführt. Der Bruder des Ermordeten, Alfons Pietzuch, wurde schwer verletzt. Gegen die Angeklagten August Gräupner, Reinhold Kottisch, Paul Lachmann, Hellmuth Josef Müller und Ruffin Wolnitza verhängte das Sondergericht beim Landgericht Beuthen am 22.8.1932 die Todesstrafe, der Angeklagte Georg Hoppe wurde wegen Beihilfe zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, drei weitere Angeklagte freigesprochen. Grundlage für das Strafmaß war die "Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror" vom 9.8.1932, die unter anderem Totschlag "als Angreifer aus politischen Beweggründen" mit der Todesstrafe bedrohte und unmittelbar vor der Tat in Kraft getreten war. Vgl. Paul Kluke, Der Fall Potempa. In: VfZ 5 (1957), S. 279-297; Richard Bessel, The Potempa Murder. In: Central European History 10 (1977), S. 241-254; Manfred Krohn, Die deutsche Justiz im Urteil der Nationalsozialisten 1920-1933, Frankfurt a. M. 1991, S. 173 ff. Druck der Notverordnung vom 9.8.1932: RGBl. 1932, I, S. 403 f.

21 Zur Mitgliederstruktur der SA vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 81. Speziell zu ihrer Führung vgl. Kater, The Nazi Party, S. 169 ff. sowie Mathilde Jamin, Zwischen den Klassen. Zur Sozialstruktur der SA-Führerschaft, Wuppertal 1984.

22 Der erste Sturm der Marine-SA wurde Ende 1930 in Hamburg aufgestellt. Er hatte eine Stärke von 15 Mann und wurde von Kapitänleutnant a. D. Wilhelm Boltz geführt. Die Dienstvorschrift für die SA der NSDAP vom 1.10.1932 (IfZ, Db 52.26) bestimmte: "*Marinestürme* können mit Genehmigung der Gruppe an der Küste, an Seen und Flüssen dort aufgestellt werden, wo ihre Verwendung im SA-Dienst auf dem Wasser möglich und nützlich ist. Keinesfalls dürfen Marinestürme nur deshalb aufgestellt werden, um die Tradition der Marine in besonderen Einheiten zu pflegen oder die ehemaligen Marineangehörigen kameradschaftlich zusammenzufassen." Vgl. Bernd Ehrenreich, Marine-SA. Das Buch einer Formation, Hamburg 1935, S. 20 ff.

23 Seit Anfang 1932 wurden SA-Fliegerstürme gebildet, die sich aus ehemaligen Piloten, Kampfbeobachtern und Luftbildspezialisten rekrutierten, die dem 30.11.1931 gegründeten Nationalsozialistischen Fliegerkorps (NSFK) angehörten. Mit der Vereinnahmung des Luftsports durch die NSDAP verfolgte diese nicht nur propagandistisch-organisatorische sowie langfristig militärische Absichten. Die Gründung dieser Gliederungen war ebenso Ausdruck jenes Technikmythos', der in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg von der Öffentlichkeit, allen voran den radikalen Parteien, auch den linksradikalen, begeistert aufgegriffen wurde. Innerhalb der NSDAP blieb das NSFK eine kleine elitäre Splittergruppe, die zusammen mit anderen Flugsportgruppen im März 1933 mit dem Deutschen Luftsport-Verband verschmolzen wurde. Erst später versuchte man den politischen Gedanken wieder in den Vordergrund zu stellen, indem man 1937 den Deutschen Luftsport-Verband insgesamt in NSFK umbenannte. Vgl. Fritzsche, Nation of Fliers, S. 185 ff. Ferner Bd. IV/2, 26, 79.

Marxismus gedrängt würden, werden durch diese Bewegung in führende Stellen gehoben. Unbekannte Frontsoldaten von einst befehlen heute über Tausende[25], weil sie geborene Führer sind.

Der Mut aller dieser Männer ist ebenso groß wie ihre Zähigkeit und Beharrlichkeit. Ihre Kameradschaft vorbildlich, ihre Treue nie zu erschüttern. In diesen Reihen mitzukämpfen, ist jedes Einzelnen Stolz. Sie aber führen zu dürfen, empfinde ich als die größte Ehre meines Lebens.

Das ist das Braune Heer!

Adolf Hitler

24 Mit regionalen Abweichungen waren 1932 zwischen 60 und 70% der SA-Angehörigen arbeitslos. Vgl. Kater, Zum gegenseitigen Verhältnis von SA und SS, S. 361 f. sowie Conan Fischer, Stormtroopers. A Social, Economic and Ideological Analysis, 1929-35, London 1983, S. 45 ff..

25 Zur Bedeutung des Kriegserlebnisses für die SA-Führung vgl. Bruce B. Campbell, From Landsknecht to Political Soldier: The Political and Military Development of the Highest Leaders of the SA, Phil. Diss, University of Wisconsin-Madison 1988.

1. November 1932 Dok. 53
Rede auf NSDAP-Versammlung in Pirmasens[1]

Pirmasenser Zeitung vom 2.11.1932, "Hitler vor 60.000 in Pirmasens"[2].

Hitler beschäftigte sich in dreiviertelstündiger Rede, die durch Großlautsprecher übertragen wurde, lediglich mit innerpolitischen Fragen. Im Mittelpunkt der Ausführungen stand die Haltung der nationalsozialistischen Führung gegenüber dem Kabinett Papen und den Ereignissen der letzten Monate. In diesen Tagen würden unzählige Deutsche, nicht nur Parteigenossen oder Anhänger, viel mehr noch die Politiker aus dem bürgerlichen gegnerischen Lager an ihn persönlich die Frage richten: "Warum, Herr Hitler, haben Sie es am 13. August abgelehnt, in die Regierung Papen einzutreten[3]?" Er antworte darauf klipp und klar, daß er nach bestem Wissen und Gewissen nicht in den Zug der Regierung Papen einsteigen konnte, weil dieser Zug nicht dorthin fahre, wo er hinkommen wolle, weil dieser Zug nicht einmal dorthin kommen werde, wo die Männer hin wollen, die ihn heute dirigieren. Er werde vorher entgleisen. Schließlich habe er überhaupt nicht die Absicht, in einen Zug einzusteigen, um morgen wieder auszusteigen. Man habe ihm vorgehalten, daß er ja einmal in der Regierung seinen Einfluß hätte geltend machen können. Vielleicht wäre das möglich gewesen. Aber die Männer von heute hätten ihm dies sicherlich schwer gemacht, denn sonst hätten sie ihn eingeladen, auf die Lokomotive zu steigen, und ihn nicht in den Packwagen verfrachten wollen. Wenn man ihm es weiter verübelt habe, daß er den Posten des Vizekanzlers ausgeschlagen habe, so müsse er sagen, daß ihm dieser Posten die Möglichkeit aktiver Betätigung nur dann gegeben hätte, wenn Herr von Papen abwesend oder erkrankt gewesen wäre. In diesem Falle wäre Herr von Papen bestimmt immer gesund geblieben. Die Männer hätten sich getäuscht, die glaubten, ihn und seine Freunde durch Titel und Gehälter ködern zu können. Es sei zwar schlau eingefädelt gewesen, seiner Bewegung den Posten des Innenministers geben zu wollen[4]. Die Leute hätten sich gesagt: Regieren tun *wir*, aber der Polizeiminister ist dafür verantwortlich, daß die randalierenden Bauern und Arbeiter zu Paaren getrieben werden. So hätten sie geglaubt, in sechs Monaten ihm den letzten Bauern und den letzten Arbeiter entfremden zu können. Man hätte auf Regierungsseite eingesehen, daß man mit Gewalt der Bewegung nicht mehr Herr werden könne. Also füttert man die Kanaille! Aber die Deutsche Republik hat keinen Ministersessel, der mir so wertvoll wäre wie mein eigener Name. Das einzige, was für mich verführerisch wäre, das ist die Führung selbst. Und wenn mich Herr von Papen fragt, ja, wie kommen Sie denn dazu, die ganze Führung zu beanspruchen, so muß ich doch entgegenfragen: Ja, wie kommen denn Sie, Herr von Papen

1 Im Zelt auf der Festwiese an der Winzlerstraße, von 18.00 bis 18.45 Uhr. An der von Ortsgruppenleiter Rudolf Ramm mit einer Ansprache eröffneten Versammlung nahmen laut *Pirmasenser Zeitung* etwa 60.000 Menschen teil (*VB*: 80.000). Vor Hitler sprach MdL Ludwig Liebel. Hitler war, mit dem Flugzeug von Bonn kommend, in Mannheim gelandet und mit dem Auto nach Pirmasens weitergefahren. Nach der Versammlung ließ er sich im Auto nach Karlsruhe bringen.

2 Vgl. auch VB vom 3.11.1932, "Fabrikbelegschaften feiern freiwillig, um Adolf Hitler zu hören!" sowie Vorankündigung in der Pirmasenser Zeitung vom 1.11.1932.

3 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

4 Die Forderung nach dem Innenressort bei den Verhandlungen im August 1932 ging von der NSDAP aus. Vgl. Dok. 15, Anm. 29.

dazu, die ganze Führung zu beanspruchen und sie mir zu verweigern? Sie, der 13 Jahre beim Zentrum saß, und ich, der 13 Jahre die gewaltigste nationale Bewegung geschaffen hat!

Zum Wirtschaftsprogramm Papens[5] übergehend sagte Hitler, daß dieses Programm auf den Gebieten, auf denen es in erster Linie Hilfe bringen sollte, bereits versagt habe. Wie er von Jakob Goldschmidt gehört habe, hätte er gewußt, daß man mit diesem Programm nicht den Bauern, nicht den Arbeitern, nicht dem Mittelstand helfen wolle, sondern daß man nur die Absicht habe, wieder einmal die Banken zu sanieren[6]. Das Programm sei gänzlich unzulänglich, zum Teil unbrauchbar und überhaupt ungeeignet. Die nationalsozialistische Bewegung sei, davon sei er überzeugt, des deutschen Volkes letzte Hoffnung, aber diese 13,5 Millionen Deutsche[7], die hinter ihm ständen, erwarteten, daß die Bewegung erst dann im Deutschen Reiche eingesetzt werde, wenn des deutschen Volkes große Stunde gekommen sei. Wohl könne man 13 Jahre brauchen, um sich das Vertrauen des Volkes zu erwerben, aber man könne es in weniger als sechs Monaten verlieren. Die Kluft, die ihn und seine Bewegung von den Männern der heutigen Regierung trenne, sei die, daß er von vornherein sich gesagt habe, man müsse eine neue Volksgemeinschaft aufbauen. Man müsse dabei beginnen, ins praktische Leben jedes einzelnen Menschen hineinzutreten und ihn herauslösen aus Klassen, Ständen und Vorurteilen. Man müsse von unten beginnen und langsam aufbauen, auf daß das Reich erneut ein festes völkisches Fundament erhalte. Am Anfang sei das Volk[8]! Er sage sich: Wenn ich fest bauen will, dann muß ich auf den breitesten Volksschichten aufbauen. Die anderen hingegen glaubten, die Geistigkeit der oberen Zehntausend genüge, um das Volk zu regieren. Unter Hinweis auf die bekannten Vorgänge in Pirmasens am 12. Februar 1924 (Sturm auf das Bezirksamt)[9] sagte Adolf Hitler, daß auch hier nur das breite Volk wieder einmal das Land gerettet habe. Die deutschen Bürger sollten ihm dankbar sein, daß er das deutsche Volk wieder zurückgeführt habe in eine nationale Gemeinschaft, weil sonst dieses Volk heute längst in internationalen Händen wäre. Wenn die heutige Regierung sich auf die Reichswehr und auf die Polizei allein stütze, so erkläre er, das Herz[10] ist dazu da, um das Volk nach außen zu schützen[11] und die Polizei dazu, Verbrecher dingfest zu machen; jedenfalls aber nicht dazu, um eine schlechte Regierung vor

---

5 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.

6 Vgl. Dok. 6, Anm. 9, Dok. 17, Anm. 4.

7 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

8 Nach Johannes 1, 1: "Im Anfang war das Wort, und das Wort war bei Gott, und Gott war das Wort."

9 Die französische Besatzungsmacht förderte im Rheinland und der Pfalz separatistische Bestrebungen, die jedoch keinen großen Rückhalt in der Bevölkerung fanden. Am Abend des 12.2.1924 belagerte eine große Menschenmenge das Pirmasenser Bezirkskommissariat, in dem seit 29.11.1923 die Vertreter der separatistischen "Regierung der Autonomen Pfalz" ihren Sitz hatten. Nach einem Feuergefecht wurde das Gebäude gestürmt und in Brand gesetzt. Fünfzehn der Separatisten wurden von der Menge erschlagen. Auf Seiten der Angreifer wurden sieben getötet und etwa 20 schwer verletzt. Die französischen Gendarmen griffen angesichts ihrer geringen Zahl nicht ein. Bereits auf die ersten Nachrichten aus Pirmasens hin wurden in weiteren Städten und Gemeinden bereits am selben Abend oder in den nächsten Tagen die Separatisten vertrieben. Der Sturm auf das Bezirkskommissariat in Primasens wurde der Auslöser zum Zusammenbruch der "Autonomen Pfalz". Vgl. Harry E. Nadler, The Rhenish Separatist Movements During the Early Weimar Republic 1918-1924, New York 1987, S. 405 ff. sowie aus nationalsozialistischer Sicht Oskar Schäfer, Die Pirmasenser Separatistenzeit 1923/1924, Pirmasens 1936.

10 Offenbar Hörfehler; gemeint ist "Heer".

11 Vgl. Dok. 14, Anm. 11.

dem Volk zu schützen. Adolf Hitler lobte hierbei die unlösbare Treue der breiten Massen des Volkes ihm gegenüber und versprach, daß er diese Treue vergelte und das Volk niemals im Stich lassen werde. Die Regierung möge in ihrem Fahrwasser bleiben, er bleibe auf seinem Wege, der im Volke verlaufe. Für die Zukunft dürfe er zuversichtlich sein. Der Sieg der nationalsozialistischen Bewegung werde einmal doch für alle Deutschen die große Erlösung bedeuten.

Er setze seinen Namen nicht als Bürge unter ein schlechtes Geschäft und die Partei verkaufe er nicht und setze sie am wenigsten ein, um schlechte Regenten am Ruder zu erhalten. Es komme einmal die Zeit, wo ihm alle diese Menschen, die ihn heute nicht verständen und ihn sogar verurteilten, Abbitte leisten würden. Wenn ihm vom bürgerlichen Lager erklärt werde, er solle doch der Klügere sein und nachgeben, so erwidere er darauf, daß er ganz gern einmal nicht der Gescheitere sein wolle, aber nachgeben werde er auf keinen Fall[12]. Hitler schloß seine etwa ¾stündigen Ausführungen mit den Worten:

"Ich möchte nicht, daß auf meinem Grabstein einmal steht: Hier ruht Minister Sowieso, einmal dort Minister und einmal da. Auf meinem Grabstein soll nur mein Name stehen und höchstens dazu: Er war ein Mann, der, als er einmal einen Entschluß gefaßt hat, fanatisch an ihm festhielt und nicht ruhte und rastete, bis er sein Ziel erreichte, nämlich ein neues Deutschland aufzubauen, das auf der Treue und dem Glauben des ganzen Volkes beruht." [13]

1. November 1932 Dok. 54
Rede auf NSDAP-Versammlung in Karlsruhe[1]

Der Führer vom 2.11.1932, "Hitlers Karlsruher Rede"[2].

Mit tiefer melodischer Stimme beginnt Hitler. *Seit 6 Wochen habe sich in Deutschland ein grandioser Umschwung der Dinge vollzogen. Er glaube nicht, daß die Herren in Berlin, wenn sie diese Kundgebungen sehen würden, des Glaubens wären, die nationalsozialistische Bewegung sei im Rückgang begriffen*[3]. *Seit 5 Wochen sind sie ja so besorgt um uns.*

Mit beißender Ironie geht der Führer auf die Vorgänge vom 13. August [*1932*] ein[4]. Warum sei er nicht in den Zug des Herrn von Papen eingestiegen, so fragten ihn in den letzten Wochen

12 Vgl. Dok. 25, Anm. 24.
13 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Zelt auf dem Platz an der Daxlander Straße, nach 20.50 Uhr. An der von Kreisleiter Willi Worch eröffneten Versammlung nahmen laut *General-Anzeiger für Südwestdeutschland* etwa 30.000 bis 35.000 Menschen teil (*VB*: 50.000). Vor Hitler sprach Gauleiter Robert Wagner. Kurz nach 22.00 Uhr flog Hitler vom Flugplatz Karlsruhe nach Berlin ab.
2 Vgl. auch Badischer Beobachter vom 2.11.1932, "Adolf Hitler in Karlsruhe"; Karlsruher Tagblatt vom 2.11.1932, "Hitler in Karlsruhe"; Karlsruher Zeitung vom 2.11.1932, "Die Hitler-Kundgebung in Karlsruhe"; Volksfreund vom 2.11.1932, "Zirkus Hitler in Karlsruhe"; VB vom 3.11.1932, "Adolf Hitler vor 50.000 in Karlsruhe!".
3 Vgl. Dok. 47, Anm. 29.
4 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

verschiedene bürgerliche Politiker. Ich sage darauf, ich bin in den Zug der Regierung Papen nicht eingestiegen, weil ich nicht die Absicht hatte, kurze Zeit nachher wieder auszusteigen. Und ich hätte wieder aussteigen müssen, denn der Zug geht erstens nicht dahin, wo ich hinkommen will, ja er geht nicht einmal dahin, wo Herr Papen hinkommen will (Heiterkeit). Die bürgerlichen Politiker sagen mir, wenn Sie, Herr Hitler, wollen, daß dieser Zug in einer bestimmten Richtung fahren sollte, warum haben Sie dann nicht ihren Einfluß geltend gemacht? Wären Sie doch hineingegangen, Sie hätten den Zug dirigieren können.

Darauf sage ich: Ich habe noch nicht gehört, daß man einen Zug vom Packwagen aus dirigieren kann, ich war der Meinung, daß man dazu auf die Lokomotive stehen müsse [*sic!*]. Ich war bereit, auf die Lokomotive zu steigen und diesen Zug zu führen - aber das wollte man eben nicht.

Diese Verfassung von Weimar hat längst keinen Sinn mehr, sagen sie[5].

Und ich sage: 13 Jahre lang hatte sie einen Sinn, denn man konnte uns mit ihr bekämpfen[6]. Jetzt aber, da wir durch sie zwangsläufig zur Macht kommen müßten, - hat sie plötzlich keinen Sinn mehr für die Herren.

Daß man uns keinen Einfluß geben wollte, geht ja schon aus der uns angebotenen Beteiligung an diesem Kabinett hervor. Man sagte mir, ich solle Minister werden. Aber ein Minister von Papens Gnaden, ein Minister, der Minister ist, damit er Minister ist. (Große Heiterkeit.) Für eine solche dekorative Rolle eigne ich mich nicht. (Beifall.)

Was heißt hier Vizekanzler. Das ist ein Kanzler, der lediglich dann in Funktion zu treten hat, wenn der eigentliche Kanzler z. B. abwesend oder krank ist. Aber wenn ich Vizekanzler geworden wäre, dann - das dürfen Sie mir glauben - wäre der eigentliche Kanzler immer gesund. (Stürmischer Beifall und Heiterkeit.)

Man sagte mir: Herr Hitler, Sie müssen ja deswegen den Vizekanzlerposten übernehmen, damit Sie Ihrer Bewegung erhalten bleiben. (Heiterkeit.)

Und dann sagen die bürgerlichen Politiker: Außerdem sollten Sie noch preußischer Ministerpräsident werden[7]!

Und ich sage: Meine Herren, wen soll ich denn da eigentlich ablösen, Herrn Braun oder Herrn Bracht? (Stürmische Heiterkeit.) Die Ablösung von Herrn Braun konnte mir Herr Papen gar nicht anbieten, denn er hätte etwas verschenkt, das er gar nicht besaß. (Heiterkeit.) Das hätte eine schöne Lage gegeben, wenn ich von Herrn Papen das Amt des Herrn Braun z. B. entgegen genommen hätte und nachher hätte ich erfahren, nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofs, daß ich gar nicht der richtige Ministerpräsident wäre[8]. (Stürmische Heiterkeit.)

---

5 In einer Rede auf dem Jahresbankett des Vereins Berliner Presse am 28.10.1932 erklärte der Reichsminister des Innern, Wilhelm Freiherr von Gayl: "Mit sehr vielen anderen deutschen Staatsbürgern sehen wir aber die tatsächlich vorhandenen Mängel der Verfassung so deutlich, daß uns die Pflicht gebietet, an ihrer Beseitigung zu arbeiten. Wir sehen den ersten Mangel in einem überspitzten Parlamentarismus." Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 820-828, S. 826.

6 Zur Auseinandersetzung der staatlichen Gewalt mit der NSDAP vgl. Wolfram Pyta, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989, S. 265 ff.; Gusy, Weimar - die wehrlose Republik?, S. 119 ff. sowie Staat und NSDAP.

7 Vgl. Dok. 35, Anm. 11.

8 Vgl. Dok. 45, Anm. 9.

Man sagte mir: Sie hätten aber doch noch ein Luftfahrtministerium erhalten. (Heiterkeit.)

Das wäre ein Ministerium ohne Luftfahrt gewesen[9].

Und das Innenministerium? Das mußte ich unter allen Umständen ablehnen. Regiert hätten andere, und wir hätten die Ehre gehabt, dafür zu sorgen, daß das enttäuschte Volk zu Paaren getrieben wird durch die Polizei, wenn die Maßnahmen der Regierung bekannt werden[10].

Der verteufelt klug ausgedachte Plan ist fehlgeschlagen. Wenn man glaubt, es komme mir darauf an, mit einem Ministertitel geehrt zu werden, dann irrt man sich. Ich brauche keinen Titel. (Tosender Beifall.)

Gehalt, Ministergehalt reizt mich gar nicht. Wenn ich will, "verdiene" ich als Schriftsteller mehr, als ich als Junggeselle brauche[11]. (Stürmische langanhaltende Heiterkeit.)

Das einzige, was mich reizen kann, das ist die Führung, die tatsächliche Macht.

Wenn man mir sagt: Herr Hitler, nun haben Sie ja ausgesprochen, was Sie wollen, Sie wollen die Führung!

Darauf kann ich jederzeit antworten: Warum denn nicht? (Beifall.) Herr von Papen! Habe ich etwa weniger Recht, die Führung zu beanspruchen, als Sie? (Donnernder langanhaltender Beifall. Der Führer kann kaum weitersprechen.) Wenn einer von uns beiden das Recht hat, die Macht zu fordern, dann vermutlich doch der, welcher 13 Jahre lang die Voraussetzungen geschaffen hat, für .... (Die nächsten Worte des Führers gehen in einem Donner des Beifalls unter, der minutenlang anhält.)

Der Führer schildert dann die Stellungnahme[*n*] der bürgerlichen Parteien und Politiker zu seinem Schritt vom 13. August [*1932*] und schildert das vermutliche Verhalten derselben, wenn er in das Kabinett eingetreten [*wäre*] und den sicheren Zusammenbruch seines Zieles damit herbeigeführt hätte. Dann spricht er von der Notverordnungspolitik des Kabinetts Papen. Wenn man wisse, wer hinter der Wirtschafts-Notverordnung[12] des Kabinetts Papen stehe, dann wisse man auch genau, wem mit dieser Notverordnung geholfen werden sollte, den Bauern, den Arbeitern und der deutschen Wirtschaft, oder - den Banken.

Nicht mit Krediten rettet man eine Wirtschaft, sondern mit Aufträgen, d. h. durch ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Die Bürgerlichen sagen mir: Herr Hitler, wenn es Ihnen in der Regierung nicht paßte, konnten Sie ja wieder herausgehen.

Nein! Das kann man nur, wenn man das geübt hat! Herr von Gayl und die übrigen Herren sind mir darin unbedingt überlegen. Sie haben geübt, einmal hereinzugehen und wieder hinauszugehen und wieder herein und wieder hinaus... (Stürmische Heiterkeit.) Und dann bin ich dazu ein viel zu schwerfälliger Mensch. (Stürmische Heiterkeit.)

Was ich in meinem Leben angefangen habe, habe ich nicht mehr losgelassen. Ich betrat in meinem ganzen Leben nur einen politischen Zug[13], und den habe ich selbst gebaut[14], und da

9 Vgl. Dok. 21, Anm. 14.
10 Die Forderung nach dem Innenressort bei den Verhandlungen im August 1932 ging von der NSDAP aus. Vgl. Dok. 15, Anm. 29.
11 Vgl. Dok. 14, Anm. 8.
12 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.
13 Vgl. Dok. 47, Anm. 15.
14 Vgl. Dok. 25, Anm. 17.

sitze ich heute noch drin und bin so schwerfällig, daß ich in meinem ganzen Leben aus diesem Zug nicht mehr aussteigen werde. (Minutenlanger Beifall.)

Außerdem habe ich zu viel Gepäck dabei. (Heiterkeit.) Wenn man, wie Herr von Papen, nur eine Aktentasche als ganzes Gepäck besitzt, kann man leicht wieder aussteigen. Wenn man aber 13 Millionen Menschen hinter sich hat[15], dann ist das nicht so einfach. Da kann man nicht einfach kommandieren: Ganze Organisation rinn in die Kartoffel, ganze Organisation raus aus der Kartoffel [*sic!*]. (Stürmischer Beifall und Heiterkeit.)

Dann geht der Führer zu dem Problem der Behandlung des Volkes über. Er lehnt aus wirtschaftlichen und ideellen sowie aus psychologischen Gründen das Hereinwechseln und wieder Hinauswechseln der 13-Millionen-Organisation der NSDAP in diesen Staat und aus diesem Staat ab. Seine oft von minutenlangem Beifall unterbrochenen tiefgehenden Darstellungen erstrecken sich auf die ganze Entwicklung der Bewegung, den Sinn ihres Kampfes und das Ziel. Er streift die Gründe unseres Verfalles, der ein politischer und kein wirtschaftlicher ist, sondern erst den wirtschaftlichen Zerfall nach sich zog. Beim Wiederaufbau muß man daher beim politischen Aufbau beginnen, eben dort, wo der Zerfall eingesetzt hat. Man kann nicht wirtschaftlich heilen, was nur durch politische Heilung erreicht werden kann. Der Ausgangspunkt des Zerfalles ist der Zerfall unserer völkischen Kraft. Der Zusammenbruch trat ein, weil unser Volk keine einheitliche Willensrichtung und keine einheitliche völkische Weltanschauung mehr besaß, sondern in Dutzende von Teilauffassungen zerfiel. Als wir ins politische Leben traten, kämpften in Deutschland 43 verschiedene politische Anschauungen gegeneinander[16].

Er stellt dann den Gedanken heraus, daß ein Volk von unten seinen Staat wiederaufbauen müsse, aus den Wurzeln der Volkskraft heraus. Nicht von oben her kann eine völkische Erneuerung befohlen werden, sondern man muß hineingehen in das Volk und es zusammenführen, wie wir es seit 13 Jahren getan haben.

Er beschäftigt sich dann mit dem Begriff der "autoritären" Regierung[17] und ihrer Unhaltbarkeit, solange das Volk nicht als breite Basis gewonnen ist. Er spricht über Klassenhaß und Standesdünkel, die keinen Ewigkeitswert besitzen, daß aber diese Masse der Nation ewig sein müsse. Die Geschlossenheit und Einheit der Nation kann nur geschaffen werden, wenn man den heroischen Mut aufbringt, in das Volk hineinzugehen. Eine Regierung darf nicht hoch oben "über dem Volke" stehen[18], sondern sie muß mitten im Volke, im Herzen des Volkes ihren Stand haben, dann ist sie unerschütterlich und allen Gefahren gewachsen, da sie auch in gefahrvollen Zeiten eine Plattform hat, auf der sie unbesiegbar stehen kann.

Wir haben es fertiggebracht, in einer materialistisch verseuchten Zeit die alten Tugenden wieder zu wecken. Wir kennen eine Treue, die nicht nur den Gefolgsmann an den Führer, sondern den Führer auch an den Gefolgsmann bindet.

Wenn Papen sagt: Ich habe die Macht, dann muß ich antworten: Nein, das haben Sie nicht, die Polizei und die Reichswehr, das ist keine Macht, sondern das ist die Gewalt. *Die Macht liegt im Volke, im Glauben und in der Kraft des Volkes.*

15 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.
16 Vgl. Dok. 16, Anm. 13.
17 Vgl. Dok. 47, Anm. 26.
18 Vgl. Dok. 35, Anm. 17.

Hitler beschäftigt sich mit den psychologischen Gründen zu der Stetigkeit der großen Religionen, die im Volke wurzeln, nicht in der abstrakten Geistigkeit der Intelligenz. Das Volk, der Arbeiter und der Bauer, sind schwer zu gewinnen, aber wer sie einmal gewonnen hat, der hat treue und zuverlässige Menschen. Sie waren es, die 4 Jahre lang einer Welt von Feinden standgehalten haben[19]. Das Wunder, das wir in jenen Jahren erlebten, war die offenbar gewordne ungeheure Kraft dieser Nation, der gegenüber der ewig wägende und grübelnde Verstand versiegt.

Wir haben wieder 13 Millionen gesammelt. Wenn man in Berlin uns will, dann muß man uns nehmen, so wie wir sind. Ich persönlich als einzelner Mensch bin nicht mehr als irgendwer, als Herr von Papen oder Herr von Gayl. Was mich heute über sie aber erhebt, ist, daß hinter mir diese 13 Millionen stehen, die Träger der Idee.

In Beispielen erklärt Hitler den Standpunkt der NSDAP gegen den des Herrn von Papen und geißelt den Unverstand der bürgerlichen Welt um Papen gegenüber den wirklichen Zusammenhängen.

Hitler endete unter ungeheurem Jubel und tosendem Beifall. Er gehe in diesen Kampf im Bewußtsein seines sieghaften Ausganges. Er werde niemals diese Bewegung Kompromissen zum Opfer bringen. Lieber lasse er sich von seinen SA-Männern zerstückeln, als daß er Konzessionen mache an eine Welt, die bereits abgetreten sei. Nur die fanatische Hingabe an unser Volk wird den Sieg bringen.[20]

2. November 1932 — Dok. 55
Rede auf NSDAP-Versammlung in Berlin[1]

Der Angriff - Sonderdruck, November 1932, "Deutschland ist auf dem Marsch"[2].

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Es ist *eine* Frage, die seit 6 Wochen an uns Nationalsozialisten und insbesondere immer wieder an mich gerichtet wird, *die Frage, ob man nicht doch hätte in dieses Kabinett eintreten sollen*[3].

---

19 Anspielung auf die Dauer des Ersten Weltkriegs.

20 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Sportpalast, nach 21.00 Uhr. An der von SA-Gruppenführer Wolf Graf von Helldorff mit einer Gedenkrede auf den am 27.10.1932 erschlagenen SA-Scharführer Richard Harwik eröffneten Versammlung nahmen laut *VB* etwa 40.000 Menschen teil. Vor Hitler sprach Landesinspekteur Joseph Goebbels. Ab 18.00 Uhr wurde der Zutritt zur überfüllten Versammlung polizeilich gesperrt. Mit Lautsprecher wurde Hitlers Rede in mehrere andere Veranstaltungslokale übertragen.
Die *Vossische Zeitung* kommentierte: "Der 'Führer', der eine lange Rechtfertigung seines Verhaltens am 13. August und, nach vielen, schmerzlich-ressentimentalen Angriffen auf die Regierung Papen-Gayl, einen noch längeren Rückblick auf seine politische Entwicklung gab, ist in diesem Augenblick ein fast ausgepumpter Mann. Seine naturgemäß überanstrengte und heisere Stimme hat trotz des traulichen Tonfalls vom Inntal viel von der früheren Zauberkraft verloren, und der Beifall unterbricht seine Sätze nicht mehr so oft und so tosend wie früher."

Man weiß ja so ungefähr, was mir angeboten wurde, und man sagt nun, es wäre doch richtiger gewesen, statt diesen Kampf zu beginnen, zu nehmen, was uns angeboten wurde, und in diese Regierung hineinzugehen. Am meisten wird diese Frage eigentümlicherweise an mich gerichtet von denen, die bisher wenig Besorgtheit um das Schicksal *unserer* Bewegung erkennen ließen. Deutschnationale bürgerliche Zeitungen können sich nicht genug tun in Besorgtheit um das Schicksal unserer Partei. Sie sagen: Welch' eine erfolgversprechende Bewegung, welch' eine verdienstvolle Arbeit, - und jetzt plötzlich alles vielleicht doch *vergeblich*, nur, weil *die historische Stunde nicht wahrgenommen* wurde[4].

Ich habe die Arbeit nicht gescheut ...

Sie sagen: "Herr Hitler, hätten Sie doch damals eingeschlagen, wären Sie doch *hineingegangen*!" Ich kann darauf nur sagen, ich bin *nach reiflichster innerer Überlegung* nicht in dieses Kabinett gegangen! Ich war mir über das *Ergebnis* meiner Ablehnung völlig klar. Man soll doch nicht so tun, als ob wir etwa die Verantwortung gescheut hätten oder die Arbeit. Ich glaube, wir hätten weniger Arbeit, wenn wir im Kabinett säßen, als wir heute haben! Ich bin nach genauer Prüfung und Erwägung aller Möglichkeiten zu meinem *Nein* gekommen. Zum Nein schon aus einem Grunde: *Ich gehe nicht in eine Regierung, um in absehbarer Zeit wieder herauszugehen.* (Beifall.) Entweder - oder! Wenn man mir heute sagt: "Ja, wenn Sie wirklich geglaubt hätten, daß es nicht geht, dann hätten Sie doch wieder gehen können!"

Nein, das konnte vielleicht jeder andere, ich habe das nicht gekonnt.

Übrigens bin ich in diesem Hinein- und Herausgehen nicht so gewandt wie die *bürgerlichen* Politiker. Die haben hier etwas mehr Übung. Ich habe mich in meinem ganzen Leben darauf noch nicht trainiert.

Einmal in meinem Leben bin ich in eine Bewegung gegangen, die habe ich gegründet[5], und in der bin ich geblieben[6], und in der werde ich bleiben bis an meinen Lebensabend! (Beifall!)

Zu schweres Gepäck

Ich kann nicht - wie die bürgerlichen Politiker - mich heute für etwas entscheiden, morgen wieder herausgehen, übermorgen wieder hineingehen. Dafür habe ich zu viel und ein

zu schweres politisches Gepäck.

Wenn man wie die Herren Minister von *Papen* und von *Gayl* nichts hat als eine *Aktentasche*, dann kann man selbstverständlich hineingehen und heraus und wieder hineingehen und wieder heraus. Wenn man aber hinter sich *13 Millionen Menschen* hat[7], dann geht das einfach nicht.

---

2 Vgl. auch Der Berliner Westen vom 3.11.1932, "Adolf Hitler im Sportpalast"; Deutsche Allgemeine Zeitung vom 3.11.1932 (MA), "Hitler im Sportpalast"; Vossische Zeitung vom 3.11.1932 (AA), "Prominentenabend im Sportpalast"; Der Reichsbote vom 4.11.1932, "Adolf Hitler im Berliner Sportpalast"; VB vom 4.11.1932, "Der Führer rechnet mit dem Kanzler der Reaktion ab"; vom 6./7.11.1932, "General-Appell des Führers in Berlin", sowie J[*ulek*] K[*arl*] von Engelbrechten und Hans Volz, Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin. Ein Führer durch die Gedenkstätten des Kampfes um die Reichshauptstadt, München 1937, S. 206.

3 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

4 Vgl. auch Dok. 6, Anm. 6.

5 Vgl. Dok. 25, Anm. 15.

6 Vgl. auch Dok. 47, Anm. 15.

7 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

Diese 13 Millionen, die nicht nur die letzte Sammlung, sondern die letzte deutsche Hoffnung überhaupt sind, sie erwarten, daß, wenn diese Bewegung eingesetzt wird, daß das dann auch wirklich des deutschen Volkes ganz große Stunde ist.

Man kann nicht mit diesen 13 Millionen so exerzieren, wie es die Herren ohne Partei und *ohne* Bewegung natürlich jederzeit tun können. Diese bürgerlichen Politiker! Sie sagen: Ja, aber Sie hätten doch Ihren *Einfluß* geltend machen können. Natürlich, geltend machen hätte ich ihn können,

aber man rede mir doch nicht ein, daß mir auch nur ein Mensch gefolgt wäre.

Ich habe das ja erlebt! Die Herren wissen das ja viel besser, als ich es weiß. Sie haben zwar keine große Erfahrung, aber eine große Ahnenreihe[8]. Und davon leiten sie ja die Berechtigung für ihr *politisches Handeln* ab. Hier kann man gar nicht konkurrieren. Jeder Ratschlag, den ich erteile, ist nicht geheiligt durch drei oder vier Jahrhunderte, sondern bloß begründet in der *Vernunft*, für die sie kein Verständnis haben.

Ich weiß, daß man innerlich nie daran dachte, uns überhaupt einen Einfluß zu geben. Und am wenigsten denken und dachten diejenigen daran, die heute scheinheilig so reden, als ob sie das je gewollt hätten.

Trommler und "Führer"

13 Jahre lang haben sie geglaubt, uns mit der *Verfassung von Weimar überwinden zu können,* aber dabei ist diese Bewegung *trotzdem gestiegen.* In diesen 13 Jahren haben sie mich oft genug in die *Prozeß-Säle* hineingeschleift[9]. Sie glaubten, daß doch am Ende die Verfassung die Möglichkeit bieten würde, unsere Bewegung zu erledigen. Und als das nicht kam, da hat allerdings die eine oder andere Partei - den jungen Riesen vor sich sehend -, langsam so im Innern dem Gedanken gehuldigt, sich vielleicht mit ihm zu verbinden. *Nicht,* indem man ihm *die Führung* gibt, *nein, sondern indem man die junge Kraft dieser Bewegung einspannt für die eigenen Ziele.* Sie haben damals die Worte geprägt: *Trommler seien wir* - Trommler! Also von vornherein hatte man damit schon unsere *begrenzte Mission* der Mitwelt klargemacht. *Wir* die Trommler, und die *anderen* die Führer[10]! Sie saßen beisammen in dem "Führerkreise", und sie redeten von Führung sehr viel,

aber sie hatten ja nichts zu führen.

Was war näherliegend als daß die, die nichts zu führen und nichts zu tun hatten, diejenigen nun plötzlich mit ihrer "Führung" beehrten, die etwas geschaffen hatten? Etwas geschaffen, was nur Trommler besaßen und was nach ihrer Auffassung zur Tat damit *nicht reif* und nicht fähig sein konnte.

Aus diesen Gedankengängen ist damals auch Harzburg[11] *entstanden.*

Denn als diese Vereinigung zum ersten Male ihrem inneren Sinn entsprechend in die *Wirklichkeit* hätte umgesetzt werden müssen, - anläßlich der Reichspräsidentenwahl - da sagte man es zum ersten Male ganz offen heraus:

8 Vgl. Dok. 10, Anm. 13.

9 Vgl. Dok. 15, Anm. 37 sowie Dok. 25, Anm. 11.

10 Vgl. Dok. 21, Anm. 23.

11 Gemeint ist die am 11.10.1931 von DNVP, NSDAP, Stahlhelm, DVP, Reichslandbund, Wirtschaftspartei und anderen Rechtsgruppen gebildete lose "Harzburger Front", die sich als Zusammenschluß der "nationalen Opposition" verstand. Vgl. auch Bd. IV/2, Dok. 43, 44.

Ein Nationalsozialist ist für uns alle untragbar[12]*!*

Und jetzt will mir jemand einreden, daß man mich eingeladen hat, in dieses Kabinett einzutreten, damit nach unserem Einfluß regiert werde?

Dekorative Minister

Danach sah ja auch die Beteiligung aus! Wenn man jemand einladen will, damit er seinen Einfluß geltend macht, dann macht man ihn zum

"Minister ohne Portefeuille".

Das ist offenbar die verfassungsmäßig dazu geeignete Stelle. Dann macht man ihn außerdem zum *Vizekanzler*. Das ist *der* Kanzler, der überhaupt nur in Erscheinung treten kann, wenn der eine Kanzler nicht da oder krank ist. *Aber wenn ich Vizekanzler bin, wird der andere Kanzler niemals krank!* (Stürmische Zustimmung der Versammlung.)

Auch die ganze andere Beteiligung sah dementsprechend aus.

Alles nur Titel ohne Macht!

Oder bildet man sich etwa ein, daß wir die Rolle des Kabinetts *Braun* hätten übernehmen sollen?

Für derartig dekorative Zwecke eigne ich micht nicht!

Und dazu eignet sich am wenigsten unsere Partei!

Ich weiß sehr genau, daß alle diejenigen, die vor 6 Wochen geklatscht und Hosianna[13] gerufen hätten, wenn ich damals eingetreten wäre, heute schon die lautesten Ankläger sein würden.

Heute würden sie dastehen und erklären: Wie kann der Führer einer so großen Bewegung, ohne zu prüfen, sich einem *solchen System* verpflichten? Das hätten Sie wissen müssen, das war Ihre Aufgabe! Grade Sie als Mann, der unerhörte Autorität besitzt und eine Gefolgschaftstreue sondergleichen, Sie mußten sich das beizeiten überlegen, ehe Sie sich dazu entschieden.

Damals hätten sie *Hosianna* gerufen. Heute würden sie schreien: *"Kreuziget ihn*[14]*!"* Ich kenne sie genau!

(Wieder wird der Führer durch andauernde Beifallskundgebungen unterbrochen.)

---

12 Reichskanzler Brüning versuchte im Januar 1932 eine Reichspräsidentenwahl zu vermeiden und statt dessen Hindenburgs Amtszeit einfach mit Hilfe einer Abstimmung im Reichstag und Reichsrat zu verlängern. Da es sich jedoch um eine Verfassungsänderung handelte, mußte diese von mindestens zwei Drittel aller Reichstagsabgeordneten getragen werden. Nach verschiedenen Gesprächen zwischen Vertretern der Reichsregierung und der NSDAP in der Zeit vom 6.1.-11.1.1932 verweigerte Hitler schließlich seine Zustimmung, stellte sie aber für den Fall einer Reichstagsauflösung in Aussicht. Parallel zu Hitler erteilte auch Hugenberg am 11.1. dem Plan eine schriftliche Absage. Hitler und Hugenberg hatten sich in Besprechungen am 9.1. und 11.1. auf diese Entscheidung geeinigt, am 10.1.1932 blieb eine Aussprache von Brüning und Hugenberg über diese Frage ergebnislos.

Die anschließenden Bemühungen des Stahlhelm und der DNVP, einen gemeinsamen, für alle Gruppen der sogenannten *Nationalen Opposition* akzeptablen Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl 1932 zu bestimmen, scheiterten an der Forderung Hitlers, einen Nationalsozialisten aufzustellen. Am 14.2.1932 beschloß der Stahlhelm die Aufstellung seines Zweiten Bundesführers Theodor Duesterberg, am 17.2. wurde ein formelles Bündnis zwischen DNVP und Stahlhelm über die Unterstützung Duesterbergs abgeschlossen.

Vgl. Andreas Dorpalen, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1966, S. 243 ff.; Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 704 ff.; Volker R. Berghahn, Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966, S. 204 ff. sowie Bd. VI/3, Dok. 6, 7, 8, 12, 23.

13 Vgl. Dok. 47, Anm. 20.

14 Vgl. Dok. 45, Anm. 14.

Große Hoffnung - schwere Enttäuschung

Das eine ist doch jetzt schon entschieden: *Die deutsche Wirtschaft wird durch dieses Regiment und durch dieses Kabinett und durch die Maßnahmen dieser Regierung nicht gerettet werden!* Im Gegenteil! Eine *große Hoffnung,* die man aufsteigen ließ, *wird in einer schweren Enttäuschung enden.* Diese Enttäuschung ist heute schon da, und es konnte nicht anders sein. *Eine Notverordnung* [15], deren

geistiger Vater Jakob Goldschmidt

heißt [16], kann nicht die *deutsche Wirtschaft* retten, nicht den *deutschen Bauern* und den *deutschen Mittelstand,* sondern am Ende nur die *deutschen Banken.* Man wird in den kommenden Wochen von Tag zu Tag den

inneren Zusammenbruch dieser Wirtschaftsrettung

deutlicher sehen. *Schon jetzt ist es doch so, daß die Parteien, die mir vorwarfen, daß ich nicht in die Regierung eintrat, auf einmal nicht mehr den Mut haben, die Taten der Regierung zu decken.* Was heißt das, wenn jetzt plötzlich die Deutschnationale [*Volks*-]Partei sagt: *"Wir sind nicht verantwortlich für das, was Papen tut* [17]*."*

Sie sagen, *sie* denken nicht daran, aber *ich* hätte das, was diese Regierung tut, decken sollen.

Die Herren stehen *hinter* der Regierung und müssen auch für ihre Taten gradestehen!

Ein unerhörter Zusammenbruch

Ich habe es damals abgelehnt, in dieses Kabinett einzutreten, nicht nur aus *wirtschaftlichen,* sondern zuletzt aus viel tieferliegenden Überlegungen.

Ich bin der Überzeugung, daß zwischen den Gedanken *der* Männer, die dieses Regime repräsentieren, und uns eine überhaupt *nicht zu überbrückende Kluft besteht.* Und ich war weiter der Überzeugung, daß *dieses Regime* infolge seiner grundsätzlich falschen Gedankengänge zwangsläufig mit einem *unerhörten Zusammenbruch enden muß.*

Die Ursachen des Verfalls

Ich darf Ihnen diese Gedankengänge vielleicht in großen Zügen darlegen:

Herr von Papen sagte in seiner "berühmten" Rede [18]: Man müsse eine Regierung bilden, *autoritär* und *machtvoll.* Dann muß man untersuchen, in welche Verbindung man diese Regie-

---

15 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.

16 Vgl. Dok. 6, Anm. 9, Dok. 17, Anm. 4.

17 Auf der Reichsführertagung der DNVP am 6.10.1932 erklärte der Parteivorsitzende Alfred Hugenberg unter anderem: "Die Unterstützung des Kurses der Regierung Papen bedeutet keine Blankovollmacht." Vgl. Der Tag vom 7.10.1932, "Reichsführertagung der DNVP".
Der Führer der *Kampfstaffeln junger Deutschnationaler*, Berlin, Franz Nowak, gab in *Der Tag* vom 3.11.1932, "Das Vaterland über die Partei!", zutreffend die Einstellung der DNVP wieder, als er unter anderem schrieb: "Und nun die Frage aller Gretchenfragen: Wie stellt sich der junge Nationalismus zu Herrn von Papen und seiner Regierung? Ist diese Regierung wirklich das Ziel, für das er kämpft? Keineswegs! Die Jugend, auch die nüchterne und kühle nationalistische Jugend, findet manches, was zu wünschen übrig bleibt. Das auszuführen, gehört jedoch in einen anderen Zusammenhang. Der junge Nationalismus Deutschlands kämpft nicht für die Regierung, er kämpft *mit* der Regierung für *Deutschland*!"

18 Gemeint ist Papens Rede vor dem Bayerischen Industriellenverband in München am 12.10.1932. Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 754-764.

rung mit dem *Volk* bringen könne. Diese Regierung selbst müsse dabei *über* den Erscheinungen des politischen Lebens dieses Volkes stehen, müsse über den geistigen Bewegungen dieser Parteien thronen[19], und sie habe sich dabei zu stützen auf die *Machtmittel*, die die staatliche Autorität gewährleisten:

Polizei und Heer[20].

Darin äußert sich eine Welt von Auffassungen, die von der unseren so weit getrennt erscheint, daß sich selbst *beim besten Willen keine Brücke darüber findet.* Als ich vor 13 Jahren in das politische Leben eintrat[21], beherrschte mich vor allem eine Überzeugung:

Deutschland hat einen Krieg verloren! Die Menschen werden zunächst nur den *Verlust* des Krieges sehen, keineswegs aber die *Ursachen,* die zum Verluste führen mußten. Spüren werden sie aber erst das Ergebnis des Verlustes des Krieges dann, wenn

der wirtschaftliche Verfall als Folge der politischen Katastrophe

eintritt. Ich sagte: Heute reden sie vom verlorenen Krieg. In fünf Jahren werden sie vor dem *Ruin der Wirtschaft* stehen und dann werden sie plötzlich im einzelnen *empfindsam und hellhörig* werden für die Not der Zeit, aber sie werden dann diese Not in erster Linie nur als eine *wirtschaftliche* empfinden. Die bestehenden Parteien zeigen ja, wie sehr sie von diesem Gedanken befangen sind. Denn von welchen Gesichtspunkten gehen sie denn aus? Die eine Partei hat als Wurzel ihres Denkens die Not des *Mittelstandes,* die andere Partei wieder redet vom kleinen *Handwerker,* wieder eine andere Partei kennt nur die *Beamten*, eine andere Partei nur die *Angestellten*. Wieder eine andere Partei kennt die Sorgen der *Grundbesitzer* und die Sorgen der *Hausbesitzer*. Eine andere wieder die Nöte der *Mieter,* der *Arbeitgeber* und *Arbeitnehmer*. Und so endlos weiter[22].

Das politische Denken der Nation löst sich auf in einem wirtschaftlichen Denken.

In der Zeit, da sich das ausprägte, trat ich zum ersten Male vor die Öffentlichkeit[23] und wies darauf hin, daß der Versuch, die *deutsche Not* zu beheben, von *Wirtschaftsgesichtspunkten* aus, fehlschlagen muß, *denn der Ausgangspunkt liegt nicht in der Wirtschaft, ja nicht einmal in der politischen Katastrophe, sondern in der völkischen.*

Die Kraft des Staates wurzelt im völkischen Erdreich!

Der Aufbau des Reiches wird nicht am Teetisch geschaffen, man muß in das Volk gehen!

Ich sagte damals: Wir müssen, wenn diese Not überwunden werden soll, den Heilungsprozeß *dort* ansetzen, wo *der Verfall* seinen Ausgang genommen hat. Der Verfall aber begann in der

Zersetzung der gesamten geistigen und willensmäßigen Auffassungswelt unseres deutschen Volkes.

Das deutsche Volk atomisiert sich und verbraucht sich in eben dem Maße, in dem die geistige Grundauffassung *zerrissen* wird, in dem das Ziel der gemeinsamen Interessen zerfällt.

---

19 Vgl. Dok. 35, Anm. 17.

20 Eine derartige Formulierung findet sich nicht in der Rede vom 12.10.1932, jedoch ähnlich in einem Artikel Papens in der Septemberausgabe der Zeitschrift *Volk und Reich*. Vgl. Dok. 21, Anm. 18.

21 Vgl. Dok. 28, Anm. 14.

22 Vgl. Dok. 16, Anm. 13.

23 Im Saal des Hofbräukellers, am 16.10.1919. Zu Hitlers Rede vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 91.

Innere Hoffnungslosigkeit

Endlich wird das deutsche Volk sich überhaupt nur mit seinen *inneren* Problemen beschäftigen und nach *außen* keine Kraft mehr entwickeln können. Das deutsche Volk wird in eine

innere Hoffnungslosigkeit,

in eine Lethargie gebracht, in eine Zeit der *Verzagtheit* und der *Verzweiflung*. Das ist der *Nährboden des Verfalls eines Volkes.*

Darauf kann dann eines Tages die *bolschewistische Blutfahne* aufgepflanzt werden.

Die breite Masse muß es sein!

Ich sagte damals vor 13 Jahren: *Wir müssen demgegenüber nun beginnen, wieder einen deutschen Staat aufzubauen, der vor allem unerhörte seelische Kräfte mobil machen kann.* Und ich sagte, diese seelischen Kräfte wurzeln nicht in der *dünnen Oberschicht* der oberen Zehntausend, sondern sie wurzeln

zutiefst im völkischen Erdreich.

Ich sagte damals: Das frühere Reich ist gestürzt worden, weil es geistig am Ende nicht mehr verankert war im tiefsten Volksgut, sondern weil es mehr an der *Oberfläche* seine Wurzeln hatte.

Und wenn wir nun ein *neues Reich* bauen wollen, das dem Staat wieder Kraft gibt, dann muß dieser Staat in seiner ganzen Welt der Gedanken, der Vorstellungen und des Willens sich fundieren nicht mehr auf die oberen Zehntausend, *sondern auf die breite Masse unseres Volkes. Diese Masse muß dem Deutschen Reich der Zukunft wieder erobert werden.* Eine gigantische Aufgabe, die aber gelöst werden muß, wenn Deutschland überhaupt wieder groß werden will und einst die Niederlage von 1918 nicht nur *kraftmäßig,* sondern auch *seelisch* wieder überwinden will.

Bei den Quellen beginnen

Ich sagte damals: Diesen neuen Aufbau eines Reiches kann man *nicht von oben* beginnen. Eine Regierung kann hier nicht mit Hilfe einer äußeren Konstruktion plötzlich das deutsche Volk wieder einer neuen Kraft entgegenführen. Sie kann nicht *künstlich* ein Strombett herstellen. Nein!

Man muß beginnen bei den Quellen dieses Volkstums, und die Quellen muß man in das richtige Bett hineinleiten.

Man muß daher hinuntersteigen in diese breiten Massen, man muß an die einzelnen Menschen herangehen und muß sie aus ihrer *weltanschaulichen und geistigen Zerrissenheit* herausnehmen und auf einer neuen geistigen und willensmäßigen Plattform vereinen.

Eine Aufgabe, die *ungeheuer schwer* ist, die nicht *theoretisch* gelöst werden kann, nicht in einem "Führer"-[24] oder in einem "Tat"kreis[25], nicht am Kaffee- oder Teetisch, sondern die gelöst wird, indem man hineingeht in das Volk selbst und dort unten nun zu arbeiten beginnt.

(Der Beifall steigert sich. Die Berliner zeigen dem Führer durch ihren unermeßlichen Jubel, daß *sie* ihn verstanden haben und daß er *ihnen* aus dem Herzen gesprochen hat.)

---

24 Die *Deutschen Führerbriefe. Politisch-wirtschaftliche Privatkorrespondenz* vom 28.10.1932 enthielten einen anonymen Artikel "Die Nationalsozialisten vor dem 6. November", der sich mit den Wahlchancen der NSDAP befaßte und sie als sehr gut beschrieb. Allerding hieß es unter anderem auch: "Es steht zweifellos fest, daß zunächst nach dem Scheitern der Reichstagsfronde am 13. September [*vgl. Dok. 5, Anm. 5*], sehr viel mehr als nach dem 13. August [*vgl. Dok. 6, Anm. 5*], eine ziemliche Unsicherheit und sogar Niedergeschlagenheit in dem maßgebenden Führerkreis der NSDAP herrschte."

Tausend Widerstände

Und ich sagte: *Natürlich wird das schwer sein,* natürlich werden sich hier *tausend Widerstände* dagegen aufbäumen. Die einzelnen Menschen, die werden sich selbst dagegen wehren. Alles, was dagegen spricht, wird sich nach außen kehren. Sie werden nicht von ihren liebgewordenen Forderungen lassen wollen. Der *Arbeiter* wird sagen: 30 Jahre bin ich nun *Sozialdemokrat* gewesen, 30 Jahre lang war ich *Marxist,* 30 Jahre lang gehörte ich meiner *Klasse* an, und jetzt soll ich das plötzlich verlassen?! Mein Vater war auch schon dabei, ja mein Großvater vielleicht schon. *Schwierigkeiten über Schwierigkeiten!* Und auf der anderen Seite wird der *Bürger* sich zurückziehen auf seinen *Standesstolz*; er wird versichern, daß er natürlich ohnehin *national* sein wolle, aber doch nicht das verlassen könne, was auch schon seine *Eltern* als richtig ansahen. Er ist nun einmal Bürger, und die *Ahnen* werden als Gewicht in diese Schale hineingeworfen. Man wird sich *sträuben mit allen Mitteln,* und die Parteiführer werden mit der Propaganda mithelfen, daß das nicht gelingt, werden sie mithelfen, die Menschen zurückhalten, daß sie sich *nicht* finden.

Und trotzdem muß man es beginnen und den Kampf aufnehmen!

Zehn, Hundert, Tausend

Ich sagte damals: Und wenn ich in einem Jahre nur zehn erobere, dann werde ich *weiterarbeiten,* vielleicht werden es das zweite Jahr *Hundert* und das dritte Jahr *Tausend.* Und aus diesen Tausend müssen endlich *Zehntausend* werden und aus den Zehntausend *Hunderttausend* und aus Hunderttausend eine *Organisation* und aus ihr eine immer mehr um sich greifende Bewegung - und endlich eine *Million* und dann *10 Millionen* und dann *20 Millionen* (rasender Beifall), und dann muß auf diese Bewegung, die nun zur *Volksgemeinschaft* geworden ist, langsam ein *neues Reich* aufgebaut werden, nicht von *oben herunter,* sondern von *unten herauf,* denn das ist das Gute!

(Langsam, wie sich die Worte des Führers steigern, kommt wieder Bewegung in die gespannt lauschende Volksmasse. Und dann bricht ein Beifallsstrum los, wie ihn diese Halle selten gehört und gesehen hat.)

Die zweimal wöchentlich erscheinenden *Deutschen Führerbriefe*, die seit 1928 von Otto Meynen, Privatsekretär des einflußreichen Industriellen Paul Silverberg, und dem Journalisten Franz Reuter herausgegeben wurden, hatten 1932 eine Auflage von 1.250 Exemplaren und waren wegen ihres hohen Informationswertes von zahlreichen Großindustriellen sehr geschätzt. Seit ihrer Gründung kämpften die *Führerbriefe* gegen zu starke staatliche Eingriffe in die Wirtschaft und traten ab Sommer 1932 wiederholt für eine Beteiligung der NSDAP an der Regierungsverantwortung ein. Vgl. Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP, S. 153 ff.

25 Der Kern des sogenannten Tat-Kreises bestand aus den vier Redakteuren, die im Oktober 1929 die Monatszeitschrift *Die Tat* übernommen hatten. Die Leitung hatte Hans Zehrer, seine Mitarbeiter waren Ferdinand Friedrich Zimmermann, Ernst Wilhelm Eschmann und Giselher Wirsing. Durch die Verwendung von Pseudonymen erschien die Zahl der Mitarbeiter nach außen größer als sie tatsächlich war. Mit ihrer Mischung aus scharfer Gegenwartskritik und zweifelsfreier Zuversicht auf eine umfassende Volksgemeinschaft hatte die Zeitschrift bei vielen bürgerlichen Intellektuellen Zuspruch gefunden und entwickelte sich schnell zu einem Faktor der Meinungsbildung. Die verkaufte Auflage steigerte sich von 1.000 Exemplaren 1929 auf 30.000 1932. Am Beginn der Weltwirtschaftskrise steigerte scharfe Kapitalismuskritik mit antiwestlicher Tendenz, wie sie von bürgerlicher Seite bis dahin unbekannt war, die publizistische Wirksamkeit. Die Regierung Papen und der Nationalsozialismus wurden vom Tat-Kreis gleichermaßen abgelehnt. Der Versuch der Gruppe, durch Kontakt zu Kurt von Schleicher über die theoretische Ebene hinaus gestaltend in die Politik einzugreifen, blieb unwirksam. Vgl. Kurt Sontheimer, Der Tatkreis. In: VfZ 7 (1959), S. 229-260.

Dem Reich der Zukunft habe ich Millionen von Menschen geholt!
Das Volk ist treu!

Denn nicht die Regierung ist das Fundament eines Volkes, sondern diese ewig lebende Substanz aus Fleisch und Blut. Man muß also diesen Aufbau einer *lebendigen Gemeinschaft* von unten vollziehen und muß dabei vor allem eines verstehen:

Gewiß, eine Regierung wird es immer leichter haben, *die geistige Schicht* eines Volkes für sich zu interessieren, besonders wenn *natürliche* und wenn *materielle* Interessen hier gemeinsam laufen. Allein sie darf nie vergessen, daß diese geistigen Schichten kein wirklich *dauerndes* und *tragfähiges* Fundament für irgendeine Organisation darstellen. Die Geistigkeit dieser oberen Zehntausend ist viel zu *beweglich*, viel zu *schwankend*, viel zu *unsicher*, als daß man darauf endgültig etwas bauen kann. Gewiß, solange der *Erfolg* winkt, solange das *Glück* einem hold ist, solange wird diese Geistigkeit tausend Gründe finden, die für ein *System*, für eine *Regierung*, für eine *Organisation* sprechen.

Aber wenn plötzlich die Not kommt und das Elend und der Mißerfolg, wenn Schläge kommen, dann kann ein Baum nicht stehen in dem Sturm, wenn er nicht seine Wurzeln ganz tief im Volk hat.

Und das glauben Sie mir: Da kann man diesen einzelnen kleinen Mann natürlich *beschränkt* heißen, man kann sagen, er ist nicht so *gebildet* wie der andere, nicht so *weise* wie der andere, man kann sagen, er ist *stur*, *schwerfällig*, begrenzt in seinem Wissen, begrenzt in seiner Einsicht. Alles zugegeben!

Aber wer diese Menschen, diese kleinen, begrenzten, diese dickköpfigen, sturen und fanatischen kleinen Menschen einmal gewonnen hat, wer verstand, letzten Endes sie an ihrem Gefühl, an ihrem Instinkt zu fassen, der hat dann zuverlässige Menschen, der hat dann das Gold eines Volkes geschürft, der kann sagen: Ich kann auch Stürme aushalten und überdauern, auch Schläge, die mich treffen, werfen mich nicht zu Boden!

(Wieder dröhnt der Beifall auf, steigert sich weiter, will kein Ende nehmen. Zehntausende rufen und klatschen.)

Das ist der Wert dieser Millionenmasse unserer *Arbeiter*, unserer *Bauern*, unseres kleinen, soliden Mittelstandes. Menschen, die nicht so geistig sind, aber auch nicht so beweglich sind wie die oberen Zehntausend, die nicht so einsichtsvoll sind, *aber auch nicht so schwankend wie diese Zehntausend.* Ich rede nicht als *Theoretiker*. Ich weiß das aus unseren eigenen Erfahrungen. *Wenn diese Bewegung felsenfest steht und niemand sie entwurzeln kann,* dann nur deshalb, weil unter ihr eine

Hunderttausend-Mann-Armee kleiner, aber zuverlässiger Menschen [*sic!*]

steht, die opfern können, die *Idealisten* sind, die nicht immer nur den *rechnenden Verstand* anwenden, ob ein eigener Vorteil dabei heraussieht, sondern die bereit sind, für etwas Liebgewonnenes sich auch wirklich aufzuopfern.

Die starken Herzen

Das ist der Wert der nationalsozialistischen Bewegung, daß sie für ein Deutsches Reich der Zukunft nicht etwa zehntausend sogenannte Geistesmenschen aus "Führer"- und "Tat"-Kreisen kommende Menschen hat, sondern daß sie diesem Reich der Zukunft Millionen kleiner deutscher Menschen, aber von starkem Herzen erobert hat. (Stürmischer Beifall.)

Millionen, die sonst nicht deutsch fühlen, Millionen an Arbeitern, Millionen an Bauern, Millionen an Handwerkern, daß wir das aus dem Zwielicht des *Marxismus* oder des *Liberalismus*

herausholten und nun hineinstellen in die *deutsche Nation,* das ist nicht nur der Wert dieser Bewegung, sondern auch unser eigener.

Ich kann den Herren da oben nur sagen: *Wenn sie mich wollen, müssen sie das auch wollen. Entweder - oder!* (Beifall!) Wenn sie das *nicht* wollen, dann müssen sie auch *auf mich selbst Verzicht leisten. Mein Wert liegt darin, daß ich dem Reich der Zukunft Millionen von Menschen geholt habe, die es sonst nicht hätte, und ohne die es nicht geht.* (Starker Beifall.)

Freilich, sie wollen das nicht verstehen. Sie werden das am Ende so hinstellen, als ob wir nicht den genügenden *Respekt* vor der Geistigkeit hätten. *Vor wirklichem und wahrem Geist jederzeit, nur nicht vor dem eingebildeten und am wenigsten vor dem, der als einzigen Beweis seiner Wirksamkeit nur den Geist der Ahnen anzuführen hat. Wir respektieren den Geist, aber wir möchten nur wünschen, daß der Geist auch das Volk respektiert und erkennt,* daß er *allein* im luftleeren Raum *nichts* ist, nichts zu sagen hat, daß er im Volke wurzeln muß, daß man nicht von oben herunter urteilen kann: Hier ist die *Regierung*, und dort ist das *Volk.*

Nein, da ist das Volk, dem wir selbst entstammen. Das Volk, das war, das ist und das bleiben muß.

Stände vergehen, *Klassen* ändern sich, Menschenschicksale wandeln sich, etwas bleibt uns und muß bleiben:

Das Volk an sich als Substanz von Fleisch und Blut!

(Aufs neue reißt Adolf Hitler die Berliner mit. Aufs neue schwören sie ihm durch tosenden Jubel Treue und Kampfbereitschaft.)

Das Vergangene ist tot

Ich kann nur von einem *Dritten Reich*[26] dann reden, wenn dieses Dritte Reich etwas besser gemacht hat, als das vergangene. Wenn die Herren mir heute sagen, uns schwebt eine *Restauration* vor, dann kann ich nur zur Antwort geben:

Das Reich, das wir als Drittes bezeichnen, kann nicht die Wiederholung eines vergangenen sein, denn was einmal stirbt, ist *tot.* Niemand kann es erwecken! Nur der junge Stamm, der kann so gepflegt werden, daß er stärker wird und länger hält als das morsche gefallene Alte. (Rasender Beifall.)

Was wir aber dem Deutschland von einst vorwerfen, ist ja das, daß es Millionen an Menschen, in denen es sich hätte verwurzeln müssen, *verloren* hat, ja daß fast die Hälfte der Nation ihm feindlich ablehnend gegenüberstand, so daß dieses Reich nur mehr begriffen wurde von einer kleinen Schicht aus *Bürgertum* und *Intelligenz.* Was diese kleine Schicht an *Widerstandskraft* in der kritischen Stunde aufbrachte, haben wir alle mit Schaudern erlebt.

Hätte ich im November 1918[27] *auch nur ein Korps unter mir gehabt, die Revolution wäre nicht gelungen*[28]. (Wieder donnernder Beifall.)

Verlorenes Gut

So aber sind wir ja selbst die Zeugen, wie dieses alte Reich das Opfer seiner *Isolierung* wurde. Die Masse des unteren breiten Volksgutes hat dieses Reich damals *abgelehnt* und mit-

26 Vgl. Dok. 47, Anm. 27.

27 Anspielung auf die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse in Deutschland.

28 Hitler lag im November 1918 im Lazarett. Vgl. Dok. 28, Anm. 14.

geholfen, es zu zerstören. Der Wahnsinn war damals der Regent der Tat. Es waren dieselben Volksgenossen, die ja auch jahrelang für Deutschland gekämpft hatten. Ein an sich *kostbares* Gut, nur einem Reich *verlorenes* Gut.

Und wir wollen dieses Gut zurückgewinnen, und haben es zu einem Teil bereits zurückgewonnen.

Das muß ich aber einer Regierung sagen:

Wenn Sie mich einladen, mit Ihnen zu regieren, dann schlagen Sie sich aus dem Kopf, mich mit *Titeln* bestechen zu können. Die können Sie behalten. Oder mit einem *Gehalt. Ich brauche Ihr Gehalt nicht, das können Sie auch behalten.* (Rasender Beifall.) Was ich will, ist *Führung*, die zu beanspruchen, habe ich ein Recht, kraft des Gutes, das ich mitbringe, und das besser ist als das, was Herr von Papen und Herr von Gayl mitzubringen haben.

(Man glaubt nicht, daß eine Steigerung des Beifalls noch möglich ist, aber die Berliner Arbeiter beweisen es: Wie ein gewaltiger Wellenschlag brandet es durch die Halle, schwillt zu unermeßlichem Jubel an.)

Wir sind den Sturm gewöhnt

Denn jeder muß doch seinen Anteil an Einfluß irgendwie begründen. *Die Leistungen der Herren:* Niemand kennt sie bisher! *Das Gut, das sie mitbrachten:* Herrenklub[29], Deutschnationale Volkspartei[30], Wirtschaftspartei[31] und einiges andere.

Das Gut mögen sie ruhig auf einen Haufen scharren, das Gut wiegt das nicht auf, was wir mitbringen.

Das ist ein *anderes* Gut. Wenn einmal der *Sturm* kommt, dann wird das Gut dieser Herren verweht werden in alle Winde, *aber wir sind den Sturm seit zehn Jahren gewohnt.*

Wenn das einmal Deutschland sein wird, dann weiß ich, wird dieses Deutschland den Geist *dieser* Bewegung haben, das heißt, den Geist des Trotzes und des Mutes und des *Widerstandes,* weil das am Ende lebendiges Volksgut ist!

---

29 Vgl. Dok. 6, Anm. 10.

30 In der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) sammelten sich diejenigen konservativen Kräfte, die mit den seit der Revolution eingetretenen Veränderungen nicht einverstanden waren und die Weimarer Republik ablehnten. Den Gründungsaufruf vom 24.11.1918 hatten Deutschkonservative, Freikonservative, Christlich-soziale und Deutschvölkische unterzeichnet. Später traten noch Angehörige des Alldeutschen Verbandes und frühere Nationalliberale bei, die sich nicht der neugegründeten DVP anschließen wollten. Zentrale Punkte des Parteiprogramms von 1920 waren die Wiederherstellung der Monarchie, die Revision des Versailler Friedensvertrags und die Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien. Der scharf antirepublikanische und nationalistische Kurs des 1928 gewählten Parteivorsitzenden Alfred Hugenberg führte 1929 und 1930 zur Absplitterungen der gemäßigt Konservativen als Christlich-Sozialer Volksdienst bzw. als Konservative Volkspartei, die keine größere politische Bedeutung erlangten, aber dadurch den Weg für die Radikalisierung der Partei freimachten. Vgl. Werner Liebe, Die Deutschnationale Volkspartei 1918-1924, Düsseldorf 1956; Denis Paul Walker, Alfred Hugenberg and the Deutschnationale Volkspartei, 1918 to 1930, Cambridge, Mass., 1976.

31 Die Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes, seit 1925 Reichspartei des deutschen Mittelstandes, wurde 1920 durch mittel- und ostdeutsche Zusammenschlüsse von Handwerkern, Kleinhändlern sowie Haus- und Grundeigentümern gegründet. Die Partei, die sich selbst als "nationalgesinnt" bezeichnete, vertrat vor allem wirtschafts- und steuerpolitische Forderungen. Vgl. Martin Schumacher, Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei, Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919-1933, Düsseldorf 1972.

Nicht eine tote, abgestorbene geistige Schicht, sondern Blut vom Blut unseres Volkes, Fleisch vom Fleisch unseres Volkes, Leben vom Leben unseres Volkes[32].

Und ich freue mich zu wissen, daß ein großer Teil auch der deutschen *Intelligenz* das nicht nur *gefühlsmäßig,* sondern auch *verstandesmäßig* mitversteht und begreift und sich in unsere Reihen gestellt hat, und mit uns kämpft für das kommende Deutsche Reich.

13 Jahre haben wir jetzt gearbeitet, um das zu schaffen, was vor uns ist, 13,7 Millionen haben wir gesammelt.

Damit ist unsere Mission nicht erfüllt.

Es gibt Männer aus dieser bürgerlichen Parteienwelt, die sagen: Man muß sie aufnehmen, damit sie ihre weitere *Werbekraft* verlieren. Wenn das der Fall wäre, dann erobert ihr niemals das Dritte Reich.

Denn dazu genügen selbst 13,7 Millionen nicht plus Eurer fragwürdigen Geistigkeit, sondern dazu gehören 20 und 30 und 40 Millionen. Das ist unser Ziel! Und wenn ich heute regieren soll, muß ich wissen: die Bewegung kann weiterwachsen. Denn diese Bewegung ist die Zukunft, das ist die Stärke unseres kommenden Reiches. Und nicht eine augenblickliche Regierung, und wenn sie sich noch so selbstgefällig für einen "rocher de bronce[33]" hält.

Künstlicher Versuch und lebendige Arbeit

Meine Volksgenossen! Wir sehen hier an einem einzigen Beispiel die Differenz zwischen unserem Denken und dem Denken der anderen. Dort leere Versuche, *von oben herunter künstlich* etwas zu konstruieren, und bei uns *die lebendige Arbeit,* die von *unten* auf schon das tragende Fundament eines *kommenden Deutschland* gestaltet hat. Wir sehen das aber vielleicht noch schärfer, wenn wir

die weiteren Pläne des Kabinetts

von unserem Standpunkt aus prüfen. Sie sagen: Eine *Verfassungsreform* muß durchgeführt werden. Sie sagen, der *Parlamentarismus* muß beseitigt werden[34]. Und wieder sehe ich oben einen *lebensfremden Theoretiker,* der nur am grünen Tisch Verfassungen entwirft, Kammern ab- und einsetzt, einen Theoretiker, der nach oben plötzlich *neue Regierungsprinzipien* entdeckt und nun in eine gesetzliche Form gießen will[35]. Dasselbe, genau dasselbe Spiel.

Sie sehen nicht ein, daß alles das, was Dauer haben soll, gewachsen sein muß, daß das nicht künstlich konstruiert sein darf, sondern daß es aus einem Volk, aus dem Leben eines Volkes wirklich herausgewachsen sein muß.

---

32 Anspielung auf 1. Mose 2, 23: "Da sprach der Mensch: Das ist doch Bein von meinem Bein und Fleisch von meinem Fleisch; man wird sie Männin heißen, darum, daß sie vom Manne genommen ist."

33 Vgl. Dok. 15, Anm. 19.

34 Vgl. Dok. 52, Anm. 5.

35 In der Rede auf dem Jahresbankett des Vereins Berliner Presse am 28.10.1932 führte Gayl unter anderem aus: "Wir sind ferner der Auffassung, daß es nicht Aufgabe des Staatsmannes ist, einer bestimmten staatsrechtlichen Theorie folgerichtig sich anzuschließen und das Werk der Reform von der am besten scheinenden Theorie aus durchzuführen, sondern wir sind der Ansicht, daß der Staatsmann, der die Notwendigkeit der Reform aus der Verantwortung für sein Volk heraus so zwingend empfindet, daß er handeln muß, das praktisch Notwendige und nach der Lage der Verhältnisse Erreichbare anzustreben hat und daß er sich der Theorie nur als Hilfsmittel für seine eigenen, dem realen Leben angepaßten Konstruktionen zu bedienen hat." Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 820-828, S. 821.

An die Adresse der Reaktion und der bürgerlichen Parteien:
Der Parlamentarismus ist überlebt?
Ja, Ihr alle seid damit überlebt!

Aufbau der Volksgemeinschaft

Verfassungen sollen nur *Tatsachen* und *Zustände* endgültig gesetzlich festlegen, so wie ich einen *Strom reguliere,* nur einem Wasser, das sich seinen Lauf gegraben hat, noch nachhelfe und ihm einen festeren Damm gebe. *Aber ich schaffe keinen Strom, indem ich plötzlich ausgeklügelt ein Bett grabe, sondern ich kann nur das Bett eines Stromes regeln, und kann es durch einen Damm sichern.*

Wenn sie heute reden, *der Parlamentarismus ist überlebt* - wer hat denn überhaupt ein *Recht*, darüber zu sprechen? Nur der, der einen *Ersatz* dafür geschaffen hat und der kann nicht heißen, *Herrenklub* oder *"Tat"kreis* oder *"Führer"ring,* sondern der Ersatz kann hier nur ein *weltanschauliches System* sein. Und dieses System kann nur sein: *Aufbau der Volksgemeinschaft entgegen dem parlamentarischen Mehrheitsprinzip, in einem Prinzip der Autorität, der Führung vom Kleinsten bis zum Größten.* Nicht von *oben kann das* konstruiert werden, sondern nur von *unten* aufgebaut. Daher konnte der *Bolschewismus* den *Zarismus* ablösen[36], daher konnte der *Faschismus den Liberalismus ablösen*[37].

Und daher werden wir den Parlamentarismus ablösen, weil wir die neue Form sind.

Alle reden sie heute über den *Parlamentarismus*, die noch vor wenigen Jahren, als der Parlamentarismus ihnen noch Gewähr genug zu bieten schien, den *Nationalsozialismus vom Ruder fernzuhalten,* für ihn schwärmten, die damals ihn *verteidigten*, sie sagen nun plötzlich:

Der Parlamentarismus ist überlebt! Ja, ihr alle seid damit überlebt!

Denn *ihr* habt ja in dem Gesetz Eure eigene Vorstellung, eure eigene Auffassung, ja euer ganzes eigenes Wesen großgezogen. *Eure Parteien sind ja das Ergebnis davon.*

Organisation der Führung

Wir haben etwas aufgebaut vom *Kleinsten* wieder bis zum *Größten,* eine Organisation der *Führung*, die nicht *einen* Diktator besitzt, sondern heute vielleicht *achtzigtausend*[38], vom klei-

---

36 Im Zuge der sogenannten Februarrevolution in Rußland mußte Zar Nikolaus II. am 15.3.1917 abdanken. Am 5.5. bildete sich eine westlich orientierte provisorische Regierung. Die Bolschewiki unternahmen mehrere Putschversuche, konnten nach dem erfolgreichen Handstreich vom 24./25.10.1917 die provisorische Regierung entmachten und einen "Rat der Volkskommissare" einsetzen. Am 4.7.1918 wurde die Russische Föderative Sowjetrepublik gegründet. Vgl. Helmut Altrichter, Staat und Revolution in Sowjetrußland 1917 - 1922/23, Darmstadt [2]1996; ders., Rußland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst, Paderborn 1997.

37 Vgl. Dok. 4, Anm. 16.

38 Genaue Angaben über die Zahl der nationalsozialistischen Funktionäre vor 1933 liegen nicht vor. Anhaltspunkte vermittelt jedoch der Organisationsgrad der NSDAP.
Die Reichsleitung der NSDAP in München beschäftigte 1931 204, 1932 dann 275 Angestellte. Zu Beginn des Jahres 1932 verfügte die Partei ferner im Deutschen Reich über 37, in Österreich über sechs Gauleitungen, denen jeweils ein bürokratischer Apparat von bis zu 16 Ämtern zugeordnet war. Die Zahl der nationalsozialistischen Ortsgruppen wurde im Mai 1930 mit 5.032 angegeben, so der Lagebericht N/Nr. 91 der Polizeidirektion München vom 23.5.1930 (BayHStA, MA 101235/3), der sich wiederum auf NS-interne Quellen stützt. Diese Zahl wuchs bis 1932 etwa auf das Doppelte an. Vgl. Vortrag des Reichsschatzmeisters der NSDAP Franz Xaver Schwarz in der Tagung "Finanzwesen und Verwaltung" am 13.9.1935; BA, Slg. Schumacher 266; Peter

nen *Gruppenführer* angefangen bis zum *Sturmführer, Sturmbannführer*[39], vom *Blockwart* bis hinauf zum *Gauleiter*[40] und bis hinauf zu den letzten Parteiinstanzen. Eine Riesenorganisation, die heute 13 ½ Millionen Menschen umfaßt, regiert und leitet und bewegt, und

die nicht eine Abstimmung kennt,

sondern überall nur eine *Führung,* verantwortlich nach oben, autoritär nach unten. Nun kommt plötzlich ein blasser Theoretiker und sagt: Wir bauen den Parlamentarismus ab, der in der kleinsten Gemeindestube beginnt, der im Dorf seinen Anfang nimmt, überall in Deutschland jeden Verein und jede Partei durchsetzt und durchtränkt und im Reich endet. Wir bauen den Parlamentarismus ab durch ein *Dekret,* und an seine Stelle setzen wir etwas *gänzlich Unbekanntes,* etwas *Namenloses,* was nie in Deutschland irgendwie in die Erscheinung trat, was kein Gerippe ist, keine tragende Kraft besitzt, sondern nur in der Vorstellung lebt. Ein paar Männer setzen sich an die Stelle eines die ganze Nation beherrschenden Systems.

Ich kann nur sagen: *So oberflächlich, so leichtsinnig und so dumm hat man noch nie Reformen von dem Umfange angefangen.* (Stürmischer Beifall.)

Ein Oberhaus?

Und dasselbe gilt von der *Verfassungsreform.* Sie sagen, das Volk braucht eine neue Verfassung, und die Sterndeuter, die hier genau ersehen, *welche* Verfassung dem Volk nottut, sagen, ein *Oberhaus* tut dem deutschen Volk not[41].

Sie wollen den Parlamentarismus beseitigen und stellen ihn nun auf zwei Beine. Sie wollen den Zerfallsapparat überwinden, und lähmen ihn nur durch eine zweite Fessel.

Glauben Sie, daß man für so eine im luftleeren Raum existierende Konstruktion uns oder unsere Namen gewinnen könnte?

Hüttenberger, Die Gauleiter. Studien zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969, S. 58 f., 221 ff.; Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP, S. 379 f.
Die Zahl der sogenannten Einheitsführer in der SA wird für die Zeit vor 1933 auf ca. 10.000 Mann geschätzt. Vgl. Mathilde Jamin, Zur Rolle der SA im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. In: Der "Führerstaat": Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches. Hrsg. von Gerhard Hirschfeld und Lothar Kettenacker mit einer Einleitung von Wolfgang J. Mommsen, Stuttgart 1981, S. 329-360, S. 345.

39 Hitler orientiert sich hier noch an der vom damaligen Obersten SA-Führer Franz von Pfeffer am 6.11.1926 eingeführten SA-Gliederung, die die "Gruppe" mit sechs bis zwölf Mann als kleinste Einheit vorsah. Zum Zeitpunkt der vorliegenden Rede galt die vom Stabschef der SA Ernst Röhm am 20.2.1931 befohlene neue Gliederung, die die "Schar" als kleinste Einheit definierte. Die nächstgrößeren Einheiten waren "Trupp", "Sturm", "Sturmbann", "Standarte", "Untergruppe" bzw. "Gausturm" und die "Gruppe" als größte Einheit. Seit 9.9.1932 kam noch die "Obergruppe" hinzu. Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 386, 535 f.

40 Mit der "Dienstvorschrift für die Politische Organisation" vom 15.7.1932 wurde die NSDAP neu gegliedert. Die Organisation baute sich von der untersten Ebene, beginnend mit den Blockwarten, hierarchisch auf. Es folgten Zellen- oder Stützpunktleiter, Ortsgruppenleiter, Kreisleiter und Gauleiter. Zwischen diese und die Reichsorganisationsleitung waren durch die Reform vom 15.7.1932 noch die Landes- und Reichsinspektionen gesetzt worden. Vgl. Bd. V/1, Dok. 110, 111 sowie Tyrell, Führer befiehl ..., S. 353.

41 In der Rede vom 28.10.1932 hatte Gayl erklärt: "Entscheidungen von ungeheurer Tragweite können heute abhängen von einer Zufallsmehrheit, ohne daß es ein wirksames Gegenmittel gegen diese Entscheidung gibt. Hier muß eine Sicherung eingebaut werden, welche zuverlässig arbeitet. Sie kann im Ausbau der Rechte des Reichsrats oder im Einbau einer berufsständischen Kammer in die Konstruktion der Volksvertretung oder in einer Mischung von beiden bestehen. Welchen Weg wir dem Volke empfehlen können und werden, muß heute noch offen bleiben, da die Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen sind." Druck: wie Anm. 35, S. 826.

Das mögen die Herren mit *ihrem* Namen signieren, damit man in der Geschichte erkennt, wie das letzte Produkt dieser Vergangenheit aussah, und ich verbitte mir, daß man *meinen* Namen und *unser* Gut als Bürge unter einen so faulen Wechsel setzen will.

(Abermals erhebt sich donnernder Beifall, dröhnt unter der hohen Kuppel.)

Unkenntnis aller Gesetze des menschlichen Lebens
Das muß in einem grauenhaften Zusammenbruch enden!

Volksfremdheit

Das, was dieses System auszeichnet, ist die absolute *Volksfremdheit.* Aber noch mehr vielleicht: die *absolute Unkenntnis aller Gesetze des menschlichen Lebens*, der menschlichen Entwicklung, des staatlichen Werdens. Sie sehen immer nur *Schlußergebnisse* und tasten nun die Geschichte ab und klauben aus ihr heraus *einzelne Momente* und wollen sie willkürlich

übertragen in eine Zeit und auf Verhältnisse, mit denen diese Dinge nichts zu tun haben.

Diese oberflächliche Art der Geschichtsbetrachtung einerseits, und der Konsequenzen, die man daraus zieht, muß - das ist meine Überzeugung - in einem *grauenhaften Zusammenbruch* enden.

Und ich würde nun gewissenlos handeln, wenn ich um des Vorteils des Augenblicks wegen [*sic!*] *die Stellung der Bewegung hier preisgeben wollte.*

Denn am Ende - das weiß ich - wenn dieses System abgewirtschaftet haben wird - und es wird schneller geschehen, als man denkt - wird man *dankbar* sein, daß diese *große Millionenbewegung* aus dieser Katastrophe herausgehalten wurde. Dann wird die Zeit kommen, da man verstehen wird, wie *richtig* wir handelten, als wir das hier nicht einsetzten.

Dann wird man auch verstehen, welchen Wert es besitzt, wenn diese Millionenmassen des breiten deutschen Volkstums unangegriffen für eine kommende Lösung eingesetzt werden können. Und dazu sind wir Nationalsozialisten entschlossen. Dazu bin ich entschlossen.

Ich will die Führung

Die Herren, die heute regieren, mögen sich alle Versuche ersparen, an mich heranzutreten mit *halben* Vorschlägen. *Ich kann warten!* Ich gehöre nicht zu den Männern, die sagen: *Morgen muß ich regieren.* Versuchen Sie vor allem nicht, mich irgendwie mit etwas zu ködern, was nach einem *Titel* oder einem *Gehalt* aussieht.

Das hat für mich gar keinen Wert!

Was ich will, ist die Führung. Und wenn Herr von Papen sagt, *"Wie kommen Sie dazu, die zu verlangen?", muß ich sagen:*

Herr von Papen, wie kommen Sie dazu, sie mir zu verweigern? Sie haben sich ihren Anspruch in 13 Jahren vielleicht im Zentrum ersessen, ich habe ihn mir in 13jähriger Arbeit erkämpft.

(Stürmischer Beifall begleitet die Worte des Führers.)

Wenn bürgerliche Parteiführer heute tun, als ob das ein *Unrecht* von uns wäre, und das Schicksal anflehen, es möge uns doch nun *bestrafen*, uns am 6. November [*1932*][42] *dezimieren* und ihre Parteifähnchen wieder stärken,

42 Vgl. Dok. 4, Anm. 14.

dann mag ihnen der Himmel wirklich verzeihen, denn sie wissen nicht, was sie tun[43]*!*

Die sollten *dankbar* sein, daß die *Millionenmassen* der bei uns gesammelten ehemaligen *Proletarier* einen *deutschen* Fürsprecher bekommen haben (starker Beifall) und nicht in den Händen ihrer früheren Führer blieben. Das wollen die doch selbst nicht glauben, wenn heute ihre Fähnchen steigen, daß dann vielleicht das Proletariat in ihren Reihen marschieren wird.

Kein Protektionskind

Ziehen Sie nur die *Bürgerpartei-Fahne* auf, und Sie werden staunen, wie auf der anderen Seite die *rote Revolutionsfahne* hochsteigen muß. Es ist ein *Wahnsinn*, was diese Menschen heute wieder gefangen hält, durch nichts begründet als durch eine ewig gleichbleibende *Unfähigkeit*. Jedenfalls sollen sie nicht hoffen, daß wir Nationalsozialisten uns selbst und unseren Kampf aufgeben. Wenn sie mir sagen: Ja bitte, dann beginnt der Kampf immer wieder aufs neue, solange, bis Sie mürbe werden. (Mit Nachdruck:) Sie können sich beruhigen:

Ich werde nicht mürbe. (Starker Beifall.)

Alles *Drohen* schüchtert mich nicht ein, kann mich keine Sekunde wankend machen. Ich bin bisher in meinem Leben

kein Protektionskind

gewesen und brauche es in der Zukunft erst recht nicht zu sein. *Was ich bin, das bin ich durch mich! Und was ich beanspruche, beanspruche ich kraft unserer Arbeit und Leistung!* Und wenn Sie dagegen sagen: Dann werden Sie nie zur Macht kommen. So entgegne ich:

Ich beuge mich nicht unter das kaudinische Joch[44]*, nicht im Schlechten und nicht im Schlimmen.* Wenn Herr *Hugenberg* sagt: Ja, wissen Sie, das ist *nicht taktische Klugheit*, so antworte ich, die brauche ich nicht von den Herren der *Deutschnationalen [Volks]Partei* zu lernen. Und wenn sie sagen: *Der Klügere gibt nach*, dann sagen Sie ruhig, *daß ich nicht der Klügere bin*[45]*, aber nachgeben tue ich nicht.*

(Jetzt will der einsetzende Beifallsjubel kein Ende nehmen. Er ist das unbeugsame Bekenntnis: Auch wir kapitulieren nicht!)

Gefolgschaftstreue

Ich könnte das auch gar nicht tun! Denn gewiß, ich habe heute in der Bewegung eine *ungeheuere Autorität*, mehr als irgendein Parteiführer in seiner Partei. Aber die Autorität, die von meinen Anhängern eine

grenzenlose Gefolgschaftstreue

fordert, sie kann nur aufgebaut sein auf der *Gegenseitigkeit der Treue*.

So wie ich von meinen Parteigenossen fordere, daß sie mir gehören, so können sie fordern, daß ich ihnen gehöre.

Ich habe ja in den letzten Monaten gesehen, wie die bürgerliche Mentalität für so etwas *gar kein Verständnis* hat, wie sie gar nicht verstehen kann, daß sich in Deutschland nun ein

Treuebund aufgerichtet

hat, der - ob recht oder unrecht - zusammenhält, so wie wir wollen, daß das deutsche Volk einst zusammenhalten soll. Denn das, das mögen doch die Herren da oben bedenken:

---

43 Vgl. Dok. 10, Anm. 14.
44 Vgl. Dok. 21, Anm. 28.
45 Vgl. Dok. 25, Anm. 25.

Sie wollen ein neues Deutschland schaffen. Dazu aber gehört ein *neues Volk*, und ich kann nie erwarten, daß dieses neue Volk andere *Tugenden* besitzt, als wir sie *selbst pflegen* und haben, die wir einmal dieses neue Deutschland tragen und gestalten wollen.

Wenn wir von *Treue* reden, die uns verlorenging, dann soll man nicht auf Treue hoffen, wenn wir selbst sie *preisgeben*. Ich würde die Treue brechen, wenn ich erst Tausende von Proletariern für die Bewegung gewinne und sage: Ich löse euch heraus aus euren *Klassen* und gebe euch als Ersatz eine *Volksgemeinschaft* - und würde jetzt plötzlich sagen, nun müßt ihr euch einer *bürgerlichen Regierung* unterordnen.

Das ist Sozialismus

Sie würden das nie verstehen. Sie sind bereit, für Deutschland alles zu opfern, und sei es jeden Tag das Leben, aber sie verlangen auch, daß dieses Deutschland in der Zukunft allen gehört, daß dieses Deutschland in der Zukunft jeden seiner Söhne gleich schätzt und gleich achtet, mag er kommen, woher auch immer, wenn er sich nur einsetzt für sein Deutschland.

Ich kann heute mich nicht von denen trennen, die in den 13 Jahren Glück und Unglück mir treu geblieben sind!

Wenn mir die Herren sagen: Dann werden Sie in unsere illustre Vereinigung nicht aufgenommen werden ... *Ich habe nie darum gebeten.*

Ich stehe im Volk und bleibe im Volk.

Das ist meine *Stärke*, und sie müßten dankbar sein, daß dieses Volk in einem *Deutschen* seine Verteidigung gefunden hat. Die Geistigkeit der oberen Zehntausend findet tausend Möglichkeiten sich durchzusetzen, ihre Interessen zu vertreten und Rechte wahrzunehmen. Aber diese kleinen Menschen da unten, die haben das leider nicht,

und es ist wohl besser für die deutsche Nation, wenn ihr ehrlicher Fürsprecher und ehrlicher Verteidiger ein deutscher Mann[46] *ist als ein internationaler Jude*[47].

(Stürmischer Beifall.)

Ein Staat, stark und unerschütterlich!
Einmal kommt unsere Zeit!

Wir nehmen den Kampf auf

So nehmen wir den Kampf auf am 6. November [*1932*], *und so oft es den Herren gefällt, immer wieder.* (Bravo-Rufe.) *Sie können davon überzeugt sein, die Bewegung wird dadurch nicht schwächer. Im Kampf sind wir entstanden.* Aus einer *Revolution* heraus geboren, im Kampf gegen tausend Widerstände *gewachsen* und groß und stark geworden.

Der Kampf wird uns auch in der Zukunft nicht beugen.

Sie mögen uns heute ruhig *verfolgen*, mögen uns unsere Kameraden in die *Gefängnisse werfen* ...

Die Stunde kommt, Herr von Papen und Herr von Gayl, da wir *doch* die Macht erhalten und sich die Gefängnisse unserer Kameraden öffnen.

(Tosende Beifallsstürme, in Worten nicht faßbarer Jubel.)

---

46 Hitler.
47 Karl Marx.

Das Gute zum Sieg geführt

Einmal kommt unsere Zeit, in der es dann nicht heißen wird: Der Staat ist ein "rocher de bronce" und schwebt über den Erscheinungen der Zeit und den geistigen Bewegungen des Volkes[48]*, sondern es wird dann eine Zeit kommen, von der man wird sagen können:*

Dieses Reich steht mitten in den Erscheinungen der Zeit, mitten in der geistigen Bewegung des Volkes.

Es hat das Unkraut vernichtet und das Gute zum endgültigen Sieg geführt. Und dann wird dieses Deutschland wieder die Kraft haben, die wir ihm wünschen. Es wird ein Staat sein, stark und unerschütterlich, weil seine Wurzeln nicht mehr in wenigen zehntausend Menschen sind, weil sie dann wieder hineinreichen in das kostbare Gut des völkischen Lebens, in die breiten Massen der deutschen Arbeiter, der deutschen Bauern, des deutschen Mittelstandes.

Und wenn die Drei einmal die Faust schließen, den Bund erneuern, dann wird das Dritte Reich kommen, groß und unerschütterlich. Stark durch den Opfersinn, stark durch das Verständnis der Millionen seiner Mitbürger, stark durch eine Liebe, die zu allem entschlossen ist und vor nichts zurückschreckt.

Das aber, Herr von Papen, ist nicht Ihr Reich, sondern das unsere!

3. November 1932 — Dok. 56
Rede auf NSDAP-Versammlung in Hannover[1]

Niedersächsischer Beobachter vom 5.11.1932, "Der Führer über deutsche Volksgemeinschaft"[2].

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Ich glaube, daß heute unzählige Menschen mich entschuldigen werden, wenn ich am 13. August [*1932*] den Eintritt der nationalsozialistischen Bewegung in diese Regierung ablehnte[3]. (Beifall!)

Die bürgerlichen Parteien meinen, ich hätte damals in die Regierung eintreten sollen, um meinen Einfluß geltend zu machen. Ich kann darauf nur eine einzige Antwort geben: Ich kann nicht in etwas eintreten, von dem ich weiß, das es *rettungslos zugrunde geht* und daß ich in kurzer Zeit wieder austreten müßte. Und ich kann nicht in etwas eintreten, von dem ich weiß, daß der ganze Kurs zwangsläufig in einer Katastrophe enden wird. Man kann mir glauben, daß ich mir den Entschluß damals abgerungen habe, denn ich glaube nicht, daß es in Deutschland einen Politiker gibt, der soviel einsetzen muß und soviel einzusetzen hat und der soviel zu ver-

48 Vgl. Dok. 15, Anm. 19.

1 Im Zelt auf dem Schützenplatz, von 17.35 bis 18.30 Uhr. An der Versammlung nahmen laut *VB* etwa 100.000 Menschen teil. Vor Hitler sprach MdL Werner Studentkowski.

2 Vgl. auch Hannoverscher Kurier vom 4.11.1932 (MA), "Hitler in Hannover"; VB vom 5.11.1932, "In Nebel und Sturm zu den Niedersachsen und nach Kassel"; Volkswille vom 5.11.1932, "Adolf wird müde".

3 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

antworten hat wie ich. Die 13 Millionen, die ich hinter mir hatte[4], wollten die letzte Zukunftshoffnung des deutschen Volkes verkörpert sehen [*sic!*]. Wenn diese Hoffnung enttäuscht worden wäre, wäre damit ihre letzte Hoffnung enttäuscht worden. Ich weiß, wie schwer es war, das aufzubauen, und ich weiß auch, daß niemand da ist, der es wieder aufbauen könnte.

Es war die schwerste Überlegung, fast könnte ich sagen, meines Lebens, aber ich mußte die Entscheidung treffen, weil ich eben überzeugt war, daß dieses augenblickliche System, dieses Regiment genauso scheitern muß wie jedes frühere auch.

Natürlich, sagen die bürgerlichen Politiker, das hätten Sie verhindern können, Sie hätten Ihren Einfluß geltend machen können. Ja, ich hätte meinen *Einfluß geltend machen* können, *aber* ich hätte ihn *nicht durchgesetzt.* Wenn man die Absicht gehabt hätte, sich meinem Einfluß zu unterstellen, wozu dann diese ganze umfangreiche und schwierige Umgehung des Kernproblems. Man konnte mir die Führung anvertrauen.

Wenn sie sagen: Wie können Sie die Führung beanspruchen?, dann muß ich sagen: Wie kann sie mir Herr von Papen verweigern. (Beifall.)

Sie tun immer so, als ob ich der gänzlich unbekannte und unerprobte Mann wäre, dem ein erprobter Bismarck gegenübersteht. So liegen die Dinge nicht. Die einzige Erprobung des Herrn von *Papen* war das Zentrum. Dort saß er 13 Jahre, teils still, teils etwas laut[5]. Die einen sagen, er tat nichts, die andern sagen, es wäre ein Glück, daß er nichts tat, er wäre ein enfant terrible. Jedenfalls, in den 13 Jahren ist er nicht in Erscheinung getreten. Wir haben, das können wir doch wohl sagen, in den 13 Jahren gearbeitet, und wenn die Männer von jetzt wirklich die Absicht gehabt hätten, diese Staatsführung uns anheim zu stellen, es wäre nichts natürlicher gewesen, als daß sie bei dem alten Brauch geblieben wären, den sie 13 Jahre lang verfolgt haben, daß nämlich die stärkste Bewegung des Reiches die Führung erhält[6].

Ihre Verfassung deckte 13 Jahre lang diesen Brauch solange, als er gegen uns ausschlug, und erst in dem Moment, in dem nach dem Brauch der Verfassung wir die Macht hätten bekommen müssen, da plötzlich entdeckten sie, daß die Verfassung nicht tauglich sei und eine höhere göttliche Ordnung[7], wie Herr von Papen sagte, an ihre Stelle treten müsse. Ich kann nur das eine sagen, schon die Tatsache zeigt, daß sie gar nicht daran dachten, uns einen Einfluß zuzubilligen.

Was heißt das, Minister ohne Portefeuille, was heißt das, Vizekanzler - lauter Titel, ohne jede Befugnis, ohne jedes Recht. Was heißt das, wenn man mir anbietet, ich solle preußischer Ministerpräsident werden[8]. Wen sollte ich ersetzen, Herrn Braun oder Herrn Bracht[9]? Glauben Sie vielleicht, daß ich mich zu einer solchen Rolle eigne, wie z. B. zu derjenigen des Kabinetts *Braun*? Diese Herren sind zufrieden, wenn sie Titel haben[10]. Nach einem Titel habe ich mich

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.
5 Papen unterstützte vor der Reichspräsidentenwahl 1925 öffentlich Paul von Hindenburg, obwohl das Zentrum mit Wilhelm Marx einen eigenen Kandidaten aufgestellt hatte. Vgl. Petzold, Papen, S. 25 ff.
6 Vgl. Dok. 4, Anm. 13.
7 Vgl. Dok. 15 Anm. 16.
8 Vgl. Dok. 35, Anm. 11.
9 Vgl. Dok. 35, Anm. 13, 14.
10 Anspielung auf die Stellung der preußischen Staatsminister nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes vom 25.10.1932. Vgl. Dok. 45, Anm. 9.

in meinem ganzen Leben noch nicht gesehnt. (Lebhafter Beifall!) Die Republik kann mir gar keinen Titel geben für das, was ich dafür hingebe.

Man will mir den Titel Ministerpräsident geben, aber ich setze meinen ehrlichen Namen dafür ein, und der ist mehr wert. (Lebhafter Beifall.)

Nein, die ganze Art zeigt, was man beabsichtigte: keinen Einfluß, nur im Reichsinnenministerium die Verantwortung, d. h. die Verantwortung für den Polizeieinsatz, um die Massen niederzuhalten. Und daß es dazu kommt und kommen muß, das ist ganz natürlich[11]. Eine

wirtschaftliche Notverordnung[12],

die den Menschen, die heute 110 oder nur 100 [*Reichs*]Mark verdienen, noch einmal Kürzungen auferlegt, geht an die Grenze des Möglichen. Wenn diese Menschen verstört sind, dann werden sie unruhig, weil sie ihren Ruin vor Augen sehen, und wir hätten dann die Ehre, mit unserm Namen die Polizei dagegen einzusetzen. Für diese Ehre bedanke ich mich. (Lebhafter Beifall.) Die Herren müssen die Verantwortung dafür selbst übernehmen. Ich habe das seit vielen Jahren vorausgesehen.

Erst glaubte man, unsere Bewegung vernichten zu können, dann mußte die Verfassung herhalten. Wir wurden verboten, aufgelöst, bedroht, alles im Namen der Verfassung. Da plötzlich sah man, daß man ohne uns nicht fertig wird. Es kam die Zeit, wo man uns Angebote machte, die Zeit der

Harzburger Front[13].

Es sah so aus, als ob man mit uns zusammen gehen wollte. Aber auch hier zeigte sich eines, *sie sahen in uns die Trommler*[14], die Menschen, die gut genug sind, die Massen zu nationalisieren, damit andere dies letzten Endes wieder verwirtschaften. Denn darauf wäre es hinausgekommen. Als die Harzburger Front sich hätte endlich bewähren sollen, zur Zeit der Präsidentenwahl, da sprach man es aus: Ja, wir haben es nicht so gedacht, daß die Nationalsozialisten je an die erste Stelle kommen, sondern, daß ihr für uns eintretet[15]. Ja, so war es gedacht. Man dachte wohl, man könnte mich persönlich ködern, wenn man mich einlädt, in die Regierung einzutreten. Welch eine Ehre, Minister zu sein! Vielleicht dachten sie auch, daß das Gehalt eine Rolle spielt.

Der heilige Rechtsanspruch des Nationalsozialismus

Ich kann den Herren nur erklären, Titel lehne ich ab, Titel und Gehalt brauche ich nicht, ich verdiene mir als Schriftsteller mehr, als ich als Junggeselle brauche[16]. (Beifall!) Ich habe es gar nicht nötig, nach derartigen Würden und äußeren Belohnungen zu streben. Das Einzige, was mich verführt, ist die Führung selbst, wirklich die Macht, und darauf haben wir Nationalsozialisten *einen heiligen Rechtsanspruch.*

Man sagte mir: Ja, wenn es Ihnen nicht paßt, Herr Hitler, und Sie glaubten, daß Sie Ihren Eifer nicht durchsetzen können, dann konnten Sie ja wieder aussteigen. Das konnte ich eben

11 Die Forderung nach dem Innenressort bei den Verhandlungen im August 1932 ging von der NSDAP aus. Vgl. Dok. 15, Anm. 29.
12 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.
13 Vgl. Dok. 55, Anm. 11.
14 Vgl. Dok. 21, Anm. 23.
15 Vgl. Dok. 55, Anm. 12.
16 Vgl. Dok. 14, Anm. 8.

nicht tun. Das kann Herr von Papen, Herr von Gayl, die bürgerlichen Politiker. Sie haben das Ein- und Aussteigen viel mehr geübt. (Beifall!) Ich bin dazu ein viel zu schwerfälliger Mann.

Ich bin einmal in das politische Leben gestiegen [17] *und habe mir selbst gezimmert, was mir notwendig zu sein schien, und ich kann gar nicht ein- und aussteigen. Ich bleibe, solange ich lebe, in meiner Bewegung, und außerdem kann ich gar nicht aussteigen, weil ich viel zu schwer bepackt bin.*

Wenn man als einziges politisches Gepäck eine Aktentasche besitzt, wie Herr von *Papen* (Beifall), dann kann man natürlich in eine Regierung eintreten, austreten und wieder eintreten. Dann geht das. Aber wenn man hinter sich 13 Millionen Menschen hat, kann man nicht heute rein in die Kartoffeln und morgen raus aus den Kartoffeln.

Der Einsatz soll die große Stunde des Volkes sein

Die 13 Millionen erwarten, daß es, wenn diese Bewegung einmal *eingesetzt* wird, *dann wirklich des deutschen Volkes ganz große Stunde ist.* (Beifall.) Was würde man wohl jetzt sagen, wenn ich am 13. August hineingegangen wäre und nun, rein wirtschaftlich gesehen, die Verantwortung natürlich nicht mehr decken könnte. Ich kenne meine bürgerlichen Ratgeber, damals hätten sie Hosianna geschrien [18], heute würden sie rufen: Kreuziget ihn [19], er hat sich getäuscht, er hat versagt.

Über 13 Millionen wären enttäuscht gewesen, ja mehr als enttäuscht. Sie hätten das Gefühl gehabt, jetzt ist unsere letzte Hoffnung verloren, Deutschland ist verwirtschaftet. Das Letzte ist verloren, an das man glauben konnte.

Es würde für mich eine schlechte Entschuldigung sein, wenn ich sagen wollte, ich konnte mich nicht durchsetzen. Man würde sagen, warum bist du hineingegangen, wenn du dich nicht durchsetzen kannst. Nein, Volksgenossen, ich habe mir dies damals überlegt. Ich wußte, was uns bevorsteht. Ich konnte mit bestem Wissen und Gewissen nicht anders handeln, ich mußte damals nein sagen. (Beifall.) Manche werden sagen, Sie hätten aber wenigstens augenblicklich einen gewissen Vorteil gehabt.

Ich will nicht die Zukunft der deutschen Nation für Augenblicke preisgeben. Und die Zukunft, das werden Sie von Woche zu Woche mehr sehen, gehört unserer Bewegung.

Daß Herr von Papen eine Notverordnung in Vorbereitung hatte, die ich von vornherein als Fehlschlag beurteilte, ist nicht ausschlaggebend. Wenn eine Notverordnung herauskommt, deren geistiger Vater Goldschmidt heißt [20], dann weiß ich genau, was gerettet werden soll, nicht der Bauer, sondern die Banken. Das konnte ich prophezeien, es war aber gar nicht ausschlaggebend. Ausschlaggebend war etwas anderes. Als ich vor 13 Jahren in das politische Leben eintrat, beherrschte mich die Erkenntnis, Deutschland hat einen Krieg verloren. Der Verlust des Krieges führte zu einer demütigenden Unterwerfung. Die Unterwerfung selbst führte zu einer Preisgabe der deutschen Machtstellung, aber auch der deutschen Rechtsstellung. Denn Macht war im Völkerleben immer die Beschützerin des Rechts. Ich sagte mir, wenn Deutsch-

17 Vgl. Dok. 28, Anm. 14.
18 Vgl. Dok. 47, Anm. 20.
19 Vgl. Dok. 45, Anm. 14.
20 Vgl. Dok. 6, Anm. 9, Dok. 17, Anm. 4.

land erst diese Machtstellung und damit seine Rechtsstellung in der Welt verloren hat, dann wird zwangsläufig auch seine Lebensstellung Schaden nehmen. Das heißt, am Ende der Katastrophe wird der Zusammenbruch der Wirtschaft stehen. Solange die Zeit nur erfüllt ist vom politischen Verfall, solange fühlen die Menschen das noch nicht. Wenn aber *aus dem politischen Verfall der Zusammenbruch der Wirtschaft* folgt und die einzelnen Menschen ergreift, dann werden sie *plötzlich zur Erkenntnis der Katastrophe* kommen. Dann werden sie sagen, wir gehen einem furchtbaren Schicksal entgegen. Die einzelnen Menschen werden Not leiden, und dann wird die Zeit kommen, in der man wahrscheinlich von der Wirtschaft aus Deutschland wird retten wollen. Und diese Zeit hat sich damals schon angekündigt. Es gab 45 Parteien[21], die einen aus dem Mittelstand, die anderen aus dem Kleinhandwerk, wieder andere aus dem Grundbesitz, Parteien der Beamten, Angestellten, Arbeiter usw. Die ganze Nation verwandelte ihr politisches Denken langsam in ein nur wirtschaftliches Schauen.

Der Ausgangspunkt der deutschen Katastrophe liegt im politischen Leben

Ich sagte damals, sie vergessen eins:

Nicht die Wirtschaft ist der Ausgangspunkt der deutschen Katastrophe, sondern der Ausgangspunkt liegt in unserem politischen Leben. Der Beginn des deutschen Zerfalls liegt in uns selbst, liegt im deutschen Volk, das sich langsam weltanschaulich aufteilt, politisch keinen festen Grund hat.

Man kann nicht auf die Dauer eine Nation führen, nur weil eine Regierung da ist, wenn nicht dieses Volk in einer *geistigen inneren Beziehung zu seiner Regierung* steht. Ich habe damals die Wirtschaftskatastrophe vorausgesagt, als die ganzen bürgerlichen Politiker ununterbrochen noch träumten von einem großen wirtschaftlichen Emporstieg. Ich habe Recht behalten. Ich habe Zeit bekommen, eine neue Organisation des deutschen Volkskörpers in Angriff zu nehmen.

Ich sagte damals: Wenn unser Volk immer mehr aufhört, aus eigener Kraft zu denken, und sich aufzulösen beginnt in Berufsparteien, Interessenstände usw., dann wird diese innere Zersplitterung die ganze deutsche Volkskraft nehmen. Deutschland wird niemals mehr ein Machtfaktor. Die innere Erkenntnis aber wirkt zugleich beklemmend für jeden. Wir werden überhaupt keine Tatkraft mehr aufbringen. Die ganze Nation wird in Gleichgültigkeit und Verzagtheit versinken.

Der Gedanke der deutschen Volksgemeinschaft

Das Völkerschicksal, das uns trifft, ist das Schicksal, das alle Völker traf, wenn sie so ihre sittlichen Kräfte, statt zu akkumulieren, zusammenzulegen, im Inneren aufgebraucht hatten, und ich sagte mir, wir müßten beginnen, eine neue *Gemeinschaft der deutschen Menschen* aufzubauen. Das ist schwer. Unzählig sind die *Widerstände,* die sich mir entgegenstellen, die Widerstände der Parteien, der Verbände, die Beharrlichkeit der einzelnen Menschen, die Anhänglichkeit an ihre Klasse, die Tradition des Standes. Alles wird sich dagegen wenden, aber man muß doch beginnen.

Und man kann nicht oben beginnen, unten muß man das neue Volk schaffen. Woran ist Deutschland zugrunde gegangen? Ich sagte mir, es geht zugrunde, weil der Staat, die Staatsidee und die Staatsauffassung ihre Wurzeln nicht im ganzen Volke hat.

---

21 Vgl. Dok. 22, Anm. 18.

Fünfzehn Millionen waren dem Staat entfremdet[22]. Und ich sagte nun, wir wollen ein Drittes Reich[23] bauen. Aber das Dritte Reich hat nur dann einen Sinn, wenn es sich vom zweiten darin unterscheidet, *daß nunmehr die geistigen Wurzeln des neuen Reiches wieder in das Volk hineinwachsen.* Das Volk muß das Reich tragen, die breite Masse der Arbeiter, der Bauern, des Handwerks, des Mittelstandes, sie müssen die tragenden Schichten des neuen kommenden deutschen Reichs werden. Und ich sagte, wir müssen *von unten herauf* trotz aller Widerstände beginnen. Man darf sich nicht dadurch abschrecken lassen, das einer sagte: Mein Vater war Marxist, ich kann nicht plötzlich etwas anderes werden. Ein anderer wird sagen: Ich bin Bürger, ich muß an meine Herkunft denken, an meine Lebensstellung. Man darf sich dadurch nicht beirren lassen. Man muß an Tausend herantreten, um vielleicht zehn zu überzeugen und zu gewinnen. Man muß weiterkämpfen, um aus zehn hundert zu machen, weiter, um aus hundert endlich tausend, um aus tausend zehntausend zu gewinnen, dann hunderttausend und um aus hunderttausend endlich eine Organisation zu bauen, eine Bewegung, aus der Bewegung langsam die erste Million, aus einer Million zehn Millionen, aus zehn zwanzig und dreißig, bis langsam über alle Stände, Berufe, Klassen, über alle konfessionellen Trennungen hinweg wieder *eine deutsche Volksgemeinschaft* entsteht (lebhafter Beifall), und *auf dieser kann dann wieder ein Staat aufgebaut* werden, *ein Reich*[24]. Denn das haben die Führer von heute nie begriffen: Wenn man eine Organisation bauen will, so daß sie ganz stark ist, ganz fest ist, dann muß man genau wie in der Natur dafür sorgen, daß die *Wurzeln dieses Stammes tief herunter in das völkische Erdreich* reichen. Die oberen Zehntausend: Gewiß ist ihr Geist blendend und bestechend, ohne Zweifel, aber viel zu beweglich, unbeständig, viel zu schwankend, als daß man darauf eine Organisation oder gar einen Staat aufbauen könnte. Man hält mir entgegen, der kleine Mann sei geistig beschränkt. Er ist allerdings geistig nicht so vital, nicht so lebendig, der *kleine Bauer, Arbeiter* oder *Handwerker;* geistig ist er wohl nicht so beweglich, nicht so gebildet, aber wer ihn gewonnen hat trotz seiner Sturköpfigkeit, seiner Begrenztheit, der hat einen treuen, einen *zuverlässigen,* einen *stabilen Menschen* gewonnen. (Beifall.) Darauf kann man dann bauen. Das ist das *solide völkische Erdreich.* Wenn man einen Baum in dieses hineinpflanzt, dann wird er nicht nur gedeihen, wenn die Sonne scheint, sondern er sitzt fest im Erdreich, wenn der Sturm kommt und der Hagel und der Wetterschlag. *Dies Fundament hält dann Stand.* Das ist das solide, brave, treue Volk, das, wenn es eine Partei gewonnen hat, auch dableibt. Es ist zuverlässig. (Lebhafter Beifall.)

Dies ist das Fundament für einen Staat

Von *unten her* muß es geschaffen werden in praktischer Arbeit, nicht theoretisch-konstruktiv von oben herunter. Und sehen Sie, das ist das, was ich als *Nationalsozialist* und wir alle im deutschen Volk und im Deutschen Reich der Zukunft zu geben haben. Wir haben die kleinen Menschen aus allen Schichten für den deutschen Gedanken zurückgewonnen, wir haben sie mit den Verständigsten zusammengeführt, haben aus all diesen Menschen eine feste Einheit ge-

---

22 Bezieht sich auf das Ergebnis von SPD und USPD bei der Wahl zur Verfassunggebenden Nationalversammlung am 19.1.1919, bei der sie zusammen 13.826.338 Stimmen erzielt hatten. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41.

23 Vgl. Dok. 47, Anm. 27.

24 Vgl. Dok. 10, Anm. 12.

schaffen, nicht in Theorie, nein, im Leben. Es ist eine Gemeinschaft entstanden in dieser lebendigen Kraft des Willens, der opferbereit ist, der Hingabe, des Stolzes, der Treue, der gegenseitigen Kameradschaft. Es sind Menschen, die Deutschland braucht, wenn es wieder groß und stark werden will. Die Regeneration muß im Volke beginnen. Nur was so gewachsen ist, hält stand. Was künstlich von oben her konstruiert wird, wird immer wieder bloße Theorie bleiben, schön, schillernd, blendend, aber es hält nicht stand.

Der Wert des Nationalsozialismus für die deutsche Zukunft

Und sehen Sie, *das ist der Wert, den unsere Bewegung besitzt für die deutsche Zukunft und auch mein Wert.* Mein Wert liegt darin, daß ich das dem Deutschen Reich mitbringe, was die andern nicht haben. (Beifall.) Ich komme nicht mit leeren Händen, nicht mit einer Theorie, nicht mit der Aktentasche, ich komme mit dem besten Teil des deutschen Lebens, das beste deutsche Volkstum habe ich heute gesammelt. (Beifall.) Ich werde nur in die Regierung gehen, wenn ich weiß, daß ich mich nicht davon zu trennen brauche, wenn ich weiß, daß dieses Gut weiter wächst, denn nicht mit 13 Millionen ist die deutsche Zukunft entschieden, entschieden wird sie erst sein, wenn zu diesen noch dreißig und vierzig Millionen gestoßen sind.

Wenn Herr von Papen sagt, ich stehe hier oben, dann sage ich, ich stehe mitten im Volke. Wenn Herr *von Papen* sagte, ich stehe über den Parteien[25], dann muß ich Ihnen sagen, Herr von Papen, das ist genau so klug, als wenn im Zeitalter der Reformation ein deutscher Fürst gesagt hätte, er stehe über der Reformation und Gegenreformation. Das war unmöglich. Beide gestalteten ja für Jahrhunderte die Plattform des neuen deutschen Lebens. Wenn Herr *von Papen* heute sagt, das bewegt mich nicht, ich bin neutral, dann sage ich: Wenn der Bolschewismus käme und Herr von Papen sagte, ich bin neutral, es würde ihn doch bewegen! Es ist das so *bar jeder Einsicht,* jeder Erkenntnis der Menschen, des geschichtlichen Werdens, daß ich nur sagen muß: Wie können die Männer die Stirn nehmen, in einer solchen Zeit überhaupt die *Macht ergreifen* zu wollen. (Sehr richtig!) Es ist das in meinen Augen der *größte Frevel* in der deutschen Geschichte. Wenn sie das tun, muß ich sagen: Meine Herren! Übernehmen Sie auch die Verantwortung. Wenn Sie von mir erwarten, daß ich auf Ihre schlechten Wechsel meinen Namen setze und die Partei als Bürgschaft hineinlege, dann täuschen Sie sich. Wenn Sie glauben, mir einen Titel anbieten zu können, so mutet das lächerlich an. Ein Mann wie ich, der jede Minute gewärtig sein muß, daß ihn irgendein Narr über den Haufen schießt, daß auf ihn ein Attentat verübt wird, der kann so etwas schon zur Kenntnis nehmen[26]. *Dafür setze ich mein Leben nicht ein. Ich setze es ein für die Lösung der großen deutschen Aufgabe. Dafür bin ich bereit, mich zerhauen, mich zerstückeln zu lassen. Für den Schein ist mir mein Leben nicht feil, sondern höchstens für das Sein.*

Ich denke nicht daran, mich von denen zu trennen, die mir selbst in guten und schlechten Tagen unverbrüchliche Treue gehalten haben. Und das muß ich sagen, wenn ich viele Millionen

25 Vgl. Dok. 35, Anm. 17.

26 Aus dem Jahr 1932 sind drei Attentatsversuche auf Hitler überliefert: am 15.3. bei Weimar, am 20.7. bei Stralsund und am 30.7 in Nürnberg. Zu den umfangreichen Sicherheitsmaßnahmen vgl. Peter Hoffmann, Die Sicherheit des Diktators. Hitlers Leibwachen, Schutzmaßnahmen, Residenzen, Hauptquartiere, München 1975, S. 31 ff.

deutscher Arbeiter aus dem marxistischen Lager erobert habe[27], dann muß jeder sehen, daß wir einen Zustand herbeiführen, der über allen Klassen steht. Wenn ich diesen Kameraden sagen müßte, ihr seid mir gefolgt, ich muß euch für etwas anderes einsetzen, dann würde ich selbst so treulos handeln, daß ich nicht verdienen könnte, daß mir die Treue gehalten würde. Sie reden von meiner Autorität, sie ist größer als die Autorität irgendeines Parteiführers. Aber sie beruht auf gegenseitigem Treue-Verhältnis.

Bedingungslos treu sind mir viele hunderttausend meiner Kameraden, und ich würde mich schämen, wenn ich ihre Treue durch persönliche Untreue vergelten würde.

Man sagt mir vielleicht, entweder Sie beugen sich, oder Sie werden niemals die Macht bekommen. Darüber entscheidet nicht Herr von Papen, darüber entscheidet die Vorsehung. *Was ich bin, bin ich durch mich, was die Bewegung ist, ist sie durch sich selbst.* Wir werden den Kampf gegen das Schicksal weiterführen wie bisher.

Wir kennen das Wort Unterwerfung nicht

Das Wort Unterwerfung oder Kapitulation aber kennen wir als Nationalsozialisten in unserm Sprachgebrauch überhaupt nicht. (Beifall!) Wenn ein deutschnationaler Parteiführer kommt, um mir zuzureden, wenn er sagt: "Sehen Sie, das ist taktisch nicht klug"[28], dann muß ich sagen, ich benötige keine Belehrungen über das, was taktisch klug ist. Ich kann den Herren versichern, daß ich für die sogenannte Klugheit des Augenblicks, die Clausewitz als Feigheit klassifiziert[29], nicht die Zukunft opfern werde. Ich nehme es auf mich, ganz ruhig von ihnen als der nicht Gescheitere bezeichnet zu werden.

Der Kampf geht weiter!

Sie haben uns den Kampf aufgezwungen, den wir weiterführen in der Überzeugung, daß das breite Fundament, das wir für die Zukunft geschaffen haben, nicht zerstört werden kann, es sei denn, wir würden es selbst zerstören. Ich habe dabei diese unbedingte Einsicht, daß das *deutsche Bürgertum* einmal diese heutige Zeit *bereuen* wird. Man könnte sagen: Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun[30]. Sie können es nicht ertragen, daß Millionen Deutsche, die früher im anderen Lager standen, nun zu Nationalsozialisten geworden sind. Sie müßten eigentlich uns allen dankbar dafür sein, daß wir diese Bewegung geschaffen haben, und sie müßten mir dankbar sein, daß ich der Fürsprecher für Millionen kleiner Deutscher geworden bin, denn die Geistigkeit der oberen Zehntausend findet immer eine Möglichkeit, sich durchzusetzen und ihre Interessen wahrzunehmen, aber die *Millionen kleiner Menschen* bluten schwer. Die Bürgerlichen müssen froh sein, heute als *Fürsprecher* einen *deutschen* Mann gefunden zu haben und *nicht einen internationalen Juden.*

---

27 Vgl. Dok. 10, Anm. 9.

28 Vgl. Dok. 25, Anm. 25.

29 Gemeint ist die 1812 entstandene Bekenntnisdenkschrift von Carl von Clausewitz (1780-1831), mit der er seine Abkehr von Preußen und den Eintritt in russische Dienste rechtfertigte. Darin griff Clausewitz diejenigen an, die bereit waren, "das System der Feigheit öffentlich zu bekennen und die verpesteten Grundsätze desselben täglich zu predigen". Druck: Carl von Clausewitz, Politische Schriften und Briefe. Hrsg. von Hans Rothfels, München 1922, S. 80-119. Vgl. auch Norbert Krüger, Adolf Hitlers Clausewitzkenntnis. In: Wehrwissenschaftliche Rundschau 18 (1968), S. 467-471.

30 Vgl. Dok. 10, Anm. 14.

Wir haben einen schweren Kampf vor uns. Wir werden diesem Kampf nicht ausweichen. Eine Versicherung gebe ich Ihnen, daß ich diesen Kampf weiter fortführen werde für die Volksgemeinschaft. Das Ende und das Ziel kann der Erfolg sein, oder die Vorsehung entscheidet anders.

Verlassen werde ich mein Werk nie, und es kann sich mir entgegenstemmen, was sich entgegenstemmen will. Ich glaube, daß diese Kraft der deutschen Nation aus Treue, aus Hingabe, aus Opfersinn und aus fanatischer Liebe doch am Ende alle Widerstände überwinden wird. (Beifall.)

So wird ein neues Deutschland entstehen. Ich respektiere die Geistigkeit der oberen Zehntausend und kann mich übrigens mit den Herren jederzeit messen. Ich respektiere sie, ihr Können, ihre Verdienste. Mögen sie auch das deutsche Volk, diese Masse der deutschen Bauern und Arbeiter respektieren, mögen sie erkennen, daß der Geist ohne dieses Fundament der Treue und der Zuverlässigkeit nichts anderes ist als leerer Hauch im luftleeren Raum. Mögen sie endlich einsehen, daß die Zukunft Deutschlands nicht gestaltet werden kann von einer kleinen Vereinigung oder Gesellschaft[31], *mag sie geistig orientiert sein von oben oder nur ausgehen von diesem einen gesunden Fundament. Es muß sich aufbauen aus der Volksgemeinschaft, aus Arbeitern, Bauern, dem Mittelstand, aus unserer Bevölkerung. Das ist unser Glaubensbekenntnis, von dem wir nie lassen und für das wir kämpfen, jetzt und in aller Zukunft, bis aus ihm heraus das wird, was wir alle ersehnen,*

das Deutsche Reich der Kraft und Stärke und der Macht und darum auch der Herrlichkeit.

(Stürmischer, langanhaltender Beifall!)

3. November 1932 — Dok. 57
Rede auf NSDAP-Versammlung in Kassel[1]

Hessische Volkswacht vom 5./6.11.1932, "Adolf Hitlers Rede im Kasseler Riesenzelt 'Ich will die deutsche Volksgemeinschaft'"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 56.

---

31 Vgl. Dok. 6, Anm. 10, Dok. 55, Anm. 24, 25.

1 Im Zelt an der General-Scheffer-Straße, nach 22.40 Uhr. An der von Gauleiter Karl Weinrich eröffneten Versammlung nahmen nach Angaben des *Hessischen Kuriers* etwa 40.000 Menschen teil (*VB*: 50.000). Vor Hitlers 50minütiger Rede sprach MdL Roland Freisler. Die Eintrittspreise waren von 50 Pfennig bis 10 RM gestaffelt. Die Freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz und die Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger mußte bei etwa 100 Ohnmachtsanfällen Hilfe leisten. Die Strecke von Hannover nach Kassel legte Hitler bis Göttingen mit der Bahn zurück, wo ihn seine Autokolonne erwartete. Hitler übernachtete im Hotel *Schirmer* und setzte seine Wahlkampfreise am nächsten Tag gegen 14.00 Uhr fort.

2 Vgl. auch Hessischer Kurier vom 5.11.1932, "Hitler war in Kassel"; Kasseler Neueste Nachrichten vom 4.11. 1932, "Hitlers zweiter Besuch in Kassel"; Kasseler Post vom 4.11.1932, "Die Hitler-Kundgebung in Kassel"; Kasseler Volksblatt vom 4.11.1932, "War das alles?"; VB vom 5.11.1932, "In Nebel und Sturm zu den Niedersachsen und nach Kassel" sowie Dietfried Krause-Vilmar, Hitlers Machtergreifung in der Stadt Kassel. In: Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933-1945, Bd. 2: Studien. Hrsg. von Wilhelm Frenz, Jörg Kammler und Dietfried Krause-Vilmar, Fuldabrück 1987, S. 13-36, S. 33.

4. November 1932 Dok. 58
Rede auf NSDAP-Versammlung in Ulm [1]

Ulmer Tagblatt vom 5. November 1932, "Hitler in Ulm"[2].

Von meinen politischen Gegnern wird mir vor allem ein Vorwurf daraus gemacht, daß ich am 13. August [*1932*] *nicht in die Regierung Papen eingetreten* bin[3]. Wenn ich es nicht tat, so gerade, weil ich nicht den reaktionären Kurs mitzusteuern die Absicht hatte. Man konnte von mir nicht verlangen, daß ich meine Unterschrift unter einen fremden Wechsel setze. Mit bedeutungslosen Ministerposten und mit dem Vizekanzleramt, das überhaupt nicht in Erscheinung tritt, konnte ich mit nicht abspeisen lassen, auch hatte ich nicht das Bedürfnis als preußischer Ministerpräsident[4] neben Herrn Braun und Herrn Bracht der dritte im Bunde zu werden[5]. Ich brauche die Titel und Ehrenposten der Republik nicht: Ich habe mir einen Namen geschaffen, der mehr wert ist als alle diese Titel.

Im Verlauf seiner Rede kam Hitler auch auf den *Verkehrsstreik in Berlin*[6] zu sprechen: Die heutigen Machthaber sollen es einmal den Arbeitern vormachen, wie man mit 70-90 [*R*]M im

---

1 In der Max-Eyth-Halle, von 20.00 bis 21.00 Uhr. An der von Kreisleiter Eugen Maier eröffneten Versammlung nahmen laut *Ulmer Tagblatt* etwa 14.000 bis 15.000 Menschen teil (*VB*: 30.000). Nach Hitler sprach MdR Wilhelm Dreher. Der *Schwäbische Volksbote* berichtete: "Die Besucher der Versammlung haben dem auf der Eintrittskarte vermerkten Wunsch der Parteileitung, 'beim Einmarsch Hitlers keine Blumen zu werfen', streng Folge geleistet." Hitler war am frühen Nachmittag auf dem Flugplatz Schwaighofen eingetroffen. Der Bahnhofsplatz vor dem Hotel *Russischer Hof*, wo Hitler abgestiegen war, mußte zweimal polizeilich geräumt werden. Der für den Abend geplante Weiterflug nach München wurde wegen Nebels auf den folgenden Vormittag verschoben.

2 Vgl. auch Donauwacht vom 5.11.1932, "ER war da!"; Schwäbischer Volksbote vom 5.11.1932, "Hitlerversammlung"; Ulmer Sturm vom 5./6.11.1932, "Adolf Hitler in Ulm"; VB vom 6./7.11.1932, "'Herr von Papen machen Sie es doch dem deutschen Arbeiter vor, wie er mit 70 Mark monatlich mit seiner Familie leben soll'". Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 19.11.1932, "Die neue Parole: Der Kampf wird fortgesetzt! Adolf Hitler".

3 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

4 Vgl. Dok. 35, Anm. 11.

5 Vgl. Dok. 35, Anm. 14, Dok. 45, Anm. 9.

6 Der Berliner Verkehrsstreik vom 2. bis 8.11.1932 legte fast den gesamten Verkehr der Reichshauptstadt lahm. Die Berliner Verkehrs-Aktiengesellschaft (BVG) hatte, gestützt auf die Notverordnung vom 5.9.1932 (vgl. Dok. 5, Anm. 3), zum 1.11.1932 Kürzungen des Stundenlohns zwischen 14 und 23 Pfennig angekündigt, Verhandlungen mit dem Gesamtverband der Arbeitnehmer des öffentlichen und des Personen- und Warenverkehrs hatten jedoch zu einer Einigung auf eine Kürzung um lediglich 2 Pfennig geführt. Die kommunistisch dominierten Einheitsausschüsse der Belegschaft setzten trotzdem eine Urabstimmung sämtlicher BVG-Arbeiter am 2.11. durch, bei der zwar 75% der Abstimmenden, aber nicht der Stimmberechtigten, wie die Gewerkschaftssatzung notwendig machte, für einen Streik stimmten. Dennoch bestellte die Delegiertenkonferenz der Einheitsausschüsse am gleichen Abend gegen den Willen der Gewerkschaft eine Streikleitung, der neben der federführenden kommunistischen Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) auch Mitglieder der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) angehörten. KPD und NSDAP organisierten gemeinsam betriebsfremde Streikposten, die gewalttätig Streikbrecher bekämpften. Am 3.11.1932 erreichte die BVG die behördliche Zwangsschlichtung, die das Ergebnis der Tarifverhandlungen bestätigte. Am 5.11. wurden die ersten Arbeiter entlassen. Nach der Reichstagswahl bröckelte die Streikfront, so daß die Zentrale Streikleitung am Abend des 7.11. den Streik für beendet erklärte. Die NSDAP schloß sich erst am folgenden Tag an. KPD und NSDAP warfen sich in der Folge gegenseitig Streikbruch vor und versuchten, ihre Zusammenarbeit her-

Monat leben kann[7]. Im Ruhrgebiet erhalten die Arbeiter unter Berücksichtigung der Abzüge vielfach wöchentlich keine 15 [*R*]M[8]. Wundert man sich da noch, wenn die Masse sagt, da tun wir nicht mehr mit, nicht weil wir nicht wollen, sondern weil es sich schlechterdings mit einem solchen Einkommen nicht leben läßt.

13 Jahre lang hat die Verfassung einen Sinn gehabt, nämlich so lange, als man mit ihr die Nationalsozialisten zügeln zu können glaubte. Nach der Wahl von 230 Nationalsozialisten in den Reichstag entdeckte man dann plötzlich, daß die Verfassung nicht mehr taugt. Noch immer wollen meine Gegner nicht glauben, daß die 13 Millionen Nationalsozialisten[9] vielleicht die letzte Sammlung eines deutschen Willens, einer deutschen Zuversicht und eines deutschen Vertrauens sind.

Wenn Reichskanzler von Papen die Frage aufwirft, wie ich dazu komme, die Führung von einer neuen Regierung zu beanspruchen, so ist wohl die Gegenfrage berechtigt: Wie kommen Sie, Herr von Papen, dazu, mir diese Führung zu verweigern? Ohne meine 13jährige unermüdliche Aufbauarbeit hätte die Regierung Papen überhaupt nicht in Erscheinung treten können. Die jetzige Regierung beruft sich auf eine göttliche Ordnung[10]; diese Ordnung ist nicht im Himmel, sondern in Berlin gemacht worden und ihre Schöpfer waren keine Heiligen, sondern sehr kleine Politikaster. Der bisherige Erfolg ist außenpolitisch eine rettungslose Isolierung[11], innenpolitisch heillose Verwirrung, wirtschaftspolitisch eine große Enttäuschung, mit der Aussicht auf eine noch größere Wirtschaftskatastrophe. Wenn man Deutschland wiederaufbauen will, darf man nicht oben *beginnen*, sondern muß zuerst einen neuen einheitlichen Volkskörper schaffen. Wie die Zersetzung seinerzeit von einem kleinen Krankheitsherd ausging und immer weitere Kreise ziehend allmählich das ganze Volk erfaßte[12], so konnte eine Gesundung nur von einem kleinen entschlossenen Häuflein aus einsetzen, und erst wenn dieses Häuflein zu einer Schar von 30 bis 40 Millionen angewachsen sein wird, kann ein neues Deutschland ge-

---

unterzuspielen. Vgl. Klaus Rainer Röhl, Nähe zum Gegner. Kommunisten und Nationalsozialisten im Berliner BVG-Streik von 1932, Frankfurt a. M. 1994.
Goebbels notierte am 4.11.1932 in seinem Tagebuch: "Die bürgerliche Presse hat die Lüge erfunden, daß ich diesen Streik ohne Wissen und Willen des Führers vom Zaune gebrochen habe, um die Partei in bolschewistisches Fahrwasser hinüberzuleiten, dabei stehe ich mit dem Führer in stündlicher, telephonischer Verbindung. Er billigt meinen Standpunkt in jeder Beziehung." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 270.

7 Der durchschnittliche tarifliche Barverdienst eines Arbeiters in der verarbeitenden Industrie betrug im Oktober 1932 etwa 117 RM im Monat bei einer Wochenarbeitszeit von 41,5 Stunden. Die "Verordnung der Reichsregierung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit" vom 5.9.1932 (vgl. Dok. 5, Anm. 3) erlaubte jedoch bei gleichzeitiger Neueinstellung Lohnkürzungen zwischen 10% und 50%. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 273; Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978, S. 98.

8 Der durchschnittliche Barverdienst eines Bergarbeiters (Leistungslohn, Zuschläge für Überarbeit, Hausstands- und Kindergeld) betrug im 4. Quartal 1932 36,8 RM pro Woche, wobei Kürzungen bis 50% möglich waren (vgl. Anm. 7). Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 265 sowie Rudolf Tschirbs, Tarifpolitik im Ruhrbergbau 1918-1933, Berlin 1986, S. 435 ff.

9 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

10 Vgl. Dok. 15, Anm. 16.

11 Vgl. Dok. 15, Anm. 52.

12 Anspielung auf die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse in Deutschland.

schaffen werden. Man müßte dafür dankbar sein, daß es uns schon jetzt gelungen ist, viele Millionen Deutsche so weit zu bringen, daß sie einen deutschen Mann anstelle eines internationalen Juden (gemeint ist wohl Marx) zu ihrem Fürsprecher gemacht haben. Aus den 13,7 Millionen Nationalsozialisten müssen aber 30 bis 40 Millionen werden und zuletzt muß die ganze Nation in diese Gemeinschaft hineinwachsen. Aus diesem Grunde wird man niemals erleben, daß mich die Herren von Papen und Hugenberg erweichen oder mürbe machen. Man sagt zwar, der Gescheitere gibt nach, Herr Hugenberg, ich bin ja angeblich nicht der Gescheitere [13], nachgeben tue ich nicht! [14]

5. November 1932 — Dok. 59
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

Masch. Manuskript o. D. [2]; BA, NS 26/58 [3].

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Ich glaube ja, daß in diesen Tagen mir der große Teil derjenigen, die vielleicht vor 6 bis 8 Wochen glaubten, mit meiner Entscheidung unzufrieden sein zu müssen [4], bereits Abbitte geleistet hat. Ich glaube, daß es heute in unserer Bewegung selbst nicht einen Mann mehr gibt, der nicht glücklich ist darüber, daß ich das Schicksal dieser Bewegung nicht verbunden und nicht verknüpft habe mit dem Schicksal des Kabinettes Papen (Bravo!!). Ich glaube, es gibt schon keinen Berufsstand mehr, mag das die Landwirtschaft sein oder die Industrie, der Handel, das Gewerbe, das Kleingewerbe, keinen Berufsstand, der nicht schon aufgewacht ist aus der Hypnose dieser letzten 8 Wochen.

Statt dessen zeigt vielleicht den inneren Zusammenbruch der ganzen Versprechungen und damit auch der Hoffnungen die Häufigkeit, die steigende Häufigkeit der Benützung des Rundfunks durch unsere amtlichen Stellen und die vollkommene Abschließung des Rundfunks von den anderen [5], von den politischen Gegnern. (Pfui!!) Ich kann nur eines sagen. Wenn eine

13 Vgl. Dok. 25, Anm. 25.
14 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In der Ausstellungshalle I des Messegeländes, von 15.45 bis 16.30 Uhr. An der von Gauleiter Adolf Wagner eröffneten Versammlung nahmen laut *VB* über 10.000 Menschen teil. Der Polizeibericht stellte fest: "Die Kundgebung ist ruhig verlaufen. Angriffe auf Regierungsmitglieder und dgl. wurden nicht gemacht."
2 Kopf: *"Adolf Hitler in der Ausstellungshalle I am 5. November 1932 zur Reichstagswahl".*
3 Vgl. auch Münchener Zeitung vom 7.11.1932, "Bilder von der Wahl in München"; VB vom 8.11.1932, "Der Abschluß des vierwöchigen Deutschlandfluges des Führers", "Der Führer spricht" sowie Polizeibericht vom 7.11.1932; StA München, Polizeidirektion München 6743.
4 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.
5 Vgl. Dok. 40, Anm. 7.

Regierung es nötig hat, fast jeden Tag im Rundfunk zu reden[6], und nicht den Mut besitzt, ihre Gegner, die sie damit angreift, überhaupt auch nur zu Worte kommen zu lassen, dann ist das traurig genug. Ich stünde dem Herrn von Papen, wahrhaftiger Gott, im Rundfunk schon zur Verfügung[7]. Ich würde dann zur deutschen Nation reden, und es würde sich zeigen, wer sich etwa das Vertrauen der Millionenmassen unseres Volkes erringt.

Wenn heute überhaupt noch gegen die Partei der Vorwurf erhoben wird, sie hätte eine Stunde, die historische Stunde, versäumt[8], dann ist dieser Vorwurf jetzt leicht zu entkräften, selbst wenn die deutschnationalen Herren, die jetzt als einzige auf weiter Flur stehen, noch immer ununterbrochen ihr Sprüchlein heruntersagen: "Herr Hitler! Warum sind Sie nicht in diese Regierung eingetreten?" Dabei haben sie ja selbst nicht den Mut, diese Regierung zu decken. Sie sagen heute nicht mehr: Was Papen tut, ist immer gut. Sondern sie sagen, was Papen tut, das geht uns nichts an. Wir sind nicht verantwortlich dafür, wir decken das nicht[9]. Nur ich hätte das decken sollen vor 6 Wochen. (Bravo!)

Freilich, sie haben sich getäuscht! Ich trete nicht in eine Regierung ein, um in einer mir absehbaren Zeit wieder auszutreten. Ich hätte aber wohl austreten müssen; denn der Kurs der Regierung ist ein Kurs, den ich nicht decken kann. Und das Ziel ist nicht mein Ziel! Ja, nicht einmal das Ziel derer, die heute regieren. Denn nicht einmal die kommen dorthin, wo sie eigentlich hinkommen wollen! (Bravo!)

Ich höre allerdings nun den einen Einwand: Ja, aber Herr Hitler! Sie hatten doch einflußreiche Stellungen angeboten bekommen. Sie konnten ja dann diesen ihren Einfluß in die Waagschale legen, ihn geltend machen! In die Waagschale hätte ich ihn schon legen können, aber keiner wäre dann dagewesen, der die Waage abgelesen hätte. Die anderen, die haben mich ja nicht eingeladen, damit ich meinen Einfluß durchsetze, sondern damit er gebrochen werde. Man hat es 13 Jahre versucht, 13 Jahre mit der heiligen Verfassung von Weimar, hinter der sie alle standen. Ich erinnere noch an die deutschnationale Presse, die nicht müde wurde, ihren Abscheu über meinen illegalen Fehltritt vom Jahre 1923[10] auszudrücken, und die mir immer wieder die Frage vorhielt, ob wir denn nun auch geläutert wären im Sinne der Weimarer Verfassung, ob wir bereit seien, in Zukunft nur mehr diese Verfassung als des politischen Handelns heiligstes Gesetz anzuerkennen. Nun, ich habe das ja gehalten! Wir sind der Verfassung treu geblieben bis zu dem Tag, an dem wir mit 230 Mandaten in den Reichstag einzogen[11]. Da auf

6 Nach seinem Amtsantritt griff der Reichsminister des Innern, Gayl, auf bereits vorliegende Pläne einer staatsautoritären Rundfunkordnung des Funkreferenten im Reichsministerium des Innern, Erich Scholz, zurück. Mit Erlaß vom 11.6.1932 mußte der Reichsregierung ab 15.6. eine halbe Stunde abendliche Sendezeit bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden. Die "Stunde der Reichsregierung" diente dazu, "die Öffentlichkeit über [*deren*] Ziele und Absichten zu unterrichten". Die Übertragung erfolgte über alle deutschen Sender. In den am 27.7.1932 erlassenen "Leitsätzen für die Neuregelung des Rundfunks" (vgl. Dok. 40, Anm. 7) wurde andererseits eine "Entpolitisierung des Rundfunks" angestrebt. Druck des Erlasses vom 11.6.1932: Eugen Kurt Fischer, Dokumente zur Geschichte des deutschen Rundfunks und Fernsehens, Berlin 1957, S. 252. Vgl. Lerg, Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik, S. 448 f.

7 Vgl. auch Hitlers Schreiben an die *Nordische Rundfunk AG* vom 17.3.1932. Druck: Bd. IV/3, Dok. 51.

8 Vgl. auch Dok. 6, Anm. 6.

9 Vgl. Dok. 55, Anm. 17.

10 Vgl. auch Dok. 28, Anm. 10.

11 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

einmal mußte ich aus allerhöchstem Munde vernehmen, daß die Verfassung keinen Sinn mehr habe, daß jetzt eine göttliche Ordnung entscheide, die wir nicht verstehen und deren Repräsentant Herr Franz von Papen ist.

Meine Volksgenossen! Man hat mich nicht gebeten, um meinen Einfluß geltend zu machen, sonst hätte man mir eine andere Stellung angeboten. Die Deutschnationalen sagten: Sie sollten doch einflußreiche Stellungen bekommen. Für eine deutschnationale Partei ist ein Ministersessel ohne Portefeuille schon eine einflußreiche Stellung. Für mich ist das eine Beleidigung. Ich denke nicht daran, daß ich meinen Namen für einen Titel hergebe. Ich brauche den Titel nicht! Ich will gar nicht Minister sein. Das habe ich nicht nötig. Wenn sie nun aber sagen: Sie sollten doch Vizekanzler sein! Zu welchem Zweck? Als Dekorationserscheinung?? Welche verfassungsrechtlich festgelegten Befugnisse besitzt er?! Gar keine [12]! Er ist nur eine Erscheinung, die dann in Erscheinung tritt, wenn der eigentliche Reichskanzler nicht in Erscheinung tritt, wenn er verreist - dann kommt er gleich wieder zurück, oder wenn er krank ist - und wenn ich Vizekanzler bin, dann wird Herr von Papen sein Leben lang nicht krank. Also ein Amt ohne jeden Sinn und Gehalt. "Ja, aber preußischer Ministerpräsident sollten Sie außerdem noch werden [13]!" Das kommt mir vor wie der billige Jakob draußen auf der Au [14]. Preußischer Ministerpräsident? Sollte ich etwa der Dritte werden im Bunde mit Braun und Severing? Darüber, Herr von Papen, haben Sie gar nicht zu verfügen! Darüber entscheidet der preußische Landtag! Da hätte gewählt werden müssen. Aber dann würden die Deutschnationalen heute dastehen und sagen: Ihr habt euch vom Zentrum zum preußischen Ministerpräsidenten wählen lassen [15]. Und was hieße das dann auch? Sollte ich dann die Rolle des Herrn Braun oder Severing spielen? Die sind glücklich, wenn sie nur einen Titel haben [16].

Ich habe kein Bedürfnis, eine solche Rolle zu spielen, da die Macht tatsächlich beim Reichsminister liegt und die tatsächlichen Pflichten und Möglichkeiten beim Herrn von Bracht! Bracht ist der Beauftragte des Herrn von Papen. Und die anderen Ämter? Ein Luftfahrtministerium [17]?

---

12 Den Posten des Vizekanzlers sah die Verfassung des Deutschen Reichs nicht vor. Der Dritte Abschnitt "Der Reichspräsident und die Reichsregierung" bestimmte mit Artikel 52 lediglich: "Die Reichsregierung besteht aus dem Reichskanzler und den Reichsministern", Artikel 56 legte die Kompetenzen fest: "Der Reichskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür gegenüber dem Reichstag die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Reichsminister den ihm anvertrauten Geschäftszweig selbständig und unter eigener Verantwortung gegenüber dem Reichstag." Druck: RGBl. 1919, S. 1393 f.

13 Vgl. Dok. 35, Anm. 11.

14 Bezieht sich auf eine populäre Attraktion der Auer Dult, eines seit Ende des 18. Jahrhunderts auf dem Mariahilfplatz, München, abgehaltenen Jahrmarkts.

15 Die Mehrheitsverhältnisse im preußischen Landtag nach der Wahl vom 24.4.1932 ließen rechnerisch eine Koalition zwischen NSDAP (36,3%) und Zentrum (15,3%) zu. Eine reine Rechtskoalition war wegen des geringen Stimmenanteils der DNVP (6,9%) nicht möglich. Am 11.8.1932 hatte die Zentrumsfraktion im preußischen Landtag Nationalsozialisten und Deutschnationale zu Verhandlungen über die Wahl eines Ministerpräsidenten eingeladen. Der nationalsozialistische Landtagspräsident Hanns Kerrl hatte bei dieser Gelegenheit Hitler für den Posten in die Diskussion gebracht. Nach der Reichstagsauflösung vom 12.9.1932 (vgl. Dok. 4, Anm. 15) wurden die Gespräche vertagt. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 101; Detlef Junker, Die Deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33. Ein Beitrag zur Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland, Stuttgart 1969, S. 99 ff.

16 Anspielung auf die Stellung der preußischen Staatsminister nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes vom 25.10.1932. Vgl. Dok. 45, Anm. 9.

17 Vgl. Dok. 21, Anm. 14.

Ganz bedeutungslos. Nur eines, das Reichsinnenministerium! Sie dachten hierbei, daß ich mit meinem Namen das deckte, was sie, die anderen dann regieren[18], z. B. die neuen Notverordnungen zur Rettung der Wirtschaft[19], deren geistiger Vater, das sage *ich*, Herr von Papen, trotzdem Herr Goldschmidt war[20]!

Ich könnte aber diese Notverordnungen nicht decken, ich kann sie nicht decken, wenn die Massen heute streiken, ich könnte nicht heute die Verantwortung übernehmen, gegen Menschen vorzugehen, die sagen, wir können um [sic!] 60 Mark im Monat[21] *heute nicht mehr leben. Das kann ich nicht.* (Bravo!)

Die Herren müßten das einmal selbst vorzeigen. Ich glaube nicht, daß man damit die Wirtschaft rettet, wenn man die Gesamtkonsummöglichkeit in Deutschland immer mehr vermindert und einschränkt und nur an eine Sanierung der Banken denkt. Da sehe ich nicht, wie man die Wirtschaft retten soll. Ich könnte auch nicht plötzlich erklären, das an diesem Kabinett gefällt mir, und das andere gefällt mir nicht. Und wenn dann die bürgerlichen Politiker sagen: Dann könnten Sie ja wieder austreten! Das stellt sich ein bürgerlicher Politiker so vor. Darin habe ich keine Übung, heute hineinzugehen und morgen wieder heraus. Ich bin auf diesem Gebiete nicht genügend trainiert.

Ich habe mich in meinem ganzen Leben erst ein einziges Mal für eine politische Ideenbewegung entschieden, und die habe ich ins Leben gerufen, und ich denke gar nicht daran, daß ich das jetzt lasse, um in ein Kabinett einzutreten und morgen wieder heraus. Ich denke gar nicht daran. Daß sie selbst ja alle so wenig politisches Gedächtnis bei sich haben, Herr von Papen [*sic!*]. Wenn man die größte Organisation hinter sich hat, über 13 Millionen Menschen, dann kann man nicht hineingehen und morgen wieder heraus. Diese Bewegung ist ein Faktor der Hoffnung, des Glaubens und der Zuversicht, der letzten Hoffnung! Was diese Bewegung, diese Menschenmasse will, das weiß ich. Man darf sie nur dann einsetzen, diese Bewegung, wenn des deutschen Volkes ganz große Stunde gekommen ist. Die kommt nicht, solange dieses Kabinett regiert!

Der tiefste Grund unseres Verfalles, Herr von Papen, ist kein wirtschaftlicher. Wie sehr Ihre Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft diese wahnsinnig belebt hat, das war vorauszusehen! Und ich habe es vorausprophezeit [*sic!*]. Ich habe tatsächlich Recht behalten, und das in einer Zeit, da viele das nicht zugeben wollten. Das ist nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist folgendes: Herr von Papen hat eine Auffassung, die sich von der unseren abgrundtief unterscheidet, die uns trennt.

Als ich vor 13 Jahren in das politische Leben eintrat[22] - ich kann das in dieser Stadt so leicht aussprechen[23], weil noch so viele Zeugen vorhanden sind -, als ich vor 13 Jahren in das

---

18 Die Forderung nach dem Innenressort bei den Verhandlungen im August 1932 ging von der NSDAP aus. Vgl. Dok. 15, Anm. 29.

19 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.

20 Vgl. Dok. 6, Anm. 9, Dok. 17, Anm. 4.

21 Vgl. Dok. 58, Anm. 7.

22 Vgl. Dok. 28, Anm. 14.

23 Im Sprachgebrach der NSDAP galt München bereits als "Hauptstadt der Bewegung". Offiziell wurde dieser Titel erst am 2.8.1935 verliehen. Vgl. München - "Hauptstadt der Bewegung". Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum 22. Oktober 1993 bis 27. März 1994, München 1993, S. 12 ff.

politische Leben eintrat, stand ich im Gegensatz zu der Auffassung der anderen deutschen Politiker, die alle meinten, die staatliche Katastrophe der deutschen Nation könnte und müßte wirtschaftlich eines Tages wieder ausgeglichen werden. Sie sagten: Die Wirtschaft muß nun Deutschland wieder aufbauen. So kam es dann, daß 45 Parteien entstanden[24], die alle ihre Wurzeln im wirtschaftlichen Denken hatten.

Eine Partei sollte den Mittelstand retten, die andere den Handel, das Gewerbe, wieder eine andere das Kleingewerbe, das kleine Handwerk, eine andere wieder den Großgrundbesitz, den Hausbesitz, und eine andere wieder sollte die Interessen der Bauern, die Interessen der Gütler, der Beamten und Angestellten und der Kleinrentner wahren. Das waren alles Gruppen, politische Grüppchen und Vereine, die alle ihr Denken in wirtschaftlichen Wurzeln hatten, in wirtschaftlichen Auffassungen. Die Wirtschaft, hieß es, muß Deutschland wieder aufbauen. Ich stellte mich dem entgegen und sagte:

Die Katastrophe der Wirtschaft wird den Menschen fühlbar werden, weil sie den einzelnen erfaßt. Sie ist aber nicht Beginn des deutschen Unglücks, sondern der Abschluß, das Ende. Der andere Grund liegt im Verbrauche der völkischen Kräfte durch das Zerfließen aller Anschauungen und Grundlagen, einem Verbrauch durch die Atomisierung, durch das Zerreißen unseres ganzen politischen Denkens, damit unseres Willens. Ich sagte, *dieses alte Reich muß zugrunde gehen, denn es hat keine einheitliche Plattform mehr. Bürgertum auf der einen und Proletariat auf der anderen Seite. In einem solchen geistigen Krieg kann auf die Dauer nicht eine staatliche Gemeinschaft bestehen.*

Ich habe damals nun eine Auffassung vertreten, immer vertreten, indem ich für sie kämpfte. Ich sagte: *Man muß, wenn man überhaupt an ein neues Deutschland glauben will, dieses Deutschland von klein auf wieder aufbauen.* Man muß hineingehen in die Masse Menschen unseres Volkes, man muß sich an den Arbeiter wenden, an den Bauern und Bürger und muß versuchen, sie wieder zusammenzufassen, sie auf eine einheitliche Plattform zu bringen. Diese konnte natürlich nicht von den alten Parteien kommen. Ich wußte, daß sich alles gegen mich stellen würde, die Gewohnheiten, die Überlieferungen, die Traditionen. Ich wußte, der Arbeiter wird sagen: "Ich bin 30 Jahre Marxist gewesen und soll jetzt herausgehen." Der Bürger wird sagen: "Ich soll plötzlich meiner ganzen Standeswelt entsagen und soll mich politisch zu anderen hinunterbegeben." Ich wußte, daß der Bauer seine bäuerlichen, der Arbeitgeber nur seine Interessen und der Arbeitnehmer desgleichen in den Vordergrund stellen würden. Ich habe damals auch gesagt, daß man trotz allem diesen Kampf durchführen muß und wenn es noch so schwer sein mag. Man muß beginnen, diese Sammlung der Menschen durchzuführen. Aus 10 müssen endlich hundert sich zu dieser neuen Gemeinschaft bekennen, und die hundert müssen sich auf tausend vermehren, und aus tausend müssen zehntausend entstehen, aus zehntausend hunderttausend und aus hunderttausend eine Organisation und eine immer weiter greifende Bewegung, und daraus muß endlich eine Million werden und dann 10 Millionen, 20 und 30, bis ein neues Reich, eine neue Gemeinschaft des deutschen Volkes als Fundament entsteht.

Nicht von oben herunter kann man konstruieren, nicht von oben herunter diese Verfassung künstlich erfinden, es muß lebendig aus dem Volke heraus diese neue Gemeinschaft, diese neue Verfassung, dieser Staatsgedanke erwachsen, damit das Reich der Zukunft dann nicht mehr so

---

24 Vgl. Dok. 16, Anm. 13.

wie einst seine Repräsentanz mehr hat in einer dünnen Schicht des Intellektualismus, sondern daß dieses kommende Reich seine Wurzeln hineinerstreckt in die Tiefe des völkischen Erdreichs. Wehe, wenn man meint, daß die Geistigkeit der oberen Zehntausend ein tragfähiges Fundament abgeben könnte! Dazu ist die Geistigkeit dieser letzten und obersten Schicht viel zu beweglich und viel zu unbeständig und viel zu ewig suchend und forschend, als daß man darauf etwas würde bauen können. Sie denkt heute so und morgen anders. Solange die Sonne scheint und Erfolge winken, ist diese Geistigkeit ... *Wenn aber Stürme kommen, wenn Schläge hereinbrechen, dann wird der Geist ermatten. Er sucht dann nach allen möglichen Auswegen. Er ist nicht stabil. Dann tritt die Kraft des primitiven Menschen in Erscheinung, des kleinen Mittelständlers, des Arbeiters, die nicht verstandesmäßig fassen, aber in ihrem Gefühl eine absolut sichere Gewähr für das Bleibende besitzen. Diese breite Masse, die schwer zu erobern ist, weil sie dick- und sturköpfig ist, ist aber in Zeiten der Not ein Boden, auf dem man bauen kann.* Das wollte ich dem Deutschen Reiche der Zukunft geben!

Wir wollen nicht eine dünne Interessentenschicht erobern, sondern Volksgut, Arbeiter, Bauern, Mittelständler, kleines solides Bürgertum aus der breiten ewigen Masse des Volkes, aus der der Wille seine neuen Impulse erhält. Ich habe diese Idee nicht nur theoretisch verkündet, nicht als Theoretiker rede ich, ich habe begonnen und verwirklicht[25]. Es ist wirklich gelungen, die 10 Menschen zu gewinnen, wirklich die hundert zu erwerben, wirklich tausend endlich zu überzeugen und hunderttausend zu fesseln und zu binden und endlich die Million der Bewegung zu sichern, und die Million vermehrte sich auf 6, 10, 14 Millionen.

Wenn heute die Regierung mich einlädt, in ihr Kabinett einzutreten, dann nur unter der Voraussetzung, daß ich das alles nicht nur mitbringen, sondern auch erhalten können muß, ich muß es erhalten können und vermehren, denn das ist Deutschlands Zukunft. (Bravo!!) Daß ihr Verfassungen entwerfen könnt, ich weiß es. Es ist nicht schwer. Daß ihr Reformen von oben in das Volk hineinpflanzen wollt, das haben vor euch auch schon mehrere getan. Aber ihr habt nicht begriffen, daß alles von unten ausgehen muß. Religionen würden auch schwach sein, wenn sie nicht in die breiten Massen des Volkes dringen würden und dort sich verankerten. Das soll die Leistung unserer Bewegung sein, daß sie das Reich der Zukunft tief hineinwurzeln läßt in das Volk, in den kleinen Mann, in die Masse der Arbeiter, der Bauern, der kleinen Angestellten, des kleinen Handwerks, des soliden breiten Mittelstandes. Wenn das in Deutschland einst gewonnen und gerettet ist, dann kann dieses Deutschland niemals mehr stürzen, dann wird es bestehen und wird aus dieser inneren Gemeinschaft und aus dieser inneren Sammlung auch diese innere Befriedigung bekommen und aus ihr diese innere Ruhe und daraus die selbstverständliche Kraft. Es wird dann dieses Deutschland nicht wie jetzt im Intellektualismus zerrissen sein, heute so und morgen so denken, es wird dann selbst wieder wissen, was es will. Dann wird es in sich halten und sturmbeständig sein, dort wo es gebrochen war, weil es nicht von oben herunter konstruiert wurde.

Freilich sagen heute meine politischen Gegner: "Sie wollten alle Macht[26]! Sie wollen eine politische Religion[27]!" Ich will für unser Volk, das weltanschaulich zerrissen ist, eine neue

---

25 Vgl. Dok. 10, Anm. 12.

26 Reichskanzler Papen erklärte in seiner Rede vor dem Bayerischen Industriellenverband in München am 12.10.1932: "Es ist deshalb eine ebenso falsche Darstellung des Tatbestandes, die richtigzustellen ich die Pflicht

Gedanken- und Willensbasis schaffen. Wenn sie mir das zum Vorwurf machen, dann kann ich nur sagen: Warum haben es die anderen nicht getan? Was war denn die Folge davon? Deutschland ist zerbrochen! Nun wollen sie dieses Deutschland aufrichten, indem sie ganz mechanisch und schematisch von oben herunter konstruierte Pläne entwerfen und Notverordnungen der Nation mitteilen, und bilden sich ein, daß sie damit einen Boden gepflanzt haben. Sie haben in Wirklichkeit damit dem Schicksal die Zügel schießen lassen. Leider sind es dabei nicht einmal ihre eigenen Ideen zum großen Teil. Das, was andere logisch gedacht haben, haben sie unlogisch verdorben. Noch nie hat man leichtfertiger gearbeitet als in den letzten 6 Wochen!

Und wenn man mir nun sagt: Herr Hitler, Sie müssen sich unterwerfen, dann kann ich nur sagen: Das Wort "unterwerfen" kenne ich gar nicht. (Bravo!!) Ich kann sturköpfig sein, und ich gehe keinen Zentimeter von meinem Ziele weg. Im Gegenteil! Und wenn die Gegner nun wünschen: Hoffentlich gehen die Nationalsozialisten bei der morgigen Wahl zurück! Jawohl! Damit die bürgerliche Parteifahne wieder steigt und die rote Fahne auf der anderen Seite auch wieder hochgezogen wird! Sie sollten mir dankbar sein für das, was ich geschaffen habe.

Es liegt freilich im Wesen der oberen Geistigkeit, daß der Geist einwirken kann auf die Führung des Staates. Der Arbeitermasse ist das nicht so leicht. Sie sollten mir dankbar sein, daß diese Millionenmasse einen deutschen Mann als Fürsprecher hat und nicht einen internationalen Juden! Weil ich ihre Interessen wahren will, deswegen verurteilen sie mich. Sie sollten glücklich sein, daß diese Interessen überhaupt wahrgenommen werden in einer solchen Zeit wie heute und daß nicht erst eine Katastrophe wieder kommt, in der sinnlos alles wieder zerstört wird.

Wenn mir heute der Arbeiter sagt: Ich kann nicht zu dir kommen, weil du gegen die Klassen bist, und der Bürger sagt: Ich kann zu dir nicht kommen, weil du nicht meine Standesauffassungen vertrittst, dann sage ich ihnen: "Ihr werdet, wenn ihr euch nicht gütig einigt, mit Gewalt euch einigen müssen, wenn Deutschland zugrunde geht, aber dann in maßloser Not und grauenhaftem Unglück. Ich will, daß man das vermeidet, daß man den Weg geht, der gegangen werden kann und den ich gehen will bis an mein Lebensende."

Es ist so für mich, daß ich nicht mit Männern zusammen arbeiten kann, die sagen, eine Regierung dürfe nicht berührt werden von den Entscheidungen der Zeit. Dann sage ich: Machen Sie Ihre Sache selbst! Es ist vergeblich! Denn wenn man mir vorhält: Wie können Sie verlangen, daß man Ihnen die Führung gibt? Dann sage ich: Wer bringt mehr mit?! Mir erscheint das alles so, als ob jemand ein Geschäft unternimmt und es zugrunde richtet. Ein zweiter Verwandter kommt und richtet es noch mehr zugrunde, ein dritter und vierter, bis endlich das Geschäft bankerott ist. Und nebenbei ist einer, der langsam einen Namen bekommt, der kreditwürdig ist, und nun kommen die anderen und sagen: Du mußt in unser Geschäft eintreten. Du darfst aber an sich nichts haben! Aber deine Unterschrift brauchen wir! Du mußt die Bürgschaft hinterlegen mit deinem Namen und mit dem, was du hast! 13 Jahre habt ihr alles verwirtschaftet, und ich

---

habe, wenn die NSDAP behauptet, sie habe gar nicht alle Macht gefordert, sondern sei bereit gewesen, auch noch andere, nicht der Bewegung angehörige Männer an der Regierung zu beteiligen. Hätte ein solches Zugeständnis denn an ihrem Anspruch auf die ausschließliche Führung irgendetwas geändert?" Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 754-764, S. 762.

27 Vgl. Dok. 15, Anm. 16. Zur "politischen Religion" der NSDAP vgl. Uriel Tal, "Political Faith" of Nazism Prior to the Holocaust, Tel Aviv 1978.

habe in der Zeit etwas aufgebaut. Das, was ich in 13 Jahren aufgebaut habe, das würdet ihr in 13 Monaten wieder vernichten. Wenn ihr meinen Namen wollt, dann müßt ihr auch meine Verwaltung wollen. Nein, das tue ich nicht! Und wenn Herr von Papen dann sagt: Dann werden Sie eben nie zur Regierung kommen. Das wollen wir dem lieben Gott überlassen. Diese göttliche Ordnung, in der er lebt, die kenne ich[28]. Die stammt nicht vom Himmel, die stammt aus Berlin!! Die Männer sind mir ganz genau bekannt. Sie werden sehen, sie werden elendiglich zugrunde gehen. Deutschland wird dann um eine tiefe Enttäuschung reicher sein.

Wir gehen morgen in den Kampf hinein, vor uns das große Ziel unserer Bewegung, dem Deutschen Reich der Zukunft das deutsche Volk zu erobern. Und wenn Herr von Papen sagt: Wir stehen über den Entscheidungen der Zeit[29], dann muß ich sagen: "Ich stehe mitten drinnen! Ich habe mir eine Arbeit erkoren, und der bleibe ich treu und dienstbar. Mein Wert liegt darin, daß ich etwas mitbringe für das kommende Deutschland, was andere nicht haben, nämlich eine Millionensumme deutscher Menschen aus allen Berufen und Ständen, Millionen deutscher Arbeiter, deutscher Bauern und deutscher Handwerker[30], die die anderen nicht haben, die aber wichtig sind für die Zukunft. So sehr ich auch die Bedeutung des Geistes schätze, so sehr wünsche ich, daß der Geist endlich auch das Volk zu schätzen versteht!" Heil!

5. November 1932 — Dok. 60
Rede auf NSDAP-Versammlung in Augsburg[1]

Neue National-Zeitung vom 7.11.1932, "Nichts kann uns erschüttern"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 59.

---

28 Vgl. Dok. 15, Anm. 16.

29 In der Rede am 12.10.1932 führte Papen aus: "Der führende Staatsmann hat die Verpflichtung, über den Tagesstreit hinweg nach den Gründen der Hindernisse zu forschen, die sich dem Ziel der Nation entgegentürmen, die den Weg blockieren, die die Sehnsucht wieder einmal zu trüben versuchen. Der führende Staatsmann hat auch, ohne in den Tagesstreit hinabzusteigen, die Verpflichtung, das festzustellen, was die Nation für ihre Urteilsbildung wissen muß." Druck: wie Anm. 26, S. 762.

30 Vgl. Dok. 10, Anm. 9-11.

1 In der Sängerhalle, abends. An der von Gauleiter Karl Wahl mit einer kurzen Ansprache eröffneten Versammlung nahmen nach Angaben der *Neuen National-Zeitung* etwa 15.000 Menschen teil.

2 Vgl. auch Neue Augsburger Zeitung vom 7.11.1932, "In Augsburg dominiert nach wie vor die Bayerische Volkspartei"; Schwäbische Volkszeitung vom 7.11.1932, "Der Wahlsonntag in Augsburg"; VB vom 8.11.1932, "Der Abschluß des vierwöchigen Deutschlandfluges des Führers" sowie Vorankündigung in der Neuen National-Zeitung vom 5.11.1932.

6. November 1932 Dok. 61
"Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen! Parteigenossen!"
Aufruf

VB vom 8.11.1932 [1].

Der schwerste Kampf der Geschichte unserer Partei liegt hinter uns [2].

Ein gewaltiger Angriff gegen die Bewegung und die Rechte des deutschen Volkes ist abgeschlagen worden!

Die Regierung von Papen hat trotz ungeheuerster Versprechungen, trotz Anwendung aller denkbaren Machtmittel, trotz Einsatzes der größten Propaganda-Mittel, des Rundfunks [3], fast der gesamten Presse, trotz Zeitungsauflagen [4] usw., eine vernichtende Niederlage erlitten. Die ihr verschriebene Deutschnationale Volkspartei und deren Anhang unfassen keine 10 Prozent des deutschen Volkes. *90 Prozent lehnen sie ab*!

Für uns ist der Ausgang dieser Wahl klar:

Fortsetzung des Kampfes gegen dieses Regiment bis zur endgültigen Beseitigung!

Die nächsten Wochen und Monate werden dabei unser bester Bundesgenosse sein! Sie werden nicht nur durch die steigende wirtschaftliche Not die Einsicht unseres Volkes verstärken, sondern auch die Erkenntnis vertiefen, daß unsere nationalsozialistische Warnung, das Regiment von Papen und die dadurch neubelebten bürgerlichen Parteien trieben Deutschland immer mehr dem Bolschewismus entgegen, richtig ist. Schon diese Wahl hat es bewiesen! Nur dieser Hugenberg-Papenschen Reaktion ist es zuzuschreiben, wenn nunmehr in den Deutschen Reichstag zum ersten Male *hundert Bolschewisten* einziehen!

Ich setze damit die Parole für die Haltung der Bewegung genau so eindeutig fest wie nach dem ersten Reichspräsidenten-Wahlgang [5]. Sie heißt:

---

1 Vgl. auch Berliner Tageblatt vom 7.11.1932 (AA), "Hitler gegen Kompromisse"; Vorwärts vom 7.11.1932 (AA), "Hitlers Defensive"; Der Jungdeutsche vom 8.11.1932, "Hitler stellt Machtansprüche".

2 Bei der Reichstagswahl am 6.11.1932 entfielen auf die NSDAP 11.737.395 Stimmen (33,1%), die damit 196 Mandate erhielt. Zweitstärkste Partei blieb die SPD mit 7.251.690 Stimmen (20,4%) und 121 Mandaten. Das Zentrum und die BVP erhielten zusammen 5.436.792 (15,3%), die KPD 5.980.614 (16,9%), die DNVP 3.131.674 (8,9%), die DVP 660.889 (1,9%), der Christlich-Soziale Volksdienst 413.224 (1,2%) und die DStP 338.609 Stimmen (1,0%). Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41 ff.

3 Vgl. Dok. 59, Anm. 6.

4 Bezieht sich auf § 5 der "Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen" vom 14.6.1932: "(1) Der verantwortliche Schriftleiter und der Verleger einer periodischen Druckschrift sind verpflichtet, auf Verlangen einer obersten Reichs- oder Landesbehörde amtliche Kundgebungen und amtliche Entgegnungen auf die in der periodischen Druckschrift mitgeteilten Tatsachen ohne Einschaltung oder Weglassung unentgeltlich aufzunehmen. Die oberste Landesbehörde kann die Aufnahme einer Kundgebung nur im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern verlangen. (2) Der Abdruck hat unverzüglich, bei Tageszeitungen spätestens in der nach Eingang der Kundgebung oder Entgegnung nächstfolgenden, für den Druck nicht bereits abgeschlossenen Nummer zu erfolgen. Eine Stellungnahme zu einer Entgegnung ist in der gleichen Nummer unzulässig. (3) Der Reichsminister des Innern kann über die Art und Weise des Abdrucks Vorschriften erlassen; er kann die Zahlung einer Vergütung vorschreiben, soweit der Abdruck einen bestimmten Umfang überschreitet." Druck: RGBl. 1932, I, S. 297.

5 Vgl. Bd. IV/3, Dok. 47, 48.

Rücksichtslose Fortsetzung des Kampfes bis zur Niederringung dieser teils offenen, teils vertarnten [sic!] Gegner einer wirklichen Wiederauferstehung unseres Volkes!

Keinerlei Kompromisse und kein Gedanke an irgendeine Verständigung mit diesen Elementen!

Ich treffe für die Weiterführung dieses Kampfes daher folgende Anordnungen:

1. Alle organisatorischen inneren Ausbau-Arbeiten der Partei treten ab sofort zurück gegenüber der einen Aufgabe der äußersten Verstärkung unserer Propaganda.

2. Sämtliche Partei-Instanzen treffen sofort alle Maßnahmen zur Einleitung des neuen Propaganda-Feldzuges.

3. Ehe dieses Regiment und die es deckenden Parteien nicht bis zur Vernichtung geschlagen sind, gibt es kein Verhandeln!

Die genauen Ausführungsbestimmungen für die Durchführung dieser Anordnung gebe ich noch in dieser Woche hinaus[6].

München, den 6. November 1932.

Adolf Hitler

6. November 1932 Dok. 62
"S.A.- und S.S.-Männer!"
Aufruf

VB vom 8.11.1932.

Ich danke allen S.A.- und S.S.-Führern und -Männern für die ungeheuere Arbeit in diesem bisher schwersten Kampf unserer Bewegung[1]. Ich weiß, mit wieviel Opfern und Leid, Sorgen und Entbehrungen Ihr kämpfen mußtet. Ich weiß, daß Ihr selbst überzeugt seid, Übermenschliches geleistet zu haben. Ich weiß, daß viele sich nun nach Ruhe sehnen.

Ich kann dies verstehen, aber ich kann es nicht zugeben[2].

Wir alle glaubten, unser Höchstes getan zu haben. *Wir müssen uns überwinden und noch mehr leisten. Denn der Kampf muß und wird weitergeführt werden, bis unsere Gegner am Ende doch vernichtet sind.*

---

6 Nicht ermittelt. Am 9.11.1932 schrieb Joseph Goebbels in sein Tagebuch: "Nächste Propagandaaktion festgelegt. Am Tage nach dem Burgfrieden beginnt's. Wir werden Papen werfen." Am 18.11.1932 folgte die Eintragung: "Die Regierung hat den Burgfrieden bis zum 2. Januar [*1933*] verlängert. Damit ist unsere geplante Propagandakampagne vorläufig ins Wasser gefallen." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 275, 281 sowie Dok. 86 mit Anm. 5.

1 Vgl. Dok. 60, Anm. 2.

2 Am 14.11.1932 notierte Joseph Goebbels in seinem Tagebuch: "Die Partei muß immer in Atem gehalten werden. Läßt man eine so große Kampforganisation zur Ruhe kommen, dann werden die stärksten Männer schwach. Die wildesten Fanatiker werden dann kleinliche Stänker." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 279.

Ich bestimme daher folgendes:

Die S.A. und S.S. hat sofort im engsten Einvernehmen mit der politischen Propaganda-Leitung der Partei die Arbeit und damit den Kampf erneut aufzunehmen.

München, den 6. November 1932.

Adolf Hitler

6. November 1932 — Dok. 63
"An die Leiter der Partei-Organisation u[*nd*] Propaganda"
Aufruf

VB vom 8.11.1932.

Ich danke hiermit den Amtswaltern der Partei, der nationalsozialistischen Frauenschaft [1] und der Hitler-Jugend [2] sowie sämtlichen Rednern und Schriftleitern für die ungeheure soeben geleistete Arbeit.

Der Kampf zur Niederringung unserer Gegner wird sofort wieder aufgenommen. Die Anweisungen hiefür werden noch in dieser Woche ausgegeben [3].

München, den 6. November 1932.

Adolf Hitler [4]

---

1 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

2 Auf dem Weimarer Parteitag der NSDAP war am 4.7.1926 eine Jugendorganisation unter dem Namen "Hitler-Jugend. Bund deutscher Arbeiterjugend" gegründet worden; am 27.7.1926 folgte die parteiamtliche Anerkennung. Der im Vergleich zu den übrigen Gliederungen der NSDAP eher locker organisierte Jugendverband, in den 1928 sogenannten Schwesternschaften (seit 1930: Bund Deutscher Mädel in der Hitler-Jugend) und 1930 das Deutsche Jungvolk aufgenommen wurden, rekrutierte sich zu 69% aus Arbeitern und Lehrlingen sowie zu 9% aus Arbeitslosen und wurde weltanschaulich stark von sozialrevolutionären Vorstellungen geprägt. Vgl. Peter D. Stachura, Nazi Youth in the Weimar Republic, Santa Barbara, Ca., 1975 sowie Dok. 16, Anm. 8; Dok. 3. Ferner Bd. IV/2, Dok. 59; Bd. V/1, Dok. 90.

3 Nicht ermittelt. Vgl. Dok. 61, Anm. 6.

4 Am 8. und 9.11.1932 traf sich Hitler in München mehrmals mit Goebbels. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 273 ff.

10. November 1932 Dok. 64
Schreiben an Werner Küchenthal

Masch. Schreiben mit hs. Grußformel und Unterschrift; IfZ, MA 1232.

Hiermit erkläre ich, daß ich für die Zeit meiner Beurlaubung [1] auf die Zahlung meiner Dienstbezüge verzichte [2].

Ergebenst
Adolf Hitler

16. November 1932 Dok. 65
Schreiben an Franz von Papen

Masch. Abschrift o. D. des Schreibens vom 16.11.1932; BA Potsdam, Film 19721, Nr. 47.

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Ihr unter dem 13. November [*1932*] an mich gerichtetes Ersuchen um eine Aussprache über die Lage und die zu fassenden Beschlüsse [1] veranlaßt mich, nach reiflicher Überlegung Folgendes zu erwidern:

Ich schließe mich trotz aller Bedenken Ihrer Auffassung, Herr Reichskanzler, daß man sich als Führer einer großen Partei dem "augenblicklich verantwortlich führenden deutschen Staatsmann" zu einer "Aussprache über die Lage und die zu fassenden Beschlüsse" nicht versagen sollte, an. Allein die Nation erwartet von einer solchen Aussprache doch wohl mehr als eine nur *theoretische* Behandlung der augenblicklich sie bewegenden Nöte und Sorgen. Außerdem habe ich meine Auffassung darüber so oft in Wort und Schrift bekanntgegeben, daß Sie Ihnen, Herr Reichskanzler, ohnehin bekannt sein dürften. So gering mir deshalb der Nutzen einer derartigen nur allgemeinen Besprechung zu sein scheint, so groß können die schädlichen Folgen werden. Denn Millionen unserer Volksgenossen erwarten von einer solchen in diesem Augenblick stattgehabten und ihnen bekanntgewordenen Unterredung *positive* Ergebnisse. Und mit

1 Vgl. Dok. 23.
2 Vgl. Dok. 23, Anm. 6.

1 In seinem Schreiben bedauerte Papen nochmals Hitlers Ablehnung am 13.8.1932, als Vizekanzler in die Regierung einzutreten, und forderte ihn angesichts der neuen Lage nach der Reichstagswahl vom 6.11.1932 zu neuen Verhandlungen über eine gemeinsame Regierungsbildung auf. Papen betonte, daß er angesichts der kompromißlosen Kommentare der nationalsozialistischen Presse nicht an einen Erfolg dieser Gespräche glaube, erinnerte Hitler aber an seine Verantwortung für Deutschland. Druck: Huber, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 4, S. 603 f.

Recht. Von Besprechungen der Lage allein wird niemand geholfen. Ich halte daher in diesem Moment eine solche Aussprache nur dann für angezeigt, wenn nicht von vornherein schon das negative Ergebnis feststeht. Aus diesem Grunde fühle ich mich verpflichtet, Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, in vier Punkten die Voraussetzungen mitzuteilen, unter denen ein solcher Gedankenaustausch stattfinden könnte.

Punkt 1. *Ich bin nicht in der Lage, zu einer mündlichen Aussprache zu kommen,* sondern bitte, daß, wenn überhaupt ein solcher Gedankenaustausch gewünscht wird, dies *schriftlich* geschieht[2]. Die Erfahrungen über die bisher gehabten und unter Zeugen stattgefundenen mündlichen Unterredungen haben gezeigt, daß das Erinnerungsvermögen der beiden Parteien nicht zu einer gleichen Wiedergabe des Sinnes und des Inhaltes der Verhandlungen geführt hat[3]. Sie schreiben gleich eingangs Ihres Briefes, daß Sie, Herr Reichskanzler, einst zur Durchführung Ihres Auftrages, eine möglichst "weitgehende Konzentration aller nationalen Kräfte herbeizuführen", die Unterstützung des Präsidialkabinetts durch die N.S.D.A.P. zugesichert erhalten hätten. Tatsache ist, daß ich im Beisein des Hauptmann Göring[4] auf eine Bemerkung, daß nach den Wahlen eine Umbildung des Kabinetts vorgenommen werden könnte, erklärte, ich würde dies gar nicht fordern, wenn die Regierung ihrer nationalen Aufgabe gerecht würde[5]. Ein mir in den gleichen Tagen übermitteltes Ansinnen, eine schriftliche Tolerierungserklärung abzugeben, habe ich sofort zurückgewiesen mit der Betonung, daß dies selbstverständlich gar nicht in Frage kommen könne[6]. Es sei unmöglich, von mir die Ausstellung einer Blankovollmacht für Herren zu verlangen, die mir zum Teil persönlich, auf alle Fälle aber politisch unbekannt wären. Schon die in den ersten sechs Wochen ergriffenen wirtschaftlichen und politi-

2 Am 11.1.1932 hielt Joseph Goebbels in seinem Tagebuch fest: "Wichtig ist auch, daß wir uns selbst keine Illusionen machen und unter gar keinen Umständen in einen zweiten 13. August hineinschlittern. Wir dürfen uns überhaupt nicht mehr auf mündliche Verhandlungen einlassen. Was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen. Aber der Führer ist so sicher in der Anwendung seiner taktischen Mittel, daß keiner etwas zu befürchten braucht." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 277.

3 Vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169.

4 Hermann Göring (1893-1946), 1912 preußischer Leutnant, 1915 Flugzeugführer, 1918 Kommandeur des Jagdgeschwaders Richthofen, Abschied als Hauptmann, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Oberster Führer der SA, beim Hitler-Putsch schwer verwundet, Flucht ins Ausland, 1927 Rückkehr nach Deutschland, 1928-1933 MdR (NSDAP), 1930 politischer Beauftragter Hitlers in Berlin, 1932/33 Reichstagspräsident, 1933 Reichskommissar für das preußische Ministerium des Innern/preußischer Innenminister, 1933-1945 preußischer Ministerpräsident, 1933-1945 Reichskommissar für den Luftverkehr/Reichsminister für Luftfahrt, 1933 General, 1934-1945 Reichsforstmeister und Reichsjägermeister, 1935-1945 Oberbefehlshaber der Luftwaffe, 1936-1942/44 Beauftragter für die Durchführung der Vierjahresplans, 1937/38 Reichswirtschaftsminister, 1938 Generalfeldmarschall, 1940 Reichsmarschall, 29.4.1945 Enthebung von allen Ämtern, 1946 Verurteilung zum Tode, Selbstmord.

5 Am 30.5.1932 um 18.15 Uhr waren Hitler und Göring in Berlin von Reichspräsident Hindenburg empfangen worden, wobei sich Hitler bereit erklärte, die von Franz von Papen neuzubildende Reichsregierung zu unterstützen, wenn Neuwahlen ausgeschrieben und das SA-Verbot aufgehoben werde: "Grundsätzlich seien er und seine Bewegung auf dieser Grundlage zur Mitwirkung bereit, ohne daß er für die personelle Zusammensetzung des Reichskabinetts Bedingungen stelle." Vgl. Aktennotiz von Staatssekretär Otto Meißner über die Besprechungen des Reichspräsidenten über die Regierungsbildung am 30./31.5.1932. Druck: Walther Hubatsch, Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen 1966, S. 320-323, S. 321.

6 Vgl. Bd. V/1, Dok. 80.

schen Maßnahmen[7] dieses Kabinetts haben dieser meiner vorsichtigen Zurückhaltung Recht gegeben!

Wie sehr mündliche Besprechungen zu irrigen Meinungen verleiten können, geht ja auch aus der von Ihnen, Herr Reichskanzler, seither verschiedentlich aufgestellten Behauptung hervor, ich hätte seinerzeit die *gesamte Macht* gefordert, während ich tatsächlich nur die Führung beanspruchte. Sie selbst sollten ja dem neuen Kabinett als Reichsaußenminister angehören, General Schleicher[8] als besondere Vertrauensperson des Herrn Reichspräsidenten Reichswehrminister sein und außer dem Reichsinnenminister und zwei bzw. höchstens drei politisch gänzlich belanglosen Ministerien sollte alles teils von bereits amtierenden, teils durch Besprechung mit den vorgesehenen Parteien zu bestimmenden Männern besetzt werden. Sie, Herr Reichskanzler, haben nun unsere damals mehr als bescheidene Forderung so mißverständlich gedeutet, daß ich gewitzigt durch diese Erfahrungen nicht mehr gewillt bin, von der einzig sicheren Methode einer schriftlichen Behandlung solcher Fragen abzugehen. Ich muß dies um so mehr, als ich gegenüber den sogenannten amtlichen Darstellungen ohnehin machtlos bin. Sie, Herr Reichskanzler, haben die Möglichkeit, Ihre Auffassung über eine Unterhaltung nicht nur durch den von Ihnen allein mit Beschlag belegten Rundfunk dem deutschen Volke mitzuteilen[9], sondern durch das Auflageverfahren[10] sogar den Lesern meiner eigenen Presse aufzuoktroyieren. Diesem Verfahren gegenüber bin ich vollständig wehrlos.

Sollten Sie daher, Herr Reichskanzler, gewillt sein, unter Berücksichtigung der anderen drei Punkte in eine Aussprache einzutreten, dann bitte ich, mir schriftlich Ihre Auffassungen bezw. Ihre Anfragen übermitteln zu wollen, die ich dann in gleicher Weise schriftlich beantworten werde.

Punkt 2. Das Eintreten in eine solche Aussprache hat nur dann einen Sinn, wenn Sie mir, Herr Reichskanzler, vorher Aufklärung darüber zu geben bereit sind, inwieweit Sie sich nun tatsächlich als führender deutscher Staatsmann auch ausschließlich verantwortlich fühlen und ansehen. Ich bin unter keinen Umständen gewillt, das Verfahren des 13. August [*1932*] an mir wiederholen zu lassen. Denn es ist in meinen Augen nicht angängig, daß der "verantwortlich führende deutsche Staatsmann" in irgendeinem Moment der Verantwortung eine Teilung seiner Verantwortlichkeit vornimmt. Ich stütze mich hierbei auf den Passus Ihres Briefes, in dem Sie selbst neuerdings von Gründen sprechen, die die Entscheidung des 13. August [*1932*] herbei-

---

7 Bezieht sich auf die Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden vom 14.6.1932, die unter anderem Einschränkungen bei der Arbeitslosenhilfe und anderen Sozialleistungen ermöglichte. Druck: RGBl. 1932, I, S. 273 ff.
In seinem Tagebuch notierte Joseph Goebbels am 15.6.1932: "Das Kabinett hat seine erste Notverordnung erlassen. Sie ist scharf kapitalistisch und trifft vor allem die Armen hart. Dagegen gibt's nur Kampf. Eine weitere Tolerierung ist nun ausgeschlossen." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 186.

8 Kurt von Schleicher (1882-1934), 1900 preußischer Leutnant, 1913 Hauptmann in der Eisenbahnabteilung im Großen Generalstab, 1918/19 Chef der politischen Abteilung in der OHL, 1919 Übernahme in die Reichswehr als Major, 1919-1926 Leiter des politischen Referats im Truppenamt/Reichswehrministerium, 1926 Oberst, Chef der Wehrmachtsabteilung im Reichswehrministerium, 1929 Generalmajor, 1929-1932 Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium, 1931 Generalleutnant, 1932 General, 1.6.1932 bis 28.1.1933 Reichswehrminister, 3.12.1932 bis 28.1.1933 Reichskanzler, 1934 im Zuge des sogenannten Röhm-Putsches ermordet.

9 Vgl. Dok. 59, Anm. 6.

10 Vgl. Dok. 61, Anm. 4.

geführt hätten und die fortbestünden, wobei Sie wieder einfügen, daß Ihre Person dabei keine Rolle spielen würde! Herr Reichskanzler, ich darf hier einmal für immer folgendes feststellen: Genauso wie ich mich als Führer der nationalsozialistischen Bewegung für die politischen Entschlüsse der Partei, solange ich ihr Führer bin, grundsätzlich verantwortlich fühle, genauso sind Sie grundsätzlich verantwortlich für die politischen Entschlüsse der Reichsführung, solange Sie Reichskanzler sind. Aus dieser Überzeugung heraus habe ich Sie auch am 13. August angesichts des Scheiterns unserer Besprechung gebeten, die Verantwortung hiefür selbst zu übernehmen und nicht den Herrn Reichspräsidenten damit zu belasten. Ich erklärte Ihnen, daß ich infolge Ihrer Versicherung der Unmöglichkeit einer Erfüllung unserer Forderungen, deren Gründe beim Reichspräsidenten liegen sollten, selbstverständlich es ablehnen müsse, bei diesem dann überhaupt vorzusprechen. Ich sagte Ihnen, daß solange ein Reichskanzler die politische Verantwortung trage, derselbe auch verpflichtet wäre, seinen Souverän [*sic!*] - einerlei, ob dies nun ein König oder ein Präsident sei - zu decken. Auf Ihre Frage, wie ich mir dies vorstellte, schlug ich Ihnen vor, ein amtliches Communiqué auszugeben des Inhalts, daß zwischen Ihnen, Herr Reichskanzler, und mir als dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung eine Besprechung über eine Umbildung der Reichsregierung stattgefunden habe, die ergebnislos verlaufen und deshalb abgebrochen worden sei.

Denn da ich nun schon einmal im Reichspräsidenten-Wahlkampf als Konkurrent aufgetreten war [11], schien es mir gerade der Millionenmasse meiner eigenen Anhänger gegenüber nicht richtig zu sein, im Falle der nunmehr zu erwartenden Ablehnung meiner Person, den Reichspräsidenten selbst irgendwie in Erscheinung treten zu lassen. Sie waren der verantwortlich führende Politiker des Reiches [12] und Sie mußten gerade in diesem Fall meiner Überzeugung nach erst recht die Verantwortung übernehmen. Außer Ihr Gewissen hätte dies nicht zugelassen und dann wären Sie verpflichtet gewesen zu demissionieren. Leider waren Sie nicht zu bewegen, diesen Ihnen zukommenden Teil der Verantwortung auf sich zu nehmen. Ich habe den meinen getragen. Statt dessen gelang es Ihrer Kanzlei, durch eine List - entgegen meinem Wunsch und der mir von Ihnen gegebenen Erklärung - mich dennoch zur Unterredung mit dem Reichspräsidenten zu locken. Das Ihnen vorher genau bekannte Ergebnis mag in Ihren Augen Sie vielleicht einer Verantwortung enthoben haben; ich wurde jedenfalls dadurch nicht vernichtet, der 85jährige Herr Reichspräsident aber dafür in den Tagesstreit gezogen und mit einer schweren Verantwortung beladen! Ich möchte nicht noch einmal eine Wiederholung dieses Spieles erleben. *Ich bin daher nur dann gewillt, in einen solchen schriftlichen Gedankenaustausch über die deutsche Lage und die Behebung unserer Not einzutreten, wenn Sie, Herr Reichskanzler, erst eindeutig Ihre ausschließliche Verantwortung für die Zukunft festzulegen bereit sind.*

11 Im ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 13.3.1932 hatte Hitler bei 86,2% Wahlbeteiligung 11.339.446 Stimmen (30,1%) erhalten, der amtierende Reichspräsident Hindenburg 18.651.497 (49,6%), der Kandidat der KPD, Ernst Thälmann, 4.983.341 (13,2%), der Kandidat des Stahlhelm, Theodor Duesterberg, 2.557.729 (6,8%) und der Kandidat Gustav Adolf Winter 111.423 (0,3%). Im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl 10.4.1932 waren für Hitler 13.418.547 (36,8%), für Hindenburg 19.359.983 (53%) und für Thälmann 3.706.759 (10,2%) Stimmen abgegeben worden. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 46.

12 Artikel 56 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 legte unter anderem fest: "Der Reichskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür gegenüber dem Reichstag die Verantwortung." Druck: RGBl. 1919, S. 1394.

Punkt 3. Ich bitte Sie, Herr Reichskanzler, mir mitzuteilen, zu welchem Zwecke eine Einbeziehung der nationalsozialistischen Bewegung überhaupt gewünscht wird. Wollen Sie mich und damit die nationalsozialistische Bewegung dafür gewinnen, das - wie Sie in Ihrem Briefe schreiben - von der Reichsführung in Angriff genommene politische und wirtschaftliche Programm zu unterstützen, so ist auch darüber jede schriftliche Diskussion unwesentlich, ja überflüssig. Ich will und kann ja kein Urteil abgeben über das, was die Regierung als Programm ihres Wollens ansieht, da mir selbst bei genauester Überlegung dieses Programm nie ganz klar geworden ist. *Allein, wenn es sich um eine Fortsetzung der bisher betätigten inneren, äußeren und wirtschaftspolitischen Maßnahmen handeln sollte, dann muß ich jede Unterstützung der nationalsozialistischen Partei hierfür versagen, denn ich halte diese Maßnahmen teils für unzulänglich, teils für undurchdacht, teils für völlig unbrauchbar, ja sogar gefährlich.*

Ich weiß, Sie sind einer anderen Meinung, Herr Reichskanzler, aber ich halte die praktische Tätigkeit Ihrer Regierung schon jetzt für eine zumindest als *erfolglos* erwiesene.

Punkt 4. Herr Reichskanzler, Sie sprechen in Ihrem Brief davon, daß durch den 6. November [*1932*] eine "neue Möglichkeit für die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte" geschaffen wurde[13]. Ich darf Ihnen eingestehen, daß mir der Sinn dieser Ihrer Andeutung gänzlich unklar ist. Ich habe die Auffassung, daß sich diese Möglichkeit durch die Auflösung des Reichstages am *12.* September [*1932*][14] natürlich nur verschlechtert hat; denn das Ergebnis ist auf der einen Seite eine unerhörte Stärkung des Kommunismus, auf der anderen eine Neubelebung kleinster Splitterparteien ohne jeden praktischen politischen Wert. Die Bildung einer irgendwie politisch tragfähigen Plattform im deutschen Volk ist damit parteimäßig nur noch denkbar unter Einschluß der Deutschnationalen - und der Deutschen Volkspartei. Denn den von Ihnen anscheinend gehegten Plan einer Einbeziehung der S.P.D. lehne ich von vorneherein ab. Nun hat, wie Sie, Herr Reichskanzler, ja selbst wissen, gerade der Führer der Deutschnationalen Volkspartei vor der Wahl auf das Unzweideutigste jedes Zusammengehen mit dem Zentrum als nationalen Verrat und als nationales Verbrechen gebrandmarkt[15]. Ich glaube nicht, daß Herr Geheimrat Hugenberg nun plötzlich so charakterlos werden könnte, nach der Wahl zu tun, was er vor der Wahl so scharf verurteilte. *Damit aber erscheint mir Ihr Versuch, Herr Reichskanzler, solange unklar und damit ebenso zeitraubend wie zwecklos, als Sie mir nicht mit-*

13 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.
14 Vgl. Dok. 4, Anm. 14.
15 Bezieht sich wahrscheinlich auf ein Schreiben des Vorsitzenden der DNVP, Alfred Hugenberg, an Hitler vom 20.3.1932, das am 22.5.1932 in den *Eisernen Blättern* veröffentlicht worden war, in dem dieser ausführlich die Gründe der DNVP darlegte, Hitlers Kandidatur im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl nicht zu unterstützen. Unter anderem schrieb Hugenberg: "Ich habe auf meine Briefe vom 9. und 11. September 1931 nie Antwort erhalten. Wir haben uns schon früher darüber ausgesprochen: Ihr Grundsatz, zwecks Verhütung von Fehlleitungen und Mißbrauch Briefe im allgemeinen nicht zu beantworten, erschwert die Zusammenarbeit sehr. In dem fraglichen Falle haben Sie mir später als Grund der Nichtbeantwortung angegeben, daß ich Ihnen in meiner Antwort die beleidigende Möglichkeit eines Verlassens Ihres in erster Linie nationalen Kurses unter Annäherung an das Zentrum zugetraut hätte. Das ist eine mißverständliche Zuspitzung. Ich habe vielmehr die Unmöglichkeit einer solchen Entwicklung unter Berufung auf Ihre eigenen Ausführungen scharf betont und halte an dieser Überzeugung auch heute fest." Druck: Das Ende der Parteien, S. 627 ff. Vgl. auch Dok. 25, Anm. 25.
Zur Auseinandersetzung zwischen DNVP und NSDAP im Novemberwahlkampf vgl. Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, Die Deutschnationale Volkspartei. In: Das Ende der Parteien, S. 543-621, S. 560 ff.

zuteilen in der Lage sind, daß Herr Hugenberg sich nunmehr doch eines anderen besonnen hat.

Diese vier Punkte, Herr Reichskanzler, muß ich als Voraussetzung für einen Meinungsaustausch bezw. einer schriftlich zu führenden Aussprache meinerseits ansehen. Zuzustimmen oder abzulehnen, liegt bei Ihnen.

Am Schluß darf ich Ihnen noch versichern, Herr Reichskanzler, daß mich der Wahlkampf mit keinerlei nachtragender Bitternis erfüllt. Ich habe in den 13 Jahren meines Kampfes für Deutschland soviel an Verfolgungen und persönlichen Angriffen zu erdulden gehabt, daß ich allmählich wirklich lernte, die große Sache, der ich diene, über das armselige eigene Ich zu stellen. Das Einzige, was mich mit Bitternis erfüllt, ist, zusehen zu müssen, wie unter der wenig glücklichen Hand Ihrer Staatsführung, Herr Reichskanzler, von Tag zu Tag von einem nationalen Gut vertan wird, an dessen Schaffung ich vor der deutschen Geschichte einen redlichen Anteil besitze. *Dieser Verbrauch an nationalem Hoffen, Glauben und Vertrauen in die deutsche Zukunft ist es, der mich mit Schmerz und Gram erfüllt, allerdings auch stählt in meinem Entschluß, unverrückbar auf den Forderungen zu bestehen, die meines Erachtens allein unsere Krise überwinden können.*

In ausgezeichneter Hochachtung bin ich, sehr geehrter Herr Reichskanzler,

Ihr

ergebener

gez. Adolf *Hitler*[16]

N.S.

Da mir mitgeteilt wurde, daß von dem Inhalt Ihres Schreibens, Herr Reichskanzler, General von Schleicher Kenntnis erhielt, erlaube ich mir, diesem auch meinerseits eine Abschrift der Antwort zuzuleiten.

---

16 In der Ministerbesprechung vom 17.11.1932 berichtete Papen über seine Kontakte mit den im Reichstag vertretenen bürgerlichen Parteien und nahm dann zu Hitlers Schreiben Stellung: "Wie den Herren vielleicht bereits bekannt sei, habe er, der Reichskanzler, Hitler bereits schriftlich zu einer Besprechung eingeladen (vgl. Anm. 1). Hitler habe hierauf schriftlich geantwortet. Der Reichskanzler verlas sodann die Antwort Hitlers. Er kam zu dem Ergebnis, daß gemäß dieser Antwort eine Unterstützung der außen- und innenpolitischen Ziele des Reichskabinetts durch die Nationalsozialisten nicht in Betracht komme. Nach seiner Überzeugung sei die Lage ganz klar: Die Herbeiführung der nationalen Konzentration unter seiner Kanzlerschaft sei nicht möglich, jetzt müsse nach seiner Auffassung der Herr Reichspräsident Entschlüsse fassen." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 957.

18. November 1932 Dok. 66
Telegramm [1] an das Büro des Reichspräsidenten

Telegrammformular vom 18.11.1932; BA Potsdam, Film 19721, Nr. 47.

Eintreffe zur Besprechung Sonnabend 11.30 [2].

Adolf Hitler

21. November 1932 Dok. 67
Schreiben an Paul von Hindenburg [1]

Masch. Schreiben mit hs. Grußformel und Unterschrift [2]; BA Potsdam, Film 19721, Nr. 47.

Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Aus Mitteilungen der Presse und einer mir abgegebenen Bestätigung durch den Herrn Staatssekretär Meißner [3] erfahre ich von der Absicht Eurer Excellenz, mich offiziell zu ersuchen, in

1 Abgegangen in München am 18.11.1932 um 8.28 Uhr, aufgenommen im Haupttelegrafenamt Berlin um 9.38 Uhr, ausgeliefert um 10.00 Uhr.

2 Am 17.11.1932 war Hitler telegrafisch durch das Büro des Reichspräsidenten zu einer persönlichen Besprechung am 19.11.1932 um 11.30 Uhr gebeten worden. Vgl. Telegrammentwurf vom 17.11.1932; BA Potsdam, Film 19721, Nr. 47.
Hitler war in München gestartet und traf am 18.11.1932 gegen 13.00 Uhr, begleitet von Wilhelm Frick und Gregor Straßer, auf dem Flughafen Tempelhof ein. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 281.

1 Am 19.11.1932 hatte um 11.30 Uhr auf Wunsch des Reichspräsidenten (vgl. Dok. 66, Anm. 2) ein Gespräch zwischen diesem und Hitler stattgefunden (vgl. Anm. 4). Am 20.11. nachmittags war Staatssekretär Meißner persönlich im Hotel *Kaiserhof*, Hitlers Quartier, erschienen und hatte die Einladung zu einer weiteren Besprechung mit dem Reichspräsidenten für den 21.11., um 11.30 Uhr überbracht. Um zu vermeiden, daß das Ergebnis dieser Unterredung in der Presse für die NSDAP unvorteilhaft wiedergegeben werden könnte (vgl. Dok. 65, Anm. 2), übergab Hitler dem Reichspräsidenten vorliegende vorbereitetete Stellungnahme. Nach der Aufzeichnung über dieses Treffen durch Staatssekretär Meißner erläuterte Hitler mündlich außerdem, "daß die bisherigen inoffiziellen Fühlungnahmen, namentlich mit dem Zentrum, ergeben hätten, daß das Zentrum wegen Regelung der Frage Preußen und Reich sehr große Schwierigkeiten mache, die ihm fast unüberwindbar schienen". Druck: Hubatsch, Hindenburg, S. 355. Vgl. Edgar von Schmidt-Pauli, Hitlers Kampf um die Macht. Der Nationalsozialismus und die Ereignisse des Jahres 1932, Berlin ^{2}1933, S. 175 f.

2 Hs. Randvermerk: "Dem Herrn Reichspräsidenten überreicht am 21.11.1932."

3 Otto Meißner (1880-1953), Dr. jur., 1902 Referendar im elsaß-lothringischen Justizdienst, 1911 Regierungsrat und Mitglied der Kaiserlichen Generaldirektion der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen, 1915-1918 Kriegsdienst als Reserveoffizier, 1918 Eintritt in den diplomatischen Dienst, 1919 Geschäftsträger in der Ukraine, Vortragender Rat im Büro des Reichspräsidenten, 1920 Ministerialdirektor und Leiter des Büros des Reichspräsidenten, 1923 Staatssekretär, 1935 Chef der Präsidialkanzlei, 1937 Reichsminister, 1949 Freispruch im "Wilhelmstraßen-Prozeß".

Verhandlungen mit den anderen Parteien einzutreten, ohne daß vorher die Bildung des neuen Präsidial-Kabinetts vorgenommen wird[4]. Dieser Antrag erscheint mir so wichtig, daß ich im Interesse der Autorität des Namens und des Wollens Eurer Excellenz sowohl als im Interesse der so notwendigen Rettung des deutschen Volkes meine Stellungnahme hierzu schriftlich begründe.

Seit dreizehn Jahren stehe ich im Kampf gegen das parlamentarische System. Ich sehe in ihm einen unbrauchbaren Vorgang der politischen Willensbildung sowohl als des politischen Willensausdrucks der Nation. Diese Überzeugung ist seitdem, angeregt durch eine unermüdliche Propaganda von mir und meinen Mitarbeitern, Gemeingut vieler Millionen deutscher Menschen geworden. Diese haben es daher begrüßt, daß Eure Excellenz den Entschluß faßten, der neuen Erkenntnis Rechnung tragend, einen Umbau der Staatsführung vorzunehmen. Soll aber diese neue Staatsführung nicht in einer Katastrophe enden, dann muß sie einen verfassungsmäßig zulässigen Ausgangspunkt finden und in einer angemessen kurzen Zeit zum wirklichen Willensträger der Nation werden. Sie muß daher eine innere lebendige Beziehung zu einem an sich schon tragfähigen Teil des deutschen Volkes erhalten. Diesen Prozentsatz dann weiterhin organisch zu vermehren, um allmählich die ganze Nation zu erfassen, ist ihre Aufgabe. Unterbleibt dies, so entsteht eine sich nur auf Bajonette stützende und damit aber auch nur auf sie allein angewiesene Diktatur. Wenn nicht aus inneren Anlässen, so wird bei der ersten außenpolitischen Belastung der Zusammenbruch eintreten. Die Folge kann nur der Bolschewismus sein. Ich habe daher - das Scheitern der Regierung von Papen an den Erfahrungen der ersten sechs Wochen voraussehend - am 13. August [*1932*] die Überzeugung vertreten, daß nur durch eine Betrauung der nationalsozialistischen Bewegung mit dieser Mission diese Aufgabe erfolgreich durchgeführt werden könne[5].

Aus Gründen, die hier nicht berührt werden sollen, glaubten Eure Excellenz, Herr Reichspräsident, meinen damaligen Vorschlag ablehnen zu müssen.

Nach nunmehr sechsmonatiger Regierung ist - wie von mir vorausgesagt - das Kabinett Papen in eine rettungslose Isolierung nach innen[6], Deutschland in eine ebensolche nach außen ge-

---

4 Im Gespräch am 19.11.1932 hatte Hindenburg Hitler aufgefordert, nochmals die Möglichkeit zu erwägen, sich mit nationalsozialistischen Ministern an "einer von einem überparteilichen Manne geleiteten Regierung" zu beteiligen. Hitler weigerte sich jedoch, mit den anderen Parteien zu verhandeln. Zuvor hatte Hindenburg mit dem Vorsitzenden der DNVP, Hugenberg, dem Vorsitzenden des Zentrums, Prälat Ludwig Kaas, dem Vorsitzenden der DVP, Eduard Dingeldey, danach mit dem Vorsitzenden der BVP, Fritz Schäffer, gesprochen. Druck der Aufzeichnung über die Besprechung von Staatssekretär Meißner: Hubatsch, Hindenburg, S. 350 ff.
Die Vossische Zeitung vom 19.11.1932 (AA), "Hitler soll verhandeln", meldete dazu: "Es ist zunächst hervorzuheben, daß eine Fortsetzung der Aussprache für die nächsten Tage angekündigt wird, was bei der Mitteilung über die gestrigen Empfänge der Parteiführer nicht geschehen ist. In politischen Kreisen wird diese Ankündigung so verstanden, daß der Reichspräsident den nationalsozialistischen Führer ersucht hat, sich mit den anderen Parteien in Verbindung zu setzen, um festzustellen, inwieweit er auf ihre Unterstützung rechnen kann, bei dem Versuch, nach seinen Absichten ein Kabinett zu bilden, das den Charakter einer Präsidialregierung tragen, aber auch von einer Parlamentsmehrheit gebilligt werden soll."

5 Vgl. Dok. 6, Anm. 5, Dok. 15, Anm. 29 sowie Bd. V/1, Dok. 167.

6 Nachdem es Reichskanzler Papen nicht gelungen war, durch Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien und der NSDAP die notwendige Tolerierungsmehrheit im neugewählten Reichstag (vgl. Dok. 61, Anm. 2) für die Präsidialregierung zu erreichen (vgl. Dok. 65, Anm. 16), hatte er am Abend des 17.11.1932 Reichspräsident Hindenburg seinen Rücktritt angeboten. Hindenburg nahm den Rücktritt an und beauftragte das Kabi-

raten[7]. Die Ergebnisse des Versuchs einer Rettung unserer Wirtschaft und einer Beseitigung der Arbeitslosigkeit sind teils unbefriedigend, teils überhaupt nicht fühlbar[8]. Die soziale Not ist grauenhaft. Das allgemeine Vertrauen ist auf den Nullpunkt gesunken. Die Bolschewisierung der breiten Massen schreitet rapide vorwärts[9].

Wenn heute eine neue Regierung diese politisch, wirtschaftlich und finanziell furchtbare Erbschaft übernehmen soll, dann wird ihre Tätigkeit von Erfolg nur begleitet sein können, wenn sich in ihr eine ebenso große Autorität von oben wie die starke Kraft von unten vereinigt.

Wenn ich daher als Führer der nationalsozialistischen Bewegung von Eurer Excellenz nunmehr wieder nach Berlin gerufen worden bin, um an der Behebung dieser schwersten Krise unseres Volkes mitzuwirken, dann kann dies nach meinem besten Wissen und Gewissen und nach meiner Einsicht nur geschehen, wenn die Bewegung und ich selbst diejenige Stellung erhalten, die zur Erfüllung dieser Aufgabe nötig ist, der Bewegung aber Kraft ihrer Stärke auch zukommt. Denn die harte Notwendigkeit, Deutschland höherzustellen als die Parteien, wird erst dann anerkannt werden, wenn der stärksten Bewegung als Verhandlungsfaktor von vornherein die Stellung gegeben wird, die bisher noch sämtlichen Trägern der Präsidialgewalt von Eurer Excellenz verliehen wurde. Vom Standpunkt der Gerechtigkeit aus ist diese Forderung nicht weniger zu vertreten. Denn die nationalsozialistische Bewegung bringt in jeder Regierung mit 196 Mandaten[10] allein schon $^2/_3$der für eine legale Tätigkeit notwendigen Zahl an Abgeordneten mit[11].

Ich kann Eurer Excellenz meinen festen Entschluß versprechen, ein von mir vorgeschlagenes, unter meiner Führung stehendes und von Eurer Excellenz genehmigtes Präsidialkabinett mit jenen verfassungsmäßigen Voraussetzungen zu versehen, die für eine lange und gedeihliche Arbeit zur Wiederaufrichtung unseres politisch und wirtschaftlich ruinierten Volkes nötig sind. Ich richte dafür an Eure Excellenz nur eine einzige Bitte, mir zumindest das an Autorität und an Stellung geben zu wollen, was selbst die Männer vor mir erhielten, die zu dem großen Wert der Autorität und der Bedeutung des Namens von Eurer Excellenz ihrerseits nicht soviel mitbringen konnten als ich. Denn wenn ich schon gezwungen bin, der Verfassung wegen für die legale Tätigkeit der kommenden Regierung um Parteien zu werben, dann bringe ich doch, Herr Reichspräsident, selbst die allergrößte Partei mit. Mein eigener Name aber und die Existenz dieser größten deutschen Bewegung sind Pfänder, die durch einen ungünstigen Ausgang unseres Einsatzes vernichtet werden müssen. Dann aber, Herr Reichspräsident, sehe ich hinter uns nicht eine Militärdiktatur, sondern das bolschewistische Chaos.

---

nett, die Geschäfte kommissarisch weiterzuführen. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, Einleitung, S. LVI ff.; Volker Hentschel, Weimars letzte Monate. Hitler und der Untergang der Republik, Düsseldorf 1978, S. 67 ff.

7 Bezieht sich auf das Fernbleiben Deutschlands von den Verhandlungen bei der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes in Genf seit dem 23.7.1932. Vgl. Dok. 15, Anm. 52.

8 Vgl. Dok. 5, Anm. 3, Dok. 28, Anm. 6, Dok. 58, Anm. 6.

9 Bezieht sich auf das Abschneiden der KPD bei der Reichstagswahl am 6.11.1932, bei der sie einen Zuwachs um 610.906 Stimmen gegenüber der Wahl vom 31.7.1932 erzielte. Vgl. Dok. 61, Anm. 2 sowie Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41.

10 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.

11 Dem VII. Reichstag gehörten 584 Abgeordnete an. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 44.

Sollte aber die Absicht bestehen, nunmehr überhaupt zu rein altparlamentarischen Regierungsformen [*sic!*] zurückzukehren, dann müßte meiner Überzeugung nach dieses Wollen Eurer Excellenz offen bekanntgegeben werden. In diesem Falle aber bitte ich ehrerbietigst, auf die weitgehenden Folgen eines solchen Entschlusses hinweisen zu dürfen. Ich würde dies auf das tiefste bedauern.

Ich darf daher zusammenfassend Eure Excellenz bitten, diese meine Gründe würdigen zu wollen und von einem solchen Versuch der Lösung der Krise abzusehen.

In vorzüglicher Hochachtung

Adolf Hitler

21. November 1932 Dok. 68
Schreiben an Otto Meißner

Masch. Schreiben mit hs. Unterschrift; BA Potsdam, Film 19721, Nr. 47.

Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

Erfüllt von der großen Verantwortung in dieser schweren Zeit habe ich eine gründliche Durchprüfung des mir heute vom Herrn Reichspräsidenten zugestellten Auftrags [1] vorgenommen. Nach eingehenden Aussprachen mit führenden Männern meiner Bewegung und des sonstigen öffentlichen Lebens [2] bin ich dabei zunächst zu folgendem Ergebnis gekommen:

Ein Vergleich der beiden Schriftstücke, des mir gewordenen Auftrags einerseits und der vorausgesetzten Bedingungen [3] andererseits ergibt in einer Reihe von Punkten einen mir unlös-

1 In der Aufzeichnung über die Besprechung Hindenburgs mit Hitler am 21.10.1932, erteilte der Reichspräsident Hitler folgenden Auftrag: "'Sie wissen, daß *ich* den Gedanken eines Präsidialkabinetts vertrete. Ich verstehe unter einem Präsidialkabinett ein Kabinett, das nicht von einem Parteiführer, sondern von einem überparteilichen Manne geführt wird, und daß dieser Mann eine Person meines besonderen Vertrauens ist. *Sie* haben erklärt, daß Sie Ihre Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen könnten, an dessen Spitze Sie, der Parteiführer, stehen würden. Wenn ich auf diesen Ihren Gedanken eingehe, so muß ich verlangen, daß ein solches Kabinett eine Mehrheit im Reichstag hat. Deshalb ersuche ich Sie als den Führer der stärksten Partei festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen Sie für eine von Ihnen geführte Regierung eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit festem, einheitlichen Arbeitsprogramm im Reichstag haben würden - ich bitte Sie um Ihre Antwort bis Donnerstagabend.' (Der Herr Reichspräsident überreicht alsdann diese Darlegung in schriftlicher Fixierung.)" Druck: Hubatsch, Hindenburg, S. 353.

2 Nach Angaben von Schmidt-Pauli, Hitlers Kampf um die Macht, S. 179 f., handelte es sich um den ehemaligen Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht, den ehemaligen Reichskanzler Wilhelm Cuno und den Industriellen Fritz Thyssen. Ebenso soll Karl Eduard Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha als Vermittler zwischen NSDAP, DNVP und Stahlhelm fungiert haben. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, S. 204.

3 Ergänzend legte der Reichspräsident im Gespräch mit Hitler noch weitere Bedingungen fest: "'Für eine Regierungs- und Mehrheitsbildung muß ich von mir aus folgende Voraussetzungen aufstellen: 1. Sachlich: Feststellung eines Wirtschaftsprogramms. - Keine Wiederkehr des Dualismus Reich und Preußen und keine Verhand-

bar erscheinenden Widerspruch. Ehe ich dazu Stellung nehme und davon meine endgültige Entscheidung abhängig mache, darf ich Sie, Herr Staatssekretär, bitten, die Ansicht des Herrn Reichspräsidenten festzustellen und mir mitzuteilen, welche Regierungsform der Herr Reichspräsident wünscht und in diesem Falle im Auge hat. Schwebt ihm ein Präsidialkabinett vor unter Sicherstellung der verfassungsmäßig nötigen parlamentarischen Tolerierung, oder will Seine Excellenz ein parlamentarisches Kabinett mit Vorbehalten und Einschränkungen der mir bekannt gegebenen Art, die ihrem ganzen Wesen nach nur von einer autoritären Staatsführung eingehalten und damit versprochen werden können. Sie werden, Herr Staatssekretär, bei einem kritischen Vergleich der beiden Dokumente unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen, der verfassungsmäßigen Stellung und damit Verantwortung einer parlamentarischen Regierung die Wichtigkeit dieser grundsätzlichen Klärung von selbst erkennen. Hinzufügen möchte ich noch, daß Herr Reichskanzler Brüning einer der parteipolitischen Führer des Zentrums war und geblieben ist und dennoch in seinem zweiten Kabinett Präsidialkanzler wurde[4]. Ich selbst habe mich nicht als "Parteiführer" gefühlt, sondern einfach als Deutscher, und nur um Deutschland vom Druck des Marxismus zu erlösen, gründete und organisierte ich eine Bewegung, die weit über die Grenzen des deutschen Reiches hinaus lebt und wirksam wird. Daß wir in die Parlamente gingen, hat seinen Grund nur in der Verfassung, die uns zwang, diesen legalen Weg zu beschreiten. Ich selbst aber habe mich bewußt von jeder parlamentarischen Tätigkeit ferngehalten[5]. Der Unterschied zwischen meiner und der Auffassung des

lungen mit den Ländern, die in Verbindung mit einer diesbezüglichen Reichsreform den Bundesstaaten besondere Rechte zugestehen. - Keine Einschränkung des Artikels 48. 2. Persönlich behalte ich mir die endgültige Zustimmung zu einer Ministerliste vor. Die Besetzung des Auswärtigen Amts und des Reichswehrministeriums ist in Wahrung meiner verfassungsmäßigen Rechte als völkerrechtlicher Vertreter des Reichs und Oberbefehlshaber des Reichsheeres Sache meiner persönlichen Entscheidung.' Auch diese Formulierung wurde Herrn Hitler schriftlich übergeben." Druck: wie Anm. 1, S. 355 f.

4 Nach der Kabinettsumbildung vom 9.10.1931 waren in der Regierung Brüning das Zentrum, die BVP, die DStP, das Deutsche Landvolk und die Konservative Volkspartei vertreten. Diese Parteien verfügten im Reichstag über 125 Mandate. Die Tolerierungspolitik der SPD, die mit 143 Sitzen im Reichstag vertreten war, und die Unterstützung einiger kleinerer Fraktionen verhinderte eine Mehrheit für ein Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler, der nicht mehr mit dem verfassungsmäßig vorgesehenen Gesetzgebungsverfahren, sondern mit Notverordnungen des Reichspräsidenten nach Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung regierte. Vgl. Rainer Schaefer, SPD in der Ära Brüning: Tolerierung oder Mobilisierung? Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930-1932, Frankfurt a. M. 1990, S. 167 ff.

5 Über Abgeordnete urteilte Hitler in *Mein Kampf*: "Welche Verwüstungen diese Einrichtung moderner demokratischer Parlamentsherrschaft anrichtet, kann sich freilich der Leser jüdischer Zeitungen schwer vorstellen, soferne er nicht selbständig denken und prüfen gelernt hat. Sie ist in erster Linie der Anlaß für die unglaubliche Überschwemmung des gesamten politischen Lebens mit den aber auch minderwertigsten Erscheinungen unserer Tage. So sehr sich der wahrhaftige Führer von einer politischen Betätigung zurückziehen wird, die zu ihrem größten Teile nicht in schöpferischer Leistung und Arbeit bestehen kann, als vielmehr im Feilschen und Handeln um die Gunst einer Mehrheit, so sehr wird gerade diese Tätigkeit dem kleinen Geist entsprechen und diesen mithin auch anziehen." Vgl. Mein Kampf, Bd. 1, S. 83.
Einer "parlamentarischen Tätigkeit" Hitlers auf Reichsebene stand allerdings § 4 des Reichswahlgesetzes vom 27.4.1920 (unverändert in der Neufassung des Gesetzes vom 6.3.1924) entgegen, der festlegte: "Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, der am Wahltag fünfundzwanzig Jahre alt und seit mindestens einem Jahre Reichsangehöriger ist." Diese Voraussetzung erfüllte Hitler zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Am 20.4.1889 in Braunau am Inn als österreichischer Staatsangehöriger geboren, galt er nach seiner Entlassung aus der österreichischen Staatsangehörigkeit am 30.4.1925 als staatenlos. Um die für die Kandidatur um das Amt des Reichspräsidenten

Kabinetts Papen über die Möglichkeit einer autoritären Staatsführung liegt nur darin, daß ich gerade bei dieser voraussetze, daß sie eine Verankerung im Volke besitzt. Dies im Interesse der deutschen Nation gesetzmäßig herbeizuführen, ist mein sehnlichster Wunsch und mein vornehmstes Ziel.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung

Ihr sehr ergebener

Adolf Hitler

23. November 1932 Dok. 69
Schreiben an Otto Meißner

Masch. Schreiben mit hs. Unterschrift; BA Potsdam, Film 19721, Nr. 47 [1].

Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

Die Antwort auf Ihr gestriges Schreiben [2] darf ich mir erlauben, in drei Punkten zusammenzufassen:

A. Ihrer Definition des Sinnes und Wesens eines Präsidialkabinetts [3] habe ich Folgendes entgegenzuhalten:

---

nach Artikel 41 der Verfassung des Deutschen Reichs notwendige deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben, wurde Hitler am 26.2.1932 als Regierungsrat an der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin (vgl. Bd. IV/3, Dok. 28) angestellt. Nach § 14 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22.7.1913 wurde mit einer solchen Anstellung die deutsche Staatsbürgerschaft übertragen. Druck des Reichswahlgesetzes: RGBl. 1920, S. 628; RGBl. 1924, I, S. 159. Vgl. Morsey, Hitler als braunschweigischer Regierungsrat; Manfred Overesch, Die Einbürgerung Hitlers 1930. In: VfZ 40 (1992), S. 543-566.

1 Das Schreiben wurde von Reichstagspräsident Hermann Göring am Abend des 23.11.1932 in der Reichskanzlei übergeben. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, S. 204.

2 Schreiben vom 22.11.1932. Druck: Hubatsch, Hindenburg, S. 356 f.

3 "1. Das *Präsidial*-Kabinett - aus der Not der Zeit und dem Versagen des Parlaments geboren - wird in der Regel die notwendigen Regierungs-Maßnahmen ohne vorherige Zustimmungen des Parlaments auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in Kraft treten lassen. Es bezieht seine Machtvollkommenheit also in erster Linie vom Reichspräsidenten und braucht das Parlament im allgemeinen nur zum Sanktionieren oder Tolerieren dieser Maßnahmen. Eine *parlamentarische* Regierung muß alle Gesetzentwürfe vor dem Inkrafttreten den gesetzgebenden Körperschaften zur Beratung und Genehmigung vorlegen; sie bezieht ihre Machtvollkommenheit also ausschließlich von einer parlamentarischen Mehrheit. Daraus ergibt sich, daß der Führer eines Präsidial-Kabinetts nur ein Mann des besonderen Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten sein kann. 2. Das *Präsidial*-Kabinett muß überparteilich geführt und zusammengesetzt sein und ein vom Reichspräsidenten gebilligtes, überparteiliches Programm verfolgen. Eine *parlamentarische* Regierung wird in der Regel von dem Führer einer der für eine Mehrheits- oder Koalitionsbildung in Frage kommenden Parteien und aus Mitgliedern dieser

Die Behauptung, daß das Präsidialkabinett überparteilicher sein könnte als ein parlamentarisches, widerlegt sich erstens aus der Art des Werdens eines solchen Kabinetts und zweitens aus der Begrenzung seiner Arbeitsfähigkeit sowohl, als auch aus der dabei angewandten Methode [*sic!*]. Wenn ein Präsidialkabinett mit dem Artikel 48 zu regieren gezwungen ist[4], dann benötigt es - wie Sie selbst zugeben - wenn auch nicht die vorherige Zustimmung, dann aber um so mehr die nachträgliche Billigung einer parlamentarischen Mehrheit. Diese parlamentarische Mehrheit wird sich bei der Art unseres ganzen Verfassungslebens immer in Parteien ausdrücken. Damit ist es genau so abhängig von einer Parteienmehrheit, wie auch das parlamentarische Kabinett. Damit muß der ein solches Kabinett führende Staatsmann genauso das Vertrauen der Mehrheit des Reichstags entweder besitzen oder erobern, als er selbstverständlich das Vertrauen des Reichspräsidenten benötigt. Im übrigen ist neuerdings durch ein Urteil des Staatsgerichtshofs die Anwendung des Artikels 48 auf ganz bestimmte Fälle und begrenzte Zeiten beschränkt worden[5], so daß eine allgemeine Erfüllung der Regierungspflichten auf diesen Artikel allein nicht mehr gestützt werden kann. Es ist daher in der Zukunft die Aufgabe eines Kanzlers, der - unter dem Druck der Not und der ihrethalben zu treffenden Entschlüsse - die Schwerfälligkeit des parlamentarischen Vorgehens als gefährliche Hemmung ansieht, sich eine Mehrheit für ein aufgabenmäßig begrenztes und zeitlich fixiertes Ermächtigungsgesetz[6] zu sichern. Die Aussicht

---

Parteien gebildet und verfolgt im wesentlichen Ziele, auf die der Reichspräsident nur in geringem Maße und nur mittelbaren Einfluß hat. Hiernach kann ein Parteiführer, noch dazu der Führer einer die Ausschließlichkeit seiner Bewegung fordernden Partei, nicht Führer eines Präsidial-Kabinetts sein." Druck: wie Anm. 2, S. 356 f.

4 Artikel 48 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 lautet: "Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten. Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen. Von allen gemäß Abs. 1 oder Abs. 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstags außer Kraft zu setzen. Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen der in Abs. 2 bezeichneten Art treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstags außer Kraft zu setzen. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz." Druck: RGBl. 1919, S. 1392 f. Vgl. Boldt, Der Artikel 48.

5 Bezieht sich auf das Urteil des Staatsgerichtshofs vom 25.10.1932. Vgl. Dok. 45, Anm. 9.

6 Der Begriff wurde erstmals beim "Ermächtigungsgesetz zum Gesetz über Verlängerung der Geltungsdauer von Demobilmachungsverordnungen" vom 17.8.1922 (Druck: RGBl. 1922, I, S. 717) offiziell verwendet. Allgemein wurde darunter die Vollmacht des nach der Verfassung gesetzgebenden Organs für eine anderes Verfassungsorgan verstanden, angesichts besonderer Notsituationen zeitlich befristet und sachlich begrenzt Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 16.4.1871 und die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 sahen eine Ermächtigungsgesetzgebung nicht vor. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs wurde mit dem "Gesetz über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen und über die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts im Falle kriegerischer Ereignisse" vom 4.8.1914 (Druck: RGBl. 1914, S. 327 f.) erstmals die Möglichkeit einer vereinfachten Gesetzgebung für Notsituationen geschaffen. In der Konsolidierungsphase der Weimarer Republik wurde mehrfach zu verschiedenen Zwecken von Ermächtigungsgesetzen Gebrauch gemacht. Das 20 Tage gültige "Ermächtigungsgesetz" vom 13.10.1923 (Druck: RGBl. 1923, I, S. 943 ff.) übertrug der Reichsregierung erstmals nahezu unbeschränkte Vollmachten und ermöglichte die Einschränkung der Grundrechte. Von 1924 bis 1932 wurde auf Reichsebene kein Ermächtigungsgesetz mehr beschlossen. Vgl. Michael Frehse, Ermächtigungsgesetzgebung im Deutschen Reich 1914-1933, Pfaffenweiler 1985.

auf den Erfolg eines solchen Versuchs wird um so größer sein, je autoritärer auf der einen Seite die Position dieses Mannes ist und je schwerer auf der anderen die an sich schon in seinen Händen befindliche parlamentarische Macht in die Waage fällt.

Ob ein Regierungsprogramm parteilich oder überparteilich erscheint, spielt keine Rolle. Wesentlich hingegen ist, daß es richtig ist und daß es zum Erfolge führt. Ich protestiere dagegen, daß ein an sich richtiges Programm etwa deshalb nicht durchgeführt werden könnte, weil es Eigentum und Gedankengut einer Partei ist und mithin von einer Präsidialregierung, die überparteilichen Charakter besitzen müsse, abzulehnen sei [7]. Da im allgemeinen Programme immer Menschen anziehen werden, die dann zusammengefaßt zwangsläufig als Parteien in Erscheinung treten, könnten also in Zukunft nur solche Programme Verwendung finden, die hinter sich, um den überparteilichen Charakter zu wahren, auch keine Anhänger haben. Wie man dafür aber eine parlamentarische Mehrheit zur Tolerierung erreichen will, ist mir ein Rätsel, an dessen Lösung auch Herr von Papen scheiterte [8].

Ich habe demgegenüber erklärt, daß ich eine solche Art von Führung ablehne, weil sie zwangsläufig im Nichts endet und höchstens als letzten Schutz die Bajonette besitzt. Ich habe weiter die Überzeugung vertreten, daß es mir unter der Voraussetzung des Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten am ehesten gelingen wird, eine solche Katastrophe zu vermeiden, weil sich immerhin zwei Drittel der zur Tolerierung nötigen Zahl von Abgeordneten schon in meiner Partei allein befinden. Der Schritt von 200 Abgeordneten [9] zu 300 wird leichter sein, als der von 50 oder 60 zu 200.

B. Sie teilen mir, Herr Staatssekretär, mit, daß der Herr Reichspräsident nunmehr eine hundertprozentig parlamentarische Lösung wünsche. Das heißt, ich solle erst mit den Parteien ein Programm vereinbaren, dafür eine Mehrheit suchen und dann die Regierungsbildung rein parlamentarisch auf Grund dieser Mehrheit in die Wege leiten. Zunächst muß ich hier schon bemerken, daß man mir diese Aufgabe vor dem 12. September 1932 hätte stellen sollen. Sie wäre damals wirklich leichter zu lösen gewesen [10]!

Sie kann aber überhaupt nicht gelöst weden, wenn die Stellung dieses Auftrags mit Bedingungen verbunden ist, die die Lösung an sich verhindern. Denn wenn schon der nurparlamentarische Weg beschritten werden soll, dann können dafür aber auch keine anderen Voraussetzungen zur Auflage gemacht werden, als die in der Weimarer Verfassung selbst gegebenen.

Danach ist in erster Linie die parlamentarische Mehrheit maßgebend (Artikel 54 [11]) sowohl für die Beauftragung mit der Regierungsbildung, als auch für die Zusammensetzung des Kabi-

---

7 Vgl. Anm. 3.

8 Vgl. Dok. 67 Anm. 6.

9 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.

10 Die Führung des Zentrums hatte wegen ihrer strikten Ablehnung der Regierung Papen nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932 Bereitschaft zu einer Koalition mit der NSDAP auf Reichsebene signalisiert. NSDAP, Zentrum und BVP stellten zusammen die absolute Mehrheit der Abgeordneten. Die gemeinsame Wahl Hermann Görings zum Reichstagspräsidenten am 30.8.1932 war Voraussetzung für die am selben Tag beginnenden Verhandlungen zwischen den Parteien, die vor der erneuten Auflösung des Reichstags am 12.9.1932 jedoch zu keinem Ergebnis geführt hatten. Vgl. Junker, Zentrumspartei und Hitler, S. 86 ff. sowie Dok. 4, Anm. 14.

11 Artikel 54 der Verfassung des Deutschen Reichs bestimmte: "Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht." Druck: RGBl. 1919, S. 1393.

netts und für das Regierungsprogramm. Voraussetzungen von anderer Seite können nur insoweit aufgestellt werden, als sie der Verfassung entsprechen.

Da der Reichspräsident den Reichskanzler und die Reichsminister ernennt, hat er selbstverständlich die letzte Entscheidung über die Ministerliste. Aber nicht zu vereinbaren mit dem Artikel 53 der Verfassung [12] wäre dann die Voraussetzung, daß die Besetzung des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums Sache der persönlichen Entscheidung des Reichspräsidenten sei. Auch der Reichsaußen- und der Reichswehrminister können nur auf Vorschlag des Reichskanzlers ernannt werden. Denn nur so ist es dann diesem überhaupt möglich, die Richtlinien der inneren und äußeren Politik zu bestimmen, für die er doch gemäß dem Artikel 56 [13] dem Reichstag gegenüber die Verantwortung zu tragen hat. Daran würde auch die Tatsache nichts ändern, daß der Reichspräsident das Reich völkerrechtlich vertritt, im Namen des Reichs Bündnisse und andere Verträge mit auswärtigen Mächten abschließt, die Gesandten beglaubigt und empfängt (Artikel 45 [14]), und daß er den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reiches ausübt (Artikel 47 [15]). Denn alle Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten, auch auf dem Gebiet der Wehrmacht, bedürfen nach der Verfassung für ihre Gültigkeit der Gegenzeichnung durch den Reichskanzler oder den zuständigen Reichsminister (Artikel 50 [16]).

Festlegung des Wirtschaftsprogramms, keine Wiederkehr des Dualismus zwischen Reich und Preußen [17], keine Einschränkung des Artikels 48, das sind alles Voraussetzungen, die bei

---

12 Artikel 53 der Verfassung des Deutschen Reichs legte fest: "Der Reichskanzler und auf seinen Vorschlag die Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen." Druck: ebenda.

13 Vgl. Dok. 65, Anm. 12.

14 Artikel 45 der Verfassung des Deutschen Reichs bestimmte: "Der Reichspräsident vertritt das Reich völkerrechtlich. Er schließt im Namen des Reichs Bündnisse und andere Verträge mit auswärtigen Mächten. Er beglaubigt und empfängt die Gesandten. Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgen durch Reichsgesetz. Bündnisse und Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Reichstags." Druck: RGBl. 1919, S. 1392.

15 Artikel 47 der Verfassung des Deutschen Reichs lautet: "Der Reichspräsident hat den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reichs." Druck: ebenda, S. 1392.

16 Artikel 50 der Verfassung des Deutschen Reichs schränkte den Oberbefehl über die Reichswehr wie folgt ein: "Alle Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten, auch solche auf dem Gebiete der Wehrmacht, bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch den Reichskanzler oder den zuständigen Reichsminister. Durch die Gegenzeichnung wird die Verantwortung übernommen." Druck: ebenda, S. 1393.

17 Das bereits im Kaiserreich bestehende flächenmäßige, politische und wirtschaftliche Übergewicht Preußens im Bundesstaat führte zu zahlreichen institutionellen und personellen Verflechtungen zwischen Reichsleitung und preußischer Regierung, die ihren deutlichsten Ausdruck in der Personalunion von Reichskanzler und preußischem Ministerpräsidenten fanden. Obwohl das Land Preußen die größten Gebietsverluste durch den Versailler Friedensvertrag zu beklagen hatte, blieb die erdrückende Übermacht Preußens, das rund drei Fünftel des Reichsgebiets stellte, während der Weimarer Republik erhalten. Die institutionellen Bindungen zwischen Reich und Preußen wurden gelöst. Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 begrenzte die Stimmenzahl der Länder im Reichsrat, was ausschließlich Preußens betraf, und entzog ein Teil der Reichsratsstimmen durch Beteiligung der preußischen Provinzen dem direkten Einfluß der preußischen Regierung. (Artikel 61 und 63; Druck: RGBl. 1919, S. 1394 f.) Dennoch gab die Schlüsselstellung Preußens der preußischen Regierung die Möglichkeit, die Politik der Reichsregierung zu behindern oder zu unterlaufen. Konflikte entstanden vor allem dann, wenn in Preußen und Reich unterschiedlich zusammengesetzte Koalitionen regierten. Die Einsetzung eines Reichskommissars am 20.7.1932 (vgl. Dok. 35, Anm. 14) sollte diese Frage zugunsten der Reichsregierung lösen. Vgl. Thomas Trumpp, Franz von Papen, der preußisch-deutsche Dualismus und die NSDAP in Preußen. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des 20. Juli 1932, Diss. phil., Tübingen 1963, S. 16 ff.; Möller, Parlamentarismus, S. 534 ff.

einem parlamentarischen Mehrheitskabinett dem Reichspräsidenten nur nach Maßgabe der Artikel 68 ff[18] über die Reichsgesetzgebung zustehen.

Wenn Sie nun, sehr verehrter Herr Staatssekretär, erklären, nach der bisher von dem Herrn Reichspräsidenten und seinem Amtsvorgänger geübten Staatspraxis seien jedem Kabinett grundsätzliche Forderungen auferlegt worden[19], so darf ich Ihnen darauf Folgendes erwidern:

1.) Noch nie in diesem Sinn und in diesem Umfang;

2.) noch nie war die katastrophale Lage Deutschlands innen-, außenpolitisch und insbesondere wirtschaftlich so wie heute, und daher noch nie die volle Autorität eines Reichskanzlers nötiger als jetzt und

3.) darf ich doch auch darauf hinweisen, daß noch zu keiner Zeit so schwere Eingriffe in das parlamentarische Regierungssystem vorgenommen wurden, wie unter dem Präsidialkabinett des Herrn von Papen, die ich nun nachträglich den Parteien zur parlamentarischen Behandlung, und zwar zur Tolerierung und Billigung, vorlegen soll. Parteien, die diese Maßnahmen aus Selbsterhaltungstrieb einst aufs schärfste bekämpft haben! Und das alles in einem Zeitpunkt, in dem man die Position dieser Parteien noch dadurch stärkt, daß man erstens erklärt, ich besäße das besondere Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten nicht[20], und sei zweitens deshalb befohlen, den reinen parlamentarischen Koalitionsweg zu gehen!

C. Sie schreiben, sehr verehrter Herr Staatssekretär, daß bei den Vorbesprechungen mit den anderen Parteiführern bereits deren Bereitwilligkeit geklärt worden sei, auf diese Vorbehalte einzugehen[21]. Diese Erklärungen, Herr Staatssekretär, liegen jedenfalls nicht schriftlich vor. Aus der Besprechung, die der Reichstagspräsident Göring (vor der Erteilung des Auftrags des Herrn Reichspräsidenten an mich) mit anderen Parteien hatte[22], geht das Gegenteil hervor. Die

---

18 Artikel 68-77 der Verfassung des Deutschen Reichs regelten die Reichsgesetzgebung. Nach Artikel 70 war es Aufgabe des Reichspräsidenten, "die verfassungsmäßig zustande gekommenen Gesetzte auszufertigen und binnen Monatsfrist im Reichs-Gesetzblatt zu verkünden". Eine Einwirkung auf den Inhalt der Gesetze durch den Reichspräsidenten sah die Verfassung nicht vor. Nach Artikel 73 und 74 konnte der Reichspräsident jedoch eine Volksabstimmung über vom Reichstag beschlossene Gesetze und über vom Reichstag beschlossene Gesetze, gegen die vom Reichsrat Einspruch erhoben wurde, verlangen. Druck: RGBl. 1919, S. 1395 ff.

19 Bereits Reichspräsident Friedrich Ebert verknüpfte die Ernennung des Reichskanzlers an inhaltliche Vorgaben für die Regierungspolitik. Hindenburg übernahm diese Praxis. Mit dem Übergang zu den Präsidialkabinetten wurden die Aufträge allerdings detaillierter. Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. VII, S. 221, 448, 549, 607 f., 750 f., 792, 873 ff.

20 "Reichskanzler *Brüning* hat bei seiner ersten Berufung ein ausgesprochen parlamentarisches, auf die Parteien gestütztes Kabinett gebildet, das sich erst allmählich zu einer Art Präsidialkabinett verwandelt hat, als der Reichstag bei der Gesetzgebung versagte und Herr Brüning sich das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten in weitestem Maße erworben hatte. [...] Auf ähnlichem Wege könnte naturgemäß auch eine von Ihnen geführte parlamentarische Regierung im Laufe der Zeit sich zum Präsidialkabinett wandeln." Druck: wie Anm. 2. Vgl. auch Anm. 3.

21 "Der Herr Reichspräsident hat in Festhaltung der von seinem Amtsvorgänger wie auch von ihm stets geübten Staatspraxis bisher jedem Kabinett gewisse grundsätzliche Forderungen auferlegt; im übrigen haben auch die Besprechungen des Herrn Reichspräsidenten mit den Parteiführern erkennen lassen, daß gegen diese Forderungen grundsätzliche Widerstände nicht bestehen." Druck: wie Anm. 2.

22 Joseph Goebbels notierte am 20.11.1932 in seinem Tagebuch: "Göring nimmt Fühlung mit den Parteien auf. Das Zentrum erklärt sich mit der Kanzlerschaft des Führers einverstanden. Die Deutschnationalen leisten unserer Einladung zu einer Besprechung keine Folge. Sie sitzen immer noch auf dem hohen Roß. Der Führer hat eine ausführliche Antwort auf den Auftrag, eine Mehrheitsbildung zu versuchen, zu Papier gebracht. Sie ist glänzend stilisiert und mit unwiderleglichen Argumenten ausgestattet. Die parlamentarische Lösung wird darin

Auslassung einer für eine Koalitionsmehrheit nötigen Partei (Bayerische Volkspartei) in ihrer offiziellen Parteikorrespondenz besagt das Gleiche[23]. Die Zusicherung nun, daß ich im Fall des Scheiterns meiner Verhandlungen dem Herrn Reichspräsidenten ja die Gründe mitteilen könnte, ändert gar nichts an der Tatsache, daß man einfach mit Recht feststellen würde, die Erfüllung eines übernommenen Auftrages sei mir nicht gelungen.

Die Folgerungen, die sich daraus für die nationalsozialistische Bewegung und damit auch für das ganze deutsche Volk ergeben würden, liegen auf der Hand. Ich habe in redlichstem Bemühen Auftrag und Bedingungen immer wieder miteinander verglichen, bin aber genauso, wie meine sämtlichen Mitarbeiter, zu der Überzeugung gekommen, daß dieser Auftrag infolge seines inneren Widerspruchs in sich undurchführbar ist. Ich habe daher davon abgesehen, in diesen Tagen mit einer Partei Fühlung zu nehmen, und bitte Sie deshalb, Herr Staatssekretär, seiner Excellenz, dem hochverehrten Herrn Reichspräsidenten, folgende ehrerbietigste Meldung übermitteln zu wollen:

Den mir am Montag, den 21. d[*iese*]s M[*ona*]ts vom Herrn Reichspräsidenten erteilten Auftrag kann ich infolge seiner inneren Undurchführbarkeit nicht entgegennehmen und lege ihn daher in die Hand des Herrn Reichspräsidenten zurück.

Angesichts der trostlosen Lage unseres Vaterlandes, der immer steigenden Not und der Verpflichtung für jeden einzelnen Deutschen, sein Letztes zu tun, damit Volk und Reich nicht im Chaos versinken, möchte ich nach wie vor dem ehrwürdigen Herrn Reichspräsidenten und Feldmarschall des Weltkriegs die nationalsozialistische Bewegung mit dem Glauben, der Kraft und der Hoffnung der deutschen Jugend zur Verfügung stellen. Ich schlage daher unter vollständiger Umgehung aller immer nur verwirrenden Begriffe folgenden positiven Weg vor:

1.) Der Herr Reichspräsident fordert mich auf, vom Tage der Auftragserteilung an binnen 48 Stunden ein kurzes Programm über die beabsichtigten innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen vorzulegen.

2.) Ich werde nach Billigung dieses Programms binnen 24 Stunden dem Herrn Reichspräsidenten eine Ministerliste vorlegen.

3.) Ich werde neben anderen aus der derzeitigen Regierung zu übernehmenden Ministern dem Herrn Reichspräsidenten selbst für das Reichswehrministerium als seinen mir bekannten persönlichen Vertrauensmann General von Schleicher, für das Reichsaußenministerium Freiherrn von Neurath[24] vorschlagen.

---

abgelehnt als nicht der Situation entsprechend." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 282.

23 "Die Bayer[*ische*] Volkspartei-Correspondenz schreibt: [...] Es frägt sich nunmehr, ob sich unter der Führung eines Adolf Hitler der Gedanke der nationalen Konzentration vernünftigerweise verwirklichen läßt. Da die Bayerische Volkspartei an dem Gedanken dieser nationalen Konzentration auch unter der veränderten Lage festhält, so muß sie nunmehr auch die Frage ernsthaft und reiflich prüfen, ob für sie in irgendeiner Form und in der bestimmten Voraussetzung irgendwie eine direkte oder indirekte Unterstützung eines Hitlerschen Regierungsexperiments in Frage kommen kann. Es liegt auf der Hand, daß es sich hierbei um das *gewagteste und gefährlichste Experiment der deutschen Politik* handelt. Darum bedarf es reiflicher Überlegung, ob es die Bayer[*ische*] Volkspartei auf sich nehmen kann, allerdings *unter ganz bestimmten Bedingungen*, der Bestellung einer Regierung Hitler nicht zu widersprechen." Vgl. Bayerischer Kurier vom 22.11.1932, "Eine neue Lage".

24 Konstantin Freiherr von Neurath (1873-1956), Diplomat, 1903-1908 Vizekonsul in London, 1914-1916 Botschaftsrat in Konstantinopel, 1917-1918 Chef des Zivilkabinetts des Königs von Württemberg, 1919-1922

4.) Der Herr Reichspräsident ernennt mich darauf zum Reichskanzler und bestätigt die von mir vorgeschlagenen und von ihm anerkannten Minister.

5.) Der Herr Reichspräsident erteilt mir den Auftrag, für dieses Kabinett die verfassungsmäßigen Voraussetzungen zur Arbeit zu schaffen, und gibt mir zu dem Zweck jene Vollmachten, die in so kritischen und schweren Zeiten auch parlamentarischen Reichskanzlern nie versagt worden sind.

6.) Ich verspreche, daß ich unter vollem Einsatz meiner Person und meiner Bewegung mich aufopfern will für die Rettung unseres Vaterlandes.

Indem ich Ihnen, sehr verehrter Herr Staatssekretär, für diese Übermittlung danke, verbleibe ich

in vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

Adolf Hitler[25]

24. November 1932 Dok. 70
Schreiben an Otto Meißner

Masch. Schreiben mit hs. Unterschrift; BA Potsdam, Film 19721, Nr. 47.

Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

Indem ich Ihr Schreiben[1], das die Ablehnung meines Vorschlages zur Lösung der Krise durch den Herrn Reichspräsidenten enthält[2], zur Kenntnis nehme, muß ich abschließend noch ein paar Feststellungen treffen.

Gesandter in Kopenhagen, 1922-1930 Botschafter in Rom, 1930-1932 Botschafter in London, 1932-1938 Reichsminister des Auswärtigen, März 1939-August 1943 (beurlaubt seit September 1940) Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, 1946 vom Internationalen Militärtribunal zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, 1954 aus Gesundheitsgründen entlassen.

25 Nach der Abfassung dieses Schreibens fand am Abend des 23.11.1932 eine Unterredung zwischen Reichswehrminister Kurt von Schleicher und Hitler statt. Schleicher berichtete in der Ministerbesprechung vom 25.11.1932 über das Ergebnis dieses Treffens: Hitler sei nicht bereit, in ein Kabinett einzutreten, auch wenn dieses nicht von Papen geleitet werde; Hitler würde außerdem keinem Nationalsozialisten gestatten, in ein nicht von ihm geleitetes Kabinett einzutreten, weder als Minister, noch als "Beobacher oder Verbindungsmann", und er wünsche auch sonst keine Verbindung mit der Reichsregierung. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 1013.

1 Schreiben vom 24.11.1932. Druck: Hubatsch, Hindenburg, S. 361 f.

2 "2. Der Herr Reichspräsident dankt Ihnen, sehr verehrter Herr Hitler, für Ihre Bereitwilligkeit, die Führung eines 'Präsidialkabinetts' zu übernehmen. Er glaubt aber, es vor dem deutschen Volke nicht vertreten zu können,

1) Ich habe nicht den Versuch der Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung für aussichtslos gehalten[3], sondern ihn nur infolge der daran geknüpften Bedingungen als unmöglich bezeichnet.

2) Ich habe darauf hingewiesen, daß, wenn Bedingungen gestellt werden, diese in der Verfassung begründet sein müssen.

3) Ich habe nicht die Führung eines Präsidialkabinetts verlangt, sondern einen mit diesem Begriff in keinem Zusammenhang stehenden Vorschlag zur Lösung der deutschen Regierungskrise unterbreitet[4].

4) Ich habe zum Unterschied anderer unentwegt die Notwendigkeit eines in der Verfassung begründeten Zusammenarbeitens mit der Volksvertretung betont[5] und ausdrücklich versichert, nur unter solchen gesetzmäßigen Voraussetzungen arbeiten zu wollen.

5) Ich habe nicht nur keine Parteidiktatur verlangt, sondern war wie im August dieses Jahres[6] so auch jetzt bereit, mit all den anderen dafür in Frage kommenden Parteien Verhandlungen zu führen, um eine Basis für eine Regierung zu schaffen[7]. Diese Verhandlungen mußten erfolglos bleiben, weil an sich die Absicht bestand, das Kabinett Papen unter allen Umständen als Präsidialkabinett zu halten[8].

Es ist daher auch nicht nötig, mich zur Zusammenarbeit mit anderen aufbauwilligen Kräften der Nation gewinnen zu wollen[9], da ich dazu trotz schwerster Anfeindungen schon in diesem Sommer alles nur irgend mögliche getan habe. Ich lehne es aber ab, in diesem Präsidialkabinett eine aufbaufähige Kraft zu sehen. Und ich habe ja auch in der Beurteilung der Tätigkeit und des Mißerfolges der Tätigkeit dieses Kabinetts bisher recht behalten.

6) Ich habe aus dieser Erkenntnis heraus auch immer gewarnt vor einem Experiment, das am Ende zur nackten Gewalt führt und daran auch scheitern muß.

7) Ich war vor allem nicht bereit und werde auch in der Zukunft niemals bereit sein, die von mir geschaffene Bewegung anderen Interessen zur Verfügung zu stellen als denen des deutschen Volkes. Ich fühle mich dabei verantwortlich meinem Gewissen, der Ehre der von mir ge-

---

dem Führer einer Partei seine präsidialen Vollmachten zu geben, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat, und die gegen ihn persönlich wie auch gegenüber den von ihm für notwendig erachteten politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen überwiegend verneinend eingestellt war. Der Herr Reichspräsident muß unter diesen Umständen befürchten, daß ein von Ihnen geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit allen ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben, er vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte." Druck: wie Anm. 1.

3 "1. Der Herr Reichspräsident nimmt Ihre Antwort zur Kenntnis, daß Sie den Versuch der Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung *nicht* für aussichtsreich halten und deshalb den Ihnen erteilten Auftrag zurückgeben." Druck: wie Anm. 1.

4 Vgl. Dok. 69.

5 Vgl. auch Dok. 68, Anm. 5.

6 Vgl. Dok. 6, Anm. 5, Dok. 15, Anm. 29 sowie Bd. V/1, Dok. 167.

7 Vgl. Dok. 69, Anm. 10, 22.

8 Vgl. Dok. 65, Anm. 16.

9 "Unabhängig hiervon wiederholt der Herr Reichspräsident aber seine Ihnen in der letzten Besprechung am Montag gegebene Erklärung, daß die Tür jederzeit für Sie offen stehe, und wird immer bereit sein, Ihre Auffassung zu den schwebenden Fragen anzuhören; denn er will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es auf diesem Weg mit der Zeit doch noch gelingen werde, Sie und Ihre Bewegung zur Zusammenarbeit mit allen anderen aufbauwilligen Kräften der Nation zu gewinnen." Druck: wie Anm. 1.

führten Bewegung und der Existenz der Millionen deutscher Menschen, die durch die politischen Experimente der letzten Zeit zwangsläufig einer immer weiteren Verelendung entgegengeführt werden.

Im übrigen bitte ich, Seiner Excellenz, dem Herrn Reichspräsidenten, nach wie vor den Ausdruck meiner tiefsten Ergebenheit übermitteln zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

Adolf Hitler[10]

25. November 1932 Dok. 71
"Nationalsozialisten, Nationalsozialistinnen, Parteigenossen!"
Aufruf

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 25.11.1932[1].

Schon nach kurzer Beobachtung der Tätigkeit des Kabinetts von Papen habe ich meiner Einsicht und Überzeugung entsprechend die Folgen vorhergesagt, die nun gekommen sind.

Als Herr von Papen die Arbeitslosenzahl bis zu Beginn dieses Winters um 2 Millionen zu senken versprach[2], die wirtschaftliche Not zu beheben vorgab, die innen- und außenpolitischen Fragen einer Lösung entgegenzuführen versicherte, waren unzählige Deutsche mit einem Schlage wieder von gläubigem Vertrauen erfüllt. *Ich habe damals gewarnt und mehrmals recht behalten.*

Die Wirtschaftsnot dauert an, die Arbeitslosigkeit steigt[3], der Bolschewismus in Deutschland nimmt zu[4], die Isolierung des Reiches der übrigen Welt gegenüber ist fast vollendet[5].

---

10 Am 24.11.1932 um 17.00 Uhr übergab Hermann Göring im Hotel *Kaiserhof* Kopien des Briefwechsels zwischen Hitler und Hindenburg bzw. Meißner (vgl. Dok. 67-70) der Presse. Er vertrat für die Führung der NSDAP die Auffassung, daß es sich von seiten des Reichspräsidenten und seiner Umgebung nicht um ernsthafte Verhandlungen gehandelt habe. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 1000 ff.

1 Vgl. auch VB vom 26.11.1932, "Nationalsozialisten, Nationalsozialistinnen, Parteigenossen!".

2 Vgl. Dok. 28, Anm. 8.

3 Anzeichen einer geringfügigen Besserung der Wirtschaftslage und eines entsprechenden Stimmungsumschwungs lassen sich seit September 1932 nachweisen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit war im Vergleich zum Vorjahreszeitraum abgebremst, die Zahl der Beschäftigten nahm im September und Oktober 1932 - erstmals seit dem Beginn der Krise 1929 - um etwa 160.000 zu. Ebenso stieg die Industrieproduktion, die im entsprechenden Vorjahreszeitraum noch stark gesunken war. Unmittelbar nach Bekanntgabe des Wirtschaftsprogramms der Regierung Papen stiegen die Aktienkurse steil an und stagnierten in den folgenden Monaten auf hohem Niveau. Ob dieses Programm allein bereits zu einem selbsttragenden Aufschwung geführt hätte, ist allerdings unwahrscheinlich. Vgl. Gerhard Kroll, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958, S. 412 ff. sowie Dok. 28, Anm. 6.

4 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.

Noch nie hat in Deutschland ein Kabinett mehr Macht gehabt, noch nie aber auch mehr versagt als diese Regierung einer kleinen exklusiven Schicht unseres Volkes.

Heute werden mir Millionen der Anhänger unserer Bewegung innerlich dankbar sein, daß ich die Partei, in der sich letzte Reserve deutschen Glaubens, deutscher Kraft und deutscher Hoffnung befindet, nicht mit diesem unseligen politischen und wirtschaftlichen Dilettantismus verbunden habe.

Ich kann das noch viel weniger in Zukunft tun. Ich weiß, diese Regierung wird ihr unheilvolles Wirken fortsetzen. Ich kann das im Augenblick nicht verhindern. *Allein, was ich, solange ich lebe, verhindern werde, ist die Preisgabe unserer einzigen Bewegung an dieses Regiment.*

Man hat mich nach Berlin gerufen[6], um an der Behebung einer Regierungskrise mitzuwirken, *und wollte doch nichts anderes, als Papens Kabinett retten und mir einen zweiten 13. August* [*1932*][7] *bereiten.* So hätten wir Nationalsozialisten auf einmal wieder die hohe Ehre bekommen, zur Aufputzung des etwas schwach gewordenen Glanzes dieser Regierung durch einen oder zwei nationalsozialistische Minister beitragen zu dürfen.

Ich habe darauf die Haltung eingenommen, die ich als Führer unserer Bewegung einnehmen mußte.

Deutschland wollen wir retten, die Regierung von Papen aber nicht!

Da ich dieses Mal Vorsorge trug, daß der 13. August [*1932*] sich nicht wiederholen konnte, erhielt ich den Auftrag, eine Lösung parlamentarischer Art herbeizuführen, die vorsorglich durch die daran geknüpften Bedingungen[8] von vornherein unmöglich gemacht wurde. Dennoch habe ich mich angesichts der großen Not unseres Volkes entschlossen, ein Angebot zu machen[9], das zugleich für die inneren Absichten aller klärend sein konnte.

Das Angebot wurde abgelehnt, und damit erscheint, glaube ich, der Wille der Ratgeber des Herrn Reichspräsidenten enthüllt.

Was ich am Abend des Wahltages schon erklärte[10], wiederhole ich daher heute:

Dieses System muß in Deutschland niedergebrochen werden, wenn nicht die deutsche Nation an ihm zerschellen soll.

Der Kampf wird daher weitergeführt, und wer den Weg dieses Kabinetts vom Juni bis heute mit offenen Augen verfolgte, der weiß, wer der Sieger sein muß.

Adolf Hitler[11]

---

5 Vgl. Dok. 67, Anm. 7.
6 Vgl. Dok. 66 Anm. 2.
7 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.
8 Vgl. Dok. 68, Anm. 3.
9 Vgl. Dok. 69.
10 Vgl. Dok. 61-63.
11 Joseph Goebbels notierte in seinem Tagebuch: "Der Führer wendet sich in einem festen und unbeirrbaren Aufruf an die Partei. Die Debatte ist zu Ende; nun beginnt aufs neue der Kampf. Ruhe und Entspannung sind in unsere Reihen zurückgekehrt. Die kommende Probe werden wir bestimmt bestehen. Man wird schon auf uns zurückgreifen müssen, weil eine andere Lösung der Krise nicht möglich ist." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 285.

26. November 1932 Dok. 72
Rede auf NSDAP-Versammlung in Weimar[1]

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 28.11.1932, "Des Führers Frage und Forderung"[2].

Adolf Hitler leitete seine einstündige Rede mit der Feststellung ein, daß das vom Staatsminister Sauckel[3] entworfene Bild der Volksnot in Thüringen auf das ganze Reich zutreffe[4]. Unzähligen Menschen zeige diese Not erst

die wirkliche Lage Deutschlands

auf. Zu allen Zeiten sei die politische Not im Völkerleben nur der Vorläufer der wirtschaftlichen Verelendung, und auch in Deutschland habe sich die politische Katastrophe erst in einen wirtschaftlichen Verfall umsetzen müssen, ehe die Menschen das Schicksal begriffen hätten, das die Gesamtheit betroffen habe. Vor fünf Monaten, als er gegen dieses Kabinett Stellung nahm, habe man ihm vorgeworfen, daß er sich gegen solchen, angeblich hoffnungsvollen Anfang der Behebung der deutschen Not wende.

Selten sei einem Manne nach wenigen Monaten im Stillen bereits mehr Abbitte geleistet worden als heute ihm.

Er habe vorausgesagt, daß es keine Sanierung der deutschen Wirtschaft, sondern höchstens eine Sanierung der deutschen Banken sei. Heute sei die Krise schlimmer als zuvor[5], schlimmer vor allen Dingen deswegen, weil nach einem leichtsinnigen Aufputschen der Hoffnungen der Rückfall um so schwerer wiege. Was die Herren damit verbrochen hätten, daß sie diesen Glauben und diese Hoffnungen so schmerzlich täuschten, könnten sie

vor Gott, der Geschichte und vor dem deutschen Volk nicht verantworten.

Heute wüßten diese Herren nicht mehr, was sie tun sollten, und nur in einem seien sie einig, in der Absicht,

---

1 In der Weimarhalle, abends. An der von Hauptschriftleiter Hans Ziegler geleiteten Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 3.000 Personen teil. Vor Hitlers einstündiger Rede sprachen Gauleiter Fritz Sauckel und Reichspropagandaleiter Joseph Goebbels.

2 Vgl. auch Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 28.11.1932, "Erste Rede Hitlers nach den Berliner Verhandlungen"; Der Nationalsozialist vom 29.11.1932, "Wir haben unsere Bewegung nicht geschaffen, damit andere mit ihr Politik machen!"; VB vom 27.11.1932, "Gewaltige Hitlerkundgebung in Weimar"; Weimarische Zeitung vom 28.11.1932, "Hitler, Goebbels, Sauckel sprachen in der Weimarhalle" sowie Bericht Nr. V des Polizeiamts Weimar an das thüringische Ministerium des Innern vom 28.11.1932; StA Weimar, MdI, P 165.
Goebbels notierte in seinem Tagebuch: "Abends reden der Führer und ich in der überfüllten Weimar-Halle. Diesmal ist die Stimmung im Gegensatz zum 13. August [*1932*] unbeschreiblich begeistert. Wenn in der Partei selbst kein Bruch eintritt, dann werden wir das Spiel bestimmt gewinnen." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 286.

3 Fritz Sauckel (1894-1946), Matrose und Schlosser, 1919/20 Gauleiter des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes in Unterfranken, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1925 Gaugeschäftsführer, 1927-1945 Gauleiter des Gaues Thüringen, 1929-1933 MdL in Thüringen und Vorsitzender der NSDAP-Landtagsfraktion, 1932/33 thüringischer Ministerpräsident und Innenminister, 1933-1945 Reichsstatthalter in Thüringen, 1942-1945 Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, 1946 hingerichtet.

4 Die *Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz* berichtete: "Ministerpräsident *Sauckel* eröffnete die Riesenkundgebung mit einer erschütternden Schilderung des *Hungerelends* am Beispiel seines Landes, wobei er mit dankenswertem Freimut auf *die Schuldigen an der Katastrophe* hinwies."

5 Vgl. Dok. 71, Anm. 3.

um jeden Preis zu verhindern, daß die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland zur Macht komme.

Von vaterländischen Gesichtspunkten und Erwägungen außen- und innenpolitischer Natur redeten heute Männer, die in Wirklichkeit aus vaterländischen und aus innen- und außenpolitischen Erwägungen so schnell als möglich verschwinden müßten. *An der Leichtfertigkeit ihres Spieles erkenne man dabei, wie wenig ihnen überhaupt die Größe der Gefahr und der Katastrophe zum Bewußtsein komme.*

"Dieser Herr von Gayl hat nun monatelang die deutsche Innenpolitik bestimmt und sagt: Ich habe für Ruhe und Ordnung gesorgt. Nein! Sie haben für den Bolschewismus gesorgt! Die Auswirkungen seiner Notverordnung, die den Nationalsozialismus als staatsbildende und staatserhaltende Kraft mit dem Bolschewismus als staats- und volksnegierende Kraft auf die gleiche Stufe stellt, sind heller Wahnsinn[6].

Und in demselben Atemzug, da man das Gute und das Schlechte gleichmäßig mischt, wendet man sich an mich und sagt: Herr, wir können nur regieren, wenn Sie uns tolerieren. Sie müssen uns tolerieren! Da muß ich schon sagen: Herr von Gayl, lassen Sie sich doch von den Kommunisten tolerieren!

Ein anderes Beispiel: Man notverordnet Burgfrieden[7], um damit die politische Propaganda zu beseitigen und die Nation in den Schlummer zu versenken. Aber die Aufgabe einer wirklichen nationalen Regierung dürfte jetzt nicht sein zu schlafen, sondern zu kämpfen für das Volk und zu sorgen, daß eine Welle geistig-seelischer und nationaler Erhebung durch die Nation hindurchzieht. *Herr von Gayl sollte nicht die politische Propaganda verbieten, sondern er*

---

6 Kurz nach seiner Ernennung zum Reichsminister des Innern erklärte Wilhelm Freiherr von Gayl in der Reichsratssitzung vom 9.6.1932 unter anderem: "Gleichmäßige Gerechtigkeit gegenüber allen politischen Strömungen, die sich bei ihrer Betätigung im Rahmen der Verfassung und der Gesetze halten, ist unsere vornehmste Aufgabe. In diesem Sinne wird eine *Neuordnung* der Vorschriften über die *Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit* in den nächsten Tagen erfolgen, welche die Bestimmungen über Versammlungen und Aufzüge, die Presse und die militärähnlichen Organisationen unter Milderung des bestehenden Zustandes regelt. Das Kabinett geht dabei von der Absicht aus, den Wahlvorbereitungen der politischen Gruppen Freiheit zu lassen, damit in der auf den 31. Juli [*1932*] festgesetzten Wahl der Wille unseres Volkes unzweideutig zum Ausdruck kommen kann. Ich gebe dabei der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß alle Kreise unseres Volkes sich der staatsbürgerlichen Pflicht bewußt sein werden, ihr Tun im Rahmen des Gesetzes zu halten, und Gewalttätigkeiten und rohe Verunglimpfung ihrer andersdenkenden Mitbürger zu unterlassen. Ich will aber als Innenminister keinen Zweifel darüber lassen, daß ich, wenn die Erwartung sich nicht erfüllen sollte, die öffentliche Ruhe und Ordnung mit allen Machtmitteln des Staates zu schützen, den Willen und die Nerven habe." Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, S. 104.
Aufgrund der "Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror" vom 9.8.1932 sollen zwischen 17.8. und 1.12.1932 in 803 Verfahren vor Sondergerichten insgesamt 2.853 Personen verurteilt worden sein, nach nationalsozialistischen Angaben saßen Anfang Dezember 856 SA- und SS-Angehörige in Untersuchungshaft. Druck: RGBl. 1932, I, S. 403 f. Vgl. Gusy, Weimar - die wehrlose Republik?, S. 211 f., sowie Dok. 52, Anm. 20.

7 Durch die "Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens" vom 2.11.1932 und die ergänzende "Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens" vom 3.11.1932 wurden alle öffentlichen politischen Versammlungen für die Zeit vom 6. bis 19.11.1932 verboten. Den Veranstaltern drohte eine Gefängnis-, den Teilnehmern eine Geldstrafe. Mit einer weiteren "Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens" vom 18.11.1932 wurde die Geltungsdauer dieser Verordnung bis zum 2.1.1933 verlängert. Ausnahmen galten lediglich für Wahlveranstaltungen zu Wahlen, die bis zum 15.1.1933 stattfanden. Druck: RGBl. 1932, I, S. 517, 519, 529.

sollte die Not verbieten. Heute erreichten Sie nur das eine, daß die Not dem Bolschewismus Hunderttausende zuführt[8]*, während auf der anderen Seite von einer nationalen Regierung die politische Gegenpropaganda verboten wird. Und da sagt man: Herr Hitler, bei Ihrem völkischen Gewissen und Ihrer deutschen Seele, Sie müssen uns tolerieren!*

Und genauso ist es auf allen anderen Gebieten. Wenn hier überhaupt eine Rettung kommen soll, dann kann sie nur gelingen, wenn sie von vornherein ehrlich gemeint ist. Man soll sich doch nicht an mich wenden, wenn man nicht wirklich bereit ist, ganz ehrlich den Weg zu gehen, den ich für den richtigen halte. Der Herr Reichspräsident hat nun über 7 Jahre regiert[9]. Das Ergebnis seines Wirkens liegt vor uns. Ich weiß nicht, wie lange man dies noch fortzusetzen gedenkt. Noch sieben Jahre? Es ist möglich, daß die Ratgeber, die den Herrn Reichspräsidenten beraten, dann noch da sein werden, als letzte kleine Insel in der Wilhelmstraße zu Berlin[10]. *Aber das deutsche Volk ist dann verkommen, und ich sehe nicht ein, warum solcher Ratgeber wegen eine ganze Nation zugrunde gehen muß.*

Wir haben unsere Bewegung nicht geschaffen, damit andere mit ihr Politik machen. Und ebenso fehl ist es gedacht, wenn sie meinen, sie könnten mich vielleicht mit halben Befugnissen ausstatten. Was heißt das, wenn man mir in einer solchen Zeit zumutet, daß der Reichsaußenminister nun nicht mehr dem Reichskanzler, sondern dem Reichspräsidenten untersteht[11]. Es ist ein Rückschritt bis weit hinter Bismarcks Zeiten. *Die Rettung Deutschlands kann nicht auf einem Gebiete erfolgen, wenn man innen-, außen- und wirtschaftspolitisch nicht einen einheitlichen Willen bekommt.*

Ich werde mir niemals eine Rolle aufoktroyieren lassen, in der ich am Ende nichts anderes wäre als ein Agent zwischen der Obrigkeit und der Volksvertretung. Es gibt hier nur ein Entweder-Oder.

Ich habe mich den Herren in Berlin nicht aufgedrängt. Wenn sie mich aber rufen, dann bitte ich mir aus, daß man mir nur solche Bedingungen stellt, die eines Mannes absolut würdig sind, der eine solche Verantwortung übernehmen will und soll. Sie erklären auf der einen Seite, daß ich nur beschnittene Rechte haben solle, und auf der anderen Seite, daß ich die größte Aufgabe zu lösen hätte, die überhaupt seit 40 Jahren einem deutschen Staatsmann gestellt werde. Entweder - oder.

Ich habe ihnen ehrlich ein Angebot gemacht, das ich vertreten kann. Zu jeder Stunde sind wir bereit, die Verantwortung zu übernehmen. Die Not ist zu groß, als daß man als Deutscher das ausschlagen könnte.

---

8 Zum Ergebnis der KPD bei der Reichstagswahl vom 6.11.1932 vgl. Dok. 67, Anm. 9.

9 Paul von Hindenburg hatte am 12.5.1925 sein Amt als Reichspräsident angetreten.

10 Die vom preußischen König Friedrich Wilhelm I. angelegte Wilhelmstraße in Berlin entwickelte sich bereits im 18. Jahrhundert zu einer bevorzugten Wohngegend des Militär- und Beamtenadels sowie einiger preußischer Prinzen. Nach 1871, bzw. nach 1919 wurden viele Palais zum Sitz von obersten Reichsbehörden; so lagen damals das Bureau des Reichspräsidenten, die Reichskanzlei, das Auswärtige Amt, das Reichsministerium der Finanzen, das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft sowie das Reichsverkehrsministerium in der Wilhelmstraße, aber auch das Preußische Staatsministerium, das Preußische Justizministerium sowie die amerikanische und britische Botschaft. Vgl. Laurenz Demps, Berlin-Wilhelmstraße. Eine Topographie preußisch-deutscher Macht, Berlin ^{2}1996; Maximilian Müller-Jabusch (Hrsg.), Handbuch des Öffentlichen Lebens. Fünfte Ausgabe des Politischen Almanachs, Leipzig 1929, S. 2 ff., 67 ff., 102 ff.

11 Vgl. Dok. 68, Anm. 3.

Aber nur dann kann man die Verantwortung übernehmen, wenn man vor seinem eigenen Gewissen die Überzeugung vertreten kann, daß man die Aufgabe auch wirklich lösen kann auf Grund einer mit dieser Stellung verbundenen Autorität.

Das, was man uns heute glaubt anbieten zu können, kann niemand verantworten. Es wird ja nun ein neues Kabinett kommen mit einigen äußeren Veränderungen, aber desselben Geistes. Und in wenigen Monaten wird das Ende schlimmer sein, als der Anfang heute ist. Dann wird die Stunde kommen, in der man sich zum dritten Male an uns wenden muß. Das mögen die Herren schon heute zur Kenntnis nehmen: Wir sind da und nichts kann uns hinwegbringen. Denn die Partei ist keine parlamentarische Partei, sondern die Führung des deutschen Volkes zu einer neuen Gemeinschaft. Die Bewegung wird diese Kabinette überdauern, sie wird die Namen ihrer Männer überdauern und wird ja doch einmal das deutsche Volk sein als große und einige Schicksalsgemeinschaft. Niemand kann hoffen, diese Bewegung jemals beseitigen zu können. Die Bewegung ist einig wie nie zuvor, und sie wird einig bleiben. 13 Jahre Kampf, 13 Jahre Verfolgung, 13 Jahre Unterdrückung, 13 Jahre Opfer und 13 Jahre Siege, die wir erfochten haben, vergißt man nicht. Wir haben uns unsere Stellung selbst bereits gebaut. Wir sind in unserm deutschen Volk die Führer geworden der jungen, nationalen Erhebung[12], die allein berufen sein kann, die großen Fragen der Nation zu lösen, weil ihr immer wieder aus der Tiefe des Volkes der geistige Antrieb und der Willensimpuls kommt. *Es mag anderen genügen, wenn sie ein paar Kabinette zusammenkleistern und wieder ein paar Herren von Sowieso*[13] *da hineinschieben. Das bedeutet für uns nichts. Unser Ziel wird immer dasselbe sein, auch der Antrieb, der uns diesem Ziel entgegenführt. Das ist die Seele des deutschen Volkes, die wir kennen, deren Leiden wir fühlen und deren Hoffen wir haben.*

So kann ich Sie auch in diesem Kampf, der in Thüringen für die Kommunen ausgefochten wird[14], nur bitten: Richten Sie den Blick auf das ganze deutsche Volk. *Wenn Deutschland überhaupt gerettet werden kann, dann wird auch der Kleinste nicht zugrunde gehen."*

12 Vgl. Dok. 3, Anm. 4.

13 Vgl. Dok. 10, Anm. 13.

14 Am 4.12.1932 fanden in Thüringen turnusgemäß Gemeinde- und Kreistagswahlen statt. Zu den Ergebnissen vgl. Dok. 84, Anm. 5-7.

27. November 1932 Dok. 73
Interview mit dem Daily Express[1]

Daily Express vom 28.11.1932, "Adolf Hitler Talks to the 'Daily Express'"[2].

"Not more than four months from now and the Presidential Cabinet will have fallen and our day will have arrived."

This was the challenging statement made to me tonight, in an exclusive interview, by Adolf Hitler, whom all the world believes to be in the depths of despair after the defeat of his latest bid for power[3], but who is in reality radiant with confidence that the hour of his supreme triumph is at hand.

[...][4]

"You cannot rule a country against the will of 90 per cent of its people[5]," he said. "It would be impossible in Britain, it is just as impossible here."

Giant Strikes Ahead

[...][6]

"Oh, bayonets may be all very well in Russia," said Herr Hitler, "but they are no good here. There are all sorts of ways that the fall of the Government may come about.

"Unemployment will increase this winter[7]," he went on. "There will be grave social unrest, giant strikes[8] and the like. Most important of all, the Government is faced with a catastrophic breakdown of its financial and economic plans; it cannot survive this, and it is coming soon, sure as fate."

[...][9]

---

1 Im Hotel *Elephant*, Weimar, Markt 19, abends. Das Interview führte der Korrespondent des *Daily Express* in Berlin, Sefton Delmer. In seinen Erinnerungen gibt Delmer die Umstände des Gesprächs wieder: "Es war im November 1932. Hitlers Ansehen war im Schwinden begriffen. Er hatte mit den Führern der Deutschnationalen gebrochen, die nun Papen und Schleicher unterstützten. Hugenberg hatte ihm die Unterstützung durch seinen publizistischen Apparat entzogen. Bei den letzten Wahlen hatten die Nationalsozialisten vier Prozent ihrer Stimmen verloren - die Stimmen der Deutschnationalen. Die Parteikasse leerte sich. Bis dahin hatte ich Hitler nur erlebt, wenn er von der Strömung immer höher getragen wurde. Darum fuhr ich nach Weimar, um zu sehen, wie er sich ausnahm, wenn die Umstände einmal gegen ihn arbeiteten. Und nun saß ich hier mit ihm an einem Tisch im Hinterzimmer des Hotels zum Elephanten und hörte zu, wie er ruhig und ganz ohne seine üblichen theatralischen Ausbrüche die Gründe für seine unerschütterliche Zuversicht darlegte. Und er wirkte auch tatsächlich zuversichtlich." Vgl. Sefton Delmer, Die Deutschen und ich, Hamburg 1962, S. 174.
Nach dem Interview begab sich Hitler nach München. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 286.

2 Vgl. auch Berliner Börsen Curier vom 28.11.1932, "Hitler, der Pessimist".

3 Vgl. Dok. 66-70.

4 "I found him in his hotel at Weimar, where he is now helping his men in their latest election fight - the communal elections for the federal state of Thuringia."

5 Bezieht sich auf das Abschneiden der DNVP bei der Reichstagswahl am 6.11.1932, die als einzige Partei ausdrücklich die Regierung Papen unterstützte. Vgl. Dok. 61, Anm. 2.

6 "'But how do you think the breakdown will be brought about, Herr Hitler?' I asked. 'Surely the bayonets of the Army are as strong a guarantee of stability as any enjoyed by any Government.'"

7 Vgl. Dok. 71, Anm. 3.

8 Vgl. Dok. 58, Anm. 6.

9 "'What will you do if the new Reichstag is dissolved?'"

Herr Hitler shrugged his shoulders and laughed at my question. "Fight a new election."
[...][10]
"Never once," was the startling reply. "I knew from the outset that the whole thing was a great farce rigged up to deceive the German people into believing that it was having fair play[11].
Well, their plan has failed. I was not deceived, nor was the German people."[12]

30. November 1932 Dok. 74
Schreiben an Otto Meißner

Masch. Manuskript mit hs. Unterschrift; BA Potsdam, Film 19721, Nr. 47.

Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

Soeben übermittelt mir Herr Reichstagspräsident Göring Ihre Einladung[1], morgen beim Herrn Reichspräsidenten abermals[2] in einer Aussprache zur politischen Lage und zu den zu treffenden

10 "'Do you believe you had any chance of forming a Cabinet during the recent negotiations?'"
11 Vgl. Dok. 71.
12 An das Interview schloß sich laut Delmer folgendes Gespräch an: "Plötzlich richtete er seine außergewöhnlichen Augen auf mich und stellte mir eine Frage, die nichts mit dem bisherigen Gesprächsthema zu tun hatte: 'Schauen Sie her', sagte er mir, 'mir ist berichtet worden, daß die englische Regierung es gern sähe, wenn hier in Deutschland die Monarchie wiedereingeführt würde, und daß sie es begrüßen würde, wenn ich eine solche Restauration unterstützte. Was wissen Sie darüber? Ist das tatsächlich die Ansicht Ihrer Regierung?' 'Ich habe bis heute noch nie davon gehört, daß die englische Regierung eine solche Ansicht verträte, Herr Hitler', erwiderte ich und fügte dann diplomatisch hinzu: 'Die englische Regierung dürfte an einer solchen Maßnahme nur dann interessiert sein, wenn sie zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Deutschland beitragen würde.' 'Ganz richtig, ganz richtig!', erklärte Hitler jetzt mit dröhnender Stimme. 'Deutschland würde in Flammen aufgehen, wenn jemand versuchen wollte, die Hohenzollern zurückzuholen. Und ich habe bestimmt nicht die Absicht, als Rennpferd für einen kaiserlichen Jockey zu dienen, der ausgerechnet in dem Augenblick, in dem ich die Ziellinie passiere, auf meinen Rücken springen will.'" Vgl. Delmer, Die Deutschen, S. 174.

1 Im Gegensatz zu Hitler war der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Gregor Straßer, von der Finanzkrise der Partei und den sich häufenden Austritten alarmiert, durchaus für eine Regierungsbeteiligung der NSDAP, ohne auf der Kanzlerschaft Hitlers zu bestehen. Er befürchtete, daß die Partei an Hitlers Maximalforderungen (vgl. auch Dok. 69, Anm. 25) zerbrechen werde. Straßer handelte nach dem 23.11.1932 mit Schleicher einen Kompromiß aus, der eine Regierungsbeteiligung der NSDAP ohne Gesichtsverlust für Hitler ermöglichen sollte: Straßer würde als Vizekanzler in ein Kabinett Schleicher eintreten, während sich Hitler aus der aktiven Politik zurückziehen sollte. Hitler schien sich zunächst auf diese Planungen einzulassen und sollte zu deren endgültiger Festlegung von einem Abgesandten Schleichers in München abgeholt und nach Berlin begleitet werden. Im Gegensatz zu seiner ursprünglichen Planung wählte Hitler aber einen anderen Zug, stieg in Jena, wo ihn wahrscheinlich Hermann Göring erwartete, um und fuhr nach Weimar, wo er in der Nacht vom 29. zum 30.11.1932 eintraf. Im Hotel *Elephant* fand am 30.11.1932 eine Besprechung der Parteispitze statt, zu der auch Straßer anreiste. Hitler hatte seine kurzfristige Führungsschwäche offenbar überwunden und setzte seinen Kurs durch. Zum endgültigen Bruch mit Straßer kam es erst am 9.12.1932. Vgl. Udo Kissenkoetter, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978, S. 164 ff.; Otto Dietrich, Mit Hitler in die Macht. Persönliche Erlebnisse mit meinem Führer, München [5]1934, S. 160 f. sowie Dok. 86-88.
2 Vgl. Dok. 67, Anm. 1.

Maßnahmen Stellung zu nehmen. Da ich mündlich und schriftlich meine diesbetreffenden Auffassungen gegenüber dem Herrn Reichspräsidenten und der Öffentlichkeit bereits eingehendst dargelegt habe[3] und mich darüberhinaus eine Woche lang in Berlin zu jeder Erläuterung zur Verfügung hielt[4], weiß ich nach gewissenhaftester Prüfung zu meinen damaligen Ausführungen nichts Ergänzendes noch vorzutragen, um so mehr als sich eine wesentliche Änderung der politischen Situation nicht ergeben hat.

Im übrigen habe ich ja den positiven Vorschlag, der meiner innersten Überzeugung entsprechend, allein zu einer dauernden Behebung der Krise führen kann, dem Herrn Reichspräsidenten bereits ehrfurchtsvoll unterbreitet[5]. Wie Sie, Herr Staatssekretär mir mitteilen lassen, soll dieser Vorschlag nicht Grundlage der Besprechung sein. Ich glaube es daher auch vor der öffentlichen Meinung nicht mehr verantworten zu können, bei ihr durch neuerliche Besprechungen Hoffnungen zu erwecken, deren Nichterfüllung nur eine schwere Enttäuschung sein müßte. Da ich mich zu alledem mitten im thüringischen Wahlkampf[6] befinde, erscheint mir auch aus diesem Grunde ein somit nur informatorischen Zwecken dienender Besuch schwer möglich, und ich bitte daher den hochverehrten Herrn Reichspräsidenten ehrerbietigst, in diesem Augenblick von einer Einladung meiner Person gütigst absehen zu wollen.

Ich darf Sie, verehrter Herr Staatssekretär, weiter bitten, dem Herrn Reichspräsidenten erneut meine tiefste Ergebenheit zu versichern.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung
Ihr

Adolf Hitler

---

3 Vgl. Dok. 67, Dok, 70, Anm. 10, Dok. 71.
4 Vgl. Dok. 72.
5 Vgl. Dok. 69.
6 Vgl. Dok. 72, Anm. 14.

1. Dezember 1932 Dok. 75
"Betrifft: Namensverleihungen" [1]
Anordnung

Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung vom 1.12.1932.

SA:

Gruppe Ostmark:

Dem Sturm 10/52, *Cottbus*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 17. Februar 1932 von Kommunisten und Reichsbannerleuten erschlagenen SA-Mann Walter Gornatowski [2] künftig die Bezeichnung

"Sturm 10 Walter Gornatowski"

zu führen.

Gruppe Pommern:

Der Standarte 61, *Schlawe*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 12. Juli 1932 von Kommunisten erschlagenen Standartenführer Kurt Kreth [3] künftig die Bezeichnung

"Standarte 61 Kurt Kreth"

zu führen.

---

1 Zum Totenkult der NSDAP vgl. auch Sabine Behrenbeck, Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole, Vierow bei Greifswald 1996, sowie den Bericht des italienischen Konsuls in München, Giovanni Capasso Torre di Capraia, über seine Unterredung mit Hitler am 18.6.1931; Hitler habe die Verluste der SA bedauert, sie aber als politisch notwendig bezeichnet und unter diesem Gesichtspunkt mit Begeisterung ("con entusiasmo") davon gesprochen. Vgl. Renzo de Felice, Hitler e Mussolini. I rapporti segreti (1922-1933), Firenze [2]1983, S. 232.
Ferner den Bericht von Albert Krebs über Hitlers Rede vor nationalsozialistischen Pressevertretern am 21.3. 1932: "Genug SA-Männer seien, so führte er [*Hitler*] dem Sinne nach ungefähr aus, in den letzten Monaten erschlagen worden. Was habe man aus ihrem Tod gemacht? Man habe sie mit Trommeln und Pfeifen begraben, und die Parteiblättchen hätten einen geschwollenen oder wehleidigen Sermon dazu geschrieben. Warum habe man die Toten mit zertrümmerter Hirnschale, mit von Messern zerfetzten Hemden nicht hinter den Schaufenstern der Parteizeitungen dem Volke gezeigt? Warum hätten diese Zeitungen selbst nicht das Volk an den Bahren der Toten zum Aufruhr, zur Erhebung gegen die Mörder und ihre Hintermänner zusammengetrommelt, anstatt lächerliche politische Halbweisheiten von sich zu geben? Die Matrosen vom Panzerkreuzer Potemkin hätten aus einem schlechten Fraß eine Revolution gemacht, wir aber könnten aus dem Tod der Kameraden keinen nationalen Befreiungskampf führen." Vgl. Albert Krebs, Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei, Stuttgart 1959, S. 154 sowie Bd. IV/3, Dok. 58.

2 Walter Gornatowski, Ölmüller in Cottbus, 1928 Eintritt in die SA, am 17.2.1932 im Anschluß an eine Wahlversammlung erschlagen.
Vgl. auch die Meldung in der Vossischen Zeitung vom 19.2.1932.

3 Kurth Kreth (1899-1932), Gutsbesitzer in Neuhof (Pommern), SA-Standartenführer, am 1.7.1932 bei einer Motorradfahrt von politischen Gegnern überfallen, zwölf Tage später am Schädelbruch verstorben.

Gruppe Berlin-Brandenburg:

Dem Sturm 102/39, *Uenze*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 18. Juli 1931 von Kommunisten erschlagenen SA-Mann Hans Kersten[4] künftig die Bezeichnung

"Sturm 102 Hans Kersten"

zu führen.

Gruppe Niedersachsen:

Dem Sturm 13/92, *Braunschweig*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 1. August 1932 von Marxisten erschossenen Sturmführer Axel Schaffelt [*sic!*] [5] künftig die Bezeichnung

"Sturm 13 Axel Schaffelt"

zu führen.

Gruppe Westfalen:

Dem Sturm 13/98, *Lünen*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 3. Juni 1932 von Kommunisten erschossenen Truppführer Emil Fröse[6] künftig die Bezeichnung

"Sturm 13 Emil Fröse"

zu führen.

Dem Sturm 3/98, *Dortmund*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 23. Juni 1932 von Kommunisten erschossenen SA-Mann Heinz Habenicht[7] künftig die Bezeichnung

"Sturm 3 Heinz Habenicht"

zu führen.

Adolf Hitler

4 Hans Kersten (1912-1931), Landarbeiter in Uenze (Brandenburg, Kreis Westprignitz), am 18.7.1931 von politischen Gegnern erschlagen.
Vgl. auch Frankfurter Zeitung vom 20.7.1931 (1. MA), "Todesopfer politischer Zusammenstöße".

5 Axel Schaffeld (1904-1932), Student an der Technischen Hochschule in Braunschweig, 1932 SA-Sturmführer, Kreisleiter des NSDStB, am 1.8.1932 von Kommunisten erschossen.

6 Emil Fröse (1905-1932), Bergmann in Lünen-Derne (Westfalen), 1931 Eintritt in SA und NSDAP, 1932 SA-Truppführer, am 3.6.1932 in einem SA-Sturmlokal von einem Kommunisten erschossen.

7 Heinrich Habenicht (1905-1932), Handlungsgehilfe in Dortmund, 1932 Eintritt in NSDAP und SA, am 23.6.1932 bei einer Schießerei mit Kommunisten tödlich getroffen.
Vgl. auch Vossische Zeitung vom 24.6.1932, "Politische Zusammenstöße".

1. Dezember 1932 Dok. 76
Rede auf NSDAP-Versammlung in Greiz[1]

Greizer Zeitung und Tageblatt vom 2.12.1932, "Adolf Hitler spricht in Greiz"[2].

Meine deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Seit 14 Jahren betonen wir Nationalsozialisten ununterbrochen eine *Grundwahrheit* für das ganze Völkerleben: Man kann das Schicksal der einzelnen Menschen so wenig als das Schicksal ihrer einzelnen Organisationen trennen vom Schicksal der *Gemeinschaft.* Wenn wir den Staat heute als eine gewisse begrenzte Gemeinschaft, die Volksgemeinschaft als ihren inneren Ausdruck ansehen, dann ist das *Schicksal der einzelnen Menschen* und aller Unterorganisationen, *der Kommunen und der Länder untrennbar verbunden mit dem Schicksal des Reiches.* Es ist daher ein Zusammenhang, der nicht gelöst werden kann, zwischen Reichsschicksal, Reichsglück und Reichselend [*sic!*] und Volksschicksal und Glück und Elend der einzelnen Menschen, auch der einzelnen Kommunen. Wenn wir Nationalsozialisten daher in die *Gemeindewahlen*[3] eintreten, so tun wir es nur, ausgehend von der größeren Erkenntnis, daß insgesamt *das deutsche Schicksal nicht gewendet wird in den Kommunen, sondern im Reich*, und daß jedes Versprechen im einzelnen, im Kleinen das Wunder einer Wandlung herbeizuführen, Lug und Trug sein muß, daß es nur ein einziges Versprechen geben kann, dessen Verwirklichung am Ende Aussicht auf Besserung mit sich bringt: sich einzusetzen *für die Gesamtheit* und zu kämpfen und die Wege zu wählen, die nach menschlicher Voraussicht unser Volk wieder emporführen müssen.

Ich glaube, diese Grundwahrheit ist in den letzten Monaten vielleicht am schärfsten erwiesen und bewiesen worden. Erinnern Sie sich noch der Zeit im Hochsommer, da plötzlich das *Kabinett Papen* mit großen Plänen vor die Nation trat, und wie ich mich damals dagegen wandte und das Wirtschaftsprogramm wie das Innen- und Außenprogramm bekämpfte und als nicht fähig bezeichnete, die deutsche Not zu lösen[4], ausgehend dabei von einer einzigen Grunderkenntnis: Man kann *nicht von oben* herunter ein Wirtschaftsprogramm aufstellen, man darf

---

1 Im Haus der Turnerschaft, nach 19.30 Uhr. Hitler sprach etwa 45 Minuten. An der völlig überfüllten Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 6.000 (*Der Nationalsozialist*: 15.000) Menschen teil. Vor Hitler sprachen der Leiter der Ortsgruppe der NSDAP Karge sowie Stadtrat Georg Burghardt.
Zum Ablauf vgl. auch den Bericht des Polizeiamts Greiz: "Als Hitler kurz nach 7 Uhr mit mehreren Kraftwagen in Greiz eintraf, riefen ihm die Plakatwachen der KPD und SPD, die auf der großen Brücke standen, 'Rot Front' und 'Freiheit' zu. Daraufhin soll ein Insasse eines Begleitautos mehrmals mit einer Hundepeitsche nach den Rufern geschlagen haben. Die Erörterungen [*sic!*] über diesen Vorfall sind im Gange."

2 Vgl. auch Der Nationalsozialist vom 2.12.1932, "Interne Besprechungen Adolf Hitlers in Weimar"; vom 3.12.1932, "Hitler im Thür[*ingischen*] Wahlkampf"; Thüringer Volksblatt vom 3.12.1932, "Arbeiterdemonstration gegen Hitler. In Greiz, Jena, Gotha mit stürmischen Rot-Front- und Niederrufen empfangen"; VB vom 3.12.1932, "Adolf Hitler im Thüringer Gemeindewahlkampf". Ferner Bericht des Polizeiamts Greiz Nr. 2004 an das thüringische Ministerium des Innern vom 5.12.1932; Thüringisches HStA Weimar, MdI P 165.

3 Vgl. Dok. 72, Anm. 14.

4 Anspielung auf Papens große Programmrede auf der Generalversammlung des Westfälischen Bauernvereins in Münster am 28.8.1932, mit der sich Hitler vor allem in seiner Rede am 4.9.1932, aber auch in den folgenden Reden auseinandersetzte. Druck: Bd. V/1, Dok. 180. Zur Reaktion Hitlers auf die Regierungsbildung des Kabinetts von Papen vgl. Bd. V/1, Dok. 78 ff. Zur Auseinandersetzung Hitlers mit Papen vgl. ferner Dok. 15 sowie 65 dieses Bandes.

auch nicht plötzlich sich einbilden, eine andere Außenpolitik treiben zu können, wenn nicht ein *Wandel in der Gesinnung und im Willen des eigenen Volkes* herbeigeführt worden ist. Jene wollen dauernd das Pferd von rückwärts aufzäumen, die glauben, die Wirtschaft könne Deutschland retten.

Natürlich kann jeder politische Vorfall einer Nation im ersten Augenblick unter Phrasen und Theorien verschleiert werden. Das Ende aber ist die wirtschaftliche Katastrophe[5]. Die beginnen die Menschen dann zu fühlen. Jetzt kann man nicht mehr das marxistische Einmaleins herunterleiern. Davon werden die Menschen nicht satt. Man kann nicht ein Manifest vorschieben. Davon werden die Menschen nicht genährt. Jetzt kann man nicht sagen: Wir leben im Zustand der Freiheit, Schönheit und Würde[6]; das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt, und wir haben eine Revolution groß und erhaben[7]. *Die Phrasen verfangen nicht mehr.* Denn die Not trifft jeden einzelnen.

Unser politisches Leben ist nur eingestellt auf die *Behebung der einzelnen Nöte.* Das Ergebnis haben wir vor uns. Dreizehn Jahre haben sie gearbeitet und nicht verhindern gekonnt [*sic!*], daß die ganze Nation immer mehr und mehr in die Katastrophe hineinkam. Ich habe mich im Hochsommer als Prophet gegen die Regierung Papen gewandt und bin deshalb von vielen angegriffen worden. Vielleicht sind auch Nationalsozialisten an der Paripherie [*sic!*] der Partei von solchen Reden ergriffen worden wie: Papen hat doch ein Programm aufgestellt, er will die Wirtschaft beleben; da soll man ihm die Möglichkeit geben, das durchzuführen. Ich habe gewarnt und recht behalten. In knappen drei Monaten ist dieser ganze Versuch jammervoll, wie ich es vorhergesagt [*habe*], zusammengebrochen.

Man hat nichts gelernt und will weiter so fortfahren. Das kann ich nicht verhindern, wohl aber das, daß meine Bewegung mit kompromittiert wird. Ich muß das tun. Mancher sagt auch jetzt: Vielleicht solltet ihr doch mitmachen. Was würden die, die jetzt wieder diese Mahnung

5 Zur Weltwirtschaftskrise, ihren Voraussetzungen und Folgen, vgl. Harold James, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924-1936, Stuttgart 1988.

6 Mit der Parole "Freiheit, Schönheit und Würde" war ein Aufruf des Rats der Volksbeauftragten vom 13.11.1918 überschrieben. Die NSDAP nahm diese Parole auf, um damit gegen die bestehenden politischen und sozialen Verhältnisse zu polemisieren, so etwa im Reichstagswahlkampf 1928, als sie einen erweiterten Nachdruck dieses Aufrufs verbreitete. Druck: Paul, Aufstand der Bilder, Dok. 42.
Zu den zeitgenössischen Ansprachen und Resolutionen von Vertretern von SPD, USPD und Spartakusbund sowie des Zentrums, die eher von Zurückhaltung als von Euphorie geprägt waren, vgl. z. B. Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hrsg. und bearb. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel, Bd. III, Berlin o. J., S. 155 ff., 196 ff.; Klaus Ahnert, Die Entwicklung der deutschen Revolution und das Kriegsende in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. November 1918 in Leitartikeln, Extrablättern, Telegrammen, Aufrufen und Verordnungen nach den führenden deutschen Zeitungen, Nürnberg 1918.

7 Möglicherweise eine Anspielung auf den Aufruf *An das werktätige Volk!*, den der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat am 11.11.1918 publiziert hatte: "Das alte Deutschland ist nicht mehr. Das deutsche Volk hat erkannt, daß es jahrelang in Lug und Trug gehüllt war. Der vielgerühmte, der ganzen Welt zur Nachahmung empfohlene Militarismus ist zusammengebrochen. Die Revolution hat von Kiel ihren Siegesmarsch angetreten und hat sich siegreich durchgesetzt. Die Dynastien haben ihre Existenz verwirkt. Die Träger der Krone sind ihrer Macht entkleidet. Deutschland ist Republik geworden, eine sozialistische Republik." Vgl. Vossische Zeitung vom 11.11.1918, "An das werktätige Volk!"

vertreten wollen, sagen, wenn ich vor drei Monaten mitgemacht hätte[8] und jetzt vor Gott und der Welt *verantwortlich* gemacht würde *für diesen Zusammenbruch?* Dann würde es heißen: "Das hätte er nicht tun dürfen, er hätte sich zurückhalten müssen; er mußte wissen, daß das nicht gut geht. Es war ein Verbrechen, eine so hoffnungsfrohe Bewegung dafür einzusetzen." So würde man in drei Monaten reden, wenn ich mich jetzt zu einer anderen Haltung entschließen würde. Es ist immer noch so, daß in Deutschland erst alles fehlschlagen, alles erprobt werden und die Not bis zum Allerschlimmsten steigen muß, bis man endlich gewillt ist, Vernunft anzunehmen und den Weg zu gehen, der allein gegangen werden kann: den *Weg der grundsätzlichen Volksgemeinschaft*[9] *von unten auf.*

Das ist ein schwerer Weg. Wenn andere Jahrzehnte lang zerstört haben, darf man nicht annehmen, daß das im Handumdrehen wiedergutzumachen ist. Das geht nicht durch Wunderrezepte, nicht durch Notverordnungen[10]. *Von unten auf,* im kleinen anfangend, muß man die deutsche Volksgemeinschaft aufrichten. Aber dann wird sie dem deutschen Volke wieder innere Festigkeit zurückbringen und die Periode unseres Verfalls überwinden. Aus der Gemeinschaft heraus wird das Volk außenpolitisch erstarken und innenpolitisch diese mystische Kraft des Glaubens und der Zuversicht gewinnen, ohne die keine Regierung arbeiten kann.

Die Ungeheuerlichkeit der Situation spüren Sie in Ihrem eigenen Lande. Würde man den Blick allein darauf wenden, so müßte man verzweifeln. Das Reich hat sich saniert, und zwar mit den erbärmlichsten Mitteln. Man hat die Not von den Reichsfinanzen abgewälzt auf die Kommunalfinanzen. Das Land Thüringen müßte 44 Millionen für Wohlfahrt aufbringen[11]. Dabei hat es nur 26 Millionen Einnahmen in seinen Kommunen[12]! Man hat bisher nicht den Mut gehabt, die Wahrheit zu sagen, wie sie ist. Man will immer wieder um das äußerste herumkommen. Man glaubt immer noch, daß man mit billigen und *kleinen Mitteln* und Verordnungen von heute auf morgen die gefahrdrohende Situation meistern kann. Jetzt sagt man: Wir müssen den Winter überdauern[13]. Dann wird man sagen: Wenn wir nur über den Sommer hinwegkommen.

---

8 Gemeint sind die Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932. Vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169.

9 Der Begriff läßt sich erstmals bei Friedrich Schleiermacher (1768-1834) nachweisen; zu seiner Etymologie im nationalsozialistischen Wortschatz vgl. Cornelia Berning, Vom "Abstammungsnachweis" zum "Zuchtwart". Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin 1964, S. 197.

10 Vgl. Dok. 15, Anm. 8.

11 Die Gesamtkosten der öffentlichen Fürsorge und der öffentlichen Jugendhilfe im Land Thüringen betrugen im Rechnungsjahr 1931/32 35.589.000 RM, die Einnahmen der Bezirksfürsorgeverbände in Thüringen 12.696.000 RM. Vgl. Wirtschaft und Statistik 13, Heft 9. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, S. 261.
Der *Zuschuß*bedarf des Landes Thüringen für das Wohlfahrtswesen betrug im Rechnungsjahr 1931/32 4.485.000 RM, der Gemeinde und Gemeindeverbände 27.988.000 RM, zusammen 32.473.000 RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1934. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1934, S. 444 f.

12 Im Rechnungsjahr 1931/32 hatten die thüringischen Gemeinden und Gemeindeverbände Gesamtsteuereinnahmen in Höhe von 53.359.000 RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1934, S. 448 f.

13 Vermutlich keine Anspielung auf eine konkrete Äußerung, sondern auf den damaligen Tenor in der deutschen Presse; vgl. etwa Vossische Zeitung vom 26.11.1932, "Notregierung für den Winter": "Der neuen Regierung wird die Aufgabe gestellt werden, über die kritischen Wintermonate politisch und wirtschaftlich hinwegzukommen." Ferner Frankfurter Zeitung vom 28.11.1932 (MA), "Ruhiger Sonntag": "Ob sich dies [*eine Ablehnung der Kanzlerschaft Schleichers*] ändern würde, wenn es dadurch gelänge, mit den Parteien einen Modus zu vereinbaren [...], der es erlaubt, über die kritischen Wintermonate hinwegzukommen und einen offenen Zusammenstoß zwischen Regierung und Reichstag zu vermeiden [...], müssen wir fürs erste dahingestellt sein lassen."

Nach ihm wird man sagen: Der Herbst ist das Gefährliche. Und dann wird man wieder mit Grauen in den Winter blicken, und so fristet man sich durch von Vierteljahr zu Vierteljahr, wobei die Intervalle immer kürzer werden, bis man zur rechten Erkenntnis kommt.

Man muß von unten auf wieder beginnen, dem deutschen Volke eine Willenseinheit sichern, man muß, was sich dagegen stemmt, unbarmherzig niederbrechen und dieses Volk entschlossen der Welt gegenüber stellen. Man muß den Mut zu *Maßnahmen* haben, die *nicht populär, sondern hart* sind. Aber man kann nur Opfer fordern, wenn sie der Gesamtheit, wenn sie dem Volke und nicht einer einzigen Klasse zugute kommen. Deutschland kann für die Zukunft nur leben, wenn die Überzeugung in jedem einzelnen Deutschen selbstverständlich ist, daß die *Opfer*, die gebracht, und die Leiden und Entbehrungen, die ertragen werden müssen, wirklich *einem neuen großen Ideal zugute* kommen. Wer jetzt sagt, man müsse die Monarchie einsetzen [14], das Bürgertum müsse wieder die Zügel ergreifen, ist vollständig verblendet. Man vergißt, daß heute nur *ein* großes Ideal die Nation noch retten kann, daß anstelle von Klassen- und Verbandspolitik langsam eine große und erhabene Volksgemeinschaft entsteht.

Dafür bin ich eingetreten 13 Jahre lang, und daß mein Programm innere Kraft besitzt, das habe ich durch die Praxis bewiesen mit dem Aufbau der größten Organisation [15]. Ich habe es fertiggebracht, diese *eigene Organisation dem deutschen Gedanken, der deutschen Zukunft zur Verfügung* zu stellen. Aber ich kann sie nicht verleihen oder vergeben. Man kann mich einsperren, meine Partei unterdrücken, aber man kann mich nicht zu einer anderen Überzeugung bringen, als die mir die Einsicht selber gibt. Ihr habe ich 13 Jahre gehorcht in guten und in schlimmen Tagen. Soll ich ihr im vierzehnten untreu werden, weil man mir eine Stellung anbietet, ein paar Ministersessel verheißt [16]? Das kann ich nicht und das werde ich nicht tun. Ich kann nur dem neuen Kabinett, das gebildet wird, sagen: Was ihr mit mir tut, ist vollständig gleichgültig. Ich tue das, was ich für richtig halte. Ich trete als Warner auf und sage den Verfall voraus. Habe ich Unrecht, dann kann man mich meinetwegen später steinigen. Habe ich Recht, dann

---

14 Es war ein langfristiges Ziel des Reichskanzlers von Papen, den Reichstag als institutionellen Machtfaktor auszuschalten, um dann über den Weg einer reinen Präsidialdiktatur die Monarchie in Deutschland wiederzuerrichten. Diese streng geheimen Pläne wurden von Hindenburg, nicht aber von Schleicher unterstützt. Um die Ziele seines politischen Ziehsohns zu torpedieren, ließ der Reichswehrminister deshalb einige Journalisten und sozialdemokratische Politiker über Papens Absichten informieren; bereits am 11.10.1932 berichtete der *Vorwärts* über Papens "hochverräterische Pläne zur Wiederherstellung der Monarchie". Zwar wurde am 11.11.1932 in Berlin eine 'Arbeitsgemeinschaft der monarchistischen Bewegung' gegründet, doch war mit dem Rücktritt Papens am 2.12.1932 der Plan einer monarchischen Restauration erst einmal vom Tisch.
Diese Angaben basieren auf einem bislang unveröffentlichten Vortrag von Herrn PD Dr. Wolfram Pyta (Universität zu Köln) zum Thema "Monarchische Restauration versus konstitutionelle Demokratie. Die verfassungspolitischen Konzeptionen der Präsidialkabinette Papen und Schleicher", den Herr Pyta am 25.9.1997 bei einem Wissenschaftlichen Kolloquium in Stuttgart gehalten hat. Für die Überlassung des Manuskripts sei Herrn Pyta an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt. Vgl. ferner Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Zur Beurteilung des "Monarchismus" in der Weimarer Republik. In: Tradition und Reform in der deutschen Politik. Gedenkschrift für Waldemar Besson. Hrsg. von Gotthard Jasper, Frankfurt a. M. 1976, S. 138-186; Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 1012.

15 Vgl. Dok. 10, Anm. 8.

16 Vgl. Anm. 8. Zu den Verhandlungen im Anschluß an die Reichstagswahl vom 6.11.1932 vgl. Dok. 65-70, 74 sowie Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett von Papen, Bd. 1, Dok. 200, 208, 211-219, 222-229, 232-234, 236, 238-240.

hoffe ich, daß doch einmal die Stunde kommt, wo das deutsche Volk das einsehen wird und nicht jedem nachläuft, der plötzlich aus dem Nichts herkommt und sich als Kanzler präsentiert[17].

Ich glaube nicht, daß von solcher Stelle die Rettung kommen kann. Es hätte manches in den letzten Monaten einen anderen Weg nehmen können, wenn man gewollt hätte. Heute muß ich sagen, *ich glaube nicht, daß man will.* Man hat nur den einzigen Gedanken in jenem Kreise: Wie können wir die Nationalsozialistische Partei kompromittieren, wie können wir ihren Führer in eine Falle locken[18]? Sie müssen verstehen, daß ich langsam vorsichtig geworden bin, daß ich heute selbstverständlich *nicht mehr mündlich verhandele,* sondern schon der deutschen Zukunft und der Partei wegen alles nur noch schriftlich tue[19]. Jeder kann sterben. Ich möchte, daß dann nachher nicht plötzlich umgedreht wird, was vorher war; ich möchte für alle Fälle das Wollen der Bewegung für immer niedergelegt wissen und auch das Wollen der anderen. Dann kann man später prüfen, wer Recht gehabt. Für mich gibt es nur einen einzigen Weg, den ich seit 13 Jahren ging. Die Partei ist bereit, die Verantwortung im [*Deutschen*] Reich zu übernehmen nach bestem Wissen und Gewissen. Aber sie muß auch *wirkliche Verantwortung* übernehmen können, weil sie die *Führung* besitzt. Die Verantwortung für die Taten anderer übernehme ich nicht! Ich lasse mich auch nicht durch andere decken, sondern stelle mich persönlich hin für mein Handeln.

Die Einladung, die ich bekommen habe und bekommen werde, ein paar Ministerstühle anzunehmen, muß ich dankend ablehnen. Sie wollen sie nur geben, damit sie mir den Mund zumachen. Das alles bewegt mich nicht. Das Einzige, was mich bewegt, ist die *Sorge um die Zukunft unseres Volkes.* Die sehe ich so, daß, wenn dann die große Wende eintritt, langsam die Länder, die Kommunen zugrundegehen und Millionen deutscher Menschen verelenden müssen. Das mag manchen in Berlin wenig bewegen. Mich bewegt das schon, weil ich nicht Führer einer exklusiven Vereinsorganisation bin, sondern einer großen Masse, die das Elend miterlebt in ihren Reihen[20]. Wer heute einen kleinen Klub als Ausgangspunkt besitzt[21], hat vielleicht gar nicht so den Antrieb, den wir empfinden, die wir eine Millionenorganisation hinter uns haben[22], in

---

17 Gemeint ist Franz von Papen, vgl. Dok. 4, Anm. 5 und 6.

18 Vgl. hierzu den Eintrag vom 13.6.1932 in den Tagebüchern des Harry Graf Kessler: "Er [*Theodor Wolff*] meinte dann, Schleicher erzählte zu viel und zu vielen, daß er Hitler erledigen wolle. Natürlich erfahre das Hitler auch. Man frage sich, was Schleicher mit diesen Indiskretionen eigentlich bezwecke. Ob er Hitler damit beruhige, daß er das sagen müsse, um sich gut Wetter zu schaffen, oder was eigentlich?" Vgl. Harry Graf Kessler, Tagebücher 1918-1937. Hrsg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt a. M. 1961, S. 671. Ferner Dok. 107, Anm. 56.

19 Gemeint sind die Briefe, die Hitler nach der Reichstagswahl vom 6.11.1932 an Reichspräsident von Hindenburg, Reichskanzler von Papen und Staatssekretär Meißner richtete. Druck: Dok. 65, 67-70 und 74.

20 Die nationalsozialistischen Wahlerfolge wuchsen parallel zum Ansteigen der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland. Gleichwohl lassen wahlstatistische Untersuchungen erkennen, daß die Arbeitslosen selbst vergleichsweise selten NSDAP wählten, sondern vor allem die KPD und, etwas seltener, die SPD bevorzugten. So stimmte im Juli 1932 nur jeder sechste Arbeitslose für die NSDAP, aber jeder vierte für die KPD, wobei innerhalb der Gruppe der Arbeitslosen die arbeitslosen Angestellten noch sehr viel häufiger für den Nationalsozialismus votierten als die arbeitslosen Arbeiter. Berechnungen wie diese verdeutlichen, daß das Wahlverhalten der Deutschen durch die Arbeitslosigkeit hauptsächlich indirekt beeinflußt wurde, daß es das allgemeine Klima der Hoffnungslosigkeit und der Vertrauensverlust in die Regierung waren, von denen die NSDAP als Protestpartei profitierte. Vgl. Falter, Hitlers Wähler, S. 290 ff.

21 Vgl. Dok. 6, Anm. 10.

22 Vgl. Dok. 10, Anm. 8.

deren Reihen Leid und Not und Jammer sich abspielen. Ich kann mich daher auch nicht bereit erklären, irgendwie geistig aus dieser Atmosphäre herauszugehen. Ich sehe, daß sie die Kraft besitzt, eine große Volksgemeinschaft anzubahnen. Wenn sie diese Aufgabe nicht löst, der Herrenklub wird sie nicht lösen und die anderen Organisationen auch nicht. Die große deutsche Frage kann nur unsere jugendfrische[23] und ideale Bewegung [*sic!*] lösen und sonst keine. Denn die anderen sorgen nur für einen Stand, für den Arbeiter, für den Bauern, für den Beamten usw. Sie muß die Voraussetzung schaffen, daß das Reich erlöst wird von dem grenzenlosen Leid, damit auch der deutsche Mensch erlöst wird von dem Unglück und Elend.

Ich sehe nicht rosig in die Zukunft. Es muß alles bitter erkämpft werden. Der Weg ins Himmelreich ist noch nie breit gewesen[24]. Thüringen ist das Land, wo einst in schweren Kämpfen eine geistige Bewegung des deutschen Volkes mühsam und mit unsäglichem Leiden verknüpft, wo einst die Reformation sich durchsetzte gegen unzählige Gewalten, oft scheinbar vom Untergange bedroht, aber schließlich siegreich, weil der Glaube treu zu der großen Aufgabe stand[25]. Heute stehen wir *vor einer großen politischen Reformation* des Volkes. Wir erleben dasselbe Spiel, sehen fast dieselben Kräfte wie einst. Auf der einen Seite List, Tücke und Gewalt, auf der anderen die *Kraft des Glaubens an die Nation.* Der Kampf schwankt. Es ist gerade in solcher Zeit des Schwankens *erst recht nötig, daß die Führung* einer solchen Bewegung mutig, ohne eine Sekunde zu zögern, *ihren Weg weitergeht.* Das ist das, was ich allein versprechen kann. Ich habe ein großes Ideal einst aufgestellt, Millionen Menschen dafür verpflichtet. Wir gehen in eine Zukunft, von der wir nicht wissen, welche Hindernisse sie bringen wird. Aber die Versicherung gebe ich: *den Weg, den ich eingeschlage, werde ich nicht verlassen.* Und wenn ich alle Anhänger verlieren würde, wie die Gegner es sagen, wenn ich nicht meine Haltung ändere. Dann würde ich eben meinen Weg ganz allein gehen. Ich weiß aber, daß es immer mehr und mehr Anhänger werden.

Die Zeit kleiner Verlockungen, wie sie die Papen-Regierung in sich hatte, wird vergehen. Die Menschen werden sehen, wohin es führt, wenn das Volk sich auflöst in Bürgertum auf der einen und Marxismus auf der anderen Seite[26]. Die Menschen werden noch froh sein, wenn *etwas* da ist, *was alle Deutschen einen kann.* Wir werden in diese Zeit hineinmarschieren unentwegt, ohne nach links und nach rechts zu sehen. Man kann mir und meinen Freunden anbieten, was man will: Wir sind *bereit, die Verantwortung zu übernehmen, aber nur dann, wenn unsere Fahne zugleich das Symbol des neuen* [*Deutsch*]*land wird!* Mißbrauchen lasse ich diese Fahne nicht, jetzt nicht und in den kommenden Monaten [*nicht*] und nicht in 10 Jahren. Das Schicksal mag entscheiden, wenn unsere Stunde kommen wird [*sic!*]. Unsere Pflicht ist es, nur unentwegt auf diese Stunde hinzuarbeiten. Das Regiment von jetzt hat keine Dauer. Es wurzelt nicht im Volk, sondern nur in einer dünnen Oberschicht[27]. Am Ende wird aus der ewigen Quelle unserer Volkskraft die Überlegung kommen [*sic!*].

---

23 Vgl. Dok. 3, Anm. 4.

24 Anspielung auf Matthäus 7, 13-14: "Gehet ein durch die enge Pforte. Denn die Pforte ist weit, und der Weg ist breit, der zur Verdammnis führt, und ihrer sind viele, die darauf wandeln. Und die Pforte ist eng, und der Weg ist schmal, der zum Leben führt, und wenige sind ihrer, die ihn finden."

25 Der Anschlag der 95 Thesen Martin Luthers gegen den Mißbrauch des Ablaßhandels an die Schloßkirche in Wittenberg am 31.10.1517 gilt als der Beginn der Reformation.

26 In Hitlers Vorstellung war der Dualismus zwischen bürgerlichem und marxistischen Lager eine der Hauptursachen für Deutschlands innenpolitische Schwäche.

So bitte ich, wenn Sie zur Wahl gehen, daß Sie nicht bloß auf Ihre Stadt und auf Ihr Dorf sehen. Sie wollen einen Augenblick bedenken, daß Dorf und Stadt im Reiche liegen, das an schwerer innerer Krankheit leidet. Sie wollen bedenken, wenn Sie nur auf das Los Ihrer Stadt allein sehen wollten und auf das Schicksal des Dorfes, daß dann die Zukunft trostlos wäre. Wie soll dann die Rettung kommen? Sie wollen sich erinnern, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit sehr schwere Nöte hinter sich hat und einen Leidensweg schon oft schwerer fast als den heutigen gehen mußte, und daß wir *hoffen* dürfen, *wenn wir alle uns nur als Deutsche fühlen,* daß wir *den Weg finden,* der aus der Not herausführt. Wenn wir nur auf das einzelne sehen in Dorf und Kommune, dann könnte man, wie gesagt, verzweifeln. Wer aber an Deutschlands Größe glaubt, glaubt auch an seinen Wiederaufstieg. Unser Volk hat immer noch den Weg aus Not und Unglück herausgefunden. So kann ich auch jetzt nicht verzweifeln. Der Blick zum großen deutschen Volk allein ist es, der mir wieder Kraft geben kann. Was früheren Generationen gelungen ist, kann uns nicht mißlingen. Wenn ich an Deutschland glaube, glaube ich damit zugleich an mich. Heil[28]!

1. Dezember 1932 — Dok. 77
Rede auf NSDAP-Versammlung in Altenburg[1]

Altenburger Landes-Zeitung vom 2.12.1932, "Adolf Hitler in Altenburg"[2].

Bald darauf kündeten Heilrufe das Herannahen *Adolf Hitlers* an. Er erschien in Uniform mit einem kleinen Gefolge, war zunächst Gegenstand einer Minuten währenden Huldigung und nahm dann gleich das Wort. Leider war er vom Pressetisch, der rings von Menschen ummauert

---

27 Mit solch polemischen Angriffen kritisierten Hitler und die NSDAP immer wieder das damals noch amtierende Kabinett von Papen; vgl. in diesem Zusammenhang auch Dok. 10, Anm. 13.

28 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungablauf.

1 Im Festzelt auf dem Anger, nach 21.00 Uhr. Hitler sprach etwa 20 bis 30 Minuten. An der Versammlung nahmen laut Vorlage etwa 20.000 Menschen teil. Vor Hitler, dessen Rede in die ständigen Bretterzelte Volksstädts und Riebecks übertragen wurde, sprach der Gauleiter des Gaues Westfalen-Süd, MdR Josef Wagner, über "die nationalsozialistischen Ideen in der Kommunalpolitik", so der Polizeibericht.
Vgl. auch den Bericht der *Ostthüringer Volkszeitung*: "Seien wir ehrlich, was dann noch kam, war auch nur eine matte, kraftlose Rede, die nichts Neues enthielt. An die Stelle überzeugter Begeisterung ist eine handwerksmäßige Routine getreten, die Wildheit nazistischer Redesitten ist einer sanften Resignation gewichen. Kein Wunder, wenn man täglich gezwungen ist, prompt seine Rede zu liefern, um Geld in die Kassen zu schaffen. [...] Schon während der Rede Hitlers, die übrigens etwa nur 20 Minuten dauerte, verließen Hunderte das Zelt. Es war nicht festzustellen, ob ihnen die maßlose Selbsteinschätzung Hitlers auf die Nerven fiel oder ob ihre Neugier inzwischen befriedigt war."

2 Vgl. auch Berliner Börsen-Zeitung vom 2.12.1932, "Hitler: 'Bereit zum Kampf!'"; Jenaer Volksblatt vom 2.12.1932, "Hitler als Fanatiker"; Der Nationalsozialist vom 2.12.1932, "Interne Besprechungen Adolf Hitlers in Weimar"; vom 3.12.1932, "Hitler im Thür[*ingischen*] Wahlkampf"; Ostthüringer Volkszeitung vom 2.12. 1932, "Die braune Primadonna in Altenburg"; VB vom 3.12.1932, "Adolf Hitler im Thüringer Gemeindewahlkampf". Ferner Bericht des Polizeiamts Altenburg Nr. V/9-4 an das thüringische Ministerium des Innern vom 5.12.1932; Thüringisches HStA Weimar, MdI P 165.

war, nicht sehr gut zu verstehen. Nach einigen Einführungssätzen allgemeinen Inhalts ging er sofort zum Angriff gegen die Regierung Papen vor. Er, Hitler, habe nach der Reichstagswahl gesagt, wie es kommen werde, und so sei es auch gekommen[3]. Wieder sei viel kostbare Zeit nutzlos vertan worden, und man werde weiter so verfahren, wie man angefangen hat, in dem Glauben, die nationalsozialistische Bewegung einfangen zu können. Hitler beantwortete dann die von manchen Leuten aufgeworfene Frage, warum er sich nicht an der Regierung beteilige[4]. Man könne ihm Gehalt und Stellung versprechen so viel man wolle, *er lasse sich kein goldenes Schloß vor den Mund legen*, und er werde jetzt nicht tun, was er damals nicht getan hat. Auch seine weiteren Ausführungen widmete Hitler der Rechtfertigung seiner Haltung. Er erläutert auch, warum er sich immer an die Massen wende, weil nämlich in den Massen das deutsche Volk und seine Zukunft stecke, nicht in der Schicht, die in Berlin Politik mache. Der Wert der Bewegung liegt darin, sagte Hitler, nachdem er die Not der erwerbslosen Familien gestreift hatte[5], daß sie Millionen sogenannter kleiner Leute, die sonst hinter den roten Fahnen[6] herlaufen würden, dem deutschen Gedanken gewonnen hat[7]. Aber man rechne es ihm zum Schimpf an, daß er sich zum Fürsprecher dieser kleinen Leute gemacht hat. Auf die Regierungskrise übergehend, erklärte Hitler, er sage wie am 13. August, er wolle die volle Verantwortung übernehmen[8]; aber niemand dürfe sich einbilden, er könne seine schlechten Absichten hinter den nationalsozialistischen Fahnen verstecken. Die Geschichte werde entscheiden, wo in dieser Zeit die "Köpfe" waren. Nach einem weiteren Ausfall gegen die Regierung von Papen erklärte Hitler, das Leben habe nur einen Sinn für ihn: die nationalsozialistische Bewegung zur führenden und tragenden in Deutschland zu machen. Das deutsche Volk wird auch noch einige Monate oder Jahre überstehen. So wenig man ihn mit Zuckerbrot und Peitsche gewinnen kann, so wenig werde man seine Leute gewinnen. Man möge tun, was man wolle. Das Wort Furcht kenne er nicht, und das Wort Ergebung stehe in dem nationalsozialistischen Wörterbuch nicht. *Niemals werde man ihn und seine Bewegung niederringen.* Er sei ein Fanatiker [*sic!*] und werde es Zeit seines Lebens bleiben. Ohne Mut und Beharrlichkeit hätte er vor 14 Jahren das Werk nicht beginnen können[9]. Nunmehr wandte sich Hitler kurz der Wahl am Sonntag zu[10]. Man solle bei der Wahl nicht nur an sich selbst denken, sondern auch an das große Deutschland. Bauern,

---

3 Vgl. hierzu Dok. 61 ff.

4 Zu den Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932 vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169; im Anschluß an die Reichstagswahl vom 6.11.1932 vgl. Dok. 65-70, 74.

5 Im Dezember 1932 waren bei den deutschen Arbeitsämtern 5.772.984 Arbeitslose gemeldet. In dieser Zahl waren Notstands- und Fürsorgearbeiter sowie Arbeitssuchende in gekündigter und ungekündigter Stellung nicht enthalten. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, Berlin 1933, S. 297.
Zum Problem der "verdeckten" Arbeitslosigkeit vgl. Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin 1987, S. 22 ff.

6 Als revolutionäres Symbol tauchte die rote Farbe erstmals während der Französischen Revolution bei den Jakobinermützen auf. Rote *Fahnen* erschienen in Frankreich erstmals 1830 während der Juli-Revolution (in Übernahme der roten Signalflaggen, mit denen die französische Gendarmerie anzeigte, daß nun geschossen würde), in Deutschland dann während der Revolution von 1848/49; seitdem galten sie als internationales Erkennungszeichen der Arbeiterbewegung und wurden in diesem Sinne auch während der Weimarer Republik von allen linken Gruppierungen geführt. Vgl. Arnold Rabbow, dtv-Lexikon politischer Symbole A-Z, München 1970, S. 198 ff.

7 Vgl. Dok. 10, Anm. 9 und 11 sowie Dok. 76, Anm. 20.

8 Vgl. Bd. V/1, Dok. 167.

Arbeiter, Industrielle müßten zusammenstehen zur Rettung des Vaterlandes. Wenn es anders werden soll, muß ein neuer Weg begangen werden, der Weg der Gemeinschaft und Brüderlichkeit. Der Intellektuelle müsse das Leid der Kleinen verstehen. Hitler sprach darauf einige Worte gegen die Zersplitterung und erklärte dann:

Gleichgültig, was die nächsten Monate bringen und wie die Regierung heißt, ich habe das beste Angebot gemacht. Wir sind immer bereit, die Verantwortung zu übernehmen. Wenn sie es nicht wollen, so sind wir immer bereit zu kämpfen, und wenn die Welt voll Teufel wär'[11].

2. Dezember 1932 Dok. 78
Rede auf NSDAP-Versammlung in Gotha[1]

Gothaisches Tageblatt vom 3.12.1932, "Der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, in Gotha"[2].

Unser ganzes politisches Leben bewegt sich nur im Rahmen der Versprechungen, geholfen haben diese Versprechungen aber keinem Stand. Sie konnten auch gar nicht helfen, denn die Krise, die unser Wirtschaftsleben heute ergriffen hat, nahm nicht etwa den Ausgang von der

9 Zur Frühgeschichte der DAP/NSDAP, die am 5.1.1919 von dem Eisenbahnschlosser Anton Drexler und dem Sportjournalisten Karl Harrer gegründet worden war, sowie zu den politischen Anfängen Hitlers vgl. Albrecht Tyrell, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975; Horn, Führerideologie, S. 29 ff.; Joachim C. Fest, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973, S. 155 ff.; Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 200 ff.; Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 87 ff.

10 Vgl. Dok. 72, Anm. 14.
Vgl. auch die Bewertung der *Altenburger Landes-Zeitung*: "Natürlich hätten die Kommunalwahlen in Thüringen und der angesetzte Besuch in Altenburg Adolf Hitler nicht von einer Reise nach Berlin abgehalten, wenn er sich wirklich einen Erfolg für seine Sache versprochen hätte. Die thüringischen Kommunalwahlen haben verhältnismäßig wenig allgemeine Bedeutung, und wenn Hitler jetzt in Thüringen redet, so tut er es doch im Sinne seiner Reichspolitik, wie sich auch gestern gezeigt hat, denn über die Kommunalwahlen sagte er nur ein paar belanglose Worte, während er in der Hauptsache allgemein zur Lage und hochpolitisch nur in ein paar Sätzen zum Schluß redete."

11 Vgl. Dok. 16, Anm. 17.
In der Vorlage folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Schießhaus, nach 19.00 Uhr. Vor Hitler, dessen Rede etwa 45 Minuten dauerte, sprachen MdL und Leiter der Kreisgruppe Gotha der NSDAP, Wilhelm Busch-Seebergen, und Friedrich Christian Prinz von Schaumburg-Lippe. An der Versammlung nahmen etwa 7.000 Personen teil, etwa weitere 1.000 Personen hatten - so der Polizeibericht - "noch auf dem Vorplatz Aufstellung genommen". Die Reden wurden durch Lautsprecheranlagen in ein großes Festzelt übertragen, das neben dem Schießhaus aufgestellt worden war.

2 Vgl. auch Ankündigung im Gothaischen Tagblatt vom 2.12.1932; Thüringer Volksblatt vom 3.12.1932, "Arbeiterdemonstration gegen Hitler. In Greiz, Jena, Gotha mit stürmischen Rot-Front- und Niederrufen empfangen"; Der Nationalsozialist vom 4.12.1932, "Adolf Hitlers Thüringen-Fahrt: Riesenkundgebungen in Gotha und Jena"; VB vom 4./5.12.1932, "Adolf Hitler im Thüringer Wahlkampf: Riesenkundgebungen in Gotha und Jena"; Der Freiheitskampf vom 5.12.1932, "Des Führers Triumphfahrt durch Thüringen". Ferner Bericht Nr. 49 des Polizeiamts Jena an das thüringische Ministerium des Innern vom 5.12.1932; Thüringisches HStA Weimar, MdI P 165.

Wirtschaft, sondern es war im Beginn eine große politische und vordem schon eine völkische Krise. Mit Notverordnungen[3] läßt sich das wirtschaftliche Elend[4] nicht beheben, denn es handelt sich nur um oberflächliche Injektionen. Man putscht den Körper im Augenblick durch eine Giftspritze noch einmal auf, weil man nicht den Mut hat, zu sehen, daß man grundsätzlich ein anderes Leben beginnen muß. Bequem ist es, so die Menschen auf begrenzte Zeit wieder mit Hoffnungen zu erfüllen. Wir haben das zum ersten Male 1918 mit dem Friedensvertrag[5] erlebt [*sic!*]. Vier Jahre dauerte das und führte zur Inflation, dem ersten ganz schweren Zusammenbruch[6]. Man brauchte eine neue Injektion und fand den Dawes-Pakt[7]. Diese zweite Injektion[8] währte kaum drei Jahre und dann kam der Young-Plan[9] als dritte Injektion hinzu[10], die kaum zwei

---

3 Vgl. Dok. 5, Anm. 3 sowie Dok. 15, Anm. 8.

4 Vgl. Dok. 76, Anm. 5.

5 Druck der Waffenstillstandsverhandlungen, die zwischen den Alliierten und dem Deutschen Reich in der Zeit vom 8.11. bis 11.11.1918 stattfanden: Der Waffenstillstand 1918-1919. Hrsg. im Auftrage der Deutschen Waffenstillstands-Kommission, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928.
Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

6 In der Zeit von Dezember 1913 bis Dezember 1923 verringerte sich das Gesamtvermögen im Deutschen Reich schätzungsweise von 310 Milliarden auf 150 Milliarden Goldmark. Zu den Ursachen der Inflation, die in erster Linie aus der Art der Finanzierung des Ersten Weltkriegs resultierte, vgl. Carl-Ludwig Holtfrerich, Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin 1980, Zahlen S. 275 f. mit Anm. 28.

7 Der am 29.8.1924 vom Reichstag angenommene Dawes-Plan stellte eine vorläufige Regelung der deutschen Reparationsleistungen dar. Sie sollten bis 1927/28 jährlich 1-1,75 Milliarden RM, danach mindestens 2,5 Milliarden RM betragen und aus dem Reichshaushalt sowie aus Leistungen der Reichsbahn und der Industrie finanziert werden. Der tatsächliche Transfer der deutschen Reparationen sollte sich dann an der deutschen Zahlungsbilanz orientieren. Reichsbahn und Reichsbank wurden zur Sicherung der Ansprüche einer internationalen Kontrolle unterstellt. Bereits 1930 wurde der Dawes-Plan durch den Young-Plan (vgl. Anm. 9) ersetzt. Druck: RGBl. 1924, II, S. 289 ff. Vgl. Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970, S. 201 ff.

8 Die Annahme des Dawes-Plans durch die deutsche Seite war mit einer Auslandsanleihe in Höhe von 110 Millionen $ an die deutsche Regierung verbunden, um die wirtschaftliche Sanierung und damit die Zahlungsfähigkeit des Deutschen Reichs sicherzustellen. Im Anschluß daran flossen zwischen 1924 und Sommer 1930 Auslandsanleihen in einer Gesamthöhe von rund 28 Milliarden RM insbesondere aus den USA, Großbritannien und den Niederlanden in das Deutsche Reich. Diese Kredite, mit denen nach 1924 etwa $^{2}/_{5}$ aller Investitionen im Deutschen Reich finanziert wurden, ermöglichten erst die sich anschließende Konjunktur wie auch zahlreiche öffentliche Investitionen, insbesondere in den Kommunen. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 315 ff., 356 ff. sowie Derek H. Aldcroft, Die zwanziger Jahre. Von Versailles zur Wall Street 1919-1929, München 1978, S. 104 f., 291 ff.

9 Zur Regelung der deutschen Reparationen war der Young-Plan seit Februar 1929 von einem Gremium internationaler Experten unter deutscher Beteiligung erarbeitet worden; am 12.3.1930 wurde der Plan vom Reichstag angenommen. Im Gegensatz zum Dawes-Plan versuchte der Young-Plan die deutschen Reparationslasten endgültig auf 59 Jahresraten in Höhe von durchschnittlich 2,05 Milliarden RM zu fixieren. Insgesamt wurden die deutschen Zahlungsverpflichtungen damit um 17% reduziert. Die politische Kontrolle über Reichsbahn und Reichsbank fiel künftig fort, die Annuitäten wurden jeweils in eine aufschiebbare und eine unaufschiebbare Rate geteilt, vor allem aber wurde mit der Annahme des Young-Plans die vorzeitige Räumung des Rheinlands bis 1.7.1930 zugesichert. Mit dem am 11.8.1931 unterzeichneten Hoover-Moratorium wurden alle internationalen Regierungsschulden und Reparationen für ein Jahr sistiert. Druck: RGBl. 1930, II, S. 39 ff. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 438 ff., 498 ff.

10 Teil des Young-Plans war eine Übereinkunft, in der einige Gläubigerländer ihre Absicht erklärten, bis zum 1.10.1930 "sobald als möglich zur Emission einer oder mehrerer Abschnitte von Reparationsschuldverschrei-

Jahre währte. Inzwischen folgten die Notverordnungen zur Rettung der Wirtschaft, und es ist bemerkenswert, daß, wie bei jedem Kranken der Erfolg derart künstlicher Versuche immer kürzer wird, auch hier der Erfolg immer mehr zusammenschrumpfte.

Als ich vor einigen Tagen und vor einigen Monaten im schweren Kampf gegen die heutige Regierung stand[11] - ich weiß nicht, ob sie morgen noch besteht oder in einiger Zeit, das weiß niemand[12] -, da bekam ich Vorwürfe zu hören, weil ich mich gegen die neuen Versuche wandte. Der Grund, warum ich mich dagegen wandte, war folgender: In dem Augenblick, in dem mir die damalige Wirtschaftsnotverordnung bekannt wurde, in dem Augenblick, in dem mir das innenpolitische Programm bekannt wurde und die Maßnahmen nach außen, da wußte ich eines: Man versucht mit ein paar richtigen Gedanken, die man uns geklaut hat[13], nunmehr ohne irgendwie in die Tiefe eindringen zu wollen, durch eine neue solche Injektion das deutsche Volk mit einer gekünstelten Hoffnung zu erfüllen, und ich wußte, daß auf die Hoffnung eine furchtbare Enttäuschung eintreten wird. Ich habe nicht 13 Jahre lang gearbeitet, für große Ideen gekämpft, um jetzt plötzlich mich für eine solche lächerliche Lösung verbrauchen zu lassen. Ich habe mir ein großes Lebensziel gesetzt, und diesem Ziel bleibe ich treu, weil ich sonst sogar

---

bungen in einem Gesamtbetrage von 300 Millionen Dollar auf den internationalen Märkten zu schreiten". Die deutsche Regierung erhielt die Befugnis, sich an dieser sog. Young-Anleihe zu einem Drittel zu beteiligen. Druck: RGBl. 1930, II, S. 329 ff. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I u. II, 30. März 1930 bis 10. Oktober 1931, 10. Oktober 1931 bis 1. Juni 1932. Bearbeitet von Tilman Koops, Bd. 1, Boppard a. Rh. 1982, Dok. 31, 36, 45 mit Anm. 8.

11 Gemeint sind vermutlich die Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932 (vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169) und vom 6.11.1932 (vgl. Dok. 65-70, 74).

12 Das Kabinett Papen war am 17.11.1932 zurückgetreten, erst am 2.12. beauftragte der Reichspräsident Reichswehrminister von Schleicher mit der Neubildung der Reichsregierung; tags darauf wurde die neue Regierung vom Reichspräsidenten offiziell ernannt. Die Tage zwischen dem 17.11. und dem 3.12. waren Tage völliger Unsicherheit, die geprägt waren von permanenten politischen Verhandlungen, bei denen neben einer Ernennung Hitlers "die Wiederbetrauung des bisherigen Kanzlers mit der Regierungsbildung am wahrscheinlichsten" schien. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Schleicher, 3. Dezember 1932 bis 30. Januar 1933. Bearbeitet von Anton Golecki, Boppard a. Rh. 1986, Einleitung, S. XXV ff., Zitat S. XXV.
Am 1.12.1932 war Hitler von Oberstleutnant Eugen Ott im Hotel *Elephant* in Weimar aufgesucht worden; das von Ott unterbreitete Angebot Schleichers, Hitler solle in einem Kabinett Schleicher den Posten des Vizekanzlers übernehmen, lehnte Hitler in einem zweistündigen Monolog ab, wobei er Schleicher "vor dem Experiment einer Kanzlerschaft" warnte. Göring versuchte indessen in einem weiteren Gespräch, die Kontakte zu dem künftigen Reichskanzler nicht abreißen zu lassen, auch weil er sich Hoffnungen auf das Amt des preußischen Ministerpräsidenten und eines neuzuschaffenden Amts als Reichsluftfahrtminister machte. Vgl. Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, Stuttgart 1962, S. 330; IfZ, ZS 277: Zeugenschrifttum Eugen Ott; Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 288.

13 Die Weltwirtschaftskrise löste auch in Deutschland intensive wirtschaftstheoretische Debatten aus, an der sich neben Parteien und Verbänden auch Vertreter aus Wirtschaft, Staat und Wissenschaft beteiligten. In ihrer Wechselwirkung läßt sich diese Debatte nur noch schwer rekonstruieren, doch entwickelten auch die Wirtschaftstheoretiker der NSDAP einige mehr oder weniger originäre Vorschläge insbesondere auf den Feldern Konjunkturbelebung, Arbeitsbeschaffung, Siedlungspolitik, Arbeitsdienstpflicht (vgl. auch Dok. 15, Anm. 13 und 14) und Finanzpolitik. Vgl. Avraham Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945, Frankfurt a. M. 1988, S. 34 ff., 96 ff. Ferner Dok. 1, Anm. 4.
Eine Übersicht über die verschiedenen Initiativen und Pläne in: Der Keynesianismus, Bd. I: Theorie und Praxis keynesianischer Wirtschaftspolitik. Entwicklung und Stand der Diskussion. Hrsg. von G. Bombach, H.-J. Ramser, M. Timmermann, W. Wittmann, Berlin 1976, S. 63 ff., 91 ff.; Bd. II: Die beschäftigungspolitische Diskussion vor Keynes in Deutschland, S. 37 ff.

glaube, daß ich in dem Augenblick, in dem ich ihm untreu werde, kein Glück mehr hätte. Wenn ich etwas nicht verantworten kann, dann tue ich es auch nicht.

Ich bin einst nach *Berlin* gegangen, in der Meinung, es gebe gewisse Stellen, da würden Treue und Aufrichtigkeit selbstverständlich sein. Ich bin eines anderen belehrt worden und habe die Nutzanwendung gezogen. Ich lege Wert darauf, daß jetzt alles schriftlich niedergelegt wird [14]. Auch im Interesse der Wahrheit für die Zukunft, damit die Nachwelt Gelegenheit hat, an nicht bestreitbaren Dokumenten zu prüfen und festzustellen, auf welcher Seite das Recht war. Man muß in solchen Zeiten auch den Mut haben, Unpopuläres zu tun. Ich will, daß diese Bewegung die *Macht* bekommt, ich drücke mich nicht vor der Verantwortung. Im Gegenteil, ich habe den Herren immer gesagt: Gebt sie mir! Ich setze die Bewegung dann vollständig ein. Herrscht die Verfassung, dann kann nur sie mein Handeln bestimmen. Herrscht sie nicht, soll man mir einen anderen Auftrag anvertrauen. Entweder man meint es aufrichtig, dann muß man mir auch nicht Bedingungen stellen, oder man stellt solche Bedingungen, dann muß man eben verzichten.

Möge das deutsche Bürgertum in dieser historischen, gewaltigen Zeit endlich einsehen, daß seine persönliche Einstellung, besonders dem deutschen Arbeiter gegenüber, in den vier Jahrzehnten vor dem Krieg schon zu einem entsetzlichen Unheil geführt hat [15].

2. Dezember 1932 Dok. 79
Rede auf NSDAP-Versammlung in Jena [1]

Jenaische Zeitung vom 3.12.1932, "Adolf Hitler in Jena" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 92, teilweise auch Dok. 78.

---

14 Vgl. Dok. 65 mit Anm. 2, Dok. 67-70 und 74.

15 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In den Sälen des Volkshauses und der Gaststätte *Nollendorfer Hof*, nach 21.30 Uhr. An der Versammlung, die laut Polizeibericht ohne Störung verlief, nahmen etwa 3.000 Personen teil. Vor Hitler sprach Gauleiter Wilhelm Friedrich Loeper.

2 Vgl. auch Thüringer Volksblatt vom 3.12.1932, "Arbeiterdemonstration gegen Hitler. In Greiz, Jena, Gotha mit stürmischen Rot-Front- und Niederrufen empfangen"; Der Nationalsozialist vom 4.12.1932, "Adolf Hitlers Thüringen-Fahrt: Riesenkundgebungen in Gotha und Jena"; VB vom 4./5.12.1932, "Adolf Hitler im Thüringer Wahlkampf: Riesenkundgebungen in Gotha und Jena"; Der Freiheitskampf vom 5.12.1932, "Des Führers Triumphfahrt durch Thüringen". Ferner Bericht Nr. V des Polizeiamts Jena an das thüringische Ministerium des Innern vom 5.12.1932; Thüringisches HStA Weimar, MdI P 165.

3. Dezember 1932 Dok. 80
Rede auf NSDAP-Versammlung in Eisfeld [1]

Eisfelder Zeitung vom 5.12.1932, "Hitlerkundgebung in Eisfeld[2]".

Meine deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen!

In dieser Zeit wenden wieder sehr viele den Blick auf die Not und das Elend ihrer Gemeinde, ihres Marktfleckens, ihrer Stadt und wohl auch des ganzen Landes und sie werden dabei kaum mehr einen Ausweg sehen. Wir werden vielleicht selbst verzweifeln und verzagen angesichts dieser trostlosen und traurigen Lage. Auf der einen Seite unvermeidliche Ausgaben für die Wohlfahrtspflege, die selbst kaum mehr genügt, und auf der anderen dauernd sinkende Einnahmen. Das wirtschaftliche Elend nicht nur dieses Landes und dieses Ortes, sondern fast in ganz Deutschland ist himmelschreiend[3]. Da ist es ganz natürlich, daß die Menschen suchen nach irgendeinem Ausweg, nach irgendeiner Hand, und was ist wieder natürlicher, daß sie die Hilfe gern dort finden möchten, wo die ganze Not am größten ist und sich am sichtbarsten zeigt. Als vor 14 Jahren Deutschland politisch verfiel[4], da begann eine Katastrophe, deren Ende zwangsläufig der wirtschaftliche Verfall sein mußte. Allein die Menschen wollten es damals nicht glauben. Im Gegenteil, man rechnete ihnen vor, daß nur eine neue Zeitenwende angebrochen wäre, daß der politische Zusammenbruch eher der Beginn eines großen Emporstiegs gewesen sei. Man wollte nicht einsehen, daß auch nach einer solchen politischen Katastrophe die wirtschaftliche Katastrophe nachfolgen mußte. Vor 14 Jahren wollte man die politische Katastrophe

---

1 Im Industriepalast (Seifert'scher Neubau), nach 19.45 Uhr. An der "dicht gefüllten" Versammlung nahmen - so der Polizeibericht - 3.500 Personen teil. Vor Hitlers Rede, die etwa eine Stunde dauerte, sprachen der Ortsgruppenleiter der NSDAP in Eisfeld, Werner Büchner, und der thüringische Landtagspräsident Fritz Hille. Der Unkostenbeitrag für den Besuch der Veranstaltung lag bei 50 Pfg. und 1,- RM, Erwerbslose 30 Pfg.
Bei der Begrüßung Hitlers, der laut *Eisfelder Zeitung* "recht gesund und kräftig" aussah und "einen sehr frischen Eindruck" machte, überreichte ihm Büchner das Ehrenbürgerrecht der Stadt Eisfeld, nachdem der Stadtrat von Eisfeld am Nachmittag einstimmig einer solchen Verleihung zugestimmt hatte. Die Verleihung wurde damit begründet, "daß die Eisfelder Bevölkerung zu 75%, also in ihrer überwiegenden Mehrheit, sich zu dem Führer der deutschen Freiheitsbewegung bekennt". Herr Hahne - Stadtratsmitglied der KPD, der sich als einziger gegen den nationalsozialistischen Antrag ausgesprochen hatte - war zusammen mit den Zuhörern von der Sitzung ausgeschlossen worden. Museum Otto Ludwig, Eisfeld, Stadtarchivakte 6313, Blatt 7, 8, 17.

2 Vgl. auch Eisfelder Zeitung vom 4.12.1932, "Adolf Hitler in Eisfeld"; Thüringer Tageszeitung vom 5.12.1932, "Hitler in Eisfeld"; VB vom 6.12.1932, "Adolf Hitler im Thüringer Notgebiet"; Der Nationalsozialist vom 7.12.1932, "Adolf Hitler in Südthüringen. Der Führer in Eisfeld und Sonneberg". Ferner Berichte o. Nr. des Polizeiamts Hildburghausen vom 4. und 5.12.1932; Thüringisches HStA Weimar, MdI P 165.

3 Vgl. Dok. 76, Anm. 5.
Die Folgen der Weltwirtschaftskrise waren in der thüringischen Industrie, die auf Exporte angewiesen war, besonders zu spüren. Von 1925 bis 1933 verringerte sich die industrielle Erwerbstätigkeit in Thüringen auf 67,8% (Reich: 68,3%), in einzelnen Regionen Thüringens kam die industrielle Produktion beinahe ganz zum Erliegen. Vgl. Jürgen John, Rüstungswirtschaftlicher Strukturwandel und nationalsozialistische Regionalpolitik. In: Nationalsozialismus in Thüringen. Hrsg. von Detlev Heiden und Gunther Mai, Köln 1995, S. 213-245, hier S. 216 f. Ferner Hubert Renfro Knickerbocker, der in seinem Bericht über die Lage in Deutschland ein Kapitel dem Dorf Fehrenbach im Thüringer Wald widmet (H[*ubert*] R[*enfro*] Knickerbocker, Deutschland So oder So?, Berlin 1932, S. 58 ff.), wo die Arbeitslosigkeit über 90% betragen habe.

4 Gemeint sind das Ende des Ersten Weltkriegs und die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse.

nicht sehen, kaum vor 10 Jahren nicht zugeben, sondern erst allmählich, als sie sich immer mehr in die wirtschaftliche Not umsetzte und wir jetzt, von allen Beschönigungen abzusehen, fast 7 Millionen Erwerbslose besitzen[5]. Es ist dann wieder begreiflich, daß die Menschen wieder mit kleinen Mitteln von heute auf morgen dieser Not entgegentreten möchten. Sie wollen nicht anerkennen, daß am Anfang die politische Not begann, und die wirtschaftliche Not nur die Folge war. Sie sehen nun den wirtschaftlichen Verfall, und da bemühen sie sich im einzelnen und im großen mit der Besserung zu beginnen. Sie wenden sich an den Bauern, an den Arbeiter, Beamten, Mittelstand, Hausbesitzer, Mieter. Es gibt keinen Beruf, keinen Stand und keine Klasse, denen sie nicht versprachen, wie man sie retten will und wie man sie retten könnte. Das dauert eine gewisse Zeit, vielleicht 10, 15, 20, 40 Jahre im Völkerleben, bis sich am Ende doch herausstellt, daß all diese Methoden verschwinden müssen. Man beginnt durch andere Einwirkungen die Wirtschaft anzukurbeln. Einige versicherten, als 1919 der Friedensvertrag unterschrieben wurde[6], damit beginne nun ein Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft. Es sei nunmehr eine genaue Rechtslage geschaffen worden, auf der man mit Fleiß und Arbeit wieder emporkommen kann[7].

Adolf Hitler schilderte weiter, wie dann durch Dawes-Pakt[8] und Young-Plan[9] eine Besserung versprochen wurde, die jedoch nicht eintrat, sondern daß es im Gegenteil immer schlechter in der deutschen Wirtschaft wurde. Auch hier in Eisfeld legte er seinen Standpunkt klar und deutlich über die Notverordnungen[10] und die Regierung Papen fest, so, wie dieser aus seinen bisherigen Reden bereits des öfteren durch die Presse gegangen ist.

Alle Notverordnungen haben bisher nicht zu einer Besserung führen können, weil sie nicht da angesetzt wurden, wo sie wirklich Hilfe bringen konnten. Die letzte Notverordnung hätte den Banken nach der ersten Sanierung durch Brüning[11] jetzt eine zweite Atempause gewährt[12],

5 Vgl. Dok. 77, Anm. 5.

6 Gemeint ist der am 28.6.1919 unterzeichnete Friedensvertrag von Versailles. Druck: RGBl. 1919, S. 687 ff.

7 Die Bekanntgabe der Friedensbedingungen am 7.5.1919 löste unter den deutschen Parteien wie im gesamten deutschen Volk eine Woge der Empörung aus, wie sie in ihrer Einmütigkeit selten für das öffentliche Leben in Deutschland war. Tags darauf veröffentlichten Reichspräsident und Reichsregierung einen Aufruf, in dem es hieß, daß diese Friedensbedingungen der alliierten Note vom 5.11.1918 (Friede auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons) widersprächen und schlichtweg unerfüllbar seien: "Gewalt ohne Maß und Grenzen soll dem deutschen Volk angetan werden." Nachdem aber deutlich geworden war, daß mit einer Kompromißbereitschaft der Alliierten nicht zu rechnen war, blieb Reichspräsident und Reichsregierung nichts anderes übrig, als diese Zwangslage öffentlich einzugestehen; mit ihrem zweiten Aufruf vom 24.6.1919 versuchten sie, den Ernst der Lage zu verdeutlichen und den Zerfall der nationalen Einheit zu verhindern: die drei Erfordernisse seien nun Vertragserfüllung, Arbeit und Pflichttreue. "Deutschland muß lebensfähig bleiben! Ohne innere Ordnung keine Arbeit! Ohne Arbeit keine Vertragserfüllung! Ohne Vertragserfüllung keinen Frieden, sondern Wiederaufkommen des Krieges! Wenn wir nicht alle mithelfen, ist die Unterschrift unter dem Vertrage wertlos, dann kann es keine Erleichterungen, keine Revisionen und kein schließliches Abtragen der ungeheuren Lasten geben." Vgl. Peter Krüger, Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung, München 1986, S. 9 ff. Zitate: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1919, München 1923, S. 203 f., 265.

8 Vgl. Dok. 78, Anm. 7.

9 Vgl. Dok. 78, Anm. 9.

10 Vgl. Dok. 5, Anm. 3 sowie Dok. 15, Anm. 8.

11 Durch die *Verordnung des Reichspräsidenten über die Sanierung von Bankunternehmen* vom 20.2.1932 konnte sich die Reichsregierung "an Bankunternehmen beteiligen und die erforderlichen Einlagen leisten sowie erworbene Beteiligungen veräußern". Ferner konnte die Reichsregierung nun "Abweichungen von den Vor-

aber der Wirtschaft sei damit nicht geholfen. Den Vorwurf, er hätte für den Streik im Ruhrgebiet gestimmt [13], wies er nicht zurück und begründete seinen Standpunkt wie folgt: Wenn ein Arbeiter für 18 Mark pro Woche - hiervon gehen 2,80 Mark als Abzüge weg, bleiben also 15,20 Mark - hunderte von Metern unter der Erde arbeiten und sein Leben auf das Spiel setzen muß, so sollen es ihm diese vormachen, die fordern, wie sie mit 60 Mark monatlich auskommen können. Da sie das aber nicht können, könnten es die Arbeiter auch nicht, da es eben unmöglich sei [14].

Er fordere die Macht nicht um der Macht willen, sondern um dem deutschen Volk zu helfen. Aus Posten, Ämtern und Titeln mache er sich gar nichts, einen besseren Titel als seinen Namen könne man ihm nicht geben. Auf Gehälter und sonstige Bezüge würde er von vornherein restlos verzichten, da er als Schriftsteller weit mehr verdiene, als er für sich brauche [15]. Bereits seit seinem 16. Lebensjahr habe er um sein tägliches Brot kämpfen müssen [16] und bis heute keine fremde Hilfe in Anspruch zu nehmen brauchen, sondern sei immer durch eigene Kraft und

---

schriften des Handelsrechts für einzelne Fälle oder Fälle bestimmter Art zulassen, Sicherheiten zu Lasten des Reichs übernehmen, zu Lasten des Reichs vor Inkrafttreten dieser Verordnung übernommene Sicherheiten ablösen oder Ausschlußfristen für das Erlöschen solcher Sicherheiten setzen, Beträge bis zu insgesamt 250 Millionen Reichsmark verausgaben" und schließlich "bis zu 400 Millionen Reichsmark im Wege des Kredits beschaffen". Druck: RGBl. 1932, I, S. 83. Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 749 ff.

12 Mit der *Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft* vom 4.9.1932 wurden auch "kreditpolitische Maßnahmen" eingeleitet; sie ermächtigten den Reichsminister der Finanzen, "für Darlehen, die an gewerbliche Kreditgenossenschaften und Konsumgenossenschaften, die das Depositengeschäft betreiben, sowie an Warenzentralen der Konsumgenossenschaften zu Stützungszwecken gegeben werden, Garantien bis zur Höhe von 45 Millionen Reichsmark zu übernehmen und sich zur Zahlung von Zinszuschüssen bis zur Höhe von insgesamt 3,4 Millionen Reichsmark zu verpflichten"; in den Grenzgebieten konnte das Reich nun Garantien oder Darlehen bis zur Höhe von 50 Millionen RM übernehmen. Außerdem erhielt der Reichsminister der Finanzen die Möglichkeit, der Bank für deutsche Industrieobligationen Reichsschatzanweisungen in Höhe von insgesamt 40 Millionen RM zur Verfügung stellen, um in den Rechnungsjahren 1933/34 Kredite für kleinere und mittlere Betriebe vorzufinanzieren. Druck: RGBl. 1932, I, S. 425 ff., hier S. 429. Vgl. ferner Dok. 5, Anm. 3.

13 Die Presse berichtet, daß im Ruhrgebiet während des Herbstes 1932 zwar wiederholt zum Streik aufgerufen wurde, ohne daß es jedoch - wie im Oktober 1931 - zu wilden Bergarbeiterstreiks kam; kurz gestreikt wurde im Oktober 1932 in einigen anderen Fabriken des Ruhrgebiets. Die Haltung der NSDAP, bzw. der NSBO war in dieser Frage ohnehin zwiespältig und situationsabhängig. Hatten sich die nationalsozialistischen Organisationen im Ruhrgebiet noch im Herbst 1931 von den wilden, primär von der KPD und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition initiierten Streiks distanziert, so publizierte die NSBO zum Abschluß ihres Ruhrkongresses in Duisburg am 29.10.1932 im *VB* einen großen Aufruf unter der bezeichnenden Überschrift: "Wir bekennen uns zum Streik als Kampfmittel gegen die Verelendungspolitik". Insgesamt beteiligte sich die NSBO zwischen April 1932 und Januar 1933 im gesamten Reichsgebiet an 117 Streiks. Vgl. Wilfried Böhnke, Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920-1933, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 143, 169 ff., 217 f.; Tschirbs, Tarifpolitik im Ruhrbergbau 1918-1933, S. 399 ff., 418 ff. Ferner Volker Kratzenberg, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Ihre Entstehung, Ihre Programmatik, Ihr Scheitern 1927-1934, Frankfurt a. M. 1987, S. 112 ff. sowie die zeitgenössische Berichterstattung in der *National-Zeitung* und *Der Kämpfer*.

14 Der durchschnittliche Barverdienst eines Hauers betrug 1932 in einer Schicht 7,62 RM (1930: 9,92 RM), eines ungelernten, über Tage beschäftigten Arbeiters 5,65 RM (1930: 7,16 RM). Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 265. Weitere Angaben bei Tschirbs, Tarifpolitik im Ruhrbergbau 1918-1933, S. 440 ff.

15 Vgl. Dok. 25, Anm. 16 sowie Dok. 14, Anm. 8 und 9.

16 Zur Biographie Hitlers bis 1918 vgl. Brigitte Hamann, Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators, München 1996; Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie; Fest, Hitler, S. 29 ff.

Arbeit durchgekommen. Er könne nicht sagen, ob er in der nächsten Minute noch lebe, aber die Nachwelt soll wissen, wie die Verhandlungen geführt wurden und auf welcher Seite der Geist stand. Bei mündlichen Verhandlungen würde es nur darauf angelegt, ihm Fallen zu stellen, deshalb würde er Verhandlungen mit gewissen Stellen in Zukunft nur noch schriftlich führen[17].

Bei den Verhandlungen in Genf wurde neuerdings von der Regierung Papen die Gleichberechtigung gefordert[18]; eine derartige Gleichberechtigung könne uns aber doch nicht in Genf oder vom Völkerbund zuerkannt werden, sondern müsse aus den inneren Kräften der deutschen Nation selbst herauswachsen. Solange 6 Millionen eigener Volksgenossen unter dem Hoheitszeichen einer fremden Macht marschieren[19], solange wir zerrissen seien in zahllose Parteigruppen und Parteigrüppchen und sonstige Interessen-Vertretungen[20], könne dieses Ziel niemals verwirklicht werden.

Bei seinen kürzlichen Verhandlungen mit Herrn von Papen in Berlin habe dieser ihm erklärt, daß er durch sein Wirtschaftsprogramm die Eingliederung von 2 Mill[*ionen*] Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß bis zum Einbruch des Winters erreicht haben werde[21]. Er habe bei dieser Eröffnung hellauf lachen müssen und sei erstaunt gewesen über einen derartigen, durch nichts gerechtfertigten Optimismus. Papen habe den katastrophalen Fehler gemacht, die Wirtschaft von oben her ankurbeln zu wollen [*sic!*], während es nach Ansicht der Nationalsozialisten unbedingt notwendig sei, dieses Problem von unten her anzupacken.

Hitler kam dann auf die Frage der kürzlichen Verhandlungen über die Regierungsbildung[22] zu sprechen. Man habe in Berlin den Versuch gemacht, ihm die Rolle eines Mittelsmannes

---

17 Vgl. Dok. 65 mit Anm. 2, Dok. 67-70 und 74.

18 Die militärische Gleichberechtigung Deutschlands im Rahmen einer Abrüstungsregelung, die sich an dem bestehenden niedrigen deutschen Rüstungsniveau orientieren sollte, war von Anfang an die zentrale deutsche Forderung auf der am 2.2.1932 eröffneten internationalen Abrüstungskonferenz in Genf. Im Grunde zielte die deutsche Forderung nicht auf eine Nivellierung des internationalen Rüstungsniveaus, sondern auf eine Beseitigung der militärischen Restriktionen des Versailler Friedensvertrags. Auch Reichskanzler von Papen bezeichnete bereits in seiner Regierungserklärung vom 4.6.1932 die "volle Gleichberechtigung" als eine der "nächsten und wichtigsten Aufgaben". Nachdem die Reichsregierung dem Präsident der Abrüstungskonferenz, Arthur Henderson, am 14.9. mitgeteilt hatte, daß sie sich nicht weiter an der Konferenz beteiligen könne, "bevor eine befriedigende Klärung der Frage der Gleichberechtigung Deutschlands erfolgt sei", einigten sich die USA, Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland am 11.12.1932 darauf, "Deutschland und den anderen, durch die Verträge abgerüsteten, Staaten die Gleichberechtigung zu gewähren in einem System, das allen Nationen Sicherheit bietet [...]". Vgl. Nadolny, Abrüstungsdiplomatie; Zitate: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Papen, Bd. 1, Dok. 7; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, S. 476 f., 481 f. Vgl. ferner Dok. 15, Anm. 52.

19 Bei der Reichstagswahl vom 6.11.1932 hatten 5.980.614 Wähler (16,9%) für die KPD gestimmt. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41, 44.

20 Vgl. Dok. 16, Anm. 13.

21 Papen war in seiner öffentlichen Rede vom 28.8.1932 auf den Plan des Reichsministers der Finanzen eingegangen, durch ein System von Steueranrechnungsscheinen die Wirtschaft finanziell zu entlasten und so die Wiederanstellung von bis zu 1.750.000 Arbeitnehmern zu ermöglichen. Vgl. Dok. 28, Anm. 8 sowie Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Papen, Bd. 1, Dok. 116.
Im Herbst 1932 war es nicht zu einer persönlichen Aussprache zwischen Papen und Hitler gekommen, wie ihr Briefwechsel am 13.11. bzw. 16.11.1932 dokumentiert. Auch bei Papens Verhandlungen mit den Parteiführern im Anschluß an den 6.11. fungierte Heinrich Himmler als Mittelsmann Hitlers. Vgl. Dok. 65 sowie Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 1013; Petzold, Papen, S. 109 ff., 137 ff.

22 Zu den Verhandlungen im Anschluß an die Reichstagswahl vom 6.11.1932 vgl. Dok. 65-70, 74.

zwischen Regierung und Volk zuzuschieben. Für alle derartigen Versuche werde er aber niemals zu haben sein. Er habe vor 14 Jahren diese Bewegung nicht mit 7 Mann gegründet[23] und in jahrelangem Kampf zur Höhe geführt, um sie jetzt einer volksfremden Regierung dienstbar zu machen. Er sei ein Sohn des Volkes und werde auch für das Volk eintreten. Es werde niemand erleben, daß er jemals vorher kapituliere. Sollte er vorzeitig aus dem Leben scheiden, so würde die Bewegung trotzdem weiterbestehen und weiterkämpfen bis zur endgültigen Verwirklichung seiner Idee.

Er forderte seine Zuhörer auf, bei der Wahl zum Gemeinde- und Kreisrat[24] alle eigenen Interessen zurückzustellen, sich nicht als Parteimann zu fühlen, nicht als Bürger, Arbeiter, Handwerker oder Bauer, nicht als Katholik oder Protestant, sondern einzig und allein als Deutscher[25].

3. Dezember 1932[1] — Dok. 81
Rede auf NSDAP-Versammlung in Effelder[2]

Coburger National Zeitung vom 9.12.1932, "Adolf Hitler in Effelder"[3].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 80.

23 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.

24 Vgl. Dok. 72, Anm. 14.

25 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf; dort heißt es u. a.: "Vor dem Industriepalast verharrt noch lange die Menge und zerstreut sich erst allmählich in dem Bewußtsein eines großen, unvergleichlichen und unvergeßlichen Erlebnisses."

1 In der Vorlage wird Hitlers Rede auf den 8.12. datiert; es kann jedoch kein Zweifel daran bestehen, daß Hitler am 3.12. in Effelder gesprochen hat.

2 Im Schloß, um etwa 21.00 Uhr. Hitlers Auftritt auf dieser Versammlung, auf der gerade - so die Vorlage - "der ehemalige Kommunist Neumann" sprach, war urspünglich nicht vorgesehen; Hitlers Rede dauerte deshalb nur 15 Minuten.
Zur Fahrt Hitlers nach Sonneberg bemerkt die *Thüringer Tageszeitung*: "Die Abendfahrt [*Hitlers*] durch die Dörfer des Thüringer Waldes glich einem wahren Triumphzug, der in Effelder durch große Volksmassen, die sich den beiden Hitler-Wagen auf offener Straße entgegenstellten, seinen Höhepunkt erreichten. Hitler mußte aussteigen, die Menge trug ihn fast in den Saal, wo Hitler einige Worte an die Versammelten richtete. Dann ging's in Eiltempo nach Sonneberg, zum Höhepunkt des Abends."

3 Vgl. auch Thüringer Tageszeitung vom 5.12.1932, "Hitler in Eisfeld"; VB vom 6.12.1932, "Adolf Hitler im Thüringer Notgebiet"; Der Nationalsozialist vom 7.12.1932, "Adolf Hitler in Südthüringen. Der Führer in Eisfeld und Sonneberg".

3. Dezember 1932 Dok. 82
Rede auf NSDAP-Versammlung in Sonneberg [1]

Sonneberger Zeitung vom 5.12.1932, "Hitler-Versammlung in Sonneberg" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 80.

4. Dezember 1932 Dok. 83
Schreiben an Walter von Reichenau [1]

Masch. Abschrift; IfZ, F 51 [2].

z. Zt. Berlin, den 4. Dezember 1932

Sehr verehrter Herr Oberst!

Durch Herrn Pfarrer Müller [3] erhielt ich das Schreiben [4], in dem das Wehrkreiskommando I bittet, es möchte eine besondere Weisung an die Parteileitung und SA-Führung in Ostpreußen

---

1 In der Halle des ehemaligen Gummiwerks, nach 21.45 Uhr. An der Versammlung nahmen laut Bericht des Stadtvorstands 8.000 (*Der Nationalsozialist*: 10.-15.000) Personen teil. Hitlers Rede wurde mit einer kurzen Begrüßung durch den Stadtrat und Kreisleiter der NSDAP, Hans Sauer, sowie den thüringischen Landtagspräsidenten Fritz Hille eingeleitet.

2 Vgl. auch Sonneberger Zeitung vom 1.12.1932, "Hitler-Kundgebung in der Stadthalle"; Thüringer Tageszeitung vom 5.12.1932, "Hitler in Eisfeld"; Thüringer Volksfreund vom 5.12.1932, "Aus Sonneberg"; VB vom 6.12. 1932, "Adolf Hitler im Thüringer Notgebiet"; Der Nationalsozialist vom 7.12.1932, "Adolf Hitler in Südthüringen. Der Führer in Eisfeld und Sonneberg"; Sonneberger Zeitung vom 20.4.1939, "Zweimal sprach der Führer in Sonneberg". Ferner Bericht Nr. II 1 218/32 des Stadtvorstands Sonneberg vom 4.12.1932 an das thüringische Ministerium des Innern; Thüringisches HStA Weimar, MdI P 165.
Im unmittelbaren Anschluß an die Veranstaltung fuhr Hitler "mittels PKW unter Begleitung von zwei weiteren Kraftwagen" nach Berlin. Vgl. den Bericht des Stadtvorstands sowie VB vom 6.12.1932, "Der Führer in Berlin".

1 Walter von Reichenau (1884-1942), 1904 preußischer Leutnant, 1911-1914 Kriegsakademie, danach verschiedene Stabsstellungen, 1919 Übernahme in die Reichswehr als Hauptmann, 1924 Major, 1929 Chef des Stabes der Nachrichteninspektion im Reichswehrministerium, 1931 Oberst, Chef des Stabes im Wehrkreiskommando I, bzw. der 1. Infanteriedivision, 1933 Chef des Ministeramts (seit 1934: Wehrmachtsamts) im Reichswehrministerium, 1934 Generalmajor, 1935 Generalleutnant, Kommandierender General des VII. Armeekorps, 1936 General, 1938 Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos 4, 1939 Oberbefehlshaber der 10., dann der 6. Armee, Generaloberst, 1940 Generalfeldmarschall, 1941 Oberbefehlshaber der 6. Armee, 3.12.1941 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd, 17.1.1942 an Herzversagen gestorben.

2 Zur Überlieferung vgl. auch Thilo Vogelsang, Hitlers Brief an Reichenau vom 4. Dezember 1932. In: VfZ 7 (1959), S. 429-437, hier S. 430.

3 Ludwig Müller (1883-1945), 1905 Kirchliches Examen, Alumnatsinspektor an einer Gütersloher Schule, 1908 zweiter Pfarrer an der evangelisch-lutherischen Kirche in Rödinghausen bei Bünde (Minden-Ravensberger

ergehen, im innerpolitischen Kampf der NSDAP in dieser Provinz Rücksicht auf die schweren außenpolitischen Gefahren zu nehmen[5]. Die Besorgtheit, die aus diesem Schreiben spricht, kann ich nicht nur verstehen, sondern ich[6] muß sie leider teilen. Daß ich daher alles tun werde, was im Bereiche meiner Möglichkeiten liegt, der Provinz keinen Schaden zuzufügen, ist selbstverständlich. Da ich aber sehr befürchte, daß viele meiner Maßnahmen nicht verstanden werden, und das Ergebnis im ganzen nur zu leicht negativ aussehen kann, fühle ich mich veranlaßt, Ihnen, Herr Oberst, als dem Chef des Stabes der Reichswehrdivision[7] zur Rechtfertigung meines Verhaltens ein Bild der Lage zu geben, so wie ich sie ansehe. Vielleicht werden Sie das Vorgehen der Bewegung anders beurteilen, wenn Ihnen die dahinterliegenden Absichten und die mich selbst beherrschenden Gedanken von vornherein bekannt sind.

Die Frage der territorialen Sicherheit Ostpreußens steht in engster Beziehung zur gesamtaußen- und innenpolitischen Situation des [*Deutschen*] Reiches. Diese möchte ich in kurzen Sätzen folgendermaßen skizzieren. Der Ausgang des Weltkrieges hat Frankreich nicht die restlose Erreichung der gehegten Kriegsziele gestattet. Insbesonders gingen die Hoffnungen auf

---

Land), 1914 Marinepfarrer bei der I. Marinedivision, 1916 beim Sonderkommando der Kaiserlichen Marine in der Türkei, 1918 Stationspfarrer in Cuxhaven, 1926 Wehrkreispfarrer des Wehrkreises I, Ostpreußen, in Königsberg, 25.4.1933 "Bevollmächtiger des Reichskanzlers für die Angelegenheiten der evangelischen Kirche", 4.8.1933 preußischer Landesbischof, 27.9.1933 Reichsbischof, 1945 Selbstmord (?).

4 Nicht zu ermitteln. Vgl. jedoch Goebbels' Tagebucheintrag vom 2.12.1932 (Teil I, Bd. 2, S. 288): "Pfarrer Müller aus Königsberg: die ostpreußische Reichswehr wird sich nicht ins Chaos treiben lassen. Will die Grenzen verteidigen. Bittet um Solidarität mit der SA." Ein möglicher Auslöser für dieses Schreiben könnte das berühmte "Kriegsspiel" des Oberstleutnant Eugen Ott gewesen sein, das am 2.12.1932 den Sturz des Kabinetts von Papen beschleunigte. Ott schrieb rückblickend, daß im Falle eines inneren Ausnahmezustands die Lage in Ostpreußen besonders schwierig geworden wäre; die Reichswehr hätte sich hier nicht nur gegen innenpolitische Gegner, sondern möglicherweise auch gegen einen polnischen "Zugriff" wehren müssen. "Die ostpreußische Division - im Konfliktfalle vom Reichsgebiet abgeschnitten und nur auf die eigenen Kräfte gestellt - war gezwungen, sich auf möglichst große wehrbereite Teile der Bevölkerung zu stützen, um auch nur einen schwachen Grenzschutz aufzustellen. Die überwiegende Mehrzahl solcher etwaiger Verstärkungen mußte aus den Reihen der NSDAP kommen, denn sie hatte in [...] Ostpreußen die Führung besonders der Jugend beherrschend an sich gebracht." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Papen, Bd. 2, Dok. 239 b; IfZ, ZS 279: Zeugenschrifttum Eugen Ott, Denkschrift vom 15.12.1947.
Reichenau hatte bereits Anfang April 1932 eine erste Unterredung mit Hitler unter vier Augen geführt, vermutlich im Anschluß an Hitlers Reden, die dieser am 5.4.1932 in Elbing und Königsberg gehalten hatte. Vgl. Vogelsang, Hitlers Brief, S. 430 sowie Bd. V/1, Dok. 13 und 14.

5 Die SA war im östlichen Teil des Deutschen Reichs auf unterschiedliche Weise in den sog. Grenzschutz (vgl. Anm. 31) integriert, obwohl die Führung der NSDAP es offiziell strikt ablehnte, sich an den Vorbereitungen zur militärischen Verteidigung des bestehenden Staates zu beteiligen. In Ostpreußen funktionierte die Zusammenarbeit zwischen der Reichswehr und den nationalsozialistischen Wehrverbänden am besten, mehr Spannungen und Probleme gab es in Schlesien und vor allem in Pommern. Als zu Beginn des Jahres 1931 einige SA-Männer auf Befehl der ostpreußischen Gauleitung den Grenzschutz verließen, sorgte Müller dafür, daß die Gauleitung ihre Entscheidung revidierte. Vgl. Bessel, Political Violence, S. 69.

6 In der Vorlage: "in".

7 Die Reichswehr besaß lediglich zehn Divisionen, so daß die Divisionkommandeure gleichzeitig auch die Funktionen der Befehlshaber in den Wehrkreisen bzw. die Funktionen der Kommandierenden Generäle wahrnahmen; in der militärischen Hierarchie des Kaiserreichs waren diese eine Stufe höher angesiedelt gewesen.
Die Provinz Ostpreußen war während der Weimarer Republik identisch mit dem Wehrkreis I, in dem die Truppen der 1. Infanteriedivision stationiert waren. Vgl. Matuschka, Organisation des Reichsheeres, S. 361 ff.

einen allgemeinen inneren Zerfall des Reiches nicht in Erfüllung[8]. Der Friedensvertrag von Versailles war daher von dem französischen Bestreben diktiert, für die nächste Zeit eine möglichst breite staatliche Interessengemeinschaft gegen Deutschland aufrechtzuerhalten. Dem Zweck dienten in erster Linie die territorialen Beschneidungen [*sic!*] des Reichsgebiets[9]. Indem man fast sämtliche der umliegenden Staaten mit deutschem Landbesitz bedachte, hoffte man, um Deutschland einen Ring der durch gemeinsame Interessen miteinander verbundenen Nationen zu schmieden. Im Osten sollte dabei an Stelle des zu dieser Zeit nicht ins Gewicht fallenden (und im übrigen damals auch in seiner Entwicklung nicht zu berechnenden) Rußland[10] das von Frankreich abhängige Polen treten[11]. Die durch den Polnischen Korridor erfolgte Abtren-

---

8 Die französische Außenpolitik verfolgte am Ende des Ersten Weltkriegs das Ziel, Deutschland wieder in seine ursprünglichen Teilstaaten aufzulösen, wobei Preußen auch seine Eroberungen von 1866 und 1871 sowie die Rheinprovinzen abtreten sollte. Diese Bedingungen, die auch weite Teile der französischen Öffentlichkeit unterstützten, wurden dezidiert als "Anti-Bismarck-Frieden" verstanden. Erst auf der Pariser Friedenskonferenz traf das französische Sicherheitsbedürfnis auf den Widerstand der britischen und amerikanischen Diplomatie, so daß das Deutsche Reich, ungeachtet einzelner territorialer Verluste, auch nach dem Versailler Friedensvertrag seine nationale Einheit behalten konnte. Vgl. Gitta Steinmeyer, Die Grundlagen der französischen Deutschlandpolitik 1917-1919, Stuttgart 1979, insbes. S. 77 ff.

9 Teil II des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 legte die Grenzen des Deutschen Reichs fest, Teil III führte jene Gebiete auf, die das Deutsche Reich abzutreten hatte: an Frankreich Elsaß und Lothringen, an Belgien die Kreise Eupen und Malmedy (de facto ohne Volksabstimmung), an Polen die Provinz Posen und den Großteil der Provinz Westpreußen und an die Tschechoslowakei das Hultschiner Ländchen. Nach einer vorhergehenden Volksabstimmung kam Nord-Schleswig an Dänemark, Ostoberschlesien an Polen. Das Gebiet um Danzig wurde unter den "Schutz" des Völkerbunds gestellt, der auch als "Treuhänder" des Saargebiets fungierte; das Memelgebiet schließlich gelangte unter die Kontrolle der alliierten Mächte. Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.
Diese Gebiete (ohne das Saargebiet) umfaßten eine Gesamtfläche von 70.579,5 km^2 (13,1%) mit einer Bevölkerung von insgesamt 6.372.177 Menschen (Stand: 1921, entsprechend 10%), von denen jedoch nur 2.797.024 der deutschen Nationalität zugerechnet wurden. Vgl. Wilhelm Winkler, Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums, Berlin 1927, S. 18 ff. mit Angabe der zugrundeliegenden Definitionskriterien.

10 Der Russische Bürgerkrieg (1918-1921) und die wirtschaftlichen Experimente des sog. Kriegskommunismus' hatten in Rußland neun bis zehn Millionen Menschen das Leben gekostet, viermal so viel wie der gesamte Weltkrieg; weitere zwei Millionen Menschen waren ins Ausland geflüchtet. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Rußlands, schon vor 1914 relativ gering entwickelt, war so gut wie zum Erliegen gekommen: 1921 war die Industrieproduktion auf 12-16% des Standes von 1912 geschrumpft. Zusätzlich verschärft wurde die Lage Sowjetrußlands durch seine außenpolitische Isolierung, die erst durch den Rapallo-Vertrag vom 16.4.1922 durchbrochen wurde. Vgl. Manfred Hildermeier, Die Russische Revolution 1905-1921, Frankfurt a. M. 1989, Zahlen S. 292.

11 Das Bündnis, das Frankreich und Polen am 19.2.1921 geschlossen hatten, umfaßte die gegenseitige Abstimmung bei gemeinsamen außenpolitischen Fragen, die Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen, vor allem aber die gegenseitige militärische Unterstützung bei einem nicht provozierten Verteidigungskrieg; die technischen und operativen Details hierüber wurden am 21.2.1921 in einer geheimen Militärkonvention präzisiert. Die Verbesserung des deutsch-französischen Verhältnisses durch den Vertrag von Locarno vom 16.10.1925 und Polens starke außenpolitische Isolation beeinträchtigten jedoch den Wert dieser wichtigen Allianz. Obwohl Polen wie Frankreich zu Beginn der dreißiger Jahre ihre Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern suchten, kühlte das Verhältnis unter den ehemaligen Partnern zunehmend ab: Zu Beginn des Jahres 1932 kündigte Polen die Dienste der französischen Militärmission, während der am 2.11.1932 ernannte polnische Außenminister Jozéf Beck sein Land ganz aus der Vormundschaft Frankreichs lösen wollte. Vgl. Piotr S. Wandycz, The Twilight of French Eastern Alliances, 1926-1936. French-Czechoslovak-Polish Relations from Locarno to the Remilitarization of the Rhineland, Princeton 1988.

nung Ostpreußens [12] mußte zwangsläufig zu dem suggestiven Wunsch führen, diese Provinz als ohnehin zum großen Teil von Polen umklammert, diesem Staate einzuverleiben [13]. Tatsächlich setzte die großpolnische Propaganda unmittelbar nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages in dieser Richtung ein.

Wohl aus Angst vor der deutlich drohenden Gefahr versuchte die deutsche Außenpolitik, durch Herstellung eines engeren Verhältnisses zu Rußland eine Entlastung im Osten herbeizuführen [14]. Bei aller Würdigung der politischen und militärischen Gründe war ich seit jeher

12 Aufgrund von Artikel 27 des Versailler Friedensvertrags mußte das Deutsche Reich u. a. die Provinz Posen und den Großteil der Provinz Westpreußen an die neugeschaffene Republik Polen abtreten. Danzig und das sie umgebende, in Artikel 100 definierte Gebiet wurde gemäß Artikel 102 als Freie Stadt begründet; dieses Gebiet unterstand dem Schutz des Völkerbunds, viele staatlichen Rechte gingen jedoch an Polen. Der dadurch geschaffene Korridor trennte Ostpreußen vom übrigen Reich. Für den Eisenbahn-, Draht und Fernsprechverkehr durch dieses Gebiet sah Artikel 98 des Versailler Vertrags einen eigenen Vertrag vor, der am 21.4.1921 in Paris zwischen Vertretern Deutschlands, Polens und der Freien Stadt unterzeichnet wurde. Vgl. Harald von Riekhoff, German-Polish Relations, 1918-1933, Baltimore 1971; Christoph M. Kimmich, The Free City. Danzig and German Foreign Policy 1919-1934, New Haven 1968. Druck von Artikel 98-108 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 867 ff.

13 Die deutsch-polnische Grenzziehung nach dem Ersten Weltkrieg hatte auf beiden Seiten für Enttäuschung und Verbitterung gesorgt; Deutschland wie Polen hielten am Anspruch einer Revision ihrer gemeinsamen Grenze fest. So entwickelte die polnische Armeeführung etwa den Plan "Ostpreußen", der die Besetzung dieser Provinz bis zum Oberlandkanal vorsah, jedoch nur als Präventivplanung im Falle eines deutschen Angriffs. 1931 gewann die polnische Außenpolitik durch die Schwerpunktverlagerung der sowjetischen Außen- und Militärpolitik nach Fernost an Handlungsfreiheit; der polnische Ministerpräsident Józef Piłsudski wollte jetzt - auch mit Blick auf die aktuelle wirtschaftliche und innenpolitische Schwäche des Deutschen Reichs - stärker auf eine Annexion Danzigs hinarbeiten. Dabei sollte Ostpreußen kurzfristig besetzt, nicht aber annektiert werden. Diese Planungen, die durch Probemobilmachungen erkennbar waren und sich zudem zeitlich mit der litauischen Intervention im Memelland überschnitten, sorgten 1932 auf deutscher Seite für größte Unruhe. Am 14./15.6. 1932 erreichten die Spannungen ihren Höhepunkt, als der polnische Zerstörer *Wicher* unangemeldet und kriegsmäßig ausgerüstet im Danziger Hafen einlief. Eine Eskalation blieb jedoch aus, da die internationale Diplomatie den Entspannungskurs der deutschen Regierung voll unterstützte. Vgl. Hans Roos, Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1931-1939, Tübingen 1957, S. 27 ff.; Riekhoff, German-Polish Relations, S. 327 ff.; Gerhard Schulz, Deutschland und Polen vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 33 (1982), S. 154-172.

14 Die deutsch-sowjetischen Beziehungen waren bereits durch den während der Wirtschaftskonferenz von Genua am 16.4.1922 abgeschlossenen bilateralen Rapallo-Vertrag normalisiert worden. Der damals als Sensation empfundene Vertrag gab Sowjetrußland, aber auch Deutschland die Möglichkeit, ihre internationale Isolierung zu durchbrechen und sich durch vielfältige diplomatische, wirtschaftliche und militärische Sonderbeziehungen zu ergänzen. Obwohl sich das Verhältnis seit Mitte der zwanziger Jahre abzukühlen begann, nicht zuletzt durch die zunehmende Westbindung der deutschen Außenpolitik, blieb die gut eingespielte deutsch-sowjetische Kooperation vorerst eine der wichtigsten außenpolitischen Faktoren; verbunden waren damit auch Überlegungen für eine Zusammenarbeit im Falle eines Krieges gegen Polen. Erst der Abschluß des polnisch-sowjetischen (25.7.1932) und französisch-sowjetischen (29.11.1932) Nichtangriffspakts leitete einen völligen Wandel in den internationalen Bündnissystemen ein. Dennoch versicherte der sowjetische General Michail Tuchatschewski während seines Besuchs der deutschen Herbstmanöver im Raum Frankfurt/Oder (19.-22.9.1932), daß der polnisch-sowjetische Nichtangriffspakt keineswegs das Ende der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit bedeute. Vgl. Karlheinz Niclauss, Die Sowjetunion und Hitlers Machtergreifung. Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen der Jahre 1929 bis 1935, Bonn 1966; Zeidler, Reichswehr und Rote Armee, passim; Rolf-Dieter Müller, Das Tor zur Weltmacht. Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik zwischen den Weltkriegen, Boppard a. Rh. 1984, S. 13 ff.; Christoph Mick, Sowjetische Propaganda, Fünfjahrplan und deutsche Rußlandpolitik 1928-1932, Stuttgart 1995, S. 29 ff., 299 ff.

gegen diesen, wie mir schien, bedenklichen Versuch aufgetreten[15]. Die Gründe für diese meine, besonders dem General von Hammerstein[16] seit vielen Jahren genau bekannte[17], Einstellung waren - und sind auch heute noch - folgende:

1.) Rußland ist kein Staat, sondern eine Weltanschauung, die zur Zeit auf dieses Territorium beschränkt ist, bzw. es beherrscht, die aber in allen anderen Ländern Sektionen unterhält, die nicht nur dem gleichen revolutionären Ziele zustreben, sondern auch organisatorisch der Moskauer Zentrale unterstellt sind[18]. Ein Sieg dieser Auffassungen in Deutschland muß zu unabsehbaren Folgen führen. Ein Kampf gegen diese vergiftenden Tendenzen aber ist um so schwerer, je mehr aus außenpolitischen Gründen mit der Zentrale dieser Vergiftung politisch und militärisch[19] zusammengearbeitet wird. Das deutsche Volk ist heute gegen den Kommunismus genauso wenig immun, wie es im Jahre 1917 bzw. 18 nicht immun war gegen den Gedanken der

15 Hitlers Rußlandbild war bis 1924 anti-bolschewistisch, jedoch nicht so sehr antirussisch geprägt. Unter dem Einfluß von Alfred Rosenberg gewannen jedoch zunehmend rassistische Projektionen und die Forderung nach Lebensraum an Einfluß, wie sie Hitler dann vor allem in *Mein Kampf* formulierte. Daraus schloß er apodiktisch: "Das derzeitige, seiner germanischen Oberschicht entkleidete Rußland ist, ganz abgesehen von den inneren Absichten seiner neuen Herren, kein Verbündeter für einen Freiheitskampf der deutschen Nation." Diese ideologischen Vorstellungen wurden gestützt von pragmatisch-strategischen Überlegungen; in Hitlers Augen war die Sowjetunion aufgrund ihrer geostrategischen Lage und ihrer wirtschaftlich-militärischen Schwäche nicht in der Lage, Deutschland in einem militärischen Konflikt wirksam zu unterstützen. Wie bei den übrigen Ideologemen Hitlers sollte sich auch an dieser Einschätzung nach 1925 nichts Wesentliches mehr ändern. Vgl. Manfred Weißbecker, "Wenn hier Deutsche wohnten...". Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP. In: Das Rußlandbild im Dritten Reich. Hrsg. von Hans-Erich Volkmann, Köln 1994, S. 9-54; Wolfgang Horn, Ein unbekannter Aufsatz Hitlers aus dem Frühjahr 1924. In: VfZ 16 (1968), S. 280-294. Einzelnachweise bei: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 96, 103, 327, 330, 631 und 888; Adolf Hitler, Mein Kampf, Bd. 2, 1927: S. 301 ff., Zitat S. 321; [65]1933: S. 726 ff, Zitat S. 748. Vgl. ferner Bd. II A, S. 104 ff.; Bd. III/3, S. 11 ff., 101 ff. in dieser Edition.

16 Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord (1878-1943), 1898 preußischer Leutnant, 1907-1910 Kriegsakademie, 1913 Hauptmann, 1914 Adjutant des Generalquartiermeisters, verschiedene Stabsverwendungen, 1917 Major, 1919 1. Generalstabsoffizier im Gruppenkommando I unter General Walther Frhr. von Lüttwitz, 1920 Weigerung einer Unterstützung des Kapp-Putsches, 1924 Chef des Stabes im Wehrkreiskommando III, bzw. der 3. Infanteriedivision, 1929 Generalmajor, Chef des Stabes des Gruppenkommandos I, Chef des Truppenamts, 1930 General, Chef der Heeresleitung, 1934 Abschied als Generaloberst, 1939 kurzfristiger Befehlshaber der Armee-Abteilung A.

17 Hammerstein galt in der deutschen Öffentlichkeit als "roter General". Sicher ist, daß er sich entschieden für die deutsch-sowjetische Kooperation einsetzte - und zwar nicht nur aus militärischen, sondern auch aus politischen Überlegungen. Vgl. hierzu auch die offizielle Erklärung Hammersteins vom August 1930 über das Verhältnis zwischen Reichswehr und Sowjetunion. Druck: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hrsg. und bearb. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel, Bd. VII, Berlin [*1962*], S. 507 ff. Ferner Zeidler, Reichswehr und Rote Armee, S. 227, 232, 257, 275.
Hammerstein war mit Hitler erstmals nach dessen Entlassung aus der Festungshaft im Winter 1924/25 in der Berliner Wohnung des Flügelfabrikanten Edwin Bechstein zusammengetroffen. Für den 12.9.1931 ist eine zweite Unterredung zwischen Hammerstein und Hitler überliefert, wobei nicht bekannt ist, ob dabei auch über die Sowjetunion gesprochen wurde. Obwohl sich Hammerstein zeitweise von den Nationalsozialisten blenden ließ, blieb er ihnen gegenüber jedoch aufs ganze gesehen relativ reserviert. Vgl. Kunrat Freiherr von Hammerstein, Spähtrupp, Stuttgart 1963, S. 15 ff.; Carsten, Reichswehr und Politik, S. 369 ff.; Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929-1932. Hrsg. von Henry A. Turner, jr., Frankfurt a. M. 1978, S. 473 f.

18 Gemeint ist die Komintern, vgl. Dok. 25, Anm. 20.

19 Vgl. Dok. 15, Anm. 56.

Revolution an sich. Dieses Problem können Offiziere und Staatsmänner nur dann beurteilen, wenn sie Völkerpsychologen sind. Wie die Erfahrung zeigt, trifft das nur sehr selten zu.

2.) Ich halte aus diesem Grunde die Sowjet-Diplomatie nicht nur für unzuverlässig, sondern überhaupt für nicht vergleichbar mit den außenpolitischen Führungen der anderen Nationen und damit für verhandlungs- und vertragsunfähig. "Verträge" können nur zwischen Kontrahenten auf gleicher weltanschaulicher Ebene abgeschlossen werden.

3.) Sollten wir aber einmal - was Gott verhüten möge - im Ernstfall durch Sowjethilfe gerettet werden, dann würde dies erst recht die Aufpflanzung der roten Fahne in Deutschland bedeuten.

4.) Sowie durch die militärische Erstarkung Rußlands der Wert des polnischen Bundesgenossen für Frankreich so vermindert wird, daß eine wirkliche Unterstützung französischer Absichten gegen Deutschland im Osten gefährdet erscheint, wird Frankreich entweder Rußland von Polen wegzuziehen versuchen, oder im Falle des Mißlingens einer solchen Aktion Polen endgültig fallen lassen, um Rußland dann an seine Stelle zu setzen[20].

5.) Das politische Zusammengehen Deutschlands mit Rußland berührt die übrige Welt unsympathisch. Das wirtschaftliche Zusammengehen zerstört mit die Zukunft unserer deutschen Exportindustrie[21].

Ich habe daher aus diesen Erwägungen seit nunmehr rund zwölf Jahren unentwegt vorgeschlagen, eine engere Verbindung einerseits zu Italien[22] und andererseits zu England[23] als wünschenswertestes außenpolitisches Ziel anzustreben.

Ich glaube, daß mir unterdess[*en*] die Entwicklung schon jetzt Recht gibt.

---

20 Obwohl die Sowjetunion von Frankreich am 28.10.1924 diplomatisch anerkannt worden war, wurden ihre Beziehungen nicht nur von ideologischen Gegensätzen überschattet. Die Bündnisse zwischen Deutschland und der Sowjetunion bzw. Frankreich und Polen schienen jede Intensivierung der französisch-sowjetischen Beziehungen zu blockieren. Unter dem Eindruck der sich verändernden internationalen Lage kam es jedoch seit März 1931 zu ersten französisch-sowjetischen Sondierungsgesprächen, die im August zur Paraphierung eines Nichtangriffsvertrags führten, der aber erst am 29.11.1932 in Paris unterzeichnet wurde. In diesem Vertrag verpflichteten sich Frankreich und die UdSSR u. a. zum gegenseitigen Gewaltverzicht, zur Neutralität, falls einer von ihnen von einer dritten Macht angegriffen werden sollte, sowie zu einem Verbot aller Gruppen im eigenen Land, deren Politik den Partner bedrohte. Die sowjetische Diplomatie betonte immer wieder, daß damit ihr besonderes Verhältnis zu Deutschland nicht in Frage gestellt würde; dennoch begann sich nun eine erste vorsichtige Neuorientierung der sowjetischen Außenpolitik abzuzeichnen. Vgl. William Evans Scott, Alliance against Hitler. The Origins of the Franco-Soviet Pact, Durham, N. C., 1962, S. 3 ff., 56 ff.

21 Vermutlich eine Anspielung auf zwei Aspekte, die nur indirekt miteinander zu tun hatten: Während der Weltwirtschaftskrise entwickelte sich die Sowjetunion, wo die riesigen Industrialisierungsprojekte des Fünfjahresplans entsprechende Absatzmärkte boten, zu einem der wichtigsten Auftraggeber der deutschen Exportindustrie. Der Anteil der UdSSR am deutschen Gesamtexport stieg deshalb von 431 Millionen RM (3,6%, Rang 11) im Jahr 1930 auf 763 Millionen RM (7,9%, Rang 4) im Jahr 1931. 1932 belief sich die entsprechende deutsche Exportquote auf 626 Millionen RM (10,9%, Rang 2), so daß die Existenz ganzer Industriezweige - es gab deutsche Maschinenbaufirmen, deren Produktion bis zu 90% in die UdSSR ging - von sowjetischen Aufträgen abhing. Vgl. Müller, Tor zur Weltmacht, S. 222 ff.; Mick, Sowjetische Propaganda, S. 416 ff.
Um den Fünfjahresplan finanziell zu ermöglichen, versuchte die sowjetische Exportindustrie ihre Waren zu Dumpingpreisen abzusetzen. Die USA begrenzten daher seit Juli 1930, Frankreich seit Oktober 1930 durch ein Lizenzsystem die sowjetischen Importe, woraufhin die Sowjetunion ihre Bestellungen in den betreffenden Ländern annullierte oder Transitrechte verweigerte. Durch diese "Anti-Dumping-Kampagne" verlagerte sich lediglich der sowjetische Außenhandel, vor allem nach Deutschland und Großbritannien. Vgl. Alexander Fischer, Sowjetische Außenpolitik in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933. In: Josef Becker/Klaus Hildebrand (Hrsg.), Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933, München 1980, S. 65-83 sowie Bd. IV/2, Dok. 89.

Frankreich hat infolge der sichtbaren Entwertung des polnischen Bundesgenossen - und wie mir scheint mit Erfolg - versucht, Rußland im fernen Osten zu engagieren[24], um an der polnischen Grenze eine Entlastung herbeizuführen[25]. Im nunmehr unterzeichneten Nichtangriffspakt zwischen Rußland und Polen[26] kann man diese weitausgreifende Aktion Frankreichs als im wesentlichen glücklich beendet ansehen. Damit aber stehen wir mitten in einer neuen Einkreisungspolitik, wenn nicht schon vor ihrem Abschluß. Daß bei diesem großen Unternehmen die neuerstarkte Kapitalsmacht Frankreichs wesentlich mitwirkt, darf zumindest für Polen als erwiesen gelten[27]. Ich halte sie für das kapitalsarme Rußland in der Zukunft ebenfalls für wahrscheinlich[28].

---

22 Eine der Leitlinien von Hitlers außenpolitischen Vorstellungen bildete das Ziel eines deutsch-italienischen Bündnisses, wie er es in Kapitel XV seiner "Außenpolitischen Standortbestimmung nach der Reichstagswahl" ausführlich erläutert. Vgl. Bd. II A, S. 136 ff.
Zu Hitlers damaligem Italienbild vgl. Dok. 4, Anm. 21.

23 Ein deutsch-britisches Bündnis war ein weiteres Axiom in Hitlers außenpolitischer Vorstellungswelt. Vgl. Bd. II A, S. 124 ff. sowie Josef Henke, England in Hitlers politischem Kalkül 1935-1939, Boppard a. Rh. 1973, S. 20 ff.

24 Die Sowjetunion begann seit Januar 1932 Truppen von der polnisch-sowjetischen Grenze in ihren Fernöstlichen Militärbezirk zu verlegen; waren dort 1929 lediglich zwei Schützendivisionen und eine Kavalleriebrigade stationiert, so waren es Ende 1933 insgesamt neun Schützendivisionen und $1^{1}/_{2}$ Kavalleriebrigaden. Vgl. John Erickson, The Soviet High Command. A Military-Political History 1918-1941, London 1962, S. 357 ff.

25 Seit dem Ersten Weltkrieg bestanden gute Beziehungen zwischen Frankreich und Japan, so daß die japanische Expansion in der Mandschurei in Paris auf sehr viel mehr Verständnis stieß als in London oder gar in Washington. Die französische Diplomatie versuchte deshalb, der antijapanischen Politik des Völkerbundsrats entgegenzusteuern, und unterzeichnete am 13.5.1932 in Paris einen Handelsvertrag, der vor allem den wirtschaftlichen Austausch zwischen Japan und Französisch-Indochina intensivieren sollte. Da damals der sowjetisch-französische Nichtangriffspakt noch nicht unterzeichnet war, umfaßte die französische Fernostpolitik immer auch den Versuch, Druck auf die Sowjetunion auszuüben. Der im August 1932 unterbreitete Vorschlag Japans für ein festes Bündnis mit Frankreich blieb jedoch unbeantwortet. Vgl. Scott, Alliance against Hitler, S. 41 ff.; Takashi Tanaka, Les relations franco-japonaises de 1931 à 1941. In: Guerres mondiales et conflits contemporains 45 (1995), H. 178, S. 91-102.

26 Der Frieden von Riga vom 18.3.1921 hatte zwar den sowjetisch-polnischen Krieg beendet, nicht aber die massiven Differenzen zwischen diesen beiden Staaten. Erst der Primat der Sicherheit, an dem sich seit dem Ende der zwanziger Jahre die sowjetische Außenpolitik orientierte, sowie die japanische Expansion in der Mandschurei seit 1931 waren die Voraussetzungen dafür, daß am 25.7.1932 ein auf drei Jahre befristeter Nichtangriffspakt in Moskau unterzeichnet wurde, in dem sich beide Seiten zusicherten, auf "aggressive Handlungen" in ihren gegenseitigen Beziehungen sowie auf die Unterstützung eines Angriffs durch eine dritte Macht zu verzichten. Mit dem Vertrag, der eine Garantie der polnischen Grenzen jedoch nicht enthielt, versuchten beide Seiten, einen Minimalkonsens in ihren bilateralen Beziehungen herzustellen, wobei es der Sowjetunion damit auch gelungen war, kollektive Sicherheitsgarantien zu unterlaufen. Vgl. Rolf Ahmann, Nichtangriffspakte: Entwicklung und operative Nutzung in Europa 1922-1939. Mit einem Ausblick auf die Renaissance des Nichtangriffsvertrages nach dem Zweiten Weltkrieg, Baden-Baden 1988, S. 65 ff.

27 Polen, wirtschaftlich zunächst nur wenig entwickelt, war seit 1921 ein bevorzugtes Investitionsobjekt für französischen Banken und Firmen. Zahlreiche polnische Unternehmen wurden mit französischem Kapital gegründet oder von französischen Investoren aufgekauft, im Oktober 1927 organisierte die Banque de France eine große Anleihe zur Stabilisierung der polnischen Währung. Bis 1934 flossen französische Anleihen in einer Gesamthöhe von 2.316 Millionen FF nach Polen. Allerdings waren es auch diese wirtschafts- und finanzpolitischen Beziehungen, die bis zum Beginn der dreißiger Jahre das französisch-polnische Verhältnis allmählich aushöhlten, da vor allem die französische Seite von diesen Geschäften profitierte. Vgl. Wandycz, Twilight, passim, Zahl S. 345.

28 Seit März 1931 verhandelten die Sowjetunion und Frankreich nicht nur über den Abschluß eines Nichtangriffspakts, sondern auch über eine Intensivierung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen. Die Gespräche schei-

Ostpreußen geht damit in dem Augenblick verloren, in dem eine bestimmte innerpolitische Situation eine in der Welt Deutschland abgeneigte Atmosphäre für den polnischen Angriff schaffen würde. Die Ausrufung einer Monarchie zum Beispiel oder überhaupt eine heute vorgenommene Reaktivierung des Hauses Hohenzollern[29] - gleich in welcher Form - kann diesen Schritt sofort herbeiführen[30].

Die militärischen Mittel und Möglichkeiten Ostpreußens sind meines Erachtens nicht genügend, einen längeren aussichtsreichen Widerstand durchzuführen[31]. Die militärische Unterstützung aber durch das Reich sehe ich unter Zugrundelegung der augenblicklichen politischen Verhältnisse als gleich null an. Ich halte die theoretische Forcierung der deutschen Aufrüstung dabei für die schlimmste Gefahr. Es ist denkbar, daß Frankreich heute nicht mehr in der Lage ist, die theoretische Zubilligung der Gleichberechtigung Deutschlands zu sabotieren. In diesem Falle wird die darauffolgende Spanne Zeit, da aus der theoretischen Gleichberechtigung die praktische, technische und organisatorische Aufrüstung zu erfolgen hat, die gefährlichste Epoche der deutschen Geschichte sein. Wenn je die Gründe für einen Präventivkrieg sprechen, dann in diesem Falle für einen Angriff Frankreichs gegen Deutschland. Nur ein solcher militärischer Akt schafft die erwünschten neuen Tatsachen, und dieselbe Welt, die uns heute ihr theoretisches Wohlwollen schenkt, würde sich hüten, die vollzogenen Tatsachen etwa mit Waffengewalt korrigieren zu wollen.

---

terten aber bis zum Herbst 1931 an der Weigerung der sowjetischen Seite, eine Wiedergutmachung für die erheblichen französischen Investitionen im zaristischen Rußland zu leisten. Ein vorläufiger Handelsvertrag zwischen der Sowjetunion und Frankreich, der die Frage der französischen Vorkriegsinvestitionen ignorierte, wurde jedoch erst am 11.1.1934 abgeschlossen. Vgl. Scott, Alliance against Hitler, S. 10 ff., 145 ff.

29 Sigurd von Ilsemann schrieb am 4.10.1932 in sein Tagebuch, "daß der Kronprinz an Hitler einen sehr ernsten Brief geschrieben habe, um ihn zu bitten, eine Verständigung mit den Rechtsparteien zu versuchen". In seiner Antwort habe Hitler darauf hingewiesen, "daß er alles, was er sei und was er erreicht habe, nur sich selbst verdanke". Hitler habe dann Hindenburg, die Regierung, aber auch die DNVP scharf angegriffen und erklärt, daß er niemals mit diesen zusammenarbeiten werde. "Er verlange für sich und seine Partei die alleinige und völlige Macht." Vgl. Sigurd von Ilsemann, Der Kaiser in Holland. Aufzeichnungen des letzten Flügeladjutanten Kaiser Wilhelms II., Bd. II: Monarchie und Nationalsozialismus 1924-1941. Hrsg. von Harald von Koenigswald, München 1968, S. 205.

30 Es ist wohl kein Zufall, wenn Hitler gerade einen hohen Vertreter der Reichswehr vor einer monarchischen Restauration warnt. Hitler, der die strukturellen Schwächen des Kaiserreichs teilweise sehr genau erkannt und analysiert hatte (vgl. z. B. Bd. II A, S. 42 ff.), hatte nie einen Zweifel daran gelassen, daß er mit einer Wiedereinsetzung der alten Dynastien nichts im Sinn habe. Vgl. Bd. I, Dok. 101; Bd. III/2, Dok. 91, 94, 99; Bd. III/3, Dok. 5, Dok. 111 sowie Dok. 73, Anm. 12 und Dok. 76, Anm. 14 in diesem Band. Ferner Hitler aus nächster Nähe, S. 86 ff.

31 Während der Weimarer Republik waren in Ostpreußen nur eine Infanteriedivision sowie Teile einer Kavalleriedivision stationiert. Nach Abzug der Interalliierten Militär-Kontroll-Kommission im Februar 1927 begann man schon bald mit der geheimen Aufstellung des sog. Grenzschutzes, der sich aus verschiedenen politischen Wehrverbänden, auch der SA, rekrutierte und der schließlich sechs Verbände mit mindestens einem Regiment sowie vier Festungsregimentern umfaßte. Außerdem errichtete man im Zentrum Ostpreußens, dem sogenannten Heilsberger Dreieck, eine provisorische Verteidigungsanlage, da der Versailler Vertrag den Bau von neuen Verteidigungsstellungen im Grenzraum verbot. Doch reichten diese Vorbereitungen nicht aus, um Ostpreußen gegen eine Offensive von voraussichtlich vier polnischen Divisionen lange zu verteidigen. Die Reichswehrführung plante deshalb, die deutschen Truppen auf die Linie von Oder und Neiße zurückzuziehen und lediglich den Kern Ostpreußens bis zum Beginn eines sowjetischen Entlastungsangriffs zu halten. Vgl. Kurt Burk, Planungen und Maßnahmen der Reichswehr zur Sicherung der deutschen Ostgrenzen. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 48 (2/1990), S. 41-64; Riekhoff, German-Polish Relations, S. 360 ff.

Es ist dabei für Frankreich nichts erwünschter, als den ersten Schritt in dieser neuen Aktion einem Dritten überlassen zu können. Gründe und Anlässe dafür sind jederzeit zu konstruieren.

Ich sehe daher, wie schon betont, die Gefahr dieses Angriffs als eine akute an und glaube, daß man gut tut, mit ihrem Ausbruch in jedem Augenblick zu rechnen!

Demgegenüber fehlt heute die Möglichkeit eines aktiven Eingreifens Deutschlands bei einem solchen Konflikt. Der Grund liegt keineswegs im Fehlen der notwendigen technischen Rüstung[32], als vielmehr in der hierfür gänzlichen Ungeeignetheit des deutschen Volkes dank seinem geistigen, moralischen und politischen Verfall[33].

Das deutsche Volk bildet heute zwei Weltanschauungsgruppen, von denen die eine für jeden, dem heutigen Staat zu leistenden militärischen Dienst ausfällt[34]. Nach den letzten Reichstagswahlen ergibt sich folgendes Bild der seelischen Struktur [*sic!*] unseres Volkes:

Kommunisten	6 Millionen
Sozialdemokraten	7,4 Millionen
Zentrum	4 Millionen
Staatspartei etc.	1 Million
Nationalsozialisten	12 Millionen
Deutschnationale Volkspartei (einschließlich Stahlhelm)	3 Millionen
Deutsche Volkspartei etc.	1 Million[35]

Das heißt also: Im Falle eines heute Deutschland aufgezwungenen Krieges ist mehr als die Hälfte der Nation ihrem Wesen nach teils mehr oder weniger pazifistisch, teils bewußt wehr- und verteidigungsfeindlich eingestellt[36]. Die Meinung einzelner Generale, die militärische Ausbildung (es könnte sich dabei in einem augenblicklichen Kriegsfall immer nur um eine

---

32 Teil V des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 legte Größe, Charakter und Bewaffnung der deutschen Streitkräfte präzise fest. Dazu gehörten u. a. ihre Reduzierung auf eine Gesamtstärke von 115.000 Mann, das Verbot aller modernen und zukunftsweisenden Waffensysteme sowie der allgemeinen Wehrpflicht, ferner der Abbau aller Grenzbefestigungen und die Begrenzung aller militärischen Aufgaben auf die Aufrechterhaltung der innerstaatlichen Ordnung. Druck: RGBl. 1919, S. 919 ff. Zu Organisation von Reichsheer und Reichsmarine vgl. Matuschka, Organisation des Reichsheeres, S. 305-343; Rolf Güth, Die Organisation der deutschen Marine in Krieg und Frieden 1913-1933. In: Ebenda, Bd. 4/VIII, S. 263-336, hier S. 314 ff.

33 Zur Wehrtheorie der NS-Bewegung vor 1933 vgl. Wolfgang Sauer, Die Mobilmachung der Gewalt, Bd. III: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Frankfurt a. M. 1974, S. 85 ff.

34 In der Vorlage: "ausfüllt".
Daß die NSDAP prinzipiell nicht bereit war, sich in die Landesverteidigung integrieren zu lassen, wird von Hitler geflissentlich unterschlagen.

35 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.

36 Zur Position der pazifistischen Verbände vgl. Reinhold Lütgemeier-Davin, "Wiederwehrhaftmachung" oder "Abrüstung". Die militärische Sicherheitspolitik der Weimarer Republik im Licht pazifistischer Öffentlichkeit. In: Lehren aus der Geschichte? Historische Friedensforschung. Redaktion Reiner Steinweg, Frankfurt a. M. 1990, S. 186-231. Ferner Karl Holl/Wolfram Wette (Hrsg.), Pazifismus in der Weimarer Republik. Beiträge zur historischen Friedensforschung, Paderborn 1981; Pazifismus zwischen den Weltkriegen. Deutsche Schriftsteller und Künstler gegen Krieg und Militarismus 1918-1933. Hrsg. von Dietrich Harth, Dietrich Schubert und Ronald Michael Schmidt, Heidelberg 1985.
Zur Haltung der Parteien zur Reichswehr vgl. Wohlfeil, Heer und Republik, S. 140 ff.

ganz kurz bemessene handeln) würde die parteipolitische, weltanschauliche Erziehung wieder ausmerzen, ist gradezu kindisch. Selbst die zweijährige Dienstzeit[37] brachte es im Frieden[38] nicht fertig, der Sozialdemokratie Abbruch zu tun[39]. Der Hinweis, daß die SPD-Arbeiter aber 1914 ihre Pflicht taten, ist falsch. Denn nicht der bewußte Marxist tat damals seine Pflicht, sondern der Deutsche, der vorübergehend in einer inneren Aufwallung dem Marxismus entsagte. Die bewußte marxistische Führung begann bereits im Jahre [*19*]15 mit der Gegenarbeit und brachte endlich 1918 nach unerhört ruhmreichem Widerstande das Volk zur Revolution und damit das Reich zum Zusammenbruch[40]!

Die damalige Sozialdemokratie kann dabei überhaupt nicht verglichen werden mit der heutigen KPD. Der Marxismus, im Jahre 1914 eine theoretische Idee, hat heute praktisch einen gigantischen Weltteil erobert. Ein Krieg Deutschlands in seiner heutigen Verfassung würde die Nation von Anfang an schon nervenmäßigen Belastungsproben aussetzen, die zumindest für das Hinterland in keinem Verhältnis stünden zu den analogen Vorgängen im Weltkrieg.

Die Meinung aber, in diesem Fall auf die nationalen Verbände zurückgreifen zu können, ist für diese heute so verfemten und verfolgten Gebilde ja höchst ehrenvoll, aber praktisch nicht nur ohne jede Bedeutung, sondern eher noch von furchtbaren Folgen begleitet. Denn ein Einziehen der nationalen Elemente unter die Fahnen und ihr Abschieben (als mehr oder weniger unausgebildetes Kanonenfutter!) an die Fronten, heißt die Heimat im selben Augenblick dem roten Mob ausliefern. Das Jahr 1918 war ein Kinderspiel gegen das, was dann käme.

Während daher unsere politischen und militärischen Strategen die deutsche Aufrüstung als eine technische und organisatorische Aufgabe ansehen, sehe ich die Voraussetzung für jede Aufrüstung in der willensmäßigen und geistigen Herstellung einer neuen deutschen Volkseinheit. Ohne die Lösung dieses Problems ist das ganze Gerede von "Gleichberechtigung" und "Aufrüstung" ein oberflächliches und dummes Geschwätz[41].

Diese Herstellung einer weltanschaulich, geistig und willensmäßigen Einheit in unserem Volk ist die Aufgabe, die ich mir vor vierzehn Jahren stellte und für die ich seitdem gekämpft habe. Daß unsere offiziellen Dienststellen der zivilen und militärischen Behörden diesem Problem mit vollständiger Fassungslosigkeit, um nicht zu sagen Stupidität gegenüberstehen, nimmt

37 Die Einführung der *drei*jährigen Dienstzeit im Jahr 1860 war Teil der Heeresreform des preußischen Kriegsministers Albrecht von Roon. Trotz des heftigen Widerstands des preußischen Abgeordnetenhauses wurde dieses Modell, dem 1866 auch die süddeutschen Staaten folgten, beibehalten. Im Zuge der Vergrößerung des preußischen Heeres wurde erst 1893 die Wehrpflicht als Zugeständnis an den Reichstag wieder auf zwei Jahre gesenkt. Durch das System der Einjährig-Freiwilligen konnte die Dienstzeit jener Wehrpflichtigen, die eine höhere Schulbildung absolviert hatten, auf ein Jahr reduziert werden. Vgl. Manfred Messerschmidt, Die politische Geschichte der preußisch-deutschen Armee. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 2/IV, München 1979, S. 9-380, hier S. 177 ff., 238 ff., 278 f.

38 Die Verwendung des Wortes "Frieden" für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg war auch über vierzehn Jahre nach seinem Ende im damaligen deutschen Sprachgebrauch weit verbreitet.

39 Zum Verhältnis von Arbeiterbewegung bzw. SPD und Bewaffneter Macht in Deutschland zwischen 1848 und 1918 vgl. Reinhard Höhn, Sozialismus und Heer, 3 Bde., Bad Homburg vor der Höhe 1959-1969.

40 Zur Politik der SPD während des Ersten Weltkriegs vgl. Susanne Miller, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974; Wolfgang Kruse, Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15, Essen 1993.

41 Vgl. Dok. 15, Anm. 52.

mich nicht wunder. Es ist in der Geschichte noch nie anders gewesen. Alle großen Gedanken und Reformen der Menschheit sind nicht von den Zünften ausgegangen. Warum sollte es also heute anders sein? Allein die Würdigung dieser geschichtlichen Wahrheit entbindet denjenigen, der eine solche Frage in ihrer ganzen Riesengröße einmal erkannt hat, nicht von der Verpflichtung, dafür auch einzutreten. Ich muß daher, so leid es mir tut, gegen jede deutsche Regierung Stellung nehmen und muß sie unduldsam bekämpfen, die nicht entschlossen und bereit ist, diese innere Aufrüstung der deutschen Nation vorzunehmen. Aus ihr heraus ergeben sich dann alle weiteren Maßnahmen.

Das derzeitige Kabinett[42] des Generals von Schleicher halte ich nun deshalb für besonders unglücklich, weil es schon durch die Person des Trägers dieser Frage noch verständnisloser gegenüberstehen muß als jedes andere. Dieses Problem der inneren, geistigen Aufrüstung der Nation kann, wie immer in der Geschichte, auch dieses Mal nicht von einem Heer, sondern nur von einer Weltanschauung gelöst werden. Die Armee damit beschäftigen, läßt sie in den Augen vieler als parteiisch erscheinen [*sic!*], genauso, wie umgekehrt die Aufgabe selbst in den Augen der Massen dadurch kompromittiert wird. Denn weder die Polizei noch das Militär haben jemals Weltanschauungen vernichtet und noch viel weniger Weltanschauungen aufgebaut. Ohne Weltanschauung kann aber auf die Dauer kein menschliches Gebilde bestehen. Weltanschauungen sind die Gesellschaftsverträge und Basen, auf denen sich größere menschliche Organisationen erst errichten lassen[43]. Ich sehe daher zum Unterschied unserer heutigen Staatsmänner die deutschen Aufgaben der Zukunft in folgenden:

1.) Überwindung des Marxismus und seiner Folgeerscheinungen bis zu ihrer vollständigen Ausrottung. Herstellung einer neuen geistigen und willensmäßigen Einheit des Volkes.

2.) Allgemeine seelische, sittliche und moralische Aufrüstung der Nation auf dem Boden dieser neuen weltanschaulichen Einheit.

3.) Technische Aufrüstung.

4.) Organisatorische Erfassung der Volkskraft für den Zweck der Landesverteidigung.

5.) Erreichung der rechtlichen Anerkennung des bereits herbeigeführten, neuen Zustandes[44] durch die übrige Welt.

Nur ein tiefer Regenerationsprozeß kann an Stelle des heutigen Experimentierens und Suchens nach immer neuen kleinen Aushilfen eine endgültige klare Lösung der deutschen Krise bringen. Aus dieser Auffassung heraus aber bitte ich Sie, Herr Oberst, meine Haltung beurteilen zu wollen.

---

42 Vgl. Dok. 78, Anm. 12.

43 Möglicherweise eine Anspielung auf die seit dem 17. Jahrhundert - insbesondere von Thomas Hobbes, John Locke und Jean-Jacques Rousseau - entwickelte Theorie vom Gesellschaftsvertrag: Ausgehend von einem fiktiven Naturzustand, gekennzeichnet durch Unordnung und Unsicherheit, wird gesellschaftliche Einheit und Legitimität politischer Herrschaft nicht mehr religiös begründet, sondern durch das Konstrukt des Gesellschaftsvertrags, d. h. im Verständnis dieser Theorien durch die freiwillige Selbstbeschränkung der souveränen, freien und in keine vorgegebene Ordnung eingebundenen Individuen.
Als mögliche Quelle für Hitlers Bemerkung wäre an die Rezeption des Begriffs bei Oswald Spengler zu denken. Vgl. Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte, Bd. II: Welthistorische Perspektiven, München ^{16}1922, S. 568 f.

44 Gemeint ist die militärische Gleichberechtigung; vgl. Dok. 80, Anm. 19.

Ich werde alles tun - das ist selbstverständlich - was getan werden kann, um einer schwer bedrängten Provinz die notwendige Rücksicht angedeihen zu lassen. Allein gerettet kann Ostpreußen nur werden, wenn Deutschland gerettet wird. Daß durch das neue Kabinett Schleicher diese einzig mögliche Rettung wieder verschoben und erschwert wird, liegt auf der Hand. Möge es aber wenigstens nicht zu jenen Experimenten greifen, die meiner Überzeugung nach den vorbereiteten Angriff Frankreichs vor der Welt gradezu als moralisch gerechtfertigt erscheinen lassen würden. Denn die Welt würde glücklich sein, ihr Nichteingreifen in eine polnische Aktion - die man bei einer französischen Unterstützung heute gar nicht verhindern kann - mit Gründen zu motivieren, die die moralische Schuld als bei Deutschland liegend feststellen könnten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebener

gez. Adolf Hitler[45]

5. Dezember 1932 Dok. 84
Rede vor der Reichstagsfraktion der NSDAP in Berlin[1]

VB vom 7.12.1932, "Erste Sitzung der nat[*ional*]soz[*ialistischen*] Reichstagsfraktion in Anwesenheit Adolf Hitlers"[2].

Sodann nahm Adolf *Hitler* das Wort und legte in mehr als einstündigen Ausführungen nach einem Rückblick auf die letzten politischen Ereignisse

die Richtlinien

fest, die für die Haltung der *Reichstagsfraktion* der NSDAP im kommenden Kampfe maßgebend sein werden[3].

---

45 Über ein Antwortschreiben Reichenaus ist nichts bekannt; vgl. jedoch die Angaben über die damaligen Kontakte zwischen Hitler und Reichenau bei Jordan, Erlebt, S. 86.

1 Im Reichstagspräsidialgebäude, Sommerstraße 30 (Bezirk Mitte), abends. Die Sitzung wurde durch den Vorsitzenden der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion Frick um 18.00 Uhr eröffnet und um 21.00 Uhr beendet. Hitler sprach etwa eine Stunde.
Den Reichstag betrat Hitler erst nach der nationalsozialistischen Machtübernahme. Vgl. Engelbrechten/ Volz, Wir wandern, München 1937, S. 51.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 6.12.1932, "Fort mit dem Kabinett Schleicher! Hitler über die Taktik der NSDAP"; Berliner Tageblatt vom 6.12.1932 (MA), "Mehrheit für Vertagung des Reichstags wahrscheinlich"; vom 6.12. 1932 (AA), "Beginnende Entspannung"; Frankfurter Zeitung vom 6.12.1932 (2. MA), "Vor der ersten Reichstagssitzung"; National Zeitung vom 6.12.1932, "Mit Adolf Hitler vorwärts"; Der Nationalsozialist vom 7.12. 1932, "Der Führer vor der Reichstags-Fraktion!". Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil 1, Bd. 2, S. 292 f. Rundschreiben Fricks an die Mitglieder der Reichstagsfraktion vom 29.11.1932; BA, Slg. Schumacher 319. Bildberichterstattung in: VB vom 8.12.1932; Illustrierter Beobachter vom 17.12.1932.

3 Der am 6.11.1932 gewählte Reichstag wurde am 6.12.1932 eröffnet. Angesichts der schlechten Ergebnisse bei den letzten Wahlen versuchte die Reichstagsfraktion der NSDAP, eine erneute Auflösung des Reichstags

Ausgehend von den immer gleichbleibenden, weltanschaulichen Zielen und der großen nationalen Aufgabe der Bewegung, von der Millionen Deutscher die Erfüllung ihres Sehnens nach einer besseren deutschen Zukunft erwarten, gab er seiner, durch nichts zu erschütternden, Überzeugung Ausdruck, daß Energie und eiserne Zähigkeit der nationalsozialistischen Idee den Sieg sichern werden. Niemals habe eine große Bewegung gesiegt, wenn sie den Weg des Kompromisses eingeschlagen habe[4]. *Je mehr die Ereignisse zur Entscheidung drängten, um so mehr Opfer erfordere der Kampf. Entscheidend sei allein, wer in diesem Kampf das letzte Aufgebot und das letzte Bataillon auf die Walstatt bringe.*

Es sei nicht wahr, daß die NSDAP in Thüringen eine Niederlage erlitten habe[5]. Wenn man schon diese Gemeindewahlen als politischen Maßstab nehmen wolle, dann stelle er fest, daß die NSDAP insgesamt in Thüringen prozentual im Verhältnis zu den anderen Parteien *nicht* zurückgegangen sei, sondern sogar gegenüber der letzten Reichstagswahl im Verhältnis etwas *gewonnen* habe[6].

---

nach Möglichkeit zu verhindern. Es ist bezeichnend, daß die Vorlage jedoch nichts über derartige politische Absichten, über die sich Hitler zweifellos äußerte, berichtet. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. VII. Wahlperiode 1932, Bd. 455, Berlin 1933, S. 1 ff.

4 Vor seiner Rede hatte sich Hitler im Hotel *Kaiserhof* mit den Spitzenfunktionären der NSDAP über die politische Lage beraten; dabei war es zu "schärfsten Zusammenstößen" mit Gregor Straßer gekommen, der angesichts der schlechter werdenden Wahlergebnisse nicht mehr bereit war, die Verantwortung für eine Politik der Verweigerung mitzutragen. Goebbels berichtet, daß sich bei Hitlers Worten Straßers Gesicht zusehends "versteinert" habe. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 292 f. sowie Dok. 86, Anm. 1.

5 Auch die Ergebnisse der thüringischen Gemeinde- und Kreistagswahlen vom 4.12.1932 unterbrachen das kontinuierliche Ansteigen der nationalsozialistischen Wahlerfolge. Verglichen mit den Reichstagswahlen am 31.7. und 6.11.1932 hatten allerdings auch die SPD und KPD Stimmen verloren, die Verluste der NSDAP waren jedoch am gravierendsten. Der Thüringer Landbund hatte dagegen erneut Stimmen gewonnen.
Die folgende Statistik beruht auf einer Addition der Ergebnisse bei den Stadtratswahlen in den zehn kreisfreien Städten und der Kreistagswahlen in den sechzehn Landkreisen; rechts davon die entsprechenden regionalen Ergebnisse bei den Reichstagswahlen vom 6.11. und 31.7.1932:

	4.12.1932	6.11.1932	31.7.1932
NSDAP	262.662	341.230	423.948
SPD	188.227	209.784	231.231
KPD	150.198	178.404	159.253
Thüringer Landbund	69.016	59.492	54.885

Vgl. Vossische Zeitung vom 6.12.1932 (MA), "Das Thüringer Gesamt-Ergebnis". Ferner Berliner Tageblatt vom 5.12.1932 (AA), "Abkehr von Hitler"; Germania vom 5.12.1932, "Die Thüringer Wahlergebnisse" und "Thüringen hat gewählt"; Frankfurter Zeitung vom 5.12.1932 (MA), "Die Nationalsozialisten verlieren weiter bei den Kommunalwahlen in Thüringen"; vom 5.12.1932 (AA). "Das war ihm wichtiger. Thüringer Gemeindewahlen: Weiterer Rückgang der NSDAP"; Neue Preußische Kreuzzeitung vom 5.12.1932, "Die Bevölkerung hat das Wählen satt"; Vorwärts vom 5.12.1932 (AA), "Die Wahl als Wahrzeichen" und "Nazis im Abstieg"; vom 6.12.1932 (MA), "Hitlers Niederlage in Thüringen"; Vossische Zeitung vom 5.12.1932 (AA), "Hitlers Verluste in Thüringen".

6 Im Vergleich zu den Wahlen vom 2.12.1928 hatte die NSDAP durch die Wahlen vom 4.12.1932 auf Kommunal- und Kreisebene überall, und zwar teilweise erheblich, gewonnen. Verglichen mit den Reichstagswahlen vom 31.7. und 6.11.1932 waren jedoch die nationalsozialistischen Wähler stark zurückgegangen. Der *Vorwärts* errechnete am 5.12., daß - verglichen mit der Reichstagswahl vom 6.11.1932 - die NSDAP 22,5%, die SPD 15,8% und die KPD über 15% an Stimmen verloren habe. Vgl. Anm. 5, ferner Franz Walter, Von der roten zur braunen Hochburg: Wahlanalytische Überlegungen zur NSDAP in den beiden thüringischen Industrie-

In zahlreichen Gemeinden sei sogar die Stimmenzahl der letzten Reichstagswahl überschritten worden[7].

Keine Sekunde werde die nationalsozialistische Bewegung in ihrem Kampfeswillen und ihrer Kampfesentschlossenheit erlahmen[8]. *Sie habe den längeren Atem und werde daher auch den letzten Sieg erringen.*

Nachdem Adolf Hitler anschließend die politischen Richtlinien für die Reichstagsfraktion im einzelnen bekanntgegeben hatte[9], *schloß der Fraktionsvorsitzende Dr. Frick*[10] *die Sitzung, indem er dem Führer namens der gesamten Fraktion das Gelöbnis unerschütterlicher und unverbrüchlicher Gefolgschaftstreue in die Hand ablegte*[11].

---

landschaften. In: Nationalsozialismus in Thüringen. Hrsg. von Detlev Heiden und Gunther Mai, Weimar 1995, S. 143-164.

7 Über derartige Fälle wird in der nationalsozialistischen Presse nichts berichtet; diese beschränkte sich vielmehr darauf, die Ergebnisse der Gemeinde- und Kreistagswahlen vom 4.12.1932 mit denen vom 2.12.1928 zu vergleichen: Mit Ausnahme des Stadt- und Landkreises Altenburg war nun in allen Kommunal- und Kreisvertretungen die NSDAP *zusammen mit* den bürgerlichen Parteien stärker als SPD, bzw. SPD und KPD. Die Verluste im Vergleich zu den Reichstagswahlen vom 31.7. und 6.11.1932 wurde von den nationalsozialistischen Wahlkommentaren mit der generell niedrigen Wahlbeteiligung erklärt, gleichzeitig wurde auf das ebenfalls schlechtere Abschneiden von KPD und SPD hingewiesen. Vgl. Der Angriff vom 5.12.1932, "Die Lüge von 'Nazi-Verlusten'. Prozentuale Gewinne gegen Bürgerliche und SPD"; Der Nationalsozialist vom 6.12.1932, "Rote Mehrheiten gebrochen"; VB vom 6.12.1932, "Rote Mehrheiten in Thüringen gebrochen"; vom 7.12.1932, "Weitere Ergebnisse der thüringischen Gemeindewahlen".

8 Zur deutlich skeptischeren Interpretation der thüringischen Wahlergebnisse vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 292, 294.

9 Vgl. hierzu den Bericht des *Berliner Tageblatt* vom 6.12.1932 (AA): "Was die Haltung der Nationalsozialisten betrifft, so hat ihre Erklärung in der heutigen Fraktionsführerbesprechung bereits erkennen lassen, daß sie unter bestimmten Bedingungen, wenn nämlich ihre dringendsten Anträge erledigt werden, einer Vertagung bis Januar zustimmen würden. Dies widerspräche keineswegs den kriegerischen Parolen, die Hitler gestern bei der ersten Sitzung der nationalsozialistischen Fraktion ausgegeben hat; denn man hört für diese Parolen die Auslegung, Hitlers Ansprache habe die 'Strategie' bestimmt, *für die 'Taktik' sei der Fraktionsführung in gemessenen Grenzen Freiheit gelassen;* und zur Taktik gehöre auch die Frage einer begrenzten Vertagung des Reichstags unter bestimmten Voraussetzungen."

10 Wilhelm Frick (1877-1946), 1901 Dr. jur., 1907 Assessor am Bezirksamt Pirmasens, 1917 Beamter bei der Polizeidirektion München, 1919-1923 Leiter der politischen Polizei, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924-1933 MdR (NSDAP), 1928-1933 Vorsitzender der Reichstagsfraktion der NSDAP, 23.1.1930-1.4.1931 thüringischer Innen- und Volksbildungsminister, 1933-1943 Reichsminister des Innern, 1943-1945 Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, 1946 hingerichtet.

11 Am Abend des 6.12.1932 war Hitler abends Gast im Hause von Joseph Goebbels (Reichskanzlerplatz 2), wo er mit ihm noch einmal die politische Gesamtlage besprach. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 294.

8. Dezember 1932 Dok. 85
Telegramm an Walter Raeke [1]

Masch. Abschrift; BA, NS 26/13.

Hiermit versichere ich an Eidesstatt, daß ich weder von den tschechischen Skoda-Werken [2], noch von den französischen Schneider-Creuzot-Fabriken [3], noch von der sonstigen internationalen Rüstungsindustrie unterstützt werde oder wurde [4]. Schriftliche Erklärung unterwegs [5].

Adolf Hitler

---

1 Walter Raeke (geb. 1878), 1900 Kammergerichtsreferendar, Dr. jur., 1910 Rechtsanwalt und Notar in Stepenitz (Pommern), 1914 Militär-Intendanturrat und Intendant der Kriegsgefangenenlager beim stellvertretenden Generalkommando des IX. Armeekorps, 1919 Rechtsanwalt beim Hanseatischen Oberlandesgericht, 1929 Eintritt in die NSDAP, Gauführer des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen (BNSDJ) in Hamburg, 1931 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, Vorstandsmitglied der NSDAP-Fraktion, 1932 Mitglied des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich, 1933 Mitglied der Akademie für Deutsches Recht, Reichsfachgruppenleiter der Rechtsanwälte, 1934 Amtsleiter in der Reichsleitung der NSDAP, 1935 Stellvertreter des Reichsjuristenführers bzw. Reichsrechtsführer Hans Frank, 1936 Reichsinspekteur des BNSDJ, ab Juni 1936: Reichswalter des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbunds (NSRB).

2 Die Škoda-Werke in Plzeň waren 1859 gegründet und 1866 von dem Ingenieur Emil Ritter von Skoda übernommen worden. Nachdem 1886 die Rüstungsproduktion aufgenommen worden war, insbesondere die von Geschützen, entwickelten sich die Werke während des Ersten Weltkriegs zum bedeutendsten Rüstungsbetrieb Österreich-Ungarns. Nach 1918 wurde das Unternehmen zum größten tschechoslowakischen Konzern (1930: 36.000 Beschäftigte), der seine Produktion zunächst stärker auf zivile Erzeugnisse verlagerte, insbesondere in den Bereichen Maschinenbau und Elektrotechnik. Durch die Forcierung der tschechoslowakischen Aufrüstung, aber auch unter dem Einfluß der Firma Schneider-Creuzot, die Teile der Aktiengesellschaft erwarb, wurden die Škoda-Werke zu Beginn der dreißiger Jahre wieder zu einem der führenden Rüstungsproduzenten in Europa.

3 Die Brüder Adolphe und Joseph-Eugène Schneider hatten 1836 eine Gießerei und Waffenfabrik in Le Creuzot (Dép. Saône-et-Loire) gegründet, die auf bereits bestehende Einrichtungen aus dem 18. Jahrhundert zurückgriff. Die Fabriken, die Waffen und Kriegsgerät aller Art, aber auch Lokomotiven, Dampfmaschinen, Brücken und Schiffe produzierten, entwickelten sich schon im 19. Jahrhundert zum mit Abstand größten französischen Rüstungsunternehmen; nach 1918 gehörten zu den Schneider-Creuzot-Werken, die 1929 etwa 20.000 Arbeitnehmer beschäftigten, nicht nur eine Schiffswerft sowie Eisenerz- und Kohlegruben in Frankreich, der Konzern kontrollierte über die 1920 gegründete Holdinggesellschaft *Union Européenne Industrielle et Financière* auch Firmen in Polen und der Tschechoslowakei.

4 Gerüchte über eine Auslandsfinanzierung Hitlers und der NSDAP wurden immer wieder verbreitet, wobei als potentielle Herkunftsländer nicht nur Italien (Bd. III/2 dieser Edition, Dok. 34, 35; Bd. III/3, Dok. 13; Bd. IV/2, Dok. 73), Frankreich (Bd. I, Dok. 5, 66; Bd. II/1, Dok. 8; Bd. II/2, Dok. 280) und die Tschechoslowakei (Bd. III/1, Dok. 9), sondern selbst die Sowjetunion (Bd. III/3, Dok. 128) angegeben wurden; auch mächtige private Geldgeber wurden dabei ins Spiel gebracht (Bd. I, Dok. 96; Bd. III/1, Dok. 8 und 11). Derartige Behauptungen sind freilich nur schwer nachzuweisen; abgesehen von den italienischen Faschisten, denen jedoch ebenfalls keine Zahlungen nachgewiesen werden konnten, erscheint eine solche Subventionierung in vielen Fällen politisch eher unwahrscheinlich. Immerhin vermutete Staatssekretär Hermann Pünder am 16.4. 1932, daß die NSDAP im vergangenen Jahr 40-45 Millionen RM aus dem Ausland erhalten habe. Vgl. Hermann Lutz, Fälschungen zur Auslandsfinanzierung Hitlers. In: VfZ 2 (1954), S. 386-396; Turner, Großunternehmer, S. 75, 327 f., 442; Gerhard Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt a. M. 1975, S. 634 ff., insbes. S. 635.
Vgl. ferner die Bemerkung des damaligen Reichsministers Wilhelm Groener in seinem Schreiben an Generalmajor a. D. Gerold von Gleich vom 26.1.1932: "Daß *Hitler* von den Franzosen Subventionen bezöge, halte ich für ausgeschlossen, er hat's nicht nötig, denn er verfügt über *viel* deutsches Geld." Druck: Staat und NSDAP, Dok. 54.

9. Dezember 1932 Dok. 86
"Verfügung"
Anordnung

VB vom 11./12.12.1932.

1. Ich übernehme bis auf weiteres vom heutigen Tage an die Leitung der politischen Organisation selbst [1].

2. Ich ernenne zu meinem Stabsleiter [2] für die politische Organisation den bisherigen Reichsinspekteur II, Pg. *Ley* [3].

3. Am Mittwoch, den 14. Dezember 1932, gebe ich die neuen Richtlinien und Anordnungen [4] entsprechend dem Aufruf vom 6. November 1932 [5] zur Herstellung einer erhöhten Schlagkraft der Bewegung bekannt.

Berlin, den 9. Dezember 1932

gez. *Adolf Hitler* [6]

---

5 Hitlers eidesstattliche Versicherung, die er am selben Tag im Berliner Hotel *Kaiserhof* verfaßte, lautet: "Ich bin mir über die Folgen einer eidesstattlichen Versicherung klar und weiß, daß die eidesstattliche Versicherung dem Gericht vorgelegt wird.
Hiermit versichere ich an Eidesstatt, daß ich weder von den tschechischen Skoda-Werken, noch von den französischen Schneider-Creuzot-Fabriken, noch von der sonstigen internationalen Rüstungsindustrie unterstützt werde oder unterstützt wurde." BA, NS 26/13.

1 In einem kurzen Brief hatte Gregor Straßer Hitler am 8.12.1932 seinen Rücktritt vom Amt des Reichsorganisationsleiters der NSDAP sowie den Verzicht auf sein Reichstagsmandat mitgeteilt. Damit zog Straßer die Konsequenzen aus seinen zunehmenden Meinungsverschiedenheiten mit Hitler, der seine Partei nur dann an einer Regierung beteiligen wollte, falls er zum Kanzler eines Präsidialkabinetts ernannt würde. Straßer war von der Aussichtslosigkeit dieser Forderung überzeugt und versuchte statt dessen, die NSDAP in eine Koalition einzubinden, wobei Schleichers Plan einer vom Reichspräsidenten unterstützten Kooperation von Reichswehr, Gewerkschaften und NSDAP zeitweise im Bereich des Möglichen zu sein schien. Nachdem Hitler jedoch Anfang Dezember signalisiert hatte, daß er jede echte Kooperation mit anderen Gruppen ablehnte, resignierte Straßer. Der überstürzte Rücktritt eines ihrer mächtigsten, ideologisch profiliertesten und angesehensten Politiker stürzte die NSDAP in einer ihrer schwersten Krisen. Straßer selbst räumte noch am 9.12. sein Zimmer im Hotel *Excelsior* und zog sich bis Weihnachten 1932 zu einem privaten Erholungsurlaub nach Bozen in Italien zurück. Vgl. Kissenkoetter, Straßer, insbes. S. 123 ff., 202 f.; Peter D. Stachura, Gregor Strasser and the Rise of Nazism, London 1983, S. 103 ff. sowie Dok. 74, Anm. 1.

2 Im Falle von Schwierigkeiten pflegte Hitler immer wieder, die ihm eigentlich untergeordneten Instanzen selbst zu übernehmen und die eigentlichen Führungsaufgaben an Stellvertreter zu delegieren. So hatte er nach dem Rücktritt des Obersten SA-Führer Franz von Pfeffer Anfang September 1930 diesen Posten selbst übernommen und mit Otto Wagener einen "Stabschef" ernannt. Vgl. Bd. III/3, Dok. 99-101, 103.

3 Robert Ley (1890-1945), 1914 Kriegsfreiwilliger, 1916 Leutnant, 1917 nach Absturz als Flieger in französischer Kriegsgefangenschaft, 1920 Dr. phil., 1921-1928 Lebensmittelchemiker bei der IG-Farben, Leverkusen, 1924 Eintritt in die NSFB, 1925 Übertritt zur NSDAP, 1925-1931 Gauleiter des Gaues Rheinland-Süd (ab 1926: Gau Rheinland), 1928-1932 MdL in Preußen (NSDAP), 1930-1933 MdR, 1931 Reichsorganisationsinspekteur in der Reichsleitung der NSDAP, 1932 Reichsinspekteur II der NSDAP, Dezember 1932 nach Rücktritt von

9. Dezember 1932 [1] Dok. 87
Rede vor den Gauleitern sowie den Reichs- und Landesinspekteuren [2] der NSDAP in Berlin [3]

Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 299 [4].

Redetext nicht ermittelt [5].

Reichsorganisationsleiter Gregor Straßer Stabsleiter der Politischen Organisation der NSDAP, 1933 Präsident des Preußischen Staatsrats, 1933-1945 Führer der Deutschen Arbeitsfront (DAF), 1945 Selbstmord.

4 Druck: Dok. 93, 94, 98-99 sowie 106.

5 Vgl. Dok. 61 mit Anm. 6.

6 Es fällt auf, daß Hitler in seiner Anordnung wie auch in seinen folgenden Reden den Namen Straßers nicht erwähnte. Die Reichspressestelle der NSDAP publizierte tags danach lediglich folgende kurze Mitteilung: "Pg. Gregor *Straßer* tritt mit Genehmigung des Führers einen Krankheitsurlaub von drei Wochen an. *Alle weiteren daran angeknüpften Gerüchte und Kombinationen sind unzutreffend und entbehren jeglicher Grundlage."* Vgl. VB vom 10.12.1932, "Gegen haltlose Kombinationen".

1 Das genaue Datum von Hitlers Reden läßt sich nicht mit letzter Sicherheit ermitteln, möglich wäre auch der 8.12., also unmittelbar nach dem Rücktritt von Gregor Straßer. Manches spricht jedoch dafür, daß Hitler vor seinen Ansprachen erst abwartete, ob Straßer aus seinem Rücktritt politisches Kapital schlagen würde.

2 Jordan berichtet (S. 83), daß Hitler nur zu den Landesinspekteuren der NSDAP gesprochen haben, während bei Goebbels von "den Gauleitern und Inspekteuren" die Rede ist.

3 Dem Bericht Wageners zufolge hat Hitlers Ansprache im Reichstagspräsidialgebäude (Sommerstraße 30) stattgefunden, Lohse und Jordan nennen dagegen das Hotel *Kaiserhof* (Mohrenstraße 1-5).

4 Vgl. auch IfZ, ZS 265: Zeugenschrifttum Hinrich Lohse, Bd. I, S. 23 ff.; Jordan, Erlebt, S. 83 ff.; IfZ, ED 60/8: Otto Wagener, Tagebuchaufzeichnungen, Bd. 8, Bl. 2012 ff. Inhaltlich erscheint die Authentizität der bei Wagener überlieferten Rede jedoch fraglich.

5 Goebbels schreibt, die Reden am 9.12. seien ein "ganz großer Erfolg Hitlers" gewesen. Nach 1945 hat Hinrich Lohse, damals Gauleiter des Gaues Schleswig-Holstein, ausführlicher über deren Inhalt berichtet. Die Angaben in den Memoiren des damaligen Gauleiters des Gaues Halle-Merseburg, Rudolf Jordan, (Erlebt, S. 83 ff.) basieren auf dem Bericht Lohses.
Nachdem Straßer die Landesinspekteure der NSDAP morgens in sein Reichstagsbüro gerufen und ihnen die Gründe für seinen Rücktritt dargelegt habe, hätten diese am Mittag Hitler im Hotel *Kaiserhof* aufgesucht. Hitler habe seine Ansprache mit der Bemerkung begonnen, daß er die Untreue eines einzelnen ertragen und überwinden könne. "Wenn Sie mich aber alle verlassen wollen, so hat die Arbeit meines Lebens und der Kampf dafür keinen Sinn mehr, denn dann bricht die Bewegung zusammen." Hitler habe sich dann bei den Anwesenden nach Straßers Gründen erkundigt und sei daraufhin in einer zweistündigen Ansprache auf vier Punkte näher eingegangen. Zunächst begründete Hitler noch einmal, warum ein Posten als Vizekanzler in einem Kabinett Papen für ihn nicht in Frage gekommen sei; hätte er sich Papens Politik untergeordnet, sei sein Scheitern nur eine Frage der Zeit gewesen. "Herr von Papen u[*nd*] seine Hintermänner aber hätten ihr Ziel erreicht, der Beweis für die Unfähigkeit Hitlers u[*nd*] seiner Führerschaft wäre dem Augenschein nach erbracht gewesen. [...] Ich lehne diesen Weg ab u[*nd*] warte, bis man mir das Kanzleramt anbietet. Dieser Tag kommt, er ist wahrscheinlich näher, als wir glauben." Hitler begründete dann, warum "der illegale Weg zur Eroberung der Macht" für ihn nicht in Frage komme. "Ich bin nicht verantwortungslos genug, meine Herren, die deutsche Jugend u[*nd*] die Frontgeneration als das beste Mannestum der Nation in die Maschinengewehre der Polizei u[*nd*] der Reichswehr zu jagen, Gregor Straßer wird das nicht erleben!" Es könne nicht angehen - so der dritte Teil von Hitlers Rede - , daß Straßer eigenständig politische Verhandlungen führe, wenn er, Hitler, nicht in Berlin sei. "Während meiner Abwesenheit von Berlin ist mein bevollmächtigter Vertreter Reichstagspräsident Göring, der meine Intentionen kennt, der weiß, wo ich bin, der mich darum sofort über jede wichtige Besprechung informieren u[*nd*] dem ich nötigenfalls dann auch augenblickliche Gegenorder geben kann. Wollte Goebbels - was naheliegt - als Gauleiter von Berlin in gleicher Weise verhandeln, u[*nd*] ebenso Gregor Straßer

9. Dezember 1932 Dok. 88
Rede vor der Reichstagsfraktion der NSDAP in Berlin[1]

Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 299[2].

Redetext nicht ermittelt[3].

10. Dezember 1932 Dok. 89
Rede auf Amtswalter-Versammlung des Gaues Schlesien der NSDAP in Breslau[1]

Deutsche Ostfront [*sic!*] vom 12.12.1932, "Schlesiens Treuebekenntnis zu Adolf Hitler!"[2].

Wir stehen, so führte *Adolf Hitler* unter anderem aus, am Ende eines Kampfjahres, wie die neuere Geschichte kein zweites kennt, und wir stehen am Anfang eines neuen Jahres, das ebenso ein Kampfjahr sein wird. Ruhe wird nicht in Deutschland sein, ehe wir nicht an der Macht sind.

---

wieder als namhaftes Mitglied der Reichsleitung u[*nd*] Reichstagsfraktion, so gäbe es bald ein Durcheinander, eine Mehrzahl von verschiedenen Auffassungen in der gleichen Frage, sowie verschiedene Äußerungen der Führerschaft in privater oder amtlicher Eigenschaft über Probleme, über die es aber nur eine Auffassung u[*nd*] eine Entscheidung gegenüber Dritten u[*nd*] Außenstehenden geben kann." Schließlich sei Hitler auf die Behauptung eingegangen, daß Straßer keinen persönlichen Zugang mehr zu ihm habe. Er besitze, so Hitler, inzwischen kein Privatleben mehr und könne deshalb zu jeder Zeit jeden Parteigenossen empfangen, der in einer wichtigen Angelegenheit zu ihm komme. IfZ, ZS 265: Zeugenschrifttum Hinrich Lohse, Bd. I, S. 23 ff.

1 Vgl. Dok. 87, Anm. 3.
2 Vgl. auch Jordan, Erlebt, S. 83 ff.
3 Vgl. Dok. 87, Anm. 5.
Der Ansprache Hitlers ging offenbar eine Unterredung mit dem Leiter der italienischen Handelskammer in Berlin, Giuseppe Renzetti, voraus, der damals als Verbindungsmann Mussolinis zur NSDAP fungierte. Renzetti berichtete am 23.1.1933, wie pessimistisch Hitler an diesem Tag gewesen sei; er habe ihm jedoch erklärt, daß ein Kompromiß nicht in Frage komme, jede revolutionäre Bewegung ähnele einer religiösen und könne keine Abweichler in ihren Reihen dulden. Hitler habe sich dann wenige Minuten später vor der Reichstagsfraktion in diesem Sinne geäußert. Vgl. De Felice, Mussolini e Hitler, S. 248 f.

1 Im Messehof, nach 22.30 Uhr. An der Versammlung nahmen - so die Vorlage - etwa 10.000 nationalsozialistische Funktionäre der Politischen Organisation sowie von SA, SS, NSBO, HJ und BDM teil. Der Unkostenbeitrag belief sich auf 0,50 RM. Die wenigen Tribünenplätze wurden zum Preis von 1,- RM nur an Parteimitglieder vergeben. Die Versammlung wurde um 20.00 Uhr von MdR und Kreisleiter Josef Schönwälder eröffnet, danach gab MdR und Gauleiter Helmuth Brückner eine größere Erklärung zur Lage ab, gefolgt von einer kurzen Ansprache des Führers der SA-Gruppe Schlesien, MdR und SA-Gruppenführer Edmund Heines. Hitler, dem man - so die *Schlesische Zeitung* - "eine starke innere Bewegtheit anmerkte", sprach bis Mitternacht.
In seiner Ansprache betonte Brückner, daß die schlesische NSDAP "in unerschütterlicher Treue fest zu Adolf Hitler" stehe; es seien jedoch vor allem in die Stäbe einige Spitzel eingedrungen, von denen er im kommenden Jahr die Partei rücksichtslos reinigen werde. "Ohne Adolf Hitler wird es keine NSDAP geben, und ohne den deutschen Sozialismus wird niemals der Kapitalismus gestürzt." Interessanterweise bemühte sich Brückner noch um eine Aussöhnung zwischen Hitler und Straßer: "Unser Parteigenosse *Gregor Straßer steht ohne Wanken*

Der Soldat an der Front der Bewegung darf überzeugt sein, daß es für uns nicht nur keine Kapitulation gibt, sondern daß es vor allen Dingen keine Halbheiten und Unentschlossenheiten geben darf.

Hier auf dem historischen Boden Schlesiens erinnerte der Führer an den siebenjährigen Kampf des großen Preußenkönigs, dem trotz schwerster Schicksalsschläge niemals der Gedanke an Kapitulation gekommen sei[3]. Die Größe und Stärke der preußischen Armee, die auch ein Kunersdorf[4] zu ertragen wußte, waren nicht die Tage des Glücks, sondern die Tage des Unglücks.

Auch die fernere preußische Geschichte bestand nicht allein aus Siegen. Auch Rückschläge stellten sich ein. Aber immer überwand das preußische Volk dieses Mißgeschick und erfocht in

---

zu Adolf Hitlers Fahne. Die Gründe, weshalb er die Reichs-Organisations-Leitung in die Hände des Führers zurückgelegt hat, gehen lediglich ihn und den Führer an. *Gregor Straßer* hat mit dem Führer zusammen die Bewegung aufgebaut, er ist nur ihm allein Rechenschaft schuldig, und wir haben kein Recht, über sein Tun zu urteilen. Er wird nun drei Wochen fern vom Amt sein, andere Leuten machen ja auch Ferien zu Weihnachten, *aber er bleibt ein Soldat Adolf Hitlers.* Auch Straßer braucht eine Stärkung für die schweren Entscheidungen, die Deutschland bevorstehen. Die Querschießer, die diese falschen Meldungen über unsere Bewegung verbreiten, stehen, wie ich schon sagte, nicht an der Front, genauso wenig, wie es die Querschießer des Weltkrieges getan haben." Vgl. Deutsche Ostfront vom 12.12.1932, "Schlesiens Treuebekenntnis zu Adolf Hitler!".

2 Vgl. auch Mittelschlesische Gebirgszeitung vom 6.12.1932, "Adolf Hitler Sonnabend in Breslau"; vom 8.12. 1932, "Amtswalterappell mit Adolf Hitler"; National-Sozialistische Schlesische Tageszeitung vom 8.12.1932, "Amtswalterappell mit Adolf Hitler"; Volkswacht vom 10.12.1932, "Hoher Besuch. Adolf kommt seine Unteroffiziere verstauchen. Fememörder Edmund Heines wird abberufen"; Der Angriff vom 12.12.1932, "Der Führer gibt neue Richtlinien"; Arbeiter-Zeitung für Schlesien vom 12.12.1932, "Brauner Cliquen-Krach mit 'Treueerklärungen'"; Breslauer 8 Uhr Abendblatt vom 12.12.1932, "SA-Führer Heines verläßt Schlesien"; Der Freiheitskampf vom 12.12.1932, "Hitlerkundgebung in Breslau"; Mittelschlesische Gebirgszeitung vom 12.12.1932, "Schlesiens Treuebekenntnis zu Adolf Hilter! [*sic!*]"; Schlesische Volkszeitung vom 12.12.1932, "Hitler in Breslau" und "Hitler läßt sich huldigen"; Schlesische Zeitung vom 12.12.1932, "Hitler in Breslau"; Zeit am Montag vom 12.12.1932, "Hitler in Breslau!"; Breslauer Neueste Nachrichten vom 13.12.1932, "Keine Abberufung des SA-Führers aus Schlesien"; VB vom 13.12.1932, "Adolf Hitler über die grundsätzliche Politik der NSDAP"; Arbeiter-Zeitung für Schlesien vom 15.12.1932, "Nazi-Brückner beschimpft proletarische Nazianhänger mit 'Schweinehunde'".

3 Anspielung auf die drei Kriege, welche der preußische König Friedrich II., der Große, gegen die deutsche Kaiserin Maria Theresia und ihre Verbündeten um den Besitz Schlesiens führte. Konnte Friedrich die beiden Österreichischen Erbfolgekriege 1740-1742 und 1744/45 relativ schnell zu seinen Gunsten entscheiden, so spitzte sich die Lage während des Siebenjährigen Krieges (1756-1763) mehrfach so zu, daß Preußen als Staat in Frage gestellt schien. Vgl. Johannes Kunisch, Das Mirakel des Hauses Brandenburg. Studien zum Verhältnis von Kabinettspolitik und Kriegführung im Zeitalter des Siebenjährigen Krieges, München 1978.
Zur Wirkung dieses Mythos in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts vgl. Jürgen Mirow, Das alte Preußen im deutschen Geschichtsbild seit der Reichsgründung, Berlin 1981, passim.

4 Die Schlacht bei Kunersdorf am 12.8.1759 war die schwerste militärische Niederlage Friedrichs II., des Großen; er selbst hätte sie beinahe nicht überlebt. Die 71.000 österreichischen und russischen Soldaten unter dem Oberbefehl von Feldmarschall-Leutnant Gideon Ernst Freiherr von Laudon und Feldmarschall Pjotr Semjonowitsch Saltykow, schlugen die preußischen Truppen so vernichtend, daß sie von 43.000 Mann 18.670 verloren. Nach ihrem Sieg stand den verbündeten Armeen der Weg nach Berlin offen, doch verhinderte ihre Uneinigkeit eine strategische Ausnützung des Sieges. In einem Brief an seinen Bruder Heinrich vom 1.9.1759 bezeichnete Friedrich selbst den überraschenden Abzug der weit überlegenen Gegner als das "Mirakel des Hauses Brandenburg". Vgl. Die Kriege Friedrichs des Großen. Hrsg. vom Großen Generalstabe, Kriegsgeschichtliche Abteilung II. Dritter Teil: Der Siebenjährige Krieg 1756-1763. Bd. 10: Kunersdorf, Berlin 1912, ND: Bad Honnef 1982, S. 225 ff., Zitat S. 308.

der Folge umso glänzendere Siege. So folgten auf Jena die Befreiungskriege[5] und auf ein Olmütz[6] ein Königgrätz[7].

Das letzte Jahr hat unsere Bewegung vor solchen Schlägen bewahrt.

Das Kampfjahr 1932

Es war *ein Jahr unerhörten Emporstieges,* dessen Erfolge nicht aus Kompromissen gekommen sind, sondern alle nur aus Kampf. Man muß glücklich sein, wenn das Schicksal uns die Möglichkeit bietet, ihm auch weiterhin unsere Stärke zu zeigen. Zwölf Schlachten haben wir in diesem Jahr geschlagen[8]. Aus zwölf Schlachten ist noch keine Armee herausgekommen - stärker, als sie hineinging. Entscheidend ist, ob man das letzte Bataillon auf dem Felde hat.

Entscheidend ist nicht das Treibholz an der Peripherie[9]*, entscheidend ist der Kern der Bewegung, und der steht fest und unerschütterlich. Was wir heute verlieren, darum werden wir mit Nägeln und Zähnen kämpfen, und morgen werden wir es wiedergewinnen.*

---

5 Anspielung auf die innere Reorganisation des preußischen Staates zwischen dem Frieden von Tilsit am 9.7.1807 (vorausgegangen war die schwere Niederlage der preußischen Truppen in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt am 14.10.1806) und dem offiziellen Beginn der Erhebung Preußens gegen die französische Besetzung durch das russisch-preußische Militärbündnis von Kalisch am 26.2.1813.

6 In der Olmützer Punktation vom 29.11.1850 einigten sich Preußen und Österreich auf ein gemeinsames Vorgehen in Holstein und Kurhessen. Diese außenpolitische Niederlage zwang Preußen, das zunächst eigenständig im kurhessischen Verfassungsstreit zu intervenieren versucht hatte, seine Pläne für eine politische Neugestaltung Deutschlands vorerst aufzugeben.

7 In der Entscheidungsschlacht von Königgrätz am 3.7.1866 wurde die österreichische Armee so empfindlich geschlagen, daß der Deutsche Krieg zwischen Preußen und Österreich, der am 21.6.1866 begonnen hatte, bereits am 26.7.1866 im Vorfrieden von Nikolsburg, am 23.8.1866 im Frieden von Prag formell beendet wurde.

8 Auf Reichs- und auf Landesebene hatte die NSDAP 1932 insgesamt *fünfzehn* Wahlkämpfe zu bestreiten; die Ergebnisse für die NSDAP bzw. für Hitler lauteten:

13.3.1932:	Reichspräsidentenwahl	Hitler: 30,1%
10.4.1932:	Reichspräsidentenwahl	Hitler: 36,8%
31.7.1932:	Reichstagswahl	37,3% (+19,0%/14.9.1930)
6.11.1932:	Reichstagswahl	33,1% (-4,2%)
13.3.1932:	Landtagswahl in Mecklenburg-Strelitz	23,9% (+23,9%/ -)
24.4.1932:	Landtagswahl in Anhalt	40,9% (+38,8%/20.5.1928)
24.4.1932:	Landtagswahl in Bayern	32,5% (+26,4%/20.5.1928)
24.4.1932:	Bürgerschaftswahl in Hamburg	31,2% (+5%/27.9.1931)
24.4.1932:	Landtagswahl in Preußen	36,3% (+34,5%/20.5.1928)
24.4.1932:	Landtagswahl in Württemberg	26,4% (+24,6%/20.5.1928)
29.5.1932:	Landtagswahl in Oldenburg	48,4% (+11,2%/17.5.1932)
5.6.1932:	Landtagswahl in Mecklenburg-Schwerin	49% (+44,9%/23.6.1929)
19.6.1932:	Landtagswahl in Hessen	44% (+6,9%/15.11.1931)
31.7.1932:	Landtagswahl in Thüringen	42,5% (+31,2%/8.12.1929)
13.11.1932:	Bürgerschaftswahl in Lübeck	33,1% (+25%/10.11.1929)

Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, passim.

9 Anspielung auf den Rücktritt Gregor Straßers. Vgl. Dok. 86, Anm. 1.
Hitlers Auftritt in Breslau wurde nicht nur von der Straßer-Krise und der eigenwilligen Haltung Brückners überschattet, sondern auch von den Spannungen, die zwischen Brückner und Heines bestanden. Im Vorfeld von Hitlers Auftritt wurde von der regionalen Presse immer wieder berichtet, daß nun, im Zuge der personellen Umgestaltung der nationalsozialistischen Parteiführung, auch die Ablösung von Heines bevorstünde. Brückner und Heines veröffentlichten daraufhin am 13.12.1932 je ein Dementi, in dem beide betonten, daß Heines Schle-

Die Macht oder den Kampf!

Unsere Gegner haben die Regierung Brüning verloren[10]*, sie haben die Regierung Papen verloren*[11] *und sie werden genauso die Regierung Schleicher verlieren. Wenn eine Bewegung eine solche Stärke erreicht hat, wie die unsere, dann gibt es nur zweierlei: entweder die Macht oder den Kampf.*

Man wird *keinen* in unserer Bewegung finden, der es billiger macht. Diese Bewegung steht *unerschütterlich* in der deutschen Geschichte *wie ein Fels im Meer.*

Solange ich lebe, steuert das Schiff seinen Kurs weiter. Die Millionen der nationalsozialistischen Bewegung[12] verstehen mich, und diese Millionen begreifen alles, nur nicht das, daß die Arbeit von dreizehn Jahren umsonst gewesen sein soll.

Die Spekulationen auf den Zerfall der Bewegung sind fehl am Platze[13].

In Berlin hat die NSDAP gestern diese trügerischen Hoffnungen unserer Gegner zerschlagen[14]*. Die Bewegung steht fest und unerschütterlich. Wenn uns unsere Gegner vielleicht bei der letzten Reichstagswahl zahlenmäßig eine kleine Schlappe beigebracht haben*[15]*, dann werden wir das im nächsten Jahr ihnen mit Zins und Zinseszinsen zurückzahlen. Die Fahne wird weitergetragen in das neue Jahr hinein. Wir werden vor allem die propagandistische Schlagkraft noch stärker machen als bisher.*

Der wirtschaftliche Niedergang unter der letzten Regierung ist genauso gekommen, wie ich es vorausgesagt habe[16], und es wird auch unter dieser Regierung nicht anders werden.

---

sien nicht verlassen werde, noch daß die Führung der schlesischen SA von Brückner übernommen würde. Vgl. Deutsche Ostfront vom 13.12.1932, "Gruppenführer Heines bleibt in Schlesien!" sowie Anm. 2.

10 Vgl. Dok. 4, Anm. 6.

11 Vgl. Dok. 67, Anm. 6.

12 Vgl. Dok. 10, Anm. 8 sowie Dok. 61, Anm. 2.

13 Zur Reaktion in der deutschen Presse auf den Rücktritt von Gregor Straßer vgl. etwa Berliner Tageblatt vom 9.12.1932, "Die Führerkrise in der N.S.D.A.P. Straßer, Frick und Feder erheben sich gegen Hitler"; vom 10.12.1932 (MA), "Die Palastrevolution gegen Hitler"; Frankfurter Zeitung vom 9.12.1932 (AA), "Straßer legt sämtliche Ämter nieder"; vom 10.12.1932 (AA), "Der Konflikt in der NSDAP. Auch Feder nimmt 'Urlaub'"; vom 11.12.1932 (AA), "Die Folgen von Straßers Schritt. Eine 'Verfügung' Hitlers"; Germania vom 10.12.1932, "Die Krise um Straßer"; Münchner Neueste Nachrichten vom 10.12.1932, "Auseinandersetzung in der N.S.D.A.P."; Kreuz-Zeitung vom 10.12.1932, "Gerüchte um Gregor Straßer. Ergebenheits-Erklärungen an Adolf Hitler von allen Seiten" und "Ob ein Straßer geht...'"; Vorwärts vom 9.12.1932 (MA), "Krach in der Hitler-Partei"; vom 9.12.1932 (AA), "Die Rebellion. Straßers Kriegserklärung gegen Hitler. Auch Feder rebelliert!"; vom 10.12.1932 (AA), "Von Treue fast erdrückt! Der Osaf kann sich kaum retten"; Vossische Zeitung vom 9.12.1932 (MA), "Konflikt Hitler - Straßer"; vom 9.12.1932 (AA), "Neue Absage an Hitler. Auch Feder geht auf Urlaub".
Symptomatisch für die damalige Berichterstattung ist etwa der Kommentar im *Vorwärts* vom 9.12.1932 (AA): "Der Konflikt zwischen dem Führergrößenwahn und dem Tatsachensinn der nächsten Gefolgschaft ist unvermeidlich geworden, seitdem die Partei nicht mehr vorwärts, sondern rückwärts marschiert. *Straßer* als stärkster Mann neben *Hitler* schlägt Lärm, andere schließen sich ihm an. [...] In der NSDAP geht es drunter und drüber, und die faschistische Machteroberung muß wieder einmal vertagt werden."

14 Vgl. Dok. 86, Anm. 1.
Bei einem Gespräch mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held am 10.12.1932 meinte Reichskanzler von Schleicher, daß er "die nationalsozialistische Gefahr als überwunden" ansehe; "er [*Schleicher*] sah allerdings auch keinen Weg, die Nationalsozialisten zu praktischer Mitarbeit zu bringen." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Schleicher, Dok. 16.

15 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.

Ich denke, daß wir im März den Herren wieder in offener Feldschlacht gegenüberstehen werden. Bis dahin werden wir die Voraussetzungen geschaffen haben und die Garantie, daß unsere Klinge scharf sein wird. Wir werden unermüdlich kämpfen. Und das letzte Bataillon werden dann wir sein.

Treue und Opfermut verbürgen den Sieg!

Nur in den Zeiten der Not zeigen sich die starken Herzen und die festen Charaktere. Möge der Herrgott geben, daß er uns *niemals schwankend, niemals feige sein läßt und niemals zu einem Kompromiß bereit.* Wenn wir nicht an uns selbst zweifeln, dann muß am Ende der Sieg bei uns liegen.

Immer ist die Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, die zum Erfolg gekommen ist, die Treue gewesen [17]. *Ich, als verantwortlicher Führer der Bewegung, kann mich nicht beurlauben lassen. Ich werde diese Fahne niemals verlassen und selbst wenn ich der letzte Soldat der Bewegung wäre.*

Wir werden alle Opfer auf uns nehmen und unermüdlich weiterkämpfen. Durch die Herbeiführung der Amnestie ist es gelungen, vielen Kameraden die Freiheit zu geben [18].

Wir werden nichts unversucht lassen und nicht rasten, bis auch die letzten frei sein werden. Wir alle sind zuversichtlich, mutig und zum Kampf entschlossen. Wir wollen eine unlösliche Gemeinschaft der Treue und der Kameradschaft bilden.

Der Sieg wird und muß uns sicher sein [19]*!*

---

16 Vgl. Dok. 76, Anm. 4.

17 Vermutlich auch eine Anspielung auf die damals oft zitierte Sentenz des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg: "Die Treue ist das Mark der Ehre." Vgl. Gerhard Schultze-Pfaelzer, Hindenburg und Hitler zur Führung vereint, Berlin 1933, Zweiter Teil, S. 54; Die Treue ist das Mark der Ehre. Von München bis Tannenberg. Hrsg. von Kurt L. Walter-Schomburg, Berlin 1934.
Seit der Revolte der Berliner SA um Walter Stennes hatte Hitler für die SS die Parole ausgegeben: SS-Mann, deine Ehre heißt Treue. Ab Oktober 1931 erhielt die SS ein eigenes Koppelschloß mit der Aufschrift: "Meine Ehre heißt Treue". Vgl. SS-Befehl, Nr. 50 vom 9.10.1931 (Abschrift der Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern vom 28.1.1932); BA, R 134/91. Ferner Robin Lumsden, The Black Corps. A Collector's Guide to the History and Regalia of the SS, New York 1992, S. 49.

18 Mit den Stimmen von NSDAP, SPD und KPD verabschiedete der Reichstag am 9.12.1932 ein Gesetz über Straffreiheit bei politischen Straftaten. Bei den vorhergehenden Verhandlungen im Rechtsausschuß des Reichstags hatte die SPD durchgesetzt, auch das Delikt des Landesverrats bei der Amnestie zu berücksichtigen, schwere Verbrechen jedoch nicht. Trotz großer Bedenken verzichteten die Länder in der Reichsratsitzung vom 20.12.1932 auf jeden Einspruch, da der Reichstag mit zwei Dritteln seiner Stimmen für den Gesetzentwurf gestimmt hatte, so daß das Gesetz tags darauf in Kraft trat. Das Gesetz, das Straffreiheit oder Strafminderung bei politischen Straftaten sowie bei Straftaten aus wirtschaftlicher Not gewährte, schloß lediglich Delikte wie: Verbrechen gegen das Leben, Landesverrat aus Eigennutz, Sprengstoff-Verbrechen, schweren Raub, Hochverrat, aus. Durch diese "Legalisierung des politischen Terrors" (Gusy, Weimar, S. 240) wurden 38.000 wegen politischer Straftaten verhängte Strafen gemildert oder erlassen, weitere 38.000 Verfahren niedergeschlagen. 220.000 Strafen, die aus wirtschaftlichter Not begangen worden waren, wurden amnestiert sowie 88.000 schwebende Verfahren eingestellt. Vgl. Jürgen Christoph, Die politischen Reichsamnestien 1918-1933, Frankfurt a. M. 1988, S. 323 ff. Druck des Gesetzes: RGBl. 1932, I, S. 559 f.

19 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.
Die *Zeit am Montag* berichtet, daß sich Hitler nach der Kundgebung mit seinem Stab sofort ins Hotel *Monopol* zurückgezogen habe, wo er "nur wenige ganz Vertraute [...] zur persönlichen Rücksprache" empfing. Tags darauf sei er morgens um 6.25 Uhr mit dem Zug zu einer weiteren Veranstaltung nach Dresden abgereist.

11. Dezember 1932 — Dok. 90
Rede auf Amtswalter-Versammlung des Gaues Sachsen der NSDAP in Dresden[1]

Dresdner Anzeiger vom 13.12.1932, "Hitler in Dresden"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 92[3].

11. Dezember 1932 — Dok. 91
Rede auf Amtswalter-Versammlung des Gaues Sachsen der NSDAP in Chemnitz[1]

Chemnitzer Tageblatt vom 12.12.1932, "Hitler in Chemnitz"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 92[3].

---

1 Im Zirkus Sarrasani, vermutlich mittags. An der überfüllten Versammlung nahmen laut *Dresdner Volkszeitung* etwa 5.000 nationalsozialistische Funktionäre sowie Angehörige von SA und SS teil.

2 Vgl. auch Dresdner Volkszeitung vom 12.12.1932, "Hitler in Dresden"; Der Freiheitskampf vom 12.12.1932, "Unerschüttert und siegesbewußt. Gewaltige Kundgebungen für Adolf Hitler in Sachsen und Schlesien"; Arbeiterstimme vom 13.12.1932, "Hitler gesteht in seiner Dresdner Rede den Nazischacher um Regierungsposten"; VB vom 13.12.1932, "Hitler in Dresden, Chemnitz und Leipzig: 'Am 2. Januar schließt der Burgfriede - am Tage darauf werden wir wieder im Kampfe stehen'". Ferner Lagebericht Nr. 2100 b [a] N des Polizeipräsidenten von Dresden vom 22.1.1933; BA Potsdam, RMdI, NSDAP-Hitlerversammlungen, 26089.

3 "Von Dresden begab sich Hitler nach *Chemnitz* und *Leipzig*, wo er vor den dort versammelten Amtswaltern ähnliche Ausführungen machte." Vgl. Dresdner Anzeiger.

1 Im Kaufmännischen Vereinshaus, nachmittags. Vor Hitler sprachen auf der überfüllten Versammlung der stellvertretende Gauleiter, MdL Karl Fritsch, und der Führer der SA-Gruppe Sachsen, SA-Gruppenführer Georg von Detten.

2 Vgl. auch Chemnitzer Neueste Nachrichten vom 12.12.1932, "Hitler in Chemnitz"; Der Freiheitskampf vom 12.12.1932, "Unerschüttert und siegesbewußt. Gewaltige Kundgebungen für Adolf Hitler in Sachsen und Schlesien"; VB vom 13.12.1932, "Hitler in Dresden, Chemnitz und Leipzig: 'Am 2. Januar schließt der Burgfriede - am Tage darauf werden wir wieder im Kampfe stehen'". Ferner Lagebericht Nr. 2100 b [a] N des Polizeipräsidenten von Dresden vom 22.1.1933; BA Potsdam, RMdI, NSDAP-Hitlerversammlungen, 26089.

3 "Adolf Hitler zog in seiner Rede, die er in ähnlicher Form auch in Leipzig und Dresden hielt, das Fazit des letzten Jahres seit dem SA-Verbot." Vgl. Chemnitzer Tageblatt.

11. Dezember 1932 Dok. 92
Rede auf Amtswalter-Versammlung des Gaues Sachsen der NSDAP in Leipzig[1]

Der Freiheitskampf vom 12.12.1932, "Unerschüttert und siegesbewußt. Gewaltige Kundgebungen für Adolf Hitler in Sachsen und Schlesien"[2].

Eine *Weltanschauung,* deren Mission der Neuaufbau Deutschlands ist, deren Sieg Verständnis haben soll [*sic!*], kann ihr Ziel nicht von heute auf morgen erreichen. Es gibt keine Organisation und keinen Staat, der *nur Siege* in seiner Geschichte kennt, keine *Weltanschauung*, die ununterbrochen im Glück ihren Aufstieg genommen hätte. Die wirkliche Größe von Staatsmännern zeigt sich nicht am Abend von Siegen, sondern an dem Abend von Niederlagen.

Entscheid[*end*] war stets die größere Energie und die größere Ausdauer und die größere Zähigkeit. Es gibt dafür keinen besseren Beweis, als die Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung selbst. Nicht, daß die Bewegung Erfolge über Erfolge errungen, sondern daß sie alle die *unerhörten Verfolgungen* und *Unterdrückungen* siegreich *überstanden* hat, ist das *Ruhmesblatt* in ihrer Geschichte. Noch immer ist die Partei aus jeder Prüfung *stärker* hervorgegangen, als sie hineinging.

Wenn man behauptet, die Partei hätte in diesem letzten Kampfjahre eine Schlappe erlitten[3], dann stelle ich fest: Unter schwersten Bedrückungen ging ich in dieses Jahr hinein[4] und gehe heraus, als ein Mann, dem man heute nur noch den Vorwurf machen kann, daß er *nicht billig genug* in eine Regierung hineinzugehen bereit ist[5]. Wenn heute alle Welt von Herrn *von Papen abrückt*[6], ist es da nicht seltsam, daß man uns damals zumutete, uns seinem Oberbefehl zu unterstellen?

---

1 Im Saal des Zoologischen Gartens, abends.

2 Vgl. auch Leipziger Neueste Nachrichten vom 12.12.1932, "Hitlerkundgebung in Dresden und Chemnitz" [*sic!*]; Neue Leipziger Zeitung vom 12.12.1932, "Hitler 'säubert' in Schlesien"; VB vom 13.12.1932, "Hitler in Dresden, Chemnitz und Leipzig: 'Am 2. Januar schließt der Burgfriede - am Tage darauf werden wir wieder im Kampfe stehen'". Ferner Lagebericht Nr. 2100 b [a] N des Polizeipräsidenten von Dresden vom 22.1.1933; BA Potsdam, RMdI, NSDAP-Hitlerversammlungen, 26089.

3 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.

4 Vermutlich eine Anspielung auf das SA-Verbot, vgl. Dok. 17, Anm. 9 und Dok. 21, Anm. 27.

5 Gemeint sind die Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932 (vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169) und vom 6.11.1932 (vgl. Dok. 65-70, 74).

6 Vgl. etwa den Kommentar ("Der Wind, das himmlische Kind") des *Berliner Tageblatts* vom 20.11.1932: "Wenn man Herrn von Papen noch einen kurzen Nachruf schreiben soll, wird man sagen müssen, daß er zweifellos, wie eigentlich jeder Reichskanzler und jeder Minister, guten Willen und die aufrichtigste Überzeugung von der Vorzüglichkeit seiner Handlungen hatte, und daß nur leider sein Gesichtskreis so begrenzt wie seine Regierungskunst, sein adliges Selbstgefühl so unbegrenzt wie die ihm anvertraute Machtfülle war. Infolge der Eigenschaften, die er besaß, und der hervorragenden, die ihm mangelten, hat in einem kurzen Zeitraum dieser Prophet des heiligen Reiches die geistige und politische Einheit des Deutschen Reiches aufs ärgste gefährdet, die Nervosität der notleidenden Volksmassen bis zur schärfsten Erbitterung getrieben und alle Rechtsbegriffe durcheinandergebracht. Seine Taten wurden durch seine Reden unterstützt. [...] Es war eine seltsame Sprachkunst, mit Einfällen so ungefähr aus der Zeit der Kreuzzüge, [...]."
Vgl. ferner die Bemerkung des neuen Reichskanzlers von Schleicher in seiner ersten Ministerbesprechung am 3.12.1932, "daß es von einem großen Teil der Öffentlichkeit als Erleichterung betrachtet werde, wenn er an Stelle von Papen Reichskanzler geworden sei", sowie den Eintrag vom 18.11.1932 in den Tagebüchern des

Die anderen brauchen unseren *Namen,* unsere *Kraft* und unsere *Stärke.* Sie können das haben, gut! *Wir verlangen aber dafür die Macht.*

Zug um Zug! Die Regierung von heute, die Regierung ohne Volk, gleicht einer *belagerten Festung.* Wir gehen in diese Regierung hinein, aber *nur dann,* wenn sie hinausgeht! Solange man uns die *Macht nicht übergibt,* bleiben wir *vor* den Toren; den *Preis* für die Bewegung habe ich festgesetzt, niemand wird sie billiger geben! Sollte sich aber jemals einer finden, so wäre er in der nächsten Stunde schon in der Partei *verloren* und hätte *keine* Bewegung hinter sich[7]. Wenn einer dieses Schiff *verläßt,* weil er *müde* ist und rasten will, das *Schiff* geht seinen *geraden Kurs weiter*, solange ich lebe und am Steuer stehe.

Wenn ich mit dieser Bewegung antrete, dann weiß ich, daß ich mit ihr siegen werde.

Aber auf das Parkett der *Intrige*, auf dem die anderen Meister sind, lassen wir uns nicht locken. Die Zeit macht uns nicht mürbe.

Die Macht werden wir bekommen und erst dann Frieden schließen.

Wenn man mich heute fragt: Ja, glauben Sie denn noch an einen Erfolg?: Mit *sechs Männern*[8] hatte ich damals die *felsenfeste Zuversicht,* Deutschland zu *erobern,* heute mit *zwölf Millionen*[9] sollte ich sie nicht haben?

Gewiß haben wir 30 Mandate verloren[10], aber
unterdessen haben unsere Gegner zwei Regierungen verloren[11].

Auch das neue Kabinett wird nicht lange leben. Wir werden die dreißig Mandate wieder herbeiholen: denn *unser* Rekruten-Depot ist *größer* als das ihre. Es wird mit *verstärkter Kraft weitergearbeitet* werden und auch ich werde diese Arbeit in erster Linie rücksichtslos gegen meine Person auf mich nehmen.

Am 2. Januar schließt der Burgfrieden[12], und am 3. Januar werden wir wiederum im Kampfe stehen.

Ich bin stolz zu wissen, daß die ganze Bewegung geschlossener denn je hinter mir steht.

Die Partei wird nicht von einer Krise ergriffen, sondern hat diese Krise bereits weit hinter sich. Laßt alle Hoffnungen fahren, dieses Werk kann nie zerstört werden! An ihm wird auch die letzte deutsche Zwietracht[13] dann zerschellen und ein Ende finden.

Harry Graf Kessler: "Papen ist gestern abend zurückgetreten mit dem gesamten Kabinett. Endlich! Dieser ewig lächelnde, leichtsinnige Dilettant hat in sechs Monaten mehr Unheil angerichtet als in so kurzer Zeit irgendein Kanzler vor ihm. Am schlimmsten ist vielleicht, daß er den alten Hindenburg heillos bloßgestellt hat." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Schleicher, Dok. 1; Kessler, Tagebücher, S. 699. Zu der zeitgenössischen, durchweg kritischen Bewertung Papens vgl. auch Henry Ashby Turner, Jr., Hitlers Weg zur Macht. Der Januar 1933, München 1996, S. 58 f.

7 Anspielung auf den Rücktritt Gregor Straßers. Vgl. Dok. 86, Anm. 1.

8 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.

9 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.

10 Die NSDAP war nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932 mit 230 Abgeordneten, nach der vom 6.11.1932 mit 196 Abgeordneten im Reichstag vertreten. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 44.

11 Vgl. Dok. 4, Anm. 6 sowie Dok. 67, Anm. 6.

12 Gemeint ist die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens vom 2.11.1932, deren Gültigkeit am 18.11.1932 auf die Zeit bis zum 2.1.1933 erweitert worden war. Vgl. Dok. 72, Anm. 7.

13 Möglicherweise eine Anspielung auf die damals vielzitierte Wendung: "Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz!" aus der 1896 entstandenen Tragödie *Florian Geyer* (I. Akt, Schlußszene) von Gerhart Hauptmann (1862-1946).

Die Not kann unsere Bewegung nicht mehr brechen, aber dieser, unser Wille, wird eines Tages die Not zerbrechen[14]!

14. Dezember 1932 Dok. 93
Anordnung

VB vom 16.12.1932, "Die Richtlinien und Anordnungen Adolf Hitlers erlassen" [1].

Heute sind den Amtsleitern und Gauleitern die *allgemeinen Richtlinien und die ersten besonderen Anordnungen des Führers* für den Neuaufbau der politischen Organisation[2] zur Herstellung einer erhöhten Schlagkraft der Bewegung zugegangen.

Diesen Richtlinien sind zunächst u. a. folgende Verfügungen angeschlossen:

Die *Abteilung für Volksbildung*[3], bisher in der Hauptabteilung III der politischen Organisation, wird von dieser gelöst und von jetzt ab der Reichs-Propaganda-Abteilung[4] unterstellt.

---

14 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf, in dem es u. a. heißt, "unser Gauleiter, Landesinspekteur *Mutschmann*," habe allen Parteigenossen aus der Seele gesprochen, "als er dem geliebten Führer das *Bekenntnis unerschütterlicher Treue* abgab".
Zur Wirkung von Hitlers Reden am 11.12. vgl. auch den Tagebucheintrag Goebbels' über sein Gespräch, das er tags darauf mit Hitler in Leipzig führte: "[*Hitler*] Erzählt von seinen Reden in Breslau, Chemnitz, Leipzig. Überall Bombenerfolge. Er hat scharf durch die Blume gegen Strasser gesprochen. Der hat die Partie schon verloren." Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 304.

1 In der Vorlage erscheint der Text als ein geschlossenes, von Hitler gezeichnetes Dokument; es bleibt unklar, ob der erste Satz, wo von Hitler in der 3. Person gesprochen wird, später hinzugefügt wurde.

2 Gemeint ist offenbar Hitlers Denkschrift vom 15.12.1932; Druck: Dok. 99.
Zum Anlaß und den Motiven für Hitlers Reorganisation der NSDAP vgl. Dok. 86, Anm. 1. Zur Gesamtbewertung vgl. auch Dietrich Orlow, The History of the Nazi Party: 1919-1933, Pittsburgh 1969, S. 294 ff.; Kissenkoetter, Straßer, S. 178 ff.

3 Die Abteilung Volksbildung war eine relativ junge Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP, mit deren Leitung am 7.9.1932 der langjährige Vorsitzende der nationalsozialistischen Fraktion im bayerischen Landtag Rudolf Buttmann beauftragt wurde. Daß diese Abteilung nun der Reichspropagandaabteilung zugeordnet wurde, verdeutlicht, wie sehr Goebbels von der Straßer-Krise profitierte. Dieser verfügte nun zumindest innerhalb der NSDAP über alle einschlägigen Kompetenzen, um seinen lange gehegten Wunsch eines "Volkserziehungs"-Ministeriums verwirklichen zu können, das die Bereiche "Schule, Universität, Film, Rundfunk, Theater [*und*] Propaganda" umfassen sollte. Vgl. Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP vom 15.9. 1932 und 31.1.1933; Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 218 sowie Dok. 15, Anm. 29.

4 Am 16.9.1926 hatte Gregor Straßer die Leitung der Propaganda-Abteilung übernommen, am 2.1.1928 jedoch faktisch an seinen Geschäftsführer Heinrich Himmler abgegeben. Nach den kümmerlichen Anfängen, die geprägt waren vom dilettantisch-bürokratischen Führungsstil Himmlers, gewann die nationalsozialistische Propaganda erst professionellen Charakter, als Joseph Goebbels am 27.4.1930 mit der Leitung dieser Abteilung beauftragt wurde. Obwohl dem Berliner Gauleiter vorerst nur ein Teil der propagandistischen Kompetenz der NSDAP unterstellt war, gelang es ihm, einen Propagandaapparat zu organisieren, der sich dem aller übrigen deutschen Parteien überlegen zeigte - ungeachtet der begrenzten finanziellen Möglichkeiten der NSDAP und der geringen personellen Ausstattung dieser Abteilung (Ende 1931 zehn hauptamtliche Kräfte). Nach einer Reorganisation im Oktober 1932 bestand die "Reichspropaganda-Leitung" aus vier Hauptabteilungen: Propa-

Die *innerpolitische Abteilung*[5], bisher in der Hauptabteilung III der politischen Organisation, wird aus dieser gelöst und der Rechtsabteilung[6] der Reichsleitung zugewiesen.

Der *agrarpolitische Apparat der NSDAP*[7] sowie die ihm angeschlossenen Abteilungen der Reichsleitung der NSDAP[8] werden aus der Reichs-Organisationsleitung[9] herausgenommen und mir unmittelbar unterstellt. Mit der Leitung beauftrage ich Pg. R. Walther Darré[10].

---

ganda, Nachrichtendienst, Film und Rundfunk; Kernstück war die Propagandaabteilung, die wiederum in die vier Unterabteilungen Materialverwertung, Rednervermittlung, Lügenabwehr sowie Auskunft und Archiv zerfiel. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 64 ff. sowie Bd. II/1, Dok. 29; Bd. II/2, Dok. 198, 204, 211, 212; Bd. III/3, Dok. 38. Ferner Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP vom 31.10.1932.

5 Mit der Leitung der neuerrichteten Innerpolitischen Abteilung wurde im Oktober 1931 Helmut Nicolai betraut, der damals wegen seiner Zugehörigkeit zur NSDAP von seinem Amt als Regierungsassessor im Regierungspräsidium in Oppeln suspendiert worden war. Der promovierte Jurist begann statt dessen eine Art Schattenministerium für Innenpolitik in der Reichsleitung der NSDAP aufzubauen, dessen Planungen im Falle einer nationalsozialistischen Machtergreifung umgesetzt werden sollten. Nicolai trat jedoch am 9.12.1932 von seinem Amt zurück, wobei unklar blieb, wie weit dies vom Rücktritt Straßers inspiriert war. Nachfolger wurde Nicolais bisheriger Stellvertreter, Ratsassessor a. D. Ernst von Heydebrand und der Lasa. Vgl. Martyn Housden, Helmut Nicolai and Nazi Ideology, Houndmills 1992, S. 91 ff., 146 ff. Ferner Bd. IV/2, Dok. 53.

6 Die Rechtsabteilung wurde am 1.11.1930 in der Reichsleitung der NSDAP eingerichtet; Leiter wurde der Vorsitzende des am 13.9.1928 gegründeten "Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen" (BNSDJ) Hans Frank. Frank hatte schon am 2.7.1932 von Straßer gefordert, daß die Innerpolitische Abteilung, die Rechtspolitische Abteilung und die Betreuung des BNSDJ künftig der Rechtsabteilung angegliedert werden sollten, "so daß die ganzen Gebiete der Rechtspolitik und des damit verbundenen Rechtsschutzes aus dem Rahmen der Reichsorganisationsleitung ausscheiden". Am 30.9.1932 wurde die Rechtspolitische Abteilung aus der Organisationsabteilung ausgegliedert, so daß die Rechtsabteilung nun aus zwei Haupt-Abteilungen - Rechtsverwaltung der NSDAP und Rechtspolitik - bestand. Am 14.12.1932 wurde nicht nur die Innerpolitische Abteilung in die Rechtabteilung eingegliedert, Frank übernahm auch die "organisatorische und programmatische Überwachung" des BNSDJ. Vgl. Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP vom 30.9.1932, 15.12.1932 und 31.12.1932 sowie Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928-1945). Zur Geschichte der nationalsozialistischen Juristenorganisation, Frankfurt a. M. 1990, S. 21 ff., 51 ff., Zitat S. 52. Ferner Bd. III/1, Dok. 23; Bd. IV/2, Dok. 53.

7 Im August 1930 war Darré als Referent für landwirtschaftliche Fragen in die Reichsleitung der NSDAP berufen worden. Bereits bis Jahresende gelang es ihm, eine leistungsfähige Organisation aufzubauen, die im gesamten Reichsgebiet ein dichtgespanntes Netz sog. Fachberater unterhielt. Die weit überdurchschnittlichen Wahlerfolge der NSDAP bei der protestantischen Landbevölkerung bestätigten die Arbeit des agrarpolitischen Apparats (aA), der bis Ende 1932 "eine der erfolgreichsten und zuverlässigsten Parteigliederungen geworden war". Erfolgreich war der aA auch bei der systematischen Unterwanderung des Reichslandbunds (RLB), der damals größten und einflußreichsten landwirtschaftlichen Berufsstandorganisation in Deutschland: schon am 18.12.1931 wurde Darrés Stellvertreter, Werner Willikens, zum vierten Präsidenten des RLB gewählt. Daß Darré nun zum Leiter eines eigenständigen, Hitler direkt unterstellten "Apparats" ernannt wurde, verdeutlicht seine zunehmende Bedeutung für die Politik der NSDAP. Vgl. Horst Gies, R. Walter Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933, Diss. phil., Frankfurt a. M. 1965, S. 37 ff., 102 ff.; ders., NSDAP und landwirtschaftliche Organisationen in der Endphase der Weimarer Republik. In: VfZ 15 (1967), S. 341-376, Zitat S. 350; Anna Bramwell, Blood and Soil. Richard Walther Darré and Hitler's 'Green Party', Bourne End 1985, S. 75 ff. Ferner Bd. III/3, Dok. 95; Bd. IV/3, Dok. 22.

8 Laut Organigramm über die Gliederung der Reichsorganisationsabteilung der NSDAP vom 1.10.1932 waren Darré in seiner Eigenschaft als Leiter der Hauptabteilung V (Landwirtschaft) die folgenden Mitarbeiter unterstellt:
Geschäftsführer des Agrarpolitischen Apparates (Diplom-Landwirt Richard Arauner),
Leiter des Forstpolitischen Apparates (Oberförster Wilhelm Parchmann),
Leiter der Abteilung Landwirtschaftliches Markt- und Börsenwesen (Prokurist Bruno Luxenberg),
Leiter der Abteilung Ostland (Dipl.-Ing. Karl Motz),

Über die Einzelheiten der Neu-Organisation erfolgen noch besondere Anordnungen [11].

Alle übrigen landwirtschaftlichen agrarpolitischen Organisationen, Verbände, Vereine usw. der NSDAP werden entweder von Herrn Darré neu bestätigt oder sind andernfalls mit dem Tag der Veröffentlichung dieser Verfügung aufgelöst.

Ebenso untersteht zukünftig die gesamte agrar-politische Presse der NSDAP einschließlich aller agrar-politischen Beilagen unserer Zeitungen [12] *inhaltlich der Verantwortung von Pg. Darré* [13].

Die Reichsinspektion I und II [14] werden in ihrer derzeitigen Form mit dem heutigen Tage aufgelöst.

Landesinspekteur Ost Gauleiter Helmuth *Brückner* [15] übernimmt den Gau Schlesien [16] unter gleichzeitiger Ernennung zum Kommissar Ost.

Leiter der Abteilung Ländliches Siedlungswesen (Karl Franz Jurda),
Leiter der Abteilung Gartenbau und Winzer (Dr. rer. pol. Hermann Reischle),
Leiter der Abteilung Geflügelwirtschaft (Dietrich von Stetten)
Leiter der Agrarpolitischen Pressestelle (Roland Schulze),
Leiter der Abteilung Werbung (Erwin Metzner). Vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 362, 368.

9 Vgl. Dok. 106, Anm. 5.

10 Richard (Ricardo) Walther Darré (1895-1953), 1914 Kriegsfreiwilliger, 1918 Abschied als Leutnant, 1920 Diplomkoloniallandwirt, 1925 Diplomlandwirt, 1928/29 landwirtschaftlicher Sachverständiger an der deutschen Gesandtschaft in Riga, 1930 Eintritt in die NSDAP und die SS, Referent für landwirtschaftliche Fragen in der Reichsleitung der NSDAP, 1931-1938 Leiter der Agrarpolitischen Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP und des Rasse- und Siedlungsamts (seit 1935 Siedlungshauptamts) der SS, 1932/33 MdR, 1933-1942/44 Reichs- und preußischer Minister für Ernährung und Landwirtschaft, 1933-1942/44 Reichsbauernführer, 1934 SS-Obergruppenführer.

11 Vgl. Dok. 108-110.

12 Mit dem Erscheinen der *Nationalsozialistischen Landpost* versuchte die NSDAP im September 1931 eine Zeitung ins Leben zu rufen, die speziell auf die Interessen der Landbevölkerung zugeschnitten war. Die Zeitung sollte - so ihr Chefredakteur Darré - "die große kämpferische Linie der nationalsozialistischen Agrarpolitik herausschälen und den deutschen Landstand für das Dritte Reich schulen". Parallel hierzu war ab April 1931 im *Völkischen Beobachter* eine Seite für Landwirtschaftsfragen reserviert, während in allen nationalsozialistischen Gauzeitungen landwirtschaftliche Beiblätter erschienen. Die *Nationalsozialistische Landpost* wurde im parteieigenen Verlag Franz Eher Nachf. gedruckt und erschien wöchentlich, am 15.1.1933 in einer Auflagenhöhe von ca. 20.000 Stück. Vgl. Gies, Darré, S. 51 f.; Katalog der nationalsozialistischen Pressen nach dem Stand vom 15. Januar 1933. Hrsg. von der Werbe-Rundschau (Archiv für Werbung), Berlin 1933, S. 11. Ferner Bd. IV/2, Dok. 24.

13 Vgl. hierzu Darrés Ausführungsbestimmungen vom 17.12.1932. Druck: Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 31.12.1932.

14 Das parteiinterne System der sog. Reichs(organisations)-Inspekteure war von Hitler am 21.10.1931 eingerichtet worden, nachdem Ley und Straßer bereits seit Mai 1931 dazu gedrängt hatten: Straßer war allein nicht mehr in der Lage, die organisatorischen Aufgaben der zur Massenpartei angewachsenen NSDAP zu bewältigen und benötigte einen Vertreter, der die Entwicklung der Partei an ihrer Basis kontrollierte. Ley wiederum fühlte sich nach der am 1.6.1931 erfolgten Teilung seines Gaus (vgl. Bd. IV/1, Dok. 123) deklassiert, so daß diese "Beförderung" zum Reichsinspekteur seinen Ehrgeiz befriedigte. Am 9.6.1932 wurde die Reichsinspektion der NSDAP geteilt; Ley übernahm die Leitung der Reichsinspektion II (Landesinspektionen Bayern, Südwest, Sachsen-Thüringen, West sowie Landesleitung Österreich), Paul Schulz die der Reichsinspektion I (Landesinspektionen Ost, Berlin, Mitteldeutschland-Brandenburg, Nord und Niedersachsen). Vgl. Ronald Smelser, Robert Ley. Hitlers Mann an der "Arbeitsfront". Eine Biographie, Paderborn 1989, S. 93 ff.; Kissenkoetter, Straßer, S. 65 ff.; Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP vom 17.10.1932. Ferner Bd. IV/2, Dok. 51 und 92; Bd. V/1, Dok. 86.

15 Helmuth Brückner (geb. 1896), 1914 Kriegsfreiwilliger, 1915 Leutnant, 1921 Angehöriger beim Oberschlesischen Selbstschutz, 1924 Stadtverordneter (NSFB) in Breslau, Schriftleiter der *Schlesischen Volksstimme*,

Der Landesinspekteur Sachsen-Thüringen Gauleiter Martin *Mutschmann*[17] behält wie bisher den Gau Sachsen und wird zum Kommissar ernannt.

Der Landesinspekteur Nord, Gauleiter Hinrich *Lohse*[18], behält den Gau Schleswig-Holstein und wird zum Kommissar Nord ernannt.

Der Landesinspekteur Mitteldeutschland-Brandenburg, Gauleiter Friedr[*ich*] Wilh[*elm*] *Loeper*[19], behält den Gau Magdeburg-Anhalt und wird zum Kommissar für Mitteldeutschland-Brandenburg ernannt.

Der Landesinspekteur Niedersachsen, Gauleiter Bernhard *Rust*[20], behält den Gau Hannover-Süd und wird zum Kommissar für Niedersachsen ernannt.

Der Landesinspekteur Süd-West, Gauleiter Jakob *Sprenger*[21], behält den Gau Hessen-Nassau-Süd und wird zum Kommissar für Südwest ernannt.

1925 Eintritt in die NSDAP, 1925-1934 Gauleiter des Gaues Schlesien, 1930-1932 MdR (NSDAP), 1932/33 MdL in Preußen, 1932 NSDAP-Landesinspekteur Ost, 1933 Preußischer Staatsrat, Oberpräsident der Provinz Schlesien, 1934 aller Ämter enthoben und Parteiausschluß, 1937 Ablehnung der Wiederaufnahme in die NSDAP.

16 Bei den Landesinspekteuren handelte es sich in hierarchischer Hinsicht um eine neue Ebene zwischen den Gauleitungen und der Reichsleitung der NSDAP. Die am 17.8.1932 ernannten Landesinspekteure, die jeweils mehrere Gaue kontrollieren sollten, gaben mit ihrer Ernennungen die Leitung ihres alten Gaus ab. Mit dieser Anordnung revidierte Hitler die Entscheidung vom 17.8.1932. Vgl. Bd. V/1, Dok. 171.

17 Martin Mutschmann (1879-1948), 1896 Strickmeister, seit 1907 Fabrikant, 1914 Kriegsfreiwilliger, 1919 Eintritt in den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924 Landesführer des Völkischen Blocks in Sachsen, 1925-1945 Gauleiter der NSDAP des Gaues Sachsen, 1930-1933 MdR (NSDAP), 1932 Landesinspekteur der NSDAP für Sachsen-Thüringen, 1933-1945 Reichsstatthalter in Sachsen, 1935-1945 Ministerpräsident von Sachsen.

18 Hinrich Lohse (1896-1964), 1912 kaufmännischer Angestellter, 1915/16 Kriegsdienst, 1919 Bankbeamter, 1920/21 Geschäftsführer der Schleswig-Holsteinischen Landespartei in Neumünster, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924 Vorstandsmitglied des Völkisch-Sozialen Blocks in Schleswig-Holstein, 1924 Übertritt zur NSFB, 1924-1929 Stadtverordneter in Altona (ab 1925: NSDAP), 1925-1945 Gauleiter des Gaues Schleswig-Holstein, 1928-1933 MdL in Preußen (NSDAP), 1928/29 kommissarischer Gauleiter des Gaues Hamburg, 1932 NSDAP-Landesinspekteur Nord, 1932/33 MdR, 1933-1945 Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein und Mitglied des Preußischen Staatsrats, 1941-1944 Reichskommissar Ostland, 1948 in einem Spruchkammerverfahren zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, 1951 aus gesundheitlichen Gründen entlassen.

19 Wilhelm Friedrich Loeper (1883-1935), 1904 preußischer Leutnant, 1914 Hauptmann, 1919 Führer einer Freikorpskompanie, Übernahme in die Reichswehr, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch als Hauptmann aus der Reichwehr entlassen, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925 Gaugeschäftsführer von Anhalt, 1926 stellvertretender Gauleiter des Gaues Anhalt-Sachsen-Nord, 1927-1932 und 1933-1935 Gauleiter (ab 1928: Gau Magdeburg-Anhalt), 1928-1932 MdL in Anhalt (NSDAP), 1930-1933 MdR, 1930-1932 Chef des Personalamts in der Reichsleitung der NSDAP, 1932 NSDAP-Landesinspekteur für Mitteldeutschland-Brandenburg, 1933 Reichsstatthalter von Braunschweig und Anhalt.

20 Bernhard Rust (1883-1945), 1909 Studienrat in Hannover, 1914 Kriegsfreiwilliger, 1924 Mitglied der DVFP, 1925 Eintritt in die NSDAP und Gauleiter des Gaues Hannover(-Nord), 1928-1940 Gauleiter des Gaues Hannover-Süd-Braunschweig, 1930 Entlassung aus dem Schuldienst, 1930-1933 Abgeordneter im Hannoverschen Provinziallandtag (NSDAP), 1930-1933 MdR, 1932 NSDAP-Landesinspekteur für Niedersachsen, 1933-1945 preußischer Kultusminister, 1934-1945 Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 1945 Selbstmord.

21 Jakob Sprenger (1884-1945), Oberpostinspektor, 1914 Kriegsfreiwilliger, 1916 Leutnant, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1925 Ortsgruppenleiter in Frankfurt a. M. und Bezirksleiter von Hessen-Nassau-Süd, 1925-1929 Stadtverordneter in Frankfurt a. M. (NSDAP), 1927-1945 Gauleiter des Gaues Hessen-Nassau-Süd (ab 1933: Hessen-Nassau), 1929 ehrenamtlicher Stadtrat in Frankfurt a. M., 1929-1933 Sachbearbeiter für Beamtenfragen in der Reichsleitung der NSDAP, 1930-1933 NSDAP-Fraktionsvorsitzender im Provinziallandtag von Hessen-

Der Landesinspekteur West, Heinz *Haake*[22], wird zum Kommissar für West ernannt und steht gleichzeitig dem Stabsleiter der politischen Organisation zur Verfügung.

Die kommissarische Tätigkeit findet nur statt auf Anordnung der Reichsleitung bzw. in meinem Auftrage oder im Auftrage des Stabsleiters der P[*olitischen*] O[*rganisation*][23].

Nähere Ausführungsbestimmungen hierzu werden erlassen[24].

Kommissar Gauleiter Jakob Sprenger übernimmt an Stelle des wegen Krankheit zurückgetretenen Gauleiters Lenz[25] den Gau Hessen[26] in vorübergehende kommissarische Verwaltung[27].

München, 14. Dezember 1932

Adolf Hitler

Nassau und stellvertretendes Mitglied im Preußischen Staatsrat, 1930-1933 MdR, Gründer des *Frankfurter Volksblatts*, 1932 NSDAP-Landesinspekteur Südwest, 1933-1945 Reichsstatthalter in Hessen, 1933-1945 Führer des Deutschen Beamtenbundes, 1944 Oberpräsident der Provinz Nassau, 1945 Selbstmord.

22 Heinrich Haake (1892-1945), Bankangestellter, 1914 Kriegsfreiwilliger, 1919 Eintritt in den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924-1933 MdL in Preußen (NSFB, ab 1925: NSDAP), 1925 Führer der NSDAP in Köln, dann kurzfristig Gauleiter des Gaues Rheinland-Süd, 1932 NSDAP-Landesinspekteur West, Dritter Vizepräsident, 1933 Erster Vizepräsident des Preußischen Landtags, Landeshauptmann der Rheinprovinz, 1934 Reichsinspekteur bei der Reichsleitung der NSDAP, Vorstandsmitglied des Deutschen Gemeindetages, Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE), 1943 SA-Gruppenführer, 1945 in einem britischen Internierungslager verstorben.

23 Robert Ley.

24 Das von Hitler eingeführte System der parteieigenen "Kommissare" blieb bedeutungslos, eine Funktion war damit nicht verbunden; bereits im Dezember 1932 wurde der Etat, der bislang für die Landesinspekteure vorgesehen gewesen war, von Reichsschatzmeister Franz Xaver Schwarz ersatzlos gestrichen. Mittel blieben lediglich für den Kommissar West Haake erhalten, der im Gegensatz zu den bisherigen Landesinspekteuren nicht in seinen alten Gau zurückkehren konnte. Vgl. Kissenkoetter, Straßer, S. 179.

25 Karl Lenz (1899-1944), 1916 Kriegsfreiwilliger, 1920 Lehrer in Heidelberg, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1922-1925 SA-Führer in Heidelberg, 1926 Wiedereintritt in die NSDAP, Ortsgruppenleiter in Eichtersheim, dann Kreisleiter in Sinsheim-Wiesloch, 1927-1931 Gaupropagandaleiter der NSDAP und stellvertretender Gauleiter des Gaues Baden, 1928 Entlassung aus dem Staatsdienst, 1929/30 MdL in Baden, 1930-1933 MdR, 1931/32 MdL in Hessen-Darmstadt, Gauleiter des Gaues Hessen-Darmstadt, 1934 Aberkennung aller politischen Ämter für den Zeitraum von drei Jahren, 1935 Lehrer in München, 1936 Bezirksschulrat, 1943 Sturmbannführer der Waffen-SS, Geschäftsführer in der Deutsch-Vlämischen Arbeitsgemeinschaft (DeVlag), Hauptgeschäftsstelle Reich in Hildesheim, 1944 nach einer Blinddarmoperation verstorben.

26 Der Gau Hessen(-Darmstadt) war zum 1.3.1927 aus dem Gau Hessen-Nassau-Süd ausgegliedert worden. Zum Jahreswechsel 1932/33 wurde der Gau Hessen-Darmstadt aufgelöst und an den von Sprenger geleiteten Gau Hessen-Nassau-Süd wieder angeschlossen, der damit seinen alten Namen Gau Hessen-Nassau erhielt. Vgl. Dieter Rebentisch, Persönlichkeitsprofil und Karriereverlauf der nationalsozialistischen Führungskader in Hessen 1928-1945. In: Werner Wolf, Antonio Peter (Hrsg.), Als es mit der Freiheit zu Ende ging. Studien zur Machtergreifung der NSDAP in Hessen, Wiesbaden 1990, S. 161-210, hier S. 179 f. Ferner Bd. II/1, Dok. 82; Bd. III/1, Dok. 16; Bd.IV/1, Dok. 45; Bd. IV/2, Dok. 32.

27 Lenz war erst am 16.9.1931 "mit der Führung des Gaues Hessen-Darmstadt beauftragt" worden. Durch sein arrogantes und provozierendes Auftreten, aber auch durch seine "mehr oder minder durchsichtigen Frauenaffairen" - so der Landesinspekteur Südwest Sprenger - hatte er sich in kürzester Zeit so viele Feinde gemacht, daß bereits im November 1932 seine diversen Streitigkeiten im Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß in der Reichsleitung der NSDAP verhandelt werden mußten. Da Lenz selbst Rücktrittsabsichten äußerte, teilte Sprenger der Reichsleitung bereits am 23.11. mit, daß dessen Amt als Gauleiter zur Verfügung stehe. Erst durch den Rücktritt Straßers begann Lenz sich jedoch dezidiert als politisches Opfer zu verstehen und sich in der regionalen "Notgemeinschaft" zu engagieren, in denen sich Straßers Anhänger in verschiedenen Gauen

14. Dezember 1932 Dok. 94
"Verfügung"
Anordnung

VB vom 16.12.1932, "Die Richtlinien und Anordnungen Adolf Hitlers erlassen".

Den Leiter des Agrarpolitischen Apparates, Pg. R. Walther *Darré*, und den Stabsleiter der Politischen Organisation, Pg. Dr. R. *Ley*, ernenne ich hiermit zu *Amtsleitern der N.S.D.A.P.* [1].

München, den 14. Dezember 1932

Adolf Hitler

14. Dezember 1932 Dok. 95
"Protokoll über eine Gesellschafterversammlung"

Masch. Abschrift mit hs. Unterschrift Keims; StA München, AG München, Registergericht 316 [1].

Heute, den vierzehnten Dezember eintausendneunhundertzweiunddreissig
14. Dezember 1932
erschien vor mir, Justizrat Dr. Julius *Keim* [2], Notar zu München, Notariat München VI, in den Amtsräumen dieses Notariats - vielmehr in der Wohnung des Nachgenannten Prinzregentenplatz 16 [3] dahier, Einschaltung am Schluße genehmigt -

Herr Adolf *Hitler*, Schriftsteller in München, mir persönlich bekannt, und erklärte mit dem Ersuchen um Beurkundung:

---

organisierten. Die Artikel, die Lenz im Dezember 1932 für deren Blatt, die *Alemannischen Grenzlandnachrichten*, schrieb, führten dazu, daß das Oberste Parteigericht der NSDAP am 3.3.1934, ihm bis zum 1.3.1937 alle Ämter in der Partei aberkannte. Vgl. Rebentisch, Persönlichkeitsprofil, S. 177 ff.; Kissenkoetter, Straßer, S. 185 ff. Ferner Bd. IV/2, Dok. 32 sowie IfZ, Fa 223/50: Personalakte Karl Lenz.

1 Der Titel Amtsleiter war 1932 der ranghöchste Funktionärsposten in der Politischen Organisation der NSDAP. Zusammen mit Hitler als Vorstand des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins e. V. bildeten damals die Amtsleiter offiziell die Reichsleitung der NSDAP. Vgl. Nationalsozialistisches Jahrbuch 1932. Hrsg. unter Mitwirkung der Reichsleitung der NSDAP. 6. Jahrgang, München 1932, S. 132 f.

1 Bei dem Protokoll handelt es sich um ein vorgefertigtes masch. Formular, das teilweise masch. ausgefüllt, bzw. ergänzt wurde.
2 Julius Keim (1877-1941), Dr. jur., Notar in München.
3 Hitlers Münchner Privatwohnung. Vgl. Wolfgang Schuster, Hitler in München - privat? In: München - "Hauptstadt der Bewegung", S. 125-130.

I.

Alleiniger Gesellschafter der Firma "Franz *Eher* Nachf.[4], Gesellschaft mit beschränkter Haftung" in München, ist der Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterverein, eingetragener Verein in München[5].

Vorstand des genannten Vereins im Sinne des § 26 BGB[6] bin ich[7].

In Abänderung des Gesellschaftsvertrags vom 19.[8] September 1919[9] beschließt der Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterverein e. V. was folgt:

"Der bzw. die Geschäftsführer der Firma 'Franz Eher Nachf., G.m.b.H.' sind berechtigt für die genannte Gesellschaft Prokuristen und Handlungsbevollmächtigte zu bestellen und zwar sowohl für den gesamten Geschäftsbetrieb, als auch für Zweigniederlassungen der Firma, des weiteren ernannte Prokuristen und Handlungsbevollmächtigte wieder abzuberufen."

Von mir, Notar, wird hieher festgestellt, daß ausweislich des von mir eingesehenen Vereinsregisters beim Amtsgericht München Herr Adolf Hitler als Vorstand des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins e. V. in München berechtigt ist, den genannten Verein gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten.

---

4 Der Verlag des *Münchener Beobachters*, dem Vorgänger des *Völkischen Beobachters*, wurde am 2.1.1887 gegründet. Nachdem der Münchner Redakteur Franz Eher (1851-1918) den Verlag im März 1900 erworben hatte, ließ er ihn am 2.12.1901 unter der Bezeichnung Franz Eher Verlag handelsgerichtlich eintragen. Nach Ehers Tod übernahm 1918 Rudolf von Sebottendorff (i. e. Glauer) als Vorsitzender der nationalistisch-antisemitischen Thule-Gesellschaft den Verlag, der am 30.9.1919 in eine GmbH umgewandelt wurde, um einen drohenden Konkurs zu verhindern. Schließlich erwarb die NSDAP am 17.12.1920 für 115.000 Mark einen beherrschenden Anteil des politisch inzwischen einschlägig ausgewiesenen, finanziell jedoch maroden Verlags und ernannte am 4.4.1922 Max Amann zu dessen Direktor. Stand zunächst die Produktion, nicht aber der Druck des *Völkischen Beobachters* im Mittelpunkt der Verlagstätigkeit, so wurde dem Verlag bald eine Buchhandlung und ein Buchverlag angegliedert, der zunächst hauptsächlich Broschüren und Propagandamaterial, dann *Mein Kampf* vertrieb und bis Ende 1932 weitere 218 Verlagswerke und 210 Neuauflagen publizierte. Weitere Periodika wie der *Illustrierte Beobachter* (1926), der *Akademische Beobachter* (1929), die *Nationalsozialistischen Monatshefte* (1930), *Die Brennessel* (1931), *Unser Wille und Weg* (1931), *Der SA-Mann* (1932), die *Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz* (1932) vervollständigten die Palette des Eher-Verlags, der bereits vor 1933 zu einem der größten deutschen Parteiverlage wurde. Der Verlag war in München in der Thierschstraße 15, seit 1927: 11, untergebracht und besaß seit dem 1.1.1933 eine Niederlassung in Berlin (Zimmerstraße 88-90). Vgl. A[*dolf*] Dresler, Geschichte des "Völkischen Beobachters" und des Zentralverlages der NSDAP Franz Eher Nachf., München 1937; Paul Hoser, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1990, passim.

5 Nach Kauf der größten Teile des Eher-Verlags durch die NSDAP gab Hitler 1921 und erneut 1929 an, daß er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des NSDAV e. V. sämtliche Anteile des Verlags besitze. Vgl. Oron J. Hale, Presse in der Zwangsjacke 1933-1945, Düsseldorf 1965, S. 25 ff.; Hoser, Münchner Tagespresse, Bd. 1, S. 120 ff. Dort auch Angaben zu den übrigen ehemaligen Gesellschaftern.

6 § 26 lautet: "Der Verein muß einen Vorstand haben. Der Vorstand kann aus mehreren Personen bestehen. Der Vorstand vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich; er hat die Stellung eines gesetzlichen Vertreters. Der Umfang seiner Vertretungsmacht kann durch die Satzung mit Wirkung gegen Dritte beschränkt werden." Vgl. Bürgerliches Gesetzbuch vom 18. August 1896 nebst dem Einführungsgesetze vom 18. August 1896, München 1910, S. 6 f.

7 Druck der Satzung der NSDAP/NSDAV e. V. in der Fassung vom 21.8.1925 und vom 22.5.1926: Bd. I, Dok. 64 und 146.

8 Hschr. ergänzt: "30".

9 Eine am 26.7.1938 angefertigte Abschrift des Gesellschaftsvertrags vom 30.9. und 26.11.1919 ist archiviert im Handelsregister des Amtsgerichts München, Abt. B, Bd. 5, S. 199-202.

Genehmigt wird die Einschaltung der zwei Randzeilen auf Seite eins, Zeile acht von oben beim Zeichen[10].

Vorgelesen vom Notar, von den Beteiligten genehmigt und eigenhändig unterschrieben:

Adolf Hitler

Dr. Jul[*ius*] Keim, Notar

Die Übereinstimmung vorstehender Abschrift mit der Urschrift wird hiemit bezeugt.

München, den zweiundzwanzigsten Dezember eintausendneunhundertzweiunddreissig.

Dr. Julius Keim, Notar

15. Dezember 1932 Dok. 96
"Verfügung 2"
Anordnung[1]

VB vom 17.12.1932, "Weitere Verfügungen des Führers zur Herstellung einer erhöhten Schlagkraft der Bewegung".

Um die höchste Einheitlichkeit in der Durchführung des politischen Kampfes sicherzustellen, wird bei der Reichsleitung eine

"Politische Zentralkommission[2]"

gebildet. Ich bestimme zu ihren Vorsitzenden unter gleichzeitiger Ernennung zum Amtsleiter Pg. Rudolf *Heß*[3].

---

10 Bezieht sich auf den Text des Protokolls, beginnend bei "des Nachgenannten" bis "genehmigt"; dieser Text wurde masch. an der Seite des Protokolls angefügt.

1 Zum Anlaß und den Motiven für Hitlers Reorganisation der NSDAP vgl. Dok. 86, Anm. 1.

2 Die Gründung der Politischen Zentralkommission verfolgte vor allem den Zweck, die Aufgaben der Reichsorganisationsleitung der NSDAP zu übernehmen. Hitlers Anordnung läßt erkennen, daß die Aufgaben dieser Nachfolgeorganisation nicht mehr konzeptioneller Natur sein sollten; im Vordergrund stand vielmehr die Überwachung, Koordinierung und Reglementierung aller Parteigremien, von denen eine gewisse institutionelle Selbständigkeit erwartet werden konnte. Die Politische Zentralkommission gewann jedoch keine größere Bedeutung. Da Hitler am 21.4.1933 Rudolf Heß zu seinem Stellvertreter ernannte und ihm die Vollmacht erteilte, "in allen Fragen der Parteileitung" in seinem Namen zu entscheiden, dürfte die Kommission spätestens zu diesem Zeitpunkt überflüssig geworden sein; seit dem 31.5.1933 lassen sich jedenfalls im Verordnungsblatt der NSDAP Anordnungen oder Bekanntmachungen dieser kurzlebigen Institution nicht mehr nachweisen. Vgl. Peter Longerich, Hitlers Stellvertreter. Führung der Partei und Kontrolle des Staatsapparates durch den Stab Heß und die Partei-Kanzlei Bormann, München 1992, S. 8 ff., 68 f.; Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP, Jg. 1932, 1933.

3 Rudolf Heß (1894-1987), kaufmännische Lehre, 1914 Kriegsfreiwilliger, 1917 Leutnant, 1919 Mitglied des Freikorps Epp, 1920 Eintritt in die NSDAP, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, 1925-1932 Privatsekretär Hitlers, 1932 Vorsitzender der Politischen Zentralkommission in der

Die politische Zentralkommission umfaßt drei Kommissionen.

I. Kommission für Beratung und Überwachung der nationalsozialistischen parlamentarischen Arbeit in den Länder-Parlamenten und Kommunen[4].

Vorsitzender: Pg. Dr. *Buttmann*[5].

Unterkommission A zur Beratung und Überwachung der N.S.-Arbeit in den Länder-Parlamenten.

Vorsitzender: Pg. Dr. *Buttmann*.

Unterkommission B zur Beratung und Überwachung der N.S.-Arbeit in den Kommunen.

Vorsitzender: Pg. Karl *Fiehler*[6].

II. Kommission zur Überwachung der nationalsozialistischen Presse.

Vorsitzender: Reichspresse-Chef *Dr. Dietrich*[7].

Reichsleitung der NSDAP, 1933-1941 "Stellvertreter des Führers", SS-Obergruppenführer, 1933-1938 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, 1938 Mitglied des Geheimen Kabinettsrats, 1939 Mitglied des Ministerrats für die Reichsverteidigung, 1941 Flug nach England und Gefangennahme, 1946 in Nürnberg zu lebenslänglicher Haft verurteilt, 1987 Selbstmord.

4 Diese Aufgabe hatte vorher Straßer in seiner Funktion als Reichsorganisationsleiter der NSDAP wahrgenommen. Vgl. Bd. V/1, Dok. 87.

5 Rudolf Buttmann (1885-1947), Landtagsbibliothekar, 1910 Dr. oec. publ., 1919 Mitbegründer der DNVP in Südbayern, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1924-1933 MdL in Bayern (Völkischer Block, ab September 1925 NSDAP) und Vorsitzender der NSDAP-Fraktion, 1932 Leiter der Hauptabteilung Volksbildung in der Reichsleitung der NSDAP, 1933 Ministerialdirektor, Leiter der Kulturpolitischen Abteilung im Reichsministerium des Innern, 1935 Generaldirektor der Bayerischen Staatsbibliothek.

6 Karl Fiehler (1895-1969), kaufmännischer Angestellter, ab 1915 Kriegsdienst, 1917 Leutnant, 1919 Aushilfskraft im Einwohneramt der Stadt München, 1922 städtischer Verwaltungsbeamter, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt, vorzeitige Entlassung, Stadtrat in München (Völkischer Block), 1925 Wiedereinstellung als städtischer Verwaltungsbeamter, Eintritt in die NSDAP, 1925-1929 Fraktionsführer, danach stellvertretender Fraktionsführer der NSDAP im Münchner Stadtrat, seit 1927 Schriftführer des NSDAV e. V., 1930 Referent für Kommunalpolitik in der Reichsleitung der NSDAP, 1933-1945 Erster Bürgermeister der Stadt München, Vorsitzender des Deutschen Gemeindetages, 1934 Reichsleiter, Leiter des Hauptamtes für Kommunalpolitik der NSDAP, 1942 SS-Obergruppenführer, 1949 in einem Spruchkammerverfahren zu zwei Jahren Arbeitslager verurteilt.

7 Otto Dietrich (1897-1952), 1914 Kriegsfreiwilliger, 1919 Abschied als Leutnant, 1921 Dr. rer. pol., 1922 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter der Essener Handelskammer, 1925 Handelsredakteur bei der *Essener Allgemeinen Zeitung*, dann Münchner Korrespondent der *Rheinisch-Westfälischen Zeitung*, 1928 Leiter des Handelsteils der *München-Augsburger Abendzeitung*, 1929 Eintritt in die NSDAP, 1.2.1931 stellvertretender Chefredakteur der *National Zeitung*, Essen, 1.8.1931 Leiter der Pressestelle in der Reichsleitung der NSDAP, 1932 (Reichs)Pressechef der NSDAP, Eintritt in die SS, 1933 Vorsitzender des Reichsverbands der deutschen Presse e. V., Vizepräsident der Reichspressekammer, Verfasser von *Mit Hitler in die Macht* (1933), *Die philosophischen Grundlagen des Nationalsozialismus* (1935), *Das Wirtschaftsdenken im Dritten Reich* (1937), *Auf den Straßen des Sieges - Mit dem Führer in Polen* (1939), 1937-1945 Pressechef der Reichsregierung, Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, 1941 SS-Obergruppenführer, 30.3.1945 Entlassung aus allen Ämtern, 1949 im Wilhelmstraßen-Prozeß zu sieben Jahren Haft verurteilt, 1950 entlassen.

III. Kommission für Wirtschaftsfragen[8].

Unterkommission A: Wirtschaftspolitik.
Vorsitzender: Pg. Walter *Funk*[9].
Unterkommission B: Arbeitsbeschaffung.
Vorsitzender: Pg. Gottfried *Feder*[10].

Aufgaben der politischen Zentralkommission:

1. Beratung aller Parteiinstanzen auf den durch die politische Generalkommission [*sic!*] vertretenen Gebieten.
2. Überprüfung aller für die Öffentlichkeit bestimmten parteiamtlichen Verlautbarungen der N.S.D.A.P., die grundsätzliche Fragen berühren und damit grundsätzlichen Charakter besitzen.
3. Überprüfung aller Anträge von grundsätzlichem Charakter der nationalsozialistischen Vertretungen in den Länder-Parlamenten und Kommunen.

Dem ersten Vorsitzenden der Zentralkommission steht von jetzt ab gegenüber solchen Veröffentlichungen und solchen Anträgen ein Einspruchsrecht zu, das ihre Verkündung bzw. ihre Antragstellung solange sperrt, bis nicht entweder im gegenseitigen Benehmen eine Verständigung erzielt wurde oder ich selbst als letzte Instanz meine Entscheidung getroffen habe.

Ausgenommen von dieser Anordnung ist die Arbeit der preußischen und bayerischen Landtagsfraktion, deren Vorsitzende an sich von mir eingesetzt und damit ähnlich dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion[11] mir direkt verantwortlich sind. Jedoch müssen auch diese beiden Fraktionen ihre Anträge als Material der Generalkommission [*sic!*] zuweisen.

---

8 Daß die Reste der ebenfalls aufgelösten Wirtschaftspolitischen Abteilung und des Reichswirtschaftsrats der NSDAP ebenfalls in die Politische Zentralkommission eingegliedert wurden, ist ein weiterer Hinweis auf ihre Bedeutungslosigkeit. Offensichtlich hatte Hitler die Lust verloren, die wirtschaftspolitische Diskussion in der Partei weiter voranzutreiben. Feder und Funk vertraten nicht nur gegensätzliche wirtschaftspolitische Positionen, es handelte sich bei ihnen auch um zwei dezidiert schwache nationalsozialistische Funktionäre: Feder hatte den letzten Rückhalt verloren, als er zunächst Straßers Auflehnung unterstützt hatte, um dann seinen Protest mit einer devoten Ergebenheitserklärung an Hitler wieder zurückzunehmen. Auch Funk war in Straßers Überlegungen eingeweiht, Goebbels bezeichnete ihn am 9.12.1932 als "Canaille"; in Hitlers Entourage galt er als ein zwielichtiger Parteigenosse, der zwar Verbindungen zur Wirtschaft besaß, nicht aber eine echte Machtposition innerhalb der NSDAP. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 299; Kissenkoetter, Straßer, S. 174. Ferner Bd. V/1, Dok. 189 sowie Dok. 97 in diesem Band.

9 Walther Funk (1890-1960), Journalist, 1916 Redakteur der *Berliner Börsen-Zeitung*, 1922-1930 Chefredakteur, 1931 Eintritt in die NSDAP, 1932 MdR, Redakteur des *Wirtschaftspolitischen Pressedienstes* der NSDAP, 1933-1937 Pressechef der Reichsregierung und Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, 1938-1945 Reichswirtschaftsminister und Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft, 1939-1945 Reichsbankpräsident, 1946 vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu lebenslänglicher Haft verurteilt, 1958 aus Gesundheitsgründen entlassen.

10 Gottfried Feder (1883-1941), Diplomingenieur, 1918 Gründer des Deutschen Kampfbundes zur Brechung der Zinsknechtschaft, 1919 Eintritt in die DAP/NSDAP, 1920 Verfasser des 25-Punkte-Programms der NSDAP, 1924-1933 MdR, ab 1926 Herausgeber der *Nationalsozialistischen Bibliothek*, 1931 Leiter der Ingenieur-technischen Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP, Vorsitzender des Wirtschaftsrats der Wirtschaftspolitischen Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP, 1933 Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, 1934 Reichskommissar für das Siedlungswesen, 1934-1941 Professor an der Technischen Universität Berlin für Siedlungswesen.

11 Wilhelm Frick.

4. Der Zentralkommission untersteht von jetzt ab die Überprüfung aller Anträge auf Genehmigung der Beteiligung an Streiks und Aussperrungen, gleich, ob sie von der Partei selbst oder von anderer Seite beabsichtigt sind.

Nähere Ausführungsbestimmungen erläßt der erste Vorsitzende der politischen Zentralkommission [12].

München, den 15. Dezember 1932

Adolf Hitler

15. Dezember 1932 Dok. 97
"Verfügung 3"
Anordnung [1]

VB vom 17.12.1932, "Weitere Verfügungen des Führers zur Herstellung einer erhöhten Schlagkraft der Bewegung".

Die *Wirtschaftspolitische Abteilung* [2] (Hauptabteilung IV A und IV B) wird *aufgelöst,* ebenso der *Reichswirtschaftsrat* der N.S.D.A.P. [3]

---

12 Die Ausführungsbestimmungen, welche die Tätigkeit der Politischen Zentralkommission im Detail regelten, wurden von Heß am 23.12.1932 erlassen. Vgl. VB vom 25.-27.12.1932, "Anordnungen der neuen Politischen Zentralkommission der NSDAP".

1 Zum Anlaß und den Motiven für Hitlers Reorganisation der NSDAP vgl. Dok. 86, Anm. 1.

2 Die Wirtschaftspolitische Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP war am 1.1.1931 gegründet worden; Leiter wurde der bisherige Stabschef der SA Otto Wagener. Die Abteilung, die über zehn Referenten verfügte und einen eigenen *Wirtschaftspolitischen Pressedienst* (W.P.D.) herausgab, sollte ein Wirtschaftsprogramm konzipieren, nachdem weder die Bürokratie noch die Ideologen der NSDAP hierzu in der Lage gewesen waren. Diese Entwürfe, gedacht als wirtschaftspolitische Eventualplanung für den Moment der Machtübernahme, wurden immer wieder in gemeinsamen Sitzungen mit Hitler und Gregor Straßer durchgesprochen. Gleichzeitig sollte die Abteilung über ein Netz von elf Beauftragten Kontakte zu wirtschaftlichen Spitzenverbänden aufbauen und durch 44 Gauwirtschaftsreferenten den Kontakt zur Parteibasis aufrechterhalten. Nach dem Rücktritt Wageners im September 1932 wurde die nun als Hauptabteilung IV bezeichnete Abteilung in eine Hauptabteilung IV a (Staatswirtschaft) unter der Leitung von Gottfried Feder und eine Hauptabteilung IV b (Privatwirtschaft) unter der Leitung von Walther Funk aufgeteilt, ohne daß Hitler damit den Konflikt zwischen den divergierenden Wirtschaftskonzeptionen innerhalb der NSDAP vorerst entschieden hätte. Vgl. Barkai, Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus, S. 34 ff.; Turner, Hitler, passim. Ferner Bd. IV/2 dieser Edition, Dok. 60; Bd. V/1, Dok. 189, 190.
Zur Tätigkeit der Wirtschaftspolitischen Abteilung vgl. auch Joachim Petzold, Wirtschaftsbesprechungen der NSDAP in den Jahren 1930 und 1931. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (1982, II), S. 189-223.

3 Der am 2.11.1931 eingesetzte (Reichs)Wirtschaftsrat in der Reichsleitung der NSDAP sollte über die Entwürfe der Wirtschaftspolitischen Abteilung beraten und mit den übrigen Planungen der NSDAP im Bereich der Finanz-, Landwirtschafts- und Sozialpolitik koordinieren. Da der von Feder geführte Wirtschaftsrat "allem Anschein nach hauptsächlich als Briefkopf existierte und nur selten zusammentrat", erlangte er auch nach seiner Reorganisation am 22.9.1932 keine größere Bedeutung. Vgl. Barkai, Wirtschaftssystem, S. 32. Ferner Bd. IV/2, Dok. 60; Bd. V/1, Dok. 189, 190.

Meine *Berater in Wirtschaftsfragen* bleiben:

Parteigenosse Walther *Funk*, der für die Bearbeitung wirtschaftlicher Fragen innerhalb der Partei die notwendigen Anweisungen gibt und im Einvernehmen mit mir Wirtschaftsbeauftragte der Reichsleitung ernennt[4].

Parteigenosse Gottfried *Feder* für wirtschaftstechnische Fragen und Fragen der Arbeitsbeschaffung[5].

Die Gauwirtschafts-Referenten verbleiben, soweit nicht besondere Anweisungen ergehen, als Wirtschaftsberater bei den einzelnen Gauleitungen[6].

München, den 15. Dezember 1932

Adolf Hitler

15. Dezember 1932 Dok. 98
"Verfügung 4"
Anordnung[1]

VB vom 17.12.1932, "Weitere Verfügungen des Führers zur Herstellung einer erhöhten Schlagkraft der Bewegung".

Der *Kampfbund des Gewerblichen Mittelstandes*[2] wird unter Leitung von Pg. *von Renteln*[3] neuorganisiert. Er wird bis auf weiteres dem Vorsitzenden der Unterkommission A für Wirtschaftspolitik[4] unterstellt[5].

München, den 15. Dezember 1932

Adolf Hitler

---

4 Vgl. Dok. 96, Anm. 8.

5 Parallel zum Rücktritt Straßers hatte auch Feder an Hitler einen Brief gerichtet, in dem er die Entwicklung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik heftig kritisierte und behauptete - so die *Frankfurter Zeitung* - , "die Auflösung der von ihm geleiteten Wirtschaftspolitischen und Technischen Abteilung bedeute eine Abkehr der nationalsozialistischen Politik von dem Gegenwartsprogramm, das für die Millionen der nationalsozialistischen Wähler nicht anders heißen dürfe als Arbeit und Brot". Hitler verstand es jedoch, die Kritik Feders geschickt von derjenigen Straßers zu trennen, so daß der völlig isolierte Feder bereits am 9.12. öffentlich erklären mußte, "daß ich auf Ehre und Gewissen in Treue und unerschütterlicher Ergebenheit hinter meinem Führer Adolf Hitler stehe". Vgl. Frankfurter Zeitung vom 10.12.1932 (AA), "Der Konflikt in der NSDAP. Auch Feder nimmt 'Urlaub'"; VB vom 11./12.12.1932, "'Unerschütterliche Ergebenheit für Hitler'"; IfZ, ED 60/8: Otto Wagener, Tagebuchaufzeichnungen, Bd. 8, Bl. 2011, 2017. Ferner Albrecht Tyrell, Gottfried Feder and the NSDAP. In: The Shaping of the Nazi State. Ed. by Peter D. Stachura, London 1978, S. 48-87; Krebs, Tendenzen und Gestalten, S. 204 f.

6 Zur Tätigkeit der Gauwirtschaftsberater vgl. etwa Gerhard Kratzsch, Der Gauwirtschaftsberater im Gau Westfalen-Süd. In: Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum politisch-administrativen System. Hrsg. von Dieter Rebentisch und Karl Teppe, Göttingen 1986, S. 173-207.

1 Zum Anlaß und den Motiven für Hitlers Reorganisation der NSDAP vgl. Dok. 86, Anm. 1.

15. Dezember 1932 Dok. 99
"Denkschrift über die inneren Gründe für die Verfügungen zur Herstellung einer erhöhten Schlagkraft der Bewegung" Denkschrift[1]

Masch. Manuskript; BA, NS 20/111.

I. Teil

Das *Fundament* der politischen Organisation ist die Treue[2]. In ihr offenbart sich als edelster Gefühlsausdruck die Erkenntnis der Notwendigkeit des *Gehorsams* als *Voraussetzung* für den Aufbau jeder menschlichen Gemeinschaft.

---

2 Obwohl die NSDAP alles andere als eine reine Mittelstandspartei war, eher eine Sammlungsbewegung des Protests mit Volksparteicharakter, besaß die mittelständische Interessenvertretung für sie zunächst einen hohen Stellenwert. Schon in ihrem Parteiprogramm vom 24.2.1920 forderte die NSDAP neben der "Schaffung eines gesunden Mittelstandes" die "sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende". Seit 1929 entstanden an der Parteibasis militante mittelständische Organisationen wie die 'Kampfgemeinschaft gegen Warenhäuser und Konsumvereine', der 'Kampfbund für Erhaltung des Mittelstands' oder die 'Arbeitsgemeinschaft deutscher Geschäftsleute', die nicht nur propagandistisch, sondern auch mit massiven Terror und Boykottmaßnahmen gegen Warenhäuser und Konsumvereine vorgingen. Mit dem 'Kampfbund des Gewerblichen Mittelstands', der mit dieser Anordnung Hitlers ins Leben gerufen wurde, sollten diese Aktivitäten gebündelt, vor allem aber stärker kontrolliert werden, da Hitler seit September 1932 versuchte, die Mittelstandsforderungen zurückzudrängen, um andere wirtschaftliche Interessengruppen, insbesondere die der Großindustrie, nicht zu verprellen. Der Kampfbund des Gewerblichen Mittelstands wurde bereits am 7.8.1933 wieder aufgelöst und seine Mitglieder in die Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation (NS-Hago), einem Teil der DAF, überführt. Vgl. Heinrich Uhlig, Die Warenhäuser im Dritten Reich, Köln 1956, S. 63 ff.; Heinrich August Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972, S. 157 ff.;

3 Theodor Adrian von Renteln (1897-1946), 1924 Dr. rer. pol., Journalist, 1928 Eintritt in die NSDAP, 1929-1931 Gründer und Reichsführer des Nationalsozialistischen Schülerbunds, 1931/32 Reichsführer der HJ, 1932 MdR, Stellvertretender Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP, 1932/33 Führer des NS-Kampfbundes des Gewerblichen Mittelstands, 1933-1935 Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstags, 1935 Stabsleiter der Deutschen Arbeitsfront, Leiter des Instituts für angewandte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Leipzig, 1940 Hauptamtsleiter Handel und Handwerk in der Reichsleitung der NSDAP, 1941 Generalkommissar in Litauen, 1946 hingerichtet.

4 Walther Funk.

5 Renteln war einer der wichtigsten Wirtschaftsberater Gregor Straßers und fungierte in dessen wirtschaftspolitischen Schriften teilweise als eine Art "ghostwriter". Vgl. Barkai, Wirtschaftssystem, S. 42.

1 Im Gegensatz zu Hitlers Anordnungen vom 9., 14. und 15.12.1932, die in Folge von Straßers Rücktritt im *VB* publiziert wurden, waren seine Denkschriften vom 15. und 20.12.1932 (Druck: Dok. 106) nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Hitlers Anordnung vom 14.12.1932 (Druck: Dok. 93) ist zu entnehmen, daß diese beiden Denkschriften offenbar nur den Amtsleitern und den Gauleitern der NSDAP zugingen.
Zum Anlaß und den Motiven für Hitlers Reorganisation der NSDAP vgl. Dok. 86, Anm. 1. Zur Interpretation der beiden Denkschriften vgl. ferner Dieter Rebentisch, Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939-1945, Wiesbaden 1989, S. 35 f.

2 Vgl. Dok. 89, Anm. 17.

Die Treue in Gehorsam kann *niemals* ersetzt werden durch formale technische Maßnahmen und Einrichtungen, gleich welcher Art.

Der *Zweck* der politischen Organisation ist die Ermöglichung weitester Verbreitung einer für die Lebensbehauptung der Nation als notwendig angesehenen Erkenntnis sowie des ihr dienenden Willens. Der Endzweck ist damit die Erfassung der Nation für diese Idee.

Der *Sieg* der nationalsozialistischen *Idee* ist das Ziel unseres Kampfes. Die Organisation unserer *Partei* ein Mittel zur Erreichung dieses Ziels.

Die Organisation kann daher nur dann richtig sein, wenn sie für diese Aufgabe geeignet ist.

Da die Aufgabe der Organisation darin besteht, zwischen Erkenntnis und Willen *einerseits* und der Masse des Volkes *andererseits* eine verbindende Beziehung herzustellen, wird sie dieser ihrer Aufgabe um so mehr entsprechen, je weniger sie dabei selbst an Kraft verbraucht. Die kürzeste Leitung ist *organisatorisch* die *beste*[3].

Es ist auch ein Irrtum anzunehmen, die Organisation wäre um so besser, je umfangreicher und gegliederter ihr Apparat in Erscheinung tritt[4].

Das Gegenteil ist richtig.

Der Idealzustand wäre, ohne organisatorische Zwischenleitung [*sic!*] ausschließlich von *einem* Erkenntnis- und Willensträger aus die Nation unmittelbar zu erfassen. Leider ist dies unmöglich.

Daraus ergibt sich:

Man organisiere nicht *mechanisch*, was man organisieren *kann*, sondern *nur*, was man organisieren *muß!*

Es ist ja endlich die Aufgabe der Organisation, Menschen mit gleichen Lebensinteressen zu gleichem und einheitlichem Handeln zusammenzuschließen. Da die Menschen im Durchschnitt wohl ein verschwommenes gemeinsames Ziel empfinden, selten aber in einheitlicher Auffassung den richtigen *Weg* hiezu *erkennen,* übergeht die Organisation notwendig bis zu einem gewissen Ausmaße stets die Individualität der Einzelperson.

Damit wird wohl einerseits die zu großen Kraftleistungen notwendige Zusammenfassung der Individuen ermöglicht, dafür aber andererseits die freie Selbständigkeit, das individuelle Ausleben und Auswirken der Fähigkeiten der einzelnen bis zu einem gewissen Grade gehemmt.

Eine Weltanschauung benötigt zu ihrer Verbreitung keine Beamten, sondern fanatische Apostel.

Es ist daher ein Gebot der Klugheit, den Zwang der Organisation nur auf das unbedingt Erforderliche auszudehnen, dort unerbittlich hart zu sein, im übrigen der individuellen Fähigkeit einen möglichst großen Spielraum zu belassen.

---

3 Hitler versuchte damit wieder an seine "Grundsätzlichen Richtlinien für die Neuaufstellung der NSDAP" vom 26.2.1925 anzuknüpfen, wo dieses Prinzip zumindest als Anspruch formuliert worden war: "Die beste Organisation ist nicht die, die zwischen der Leitung und den einzelnen Mitgliedern den größten Mittler-Apparat einschaltet, sondern diejenige, die diese Verbindung in kürzester Weise herstellt. Die Organisation hat sich endlich organisch zu entwickeln und soll nicht künstlich aufgeblasen werden." Druck: Bd. I, Dok. 4.

4 Straßer Versuch, seit Juni 1932 eine Reform der nationalsozialistischen Parteiorganisation einzuleiten, war im großen und ganzen erfolglos geblieben. Vgl. Kissenkoetter, Straßer, S. 65 ff., 136 mit Anhang I-III sowie Bd. V/1, Dok. 85, 86, 90, 110, 171, 189, 190.

Weiter ist zu bedenken, daß jeder zu umfangreiche Organisationsapparat in sich nicht nur die Gefahr birgt, die von ihm nach unten vermittelte Erkenntnis zu schwächen, sondern überhaupt einen großen Teil der Aktivität, sowohl der Führung als auch der Masse, im Getriebe des eigenen Räderwerks zu verbrauchen. Jede Übersetzung einer Kraft verschleißt Kraft. Deshalb ist auch derjenige Organisationsapparat der beste, der auf kürzestem Wege dank weniger Zwischenschaltungen die Erkenntnis und den Willen einer Führung der Masse vermittelt, umgekehrt dann ebenso das erweckte Gefühl und die rückströmende Kraft des Volkes der Führung zuleitet.

Also nicht Mobilisierung der nationalen Kraft zur Erhaltung eines Organisationsapparates, sondern umgekehrt Schaffung und Lebendigerhaltung der Organisation zur Erweckung der nationalen Kraft.

Weltanschauungen benötigen genauso wie Religionen zu ihrer Verwirklichung bestimmte geeignete Organisationen.

Solange diese ihren Ideen dienen, treten sie erobernd auf. Sowie sich aber die Organisationen über die Ideen erheben, werden diese damit zunächst steril und endlich zerstört.

Da es nun die Aufgabe der Nationalsozialistischen [*Deutschen Arbeiter*]partei ist, durch ihre Organisation die Verwirklichung der nationalsozialistischen Idee zu ermöglichen, ist sie dann richtig organisiert, wenn sie sich davor hütet, in der Organisation den Selbstzweck zu sehen. Von diesem Gesichtspunkte aus sind daher alle ihre Einrichtungen zu messen und zu prüfen.

Daß die Partei dabei in ihrer Organisation die für die gesamte Staatsführung als richtig erkannten Grundsätze selbst anwendet und zur Durchführung bringt, ist natürlich. Denn sie will ja bewußt in ihrer eigenen Organisation als Mittel zum Zweck das zum Ausdruck und zur Verwirklichung bringen, was nach unserer Überzeugung einst die gesamte Staatsauffassung beherrschen soll. Sie kann dies um so eher, als sie ja auch im Staate keinen Selbstzweck sieht, sondern nur eine Institution, die der Erhaltung und Lebensfortführung eines Volkes [*sic!*] zu dienen hat.

Aus dem oben Gesagten ergeben sich aber nicht nur die Aufgaben, sondern auch die Formen unserer Parteiorganisation.

a.) Die Partei soll die Verbreitung der Idee ermöglichen. Dies ist ihre oberste und erhabenste Mission. Sie muß daher auch immer wieder zurückfinden zu dieser größten und ersten Aufgabe, Propaganda-Einrichtung und -Instrument zu sein für unsere Weltanschauung, für unsere nationalsozialistische Idee. Sie muß von Zeit zu Zeit ihre Organisation durchprüfen, inwieweit sie dieser Aufgabe noch genügen kann oder inwieweit sie sich von ihr entfernt hat. Sowie der Apparat der Bewegung durch seine Entwicklung oder Umständlichkeit dieser Mission entfremdet wird oder seinen Zweck gar nur mehr in der Selbsterhaltung sieht, ist er für die Idee ein Ballast und wirkt damit schädlich.

b.) Die Organisation der Partei hat weiter dem propagandistischen Kampf die finanziellen Voraussetzungen und die physische Unterstützung zu sichern.

Diese Aufgabenstellung erklärt im wesentlichen den Aufbau unserer Partei-Organisation.

Es liegt dem Deutschen, nur zu leicht in den Fehler zu verfallen, in der Organisation einer Bewegung ein Feld für ebenso pedantische wie mechanische Arbeiten zu sehen. In emsigem Fleiße werden solche Organisationsgebilde dann auf- und ausgebaut, so sorgfältig und so lange, bis

endlich die ganze Aufmerksamkeit und damit leider auch die ganze Kraft der Erhaltung der Organisation an sich dient. Dies wäre das Ende vernünftiger, lebendiger Arbeit. An ihre Stelle tritt der allen Deutschen wohlbekannte Papierkrieg. Es ist daher immer nötig, von Zeit zu Zeit eine Organisation auf ihre natürlichen Aufgaben hin zu untersuchen, sie durchzukämmen und von allem zu befreien, was sie in der Erfüllung ihrer wirklichen Mission belastet.

Der Aufbau der nationalsozialistischen Partei-Organisation war vom Anfang an der folgerichtigste aller bekannten neueren Parteigründungen.

Der Grundgedanke war:

Nicht von oben eine schematische Funktionärs-Organisation aufzuziehen, sondern allmählich von unten einen Führungsapparat aufzubauen!

Während bei allen sonstigen neueren Parteigründungen in Deutschland auf dem Reißbrett das Schema einer politischen Organisation entworfen und mit der Stellenbesetzung von oben begonnen wurde[5], begann die nationalsozialistische Bewegung von unten mit der Eroberung kleinster Stützpunkte[6].

Die Organisation von oben herunter zwingt nämlich, bei der Besetzung der schematisch geschaffenen Dienststellen nach Männern zu greifen, die ihre Fähigkeit und Eignung für solche Aufgaben nicht im geringsten erprobt oder gar nachgewiesen haben. Es ist leichter, Reflektanten für 30 Gauleiter-, 500 Bezirksführerstellen oder gar 1.000 Abgeordnetensitze zu erhalten, als 10 tüchtige Ortsgruppenführer zu finden. Aber alle Postenjäger, die ja erfahrungsgemäß nicht höchstbefähigte, sondern im Gegenteil oft sogar sehr minderwertige Elemente darstellen, werden, sobald sie einmal in hohen Organisationsstellen sitzen, bei ihrer weiteren Tätigkeit nur mehr von einem Gedanken geleitet, nämlich der Furcht vor dem Talent oder gar dem Genie, das unter ihnen emporsteigen könnte. Diese von oben her eingesetzte Mittelmäßigkeit wird daher nicht nur keine Talente mehr fördern, sondern sie im Gegenteil restlos zu ersticken suchen. Damit aber muß jede Organisation, die einen solchen Anfang nimmt, an allgemeiner Minderwertigkeit der Gesamtführung dahinkranken, entarten und endlich zerfallen.

Die nationalsozialistische Bewegung muß demgegenüber unentwegt von dem Prinzip ausgehen, wenn irgend angängig, Organisationsstellen höherer Art überhaupt nur dann zu schaffen, wenn sich aus der vorliegenden, niederen praktischen Arbeit schon der für höheres Wirken befähigte Kopf gezeigt hat.

Im reinen Propaganda- und Organisationsdienst der Bewegung sollen an führende Stellen daher nur solche Männer kommen, die sich im Kampf an der Front[7] bewährt haben.

Über die Personalpolitik der Organisation ist daher Folgendes zu sagen:

Niemals wird sich in einer Organisation, die weltanschaulich angreift, eine vollständige Gleichwertigkeit des Führermaterials [*sic!*] erzielen lassen. Militärische Auffassungen sind hier nicht anwendbar. Je höher die Leistungsfähigkeit der einzelnen Führer ist, um so größer werden

---

5 Zur Formierung der deutschen Parteienlandschaft am Ende des Ersten Weltkriegs vgl. Gerhard A. Ritter, Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918-1920. In: Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Hrsg. von Eberhard Kolb, Köln 1972, S. 244-275.

6 Zur Frühgeschichte der DAP/NSDAP vgl. Dok. 25, Anm. 17.

7 Gemeint ist der politische Kampf.

die Unterschiede untereinander sein. Dies ergibt Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit, muß aber in Kauf genommen werden. Entscheidend bleibt immer, daß die Grundsätze der bedingungslosen Parteidisziplin davon nicht berührt werden.

Die Differenz, die man zwischen den Fähigkeiten der einzelnen Parteifunktionäre feststellen wird, verleitet nur zu leicht zu dem Glauben, daß man mindere Leistungen durch ständige Bevormundung würde beheben können. Dies ist ein Trugschluß. Richtig ist: Wenn ein befähigterer Kopf zur Verfügung steht, dann diesen mit der Aufgabe selbst zu betrauen. Dauernde Überwachungen verletzen ebenso das Ehrgefühl, wie sie der Verantwortungsfreudigkeit abträglich sind. Insbesondere darf niemals wegen Fehler einzelner eine dauernde Überwachung aller erfolgen. Dies bedeutet tatsächlich eine Degradierung des Tüchtigen auf das Niveau des Untüchtigen. Jede Dienststelle soll nur einer ihr organisch vorgesetzten Stelle gegenüber verantwortlich sein. Besondere Kontrollen und Überwachungen dürfen nur kommissarischen, d. h. vorübergehenden Charakter besitzen[8].

Dauernde Überwachungen zerstören langsam die Autorität jeder Dienststelle. Dies ist besonders gefährlich, wenn es sich dabei um die nach dem Führer in erster Linie in Erscheinung tretenden Amtsträger der Partei handelt. Der Gauleiter ist in seinem Bereich der Repräsentant der Bewegung[9]. Er wird dieser Aufgabe um so mehr nachkommen können, je mehr in der Organisation selbst die Bedeutung seiner Stellung zum Ausdruck kommt. Er soll aber weiter durch seine enge Verwurzelung mit seinem Organisationsgebiet auch in kritischen Zeiten die Bewegung in der Hand behalten. Es soll daher ein Eingriff in seinen Gau durch einen kommissarisch Bevollmächtigten der Reichsleitung nur dann vorgenommen werden, wenn ein ganz bestimmter Anlaß dazu vorliegt. Es kann gewiß zweckmäßig sein, schon vorher die für solche kommissarische Aufgaben in Aussicht genommenen Amtswalter und die ihnen hierbei zugedachten Gebiete festzulegen. Sollte sich die Unmöglichkeit einer befriedigenden Leitung eines Gaues unter einer bestimmten Persönlichkeit eindeutig ergeben haben, dann ist ein solcher Gau entweder vorübergehend kommissarisch zu verwalten, bis die Fehler behoben sind, beziehungsweise eine bessere, weil geeignetere Persönlichkeit gefunden ist. Ist dies nicht möglich, dann muß ein solcher Gau endgültig einem besser geführten angegliedert oder mit ihm zusammengelegt werden[10]. Kommissare oder Inspekteure sollen aber, wenn irgend möglich, immer selbst als Gauleiter in der Front der Bewegung [*sic!*] verankert sein.

---

8 Eine Anspielung auf das am 21.10.1931 geschaffene parteiinterne System der sog. Reichs(organisations)-Inspekteure. Vgl. Bd. IV/2, Dok. 51 und 92; Bd. V/1, Dok. 86 sowie Dok. 93 mit Anm. 14 in diesem Band.
Zur Praxis des parteiinternen Inspektionswesens vgl. etwa Christine Arbogast und Bettina Gall, Aufgaben und Funktionen des Gauinspekteurs, der Kreisleitung und der Kreisgerichtsbarkeit der NSDAP in Würtemberg. In: Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie. Baden und Württemberg 1930-1952. Hrsg. von Cornelia Rauh-Kühne und Michael Ruck, München 1993, S. 151-169.

9 Vgl. hierzu Peter Hüttenberger, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969; Walter Ziegler, Gaue und Gauleiter im Dritten Reich. In: Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich. Hrsg. von Horst Möller, Andreas Wirsching und Walter Ziegler, München 1996, S. 139-159.

10 Die Gaue der NSDAP konsolidierten sich nach deren Wiedergründung im Februar 1925 erst langsam. Mit mehreren Anordnungen versuchte Hitler dann am 3.9.1928 die regionale Basis der NSDAP systematisch zu strukturieren. Daß auch danach die Führung wie die Grenzen der nationalsozialistischen Gaue noch relativ häufig wechselten, verweist darauf, wie schwach die Organisation der NSDAP in der Provinz oft noch war. Rivalitä-

Was die Gliederung besonders des zentralen Organisationsapparates der Bewegung betrifft, so ist künftig mehr als bisher noch darauf zu sehen, daß Unwesentliches grundsätzlich ferngehalten wird. Die Partei befindet sich heute im schwersten Weltanschauungskampf. Alle ihre Einrichtungen haben irgendwie der Propaganda der Ideen [*sic!*] zu dienen. Wissenschaftliche Forschungsinstitute auf mehr oder weniger abseits liegenden Gebieten gehören nicht in den politischen Organisationsapparat[11]. Ebenso wirkt es verwirrend, wenn die Grenzen der Zuständigkeiten entweder unklar oder unlogisch gezogen sind[12]. Es ist hierbei zweckmäßig, schon von Anbeginn den Blick in die Zukunft zu richten. Im nationalsozialistischen Staat wird zum Beispiel die Erziehung des Bürgers schon von der Volksschule an bis hinauf zur politischen Schulung des Erwachsenen eine einheitliche sein. Es ist daher folgerichtig, in der Bewegung dieselbe Einheitlichkeit schon heute organisatorisch auszudrücken.

Der agrarpolitische Apparat[13] der Partei ist seiner Größe und vor allem seinem ganzen Wesen nach als selbständige Organisation aus dem Rahmen der Organisationsabteilung zu nehmen und direkt der Führung zu unterstellen.

Die Innerpolitische Abteilung[14] gehört ihrem Wesen nach zur Rechtsabteilung[15].

Die Wirtschaftspolitische Abteilung[16] kann sinngemäß nur der Beratung aller Parteiinstanzen dienen, unter gleichzeitiger Überwachung aller grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Verlautbarungen innerhalb der Partei.

München, den 15. Dezember 1932

gez.: Adolf *Hitler*

Für die Richtigkeit:

Rudolf Heß

II. Teil folgt unter dem 20. Dezember 1932[17].

---

ten vor Ort, politische Richtungskämpfe, Unfähigkeit einzelner Gauleiter, aber auch organisatorische Überlegungen der Reichsleitung sowie politischer Druck von außen, insbesondere im Saarland, in Danzig oder Österreich, ließen die Organisation der NSDAP an ihrer Basis vorerst noch nicht zur Ruhe kommen. Vgl. Bd. III/1, Dok. 16-22; Bd. III/2, Dok. 39, 76 und 87; Bd. III/3, Dok. 40, 122; Bd. IV/1, Dok. 10, 22, 45, 51 und 123; Bd. IV/2, Dok. 30, 32, 52; Bd. V/1, Dok. 171. Ferner Hüttenberger, Gauleiter, S. 38 ff. Zum konkreten Anlaß vgl. Dok. 93, Anm. 26 und 27.

11 Die von Konstantin Hierl geführte Organisations-Abteilung II sollte gewissermaßen Schubladenentwürfe für den Fall der Machtübernahme entwickeln, wurde aber am 9.6.1932 aufgelöst; ihre Aufgaben übernahm die Haupt-Abteilung III in der Reichsorganisationsabteilung der NSDAP. Straßer betonte in seiner Anordnung Nr. 7 vom 17.9.1932 noch einmal, daß deren Aufgaben ausschließlich konzeptioneller Natur seien: "Die zukünftige Haupt-Abteilung III wird das wissenschaftliche Institut, gewissermaßen das wissenschaftliche Laboratorium der Partei sein. Sie wird im Lande draußen nur noch bei den Landes-Inspektionen und bei den Gauleitungen Obmänner haben. Alle anderen Abteilungen, die bisher in der Haupt-Abteilung III eingegliedert waren und die notwendigerweise ausgedehntere Organisationen im Lande unterhalten müssen, werden zu selbständigen Haupt-Abteilungen erhoben werden. Die zukünftige *Haupt-Abteilung III* wird einmal reine Generalstabs-Aufgaben, das heißt wissenschaftliche Ausarbeitungen ausführen und zum anderen die Beratungsstelle für die gesamte Organisation darzustellen haben." Druck: Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP vom 30.9. 1932; Vgl. ferner Bd. V/1, Dok. 85 sowie Dok. 96, Anm. 1 und Dok. 106, Anm. 2 in diesem Band.

16. Dezember 1932 Dok. 100
Rede vor der NSDAP-Fraktion des Preußischen Landtags in Berlin [1]

VB vom 18./19.12.1932, "Richtunggebende Ausführungen des Führers vor der Preußenfraktion" [2].

Nach der Begrüßung durch den Fraktionsführer Pg. Kube, der den einmütigen Willen der Preußenfraktion kundgab, den Kampf in Preußen im Sinne des Führers und seines Wollens für die Nation unbeugsam durchzuführen, nahm *Adolf Hitler* das Wort zu richtungsgebenden Ausführungen für das kommende *Kampfjahr* [*sic!*]. Dem Empfinden der gesamten nationalsozialistischen Bewegung Ausdruck gebend, stellte sich der Führer einleitend vor den greisen *General Litzmann* [3], den Sieger von Brzeziny [4], den der Reichskanzler, *General* von *Schleicher*, wegen

12 Generell zu dieser Thematik vgl. etwa Klaus Hildebrand, Nationalsozialismus oder Hitlerismus? In: Michael Bosch (Hrsg.), Persönlichkeit und Struktur in der Geschichte. Historische Bestandsaufnahme und didaktische Implikationen, Düsseldorf 1977, S. 55-61; Hans Mommsen, Nationalsozialismus oder Hitlerismus? In: ebenda, S. 62-71; Klaus Hildebrand, Monokratie oder Polykratie. Hitlers Herrschaft und das Dritte Reich: In: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke, Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Eine Bilanz, Düsseldorf 1983, S. 73-96; Manfred Funke, Starker oder schwacher Diktator? Hitlers Herrschaft und die Deutschen, Düsseldorf 1989, S. 38 ff.; Weiß, Der "schwache Diktator". Dort eine ausführliche Auseinandersetzung mit der älteren Literatur.

13 Vgl. Dok. 93, Anm. 7 und 8 sowie Dok. 108-110.

14 Vgl. Dok. 93, Anm. 5.

15 Vgl. Dok. 93, Anm. 6.

16 Vgl. Dok. 97, Anm. 2.

17 Druck: Dok. 106.

1 Im Haus des Reichstagspräsidenten, Sommerstraße 30 (Bezirk Mitte), vormittags. Auch der Preußische Landtag wurde von Hitler erst nach der nationalsozialistischen Machtübernahme betreten. Vgl. Engelbrechten/Volz, Wir wandern, S. 69 sowie Dok. 84, Anm. 1.
Die NSDAP war seit der Landtagswahl vom 24.4.1932 mit 162 Abgeordneten im preußischen Landtag vertreten. Persönliche Angaben im Handbuch für den Preußischen Landtag 1932. Ausgabe für die 4. Wahlperiode (von 1932 ab), Berlin 1932.

2 Vgl. auch Berliner Börsenzeitung vom 16.12.1932 (AA), "Hitler vor der preußischen Landtagsfraktion"; Der Angriff vom 17.12.1932, "Des Führers Rede vor der Landtagsfraktion"; Frankfurter Zeitung vom 17.12.1932 (2. MA), "Hitler vor der Preußenfraktion der NSDAP"; Der Freiheitskampf vom 17./18.12.1932, "Adolf Hitlers Appell an die Bewegung"; Kreuz-Zeitung vom 17.12.1932, "Um die Zukunft der NSDAP"; Leipziger Neueste Nachrichten vom 17.12.1932, "Hitler bei der Preußenfraktion"; National Zeitung vom 17.12.1932, "Niemals werden wir uns von unserem Ziel abbringen lassen"; Der Nationalsozialist vom 18.12.1932, "Hitler vor der Preußenfraktion".

3 Karl Litzmann (1850-1936), 1868 preußischer Leutnant, 1901 Generalleutnant, 1902-1905 Direktor der Kriegsakademie in Berlin, 1914 Kommandeur der 3. Garde-Infanteriedivision, 1919 Abschied als General, 1929 Eintritt in die NSDAP, 1931 SA-Gruppenführer, 1932/33 MdR und MdL in Preußen, 1933-1936 Preußischer Staatsrat.

4 Im November 1914 war Litzmann als Kommandeur der 3. Garde-Infanteriedivision bei einer Umfassungsoperation gegen die 5. und 2. russische Armee im Raum östlich von Łódź selbst abgeschnitten worden. Durch seine Initiative gelang es jedoch am 24./25.11.1914, den russischen Flügel bei Brzeziny zu durchbrechen und das gesamte XXV. Reserve-Korps zusammen mit 16.000 russischen Kriegsgefangenen wieder zur deutschen Front zurückzuführen. Vgl. Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Bearbeitet im Reichsarchiv. Bd. VI: Der Herbst-Feldzug 1914, Berlin 1929, S. 98 ff., insbesondere S. 158 ff.

seiner Mahnung an den Reichspräsidenten[5] in seiner gestrigen *Rundfunkrede* anzugreifen für richtig befunden hat[6]. *Adolf Hitler versicherte unter stürmischer Zustimmung General Litzmann der Liebe und Verehrung der gesamten nationalsozialistischen Bewegung, mit der der greise General und Alterspräsident zweier Parlamente*[7] *in Kameradschaft, Ehre und Treue auf immer verbunden ist.*

In seinen weiteren Ausführungen streifte der Führer auch
die gestrigen politischen und wirtschaftlichen
Auslassungen des Reichskanzlers von Schleicher[8],

---

5 Litzmann, der bei der Konstituierung des neuen Reichstags am 6.12.1932 als Alterspräsident bestätigt worden war, hatte in seiner Eröffnungsrede die Reichsregierung und vor allem den Reichspräsidenten scharf angegriffen, da dieser - ungeachtet der Wahlergebnisse vom 31.7. und 6.11.1932 - Hitler nicht mit der Regierungsbildung beauftragt habe. Dabei führte Litzmann unter anderem aus: "Genau 18 Jahre, bevor Hitler sein letztes, überzeugendes Angebot machte, am 23. November 1914, fand der Durchbruch nach Brzeziny statt. Die Schlacht bei Łódź wurde dadurch aus bedenklichsten Umständen einer glücklichen Entscheidung zugeführt. Herr von Hindenburg wurde Generalfeldmarschall und gestand ein, daß er uns, der 3. Garde-Infanteriedivision, den Feldmarschallstab zu verdanken habe. Heute handelt es sich für ihn um Wichtigeres als den Feldmarschallstab. Es handelt sich darum, daß er dem historischen Fluch entgeht, unser zur Verzweiflung getriebenes Volk dem Bolschewismus in die Arme geführt zu haben, obwohl der Retter bereitstand. Das Wohl und Wehe von Volk und Vaterland muß die einzige Richtschnur unseres Denkens und Handelns sein. Vorteil und Wunsch des einzelnen oder einer Familie oder einer Gesellschaftsschicht oder einer politischen Partei oder gar einer auswärtigen Macht dürfen dabei ganz und gar keine Rolle spielen." Druck: Verhandlungen des Reichstags. VII. Wahlperiode 1932, Bd. 455, S. 1 f.

6 Reichskanzler von Schleicher hatte seine Regierungserklärung im Rundfunk am Abend des 15.12.1932 mit folgenden Worten eingeleitet: "Der General Litzmann hat als Alterspräsident im Reichstage, also in einem Augenblick, in dem er nur seiner eigenen Disziplin, seinem eigenen Gewissen unterstand, Bemerkungen über den Herrn Reichspräsidenten gemacht, die auf das schärfste zurückgewiesen werden müssen. Wenn auch die historische Persönlichkeit des Herrn Reichspräsidenten weit über derartigen Angriffen steht, so bleibt es doch tief bedauerlich, daß ein angesehener General des Weltkrieges mit diesen Angriffen nicht nur gegen das Staatsoberhaupt, sondern auch gegen den alten Kameraden und seinen großen Führer im Weltkriege Stellung genommen hat. Dies hier zum Ausdruck zu bringen, ist mir Pflicht und Bedürfnis, sowohl als Reichskanzler wie als Soldat." Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Schleicher, Dok. 25.
Auch nach Schleichers Zurechtweisung setzte Litzmann seine Angriffe gegen Hindenburg fort und bezeichnete ihn in einer offiziellen Erklärung als "die schmerzlichste Enttäuschung seines Lebens". Vgl. Berliner Tageblatt vom 17.12.1932 (AA), "Der eifernde General".

7 Litzmann, den die Nationalsozialisten gewissermaßen als eine Gegenfigur zu Hindenburg aufzubauen suchten, war seit 1932 Alterspräsident des Reichstags (7. Wahlperiode) und des Preußischen Landtags (4. Wahlperiode). Vgl. Verhandlungen des Reichstags. VII. Wahlperiode 1932, Bd. 455, S. 1; Handbuch für den Preußischen Landtag 1932, S. 396.

8 Schleicher gab am 15.12.1932 seine Regierungserklärung im Rundfunk, nicht im Reichstag ab, wobei er betonte, sein Regierungsprogramm umfasse lediglich einen einzigen Punkt, den der Arbeitsbeschaffung. Dies verstehe er rein pragmatisch, er sei "weder Anhänger des Kapitalismus noch des Sozialismus". Für die Lösung dieser Aufgabe sei ein Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung eingesetzt worden, auch wolle man die Siedlungspolitik in Ostdeutschland sowie den deutschen Export forcieren. Zur Unterstützung der Landwirtschaft werde die Reichsregierung jedoch "von ihrer Zollautonomie [...] in dem erforderlichen Ausmaße Gebrauch machen". Finanzpolitisch werde man ohne Steuererhöhungen auskommen und weiterhin eine deflationäre Politik verfolgen. Das Sanierungsprogramm habe aber nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn es "den sozialen Gesichtspunkt bei allen Regierungsmaßnahmen zur Geltung" bringe. Nach weiteren Äußerungen zur Sozialversicherung, zur Innenpolitik, zur sog. Preußenfrage, zur Jugend- und Kulturpolitik sowie zur Frage der allgemeinen Wehrpflicht, ging Schleicher schließlich auf seine außenpolitischen Ziele ein, die es "in nüchterner Würdigung der politischen Realitäten" zu verfolgen gelte: "Das deutsche Volk will als freie, gleichberechtigte

die man vom Standpunkt des nationalsozialistischen Wollens und Wirkens für das deutsche Volk nur durch die Frage charakterisieren könne:

Ist das alles?

Schleichers geoffenbarte Einsicht, sich für eine hoffentlich nur kurze Notzeit als Kanzler und politischer Sachwalter zu sehen, scheine erkennen zu lassen, daß er aus dem Schicksal der Vorgänger seiner Regierung Lehren gezogen habe. Im übrigen sei es traurig, rückblickend heute feststellen zu müssen, mit welcher Leichtfertigkeit größere Teile des deutschen Volkes in trügerischer Hoffnung dem Herrn von Papen auf den Leim gegangen zu sein scheinen. An dem gestrigen schwachen und lahmen Exposé des Reichskanzlers von Schleicher sei bemerkenswert, daß jetzt, wo Herr von Schleicher als verantwortlicher Kanzler auf der offenen Bühne stehe, von dem Elan, den er hinter der Bühne entfaltet habe[9], nicht viel mehr übrig geblieben ist.

Die Ära Schleicher werde ebenso, wie die vorhergehenden, eine kurze Episode für die Nation sein. Auch dieser Kanzler glaube von der Idee, die der Nationalsozialismus in dreizehnjährigem Ringen populär gemacht habe, leben zu können[10]*. In Wirklichkeit eigne man sich Begriffe, deren Inhalt man selbst nicht zu verwirklichen, sondern nur zu zerstören imstande sei, lediglich zum Scheine an, um das Gedankengut der NSDAP durch Mißbrauch zu diskreditieren und seine Verwirklichung dem Volke vorzuenthalten.*

Gewisse *Hoffnungen* bestimmter Kreise, auf einen Zwiespalt in der NSDAP[11] *seien bitter enttäuscht* worden. Vielleicht hätten die Ereignisse der letzten Tage im Gegenteil gerade das Gute gehabt, der Wilhelmstraße[12] zu zeigen und den endgültigen Beweis zu erbringen, daß

die NSDAP durch nichts zu erschüttern

---

und geachtete Nation im Kreise der Völker den Platz einnehmen, auf den es nach seiner Größe, seiner Vergangenheit und seiner Leistungsfähigkeit Anspruch hat." Grundsätzlich verstehe sich die neue Regierung als "überparteilichen Sachwalter" des ganzen deutschen Volkes und keinesfalls als Militärdiktatur, denn es sitze sich auf Dauer schlecht auf der Spitze der Bajonette. Wie Anm. 6.

9 Schleicher - einer der wenigen, wirklich politischen Köpfe im höheren Offizierskorps der Reichswehr - war von 1919 bis 1926 Leiter des politischen Referats im Truppenamt bzw. im Reichwehrministerium, danach Chef der Wehrmachtabteilung, seit 1929 schließlich Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium. Durch diese Schlüsselpositionen, aber auch durch seine engen Verbindungen zu seinem "Ziehvater" Groener gewann er hinter den Kulissen einen Einfluß auf den Reichspräsidenten, der in keinem adäquaten Verhältnis zu seinem Dienstgrad oder zur offiziellen Bedeutung seiner Ämter stand. An der Ernennung und am Sturz Brünings war er ebenso beteiligt wie an der Ernennung Papens, bis die politische Verantwortung schließlich in seine eigenen Hände gelegt wurde: Nachdem Schleicher am 1.6.1932 zum Reichswehrminister ernannt worden war, übernahm er am 3.12.1932 auch den Posten des Reichskanzlers. Vgl. Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, Stuttgart 1962; Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Schleicher, Einleitung, S. XXI ff.; Peter Hayes, "A Question Mark with Epaulettes"? Kurt von Schleicher and Weimar Politics. In: Journal of Modern History 52 (1980), S. 35-65. Vgl. auch den Tagebucheintrag Goebbels' über seine Besprechung mit Schleicher am 26.8.1932:; "Ich weiß nicht, was bei ihm echt oder falsch ist. Jedenfalls habe ich den Eindruck, daß man uns erneut in eine Falle locken will." Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 231 f.

10 Zum möglichen Einfluß der NS-Ideologie auf das Programm der Reichsregierung vgl. Marcon, Arbeitsbeschaffungspolitik, insbesondere S. 82 ff., 225 ff.; Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 1034 ff.; Axel Schildt, Militärdiktatur mit Massenbasis. Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1981, S. 116 ff. Ferner Dok. 1, Anm. 4.

11 Vgl. Dok. 86, Anm. 1.

12 Vgl. Dok. 72, Anm. 10.

sei, daß sich bei uns kein Treviranus [13] finde [14], daß niemand in der Partei es billiger mache als ihr Führer und daß man die Bewegung so nehmen müsse, wie sie ist. Die Klärung der letzten Tage habe der Wilhelmstraße wohl endgültig die Erkenntnis gebracht, daß auf dem Wege innerer Zerspaltung der deutschen Freiheitsbewegung [15] nicht beizukommen sei.

In das Jahr 1933 werde die NSDAP, die sich in 12 Wahlkämpfen des vergangenen Jahres wunderbar geschlagen habe [16], als eine kampferprobte und kampfkräftige Armee geschlossen hineinmarschieren.

"Unser Wollen und unser Weg ist klar. Niemals werden wir uns von unserem Ziel abbringen lassen. Wir haben die deutsche Jugend [17], wir haben den größeren Mut, den stärkeren Willen und die größere Zähigkeit. Was kann uns da zum Siege noch fehlen [18]!"

18. Dezember 1932 Dok. 101
Rede auf Amtswalter-Versammlung des Gaues Magdeburg-Anhalt der NSDAP in Magdeburg [1]

Magdeburger Tageszeitung vom 20.12.1932 (2. Beilage), "Adolf Hitler in Magdeburg" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 103.

---

13 Gottfried Reinhold Treviranus (1891-1971), 1909 Seekadett, 1919 Kapitänleutnant a. D., 1921 Direktor der Landwirtschaftskammer für das Land Lippe, 1924-1932 MdR (DNVP, seit 1930 Konservative Volkspartei), 1930 Mitbegründer der Konservativen Volkspartei, März 1930 - September 1930 Reichsminister für die Besetzten Gebiete, danach Reichsminister ohne Portefeuille, Oktober 1931 - Mai 1932 Reichsverkehrsminister, 1933 Aufsichtsratsvorsitzender der Bata-Schuhfabrik in Ottmuth/Oder, 1934 Emigration nach Holland, dann Großbritannien, 1938/39 Geschäftsführer der Union Rubber Co. in Nelson/Lancashire, 1943 Mitbegründer und Geschäftsführer des Thomas-Jefferson-Fund, 1947 Rückkehr nach Deutschland.

14 Unter maßgeblicher Beteiligung von Treviranus hatte sich am 28.1.1930 aus jenen zwölf Reichstagsabgeordneten, die aus Protest gegen die Politik Hugenbergs die DNVP verlassen hatten, und den neun Reichstagsabgeordneten der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei die Volkskonservative Vereinigung gebildet. Aus diesem lockeren Zweckbündnis konstituierte sich am 23.7.1930 die Konservative Volkspartei, nachdem am 17./18.7.1930 weitere Reichstagsabgeordnete unter Führung von Kuno Graf von Westarp die DNVP verlassen hatten, die - im Gegensatz zur Parteiführung der DNVP - nicht bereit waren, den Mißtrauensantrag der SPD gegen die Regierung Brüning zu unterstützen. Die Konservative Volkspartei konnte jedoch weder einen schlagkräftigen Apparat aufbauen, noch sich als Massenpartei konsolidieren. Vgl. Erasmus Jonas, Die Volkskonservativen 1928-1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung, Düsseldorf 1965.

15 Gemeint ist die NSDAP.

16 Vgl. Dok. 89, Anm. 8.

17 Vgl. Dok. 3, Anm. 4.

18 Zur Bewertung von Hitlers Rede vgl. auch den Kommentar der *Frankfurter Zeitung*: "Es ist kennzeichnend für die Haltung Hitlers bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen innerhalb der NSDAP, daß er mit diesen Ausführungen - zum Teil wörtlich - das nachspricht, was ihm *Dr. Goebbels* im gestrigen 'Angriff' schon vorgeschrieben hat."

1 In der Stadthalle, ab 11.00 Uhr. An der Versammlung nahmen über 4.000 Amtswalter sowie Angehörige von SA und SS teil. Vor und nach Hitler, dessen Rede etwa eine Stunde dauerte, sprach Gauleiter Wilhelm Friedrich Loeper. Wie alle anderen Amtswalter-Versammlungen so endete auch diese mit einem "Treuegelöbnis für den Führer". Den meisten Zeitungsberichten zufolge verlief diese Versammlung ohne Störung.

18. Dezember 1932 Dok. 102
Rede auf Amtswalter-Versammlung des Gaues Halle-Merseburg der NSDAP in Halle [1]

Saale-Zeitung/Allgemeine Zeitung/Hallesche Zeitung vom 19.12.1932, "Adolf Hitler über den künftigen Weg der NSDAP" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 103.

---

2 Vgl. auch Magdeburgische Zeitung vom 19.12.1932, "Adolf Hitler sprach in Magdeburg"; Volksstimme vom 19.12.1932, "Adolf Hitler auf sinkendem Schiff"; Magdeburger Generalanzeiger vom 20.12.1932, "Nationalsozialistische Tagung in Magdeburg"; Magdeburgische Zeitung vom 20.12.1932, "'Adolf Hitler in Magdeburg'"; VB vom 20.12.1932, "In allen Gauen das gleiche geschlossene Bild: Kampfesfreude und Sieges-Zuversicht".

1 Im Großen Saal des Stadtschützenhauses, nach 14.30 Uhr. Auf der Veranstaltung, an der etwa 2.000 Personen teilnahmen, sprachen zunächst Gauleiter Loeper, dann Gauleiter Rudolf Jordan. Hitlers Rede dauerte etwa eine Stunde, anschließend beendete Jordan mit einer weiteren Ansprache die Versammlung. Auf einer Parallelversammlung im Kleinen Saal des Stadtschützenhauses sprach der Fraktionsvorsitzende der NSDAP im Stadtrat zu Halle, Bruno Czarnowski.
Hitlers Auftritt in Halle wurde nicht nur von kommunistischen Gegendemonstrationen begleitet, sondern auch von heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der NSDAP; hierzu heißt es im Bericht des Regierungspräsidenten von Merseburg u. a.: "Vor und während der Tagung ist es zu erheblichen Zwischenfällen gekommen, die den bereits seit längerer Zeit bestehenden Gegensatz zwischen der politischen Leitung und der SS auf der einen und der SA auf der anderen Seite schlagartig beleuchten.
Bereits vor Beginn der Tagung hatten sich vor dem Stadtschützenhaus (dem Tagungslokal) etwa 400 SA-Leute unter Führung des Sturmbannadjutanten Seeger angesammelt, um den Wagen Hitlers abzufangen und ihn in das SA-Heim nach der Merseburger Straße zu bringen. Dort beabsichtigte die SA, ihre Beschwerde über die Gauleitung Halle-Merseburg, insbesondere ihre Forderung auf sofortige Abberufung des Gauleiters Jordan, Hitler persönlich vorzubringen. Der Sturmbannadjutant Seeger soll hierbei von dem Führer der Gruppe Mitte der SA, Hauptmann a. D. [*Hans*] von Tschammer [*und*]-Osten, unterstützt worden sein.
Nachdem dieser Versuch mißlungen war, hat sich Tschammer-Osten, trotz des Verbotes der Gauleitung, in das Stadtschützenhaus begeben, wo es wiederum zu kleineren Zusammenstößen mit der SS gekommen sein soll.
Im Stadtschützenhaus selbst kam es vor der Tagung zwischen den Amtswaltern der NSDAP, einigen Führern der SS und dem Gauleiter Jordan zu lärmenden Auseinandersetzungen, da ein großer Teil der hallischen Amtswalter - entgegen dem Befehl der Gauleitung - nicht in Uniform erschienen war. Unter Zuhilfenahme der SS sollten auf Anordnung der Gauleitung die 'Zivilisten' aus dem Saale entfernt werden. In diesem Augenblick erschien Tschammer-Osten mit seinen SA-Leuten, erklärte sich mit den Amtswaltern der Ortsgruppe Halle solidarisch und gab die Erklärung ab, daß sie unter keinen Umständen den Saal verlassen würden. Diese Auseinandersetzung, bei der auch Rufe wie 'SS heraus', 'Jordan raus' ertönten, ist dann durch persönliche Rücksprache zwischen Tschammer-Osten und Jordan beigelegt worden. Die Gauleitung hat es aber auf Grund dieser Vorfälle für richtiger gehalten, Hitler nicht in den kleinen Saal des Stadtschützenhauses zu führen, was natürlich wiederum den Unwillen der dort versammelten Angehörigen der NSDAP hervorgerufen hat.
Auf Grund dieser Vorfälle soll die Gauleitung beabsichtigen, die gesamte Ortsgruppe Halle der NSDAP wegen Verletzung der Parteidisziplin und wegen Meuterei auszulösen. Auf der anderen Seite soll von Tschammer-Osten im Hinblick auf die Vorkommnisse beabsichtigen, anläßlich einer demnächst stattfinden Amtswaltertagung in Dessau einen energischen Vorstoß gegen die Gauleitung Halle-Merseburg auf schriftlichem Wege bei Hitler zu unternehmen."

2 Vgl. auch Mitteldeutsche National-Zeitung vom 17.12.1932, "Ein kampfbereiter Gau grüßt den Führer"; Der Angriff vom 19.12.1932, "Die große Rede des Führers"; Klassenkampf vom 19.12.1932, "Nieder mit dem Faschismus! - Halle bleibt rot!"; Hallische Nachrichten vom 19.12.1932, "Hitler spricht in Halle"; Volksblatt vom 19.12.1932, "Straßers Geist geht um. Hitler im Aufruhrgebiet Halle"; VB vom 20.12.1932, "In allen Gauen das gleiche geschlossene Bild: Kampfesfreude und Sieges-Zuversicht". Ferner Bericht Nr. P. Pol. 42 [01] des

18. Dezember 1932 Dok. 103
Rede auf Amtswalter-Versammlung der Gaue Hamburg, Schleswig-Holstein und Ost-Hannover der NSDAP in Hamburg [1]

Hamburger Tageblatt vom 19.12.1932, "Adolf Hitlers große Rede in Hamburg" [2].

Meine lieben Parteigenossen!

Das Jahr 1932 wird in der Geschichte nicht nur des deutschen Volkes, sondern in der nationalsozialistischen Bewegung als ein Jahr großer und schwerer Kämpfe erhalten bleiben.

Wir stehen nun an der Wende dieses Jahres, und es ist nötig, einen Blick in den Beginn zurückzuwerfen. Zu leicht pflegt der Mensch das Vergangene zu vergessen. Zu leicht pflegt er den Maßstab zu verlieren für das Mögliche und Nichtmögliche.

Wir werden kleingläubig gegenüber der Vorsehung und dem Schicksal. Nötig ist, um in diesen Zeiten einen Maßstab zu gewinnen, die Vergangenheit zum Vergleich heranzuziehen.

Mit 107 Abgeordneten waren wir im Reichstag mundtot [3].

Eine Gruppe kleiner Parteien hat zwei Jahre lang eine Regierung gedeckt [4]*, deren Ziel war, die nationalsozialistische Bewegung zu beseitigen.*

Regierungspräsidenten von Merseburg vom 23.12.1932; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 301. In den Memoiren des ehemaligen Gauleiters Jordan (Erlebt, S. 94 ff.) wird der Ablauf der Ereignisse etwas anders interpretiert.

1 In den Sagebielsälen, abends. An der geschlossenen Versammlung nahmen über 5.000 nationalsozialistische Funktionäre teil. Hitlers Rede wurde mit einer Begrüßung durch MdR und Gauleiter Hinrich Lohse eröffnet, die Veranstaltung beendete MdR und Gauleiter Otto Telschow mit einem - so die *Hamburger Nachrichten* - "Treuegelöbnis der Amtswalter und SA-Führer für Hitler".

2 Vgl. auch Der Angriff vom 19.12.1932, "Die große Rede des Führers"; Hamburger Nachrichten vom 19.12. 1932 (AA), "Hitler vor 5.000 Amtswaltern in Hamburg"; VB vom 20.12.1932, "In allen Gauen das gleiche geschlossene Bild: Kampfesfreude und Sieges-Zuversicht". Ferner: Hamburg unterm Hakenkreuz. Eine Chronik der nationalen Erhebung in der Nordmark 1919-33. Hrsg. von Wilhelm Recken und Julius W. Krafft, Hamburg 1933, S. 94; Hermann Okraß, "Hamburg bleibt rot". Das Ende einer Parole, Hamburg 1934, S. 297 f.

3 Vgl. Dok. 15, Anm. 38.
Zu den vielfältigen Aktitvitäten der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, die primär darauf zielten, die parlamentarische Arbeit zu diskreditieren oder ganz lahmzulegen, vgl. die zeitgenössische Dokumentation: Die Nationalsozialisten im neuen Reichstag. Mit einem Sach-, Personen- und Quellen-Register, Berlin 1931.

4 Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 erhielten die Parteien, die damals dem 1. Kabinett Brüning angehörten - DStP (3,8%), Wirtschaftspartei (3,9%), Deutsches Landvolk (3,2%), Zentrum (11,8%), BVP (3,0%), DVP (4,5%), Konservative Volkspartei (0,8%) - , zusammen 31,0% der Stimmen bzw. 183 Mandate im Reichstag. Nach der Kabinettsumbildung vom 9.10.1931 waren noch Zentrum, BVP, DStP, Deutsches Landvolk sowie Konservative Volkspartei in der Regierung vertreten, was ca. 22,6% der Stimmen bzw. 125 Mandaten entsprach. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 44, 72 sowie Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 545 ff.
Durch die Tolerierungspolitik der SPD - sie hatte am 14.9.1930 24,5% der Stimmen bzw. 143 Reichstagsmandate erhalten - sowie die Unterstützung einiger kleinerer Fraktionen verfügte die Regierung Brüning auch nach der Kabinettsumbildung über knappe parlamentarische Mehrheiten. Vgl. Schaefer, SPD in der Ära Brüning, passim.

Es hagelte zeitweilig zu diesem Zweck Verbote vom Kabinett Brüning, gegen einzelne Redner, gegen die Presse und am Ende gegen die ganze Partei, angefangen mit dem Verbot der SA[5].

Nun sind seitdem kaum acht Monate vergangen. Eine Wandlung ist eingetreten.

Die Partei, die man ausrotten wollte, ist umworben; das einzige, was noch zur Debatte steht, ist der Kaufpreis. Wir Nationalsozialisten müssen uns klar sein: An der Gesinnung unserer Gegner uns gegenüber hat sich nichts geändert.

Es würde der größte Trugschluß sein, zu glauben, daß in diesen Reihen man uns gegenüber anders denken würde als vor etlichen Jahren. Die letzten Drahtzieher sind dazu gar nicht fähig. Sie haben jedoch eingesehen, daß man uns mit den bisherigen Methoden nicht würde brechen können. Nachdem Totschweigen, Hohn und Spott zu keinem Erfolg führten, setzte man mit *Terror* ein; zunächst auf der Straße, in den Betrieben, schließlich beginnt man, den Staat zu mobilisieren. Parteiverbote, Zeitungsverbote, Verbote von Ortsgruppen, Abzeichen usw. - eine ununterbrochene Welle von Verboten in den Jahren 1922 bis 1923[6].

November 1923[7].

Nun verbieten sie für ganz Deutschland die ganze Partei, lösen alles auf, nehmen alles weg[8]! Als die Bewegung wieder beginnt[9], greifen sie zu konzentrischen Angriffen mit Lügen und Verleumdungen, Versuchen zur Spaltung. Aber das Ergebnis ist immer negativ. Die Partei bleibt!

Ergebnis: 107 Reichstagsmandate. Jetzt versucht man es mit einem Hochverratsverfahren gegen uns: Die Partei soll illegale Zwecke verfolgen[10]. Doch auch das fruchtet nichts mehr.

---

5 Vgl. Dok. 17, Anm. 9 und Dok. 21, Anm. 27.

6 Bereits vor November 1923 wurde die NSDAP in beinahe allen deutschen Ländern verboten. Den Anfang machte Baden am 4.7.1922, am 15.7. folgte Thüringen; auf der Grundlage des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21.7.1922 ergingen weitere Verbote in Braunschweig (13.9.), Hamburg (18.10.), Preußen (15.11.) und Mecklenburg-Schwerin (30.11.1922), wobei der Vollzug dieser Verbote manchmal zu wünschen übrig ließ. In den damaligen Hochburgen der NSDAP, Württemberg und vor allem Bayern, blieb jedoch bereits die Exekutive befangen in einer ambivalenten - teils zögerlichen, teils resignativen, teils aber auch sympathisierenden - Bewertung der nationalsozialistischen Gefahr, so daß die politische Entwicklung in Bayern - trotz zahlloser Einzelverbote und Auflagen im kleinen - bis zum 8./9.11.1923 eskalierte.
Die am 19.11.1922 in Berlin gegründete Großdeutsche Arbeiterpartei, de facto eine Nachfolgeorganisation für die verbotene NSDAP, wurde schon am 10.1.1923 wieder verboten. Ebenfalls durch die preußische Regierung verboten wurde am 23.3.1923 die Deutschvölkische Freiheitspartei, die der NSDAP so nahestand, daß sich am 24.2.1923 ihr Vorsitzender Albrecht von Graefe mit Hitler darauf geeinigt hatte, Deutschland in ein südliches Betätigungsfeld für die NSDAP und ein nördliches für die DVFP aufzuteilen. Vgl. Mathias Grünthaler, Parteiverbote in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1995, S. 37 ff., 171 ff., 176 ff., 197 ff. Zur Politik der bayerischen Staatsregierung gegenüber der NSDAP vor November 1923 vgl. Harold J. Gordon jr., Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924, Frankfurt a. M. 1971, S. 121 ff., 169 ff.

7 Gemeint ist Hitlers mißglückter Putschversuch am 8./9.11.1923. Vgl. hierzu Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923. Eingeleitet und hrsg. von Ernst Deuerlein, Stuttgart 1962; Gordon, Hitlerputsch.

8 Die NSDAP wurde in Bayern am 9.11.1923 durch den Bayerischen Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr, im Deutschen Reich am 23.11.1923 durch General Hans von Seeckt als Inhaber der Vollziehenden Gewalt verboten. Mit Verordnung vom 9.11.1923 und 29.11.1923 wurde das gesamte Vermögen der NSDAP konfisziert. Die Schließung der Geschäftsstelle der NSDAP in der Corneliusstr. 12 erfolgte am 10.11.1923. Vgl. Jablonsky, Nazi Party in Dissolution, S. 26 ff.; Deuerlein, Hitler-Putsch, S. 308 ff., 448 f., 528 f.; Grünthaler, Parteiverbote, 37 ff., 197 ff.

9 Die NSDAP wurde von Hitler am 26.2.1925 wiedergegründet. Vgl. Bd. I, Dok. 1-4 und 6.

Dann findet eine Reichspräsidentenwahl statt. Man kommt zu uns und schlägt vor, Hindenburg wiederzuwählen[11]. Ich sagte damals: "Als Nationalsozialist habe ich nicht viel Gründe dafür anzugeben"[12]. Worauf man meinte: Vielleicht könnten wir Ihnen dann etwas entgegenkommen. Wir heben vielleicht den Befehl auf, auf Grund dessen deutsche Reichsbeamte, wenn sie Nationalsozialisten sind, aus dem Dienst entfernt werden[13]. Da antworte ich:

Solche Geschäfte mache ich nicht!

Dann kam die Wahl und in dieser Wahl haben wir einmal 11, zum zweiten Mal 13 Millionen Stimmen bekommen[14]. Nun scheinen die Gegner auf einmal begriffen zu haben, daß sie mit

---

10 Am 23.9.1930 war vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig die Verhandlung gegen drei Reichswehroffiziere, die Leutnante Hanns Ludin und Richard Scheringer sowie den Oberleutnant a. D. Hans Friedrich Wendt, eröffnet worden, denen hochverräterische Kontakte zur NSDAP vorgeworfen wurden. Am 25.9. wurde auch Hitler als Zeuge vernommen, der vor diesem Forum immer wieder betonte, daß die NSDAP die Macht im Staat "legal" erobern wolle. Der Prozeß, der nach dem nationalsozialistischen Wahlsieg vom 14.9.1930 mit größtem Interesse verfolgt wurde, endete am 4.10.1930 mit der Verurteilung der drei Angeklagten zu je einem Jahr und sechs Monaten Festungshaft; Ludin und Scheringer wurden aus der Reichswehr entlassen. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß die Angeklagten im Heer dafür geworben hätten, einen nationalsozialistischen Staatsstreich durch Befehlsverweigerung zu unterstützen; dafür hätten sie auch Kontakte zur Reichsleitung der NSDAP aufgenommen. Ferner erkannte das Gericht auf Ungehorsam, jedoch nicht auf Aufwiegelung, da es zu einem nationalsozialistischen Staatsstreich nicht gekommen sei. Vgl. Peter Bucher, Der Reichswehrprozeß. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30, Boppard a. Rh. 1967 sowie Bd. III/3, Dok. 123.

11 Reichskanzler Brüning versuchte im Januar 1932 eine Reichspräsidentenwahl zu vermeiden und statt dessen Hindenburgs Amtszeit einfach mit Hilfe einer Abstimmung im Reichstag und Reichsrat zu verlängern. Da es sich bei dieser Ausschaltung von Artikel 41 der Reichsverfassung jedoch um eine Verfassungsänderung handelte, mußte diese nach Artikel 76 von mindestens zwei Drittel aller Reichstagsabgeordneten getragen werden. Mit einer Zustimmung der KPD war nicht zu rechnen, während das Abstimmungsverhalten von DNVP und NSDAP zunächst unklar blieb, so daß sich die Reichsregierung darauf konzentrierte, diese beiden Parteien zur Unterstützung ihres Plans zu gewinnen. Nach verschiedenen Gesprächen zwischen Vertretern der Reichsregierung und der NSDAP in der Zeit vom 6.1.-11.1.1932 verweigerte Hitler schließlich seine Zustimmung und machte sie - so Staatssekretär Hermann Pünder in einem Vermerk vom 8., 10. und 13.1.1932 - "von der Bedingung sofortiger Reichstagsauflösung abhängig". Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 617, 626; Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 106 ff.; Dorpalen, Hindenburg, S. 243 ff.; Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 704 ff.

12 Zu Hitlers Argumentation vgl. auch sein Briefe an Brüning vom 12.1., 15.1. und 25.1.1932. Druck: Bd. IV/3, Dok. 6, 8 und 12.

13 Das preußische Ministerium des Innern verbot erstmals am 31.1.1930 - nach dem Wahlerfolg der NSDAP bei den preußischen Kommunalwahlen vom November 1929 - , Anhänger von KPD und NSDAP als leitende Kommunalbeamte zu bestätigen. Mit Runderlaß vom 3.7.1930 wurde dann der Beschluß des Preußischen Staatsministeriums vom 25.6.1930 bekanntgegeben, der allen Beamten "die Teilnahme" an KPD und NSDAP, "die Betätigung für sie oder ihre sonstige Unterstützung" untersagte. Baden, Hamburg oder Hessen folgten mit ähnlichen Extremistenbeschlüssen, während sich die Reichsregierung dazu nicht durchringen konnte, sieht man einmal von der Reichswehr für die Zeit von Juli 1929 bis Januar 1932 ab. De facto wurde aber zumindest in Preußen nur gegen sehr wenige Beamte disziplinarrechtlich vorgegangen. Im Juli 1932, noch vor der Absetzung der geschäftsführenden preußischen Landesregierung, bestimmte der preußische Minister des Innern, Severing, daß künftig "gegen Beamte lediglich wegen der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei dienststrafrechtlich nicht einzuschreiten" sei. Am 29.7.1932 hob der Reichskommissar für Preußen den Erlaß vom 25.6.1930 ganz auf, zumindest soweit er sich auf die NSDAP bezog. Vgl. Staat und NSDAP 1930-1932, Dok. 3, 10 a-c, 20, 33, 46, 51, 53, 70 a und b, 73, 74, hier auch Anm. 2.; Pyta, Gegen Hitler, S. 282 ff., 303 ff.; Rudolf Morsey, Staatsfeinde im öffentlichen Dienst (1929-1932). Die Beamtenpolitik gegenüber NSDAP-Mitgliedern, In: Klaus König (u. a. Hrsg.), Öffentlicher Dienst. Festschrift für Carl Hermann Ule, Köln 1977, S. 111-133.

14 Vgl. Dok. 65, Anm. 11.

ihren Methoden der NSDAP nicht Herr werden würden, die "Bestie" war so nicht zu erledigen. Sie sagten sich darum: Wir wollen die Bestie füttern, dann wird sie still!

Am Futtertrog sind schon alle Oppositionsparteien still geworden.

Herr von Papen, der vor ein paar Tagen erklärte: Man hätte den Nationalsozialisten schon vor drei Jahren anbieten sollen, in die Regierung einzutreten[15]. Man hätte sie in das System eingliedern sollen, als sie noch 107 Mann stark waren. Was sie damals verfehlten, glauben sie, heute nachholen zu können. Nicht aus einer anderen Gesinnung. Sie können sich in ihrer Gesinnung genauso wenig ändern, wie ich mich ändern kann. Und daher ist das in meinen Augen nur eine Frage, die man mit eiskalten Augen und eiskalter Stirn prüfen muß. Was wollen die anderen von uns? Sie wollen mit uns ein Geschäft machen. Nicht damit wir beide vielleicht dabei gedeihen können. Wir betonen dagegen: Wenn wir unsere Kraft und unseren Namen und unseren Glauben einsetzen, verlangen wir die Macht! Wir haben dazu ein Recht[16]!

Ich lasse weder mich, noch die Partei geringer behandeln, als man die Partei der Landesverräter [*von*] *1918 behandelt hat.*

---

15 Papen hatte am 16.12.1932 beim Jahresessen des Herrenclubs in der Krolloper in Berlin eine Rede gehalten, bei der er in völliger Verkennung der damaligen Lage u. a. ausgeführt hatte: "Ich bin dankbar dafür, heute in diesem Kreise einige Worte sagen zu dürfen über Ziel und Durchführung des Programms der Reichsregierung, die zu führen ich sechs Monate die Ehre hatte. Der tragische Fehler der Regierung Brüning scheint mir die Versäumung der Eingliederung der Nationalsozialistischen Partei in einen nationalen Block gewesen zu sein zu Zeiten, als der Umfang dieser Bewegung solche Eingliederung psychologisch noch leicht ermöglicht hätte. Die einzigartige Möglichkeit, die gesamte Nation auf die Wiederwahl des Herrn Reichspräsidenten zu einen, wurde dadurch verpaßt und aus der Hand gegeben, daß man den Nationalsozialisten die Neuwahlen, die sie für die wachsende Bewegung dringend wünschten, nicht freiwillig gab. So riß man das Volk in zwei Hälften. Dieser Lage Rechnung zu tragen, mußte also unsere erste Sorge sein, als wir das Ziel einer nationalen Konzentration verkündeten." Vgl. Franz von Papen, Vom Scheitern einer Demokratie 1930-1933, Mainz 1968, S. 330 f. In den zeitgenössischen Artikeln über Papens Rede wird über diesen Teil seiner Rede allerdings nichts berichtet; vgl. Berliner Tageblatt vom 17.12.1932 (AA), "Tischrede im Herrenklub"; Frankfurter Zeitung vom 17.12.1932 (2. MA), "Herr v. Papen spricht im Herren-Club"; Kreuz-Zeitung vom 17.12.1932, "Papen rechtfertigt seine Politik"; Vossische Zeitung vom 17.12.1932, "Papen vor dem Herrenklub".

16 Laut Artikel 53 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 wurden "der Reichskanzler und auf seinen Vorschlag die Reichsminister [...] vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen". Staatsrechtlich war der Reichspräsident also nicht *verpflichtet*, ein ihm von einer Reichstagsmehrheit vorgeschlagenes parlamentarisches Reichskabinett zu berufen. Allerdings bestimmte Artikel 54, daß "der Reichskanzler und die Reichsminister [...] zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags" bedürfen. "Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht." Druck von Art. 53 und 54: RGBl. 1919, S. 1393.
Vgl. hierzu die Bewertung Herrfahrdts (S. 25), daß es sich hier um "den Fall einer 'echten Lücke' des Rechts" handele. Er erkennt jedoch "einen Vorrang des Willens des Reichspräsidenten bei der Kabinettsbildung" (S. 20); ebenso Meißner: "Es ist *nicht* verlangt, daß die Minister den Mehrheitsparteien entnommen werden, sondern nur, daß die Minister das Vertrauen des Reichstages genießen." Unter Bezug auf Poetzsch vermerkt auch Anschütz, es widerspräche dem Geiste der Verfassung, "wenn R[*eichs*]k[*an*]zl[*e*]r und Reichsminister von der Reichstagsmehrheit oder gar nach dem Schlüssel der numerischen Stärke von den Fraktionen aus ihrer Mitte präsentiert werden". Beide betonen aber auch die Abhängigkeit des Kabinetts vom Vertrauen des Reichstags. Vgl. Heinrich Herrfahrdt, Die Kabinettsbildung nach der Weimarer Verfassung unter dem Einfluß der politischen Praxis, Berlin 1927; Otto Meißner, Das neue Staatsrecht des Reichs und seiner Länder, Berlin 1921, S. 79 ff., Zitat S. 87; Gerhard Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919. Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis, Berlin [8]1928, S. 187.

Unsere Bewegung ist eine deutsche Volksbewegung. Sie hat in 13 Jahren Unerhörtes erreicht. Wir haben bewiesen, was wir können, doch immer auf dem Kampffeld des Volkes, der Masse. [*sic!*]

Wenn wir uns von diesem Boden nicht wegbringen lassen, sind wir unbesiegbar.

Die andere Seite hat ja auch ihr Turnierfeld: den Parkettboden. Sie haben immer darauf gekämpft, sie sind darauf zu Hause. Auf diesem öligen Parkett werden aber wir mit unseren eisenbeschlagenen Stiefeln nicht stehen können. Sie wollen uns dahin bringen, weil sie überzeugt sind, daß sie uns dort vernichten können. Eine so große Bewegung wie die unsere kann nicht in die symbolische Hauptstadt des Reiches hineingehen und morgen wieder herausgehen. Wenn unsere Bewegung einmal in die Reichsregierung hineingeht und wieder heraus -, so ist das ein Schlag, den wir vielleicht in Jahren nicht überwinden. Wir veranstalten nicht einmal einen Parteiaufmarsch in Berlin.

Wer einmal in die Hauptstadt einmarschiert, muß darin bleiben! (Beifall.)

Wir müssen die eiserne Stirn besitzen, unser Recht zu vertreten. Immer besser, wir kämpfen in der Freiheit draußen, als sechs Monate gefangen sein in einem Kabinett. Die Partei soll sich doch nicht täuschen über die großen Aufgaben der Zukunft und über die Schwierigkeiten, die noch vor uns liegen! Wir sind nicht dazu da, um die Finanzen der Regierung in Ordnung zu bringen und nachher den Stuhl vor die Tür gesetzt zu bekommen. Es geht diesen Herren heute nicht gut, sonst würden sie nicht das Angebot machen.

Ich muß jedem Parteigenossen sagen, der meint, wir können nicht mehr warten: Unsere Gegner haben zwei Regierungen verloren[17]*, und die dritte verliert sich in diesen Monaten ganz von selbst.*

Jede Schlacht bringt auch dem Sieger Verluste. Das aber, was wir heute verlieren, ist das Treibholz, das an der Peripherie herumschwimmt[18]. Vor uns liegt eine Aufgabe, die nicht gelöst werden kann in wenigen Monaten, vielleicht nicht in Jahren. Alle wirklich großen Kräfte der Welt haben Jahrhunderte gebraucht, um sich auszuwirken. *Ein Volk neu zu bilden, ist schwer.* Nur zu oft vergessen Bewegungen die Bildung ihres Volkes. Das Seiende und Bleibende ist das Volk. Wer dieses Volk gewinnt und seinen Ideen unterwirft, der kann sagen, daß er die Voraussetzung geschaffen hat. Man gewinnt das nicht in wenigen Tagen, nicht in Wochen, nicht in Jahren. Es gehört Zeit dazu. Ich weiß nicht, wann wir größer gewesen sind: Am Abend des 31. Juli 1932, als wir einen ungeheuren Sieg errungen hatten[19], oder am 11. November [*19*]23[20], als wir uns alle den Schwur leisteten: Jetzt erst recht und dennoch.

Siege können auch Schwächere ertragen, und das Glück wirft ihnen oft den Sieg in den Schoß. Niederlagen schaffen erst die wirklichen Männer und die wirklichen Bewegungen. Wir

---

17 Vgl. Dok. 4, Anm. 6 und Dok. 67, Anm. 6.

18 Vgl. Dok. 86, Anm. 1.
Mitte Dezember 1932 wurde kolportiert, daß sich in Berlin "acht Standarten mit 10.000 SA-Männern (Gesamtzahl Groß-Berlin: 16.000) in offener Meuterei" befänden. "Der Haß richtet sich in erster Linie gegen Goebbels." Vgl. Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928-1933. Hrsg. von Hermann Weiß und Paul Hoser, München 1989, S. 218 f. (19./21.12.1932).

19 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

20 Nach seinem gescheiterten Putschversuch wurde Hitler am 11.11.1923 in Uffing am Staffelsee verhaftet. Vgl. Jablonsky, Nazi Party in Dissolution, S. 26 ff.; Deuerlein, Hitler-Putsch, S. 308 ff.

sollen nie vergessen, daß das Schicksal uns diesem Wechsel von Glück und Leid aussetzen muß. Das schafft die Stärke. Wenn wir vom nordischen Menschen reden und seiner Kraft, dann wissen wir, die Natur hilft uns: Indem sie uns zwingt, um unser nacktes Leben zu kämpfen. Sie verpflichtet unseren Bauern, mühsam zu ackern und zu säen. Die Natur gibt uns die Kraft, sie hat uns damit zu dem gemacht, was wir sind. Die Not hat den Kern geschaffen, sie hat die Bewegung stark gemacht. Wenn jemand sagt: Die Zeit ist zu lang, dann antworte ich: Die Staatsmänner, die in Monaten denken, haben niemals Völker groß gemacht. Man muß sich zu Jahrhunderten bekennen.

Ja, so fragt mancher, aber haben wir die Garantie, daß wir gewinnen werden? Ja, meine lieben Volksgenossen, wenn mir eine solche Frage vorgelegt wird, dann schäme ich mich dessen. Also, Sie sagen mir, ich soll heute um 12 Millionen verzagen[21]*, der ich den Mut hatte, mit sechs Mann zu beginnen*[22]*? Ich würde verzagen, wenn ich um einen leichten Vorteil des Augenblicks Verzicht leistete.*

Der kleine Mann an der Front hat das Recht, daß er die Nerven verliert. Er sieht nicht das Endziel vor sich. Angst wird ihm zum Vater der Gedanken. Die Pflicht der Führer ist es, standhaft zu bleiben. Sie sollen das Große vor sich sehen. In einer solchen Stunde müssen sie stur sein. An sie klammert sich alles.

Millionen sind nicht gefallen[23], daß wir plötzlich die Nerven verlieren. Auch die Gegner sind keine Götter. Ich bin überzeugt, daß wir standhafter sein werden. Ich werde der letzte sein, der kapituliert. Die Bewegung muß sich mit einem eisernen Herzen rüsten, das ist notwendig, wenn sie überhaupt siegen will. Wenn mir heute jemand sagt, ob ich heute das Rechte treffe: Ich glaube es, ich bestreite aber nicht, daß es selbstverständlich keinen Menschen gibt, der nicht irren könnte. Das steht hier auch nicht zur Debatte. Die Weltgeschichte hat nicht geprüft, wer *keine* Fehler macht, sondern *wer die wenigsten* machte.

Man soll mir gern später einmal auf den Grabstein schreiben: "Dieser Mann hat in seinem Leben Fehler gemacht, aber Deutschland wurde merkwürdigerweise unter ihm frei!"

Das Schicksal hat mich auf diesen Platz gestellt. Ich bin nicht durch Sie gerufen worden, sondern ich habe Sie gerufen. Diese Bewegung, die ich ins Leben rief, sie hat sich hinter diese Fahne gestellt. Was ich vom kleinen Mann fordere, das muß in meinen Augen der Führer auch auf sich anwenden. Das Lebensziel heißt:

Sieg dieser Idee, Sieg der Bewegung.

Wenn man 13 Jahre für ein solches Ideal kämpft, dann kann man das niemals mehr verlassen, wenn man jemals ehrlich daran ging. *Freiwillig lasse ich die Fahne nicht sinken, solange ich glaube, daß ich sie tragen kann.*

Ich *kann* es auch nicht tun, denn am Ende ist diese Bewegung der letzte Glaube für unsere Millionen Volksgenossen geworden. *Wenn diese Bewegung zerfallen würde, zerfällt mehr als eine Partei! Darüber muß man sich klar sein!*

---

21 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.

22 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.

23 Gemeint sind die Toten des Ersten Weltkriegs. In den Jahren 1914 bis 1918 waren auf deutscher Seite 1.885.291 Soldaten gefallen und 4.248.158 verwundet worden. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924/25, Berlin 1925, S. 25.

Es wäre für mich leicht gewesen, in Berlin Ja zu sagen. Ich hätte jetzt Ruhe. *Die Partei* wäre verloren. Man würde mir sagen: Der Mann hat sich selbst gerettet. Ich nehme aber den Kampf auf mich. Ich bin bereit, mich mit meinem Leben einzusetzen. *Lieber will ich zerschellen, als daß ich nachgebe.* Wir müssen uns aus der hypnotischen Einstellung loslösen, daß die Reichsregierung der Schlüssel zum Volke wäre.

Nicht um die Wilhelmstraße[24] *kämpfen wir ja, sondern um das deutsche Volk.*

Das ist der Schlüssel, der uns auch die Wilhelmstraße aufbrechen wird. Ich garantiere Ihnen, bis zum Frühjahr dieses Jahres wird die Gesamtentwicklung dafür gesorgt haben, daß das Volk empfänglich wird für unsere Bewegung. Es gibt kein undankbareres Volk als das unsere. Es ist in unserer Geschichte immer so gewesen, daß schwerste Fehler erst durch größte Opfer wieder gutgemacht werden mußten. Aber das Ergebnis war noch immer dieses:

Wenn ein Volk und eine Bewegung so stark geworden sind, daß ihr Wollen durch nichts mehr erschüttert werden kann, dann ist ein solches Volk reif, seine Stunde ist gekommen. Das Schicksal wird dann seine Faust von uns wegnehmen und uns die Bahn freimachen.

Dann glaube ich, wird endlich auch die Stunde kommen, da unsere Fahne hochsteigt. Da es nicht mehr heißt: "Die Nationalsozialisten werden eingeladen", sondern:

Das nationalsozialistische Deutschland ist da!

19. Dezember 1932 Dok. 104
Erklärung

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 19.12.1932, "Eine beispiellose Lügenhetze"[1].

Der "Vorwärts" (Nr. 43/595 vom 18.12.[*1932*]), die "Frankfurter Zeitung" (Nr. 946 vom 19.12.[*1932*]) und andere Blätter berichten[2],

"ich hätte in Halle vor den Anwaltern [*sic!*] erklärt[3], Gregor Straßer sei von mir 'bestraft' worden. Ich hätte im ersten Konflikt mit den Brüdern Straßer[4] große Milde walten lassen[5], um

24 Vgl. Dok. 72, Anm. 10.

1 Vgl. auch VB vom 21.12.1932, "Diese Lügen der Judenpresse sind zu plump!".

2 Der *Vorwärts* und die *Frankfurter Zeitung* hatten in diesem Sinne über Hitlers Ansprache vor den Amtswaltern des Gaues Halle-Merseburg berichtet und daraus gefolgert, wie desolat die Situation der NSDAP sei. Vgl. Vorwärts vom 18.12.1932, "Prügelei in Hitler-Versammlung"; Frankfurter Zeitung vom 19.12.1932 (1. MA), "Gregor Straßer wurde 'bestraft'".
Vgl. ferner Die Schwarze Front vom 18.12.1932, "Ausbootung Gregor Straßers"; Berliner Tageblatt vom 19.12.1932, "Hitler trommelt wieder"; Münchner Neueste Nachrichten vom 19.12.1932, "Der Konflikt Hitler - Gregor Straßer"; Vossische Zeitung vom 19.12.1932, "Nach Straßers Abgang"; Die Rote Fahne vom 20.12. 1932, "Stürmische Auseinandersetzungen in der Partei des 'Dritten Reiches'".

3 Vgl. Dok. 102 mit Anm. 2.

4 Gregor Straßer (1892-1934), Apotheker, 1919 Mitglied des Freikorps Epp, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1923 Führer der Sturmabteilung Niederbayern, wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924/25 Reichsführerschaft der NSFB (zusammen mit Erich Ludendorff und Albrecht von Graefe), 1924 MdL in Bayern (Völkischer Block), 1924-1933 MdR (NSFP, ab 1925 NSDAP), 1925-1929 Gauleiter des

so härter müsse jetzt gestraft werden[6]. Als ich mir dann von jedem Amtswalter ewigen Gehorsam in die Hand habe schwören lassen, sei es zu einer Prügelei gekommen. Die Opposition habe sich gewaltsam Eintritt in den Saal verschafft."

Diese Meldung des "Vorwärts" und der "Frankfurter Zeitung" ist von Anfang bis zum Ende *frei erfunden*. Der Fall Straßer wurde von mir überhaupt nicht berührt, der Name *Gregor Straßer nicht erwähnt*. Selbstverständlich drang keine "Opposition" in den Saal, und es fand daher auch keine Prügelei statt. Wohl aber mußte die Straße durch die Polizei von randalierenden Kommunisten geräumt werden[7].

gez. Adolf *Hitler*

19./20. Dezember 1932 Dok. 105
Rede auf Weihnachtsfeier des SA-Motor-Sturms M 2/14 in Nürnberg[1]

Nürnberger Zeitung vom 21.12.1932, "Weihnachtsfeier der NSDAP"[2].

Hitler weilte etwa eine halbe Stunde als Gast unter den Versammelten und hielt eine kleine, unpolitische Ansprache. Er erklärte dabei, daß er in demselben Saal schon 1923 anläßlich des

des Gaues Niederbayern, 1926/27 Reichspropagandaleiter, 1928-1932 Reichsorganisationsleiter(-I) der NSDAP, 8.12.1932 Rücktritt von allen Parteiämtern, 1934 im Zug des sog. Röhmputsches ermordet.
Otto Straßer (1897-1974), Oberleutnant a. D., 1918 Eintritt in die SPD, April 1919 Eintritt in das Freikorps Epp, 1920 2. Vorsitzender des Republikanischen Führerbunds, Gründung des "Akademischen Kriegsteilnehmerverbands S.P.D.", 1921 Dr. jur. et rer. pol., 1923 Syndikus beim Spirituosenkonzern Hünlich, 1925 Eintritt in die NSDAP, Herausgeber der Nationalsozialistischen Briefe, 1926 Schriftleiter der *Berliner Arbeiter-Zeitung*, Juli 1930 Austritt aus der NSDAP, Gründung und Vorsitzender der "Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" (seit Oktober 1931 auch: Schwarze Front), seit Mai 1933 im Exil, zunächst in Österreich, dann u. a. in der Tschechoslowakei, Schweiz, Frankreich, Portugal, Kanada, 1955 Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland.

5 Anspielung auf die Konflikte zwischen Hitler und der Gruppe um Otto Straßer, die im Sommer 1930 eskaliert waren. Da Straßer und seine Anhänger nicht bereit gewesen waren, ihre dezidiert sozialistische Interpretation der nationalsozialistischen Ideologie aufzugeben, verließen Straßer und mit ihm weitere 800 Anhänger seit dem 4.7.1930 die NSDAP; sein Bruder Gregor blieb weiter Organisationsleiter der NSDAP und distanzierte sich von der Abspaltung. Otto Straßer, der damit dem bereits laufenden Parteiausschlußverfahren zuvorgekommen war, gründete kurz darauf die "Kampfgemeinschaft Revolutionärer Sozialisten". Obwohl diese Gruppe nie größeren politischen Einfluß gewann und Teile zur KPD abwanderten, erkannte die NSDAP in der Kampfgemeinschaft einen ihrer gefährlichsten politischen Gegner, so daß entsprechend gewalttätige Auseinandersetzungen häufig waren. Vgl. Patrick Moreau, Nationalsozialismus von links. Die "Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten" und die "Schwarze Front" Otto Straßers 1930-1935, Stuttgart 1984. Ferner Bd. III/3, Dok. 38 f., 42, 49, 64, 67, 70, 77, 122; Bd. IV/1, Dok. 84.

6 Vgl. Dok. 86, Anm. 1.

7 Zum Ablauf der Ereignisse vgl. Dok. 102, Anm. 1.

1 Im Großen Saal des Hotels *Deutscher Hof*, gegen 24.00 Uhr. Hitlers 30minütiger Rede gingen eine Ansprache des Gauleiters, MdR Hans Schemm, sowie eine Standartenweihe des SA-Motorsturms M 2/14, Nürnberg, und eine Fahnenweihe des SA-Sturms 14/15, Nürnberg, voraus.

"Deutschen Tages" gesprochen habe[3] und daß von den damaligen Bewegungen nur die NSDAP übriggeblieben sei[4], weil sie - und das sei für das Bestehen einer jeden großen Bewegung notwendig - das Herz der Jugend gewonnen habe[5]. Er habe die Hoffnung, daß auch der deutsche Bruderkampf bald sein Ende finden werde, und glaube, daß die Idee der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft[6] auch im kommenden Jahre durch nichts erschüttert werden könne und weiter fortschreite[7].

20. Dezember 1932 — Dok. 106
"Denkschrift über die inneren Gründe für die Verfügungen zur Herstellung einer erhöhten Schlagkraft der Bewegung" Denkschrift[1]

Masch. Manuskript; BA, NS 20/111.

II. Teil

Soll die Partei auf absehbare Zeit den gestellten hohen Anforderungen genügen, dann muß beim Aufbau ihrer Organisation so vorgegangen werden, daß sich eine enge Verbindung zwi-

---

2 Vgl. auch Der Angriff vom 20.12.1932, "Adolf Hitler bei der Nürnberger SA"; Fränkischer Kurier vom 21.12. 1932, "Hitler in Nürnberg"; Der Stürmer Nr. 51 vom Dezember 1932, "Hitler in Nürnberg".

3 Gemeint ist der "Deutsche Tag" in Nürnberg, auf dem Hitler am 2.9.1923 u. a. vor dem Jungdeutschen Orden im Hotel *Deutscher Hof* sprach. Druck: Jäckel/Kuhn, Hitler, Dok. 563. Vgl. ferner Dok. 564.

4 Zur Erinnerung an die Schlacht bei Sedan am 1./2.9.1870 fand am 1./2.9.1923 in Nürnberg ein "Deutscher Tag" statt, an dem sich neben Offiziersbünden, Kriegervereinen und Wehrverbänden vor allem die NSDAP, der Bund Oberland, der Jungdeutsche Orden, der Bund Bayern und Reich, die Reichsflagge, der Bund Wiking und der Blücherbund beteiligten. Die propagandistische Wirkung dieser Veranstaltung, in deren Verlauf sich SA, Bund Oberland und die Reichsflagge zum sog. Kampfbund, einer gemeinsamen paramilitärischen Formation, zusammenschlossen, war außerordentlich hoch, die zeitgenössischen Polizeiberichte schätzten die Zahl der Teilnehmer auf rund Hunderttausend. Vgl. Georg Franz-Willing, Krisenjahr der Hitlerbewegung 1923, Preußisch Oldendorf 1975, S. 118 f.

5 Vgl. Dok. 3, Anm. 4.

6 Vgl. Dok. 76, Anm. 9.

7 Eigentlicher Anlaß für die Teilnahme Hitlers an dieser Weihnachtsfeier waren die massiven Spannungen, die in Mittelfranken zwischen der sog. Politischen Organisation der NSDAP und der SA bestanden (vgl. hierzu Dok. 128, 139 und 142). Deshalb versuchte Hitler am Vormittag des folgenden Tages, den Führer der SA-Gruppe Franken, SA-Gruppenführer Wilhelm Stegmann, davon zu überzeugen, daß er in seinem Konflikt mit dem Gauleiter des Gaues Mittelfranken, Julius Streicher, nachgeben und sich künftig ruhig verhalten solle. Stegmann sicherte ihm dies auch zu. Vgl. Rainer Hambrecht, Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925-1933), Nürnberg 1976, S. 368 f., 375 f. sowie Stegmanns Darstellung in Das Freikorps vom Februar 1933.

1 Im Gegensatz zu Hitlers Anordnungen vom 9., 14. und 15.12.1932, die in Folge von Straßers Rücktritt im *VB* publiziert wurden, waren seine Denkschriften vom 15.12. (Druck: Dok. 99) und 20.12.1932 nicht für die Öffent-

schen längst vorhandenen Erkenntnissen und Erfahrungen und den besonderen Aufgaben unserer Bewegung ergibt.

Grundsätzlich ist in der Obersten Leitung der Partei dafür zu sorgen, daß die *technische Organisation* nicht die *Kraft der politischen Entschlüsse* lähmt. Zu dem Zweck ist eine möglichst scharfe Trennung der *Verwaltungsorganisation* der Bewegung von der *politischen Führungsorganisation* festzulegen. Noch mehr gilt dies für das Beiseitehalten derjenigen Arbeiten, die die Bewegung bzw. die Partei für ihre späteren staatlichen Arbeiten vorbereiten wollen[2]. An sich soll sich die Partei nicht von vornherein mit einer Tätigkeit belasten, für die teils die Voraussetzungen fehlen - und zwar sowohl in *technischer* wie in *personeller* Hinsicht -, teils eine vorherige Festlegung überhaupt nicht erfolgen kann. Ganz besonders aber ist die Organisation der Partei kein Betätigungsfeld für wissenschaftliche Experimente[3]. Ob und welche technische revolutionäre Umwälzungen die Partei einst durchführen wird, kann nicht in den Schreibstuben einer Organisationsabteilung entschieden werden. Denn dies hieße die Bewegung von ihrer weltanschaulichen Mission immer mehr entfernen und damit an die Stelle ihrer ewig richtigen weltanschaulichen Grundsätze ewig schwankende und unsichere wissenschaftliche Theorien setzen.

Das *politische Organisationsamt* der Partei ist zu vergleichen etwa mit dem *Innenministerium* oder noch besser mit dem *Kriegsministerium.* Ihm steht gegenüber die *politische* Führung d. h. organisatorisch gesehen etwa der *Große Generalstab*[4].

Es muß daher unser Ziel sein, das politische Organisationsamt auf seine wenigen sinngemäßen Aufgaben zu beschränken.

---

lichkeit bestimmt. Hitlers Anordnung vom 14.12.1932 (Dok. 93) ist zu entnehmen, daß diese beiden Denkschriften offenbar nur den Amtsleitern und den Gauleitern der NSDAP zugingen.
Zum Anlaß und den Motiven für Hitlers Reorganisation der NSDAP vgl. Dok. 86, Anm. 1. Zur Interpretation der beiden Denkschriften vgl. auch Rebentisch, Führerstaat, S. 35 f.

2 Eine Anspielung auf die im Juni 1929 gegründete Organisations-Abteilung II in der Reichsleitung der NSDAP, deren Aufgabe - so ihr Leiter Konstantin Hierl in seinen Erinnerungen - die "Vorbereitung künftiger Staatsaufgaben" sein sollte. Wesentliche Erfolge konnte die Abteilung jedoch nicht vorweisen, so daß beide Organisationsabteilungen am 9.6.1932 wieder unter der Leitung von Gregor Straßer vereinigt wurden. Vgl. Konstantin Hierl, Im Dienst für Deutschland 1918-1945, Heidelberg 1954, S. 64; Horn, Führerideologie und Parteiorganisation, S. 381 f. sowie Bd. III/2, Dok. 86 und Bd. V/1, Dok. 85. Zur organisatorischen Gliederung der Abteilung vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 361 ff.

3 Vgl. Dok. 99, Anm. 11.
Über die ausgedehnten theoretischen Diskussionen, die etwa in der Wirtschaftspolitischen Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP geführt wurden, hat Wagener nach 1945 ausführlich berichtet. Vgl. Turner, Hitler, S. 105 ff., 123 ff., 202 ff., 318 ff., 327 ff.

4 Die Bezeichnung "Großer Generalstab" bürgerte sich in der preußischen Armee 1821 mit der Reorganisation des Generalstabsdienstes ein. Im Gegensatz zu den Truppengeneralstäben verstand man unter dem Großen Generalstab das zentrale operative Führungsorgan, das mehr und mehr vom Kriegsministerium getrennt und dem König direkt unterstellt wurde. Nach den deutschen Einigungskriegen wurde der Große Generalstab zu einer deutschen Einrichtung, ihm gehörten vor 1914 ca. 120 preußische, bayerische, sächsische und württembergische Offiziere an. Obwohl der Große Generalstab damals offiziell keine Kommandogewalt besaß, gewann er - insbesondere durch die Leistungen Helmuth von Moltkes (Generalstabschef von 1857 bis 1888) - , bereits in der Planungsphase einen dominierenden strategischen Einfluß, der sogar die außenpolitischen Interessen des Deutschen Reichs ignorieren konnte. Vgl. Wiegand Schmidt-Richberg, Die Generalstäbe in Deutschland 1871-1945. Aufgaben in der Armee und Stellung im Staate, Stuttgart 1962.

1.) Personal-Politik (Personalamt, Führer-Kartothek).
2.) Parteigliederung.
3.) Parteischulung (nicht zu verwechseln mit den Aufgaben der Propaganda).

Je mehr sich die politische Organisationsleitung der Partei auf diese Aufgaben beschränkt, um so nützlicher wird ihre Tätigkeit sein[5]. Es ist selbstverständlich, daß damit als Leiter nur ein im Kampf der Bewegung selbst großgewordener Mann stehen darf. Er ist der oberste Chef des gesamten politischen Parteiapparates bzw. aller Kampfleiter der Bewegung. Ausgenommen davon sind nur die *Gauleiter* selbst, *die als Stellvertreter des Obersten Führers der Bewegung personell diesem allein unterstehen*[6].

Um bei der steigenden Ausdehnung der Bewegung die Einheitlichkeit der *politischen Führung* zu gewährleisten, werden eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die zu dem Aufbau eines *politischen Generalstabs* der Partei führen sollen[7].

Für die einheitliche innere politische Auffassung und Arbeit in der Bewegung sind dem Führer die ihn vertretenden Gauleiter verantwortlich.

Für die einheitliche politische Auffassung und Kampfführung der Partei in den bereits eroberten staatlichen Positionen sind dem Führer verantwortlich:

a.) Für die Politik der Partei im Reichstage der *Vorsitzende der Reichstags-Fraktion*[8],

b.) für die Politik der Partei im Preußischen und Bayerischen Landtag die *Vorsitzenden der preußischen*[9] *und bayerischen Landtagsfraktionen*[10],

---

5 Der neuernannte Stabsleiter der Politischen Organisation der NSDAP, Robert Ley, führte in seiner Anordnung vom 28.12.1932 auf, was von der Reichsorganisationsleitung der NSDAP übriggeblieben war: Stab, Personalamt, Organisationsamt und Schulungsamt. Damit entsprach er exakt den Vorgaben Hitlers. Im Gegensatz dazu vermittelte die chaotische Struktur der Reichsorganisationsleitung unter der Leitung Gregor Straßers bereits im Organigramm "den Eindruck der Hilflosigkeit": Die Reichsorganisationsleitung gliederte sich am 1.10.1932 in neun Hauptabteilungen; allein die Hauptabteilung III - das eigentliche Kernstück der Reichsorganisationsleitung, die in Personalunion ebenfalls von Straßer geleitet wurde - verfügte über nicht weniger als 32 Abteilungen, denen noch einmal acht weitere Unterabteilungen zugeordnet waren. Vgl. Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP vom 31.12.1932; Tyrell, Führer befiehl, S. 364 ff.

6 § 6 der Satzung der NSDAP/NSDAV e. V. vom 22.5.1926 bestimmte die Ortsgruppe zum regionalen Organisationsprinzip der NSDAP. "Je nach Bedarf werden diese Ortsgruppen in Gauverbänden zusammengefaßt. Die Gauleiter werden von der Reichsleitung bestimmt. Weitere Untergliederungen erfolgen nach Bedarf durch die Ortsgruppenleitungen oder durch die Gauleitungen selbst. Diesen kommt jedoch eine satzungsgemäße Bedeutung nicht zu. Die Reichsleitung arbeitet nur mit Ortsgruppen und Gauen. Um eine entschlossene Leitung der Bewegung zu ermöglichen, ist für die Führung des Vereins in erster Linie verantwortlich der Vorsitzende des Vereins bzw. der Partei." Hitlers Denkschrift zielte also nicht zuletzt darauf, die Gauleiter bewußt aus der politischen Organisation der Partei herauszunehmen und direkt an sich zu binden. Druck: Bd. I, Dok. 146, vgl. ferner Bd. I, Dok. 64 sowie Hüttenberger, Gauleiter, S. 9 ff.

7 Gemeint ist die Politische Zentralkommission. Vgl. Dok. 96 mit Anm. 2.

8 Wilhelm Frick.

9 Wilhelm Kube (1887-1943), 1911 Eintritt in die Deutschsoziale Partei, seit 1912 Journalist, 1920-1923 Generalsekretär der DNVP in Berlin, 1922 Stadtverordneter in Berlin (DNVP), 1923 Übertritt zur DVFP, 1924-1928 MdR (DVFP), 1925 Herausgeber der Zeitung *Märkischer Adler*, 1927 Übertritt zur NSDAP, 1928-1933 MdL in Preußen und Vorsitzender der NSDAP-Fraktion, 1928-1933 Gauleiter des Gaues Ostmark, 1933-1936 Oberpräsident der Provinzen Brandenburg und Posen-Westpreußen, Preußischer Staatsrat, 1933-1936 Gauleiter des Gaues Kurmark, 1941-1943 Generalkommissar für Weißruthenien, 1943 ermordet.

10 Rudolf Buttmann.

c.) für die *Politik in den übrigen Ländern* und in den Kommunen die *Politische Zentralkommission* [11],

d.) für die *Politik der Partei der Öffentlichkeit gegenüber* in der Presse, in Aufrufen und parteiamtlichen Kundgebungen wirtschaftlicher Art die *Politische Zentralkommission,*

e.) für die Vereinheitlichung und Übereinstimmung der *Politik in den bereits eroberten Ländern* und insbesonders für ihre Stellungnahme im Reichsrate die *Länderkommission.*

Alle Kommissionen werden dem Führer gegenüber vertreten durch ihre ersten Vorsitzenden.

Grundsätzlich ist bei allen Führern *die wichtigste sachliche Eigenschaft die Freude zur persönlichen Verantwortlichkeit.* Sie muß mithelfen, daß nur das reglementiert zu werden braucht, was reglementiert werden muß und nicht, was man reglementieren kann. Sie wird es rechtfertigen, daß der individuellen Veranlagung und Fähigkeit in der Partei ein großer Spielraum bleibt. Dies gilt insbesonders für die wichtigsten Vertreter des Führers, für die *Gauleiter* [12]. In hundert und tausend Fragen sind sie gezwungen, selbständige Entscheidungen zu treffen. Als Kämpfer unserer Weltanschauung werden sie allerdings nur dann um so weniger grundsätzlichen Irrungen ausgesetzt sein, je mehr sie die große Idee und Aufgabe der Bewegung erfaßt haben. Es ist mein Wunsch und Wille, daß *ihre Stellung in der Bewegung eine möglichst souveräne* ist. Mögen sie sich aber auch selbst als ebenso souveräne Repräsentanten der Partei fühlen und führen [13].

Um eine engste Zusammenarbeit der Dienststellen der Parteileitung zu ermöglichen, soll aus ihren Amtsleitern und den für die einheitliche politische Führung der Partei verantwortlichen Männern ein engerer Rat entstehen, der unter meinem Vorsitz den *kleinen Senat* der Bewegung [14] bildet.

---

11 Vgl. Dok. 96 mit Anm. 2.

12 Aus dem überlieferten Rücktrittschreiben Straßers geht hervor, daß Hitler schon früher dessen Reformversuche kritisiert und insbesondere das von ihm geschaffene Inspekteursystem nicht akzeptiert hatte. Vgl. Kissenkoetter, Straßer, Dok. 2.

13 Hitlers Appell an die Gauleiter wurde flankiert durch entsprechende organisatorische Veränderungen. Durch das 1931/32 eingeführte System der Reichs- und vor allem der Landesinspekteure war die Gleichstellung der Gauleiter zerstört worden, es war - so der ehemalige Gauleiter Rudolf Jordan in seinen Erinnerungen - "eine bürokratische Isolierschicht zwischen Hitler und seinen Paladinen draußen im Lande" eingefügt worden. Die Aufgabe des Inspekteursystems war auch ein Versuch Hitlers, das dadurch geförderte Konkurrenzdenken unter den Gauleitern zu beschwichtigen und diese Gruppe wieder fester an sich zu binden. Vgl. Bd. IV/2, Dok. 51 und 92; Bd. V/1, Dok. 86 und 171 sowie Dok. 93, Anm. 14 und 16. Zitat: Jordan, Erlebt, S. 79.

14 Die Bildung eines Senats als oberstes Beratungsgremium und Entscheidungsinstanz zwischen politischen und berufsständischen Kammern hatte Hitler bereits in *Mein Kampf* erwogen. Vermutlich nach dem Vorbild des 'Gran Consiglio del Fascismo' wurde zu Beginn des Jahres 1931 im "Braunen Haus" vorsorglich ein sog. Senatssaal eingerichtet; die 64 wuchtigen roten Ledersessel sollten aber nie eingenommen werden, da es für Hitler unvorstellbar war, Mitsprache oder gar Mitentscheidung eines obersten Parteigremiums zu akzeptieren. Bis 1945 wurde das Projekt eines Senats immer wieder diskutiert, zuweilen auch angekündigt, weitere Schritte jedoch unterblieben. Daß Hitler zu diesem Zeitpunkt auf einen Senat zu sprechen kam, war Ausdruck einer Krisenstimmung, verfolgte aber wohl auch den Zweck, die verunsicherten nationalsozialistischen Funktionäre stärker an sich zu binden und ihnen zumindest die Möglichkeit in Aussicht zu stellen, sie an der Führung der Partei zu beteiligen. Vgl. Adolf Hitler, Mein Kampf, Bd. 2: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1927, S. 89/München [65]1933, S. 502; Broszat, Staat Hitlers, S. 262 f.; Rebentisch, Führerstaat, S. 36, 101, 422; Turner, Hitler, S. 412 ff.; Edouard Calic, Ohne Maske. Hitler - Breiting Geheimgespräche 1931, Frankfurt a. M. 1968, S. 18 f.; Eva von Seckendorff, Monumentalität und Gemütlichkeit. Die Interieurs der NSDAP-

Die Aufgabe des kleinen Senates ist, in Voll- oder Teilsitzungen die gemeinsam berührenden wichtigen Parteifragen durchzusprechen und zu behandeln.

Zur Herstellung einer lebendigen Arbeitsgemeinschaft zwischen der Parteileitung und besonders geeigneten führenden Männern der Bewegung wird nunmehr der *große Parteisenat* gebildet. Durch ihn soll eine Anzahl der ältesten, treuesten und fähigsten Köpfe der Bewegung in unmittelbare Verbindung mit der obersten Parteileitung gebracht werden. Zu diesem großen Senat der Bewegung zu gehören, soll für die Zukunft als größte Ehre in der Bewegung empfunden und angesehen werden. Ich halte dies schon deshalb für wichtig, damit im Falle meines Todes die Frage des neuen Führers der Partei nicht in einem wilden Kampf unter den Parteigenossen entschieden wird, sondern von dem Senate aus seine Erledigung findet [15].

Es ist bei der großen Zahl der in der Bewegung tätigen Männer nur möglich, einen kleinsten Bruchteil in die beiden Senate zu berufen. Denn grundsätzlich soll die Zahl der Mitglieder des großen Senates niemals 64, die Zahl der Mitglieder des kleinen Senates niemals 24 überschreiten.

München, den 20.12.1932

gez.: Adolf *Hitler* [16]

Für die Richtigkeit:

Albert Bormann [17]

Bauten am Königsplatz. In: Bürokratie und Kult. Das Parteizentrum der NSDAP am Königsplatz in München. Geschichte und Rezeption, München 1995, S. 119-146, insbes. S. 119, 121.

15 Für Hitler war die Einrichtung eines Parteisenats stets mit der Frage der Nachfolgeregelung im Falle seines Todes verbunden. Wagener schreibt rückblickend, Hitler habe bereits im Dezember 1931 über derartige Pläne nachgedacht, wobei Straßer schon damals skeptisch reagiert habe, als er, Wagener, ihm davon berichtete: "Den Senat wird er [*Hitler*] deshalb erst für die Zeit *nach* seinem Tode vorbereiten. Wenn er sich jetzt damit beschäftigt, so zeigt das nur, daß er geglaubt hatte, schwerer krank zu sein. Ist er erst wieder gesund, dann versinkt auch der Gedanke Senat wieder in den Dornröschenschlaf." Vgl. Turner, Hitler, S. 414.

16 In seinen nach 1945 entstandenen Memoiren schreibt Otto Wagener, daß er den 22. und 23.12.1932 zusammen mit Hitler in dessen Münchner Privatwohnung am Prinzregentenplatz 16/II verbracht habe; Hitler habe dabei weltanschauliche und politische Frage erörtert. IfZ, ED 60/8: Otto Wagener, Tagebuchaufzeichnungen, Bd. 8, Bl. 2067 ff., 2099 ff.

17 Albert Bormann (1902-1989), Bruder von Martin Bormann (1900-1945), Kaufmännischer Angestellter, 1927 Eintritt in die NSDAP und SA, 1929 Gauführer der HJ in Thüringen, 1931 Angestellter in der Hilfskasse der NSDAP, Oktober 1931 Wechsel in die Privatkanzlei Hitlers, 1933 Leiter der Privatkanzlei Hitlers, Amtsleiter der NSDAP, SA-Sturmbannführer, 1943 NSKK-Gruppenführer.

31. Dezember 1932 [1] Dok. 107
"Adolf Hitlers Neujahrsbotschaft"
Aufruf

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 30.12.1932 [2].

Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen! Parteigenossen!

Das Jahr 1932 wird einst in der Geschichte unserer Bewegung als ein großer und erfolgreicher Abschnitt unseres Kampfes gelten [3].

Nach 12jährigem, schicksalsreichen und wechselvollem Ringen war es der Bewegung in ihrem 13. Jahr gelungen, der marxistischen Herrschaft in Deutschland so schwere Schläge zu versetzen, daß in Preußen und im Reich die alten November-Parteien [4] *ihre Stellungen aufgeben und räumen mußten.*

Ein unerhörter und in der Geschichte *beispielloser* Erfolg einer Partei, die vor 13 Jahren von 7 Männern [5] ihren Ausgang nahm!

Wer bereit ist, *Taten* als Zeugen anzuerkennen, kann aus ihnen den inneren Wert dieser Bewegung ersehen.

Der Nationalsozialismus hat wirklich nicht als Parlamentspartei, sondern als Weltanschauung gestritten!

Bürgerlicher Liberalismus und internationaler Marxismus waren und sind seine gemeinsamen Feinde.

Ihre endliche Überwindung und restlose Ausrottung wird unser Volk allein zu der ihm *eigenen* Kraft zurückführen. Diese Kraft aber ist nötig zur Behauptung des Lebens in einer Welt, die schwersten politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Schäden entgegentreibt.

---

1 Datierung nach dem Datum der Unterschrift Hitlers.

2 Hitlers Neujahrsbotschaft wurde in allen nationalsozialistischen Zeitungen verbreitet, teilweise in gekürzter Form: vgl. z. B. Der Angriff vom 31.12.1932, "Adolf Hitlers Botschaft zum neuen Jahr: 'Nicht Parlamentspartei, sondern Weltanschauung!'"; Westdeutscher Beobachter vom 31.12.1932, "Hitlers Neujahrsbotschaft!"; VB vom 1.1.1933, "Adolf Hitlers Neujahrsbotschaft"; Lippischer Kurier vom 2.1.1933, "Hitlers Neujahrsbotschaft"; Preußische Zeitung vom 2.1.1933, "Neujahrsbotschaft unseres Führers".
Zur Genese von Hitlers Aufruf, den dieser auf seinem Feriendomizil auf dem Obersalzberg diktierte, vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 318 ff.

3 Vgl. dagegen mit der Jahresbilanz in den Tagebüchern von Joseph Goebbels: "Das Jahr 1932 ist eine einzige Pechsträhne. Man muß es in Scherben schlagen." Ebda., S. 314 (24.12.1932).

4 Wohl weniger eine Anspielung auf Spartakusbund und USPD, die eigentlichen Schrittmacher der im November 1918 einsetzenden revolutionären Unruhen, sondern in erster Linie auf die politschen Träger der parlamentarischen Demokratie, (M)SPD, Zentrum und die liberalen Parteien. Das erste, am 13.2.1919 gebildete Reichskabinett aus MSPD, DDP und Zentrum wurde dezidiert als "Weimarer Koalition" bezeichnet.
In Preußen, dem größten und wichtigsten Land im Deutschen Reich, wurden zwischen März 1919 und Juli 1932/April 1933 mit Ausnahme der Zeit von April bis November 1921 alle Regierungen aus Vertretern von SPD und Zentrum gebildet, unter Einschluß einzelner Vertreter der DDP, von 1921 bis 1925 auch der DVP.

5 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.

Unsere Generation, *meine Parteigenossen*, scheint vom Schicksal bestimmt zu sein, Zeuge größter Umwälzungen auf allen Gebieten des menschlichen Daseins und der menschlichen Entwicklung zu werden. Weltbewegende Entdeckungen und Erfindungen fallen zusammen mit einem weltverwüstenden Krieg - der auch heute seinen Abschluß noch nicht gefunden hat [6] -, begleitet von völkerzerstörenden Lehren [7], deren Auswirkungen unabsehbare sind. Nur der Zusammenbruch antiker Kulturen kann hier vielleicht als geschichtlich ebenbürtiges Beispiel in der Vergangenheit angeführt werden.

Denn dies ist das Bild unserer Zeit:

Die religiös und weltanschaulich wurzellos gewordene liberalistische [*sic!*] *Menschheit steht am Ende ihres Zeitalters.*

Riesengroß erhebt sich die bolschewistische Gefahr.

Technik, Handel und Verkehr haben nicht nur die Völker räumlich einander nähergebracht, sondern leider auch den Instinkt für gemeinsame niedere Erbveranlagungen aus Jahrtausenden neu erweckt. Der Ruf, "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch [8]", ist zur Parole eines *Untermenschentums* geworden, das über fast alle Weltteile hinweg aus gleichen Veranlagungen heraus gemeinsame Interessen wittert. Der internationale Jude als intellektueller Inspirator führt in fast allen Staaten der Welt diesen Kampf der mangelhaft befähigten Unterrassen gegen die Kultur - und damit menschliches Leben schaffende und sichernde Fähigkeit eines höheren Menschentums, dessen Widerstandskraft im Liberalismus erschlaffte.

Diese jüdisch-intellektuelle Führung der Weltrevolution hat zur Zeit Rußland als größte geschlossene Staatsfläche erobert, die frühere führende nichtslawische geistige Oberschicht ausgerottet und unter Anpassung an primitive nationale Instinkte einen Staat errichtet, der nur als augenblickliche territoriale Basis einer weltzerstörenden Idee anzusehen ist [9]. *Sowjet-Rußland ist damit der Ausgangspunkt und die Kraftzentrale der bolschewistischen Weltlehre.* Planmäßig wird von dort aus durch ein Netz von Leitungen und Stationen die übrige Welt verseucht [10]. In fast allen Ländern der Erde befinden sich heute Sektionen dieser internationalen Bedrohung einer höheren menschlichen Kultur. Was die tausendjährige staatenbildende Arbeit im Aufbau

---

6 Die Vorstellung, daß der Weltkrieg nie aufgehört habe, war ein Lebensgefühl, daß nicht nur in der NSDAP und den übrigen rechtsradikalen Gruppierungen anzutreffen war, sondern im Grunde eine ganze Generation prägte, die sich zuweilen auch als 'lost generation' bezeichnete. Wenn in Deutschland vom "Frieden" gesprochen wurde, so war häufig die Zeit vor 1914 gemeint. So lehnte etwa Ernst Jünger am 16.11.1933 die Wahl in die Deutsche Akademie der Dichtung - nicht frei von Ironie - mit folgender Begründung ab: "Ich bitte Sie daher, meine Ablehnung als ein Opfer aufzufassen, das mir meine Teilnahme an der deutschen Mobilmachung auferlegt, in deren Dienst ich seit 1914 tätig bin." Druck: Hildegard Brenner, Ende einer Bürgerlichen Kunst-Institution. Die politische Formierung der Preußischen Akademie der Künste ab 1933, Stuttgart 1972, S. 88.

7 Gemeint ist der Bolschewismus.

8 Anspielung auf das 1847/48 entstandene *Manifest der Kommunistischen Partei* von Karl Marx (1818-1883) und Friedrich Engels (1820-1895), das mit dem Aufruf schließt: "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" Druck: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 4, Berlin (Ost) [9]1974, S. 459-493, hier S. 493.

9 1929 waren ca. 2% der sowjetischen Bevölkerung und 4,8% der Mitglieder der Kommunistischen Allunionspartei jüdischer Herkunft. Vgl. Alec Nove and J. A. Newth, The Jewish Population: Demographic Trends and Occupational Patterns. In: The Jews in Soviet Russia since 1917, Ed. by Lionel Kochan, Oxford [3]1978, S. 132-167.

10 Gemeint ist die Komintern, vgl. Dok. 25, Anm. 20.

menschlicher Gemeinschaften geleistet hat, zerfällt damit über dem Umweg der Bolschewisierung in wenigen Jahrzehnten. Die geistigen Vorarbeiten dazu sind ebenso umfassend wie die wirtschaftlichen.

Beängstigend ist der Grad der schon erreichten allgemeinen kulturellen Zersetzung, der Vernichtung von Glauben und Sitten, von Liebe und Verbundenheit, der Zerstörung unserer Auffassungen von Ehre, Gehorsam und Treue.

Jegliche Autorität soll fallen! Die Vernarrung unserer Kunst, die Verzerrung unseres Schönheitsempfindens, die Verwirrung des klaren logischen Denkens, sie gehören mit in die geistige und seelische Vorbereitung dieser Völker- und Staatenauflösung.

Gleichlaufend mit dem Verfall der politischen und kulturellen Werte schreitet
der Verfall der Wirtschaft [11].

Die allgemeine Unsicherheit, Not und Elend führen hier zur Verzweiflung.

Dieses allmähliche innere Heranreifen der Welt für den Bolschewismus wird noch begünstigt durch die Blindheit, ja durch den Wahnwitz all der sogenannten "Staatsmänner", die
mit bürgerlichen Scheuklappen behängt
diesem furchtbaren Phänomen ebenso ahnungslos wie unfähig gegenüberstehen.

Der *Zusammenbruch* ist damit nur mehr eine Frage der Zeit und der für ihn günstigen Umstände.

Die *Folgen* des dann entstehenden Chaos müssen vernichtende sein.

Eine unabsehbare Zeit der Barbarei, ja eine Rückentwicklung der Menschheit mit kaum faßbarem Elend, jahrhundertelanger Rückschritt auf allen Gebieten werden das letzte Ergebnis sein.

Dieser furchtbaren Entwicklung ist bisher nur ein Volk bewußt entgegengetreten. Durch einen jener seltenen Männer der Weltgeschichte [12]*, denen Generationen zu Dank verpflichtet sind, hat das italienische Volk im Faschismus ein sein gesamtes Leben neu gestaltendes und beherrschendes Ideal gefunden* [13]*. Dort sehen wir den einzigen Staat und das einzige Volk, die den bürgerlichen Liberalismus und bürgerlichen Klassenstaat überwanden und damit die innere Voraussetzung zur Überwindung und Ausrottung des Marxismus schufen!*

Unsere bürgerlichen Partei-Politiker und unsere bürgerlichen Minister haben von den ungeheuren Gefahren, die der Welt drohen, keine Vorstellung.

13 Jahre lang haben diese Herren immer wieder das Ende des Bolschewismus prophezeit, in Deutschland den Kommunismus für überwunden erklärt oder zumindest vermeint, ihn durch Notverordnungen, durch Polizeistrafen, durch Gefängnis und Zuchthaus ausrotten zu können [14].

Sie erreichen das *Gegenteil!*

Von einigen zehntausend Spartakusmenschen im Jahre 1918 ist die kommunistische Sektion der bolschewistischen Internationale in Deutschland nunmehr auf über 6 Millionen angewachsen [15].

---

11 Vgl. Dok. 76, Anm. 5.

12 Gemeint ist Benito Mussolini.

13 Zu Hitlers damaligem Italienbild vgl. Dok. 4, Anm. 21.

14 Zu den staatlichen Maßnahmen gegen die KPD, die von der deutschen Justiz als eine generell staatsfeindliche Partei bewertet wurde, vgl. Gusy, Weimar, S. 117 f., 122 ff., 177 f., 352 ff.

15 Der KPD, 1919 aus dem Spartakusbund hervorgegangen, gehörten im August 1921 157.613 zahlende Mitglieder an. Nachdem ihre Mitgliederzahl im April 1924 ihren Tiefstand mit 121.394 erreicht hatte, stieg die Zahl der

Daß damit das [*Deutsche*] Reich als ein wirklicher Machtfaktor nicht mehr anzusehen ist, wurde weder von den früheren Regierungen begriffen, noch wird es von der derzeitigen verstanden. *In einem Staat, der in seinem Inneren 6 Millionen Kommunisten, 7½ Millionen Sozialdemokraten und 6 Millionen weitere mehr oder minder pazifistisch verseuchte Elemente besitzt* [16]*, sollte man besser nicht mehr von "Gleichberechtigung" und auch nicht mehr von "Aufrüstung" reden* [17].

Denn entscheidend für die Stärke eines solchen Staates ist nicht seine theoretische Gleichberechtigung oder äußere Rüstung, sondern seine bereits vollzogene Abrüstung der inneren nationalen Kraft, die in der Willenseinheit und Willensentschlossenheit ihren Ausdruck findet! Wenn diese fehlen, können sie durch nichts Äußerliches ersetzt werden. Denn der deutsche Zusammenbruch im November 1918 ist ja nicht erfolgt infolge eines Mangels an *technischen Waffen* oder des Fehlens *militärischer Organisationsmöglichkeiten*, sondern nur als *Folge unserer inneren Zersetzung* [18]. Diese innere Zersetzung aber war im Jahre 1918 eine *krisenhafte* - heute ist sie eine *chronische*. Daher ist ihre Überwindung die allererste und wichtigste Voraussetzung für jeden deutschen Wiederaufstieg.

Diese aber kann weder erfolgen durch Rehabilitierung der alten vermoderten bürgerlichen Parteien, noch durch Einsetzung bürgerlicher Wunschregierungen und präsidialer Minister, sondern ausschließlich durch eine Bewegung, die die allgemeinen weltanschaulichen und damit auch politischen Voraussetzungen für die Regeneration des deutschen Menschen schafft und in ihr selbst schon den kommenden Zustand wesentlich verkörpert.

Sie muß daher aber ebenso entschlossen, intolerant und ewig angriffsfreudig sein wie ihre Gegner!

Versagt sie darin, oder glaubt sie, die klare Ausschließlichkeit ihres Wollens durch halbe - aus vermeintlichen taktischen Klugheiten geborene - Maßnahmen ersetzen zu können, so beraubt sie sich selbst ihrer Mission.

Denn Deutschland ist heute das von dieser Weltkrise zunächst und am meisten betroffene Land.

In keinem Kulturvolk ist der Grad der Zersetzung auf allen Gebieten ein größerer als bei uns. Religiös, weltanschaulich, politisch, moralisch, kulturell, überall sehen wir das Wirken des intellektuellen Bolschewismus in erschreckender Deutlichkeit vor uns. Wenn aber in anderen

---

KPD-Mitglieder auf 176.000 im Dezember 1930, ein Jahr später auf 246.525. Am Ende des Jahres 1932 verfügte die KPD über 360.000 eingeschriebene und über rund 252.000 zahlende Mitglieder. Vgl. Klaus-Michael Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, S. 87.
Bei der Reichstagswahl vom 6.6.1920 stimmten 589.454 Wahlberechtigte (2,1%) für die KPD; bei den Reichstagswahlen vom 14.9.1930, 31.7. und 6.11.1932 steigerte sich die Zahl der KPD-Wähler von 4.592.090 (13,1%) auf 5.369.708 (14,5%) und schließlich 5.980.614 (16,9%). Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41, 44.

16 Anspielung auf das Ergebnis der Reichstagswahl vom 6.11.1932; vgl. Dok. 61, Anm. 2.

17 Vgl. Dok. 80, Anm. 18 sowie Dok. 15, Anm. 52.

18 Seit der Tankschlacht bei Villers-Cotterêts am 18.7.1918 rissen die schweren militärischen Rückschläge der deutschen Westfront nicht mehr ab. Am 28.9.1918 mußte der Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung, General Erich Ludendorff, der Reichsregierung empfehlen, unverzüglich Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten, da die deutsche Front kurz vor ihrem völligen Zusammenbruch stehe. Vgl. Peter Graf Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1968, S. 654 ff.

Ländern die bolschewistische Aktivität sich in erster Linie noch immer vorsichtig auf Propaganda beschränkt, dann wirkt sie in Deutschland außerdem bereits als *brachiale Gewalt.*

Der Terror der bolschewistischen Mord-Organisationen ist unerträglich geworden. Zehntausende hat allein unsere Bewegung an Toten und Verletzten zu beklagen, die der roten Tscheka zum Opfer gefallen sind [19].

Ebenso ist die Wirkung der unser Volk erfassenden wirtschaftlichen Not schlimmer als in anderen Ländern [20]. Das Verbrechen der Novemberverräter vom Jahre 1918 trägt jetzt seine traurigen Früchte. 13 Jahre lang haben die am deutschen Unglück gemeinsam schuldigen marxistischen Landesverräter und bürgerlichen Schwächlinge vom *"Aufbau der Wirtschaft"* geredet, von der *"Rettung Deutschlands durch die Wirtschaft"* gesprochen, in Wahrheit aber unser Volk in immer größere Not und Verelendung hineingeführt. 13 Jahre lang sollten bald der Marxismus, bald wieder die internationale Hochfinanz Deutschland helfen. Aber gerade diese beiden, die 13 Jahre lang miteinander verbunden Arm in Arm gingen, haben gemeinsam Deutschland zerstört, unsere Wirtschaft vernichtet und unser Volk verelendet. Dieser ungeheuren Not gegenüber kann nur eine gewaltige Abwehr nützen.

Wehe, wenn unsere Bewegung jemals den Grad ihres Kampfes bemessen würde am "Kampf" unserer bisherigen bürgerlichen deutschen Parteien. Sie könnte vielleicht im Augenblick Mitläufer gewinnen, die einzig entschlossenen Kämpfer aber würde sie verlieren!

Getreu dieser ihrer Mission trat unsere Partei in das Jahr 1932 mit dem festen Entschluß ein, ihren 12jährigen *Kampf um den deutschen Menschen* weiterzuführen.

Am 1. Januar 1932 schrieb ich in meinem Aufruf an die Parteigenossen, daß dieses Jahr eine Wende für Deutschland werden müsse [21].

Und tatsächlich hat sich unsere Bewegung in nicht weniger als 12, zum Teil beispiellosen Wahlkämpfen [22] *von der unterdrückten und verfolgten, scheinbar ohnmächtigen Partei zum ersten politischen Faktor des Reiches erhoben.*

Parteigenossen und Parteigenossinnen, ermeßt selbst die Größe dieses Wandels!

Zu Beginn dieses Jahres Redeverbote, Versammlungsverbote, Uniform-Verbote [23], ja das Verbot der SA [24] und am Ende des Jahres von der Ehre bedacht, Regierungspartei zu werden!

---

19 Zu den gewalttätigen politischen Auseinandersetzungen während der Weimarer Republik vgl. etwa Eve Rosenhaft, Die KPD der Weimarer Republik und das Problem des Terrors in der "Dritten Periode", 1929-1933. In: Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld, Stuttgart 1982, S. 394-421; Peter H. Merkl, Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925-1933. In: ebda., S. 422-440; Johann Wachtler, Zwischen Revolutionserwartung und Untergang. Die Vorbereitung der KPD auf die Illegalität in den Jahren 1929-1933, Frankfurt a. M. 1983; Longerich, Die braunen Bataillone, S. 116 ff.; Bessel, Political Violence, S. 75 ff.; Christian Striefler, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993. Ferner Dok. 75.

20 Vgl. Dok. 76, Anm. 5.

21 Druck: Bd. IV/3, Dok. 1; vgl. auch Bd. IV/2, Dok. 100.

22 Vgl. Dok. 89, Anm. 8.

23 Erste Verordnungen gegen das Tragen nationalsozialistischer Uniformen in der Öffentlichkeit hatten die Länder Hessen (10.4.1930), Preußen (11.6.1930), Baden (13.6.1930) und Hamburg (25.8./8.9.1930) erlassen. Bayern hatte am 5.6.1930 Uniformen für politische Verbände generell verboten. Nachdem die Obergerichte in Baden, Preußen und Hamburg die Verbote nationalsozialistischer Uniformen durch die Länder als nicht ausreichende Rechtsgrundlage abgelehnt hatten, versuchte die Reichsregierung ein solches Verbot auf der Grundlage von

Aber nicht nur das!

In einer Anzahl unerhörter Wahlschlachten ist die Kraft der Sozialdemokratie und ihrer Verbündeten endgültig gebrochen worden[25]*!*

Es ist das Verdienst unserer Bewegung, damit die Epoche dieses in Wirklichkeit doch nur *vertarnten Kommunismus* abgekürzt und wohl auch beendet zu haben.

Allein auch auf der anderen Seite der Nation ist Klarheit geschaffen.

Die bürgerlichen Partei-Erscheinungen der Mitte wurden fast vollständig aufgerieben[26].

In Deutschland haben sich eindeutige Fronten gebildet!

---

§ 8 der *Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen* vom 28.3.1931 durchzusetzen. Daraufhin erließen Bayern (11.5./29.9.1931) und Bremen (5.12.1931) erneut Uniformverbote für sämtliche politischen Organisationen. Verbote, die speziell Mitgliedern der NSDAP das Tragen von Uniformen untersagten, bestanden in den Ländern Preußen (31.3.1931), Anhalt (2.4.1931), Mecklenburg-Strelitz (18.4.1931), Schaumburg-Lippe (25.4.1931), Hamburg (7.7.1931), Baden (11.7.1931), Lübeck (2.9.1931) und Hessen (9.9.1931). Schließlich vereinheitlichte die Reichsregierung in der *Vierten Notverordnung des Reichspräsidenten* vom 8.12.1931 das Verbot von politischen Uniformen und Abzeichen für *alle* deutschen Länder. Mit der Aufhebung des Verbots der nationalsozialistischen Wehrverbände am 16.6.1932 durch die Regierung Papen wurde auch dieses Uniformverbot wieder rückgängig gemacht. Da Bayern und Baden daraufhin landesweite Uniformverbote aussprachen, legte die *Zweite Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen* vom 28.6.1932 fest, daß derartige Verbote von den Landesbehörden "nur im Einzelfalle bei unmittelbarer Gefahr" verhängt werden dürften. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 593 mit Anm. 2; Das Kabinett von Papen, Bd. 1, Dok. 24, 26, 27, 31, 38, 40, 41, 55; Pyta, Gegen Hitler, S. 294 ff., 341 ff.; Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 610 ff., 887 ff. Druck der Verordnungen des Reichspräsidenten: RGBl. 1931, I, S. 79 ff., 743 f.; 1932, I, S. 297 ff., 339, 548 ff.

24 Vgl. Dok. 17, Anm. 9 und Dok. 21, Anm. 27.

25 Die SPD erzielte während der Weimarer Republik ihr nominal bestes Wahlergebnis bei der Wahl zur Verfassunggebenden Nationalversammlung am 19.1.1919 (11.509.048 Stimmen; 37,9%), ihr nominal schlechtestes Ergebnis bei der Reichstagswahl vom 4.5.1924 (6.008.905 Stimmen; 20,5%). Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 erhielt sie 8.577.738 Stimmen (24,5%), bei der vom 31.7.1932 7.959.712 Stimmen (21,6%) und bei der vom 6.11.1932 7.251.690 Stimmen (20,4%). Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41, 44, 67 ff. Ferner Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 539.

26 Die Wahlergebnisse der beiden liberalen Parteien DDP (seit 1930: DStP) und DVP verschlechterten sich während der Weimarer Republik beinahe kontinuierlich: Hatte die DDP bei der Wahl zur Nationalversammlung am 19.1.1919 mit 5.641.825 Stimmen (18,6%) ihr mit Abstand bestes Ergebnis erreicht, so erhielt sie bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 noch 1.322.385 Stimmen (3,8%), bei der vom 31.7.1932 373.339 Stimmen (1,0%) und bei der vom 6.11.1932 gerade noch 338.609 Stimmen (1,0%). Die DVP erreichte ihr bestes Wahlergebnis - etwas später als die DDP - bei der Reichstagswahl vom 6.6.1920 mit 3.919.446 Stimmen (13,9%). Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 erhielt sie 1.659.774 Stimmen (4,7%), bei der vom 31.7.1932 436.002 Stimmen (1,2%) und bei der vom 6.11.1932 660.889 Stimmen (1,9%).

Dagegen erwiesen sich die Wahlergebnisse von Zentrum und BVP als verhältnismäßig stabil: In der Weimarer Republik erreichte das Zentrum sein nominal günstigstes Wahlergebnis - noch unter der Bezeichnung Christliche Volkspartei - bei der Wahl zur Nationalversammlung am 19.1.1919 mit 4.835.018 Stimmen (15,9%), sein nominal schlechtestes bei der Reichstagswahl vom 20.5.1928 3.712.152 Stimmen (12,1%). Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 erhielt das Zentrum immer noch 4.127.910 Stimmen (11,8%), bei der vom 31.7.1932 4.589.430 Stimmen (12,5%) und bei der vom 6.11.1932 4.230.545 Stimmen (11,9%). Die BVP erzielte ihr nominal bestes Wahlergebnis sogar bei der Reichstagswahl vom 31.7.1932 mit 1.350.047 Stimmen (3,7%), bei den Reichstagswahlen vom 14.9.1930, bzw. vom 6.11.1932 stimmten 1.059.141 (3,0%), bzw. 1.206.247 Wähler (3,4%) für diese Partei. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41, 44, 67 ff. Ferner Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 539, mit teilweise abweichenden Angaben.

So sind wir in einem Jahr zur größten Partei Deutschlands emporgestiegen und haben diese Stellung gehalten[27].

Die Regierung Brüning-Wirth-Groener wurde gestürzt[28], *die Regierung Papen überwunden*[29].

Wäre die letzte Reichstagswahl nur vier Wochen später gewesen, wir hätten einen neuen und noch größeren Erfolg errungen. Denn auch dieses Mal haben sich meine Prophezeiungen mehr als zu hundert Prozent erfüllt.

Der untaugliche Versuch der Regierung von Papen, die Not des deutschen Volkes und die Not der deutschen Wirtschaft mit ihren bekannten Verordnungen zu beheben[30], *ist, wie vorhergesagt, gescheitert.*

Der Versuch der Regierung Schleicher, dieses Programm weiter fortzuführen, wird noch mehr mißlingen!

Es wird sich damit erweisen, daß auch die Absicht, den Sieg der nationalsozialistischen Bewegung durch schein-nationale Zwischenlösungen zu verhindern[31], *an der ehernen Gesetzmäßigkeit der Entwicklung zerschellt.*

Meine Parteigenossen!

13 Jahre lang kämpfen wir so gegen immer die gleichen Gegner.

Und 13 Jahre lang ist daher auch ihr Haß gegen uns gleich geblieben. 13 Jahre lang wandten sie alle erdenklichen Mittel und Methoden an, unsere Bewegung zu schädigen und wenn möglich zu vernichten.

Wer von Euch erwartet nun, daß sie heute dieser ihrer innersten Absicht plötzlich entsagen würden?

Sie wollen es nicht und können es nicht!

Als ich vor 13 Jahren mit einer Handvoll Kameraden dieser Bewegung das Leben gab[32], versuchte man, sie und mich *totzuschweigen*.

Als dieses nichts fruchtete, begann man uns zu *verspotten* und *lächerlich* zu machen.

Als auch hier der Erfolg ausblieb, griff man zu Lügen und Verleumdungen. Jahrelang logen diese marxistischen und bürgerlichen Politiker und Zeitungen miteinander um die Wette, stellten uns bald als Narren hin und bald als Verbrecher - und konnten ihr Ziel doch nicht erreichen!

---

27 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.

28 Vgl. Dok. 4, Anm. 6.

29 Vgl. Dok. 67, Anm. 6.

30 Vgl. Dok. 5, Anm. 3. Ferner Dok. 17, Anm. 4 sowie Dok. 28, Anm. 7 und 8.

31 In seiner Regierungserklärung vom 4.6.1932 verkündete Reichskanzler von Papen, die Opfer, die nun vom deutschen Volk verlangt würden, könnten nur ertragen werden, "wenn es gelingt, die seelischen Voraussetzungen durch eine Zusammenfassung aller aufbauwilligen und staatserhaltenden, kurzum aller nationalen Kräfte, zu finden". Am 4.11. wiederholte Papen im Rundfunk, daß sich Hitler am 13.8. der Aufgabe verweigert habe, eine 'Regierung der nationalen Konzentration' zu bilden.
Reichskanzler von Schleicher, der am 15.12.1932 im Rundfunk sein Regierungsprogramm vorgestellt hatte, verzichtete auf derartige Schlagworte, richtete aber "an Verbände, Gruppen und Parteien" die Mahnung, "daran zu denken, daß sie nicht Selbstzweck sind und ihre Daseinsberechtigung verlieren, wenn sie sich der Mitarbeit am Staate entziehen". Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, S. 98 f.; S. 194 ff., hier S. 195; S. 223 ff., hier S. 230.

32 Vgl. Dok. 77, Anm. 9.

Und so kam dann
die Zeit des Terrors
in den Versammlungen, auf Straßen und Plätzen, in Werkstätten und Fabriken.
Unser Vormarsch aber wurde nicht gehemmt.

Nun suchte man nach einem neuen Mittel: Die Behörden wurden gegen uns mobil gemacht. Die Zerstörer des alten Reiches begannen nun plötzlich von *"Staatsautorität"* zu reden[33], vom Ausland bestochene Kreaturen spielten sich als Hüter des "nationalen Gedankens" auf, die Gerichte wurden gegen die Partei gehetzt und Verbote über Verbote erlassen. *Verbote unserer Presse. Verbote unserer Versammlungen, Verbote unserer Aufmärsche, Verbote von Ortsgruppen,* ja endlich *Verbote unserer Bewegung in ganzen Ländern!* Ein Typ von Staatsgewalt wurde gefunden, der die Aufgabe seines Lebens in der Verfolgung unserer Partei, und damit der deutschen Freiheitsbewegung erblickte[34]. Das System aber belobte die Richter, die diesen Geist der Zeit sinnvoll in ihrem Urteil wiedergaben.

Die *Gefängnisse* begannen sich mit Nationalsozialisten zu füllen.
Die Bewegung aber hat alles überstanden!
Nichts störte ihren Lauf!

Da führten sie den *schwersten* Schlag:
Am 11. November 1923 und in den folgenden Tagen wurde für das gesamte deutsche Reichsgebiet die nationalsozialistische Partei verboten[35]*!*

Eine traurige Zeit! Ich saß in der Festung[36], viele meiner Kameraden desgleichen, andere waren im Gefängnis und wieder andere lebten als Flüchtlinge im Exil[37]. Unter einer neuen "Reichsführerschaft"[38] schien das Erbe der von mir geschaffenen Bewegung endgültig zu zerfallen[39].

---

33 Vgl. Dok. 5, Anm. 4.
34 Vgl. Dok. 103, Anm. 6.
35 Vgl. Dok. 103, Anm. 8 und 20.
36 Vgl. Dok. 52, Anm. 12.
37 Prominentestes Beispiel war in dieser Hinsicht Hermann Göring, der nach dem mißglückten Putsch vom 8./9.11.1923 zunächst schwerverletzt in ein Innsbrucker Krankenhaus geflohen war und sich Ende April 1924 nach Italien absetzte, um der drohenden Ausweisung zu entgehen. Während seines einjährigen italienischen Exils gelang es Göring jedoch nicht, eine weitergehende Unterstützung durch die italienischen Faschisten zu erhalten; enttäuscht reiste er im Frühjahr 1925 nach Schweden. Erst die politische Amnestie von 1926 ermöglichte es Göring, im Herbst 1927 nach Deutschland zurückzukehren. Vgl. Alfred Kube, Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986, S. 9 ff.
38 Nach dem Verbot der NSDAP - in Bayern am 9.11.1923, im Deutschen Reich am 23.11.1923 - war am 7.1.1924 in Bayern der Völkische Block unter der sog. Reichsführerschaft von Erich Ludendorff, Gregor Straßer und Albrecht von Graefe entstanden. Gegen Hitlers Rat schloß sich dieser mit der Deutschvölkischen Freiheitspartei, die sich im Oktober 1922 von der DNVP abgespalten hatte, auf dem sog. Einigungsparteitag in Weimar (15.-17.8.1924) zur Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung (NSFB) bzw. Nationalsozialistischen Freiheitspartei zusammen, die bei der Reichstagswahl und preußischen Landtagswahl am 7.12.1924 lediglich 14 Sitze im Reichstag und 11 Sitze im preußischen Landtag erhielt. Nach der Wiedergründung der NSDAP am 26.2.1925 separierte sich die Deutschvölkische Freiheitspartei wieder unter der Bezeichnung Deutschvölkische Freiheitsbewegung. Vgl. Jablonsky, Nazi Party in Dissolution, S. 118 ff. Weitere Dokumente bei Georg Franz-Willing, Putsch und Verbotszeit der Hitlerbewegung. November 1923-Februar 1925, Preußisch Oldendorf 1977, S. 191 ff.
39 Es fällt auf, wenn Hitler zum erstmals öffentlich gegen die sog. Reichsführerschaft polemisiert. Mit Graefe hatte er schon längst gebrochen und auch zu Ludendorff war er in einen immer schärferen Gegensatz geraten, wobei

Die jüdische Presse begann damals zu frohlocken: *"Die nationalsozialistische Bewegung - eine gewesene Erscheinung." "Eine überwundene Gefahr." "Der Nationalsozialismus tot!"* ...

Am 20. *Dezember* 1924 wurde ich nach 13 Monaten aus der Festung entlassen und kam zurück mit dem unerschütterlichen Entschluß, die teure Bewegung erneut zu gründen, die Partei abermals ins Leben zu rufen.

Zwei Monate später, am 27. Februar 1925, forderte ich die Getreuen auf, sich wieder unter der alten Fahne zu sammeln[40]. Unser Kampf begann damit aufs neue, und der Widerstand unserer Gegner setzte noch schärfer ein als zuvor.

Mir selbst wurden, um mich mundtot zu machen, jahrelange Redeverbote auferlegt[41]. Jeder Landesverräter durfte Deutschland schänden[42], auf Universitäten konnte die Nation in ihrer Ehre beleidigt werden[43] - die Ehrenmänner unserer bürgerlichen und marxistischen Regierungen

---

Hitler hier jeden offenen Schlagabtausch vorsichtig zu vermeiden suchte. Im Gegensatz dazu hatte Hitler zu diesem Zeitpunkt immer noch die Hoffnung, Straßer doch noch wiederzugewinnen. Seine Kritik bot ihm die Möglichkeit zu einem verdeckten Angriff auf Straßer, ohne vorerst jedoch - wie in den vergangenen Tagen auch - seinen Namen erwähnen zu müssen. Zu Hitlers Auseinandersetzung mit Graefe vgl. Bd. I, Dok. 12, 106, 107, 109-111; Bd. II/1, Dok. 49, 66; Bd. II/2, Dok. 242, 279; Bd. III/2, Dok. 34, 35; Bd. III/3, Dok. 13. Zu seinem Konflikt mit Ludendorff vgl. Bd. I, Dok. 12, 70, 89; Bd. II/1, Dok. 9, 75; Bd. III/1, Dok. 73; Bd. III/2, Dok. 4, 111.

40 Die NSDAP wurde von Hitler am 26.2.1925 wiedergegründet. Vgl. Bd. I, Dok. 1-4 und 6.

41 Nach seiner Haftentlassung am 20.12.1924 bestand für Hitler in den Ländern Anhalt (Oktober 1925 bis November 1928), Baden (April 1925 bis April 1927), Bayern (März 1925 bis März 1927), Hamburg (Oktober 1925 bis März 1927), Lippe (seit März 1926), Lübeck (März 1926 bis Mai 1927), Oldenburg (Februar bis Mai 1926), Preußen (September 1925 bis September 1928) und Sachsen (Februar 1926 bis Januar 1927) öffentliches Redeverbot. Vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 107 f.

42 Das Kabinett unter Reichskanzler Hermann Müller (SPD) hatte im Dezember 1928 für das neue Strafgesetzbuch auch über eine Neufassung der Strafbestimmungen über Landesverrat diskutiert und mildere Strafen vorgesehen. Der nicht angenommene Entwurf für § 93 a StGB, der vor allem Überreaktionen des Staates gegenüber einzelnen Pressemeldungen verhindern sollte, lautete u. a.: "Wer ein Staatsgeheimnis öffentlich bekanntmacht, weil er zu der Überzeugung gelangt ist, daß nur auf diese Weise eine im Innern drohende unmittelbare schwere Gefahr für den Bestand des Staates abgewendet werden kann, wird nicht wegen Landesverrat betraft." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, 28. Juni 1928 bis 27. März 1930. Bearbeitet von Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970, Bd. 1, S. 284 ff., 472 f.

43 Der Nationalsozialismus war vor 1933 in keiner gesellschaftlichen Gruppe so stark verankert wie unter den Studenten. Schon vor der nationalsozialistischen Machtergreifung konnten diese eine derart massive Hetzpropaganda entfalten, daß einige politisch andersdenkende Dozenten ihre Ämter verloren. Verwiesen sei auf die beiden folgenden Fälle, die 1932 besonders großes Aufsehen erregten:
Günther Dehn (1882-1970) wurde 1931 als Professor für praktische Theologie an die Universität Halle berufen. Da Dehn, seit 1928 Mitglied der SPD, pazifistische Vorstellungen vertrat und jede militärische Instrumentalisierung der Kirche entschieden ablehnte, entfesselten NSDStB und andere rechtsradikale Studentengruppierungen einen solchen Terror, daß Dehn schon nach dem SS 32 für ein Jahr beurlaubt und 1933 ganz entlassen wurde. Vgl. Klaus Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Frankfurt a. M. 1977, S. 217 ff.; Helmut Heiber, Universität unterm Hakenkreuz, Teil 1: Der Professor im Dritten Reich. Bilder aus der akademischen Provinz, München 1991, S. 82 ff.
Ähnliche Tumulte brachen zum WS 32/33 an der Universität Breslau los, als Ernst Cohn (1905-1976) auf den Lehrstuhl für Bürgerliches und Handelsrecht berufen wurde. Während das preußische Kultusministerium und die Universität zunächst die Lehrtätigkeit des jüdischen Professors selbst unter Einsatz eines massiven Polizeiaufgebots verteidigten, begann die Universität von Cohn abzurücken, nachdem er bei einem Interview die Frage vorsichtig bejaht hatte, ob Leo Trotzki in Deutschland Asyl gewährt werden könne. Nach dem 30.1.1933 wurde Cohn sofort entlassen und emigrierte nach Großbritannien. Vgl. Heiber, Universität, Teil 1, S. 115 ff.

hatten dagegen nichts zu sagen. Aber Dutzenden weiterer Führer der deutschen Freiheitsbewegung wurde der Mund verschlossen. Die Verfolgung der Presse war kaum mehr zu ertragen, Recht und Gesetz schienen für Nationalsozialisten außer Kraft gesetzt. Minderwertige Subjekte in Amtsstellungen mißhandelten die idealistischen Kämpfer für eine bessere deutsche Zukunft.

Trotzdem, es war alles umsonst! Die totgesagte Partei erhob sich von neuem und wurde stärker als vorher.

Nun setzte der blutigste Terror ein.

Hunderte und endlich Tausende von Nationalsozialisten wurden niedergeschlagen, niedergestochen und endlich niedergeschossen. Aus dem Hinterhalt überfiel das feige Mordgesindel unsere Parteigenossen, alleingehende SA- und SS-Männer[44]. *Selbst vor der Jugend machten diese Verbrecher nicht halt*[45]. *Die Behörden aber waren blind. Kaum einer von den Mordgesellen wurde wirklich bestraft, ja nur ein Bruchteil überhaupt festgenommen*[46]. *Statt dessen wurde die Selbsthilfe und die Notwehr unserer Parteigenossen vor den Gerichten um so unbarmherziger geahndet.*

Um unsere *350 toten Nationalsozialisten*, um unsere *30.000 Verletzten* krähte kein Hahn[47]. Die bürgerliche Journaille fand es nicht für nötig, im Namen der bürgerlichen Gerechtigkeit gegen diese Verbrechen Front zu machen[48]. Nur, als unsere Parteigenossen zur Gegenwehr

---

44 In seiner Reichstagsrede vom 25.2.1932 registrierte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Erich Roßmann bis Dezember 1931 etwa 1.500 Überfälle von seiten der SA, bei denen 62 Personen getötet worden seien. Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, S. 2362 ff., hier S. 2370.
Zum Gewaltpotential der politischen Wehrverbände vgl. Anm. 19 sowie die von der Werbeabteilung der SPD erarbeitete, 238 Seiten starke Dokumentation "Gewalttaten der Nationalsozialisten", die für die Zeit von Dezember 1929 bis November 1931 alle einschlägigen Zeitungsmeldungen über nationalsozialistische Gewalttaten aufführt; IfZ, Fa 30.

45 Die parteiamtliche Statistik der NSDAP verzeichnete bis Ende 1932 sieben Angehörige der Hitler-Jugend, die bei politischen Auseinandersetzungen den Tod gefunden hatten: Paul Thewellis († 23.1.1931), Gerhard Liebsch († 26.5.1931), Hans Hoffmann († 17.8.1931), Johannes Mallon († 3.9.1931), Herbert Norkus († 24.1.1932), Georg Preiser († 7.2.1932), Werner Gerhardt († 30.6.1932). Vgl. Goote, Kam'raden, S. 71 ff.; Halbmast, passim.
Nach 1933 nannte die Reichsjugendführung sehr viel höhere Zahlen: Von 1925 bis 1930 seien zwei nationalsozialistische Jugendliche, von 1931 bis 1933 21 Hitler-Jungen und ein BDM-Mädchen bei politischen Auseinandersetzungen getötet worden. Vgl. Brandenburg, Geschichte der HJ, S. 118; Matthias von Hellfeld, Bündische Jugend und Hitlerjugend. Zur Geschichte von Anpassung und Widerstand 1930-1939, Bielefeld 1987, S. 51.

46 Obwohl der *VB* chronisch über das angeblich zu geringe Strafmaß bei der Verurteilung politischer Gegner räsonierte, berichtete er etwa zu Beginn des Jahres 1932 über eine Reihe von Prozessen, in denen hohe Haftstrafen gegen Kommunisten ausgesprochen wurden, denen die Tötung oder Verletzung von Nationalsozialisten zur Last gelegt wurde. Erwähnt seien die folgenden Todesfälle: Theodor Sanders († 4.12.1930, Höchststrafe: 9 Jahre und ein Monat Zuchthaus), Fritz Felgendreher († 14.3.1931, Höchststrafe: 10 Jahre, drei Monate Zuchthaus), Fritz Tschierse († 25.5.1931, Höchststrafe: 15 Jahre Zuchthaus), Martin Martens († 11.11.1931, Höchststrafe: 15 Jahre Zuchthaus). Vgl. hierzu die Berichterstattung im VB vom 21.1., 23.1., 28.1., 29.1., 31.1., 24.2. 1932. Ferner Gusy, Weimar, S. 354 ff.

47 Nach parteieigenen Angaben starben bis Ende 1932 insgesamt 198 Nationalsozialisten bei politischen Auseinandersetzungen, im Zeitraum zwischen Januar und Dezember 1932 verzeichnet die parteiamtliche Statistik 86 Tote. Im selben Jahr wurden der SA-Versicherung 14.005 Verletzte gemeldet. Vgl. Hans Volz, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin [10]1939, S. 72; Halbmast, S. 58 ff.; Longerich, Bataillone, S. 122.
Zu den individuellen Hintergründen dieser Todesfälle vgl. z. B. Dok. 75. Vgl. ferner Anm. 19 und 44-46.

48 In der bürgerlichen Presse - etwa im *Berliner Tageblatt*, in der *Frankfurter Zeitung*, der *Germania* und der *Vossischen Zeitung* - wurde in jenen Jahren ausführlich und permanent über die Opfer der politischen Gewalt

schritten, da wurden diese Ehrenmänner plötzlich lebendig, und ein neues Kesseltreiben gegen die verfolgte Bewegung setzte ein.

Wieder wanderten Hunderte von Parteigenossen in die Gefängnisse - die Angreifer liefen frei herum. In Berlin versuchte ein betrunkenes Subjekt, eine Versammlung zu stören und wurde aus ihr hinausgewiesen. Der Erfolg war, daß nun ein ganzer Gau unserer Bewegung auf zwei Jahre verboten wurde[49]!

So war es überall!

Und trotzdem: Unaufhaltsam war der Vormarsch der Bewegung.

Nun setzt ein System *polizeilicher Schikanen* ein, ebenso lächerlich wie empörend: *Hoheitszeichen werden abgenommen, Abzeichen verboten, Flaggen beschlagnahmt, Hemden ausgezogen, Mützen untersagt, Schlipse beanstandet, braune Stiefel konfisziert, Hosen auf offenen Straßen und Plätzen zum Hohn der Umgebung heruntergerissen* [50]. *Alle öffentlichen Aufzüge werden untersagt, Propaganda-Märsche verboten, Mitglieder-Versammlungen aufgelöst, Sprechabende polizeilich überwacht;* was immer nur das Hirn eines marxistischen Subjektes sich auszudenken vermochte, hat in der Welt bürgerlicher Charakterlosigkeit eifrige beamtete Mithelfer gefunden.

Der Geist der Bewegung aber ging als Sieger hervor! Der brave politische Kämpfer der Partei, der unerschütterliche SA- und SS-Mann, die Tausende unserer Redner, sie haben auch das alles erduldet und überwunden.

Als selbst diese Mittel nichts fruchteten, griff man schließlich zum niederträchtigsten. Was liegt den November-Verbrechern des Jahres 1918 und ihrem Anhang auch wohl näher, als das Mittel an unserer Bewegung zu versuchen, das sie selbst einst gegen Deutschland angewendet hatten. So, wie sie selbst als Verräter für fremden Sold im Innern die deutsche Kraft zerstörten, so suchten sie nun die Verräter in unseren Reihen. Und immer wieder schrie diese Judenpresse in letzter Hoffnung auf, wenn sie meinte, endlich den gefunden zu haben, der die verhaßte Partei nunmehr von innen stürzen würde. Jahr für Jahr schrieb sie von *"Zersetzung"*, von *"Zersplitterung"*, von *"Revolten und Aufständen"*, von *"Zusammenstößen und Meutereien"*, von *"Führer-Streitigkeiten"*[51] - immer in der Hoffnung, von einer solchen Lügenflut unterstützt, den nationalsozialistischen Riesen am Ende doch noch aushöhlen und sprengen zu können[52].

---

berichtet, allerdings sehr viel umfassender und ausgewogener als in den einschlägigen nationalsozialistischen Blättern. Vgl. in diesem Zusammenhang Manfred Krohn, Die deutsche Justiz im Urteil der Nationalsozialisten 1920-1933, Frankfurt a. M. 1991.

49 Der Gau Berlin der NSDAP wurde in der Zeit vom 6.5.1927 bis 31.3.1928 wegen zahlreicher Provokationen verboten. Den letzten Anlaß bildete die Mißhandlung des evangelischen Pfarrers Fritz Stucke, der am 4.5.1927 den Mut besessen hatte, in einer Versammlung der NSDAP öffentlich eine andere Meinung zu äußern. Vgl. Martin Broszat, Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/27. In: VfZ 8 (1960), S. 85-118, hier S. 90, 118. Weitere Angaben aus nationalsozialistischer Sicht: Joseph Goebbels, Kampf um Berlin. Der Anfang, München 1932, S. 144 ff.; Engelbrechten/Volz, Wir wandern, S. 33 f.

50 Wie Anm. 23.

51 Der Konflikt zwischen Hitler und Gregor Straßer war beileibe nicht die erste schwerwiegende interne Auseinandersetzung innerhalb der nationalsozialistischen Führung. Vgl. hierzu Dok. 21, Anm. 32.

52 Wie die NSDAP an der Jahreswende 1932/33 eingeschätzt wurde, verdeutlichen die folgenden Pressezitate: Berliner Tageblatt vom 23.12.1932 ("Angst vor dem Ziel): "[...], Hitler wird die 51 Prozent, auf die er spekuliert, nie erreichen, weil er aus Angst vor dem Ziel vorzeitig einem kühnen Entschluß ausgewichen ist; denn so töricht sind die Führer der nationalsozialistischen Bewegung nicht, daß sie nicht wüßten, wie wenig sie von

Regierungsfonds wurden verwendet, um Subjekte in der Partei für ihre Tätigkeit zu honorieren[53]*, Winkelblättchen entstanden und konnten in Hunderttausenden von Auflagen gratis erscheinen und verteilt werden, nur weil sie als maskierte nationalsozialistische Zeitungen die Bewegung angriffen und damit zu vernichten schienen*[54]*. Millionen und abermals Millionen an Flugblättern und an Zersetzungsschriften wurden gedruckt und versandt*[55]*. Nichts war zu dumm, als daß man nicht glaubte, es zur inneren Zerstörung und Auflösung der nationalsozialistischen Partei verwenden zu können.*

Und doch auch hier kein Erfolg.

---

ihren Versprechungen einlösen könnten, wenn sie wirklich zur Macht kämen."; Frankfurter Zeitung vom 1.1.1933 ("Ein Jahr deutscher Politik"): "Der gewaltige nationalsozialistische Angriff auf den demokratischen Staat ist abgeschlagen und durch einen mächtigen Gegenangriff aus der Sphäre Papen-Schleicher beantwortet worden, der zwar manche Anforderungen an unsere Nerven stellte und manchen Schaden mit sich brachte, der aber in die Reihen der NSDAP große Verwirrung getragen hat." Vossische Zeitung vom 1.1.1933 ("Jahr der Entscheidung"): "Ebenso begründet ist die Feststellung der Hugenberg-Claß-Duesterberg-Front, daß der Hitlerismus in 'unaufhaltsamem Niedergang' sei, in 'rapidem Abstieg', in eine 'Totalkrise', die den Kopf, die Glieder, die Wählermassen erfaßt habe."; Vorwärts vom 2.1.1933 ("Der Weg eines Jahres"): "Ein Niedergang, wie er vor allem in seinen Erscheinungen nach außen in solchem Umfang noch bei keiner politischen Bewegung erlebt wurde, ist festzustellen. [...] Aber wir geben uns keinem trügerischen Optimismus hin. Wir wissen, daß die Hitlerei noch keineswegs zu Ende ist und daß sie auch heute noch von einflußreichen Stellen her unterstützt wird."; Simplicissimus vom 8.1.1933 ("Und nun? - "): "Geht mit euren Horoskopen, denn ihr prophezeitet schlecht! Pessimisten, Misanthropen haben leider meistens recht. Eins nur läßt sich sicher sagen, und das freut uns rundherum: Hitler geht es an den Kragen. Dieses 'Führers' Zeit ist um!" Vgl. auch Die "Machtergreifung". Tagebuch einer Wende nach Presseberichten vom 1. Januar bis 6. März 1933. Hrsg. von Wieland Eschenhagen, Darmstadt 1982, S. 27 ff.

53 Eine versteckte Anspielung auf den ehemaligen OSAF-Stellvertreter Ost Walter Stennes, der nach seiner Revolte gegen Hitler am 2.4.1931 aus der NSDAP ausgeschlossen worden war. Nachdem in der nationalsozialistischen Presse der Vorwurf erhoben wurde, Stennes sei Polizeispitzel gewesen - so etwa in *Der Angriff* vom 4.4.1931 ("Wer ist Herr Stennes? Polizeihauptmann *außer* oder *im* Dienst??") und im *VB* vom 5./6./7.4.1931 ("Stennes ein Mitarbeiter Grzesinskis!") - klagte Stennes gegen Hitler. Das Verfahren, das am 16.1.1932 vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte verhandelt wurde, endete jedoch mit einem Freispruch Hitlers. Vgl. Anm. 51 sowie Bd. IV/3, Dok. 9.

54 Anspielung auf die am 1.3.1926 gegründete Kampf-Verlag G.m.b.H., Berlin, dem ursprünglich publizistischen Sprachrohr des linken Flügels der NSDAP. Da der Verlag Otto Straßer zu großen Teilen gehörte, konnte er nach seinem Ausschluß aus der NSDAP am 4.7.1930 diese Publikationsmöglichkeit für die von ihm nun geführte Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten einsetzen; auf Hitlers Angebot vom 21./22.5. 1930, den Kampf-Verlag für 120.000 RM abzukaufen, ging Straßer nicht ein. Der Rückgang der Straßer-Presse seit Sommer 1930 führte jedoch bereits am 1.10.1930 zur Schließung des Kampf-Verlags und zur Gründung eines neuen Verlagshauses mit dem Namen *Der Nationale Sozialist*, dessen wichtigstes Organ zunächst seine gleichnamige Tageszeitung, seit 1931 die Wochenzeitung *Die Deutsche Revolution* wurde, deren Auflagenhöhe 10.000 Stück aber ebenfalls nie überstieg. Angesichts der geringen politischen Wirkung und der permanenten Streitigkeiten im Lager der nationalsozialistischen Renegaten wurde der Verlag im Sommer 1931 nochmals umbenannt in *Die schwarze Front*, der seit 6.9.1931 die gleichnamige Zeitung publizierte. Sie vertrat Otto Straßers Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten, aber auch rechtsradikale Splitterorganisationen wie die Stennes-Gruppe, das Revolutionäre Landvolk, den Wehrwolf und den Tat-Kreis. *Die Deutsche Revolution* erschien weiterhin, jedoch als Organ der von der Straßer-Gruppe abgespaltenen Kampfgemeinschaft Deutscher Revolutionäre. Vgl. Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 25 f., 31 f., 48 ff., 94 ff., 102 ff., 149; Stein, NS-Gaupresse, S. 62 ff., 195. Ferner Bd. III/3, Dok. 70.

55 Zu den zeitgenössischen Analysen durch Hitlers Gegner vgl. etwa Pyta, Gegen Hitler, S. 23 ff.; Schreiber, Hitler, S. 38 ff.; Günter Scholdt, Autoren über Hitler. Deutschsprachige Schriftsteller 1919-1945 und ihr Bild vom "Führer", Bonn 1993, passim.

Jeder, der der Bewegung untreu wurde, Disziplin und Gehorsam brach, war vom nächsten Tag an ein politisch toter Mann.

Die unerschütterliche Treue des kleinen SA- und SS-Mannes, die Treue des kleinen Parteigenossen, ließen alle diese Versuche zuschanden werden. Die Disziplin des gesamten Führerkorps war gerade in solchen Zeiten eine unerhörte und vorbildliche.

Das Schauspiel des Novembers 1918 hat sich an der nationalsozialistischen Bewegung nicht wiederholt.

Wen wundert es, daß man nun, als alles und auch dieses nichts nützte, sich endlich entschloß, auch zum *letzten* Mittel zu greifen?

Wir kennen unsere Gegner und kennen [seine] Gedanken:

"Man beteilige die Partei an der Regierung, so daß sie wohl mit der Verantwortung belastet wird, aber ohne selbst etwas bestimmen zu können. 13 Jahre lang wurde sie so verfolgt und gequält, daß sie sicherlich bei einem solchen verlockenden Angebot innerlich erlöst aufatmen wird. Hat sie erst einmal Ja gesagt, ist sie gefangen. Sie wird dann wohl versuchen, ihre Gedanken durchzusetzen, allein man wird ihr kaltlächelnd, höflich aber bestimmt Nein sagen. Bleibt sie dennoch in der Regierung, gibt sie ihre Mission auf und ist dann keine Gefahr mehr. Geht sie aus der Regierung, verliert sie ihre fanatischen Kämpfer und Anhänger. Denn diese werden nie verzeihen, daß man aus einer Regierung ging, ohne die Macht an sich zu reißen. Die breite Wählermasse aber stimmt ohnehin nur für den, der vom Erfolg gekrönt ist."

Das waren die Spekulationen, die man später in vorlauten Gazetten auch offen zugab[56]*!*

Ich weiß, als ich am 13. August[57] und am 25. November[58] diese Versuche zurückwies, habe ich die vielleicht weittragendsten und schwersten Entschlüsse meines Lebens getroffen.

Ich tat es in der innersten Überzeugung, daß man mit diesen Gegnern keine Vergleiche und keine Kompromisse schließen dürfe, weil ich wußte, daß jeder Kompromiß hier den Keim der

---

56 Vgl. etwa Münchner Neueste Nachrichten vom 1.8.1932: "Zum mindesten muß im Reichstag eine klare Verantwortlichkeit der Nationalsozialisten für die künftige Reichsregierung festgestellt werden, [...]."; Frankfurter Zeitung vom 2.8.1932 (AA), "Nach dem Wahlgang": "Da ihre Alleinherrschaft ebenso ausgeschlossen ist wie ein Putsch, haben sie [*die Nationalsozialisten*] zu wählen zwischen verantwortlicher Mitregierung und der Einflußlosigkeit auf Jahre hinaus. [...] Vielleicht wird eine nationalsozialistische Tolerierungspolitik das Ergebnis sein, vielleicht (und dies ist wahrscheinlicher) wird der Nationalsozialismus, in die Schleichersche Wolle verpackt, alle Freuden und alles Leid staatlicher Verantwortung mit übernehmen müssen."; Vorwärts vom 2.8.1932 (MA), "Das neue Gesicht": "Die *Nationalsozialisten* stehen jetzt auch im Reiche *vor dem Scheidewege*: dem Teufel *der Koalition* den kleinen Finger zu reichen oder - *weiter auf die Mehrheit zu warten*, die trotz aller Erfolge der letzten beiden Jahre in weite Ferne gerückt ist."; Vossische Zeitung vom 2.8.1932, "Der Kanzler zu den Wahlen": "Jedoch gab der Reichskanzler der Überzeugung Ausdruck, daß der Augenblick gekommen sei, wo die nationalsozialistische Bewegung am Wiederaufbau des Vaterlandes tätig mithelfen müsse." Berliner Tageblatt vom 3.8.1932 (AA), "An der Grenze": "Gewiß, es ist in Zukunft außerordentlich schwer oder ganz unmöglich, an den Nationalsozialisten vorbeizuregieren. Aber - und das ist die andere Seite dieser Feststellung - ebenso schwer oder unmöglich ist es in Zukunft für die Nationalsozialisten, an der Verantwortung vorbei Politik und d. h. Agitation zu machen."; Germania vom 3.8.1932, "Der Weg zum Reichstag": "[...], und es ist der Sinn der mit dem Kabinettswechsel eingeleiteten Entwicklung [...], daß in *dem Verhältnis der Nationalsozialisten zur Reichsregierung künftig nicht nur der Nutzen, sondern auch die Verantwortung sichtbar wird.*" Vgl. auch Dok. 76, Anm. 18.

57 Zu den Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932 vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169.

58 Zu den Verhandlungen im Anschluß an die Reichstagswahl vom 6.11.1932 vgl. Dok. 65, 67-70, 74.

Vernichtung der Partei und damit der deutschen Zukunft in sich trägt, daß in einer solchen Stunde der Geist eines Clausewitz die Bewegung beseelen müsse, sich loszusagen von der falschen Klugheit, zu glauben, einen unversöhnlichen Gegner durch Nachgiebigkeit sich geneigt machen zu können[59].

Ich habe diesen Entschluß aber auch getroffen in der Kenntnis des Wesens unserer treuen und braven Parteigenossen, im Vertrauen, daß sie verstehen werden, daß es für mich persönlich als Mensch und für die meisten meiner Führer leichter sein würde, einen Minister ohne Macht zu spielen, als sich wieder in den Kampf um die Macht zu stürzen. Ich kenne die Not und das Elend so vieler meiner Parteigenossen, verstehe ihre Wünsche und Hoffnungen; allein einem so großen und gewaltigen Feinde gegenüber muß sich die Partei zu einer ebensolchen Größe der Gesinnung erheben.

Möge die nationalsozialistische Bewegung und mögen ihre Führer in solchen Zeiten und angesichts solcher Versuchungen aus der Geschichte der wirklich großen Staaten und Völker für alle Zukunft lernen. Mögen sie in sich die Kenntnisse und Erfahrungen der ewigen Lebensgesetze und der Gesetze des endgültigen Erfolges aufnehmen, die uns gegeben sind und uns überliefert werden in der Geschichte Roms, in der Geschichte Englands oder in der Geschichte Preußens unter dem großen König[60].

Daß Deutschland im November 1918 diesem Geist entsagte, hat uns gebrochen und gedemütigt, geschlagen und verelendet.

Wäre es ihm treugeblieben und den Versuchungen nicht erlegen, wir stünden nach einer kurzen Zeit der Not heute als glückliche und freie Nation vor der Möglichkeit, den deutschen Menschen dank der Kraft und dem ewigen Genius unserer Rasse auch das tägliche Brot zu sichern.

Ich weiß, daß ich wegen dieser meiner eindeutigen Stellungnahme von meinen Gegnern nur doppelt gehaßt werde. *Allein ich glaube auch, daß ich nur solange, als diese mich Schädling nennen, dem deutschen Volke wirklich nützen kann. Und ich möchte den Allmächtigen nur bitten, mich vor der Schande zu bewahren, aus deren Munde einmal den Titel "Staatsmann" verliehen zu erhalten. Denn wer von diesen Geistern und ihrer Presse der Welt als "Staatsmann" gepriesen wird, ist zu allen Zeiten nur der Totengräber seines Volkes gewesen!*

Wenn jemals, dann bin ich gerade heute auf das äußerste entschlossen, das Recht der Erstgeburt unserer Bewegung nicht für das Linsengericht der Beteiligung an einer Regierung ohne Macht zu verkaufen[61]. Der Einwand der Klugen[62], doch von innen heraus und hintenherum und allmählich sich dann durchzusetzen, ist kein anderer als derjenige, der im Jahre 1917 und 1918 riet, uns mit unversöhnlichen Gegnern zu verständigen und dann in einem Völkerbund uns friedlich mit ihnen auseinanderzusetzen. Das deutsche Volk hat sich diesem Rat dank seiner inneren Verräter ergeben. Die unglückseligen Ratgeber des Kaisers glaubten, sich ihm nicht widersetzen zu sollen. *Ich aber werde, solange mir der Allmächtige Leben und Gesundheit läßt, bis zum letzten Atemzuge mich gegen jeden solchen Versuch wehren und weiß, daß*

59 Vgl. Dok. 56, Anm. 29.

60 Gemeint ist Friedrich II., der Große.

61 Anspielung auf 1. Mose 25, 19-34; Esau verkauft sein Erstgeburtsrecht für ein Linsengericht an seinen Bruder Jakob.

62 Anspielung auf Gregor Straßer.

ich in dieser Entschlossenheit hinter mir die Millionen Fanatiker und Kämpfer unserer Bewegung besitze, die nicht gehofft, gestritten und gelitten haben dafür, daß die stolzeste und größte Erhebung des deutschen Volkes ihre Mission für ein paar Ministerstühle verkauft!

Denn wenn unsere Gegner uns einladen, in solcher Art an einer Regierung teilzunehmen, dann tun sie es nicht in der Meinung, uns damit langsam und allmählich die Macht zu geben, sondern in der Überzeugung, sie uns damit für immer zu entwinden!

Groß sind die Aufgaben unserer Bewegung für das kommende Jahr. *Die größte Aufgabe aber wird die sein, unseren Kämpfern, Mitgliedern und Anhängern in größter Klarheit vor Augen zu führen, daß diese Partei kein Selbstzweck ist, sondern nur ein Mittel zum Zweck*[63]. *Sie sollen erkennen,*

daß die Organisation in ihrer ganzen Größe und Schönheit nur dann einen Sinn und damit eine Lebensberechtigung besitzt, wenn sie die ewig unduldsame und kampfentschlossene Verkünderin und Verfechterin der nationalsozialistischen Idee einer kommenden deutschen Volksgemeinschaft[64] *ist!*

Alles, was diese Bewegung ihr eigen nennt, alles, was sie an Organisationen besitzt, ob in der *SA* oder *SS*, in der *politischen Führung, der Zusammenfassung unserer Bauern und unserer Jugend*, alles das kann nur den *einen* Sinn haben, für dieses neue Deutschland zu kämpfen, in dem es endlich keine Bürger und keine Proletarier mehr geben soll, sondern nur noch *deutsche Volksgenossen.*

Dies ist die größte Aufgabe, die unserem Volk seit mehr denn tausend Jahren gestellt wurde. Die Bewegung, die sie löst, gräbt ihren Namen für ewig ein in das unsterbliche Buch der Geschichte unserer Nation.

So wollen wir, *Parteigenossen* und *Parteigenossinnen, SA- und SS-Männer, nationalsozialistische Bauern und nationalsozialistische Jugend, angesichts der roten Flut, der Gefahren im Osten und Frankreichs ewigem Drohen, inmitten von Not und Elend, Jammer und Verzweiflung unser Banner fester denn je in die Faust nehmen und mit ihm hineinmarschieren in das kommende Jahr.*

Wir wollen bereit sein, zu opfern und zu kämpfen und lieber selbst zu vergehen, als vergehen zu lassen die Bewegung, die Deutschlands letzte Kraft, letzte Hoffnung und letzte Zukunft ist.

Wir grüßen die nationalsozialistische Bewegung, ihre toten Märtyrer und lebenden Kämpfer!

Es lebe Deutschland, das Volk und das Reich!

München, den 31. Dezember 1932

gez. Adolf Hitler[65]

---

63 Vgl. Dok. 99 und 106.

64 Vgl. Dok. 76, Anm. 9.

65 Hitler verließ am 1.1.1933 sein Feriendomizil auf dem Obersalzberg, besuchte abends eine Aufführung von Richard Wagners *Die Meistersinger von Nürnberg* im Münchner Nationaltheater und verbrachte dann zusammen mit seiner Begleitung den Rest des Abends bei Ernst Hanfstaengl in der Pienzenauer Straße. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 321; Ernst Hanfstaengl, 15 Jahre mit Hitler. Zwischen Weißem und Braunem Haus, München [2]1980, S. 286 f.; München - "Hauptstadt der Bewegung", S. 124.

2. Januar 1933 Dok. 108
"Verfügung betr. Ernennungen im agrarpolitischen Apparat der N.S.D.A.P.[1]"
Anordnung

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 3.1.1933, "Anordnungen des Führers".

1. Für die Ernennung von *Landwirtschaftlichen Gau- (Abschnitts-)* und *Kreisfachberatern*[2] verbleibt wie bisher das *Vorschlagsrecht* zu diesen Ämtern bei den zuständigen politischen Leitern in den Gauen und Kreisen, welche aber auch die Pflicht haben, Landwirtschaftliche Fachberater in Vorschlag zu bringen. Die Ernennung behalte ich mir selbst vor.

Die Ernennungsvorschläge werden mir nach den von mir genehmigten Richtlinien durch den Leiter des Amtes für Agrarpolitik[3] bei der Reichsleitung der NSDAP vorgelegt. Dieser ist von mir beauftragt, die zur Durchführung dieser Verfügung notwendigen Richtlinien anzuordnen.

Von mir in ihren Ämtern ernannte Landw[*irtschaftliche*] Gau-, Abschnitts- und Kreisfachberater können auch nur von mir ihres Amtes entsetzt werden. Anträge hierfür sind auf dem Dienstwege einzureichen.

Die auf Grundlage der Anordnung der Reichsorganisationsleitung vom 23. Juni 1932[4] von Pg. R. Walther Darré bis zum heutigen Tage bereits bestätigten und damit ernannten *Landw*[*irtschaftlichen*] *Gau-, Abschnitts- und Kreisfachberater* werden der Einfachheit halber auf diesem Wege von mir bestätigt und gelten damit als von mir auf der Grundlage dieser Verfügung zum Landw[*irtschaftlichen*] Fachberater der NSDAP ernannt.

---

1 Vgl. Dok. 93, Anm. 7 und 8.

2 Die weit überdurchschnittliche Leistungsfähigkeit des agrarpolitischen Apparats der NSDAP beruhte nicht zuletzt auf seiner weitverzweigten, gut eingespielten Organisation an seiner Basis. Binnen eines Jahres war es Darré gelungen, das gesamte Reich mit einem straff geführten, hierarchisch abgestuften Netz von Landwirtschaftlichen Ortsgruppen-, Kreis-, Bezirks-, ggfs. Abschnitts-, Gau- und (seit 1932) auch Landesfachberatern zu überziehen. Diese Fachberater sollten nicht nur die Partei auf dem Land vertreten, ihre unmittelbaren Vorgesetzten fachlich beraten oder fremde Agrarorganisationen unterwandern; sie besaßen auch die Aufgabe, als "Auge und Ohr" der Reichsleitung diese permanent und detailliert über ihre Beobachtungen vor Ort zu informieren, so daß man in München recht genaue Vorstellungen über die Situation der deutschen Landwirtschaft besaß. Allein dem Gaufachberater in der Leitung des Gaues Sachsen unterstanden direkt neun Hilfsreferenten und sieben Sachbearbeiter, ferner 34 Kreisfachberater sowie etwa 1.100 Landwirtschaftliche Ortsgruppenfachberater und Vertrauensleute. Vgl. Gies, Darré, S. 102 ff.; ders., NSDAP, S. 347 ff. Zur Praxis der nationalsozialistischen Agrarpolitik in der Provinz vgl. Daniela Münkel, Nationalsozialistische Agrarpolitik und Bauernalltag, Frankfurt a. M. 1996, S. 72 ff.

3 Richard Walther Darré.

4 Mit dieser Anordnung hatte Straßer u. a. verfügt, "daß zukünftig nur *bodenständige* Landwirte (einschließlich Pächter) zu Landwirtschaftlichen Fachberatern ernannt werden dürfen. Dies gilt bis zu den Landwirtschaftlichen Ortsgruppenfachberatern herunter; die Landwirtschaftlichen Vertrauensleute fallen nicht unter diese Bestimmung. Weiterhin ordne ich an, daß bis zu den Landwirtschaftlichen Kreisfachberatern herunter die Ernennung zu diesen Ämtern erst dann als parteiamtlich vollzogen zu gelten hat, wenn der Hauptabteilungsleiter V, Pg. Darré, die Betreffenden in ihrer Stellung offiziell bestätigt hat." Die Anordnung regelte ferner Ernennung bzw. Absetzung der Landwirtschaftlichen Ortsgruppenfachberater und bestimmte, daß mit dem Tag der Veröffentlichung dieser Anordnung alle bisherigen Ernennungen zu Landwirtschaftlichen Fachberatern aufgehoben und neu zu bestätigen seien. Druck: Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 15.7.1932.

2. Die Ernennung der *Landw*[*irtschaftlichen*] *Ortsgruppenfachberater* wird nach dem vom Leiter des Amtes für Agrarpolitik ausgearbeiteten und angeordneten Dienstweg vom Landw[*irtschaftlichen*] Gaufachberater vollzogen. Die Absetzung eines solchen Landw[*irtschaftlichen*] Ortsgruppenfachberaters vollzieht der Landw[*irtschaftliche*] Gaufachberater, nachdem der die Genehmigung seines Gauleiters hierzu eingeholt hat[5].

3. Eine Ernennung der *Landwirtschaftlichen Vertrauensleute*[6] findet nicht statt, sondern diese werden vom Landw[*irtschaftlichen*] Kreisfachberater in Übereinstimmung mit seinem Kreisleiter mit ihrer Aufgabe beauftragt und können vom Landw[*irtschaftlichen*] Kreisfachberater auch jederzeit bei erwiesener Ungeeignetheit ihres Postens wieder enthoben werden.

München, den 2. Januar 1933

gez. *Adolf Hitler*

2. Januar 1933 Dok. 109
"Verfügung betr. nationalsozialistischer Bauernschaften"
Anordnung

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 3.1.1933, "Anordnungen des Führers".

Soweit der Leiter des Amtes für Agrarpolitik bei der Reichsleitung der NSDAP, Pg. R. Walther *Darré*, die Einrichtung von NS-Bauernschaften[1] in den Gauen und Landesteilen genehmigt, müssen diese NS-Bauernschaften in den agrarpolitischen Apparat der NSDAP eingebaut und von diesem so geführt werden, wie es die diesbezügliche Anordnung des Amtsleiters vorsieht. Alle bereits gegründeten NS-Bauernschaften bedürfen aufgrund dieser Verfügung der nochmaligen Bestätigung von Pg. R. Walther Darré; nichtbestätigte NS-Bauernschaften haben sich mit

---

5 In einer Denkschrift vom 20.3.1946 betonte Darré rückblickend, daß bis zu seiner Amtsenthebung im Jahr 1942 der agrarpolitische Apparat einen eigenständigen Dienstweg besessen habe. "Die Gau-, Kreis- und Ortsgruppenleiter hatten *kein* dienstliches Anweisungsrecht auf ihre zuständigen Amtsleiter für Agrarpolitik." Vgl. IfZ, ED 110: Nachlaß Darré, Bd. 1, Buch 2, Bl. 149.

6 Neben den Landwirtschaftlichen Fachberatern, die primär innerhalb des agrarpolitischen Apparats wirkten, bzw. diesen nach außen hin vertraten (vgl. Anm. 2), war von Darré noch die Einrichtung der sog. Landwirtschaftlichen Vertrauensleute geschaffen worden, die vor allem innerhalb von fremden landwirtschaftlichen Vereinen, Organisationen, aber auch auf Gütern wirken sollten. Vgl. Gies, NSDAP, S. 348.

1 Die sog. NS-Bauernschaften lassen sich weder in der Literatur noch in den Quellen nachweisen. Offenbar handelte es sich um einen organisatorischen Wildwuchs an der Basis des agrarpolitischen Apparats, der sich dort unabhänig oder zumindest parallel zu dem von oben vollzogenen Aufbau gebildet hatte. Darré schreibt rückblickend, daß diese NS-Bauernschaften vor allem in Bayern entstanden seien, "um dem a[*grarpolitischen*] A[*pparat*] und dem Reichsnährstand das Wasser abzugraben". Vgl. IfZ, ED 110: Nachlaß Darré, Bd. 1, Buch 2, Bl. 151.

sofortiger Wirkung als aufgelöst zu betrachten, andernfalls ich gegen die Verantwortlichen unnachsichtlich vorgehen werde. Pg. Darré ist angewiesen worden, die Genehmigung von NS-Bauernschaften nur in Ausnahmefällen zu erteilen und die Bestätigung bereits bestehender NS-Bauernschaften auch nur in Sonderfällen und auch dann nur zu vollziehen, wenn Gewähr gegeben ist, daß diese NS-Bauernschaften restlos vom agrarpolitischen Apparat der NSDAP geführt werden.

München, den 2. Januar 1933

gez. *Adolf Hitler*

2. Januar 1933 Dok. 110
"Verfügung"
Anordnung

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 3.1.1933, "Anordnungen des Führers".

1. Die *"Nationalsozialistische Landpost"*[1] ist parteiamtliches, agrarpolitisches Mitteilungsblatt der NSDAP, und ihr Bezug für die Mitglieder des agrarpolitischen Apparates[2] bis zu den Landw[*irtschaftlichen*] Ortsgruppenfachberatern[3] Pflicht.

München, den 2. Januar 1933

gez. *Adolf Hitler*

2. Januar 1933 Dok. 111
"Verfügung"
Anordnung

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 3.1.1933, "Anordnungen des Führers".

Die Bearbeitung aller Angelegenheiten des Arbeitsdienstes[1] für die Partei obliegt ausschließlich[2] *meinem Beauftragten für Arbeitsdienst, Pg. Oberst Konstantin Hierl*[3].

1 Vgl. Dok. 93, Anm. 12.
2 Vgl. Dok. 93, Anm. 7 und 8.
3 Vgl. Dok. 108, Anm. 2.

1 Bereits im Ersten Weltkrieg, am 5.12.1916, war ein "Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst" für alle tauglichen Männer zwischen 17 und 60 Jahren erlassen worden. Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise

Organe des Beauftragten für Arbeitsdienst sind: bei der Reichsleitung die Abteilung für Arbeitsdienst, bei den Gauen die vom Beauftragten für Arbeitsdienst im Einvernehmen mit den Gauleitern eingesetzten *Gaubearbeiter für Arbeitsdienst.*

Im besonderen obliegt dem Beauftragten für Arbeitsdienst und seinen Organen

1. die Organisation der Betätigung von Parteigenossen im derzeitigen freiwilligen Arbeitsdienst und die Vertretung der Belange der im freiwilligen Arbeitsdienst tätigen Parteigenossen gegenüber den staatlichen Behörden.

2. Die Beratung unserer Vertretungen in den Parlamenten und die Prüfung von Anträgen betreffend Arbeitsdienst.

3. Die Lenkung und Überwachung der Äußerungen über Arbeitsdienst in der Parteipresse im Rahmen der Politischen Zentralkommission[4].

München, den 2. Januar 1933

gez. *Adolf Hitler*

---

war die Wiedereinführung einer derartigen Arbeitsdienstpflicht nicht mehr allein ein Thema der rechten und bürgerlichen Parteien. Nachdem Konstantin Hierl, der eigentliche Initiator des Arbeitsdienstgedankens in der NSDAP, schon im November 1923 eine Denkschrift zur Einführung einer allgemeinen Arbeitspflicht für Jugendliche erarbeitet hatte, schuf die Reichsregierung am 5.6.1931 die gesetzliche Grundlage für einen Freiwilligen Arbeitsdienst (FAD), in den erwerbslose Jugendliche bis zu 25 Jahren eintreten konnten. Als Gegenstück gründete die NSDAP am 15.10.1931 den "Verein für Umschulung freiwilliger Arbeitskräfte", der zugleich den FAD unterwandern sollte. Zu Beginn des Jahres 1932 wurde in Hammerstein (Hinterpommern) das erste nationalsozialistische Arbeitslager eingerichtet, im Juli 1932 rief die nationalsozialistische Landesregierung in Anhalt einen eigenen Landesarbeitsdienst ins Leben. Während der FAD bis Oktober 1932 immerhin 254.000 Jugendlichen umfaßte, blieben die Initiativen der NSDAP in ihrer Wirkung allerdings sehr begrenzt, auch weil Hitler selbst vorerst nur wenig Interesse an diesem Thema gezeigt hatte. Vgl. Köhler, Arbeitsdienst in Deutschland; Benz, Vom freiwilligen Arbeitsdienst; Peter Dudek, Erziehung durch Arbeit. Arbeitslagerbewegung und freiwilliger Arbeitsdienst 1920-1935, Opladen 1988. Druck der genannten Dokumente: Konstantin Hierl, Ausgewählte Schriften und Reden. Hrsg. von Herbert Freiherr von Stetten-Erb, Bd. 2, München 1941, S. 11 ff.; RGBl. 1931, I, S. 295, 398 ff.; 1932, I, S. 251 f., 352 f., 392 ff. Ferner Dok. 15, Anm. 14.

2 Zu den konkurrierenden Ansätzen in der SA beim Aufbau einer nationalsozialistischen Arbeitsdienstorganisation vgl. Köhler, Arbeitsdienst in Deutschland, S. 251; Benz, Vom freiwilligen Arbeitsdienst, S. 331.

3 Konstantin Hierl (1875-1955), 1895 bayerischer Leutnant, 1911-1914 Lehrer an der Kriegsakademie München, 1919 Führer eines Augsburger Freikorps, 1921-1924 Tätigkeit im Reichswehrministerium, Abschied als Oberst, 1925-1927 Mitglied der Führung des Tannenberg-Bundes, 1927 Eintritt in die NSDAP, 1929-1932 Leiter der Organisationsabteilung II in der Reichsleitung der NSDAP, 1930-33 MdR, 1931 Beauftragter des Führers der NSDAP für den Arbeitsdienst, 1933 Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium für den Arbeitsdienst, 1934 Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst, 1935-1945 Reichsarbeitsführer, 1936 Reichsleiter, 1943 Reichsminister, 1948 im Spruchkammerverfahren zu fünf Jahren Arbeitslager verurteilt.

4 Vgl. Dok. 96, Anm. 2.

3. Januar 1933 Dok. 112
Rede auf agrarpolitischer Tagung der NSDAP in München[1]

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 3.1.1933, "Adolf Hitler über die Sendung des deutschen Bauern"[2].

Die Verwirklichung des vom Nationalsozialismus wiedererweckten fundamentalen, volkspolitischen Gedankens, der in der These von "Blut und Boden"[3] seinen Ausdruck findet[4], wird die tiefgehendste revolutionäre Umgestaltung bedeuten, die jemals stattgefunden hat. Unsere durch dieses Wort gekennzeichnete grundsätzliche Forderung der Stärkung der rassischen Grundlagen unseres Volkes, die zugleich *die Sicherung unseres völkischen Daseins überhaupt* einschließt, *bestimmt* auch die gesamte innen- und außenpolitische Zielsetzung des Nationalsozialismus.

Die innere Regeneration, die wertmäßige und im Blut verankerte Verfassung eines Volkes bedingt letzten Endes auch die Einheit seines Willens, die es allein in die Lage versetzt, den Kampf um seine Existenz erfolgreich zu führen. *Das ist das Primäre und Entscheidende.* Die Fragen der jeweiligen technischen und organisatorischen Durchführung treten demgegenüber zurück; sie zu schaffen, wird einem Volke ein Leichtes sein, wenn die Voraussetzung einer gesunden inneren Verfassung hergestellt und vorhanden ist. Das ist der tiefere Grund, *warum wir allen jenen Regierungen ablehnend gegenüberstehen,* die glauben, den jetzigen Zustand in Deutschland konservieren zu müssen, weil sie zu bequem sind, und *nicht den Mut haben, die marxistische Volkszersetzung von Grund auf zu beseitigen.* Und doch kommen wir um diese Klärung nicht herum. Entweder wir führen sie jetzt selbst durch, oder sie wird mit Sicherheit

---

1 Im Braunen Haus, Brienner Straße 45. An der Tagung nahmen alle Landwirtschaftlichen Gaufachberater der NSDAP teil. Geleitet wurde die Veranstaltung vom Leiter des Amtes für Agrarpolitik, Richard Walther Darré, der zunächst einen kurzen Vortrag über die agrarpolitische Lage hielt; anschließend informierte Karl Motz mit einem Lichtbildervortrag "über neue Möglichkeiten der Propaganda unter Zugrundelegung des Gedankens von Blut und Boden".

2 Vgl. auch Der Angriff vom 4.1.1933, "Adolf Hitler über die Sendung des deutschen Bauern. Grundsätzliche Umstellung tut not!"; VB vom 5./6.1.1933, "Adolf Hitler über die Sendung des deutschen Bauern".

3 Das Begriffspaar "Blut und Boden" findet sich bereits in dem 1922 erschienen Werk Oswald Spenglers (1880-1936) *Der Untergang des Abendlands*, dort allerdings in der Wendung: "Kampf zwischen Blut und Boden um die innere Form einer 'verpflanzten' Tier- oder Menschenart". Das Bild wurde dann von August Winnig (1878-1956) übernommen; seine Schrift *Befreiung* (München 1926) wie auch sein Buch *Das Reich als Republik* (Stuttgart 1928) eröffnete er mit Satz: "Blut und Boden sind das Schicksal der Völker." Erst durch Darré, der seiner 1930 erschienenen Schrift den programmatischen Titel *Neuadel aus Blut und Boden* gab, wurde die prägnante Formel zu einem Zentralbegriff der nationalsozialistischen Ideologie, der eine spezifische Interdependenz zwischen den rassistischen und den wirtschafts- bzw. agrarpolitischen Vorstellungen dieser Ideologie zu suggerieren sucht. Bereits im Juli 1932 schrieb Darré in der von ihm gegründeten Monatsschrift *Deutsche Agrarpolitik* (S. 15): "Wir wollen das *Blut* und den *Boden* wieder zur Grundlage einer deutschen Agrarpolitik machen [...]." Vgl. Spengler, Der Untergang des Abendlandes, Bd. II, S. 151; R. Walther Darré, Um Blut und Boden. Reden und Aufsätze, München [5]1942; Ulrike Haß, Militante Pastorale. Zur Literatur der antimodernen Bewegungen im frühen 20. Jahrhundert, München 1993; Margrit Bensch, Die "Blut und Boden"-Ideologie. Ein dritter Weg der Moderne, Berlin 1995, insbes. S. 25 ff.

4 Zur nationalsozialistischen Agrarideologie vgl. Klaus Bergmann, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, Meisenheim am Glan 1970, S. 297 ff.; Friedrich Grundmann, Agrarpolitik im Dritten Reich. Anspruch und Wirklichkeit des Reichserbhofgesetzes, Hamburg 1979, S. 20 ff. ferner Bd. III/3, Dok. 22, Bd. IV/2, Dok. 24 sowie Bd. IV/3, Dok. 22.

früher oder später von der anderen Seite zuungunsten der Nation erzwungen werden. Die NSDAP darf und wird daher in keinem Augenblick ihre große Mission vergessen. Ihr Programm kann ihr von seiten der heute Regierenden höchstens in ein paar Äußerlichkeiten genommen werden, wie beispielsweise die *Ankurbelungsprojekte der Regierung v. Schleicher*[5] in Wahrheit *Lächerlichkeiten* sind gegenüber den ungeheuren Aufgaben, die dem deutschen Volke heute zur Lösung gestellt sind. Wenn die NSDAP sich nicht von ihrer großen weltanschaulichen Linie entfernt, *dann kann sie unbesorgt und mit ganz großer Zuversicht in die Zukunft schauen. Denn wir sind nicht nur auf dem richtigen Wege, sondern wir sind die einzigen, die überhaupt die Möglichkeit haben, unserem Volke einen Weg in die Zukunft zu weisen.* Wer eine große und richtige Erkenntnis besitzt, niemals von ihr läßt und den eisernen Willen hat, sie zu verwirklichen - der wird auch sein Ziel erreichen!

Nach erfolgter innenpolitischer Säuberung und Regeneration unseres Volkes wird es auch dem *Ausland* sehr bald zum Bewußtsein kommen, daß ihm ein anderes Volk gegenübersteht als bisher. Und damit werden dann die *Voraussetzungen* geschaffen sein, den eigenen Grund und Boden *völlig in Ordnung zu bringen und das Leben der Nation aus Eigenem auf lange Zeit hinaus sicherzustellen*[6]. Die weltwirtschaftliche und politische Entwicklung, die automatisch immer mehr zu einer *Verschließung der Weltmärkte* für unseren Export führt[7], macht eine *große, grundsätzliche Umstellung absolut notwendig.* Wenn die heute Regierenden auch ihre Augen davor verschließen, so ist diese *chronische Ursache unserer großen wirtschaftlichen*

---

5 Anspielung auf die Rundfunkreden, mit denen Reichskanzler von Schleicher am 15.12. sein Regierungsprogramm und der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung Günther Gereke am 23.12.1932 sein Sofortprogramm zur Arbeitsbeschaffung vorstellten. Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Schleicher, Dok. 25, 36.

6 Als volkswirtschaftliche Theorie wurde der Gedanke der Autarkie zu Beginn des 19. Jahrhunderts von Adam Müller (1779-1829) und Friedrich List (1789-1846) postuliert. Nach 1918 knüpften Ökonomen wie Werner Sombart, Robert Friedländer-Prechtl oder Ferdinand Fried (i. e. Friedrich Zimmermann) - in bewußter Abgrenzung gegenüber dem Wirtschaftsliberalismus der Vorkriegszeit - an das Konzept eines in sich geschlossenen nationalen Wirtschaftsraums an und beeinflußten damit auch Hitler sowie die Wirtschaftstheoretiker der NSDAP. Nicht zuletzt unter der Erfahrung des Ersten Weltkriegs wurde für Hitler die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Nation zu einem Fixpunkt seines Denkens; diese Unabhängigkeit sollte einen hohen Lebensstandard, den sozialen Ausgleich, aber auch die militärische Schlagkraft sichern. Im Gegensatz zu vielen zeitgenössischen Theoretikern schwebte Hitler aber keine "Rückbesinnung auf den eigenen Boden" (Fried) vor; neu an seinem Autarkiedenken war dessen Verknüpfung mit einem hemmungslosen Imperialismus. Vgl. Rainer Zitelmann, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, Stuttgart [2]1989, S. 323 ff.; Eckart Teichert, Autarkie und Großraumwirtschaft in Deutschland 1930-1939. Außenwirtschaftspolitische Konzeptionen zwischen Wirtschaftskrise und Zweitem Weltkrieg, München 1984, S. 206 ff.
Zur damaligen Diskussion vgl. etwa Ferdinand Fried, Das Ende des Kapitalismus, Jena [5]1931; Robert Friedländer-Prechtl, Wirtschaftswende. Die Ursachen der Arbeitslosen-Krise und deren Bekämpfung, Leipzig 1931; Werner Sombart, Die Zukunft des Kapitalismus, Berlin 1932.

7 Durch die seit 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise begann der Welthandel zunehmend in Subsysteme zu zerfallen. Als die USA den Hawley-Smoot-Zolltarif im Juni 1930 einführten, reagierten viele Staaten ebenfalls mit Zollerhöhungen. Weitere Tendenzen der internationalen Handels- und Finanzpolitik wie Kontingentierung des Imports, Devisenbewirtschaftung oder bilaterale Handelsverträge hatten zur Folge, daß sich der Welthandel weiter entliberalisierte und sich die Weltwirtschaft zunehmend an nationalen, nicht aber an marktwirtschaftlichen Aspekten orientierte. Vgl. Gilbert Ziebura, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch, Frankfurt a. M. 1984, S. 145 ff.

Not[8] *und entsetzlichen Arbeitslosigkeit*[9] *doch unbestreitbar vorhanden. Entweder wir beseitigen diese Ursache und führen die dann notwendige Umstellung mit Tatkraft und Energie beizeiten selbst durch, oder das Schicksal wird sie erzwingen und unser Volk zerbrechen!* Wenn wir innen- und außenpolitisch den fundamentalen Grundsatz von Blut und Boden zur Verwirklichung bringen, *dann werden wir in Zukunft als Volk zum ersten Male nicht mehr von den Ereignissen geworfen werden, sondern wir selbst werden dann die Verhältnisse meistern.*

Wie der Bauer, der jedes Jahr säen und an seine Ernte glauben muß, ohne zu wissen, ob sie nicht Wind und Wetter zerstört und seine Arbeit ohne Lohn bleibt, so *müssen wir auch politisch den Mut haben, das zu tun, was notwendig getan werden muß - ganz gleich, ob im Augenblick der Erfolg schon sichtbar ist oder nicht.*

Gerade der deutsche Bauer wird in Zukunft noch mehr unseren nationalsozialistischen Kampf verstehen als bisher[10]. Wenn aber der deutsche Bauer, *die Grundlage und der Lebensquell unseres Volkes,* gerettet ist, dann wird auch die ganze Nation wieder mit Vertrauen in die Zukunft sehen können[11].

---

8 Vgl. Dok. 76, Anm. 5.

9 Am 31.1.1933 waren bei den deutschen Arbeitsämtern 6.013.612 Arbeitslose gemeldet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1934, Berlin 1934, S. 307 sowie Dok. 77, Anm. 5.

10 Die Wahlergebnisse der NSDAP in landwirtschaftlich geprägten Regionen hingen vor allem von deren Konfession ab. Die "überdurchschnittliche Anfälligkeit nicht nur der großagrarischen, sondern vor allem der durch bäuerliche Familienbetriebe geprägten Landregionen gegenüber dem Nationalsozialismus beschränkt sich [...] weitgehend auf den evangelischen Teil Deutschlands. In den überwiegend katholischen Kreisen läßt sich die vermutete Beziehung nicht feststellen." Bei einem Vergleich *aller* Kreise ist bis 1930 noch kein meßbarer Einfluß der Landwirtschaft auf die Wahlergebnisse der NSDAP zu erkennen. Dagegen erreichte die NSDAP bei der Reichstagswahl vom 31.7.1932 in landwirtschaftlich geprägten Kreisen ein durchschnittliches Wahlergebnis von 33%, in Kreisen mit einem geringeren Agraranteil jedoch nur von 29%. Vgl. Falter, Hitlers Wähler, S. 256 ff., Zitat S. 260 f. Zum damaligen Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Landwirtschaft vgl. auch Bert Hoppe, Von Schleicher zu Hitler. Dokumente zum Konflikt zwischen Reichslandbund und der Regierung Schleicher in den letzten Wochen der Weimarer Republik. In: VfZ 45 (1997), S. 629-657.

11 Am Abend des 3.1.1933 bestieg Hitler mit seinem Stab den Nachtzug nach Bonn, das er in den frühen Morgenstunden des 4.1. erreichte. Die Ankommenden wurden am Bonner Bahnhof bereits von Hitlers Wagenkolonne erwartet, die ihn zu einem Frühstück in das *Rheinhotel Dreesen* nach Bad Godesberg brachte. Wenig später holte eine mit Gardinen verhängte Limousine Hitler zusammen mit Rudolf Heß und Heinrich Himmler ab, um sie zu der Kölner Villa des Bankiers Kurt Frhr. von Schroeder (Köln-Lindenthal, Stadtwaldgürtel 35) zu bringen. In dessen Beisein konferierte Hitler dort etwa von 11.30 bis 13.30 Uhr mit dem ehemaligen Reichskanzler Franz von Papen. Nach Beendigung des Gesprächs und einem gemeinsamen Mittagessen wurden Hitler und seine Begleiter etwa um 15.00 Uhr zu einem vereinbarten Treffpunkt an einer Straße drei Kilometer nördlich von Köln chauffiert, wo sie wieder von Hitlers Wagenkolonne aufgenommen wurden. Mit erheblicher Verspätung traf Hitler abends in Bösingfeld, im östlichen Teil Lippes, ein. Vgl. Dietrich, Mit Hitler in die Macht, S. 169 ff.; Adolf Klein, Köln im Dritten Reich, Köln 1983, S. 51 f.; IfZ, ZS 557: Zeugenschrifttum Kurt Frhr. von Schroeder sowie Dok. 116.

4. Januar 1933 Dok. 113
"Beförderungen in der SA"
Anordnung[1]

VB vom 4.1.1933.

Durch den Neujahrsbefehl des Führers[2] treten im Stab des Obersten SA-Führers folgende Veränderungen ein:

Mit dem Rang eines Obergruppenführers wird mit Wirkung vom 1.1.[*19*]33 beliehen [*sic!*]:
Reichsführer SS *Himmler*[3].

Befördert werden zu Obergruppenführern mit Wirkung vom 1.1.[*19*]33:
der Ehrenführer des NSKK: Gruppenführer *von Epp*[4],
der Ehrenführer des NSFK: Gruppenführer *Goering*,
der Quartiermeister im Stab der Ob[*ersten*] SA-Führung: Gruppenführer *Hühnlein*[5],
der Generalinspekteur SA und SS: Gruppenführer *von Ulrich*[6].

---

1 Für die Unterstützung bei den zahllosen Einzelrecherchen zur Kommentierung dieses Dokuments sei den Mitarbeitern des demnächst erscheinenden "Handbuchs der Abgeordneten des Preußischen Landtags", Herrn Dr. Uwe Puschner und Herrn Christian Dirks, vor allem aber Frau Petra Mörtl und Herrn Olaf Blumenstein, Institut für Zeitgeschichte, nochmals herzlich gedankt.

2 Gemeint ist der Führerbefehl Nr. 10 (Neujahrsbefehl) vom 15.12.1932; BA, NS 26/307.
Formalisierte Massenernennungen durch Hitler sind in dieser Edition gewöhnlich nicht aufgenommen. Die Veränderungen in der Obersten SA-Führung im Anschluß an die Straßer-Krise besitzen jedoch einen eminent politischen Charakter; es ist deshalb kein Zufall, wenn dieser Erlaß im *VB* publiziert wurde. Zudem bietet der Erlaß einen präzisen Überblick über die Führungsstruktur der SA unmittelbar vor der nationalsozialistischen Machtübernahme.

3 Heinrich Himmler (1900-1945), Diplom-Landwirt, 1918-1923 Mitglied der BVP, 1923 Eintritt in die NSDAP und Teilnahme am Hitler-Putsch, 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, 1926-1930 stellvertretender Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1927 stellvertretender Reichsführer der SS, 1929-1945 Reichsführer (der) SS, 1930-1933 MdR, 1933 Polizeipräsident von München, 1934 stellvertretender Chef und Inspekteur der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) in Preußen, 1936-1945 Chef der Deutschen Polizei, 1939-1945 Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, 1943-1945 Reichsminister des Innern und Generalbeauftragter für die Reichsverwaltung, 1944/45 Oberbefehlshaber des Ersatzheeres und Chef der Heeresrüstung, April 1945 Entlassung aus allen Ämtern und Parteiausschluß, Mai 1945 Selbstmord.

4 Franz (seit 1916: Ritter von) Epp (1868-1947), 1889 bayerischer Leutnant, 1901/02 Teilnehmer des deutschen ostasiatischen Expeditionskorps in China, 1904-1906 Hauptmann, Kompaniechef in der deutschen Schutztruppe in Südwestafrika, 1914 Oberstleutnant, Kommandeur des Infanterie-Leib-Regiments, 1919 Führer des Freikorps Epp, 1920 Kommandeur der 7. (bayerischen) Division, 1923 Verabschiedung als Generalleutnant, 1928 Übertritt von der BVP zur NSDAP, 1928-1933 MdR (NSDAP), März 1933 Reichskommissar für Bayern und kommissarischer Ministerpräsident, 1933-1945 Reichsstatthalter in Bayern, NSKK-Obergruppenführer, 1934-1945 Reichsleiter des Kolonialpolitischen Amts der NSDAP.

5 Adolf Hühnlein (1881-1942), 1902 bayerischer Leutnant, 1909-1912 Kriegsakademie, 1914 Hauptmann, 1919 Angehöriger des Freikorps Epp, 1922 1. Generalstabsoffizier der 7. Infanteriedivision, 1923 Angehöriger der Reichskriegsflagge, Abschied als Major, Chef des Truppenstabes im SA-Oberkommando, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu sechs Monaten Haft verurteilt, seit 1925 Tätigkeit als Kaufmann, 1930 Eintritt in die NSDAP und die SA, Chef des Kraftfahrwesens der SA, Führer des NSAK, seit 1931: NSKK, 1933 zugleich SA-Obergruppenführer, Quartiermeister im Stab der Obersten SA-Führung, 1934 Korpsführer des NSKK, Führer des Deutschen Kraftfahrsports, Präsident der Obersten Nationalen Sportbehörde für die Deutsche

Ernannt werden mit Wirkung vom 21.11.[*19*]32:

Zum Abteilungschef der Abteilung Pr.: Oberführer *Seydel*[7],

zum Abteilungschef der Abteilung IVa: Oberführer *Schreyer*[8],

zum Abteilungschef der Abteilung IVb: Dr. *Hocheisen*[9],

zum Inspekteur der Aufmarschinspektion: Gruppenführer *von Hörauf*[10],

zum Chef des Flugwesens der SA unter Beibehalt seiner Dienststellung als Abteilungschef der Abteilung I: Gruppenführer *von Kraußer*[11],

zum Rechtsberater der Ob[*ersten*] SA-Führung: Dr. *Luetgebrune*[12],

---

Kraftfahrt, Mitglied des Verwaltungsrats der Gesellschaft "Reichsautobahnen", des Reichsverkehrsrats und der Reichsarbeitskammer.

6 Curt von Ulrich (1876-1946), 1894 hessischer Fahnenjunker, 1920 Verabschiedung als Oberstleutnant, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1926-1928 SA-, SS- und HJ-Gauführer in den Gauen Hessen-Nassau Nord und Süd, 1928-1930 OSAF-Stellvertreter West, 1930-1933 Generalinspekteur für die SA und SS für das Deutsche Reich und Österreich, 1930-1933 MdR, 1933 SA-Obergruppenführer, Preußischer Staatsrat, 1933-1944 Oberpräsident der Provinz Sachsen.

7 Josef Seydel (1887-1945), 1908 bayerischer Leutnant, 1919 Abschied als Hauptmann, seit 1919 Studium der Volkswirtschaft, seit 1922 Tätigkeit als Kaufmann, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu achtzehn Monaten Haft verurteilt, 1931 Eintritt in die SA, 1932 MdR, SA-Oberführer, Abteilungschef der Abteilung Presse in der Obersten SA-Führung, 1934 SA-Gruppenführer, Leiter des Zentralamts in der Obersten SA-Führung, 1936 NSKK-Obergruppenführer, Führer der NSKK-Obergruppe Südost.

8 Karl Schreyer (geb. 1891), 1912 bayerischer Leutnant, 1919 Abschied als Oberleutnant, 1921 Verleihung des Charakters als Hauptmann, Tätigkeit als Verwaltungsbeamter, 1932 SA-Oberführer, Abteilungschef der Abteilung IVa (Finanzen) in der Obersten SA-Führung, 1933 SA-Gruppenführer, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches verhaftet und zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.

9 Paul Hocheisen (1870-1944), Dr. med., 1892 württembergischer Sanitätsoffizier, 1919 Übernahme in die Reichswehr, 1929 Abschied als Generaloberstabsarzt (Generalleutnant), Eintritt in die NSDAP, 1930 Eintritt in die SA, 1931 Reichsarzt im Stab der Obersten SA-Führung, 1932 MdR, 1933 SA-Sanitätsobergruppenführer, Generalinspekteur des Sanitätswesens der SA und SS, 1933-1936 Stellvertretender Präsident des Roten Kreuzes, danach Ehrenpräsident.

10 Franz (seit 1917: Ritter von) Hörauf (1878-1957), 1898 bayerischer Leutnant, 1908-1911 Kriegsakademie, 1912 Hauptmann, Tätigkeit im Großen Generalstab, 1914 Generalstabsoffizier beim III. bayerischen Armeekorps, 1917 Major, 1918 1. Generalstabsoffizier der 1. bayerischen Infanteriedivision, 1919 1. Generalstabsoffizier beim Freikorps Epp, 1921 Oberstleutnant, Taktiklehrer an der Infanterieschule München, 1925 Kommandeur des 21. Infanterieregiments, 1928 Abschied mit dem Charakter als Generalmajor, 1930 Eintritt in die NSDAP, 1931 SA-Gruppenführer, 1933 Inspekteur der Aufmarschinspektion der SA und SS, Chef des Militärreferats in der Bayerischen Staatskanzlei, 1940 Generalmajor z. V., 1940-1943 Kommandant von Litzmannstadt.

11 Friedrich (seit 1917: Ritter von) Kraußer (1888-1934), 1910 bayerischer Leutnant, 1915 Oberleutnant, Beobachter in der bayerischen Feldflieger-Abteilung 7, 1918 Kommandeur der bayerischen Flieger-Abteilung 45, 1919 Angehöriger des Freikorps Epp, Übernahme in die Reichswehr, 1923 Angehöriger der Reichskriegsflagge, 1924 nach dem Hitler-Putsch freiwilliger Abschied als Hauptmann, Angehöriger des Frontbanns, 1926 Geschäftsführer der Landesleitung Süd des Tannenbergbunds, 1928 Eintritt in die NSDAP, 1931 Eintritt in die SA, SA-Oberführer, Führer der SA-Gruppe Hochland, 1932 SA-Gruppenführer, Chef der Abteilung I (Ausbildung) in der Obersten SA-Führung, 1933 SA-Obergruppenführer, Stellvertreter des Stabschefs der SA Ernst Röhm, Preußischer Staatsrat, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches ermordet.

12 Walter Luetgebrune (1879-1949), 1902 Referendar am Oberlandesgericht in Celle, 1903 Dr. jur., 1909 Rechtsanwalt in Göttingen, seit 1930 in Hannover, seit 1933 in Berlin, seit 1919 Verteidiger in zahllosen Prozessen von Angeklagten der politischen Rechten, Verfasser von *Der Marburger Studentenprozeß* (1920), *Der Ebertprozeß* (1925), *Wahrheit und Recht für Feme, Schwarze Reichswehr und Oberleutnant Schulz* (1928), *Neu-Preußens Bauernkrieg. Entstehung und Kampf der Landvolkbewegung* (1931), *Die Stellung des Rechtsanwalts im neuen Staat* (1933), *Ein Kampf um Röhm* (1933), seit 1931 Rechtsberater von SA und SS, 1932 SA-Gruppen-

zum Inspekteur im Stab der Generalinspektion SA und SS: Gruppenführer *von Fichte*[13] (unter Enthebung von seiner bisherigen Dienststellung als Führer der Gruppe Westfalen).

Zugeteilt werden mit Wirkung vom 21.11.[*19*]32:
Wehrpolitisches Amt der NSDAP[14] und Reichsjugendführer[15].

In den Obergruppen, Gruppen und Untergruppen werden befördert:
zu Obergruppenführern mit Wirkung vom 1.1.[*19*]33:
der Führer der Obergruppe II (Hannover): Gruppenführer *Lutze*[16],
der Führer der Obergruppe III (Koblenz): Gruppenführer *Schneidhuber*[17],
der Führer der Obergruppe V (Dresden): Gruppenführer *von Killinger*[18].

---

führer, Rechtsberater der Obersten SA-Führung, 1933 Ministerialdirigent im preußischen Ministerium des Innern, Mitglied des Führerrats der Akademie für Deutsches Recht, 21.12. Versetzung zur SA-Reserve wegen Vertretung jüdischer Geschäftsleute, 3.7.1934 Verhaftung, 27.12. Ausschluß aus NSDAP, SA und NSRB wegen "Unterstützung der hochverräterischen Pläne Röhms", 1937 Mitglied des NSRB, Wiederzulassung als Rechtsanwalt, 1948 Wiederzulassung als Anwalt beim Obersten Landgericht in München.

13 Werner von Fichte (geb. 1896), 1915 preußischer Leutnant, 1919 Freikorpsoffizier, Angehöriger der Brigade Ehrhardt, 1922 Entlassung, Führer des Bundes Wiking in Westdeutschland, 1928 Eintritt in die NSDAP, 1929 Adjutant beim OSAF-Stellvertreter West Curt von Ulrich, 1930-1932, SA-Gruppenführer, OSAF-Stellvertreter West, 1931/32 Führer der SA-Gruppe Westfalen, 1933 Inspekteur im Stab der Generalinspektion SA und SS, 1933/34 Polizeipräsident von Erfurt, Juli 1934 Ausschluß aus der SA, danach Tätigkeit als Schriftsteller, 1940 Hauptmann im Lehrstab der Artillerieschule Jüterbog, danach Einsatz in verschiedenen Artillerieregimentern und Heeres-Flakartillerie-Abteilungen, 1943 Major.

14 Das Wehrpolitische Amt der NSDAP war auf Anordnung Hitlers am 8.9.1932 eingerichtet worden, mit seiner Leitung wurde Franz Ritter von Epp beauftragt. Die Aufgaben dieses Amt verdeutlichen die Bezeichnungen der fünf Referate, aus denen es sich zusammensetzte: "Äußere Wehrpolitik", "Innere Wehrpolitik", "Wehrmächte", "Volkswehrkraft" sowie "Wehrbewegung und Presse". Ferner war dem Amt ein "Kolonial-Referat" angegliedert. Vgl. Bd. V/1, Dok. 184 und 185.

15 Gemeint ist die Dienststelle "Reichsjugendführer", die am 30.10.1931 "im Rahmen der Obersten SA-Führung" errichtet worden war. Nachdem der Reichsjugendführer der NSDAP Baldur von Schirach am 13.6.1932 zum Amtsleiter ernannt und damit Hitler direkt unterstellt worden war, wurde dessen institutionelle Selbständigkeit mit dieser Anordnung wieder aufgehoben. Zur Organisation der Dienststelle vgl. Bd. IV/2, Dok. 59 sowie Bd. V/1, Dok. 90.

16 Viktor Lutze (1890-1943), 1912 preußischer Leutnant, 1919 Abschied als Oberleutnant, Tätigkeit als Kaufmann, Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbunds, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Eintritt in die SA, Teilnahme am Ruhrkampf, 1927 stellvertretender Gauleiter des Gaues Ruhr, 1928 SA-Oberführer Ruhr, 1930-1933 MdR, 1930/31 SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Nord, 1932 SA-Obergruppenführer, Führer der SA-Obergruppe West, 1933 Polizeipräsident von Hannover, 1933-1941 Oberpräsident der Provinz Hannover, Preußischer Staatsrat, 1.7.1934 Stabschef der SA, 1943 bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen.

17 August Schneidhuber (1887-1934), 1907 bayerischer Leutnant, 1916 Hauptmann, 1920 Abschied mit dem Charakter als Major, Landwirt im Chiemgau, 1928 Eintritt in die NSDAP und in die SA, SA-Gruppenführer, 1929-1931 OSAF-Stellvertreter Süd, 1931/32 kommissarischer Führer der SA-Gruppe West, 1932/33 MdR, 1932-1934 SA-Gruppenführer, Führer der SA-Obergruppe VII, München, 1933 SA-Obergruppenführer, Polizeipräsident von München, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches ermordet.

18 Manfred Freiherr von Killinger (1886-1944), 1904 Seekadett, 1916 Kommandant des Torpedoboots V 3, 1919 Abschied als Kapitänleutnant, 1919/20 Führer eines Sturmbataillons in der Brigade Ehrhardt, 1921 Leiter der militärischen Abteilung in der Organisation Consul, 1921/22 in Untersuchungshaft wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord an dem ehemaligen Reichsminister der Finanzen Matthias Erzberger, Freispruch, 1923-1927 Führer des Bundes Wiking und des Wehrwolfs in Sachsen, Thüringen und Schlesien, 1928 Eintritt in die

Unter Beförderung zum Gruppenführer werden mit Wirkung vom 15.10.[*19*]32 ernannt:

zum Stabsführer der Obergruppe II (Hannover): Oberführer *Jahn*[19] (unter Enthebung von der Führung der Gruppe Nordsee),

zum Führer der Gruppe Niedersachsen: Oberführer *Korsemann*[20],

zum Führer der Gruppe Niederrhein: Oberführer *Luyken*[21].

Unter Beförderung zum Gruppenführer wird mit Wirkung vom 1.11.[*19*]32 beauftragt:

mit der Führung der Gruppe Westfalen: Oberführer *Schepmann*[22].

Zum Oberführer werden befördert:

der Führer der U[*nter*]Gr[*uppe*] Danzig: *Max Linsmayer* 23 (m[*it*] W[*irkung*] v[*om*] 1.1.[*19*]33),

---

NSDAP, 1928-1933 MdL in Sachsen, 1928-1933 OSAF-Stellvertreter Mitte (Dresden), 1932 SA-Gruppenführer, SA-Inspekteur Ost, 1932/33 MdR, 1933 SA-Obergruppenführer, Führer der SA-Obergruppe V, 1933-1935 Reichskommissar für Sachsen und sächsischer Ministerpräsident, Juli 1934 Inhaftierung, 1935 Eintritt in den diplomatischen Dienst, 1937/38 Generalkonsul in San Francisco, 1939 Vortragender Legationsrat im Auswärtigen Amt, 1940 Gesandter in Preßburg, 1941-1944 Gesandter in Bukarest, 1944 Selbstmord.

19 Wilhelm Jahn (geb. 1891), 1926 Eintritt in die NSDAP, 1932 SA-Gruppenführer, Stabsführer der SA-Obergruppe II, 1936 Polizeipräsident von Halle, 1937 SA-Obergruppenführer, 1939 Polizeipräsident von Stettin.

20 Gerret Korsemann (1895-1958), 1914 Kriegsfreiwilliger, 1919 Angehöriger des Landesjäger-Regiments Nr. 3, 1920 Abschied als Leutnant, Spediteur, 1926 Eintritt in die NSDAP und die SA, 1928 Adjutant beim OSAF-Stellvertreter Nord, 1931 SA-Oberführer, Führer der SA-Untergruppe Süd-Hannover-Braunschweig, 1932/33 MdL in Preußen, stellvertretender Gauleiter des Gaues Süd-Hannover-Braunschweig, SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Niedersachsen, 1933 Ausschluß aus der SA, 1936 SA-Standartenführer, 1937 Hauptmann der Schutzpolizei in Breslau, 1938 Oberstleutnant im Hauptamt der Ordnungspolizei (Berlin), Eintritt in die SS, SS-Oberführer, 1940 Kommandant der Ordnungspolizei in Lublin, 1941 SS-Brigadeführer im SS-Führungshauptamt, 1942 SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei, vorgesehen als Höherer SS- und Polizeiführer für den Kaukasus, 1943 Stellvertreter des Höheren SS- und Polizeiführer Rußland-Mitte (und Weißruthenien), Ermittlungsverfahren wegen des Vorwurfs der Feigheit, Degradierung zum Hauptsturmführer der Waffen-SS, 1945 Kompaniechef in der SS-Panzerdivision "Totenkopf", 1945 amerikanische Kriegsgefangenschaft, 1946 Auslieferung an Polen, 1949 Entlassung.

21 Max Otto Luyken (1885-1945), 1906 preußischer Leutnant, 1919 Abschied als Hauptmann, Hofbesitzer in Weselerwald, 1930 Eintritt in die NSDAP, 1930-1933 MdR, 1932 SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Niederrhein, 1933 Führer der SA-Obergruppe II, Preußischer Staatsrat, 1934 Inspekteur West der SA, 1939-1941 Major im Stab der Reserve-Flak-Abteilung 502, 1941 SA-Obergruppenführer, Inspekteur für Erziehung und Führerausbildung in der SA, 1943 zugleich auch Inspekteur für Neubauerntum und Volkstumpflege in der SA und den SA-Wehrmannschaften, 1945 Selbstmord.

22 Wilhelm Schepmann (1894-1970), 1914 Volksschullehrer, Kriegsfreiwilliger, 1919 Abschied als Leutnant, Volksschullehrer, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, Ortsgruppenführer der NSDAP und SA-Sturmführer in Hattingen, 1928 Stadtverordneter in Hattingen, 1931 Entlassung aus dem Schuldienst, 1932/33 MdL in Preußen, 1932 SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Westfalen, 1933/34 Polizeipräsident von Dortmund, 1934-1943 Führer der SA-Gruppe Sachsen, 1939-1943 Regierungspräsident des Regierungsbezirks Dresden-Bautzen, 1940 Hauptmann, 1943-1945 Stabschef der SA, nach 1948 Tätigkeit als Lehrer, 1950 Verurteilung zu neun Monaten Gefängnis, 1952-1961 Ratsherr von Gifhorn (BHE), 1956-1961 1. Beigeordneter (stellvertretender Bürgermeister) von Gifhorn.

23 Max Linsmayer (1907-1940), 1926 Eintritt in die NSDAP, 1930 SA-Standartenführer, Führer der Standarte D (Danzig), dann der SA-Untergruppe Danzig, 1933 SA-Oberführer, 1934 SA-Brigadeführer, Führer der SA-Gruppe Niedersachsen, 1940 SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Danzig, 1940 als Leutnant und Zugführer in Frankreich gefallen.

der Führer der U[*nter*]Gr[*uppe*] Standarte 8 (Gr[*uppe*] Ostmark): Fritz *Adam*[24] (m[*it*] W[*irkung*] v[*om*] 15.12.[*19*]32),

der Führer der U[*nter*]Gr[*uppe*] Gruppenstaffel der Gr[*uppe*] Ostmark: Karl *Friedrich*[25] (m[*it*] W[*irkung*] v[*om*] 15.12.[*19*]32).

Unter Beförderung zum Oberführer werden ernannt:

zum Führer der U[*nter*]Gr[*uppe*] Brandenburg-West: Graf *von Wedel*[26] (m[*it*] W[*irkung*] v[*om*] 1.1.[*19*]33),

zum Stabsführer der Gruppe Ostmark: Vikt[*or*] *von Lehmann*[27] (m[*it*] W[*irkung*] v[*om*] 15.12.[*19*]32).

Zum Standartenführer wird mit Wirkung vom 15.12.[*19*]32 befördert:

der Adjutant der Gruppe Ostmark: Fr[*iedrich*] Wilh[*elm*] *Arndt*[28].

Ernannt werden:

zum Stabsführer der Obergruppe III (Koblenz): Oberführer *von Schorlemer*[29] (unter Enthebung von seiner bisherigen Dienststelle als Stabsführer der Gruppe Westfalen), (m[*it*] W[*irkung*] v[*om*] 15.10.[*19*]32),

zum Stabsführer der Gruppe Westfalen: Standartenführer Hans *Vogel*[30], (unter Enthebung von seiner bisherigen Dienststelle als Stabsführer der U[*nter*]Gr[*uppe*] Westfalen-Süd), (m[*it*] W[*irkung*] v[*om*] 8.11.[*19*]32).

---

24 Fritz Adam (geb. 1889), Ingenieur auf der Schiffswerft F. Schichau, Elbing (Ostpreußen), dann Inhaber einer Fabrik für Gewächshausbau, 1930 Eintritt in die NSDAP, 1932/33 MdL in Preußen, 1933 Bauingenieur in Küstrin, SA-Oberführer, Führer der SA-Untergruppe Standarte 8, 1936 SA-Brigadeführer, 1938-1940 Landrat in Neidenburg, ab 1940 Landrat in Querfurt.

25 Karl Friedrich, (geb. 1897), 1915-1919 Militärdienst, seit 1919 landwirtschaftlicher Beamter, seit 1928 selbständiger Bauer in Friedrichshof Post Werbig (Kreis Seelow), 1929 Eintritt in die NSDAP, 1932/33 MdL in Preußen, 1932 SA-Oberführer, Führer der SA-Untergruppe Gruppenstaffel der Gruppe Ostmark, 1933 Kreisleiter der NSDAP und Kreisbauernführer im Kreis Lebus, NSKK-Brigadeführer, 1937 "wegen Notzucht und Untreue" zu vier Jahren und drei Monaten Zuchthaus verurteilt, Ausschluß aus der NSDAP.

26 Karl Graf von Wedel-Parlow (1873-1936), 1904-1917 Besitzer des Rittergutes Rhode-Serling (Kreis Gifhorn, Hannover), 1916 Rittmeister, Besitzer des Ritterguts Boyneburgk, Post Eschwege-Land, 1925 Eintritt in die NSDAP, stellvertretender Gauführer des Gaues Groß-Berlin im BNSDJ, 1932/33 MdL in Preußen, 1933 SA-Oberführer, Führer der SA-Untergruppe Brandenburg-West.

27 Viktor von Lehmann (geb. 1886), preußischer Leutnant, 1919 Abschied als Hauptmann, 1932 SA-Oberführer, Stabsführer der SA-Gruppe Ostmark.

28 Näheres nicht ermittelt.

29 Karl Friedrich Freiherr von Schorlemer (1886-1936), 1913 Gerichtsreferendar in Wiehl (Rheinland), 1914 Kriegsfreiwilliger, 1919 Abschied als Oberleutnant, Gutsbesitzer in Volpershausen Post Holpe (Oberbergischer Kreis), 1920-1927 Ehrenbürgermeister von Morsbach (Oberbergischer Kreis), 1932/33 MdR, SA-Oberführer, Stabsführer der SA-Obergruppe III, 1934 "als Günstling des ehem. Stabschefs Röhm" Festnahme durch die Gestapo, 1935 Einstellung des Verfahrens.

30 Hans Vogel (geb. 1887), 1906 Volksschullehrer, 1914-1918 Militärdienst, Abschied als Oberleutnant, 1920 Übernahme in die Schutzpolizei, 1927 Eintritt in die NSDAP, 1932 SA-Standartenführer, Stabsführer der Gruppe Westfalen, 1935 SA-Brigadeführer, Führer der SA-Brigade 70, 1936 Polizeipräsident von Recklinghausen, 1943 SA-Gruppenführer.

Beauftragt werden mit Wirkung vom 1.11.[*19*]32:

mit der Führung der U[*nter*]Gr[*uppe*] Westfalen-Süd: Standartenführer *Knickmann*[31],

m[*it*] d[*er*] W[*ahrnehmung*] d[*er*] G[*eschäfte*] des Stabsführers der Obergruppe IV (Ingolstadt): Sturmbannführer *von Zehmen*[32].

Versetzt werden:

von der Gruppe Schlesien zum Stab der Obergruppe III (Koblenz): Oberführer *von Flotow*[33] (m[*it*] W[*irkung*] v[*om*] 1.12.[19]32),

der Adjutant der Gruppe Nordmark, Sturmbannführer *Suhr*[34], als Adjutant zum Stab der Obergruppe IV (Ingolstadt) (m[*it*] W[*irkung*] v[*om*] 1.11.[*19*]32).

Ernannt werden:

zum Stabsführer der Obergruppe V (Dresden): Sturmbannführer *Portius*[35] (m[*it*] W[*irkung*] v[*om*] 5.10.[*19*]32),

zum Sturmbannführer z[*ur*] b[*esonderen*] V[*erwendung*] beim Stab Goering: Sturmbannführer *Loerzer*[36] (m[*it*] W[*irkung*] v[*om*] 1.12.[*19*]32).

Die Führung der Gruppe Nordsee übernimmt in Befehlseinheit bis zur Neubesetzung m[*it*] W[*irkung*] v[*om*] 8.10.[*19*]32: der Führer der Obergruppe II, Gruppenführer *Lutze*.

---

31 Heinrich August Knickmann (1894-1941), 1913 Unteroffizier, 1919 Abschied als Leutnant, Angestellter bei der Stadtverwaltung Buer, 1923 Eintritt in die NSDAP, seit 1924 Tätigkeit beim Wehrkreiskommandeur VI, 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, Mitglied der Gauleitung Westfalen, 1932 MdR, 1933 SA-Standartenführer, Führer der SA-Untergruppe Westfalen-Süd, Polizeipräsident von Duisburg-Hamborn, 1937 Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, 1941 als Hauptmann und Bataillonskommandeur bei Sabolotje (UdSSR) gefallen.

32 Oscar von Zehmen (1882-1940), sächsischer Leutnant, 1919 Abschied als Hauptmann, 1930 Eintritt in die NSDAP, 1933 SA-Sturmbannführer, Leiter der SA-Sportschule in Clarenhof, Gemeinde Hartau.

33 Andreas von Flotow (1900-1933), 1919 Abschied als Leutnant, Landwirt in Stettin, 1930 Eintritt in die NSDAP, 1931 SA-Sturmbannführer, 1932 MdR, SA-Oberführer, Führer der SA-Gruppe Ostsee, dann Versetzung in den Stab der SA-Obergruppe III, 25.1.1933 Ausschluß aus der NSDAP und der SA wegen eines Artikels in der *Täglichen Rundschau* vom 3.1.1933, "Partei oder Kampfbund. Der Weg der nationalsozialistischen Partei", 26.2. als Vertreter des Freikorps Franken Teilnahme an der Bildung einer "heimlichen Front" zusammen mit dem Wehrwolf, dem Jungdeutschen Orden und anderen Organisationen, am 30.4.1933 verhaftet und "auf der Flucht erschossen".

34 Friedrich Suhr (1907-1946), 1932 SA-Obersturmbannführer, Adjutant im Stab der SA-Obergruppe IV, 1933 Eintritt in die NSDAP, Übertritt zur SS, Regierungsrat, 1938 SS-Hauptsturmführer im SD-Hauptamt, 1942 Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Tschernigow (UdSSR), 1943 in Shitomir, SS-Sturmbannführer, 1944 SS-Obersturmbannführer, juristischer Sachbearbeiter im Referat IV B 4 im Reichssicherheitshauptamt, dann SS- und Polizeiführer für das Elsaß, danach Kommandeur einer Kampfgruppe der Waffen-SS.

35 Arnold Portius (geb. 1879), 1927 Eintritt in die NSDAP, 1932 SA-Sturmbannführer, Stabsführer der SA-Gruppe V, 1937 SA-Oberführer, 1942 SA-Brigadeführer.

36 Bruno Loerzer (1891-1960), 1913 badischer Leutnant, 1914 Flugzeugführer, 1918 Kommandeur des Jagdgeschwaders 3, 1920 Abschied als Hauptmann, Tätigkeit in der litauischen Luftwaffe, 1932 SA-Sturmbannführer, Sturmbannführer z.b.V. im Stab von Hermann Göring, 1933 Eintritt in die NSDAP, Präsident des Deutschen Luftsportverbandes e. V., 1935 Oberst, 1936 Kommandeur der Fliegergruppe I/232 und Fliegerhorstkommandant in Bernburg, 1937 Kommodore des Jagdgeschwaders 334, 1938 Generalmajor, Inspekteur der Jagdflieger im Reichsluftfahrtministerium, 1939 Kommandeur der 12. (dann: 2.) Fliegerdivision, Kommandierender General des II. Fliegerkorps, 1940 General, 1943 Generaloberst, Chef des Luftwaffenpersonalamts im Reichsluftfahrtministerium, 1944 Chef der Personellen Rüstung und Nationalsozialistischen Führung der Luftwaffe, Versetzung in die Führerreserve.

Zur Verfügung der Obersten SA-Führung wird auf seinen eigenen Antrag gestellt:

Oberführer Walter *Schmidt*[37], unter Enthebung von seiner Dienststellung als Führer d[*er*] U[*nter*]Gr[*uppe*] Berlin-West (m[*it*] W[*irkung*] v[*om*] 1.1.[*19*]33).

Adolf *Hitler*

4. Januar 1933 Dok. 114
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bösingfeld[1]

Lippischer Kurier vom 5.1.1933, "Ueberfüllte Riesenkundgebungen in Bösingfeld und Detmold"[2].

Wenn keine inneren zwingenden Gründe vorgelegen hätten, wäre die Partei nie zu dem geworden, was sie heute ist.

Was uns ins Leben rief, das war eine Sehnsucht, die das deutsche Volk seit Jahrhunderten in sich trug.

Das Schicksal des einzelnen ist gebunden an das der Gesamtheit. Erst muß die politische und seelische Not des Volkes, dann erst kann die wirtschaftliche Not beseitigt werden. Unsere

37 Walter Schmidt (1886-1935), 1905 preußischer Leutnant, 1919 Übernahme in die Reichswehr, 1924 Abschied als Major, danach Tätigkeit als Kaufmann, 1932/33 MdL in Preußen, SA-Oberführer, Führer der SA-Untergruppe Berlin-West, 1934 SS-Sturmbannführer.

1 Im Festzelt, von 22.00 bis 23.00 Uhr. Vor Hitler, dessen Eintreffen sich um zwei Stunden herausgezögert hatte, sprachen der Stabsleiter der Politischen Organisation der NSDAP, MdR Robert Ley, SA-Gruppenführer Wilhelm Schepmann und der Gauleiter des Gaues Westfalen-Nord, MdL Alfred Meyer. In der Vorlage wird Bösingfeld als "die Wiege des Nationalsozialismus" in Lippe charakterisiert; 7.000-8.000 Personen hatten sich, trotz schlechten Wetters, in dem vollkommen überfüllten "Zeltkomplex", das aus sechs Einzelzelten zusammengebaut worden war, eingefunden.
Hitlers Privatsekretär Rudolf Heß hatte einer lippischen Delegation am 14.11.1932 in München mitgeteilt, daß Hitler vor der bevorstehenden Wahl des lippischen Landtags am 15.1.1933 höchstens auf drei Wahlkampfveranstaltungen als Redner auftreten wolle. Danach änderte sich jedoch Hitlers Bewertung. Am 17.12.1932 informierte Gauleiter Meyer seine Mitarbeiter in Münster über das Ergebnis seiner Besprechungen in Berlin: Hitler wolle nun "an zehn Abenden in sechzehn Massenversammlungen" sprechen, außerdem sei der Einsatz "aller namhaften Redner der Partei" geplant. Vgl. Arno Schröder, "Hitler geht auf die Dörfer...". Der Auftakt zur nationalen Revolution. Erlebnisse und Bilder von der entscheidenden Januarwahl 1933 in Lippe, Detmold 1938, S. 18 f., 64 ff.

2 Vgl. auch Lippische Post vom 5.1.1933, "Aus der Wahlbewegung. Hitler-Reden in Bösingfeld und Detmold"; Lippische Tages-Zeitung vom 5.1.1933, "Hitlerreden in Bösingfeld und Detmold"; VB vom 6.1.1933, "Lippe - ein Gradmesser des Kampfes um die deutsche Freiheit"; Volksblatt vom 7.1.1933, "SA auf den Knien vor Hitler". Ferner Schröder, Hitler, S. 128 ff.; Jutta Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe. Die Wahlkampfpropaganda der NSDAP zur Landtagswahl am 15. Januar 1933, München 1976, S. 318 ff.
Zum Verlauf der Veranstaltung vgl. auch den Bericht des *Volksblatts*: "*Als Hitler beim Rednerpult angekommen war, fielen die dort stehenden SA-Leute auf die Knie, wie zu einer Götzenanbetung,* und blieben einige Zeit in dieser erniedrigenden Haltung. Dann durften sie wieder aufstehen. Das ist symbolisch für die ganze Nazipolitik. Hitler, 'der Messias', der Oberosaf, als unumschränkter Herr und das Proletenvolk ihm zu Füßen, damit es näher dran ist, wenn es ihm die Füße lecken muß. So stellen sich die Nazis ihre Herrschaft vor. Was Hitler in seiner Rede erzählte, war recht belanglos. Beweihräucherung seiner eigenen Person und seiner Partei."

Bewegung hat die Aufgabe, für die gesamte deutsche Zukunft die Voraussetzung zu schaffen. Ob ich die Vollendung erlebe, ist nicht ausschlaggebend, sondern, daß ich den Mut gehabt habe, das Werk zu beginnen. (Stürmischer Beifall.)

Ich teile das Volk in drei große Klassen ein: In den Arbeiter der Faust[3], den Geistesarbeiter und zwischen ihnen beiden den Bauernstand. Der eine ist auf den anderen angewiesen. Der Arbeiter muß wieder den Weg zum Bürger finden und der Bürger den Weg zum Arbeiter. Die Mauern der Vorurteile und der Verachtung müssen niedergerissen werden. Das ist das Ziel der Bewegung[4]. Es kommt nicht darauf an, wer in der Wilhelmstraße[5] regiert, sondern, wer sich den deutschen Menschen erobert. Die Herren in der Wilhelmstraße lassen nicht freiwillig von dem, was ihnen nie gehörte. Das Volk aber wird ihnen eines Tages seinen Willen vorhalten. Wenn das deutsche Volk in seinem ganzen Handeln die Charakterzüge der Demokratie besäße, Sie wären dann vermutlich gar nicht hier. Dann wäre nie gekämpft, sondern immer verhandelt worden, man hätte sich immer unterworfen und es würde kein Volk mehr geben. Wenn das deutsche Volk den Geist der SA, den Geist des Trotzes und des Fanatismusses besäße, dann wäre es schon längst gesundet. Meine Gegner sind hochbetagte Politiker[6]. Sie sollen mich nicht kritisieren. Ich habe 13 Jahre lang gearbeitet. Was haben sie getan? Warum haben sie es

---

3 Bei dem Begriff "Arbeiter" handelte es sich um einen Zentralbegriff der nationalsozialistischen Ideologie. Ihre Wortführer versuchten schon früh, ihn unter dem Oberbegriff der "Schaffenden" auf möglichst viele soziale und berufliche Gruppen auszudehnen und damit den klassischen Begriff des Arbeiters, so wie ihn die Arbeiterbewegung definiert hatte, aufzubrechen. Bereits am 19.11.1920 sagte Hitler bei einer Rede in München: "Alle Schaffenden müssen sich zusammenschließen zur *Gruppe der deutschen* Arbeiter, ob Hand- oder Kopfarbeiter." Am 12.4.1922 erklärte er in München: "Man sieht genau ein: das Volk ist geschlagen, solange sich Kopf und Faust nicht findet. Denn weder Kopf noch Faust allein ist in der Lage, Widerstand zu leisten." In der Verbindung "Arbeiter der Stirn und der Faust" wurde diese bewußt egalisierende Formel zu einer häufig gebrauchten Wendung während der nationalsozialistischen Herrschaft. Vgl. Zitelmann, Hitler, S. 175 ff.; Berning, "Abstammungsnachweis", S. 15 f. Zitate: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 259 ff., hier S. 262; S. 607 ff., hier S. 618.

4 Außer der NSDAP repräsentierten von den damaligen deutschen Parteien faktisch nur Zentrum und DNVP alle sozialen Schichten, wobei die beiden letzteren ausgeprägte regionale Schwerpunkte und konfessionelle Grenzen besaßen. Vgl. Möller, Weimar, S. 102 ff.
Zur Sozialstruktur der damaligen NSDAP vgl. Kater, Nazi Party, S. 32 ff., 169 ff. sowie Jürgen W. Falter, War die NSDAP die erste deutsche Volkspartei? In: Michael Prinz und Rainer Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991, S. 21-47.

5 Vgl. Dok. 72, Anm. 10.

6 Vergleicht man das Alter Hitlers (* 20.4.1889) mit dem der Vorsitzenden der wichtigsten deutschen Parteien, so zeigt sich, daß Hitler - zum Teil mit Abstand - einer der jüngsten Parteivorsitzenden war: Alfred Hugenberg (* 19.6.1865), Otto Wels (* 15.9.1873), Hermann Dietrich (* 14.12.1879), Ludwig Kaas (* 23.5.1881), Eduard Dingeldey (* 27.6.1886), Ernst Thälmann (* 16.4.1886), Fritz Schäffer (* 12.5.1888). Tatsächlich war, verglichen mit der übrigen deutschen Parteienlandschaft, der Anteil an jungen Politikern innerhalb der NSDAP ungewöhnlich hoch, wie etwa die statistischen Erhebungen der Reichstagsverwaltung belegen: Die Gruppe der 30-40jährigen war allein bei NSDAP und KPD weit überrepräsentiert - von insgesamt 107 nationalsozialistischen Abgeordneten gehörten 63, von 77 kommunistischen Abgeordneten 47 dieser Altersgruppe an; acht Abgeordnete der KPD waren sogar unter 30 Jahre, bei der NSDAP waren es neun. Alle übrigen großen Parteien besaßen ihren Altersschwerpunkt bei der Gruppe der 50-60jährigen, quantitativ meist knapp gefolgt von der Gruppe der 40-50jährigen. SPD: 51, bzw. 49 Abgeordnete; Zentrum: 28, bzw. 22 Abgeordnete; DNVP: 21, bzw. 10 Abgeordnete, DVP: 15, bzw. neun Abgeordnete, ebenso Wirtschaftspartei, Deutsches Landvolk, BVP und DStP. Vgl. Kürschners Volkshandbuch, Deutscher Reichstag 1930. Hrsg. von Hermann Hillger, Berlin 1930, S. 10; Wolfgang R. Krabbe (Hrsg.), Politische Jugend in der Weimarer Republik, Bochum 1993 sowie Dok. 3, Anm. 4.

nicht besser gemacht? Warum haben sie ihre Aufgaben nicht gelöst? Mit Halbheiten erreicht ein Mensch weder das Himmelreich noch das irdische Leben. Ich habe meine Zeit seit 1914 nur im Kampfe zugebracht[7] oder im Gefängnis für Deutschland[8]. Ich könnte es heute bequemer haben, wenn ich am 13. August ja gesagt hätte[9].

Die Herren haben sich unerhört in uns getäuscht. Wenn ich mich für ein Linsengericht verkaufen wollte[10]*, dann hätte ich es längst tun können. Glaubt man wirklich, daß ein Mann, der jedem Augenblick dem Tode ins Auge sehen muß, sich verkauft! Was mich erfüllt, ist einzig das Streben nach der Macht.*

Was Gutes an den Programmen der jetzigen Herren ist, das haben sie uns geklaut[11]. Das ist die Eigenart dieser Herrschaften. Die Regierung Schleicher wird genau dort enden, wo die frühere Regierung endete[12]. Sie wird nichts für die Not tun können [*sic!*]. Das kann man nicht durch Notverordnungen besorgen[13]. Wir müssen heute den Weg der Wahlen gehen, weil es der einzig legale Weg ist. Sie sagen, jetzt müssen wir schon wieder wählen[14]. Ist es Ihnen ein Opfer, zur Wahl zu gehen, dann schweigen Sie und jammern Sie nicht.

Wir werden den Kampf um die deutsche Freiheit niemals aufgeben. Daß man mich zur Kapitulation bringt? Niemals!

Laßt sie ruhig den Reichstag wieder auflösen. Auch wenn nicht gewählt wird, führen wir den Kampf weiter. Unser Ziel ist, das deutsche Volk zu besitzen.

Wenn ich heute die Wahl hätte, Reichskanzler zu werden und keine Arbeiter mehr erobern könnte, oder wenn ich wüßte, daß ich weitere 5 Millionen deutsche Arbeiter zu uns herüberziehen könnte, wenn ich auf den Reichskanzlerposten verzichtete, dann würde ich sagen: "Behaltet die Regierung, ich greife nach dem Volke." (Stürmischer Beifall.)

Und das Ende wird doch der Erfolg sein, und dieses Ideal wird doch siegen. Es gibt andere als mechanische Gesetze, nämlich die des Idealismus und Fanatismus. In 10 Jahren werden unsere Gegner sich gebeugt haben oder nicht mehr sein. Weil ich an das deutsche Volk glaube, wird auch unsere Bewegung siegen. Wir wollen auch hier in Lippe wieder eine Stufe weiter bauen[15]*!*

---

7 Vgl. Dok. 28, Anm. 13 und 14 sowie Dok. 107, Anm. 6.

8 Hitler war nicht nur nach seinem gescheiterten Putschversuch in der Zeit vom 11.11.1923 bis 20.12.1924 inhaftiert gewesen (vgl. Dok. 52, Anm. 12); bereits am 12.1.1922 war er wegen Landfriedensbruchs zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, da Angehörige der NSDAP am 14.9.1921 eine öffentliche Versammlung des Bayernbundes in München gesprengt hatten. Einen Teil der Haftstrafe verbüßte Hitler in der Zeit vom 24.6. bis 27.7.1922 in der Strafanstalt München-Stadelheim, der Rest der Strafe wurde ihm erlassen. Vgl. Ernst Deuerlein, Hitler. Eine politische Biographie, München 1969, S. 57 f.

9 Gemeint sind die Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932. Vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169.

10 Vgl. Dok. 107, Anm. 61.

11 Vgl. Dok. 78, Anm. 13.

12 Vgl. Dok. 78, Anm. 12 sowie Dok. 67, Anm. 6.

13 Vgl. Dok. 5, Anm. 3 und Dok. 15, Anm. 8.

14 1932 fanden auf Reichsebene am 13.3. und 10.4. der erste und der zweite Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl statt, am 31.7. und am 6.11. wurde ein neuer Reichstag gewählt. Landtags- bzw. Bürgerschaftswahlen waren am 13.3. in Mecklenburg-Strelitz, am 24.4. in Anhalt, Bayern, Hamburg, Preußen und Württemberg, am 29.5. in Oldenburg, am 5.6. in Mecklenburg-Schwerin, am 19.6. in Hessen, am 31.7. in Thüringen und am 13.11. in Lübeck. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, passim.
Zur damaligen Diskussion über bevorstehende Neuwahlen vgl. Dok. 115, Anm. 14.

4./5. Januar 1933 Dok. 115
Rede auf NSDAP-Versammlung in Detmold[1]

Lippische Landeszeitung vom 5.1.1933, "Adolf Hitler in Detmold"[2].

Hitler führte u. a. aus: Fast 14 Jahre dauert das Regiment der Parteien, die einst im November 1918 versprochen hatten, Deutschland einer besseren Zukunft entgegenzuführen[3]. Damals wurde die nationalsozialistische Bewegung ins Leben gerufen als bewußter Protest gegen diese Versprechungen und Ankündigungen[4]. Damals gab es in Deutschland wenige Menschen, die entweder die Dinge klar sahen oder die sich zu einem klaren Entschluß durchzuringen vermochten. Die große Mehrzahl hatte wohl die Empfindung, einen Krieg verloren zu haben[5], aber kein Verständnis für die ungeheure politische Katastrophe. Es spielte sich damals das ab, was wir immer wieder im Völkerleben feststellen können: Die Menschen haben kein richtiges Verständnis für politische Katastrophen. Erst wenn sich die politische Katastrophe in eine wirtschaftliche umwandelt, dann beginnt die breite Masse aufmerksam zu werden. Dann beginnt sie sich mit den Problemen der Zeit zu beschäftigen. Allerdings fühlen sie zumeist nur die Not, von der sie persönlich erfaßt werden. Alle haben an eine Partei geglaubt, die gerade ihre Interessen zu vertreten vorgab, und alle sind enttäuscht worden. Die wenigsten wollen einsehen, daß die wirtschaftliche Katastrophe nur die zwangsläufige Folgeerscheinung einer politischen

15 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Festzelt auf dem Kronenplatz, von 0.15 Uhr bis 1.00 Uhr. An der - trotz schlechten Wetters - überfüllten Versammlung, die der Ortsgruppenleiter der NSDAP in Detmold, Friedrich Grüttemeyer, offiziell um 20.30 Uhr eröffnet hatte, nahmen etwa 5.000 (*VB*: "weit über 10.000") Personen teil. Bis zu Hitlers Eintreffen sprachen der Fraktionsführer der NSDAP im preußischen Landtag, Wilhelm Kube, der Gauleiter des Gaues Süd-Hannover-Braunschweig, MdR Bernhard Rust, sowie der Gauleiter des Gaues Westfalen-Nord, Alfred Meyer.
Vgl. auch den Kommentar der *Lippischen Tages-Zeitung* vom 6.1.1933: "Es hat Menschen gegeben, die die Lammesgeduld bewundert haben, mit der die Besucher der Kundgebungen in Bösingfeld und Detmold die allzu große Verspätung hingenommen haben, mit der Hitler in beiden Orten erschien. Als er endlich da war [...] fiel die sichtliche Ermüdung auf, mit der Hitler den ersten Teil seiner Ausführungen absolvierte. Wir sprachen gestern schon von einer zutage getretenen *Resignation*. Diese bezog sich sowohl auf die Form als auch auf den Inhalt seiner Rede. Wer wie der Schreiber dieser Zeilen Hitler im Frühjahr 1925 in München - unmittelbar nach seiner damaligen Entlassung aus der Festung Landsberg - gehört hatte, mußte erstaunt sein über die Wandlung der Führers der NSDAP. Der Empfang, der ihm in Detmold bereitet wurde, bewies zum mindesten, daß der Nimbus um Hitler, dessen sich dieser sehr bewußt zu sein scheint, sein stärkster Aktivposten ist, wenigstens in bezug auf seine Tätigkeit als Volksredner. Wie er heute das Ziel seiner Arbeit immer mehr in die Ferne rückt, wie er es versteht, die Zuhörer trotzdem zu faszinieren, das ist sein Geheimnis."

2 Vgl. auch Der Angriff vom 5.1.1933, "Adolf Hitler in Detmold. Wir stehen zum Endkampf bereit"; Lippische Post vom 5.1.1933, "Aus der Wahlbewegung. Hitler-Reden in Bösingfeld und Detmold"; Lippische Tages-Zeitung vom 5.1.1933, "Hitlerreden in Bösingfeld und Detmold"; Lippischer Kurier vom 5.1.1933, "Adolf Hitler in der einstigen Residenz"; Volksblatt vom 5.1.1933, "Hitler hofft auf ein Wunder"; Lippische Tages-Zeitung vom 6.1.1933, "Gedanken zur Hitlerrede"; VB vom 6.1.1933, "Lippe - ein Gradmesser des Kampfes um die deutsche Freiheit". Ferner Schröder, Hitler, S. 134 ff. (im Anhang verschiedene Fotos); Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 320 ff., zur Überlieferung S. 324, Anm. 3.

3 Vgl. Dok. 76, Anm. 6 und 7.

4 Vgl. Dok. 77, Anm. 9 sowie Dok. 10, Anm. 15.

5 Zur Bewertung und Verarbeitung des verlorenen Ersten Weltkriegs durch die deutsche Öffentlichkeit vgl. Heinemann, Niederlage.

Katastrophe war. Das Jahr 1918 vollzog nur, was innerlich schon längst reif zum Vollzuge [*sic!*] war[6].

Alle Versuche, die deutsche Not am einzelnen, am Kleinen zu meistern, mußten versagen. Die Meisterung der Not gelingt immer nur dann, wenn die Erfassung des deutschen Menschen möglich wurde. Auch unserer Zeit ist diese Aufgabe gestellt.

Mit leichten Versprechungen kann man keine Not beseitigen.

Es gehört dazu ein In-Sich-Hineingehen [*sic!*]. Man muß heute den Mut haben, die jahrhundertealten Vorurteile unserer Standes- und Klassenzerrissenheit zu bekämpfen[7]. Es mag schwer sein, aber es ist die Aufgabe der Zukunft. Die nationalsozialistische Bewegung kämpft dafür, daß die Geschlechterfolge nicht abreißt und daß das deutsche Volk aus eigener Kraft sein Leben zu erhalten vermag, nicht nur jetzt, sondern in aller Zukunft. Eine solche Bewegung wird ihr Ziel nicht darin sehen, eine Regierung zu markieren [*sic!*]. Ihre letzte Aufgabe ist die Gewinnung des Menschen. Rasse, Volk und Boden, das sind die ewigen Quellen, aus denen sich das Leben eines Volkes aufbaut. Wenn mir jemand sagt: Sie haben 1932 versagt[8], dann antworte ich: Sie denken aus Ihrer bürgerlichen Partei-Mentalität heraus. Sie meinen, man müsse auf jeden Fall versuchen, Minister zu werden. Das ist gut, wenn man sein Werk glaubt damit vollenden zu können [*sic!*], aber *belanglos*, wenn man *weiß*, daß man sein Werk dadurch *schädigt.*

Wenn mir jemand die Wahl läßt, Reichskanzler zu werden oder neue Menschen zu gewinnen, dann wähle ich das letztere. Entscheidend für die deutsche Zukunft ist, daß Millionen wieder einen neuen Glauben bekommen. Wir ringen um das Dorf[9]*, die Stadt, das Land und das Reich. Wer das Volk nicht erobert, der versperrt sich jede Straße, auch die Wilhelmstraße*[10]. *Ich habe die Regierungsangebote deshalb ausgeschlagen, weil ich nicht gewillt bin, meine Bewegung hinzugeben für einen Titel ohne Macht. Nicht weil ich die Verantwortung scheue. Ich lehne es auch ab, von hintenherum zur Macht zu kommen*[11]. Die Fähigkeit dazu habe ich nicht, und ich will sie auch gar nicht lernen. *Was gut ist an unserem Gedanken, das hat man uns geklaut*[12], *und was man uns geklaut hat, ist unter jeder Kanone.* Wenn ich heute die Rundfunkreden höre[13], dann frage ich mich immer: Hast Du das alles 10 Jahre lang gesagt oder hat das Herr

---

6 Vgl. Dok. 83, Anm. 30.

7 Vgl. Dok. 114, Anm. 4.

8 Gemeint sind die Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932 (vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169) und nach der Reichstagswahl vom 6.11.1932 (vgl. Dok. 65-70, 74).

9 Die Tatsache, daß Hitler in Thüringen und in Lippe wieder in kleinstädtischen und ländlichen Gebieten auftrat, wurde von seinen Gegnern als Hinweis auf den bevorstehenden Niedergang der NSDAP gewertet. Das lippische *Volksblatt* schrieb am 30.12.1932: "Dieses Massenaufgebot der ersten Rednergarnitur ist das Eingeständnis der Schwäche der lippischen Nazis. Hitler selbst backt in Lippe noch kleinere Brötchen als in Thüringen. Hier geht er sogar auf die Dörfer, [...]." Vgl. Schröder, Hitler, S. 97 ff., Zitat S. 102.

10 Vgl. Dok. 72, Anm. 10.

11 Vgl. jedoch Dok. 116, Dok. 126, Anm. 9, Dok. 133, 134, Dok. 143, Anm. 17, Dok. 144, Anm. 6, Dok. 146, Anm. 9, Dok. 147, Anm. 3.

12 Vgl. Dok. 78, Anm. 13.

13 Gemeint sind die Rundfunkreden, mit denen Reichskanzler von Schleicher am 15.12. sein Regierungsprogramm und der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung Günther Gereke am 23.12.1932 sein Sofortprogramm zur Arbeitsbeschaffung vorstellten. Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Schleicher, Dok. 25, 36.

von Schleicher gesagt? Wenn man uns droht, den *Reichstag aufzulösen*[14], dann sagen wir: Bitte sehr, löst nur so lange auf, wie ihr wollt[15]. Und wenn wir auch einige Prozente verlieren[16]. Wesentlich ist, daß die letzten Prozente, die in Deutschland die Geschichte machen, wir sind. Wenn man mir weiter sagt: *Die Massen würden müde*, so glaube ich das nicht. Was gut ist in unserem Volke, wird nicht müde. *Daß Wunder in Deutschland geschehen, weiß ich.* Es ist nur eine Frage der inneren Würdigkeit eines Volkes. Unsere Stunde wird kommen. Und wenn die Gegner sagen, die Bewegung gehe zurück[17], dann sage ich: Die Welle kommt wieder. Am Ende wird die Gradlinigkeit unseres Kampfes doch das Ziel erreichen. Dann werden die Länderwahlen später als nichts anderes mehr gelten als *Marksteine*[18] *in der Erhebung der deutschen Nation*[19].

---

14 Eine Auflösung des Reichstags oder gar seine längere Beurlaubung war während der Amtszeit der Kabinette Papen und Schleicher ständig im Gespräch; mit der Reichstagswahl vom 6.11.1932 mußten die Nationalsozialisten jedoch einsehen, daß sie ihren Zenit erst einmal überschritten und das Potential ihrer Wähler ausgereizt hatten. Nachdem sich der Reichstag in seiner letzten Sitzung am 9.12. auf unbestimmte Zeit vertagt hatte, entschied der Ältestenrat am 4.1. über seine Einberufung. Während die Vertreter aller Parteien schließlich dem Vorschlag des Zentrums zustimmten, den Reichstag zum 24.1. einzuberufen, schlugen die Vertreter der NSDAP statt dessen vor, die Entscheidung hierüber dem Reichstagspräsidenten Göring zu überlassen. Mit ihrer Verzögerungstaktik versuchte die NSDAP Zeit zu gewinnen und eine Neuwahl des Reichstags vorerst zu verhindern, da SPD und KPD bereits bei der nächsten Reichstagssitzung einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung von Schleicher einbringen wollten. Am 20.1. beschloß der Ältestenrat, die Einberufung des Reichstags auf den 31.1. zu verschieben. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. VII. Wahlperiode 1932, Bd. 455, Stenographische Berichte, Berlin 1933, S. 110 f.; Turner, Hitlers Weg, S. 54 ff., 109; Ferner Berliner Tageblatt vom 5.1.1933 (MA), "24. Januar Reichstag"; Frankfurter Zeitung vom 5.1.1933 (2. MA), "Schleicher, Straßer, Hitler"; Vossische Zeitung vom 5.1.1933, "Reichstag am 24. Januar". Ferner Dok. 84, Anm. 3.

15 Hitler hatte am 4.1. von Papen selbst erfahren, daß "Schleicher [...] keine Auflösungsorder" für den Reichstag vom Reichspräsidenten erhalten würde, zumindest vorläufig. Hitler konnte deshalb darauf vertrauen, daß diese Forderung für ihn folgenlos bleiben würde. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 332.

16 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.

17 Vgl. Dok. 107, Anm. 52.

18 In der Vorlage: "Merksteine".

19 Über die Wirkung von Hitlers Rede schrieb die *Lippische Tages-Zeitung* am 5.1.1933: "Seine Ausführungen zeigten manchmal seine eigene innere Erregung und wurden erst im letzten Abschnitt von Beifall unterbrochen." Es war Teil von Hitlers Selbstdarstellung, wenn er auch während des lippischen Wahlkampfs persönliche Kontakte nach Möglichkeit zu vermeiden suchte. Auf das Angebot von Gauleiter Meyer war er deshalb gern eingegangen, der ihm und seinem Stab die Möglichkeit vermittelt hatte, sich während des Wahlkampfs auf die einsam gelegene Grevenburg zurückziehen zu können. Diese alte Wasserburg im Besitz von Adolf Frhr. von Oeynhausen-Grevenburg lag direkt an der Grenze zu Lippe, in der Nähe von Steinheim (Kreis Höxter); sämtliche Orte in Lippe - mit 1.215 qkm eines der kleinsten deutschen Länder - ließen sich von hier aus schnell erreichen, so daß Hitlers ebenso rasches Auftauchen wie Verschwinden dem Wahlvolk das Gefühl seiner quasi übernatürlichen Omnipräsenz suggerierte. Der nationalsozialistische Reichspressechef Otto Dietrich schrieb hierüber später: "Das Hauptquartier aber hatten wir während dieses Wahlkampfes auf einer der ältesten und schönsten Wasserburgen des Landes aufgeschlagen. An jedem Abend gegen 6 Uhr verließen wir die Burg, um ins Land hinauszuziehen, zu zwei oder drei Versammlungen das Land zu durchqueren. Um Mitternacht oder noch später kehrten wir in unser Burgidyll zurück. Es war uns gelungen, dieses herrliche Quartier vor der ganzen Öffentlichkeit streng geheimzuhalten. Keine journalistische Spürnase entdeckte uns, kein Reporter fand unsere Fährte. Wir kamen an, und wir verschwanden wieder; kein Mensch wußte, woher und wohin. Wenn unsere Wagen durch die enge Einfahrt in dem romantisch umbauten, von Efeu umrankten Hof dieses Schlosses angekommen waren, dann genossen wir noch mit dem prächtigen Hausherrn und seiner gastlichen Gemahlin eine stille, geruhsame Stunde am flackernden Kaminfeuer. Solche Stunden der beschaulichen Unter-

5. Januar 1933 Dok. 116
Erklärung

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 7.1.1933, "Gegen Kombinationen".

Gegenüber unrichtigen Kombinationen [1], die in der Presse über das Zusammentreffen Adolf Hitlers mit dem früheren Reichskanzler von Papen vielfach verbreitet werden [2], stellen die Unterzeichneten fest, daß die Besprechung sich ausschließlich mit den Fragen der Möglichkeit einer großen nationalen politischen Einheitsfront befaßt hat und daß insbesondere die beiderseitigen Auffassungen über das zur Zeit amtierende Reichskabinett im Rahmen dieser allgemeinen Aussprache überhaupt nicht berührt worden sind [3].

gez. Adolf Hitler [4]

gez. von Papen [5]

---

haltung und Erholung waren eine Seltenheit in unserem gehetzten Dasein. Um so mehr wußten wir sie zu schätzen." Vgl. Dietrich, Mit Hitler in die Macht, S. 173 ff., hier S. 175 f. Ferner Schröder, Hitler, S. 166; Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 250.

1 Obwohl sich die Organisatoren und Teilnehmer der "Kölner Besprechung" um strengste Geheimhaltung bemüht hatten, waren bereits im Vorfeld erste Gerüchte in der Presse erschienen. Vor allem aber hatte Hans Zehrer, Chefredakteur der Schleicher nahestehenden *Täglichen Rundschau*, von dem Treffen erfahren: Ihm gelang es, durch zwei vor Schroeders Villa postierte Reporter, darunter einen Fotografen, die Besprechung zumindest im Bild zu belegen. Die bereits tags darauf erscheinende Schlagzeile: "Hitler und Papen gegen Schleicher", wirkte - so die *Germania* am 8.1.1933 - "wie der berühmte Stich in einen Ameisenhaufen" und gab Anlaß zu wilden Spekulationen, die freilich eher die Phantasie anregten, als daß sie den eigentlichen Zweck der Unterredung offenlegten. Vgl. Kissenkoetter, Straßer, S. 191, 205 ff.; Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Schleicher, Dok. 54, Anm. 6; Ebbo Demant, Von Schleicher zu Springer. Hans Zehrer als Politischer Publizist, Mainz 1971, S. 104 ff. sowie in diesem Band Dok. 112, Anm. 11.
Zu den Gerüchten in der Presse vor dem 4.1. vgl. etwa Der Jungdeutsche vom 3.1.1933, "Hitler schwenkt zu Papen"; Der Angriff vom 3.1.1933, "Haltlose Kombinationen: Keine Unterredung Hitler-Papen".

2 Vgl. etwa Berliner Tageblatt vom 5.1.1933 (AA), "Hitler und Papen gegen Schleicher"; vom 6.1.1933 (AA), "Was war in Köln?"; Deutsche Allgemeine Zeitung vom 6.1.1933 (MA), "Die Aussprache v. Papen-Hitler"; Deutsche Tageszeitung vom 6.1.1933, "Wir bemerken: Unterredung von Papen-Hitler"; vom 7.1.1933, "Wir bemerken: Die Kölner Konferenz"; Frankfurter Zeitung vom 5.1.1933 (2. MA), "Schleicher, Straßer, Hitler"; vom 6.1.1933 (2. MA), "Die Unterredung Hitler - Papen"; Germania vom 6.1.1933, "Hitler geht zu Papen. Eine geheime Aussprache der Gegner von gestern in Köln"; vom 7.1.1933 "Die Kulissengespräche"; Der Jungdeutsche vom 6.1.1933, "Also doch Hitler-Papen!"; vom 7.1.1933, "Die Unterredung v. Papen-Hitler: Im Hintergrund die Industrie"; Kreuz-Zeitung vom 6.1.1933, "Gespräche hinter den Kulissen"; Münchner Neueste Nachrichten vom 7.1.1933, "Sensationen um politische Gespräche"; Die Rote Fahne vom 6.1.1933, "Geheime Verhandlungen Hitler-Papen bei rheinischen Bankfürsten!"; vom 7.1.1933 "Hitler proklamiert Einheitsfront mit Papen!"; vom 8.1.1933, "Hitler läßt Papens Feinde ermorden"; Tägliche Rundschau vom 5.1.1933, "Hitler und Papen gegen Schleicher!"; Vorwärts vom 5.1.1933 (AA), "Straßer bei Schleicher und Papen bei Hitler"; vom 6.1.1933 (MA), "Hitler beim Herrenklub. In flagranti ertappt"; Vossische Zeitung vom 5.1.1933 (AA), "Gespräche hinter den Kulissen"; vom 6.1.1933 (MA), "Hitler klopft an die Hintertüren"; Die Welt am Montag vom 9.1.1933, "Das braune Haus liegt an der Ruhr. Hochzeit mit der Hochfinanz. Hitler beim raffenden Kapital gelandet".

3 Am 16.12.1932 hatte Franz von Papen beim Jahresessen des *Deutschen Herrenklubs* in Berlin den Mitinhaber des Kölner Bankhauses J. H. Stein, Kurt Frhr. von Schroeder, darauf hingewiesen, daß er noch immer das volle Vertrauen des Reichspräsidenten genieße; von seinem Nachfolger könne man dies nicht behaupten. Inzwischen seien - so Papen - Schleichers Intrigen gegen ihn, wie auch gegen seine Kontaktaufnahme mit Hitler in vollem

5. Januar 1933 Dok. 117
Rede auf NSDAP-Versammlung in Leopoldshöhe[1]

Lippischer Kurier vom 6.1.1933, "Triumphaler Siegeszug Adolf Hitlers durchs Lipperland"[2].

Auf historischem Boden erinnert Adolf Hitler in seinen Ausführungen an das erste gemeinschaftsbewußte, schlagkräftige und erfolgreiche Auftreten der deutschen Nation unter Hermann

---

Umfang bekannt geworden. Er halte es deshalb für sinnvoll, Hitler hierüber ins Bild zu setzen und mit ihm einmal "über die weitere politische Gestaltung zu sprechen". Nachdem dieses Angebot Hitler über seinen Wirtschaftsberater, den Chemiefabrikanten Wilhelm Keppler, erreicht hatte, wurde - wieder über den Mittelsmann Keppler - für den 4.1. zwischen 10.00 und 10.30 Uhr ein Treffen bei Schroeder vereinbart. An der zweistündigen Besprechung mit Hitler nahmen lediglich Papen und Schroeder teil, die abweichend hierüber berichtet haben. Glaubwürdig erscheint jedoch allein der Bericht Schroeders, der mit Aussagen Hitlers und denen aus seinem Umkreis übereinstimmt. Demzufolge wiederholte Papen zunächst seine Darstellung vom 16.12., um dann Hitler die *gemeinsame* Leitung einer Koalitionsregierung aus NSDAP, DNVP und konservativen Parteien vorzuschlagen. Obwohl Hitler auf dem Amt des Reichskanzlers beharrte, einigte er sich mit Papen darauf, die Gespräche über eine gemeinsame Regierungsbildung fortzusetzen, in der Erkenntnis, daß sie einander ergänzen konnten: Papen verfügte über Einfluß beim Reichspräsidenten, Hitler über eine Massenpartei. Vgl. Axel Kuhn, Die Unterredung zwischen Hitler und Papen im Haus des Barons von Schröder. Eine methodisch-systematische Quellenanalyse mit dem Ziel, Möglichkeiten und Grenzen der Geschichtswissenschaft anzudeuten. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 24 (1973), S. 709-722; Heinrich Muth, Das "Kölner Gespräch" am 4. Januar 1933. In: Ebenda 37 (1986), S. 463-480, 529-541; Turner, Großunternehmer, S. 377 ff; ders., Hitlers Weg, S. 56 ff.; Petzold, Papen, S. 134 ff. sowie Dok. 112, Anm. 11.

4 Außer diesem Dementi veröffentlichte die *Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz* am 5.1.1933 ("Zusammentreffen Adolf Hitlers mit Herrn v. Papen") folgende kurze Meldung: "Auf der Durchreise des Führers nach Lippe fand gestern im Hause eines Freundes der NSDAP in Köln eine kurze Begegnung Adolf Hitlers mit dem früheren Reichskanzler von Papen statt. Es handelte sich lediglich um eine zwanglose Unterhaltung über die politischen Vorgänge der letzten Wochen." Tags darauf veröffentlichte der *VB* einen Kommentar ("Zum Zusammentreffen Adolf Hitlers mit Papen"), demzufolge Hitler überhaupt nicht die Absicht besitze, "sich mit den *Vertretern einer Politik* 'zusammenzutun', die er als *sachlich falsch* erkannt hat".

5 Papen gab in dieser Angelegenheit den *Düsseldorfer Nachrichten* ein Interview und publizierte am 5.1. noch eine weitere Presseerklärung: "Anläßlich meiner Reise nach Düsseldorf zu meiner Mutter habe ich mit Herrn Hitler eine *politische Aussprache* in Köln gehabt. Wie mir mitgeteilt wird, knüpft ein Teil der Berliner Presse an die Meldung hierüber Kommentare, die frei erfunden sind, so insbesondere die Darstellung, als ob die Unterredung mit Herrn Hitler eine Spitze gegen den Reichskanzler oder die gegenwärtige Regierung gehabt habe. Das *Gegenteil* ist der Fall. Die Aussprache hat sich ausschließlich um die Lösung der Frage gedreht, der schon die Arbeit des letzten Halbjahres gewidmet war, der Frage der *Eingliederung der NSDAP* in eine nationale Konzentration." Am 9.1. veröffentlichte die Reichsregierung ein Kommuniqué über den Empfang Papens bei Reichskanzler von Schleicher. Diese Aussprache habe "die völlige Haltlosigkeit" der Behauptungen ergeben, welche die Presse über die Zusammenkunft zwischen Hitler und Papen am 4.1. verbreite. Zur Überlieferung vgl. Anm. 2.

1 Im Festzelt, das man an den Saal des Gasthof *Heckewerth* angebaut hatte, nachts. An der Versammlung, die um 19.30 Uhr begann, nahmen etwa 5.000 Personen teil. Vor Hitler sprachen MdL Wilhelm Meinberg (Unna) und der Gauleiter des Gaues Magdeburg-Anhalt, Wilhelm Friedrich Loeper; Hitlers Rede dauerte etwa eine Stunde.
Vgl. auch den Kommentar des *Volksblatts*: "*In Leopoldshöhe* erzählte Hitler recht viel von sich selbst. Es ist schwer zu sagen, wie oft er sagte: 'Ich'. Aber er hat sich offenbar selbst sehr gern. Das ganze Volk will er erziehen. Und das Volk läßt sich doch soo schwer erziehen. Übrigens, warum ist Hitler dann nicht Schulrat geworden? Die Klassen im Volk will er überwinden und eine große Gemeinschaft schaffen. Arbeiter und Kapitalisten, Angestellte und Fabrikanten, alles in einen Topf. Darum hat er extra die 'Arbeiterpartei' gegründet, darum verhandelt er auch jetzt mit den Vertretern des *Herrenklubs*."

dem Cherusker gegen die römische Zwangsherrschaft[3]. Innere Zersplitterung und Kraftvergeudung hätten zu jeder Zeit dem deutschen Volke schwere Wunden geschlagen[4]. Die nationalsozialistische Volksgemeinschaft[5] werde diesem Zustand ein Ende setzen.

Immer wieder sehen wir von diesem historischen Boden aus die Entwicklung, daß durch Überwindung der Zerrissenheit Macht ausstrahlte. Deutschland ist in Not und Elend zerfallen, weil es politisch zerfiel. Will ich diese Not beseitigen, muß ich hier beginnen.

Ich glaube an den Sieg unserer Bewegung, weil ich an eine deutsche Zukunft glaube!

Die Regierungen von heute haben Projekte und Pläne[6], aber nicht die Kraft, sie zu verwirklichen. (Stürmischer Beifall.) Ich habe umgekehrt die Voraussetzungen geschaffen und die Waffe für die deutsche Zukunft geschmiedet.

Der hat die Zukunft, der das Volk gewinnt und neu gestaltet!

Die Tagesfragen werden mit entschieden durch das Schicksal der Gesamtnation.

Entweder wird Deutschland auferstehen oder immer mehr verelenden!

Was bedeutet im Völkerleben, im Kampf ein Rückschlag, wenn man sein Ziel im Auge behält und starr verfolgt! Man muß den Entschluß aufbringen, sein Werk zu vollenden.

Am Ende wird sich zeigen, wo die Kraft steht.

Jeder erfolglose Versuch, die Bewegung zu sprengen durch innere Spaltung, erweist aufs neue die Härte und eiserne Geschlossenheit unserer Gemeinschaft. Man lud uns in die Regie

---

2 Vgl. auch Der Angriff vom 6.1.1933, "Der Führer in Leopoldshöhe und Oerlinghausen"; Lippische Post vom 6.1.1933, "Hitler-Versammlungen in Oerlinghausen u. Leopoldshöhe"; Lippische Landeszeitung vom 7.1.1933, "Hitler in Leopoldshöhe"; Volksblatt vom 7.1.1933, "SA auf den Knien vor Hitler"; VB vom 7./8.1.1933, "Die lippesche Regierung antwortet mit verzweifelten Demonstrationsverboten". Ferner Schröder, Hitler, S. 142 ff.; Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 330 f.

3 Seit dem Jahr 12 v. Chr. versuchten römische Truppen die germanischen Stämme rechts des Rheins zu unterwerfen; von ihren Winterquartieren am Rhein und im nördlichen Alpenvorland konnten sie aber nur einzelne expeditionsähnliche Operationen nach Osten vortragen, so daß die politischen Verhältnisse in Germanien ungeklärt blieben. Als im Herbst 9 n. Chr. der römische Legat in Germanien, P. Quinctilius Varus, mit drei Legionen, drei Alen und sechs Hilfs-Kohorten aus dem Sommerlager an der Weser zum Winterlager am Rhein zurückmarschierte, lockte ihn der Cheruskerfürst Arminius, nominell ein Verbündeter Roms, in unwegsames Gelände, wo eine Allianz germanischer Stämme die gesamte römische Heeresgruppe (25.000 Mann) vernichtete. Der römische Herrschaftsbereich war damit endgültig auf seine rheinischen Ausgangsstellungen zurückgeworfen. Neueste archäologische Funde haben diese dreitägige Entscheidungsschlacht im "saltus Teutoburgiensis" bei dem heutigen Dorf Kalkriese, nördlich von Osnabrück lokalisiert. Vgl. Karl Christ, Zur augusteischen Germanienpolitik. In: Ders.: Römische Geschichte und Wissenschaftsgeschichte, Bd. I, Darmstadt 1982, S. 183-239; Wolfgang Schlüter (Hrsg.), Römer im Osnabrücker Land. Die archäologischen Untersuchungen in der Kalkrieser-Niewedder Senke, Bramsche 1991; Rainer Wiegels/Winfried Woesler (Hrsg.), Arminius und die Varusschlacht. Geschichte, Mythos, Literatur, Paderborn 1995.

4 Vgl. in diesem Zusammenhang den Kommentar des *Volksblatts* zur Hitler-Rede in Detmold tags zuvor: "Vor Hitler sprach *Kube*. Er mußte die Rede des Führers vorbereiten und schilderte Hitler als den *'Cherusker unserer Zeit'*. Wäre Hermann der Cherusker ebenso vor den Entscheidungen ausgewichen, wie es Hitler tut, dann säßen vielleicht die Römer heute noch in Lippe." Vgl. Volksblatt vom 5.1.1933, "Hitler hofft auf ein Wunder". Ferner Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 226 ff.

5 Vgl. Dok. 76, Anm. 9.

6 Anspielung auf die Rundfunkreden, mit denen der neue Reichskanzler von Schleicher am 15.12. sein Regierungsprogramm und der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung Günther Gereke am 23.12.1932 sein Sofortprogramm zur Arbeitsbeschaffung vorstellten. Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Schleicher, Dok. 25, 36.

rung ein[7], nicht damit die Bewegung ihr Ziel erreicht, sondern damit die andern trotz der Bewegung ihr Ziel erreichen.

Den Weg von hintenherum gehe ich nicht, sondern trete frei und offen vor das Volk[8]. Die Herren im Kabinett aber werden gegen uns verlieren! Wir kämpfen immer und überall, an jedem Platz zu jeder Stunde!

Was jetzt ist, das ist nicht die deutsche Erhebung, sondern der Versuch, die deutsche Erhebung zu mißbrauchen.

Es kommt ein Reich, aus der Kraft dieser Bewegung heraus geboren, und die Zeichen dieses kommenden Reiches werden die Zeichen dieser Bewegung sein[9]*!*

5. Januar 1933 Dok. 118
Rede auf NSDAP-Versammlung in Oerlinghausen[1]

Lippische Landeszeitung vom 7.1.1933, "Hitler in Oerlinghausen"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 117[3].

---

7 Zu den Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932 vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169; im Anschluß an die Reichstagswahl vom 6.11.1932 vgl. Dok. 65, 67-70, 74.

8 Vgl. jedoch Dok. 116, Dok. 126, Anm. 9, Dok. 133, 134, Dok. 143, Anm. 17, Dok. 144, Anm. 6, Dok. 146, Anm. 9, Dok. 147, Anm. 3.

9 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Festzelt, das an die Gaststätte *Scherenkrug* herangebaut worden war, ab 22.30 Uhr. An der überfüllten Versammlung nahmen - so der *Lippische Kurier* - etwa 5.000 Personen teil. Vor Hitler, der sich erheblich verspätet hatte, sprach der Gauleiter des Gaues Westfalen-Süd, MdR Josef Wagner.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 6.1.1933, "Der Führer in Leopoldshöhe und Oerlinghausen"; Lippischer Kurier vom 6.1.1933, "Eine rote Festung wird erobert. Adolf Hitler in der marxistischen Hochburg Oerlinghausen"; Lippische Post vom 6.1.1933, "Hitler-Versammlungen in Oerlinghausen u. Leopoldshöhe"; Volksblatt vom 6.1.1933, "Hitler gesteht: 'Ich kann dem deutschen Volke auch nicht helfen!'"; VB vom 7./8.1.1933, "Die lippesche Regierung antwortet mit verzweifelten Demonstrationsverboten". Ferner Schröder, Hitler, S. 145 ff.; Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 332 f.

3 Vgl. auch den Bericht der *Lippischen Post*: "Hitler seine Ausführungen [*sic!*] bewegten sich auf derselben Grundlage wie in den Versammlung[*en*] in Detmold und Bösingfeld. Beide Versammlungen nahmen einen ruhigen Verlauf"

6. Januar 1933 Dok. 119
Rede auf NSDAP-Versammlung in Augustdorf[1]

Der Angriff vom 7.1.1933, "Gewaltige Bauernkundgebungen in Augustdorf und Horn"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 120[3].

6. Januar 1933 Dok. 120
Rede auf NSDAP-Versammlung in Horn[1]

Lippischer Kurier vom 7.1.1933, "Der Führer im 'treuen Horn'"[2].

Als ich vor 14 Jahren begann, war es eine denkbar ungünstige Zeit. Die Behebung politischer Katastrophen erfordert Opfer. Im Gefolge der politischen Katastrophen folgen solche wirtschaftlicher Art, und erst dann werden die Menschen sich des Zusammenbruchs bewußt. Und dann kommen die Heildoktoren des öffentlichen Lebens und gründen Parteien für jeden Stand[3]. Alle diese Versuche können die Not nicht mindern. Die Parteien werden groß und vergehen. Der Irrtum liegt daran, daß man glaubt, man braucht nur die Not der einzelnen Berufsgruppen zu beheben und will nicht einsehen, daß die Not des einzelnen nur die allgemeine Not ist.

Wir sehen heute die vollständige Verworrenheit bei der Betrachtung der politischen Dinge. Das deutsche Volk hat sein heutiges Schicksal schon oft erlitten. Es ist das Volk der größten

1 Über den äußeren Rahmen dieser Versammlung, die nach Schröder (Hitler, S. 152) in zwei nicht näher benannten Sälen stattgefunden hat, wird kaum etwas berichtet. Dem *Lippischen Kurier* ist zu entnehmen, daß Hitler "länger als eine Stunde" gesprochen haben soll; sein Vorredner war der Gauleiter des Gaues Westfalen-Süd, Josef Wagner.

2 Vgl. auch Lippische Landeszeitung vom 7.1.1933, "Hitler in Augustdorf und Horn"; Lippische Post vom 7.1.1933, "Hitler in Horn und Augustdorf"; Lippischer Kurier vom 7.1.1933, "Jubel und Begeisterung in Augustdorf und Horn"; VB vom 7.1.1933 (Norddt. Ausgabe), "Adolf Hitler: 'Ich glaube an unsere Zukunft, Ich glaube an unseren Sieg'". Ferner Schröder, Hitler, S. 152 f.; Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 336 f. sowie S. 336, Anm. 2.

3 Bei der Überlieferung des *Angriffs* und des *VB* läßt sich nicht sicher feststellen, ob es sich hier um Hitlers Rede in Augustdorf oder in Horn handelt. Vgl. auch Ciolek-Kümper, S. 336, Anm. 2.

1 Im Festzelt auf dem Marktplatz, ab 22.15 Uhr. Hitlers Vorredner war der Gauleiter des Gaues Süd-Hannover-Braunschweig, Bernhard Rust. Im Anschluß an seine Rede sprach Hitler noch bis 23.30 Uhr auf einer zweiten Versammlung in der Gaststätte *Ratskeller*.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 7.1.1933, "Gewaltige Bauernkundgebungen in Augustdorf und Horn"; Lippische Landeszeitung vom 7.1.1933, "Hitler in Augustdorf und Horn"; Lippische Post vom 7.1.1933, "Hitler in Horn und Augustdorf"; VB vom 7.1.1933 (Norddt. Ausgabe), "Adolf Hitler: 'Ich glaube an unsere Zukunft, Ich glaube an unseren Sieg'". Ferner Schröder, Hitler, S. 153 f.; Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 337 ff.

3 Vgl. Dok. 16, Anm. 13 sowie Dok. 99, Anm. 5.
Allein in Lippe kandidierten zur Landtagswahl neun Parteien: (1) SPD, (2) DVP, (3) DNVP, (4) Lippisches Landvolk, (5) KPD, (6) DStP, (7) NSDAP, (8) Katholische Volksvertretung, (9) Evangelischer Volksdienst, wobei allerdings die Listen 2 und 3, 4 und 9 sowie 6 und 8 Listenverbindungen eingingen. Vgl. Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 256 f.

Fähigkeiten. Die Kraft dieses Volkes wurde durch seine Zerrissenheit verbraucht. In allen Zeiten ging die Rettung nur durch die Rettung der Gesamtheit aus, durch Überwindung der Zerrissenheit.

Wir haben hier einen historischen Boden, auf dem schon einmal der Versuch gemacht wurde, diese Zwietracht zu lösen[4]. Wir erleben die Sehnsucht nach der Wiederherstellung immer wieder. Das vergangene Jahrhundert ist fast zu Zweidrittel von dieser Sehnsucht erfüllt gewesen[5]. Kaum war der Zusammenschluß gekommen, begann das deutsche Volk aufzublühen. Damals ist für unzählige Millionen Arbeit und Brot geschaffen worden[6]. *Niemals ist die Zerrissenheit eines Volkes von oben wieder gutzumachen. Man kann morsche Bäume nicht irgendwie verjüngen, man muß den Wald neu anpflanzen. Und so muß es auch mit dem Volke geschehen. Man rettet sich heute von einem Tag zum andern. Alles hängt von Regierungen ab, die gänzlich wurzellos im Volke hängen. Welche Pläne auch ein Staatsmann schmiedet, er kann nichts verwirklichen, wenn er nicht das Volk besitzt.* (Bravo!)

Es gibt Gegner, die sagen, es geht mit uns zurück[7]. *Sie werden sich täuschen. Unsere Idee ist niemals zu entkräftigen* [*sic!*], *und unser Wille ist niemals zu bändigen. Eine solche Idee wird siegen, und jeder Widerstand wird uns nur härter machen.* 14 Jahre lang war ich Prophet und habe mich nicht getäuscht. Auch nicht vor sechs Monaten. Gerade aus den bürgerlichen Kreisen sagte man mir, warum sind Sie nicht [*in die Regierung*] hineingegangen[8]? Weil sie gar nicht dran dachten, mich hineinzulassen und mich nur mundtot machen wollten. "Sie hätten sich doch so von hintenherum die Macht erobern können!" *Ich kämpfe mit dem Gesicht nach vorn und niemals von hintenherum*[9]. *Wenn ich jetzt da oben sitzen würde und Sie nichts mehr von mir hören würden, und Sie würden mich fragen, dann müßte ich antworten: "Ich arbeite so von hinten herum!"*

Ich kann nicht anders handeln, als ich handelte, ich würde sonst meiner Idee untreu geworden sein.

Wer sich das Volk erwirbt, der schmiedet sich selbst den Schlüssel zur Wilhelmstraße[10]. *Auch hier will ich nicht von hintenherum, sondern gerade durch das Hauptportal gehen.* (Stürmischer Beifall!)

Wenn ihr sagt, die Welle geht zurück, so sage ich, die Welle kehrt immer wieder zurück. Ich weiß, daß die Welt der Vorurteile gegen mich entladen wird. Ich habe als Bauarbeiter[11]

---

4 Vgl. Dok. 117, Anm. 3.

5 Gemeint ist die deutsche Nationalbewegung, die sich nach den Befreiungskriegen (1813-1815) formierte.

6 Die gesamte wirtschaftliche Wertschöpfung des Deutschen Reichs erhöhte sich von 14.169 Millionen Mark im Jahr 1870 auf 48.480 Millionen Mark im Jahr 1913. Veranschlagt man die Produktivität der deutschen Wirtschaft im Jahr 1913 mit 100 %, so lag sie 1870 bei 29,2 %. Vgl. Walther G. Hoffmann unter Mitarbeit von Franz Grumbach und Helmut Hesse, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1965, S. 451 f.

7 Vgl. Dok. 107, Anm. 52.

8 Zu den Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932 vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169; im Anschluß an die Reichstagswahl vom 6.11.1932 vgl. Dok. 65, 67-70, 74. Zur damaligen Bewertung von Hitlers Politik durch die bürgerliche Presse vgl. etwa Dok. 6, Anm. 6.

9 Vgl. jedoch Dok. 116, Dok. 126, Anm. 9, Dok. 133, 134, Dok. 143, Anm. 17, Dok. 144, Anm. 6, Dok. 146, Anm. 9, Dok. 147, Anm. 3.

10 Vgl. Dok. 72, Anm. 10.

11 Hitler behauptete bereits in seiner autobiographisch geprägten Bekenntnisschrift *Mein Kampf*, er habe in Wien "als sogenannter Hilfsarbeiter und manchesmal als Gelegenheitsarbeiter" auf dem Bau gearbeitet, sei aber dort

und Soldat [12] gelernt, nicht nach dem Äußeren zu sehen, sondern nach dem Innern zu messen. Der einzelne muß sich wieder hineindenken lernen in die Gemeinschaft [13].

7. Januar 1933 Dok. 121
Rede auf NSDAP-Versammlung in Hohenhausen [1]

Lippischer Kurier vom 9.1.1933, "Adolf Hitler im lippischen Norden und in Schwalenberg" [2].

Adolf Hitler verteidigt seine Politik, setzt sich mit den Wahnsinnspolitikern auseinander und legt den Weg offen für ein neues, freies, nationales und soziales Deutschland [3].

---

von den gewerkschaftlich organisierten Kollegen derart drangsaliert worden, daß er bald seine Arbeit wieder aufgegeben habe. Von dem wenigen, was sich aus Hitlers Jugendjahren erhalten hat, spricht jedoch nichts für diese Behauptung. Vielmehr deuten eine Reihe von Indizien darauf hin, daß Hitler im Spätsommer 1909 untertauchen und sich eine zeitlang als Obdachloser durchschlagen mußte, da er nicht einmal mehr in der Lage war, seine Miete zu bezahlen. Zur Bauarbeiterlegende vgl. Hamann, Hitlers Wien, S. 206 ff.; Hitler, Mein Kampf, (1925) Bd. I, S. 23 f., 37 ff.; ([65]1933), S. 24 f., 40 ff.

12 Vgl. Dok. 28, Anm. 13 und 14.

13 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Festzelt am Eingang des Dorfes, abends. An der Versammlung nahmen etwa 3.000 Personen teil. Hitlers Vorredner waren der Gauleiter des Gaues Süd-Hannover-Braunschweig, Bernhard Rust, und der Leiter des agrarpolitischen Apparates der NSDAP, MdR Richard Walther Darré.
Über den Verlauf der Versammlung berichtet der *Lippische Kurier* u. a.: "Während der Ausführungen des Führers ereignet sich *ein eigenartiger Zwischenfall.* Ein SS-Mann tritt von hinten auf das Podium und flüstert dem Adjutanten des Führers, Pg. Brückner, etwas zu. Dieser erhebt sich und unterbricht den Führer. Ein Wink Adolf Hitlers. Schweigen. Pg. Brückner tritt vor die Massen und fragt, ob zufällig die Hebamme des Ortes anwesend sei. Heiterkeit. Pg. Brückner: 'Es ist kein Scherz. Die Dame wird dringend gebraucht.' Stimmen aus der Menge: 'Die Hebamme hat das Zelt schon verlassen.' Darauf Adolf Hitler: 'Soeben ist ein kleiner Mitbürger auf die Welt gekommen.' Zuruf: 'Er soll Adolf heißen!' Stürmischer Beifall."

2 Vgl. auch VB vom 8./9.1.1933 (Norddt. Ausgabe), "Die neue nationalsozialistische Welle überm Lipper Land. Kundgebungen des Führers in Hohenhausen und Kalldorf"; Der Angriff vom 9.1.1933, "Der Führer immer in vorderster Front. Wieder drei gewaltige Versammlungen in Lippe"; Lippische Post vom 9.1.1933, "Hitler in Schwalenberg und Hohenhausen". Ferner Schröder, Hitler, S. 159 ff.; Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 340. Foto in VB vom 11.1.1933, S. 2.

3 Die *Lippische Post* berichtet, daß auch diese Rede Hitlers "in ihren wesentlichen Grundlinien das Gleiche brachte, was Hitler in den übrigen Kundgebungen in Lippe gesagt hatte".

7. Januar 1933 Dok. 122
Rede auf NSDAP-Versammlung in Kalldorf[1]

VB vom 10.1.1933 (Norddeutsche Ausgabe), "Adolf Hitler: 'Wir werden die Sensen geschliffen halten!' Kundgebungen des Führers in Hohenhausen und Kalldorf"[2].

In seinen mitreißenden Ausführungen zur politischen Lage umriß der *Führer* *das graue Bild der bisherigen hilflosen Regierungsnotverordnungsrettungsversuche* [*sic!*][3]:

Die heute Regierenden können nicht *einen* Entschluß durchführen, ohne daß sie *zwölf* Meinungen zur Geltung bringen. Die Wiederzusammenfassung des deutschen Volkes kann nicht mehr von oben, sondern nur noch von unten herum erfolgen, weil die *Versteinerung der Vorurteile* oben schon zu weit fortgeschritten ist.

Die Regierung Schleicher wird noch mehr versagen als ihre Vorgänger. Die anderen sollen nur ruhig zeigen, was sie können. Wir *kämpfen inzwischen verbissen weiter.* Der neue Staat der Autorität, der Disziplin und der Kampfentschlossenheit wird bereits in dieser Bewegung ausgebaut sein, wenn die Demokratie durch sie abgelöst wird.

Eines ist uns gewiß: Man soll niemals mähen, bevor das Korn reif ist! Wir können warten und werden unsere Sensen geschliffen halten ...

8. Januar 1933 Dok. 123
Interview mit Otto Dietrich

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 9.1.1933, "Adolf Hitler über Gegenwartsfragen. Der Reichspressechef der NSDAP interviewt den Führer"[1].

Frage: "Der Kern der öffentlichen Angriffe und der Propaganda Ihrer Gegner gegen Ihre politische Leitung überhaupt scheint mehr in der immer wiederkehrenden Behauptung zu liegen,

1 Im Festzelt, nachts. Der *Lippische Kurier* berichtet von 2.000 Personen, die an der Versammlung teilgenommen hätten. Vor Hitler sprachen MdL Wilhelm Meinberg und der Gauleiter des Gaues Westfalen-Nord, Alfred Meyer.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 9.1.1933, "Der Führer immer in vorderster Front. Wieder drei gewaltige Versammlungen in Lippe"; Lippischer Kurier vom 9.1.1933, "Kalldorf dem Nationalsozialismus!". Ferner Schröder, Hitler, S. 161 ff.; Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 340 f.
Die regionale Presse berichtete schon bald primär über den äußeren Verlauf der Hitler-Versammlungen, jedoch immer weniger über den Inhalt von Hitlers Reden. Da der *VB* ebenso wie der *Angriff* jeweils einen Sonderberichterstatter nach Lippe entsandt hatten, wird unter dem Gesichtspunkt einer möglichst umfassenden Überlieferung gegebenenfalls auf deren Wiedergabe zurückgegriffen. Verfolgt man die Berichterstattung in der auswärtigen Presse, so drängt sich allerdings zuweilen der Eindruck auf, daß hier immer wieder die Orte von Hitlers Redeauftritte verwechselt wurden, bzw. daß zuweilen nur noch komprimierte Berichte erschienen. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Schilderungen des damaligen Sonderberichterstatters des *VB*, Herbert Seehofer, Mit dem Führer unterwegs! Kleine Stimmungsbilder einer großen Reise, München 1934, S. 47 ff., 53 ff.

3 Vgl. Dok. 5, Anm. 3 und Dok. 15, Anm. 8.

1 Vgl. auch VB vom 10.1.1933, "Adolf Hitler gegen die überheblichen Belehrungen der Bürgerpresse".

der Grund Ihrer konsequenten Opposition auch gegen die derzeitigen Regierungen, die sich doch um Ihre Unterstützung bemühen, sei in der Absicht zu suchen, sich und Ihre Bewegung der Verantwortung am Staate zu entziehen. Hat dieses Argument sachliche Bedeutung?"

Antwort: "Nein! Daß unsere Gegner sich heute überhaupt noch solche Behauptungen leisten können, ist nur denkbar infolge der geringen politischen Schulung einerseits und der unglaublichen Vergeßlichkeit besonders unserer intellektuellen Schichten andererseits. Denn tatsächlich war ja meine Forderung keine andere als *gerade* die Übertragung der persönlichen Verantwortung an die NSDAP[2]. Allerdings setzt dies als selbstverständlich voraus, daß die Partei dann aber auch die ihr zukommende *Führung* erhält. Mir zuzumuten, die Verantwortung zu übernehmen für das, was *andere* tun, ist ein mehr als starkes Stück. Die derzeitigen Machthaber würden es nie gewagt haben, etwa der Sozialdemokratie eine solche Schlinge zu legen[3], und wir werden diesen Herren zeigen und sie darüber belehren, *daß auch uns gegenüber anständig gehandelt werden muß.*

Im übrigen habe ich dem Herrn Reichspräsidenten im November einen ebenso einfachen wie klaren Vorschlag zur Lösung der deutschen Krise unterbreitet[4]. Wenn der Herr Reichspräsident damals glaubte, dank der Ratschläge seiner Umgebung nicht verantworten zu können, mir die Verantwortung zu übertragen, dann sind damit diese Männer heute auch die Verantwortlichen für die traurigen *Folgen* und für all das Elend, die aus dieser Weigerung dem deutschen Volke erwachsen müssen."

[*Frage:*] "Sind die Behauptungen in der gegnerischen Presse zutreffend, daß Sie, Herr Hitler, Fühlung mit Herrn von Papen *gesucht* haben? Wie stellen Sie sich insbesondere zu der Behauptung, daß Sie auf dem Wege über Herrn von Papen Anschluß an die angeblich hinter ihm stehenden *schwerindustriellen Kräfte* gesucht hätten?"

[*Antwort:*] *"Es ist selbstverständlich, daß ich keine Fühlung mit Herrn von Papen gesucht habe*[5]. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß ich mir von niemanden vorschreiben lasse, *mit wem ich sprechen darf und mit wem nicht.* Ich bin Politiker und werde, wenn *ich* es für zweckmäßig ansehe, *jede* Besprechung führen. Ich denke nicht daran, mir dabei von den Gazetten des jeweils amtierenden Reichskanzlers irgendwelche Vorschriften machen zu lassen. Die deutsche Schwerindustrie ist ein Teil der deutschen Wirtschaft. Ich brauche daher ebenso wenig an sie

2 Zu den Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932 vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169; im Anschluß an die Reichstagswahl vom 6.11.1932 vgl. Dok. 65, 67-70, 74.

3 Die SPD stand von Anfang an "in schärfster Opposition" zur Regierung von Schleicher, so ihr Vorsitzender Otto Wels am 1.1.1933 im *Vorwärts.* Bereits am 6.12. hatte die Reichstagfraktion einen Mißtrauensantrag gegen die neue Reichsregierung gestellt, obwohl die SPD - wie die NSDAP auch - inzwischen Neuwahlen fürchtete. Die Position Schleichers war dagegen zwiespältig: Während er einerseits einen möglichst breiten Rückhalt auch bei den linken Interessenverbänden suchte und insbesondere den ADGB, eventuell auch das Reichsbanner für sein "Querfrontkonzept" gewinnen wollte, verfolgte er langfristig auch das Ziel, die Sozialdemokratie von der politischen Mitverantwortung fernzuhalten. Obwohl es in der Preußenfrage zu kurzfristigen Annäherungsversuchen zwischen Schleicher und dem amtierenden preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun kam, beharrten letzten Endes beide Seiten auf ihrer distanzierten Haltung. Vgl. Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 810 ff.; Axel Schildt, Militärdiktatur mit Massenbasis. Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1981, S. 138 ff.; Heinrich Muth, Schleicher und die Gewerkschaften 1932. Ein Quellenproblem. In: VfZ 29 (1981), S. 189-215.

4 Vgl. Dok. 67.

5 Vgl. Dok. 116, Anm. 1 und 3.

"Anschluß" zu suchen wie an irgendeine andere Wirtschaftsgruppe[6]. Und nachdem ein Politiker, wie ich, ja mit allen bestehenden Faktoren zu rechnen hat, kann er auch ihre Existenz nicht einfach wegzaubern.

Wenn ich aber jemals die Notwendigkeit empfinde, darüber hinaus *mit irgendeiner* Wirtschaftsgruppe eine besondere Fühlung zu nehmen, so benötige ich dazu keinen besonderen Fürsprecher. Denn der Nationalsozialismus ist auch ein Faktor, dessen Existenz nicht übergangen werden kann. *Das ganze Geschwätz und aufgeregte Getue dieser Presse wegen der Kölner Besprechungen*[7] *ist nur ein Ausfluß des schlechten Gewissens und der daraus resultierenden Angst!"*

Frage: "Wie beurteilen Sie die Erfolgsaussichten des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Regierung von Schleicher, dessen Ausführungsbestimmungen jetzt bekannt geworden sind[8]?"

Antwort: "Arbeitsbeschaffungsprogramme[9] sind nicht ihrer selbst wegen da. Ich enthalte mich daher jeden Urteils über derartige Probleme, sondern beurteile nur *ihre Auswirkung auf die allgemeine deutsche Wirtschaftskrise*[10]. Diese Krise aber wird durch Maßnahmen des Kabinetts Schleicher *nicht* beseitigt[11]."

---

6 Vgl. hierzu auch Dok. 133, Anm. 5.

7 Vgl. Dok. 116, Anm. 2.

8 Gemeint sind die *Durchführungsbestimmungen zur Arbeitsbeschaffung*, die Reichskanzler von Schleicher am 6.1.1933 auf der Grundlage von §§ 2 und 6 der *Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsbeschaffung und der ländlichen Siedlung* vom 15.12.1932 erlassen hatte. Die Verordnung ermächtigte den Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung - bzw. die von ihm beauftragten Landesbehörden - , Darlehen an öffentliche Auftraggeber zu vermitteln, um für das Jahr 1933 Arbeiten zu finanzieren, die "sich vorwiegend auf Instandsetzung, Verbesserung und Vollendung vorhandener Anlagen oder auf die Förderung der Bodenkultur erstrecken" sollten. Für diese Projekte waren vor allem Arbeitslose heranzuziehen; die Laufzeit der Darlehen, die von der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten oder der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt vergeben werden sollten, war auf maximal 25 Jahre begrenzt, der Zinssatz betrug bei einer Tilgungszeit von 20 Jahren 6%. Druck: RGBl. 1932, I, S. 543 f.; 1933, I, S. 11 ff.

9 Bei seiner Regierungserklärung, die Reichskanzler von Schleicher am 15.12.1932 im Rundfunk verkündet hatte, hatte er betont, daß sein Programm vorerst nur aus einem einzigen Punkt bestehe: "'Arbeit schaffen!' Alle Maßnahmen, die die Reichsregierung in den nächsten Monaten durchführen wird, werden mehr oder weniger diesem einen Ziel dienen. [...] Alles andere interessiert uns nicht, am wenigsten Verfassungsänderungen und andere schöne Dinge, von denen wir nicht satt werden. In unserem Volke lebt ein Schaffensdrang, der durch keine Enttäuschungen umzubringen ist, und in allen Bevölkerungsschichten kämpft man mit demselben Mut und derselben verbissenen Zähigkeit wie im Kriege heute gegen die schweren wirtschaftlichen Nöte unserer Zeit. Das ist höchster Bewunderung wert, und gerade deshalb muß es [...] oberstes Gesetz jeder Staatsführung sein, diesen Kampf und dieses Streben zu unterstützen und einer Verzweiflungs- und Katastrophenstimmung vorzubeugen." Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Schleicher, Dok. 25 sowie Dok. 3, 13, 15, 24 mit Anm. 16, Dok. 30, 32, 34, 36, 44, 67. Zur Tätigkeit des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung Gereke, der am 15.12.1932 offiziell seine Arbeit aufgenommen hatte, vgl. Marcon, Arbeitsbeschaffungspolitik, S. 237 ff.; Michael Wolffsohn, Industrie und Handwerk im Konflikt mit staatlicher Wirtschaftspolitik? Studien zur Politik der Arbeitsbeschaffung in Deutschland 1930-1934, Berlin 1977, S. 98 ff.

10 Vgl. Dok. 76, Anm. 5.

11 *Der Angriff* publizierte am 10.1.1933 die folgende Richtigstellung zu Hitlers Interview: "Adolf Hitler hat sich in einer längeren Unterredung mit dem Reichspresseschef der NSDAP, *Dr. Dietrich*, zu einer Reihe aktueller politischer Fragen geäußert. Die Unterredung ist durch die 'Nationalsozialistische Korrespondenz' verbreitet und in der heutigen *Vormittagspresse* bereits einer teilweise sehr *ausführlichen* Würdigung unterzogen worden. Wie uns mitgeteilt wird, haben sich aber in den von der Korrespondenz durchgegebenen Text mehrere sinnentstellende *Übermittlungsfehler* eingeschlichen.

8. Januar 1933 Dok. 124
Rede auf NSDAP-Versammlung in Schwalenberg [1]

Der Angriff vom 9.1.1933, "Der Führer immer in vorderster Front. Wieder drei gewaltige Versammlungen in Lippe" [2].

Es geht um den Aufbau einer *neuen Volksgemeinschaft* [3]. Das ständige Steigen der Not wagt man selbst von Regierungsseite nicht mehr abzustreiten. Es ist so, als ob diese Regierung vom Unglück förmlich verfolgt würde. Was sie auch angreift, alles geht schief und mißlingt. Das ist kein Wunder, das *muß* so sein, selbst wenn sie die beste Absicht hätten, denn es fehlt ihnen das Instrument, ihre Pläne zu verwirklichen. Die *Heilung* der schweren Katastrophen, von denen unser Volk heimgesucht wird, ist *nicht durch Notverordnung* [4] möglich, sondern nur aus der Tiefe des Volkes heraus.

Man muß dieser Bewegung im *Kleinen* anerziehen, was das Volk auch im *Großen* besitzen soll. Ich habe eine Bewegung erzogen, in der ich von Anfang an vom Kleinsten bis zum Größten *die Demokratie ausgebrannt* und durch *Autorität* ersetzt habe [5].

Es hat beispielsweise der Führer sich *nicht* auf die Frage geäußert, was denn der Kern der öffentlichen Angriffe und der Propaganda seiner Gegner in bezug auf seine politische *Leitung* sei, sondern es muß selbstverständlich *'Haltung'* heißen.
Hitler hat auch in Beantwortung dieser Frage nicht gesagt, daß seine Forderung keine andere als die Übertragung der *persönlichen* Verantwortung sei, sondern er hat in diesem Zusammenhang von der *politischen* Verantwortung gesprochen.
Endlich hat der Führer auf die Frage, wie er die Erfolgsaussichten des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Regierung Schleicher beurteile, geantwortet, daß er sich jedes Urteil über derartige *Programme* enthalte und sie nur nach ihrer *Auswirkung* auf die allgemeine deutsche Wirtschaftskrise beurteile. In der verstümmelten Übermittlung der 'Nationalsozialistischen Korrespondenz' ist *fälschlicherweise* anstatt Programme das Wort 'Probleme' gesetzt." Vgl. Der Angriff vom 10.1.1933, "Einige notwendige Richtigstellungen".

1 Im Festzelt auf dem Burgplateau außerhalb des Ortes, nach 17.00 Uhr. An der Versammlung nahmen - so die *Lippische Post* - insgesamt etwa 4.000-5.000 Personen teil, die teilweise vor dem Festzelt standen oder in der benachbarten Turnhalle untergekommen waren; dorthin wurden die Reden mit einem Großlautsprecher übertragen, dessen Schall, "wie die Prüfung einwandfrei ergeben hat, bis zu 4,5 Kilometer weit ins Land getragen wurde". Vor Hitler, dessen Rede etwa 90 Minuten dauerte, sprachen MdR Darré, und der braunschweigische Minister für Inneres und Volksbildung, MdR Dietrich Klagges.
Über den äußeren Ablauf der Versammlung ist im *Angriff* u. a. zu lesen: "Dann hinein in das ungeheure *menschenerfüllte Zelt*. Wieder flattern neben unseren Symbolen die gelbroten Wimpel Lippes. Es duftet nach Tannengrün, die Tribüne ist ein Blumengarten und vor dem Podium drängen sich die *jüngsten Nationalsozialisten*, die ihre Führer zum erstenmal in ihrem Leben sehen. Wie er sie nun prüfend überblickt, wie er in die hellen, offenen und klaren Augen schaut, da weiß er von neuem, daß auch *die Jugend des Herrmannslandes* [*sic!*] der Bewegung gehört, [...]."

2 Vgl. auch Lippische Landeszeitung vom 9.1.1933, "Hitler in Schwalenberg"; Lippische Post vom 9.1.1933, "Hitler in Schwalenberg und Hohenhausen"; Lippischer Kurier vom 9.1.1933, "Adolf Hitler im lippischen Norden und in Schwalenberg" und "Im 'lippischen Rothenburg'"; Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 9.1.1933, "Der Aufbau der neuen Volksgemeinschaft"; VB vom 10.1.1933 (Norddt. Ausgabe), "Nationalsozialistischer Volkstag am Schwalenberg"; Foto: VB vom 13.1.1933, S. 2. Ferner Schröder, Hitler, S. 165 f.; Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 168, 342 f.

3 Vgl. Dok. 76, Anm. 9.

4 Vgl. Dok. 5, Anm. 3 und Dok. 15, Anm. 8.

5 Vgl. Dok. 21, Anm. 32.

Das Parlament ist nur Spitzenausdruck [*sic!*] einer durch die ganze Nation gehenden *Fehlerziehung*[6]. Nicht die Wirtschaft rettet *ein Volk*, sondern ein Volk muß seine *Wirtschaft* retten. Als die anderen "große Politik" machten, habe ich die Aufgabe auf mich genommen und bin *in das Volk* hinein gegangen und habe *allein* das Werk begonnen. Bisher war der Erfolg bei mir und die Vorsehung wird mir auch weiterhin die Kraft geben, mein Werk zu *vollenden*[7].

Nur demjenigen fällt einmal in Deutschland die Macht zu, der diese Macht am tiefsten im *Volke* verankert hat. Ich habe die feste Überzeugung, daß das deutsche Volk seiner Leiden Herr werden wird, wenn es *der Zwietracht Herr wird*[8] und diese Einigkeit zwingen *wir* mit aller Kraft. Wenn die Bürgerlichen sagen, der Versuch könne nie gelingen, dann muß ich ihnen antworten: *"Das könnt nur ihr sagen, weil ihr unser Volk gar nicht kennt!"*

9. Januar 1933 Dok. 125
Rede auf NSDAP-Versammlung in Lage[1]

Lippische Volkszeitung vom 10.1.1933, "Hitler-Kundgebung in Lage"[2].

Adolf Hitler begann seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß es ihm nur darauf ankomme, um die deutsche Seele zu kämpfen. Jeder Aufbau könne nur aus dem Inneren, aus dem Geistigen, aus der Seele her erfolgen, in der allein die starken Kräfte wohnten. Die Unzahl von Vorurteilen müßten hinweggefegt werden, man müsse sich frei machen auch von Vorurteilen und eingebil-

---

6 Hitler und die NSDAP ließen von Anfang an keinen Zweifel daran, daß sie den Parlamentarismus ablehnten. In der nationalsozialistischen Propaganda wurde der Reichstag als die "seichteste Schwätzerinstitution aller Zeiten" denunziert, während die nationalsozialistischen Abgeordneten immer wieder durchblicken ließen, daß sie lediglich ihr Mandat wahrnahmen, um die parlamentarisch-demokratischen Institutionen zu zerstören. 1924 schrieb Hitler in seiner Bekenntnisschrift *Mein Kampf*: "Die junge Bewegung [*NSDAP*] ist ihrem Wesen und ihrer inneren Organisation nach antiparlamentarisch, d. h. sie lehnt im allgemeinen wie in ihrem eigenen inneren Aufbau ein Prinzip der Majoritätsbestimmung ab, in dem der Führer nur zum Vollstrecker des Willens und der Meinung anderer degradiert wird. Die Bewegung vertritt im kleinsten wie im größten den Grundsatz einer germanischen Demokratie: Wahl des Führers, aber unbedingte Autorität desselben." Vgl. Peter Hubert, Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933-1945, Düsseldorf 1992, S. 25 ff. Zitate: Adolf Hitler, Mein Kampf, Bd. 1, S. 54, 364.

7 Zu den religiösen Bezügen in der Selbstdarstellung Hitlers und der nationalsozialistischen Ideologen vgl. Werner Reichelt, Das Braune Evangelium. Hitler und die NS-Liturgie, Wuppertal 1990.

8 Vgl. Dok. 92, Anm. 13.

1 Im Festzelt auf dem Jahnplatz, ab 21.00 Uhr. Dort hatten etwa 4.000 Personen Platz gefunden, von denen sich 1.000 bereits Karten im Vorverkauf gesichert hatten. Weitere 1.500 Personen standen vor dem Zelt, hier sorgte eine Lautsprecheranlage für die Übertragung der Ansprachen. Vor Hitler, der seine Rede um 22.30 Uhr beendete, sprach der Vorsitzende des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, MdR Hans Frank II, der in scharfer Form, wie sie selbst für die NS-Propaganda ungewöhnlich war, die amtierende Landesregierung angriff.
Über die äußeren Bedingungen von Hitlers Rede berichtete die *Lippische Volkszeitung*: "Auf dem Jahnplatz an der Eichenallee war bereits Ende vergangener Woche ein großes Zelt aufgeschlagen, das schon am Sonntag [*8.1.*] von vielen Schaulustigen besucht wurde. Mit den späten Nachmittagsstunden des gestrigen Tages

deten Traditionen, da nur der Idealismus eine bessere Zukunft schaffen könne. Wenn man Deutschlands Schicksal neu aufbauen wolle, so müsse man den Mut haben, den Dingen ins Auge zu sehen. Es komme nicht darauf an, wie regiert werde, sondern wie das Volk reagiere. In seinem 14jährigen Kampf hätte [*es*] sich als Tatsache erwiesen, daß seine Prophezeiung, die er bereits zu Beginn gegeben habe, richtig sei, nämlich, daß man nicht mit den Mitteln des Staates und mit Gesetzen eine Nation retten könne, sondern nur mit den inneren starken geistigen Kräften. Man müsse das tun, was die Vernunft und das Pflichtgefühl gebiete. Es komme auch nicht darauf an, ob die Bewegung ihr Fernziel erreiche, das müsse man der Vorsehung überlassen. Es könne auch niemals die Wirtschaft einen Staat aufbauen, sondern nur die politischen Kräfte einen Wirtschaft. Die nationalsozialistische Bewegung sei auch nur aus einer kleinen Zelle durch die politische Willensbildung entstanden[3] und habe diese zu einer Macht werden lassen. Der politische Wille sei der ausschlaggebende. Hitler erklärte sodann zum Schluß:

Wenn meine Bewegung marschiert, dann ist sie schon heute die ausschlaggebende Macht. Man lasse doch einmal die andern Parteien gegen uns antreten ohne die regulierende staatliche Macht. Wir werden sie im Augenblick beseitigen. Wenn wir das Volk haben, dann erobern wir eines Tages auch die Wilhelmstraße[4]. Ich lehne es auch ab, an die Verantwortung von vorn heranzukommen und an die Macht von hintenherum[5]. Wenn ich schon in das schlechte Haus der Wilhelmstraße hineingehe, dann nur von vorn und nicht von hinten. Und wir werden bestimmt einziehen. Ich habe von meinen Vorfahren einen dicken Bauernschädel geerbt[6], der ganz stur bleiben wird. Ich habe es vorgezogen, den Kampf weiterzuführen, nicht weil ich annehme, daß diese Wahl das deutsche Schicksal endgültig entscheidet, aber ich meine, daß wir hier wieder eine Stufe höher zum Emporstieg der deutschen Nation erklimmen, und daß wir

---

setzte dann die Anfahrt der Teilnehmer zu der Kundgebung ein. [...] Von der Eichenallee her schallte die Musik der SA-Kapelle und zog auch viele an, die nicht beabsichtigten, der Versammlung beizuwohnen. Als dann allmählich die Stunde kam, da die Redner sprechen sollten, füllte sich das Zelt mehr und mehr. Starke Formationen SA und SS schützten die Versammlung vor Zwischenfällen. Sowohl um das Zelt wie auch im Innern des Zeltes befanden sich Angehörige der NSDAP in Uniform, dem Publikum gleichzeitig bei der Auffindung der Plätze helfend. Am Kopf des Zeltes, zu welchem ein breiter Mittelgang führte, war ein großes Podium errichtet, das mit Lorbeerbäumen ausgeschmückt war und im Vordergrund das Mikrophon zeigte. Ein Pressetisch stand gleich neben der Bühne. Auswärtige Presseleute waren jedoch kaum zu bemerken."

2 Vgl. auch Der Angriff vom 10.1.1933, "Adolf Hitler heute in Berlin"; Lippische Landeszeitung vom 10.1.1933, "Adolf Hitler in Lage"; Lippische Post vom 10.1.1933, "Hitler in Lage"; Lippischer Kurier vom 10.1.1933, "Großkampftag mit unerhörter Durchschlagskraft"; Lippische Tages-Zeitung vom 11.1.1933, "Hitler in Lage"; VB vom 11.1.1933, "5 überfüllte Massenversammlungen in Lippe". Ferner Schröder, Hitler, S. 173 f. (im Anhang verschiedene Fotos dieser Veranstaltung); Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 344 ff.

3 Vgl. Dok. 77, Anm. 9 sowie Dok. 10, Anm. 15.

4 Vgl. Dok. 72, Anm. 10.

5 Vgl. jedoch Dok. 116, Dok. 126, Anm. 9, Dok. 133, 134, Dok. 143, Anm. 17, Dok. 144, Anm. 6, Dok. 146, Anm. 9, Dok. 147, Anm. 3.

6 Die Herkunft von Hitlers Vater, Alois Hitler (bis 1876: Schicklgruber, 1837-1903), der zwischen 1855 und 1895 dem österreichischen Zolldienst angehörte, läßt sich nicht sicher klären; seine Mutter, Klara Hitler, geb. Pölzl (1860-1907), war freilich eine Tochter des Kleinbauern Johann Baptist Pölzl (1828-1902). Ihre Vorfahren, aber auch die väterliche Linie der Vorfahren Adolf Hitlers entstammten dem Waldviertel zwischen Donau und böhmischer Grenze. Der Name Hitler, Hiedler oder Hüttler läßt sich hier bis in die dreißiger Jahre des 15. Jahrhunderts zurückverfolgen. Zu den schwierigen Familienverhältnissen Hitlers, die sich bis heute nicht sicher rekonstruieren lassen, vgl. Fest, Hitler, S. 31 ff.; Werner Maser, Adolf Hitler. Biographie, München [7]1978, S. 9 ff.

nach diesem 15. Januar den Kampf von neuem aufnehmen, und daß wir es der Vorsehung überlassen, wann die allerletzte Schlacht geschlagen wird. Dann wird unser Wille eines Tages die deutsche Not zerbrechen. Dann wird eines Tages doch wiederkommen ein großes Reich der Macht und Größe und Herrlichkeit[7].

11. Januar 1933[1] Dok. 126
Interview mit Otto Dietrich

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 12.1.1933, "Adolf Hitler: 'Nicht die NSDAP ist in Schwierigkeiten, sondern das Kabinett Schleicher'".

Frage: "Die Berliner Asphaltpresse verbreitet über Ihren vorübergehenden Aufenthalt in Berlin stündlich neue Behauptungen[2]. Nachdem sich der von dieser Presse erfundene Besuch beim Reichskanzler als angeblicher Grund ihrer Berliner Reise als unzutreffend herausgestellt hat[3], schwindeln diese Blätter jetzt von Geldschwierigkeiten der NSDAP[4], von einer in Berlin abge-

---

7 Vgl. Dok. 124, Anm. 7.
Im Anschluß an seine Rede ließ sich Hitler in Detmold "die verantwortlichen Männer des Wahlkampfes" vorstellen, von dort wurde er nach Bielefeld chauffiert. Hierüber berichtete das sozialdemokratische *Volksblatt*: "Er [*Hitler*] hat dazu den D 5 ab Bielefeld 1.31 Uhr benutzt, der heute früh 7.08 Uhr in Berlin-Friedrichsstraße einläuft. Ihn begleitete ein Stab von etwa 20 Mann, darunter befand sich auch *Goebbels*. Die gelösten Fahrkarten lauteten auf *Berlin*." Vgl. Volksblatt vom 10.1.1933, "Hitler nach Berlin abgereist"; Schröder, Hitler, S. 174 f.; Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 332 sowie Dok. 126 und 133.

1 Auf der Rückfahrt von Berlin nach Lippe; Hitler verließ Berlin um etwa 14.00 Uhr, um abends in Lemgo zu sprechen. Vgl. Der Angriff vom 12.1.1933, "Gespräch mit Hitler: 'Ich werde mein Ziel erreichen!'" sowie Anm. 2.

2 Vgl. etwa Vorwärts vom 10.1.1933 (MA), "Hitler, der deutsche Faschingskanzler"; Berliner Tageblatt vom 11.1.1933 (AA), "Der gestossene Führer"; Deutsche Allgemeine Zeitung vom 11.1.1933, "Hitler in Berlin"; Deutsche Tageszeitung vom 11.1.1933, "Wir bemerken: Was macht Hitler?"; Frankfurter Zeitung vom 11.1.1933 (2. MA), "Hitler in Berlin"; Germania vom 11.1.1933, "Hitler verhandelt in Berlin"; Kreuz-Zeitung vom 11.1.1933, "Hitler in Berlin"; Die Rote Fahne vom 11.1.1933, "Hitler in Berlin"; Vossische Zeitung vom 11.1.1933 (MA), "Hitlers Abstecher nach Berlin"; Berliner Tageblatt vom 11.1.1933 (MA), "Geldnöte der NSDAP"; Frankfurter Zeitung vom 12.1.1933 (2. MA), "Hitlers Abstecher nach Berlin"; Der Jungdeutsche vom 12.1.1933, "Bemühungen um Konzentration"; Vorwärts vom 12.1.1933 (AA), "Schwedengeld für Hitler?".

3 In der überregionalen deutschen Presse kursierten die unterschiedlichsten Vermutungen über die Motive von Hitlers Berliner Aufenthalt. Die Mitteilung des *Angriff*, demzufolge eine Besprechung mit Reichstagspräsident Göring der eigentliche Zweck von Hitlers Reise sein sollte, wurde dahingehend gedeutet, daß die Nationalsozialisten eine zu frühe Einberufung des Reichstags - und damit folgerichtig Mißtrauensvotum und Neuwahlen - verhindern wollten. Berichtet wurde auch über eine bevorstehende Unterredung zwischen Hitler und Reichskanzler von Schleicher, die man als eine Fortsetzung des Dialogs zwischen Hitler und Papen interpretierte; das offizielle Kommuniqué vom 9.1. über die Aussprache zwischen Schleicher und Papen schien für diese Vermutung zu sprechen. Schließlich war in den Presseberichten auch von einem bevorstehenden Gespräch mit Hugenberg die Rede, vor allem aber von Verhandlungen mit schwedischen Bankiers, welche die finanziell ruinierte NSDAP sanieren sollten. Vgl. Anm. 2 sowie Der Angriff vom 10.1.1933, "Adolf Hitler heute in Berlin".

4 Vgl. Dok. 133, Anm. 11.

schlossenen schwedischen Anleihe für die Partei und ähnlichem[5]. Was war der wirkliche Grund Ihrer Berliner Reise?"

Antwort: "Mein Besuch in Berlin war zur Ausnutzung meines Ruhetages im lippischen Wahlkampf *schon seit über 14 Tagen programmäßig festgelegt*[6]. Außer den Besprechungen mit dem Reichstagspräsidenten Pg. Göring und anderen führenden Parteigenossen[7] sollte er in erster Linie auch der Besichtigung des Hauses und der Redaktion des 'Völkischen Beobachters' in Berlin dienen[8]. Wenn die der Reichsregierung nahestehenden Zeitungen, besonders gestern ihren Lesern von wichtigen und geheimnisvollen Besprechungen erzählen, die am Abend stattgefunden hätten[9], dann will ich auch den Ort dieser 'Konferenz' verraten. Ich war zu dieser Zeit in der Oper und freute mich wieder einmal über Verdis 'Traviata' und ihre herrliche Wiedergabe[10]. Im übrigen ist die geradezu hysterische Beschäftigung einer gewissen Berliner Presse mit meiner Person *der beste Gradmesser für die wirkliche Stellung, die die NSDAP im Gegensatz zu den eigenen Behauptungen dieser Presse einnimmt*[11]."

---

5 Vgl. Dok. 133, Anm. 6, 9 und 10.

6 Vgl. die Titelseite des *Lippischen Kuriers* vom 29.12.1932 ("Adolf Hitler greift in den lipp[*ischen*] Wahlkampf ein!"), wo für den 9.1. Hitlers Rede in Lage, für den 11.1.1933 Hitlers Rede in Lemgo angekündigt wurde. Dagegen war für den 10.1. kein Redeauftritt festgesetzt worden.

7 Während seines Abstechers nach Berlin fanden tatsächlich zwei derartige Unterredungen statt; am Vormittag des 10.1. mit Goebbels, am Mittag nochmals mit Goebbels und Göring in dessen Wohnung (Kaiserdamm 34). Hierüber vermerkte Goebbels in seinem Tagebuch: "Kurze Aussprache zu dreien. Hamburg wackelt. [*Gauleiter Karl*] Kaufmann unsicher. Straßer. Also muß er weg. Hitler ist dazu entschlossen. Gleich nach Lippe. Straßer will kämpfen unter der Parole: Gegen Göring und Goebbels. Prost. Hitler will in der Nacht mit Papen sprechen. Bin gespannt."
Tags darauf besuchte Hitler die erkrankte Magda Goebbels in der Universitäts-Frauenklinik. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 333 f.

8 Eine Berliner Ausgabe des *Völkischen Beobachters* existierte seit dem 1.3.1930. Eine Berliner Zweigniederlassung des Eher-Verlags konnte jedoch erst am 1.1.1933 in der Zimmerstraße 88-90 bezogen werden, nachdem Hitlers Verhandlungen im Januar 1930 über den Ankauf eines Hauses in der Lindenstraße zu keinem Ergebnis geführt hatten. Vgl. Dresler, Geschichte, S. 208; Stein, NS-Gaupresse, S. 195. Ferner Bd. III/3, Dok. 4 mit Anm. 10 sowie Dok. 12 mit Anm. 10.

9 Keppler schrieb am 19.1.1933 an Schroeder, daß während Hitlers kurzer Anwesenheit in Berlin am 10./11.1. 1933 zwischen diesem und Papen keine "direkte Verbindung" bestanden habe, lediglich "eine gewisse indirekte Fühlungnahme". Im Gegensatz zu dieser vagen und in sich widersprüchlichen Information, ist jedoch dem Tagebuch von Goebbels (vgl. Anm. 7) und den *damaligen* Aufzeichnungen Joachim von Ribbentrops klar zu entnehmen, daß es in der Nacht vom 10. auf 11.1. sehr wohl zu einer Unterredung zwischen Hitler und Papen in der Wohnung Ribbentrops (Lentzeallee 9, Dahlem) kam, von der freilich lediglich bekannt ist, daß Hitler vor der Landtagswahl in Lippe "keine weitere Zusammenkunft mit Papen" mehr wünschte. Daß Hitler und Papen für den 12.1. ein gemeinsames Mittagessen bei Ribbentrops vereinbart hätten - so die Darstellung von Annelies von Ribbentrop *nach* 1945 - widerspricht bereits dieser zeitgenössischen Aufzeichnung, aber auch Hitlers damaligem Zeitplan. Vgl. Muth, Kölner Gespräch, S. 538, 541; Joachim von Ribbentrop, Zwischen London und Moskau. Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen. Aus dem Nachlaß hrsg. von Annelies von Ribbentrop, Leoni am Starnberger See 1953, S. 38.

10 Die Oper *La Traviata* von Giuseppe Verdi (1813-1901) wurde am 10.1.1933 in der Staatsoper Unter den Linden gegeben, Beginn war 20.00 Uhr. Vgl. die Anzeige in Der Tag vom 10.1.1933. Generell zu Hitlers Opernrezeption vgl. Michael Walter, Hitler in der Oper. Deutsches Musikleben 1919-1945, Stuttgart 1995.

11 Mit Ausnahme der zeitgenössischen Aufzeichnungen Goebbels' und Ribbentrops sind bislang keine weiteren authentischen Zeugnisse bekannt geworden, die genauere Auskunft über Hitlers Berliner Aufenthalt geben könnten. Kombiniert man deren Angaben mit denjenigen Hitlers, so könnte dessen Aufenthalt in Berlin folgendermaßen abgelaufen sein:

Frage: "Wer, glauben Sie, sind die Hintermänner dieser Pressecampagne?"

Antwort: "Ich halte die Reichspressestelle in Berlin [12] selbst für die Ausgangsstelle dieser politischen Schwätzereien."

Frage: "Leute, die das Gras wachsen hören, schreiben bzw. sprechen zur Zeit davon, daß Sie, Herr Hitler, bereit seien, Ihre bekannten grundsätzlichen Forderungen bezüglich einer Regierungsübernahme fallen zu lassen aus 'Angst vor Reichstagsauflösung und Neuwahlen [13]'.

Als Grund dafür verbreitete man die Behauptung, die NSDAP befinde sich in einer schwierigen, taktisch ungünstigen Lage [14]. Haben Sie die Absicht sich zu dieser Frage zu äußern?"

Antwort: "Jawohl. Denn diese Behauptungen sind ebenso dumm, wie lächerliche Erfindungen. Meine grundsätzliche Einstellung zur Frage einer Regierungsbildung habe ich schon so oft klargelegt [15], daß sie bloß dem kurzen Gedächtnis der Berliner Gazetten entfallen zu sein

---

10.1.	7.00 Uhr:	Ankunft in Berlin
	vormittags:	Unterredung mit Goebbels
	mittags:	Unterredung mit Göring und Goebbels
	nachmittags:	Besichtigung des Eher-Verlags
	20.00 Uhr:	Besuch der Oper
	nachts:	Unterredung mit Papen
11.1.	vormittags:	Besuch von Magda Goebbels
	14.00 Uhr:	Abfahrt.

Vermutlich verfolgte Hitler mit seinem Besuch in Berlin auch die Absicht, die Gerüchte ganz bewußt anzuheizen und seine Gegner zu verwirren, vor allem aber den Eindruck zu erwecken, daß er noch immer über Kontakte in die Zentrale der politischen Macht in Deutschland verfüge. Vgl. Anm. 7-10 sowie die Rekonstruktion bei Vogelsang, Reichswehr, S. 357 f.

12 Gemeint ist die Vereinigte Presseabteilung der Reichsregierung, die als Abteilung P beim Auswärtigen Amt ressortierte (Wilhelmplatz 8 und 9) und damals von Ministerialdirektor Erich Marcks geleitet wurde. Vgl. das Organigramm in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XXI, Göttingen 1983, S. 603 ff., hier S. 610 f. sowie Peter Bauer, Die Organisation der Amtlichen Pressepolitik in der Weimarer Zeit. (Vereinigte Presseabteilung der Reichsregierung und des Auswärtigen Amtes), Berlin (Phil. Diss.) 1962.

13 Vgl. etwa den Kommentar des *Berliner Tageblatts*, das die Ansicht vertrat, daß "Hitlers Anwesenheit in Berlin [...] nur einer Aussprache mit dem Reichstagspräsidenten Göring gegolten" habe. "Hitler ist es offenbar darum zu tun, immer wieder Zeit zu gewinnen, damit er die Schwenkung, die er unter dem Druck von außen vollziehen zu müssen glaubt, einigermaßen vorbereiten und maskieren kann. Wenn am 20. Januar der Ältestenrat zusammentritt, wird man wohl schon das erste Ergebnis dieser Bemühungen erfahren, weil dann vielleicht Herr Göring selbst, im Einvernehmen mit Hitler, einen weiteren Aufschub für den Zusammentritt des Reichstags, also über den 24. Januar hinaus, empfehlen wird. Man hält es in politischen Kreisen jetzt für wahrscheinlich, auch in Hinsicht auf die späte Fertigstellung des Etats für 1933, die gestern bereits der Finanzminister ankündigte, *daß der Reichstag erst im Februar oder März zusammentreten werde.* Hitler gewänne dann Zeit für Verhandlungen mit der Regierung, um die es ihm ja ohne Zweifel zu tun ist, da er in seiner bedrängten Lage Neuwahlen unter allen Umständen vermeiden möchte." Vgl. Berliner Tageblatt vom 11.1.1933 (AA), "Hitlers Schwenkung".

14 Gegenüber Vertretern der Presse äußerte Reichskanzler von Schleicher am 10.1.1933, daß Hitler über den Umweg des "Kölner Gesprächs" mit Papen am 4.1. versucht habe, an Hindenburg heranzukommen, "der ihn nun einmal aber nicht leiden könne. Auf Hindenburg wirke Hitler beinahe so schlimm wie ein Kommunist. Er [*Schleicher*] meint, daß Hitler in geradezu verzweifelter Stimmung sei, weil er fühle, daß ihm die Partei zerbröckele, ohne daß er sie jemals irgendwie an maßgebender Stelle habe einsetzen können. Auch jetzt noch sei es aber völlig unmöglich, mit Hitler zu verhandeln, weil er trotz allem, nach der Schilderung Papens, an seiner alten Hauptforderung festhielte, ihm die 'Kommune' als Freiwild zu überlassen." IfZ, ED 93: Nachlaß Hans Schäffer, Bd. 33.

15 Zu den Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932 vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169; im Anschluß an die Reichstagswahl vom 6.11.1932 vgl. Dok. 65, 67-70, 74.

scheint. Es wirft dies aber ein bezeichnendes Licht auf die Lage der Regierung. *Nicht die nationalsozialistische Partei befindet sich in Schwierigkeiten, sondern das Kabinett Schleicher.* Es ist das eingetroffen, was von mir schon im November vorausgesagt wurde, daher brauche auch ich keine Angst vor einer Neuwahl zu haben[16] - das werden die Herrschaften ja am 15. Januar[17] sehen - , sondern nur die Regierung selbst, das derzeitige Kabinett wird jedenfalls sein Ziel nicht erreichen, ich aber das meine."

11. Januar 1933 Dok. 127
Rede auf NSDAP-Versammlung in Lemgo[1]

Lippische Post vom 12.1.1933, "Aus der Wahlbewegung. Hitler-Kundgebung in Lemgo"[2].

Adolf Hitler wies eingangs darauf hin, daß seit 14 Jahren in Deutschland eine Anzahl von Parteien regierten, die gerade auf dem Gebiete der Wirtschaft das Unglaublichste versprochen hätten. Aber die Regierungsprogramme seien heute noch nicht anders als Feststellungen über das, was man wahrscheinlich alles zu tun gedenke. Demgegenüber stehe aber auch fest, daß das deutsche Volk sich in der schwersten wirtschaftlichen Krise befinde, die wir überhaupt kannten. Fast 7 Millionen, tatsächlich allerdings 9 Millionen, Erwerbslose seien vorhanden[3].

Seit 14 Jahren, so führte Hitler aus, verzeichneten wir einen politischen Zusammenbruch, ohne daß das Volk in seiner Gesamtheit ihn bemerkt habe. Erst, als der politische sich auch in

16 Vgl. Dok. 115, Anm. 14.
17 Zum Ergebnis der lippischen Landtagswahl am 15.1.1933 vgl. Dok. 137, Anm. 3.

1 Im Alten Schützenhaussaal, ab 22.15 Uhr. Vor Hitler, dessen Rede etwa $1^1/_2$ Stunden dauerte, sprach der thüringische Ministerpräsident und Gauleiter Fritz Sauckel. Parallel hierzu fanden weitere, ebenfalls überfüllte Versammlungen statt, bei denen der Gauleiter des Gaues Berlin, MdR Goebbels, im Rödingschen Saal, MdR Hanns Oberlindober und MdR Frick im Schützenhaus als Redner auftraten.
Zum Ablauf vgl. auch den Kommentar der *Lippischen Tageszeitung*: "Adolf Hitler ist am Mittwochabend, von Berlin kommend, wieder nach Lippe zurückgekehrt und hat in Lemgo vor etwa 3.000 Personen, die auf drei verschiedene Säle verteilt waren, gesprochen. *Im Gegensatz zu seiner Detmolder Rede, wo er sehr resigniert war, äußerte er sich jetzt über die Zukunft der NSDAP sehr zuversichtlich.*"
2 Vgl. auch Der Angriff vom 12.1.1933, "Der nationalsozialistische Sturmangriff auf Lippe"; Lippische Tageszeitung vom 12.1.1933, "Absage Hitlers an Schleicher"; VB vom 13.1.1933, "Adolf Hitler wieder in der lippischen Wahlfront". Ferner Schröder, Hitler, S. 186 ff.; Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 334; Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 352 ff. Foto: Mit der Partei vorwärts! Zehn Jahre Gau Westfalen-Nord. Unter Verwendung amtlicher Unterlagen von Parteidienststellen zusammengestellt und bearbeitet von Arno Schröder, Detmold 1940, S. 205.
3 Vgl. Dok. 112, Anm. 9 sowie Dok. 77, Anm. 5.
Am 8.1.1933 stellte der Vorsitzende für das deutsche Stillhalte-Abkommen von 1932, Albert Wiggin, fest, daß "die *Wirtschaftslage Deutschlands* [...] einen weit ermutigenderen Eindruck als im vergangenen Jahr" mache. Wiggin kam zu dem Schluß, daß die Panik des Jahres 1932 nun vorüber sei, "das *Vertrauen* in die Sicherheit der finanziellen Verhältnisse habe *stark zugenommen*. Zum ersten Male sei seit drei Jahren eine *Besserung* der Wirtschaftslage zu verzeichnen gewesen, die über das saisonübliche Ausmaß hinausgegangen sei." Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 9.1.1933, "Wachsendes wirtschaftliches Vertrauen".

einen wirtschaftlichen Zusammenbruch[4] verwandelt habe, wären die Menschen sich dessen bewußt geworden. Denn dann handele es sich nicht mehr um theoretische Begriffe, sondern um den eigenen Arbeitsplatz, um den eigenen Magen. Viele sagten, die NSDAP wäre nicht da, wenn die wirtschaftliche Not nicht da gewesen wäre[5]. Das stimme, denn wenn in Deutschland alles ordnungsgemäß gegangen wäre, dann brauchte die NSDAP nicht da zu sein. Man wolle dem Volk auch heute immer noch einreden: Rette die Wirtschaft, dann rettest Du das Volk. Es könne aber nur heißen, das Volk zu retten, um die Wirtschaft zu heben. Nicht der Existenz der Wirtschaft hätten die Völker ihr Leben zu verdanken, sondern im Gefolge der nationalen Blüte seien die Wirtschaften entstanden. Die Wirtschaft sei in ihrer Größe gebunden an die Größe des Staates. In der Periode des politischen Aufstiegs der Nation sei auch ein Aufstieg der Wirtschaft da, in der Periode des Verfalls der Nation sei auch die Wirtschaft am Abgleiten.

Die Regierungen von heute, so führte Adolf Hitler aus, machten Projekte, das Ergebnis sei immer negativ - und weshalb? Weil hinter diesen Plänen keine Kräfte ständen, um sie irgendwie zu verwirklichen. Und das sei das Entscheidende. Die ganze deutsche Staatskunst bestehe augenblicklich aus der Fabrikation und dem Herunterleiern von großen theoretischen Plänen und Projekten, in Wirklichkeit seien es Schlagworte, Phrasen. Man rede von Abrüstung[6], während 16-17 Millionen Bewohner des Reiches Pazifisten seien[7], ja ein Teil sogar Nachläufer einer fremden Hoheitsverwaltung[8]. Bei den Plänen handle es sich sehr oft um sehr interessante Gedanken. Gedanken, bei denen man oft alte Bekannte wiederfinde, da sie von den Nationalsozialisten "geklaut" seien[9]. Es fehle aber jede Voraussetzung für die Pläne, da keine Kraft dahinter stehe, um sie zu verwirklichen.

Adolf Hitler verglich das Leben eines Volkes mit dem Baum und dem Wald und zeigte auf, wie die Geschichte lehre, daß das deutsche Volk immer nur dann stark gewesen sei, wenn es sich auf einer einheitlichen nationalen Plattform zusammengefunden habe. Im Austragen der inneren Zerwürfnisse, Kämpfe und Leidenschaften verliere ein Volk an Kraft und Stoßkraft, so daß man erst dann an außenpolitische Pläne herangehen könne, wenn man das deutsche Volk auf einer einheitlichen nationalen Basis gesammelt habe. Man müsse die Ursache des deutschen Verfalls an der Wurzel erkennen und einsehen, daß man um die voraussetzende Arbeit nicht herumkommen könne.

Die Pläne der heutigen Regierung seien als lächerlich zu bezeichnen, wenn man an die Kräfte denke, die dahinterstünden[10]. Die unbedingt notwendige absolute und durchdringende

---

4 Vgl. Dok. 76, Anm. 5.

5 Zur Ursachenanalyse der nationalsozialistischen Wahlerfolge durch ihre Gegner vgl. Pyta, Gegen Hitler, S. 35 ff., 91 ff., 110 ff.; Scholdt, Autoren über Hitler, insbes. S. 474 ff.; Leonid Luks, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921-1935, Stuttgart 1985, S. 140 ff.

6 Vgl. Dok. 80, Anm. 18.

7 Zu Hitlers Berechnung vgl. auch Dok. 83 mit Anm. 35.

8 Anspielung auf die Anhänger der KPD.

9 Vgl. Dok. 78, Anm. 13.

10 Die von ihren formalen Voraussetzungen denkbar starke Stellung Schleichers, in der sich verschiedene Funktionen bündelten (Reichskanzler eines Präsidialkabinetts, Reichskommissar für Preußen, Reichswehrminister), wurde entscheidend beeinträchtigt durch die Tatsache, daß es so gut wie keine Partei gab, die seine Politik unterstützte. Bei den Mitgliedern des Kabinetts Schleicher handelte es sich - mit Ausnahme des Reichsministers

Erziehung der deutschen Jugend degradiere man zu einer Aushilfe, um den Arbeitsmarkt zu erleichtern[11]. Auf diese Weise könne man keine Politik betreiben. Wer nur die Tagesfragen vor sich sehe, sei günstigenfalls ein kleiner Politiker, der Staatsmann aber müsse zurückkehren zu dem Beruf des Bauern und müsse auf lange Sicht hin ein Werk der Regeneration eines Volkes beginnen[12].

Adolf Hitler wandte sich dann besonders gegen die künstlich geschaffenen Gegensätze zwischen Bürgertum und Proletariat, zwischen Berufsständen usw., und betonte, daß es vor allen Dingen darauf ankomme, ob man ein Deutscher, ein rechter Volksgenosse und ein ganzer Mann sei. Der Persönlichkeitswert sei über den Wert der Bildung und Geburt usw. weit hinauszustellen.

Alle die, die heute den Mund so voll nähmen von dem nationalen Wiederaufstieg des deutschen Volkes[13], sollten nicht vergessen, daß die NSDAP es gewesen sei, durch [*die*] die Freiheitsbewegung entstanden sei. Wenn er an die deutsche Auferstehung überhaupt noch glaube, dann tue er es nur in der Überzeugung daran, daß die Auferstehung in allen Schichten unseres Volkes Wurzeln schlage. Er erinnerte dabei an die übermenschliche Tat des deutschen Heeres, das einer Welt von Feinden gegenübergestanden habe[14]. Jeder einfache Grenadier und Musketier habe sich für Deutschland eingesetzt, als ob er aus dem Himmel und nicht, wie es oft gewesen sei, aus Not und Elend gekommen sei.

Adolf Hitler ging dann in kurzen Zügen auf die Politik in der Berliner Wilhelmstraße[15] ein und betonte, daß die Bewegung niemals die Verantwortung für das übernehme, was die anderen täten, die Deutschlands Unglück bedeuteten. (Lebhafter Beifall.) Wer das deutsche Volk sich

---

für Ernährung und Landwirtschaft Magnus Frhr. von Braun und des Reichsministers der Justiz Franz Gürtner, die beide der DNVP angehörten - ausnahmslos um parteilose "Fachleute". Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Schleicher, Einleitung, S. XIX ff.

11 Bei seiner Rundfunkansprache am 15.12.1932 war Reichskanzler von Schleicher auch auf die geplante Jugendpolitik eingegangen: "Eine Frage, die dem Wehrminister besonders am Herzen liegen muß, ist die körperliche und geistige Ertüchtigung der Jugend. Ich gehöre allerdings nicht zu den Leuten, die der Jugend jeden Tag einmal erzählen, daß sie das Salz der Erde und die Blüte der Nation sei. Das führt nur zu einer Überheblichkeit und zu einer äußerlichen und innerlichen Disziplinlosigkeit, die uns in den vergangenen Jahren die Jugend manchmal ungenießbar machte." Statt dessen wollte Schleicher Projekte wie den freiwilligen Arbeitsdienst oder das Notwerk der deutschen Jugend, das vor allem im Winter arbeitslose Jugendliche unterstützen sollte, fördern: "Die Reichsregierung wird allen geeigneten Einrichtungen, insbesondere auch freiwilligen Kameradschaften jugendlicher Erwerbsloser öffentliche Mittel zur Verfügung stellen, wenn sie gewillt sind, den Teilnehmern gemeinsame Verpflegung, körperliche Übungen und geistige Fortbildung zu verschaffen. [...] Zwei weitere Dinge gedenkt die Reichsregierung im kommenden Frühjahr in Angriff zu nehmen: das freiwillige Werkhalbjahr der Abiturienten und die freiwillige Bauernhilfe." Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Schleicher, Dok. 25 mit Anm. 32 und 33. Zur Arbeitsdienstpolitik generell vgl. in diesem Band Dok. 111, Anm. 1.

12 Goebbels, der ebenfalls im lippischen Wahlkampf auftrat, vermerkte in seinen Tagebüchern über seine Zuhörerschaft: "Nur Bauern und kleines Volk." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 332.

13 Zu seiner außenpolitischen Zielsetzung hatte Schleicher am 15.12.1932 im Rundfunk erklärt: "Im übrigen sind sich über die Ziele, die wir in der Außenpolitik zu verfolgen haben, im Grunde alle Deutschen einig. Das deutsche Volk will als freie, gleichberechtigte und geachtete Nation im Kreise der Völker den Platz einnehmen, auf den es nach seiner Größe, seiner Vergangenheit und seiner Leistungsfähigkeit Anspruch hat." Druck wie Anm. 11.

14 Gemeint ist der Erste Weltkrieg.

15 Vgl. Dok. 72, Anm. 10.

erobere, der erobere sich auch eines Tages die Regierung von selbst. Deshalb könne die NSDAP warten, bis die Vorsehung die Zeit für gekommen halte. Man hätte ihm geraten, er solle doch versuchen, von rückwärts in die Regierung zu gelangen. Es gebe ja solche Virtuosen, besonders die, die jetzt am Ruder seien [16]. (Große Heiterkeit.) Auf dem geölten Parkett könne ein ehrlicher Nationalsozialist mit seinen schweren Stiefeln nicht gut stehen, deshalb wolle er lieber mit offener Stirn die Macht erobern. Es sei übrigens interessant, festzustellen, wie aufgeregt die Judenpresse sich gebärde, wenn er nach Berlin komme [17]. Es sei gerade so, als ob ein Komet mit Berlin zusammengestoßen sei. (Große Heiterkeit.) Der Kampf geht weiter, und die nationalsozialistische Freiheitsbewegung werde trotzdem siegen.

Adolf Hitler schloß: Eines Tages werde die Stunde der Entscheidung kommen, aber nur dann, wenn unsere Bewegung hart bleibt, eine Volksgemeinschaft [18] bleibt, wenn sich jeder mutig, ehrlich, treu und fanatisch für Deutschland einsetzt. Und dann werde es in der Schicksalsstunde heißen: Jetzt seid Ihr Deutschen wieder so hart geworden, daß ich Euren Mut nicht mehr zerbrechen kann, jetzt gebe ich Euch jede Freiheit, auf daß Euer Wille jetzt die Not zerbricht! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) [19]

12. Januar 1933 — Dok. 128
Telegramm an Wilhelm Stegmann [1]

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 12.1.1933, "Unbotmäßigkeit eines SA-Führers" [2].

Da Sie trotz meiner, Ihnen persönlich gemachten, Verwarnung [3] sich abermals in schwerster Weise gegen die Parteiinteressen vergangen haben [4], bestätige ich nicht nur die vor Stabschef

16 Vgl. Dok. 100, Anm. 9.
17 Vgl. Dok. 126, Anm. 2 und 3.
18 Vgl. Dok. 76, Anm. 9.
19 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Wilhelm Stegmann (1899-1944), 1917 Kriegsfreiwilliger, 1918 Leutnant, 1919/20 Angehöriger des Freikorps Epp, Diplomlandwirt, 1923 Pächter der Fürstlich Hohenlohschen Domäne in Schillingsfürst (Mittelfranken), 1925 Eintritt in die NSDAP, 1926 Ortsgruppenleiter der NSDAP in Schillingsfürst, 1929 Führer der SA-Standarte Ansbach, 1930-1933 MdR, 1931 Landwirtschaftlicher Referent in der Obersten SA-Führung, 1932 SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Franken, 11.1.1933 Enthebung von seiner Dienststellung und seinem Dienstrang in der SA, 18.1. Gründung des "Freikorps Franken", 19.1. Austritt aus der NSDAP, 20.1.1933 Ausschluß aus der NSDAP und der SA, 1936 Verurteilung zu achtzehn Monaten Gefängnis, 1939 Tätigkeit auf der Domäne Düsterntal (Kreis Alsfeld/Leine), 1944 SS-Obersturmführer in der SS-Sturmbrigade "Dirlewanger", bei den Kämpfen in Ipolysag (Ungarn) seit Dezember 1944 als vermißt gemeldet.
2 Der Publikation von Hitlers Telegramm durch die *Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz* geht eine längere Einleitung voraus, in der behauptet wird, daß schon länger versucht werde, die NSDAP zu zersetzen. "Einer der wenigen Fälle, in denen diese Versuche einen geringen Erfolg zeitigten, ist ein Fall von Unbotmäßigkeit eines SA-Führers in Franken. [...] Die NSDAP sieht sich augenblicklich einer neuerlichen Welle von Kampfaktionen ihrer Gegner gegenüber, die selbst nicht davor zurückschrecken, einen deutschnationalen Kreisvorsitzenden durch offensichtliche Spitzel hinmorden zu lassen, um die niederträchtige Tat dann mit der nationalsozialistischen Bewegung in Zusammenhang zu bringen."

Röhm bereits ausgesprochene Enthebung von Ihrer Dienststellung[5], sondern erkenne Ihnen auch strafweise Ihren Dienstrang ab.

gez. Adolf *Hitler*

12. Januar 1933 Dok. 129
Rede auf NSDAP-Versammlung in Lipperode[1]

Lippstädter Zeitung vom 13.1.1933, "5.000 hörten Hitler! Die Veranstaltung der NSDAP in Lipperode. Eine machtvolle Kundgebung ohne Zwischenfall[2]".

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Im November 1918 wurde in Deutschland die Revolution angezettelt. Damals war das deutsche Volk in seiner Mehrheit überzeugt, daß nun eine Periode des Wohlstandes und des Glücks an-

3 Vgl. Dok. 105, Anm. 7.

4 Die schwere Krise in der fränkischen SA hatte Julius Streicher, der unbeliebte Gauleiter des Gaues Mittelfranken, ausgelöst, der seit August 1932 der SA Gelder verweigerte, die ihr eigentlich von seiten der Gauleitung zustanden. Personelle Streitigkeiten, in deren Zentrum der Führer der SA-Standarte 14, SA-Standartenführer Philipp Wurzbacher, stand, verschärften die Gegensätze. Bereits im Dezember standen in Mittelfranken PO, angeführt von Streicher, und SA, die sich hinter Stegmann sammelte, offen gegeneinander; allerdings gab es in beiden Lagern Gruppierungen, die den jeweils anderen Exponenten unterstützten, etwa die Nürnberger SA Streicher bzw. die Ansbacher Ortsgruppe wiederum Stegmann. Eine Eskalation schien vermieden, als Stegmann sich - nicht zuletzt durch den Einfluß Hitlers - am 24.12.1932 bereit erklärte, seine Posten als SA-Gruppenführer und Ortsgruppenleiter von Schillingsfürst niederzulegen. Doch brach der Streit im Januar erneut auf, da Streicher öffentlich behauptete, Stegmann habe Gelder veruntreut und unterhalte Kontakte zur KPD und zu nationalsozialistischen Renegaten. Stegmann konterte, indem er am 9.1. den Posten des SA-Gruppenführers wieder übernahm, die Führung der SA-Untergruppe Mittelfranken absetzte und tags darauf deren Geschäftsstelle in Nürnberg stürmen, die Anwesenden festsetzen und Akten beschlagnahmen ließ. Vgl. Hambrecht, Aufstieg der NSDAP, S. 364 ff.; Diana Fitz, Ansbach unterm Hakenkreuz, Ansbach 1994, S. 14 ff. Ferner Würzburger General Anzeiger vom 14.1.1933, "Die Vorgänge in der SA Franken"; Fränkisches Volksblatt vom 13.1.1933, "Die Vorgänge in der SA Frankens". Zur weiteren Entwicklung vgl. Dok. 142 mit Anm. 2.

5 Die Oberste SA-Führung hatte bereits im Dezember versucht, Stegmann zur Räson zu bringen. Am 8.12.1932 beauftragte der Chef des Stabes, Ernst Röhm, den Führer der SA-Obergruppe IV, SA-Obergruppenführer Hans Georg Hofmann, mit der Untersuchung des Falls; die SA-Untergruppe Mittelfranken wurde vorübergehend aus der SA-Gruppe Franken ausgegliedert und deren Dienstbereich auf Ober- und Unterfranken beschränkt. Hatte Röhm im Dezember Stegmann noch zu stützen versucht, so war dessen Geduld spätestens mit der "Erstürmung" der Nürnberger Geschäftsstelle erschöpft. Am 11.1. schickte Röhm den SA-Obergruppenführer Adolf Hühnlein nach Nürnberg, der Stegmann seines Postens enthob, die SA-Gruppe Franken auflöste und deren drei Untergruppen Hofmann direkt unterstellte. Vgl. Hambrecht, Aufstieg der NSDAP, S. 375 ff.

1 Im Festzelt, ab 20.30 Uhr. An der völlig überfüllten Versammlung nahmen laut Vorlage 5.000 (*Lippischer Kurier*: 7.000; *Der Angriff*: 10.000) Personen teil. Hitler sprach über eine Stunde, vor ihm hatte MdL Gustav Schwiebert (Hannover) an Stelle des verhinderten preußischen Landtagspräsidenten Hanns Kerrl gesprochen. Über den Ablauf der Versammlung ist in der *Lippischen Landeszeitung* zu lesen: "Er [*Hitler*] gab im ersten Teil seiner Rede eine Einführung in die staatspolitische Gedankenwelt der NSDAP, die ihm keinen Applaus eintrug. Erst im zweiten Teil seiner Rede, wo er sich den aktuellen politischen Fragen zuwandte, wurde seine Vortragsweise warm und hinreißend."

brechen würde[3]. Übersehen hat man damals, daß dem politischen Zusammenbruch zwangsläufig auch der wirtschaftliche Niedergang folgen mußte. Das hat man erst erkannt, als langsam aber sicher die

Zeit des inneren und äußeren Verfalls

begann. Erst als der eine sein Geld, der andere seinen Arbeitsplatz, sein Geschäft usw. verlor, da erkannte man, daß wir unaufhaltsam dem Niedergang zusteuerten. Heute hat fast jeder Stand seine Partei[4]. Und dabei verelendet der Bauer[5], verproletarisiert der Arbeiter[6], geht der Mittelstand zu Grunde[7]. Es ist ein großer Irrtum, wenn man glaubt, daß die Wirtschaft in der Lage sei, das Reich aufzubauen. Umgekehrt ist es der Fall. Als Deutschland im Glanz seiner politischen Macht lebte, da hatte es auch seine wirtschaftliche Blütezeit[8]. Nach 1918 ist

die Wirtschaft restlos abgeglitten[9].

Daraus ergibt sich die Folgerung, daß wir wieder beim Ausgangspunkt einsetzen müssen: Beim Aufbau der Politik. Die Größe der politischen Macht aber wird in erster Linie bestimmt durch die Einheitlichkeit der Nation in allen Lebensfragen. Wenn alle ihre Aufgabe im Kampf gegen den inneren Gegner sehen, bleibt natürlich keine Kraft für den Kampf um die Nation, weil alle Energie nutzlos nach innen verpufft.

---

2 Vgl. auch Der Angriff vom 13.1.1933, "Die letzten Kampftage um Lippe. Der Führer in Lipperode und Bad Schlangen"; Lippischer Kurier vom 13.1.1933, "Hitlertag in Lipperode u. Schlangen"; Der Patriot - Lippstädter Tageblatt vom 13.1.1933, "Hitler in Lipperode!"; Lippische Tages-Zeitung vom 14.1.1933, "Der Wahlkampf auf dem Höhepunkt"; VB vom 14./15.1.1933, "'Unsere Bewegung ist heute der Repräsentant der größten deutschen Kraft'"; Lippische Landeszeitung vom 15.1.1933, "Reden Hitlers in Lipperode und Blomberg". Ferner Schröder, Hitler, S. 192; 10 Jahre NSDAP in Lipperode. Hrsg. von der NSDAP. Ortsgruppe Lipperode, Lippstadt 1938, S. 11 ff. (dort auch ein Foto); Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 354 f.

3 Vgl. Dok. 76, Anm. 6 und 7.

4 Vgl. Dok. 16, Anm. 13.

5 In den Jahren 1931/32 waren die - insgesamt rückläufigen - Verkaufserlöse der deutschen Landwirtschaft in Höhe von 7.364 Millionen RM mit einer Gesamt-Zinslast in Höhe von 1.005 Millionen RM (13,82%) belastet. Im land- und forstwirtschaftlichen Bereich wurden 1932 18.393 Zwangsversteigerungen für eine Gesamtfläche von 342.843 ha eingeleitet und 7.060 Versteigerungen für eine Gesamtfläche von 153.770 ha durchgeführt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 386.
Generell zur Agrarkrise im Deutschen Reich vgl. Friedrich-Wilhelm Henning, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland, Bd. 2: 1750 bis 1976, Paderborn 1978, S. 192 ff., 206.

6 Zur sozialen Lage der Arbeiter und der Arbeitslosen am Ende der Weimarer Republik vgl. Winkler, Der Weg in die Katastrophe, S. 19 ff. Ferner Dok. 112, Anm. 9.

7 Auch der gewerbliche Mittelstand im Deutschen Reich wurde hart von der seit 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise getroffen. Der Umsatz des Handwerks beispielsweise verringerte sich in den Jahren 1928-1932 auf 50%, seine Gewinne auf 33,5%. Im Vergleich zur wirtschaftlich desolaten Lage der Großunternehmen erwiesen sich Handwerk, Einzelhandel und Gaststättengewerbe jedoch teilweise als relativ krisenresistent; dies änderte allerdings nichts daran, daß der bislang unabhängige und protegierte Mittelstand durch diese wirtschaftliche Krise tief verunsichert wurde. Vgl. Heinrich August Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972, S. 31 ff.; Wolffsohn, Industrie und Handwerk, S. 320 ff.

8 Vgl. Dok. 120, Anm. 6.

9 Zur wirtschaftlichen Entwicklung im Deutschen Reich nach 1918 vgl. Dietmar Petzina, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977; Fritz Blaich, Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise, München [3]1994; Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945, Bd. 3: Produktivkräfte in Deutschland 1917/18 bis 1945. Hrsg. vom Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin (Ost) 1988.

Schon früher war es so: Als die germanischen Stämme einig waren, konnten sie im Teutoburger Wald die römischen Legionen besiegen[10]. Dann aber ließ

innerer Hader

sie wieder zur Bedeutungslosigkeit herabsinken. Wir müssen durch eine neue Gemeinschaft ein neues Volk bilden. Das mag ein langsamer und schwerer Weg sein. Er muß aber gegangen werden; und zwar müssen wir von klein auf beginnen. Die Parteien sind in sich faul, weil sie reine Interessenparteien sind. Dahin aber muß es kommen, daß alle Stände, Gruppen und Parteien, so verschieden sie sein mögen, doch zur politischen Einheit zusammengefaßt werden. Wir werden nur wieder emporsteigen, wenn es gelingt, eine

unerhörte Übereinstimmung zwischen Befehl und Wollen

herzustellen[11]. Dann erst ist ein Wiederaufbau möglich. Wenn man heute noch so oft sagt: "Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern[12]" und dabei vergißt, daß man bei diesem Aufbau unten, nicht aber oben anfangen muß, dann ist das alles nutzlos. Was groß wurde, hat immer klein angefangen.

Es gab 1918 eine ganze Reihe nationaler Führer auch im Bürgertum, die mit mir der Meinung waren, daß der Zusammenbruch fürchterliche Folgen haben würde. Nur der Weg zum Ziel hat uns getrennt. Wir müssen ein Programm haben, das einfach und klar in der Lage ist, alle für Ideale befähigten Menschen zu vereinigen. Der einzelne ist ganz klein gegenüber dem großen Volksganzen. Entscheidend ist es, daß alle fühlen, daß sie

in erster Linie Deutsche sein

müssen.

Ich habe ein Recht, zum Volk solche Worte zu sprechen, weil meine Prophezeiungen bisher alle eingetroffen sind. Wie die Regierung Papen[13] wird auch die Regierung Schleicher scheitern[14], weil sie mit läppischen Mitteln das Schicksal ändern will[15]. Was ich für richtig erkannt habe, das habe ich immer ausgeführt. Ich bin 1918 nicht in eine andere Partei gegangen, obwohl ich mir einbilde, genug Grips im Kopf zu haben, um es auch dort zu etwas hätte bringen zu können. Nein, ich habe mit sechs Gleichgesinnten[16] angefangen und habe daraus eine Bewe-

---

10 Vgl. Dok. 117, Anm. 3.

11 Am 12.1.1933 erklärte der ehemalige Bezirksleiter der NSDAP in Lippe, Manfred Fuhrmann - gleichzeitig Vorsitzender des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes im Gau Westfalen-Nord - seinen Austritt aus der NSDAP. In der angespannten Situation des lippischen Wahlkampfs war sein offener Brief an die Gauleitung der NSDAP, den die *Lippische Landeszeitung* auf ihrer Titelseite veröffentlichte, eine kleine Sensation, die wiederum intensive Diskussionen über den inneren Zustand der NSDAP auslöste. Vgl. Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 218 ff.

12 Muß heißen: "Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern/In keiner Not uns trennen und Gefahr". Aus dem 1804 entstandenen Drama *Wilhelm Tell* von Friedrich von Schiller (1759-1805), II. Akt, 2. Szene.

13 Vgl. Dok. 78, Anm. 12 sowie Dok. 67, Anm. 6.

14 Am selben Tag notierte MdR Reinhold Quaatz (DNVP) in sein Tagebuch, zwischen Schleicher und Hindenburg sei bereits "das Ei entzwei". Vgl. Quaatz, Tagebuch, S. 222 (12.1.1933).

15 Am 12.1.1933 war in der Presse bekannt geworden, daß Gregor Straßer am 4.1.1933 vom Reichspräsidenten empfangen worden war; Hindenburg sympathisierte damals mit Schleichers Vorschlag, Straßer zum Vizekanzler und Reichsarbeitsminister zu ernennen. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Schleicher, Dok. 54, Anm. 5. Dort weiterführende Literatur.
Angeblich soll es am selben Tag in Lippe zu einer Zusammenkunft zwischen Hitler und Straßer gekommen sein. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1933, München 1934, S. 15.

16 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.

gung geschaffen[17], vor der heute alle erzittern. Ich habe gekämpft gegen Hohn und Spott, Lüge und Verleumdung, Eifersucht und Verfolgung. Einst hat man unsere Bewegung aufgelöst und verboten[18]. Das war 1923. Da bin ich 13 Monate ins Gefängnis gegangen[19]. Dann habe ich neu begonnen und nach kaum 8 Jahren die Bewegung zu 12 Millionen geführt[20].

Wie man ein Feld bebaut, so

müssen wir das Volk bearbeiten.

Viele Ernten zerschlägt der Hagel, noch mehr aber kommen unter Dach und Fach. Keine aber ist möglich, ohne daß zuvor gesät wird. Ob ich die deutsche Ernte noch erlebe, weiß ich nicht. Eines aber weiß ich: daß ich meine Pflicht tun muß!

Man soll uns in Deutschland einmal eine andere politische Bewegung gegenüberstellen und

uns das Turnierfeld freigeben.

Sieger werden wir sein, weil wir die größte Kraft haben. Wenn man mir sagt, warum ich nicht in die Regierung gegangen sei, so kann ich nur eins sagen: Wir werden das Werk nur dann übernehmen, wenn es auch unsern Geist atmet. Ich will das Volk erobern. Wer das tut, gewinnt auch die Macht. Rettung kann uns nur dann werden, wenn einmal das Volk von einem Geist und Willen erfüllt ist. Eines steht fest:

Der Kampf geht weiter,

Tag um Tag, Nacht um Nacht. Dieser Kampf wird einmal die Größe und Freiheit der Nation wiederherstellen. Dieser Kampf geht um die politische Macht, die die erste Voraussetzung ist für die Existenz aller Schichten und Berufe. Er geht und gilt für 65 Millionen Menschen[21]. Ich bettele nicht um Ihren Stimmzettel. Sie alle aber können dafür sorgen, daß einmal eine Regierung kommt, die wirklich handeln kann, weil sie hinter sich hat

ein einiges deutsches Volk[22]*!*

---

17 Vgl. Dok. 77, Anm. 9.

18 Vgl. Dok. 103, Anm. 8 und 20.

19 Vgl. Dok. 52, Anm. 12.

20 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.

21 Nach der Zählung vom 16.6.1925 hatte das Deutsche Reich, einschließlich Saargebiet, eine Gesamtbevölkerung von 63.180.649 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 5.

22 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.
Über das Ende der Versammlung schrieb *Der Patriot*: "Mit keinem Worte ging Hitler auf die eigentlich zur Debatte stehenden lippischen Wahlen ein. Er sagte auch nicht, welche Allheilmittel er anwenden will, um Deutschland aus seiner verzweifelten Lage zu retten, so daß viele der Zuhörer, die anderen Parteien angehörten, mit einer gewissen Enttäuschung die Versammlung wieder veließen, die kurz vor 10 Uhr ihr Ende erreicht hatte."

12. Januar 1933 Dok. 130
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bad Schlangen[1]

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 13.1.1933, "Ohne unsere Bewegung wäre Deutschland ein einziges Chaos[2]".

Redetext entspricht weitgehend Dok. 129.

13. Januar 1933 Dok. 131
Rede auf NSDAP-Versammlung in Blomberg[1]

Lippische Landeszeitung vom 13.1.1933, "Reden Hitlers in Lipperode und Blomberg"[2].

Kurz darauf betrat Adolf Hitler, von den Massen begeistert empfangen, den Raum. Er führte im wesentlichen dasselbe aus, wie in den 14 früheren Kundgebungen. Er schloß mit der Bemerkung, daß er es der Vorsehung überlasse, ob er sein Werk zu Ende führen könne oder nicht[3].

1 Im Festzelt, nachts. Hitlers Vorredner waren MdR Frick und MdL August Wilhelm Prinz von Preußen (Potsdam).
Im *Lippischen Kurier* sind aus Fricks Ansprache die folgenden Worte überliefert: "Die Frage der Gleichberechtigung ist eine innerpolitische Angelegenheit und kann nur dadurch geregelt werden, wenn alle Landesverräter aufgehängt werden. (Herr Fechenbach!!) Dann führte der Redner unter stürmischer Begeisterung aus, *daß er die Aufhebung des Drakeschen Demonstrationsverbotes beim Reichskanzler und das aktive Notwehrrecht der SA verlangt habe.* Die russische Laus im deutschen Pelz müsse geknickt werden. Das sei keine Bürgerkriegsforderung, aber 'wir können nicht warten, bis uns die Kommunisten selbst die Hälse abschneiden.'"

2 In der übrigen Presse wird hauptsächlich nur noch über den äußeren Ablauf der Versammlung sowie über die Ansprachen von Hitlers Vorrednern berichtet. Vgl. hierzu Der Angriff vom 13.1.1933, "Die letzten Kampftage um Lippe. Der Führer in Lipperode und Bad Schlangen"; Lippischer Kurier vom 13.1.1933, "Hitlertag in Lipperode u. Schlangen"; Lippische Tages-Zeitung vom 14.1.1933, "Der Wahlkampf auf dem Höhepunkt"; VB vom 14./15.1.1933, "'Unsere Bewegung ist heute der Repräsentant der größten deutschen Kraft'". Ferner Schröder, Hitler, S. 192 (im Anhang verschiedene Fotos dieser Veranstaltung); Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 356.

1 In einem - so die Vorlage - "durch ein Zelt erweiterten Dreschschuppen", nachts. Der *Lippische Kurier* schätzte die Zahl der Zuhörer auf "wohl 5.000 Volksgenossen aus allen Schichten und Ständen". Vor Hitler sprach MdR Frick.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 14.1.1933, "Vier Kundgebungen mit Hitler und Dr. Goebbels. Vor der entscheidenden Schlacht in Lippe"; Lippischer Kurier vom 14.1.1933, "Riesenversammlung in Barntrup und Blomberg"; VB vom 16.1.1933, "Ein neues Bollwerk der Freiheitsbewegung". Ferner Schröder, Hitler, S. 193 f.; Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 358.

3 Vgl. auch Dok. 124, Anm. 7.

13. Januar 1933 Dok. 132
Rede auf NSDAP-Versammlung in Barntrup[1]

Lippischer Kurier vom 14.1.1933, "Riesenversammlung in Barntrup und Blomberg"[2].

Der Versuch der Sanierung der deutschen Wirtschaft durch die Regierung Schleicher[3] ist schon gescheitert, bevor er überhaupt noch begonnen hat. Regierung und Volk müssen organisch miteinander verbundene Begriffe sein, sonst hängt die Regierung im luftleeren Raum und ist schließlich nur noch für sich selbst da. Ich bin gegen eine Welt von Vorurteilen angegangen und habe am Ende recht behalten. Ich bin ins Volk hineingegangen und habe zu arbeiten begonnen, statt in die bestehenden Parteiköpfe hineinzukriechen und an die Futterkrippe zu gehen [*sic!*].

Lüge um Lüge haben sie gegen uns angeworfen [*sic!*]. Aber am Ende habe ich doch aus 6 Menschen[4] 12 Millionen zusammengebracht[5] [*sic!*].

Und diese 12 Millionen, das weiß ich, mit denen werden wir die Wilhelmstraße[6] erobern[7].

13. Januar 1933 Dok. 133
Erklärung

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 13.1.1933, "Adolf Hitler erledigt neue Lügenhetze"[1].

1. *Es ist unwahr*, daß westdeutsche Industrielle einen Vermittlungsversuch zwischen Herrn von Papen und mir unternommen haben[2].

Wahr ist, daß ich eine private Einladung erhielt zu einer politischen Aussprache mit dem früheren Reichskanzler Herrn von Papen[3].

---

1 Im Festzelt an der Hamelner Straße [*sic!*]. An dieser Versammlung nahmen - so der *Lippische Kurier* - ebenfalls knapp 5.000 Personen teil. Auch über den Verlauf dieser Versammlung, die dem der vorhergehenden weitgehend entsprochen haben dürfte, finden sich in der zeitgenössischen Presse wie in der Literatur kaum noch genauere Angaben. Möglicherweise sprach der preußische Landtagspräsident Hanns Kerrl vor Hitler.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 14.1.1933, "Vier Kundgebungen mit Hitler und Dr. Goebbels. Vor der entscheidenden Schlacht in Lippe"; VB vom 16.1.1933, "Ein neues Bollwerk der Freiheitsbewegung". Ferner Schröder, Hitler, S. 193 f.; Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 359.

3 Vgl. Dok. 123, Anm. 8 und 9.

4 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.

5 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.

6 Vgl. Dok. 72, Anm. 10.

7 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Die Einleitung zu diesem Dementi lautet: "Adolf *Hitler* hat durch seinen Rechtsvertreter dem jüdisch-marxistischen 'Dortmunder Generalanzeiger' nach § 11 des Pressegesetzes eine Aufforderung zur Berichtigung der schamlosen Lügen, die dieses Blatt über Adolf Hitler und die NSDAP verbreitet, zugehen lassen."

2 Die Tatsache, daß die Gespräche zwischen Hitler und Papen im Hause des Kölner Bankiers von Schroeder begonnen hatten, nährte sofort das Gerücht, daß hinter derartigen Verbindungen Kapital und Großindustrie ständen, daß Papen und Hitler letztlich nur deren Marionetten seien. Die genaue Rekonstruktion der Ereignisse

2. *Es ist unwahr*, daß diese Aussprache einen "metallischen" Hintergrund hatte[4].

Wahr ist, daß in der ganzen Aussprache mit keinem Wort finanzielle Fragen überhaupt auch nur berührt worden sind.

3. *Es ist unwahr*, daß ich Geld brauchte und deshalb bereit gewesen wäre, die politischen Forderungen der Industrie zu akzeptieren.

Wahr ist, daß mir niemals politische Forderungen gestellt worden sind und ich mir niemals politische Forderungen für Geld habe aufzwingen lassen[5].

4. *Es ist unwahr*, daß ich mich bemühe, von Regierungsseite Geld zu bekommen und daß ich für eine Entschuldung der Hitlerpartei als endgültige Bereinigung mich zur Tolerierung des Kabinetts Schleicher verpflichten würde.

---

hat jedoch gezeigt, daß Schroeder nicht mehr war als "ein bloßer Statist auf der Bühne der Geschichte", der zufälligerweise über Kontakte zu Papen wie auch zur NSDAP verfügte. Daß Papen am 7.1., wenige Tage nach seinem Gespräch mit Hitler, mit einigen Großindustriellen aus dem Ruhrgebiet konferierte, war bereits damals bekannt und schien die Vermutung einer "kapitalistischen Verschwörung" zu bestätigen. Allerdings dürfte es sich hier in erster Linie um ein informierendes Gespräch gehandelt haben, bei dem Papen suggerierte, seine Rückkehr in das Amt des Reichskanzlers stünde bevor. Insgesamt läßt sich nicht nachweisen, daß die führenden deutschen Wirtschaftsverbände damals auf eine Ernennung Hitlers zum Reichskanzler hingearbeitet haben; die wichtigsten Industriellen waren offensichtlich noch nicht einmal über den dramatischen Ablauf der Ereignisse im Vorfeld des 30.1. informiert. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 377 ff., Zitat S. 379; zur kontrovers bewerteten Rolle der Industrie vgl. auch Anm. 5.

3 Zu den Motiven, zum Verlauf und zum Ergebnis der Unterredung vom 4.1.1933 vgl. Dok. 112, Anm. 11 sowie Dok. 116, Anm. 1 und 3.

4 Der *Vorwärts* hatte am 6.1. eine Meldung der *Rheinischen Zeitung* groß herausgebracht, derzufolge Schroeder für seine Vermittlung zwischen Hitler und Papen mit 140.000 RM entlohnt worden sei. "Von diesen 140.000 Mark sind 80.000 Mark durch die Pfändung einer Leibrente des Prinzen zu Schaumburg-Lippe gesichert, während die restlichen Schulden in Höhe von 60.000 Mark nach wie vor auf das Konto des Herrn Ley fallen." Vgl. Vorwärts vom 6.1.1933 (AA), "Die Gläubiger. Nazi-Schulden beim Herrenklubisten". In diesem Sinne auch Die Welt am Montag vom 9.1.1933, "Aus der Traum"; Der Jungdeutsche vom 6.1.1933, "Also doch Hitler-Papen!": "Da Hitler von diesen Gruppen der rheinisch-westfälischen Industrie finanziell stark unterstützt worden ist - Dementis werden gern entgegengenommen - , und da derartige Subventionen gewöhnlich über private Bankhäuser geleitet werden, klären sich die Hintergründe dieses Vorfalls."

5 Zu dieser Frage vgl. Eberhard Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1967; Henry Ashby Turner, jr., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972; ders., Großunternehmertum und Nationalsozialismus 1930-1933. Kritisches und Ergänzendes zu zwei neuen Forschungsbeiträgen. In: Historische Zeitschrift 221 (1975), S. 18-68; ders., Großunternehmer; Dirk Stegmann, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der sog. Machtergreifung. In: Archiv für Sozialgeschichte 13 (1973), S. 399-482; ders., Antiquierte Personalisierung oder sozialökonomische Faschismus-Analyse. Eine Antwort auf H. A. Turners Kritik an meinen Thesen zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Großindustrie vor 1933. In: ebenda 17 (1977), S. 275-296; Reinhard Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981; Thomas Trumpp, Zur Finanzierung der NSDAP durch die deutsche Großindustrie. Versuch einer Bilanz. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 32 (1981), S. 223-241; Udo Wengst, Der Reichsverband der Deutschen Industrie in den ersten Monaten des Dritten Reiches. Ein Beitrag zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus. In: VfZ 28 (1980), S. 94-110; ders., Großindustrie und Machtergreifung 1930-1933. Zu den Beziehungen zwischen industriellen Führungsgruppen und Nationalsozialismus von 1930 bis 1933. In: Politische Studien 34 (1983), S. 37-47; Rainer Decker, Großunternehmer und NSDAP im November 1932 - eine wissenschaftspropädeutische Unterrichtsreihe. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 38 (1987), S. 145-162.

Wahr ist, daß ich noch niemals für Geld jemanden tolerierte und auch nicht in der Zukunft tolerieren werde.

5. *Es ist unwahr*, daß ich "zufällig" an dem Tage, an dem ein schwedischer Privatbankier Marcus Wallenberg sen.[6] in Berlin gewesen sein soll, auch in Berlin war, sondern wahr ist, daß mein Ruhetag und meine Berliner Reise schon wochenlang vorher bestimmt waren[7].

6. *Es ist unwahr*, daß ich aus "Zufall" im "Kaiserhof" wohnte, sondern ich wohne schon seit zwei Jahren ständig in diesem Hotel[8].

7. *Es ist unwahr*, daß mir Hauptmann Göring die Bekanntschaft mit diesem schwedischen "Bankier" vermittelte und daß ich mit ihm konferierte[9].

Wahr ist, daß ich den Namen dieses schwedischen "Bankiers" nunmehr zum erstenmal in meinem Leben aus den Zeitungen höre, daß ich ihn niemals in meinem Leben gesehen habe und nie in meinem Leben mit ihm konferierte, daß mir Hauptmann Göring nie in meinem Leben von der Existenz eines solchen Mannes sagte und mich nie mit ihm bekannt machte.

8. *Es ist daher auch unwahr,* daß das Ergebnis dieser "Konferenz" ein Kredit von 4 Millionen Reichsmark gewesen sein soll und daß der betreffende "Bankier mit dem jüdischen Namen der

---

6 Marcus Wallenberg (1864-1943), Sohn des schwedischen Bankiers Oscar Wallenberg, Stiefbruder des schwedischen Bankiers und Außenministers (1914-1917) Knut Agathon Wallenberg, 1876 Eintritt in die Königlich Schwedische Marineschule, 1883-1888 Studium der Rechtswissenschaft, 1890 stellvertretender Amtsgerichtsdirektor, danach Eintritt in die Stockholms Enskilda Bank, seit 1911 deren Chef, Aufsichtsratsposten bei zahlreichen schwedischen und norwegischen Unternehmen, Mitbegründer des Schwedischen Industrieverbands, 1918/19 Beauftragter der schwedischen Regierung bei der Pariser Friedenskonferenz, 1920 schwedischer Vertreter auf der Finanzkonferenz für den wirtschaftlichen Wiederaufbau in Brüssel, 1920-1930 schwedischer Vertreter im Finanzkomitee des Völkerbunds, 1924 Leiter des Ausschusses für die Durchführung des Dawes-Plans, neutraler Schiedsrichter zwischen der interalliierten Reparationskommission und der deutschen Regierung, 1929 Mitglied des Haager Schiedsgerichts für die Durchführung des Young-Plans, 1931/32 Tätigkeit als Experte bei der Reorganisation deutscher Banken.

7 Vgl. Dok. 126, Anm. 6-11.
Über Hitlers Aufenthalt in Berlin am 10.1. resümierte Goebbels am 13.1.1933 in seinem Tagebuch: "Hitler war nicht bei Papen. Alles noch in der Schwebe." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 334.

8 Hitler begann seit dem Wahlerfolg vom 14.9.1930 seine Aufenthalte immer mehr in die Reichshauptstadt zu verlagern. Bis Februar 1931 pflegte er relativ bescheiden im Hotel *Sanssouci* (Bezirk Tiergarten, Linkstr. 37) abzusteigen, danach im Hotel *Kaiserhof* (Bezirk Mitte, Mohrenstr. 1-5), einem der ersten Häuser Berlins. Diese luxuriöse Unterkunft entsprach wohl weniger Hitlers persönlichen Vorlieben, wie vielmehr seinem ausgeprägten Repräsentationsbedürfnis. Zudem war die Lage des Hotels, schräg gegenüber dem Reichspräsidentenpalais, immer auch Ausdruck seines Herrschaftsanspruchs. Daß sich das Hotel ebenfalls in der Regierungsbannmeile befand, war ein angenehmer Nebeneffekt; die Führung der NSDAP wurde dadurch nicht von gegnerischen Demonstrationen belästigt. In seinen sog. "Tischgesprächen" hat Hitler rückblickend zugegeben, daß er und sein Stab "in der Regel eine ganze Etage benötigt und incl. der Verpflegung seiner Begleitung Rechnungen von ca. 10.000 RM pro Woche gehabt [*habe*]. Diese Unkosten habe er vor allem durch Artikel und Interviews für die Auslandspresse wieder hereingebracht, die ihm am Schluß der Kampfzeit oft mit je 2.000 bis 3.000 Dollar bezahlt worden seien." Verweis auf Bd. V/1. Vgl. Engelbrechten/Volz, Wir wandern, S. 63, 68; Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-42. Im Auftrage des Deutschen Instituts für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit geordnet, eingeleitet und veröffentlicht von Gerhard Ritter, Bonn 1951, S. 437; Demps, Wilhelmstraße, S. 118 ff., 207 f.

9 Eine mögliche Ursache für das Gerücht, Göring habe zwischen Hitler und Wallenberg vermittelt, könnte die Nachricht des *Angriff* gewesen sein, der am 10.1.1933 auf seiner Titelseite berichtete, daß Göring "soeben von einer Reise nach *Schweden*, wo er Verwandte hat, zurückgekehrt ist". Vgl. Der Angriff vom 10.1.1933, "Adolf Hitler in Berlin".

antisemitischen Hitler-Partei gegen entsprechende Sicherheit bzw. politische Zusagen einen Kredit von 4 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt hätte"[10].

Wahr ist, daß ich mit niemanden über einen Kredit über 4 Millionen Reichsmark verhandelt habe, ihn daher auch nicht zur Verfügung gestellt erhielt und daher auch niemandem Zusagen gemacht habe.

Ferner ist es unwahr, daß in der NSDAP die laufenden Partei-Einnahmen nicht die laufenden Ausgaben decken[11], sondern wahr ist, daß die Partei, wie seit 13 Jahren so auch jetzt, ihre laufenden Ausgaben durch ihre laufenden Einnahmen deckt[12].

---

10 Vgl. hierzu den Bericht Nr. A 25 der deutschen Gesandtschaft in Stockholm an das Auswärtige Amt vom 15.1.1933, in dem es u. a. heißt: "Im Gegensatz zu den Behauptungen in der deutschen Presse, die erklären, daß Hitlers Versuche, bei schwedischen Finanzinstituten Darlehen zu erhalten, gescheitert seien, habe ich von wohlunterrichteter Seite folgendes erfahren: Der schwedische Bankier Marcus Wallenberg hat auf der Durchreise durch Deutschland Verhandlungen mit dem Reichstagspräsidenten Göhring [*sic!*] und dessen Schwiegervater über eine Finanzaktion für das Braune Haus (Hitlerpartei) geführt. Die Verhandlungen haben einen positiven Verlauf genommen und zu dem Ergebnis geführt, daß Wallenberg sich verpflichtet hat, ein Darlehen von 4-5 Mill[*ionen*] Reichsmark zu bewerkstelligen. Alle finanziellen Schwierigkeiten des Braunen Hauses sind damit für den Augenblick aus der Welt geschafft." Trotz Hitlers und Wallenbergs Dementi bleibe die sozialdemokratische Presse in Schweden bei ihren Behauptungen, die von einem Gewährsmann stammten, "der über die besten Informationen verfügt". PA-AA, Referat Deutschland, Politik 5: Akten betr. Nationalsozialistische Bewegung, Bd. 3.
Für die Vermutung, daß Hitler oder die NSDAP durch Wallenberg finanziell unterstützt worden seien, findet sich in der einschlägigen Literatur jedoch keine Bestätigung. Vgl. Torsten Gårdlund, Marcus Wallenberg 1864-1943. Hans Liv Och Gärning, Stockholm 1976. (Für die Übersetzung und Auswertung dieser Biographie sei Herrn Dr. Lothar Gruchmann, München, herzlich gedankt).

11 Politik und Selbstdarstellung der NSDAP hatten zur Folge, daß sich die Partei seit ihrer Gründung stets an den Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit bewegte. Denoch war es der vergleichsweise gut entwickelten Parteiorganisation gelungen, ein weitverzweigtes und ausgeklügeltes System der Selbstfinanzierung aufzubauen. Dazu kamen erhebliche Spenden, von denen allerdings nur diejenigen ausländischer Geldgeber wirklich groß gewesen zu sein scheinen. Während des Jahres 1932 reichten selbst diese Mittel nicht mehr aus, um die zahllosen Wahlkämpfe (zwei Wahlgänge für die Wahl des Reichspräsidenten, zwei Reichstags- und elf Landtagswahlen), die wuchernde Parteibürokratie und die nationalsozialistischen Wehrverbände (im Juli 1932: 445.000 Mann) zu finanzieren. Die Reichstagwahl vom 6.11.1932 war deshalb für die NSDAP nicht nur ein politisches, sondern auch ein finanzielles Desaster; im Vertrauen auf eine finanzielle Sanierung nach einer politischen Machtübernahme hatten sich viele nationalsozialistischen Funktionäre hemmungslos verschuldet. Im Dezember 1932 wurde in den politisch informierten Kreisen der Berliner Gesellschaft offen darüber gesprochen, daß sich die Schulden der NSDAP auf 14 Millionen RM belaufen würden. Daß im Winter 1932/33 SA-Männer permanent mit Sammelbüchsen auftraten, mußte diesen Eindruck in der Öffentlichkeit bestätigen. Vgl. Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus, S. 634 ff.; Turner, Großunternehmer, S. 139 ff., 223 ff., 324 ff., 353 f.; ders. und Horst Matzerath, Die Selbstfinanzierung der NSDAP 1930-1932. In: Geschichte und Gesellschaft 3 (1977), S. 59-92; Longerich, Die braunen Bataillone. S. 130 ff. Zahl bei: Quaatz, Tagebuch, S. 218 (19.12.1932).

12 Wie schwierig die finanziellen Verhältnisse der NSDAP im Januar 1933 waren, veranschaulichen auch die Memoiren des damaligen Reichspressechefs der NSDAP, Otto Dietrich. Während des lippischen Wahlkampfs mußte Hitlers Chefadjutant ihn um einen Kredit von 2.000 RM bitten, "da Hitler über keinen Pfennig mehr verfüge und die Saalmiete für die Kundgebung des nächsten Tages auch von den örtlichen Parteistellen nicht vorausbezahlt werden könne". Vgl. Otto Dietrich, Zwölf Jahre mit Hitler, Köln 1955, S. 187.

13. Januar 1933 Dok. 134
Erklärung

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 13.1.1933, "Adolf Hitler erledigt neue Lügenhetze".

Die der Reichsregierung nahestehende Presse trägt in den letzten Tagen systematisch eine Flut von unwahren Behauptungen über die NSDAP und meine Person in die Öffentlichkeit[1]. So wird u. a. behauptet, daß in der NSDAP die laufenden Parteieinnahmen nicht die laufenden Ausgaben deckten[2],

daß deshalb auch westdeutsche Industrielle einen "Vermittlungsversuch" zwischen dem früheren Reichskanzler Herrn von Papen und mir unternommen hätten[3],

daß ich bereit sei, politische Forderungen der Industriellen gegen Hergabe von Geld zu akzeptieren[4],

daß ich mich bemühe, von Regierungsseite Geld zu bekommen, gegen die Verpflichtung, das Kabinett Schleicher zu tolerieren und

daß ich von einem schwedischen Bankier mit dem jüdischen Namen Markus Wallenberg einen Kredit von 4 Millionen Reichsmark für mich bzw. die NSDAP aufgenommen hätte, der mir gegen entsprechende Sicherheiten bzw. politische Zusagen zur Verfügung gestellt worden sei[5].

Alle diese Behauptungen sind von Anfang bis zu Ende frei erfunden und erlogen.

gez. *Adolf Hitler*

13. Januar 1933 Dok. 135
Verfügung

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 14.1.1933, "Verfügung des Führers"[1].

Pg. *Maierhofer*[2] wird seines Amtes als Gauleiter von Oberpfalz-Niederbayern[3] enthoben[4]. Die Leitung des Gaues übernimmt bis zur endgültigen Regelung der stellvertretende Gauleiter, Pg. *Erbersdobler*[5].

Detmold, den 13. Januar 1933

gez. Adolf *Hitler*

1 Vgl. Dok. 116, Anm. 2; Dok. 126, Anm. 2 und 3; Dok. 133, Anm. 4.
2 Vgl. Dok. 133, Anm. 11.
3 Vgl. Dok. 133, Anm. 2.
4 Vgl. Dok. 133, Anm. 5.
5 Vgl. Dok. 133, Anm. 6, 9 und 10.

1 Eine entsprechende Verfügung wurde im Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei erst am 31.1.1933 veröffentlicht; vgl. Dok. 141.
2 Franz Maierhofer (1897-1943), 1914 Kriegsfreiwilliger, 1916 Leutnant, seit 1917 in französischer Kriegsgefangenschaft, 1922 Volksschullehrer, 1927 Eintritt in die NSDAP, SA-Sturmführer, 1930-1932 Gauleiter

14. Januar 1933 Dok. 136
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bad Salzuflen [1]

Lippischer Allgemeiner Anzeiger (Salzuflener Zeitung/Bade-Zeitung) vom 16.1.1933, "Und zum Schluß: Hitler!"[2].

Nach ihm [*Göring*] ergriff Adolf Hitler, als sich der ihn begrüßende nicht endenwollende Beifallssturm gelegt hatte, das Wort, um auch hier seine grundsätzliche Einstellung zu den wichtig-

---

des Gaues Oberpfalz, 1930-1933 MdR, 1932 Gauleiter des Gaues Niederbayern-Oberpfalz, 1933 Enthebung vom Gauleiteramt, Eintritt in die SS, Tätigkeit im Schulungsamt der DAF, 1935 Leiter des 'Amts für Werbung und Schulung' im Hauptamt der NSV, Leiter der Reichsschule der NSV im Blumberg (Mark), 1937 SS-Obersturmbannführer im Rasse- und Siedlungshauptamt der SS, dann Angestellter zur Bearbeitung kirchlicher Angelegenheiten im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 1940 Leiter der Abteilung Kirchliche Angelegenheiten, zur Wehrmacht eingezogen, 1943 Major, am 22.8.1943 als Bataillonskommandeur bei Ljubotin (UdSSR) gefallen.

3 Hitler hatte am 17.8.1932 angeordnet, die Gaue Oberpfalz und Niederbayern zu einem gemeinsamen Gau zu vereinigen. Vgl. Bd. V/1, Dok. 171.

4 Die Absetzung Maierhofers war ein Resultat finanzieller Streitigkeiten zwischen der regionalen SA auf der einen und der Politischen Organisation der NSDAP auf der anderen Seite. Maierhofer verweigerte dem Gau-SA-Führer Friedrich Breitenbach die ihm zustehenden Mittel, weil er die von ihm 1931 gegründete Zeitung *Schaffendes Volk* unbedingt am Leben erhalten wollte. Als Maierhofer, der darüber selbst in Geldnot geraten war, einen offiziell abgemeldeten Angestellten heimlich weiterbeschäftigte, wurde er wegen Betrugs angezeigt. Nachdem der Fall in die Presse gedrungen war, zitierte Hitler Maierhofer zusammen mit Erbersdobler vermutlich noch im Dezember 1932 zu sich, um ihnen - so Erbersdobler rückblickend - "seine Ansichten über Führung und Propaganda, Geschick und Taktik eingehend" zu erläutern; auch Maierhofers Pressepolitik wurde von Hitler scharf kritisiert. Bereits in seinem Schreiben vom 1.1.1933 an Ley erwähnte Maierhofer die bevorstehende "Zusammenlegung der Gaue", wobei Hitler mit Blick auf die bevorstehende Landtagswahl in Lippe und vor allem auf die noch immer schwelende Straßer-Krise vorerst von der geplanten "Bildung des Grossgaues Bayerische Ostmark" absah. Vgl. Franz Kühnel, Hans Schemm. Gauleiter und Kultusminister (1891-1935), Nürnberg 1985, S. 342 ff.; IfZ, ZS 1949: Zeugenschrifttum Otto Erbersdobler, Zitate Bl. 15; IfZ, Fa 223/56: Personalakte Franz Maierhofer. Ferner Dok. 141.

5 Otto Erbersdobler (1895-1981), 1915-1918 Militärdienst, 1919 Entlassung als Vizefeldwebel d. R., kaufmännischer Angestellter, Eintritt in die SPD, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, Ortsgruppenleiter in Bayreuth, 1927 Kreisleiter, 1929-1932 Untergauleiter und Gauhauptamtsleiter des Untergaues Niederbayern, 1932/33 MdR, 1932 stellvertretender Gauleiter des Gaues Niederbayern-Oberpfalz, 1933-1943 Vorsitzender der Industrie- und Handelskammer für Niederbayern in Passau, 1942 kommissarischer Kreisleiter der NSDAP des Kreises Landshut-Vilsbiburg.

1 Im Kurhaus, nachts. Hitler sprach etwa zwei Stunden, sein Vorredner war Reichstagspräsident Göring. Die Zahl der Zuhörer an der völlig überfüllten Versammlung wurde von der *Lippischen Landeszeitung* auf 7.000-9.000 geschätzt. Parallel zu dieser Veranstaltung sprachen MdR Wilhelm Frick in den Wandelhallen und MdR Hanns Oberlindober in einem Festzelt an der Parkstraße.
In ihrem Bericht betonte die *Lippische Landeszeitung*, daß der Veranstaltung durch den "bisher in diesem Ausmaß wohl kaum erlebten Kraftwagenverkehr ein besonderer Stempel aufgedrückt wurde. Neben lippischen Wagen sah man auch westfälische, rheinländische, hannoversche, braunschweigische und schaumburg-lippische Wagen. Die Polizei hatte große Mühe, um dem Riesenverkehr Herr zu werden."

2 Vgl. auch Der Angriff vom 15.1.1933, "Vor der entscheidenden Schlacht in Lippe"; Lippische Landeszeitung vom 15.1.1933, "Hitler beschließt den Wahlkampf"; Lippische Tages-Zeitung vom 15.1.1933, "Hitler in Bad Salzuflen"; VB vom 15.1.1933 (Norddt. Ausgabe), "Heute wird Lippe von der Novemberherrschaft befreit"; Lippischer Kurier vom 16.1.1933, "Die gewaltigste lippische Wahlkundgebung". Ferner Schröder, Hitler, S. 203 f. (im Anhang verschiedene Fotos); Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 362 ff.

sten, die Gegenwart beschäftigenden Fragen auseinanderzusetzen. Nicht die Wirtschaft sei es, so sagte er, von der die Politik beeinflußt würde, sondern umgekehrt komme erst die Politik und dann die Wirtschaft. Jeder Zerfall eines Volkes äußere sich erst in politischem Wirrwarr und werde weiterhin vom wirtschaftlichen Niedergange gefolgt und darum führe der Weg aus allen wirtschaftlichen Nöten einzig und allein über die vorherige Gesundung des politischen Gedankens. Niemals könne die Wirtschaft daher das im Innersten zerrüttete Deutschland wiederaufrichten, bevor nicht das an sich selbst irre gewordene deutsche Volk wieder gesund, stark und einig gemacht ist. Nicht Kabinette und Konferenzen, nicht Pläne und Programme sind im Stande, die jetzt schwierig erscheinenden Probleme zu lösen, sondern allein grundsätzlicher und gründlicher Neuaufbau, der beim Volke selbst, bei seiner Urzelle, der Familie, anfängt. Denn es kommt nicht darauf an, daß irgendeine Regierung, ein Stand, ein Minister bleibt, sondern, daß das Volk bleibt, und wer nicht hier, bei des Volkes Seele anfängt, wird nichts Entscheidendes erreichen. Wenn das einem Mussolini mit dem italienischen Volke möglich war[3], wieviel mehr muß es zu ermöglichen sein bei einem Volke wie dem deutschen. Der unverkennbare Erfolg der nationalsozialistischen Bewegung sei es ja gerade, daß mit zähester Arbeit und trotzigster Energie eine neue deutsche Kraft erstanden sei, die entgegen allen Anfeindungen und Widerständen das Volk zur erlösenden Tat reif machen und alle feindlichen Gegenmaßnahmen siegreich überwinden wird. Mögen auch Rückschläge kommen, mögen Zweifel an diesen Hoffnungen auftauchen, so schloß Hitler, ich glaube an diesen Sieg, der jedem deutschen Volksgenossen das bringen wird, was so vielen heute fehlt, nämlich Freiheit[4] und Brot[5]!

---

3 Vgl. Dok. 4, Anm. 16 und 21.

4 Bei der Wendung "Freiheit und Brot" handelte es sich um eine der ältesten nationalsozialistischen Parolen. Sie war wiederum eine bewußte Verfremdung der im Ersten Weltkrieg entstandenen Parole "Frieden und Brot", die im November 1918 zu einem Kampfruf der revolutionären Gruppen geworden war; mit der Wendung "Freiheit und Brot" war bis 1945 die Titulatur des *Völkischen Beobachters* überschrieben.

5 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.
Die im *Lippischen Kurier* für den 14.1. angekündigte Rede Hitlers in Schötmar fand nicht statt. Vielmehr kam es in dieser Nacht zu einer Aussprache zwischen Hitler und dem SA-Gruppenführer Wilhelm Stegmann. Vgl. Dok. 142, Anm. 2.
Nachdem Hitler sich tags darauf mit Ribbentrop, dann mit Otto Wagener beraten hatte, wie die Gespräche mit Papen weiterzuführen seien, fuhr er mit seinem Stab nach Weimar. Vgl. Ribbentrop, London, S. 39; IfZ, ED 60/9: Aufzeichnungen Otto Wagener, Bl. 176 f.

15. Januar 1933 Dok. 137
Rede auf Amtswalter-Versammlung des Gaues Thüringen der NSDAP in Weimar [1]

Der Nationalsozialist vom 17.1.1933, "Thüringens 1. Aufmarsch 1933" [2].

Meine Kameraden der SA, SS und Hitlerjugend!

Während wir hier versammelt sind, findet soeben in Deutschland eine Wahl statt, und sie wird am heutigen Abend bewiesen haben, daß die Bewegung in unaufhaltsamem Aufstieg begriffen ist [3]. Wir werden den Herren in Berlin ihre Hoffnungen, daß die Partei sich im Verfall befinde [4], schon am heutigen Abend *gründlich ausgetrieben* haben [5]. Die Partei bleibt ihrem alten

---

1 Auf dem Marktplatz, nach 15.00 Uhr. An der Versammlung und dem vorausgehenden Propagandazug durch Weimar nahmen laut Polizeibericht etwa 4.500 (*Der Nationalsozialist*: 10.000) Personen teil. *Der SA-Mann* berichtet, an dem Marsch durch Weimar hätten sich zwei SA-Standarten (6 und 94), eine SS-Standarte, 1.000 Hitlerjungen sowie 3.000 Amtswalter beteiligt. Alle übrigen SA-Einheiten des Gruppenbereichs Thüringen seien nur durch ihre Führer bis herunter zum Sturmführer und durch Fahnenformationen vertreten gewesen.

2 Vgl. auch Allgemeine Thüringische Landeszeitung vom 16.1.1933, "Amtswaltertagung der NSDAP in Weimar"; Der Angriff vom 16.1.1933, "Gautag des Gaues Thüringen: Der Führer gibt die neue Kampfparole"; Weimarische Zeitung vom 16.1.1933, "Scharfe Kampfansage Hitlers"; VB vom 17.1.1933, "Adolf Hitler gibt die Kampfparole! Gewaltiger Appell von 10.000 SA- und SS-Männern auf dem Weimarer Marktplatz"; Der Nationalsozialist vom 18.1.1933, "Wieder ein 'brauner Sonntag' in Weimar"; Der SA-Mann vom 28.1.1933, "Wir eilten zum Führer nach Weimar". Ferner Bericht Nr. V des Polizeiamts Weimar an das thüringische Ministerium des Innern vom 16.1.1933; Thüringisches HStA Weimar, MdI P 165.

3 Die Ergebnisse der lippischen Landtagswahl vom 15.1.1933 und das der vorhergehenden Landtagswahl vom 6.1.1929 lauteten:

Stimmenanteile in Prozent

Landtagswahl:	6.1.1929	15.1.1933
KPD	6,2%	11,2%
SPD	39,0%	30,1%
DDP/DStP	5,6%	0,8%
Zentrum/Katholische Volksvertretung	2,9%	2,6%
Lippisches Landvolk	7,9%	0,7%
Evangelischer Volksdienst	-	4,6%
Wirtschaftspartei	6,9%	-
Volksrecht-Partei	4,0%	-
DVP	12,4%	4,4%
DNVP	11,8%	6,1%
NSDAP	3,4%	39,5%

Vgl. Falter u.a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 96.
Zur Bewertung des Wahlergebnisses, mit dem die NSDAP in Lippe ihre Verluste bei der Reichstagswahl vom 6.11. wieder wettmachen, ihren Erfolg bei der Reichstagwahl vom 31.7. jedoch nicht wieder erreichen konnte, vgl. Bracher, Auflösung, S. 701 ff.; Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 253 ff.

4 Vgl. Dok. 89, Anm. 13 und 14, Dok. 104, Anm. 2 und Dok. 107, Anm. 52.

5 Vgl. hierzu das Protokoll der Ministerbesprechung vom 16.1.1933: "Der *Reichskanzler* erklärte gleichfalls eine baldige Aussprache mit Hitler vor Fällung der letzten Entscheidungen für nötig. Er wies darauf hin, daß Hugenberg heute (16.1.) eine Unterredung mit Hitler haben werde. Positive Ergebnisse werde diese Unter-

Angriffsgeist in rücksichtsloser Entschlossenheit treu. Sie sollen sich keiner Täuschung hingeben:

Den Kampf um die Macht nehmen wir auf und führen ihn durch, so oder so!

Ich weiß, daß in jedem Kampf eine Zeit der Ermattung eintreten kann. Jeder, der als Soldat an der Front gestanden hat[6], weiß aber auch, daß nach einer kurzen Ruhepause die Angriffskraft erst recht wieder in Erscheinung treten muß. Die Zeit ist für uns. Wenn die Regierungen mit den lächerlichen Mitteln das Volk retten könnten, die sie heute anwenden, so würde die Zeit für sie sprechen.

Wenn Sie, meine Kameraden, 6 Monate zurückdenken, an das, was damals versprochen wurde und was wir voraussagten, so sehen Sie, daß wir *Recht behalten* haben. Auch die heutige Regierung ist vom ersten Tage an vom Mißgeschick verfolgt. Sie wird ihre Aufgaben niemals gegen die Nation erfüllen können.

Regierungen kommen und gehen, aber unsere Organisation des deutschen Menschen muß bestehen bleiben.

Die Rettung kann nicht kommen durch irgendwelche Notverordnungen[7], sondern muß vom deutschen Menschen ihren Ausgang nehmen. Man muß wieder eine geistige und willensmäßige Einheit herstellen zwischen denen, die führen, und ihrer Gefolgschaft. Wenn die Herren mich fragen: Werden Sie Ihr Ziel erreichen? Kameraden! Ein Mann, der die Kühnheit gehabt hat, eine nationale Erhebung mit 6 Mann zu beginnen[8] und die Kraft hatte, zu 12 Millionen zu gelangen[9], müßte ein erbärmlicher Feigling sein, wenn er mit 12 Millionen an keine weitere Zukunft glauben wollte. Wenn *wir* nicht die deutsche Zukunft gestalten, wer denn? Ich dekretiere Euch diesen Kampf ja nicht vom *grünen Tisch* aus, sondern stehe selbst an der Spitze und werde mich bis zum letzten einsetzen und abrackern.

Nachgeben tun wir nicht, und nachgeben tue ich nicht.

Ich komme zu Ihnen aus dem Gebiet, in dem vor 1.900 Jahren ein großer Kampf stattfand[10]. Einem Mann war es gelungen, die Stämme zu einigen und damit dem deutschen Volk zum größten politischen Erfolg dieser Vorzeit zu verhelfen. Aber *Verräter* haben damals die Einheit wieder zerstört und umsonst war das Blut der Hermannsschlacht geflossen[11]. Wir stehen heute

---

redung sicherlich nicht haben. Er, der Reichskanzler, sei fest davon überzeugt, daß Hitler nicht an die Macht wolle. Neuerdings habe er den Wunsch, Reichswehrminister zu werden. Das beweise deutlich, daß er ernsthaft nicht an die Macht wolle, denn er müsse selber wissen, daß der Herr Reichspräsident ihm das Reichswehrressort nie anvertrauen werde." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Schleicher, Dok. 56.

6 Vgl. Dok. 28, Anm. 13 und 14.
Zur Bedeutung des Kriegserlebnisses für die nationalsozialistische Führung vgl. Kater, Nazi Party, S. 182, 194 f. Ferner Barbara Fait, Die Kreisleiter der NSDAP - nach 1945. In: Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. Hrsg. von Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller, München 1988, S. 213-299, hier S. 247 ff.; Peter H. Merkl, The Making of a Stormtrooper, Princeton, New Jersey, 1980, S. 108 ff.

7 Vgl. Dok. 15, Anm. 8.

8 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.

9 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.

10 Vgl. Dok. 117, Anm. 3.

11 Zur nationalsozialistischen Rezeption der Schlacht im Teutoburger Wald vgl. Norbert Jegelka, Volksgemeinschaft und Germanenmythos. Das Trugbild des Germanentums 1933-1945. In: Varusschlacht und Germanen-

wieder im Kampf um unseres Volkes Einheit. Wir müssen aus der Geschichte lernen, damit sich unser Schicksal nach der Hermannsschlacht nicht wiederhole: *Dafür ist die ganze Bewegung, seid Ihr und bin ich Bürge.* Im Herzen Deutschlands geloben wir heute, den Kampf um die deutsche Volkseinheit zu führen, bis das Ziel erreicht ist.

Meine Kameraden, unserem Deutschland und dieser Bewegung Kampf- und Sieg-Heil!

15. Januar 1933 Dok. 138
Rede auf Amtswalter-Versammlung des Gaues Thüringen der NSDAP in Weimar [1]

Der Nationalsozialist vom 17.1.1933, "Thüringens 1. Aufmarsch 1933" [2].

Die Mission der Bewegung sei nicht, eine Regierung zu bilden, sondern einer Regierung ein Volk zur Verfügung zu stellen und eine Einheitlichkeit des Willens und damit der Handlung zwischen Regierung und Volk herbeizuführen. Nicht durch Befehle, Wünsche und Anordnungen, sondern nur durch planmäßige Erziehung von unten her könne die Nation gebildet werden. Wenn man das Parteisystem ablehnt, ist es notwendig, etwas anderes zu schaffen, das dann vorhanden ist, wenn das System gestürzt wird. Es darf nicht sein, daß von oben herunter diktiert wird und das Volk abseits steht. Dieselbe geistige Wellenlänge müsse zwischen Regierung und Gefolgschaft vorhanden sein. Ein Narr sei, wer sich einbilde, daß die ungeheure Aufgabe der Schaffung der Nation in zwei oder drei, sechs oder mehr Jahren gelingen könnte.

Diese ungeheuerliche Aufgabe brauche Zeit. Sie brauche desto länger Zeit, je tiefer der Fall gewesen sei und je größer die Fermente der Dekomposition [3], der Zerstörung und des Zerfalls seien.

---

mythos. Eine Vortragsreihe anläßlich der Sonderausstellung Kalkriese, Römer im Osnabrücker Land in Oldenburg 1993, Oldenburg 1994, S. 109-118; Volker Losemann, Nationalistische Interpretationen der römisch-germanischen Auseinandersetzung. In: Wiegels/Woesler (Hrsg.), Arminius und die Varusschlacht, S. 419-432.

1 In der Weimarhalle, am Spätnachmittag. Mit seiner "fast zweistündigen Rede" vor etwa 3.000 Amtswaltern beendete Hitler die Amtswaltertagung des Gaues Thüringen, auf der vormittags die folgenden nationalsozialistischen Funktionäre gesprochen hatten: Ministerpräsident und Gauleiter Fritz Sauckel, SA-Gruppenführer Gustav Zunkel, SS-Gruppenführer Oswald Wittgen, der Bannführer Thüringen der Hitlerjugend Albin Heublein, der Landesobmann der NSBO für Mitteldeutschland, MdR Friedrich Triebel, der Hauptabteilungsleiter Landwirtschaft in der Gauleitung Thüringen der NSDAP Rudolf Peuckert, der thüringische Finanz- und Wirtschaftsminister Willy Marschler, Pfarrer Julius Leutheuser aus Altenburg, der thüringische Volksbildungsminister und stellvertretende Gauleiter Fritz Wächtler, der thüringische Landtagspräsident Fritz Hille und schließlich nochmals Sauckel.

2 Vgl. auch Allgemeine Thüringische Landeszeitung vom 16.1.1933, "Amtswaltertagung der NSDAP in Weimar"; Der Angriff vom 16.1.1933, "Gautag des Gaues Thüringen: Der Führer gibt die neue Kampfparole"; Weimarische Zeitung vom 16.1.1933, "Scharfe Kampfansage Hitlers"; VB vom 17.1.1933, "Adolf Hitler gibt die Kampfparole! Gewaltiger Appell von 10.000 SA- und SS-Männern auf dem Weimarer Marktplatz"; Der Nationalsozialist vom 18.1.1933, "Wieder ein 'brauner Sonntag' in Weimar"; Der SA-Mann vom 28.1.1933, "Wir eilten zum Führer nach Weimar". Ferner Bericht Nr. V des Polizeiamts Weimar an das thüringische Ministerium des Innern vom 16.1.1933; Thüringisches HStA Weimar, MdI P 165.

Nur eine große Weltanschauung sei überhaupt in der Lage, das Werk zu vollbringen. Und nur an der Größe einer Weltanschauung wachse der Heroismus und die Opferbereitschaft.

Bewegung und Idee müssen beharrlich sein im Kampf. Es gibt keine Bewegung, keine Kirche, keine Religion, die nur eine Reihe von Glückstagen gehabt hätte. Es findet ein ewiger Wechsel von Glück und Unglück statt.

Erst im Widerstand, im Kampf gegen den Widerstand wächst die Kraft. Deshalb der Lebenskampf, der den Menschen stark werden läßt. Die Stärke einer Bewegung resultiert aus der Kraft, mit der sie sich gegen den Widerstand wendet.

Die Beharrlichkeit entscheidet, die Beharrlichkeit, mit der man Opfer bringt und dann doch das Schlachtfeld behauptet. In der letzten historischen Viertelstunde im November 1918 haben wir die Nerven verloren, deshalb unser Sturz [4].

Tiefgründige Ausführungen machte der Führer vor seinen Amtswaltern sodann über die Mission der Führung selbst. Niemand habe heute ein Recht, nicht mehr kämpfen zu dürfen.

Die Opfer an Geld und Blut, die Toten der Bewegung verpflichten uns und machen uns weiter verantwortlich zu kommendem Kampf. Wir sind es unseren gefallenen Kameraden [5] schuldig, in ihrem Geist weiter zu kämpfen!

Nach einem Rückblick auf die Entwicklung der Bewegung, auf die verschiedenartigen Methoden des Kampfes unserer Gegner gegen uns proklamierte der Führer, wie am Nachmittag auf dem Markt [6], den Beginn des neuen Kampfes.

Er selbst werde sich restlos einsetzen und kein Opfer scheuen. *"Als Führer werde ich die Fahne niemals verlassen." "Was kann ich denn vom jüngsten SA-Mann verlangen, wenn ich selbst nicht meine Pflicht tue?" "Entscheidend bleibt allein, ob ich stets nach meinem Gewissen meine Pflicht erfülle."*

In jeder menschl[*ichen*] Organisation gibt es auch Unzulänglichkeiten [7], diese müssen ersetzt werden durch den Gehorsam. Die Geschlossenheit einer Bewegung wird jeden Fehler, der vielleicht einmal gemacht wird, wieder ausgleichen.

Ich sehe meine Aufgabe nicht darin, allein Führer zu sein und Ideen und Gedanken zu geben, sondern in Zeiten, wo vielleicht mancher schwach wird, mich vornehin zu stellen und die Fahne aus dem Gestrüpp herauszuholen.

"Unser Kampf ist ein Kampf um den deutschen Menschen und sonst um nichts. Wir werden ihn weiter führen, weil wir ihn führen müssen um Deutschlands willen. Wir kämpfen nur um unsere Idee und werden sie niemals verraten. Wie könnte sonst der jüngste SA-Mann Opfer bringen und sein Leben einsetzen, wenn er nicht den Glauben an unsere Idee hätte?

---

3 Nach Theodor Mommsen: "Auch in der alten Welt war das Judentum ein wirksames Ferment des Kosmopolitismus und der nationalen Dekomposition und insofern ein vorzugsweise berechtigtes Mitglied in dem Caesarischen Staate, dessen Politie doch eigentlich nichts als Weltbürgertum, dessen Volkstümlichkeit im Grunde nichts als Humanität war." Vgl. Theodor Mommsen, Römische Geschichte. Vollständige Ausgabe in acht Bänden, Bd. V: Die Begründung der Militärmonarchie, Zweiter Teil: Der letzte Kampf der römischen Republik, München 1976, S. 216.

4 Vgl. Dok. 107, Anm. 18.

5 Vgl. Dok. 107, Anm. 19, 44-48.

6 Vgl. Dok. 137.

7 Zu den damaligen Spannungen und Konflikten innerhalb der NSDAP vgl. Dok. 86, Anm. 1, Dok. 93, Anm. 26 und 27, Dok. 97, Anm. 5 sowie Dok. 102, 128, 135, 141 und 142.

Genau wie einen Feldherrn, lernt man auch die Qualität des politischen Führers erst dann kennen, wenn er einmal einen Rückschlag erlitten hat. Für mich ist Friedrich der Große am größten nicht nach der Schlacht von Leuthen[8], sondern nach Kolin[9] und Kunersdorf[10]!

Für ein unehrliches Geschäft bin ich nicht zu haben; das habe ich nicht gelernt.

Wir sind nur zu haben für ein ehrliches Geschäft. Wir geben Kraft und Namen, und nehmen dafür Macht und Verantwortung!

Wir gehen geradeaus und kämpfen. Den Weg hintenherum kennen wir nicht[11].

Was die Partei ist, ist erkämpft worden mit dem Gesicht nach vorn. Durch Schiebungen ist ein Volk niemals groß geworden."

Hier kam es zu jener unbeschreiblichen erschütternden Szene, daß der Führer vor seinen Amtswaltern *Treue zur Bewegung* gelobte. "Ich werde die Partei niemals verlassen!" Und hier war es, daß die 3.000 aufsprangen und minutenlang dem Führer zujubelten. Ein Sturm brauste durch die Halle wie nie zuvor. Dieser Augenblick wird allen, die ihn erleben durften, unvergeßlich sein, das gegenseitige Treugelöbnis von Führer und Gefolgschaft!

Dann sprach der Führer noch kurz über den Sinn unserer Zeit, die er als Zeit der Prüfung bezeichnete.

"Wir dürfen die Partei nicht vor dem Ziel verbrauchen lassen. Und heute wie gestern sehe ich nur unser altes Ziel: das Ringen um den deutschen Menschen. Die Treue, die der Bewegung von allen Parteigenossen bisher entgegengebracht wurde, wird von der Führerschaft mit der gleichen Treue vergolten werden[12]."

---

8 In der Schlacht von Kolin am 18.6.1757 besiegten 54.000 österreichische Soldaten unter der Führung von Feldmarschall Leopold Joseph Graf von Daun das 33.000 Mann starke preußische Heer, das von Friedrich II., dem Großen, persönlich geführt wurde. Friedrichs erste Niederlage gab dem Siebenjährigen Krieg eine entscheidende Wendung; Preußen mußte seine offensive Kriegführung, die eine rasche Entscheidung gegen eine weit überlegene Allianz erzwingen sollte, beenden und zur Verteidigung übergehen. Vgl. Die Kriege Friedrichs des Großen. Hrsg. vom Großen Generalstabe, Kriegsgeschichtliche Abteilung II. Dritter Teil: Der Siebenjährige Krieg 1756-1763. Bd. 3: Kolin, Berlin 1901, ND: Bad Honnef 1982.

9 Durch seinen Sieg in der Schlacht von Leuthen am 5.12.1757 konnte Friedrich seine Lage wieder stabilisieren. Den von ihm geführten 43.000 preußischen Soldaten gelang es, einen weit überlegenen Gegner (65.000 österreichische und Soldaten der Reichsarmee unter der Führung von Prinz Karl von Lothringen) vernichtend zu schlagen und dadurch Schlesien wieder zu besetzen. Vgl. Die Kriege Friedrichs des Großen. Hrsg. vom Großen Generalstabe, Kriegsgeschichtliche Abteilung II. Dritter Teil: Der Siebenjährige Krieg 1756-1763. Bd. 6: Leuthen, Berlin 1904, ND: Bad Honnef 1982.

10 Vgl. Dok. 89, Anm. 4.
Vgl. hierzu auch Hanfstaengl, 15 Jahre mit Hitler, S. 45: "Welch ein Bücherfresser er war, bekam meine Bibliothek zu spüren: Er bevorzugte vor allem jene Geschichtswerke, die sich mit Friedrich dem Großen und der Französischen Revolution beschäftigten. Mit einer fast manischen Besessenheit versuchte er, aus diesen Abschnitten der europäischen Geschichte gewisse Richtlinien für eine künftige deutsche Politik herauszulesen, ein etwas gewalttätiges Verfahren, dem ich jedoch nicht widersprach."

11 Vgl. jedoch Dok. 116, Dok. 126, Anm. 9, Dok. 133, 134, Dok. 143, Anm. 17, Dok. 144, Anm. 6, Dok. 146, Anm. 9, Dok. 147, Anm. 3.

12 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.
Der Nationalsozialist (18.1.1933) berichtet, Hitler habe abends das Deutsche Nationaltheater besucht, wo die damals häufig gespielte Oper *Tiefland* des Liszt-Schülers Eugen d'Albert (1864-1932) gegeben wurde. Vgl. hierzu auch Hamann, Hitlers Wien, S. 59 ff., 92.

16. Januar 1933 "Tagesbefehl" Anordnung

Dok. 139

Masch. Abschrift; Stadtarchiv Nürnberg, C 59: Geschäftsstelle der Ratsherren, Nr. 48.

Das klare nationalsozialistische und entschlossene Verhalten des Standartenführers Philipp *Wurzbacher*[1] der Standarte 14 und Georg *Schneider*[2], Sturmbannführer des selbständigen Sturmes 24, war für die Wiederherstellung der Parteidisziplin im Bereich der Untergruppe Mittelfranken von entscheidender Bedeutung[3]. Ich spreche den beiden Führern daher nach Vorschlag des Obergruppenführers *Hofmann*[4] und des Stabschefs *Röhm*[5] meine besondere Anerkennung aus.

Weimar, den 16. Januar 1933

Adolf Hitler

1 Philipp Wurzbacher (geb. 1898), kaufmännischer Angestellter in Nürnberg, 1916-1918 Militärdienst, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1927 Wiedereintritt in die NSDAP, 1928 Eintritt in die SA, Führer der Nürnberger SA, 1929 Bezirksvorsteher des Wohlfahrtsamts Nürnberg Süd, 1931 SA-Standartenführer, Führer der SA-Standarte 14, 1933 SA-Oberführer, 1934 Führer der SA-Brigade 78, 1937 SA-Brigadeführer, 1950 vom Außensenat Nürnberg der Berufungskammer München als Hauptschuldiger zu vier Jahren Arbeitslager verurteilt.

2 Georg Schneider (geb. 1889), Turn- und Sportlehrer, 1913 Vizefeldwebel d. R., 1915 Leutnant, 1919 Entlassung, 1921 Turn- und Sportlehrer in Traunstein, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Eintritt in die SA, Führer der SA im Bezirk Traunstein, Beteiligung am Hitler-Putsch, 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, 1931 Studienrat am Realgymnasium in Nürnberg, 1932 Sturmbannführer, Führer des selbständigen SA-Sturms 24, 1933 Studienprofessor am Wilhelmsgymnasium in München, Leiter (seit 1936: Direktor) des gemeinsamen akademischen Instituts für Leibesübungen der Universität München und der Technischen Hochschule München, Beauftragter des Reichssportführers in Bayern, 1945 SA-Brigadeführer z. V. beim Stab der SA-Gruppe Hochland.

3 Bei Wurzbacher und Schneider scheint es sich um jene "zwei SA-Unterführer" gehandelt zu haben, die Stegmann "Veruntreuungen einiger tausend Mark" vorgeworfen hatten. Die Gauleitung besaß damit einen Vorwurf, den sie den Anschuldigen Stegmanns entgegensetzen konnte. Vgl. Würzburger General Anzeiger vom 14.1. 1933, "Die Vorgänge in der SA Franken"; Der Stürmer Nr. 4 vom Janaur 1933, "Hitler ehrt die Treue"; Das Freikorps vom Februar 1933, "Der Fall Stegmann". Ferner Dok. 128 und 142.

4 Hans Georg (Johann Georg) Hofmann (1873-1942), 1895 bayerischer Leutnant, 1917 Major, 1919 Angehöriger des Freikorps Epp, Teilnahme an den Kämpfen in München, Ingolstadt und Hamburg, 1923 Kommandeur der Festung Ingolstadt, 1926 Abschied als Oberst, Eintritt in die NSDAP, Führer der bayerischen SA, 1931 SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Bayern, 1932/33 MdR, 1933 Regierungspräsident von Ober- und Mittelfranken, SA-Obergruppenführer, Inspekteur der SA-Gruppe Südwest, Juli 1934 Staatssekretär beim Reichsstatthalter in Bayern, Mitglied des Volksgerichtshofs.

5 Ernst Röhm (1887-1934), 1908 bayerischer Leutnant, 1919 Generalstabsoffizier im Freikorps Epp, 1920 Eintritt in die NSDAP, 1921 Führer der Reichsflagge und Organisator der SA, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch als Hauptmann aus der Reichswehr entlassen und zu 15 Monaten Festungshaft auf Bewährung verurteilt, 1924/25 Führer des Frontbanns, 1928-30 Militärausbilder in Bolivien, Oberstleutnant, 1931 Stabschef der SA, März 1933 bayerischer Staatskommissar z. b. V., Dezember 1933 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, am 1.7.1934 im Zuge des sogenannten Röhm-Putsches ermordet.

16. Januar 1933 Dok. 140
Rede auf Gauleitertagung der NSDAP in Weimar[1]

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 17.1.1933, "Adolf Hitler auf der Gauleitertagung in Weimar"[2].

Nach einer ausgedehnten Aussprache der Gauleiter untereinander, die unter dem Vorsitz des Stabsleiters *Dr. Ley* stand und eine völlige Übereinstimmung sämtlicher Gauleiter in allen behandelten grundsätzlichen Fragen ergab, *legte der Führer* - zum lippischen Wahlsieg[3] lebhaft beglückwünscht - *die große politische Linie fest, die für die Haltung der NSDAP und den Kampf der nationalsozialistischen Bewegung im neuen Jahr maßgebend sein wird.*

Ausgehend von dem Grundsatz, daß die Macht, die eine Bewegung in der Regierung besitze, auf der Macht beruhe, die außerhalb der Regierung hinter ihr stehe, betonte der Führer den Willen und die Notwendigkeit, nach dem gestrigen, für die wirkliche Volksstimmung bezeichnenden Wahlsiege keine Sekunde locker zu lassen, sondern *am Feinde zu bleiben* und den Kampf mit der größten Intensität weiterzuführen; es sei nicht wahr, daß die nationalsozialistische Bewegung keine Siege mehr erringen könne[4]. Ob man Siege erringe oder nicht, und in welchem Ausmaß man sie erringe, darüber entscheide, wenn die grundsätzliche Zielsetzung richtig sei, ausschließlich *der Wille zum Sieg und der Fleiß und die Arbeit für diesen Sieg.* Lippe sei dafür ein Beweis. Aber auch wenn die NSDAP gestern nicht einen Sieg, sondern eine Niederlage erlitten hätte, würde sie heute nicht anders handeln. Die nationalsozialistische Bewegung sei

---

1 Über Ort und Zeit finden sich in der stereotypen nationalsozialistischen Berichterstattung keine Angaben. Hitler soll - so Goebbels und Lohse - drei Stunden gesprochen haben. Im Gegensatz zur Vorlage ist in den Erinnerungen davon die Rede, daß die vorhergehende Aussprache unter den Gauleitern von Rudolf Heß geleitet worden sei.
Hält man sich an die Erinnerungen des damaligen Gauleiters des Gaues Halle-Merseburg, Rudolf Jordan, so verfolgte Hitler - gestärkt durch den Wahlsieg in Lippe - mit dieser Tagung vor allem die Absicht, sich endgültig von Straßer zu distanzieren und alle Gaue wieder fest in seine Hand zu bekommen. Noch in der ersten Januar-Hälfte hatte sich der sächsische Gauleiter Martin Mutschmann um einen Ausgleich zwischen Hitler und Straßer bemüht; dieser hatte ihn jedoch erneut brüsk zurückgewiesen. Hitler vermied es auch auf dieser Veranstaltung, genauer auf den Fall Straßer (vgl. Dok. 86, Anm. 1) einzugehen; dies überließ er anderen, dem Stabsleiter der Politischen Organisation der NSDAP, Robert Ley, und/oder seinem Privatsekretär Rudolf Heß. Hinrich Lohse, der als Gauleiter des Gaues Schleswig-Holstein ebenfalls an der Tagung teilnahm, berichtet hierüber: "Eine Reihe der Herren steht doch unter dem Verdacht, von Straßers Plänen gewußt u[*nd*] sie gebilligt, mindestens aber mit ihm konspiriert zu haben. Es werden stundenlang gegenseitige u[*nd*] heftige Vorwürfe erhoben. Heß muß wiederholt schlichtend eingreifen. Am Ende aber hat niemand etwas mit Straßers Plänen zu tun gehabt. *Sie sind alle treue Weggefährten Hitlers*! Dann erscheint Hitler selbst." Auch in der Reichsregierung war man nach dieser Aussprache der Ansicht, "daß an eine Einigung Hitler - Straßer nicht mehr zu denken" sei. "Es käme nur noch die Unterwerfung Straßers in Frage. Dies ist in absehbarer Zeit ausgeschlossen." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett von Schleicher, Dok. 56, Anm. 13.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 17.1.1933, "Der Einsatz des Führers. Gauleitertagung in Weimar"; Der Nationalsozialist vom 17.1.1933, "'Wir stehen blindlings und bedingungslos hinter Adolf Hitler'"; VB vom 18.1.1933, "Adolf Hitler nach dem Sieg in Lippe: 'Wir lassen nicht locker, wir bleiben am Feind!'"; Weimarische Zeitung vom 17.1.1933, "Die neue Offensive Hitlers"; Westdeutscher Beobachter vom 18.1.1933, "Hitler gibt die Kampfparole!". Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 339 f.; IfZ, ZS 265: Zeugenschrifttum Hinrich Lohse, Bd. I, S. 39; Jordan, Erlebt, S. 90, 98.

3 Vgl. Dok. 137, Anm. 3.

4 Vgl. Dok. 107, Anm. 52, ferner Dok. 89, Anm. 13 und 14 sowie Dok. 104, Anm. 2.

aufs neue zum Angriff übergegangen und werde ihn auf der ganzen Linie mit verdoppelter Kraft weitertragen. Er selbst als *Führer* werde sich in diesem Kampf *persönlich einsetzen* bis zum letzten und erwarte *von allen Nationalsozialisten das gleiche.* Als eine unzertrennliche und unerschütterliche Einheit werde die NSDAP vorwärtsmarschieren und ihr Ziel erreichen[5].

19. Januar 1933 — Dok. 141
"Verfügung"
Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 31.1.1933.

Das bisherige Gaugebiet Niederbayern-Oberpfalz wird mit dem Gau Oberfranken vereinigt[1]. Der neue Gau trägt den Namen

"Bayerische Ostmark"[2].

Mit der Leitung des Gaues "Bayerische Ostmark" wird Gauleiter Pg. *Schemm*[3] beauftragt.

---

5 Im Anschluß an die Tagung verließ Hitler Weimar und fuhr nach Berlin. Unzutreffend die Datierung bei Ribbentrop, London, S. 39.
Am 17.1. führte er in der Dienstwohnung Görings (Sommerstraße 30) eine, ursprünglich für den 16.1. in Aussicht genommene Unterredung mit Alfred Hugenberg und dem Fraktionsvorsitzenden der DNVP im Reichstag, Otto Schmidt-Hannover, über die Reinhold Quaatz urteilte, "er schien sich ziemlich mit Hitler gefunden zu haben, ohne daß Verständigung perfekt geworden wäre. Hitler sagt: Ich muß Kanzler werden, will aber keine Parteiregierung bilden. Schleicher toleriere ich, wenn er mir die Straße freigibt. Marxismus muß niedergeknüppelt werden, aber nicht von Staatsorganen. Hugenberg muß im Falle meiner Kanzlerschaft ins Kabinett. Dann wird vorläufig nicht gewählt und das Parlament nach Hause geschickt. Ob Hitler auch auf das Zentrum rechnet, blieb unklar, dagegen hat er Fühlung mit Stahlhelm. Seldte sollte eventuell Arbeitsdienst leiten. Hindenburg sei kein selbständiger Faktor. Sein politischer Wortschatz umfaßt 80 Sätze. Er sei eine Grammophon-Platte. Zwischen ihm und Hugenberg sei nun alles wieder gut!" Vgl. Quaatz, Tagebuch, S. 223 (17.1.1933). Auf nationalsozialistischer Seite bewertete man dagegen diese Unterredung als erfolglos. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil 1, Bd. 2, S. 341.
Am 18.1. um 12 Uhr kam es zur ersten Besprechung zwischen Hitler und Papen nach der Wahl in Lippe. In den Aufzeichnungen Joachim von Ribbentrops, in dessen Villa (Lentzeallee 9) die Unterredung stattfand, steht hierzu: "Hitler besteht auf Kanzlerschaft. Papen hält dies erneut für unmöglich. Das durchzusetzen, übersteige seinen Einfluß bei Hindenburg. Hitler verabredet keine weiteren Besprechungen. Joachim macht versuchsweise den Vorschlag, den Sohn [*Oskar von*] Hindenburg mit Hitler zusammenzubringen." Vgl. Ribbentrop, London, S. 39. Ferner Picker, Hitlers Tischgespräche, S. 428. Am Abend des 18.1. sah sich Hitler zusammen mit Goebbels den Film *Der Rebell* an, in dem Luis Trenker Regie führte und die Hauptrolle spielte. Hitler sei - so Goebbels - "Feuer und Fett" gewesen. Anschließend hielt sich Hitler im Haus von Goebbels auf, wo sich verschiedene nationalsozialistische Funktionäre - u. a. Hanns Kerrl - eingefunden hatten. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 342 f.

1 Schemm hatte sich als Gauleiter des Gaues Oberfranken zunächst aus den Querelen im Nachbargau Oberpfalz-Niederbayern herauszuhalten versucht, dann aber schnell die Chancen erkannt, die sich ihm hier boten. Noch im Dezember 1932 sorgte Schemm dafür, daß die von Maierhofer herausgegebene Zeitung *Schaffendes Volk* seiner eigenen Tageszeitung *Fränkisches Volk* unterstellt wurde; das Blatt erschien schon im folgenden Monat in Oberfranken unter seinem alten Titel, in der Oberpfalz und in Niederbayern unter dem Titel *Bayerische Ostwacht.* Da seit Mitte Januar abzusehen war, daß von Gregor Straßer keine Gefahr mehr ausging, konnte

Dem bisherigen Gauleiter Maierhofer spreche ich für seine aufopfernde Tätigkeit in der Partei meinen Dank aus. Die Arbeitskraft des Pg. Maierhofer werde ich an anderer Stelle nutzbringend für die Bewegung einsetzen[4].

München, 19.1.1933[5]

Adolf *Hitler*

Mit dieser Zusammenfassung des bayerischen Grenzgebietes soll zugleich ein Bollwerk gegen die Slavengefahr im bayerischen Osten erreicht [*sic!*] werden[6].

Hitler nun eine neue organisatorisch-politische Lösung präsentieren, in die auch Straßers alter Gau Niederbayern einbezogen wurde. Durch die Verschmelzung der drei ostbayerischen Gaue wurde der unangefochtene wie vergleichsweise beliebte Schemm zu einem der mächtigsten Gauleiter der NSDAP. Vgl. Kühnel, Schemm, S. 347 ff.; Norbert Frei, Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern, Stuttgart 1980, S. 88 ff.; IfZ, ZS 1949: Zeugenschrifttum Otto Erbersdobler sowie Dok. 135.

2 Als "Ostmark" wurden im 9. Jahrhundert die Gebiete östlich des Inns bis zum Wienerwald bezeichnet, im 20. Jahrhundert diente der historisierende Begriff zur Bezeichnung von Österreich. Der Begriff "Bayerische Ostmark", den die bayerischen Behörden und das Münchner 'Institut zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten' seit den zwanziger Jahren einzubürgern suchten, sollte den Grenzraum zwischen Hof und Passau als ein land- und forstwirtschaftlich geprägtes Notstandsgebiet kennzeichnen, seine Grenzlandfunktion gegenüber der Tschechoslowakei herausstellen und die konfessionellen wie stammesgeschichtlichen Unterschiede seiner Bewohner einebnen. Vgl. Berning, Abstammungsnachweis, S. 148; Kühnel, Schemm, S. 342 ff. Ferner Gau Bayerische Ostmark. Land, Volk und Geschichte. Bearbeitet von Hans Scherzer, München o. J. [*1940*].

3 Hans Schemm (1891-1935), Volksschullehrer, 1914-1916 Krankenwärter im Reservelazarett in Bayreuth, 1918 Schulverweser in Bayreuth, 1919 Angehöriger des Freikorps Bayreuth, 1920/21 Leiter eines bakteriologischen Instituts in Thale/Harz, 1921-1928 Rückkehr in den Schuldienst und Dozent an der Volkshochschule in Bayreuth, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924 Mitglied des Völkischen Bundes in Bayreuth, 1925 Ortsgruppenleiter der NSDAP in Bayreuth, 1928-1932 MdL in Bayern (NSDAP), 1928-1933 Gauleiter des Gaues Oberfranken, 1929 Fraktionsvorsitzender der NSDAP im Bayreuther Stadtrat, 1929-1935 Leiter des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB), 1930-1933 MdR, 1933-1935 Gauleiter des Gaues Bayerische Ostmark sowie Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus, 1935 bei einem Flugzeugunglück ums Leben gekommen.

4 Maierhofer schrieb am 24.4.1933 an den "Stellvertreter des Führers" Rudolf Heß, daß seit Hitlers Erlaß "über drei Monate verstrichen" seien, jedoch habe man von seiten der NSDAP nicht den geringsten Versuch unternommen, Hitlers Versprechen einzulösen. "In der Öffentlichkeit muß doch der Eindruck entstehen, ich hätte treulos gegen Führer oder Bewegung gehandelt, weil ich bisher so links liegen gelassen wurde. [...] *Seit Wochen leiden wir buchstäblich Hunger*, wegen rückständiger Miete steht Zwangsräumung bevor. [...] Sollte meine Wiederverwendung nicht sofort erfolgen können, dann bitte ich um die Gewährung eines Darlehens, sonst werde ich in den nächsten Tagen zur Freude der politischen Gegner mit Kind u[*nd*] Kegel auf die Straße gesetzt, was bestimmt dem Ansehen unserer Bewegung nicht förderlich sein dürfte, u[*nd*] welche Behandlung ich nach 10 Jahren Kampf u[*nd*] Opfer nicht verdient habe." [*sic!*] IfZ, Fa 223/56: Personalakte Franz Maierhofer.

5 Die Ortsangabe spricht dafür, daß es sich bei dieser Verordnung um einen vorbereiteten Referentenentwurf handelte, da sich Hitler am Abend des 19.1. zusammen mit Goebbels in Berlin noch einmal den Film *Der Rebell* ansah. Über das anschließende Treffen in der Privatwohnung Görings (Kaiserdamm 34), das bis 5 Uhr morgens dauerte, vermerkte Goebbels in sein Tagebuch: "Taktik für Ältestenrat heute durchgesprochen. Wir müssen Zeit gewinnen. Dann werfen wir Schleicher. Hitler spricht scharf gegen Straßer. Göring hat morgen eine Unterredung mit ihm. Er ist ganz klein geworden." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 343 f.

6 Hitler hatte die Anordnung handschriftlich verfaßt, den letzten Satz jedoch wieder gestrichen. Im Verordnungsblatt wurde deshalb Hitlers Begründung ohne jeden weiteren Zusatz nach seiner Unterschrift publiziert. Vgl. Kühnel, Schemm, S. 341.

20. Januar 1933 Dok. 142
Telegramm an Josef Dietrich[1]

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 21.1.1933, "Eine Erklärung Adolf Hitlers zum Fall Stegmann".

Der frühere SA-Führer *Stegmann* hat am 14. Januar 1933 in Grevenburg, um sich wegen seines parteischädlichen Treibens zu rechtfertigen[2], mir in Gegenwart der Zeugen Reichstagspräsident Hermann *Göring* und Parteigenosse Wilhelm *Brückner*[3], flennend und zerknirscht feierlich versichert, daß er an den Nürnberger Vorfällen gänzlich unbeteiligt gewesen sei[4], im Gegenteil, diese nur von seinen Untergebenen verübte Tat mit allen Mitteln zu verhindern versucht habe. In einem mir zur Verfügung gestellten, an den Reichstagspräsidenten gerichteten Brief[5]

---

1 Josef (Sepp) Dietrich (1892-1966), Fleischerlehrling, 1911 Freiwilliger im 1. bayerischen Ulanenregiment, 1918 Vize-Wachtmeister in der bayerischen Sturmpanzerkampfwagen-Abteilung 13, 1919 Übernahme in die bayerische Landespolizei, Eintritt in den Bund Oberland, 1927 Abschied als Oberwachtmeister, 1928 Eintritt in die NSDAP, 1929 Eintritt in die SS, Standartenführer, Führer von Hitlers SS-Stabswache, 1930 SS-Oberführer, 1930-1933 MdR, 1931 SS-Gruppenführer, Führer des SS-Oberabschnitts Nord, 1933 Kommandeur des SS-Wachbataillons (seit 1936: SS-Leibstandarte Adolf Hitler), Preußischer Staatsrat, 1934 SS-Obergruppenführer, zugleich Führer des SS-Oberabschnitts Ost, 1942 SS-Oberst-Gruppenführer, 1943 Kommandeur des I. SS-Panzerkorps, 1944 Oberbefehlshaber der 6. SS-Panzerarmee, 1946 von einem amerikanischen Militärgericht zu lebenslanger Haft verurteilt, 1950 in 25 Jahre Haft umgewandelt, 1955 Haftentlassung, 1956 erneute Verhaftung, Verurteilung zu achtzehn Monaten Haft wegen Beihilfe zum Totschlag, 1959 aus Gesundheitsgründen entlassen.
Dietrich war damals nach Nürnberg gesandt worden, um doch noch einen Ausgleich zwischen Hitler und Stegmann herbeizuführen. Vgl. Hambrecht, Aufstieg der NSDAP, S. 383 f.

2 Stegmann hatte seine Dienstenthebung am 11.1. nicht akzeptiert; den Sitz der SA-Gruppe Franken verlegte er einfach an seinen Heimatort Schillingsfürst, wobei er tags darauf in einer Presseerklärung betonte, daß er weiterhin treu zu Hitler stehe. Hitlers Telegramm vom 12.1., aber auch das ungeschickte Taktieren Streichers blieben erfolglos, vielmehr solidarisierten sich immer mehr SA-Männer aus Franken aber auch Teile der PO mit Stegmann, so daß Hitler am 14.1. in Grevenburg (Lippe) noch einmal persönlich mit seinem, für ihn charakteristischen "Gemisch aus Wutausbrüchen, Selbstmitleid, Drohungen und Versprechungen" auf Stegmann einzuwirken suchte. Dieser erklärte daraufhin öffentlich, daß er sein Reichstagsmandat zur Verfügung stelle und künftig Hitler die Treue halten wolle. Doch hatte sich die Entwicklung vor Ort nun verselbständigt: Unter dem Eindruck der Ereignisse gründete Stegmann am 18.1. das "Freikorps Franken", am 19.1. verließ er die NSDAP. Vgl. Hambrecht, Aufstieg der NSDAP, S. 377 ff., Zitat S. 380 sowie Dok. 128 mit Anm. 4 und 5.

3 Wilhelm Brückner (1884-1954), 1914 Kriegsfreiwilliger, 1919 Abschied als Oberleutnant, Angehöriger des Freikorps Epp, Studium der Volkswirtschaft, Tätigkeit als Aufnahmetechniker, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, Führer des SA-Regiments München, 1924 Verurteilung zu achtzehn Monaten Gefängnis, danach Generalsekretär beim Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA), kaufmännischer Vertreter, 1929 Tätigkeit beim Deutschen Auslandsinstitut, 1930 Wiedereintritt in die NSDAP, SA-Adjutant Hitlers, 1934 SA-Obergruppenführer, 1941 Reaktivierung als Major, 1944 Oberst, 1949 von der Spruchkammer Garmisch Partenkirchen als Hauptschuldiger zu $3^1/_2$ Jahren Arbeitslager und 5 Jahren Berufsverbot verurteilt.

4 Vgl. Dok. 128, Anm. 4.

5 Erhalten geblieben ist der *öffentliche* Brief Stegmanns vom 19.1., in dem er seinen Austritt aus der NSDAP damit begründete, daß er am 14.1.1933 "dem Führer auf seinen ausdrücklichen Wunsch und zur Deckung seiner bereits gegen mich getroffenen Anordnungen - unter Verzicht auf meine eigenen Interessen - *die Unrichtigkeit meiner Handlungsweise zugegeben*" habe. Hitler habe ihm versprochen, seine Ehre gegen jeden Angriff durch die Gauleitung Mittelfranken zu schützen. "Inzwischen sind neuerdings weitere ungeheure Beschuldigungen gegen mich, insbesondere durch Oberst Hofmann und Karl Holz, in weit verschärfter Form ausgesprochen worden. Ferner wurden meine Standartenführer und alle treu zu mir stehenden SA-Männer wegen ihrer Treue und Anhänglichkeit zu mir und wegen ihres Kampfes um die Gesundung und Reinigung der Bewegung *als*

gesteht Stegmann nunmehr ein, daß er selbst den Befehl zu diesen Ausschreitungen gegeben habe. Weiter hat er mir im Beisein dieser beiden Zeugen das feierliche Ehrenwort gegeben, sich künftighin aller weiteren parteischädigenden Handlungen zu enthalten. Stegmann hat mich damit, wie er jetzt selbst eingesteht, auf das niederträchtigste belogen und sein Wort gebrochen. Dieses und die Berücksichtigung anderer Vorfälle veranlaßt [*sic!*] mich nunmehr, Stegmann sofort aus der NSDAP auszuschließen. Wer sich zu diesem Mann bekennt, wird damit ebenfalls aus der NSDAP ausgeschlossen[6]. Ich erkläre weiter, daß eine Wiederaufnahme in die NSDAP der aus diesem Grunde Ausgeschlossenen, niemals mehr meine Genehmigung erhalten wird.

Berlin, 20. Januar 1933

gez. Adolf *Hitler*

Meuterer mit Schimpf und Schande ausgestoßen." Da Streicher sein Angebot, "die SA wieder geschlossen dem Führer zu unterstellen, wenn alle Ungerechtigkeiten gegen die mir treugebliebenen Führer und SA-Männer zurückgenommen werden", rundweg abgelehnt habe, ziehe er seine Loyalitätserklärung vom 14.1. zurück und stelle sich "*an die Spitze des Freikorps Franken*, [...] um die SA für Adolf Hitler und für den bevorstehenden Endkampf rein vom Bonzentum und frei von Unsauberkeit zu erhalten". Vgl. Münchner Zeitung vom 20./21.1.1933, "Stegmann und Hitler"; Fränkisches Volksblatt vom 21.1.1933, "Austritt Stegmanns aus der NSDAP". Ferner Hambrecht, Aufstieg der NSDAP, S. 384.

6 Weite Teile der SA-Gruppe Franken, die im Januar 1932 6.711 Angehörige zählte, hatten Stegmanns Rebellion gegen die Gau-, dann gegen die gesamte nationalsozialistische Parteiführung unterstützt. Auch stießen einzelne SS-Männer, Angehörige der NS-Frauenschaft sowie ganze Ortsgruppen zu dem von Stegmann geführten "Freikorps Franken", so daß ihm Ende Januar 1933 immerhin bis zu 7-8.000 Mitglieder angehört haben dürften. Daß die Revolte auch auf den Raum Regensburg, die Pfalz, das Ruhrgebiet, auf den Oberrhein, ja selbst auf Teile der SS-Leibstandarte überzugreifen drohte, verdeutlicht, daß es sich um mehr handelte als um die individuelle Unzufriedenheit eines regionalen SA-Führers. Um eine weitere Ausbreitung der Krise zu verhindern, wurden deshalb im Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung vom 1.2.1933 allein im Bereich der "Obergruppe IV (ehem. Gruppe Franken)" sechs Standartenführer, dreizehn Sturmbannführer und vierzehn Sturmführer ausgeschlossen. Das von Stegmann proklamierte Freikorps Franken, das sich zu diesem Zeitpunkt noch institutionell zu etablieren suchte (Aufbau einer Geschäftsstelle in Ansbach, Gründung eines Wochenorgans, eines Hilfswerks sowie einer Frauen-Arbeitsgemeinschaft) wurde am 13.3.1933 durch das bayerische Ministerium des Innern verboten, ein Teil seiner Mitglieder verhaftet und in einigen Fällen schwer mißhandelt. Vgl. Kissenkoetter, Straßer, S. 182 ff.; Hambrecht, Aufstieg der NSDAP, S. 385 ff.; Fitz, Ansbach, S. 16 ff. Ferner Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung vom 1.2.1933, "Ausschließungen"; Würzburger General Anzeiger vom 24.1.1933, "Ausgeschlossen...".

20. Januar 1933 [1] Dok. 143
Rede auf Amtswalter-Versammlung des Gaues Berlin der NSDAP in Berlin [2]

Der Angriff vom 23.1.1933, "'Das Tor zur Freiheit muß man sich selbst aufreißen!'" [3].

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Wenn eine Idee, aus dem Reiche der Gedanken langsam zur Wirklichkeit vorschreitend, sich eine *Organisation* bildet, die ihre Prinzipien vertritt, verficht und durchsetzt, dann wird gar so leicht im Gestrüpp der Taktik und unter der Einwirkung von Tagesfragen

das Grundsätzliche

manches Mal etwas in den Hintergrund gedrängt. Es ist notwendig, daß man dann einmal wieder still hält, zur *Besinnung* kommt und den ersten *Kurs* herstellt, daß man wieder

das große Ziel

schaut, daß man *den* Stern sucht, nach dem man sich hin zu bewegen hat, und daß man - losgelöst von den ständigen Einflüssen der *Tagesfragen*, der scheinbaren Klugheit, die nur in *Taktik* aufgeht, - *sich wieder zurückfindet zu dem ganz großen Ziel.* Denn das eine ist sicher:

Das, was in der Welt ganz Großes geschaffen hat, brauchte auch selbst ganz große Kraft, und diese Kraft stand ihrerseits immer wieder in Verbindung mit dem von vornherein ganz

---

1 Unzutreffend die Datierung bei Domarus, Hitler, Teil I, Bd. 1, S. 181 f. Hier wurden offensichtlich Hitlers Berliner Reden am 20.1. und 22.1.1933 (Dok. 146) miteinander verwechselt.

2 Im Sportpalast, Potsdamer Straße 72 (Bezirk Tiergarten), nachts. Um 20.15 Uhr wurde die überfüllte Veranstaltung, an der etwa 10.000 Amtswalter der NSDAP sowie Angehörige von SA, SS und HJ teilnahmen, von MdL und Gauorganisationsleiter Paul Harpe eröffnet, nach ihm sprachen MdR und Gauleiter Goebbels, der nach Hitlers Einmarsch ihn noch einmal ankündigte und dabei die Parole ausgab: "Wir werden diese Stadt erobern, *und zwar nicht ohne Hitler oder gegen Hitler, sondern unter der Führung von Hitler.*" Hitler sprach etwa eine Stunde.
Über den Einmarsch Hitlers schreibt *Der Angriff*: "Nach einer Pause von etwa fünf Minuten geht eine Bewegung durch die Riesenhalle. Obergruppenführer Graf *Helldorff* tritt an das Mikrophon und befiehlt: *'SA stillgestanden!'* Aller Augen richten sich nach dem Eingang des Sportpalastes. Plötzlich erschallen *Heilrufe*, die sich mit Windeseile durch den ganzen Raum hin fortsetzen. Ein *Beifallssturm* bricht los, der mit Worten nicht beschrieben werden kann. Man glaubt, die Halle bricht zusammen. Die Musik ist nicht mehr zu hören. Durch einen Wald von zum Gruß erhobenen Händen schreitet der Führer, geleitet von SS-Männern und seinen ständigen Begleitern nach vorn. [...] Der Führer hat einen *SA-Mann* gesehen, der in der vordersten Reihe des Parketts *mit verbundenem Kopf* steht. Er geht auf ihn zu und schüttelt seinem Kameraden herzlich die Hand. Es ist ganz still in der Halle. Die Augen des SA-Manns leuchten, der Führer dankt ihm für seine Kampfbereitschaft. Dann begrüßt er noch die Eltern des ermordeten Hitler-Jungen *Wagnitz* und bringt damit zum Ausdruck, daß die Partei den Heldentod des jungen Soldaten nie vergessen wird, daß Walter Wagnitz uns als leuchtendes Beispiel immer vor Augen steht."

3 Vgl. auch Der Angriff vom 21.1.1933, "Berlin im Zeichen Adolf Hitlers"; dort weitere Berichte und verschiedene Fotos; Deutsche Allgemeine Zeitung vom 21.1.1933 (MA), "Hitler im Sportpalast"; Deutsche Tageszeitung vom 21.1.1933, "Adolf Hitler in Berlin"; Vossische Zeitung vom 21.1.1933 (AA), "Neue Umgruppierung der Hitlerfront"; VB vom 22./23.1.1933 (Norddt. Ausgabe), "Adolf Hitler im Sportpalast an die nat[*ional*]soz[*ialistische*] Führerschaft"; Die Berliner Front vom 28.1.1933, "Adolf Hitler: Das größte Ziel". Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 344 f.; Engelbrechten/Volz, Wir wandern, S. 206 ff. Foto: Fest, Hitler, S. 421.

groß gesehenen Ziel. Nur wer Gewaltiges fordert, kann auch wirklich gewaltige Kraft mobilisieren.

Der Zwerg, der in der *Ebene der Tagesfragen* bleibt, wird niemals große Gewalten im Volk erwecken können. In der Kleinheit seiner eigenen Ziele liegt auch die *Bedeutungslosigkeit* der *Kraft,* die dann hinter ihn tritt. Denn die Menschen sind niemals geneigt, für *kleine augenblickliche Tagesfragen* das Allerletzte einzusetzen. *Wie soll ein Mensch z. B. sein Leben opfern für etwas, was nur für den Augenblick Bedeutung besitzt?*

Wenn ich höchste Opfer fordern will, muß ich größte Ziele aufstellen - auch wenn sie ferne in der Zukunft liegen - , die es gerechtfertigt erscheinen lassen, daß Hunderttausende dafür eintreten und sich dafür aufopfern.

Das größte Ziel aber, das es überhaupt gibt, ist und bleibt die Selbsterhaltung und damit die Durchführung des Lebenskampfes eines Volkes.

Es ist darum auch das Ziel, das am ersten geeignet erscheint, *die größten Opfer* von Menschen zu fordern, ja sie alle - wenn auch unbewußt - von der Wahrheit des Dichterwortes zu durchdringen, daß sie

das Leben einsetzen müssen, um das Leben zu gewinnen[4],

daß sie opfern müssen, um aus der Summe einzelner Opfer am Ende den *Lohn der Selbstbehauptung* aller zu empfangen.

Wenn wir uns unsere *eigene Bewegung* von diesem großen Gesichtspunkt aus betrachten, können wir rückschauend immer wieder beglückt feststellen, daß nicht nur *ihre Ziele groß,* ja gewaltig sind, sondern daß diese Bewegung auch

eine historische Notwendigkeit

ist, daß sie gar nicht mehr weggedacht werden kann aus der deutschen Geschichte, außer dem [*sic!*]: *Deutschland ginge einer dunklen Zukunft entgegen.* Klarer als je sehen wir heute die Notwendigkeit der Existenz unserer Partei.

Denn was will sie eigentlich?

Es gibt in Deutschland Menschen, die halten es uns Nationalsozialisten geradezu als ein *Verbrechen* vor, daß wir aus einer Vielzahl kleiner Verbändchen, Parteien, Vereinigungen und Organisationen

eine große Einheit

geschaffen haben, sie sagen: Es sei *undeutsch,* alle diese einzelnen Willenskräfte zu beseitigen und *einen einzigen Willen* an ihre Stelle setzen zu wollen[5]. Ja, sie gehen noch weiter und be-

---

4 Anspielung auf das 1797/98 entstandene Dramatische Gedicht *Wallensteins Lager* von Friedrich von Schiller (1759-1805); 11. Auftritt: "Und setzet ihr nicht das Leben ein, Nie wird euch das Leben gewonnen sein."

5 Vermutlich eine Anspielung auf jene Vorwürfe, wie sie nach dem Rücktritt von Gregor Straßer vor allem in der von seinem Bruder Otto geleiteten *Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten* laut geworden waren. Vgl. etwa Die Schwarze Front vom 18.12.1932, "Hintergründe und Folgen der Ausbootung Gregor Straßers", wo die NSDAP als römische Faschistenpartei beschimpft wird. Mit Gregor Straßer - so der Tenor - habe der "Führer des sozialistischen Flügels" in der NSDAP die Partei verlassen. Ihr sozialistischer Anspruch sei damit erledigt, sie könne nun nicht mehr "das große Sammelbecken der deutschen Volksgemeinschaft werden". In einem Aufruf, der am selben Tag in Der Schwarzen Front publiziert wurde ("Nationalsozialisten! SA-Männer!"), hieß es: "Mit Gregor Straßer ist die Kette der 'Fälle' *Mücke, Otto Straßer, Stennes, Franzen* usw. zum Abschluß gebracht worden; denn er war der letzte Damm gegen die Faschistisierung der Partei. Was übrig bleibt ist eine *'antisemitische Wirtschaftspartei'*, das Sammelbecken der aufgelösten bürgerlichen Mittelparteien,

haupten, eine solche Entwicklung widerspräche dem *geschichtlichen Bild,* das sich uns vom *deutschen Wesen* vermittelt.

Meine Parteigenossen! Das, was *unsere Bewegung* in diesen 14 Jahren nach dem Zusammenbruch von 1918 getan hat, ist nichts anderes, als was *Preußen* einst nach dem Zerfall des alten Deutschen Reiches tat. So wie dieses Preußen sich langsam durchrang und die einzelnen einander widerstrebenden und auf ihre eigene Existenz pochenden *Kleinstaaten* beseitigte, um endlich dem *deutschen Willen* wieder Geltung zu verschaffen[6],

so hat unsere Bewegung versucht, der Zersplitterung des deutschen Volkes in Parteien, Verbändchen, Weltanschauungen usw. wieder einen großen geschlossenen Willen entgegenzusetzen, die Nation zu vereinen, sie zusammenzufügen zu einer neuen Kraft des Willens und damit aber auch zu einer neuen Kraft der Handlung, der Tat.

Gewiß, das Leben zerteilt die Menschen. Das wissen wir auch. *Herkunft* und *Beruf, Stand, Lebensstellung, Bildung, Tradition, Wissen,* alles das sind Dinge, die die Menschen nun einmal zersplittern und zerreißen. Wenn man aber trotzdem die Notwendigkeit eines *Gemeinschaftslebens* empfindet, dann muß diesen auflösenden Tendenzen entgegen wieder irgendwo eine *einigende Tendenz* gegenübergestellt werden.

Wohin aber muß ein Volk kommen, das durch die Entwicklung in *wirtschaftliche* Gruppen zerrissen wurde, in *geistreiche* Menschen und weniger geistreiche, das in verschiedene *Konfessionen* zerfiel, wohin soll ein Volk kommen, bei dem der politische Wille, d. h. also letzten Endes die Organisation des Selbstbehauptungstriebes und -dranges, sich lediglich und ausschließlich auf diese bedrohlichen Aufspaltungen stützt und sie zu allem noch politisch organisiert? Da gibt es denn *Bauern,* die sich organisieren, *Handarbeiter* und *Geistesarbeiter,* die Katholiken organisieren sich wieder in sich, genau so wie die Protestanten, Bürger und Proletarier. Schicht um Schicht und Stand um Stand hat seine eigene Organisation[7].

Eherner Wille zur Einigung. Die geschichtliche Aufgabe der Hitlerbewegung

Wo aber soll dann überhaupt noch die Basis für ein Gemeinschaftsleben gefunden werden?

Gerade weil *Wirtschaft, Tradition, Herkunft* und *Einbildung* die Menschen zerreißen, muß ein *politischer Wille* irgendwo sie wieder zusammenzwingen. Es muß eine *Plattform* gefunden werden, auf die die Menschen wieder treten können.

---

zusammengehalten von einer römisch-faschistischen Hierarchie mit einem Papst an der Spitze. [...] Aber ein byzantinischer Treuebegriff, ein undeutscher Kadavergehorsam oder gar Rücksichten auf materielle Vorteile dürfen nun und nimmer die *Stimme des Gewissens* zum Schweigen bringen, die jeden einzelnen von euch vor die Entscheidung stellt: *Römischer Faschismus oder Deutscher Sozialismus? Partei oder Volksgemeinschaft? Hitler oder Deutschland?*"

6 Zur Rezeption der brandenburgisch-preußischen Geschichte in der Weimarer Republik vgl. Jürgen Mirow, Das alte Preußen im deutschen Geschichtsbild seit der Reichsgründung, Berlin 1981, S. 135 ff.; zur Interpretation der preußischen Geschichte durch die NSDAP vgl. Manfred Schlenke, Nationalsozialismus und Preußen/Preußentum. Bericht über ein Forschungsprojekt. In: Das Preußenbild in der Geschichte. Protokoll eines Symposions. Hrsg. von Otto Büsch, Berlin 1981, S. 247-264; Hans Mommsen, Preußentum und Nationalsozialismus. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 29-41.

7 Vgl. Dok. 16, Anm. 13.

Und dieser neue politische Wille, der sich zu einem politischen Ideal gewandelt hat, muß größer sein als die Tendenz der Zerreißung, er muß im Gegenteil diese Tendenz nach und nach überwinden.

Diese Mission hat sich *unsere Bewegung* gestellt und sie 14 Jahre hindurch immer weiter verwirklicht. Das Wunder, von wenigen sieben Menschen[8] auf *12 und 13 Millionen* zu steigen[9], ist nur deshalb möglich gewesen, weil alle *Suchenden* in dieser Bewegung zum ersten Male eine *Plattform* fanden, auf die *jeder Deutsche*, der sich für sein Volk einsetzen will, treten kann. Wenn eine solche Idee nun dem *größten Ziele* zustrebt, das es gibt, dem Lebenskampf zur Erhaltung des *eigenen Volksgutes, dann* benötigt die dazu auch eine *Organisation.*

Denn was wir einst im Großen wollen, müssen wir selbst erziehen; wir müssen den Staat, den wir schauen, lebendig vor uns schon erstehen lassen und ihn langsam hineinbauen in dieses Reich des Zerfalls, des geistigen Auseinanderklaffens und damit einer völligen Ohnmacht.

Es ist unsere Aufgabe, die Idee, die wir vertreten, in ihrer *Lebensfähigkeit* dadurch zu erweisen [*sic!*], daß wir der Mitwelt zeigen, daß das, was auf diesem neuen Boden entsteht, *härter* ist als das, was uns bisher führte.

Wir dürfen nicht hoffen, daß die Zukunft, die wir schauen, plötzlich einmal durch Zauberschlag von selbst Wirklichkeit wird. Nein, wir müssen sie selbst gestalten!

Indem wir für die *Idee* eine *Bewegung* schaffen, zeigen wir auch schon die Möglichkeit ihrer *Verwirklichung.* In den Staat des Zerfalls unseres Volkes, der Klassen, der Stände, pflanzen wir den

Staat einer neuen Volksgemeinschaft[10] *hinein!*

Eine Idee und eine Bewegung, die so sich ein *Ziel* setzten, das ungeheuer groß ist, und damit eine Arbeit beginnen, deren Lösung, genau wie alles Große in der Welt, nicht von heute auf morgen möglich ist.

Es gibt nun Menschen, die fragen: *Hat das denn überhaupt einen Sinn, werden Sie das je erreichen? Ist nicht die Zeit zu kurz?*

Meine Parteigenossen! Es gibt nichts *Großes* auf der Welt, das auch an *Zeit* nicht ebenfalls seine Weile benötigt hätte. Denn wenn wir nicht eine *leere Form* aufbauen, sondern einen *neuen Geist* in unser Volk hineinpflanzen und ihn zum Träger einer *neuen Organisation* machen, benötigt dieser Werdeprozeß, genau wie alle ihm ähnlichen Vorgänge historischen Ausmaßes lange Zeit. Man muß in solchen Fällen auch den Mut haben, nicht in *Stunden* zu denken, sondern in Jahrzehnten und *Jahrhunderten.*

Wenn das, was wir bauen, Wert haben soll, muß es ein Bau sein mit einem Fundament, auf dem endlich für viele Jahrhunderte unserem Volk die Lebenserhaltung gewährleistet ist!

Wir dürfen dann aber auch nicht im Morgen oder Übermorgen aufgehen. Wir müssen die Saat in unser Volk pflanzen und rechnen mit der Zeit, die sie einst aufgehen läßt, und müssen alles auf uns nehmen, was in der Zeit geschehen kann.

Kommt dann der kleine Kritiker und erklärt: Welch ein *schwerer Weg*, wie unsicher in seinen Erfolgen, heute scheinbar *glänzend*, morgen wieder *verdüstert,* einmal *glücklich*, dann wieder vom *Unglück* begleitet, so gebe ich zur Antwort:

8 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.
9 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.
10 Vgl. Dok. 76, Anm. 9.

Es gibt nichts Großes auf der Welt, das nicht diesen Weg zurückgelegt hätte.

Nur der *kleine Durchschnittsgeist* kann in einer solchen Entwicklung etwas *Beklemmendes* sehen. Diejenigen aber, die *geschichtlich* denken, wissen, daß das immer so war und auch so sein muß.

Denn nur am Widerstand der Gegner schärft sich immer von neuem die eigene Kraft!

Würde plötzlich der Gegner in seinem Widerstand nachlassen, würde auch die eigene Kraft erlahmen. Ja nicht nur das, eine solche Bewegung würde dann auch niemals ihre eigene große Aufgabe erfüllen. Das müssen wir in Kauf nehmen:

Den Weg ins Himmelreich findet man nicht breit gepflastert[11]*, man muß ihn sich erkämpfen, und das Tor zur Freiheit findet man nicht weit geöffnet, man selbst muß es sich aufreißen!*

Wir ringen um ein neues Volk! Beharrlichkeit ist die Aufgabe der Führung.

Die Zeit erfordert den *Kampf*, und die Zeit ist uns dann verbündet, wenn man stets daran denkt, daß ein solches Ringen nicht stattfindet um einen oder um zwei *Ministerposten*, sondern

um ein neues Volk,

das dann tragend ist für eine *neue Regierung*. Denn das ist das Wesentliche, daß diese Bewegung ein *Regiment* begründet, dessen *Wurzeln* tief im *Volk* stecken,

ein Regiment, das nicht in den Wolken hängt,

im luftleeren Raum, Pläne schmiedend - die wir kennen - , die *nie realisiert* werden können, weil sie nur *Gedanken* sind, hinter denen *keine Kraft* steht.

Denn wohl ist die Stärke eines Volkes der Ausdruck der Kraft einer Regierung, oder die Stärke eines Regiments ist immer der Ausdruck der Kraft, die aus dem Volk zur Führung strömt; dann ergibt sich dieses wunderbare Bild einer Macht, die tief wurzelt im völkischen Boden.

(Nach diesen Worten setzt ein gewaltiger Beifallssturm ein, der kein Ende nehmen will.)

Und dann ist eine Regierung erst fähig, wirklich große Aufgaben zu lösen. Sie braucht nicht mehr mit Schlagwörtern zu schwafeln, sie kann verwirklichen, was sie der Welt verspricht und zeigen will.

Verträge und Konferenzen haben allzeit nur festgestellt, *was war*. Sie haben einen *Zustand sanktioniert*, der längst Wirklichkeit geworden war. Führt man aber einen so gigantischen Kampf um die

innere Erhebung eines Volkes,

dann benötigt das nicht nur *Zeit* und *Kraft, Mut* und *Kühnheit,* sondern vor allem

Beharrlichkeit

vor allem all denen gegenüber, die von Zeit zu Zeit, geblendet von den Ereignissen des Tages, plötzlich *das Große aus den Augen verlieren* und dann meinen, einen *leichteren* Weg finden zu können, der zum *Sieg* und zum *Erfolg* führt. Es zeigt sich dann, was *Clausewitz* brandmarkt:

Die falsche Klugheit meint, einen unversöhnlichen Gegner versöhnen zu können[12].

Man muß *beharrlich* sein. Das ist zu allen Zeiten die *Aufgabe der Führung* gewesen. Ich weiß dabei von einer *Bewegung*, daß sie selbstverständlich mit all den Eigenschaften, *guten* und *schlimmen,* behaftet sein wird, die dem Menschen nun einmal an sich zu eigen ist.

---

11 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.

12 Vgl. Dok. 56, Anm. 29.

Allein ich erwarte von einer *Führung*, daß sie diese Eigenschaften ebenfalls erkennt, sie berücksichtigt und ihnen gegenüber als

ewig ruhender Pol

die richtigen Grundsätze vertritt und *niemals wankend* wird, daß sie *kühl*, ja *eiskalt* abwägt, was im Augenblick der Bewegung dient, aber auch für die *Zukunft* zuträglich ist; *daß sie nicht plötzlich angesichts der Möglichkeit, eine billige Verständigung zu bekommen, die Zukunft preisgibt,* sondern sich auch der *Opfer der Vergangenheit bewußt* wird. Sie ist nicht nur verantwortlich für das, was unter ihrer Führung geschieht, sondern auch für das, was schon vor ihr für das Sein und Bestehen der Nation an *Opfern* gebracht wurde.

(Wieder geben die Massen durch Klatschen und Rufen ihre Zustimmung zu erkennen. Wieder geht es wie ein Donnern und Brausen durch die große Halle. Ein Beifallsjubel, wie man ihn nur selten gehört hat.)

Es geht nicht an, zu sagen, *wir* können diese Opfer nicht mehr bringen!

Meine Parteigenossen! Das Opfer eines Mannes im Jahre 1918 war kein anderes, als das der Männer in den Jahren 1917, 16, 15 und 1914. Wenn Generationen Opfer brachten, hat nicht eine Generation plötzlich das Recht zu sagen: Wir können sie nicht mehr bringen.

Und ein Parteiführer darf nicht anders denken.

Vier Jahre Weltkrieg - und jetzt weich werden?

Jede unserer Handlungen müssen wir vor den toten Helden von 1914-18 verantworten können.

Es geht nicht an zu sagen: 14 Jahre haben wir gelitten, geduldet, geopfert, haben gegen eine Welt von Vorstellungen und Feinden gerungen, aus dem *Nichts* uns langsam emporgekämpft, jetzt aber können wir Opfer, selbst wenn sie kleiner sind, nicht mehr bringen; jetzt müssen wir umlernen und nachgeben. Ich verstehe, wenn den kleinen Musketier eine solche *Schwäche* manchmal befällt, wenn er - nicht in die Zukunft sehend - die *große Aufgabe* vergißt und unter der psychologischen Einwirkung der *Gewalt* ohnmächtig wird, die Nerven verliert und resigniert: *Ich kann nicht mehr!*

In solchen Augenblicken, meine Führer, haben Sie Ihre höchste Aufgabe darin zu sehen, einer solchen Schwäche entgegenzutreten.

Sie müssen stur bleiben, dürfen nicht lau werden, nicht nachgeben und nicht feige sein!

(Man glaubt nicht, daß noch eine Steigerung des Beifalls möglich ist. Die Menschen erheben sich von ihren Plätzen, sie rufen und winken dem Führer zu.)

Sie müssen an sich selbst die Fragen stellen: Könntest du das, was du jetzt tust, vor denen verantworten, die einst das größte Opfer für die Bewegung gebracht haben? Könnten die Staatsmänner ihre Haltung im Jahre 1918 vertreten gegenüber den jungen Soldaten, die 1914 in die flandrische Erde sanken, wenn diese toten Helden plötzlich ihre Gräber verlassen und anklagen würden? Hätten sie das Recht zu sagen: Wir könnten das Opfer, das Ihr brachtet, nicht mehr bringen?! Würden die nicht antworten: Warum habt Ihr uns geopfert? Warum habt Ihr das nicht früher gesagt? Wir haben gekämpft in der Meinung, daß euer und unser Wille ein gleicher sei, darum sind wir gefallen, und jetzt sagt ihr, es ginge auch ohne dem?

Könnten wir als Nationalsozialisten es verantworten gegenüber den *Hunderten* von Kameraden, die *gefallen* sind, den *Tausenden*, die *verletzt* wurden, den Hunderttausenden, die ihre

Existenz einbüßten, zu erklären: Ja, euer Opfer war notwendig, das Opfer von heute aber kann nicht mehr gebracht werden. Ihr mit tausend, zweitausend, dreitausend, fünftausend Mann, ihr wart dazu gut genug. Wir aber mit zwölf Millionen, wir können den Geist von euch heute nicht mehr gebrauchen!

Nein!

In solchen Augenblicken muß die Führung sich zu heroischem Entschluß durchringen und dem verfluchten Defaitismus das Genick zerbrechen!

(Kaum sind diese Worte gesprochen, so brandet Beifall auf, wie ihn die gewaltige Halle wohl selten erlebte. Steigerung über Steigerung.)

Die Führung darf nicht feige werden oder gar noch ihre Feigheit mit heroischen Phrasen motivieren und sie darin verhüllen[13]*!*

Wenn eine Organisation die größten Aufgaben lösen will, muß sie sich über eines klar sein:

Der Weg zum Erfolg heißt nicht *"eigener Wille"*, heißt nicht *"Freigabe der Entschlüsse"* nach der eigenen Einsicht des einzelnen; denn die Menschen einigen sich wohl schon in einem großen *Schlußziel*, erreichen aber ihr Ziel meistens deshalb nicht, weil sie *die Wege verlieren* oder sie *gemeinsam* nicht finden. Es ist daher die Aufgabe der Organisation, dafür zu sorgen, daß zur *Lebenserhaltung* eines Volkes der Wille einen einzigen Ausdruck findet. Eine Bewegung kann sich zu *Größtem* nur dann berufen fühlen, wenn sie über ihre Pforte schreibt:

Parteigenosse, Volksgenosse, wenn Du hier eintrittst, dann mußt Du Deinen Willen verschmelzen mit einem Willen von Millionen anderen, dann mußt Du aufgehen in diesem großen gemeinsamen Willen. Du mußt Mann sein und Dich einem Führer anvertrauen.

Und wenn du zweifelst, ob diese Führung sich nicht auch irren wird, - - ganz gewiß! Parteigenossen! Was hat jemals seinen Weg in der Welt gemacht, ohne belastet zu sein mit *Irrtum?* Oder will einer aufstehen und behaupten, daß er selbst ohne Fehler sei? Er würde damit nur zeigen, daß er den größten aller Fehler besitzt: *Es mangelt ihm die Selbsterkenntnis.*

Nein, darum handelt es sich nicht. Die Kraft von zusammengefaßten *zehn Millionen* ist stärker als der auseinanderfließende, eines sich selbst den Weg suchenden Willens der einzelnen.

Meine Parteigenossen, wenn ich so zu Ihnen spreche, dann tue ich es als Mann, der *kein Theoretiker* ist. Als Mann, der jederzeit zugibt, daß er auch Fehler macht, der aber für sich anführen kann, daß er *trotz dieser Fehler etwas geschaffen* hat, was man sich *nicht mehr wegdenken* kann. Meine Fehler gebe ich gerne zu, aber entscheidend ist, was zu der Zeit, da auch ich fehlte, die *Gegner* für *Fehler* machten. Entscheidend ist, wer die *wenigsten* Fehler zu verzeichnen hat.

Fragt aber einer: *Wie kommen Sie dazu, diese Führung sich anzumaßen?*

Weil ich eben angefangen habe!

Es hätte auch ein anderer tun können. Ich tat es, und ich erfülle heute nur, was ich einst wählte!

(Rasender Jubel. "Das Volk bricht auf": Diese Worte werden hier lebendigstes Erlebnis.)

---

13 Vgl. hierzu auch den Kommentar der *Deutschen Allgemeinen Zeitung*: "In diesem Zusammenhang polemisierte Hitler, ohne den Namen zu nennen, indirekt *gegen die Haltung Straßers*. Er sprach von einer falsch verstandenen Klugheit, die durch Taktik zu erreichen glaube, was ihr an grundsätzlicher Härte fehle. Der Führer dürfe niemals schwach werden oder nachgeben. [...] Besonders an dieser Stelle erhielt der Redner enthusiastischen Beifall."

Ich kann dabei *zwei Bekenntnisse* ablegen. Selbst wenn ich irre, dann irre ich mich aus *bestem Wissen*, nach *bestem Gewissen* und aus *bestem Wollen*. Denn die Bewegung ist für mich nicht ein *Durchgangsstadium*, ich sehe in ihr auch kein augenblickliches *Betätigungsfeld*, ich habe sie einst geschaffen, ich kämpfe in ihr, für sie!

Es ist möglich, daß ich irre, möglich, daß ich falle, allein niemals mehr werde ich sie verlassen!

(Beifall! Beifall! Wie ein einziger Schrei füllt das Tosen den riesigen Raum, noch ehe die Worte verklungen sind.)

Ich stehe hier, weil ich nicht anders kann[14], *weil ich niemals in meinem Leben etwas anderes tun konnte* [*sic!*] *und niemals etwas anderes tun werde, weil es für mich selbstverständlich ist, daß dies mein Lebenswerk und Inhalt ist, mit dem ich entweder steige oder falle!*

Ich kann alles, nur etwas nicht: Dem untreu werden, was seit dem Jahre 1919 mein einziger Lebenszweck bedeutet.

Und zweitens kann ich bekennen, daß ich meinen Parteigenossen nichts aufbürde, was ich nicht selbst bereit bin zu tragen an Arbeit und Aufopferung, wenn nötig, auch an Gefängnisstrafen und meinetwegen auch am Leben [*sic!*]*!*

(Der jetzt einsetzende Beifallssturm beweist, daß Adolf Hitler nicht nur der *Führer*, sondern auch der *Sprecher* des Volkes ist, der *dem* Ausdruck verleiht, was an Sehnsüchten und tiefem Wollen in den Massen lebendig ist, die hier versammelt sind.)

Ich will für mich nichts Besonderes. Es würde für mich auch manchmal einfacher gewesen sein, einen *leichteren* Weg zu wählen. So *ungeschickt* und *unklug* bin auch ich nicht, daß ich den nicht sehen würde. Ich habe auch nicht etwa diesen leichteren Weg abgelehnt, weil ich ihn nicht als leichter erkannt hätte, sondern immer nur, weil ich ihn in seiner *Hoffnungs-* und *Aussichtslosigkeit* durchschaute.

Ich wählte den *schwereren* Weg im *vergangenen Sommer*[15], obwohl ich *wußte*, daß er *schwerer* sein mußte. Ich habe das auch nicht vom grünen Tisch aus diktiert, *ich erfülle dabei auch meine eigene Pflicht der Arbeit.* Ich will nichts Besseres haben als die andern auch.

Das gibt mir allerdings diese innere Kraft und dieses innere Gleichgewicht, um auch in Zeiten, in denen der eine oder andere meint, man müsse den leichteren Weg gehen[16], *hart bleiben zu können, nicht ohnmächtig zu werden und meinen Weg nicht untreu zu verlassen.*

Und heute, meine Parteigenossen, stehen wir wieder vor einem *schweren Ringen*, das wir alle gewiß auch "taktisch" beurteilen, das heißt, bei dem wir *alle Möglichkeiten* wahrnehmen, vor einem Ringen, das uns aber genau so entschlossen findet, wie der Kampf vor 2, 3, 5, 12 und 14 Jahren. Wenn mir heute so manch einer meint sagen zu müssen: Ja, glauben Sie noch an einen Erfolg[17]? So kann ich nur antworten:

---

14 Anspielung auf Martin Luther (1483-1546), der am 18.4.1521 vor dem Reichstag zu Worms seine Antwort auf die Frage, ob er widerrufen wolle, mit den Worten geschlossen haben soll: "Hier stehe ich! Ich kann nicht anders. Gott helfe mir! Amen."

15 Anspielung auf die Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932. Vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169.

16 Vgl. Dok. 86, Anm. 1, Dok. 93, Anm. 26 und 27, Dok. 97, Anm. 5, Dok. 102, 128, 142 sowie Dok. 135 und 141. Nachdem Hitler lange Zeit in der Öffentlichkeit eher zurückhaltend auf die Straßer-Krise reagiert hatte, begann er nach dem Wahlerfolg in Lippe und dem Zurückweichen Stegmanns nun seine Position wieder offensiver zu vertreten.

Wenn ich so kleinmütig gewesen wäre, dann ständen wir heute nicht hier!

Ich habe an den Erfolg geglaubt, als ich eine Handvoll Menschen besaß. Damals wußte ich, daß diese Prinzipien und der Wille, der hinter sie gesetzt wird, einmal Deutschland erobern werden.

Heute mit zwölf Millionen, - da soll ich verzagen?! Ich würde mich ja vor mir selbst schämen!

Und wenn mir jemand zur Antwort gibt: Ja, aber Sie haben doch *"Rückschläge"* erlitten? Gewiß, aber nicht *einen* in meinem Leben, sondern *hunderte!* Ich bin überhaupt der Meinung, daß man wirkliche Führer nur erkennen kann an der Art, in der sie sich mit *Rückschlägen auseinandersetzen.*

Den Abend nach einem Sieg kann jeder Schwächling ertragen, aber am Abend nach einer Niederlage haben sich immer die Männer gezeigt!

Im Jahre 1919 begann ich diese Arbeit und hatte nach einem Jahr erst 64 Menschen[18]. Wir mußten uns durchsetzen gegen eine Welt von *Vorurteilen*, von *Hohn* und *Spott,* man lachte uns aus. Es begann die Zeit der *Lügen* und *Verleumdungen.* Wir stiegen auf dreitausend[19].

Der gewaltige Aufstieg der Bewegung aus den winzigsten Anfängen

Nach dem Verbot 1923 waren wir unermüdlicher denn je!

Keine Stunde haben wir damals gezögert, den Kampf um Deutschlands Zukunft wieder aufzunehmen[20].

Es war ein Kampf, von dem die meisten heute keine Ahnung mehr haben. Die ersten Stempel wurden angeschafft, die erste Schreibmaschine; in einem Keller, die erste kleine Geschäftsstelle gemietet, das erste Telephon, das elektrische Licht angeschafft. Und dann kam ein Schrank, ein zweiter Schrank, dann kam eine etwas größere Geschäftsstelle[21], wir arbeiteten und arbeiteten, und aus den Dreitausend wurden Siebentausend[22]! Unentwegt immer das gleiche Ziel:

Es muß uns doch gelingen!

---

17 Nachdem Ribbentrop und Papen am 19.1. "lange" miteinander verhandelt hatten, informierte ihn Papen am Abend des folgenden Tages - also etwa zur Zeit von Hitlers Rede - , "daß Sohn [*Oskar von*] Hindenburg und [*Staatssekretär Otto*] Meißner Sonntag [*22.1.*] nach Dahlem kommen werden", um in der Villa Ribbentrops mit Hitler zu sprechen. Vgl. Ribbentrop, London, S. 39 sowie Dok. 140, Anm. 5.

18 Vgl. das Faksimile eines alphabetischen Mitglieder-Verzeichnisses der DAP vom Herbst 1919, das Namen und Berufe von insgesamt 193 Mitgliedern nennt sowie Dok. 77, Anm. 9.

19 Zu Beginn des Jahres 1921 besaß die NSDAP rund 3.000 eingeschriebene Mitglieder. Vgl. Dietrich Orlow, The History of the Nazi Party 1919-1933, Pittsburgh 1969, S. 25 ff.

20 Es handelt sich hier um die Überschrift für den gesamten nächsten Redeabschnitt; chronologisch bezieht sich Hitlers Rückblick jedoch zunächst auf die Zeit vor November 1923.

21 Zur ersten Geschäftsstelle der NSDAP wurde im Winter 1920/21 ein kleines Hinterzimmer in der Münchner Gaststätte *Sterneckerbräu* (Tal 54) erklärt; bereits am 7.11.1921 zog die Geschäftsstelle um in die Corneliusstraße 12. Bis zu ihrem Verbot am 9.11.1923 blieb dort das Hauptquartier der NSDAP. Vgl. Dokumente der Zeitgeschichte. Hrsg. von Adolf Dresler, verfaßt von Fritz Maier-Hartmann, München 1938, S. 89, 126; Benedikt Weyerer, München 1919-1933. Stadtrundgänge zur politischen Geschichte. Hrsg. von der Landeshauptstadt München, S. 35 f., 97 ff; München -"Hauptstadt der Bewegung", S. 352. Ferner Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 507 f., 517 f.

22 Die NSDAP hatte im Januar 1922 etwa 6.000 Mitglieder. Vgl. Hans Volz, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin ^{6}1936, S. 5 sowie Dok. 77, Anm. 9.

Und endlich nach über 3 Jahren waren es 25 Tausend[23], die Partei hatte sich in einem Lande zu einer Macht entwickelt. Über 16 Tausend SA-Männer standen auf, um sich mit dem Gegner auseinanderzusetzen[24]!

Da kommt ein schwarzer Tag, und alles geht verloren. Die Führer zerstreut, die einen tot, die anderen verwundet, wieder andere gefangen, auf der Flucht, im Exil[25], die Bewegung aufgelöst[26] und alles, was wir uns zusammengespart hatten, mit einem Schlage konfisziert[27], alles weg und nichts mehr da. Dreizehn Monate saß ich dann im Gefängnis hinter *Schloß* und *Riegel*[28]. Als ich wieder herauskam, hätte ich wirklich sagen können: Welch ein "Rückschlag!" Wenn man 4 Jahre kämpft, mit nichts beginnt, arbeitet und sich abrackert und mit einem Tag alles verliert. Ich hätte zweifeln können: Wird es nach einem solchen Rückschlag noch einmal gelingen?

Ich habe keine Sekunde gezögert. Am 20. Dezember 1924 wurde ich frei und wußte: Ich mache die Bewegung wieder auf, ich fange von vorn an, es geht nicht anders!

(Dieser Augenblick wird ein Erlebnis, das unvergeßlich ist: die Begeisterungsfähigkeit der Menge übertrifft sich selbst. Minutenlang tost der Beifall, rast der Jubelsturm. Dann wieder atemlose Stille.)

Der Kampf muß wieder beginnen, er wird weiter fortgeführt: *Man darf nicht verzagen, sonst soll man kein Volk führen!* Wenn die Führung einer Bewegung selbst nicht den Mut hat, dem Schicksal zu trotzen, wie sollte die Nation die Schicksalsschläge dann ertragen, und wie soll wieder die *Nation* Schicksalsschläge überwinden, wenn sie als *Bewegung* schon *ohnmächtig* wird, weil der Gegner tobt und einen kleinen Erfolg erringt!

Für mich war Friedrich der Große nicht am größten nach der Schlacht von Leuthen[29]*, sondern nach der Schlacht bei Kunersdorf*[30]*, als er nach der Vernichtung seiner Armeen nicht*

---

23 Bis zu ihrem Verbot im November 1923 erhöhte sich die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder der NSDAP auf rund 55.000. Vgl. Orlow, Nazi Party, S. 45.

24 Genaue Stärkeangaben über die SA vor 1923 sind nicht zu ermitteln. Bekannt ist jedoch, daß sich 1.500 Mann von der *Münchner* SA - integriert in den sog. Kampfbund - am Hitler-Putsch beteiligten. Bekannt ist ferner die organisatorische Gliederung der SA im Vorfeld des Hitler-Putsches: Die bisherigen Hundertschaften waren bereits im März 1923 zu Sturmkompanien umbenannt worden, diese formierten sich dann zu Sturmbataillonen und Sturmregimentern. München bildete das Sturmregiment 1, Landshut und Umgebung das Sturmregiment 2, Nürnberg und Nordbayern das Sturmregiment 3. In München gab es ferner ein Artillerieregiment und eine Kraftwagen-MG-Kompanie, geplant waren außerdem der Aufbau einer Pionier-, Minenwerfer- und Sanitätskompanie sowie einer Fernsprechabteilung. Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 62 ff., 87 ff., 244 ff., 329 ff.; Werner, SA und NSDAP, S. 88 f.

25 Vgl. Dok. 107, Anm. 37.

26 Vgl. Dok. 103, Anm. 8 und 20.

27 Mit Verordnungen vom 9.11.1923 und 29.11.1923 wurde das gesamte Vermögen der NSDAP konfisziert. Die Schließung der Geschäftsstelle der NSDAP in der Corneliusstr. 12 erfolgte am 10.11.1923. Vgl. Bericht der Polizeidirektion München an Generalstaatskommissar von Kahr vom 26.11.1923, sowie Schreiben des Generalstaatskommissars von Kahr an das Staatsministerium der Finanzen vom 18.12.1923. Druck: Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923. Eingeleitet und hrsg. von Ernst Deuerlein, Stuttgart 1962, S. 448 f., 528 f.

28 Vgl. Dok. 52, Anm. 12.

29 Vgl. Dok. 138, Anm. 9.

30 Vgl. Dok. 89, Anm. 4.

versagte, sondern augenblicklich wieder die Anordnungen zur Fortsetzung des großen historischen Ringens traf.

Das war seine Größe. Eine solche Größe muß unsere Bewegung in sich aufnehmen. Wir haben uns vor 13 Jahren in einer Stunde der Not so jämmerlich verhalten, daß ein

unerhörtes Opfer

nötig ist zur deutschen Wiedergeburt. Wir dürfen nicht glauben, daß das Deutschland, das wir aufbauen wollen, stärker sein wird als wir selbst sind.

Sind wir nicht eisenhart, das Volk, das wir heute formen, wird nicht härter sein!

Wenn wir nicht mutig und beharrlich sind, das was wir schaffen, wird auch nicht die Tugenden besitzen, die wir vermissen lassen. Ich glaube aber, daß unsere Bewegung schon in den vergangenen 14 Jahren genügend Beispiele eines *Heroismus* abgelegt hat und einer *Größe,* die man im anderen Deutschland vergeblich sucht. Wenn unsere Bewegung nicht berufen ist, einmal Deutschlands Zukunft zu bestimmen, wer soll es dann tun? Etwa die *bürgerlichen* Parteien?

Ich denke, wir werden unseren Weg weitermarschieren, und wenn der Gegner droht, dann werden wir den Kinnriemen strammer ziehen, uns ihm entgegenstellen und ihm klar machen:

Ihr könnt uns einmal schlagen, besiegen niemals!

(Die letzten Worte Adolf Hitlers gehen unter in den Heilrufen, die die Halle erschüttern. Das ist nicht billige Begeisterung, das ist Bekenntnis und Gelöbnis einer zutiefst aufgewühlten Menge in einer großen Stunde.)

Immer wieder werden wir uns erheben, immer wieder den Kampf sofort aufs neue beginnen und niemals die Fahne verlassen. Das ist meine vielleicht höchste Mission, daß ich als Fahnenträger der Bewegung ihr unentwegt vorangehe.

Solange mich das Schicksal leben läßt, solange werde ich diese Fahne tragen, sie niemals einstreichen, niemals einrollen!

(Langanhaltender Beifall. Rufe, Händeklatschen. Immer wieder erzittert die Halle unter dem brausenden Beifallssturm.)

Man soll nicht glauben, daß irgendetwas mich oder meine wirklich getreuen Gefährten verlocken könnte. Wenn aber einer die Nerven verliert und umfällt oder matt wird, dann kann ich nur sagen:

Der Kurs unseres Schiffes bleibt der alte.

Fragt einer: Und wenn wir *nun zugrunde* gehen? - - - Gut! Dann werde ich, der Steuermann, als letzter zugrunde gehen!

Das Schiff verlasse ich nicht[31]*!*

(Beifall prasselt los, wieder und wieder, unaufhörlich. Endlich kann der Führer weitersprechen.)

Und wenn ein anderer meint, daß die Bewegung vielleicht in sich zerfallen könnte? *Sie sollen sich täuschen.* Diesen Wunsch als Vater des Gedankens kennen wir. Das hat man zu allen Zeiten gehofft. Wenn man alles versucht hatte und nichts gelang, kein *Terror,* keine *Gemeinheit*, keine *Verfolgung* eine solche Bewegung brechen konnte, versuchte man es immer mit *Zersetzung*. Man hat für solche "Taten" zu allen Zeiten die treffendsten Bezeichnungen gefunden.

31 Anspielung auf Markus 4, 35-41 (Matthäus 8, 23-27; Lukas 8, 22-25): Jesus beruhigt Wind und Sturm und kritisiert seine Jünger wegen ihrer Furchtsamkeit und wegen ihres mangelnden Glaubens.

Innerlich verachtet, sind solche Handlungen in der Geschichte Beispiele geworden für das, was nicht sein darf und nicht sein soll. Ich bin heute mehr denn je überzeugt, daß jeder Gedanke der *Wilhelmstraße*[32], diese Bewegung so zu zersetzen[33], wie man andere Parteigebilde zersetzt hat, lächerlich ist. Alles können sie verwirklichen.

Eher aber zersetzt sich die Wilhelmstraße selbst, als daß sie den Nationalsozialismus zersetzt.

(Minutenlang zittern die Tribünen unter dem begeistert zustimmenden Trampeln der Massen.)

Wenn eine Bewegung in 14 Jahren schon so viel an großen Traditionen sammeln konnte, dann glaube ich, ist sie gefeit gegen alle derartigen Versuche.

Und diese heutige Kundgebung ist ja auch ein Beweis dafür.

Die nationalsozialistische Bewegung wird ihren *Kampf weiterführen.* So wie in den 14 Jahren hinter uns, so wird sie auch in der Zeit vor uns es der Vorsehung überlassen, den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem dieses gigantische Ringen seine Krönung findet.

Ich weiß, nichts wird uns geschenkt, alles muß bitter schwer erkämpft werden.

Vor allem aber wird die Bewegung niemals ihr Ziel erreichen, wenn sie nicht neben die *Richtigkeit* ihrer Idee den *Mut* und eine unerschütterliche *Beharrlichkeit* stellt.

Und das wollen wir tun vor der deutschen Geschichte, auf daß auch unsere Generation mit *Stolz* den Generationen der Vergangenheit gegenübertreten kann und wir uns nicht zu schämen brauchen, daß wir das *Größte*, das wir von der Vergangenheit erhielten, jammervoll preisgaben.

Aus Not, Schmach und Schande führt der Weg nach oben.

"So gehen wir denn als ein Geschlecht des Kampfes in die Zeit hinein!"

Die Treue ist das höchste Symbol unserer Bewegung, dann werden Millionen hinter ihr stehen.

Wir werden dafür sorgen, daß unsere Generation die Schuld, die sie 1918 auf sich geladen hat, selbst wieder abwäscht!

Daß sie wiedergutmacht in der deutschen Geschichte, was sie selbst am deutschen Volk und seiner Zukunft gesündigt hat, daß sie nicht feige sagt: *Die Nachwelt muß die Schmach einst löschen.*

Nein, o Schicksal, *wir löschen sie selbst,* wir selbst werden diese Blätter der Schande und der Demütigung im Buche der Geschichte unseres Volkes durchstreichen und

neue Blätter schreiben,

die einst der deutschen Jugend *Grund zum Stolz* und zur Zuversicht geben sollen.

Wir wollen selbst dafür sorgen, daß wir dem deutschen Kind, das uns einst nach dem Reich der Vergangenheit fragt, antworten können: *"Mein Junge, das Reich der Gegenwart ist noch schöner!* Wir haben einst schwere Schuld auf uns geladen und sie jetzt wieder gesühnt. Unser Volk war tief gefallen. Aber die unerschöpfliche Lebenskraft unserer Rasse hat sich wieder bewährt, aus *Not und Elend, Schande und Schmach* haben wir uns wieder gehoben und den

Weg nach oben

gefunden, und so konnten wir diese schlimmste Zeit überwinden."

---

32 Vgl. Dok. 72, Anm. 10.
33 Vgl. Dok. 137, Anm. 5.

Wir wollen nicht dieser kommenden Generation etwas aufbürden, was wir selbst leisten müssen. Ich aber frage mich immer, wenn ich diese größte Aufgabe vor mir sehe: Wie müssen wir sein, daß das Schicksal uns zu dieser Tat bestimmt, was müssen wir gut machen in Deutschland, um endlich die Folgen zu beseitigen

der Sünden unserer eigenen Generation.

Wir dürfen nicht erwarten, daß plötzlich durch *nichts* ein solcher Verfall wieder seine Beendigung finden wird.

So gehen wir denn als ein Geschlecht des Kampfes in die Zeit hinein!

Ich bitte Sie, meine Parteiführer, Führer der SA, SS und HJ, Führer der Politischen Organisation, ich bitte Sie, treten Sie den Marsch in dieses Jahr an als Männer, verschränken Sie die Arme, bilden Sie eine Gemeinschaft, die nichts zerreißt.

Wenn wir uns nicht selbst teilen, dem Gegner kann das nie gelingen.

Die Kraft, die im deutschen Volke zutiefst liegt, sie wird in dem Augenblick siegreich sein, da sie nicht mehr selbst im Kampf untereinander verbraucht wird. Die Vergangenheit mag uns die Sünden zeigen, an denen die Völker gefallen sind, Reich, Ehre und Freiheit verspielten; die Bewegung muß sich zu ihrer höchsten Mission bekennen, und Sie sind ihre Führer. Wenn Sie Ihrer Aufgabe gerecht werden und

die Treue als höchstes Symbol

vor dieser Bewegung tragen, dann werden hinter Ihnen in einer größeren Treue die Millionen stehen und mit Ihnen marschieren. Wir alle untereinander, wir müssen dem Volk den Geist zeigen, den dieses Volk braucht.

Wenn wir als Führer nicht treulos werden, der deutsche Musketier, der deutsche Soldat, der deutsche Mann, das deutsche Weib sind es nie geworden!

Nur die Führer haben immer das schlechte Beispiel gegeben. So wollen wir dieses Jahr des Kampfes als junge deutsche Soldaten begrüßen. Blickend auf unser Volk, blickend auf seine Not, blickend auf unsere Feinde, und hoffend auf unsere Kraft!

Wir müssen unseren Willen stählen, ihn immer härter werden lassen, wir müssen diesen Willen segnen durch Kameradschaft und Gefolgschaftstreue. Mit ihm werden wir trotzen jeder Not der Zeit, auf daß einmal unser Wille zum Willen des deutschen Volkes wird und dann überwindet die Zeit der großen Not[34]*!*

---

34 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.
Im Anschluß an seine Rede hielt sich Hitler noch bis 3 Uhr morgens bei Familie Goebbels auf, wo er sich mit dem Gauleiter über die Regie der geplanten Veranstaltungen am 22.1.1933 beriet. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 344 f.

22. Januar 1933 [1] Dok. 144
Rede auf Amtswalter-Versammlung des Gaues Ostmark der NSDAP in Frankfurt an der Oder [2]

VB vom 24.1.1933 (Norddeutsche Ausgabe), "Adolf Hitler in Frankfurt a. O." [3].

In seiner mehr als einstündigen Rede, in der der Führer die Grundlagen des großen *Weltanschauungskampfes* der nationalsozialistischen Bewegung darlegte und die Richtlinien für den neuen Kampf gab, führte Adolf Hitler u. a. aus:

Die Wurzellosigkeit und Zerrissenheit der Wirtschaftspolitik der heutigen Regierung ist nur das *Spiegelbild* ihrer weltanschaulichen Wurzellosigkeit und Zerrissenheit. Was ich ihnen [*sic!*] vorwerfe, ist die *vollkommene Zerfahrenheit* und Planlosigkeit ihres Handelns.

Hinter uns steht das *Volk*, hinter ihnen steht nur ihre eigene *Einbildung* [4]. Jahrhunderte von schlechter Tradition und Vorurteilen auszurotten, ist eine größere Aufgabe, als eine neue Regierung zu bilden. Die Mission, die die Vorsehung der nationalsozialistischen Bewegung übertragen hat, ist Deutschland wieder emporzuheben.

Wenn es gelingt, aus Proletariern und Bürgern wieder *Deutsche* zu machen, dann ist die deutsche Zukunft gesichert. Wenn ich eine Regierung im Hinblick auf dieses Ziel für zweckmäßig halte, dann mache ich sie. Sonst nicht [5]! Ich gebe nichts auf Vorschuß! Es muß ein ehrliches Spiel sein [6], in dem wir den anderen unsere Kraft und sie uns die entsprechende *Macht* dafür geben.

Drei Monate ...!

Wenn man mir sagt, in drei Monaten hätten wir uns die Macht doch ohnehin errungen, dann antworte ich: Dann warte ich lieber diese drei Monate. Man täusche sich nicht über das eisenharte Gefüge der Partei. Ich weiß, daß die Hunderttausend-Armee meiner Führer [7] genauso in Treue hinter mir steht [8], wie ich in Treue hinter der Bewegung stehe!

---

1 Die Datierung bei Domarus, Hitler (Teil I, Bd. 1, S. 183), und Hauner, Hitler (S. 88), trifft nicht zu. Hitlers Rede fand am 22.1., nicht am 23.1. statt.

2 Im Schützenhaussaal, von 11.00 bis 12.00 Uhr. Die nichtöffentliche Versammlung, an der etwa 1.800 Amtswalter teilnahmen, wurde von Gauleiter und MdL Wilhelm Kube mit einer kurzen Begrüßungsrede eröffnet. Hitler, der um 10.00 Uhr in Frankfurt eingetroffen war, besichtigte vor seiner Rede im Garten des Schützenhauses die örtliche SA.

3 Vgl. auch die Ankündigung im VB vom 17.1.1933 (Norddt. Ausgabe); Der Angriff vom 23.1.1933, "Der Führer in Frankfurt (Oder)"; Frankfurter Oder-Zeitung vom 23.1.1933, "Standarten-Weihe durch Adolf Hitler". Ferner Gerd Rühle, Kurmark. Die Geschichte eines Gaues, Berlin 1934, S. 99.

4 Vgl. Dok. 114, Anm. 4.

5 Zu den Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932 vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169; im Anschluß an die Reichstagswahl vom 6.11.1932 vgl. Dok. 65-70, 74.

6 Am 21.1. hatte Ribbentrop Hitler darüber informiert, daß Hindenburgs Sohn Oskar und der Staatssekretär im Büro des Reichspräsidenten, Otto Meißner, ihn am Abend des 22.1. sprechen wollten. Hitler hatte daraufhin erklärt, "aus welchen Gründen er Schleicher nicht einladen will". Er, Hitler, wolle "Göring und Epp mitbringen." Vgl. Ribbentrop, London, S. 39 sowie Dok. 146, Anm. 9.

7 Vgl. Dok. 55, Anm. 38.

8 Vgl. jedoch Dok. 86, Anm. 1, Dok. 93, Anm. 26 und 27, Dok. 97, Anm. 5, Dok. 102, Dok. 128, Dok. 142 sowie Dok. 135 und 141.

Diese Bewegung besitzt *Ausdauer, Beharrlichkeit, Geradlinigkeit, Entschlossenheit und Kühnheit.* Wir haben unsere Flagge wieder in die Faust genommen, um den Kampf mit verstärkter Energie fortzuführen bis zum Siege.

Der Führer sprach von der großen Bedeutung des Bauerntums, das der einzige Lebensquell der Nation und der Frage ihrer Rasse sei[9]. Nicht das Land sei aus den *Städten* geworden, sondern die Städte seien aus dem *Lande* geworden. Aus Blut und Erde[10] ziehe auch unsere Bewegung ihre Kraft, und auf diesen Begriffen baue sie auf. Zu dieser Auffassung müßten wir den deutschen Menschen erziehen. Noch wichtiger als für den Bauern sei diese Auffassung für den, der in den *Städten* lebt; denn das Bauerntum sei die Voraussetzung seines Lebens überhaupt[11].

22. Januar 1933 Dok. 145
Rede auf Grabsteinweihe in Berlin[1]

VB vom 24.1.1933 (Norddeutsche Ausgabe), "Der braune Aufmarsch beherrscht Berlin"[2].

Wenn ein Volk nach schweren Niederlagen sich aus Not, Schimpf und Demütigung aufwärts zur Freiheit ringe, entstehe ein Lied seiner Sehnsucht; so habe auch die gewaltigste Freiheitsbewegung der Deutschen den Liedersänger gefunden, der das zum Ausdruck bringen konnte,

9 Vgl. Dok. 112, Anm. 4.

10 Vgl. Dok. 112, Anm. 3.

11 Während in Frankfurt im Anschluß an Hitlers Rede noch weitere nationalsozialistische Funktionäre auftraten, fuhren Hitler und sein Stab "über spiegelblanke Chausseen nach Berlin zurück", wo Hitler nachmittags auf dem Nicolaifriedhof sprechen sollte. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 347 sowie Dok. 145.

1 Auf dem Nicolai-Friedhof (Bezirk Prenzlauer Berg), ab 14.30 Uhr. An der Gedenkfeier, auf der Hitler einen Gedenkstein für Horst Wessel enthüllte, nahmen alle Berliner SA-Formationen, Fahnenabordnungen aller SA-Stürme der SA-Untergruppen Brandenburg-Ost und Brandenburg-West sowie die Berliner SS- und HJ-Einheiten teil. Die 16.000 nationalsozialistischen Teilnehmer - so die amtliche Schätzung - waren zunächst in einer Art Sternmarsch vor das nahegelegene Karl-Liebknecht-Haus (Bülowplatz) gezogen, um dann vor dem Nicolai-Friedhof aufzumarschieren. Auf dem Friedhof selbst waren etwa 500 Nationalsozialisten in Uniform und 300 Zivilisten versammelt. Die Feier wurde - so die *Frankfurter Zeitung* - "erkauft mit dem *Einsatz der gesamten Berliner Polizei* und durch Maßnahmen, die einer kriegerischen Aktion nicht unähnlich waren". Um die befürchtete große Auseinandersetzung zu vermeiden, setzte die Berliner Schutzpolizei insgesamt 14.000 Mann ein; darunter waren auch Panzerwagen, Maschinengewehrtrupps, Scharfschützen und berittene Verbände. Bereits um 10.30 Uhr hatte die Polizei das Karl-Liebknecht-Haus besetzt, bis zum Eintreffen der ersten SA-Formationen auf dem Bülowplatz um etwa 13.00 Uhr wurde der gesamte Platz geräumt; verschiedene U-Bahnhöfe wurden gesperrt, die meisten Straßenbahnen umgeleitet. Die ausbleibende Konfrontation mit den Kommunisten wurde in der nationalsozialistischen Presse bereits als "Sieg" gewertet, dagegen resümierte die *Vossische Zeitung* am 23.1.1933: "Die Polizei hatte über den Bezirk gleichsam eine Glasglocke gestülpt, und in diesem luftverdünnten Raum blieben die Aufmarschierenden unter sich." Währenddessen kam es im übrigen Berliner Stadtgebiet zu verschiedenen Zusammenstössen, bei denen insgesamt 25 Personen verletzt wurden. Drei Tage später organisierte die KPD eine Gegendemonstration ebenfalls auf dem Bülowplatz, an der nach eigener Darstellung angeblich 130.000 Personen teilnahmen. Die SPD veranstaltete am 29.1. eine Massenkundgebung im Berliner Lustgarten mit etwa 100.000 Teilnehmern.

was der einfache Mann in der Reihe mit seinem Herzen empfand[3]. Es entspräche der höheren Vernunft des Schicksals, daß dieser Sänger, dessen Lied heute der *Sturmgesang von Millionen* sei, zugleich zum Blutzeugen[4] für die Bewegung werden mußte. So predige sein Tod und sein Grab die heroische nationalsozialistische Wahrheit, daß das Opfer des einen *Symbol sei für das Opfer der Hunderttausende, die in der Bewegung stehen*[5]. Durch sein Lied und durch seinen Opfertod habe sich Horst Wessel mitten in die Geschichte hinein ein Denkmal gesetzt, das dauerhafter sein werde als Stein und Erz. Noch in Hunderten von Jahren, noch wenn vielleicht kein Stein mehr in dieser großen Stadt auf dem anderen stehe, werde die deutsche Freiheitsbewegung der Nationalsozialisten und das Andenken ihres Sängers *unvergessen in der Erinnerung der Menschen* sein.

"Kameraden", schloß Hitler, "es gilt an diesem Grabe nicht zu jammern und zu klagen, *hebt die Fahnen hoch!* Horst Wessel, der unter diesem Steine liegt, *ist nicht tot!* Mitten unter uns blieb sein Geist! Täglich und stündlich marschiert dieser Geist, der Glaube, Treue und Überzeugung gewesen ist, in unseren Reihen[6]."

Über den Verlauf der Feier schreibt Goebbels: "Punkt 2 trifft Hitler ein. SA marschiert vor dem K[*arl*]-L[*iebknecht*]-Haus auf. Eine tolle Sache! Frau Wessel läßt uns eine halbe Stunde warten. Sie ist unerträglich in ihrer Arroganz. Unsere Toten gehören der Nation. 2 Pfaffen sprechen. Entsetzlich! Durch Welten von uns getrennt. Dann Hitler. Sehr gut und ergreifend. H. ... hält ein[!] Grabplatz für Frau Wessel frei. Abfahrt."

2 Vgl. auch Vorwärts vom 19.1.1933 (AA), "Die Nationalsozialisten provozieren"; Vossische Zeitung vom 21.1.1933 (AA), "Morgen doch Bülow-Platz!"; Berliner Tageblatt vom 22.1.1933 (Sonntags-Ausgabe), "Prestige, nicht Politik"; Der Angriff vom 23.1.1933, "'Sturmbrücke sein zur neuen Zeit...'"; Berliner Tageblatt vom 23.1.1933, "Unter Polizei-Schutz"; Frankfurter Zeitung vom 23.1.1933 (AA), "Der Marsch über den Bülowplatz"; Vorwärts vom 23.1.1933 (AA), "Melcher demonstriert! Hitler-Kundgebung kläglich - Die Arbeiter lassen sich nicht von ihr provozieren" und "Das Spiel mit dem Bürgerkrieg"; Vossische Zeitung vom 23.1.1933 (AA), "Abgekapselt" und "Das Aufgebot der Polizei"; Der SA-Mann vom 28.1.1933, "Dem Gedenken Horst Wessels". Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 347; Engelbrechten/Volz, Wir wandern, S. 95 f.; Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 848 f., 855 f. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 4.2.1933 sowie: Horst Wessel. Sein Lebensweg, nach Lichtbildern zusammengestellt, mit einem Geleitwort seines Corpsbruders und des Beraters seiner Hinterbliebenen Geheimen Regierungsrat Dr. jur. Fischer-Kautz. Hrsg. von seiner Schwester Ingeborg, München 1933, S. 120 ff.

3 Als Führer des SA-Sturms 5 hatte Horst Wessel ein paar kurze wie einfache Gedichte verfaßt, die gewissermaßen ein Gegenstück zu jenen alten, weit verbreiteten Kampfliedern der politischen Linken sein sollten. Sein Lied *Die Fahne hoch* soll bereits im Mai 1929 von Berliner SA-Einheiten gesungen worden sein, nachdem diese zwei Monate zuvor erstmals am Karl-Liebknecht-Haus vorbeimarschiert waren und ihre Fahne erfolgreich verteidigt hatten. Die Melodie - "eine richtige Leierkastenmelodie" - läßt sich in weiten Teilen bei verschiedenen älteren Reservisten-, Volks- und Bänkelliedern nachweisen, Wessel änderte hier lediglich den Rhythmus. Nach dem Tod Wessels wurde das vierstrophige Lied zum bekanntesten musikalischen Erkennungszeichen der Nationalsozialisten und mit deren Machtübernahme zu einer Art zweiten Nationalhymne. Vgl. Thomas Oertel, Horst Wessel. Untersuchung einer Legende, Köln 1988, S. 106 ff., Zitat S. 107; Engelbrechten/Volz, Wir wandern, S. 89 ff. Ferner Heinz Knobloch, Der arme Epstein. Wie der Tod zu Horst Wessel kam, Berlin 1993.

4 Horst Wessel (1907-1930), 1922 Eintritt in den Bismarck-Bund, 1924 Eintritt in den Wiking-Bund, 1926 Student, Eintritt in die NSDAP und die SA, Führer des SA-Trupps 34, SA-Sturmführer, Führer des SA-Sturms 5 in Berlin-Friedrichshain, am 14.1.1930 bei einer politischen Auseinandersetzung angeschossen, am 23.2.1930 verstorben.

5 Zum nationalsozialistischen Totenkult vgl. Dok. 75, Anm. 1.
Zu den Verlusten der NSDAP infolge der politischen Auseinandersetzungen vgl. Dok. 107, Anm. 19, 44-48.

6 Folgt Bericht über den weiteren Veranstaltungsablauf.

22. Januar 1933 Dok. 146
Rede auf Horst-Wessel-Gedenkfeier in Berlin [1]

Der Angriff vom 23.1.1933, "'Was heute hier steht, wird morgen die Nation sein!'" [2].

Es muß etwas *Gewaltiges* sein, das ein Volk so aufwühlt und erregt und so aufpeitscht, wie wir es in unserer Zeit erleben. Der Kampf der Geister spaltet die Situation immer klarer und schärfer in zwei Lager. Wenn heute an diesem Kampf vielleicht erst 50 Prozent Anteil nehmen [3], so werden es in wenigen Jahren 60, 70, 80 und schließlich 100 Prozent der Nation sein. Das, was wir sehen und selbst erleben, ist eine *Generalsäuberung* [*sic!*] *unseres deutschen Lebens*. Die Lebenserhaltung der deutschen Nation ist in Widerspruch geraten zur Lebensführung. Die Lebensführung bedroht die Lebenserhaltung. Aus diesem Zwiespalt erhebt sich heute ein Ringen nach einer Klärung, ein Ringen, das vor vierzehn Jahren seinen Anfang nahm [4].

50 Prozent sind heute daran beteiligt, in wenigen Jahren wird das ganze deutsche Volk an diesem Ringen Anteil nehmen. Wenn das Schicksal einem Volk eine große Frage stellt, beginnt die *ganze Kraft einer Nation* sich an ihrer Lösung zu beteiligen.

Dann bleibt kein Raum mehr für irgend etwas anderes.

Der Kampf ist hart, der in solchen Zeiten ausgetragen wird, um die *Grundlage* zu schaffen, auf der ein Volk sich erholen, wachsen und gedeihen kann. Und dieser Kampf, der wohl zuerst ein Kampf des Geistes ist, wird sich in kurzer Zeit verwandeln zu einem *Kampf auf allen Gebieten*.

In diesem Zeitraum trat die Bewegung den Marsch an, voran jene *Fanatiker*, die erfaßt sind von der großen Aufgabe ihrer Zeit, *die leben in ihrer Aufgabe und in ihr sterben*. Diese Männer

---

1 Im Sportpalast, Potsdamer Straße 72 (Bezirk Tiergarten). An der um 20.00 Uhr beginnenden Versammlung nahmen laut Vorlage etwa 20.000 Personen teil. *Der Angriff* berichtet, daß der Sportpalast "das Bild einer großen gewaltigen Kirche" geboten habe, sein vorderer Teil sei mit Lorbeerbäumen, Zweigen, Leuchtern und einem überlebensgroßen Horst-Wessel-Bild "zu einem erhabenen Altar" ausgestaltet gewesen. Für die musikalische Untermalung der Veranstaltung sorgten das Kampfbundorchester unter der Leitung von Prof. Dr. h. c. Gustav Havemann sowie die Schalmeienkapelle der SA-Standarte 5, die nach Hitlers Ankunft zusammen mit den SA-Stürmen "Horst Wessel" und "Werner Wessel" in die Halle einmarschierte. Vor Hitlers Rede spielte das Kampfbundorchester den Trauermarsch aus der *Götterdämmerung* von Richard Wagner, SA-Obergruppenführer Wolf Graf von Helldorff hielt eine kurze Gedenkrede, der SA-Mann Otto Roloff rezitierte das Gedicht von Theodor Körner *Die Flammenzeichen rauchen*, dann spielte das Kampfbundorchester die Ouvertüre zu der Wagner-Oper *Rienzi*.
Zum Verlauf der Veranstaltung vgl. auch Goebbels' Kommentar: "Im Sportpalast sinnlose Begeisterung. Frau Wessel unerträglich. Hitler spricht kurz. Nicht gut in Form. Er hat sich zu sehr geärgert über Frau Wessel. Das Publikum tobt vor Begeisterung."

2 Vgl. auch Der Angriff vom 23.1.1933, "20.000 deutschbewußte Berliner grüßen im Sportpalast die Kameraden des gefallenen Sturmführers"; Deutsche Tageszeitung vom 23.1.1933, "Abends sprach Hitler im Sportpalast"; Vossische Zeitung vom 23.1.1933 (AA), "Das Aufgebot der Polizei"; VB vom 24.1.1933 (Norddt. Ausgabe), "Der braune Aufmarsch beherrscht Berlin"; Der SA-Mann vom 28.1.1933, "Roter Spuk und bürgerliche Freiheit". Ferner die Voranzeigen in Der Angriff vom 19.1. und 20.1.1933 sowie Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 348.

3 Bei der Reichstagswahl vom 6.11.1932 hatten 16,9% der Wahlberechtigten (5.980.614) KPD und 33,1% (11.737.395) NSDAP gewählt. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41, 44.

4 Vgl. Dok. 77, Anm. 9.

sind dann später nicht nur die *Blutzeugen ihres Kampfes*, sondern auch die *Samen, aus denen die spätere Ernte kommt*[5].

Wer in dieser Zeit selbst leiden muß und Opfer bringt, selbst sein Leben geben muß, hilft mit, daß in der kommenden Zeit ein *neues Leben* erzeugt wird.

Damit prägen sich auch die Namen derer ein, die bei der großen Auseinandersetzung für den Erfolg ihr eigenes Leben hingaben als *leuchtende Märtyrer*.

Ihr Geist wird ewig lebendig bleiben und mitmarschieren in den Reihen derer, die den Kampf fortführen. Das ist keine Phrase, denn der Weg, der beschritten wird, ist *ihr* Weg gewesen, und der Geist der Gefallenen ist das Antlitz der Bewegung, der Rhythmus der Bewegung geworden.

Darum stehen wir an diesem Tage auf in Ehrfurcht vor der Gewalt des Opfers derer, die für diese Idee *sich selber aufgeopfert haben*.

Wir fühlen, daß ohne sie die Bewegung nicht das sein könnte, was sie ist, daß die Bewegung ohne sie nicht diesen Kampf führen könnte, wir fühlen, daß ihr Opfer es ist, das uns so erhärtet, uns so entschlossen sein läßt. Es ist der Geist derer, die für die Bewegung starben.

Zu jeder Stunde wissen wir, daß keiner mehr wert ist, als die Wert haben, die dafür bereit sind, sich hinzugeben, daß keiner unter uns ist und lebt, der sagen könnte, ich bin mehr wert und deshalb zum Leben bestimmt.

So werden wir wie diese Männer innerlich alle bereit sein, den Kampf aufzunehmen. Sie sind nicht nur Blutzeugen, sondern *lebendiger Same*. So sind auch wir selbst wieder die *Träger der Verehrung der Namen* derer, die starben für diese Idee.

Jetzt sind sie die Toten der Bewegung, aber eines Tages werden sie die Toten der deutschen Nation sein, die Helden der deutschen Nation, die durch ihr Opfer das neue Leben ihres Volkes begründet haben.

Wir wissen, daß dann nicht mehr die Männer der Bewegung, sondern daß dann *das ganze deutsche Volk*, wenn ihre Namen aufgerufen werden, zurück die Antwort geben wird: *"Sie sind wir! Sie leben in uns! Sie leben zwischen uns! Ihr Geist ist unter uns, ihr Opfer, ihr Wille ist die Verfolgung unseres Kampfes!"*

Sie sind nicht tot, sie leben in der deutschen Nation!

Damit haben wir dann auch unsere Pflicht erfüllt. Das Volk hat dann die Pflicht, dafür zu sorgen, *daß ihr Opfer nicht vergessen wird*, auf daß ihr Opfer *nicht umsonst* war.

Vierzehn Jahre kämpft heute die Bewegung, und was andere Parteien in Deutschland in 70 Jahren nicht fertigbrachten, das hat die Bewegung in 14 Jahren erreicht. Wir haben Männer, die für eine Idee, für ein Ideal das Letzte geben und opfern werden, nicht nur das, sondern bereit sind, ihr Leben für die Erkenntnis und damit für das Leben der Gesamtheit hinzugeben.

Vierzehn Jahre, sie haben uns *Hunderte von Helden* gegeben[6]! Darum, meine Parteigenossen, SA- und SS-Männer, sind wir stolz auf sie. Wir sind unendlich stolz, daß uns dieser Wille geschenkt worden ist.

Wir wollen an diesem Tage *nur eine einzige Bitte an den Allmächtigen* aussprechen[7]: Möge er uns selber dann, wenn für uns die Stunde kommt, möge er uns dann selber auch die Kraft

5 Vgl. Dok. 75, Anm. 1.
6 Vgl. Dok. 107, Anm. 19, 44-48.
7 Vgl. Dok. 124, Anm. 7.

geben und den Mut und den Opfersinn, *auf daß wir uns so einsetzen, wie diese Männer es einst getan haben,* möge der Allmächtige uns auch nicht feige werden lassen und uns *stählen* auf daß wir vor der Geschichte bestehen können[8].

Der Kampf geht weiter. Der Nationalsozialist kennt keine Klagen, denn was heute hier steht, wird morgen die Nation sein[9]*!*

23. Januar 1933 Dok. 147
Rede auf SA- und SS-Führertagung in Berlin[1]

Der Angriff vom 24.1.1933, "SA- und SS-Führertagung"[2].

Der Führer brachte in seiner zweistündigen Rede unter anderem zum Ausdruck, daß man heute nach allen vorhandenen Anzeichen die politische Situation für die Bewegung als *sehr günstig* bezeichnen könne[3]. Nach den Kämpfen und Ereignissen der letzten Monate stehe die National-

8 Eine bewußte Anspielung Hitlers auf seine erste Berliner Rede, die er am 1.5.1927 noch vor einer geschlossenen Versammlung gehalten und mit den folgenden Worten beendet hatte: "Als Frontsoldat habe ich einst den Herrgott gebeten: Herr laß mich nicht feige sein! *Wie es auch für uns kommen* [*mag*], *ob Sieg oder unser Untergang, auch wir wollen für den Kampf, den wir zäh und unerbittlich führen, den Herrgott bitten: Herr laß uns nicht feige sein!*" Druck: Bd. II/1, Dok. 113.

9 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.
Ab 22.00 Uhr kam es in der Villa Ribbentrops (Lentzeallee 9) zu einer weiteren Besprechung, an der auf der einen Seite der Hausherr, Hitler, Wilhelm Frick, Hermann Göring und dessen Sekretär Paul Körner teilnahmen auf der anderen Seite Franz von Papen, Otto Meißner und Oskar von Hindenburg. Um ihre Teilnahme geheimzuhalten, hatten Meißner und Hindenburg eine Aufführung der Staatsoper Unter den Linden noch vor ihrem Ende in aller Heimlichkeit verlassen. In den Aufzeichnungen Ribbentrops ist über den Verlauf der Besprechung zu lesen: "Hitler spricht zwei Stunden allein mit Sohn Hindenburg. Daraufhin Aussprache Papen-Hitler. Papen will jetzt Kanzlerschaft Hitlers durchsetzen, sagt aber zu Hitler, wenn dieser kein Vertrauen zu ihm habe, wolle er sofort die Sache niederlegen." Vgl. Ribbentrop, London, S. 39; Hans Otto Meissner, Harry Wilde, Die Machtergreifung. Ein Bericht über die Technik des nationalsozialistischen Staatsstreichs, Stuttgart 1958, S. 161 ff. Ferner Dok. 143, Anm. 17 und Dok. 144, Anm. 6.

1 Vgl. hierzu den Bericht der *Frankfurter Zeitung* (1. MA): "Heute vormittag hat im Hotel Kaiserhof unter dem Vorsitz Adolf *Hitlers* eine nationalsozialistische Führerbesprechung begonnen, in der die politische Lage erörtert werden soll. Es ist bemerkenswert, daß an diesen Beratungen - von denen sich noch nicht sagen läßt, ob sie heute beendet werden - auch der frühere Reichspräsident *Dr. Schacht* teilnimmt."

2 Vgl. auch Frankfurter Zeitung vom 24.1.1933 (1. MA), "Führerbesprechung bei Hitler"; vom 24.1.1933 (2. MA), "Hitlers Rede bei der Führertagung"; VB vom 24.1.1933, "SA- und SS-Führertagung in Berlin"; Vossische Zeitung vom 24.1.1933 (MA), "'Stärker als je'".
Goebbels nahm nicht an dieser Tagung teil, da er sich am 23./24.1. in München aufhielt, um die Propaganda-Abteilung der NSDAP zu reorganisieren.

3 Vgl. Dok. 143, Anm. 17, Dok. 144, Anm. 6 und Dok. 146, Anm. 9. Ähnlich zuversichtlich äußerte sich Hitler an diesem Tag auch gegenüber Renzetti. Die Zusammensetzung eines künftigen Kabinetts Hitler, über die Renzetti noch am selben Tag nach Rom berichtete, entsprach bereits weitgehend der endgültigen, am 30.1. vereidigten Ministerliste. Vgl. De Felice, Mussolini e Hitler, S. 248.
Am 25.1.1933 resümierte Goebbels in seinem Tagebuch über die Unterredung, die er tags zuvor mit Hitler in München geführt hatte: "Hitler Kaffee. Er erzählte mir den neuesten Stand. Am Sonntag [*22.1.1933*] war er

sozialistische [*Deutsche Arbeiter*]Partei *besser* und *stärker* da als jemals zuvor. Die NSDAP und nicht zuletzt das Verhalten des gesamten nationalsozialistischen Führerkorps hätten die Hoffnungen unserer Gegner zuschanden gemacht[4]. Man könne erwarten, daß sich die Auswirkungen dieser unerhörten Beharrlichkeit und dieses zähen Willens zum Sieg, der die ganze Bewegung erfülle, in nicht allzu langer Zeit zeigen würden. Im übrigen sei es nicht wesentlich, *wann* ein Krieg beendet sein werde, sondern *wesentlich* sei, daß er mit dem *Siege* ende. Dieses Ziel werde um so *schneller* und *sicherer* erreicht, je geschlossener die Bewegung hinter ihrem Führer stehe.

Der Führer schloß die bedeutsame Tagung mit einem eindrucksvollen Hinweis auf die *große historische Aufgabe*, die der SA und SS als den politischen Soldaten der deutschen Volkserhebung gestellt sei[5].

25. Januar 1933 Dok. 148
"Verfügung"
Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 31.1.1933.

Parteigenossen, welche ein Abgeordneten-Mandat der Bewegung in den politischen Parlamenten innehaben, dürfen durch vorgesetzte Dienststellen (SA- oder SS-Führer) nur im vorhergehenden Einvernehmen mit dem zuständigen Fraktionsführer in einer der Öffentlichkeit sichtbaren Weise gemaßregelt werden[1]. Stimmt der Fraktionsführer der beabsichtigten Maßregelung nicht zu, liegt die Entscheidung beim Obersten Führer der Bewegung[2].

---

mit Papen, Meißner und dem jungen Hindenburg zusammen. Terrain planiert. Der junge Oskar ein seltenes Abbild von Doofheit. Aber man darf nicht den Mut verlieren. Alle drei scharf gegen Schleicher. Der muß weg. Papen will Vizekanzler werden. Das ist alles. Schleichers Stellung sehr gefährdet. Er scheint noch nichts zu ahnen. Armer Naivling. Nun fällt er so, wie er die anderen zum Fall gebracht hat. Das sei ihm gegönnt." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 349 f. sowie Ribbentrop, Erinnerungen, S. 39.

4 Vgl. jedoch Dok. 86, Anm. 1, Dok. 93, Anm. 26 und 27, Dok. 97, Anm. 5, Dok. 102, 128, 142 sowie Dok. 135 und 141.

5 Vermutlich erst nach dieser Ansprache informierte Ribbentrop Hitler über das Ergebnis der Besprechung, die an diesem Morgen zwischen Hindenburg und Papen geführt worden war. Der Reichspräsident habe Papens Vorschlag abgelehnt, Hitler zum Kanzler zu ernennen. "Lange Aussprache über die Möglichkeit eines Kabinetts Schacht. Hitler lehnt alles ab." Vgl. Ribbentrop, London, S. 39. Ferner Picker, Hitlers Tischgespräche, S. 429; De Felice, Mussolini, S. 247 f.
Am Abend dieses Tages fuhr Hitler wieder zurück nach München. Vgl. Deutsche Allgemeine Zeitung vom 24.1.1933 (MA), "Hitler abgereist"; Engelbrechten/Volz, Wir wandern, S. 63.

1 Der Anlaß für diese Anordnung ist nicht sicher zu ermitteln. Möglicherweise handelte es sich hierbei um eine Reaktion auf die Auseinandersetzungen mit dem fränkischen SA-Gruppenführer Stegmann, der allerdings am 14.1.1933 sein Reichstagsmandat zur Verfügung gestellt hatte. Vgl. Dok. 128 und 142 sowie Würzburger General Anzeiger vom 16.1.1933, "Stegmann fügt sich".

2 Zur Kontrolle der nationalsozialistischen Parlamentarier durch ihre Partei vgl. Dok. 96.

Die Aufforderung zum Niederlegen von Abgeordneten-Mandaten kann nur seitens des Obersten Führers oder seitens des zuständigen Fraktionsführers im Auftrage des Obersten Führers ergehen.

München, den 25. Januar 1933

Adolf *Hitler*

30. Januar 1933 Dok. 149
Ernennungsurkunde

Urkunde mit masch. ergänztem Text und hs. Unterschriften; BayHStA, Abt. I, NL Adolf Hitler, 1.

Im Namen des Reichs
ernenne ich Herrn
Adolf *Hitler*
zum Reichskanzler [1].

Berlin, den 30. Januar 1933

Der Reichspräsident

von Hindenburg

Adolf Hitler

1 Am 27.1.1933, als die Presse angesichts der veränderten Haltung der DNVP bereits über die bevorstehende Bildung einer Regierung Papen-Hugenberg-Stülpnagel spekulierte, war Hitler wieder nach Berlin zurückgekehrt. Über seine Aktivitäten bis zum 30.1.1933 liegen folgende Angaben vor:

27.1.1933: Besprechung Hitlers mit Göring und Ribbentrop in Görings Wohnung. "Hitler will sofort abreisen. Joachim [*von Ribbentrop*] schlägt Vereinigung mit Hugenberg vor, zur Herstellung nationaler Front. Erneute Zusammenkunft mit altem Hindenburg wird vereinbart. Hitler erklärt, daß er dem alten Feldmarschall alles gesagt habe und nicht mehr wüßte, was er ihm noch sagen solle."
Nachmittags im Reichstagspräsidialgebäude ergebnislose Unterredung Hitlers und Görings mit Hugenberg "wegen unmöglicher Forderungen der Deutschnationalen. Hitler, der über diese Verhandlung sehr empört ist, will sofort nach München abreisen. [...] Hitler erklärt, daß er Papen abends in Dahlem nicht sehen könne, da er nicht in der Lage sei, sich auszusprechen." Statt dessen bespricht sich Hitler mit Goebbels über die Gesamtlage. Vgl. Ribbentrop, London, S. 40.

28.1.1933: 12 Uhr 35: Rücktritt der Reichsregierung.
Unterredung Hitlers mit Ribbentrop, der ihn über die Mitteilung Papens informiert, daß nun "ein Wendepunkt eingetreten sei, und er die Kanzlerschaft Hitlers nach seiner langen Aussprache mit Hindenburg für möglich hält". Vereinbarung einer Aussprache zwischen Hitler und Papen. Danach Gespräch zwischen Hitler und Goebbels im Hotel *Kaiserhof*. Vgl. Ribbentrop, London, S. 40 f.
Spätnachmittags: Ergebnislose Aussprache Hitlers mit dem Vorsitzenden der BVP Fritz Schäffer über eine Beteiligung von Zentrum und BVP an einer neuen Regierung. Vgl. Schönhoven, Anpassung, S. 362.

30. Januar 1933 Dok. 150
"Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen! Meine Parteigenossen und -genossinnen!" Aufruf

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 31.1.1933, "Aufruf des Führers!".

Ein 14jähriges, in der deutschen Geschichte wohl beispielloses Ringen hat nunmehr zu einem großen politischen Erfolg [1] geführt.

29.1.1933: "Um 11 Uhr lange Aussprache Hitler-Papen. Hitler erklärt, daß im großen Ganzen alles im Klaren sei. Es müßten aber Neuwahlen angesetzt werden, und ein Ermächtigungsgesetz müsse kommen. Papen begibt sich sofort zu Hindenburg." Anschließend Frühstück Hitlers mit Ribbentrop im Hotel *Kaiserhof*, wo sie "die Frage der Neuwahlen" besprechen. Nachmittags benachrichtigt Papen Göring und Ribbentrop, "daß alle Hindernisse beseitigt seien und daß Hindenburg Hitler morgen um 11 Uhr erwartet", was Göring umgehend an Hitler weitergibt. Vgl. Ribbentrop, London, S. 42.
ab 15.00 Uhr: Besprechung Hitlers mit dem Chef der Heeresleitung, Generaloberst Kurt Frhr. von Hammerstein-Equord, in der Berliner Wohnung der Familie Bechstein. Hammerstein bezweifelt die Ernsthaftigkeit von Hindenburgs Angebot, die NSDAP in die neue Regierung mit einzubeziehen. Abends noch einmal Telefonat mit Hitler über diese Sache. Vgl. Huber, Dokumente zur Deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 4, Dok. 524.
Abends: Hitler erreichen Nachrichten über angebliche Putschabsichten Schleichers. Hitler befiehlt dem Führer der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg, SA-Obergruppenführer Wolf Graf von Helldorff, Gegenmaßnahmen vorzubereiten.

30.1.1933: Morgens Unterredung mit Otto Wagener
10.20 Uhr: Ankunft Görings, der Hitler in Papens Wohnung im Reichsministerium des Innern abholt; dort erregte Diskussion zwischen Hitler und Hugenberg über die Abhaltung von Neuwahlen; Hitler entschuldigt sich beim 2. Bundesführer des Stahlhelm, Theodor Duesterberg, für die antisemitischen Beleidigungen in der nationalsozialistischen Presse
10.45 Uhr: unter Führung Papens begibt sich die Gruppe durch die Ministergärten in die Reichskanzlei, in dessen alten Teil der Reichspräsident aufgrund der Renovierung seines Palais' umgezogen ist; im Arbeitszimmer von Staatssekretär Otto Meißner erneute Diskussion zwischen Hitler und Hugenberg, die schließlich von Meißner abgebrochen wird
11.20 Uhr: Vereidigung des Kabinetts Hitler durch Hindenburg im Empfangssaal, danach kurze Ansprache des neuen Reichskanzlers
12.00 Uhr: Rückkehr Hitlers ins Hotel *Kaiserhof*, "Siegesfeier" zusammen mit Richard Walther Darré, Wilhelm Frick, Joseph Goebbels, Hermann Göring, Rudolf Heß, Heinrich Himmler, Hanns Kerrl, Wilhelm Kube, Ernst Röhm und Otto Wagener.
16.00 Uhr: Hitler begibt sich vom Hotel *Kaiserhof* in sein neues Dienstgebäude
17.00 Uhr: Erste Sitzung des neuen Kabinetts
ab 19.00 Uhr: Fackelzug von Angehörigen der nationalsozialistischen Wehrverbänden und des Stahlhelm, aber auch von Zivilisten durch Berlin; der Zug beginnt am Großen Stern (Bezirk Tiergarten) und passiert in der Zeit von etwa 20.30 bis 24.00 Uhr die Wilhelmstraße, wo ihn Hindenburg und - von einem anderen Fenster der Reichskanzlei - Hitler abnehmen. Vor der Reichskanzlei halten Göring, Goebbels und Hans Hinkel vom 'Kampfbund für Deutsche Kultur' Reden. Das Ereignis wird - mit Ausnahme des Bayerischen Rundfunks - von allen deutschen Sendern übertragen.
Vgl. auch Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Schleicher, insbes. Dok. 65, 71, 72, 77-79; Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler 1933-1938, Teil I: 1933/34, Bd. 1. Bearbeitet von Karl-Heinz Minuth, Boppard a. Rh. 1983, Dok. 1; Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 351 ff.; Bracher, Auflösung der Weimarer Republik, S. 707 ff.; Vogelsang, Reichswehr, S. 366 ff.; Petzold, Papen, S. 148 ff.; Turner, Hitlers Weg zur Macht, S. 164 ff.; Berghahn, Stahlhelm, S. 245 ff.; Meissner/Wilde, Macht-

Herr Reichspräsident von Hindenburg ernannte mich, den Führer der nationalsozialistischen Bewegung, zum Kanzler des Deutschen Reiches.

Nationale Verbände und Parteien schlossen sich zum gemeinsamen Kampf für Deutschlands Wiederauferstehung zusammen[2].

Die Ehre vor der deutschen Geschichte, nunmehr an diesem Werke führend teilnehmen zu dürfen, verdanke ich neben dem großherzigen Entschluß des Generalfeldmarschalls[3] Eurer Treue und Anhänglichkeit, meine Parteigenossen.

---

ergreifung; S. 166 ff.; BA, NL Otto Schmidt-Hannover, Nr. 30: Aufzeichnung betr. Regierungsbildung vom 18.11.1948; IfZ, ED 60/9: Aufzeichnungen Otto Wagener, Bl. 178 ff.; Die "Machtergreifung", S. 91 ff.; Engelbrechten/Volz, Wir wandern, S. 60 ff.

1 Vgl. Dok. 149, Anm. 1.

2 Die amtliche Meldung über die Ernennung des Kabinetts Hitler lautete: "Der Reichspräsident empfing heute vormittag den Führer der Nationalsozialistischen [*Deutschen Arbeiter*]Partei, Adolf Hitler, sowie Reichskanzler a. D. von Papen zu einer längeren Besprechung. Der Reichspräsident hat Herrn *Adolf Hitler zum Reichskanzler* ernannt und auf dessen Vorschlag die Reichsregierung neu gebildet; es wurden ernannt:
Reichskanzler a. D. *von Papen* zum Stellvertreter des Reichskanzlers und zum Reichskommissar für das Land Preußen,
Freiherr *von Neurath* zum Reichsminister des Auswärtigen,
Staatsminister a. D. *M.d.R. Dr. Frick* zum Reichsminister des Innern,
Generalleutnant Freiherr *von Blomberg* [*sic!*] zum Reichswehrminister,
Graf *Schwerin von Krosigk* zum Reichsminister der Finanzen,
Geheimer Finanzrat *M.d.R. Hugenberg* zum Reichswirtschaftsminister und zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft,
Franz *Seldte* zum Reichsarbeitsminister,
Freiherr *von Eltz-Rübenach* zum Reichspost- und Reichsverkehrsminister,
Reichstagspräsident *Göring* zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich und gleichzeitig zum Reichskommissar für den Luftverkehr. Reichsminister Göring wurde mit der Wahrnehmung der Geschäfte des *preußischen Innenministers* betraut.
Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, *Gereke*, wird in seinem Amt bestätigt.
Die Besetzung des Reichsjustizministeriums bleibt vorbehalten.
Der Reichskanzler wird noch heute Verhandlungen mit dem *Zentrum* und der *Bayerischen Volkspartei* aufnehmen." Vgl. Frankfurter Zeitung vom 31.1.1933 (1. MA), "Regierung Hitler-Papen ernannt".
Außer Hitler gehörten Wilhelm Frick und Hermann Göring der NSDAP an; von seiten der DNVP waren ihr Vorsitzender Alfred Hugenberg und Franz Gürtner als Justizminister vertreten, der aber erst am 1.2.1933 in diesem Amt bestätigt wurde. Franz von Papen, seit dem 2.6.1932 parteilos, stand der DNVP nahe; Günther Gereke war stellvertretender Vorsitzender der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei, Franz Seldte gehörte keiner Partei an, war aber 1. Bundesführer des Stahlhelm. Alle übrigen Kabinettsangehörigen, Konstantin Frhr. von Neurath, Werner von Blomberg, Johann Ludwig (Lutz) Graf Schwerin von Krosigk, und Paul Frhr. von und zu Eltz-Rübenach, waren parteilos.
Zu den ergebnislosen Scheinverhandlungen Hitlers mit dem Zentrum und der BVP, die lediglich dem Reichspräsidenten suggerieren sollten, die Bildung einer vom Reichstag getragenen Regierung sei unmöglich, vgl. Rudolf Morsey, Hitlers Verhandlungen mit der Zentrumsführung am 31. Januar 1933. In: VfZ 9 (1961), S. 182-194; Klaus Schönhoven, Zwischen Anpassung und Ausschaltung. Die Bayerische Volkspartei in der Endphase der Weimarer Republik 1932/33. In: Historische Zeitschrift 224 (1977), S. 340-378, insbes. S. 362 f. Ferner Turner, Hitlers Weg zur Macht, S. 198 ff.

3 Vgl. hierzu den Tagebucheintrag von Harry Graf Kessler vom 28.1.1933 (S. 702 f.): "Das Ganze ist eine Mischung von Korruption, Hintertreppe und Günstlingswirtschaft, die an die übelsten Zeiten der absoluten Monarchie erinnert. Beispiellos ist nur, wie schnell sich alle diese Giftpilze im Schatten der Diktatur [*des Reichspräsidenten*] dieses Mal entwickelt haben."

Daß Ihr mir in trüben Tagen genauso unerschütterlich gefolgt seid wie in den Tagen des Glücks und treu geblieben seid nach schwersten Niederlagen, dem allein verdanken wir diesen Erfolg.

Ungeheuer ist die Aufgabe, die vor uns liegt.

Wir müssen sie lösen und wir werden sie lösen.

An Euch, meine Parteigenossen, richte ich nur die eine große Bitte. Gebt mir Euer Vertrauen und Eure Anhänglichkeit in diesem neuen und großen Ringen genauso wie in der Vergangenheit - dann wird uns auch der Allmächtige seinen Segen zur Wiederaufrichtung eines Deutschen Reiches der Ehre, der Freiheit und des sozialen Friedens nicht versagen.

Berlin, den 30. Januar 1933

Adolf Hitler

Anhang

Verzeichnis der Abkürzungen

AA	Abendausgabe
AA	Auswärtiges Amt
Abg.	Abgeordneter
Abs.	Absatz
a. D.	außer Dienst
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
BA	Bundesarchiv
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
B.d.F.	Bund der Frontsoldaten
BHE	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BNSDJ	Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen
BVP	Bayerische Volkspartei
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DeVlag	Deutsch-Flämische Arbeitsgemeinschaft
DHK	Deutscher Herrenklub
DHV	Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband
d. M.	dieses Monats
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
Dok.	Dokument
d. R.	der Reserve
DStP	Deutsche Staatspartei
DVFP	Deutschvölkische Freiheitspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
e. V.	eingetragener Verein
FAD	Freiwilliger Arbeitsdienst
f. d. R	für die Richtigkeit
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GStA	Geheimes Staatsarchiv

HJ	Hitler-Jugend
hs.	handschriftlich
HStA	Hauptstaatsarchiv
IB	Illustrierter Beobachter
IG	Interessengemeinschaft
IfZ	Institut für Zeitgeschichte (München)
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KL, KZ	Konzentrationslager
MA	Morgenausgabe
masch.	maschinenschriftlich
MdI	Ministerium des Innern
MdL	Mitglied des Landtags
MdR	Mitglied des Reichstags
MNN	Münchner Neueste Nachrichten
MSPD	Mehrheits-Sozialdemokratische Partei Deutschlands
ND	Neudruck
Nds.	Niedersächsisch
NL	Nachlaß
NS	Nationalsozialismus/Nationalsozialistisch
NSAK	Nationalsozialistisches Automobil-Korps
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation
N.S.D.A.P., NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDAV	Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterverein
NSDFB	Nationalsozialistischer Deutscher Frontkämpferbund (Stahlhelm)
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSFB	Nationalsozialistische Freiheitsbewegung
NSFP	Nationalsozialistische Freiheitspartei
NS-Hago	Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation
NSK	Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahr-Korps
NSLB	Nationalsozialistischer Lehrerbund
NSRB	Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund
NSS	Nationalsozialistischer Schülerbund
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OHL	Oberste Heeresleitung
OSAF	Oberster SA-Führer/Oberste SA-Führung
PA-AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts

PND	Polizeinachrichtendienst
PO	Politische Organisation
Pr.	Presse
PrASlg.	Presseausschnittsammlung
PRO	Public Record Office
PZK	Politische Zentralkommission
Rep.	Repertorium
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RM	Reichsmark
RMdI	Reichsministerium des Innern
S.A., SA	Sturmabteilung
SD	Sicherheitsdienst
Slg.	Sammlung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
StA	Staatsarchiv
StGB	Strafgesetzbuch
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USA	United States of America
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VB	Völkischer Beobachter
VDA	Verein für das Deutschtum im Ausland
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
z. b. V.	zur besonderen Verwendung/Verfügung

Verzeichnis der zitierten Publikationen

Adám, Magda, Richtung Selbstvernichtung. Die Kleine Entente 1920-1938, Wien 1988.

Ahmann, Rolf, Nichtangriffspakte: Entwicklung und operative Nutzung in Europa 1922-1939. Mit einem Ausblick auf die Renaissance des Nichtangriffsvertrages nach dem Zweiten Weltkrieg, Baden-Baden 1988.

Ahnert, Klaus, Die Entwicklung der deutschen Revolution und das Kriegsende in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. November 1918 in Leitartikeln, Extrablättern, Telegrammen, Aufrufen und Verordnungen nach den führenden deutschen Zeitungen, Nürnberg 1918.

Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933-1938, Teil I: 1933/34, Bd. 1. Bearbeitet von Karl-Heinz Minuth, Boppard a. Rh. 1983.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik.
Das Kabinett Müller II, 28. Juni 1928 bis 27. März 1930. Bearbeitet von Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970.
Die Kabinette Brüning I u. II, 30. März 1930 bis 10. Oktober 1931, 10. Oktober 1931 bis 1. Juni 1932. Bearbeitet von Tilman Koops, 3 Bde., Boppard a. Rh. 1982-1990.
Das Kabinett von Papen, 1. Juni bis 3. Dezember 1932. Bearbeitet von Karl-Heinz Minuth, 2 Bde., Boppard a. Rh. 1989.
Das Kabinett von Schleicher, 3. Dezember 1932 bis 30. Januar 1933. Bearbeitet von Anton Golecki, Boppard a. Rh. 1986.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amts, Serie B: 1925-1933, Bd. XXI, Göttingen 1983.

Aldcroft, Derek H., Die zwanziger Jahre. Von Versailles zur Wall Street 1919-1929, München 1978.

Altrichter, Helmut, Rußland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst, Paderborn 1997.

Altrichter, Helmut, Staat und Revolution in Sowjetrußland 1917 - 1922/23, Darmstadt ^{2}1996.

Anschütz, Gerhard, Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919. Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis, Berlin ^{8}1928.

Arbogast, Christine und Bettina Gall, Aufgaben und Funktionen des Gauinspekteurs, der Kreisleitung und der Kreisgerichtsbarkeit der NSDAP in Würtemberg. In: Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie. Baden und Württemberg 1930-1952. Hrsg. von Cornelia Rauh-Kühne und Michael Ruck, München 1993, S. 151-169.

Arendt, Hans-Jürgen, Sabine Hering, Leonie Wagner (Hrsg.), Nationalsozialistische Frauenpolitik vor 1933. Dokumentation, Frankfurt a. M. 1995.

Barkai, Avraham, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945, Frankfurt a. M. 1988.

Bauer, Peter, Die Organisation der amtlichen Pressepolitik in der Weimarer Zeit. (Vereinigte Presseabteilung der Reichsregierung und des Auswärtigen Amtes), Berlin (Phil. Diss.) 1962.

Bausch, Hans, Der Rundfunk im politischen Kräftespiel der Weimarer Republik 1923-1933, Tübingen 1956.

Behrenbeck, Sabine, Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole, Vierow bei Greifswald 1996.

Bensch, Margrit, Die "Blut und Boden"-Ideologie. Ein dritter Weg der Moderne, Berlin 1995.

Benz, Wolfgang, Staatsstreich gegen Preußen am 20. Juli 1932. In: Wolfgang Benz/Imanuel Geiss, Staatsstreich gegen Preußen. 20. Juli 1932, Düsseldorf [*1982*], S. 9-34.

Benz, Wolfgang, Vom freiwilligen Arbeitsdienst zur Arbeitsdienstpflicht. In: VfZ 16 (1968), S. 317-346.

Berghahn, Volker R., Sarajewo, 28. Juni 1914. Der Untergang des alten Europa, München 1997.

Berghahn, Volker R., Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966.

Bergmann, Klaus, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, Meisenheim am Glan 1970.

Berning, Cornelia, Vom "Abstammungsnachweis" zum "Zuchtwart". Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin 1964.

Bessel, Richard, Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925-1934, New Haven, Conn., 1984.

Bessel, Richard, The Potempa Murder. In: Central European History 10 (1977), S. 241-254.

Beyer, Günter, Adolf Hitler in Anklam. In: Anklamer Stadtkurier Nr. 3 (1996), S. 4-5.

Blaich, Fritz, Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise, München [3]1994.

Böhnke, Wilfried, Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920-1933, Bonn-Bad Godesberg 1974.

Boldt, Hans, Der Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung. Sein historischer Hintergrund und seine politische Funktion. In: Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. Hrsg. von Michael Stürmer, Königstein/Ts. 1980, S. 288-309.

Born, Karl Erich, Die deutsche Bankenkrise 1931. Finanzen und Politik, München 1967.

Bracher, Karl Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Düsseldorf [5]1978.

Bramwell, Anna, Blood and Soil. Richard Walther Darré and Hitler's 'Green Party', Bourne End 1985.

Brandenburg, Hans-Christian, Die Geschichte der HJ. Wege und Irrwege einer Generation, Köln [2]1982.

Brenner, Hildegard, Ende einer Bürgerlichen Kunst-Institution. Die politische Formierung der Preußischen Akademie der Künste ab 1933, Stuttgart 1972.

Broszat, Martin, Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/27. In: VfZ 8 (1960), S. 85-118.

Bucher, Peter, Der Reichswehrprozeß. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30, Boppard a. Rh. 1967.

Burk, Kurt, Planungen und Maßnahmen der Reichswehr zur Sicherung der deutschen Ostgrenzen. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 48 (2/1990), S. 41-64.

Calic, Edouard, Ohne Maske. Hitler - Breiting Geheimgespräche 1931, Frankfurt a. M. 1968.

Campbell, Bruce B., From Landsknecht to Political Soldier: The Political and Military Development of the Highest Leaders of the SA, Phil. Diss, University of Wisconsin-Madison 1988.

Carsten, Francis L., Reichswehr und Politik 1918-1933, Köln 1964.

Clausewitz, Carl von, Politische Schriften und Briefe. Hrsg. von Hans Rothfels, München 1922.

Christ, Karl, Zur augusteischen Germanienpolitik. In: Ders.: Römische Geschichte und Wissenschaftsgeschichte, Bd. I, Darmstadt 1982, S. 183-239.

Christoph, Jürgen, Die politischen Reichsamnestien 1918-1933, Frankfurt a. M. 1988.

Ciolek-Kümper, Jutta, Wahlkampf in Lippe. Die Wahlkampfpropaganda der NSDAP zur Landtagswahl am 15. Januar 1933, München 1976.

Curtius, Julius, Sechs Jahre Minister der Deutschen Republik, Heidelberg 1948.

Czichon, Eberhard, Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1967.

Darré, R. Walther, Um Blut und Boden. Reden und Aufsätze, München [5]1942.

De Felice, Renzo, Mussolini e Hitler. I rapporti segreti (1922-1933), Firenze [2]1983.

Decker, Rainer, Großunternehmer und NSDAP im November 1932 - eine wissenschaftspropädeutische Unterrichtsreihe. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 38 (1987), S. 145-162.

Delmer, Sefton, Die Deutschen und ich, Hamburg 1962.

Demant, Ebbo, Von Schleicher zu Springer. Hans Zehrer als Politischer Publizist, Mainz 1971.

Demps, Laurenz, Berlin-Wilhelmstraße. Eine Topographie preußisch-deutscher Macht, Berlin ^{2}1996.

Deuerlein, Ernst, Hitler. Eine politische Biographie, München 1969.

Deutsches Frauenschaffen. Jahrbuch der Reichsfrauenführung 1939, im Auftrag der Reichsfrauenführung. Hrsg. und bearbeitet von Erika Kirmsse, Dortmund 1938.

Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928-1933. Hrsg. von Hermann Weiß und Paul Hoser, München 1989.

Dietrich, Otto, Mit Hitler in die Macht. Persönliche Erlebnisse mit meinem Führer, München ^{5}1934.

Das Diktat von Versailles. Entstehung - Inhalt - Zerfall, Eine Darstellung in Dokumenten. Hrsg. von Fritz Berber, 2 Bde., Essen 1939.

Dokumente der Zeitgeschichte. Hrsg. von Adolf Dresler, verfaßt von Fritz Maier-Hartmann, München 1938.

Dokumente zur Limburger Stadt- und Kreisgeschichte 1870-1945, Ausgewählt und kommentiert von Heinz Maibach, Limburg 1992.

Dorpalen, Andreas, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1966.

Domarus, Max, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Teil 1: Triumph, Erster Band 1932-1934, Leonberg ^{4}1988.

Dresler, Adolf, Das Braune Haus und die Verwaltungsgebäude der Reichsleitung der NSDAP in München, München ^{2}1937.

Dresler, A[*dolf*], Geschichte des "Völkischen Beobachters" und des Zentralverlages der NSDAP Franz Eher Nachf., München 1937.

Dudek, Peter, Erziehung durch Arbeit. Arbeitslagerbewegung und freiwilliger Arbeitsdienst 1920-1935, Opladen 1988.

Dülffer, Jost, Die Reichs- und Kriegsmarine 1918-1939. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 4/VIII, München 1979, S. 337-488.

Dülffer, Jost, Wilhelm II. und Adolf Hitler. Ein Vergleich ihrer Marinekonzeptionen. In: Jürgen Elvert (Hrsg.), Kiel, die Deutschen und die See, Stuttgart 1992, S. 49-69.

Ehni, Hans-Peter, Bollwerk Preußen? Preußen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928-1932, Bonn-Bad Godesberg 1975.

Ehrenreich, Bernd, Marine-SA. Das Buch einer Formation, Hamburg 1935.

Das Ende der Parteien 1933. Hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960.

Engelbrechten, J[*ulek*] K[*arl*] von und Hans Volz, Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin. Ein Führer durch die Gedenkstätten des Kampfes um die Reichshauptstadt, München 1937.

Erdmann, Jürgen, Coburg, Bayern und das Reich 1918-1923, Coburg 1969.

Erickson, John, The Soviet High Command. A Military-Political History 1918-1941, London 1962.

Fait, Barbara, Die Kreisleiter der NSDAP - nach 1945. In: Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. Hrsg. von Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller, München 1988, S. 213-299.

Falter, Jürgen W., Hitlers Wähler, München 1991.

Falter, Jürgen W., War die NSDAP die erste deutsche Volkspartei? In: Nationalsozialismus und Modernisierung. Hrsg. von Michael Prinz und Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991, S. 21-47.

Feldman, Gerald D., Jakob Goldschmidt, the History of the Banking Crisis of 1931, and the Problem of Freedom of Manoeuvre in the Weimar Economy. In: Christoph Buchheim/Michael Hutter/Harold James (Hrsg.), Zerrissene Zwischenkriegszeit. Wirtschaftshistorische Beiträge, Knut Borchardt zum 65. Geburtstag, Baden-Baden 1994, S. 307-327.

Felice *siehe* De Felice

Fenske, Hans, Das "Dritte Reich". Die Perversion der Reichsidee. In: Deutschland in Europa. Ein historischer Rückblick. Hrsg. von Bernd Martin, München 1992, S. 210-230.

Fest, Joachim C., Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973.

Fischer, Alexander, Sowjetische Außenpolitik in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933. In: Josef Becker/Klaus Hildebrand (Hrsg.), Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933, München 1980, S. 65-83.

Fischer, Conan, Stormtroopers. A Social, Economic and Ideological Analysis, 1929-35, London 1983.

Fischer, Eugen Kurt, Dokumente zur Geschichte des deutschen Rundfunks und Fernsehens, Berlin 1957.

Fitz, Diana, Ansbach unterm Hakenkreuz, Ansbach 1994.

Flade, Roland, "Es kann sein, daß wir eine Diktatur brauchen". Rechtsradikalismus und Demokratiefeindschaft in der Weimarer Republik am Beispiel Würzburg, Würzburg 1983.

Flechtheim, Ossip K., Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986.

Frank, Hans, Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse, München 1953.

Franz-Willing, Georg, Krisenjahr der Hitlerbewegung 1923, Preußisch Oldendorf 1975.

Franz-Willing, Georg, Putsch und Verbotszeit der Hitlerbewegung. November 1923-Februar 1925, Preußisch Oldendorf 1977.

Frehse, Michael, Ermächtigungsgesetzgebung im Deutschen Reich 1914-1933, Pfaffenweiler 1985.

Frei, Norbert, Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern, Stuttgart 1980.

Freyberg, Thomas von, Industrielle Rationalisierung in der Weimarer Republik. Untersucht an Beispielen aus dem Maschinenbau und der Elektroindustrie, Frankfurt a. M. 1989.

Fried, Ferdinand, Das Ende des Kapitalismus, Jena ^{5}1931.

Friedländer-Prechtl, Robert, Wirtschaftswende. Die Ursachen der Arbeitslosen-Krise und deren Bekämpfung, Leipzig 1931.

Fritzsche, Peter, A Nation of Fliers. German Aviation and the Popular Imagination, Cambridge, Mass., 1992.

Funke, Manfred, Starker oder schwacher Diktator? Hitlers Herrschaft und die Deutschen. Ein Essay, Düsseldorf 1989.

Gårdlund, Torsten, Marcus Wallenberg 1864-1943. Hans Liv Och Gärning, Stockholm 1976.

Gau Bayerische Ostmark. Land, Volk und Geschichte. Bearbeitet von Hans Scherzer, München [*1940*].

Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes, gesammelt und erläutert von Georg Büchmann, München 1967.

Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945, Bd. 3: Produktivkräfte in Deutschland 1917/18 bis 1945. Hrsg. vom Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR. Wissenschaftliche Redaktion: Rudolf Berthold, Berlin (Ost) 1988.

Gies, Horst, NSDAP und landwirtschaftliche Organisationen in der Endphase der Weimarer Republik. In: VfZ 15 (1967), S. 341-376.

Gies, Horst, R. Walther Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933, Diss. phil., Frankfurt a. M. 1965.

Goebbels, Joseph, Kampf um Berlin. Der Anfang, München 1932.

Goote, Thor, Kam'raden die Rotfront und Reaktion erschossen ... Ein Buch vom Opfertode unserer braunen Kameraden, Berlin 1934.

Gordon, jr., Harold J., Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924, Frankfurt a. M. 1971.

Gritschneder, Otto, Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz, München 1990.

Großherr, F[*erdinand*], 10 Jahre Kampf und Aufbau im Gau Ostpreußen. In: 10 Jahre Gau Ostpreußen. Festschrift zum Gautag 1938 der NSDAP, Königsberg [*1938*].

Grund, Henning, "Preußenschlag" und Staatsgerichtshof im Jahre 1932, Baden-Baden 1976.

Grundmann, Friedrich, Agrarpolitk im "Dritten Reich". Anspruch und Wirklichkeit des Reichserbhofgesetzes, Hamburg 1979.

Grünthaler, Mathias, Parteiverbote in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1995.

Gusy, Christoph, Weimar - die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991.

Güth, Rolf, Die Marine des Deutschen Reiches 1919-1939, Frankfurt a. M. 1972.

Güth, Rolf, Die Organisation der deutschen Marine in Krieg und Frieden 1913-1933. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 4/VIII, München 1979, S. 263-336.

Hahn, Fritz, Waffen und Geheimwaffen des deutschen Heeres 1933-1945, 2 Bde., Koblenz 1986.

Halcomb, Jill, The SA. A Historical Perspective, Overland Parks, Kans., 1985.

Hale, Oron James, Adolf Hitler: Taxpayer. In: The American Historical Review 60 (1955), S. 830-842.

Hale, Oron James, Presse in der Zwangsjacke 1933-1945, Düsseldorf 1965.

Hamann, Brigitte, Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators, München 1996.

Hamburg unterm Hakenkreuz. Eine Chronik der nationalen Erhebung in der Nordmark 1919-33. Hrsg. von Wilhelm Recken und Julius W. Krafft, Hamburg 1933.

Hammer, Hermann, Die deutschen Ausgaben von Hitlers "Mein Kampf". In: VfZ 4 (1956), S. 161-178.

Hammerstein, Kunrat Freiherr von, Spähtrupp, Stuttgart 1963.

Hanfstaengl, Ernst, 15 Jahre mit Hitler. Zwischen Weißem und Braunem Haus, München [2]1980.

Haß, Ulrike, Militante Pastorale. Zur Literatur der antimodernen Bewegungen im frühen 20. Jahrhundert, München 1993.

Hauner, Milan, Hitler. A Chronology of his Life and Time, London 1983.

Hayes, Peter, "A Question Mark with Epaulettes"? Kurt von Schleicher and Weimar Politics. In: Journal of Modern History 52 (1980), S. 35-65.

Hayward, N. F. und D. S. Morris, The First Nazi Town, New York 1988.

Heiber, Helmut, Universität unterm Hakenkreuz, Teil 1: Der Professor im Dritten Reich. Bilder aus der akademischen Provinz, München 1991.

Heindl, Wolfgang, Die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden in Deutschland von 1925 bis 1933. Öffentliche Haushalte und Krisenverschärfung, Frankfurt a. M. 1984.

Heinemann, Ulrich, Die Last der Vergangenheit. Zur politischen Bedeutung der Kriegsschuld- und Dolchstoßdiskussion. In: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Düsseldorf 1987, S. 371-386.

Heinemann, Ulrich, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983.

Hellfeld, Matthias von, Bündische Jugend und Hitlerjugend. Zur Geschichte von Anpassung und Widerstand 1930-1939, Bielefeld 1987.

Henke, Josef, England in Hitlers politischem Kalkül 1935-1939, Boppard a. Rh. 1973.

Henning, Friedrich-Wilhelm, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland, Bd. 2: 1750 bis 1976, Paderborn 1978.

Hentschel, Volker, Weimars letzte Monate. Hitler und der Untergang der Republik, Düsseldorf 1978.

Herrfahrdt, Heinrich, Die Kabinettsbildung nach der Weimarer Verfassung unter dem Einfluß der politischen Praxis, Berlin 1927.

Hierl, Konstantin, Ausgewählte Schriften und Reden. Hrsg. von Herbert Freiherr von Stetten-Erb, Bd. 2, München 1941.

Hierl, Konstantin, Im Dienst für Deutschland 1918-1945, Heidelberg 1954.

Hildebrand, Klaus, Nationalsozialismus oder Hitlerismus? In: Michael Bosch (Hrsg.), Persönlichkeit und Struktur in der Geschichte. Historische Bestandsaufnahme und didaktische Implikationen, Düsseldorf 1977, S. 55-61.

Hildebrand, Klaus, Monokratie oder Polykratie. Hitlers Herrschaft und das Dritte Reich: In: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke, Hans-Adolf Jacobsen, (Hrsg.), Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Eine Bilanz, Düsseldorf 1983, S. 73-96.

Hildermeier, Manfred, Die Russische Revolution 1905-1921, Frankfurt a. M. 1989.

Hiller von Gaertringen, Friedrich Freiherr, Zur Beurteilung des "Monarchismus" in der Weimarer Republik. In: Tradition und Reform in der deutschen Politik. Gedenkschrift für Waldemar Besson. Hrsg. von Gotthard Jasper, Frankfurt a. M. 1976, S. 138-186.

Hiller von Gaertringen, Friedrich Freiherr, Die Deutschnationale Volkspartei. In: Das Ende der Parteien 1933. Hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 543-621.

Histoire Militaire de la France, III: De 1871 à 1940. Sous la Direction de Guy Pedroncini, Paris 1992.

Hitler, Adolf, Mein Kampf. Bd. 1: Eine Abrechnung, Bd. 2: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1925-1927; [65]1933.

Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929-1932. Hrsg. von Henry A. Turner, jr., Frankfurt a. M. 1978.

Der Hitler-Prozeß 1924. Wortlaut der Hauptverhandlungen vor dem Volksgericht München I. Hrsg. und kommentiert von Lothar Gruchmann und Reinhard Weber unter Mitarbeit von Otto Gritschneder, 3 Bde., München 1997 ff.

Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923. Eingeleitet und hrsg. von Ernst Deuerlein, Stuttgart 1962.

Hoffmann, Peter, Die Sicherheit des Diktators. Hitlers Leibwachen, Schutzmaßnahmen, Residenzen, Hauptquartiere, München 1975.

Hoffmann, Walther G. unter Mitarbeit von Franz Grumbach und Helmut Hesse, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1965.

Höhn, Reinhard, Sozialismus und Heer, 3 Bde., Bad Homburg vor der Höhe 1959-1969.

Holl, Karl und Wolfram Wette (Hrsg.), Pazifismus in der Weimarer Republik. Beiträge zur historischen Friedensforschung, Paderborn 1981.

Holtfrerich, Carl-Ludwig, Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin 1980.

Hoppe, Bert, Von Schleicher zu Hitler. Dokumente zum Konflikt zwischen Reichslandbund und der Regierung Schleicher in den letzten Wochen der Weimarer Republik. In: VfZ 45 (1997), S. 629-657.

Horn, Wolfgang, Ein unbekannter Aufsatz Hitlers aus dem Frühjahr 1924. In: VfZ 16 (1968), S. 280-294.

Horn, Wolfgang, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1932), Düsseldorf 1972.

Horst Wessel. Sein Lebensweg, nach Lichtbildern zusammengestellt, mit einem Geleitwort seines Corpsbruders und des Beraters seiner Hinterbliebenen Geheimen Regierungsrat Dr. jur. Fischer-Kautz. Hrsg. von seiner Schwester Ingeborg, München 1933.

Hoser, Paul, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1990.

Housden, Martyn, Helmut Nicolai and Nazi Ideology, Houndmills 1992.

Hubatsch, Walther, Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen 1966.

Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789.
Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1981.
Bd. VII: Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik, Stuttgart 1984.

Huber, Ernst Rudolf (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 4: Deutsche Verfassungsdokumente 1919-1933, Stuttgart ^{3}1992.

Hubert, Peter, Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933-1945, Düsseldorf 1992.

Hürter, Johannes, Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928-1932), München 1993.

Hüttenberger, Peter, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969.

Ilsemann, Sigurd von, Der Kaiser in Holland. Aufzeichnungen des letzten Flügeladjutanten Kaiser Wilhelms II., Bd. II: Monarchie und Nationalsozialismus 1924-1941. Hrsg. von Harald von Koenigswald, München 1968.

Ishida, Yuji, Jungkonservative in der Weimarer Republik. Der Ring-Kreis 1928-1933, Frankfurt a. M. 1988.

Jablonsky, David, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925, London 1989.

Jäckel, Eberhard und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980.

Jäckel, Eberhard, Axel Kuhn und Hermann Weiß, Neue Erkenntnisse zur Fälschung von Hitler-Dokumenten. In: VfZ 32 (1984), S. 163-169.

Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1931, Berlin o. J.

James, Harold, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924-1936, Stuttgart 1988.

Jamin, Mathilde, Zur Rolle der SA im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. In: Der "Führerstaat": Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches. Hrsg. von Gerhard Hirschfeld und Lothar Kettenacker mit einer Einleitung von Wolfgang J. Mommsen, Stuttgart 1981, S. 329-360.

Jamin, Mathilde, Zwischen den Klassen. Zur Sozialstruktur der SA-Führerschaft, Wuppertal 1984.

Jegelka, Norbert, Volksgemeinschaft und Germanenmythos. Das Trugbild des Germanentums 1933-1945. In: Varusschlacht und Germanenmythos. Eine Vortragsreihe anläßlich der Sonderausstellung Kalkriese, Römer im Osnabrücker Land in Oldenburg 1993, Oldenburg 1994, S. 109-118.

Joachimsthaler, Anton, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989.

John, Jürgen, Rüstungswirtschaftlicher Strukturwandel und nationalsozialistische Regionalpolitik. In: Nationalsozialismus in Thüringen. Hrsg. von Detlev Heiden und Gunther Mai, Köln 1995, S. 213-245.

Jordan, Rudolf, Erlebt und erlitten. Weg eines Gauleiters von München bis Moskau, Leoni am Starnberger See 1971.

Junker, Detlef, Die Deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33. Ein Beitrag zur Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland, Stuttgart 1969.

Katalog der nationalsozialistischen Pressen nach dem Stand vom 15. Januar 1933. Hrsg. von der Werbe-Rundschau (Archiv für Werbung), Berlin 1933.

Kater, Michael H., The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945, Oxford 1983.

Kater, Michael H., Zum gegenseitigen Verhältnis von SA und SS in der Sozialgeschichte des Nationalsozialismus von 1925 bis 1939. In: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 62 (1975), S. 339-379.

Kessler, Harry Graf, Tagebücher 1918-1937. Hrsg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt a. M. 1961.

Der Keynesianismus I. Theorie und Praxis keynesianischer Wirtschaftspolitik. Entwicklung und Stand der Diskussion. Hrsg. von G. Bombach, H.-J. Ramser, M. Timmermann, W. Wittmann, Berlin 1976.

Kielmansegg, Peter Graf, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1968.

Kimmich, Christoph M., The Free City. Danzig and German Foreign Policy 1919-1934, New Haven 1968.

Kissenkoetter, Udo, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978.

Klein, Adolf, Köln im Dritten Reich. Stadtgeschichte der Jahre 1933-1945, Köln 1983.

Klotzbach, Kurt, Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930-1945, Eine historisch-politische Studie, Hannover 1969.

Kluke, Paul, Der Fall Potempa. In: VfZ 5 (1957), S. 279-297.

Knickerbocker, H[*ubert*] R[*enfro*], Deutschland So oder So?, Berlin 1932.

Knobloch, Heinz, Der arme Epstein. Wie der Tod zu Horst Wessel kam, Berlin 1993.

Koch, Hannsjoachim W., Der deutsche Bürgerkrieg. Eine Geschichte der deutschen und österreichischen Freikorps 1918-1923, Frankfurt a. M. 1978.

Koehl, Robert Lewis, The Black Corps. The Structure and Power Struggles of the Nazi SS, Madison, Wis., 1983.

Köhler, Henning, Arbeitsdienst in Deutschland. Pläne und Verwirklichungsformen bis zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht im Jahre 1935, Berlin 1967.

Krabbe, Wolfgang R. (Hrsg.), Politische Jugend in der Weimarer Republik, Bochum 1993.

Kratzenberg, Volker, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Ihre Entstehung, ihre Programmatik, ihr Scheitern 1927-1934, Frankfurt a. M. 1987.

Krause, Hartfrid, USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt a. M. 1975.

Krause-Vilmar, Dietfried, Hitlers Machtergreifung in der Stadt Kassel. In: Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933-1945, Bd. 2: Studien. Hrsg. von Wilhelm Frenz, Jörg Kammler und Dietfried Krause-Vilmar, Fuldabrück 1987, S. 13-36.

Kratzsch, Gerhard, Der Gauwirtschaftsberater im Gau Westfalen-Süd. In: Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum politisch-administrativen System. Hrsg. von Dieter Rebentisch und Karl Teppe, Göttingen 1986, S. 173-207.

Krebs, Albert, Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei, Stuttgart 1959.

Die Kriege Friedrichs des Großen. Hrsg. vom Großen Generalstabe, Kriegsgeschichtliche Abteilung II. Dritter Teil: Der Siebenjährige Krieg 1756-1763.
Bd. 3: Kolin, Berlin 1901
Bd. 6: Leuthen, Berlin 1904
Bd. 10: Kunersdorf, Berlin 1912, alle ND: Bad Honnef 1982.

Krohn, Manfred, Die deutsche Justiz im Urteil der Nationalsozialisten 1920-1933, Frankfurt a. M. 1991.

Kroll, Gerhard, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958.

Krüger, Norbert, Adolf Hitlers Clausewitzkenntnis. In: Wehrwissenschaftliche Rundschau 18 (1968), S. 467-471.

Krüger, Peter, Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung, München 1986.

Kruse, Wolfgang, Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15, Essen 1993.

Kube, Alfred, Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986.

Kuhn, Axel, Die Unterredung zwischen Hitler und Papen im Haus des Barons von Schröder. Eine methodisch-systematische Quellenanalyse mit dem Ziel, Möglichkeiten und Grenzen der

Geschichtswissenschaft anzudeuten. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 24 (1973), S. 709-722.

Kühnel, Franz, Hans Schemm. Gauleiter und Kultusminister (1891-1935), Nürnberg 1985.

Kunisch, Johannes, Das Mirakel des Hauses Brandenburg. Studien zum Verhältnis von Kabinettspolitik und Kriegführung im Zeitalter des Siebenjährigen Krieges, München 1978.

Kürschners Volkshandbuch, Deutscher Reichstag 1930. Hrsg. von Hermann Hillger, Berlin [*1930*].

Leopold, John A., Alfred Hugenberg. The Radical Nationalist Campaign against the Weimar Republic, New Haven ²1979.

Lerg, Winfried B., Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik, München 1980.

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Dieter Fricke, Leipzig 1983-1986.

Liebe, Werner, Die Deutschnationale Volkspartei 1918-1924, Düsseldorf 1956.

Link, Werner, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970.

Lippe im Dritten Reich. Die Erziehung zum Nationalsozialismus. Eine Dokumentation 1933-1939. Zusammengestellt und bearbeitet von Volker Wehrmann, Detmold 1984.

Lochmüller, Benedikt, Hans Schemm, Bd. 2: 1920-1935, München 1940.

Longerich, Peter, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989.

Longerich, Peter, Hitlers Stellvertreter. Führung der Partei und Kontrolle des Staatsapparates durch den Stab Heß und die Partei-Kanzlei Bormann, München 1992.

Losemann, Volker, Nationalistische Interpretationen der römisch-germanischen Auseinandersetzung. In: Wiegels/Woesler (Hrsg.), Arminius und die Varusschlacht, S. 419-432.

Lowe, C. J./ F. Marzari, Italian Foreign Policy 1870-1940, London 1975.

Luks, Leonid, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921-1935, Stuttgart 1984.

Lütgemeier-Davin, Reinhold, "Wiederwehrhaftmachung" oder "Abrüstung". Die militärische Sicherheitspolitik der Weimarer Republik im Licht pazifistischer Öffentlichkeit. In: Lehren aus

der Geschichte? Historische Friedensforschung. Redaktion Reiner Steinweg, Frankfurt a. M. 1990, S. 186-231.

Lutz, Hermann, Fälschungen zur Auslandsfinanzierung Hitlers. In: VfZ 2 (1954), S. 386-396.

Lyttelton, Adrian, The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919-1929, London 1973.

Die "Machtergreifung". Tagebuch einer Wende nach Presseberichten vom 1. Januar bis 6. März 1933. Hrsg. von Wieland Eschenhagen, Darmstadt 1982.

Mallmann, Klaus-Michael, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996.

Manstein, Peter, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919-1933. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung, Frankfurt a. M. [3]1990.

Marcon, Helmut, Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierungen Papen und Schleicher. Grundsteinlegung für die Beschäftigungspolitik im Dritten Reich, Frankfurt a. M. 1974.

Marx, Karl und Friedrich Engels, Werke. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 4, Berlin (Ost) [9]1974.

Maser, Werner, Adolf Hitler. Biographie, München [7]1978.

Maser, Werner, Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt a. M. 1965.

Matuschka, Edgar Graf von, Organisation der Reichsheeres. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 3/VI: Reichswehr und Republik 1918-1933, München 1979, S. 305-343.

Matzerath, Horst und Henry A. Turner, Die Selbstfinanzierung der NSDAP 1930-1932. In: Geschichte und Gesellschaft 3 (1977), S. 59-92.

Mauch, Hans-Joachim, Nationalistische Wehrorganisationen in der Weimarer Republik. Zur Entwicklung und Ideologie des "Paramilitarismus", Frankfurt a. M. 1982.

Meissner, Hans Otto, Harry Wilde, Die Machtergreifung. Ein Bericht über die Technik des nationalsozialistischen Staatsstreichs, Stuttgart 1958.

Meißner, Otto, Das neue Staatsrecht des Reichs und seiner Länder, Berlin 1921.

Meißner, Otto, Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg, Hitler. Der Schicksalsweg des deutschen Volkes von 1918-1945, wie ich ihn erlebte, Hamburg [3]1950.

Merkl, Peter H., The Making of a Stormtrooper, Princeton, New Jersey, 1980.

Merkl, Peter H., Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925-1933. In: Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld, Stuttgart 1982, S. 422-440.

Messerschmidt, Manfred, Die politische Geschichte der preußisch-deutschen Armee. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 2/IV, München 1979, S. 9-380.

Mick, Christoph, Sowjetische Propaganda, Fünfjahrplan und deutsche Rußlandpolitik 1928-1932, Stuttgart 1995.

Milatz, Alfred, Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen 1930 bis 1933. In: Das Ende der Parteien 1933. Hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 743-793.

Miller, Susanne, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974.

Mirow, Jürgen, Das alte Preußen im deutschen Geschichtsbild seit der Reichsgründung, Berlin 1981.

Mit der Partei vorwärts! Zehn Jahre Gau Westfalen-Nord. Unter Verwendung amtlicher Unterlagen von Parteidienststellen zusammengestellt und bearbeitet von Arno Schröder, Detmold 1940.

Möller, Horst, Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung nach 1918. In: Lothar Gall (Hrsg.), Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jahrhundert, München 1997, S. 293-342.

Möller, Horst, Parlamentarismus in Preußen 1919-1932, Düsseldorf 1985.

Möller, Horst, Weimar. Die unvollendete Demokratie, München [5]1994.

Mommsen, Hans, Nationalsozialismus oder Hitlerismus? In: Michael Bosch (Hrsg.), Persönlichkeit und Struktur in der Geschichte. Historische Bestandsaufnahme und didaktische Implikationen, Düsseldorf 1977, S. 62-71.

Mommsen, Hans, Preußentum und Nationalsozialismus. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 29-41.

Mommsen, Theodor, Römische Geschichte. Vollständige Ausgabe in acht Bänden, Bd. V: Die Begründung der Militärmonarchie, Zweiter Teil: Der letzte Kampf der römischen Republik, München 1976.

Mommsen, Wilhelm (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme. Zweiter Teil: Weimarer Republik und Bundesrepublik Deutschland, München 1960.

Moreau, Patrick, Nationalsozialismus von links. Die "Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten" und die "Schwarze Front" Otto Straßers 1930-1935, Stuttgart 1984.

Morsey, Rudolf, Hitler als braunschweigischer Regierungsrat. In: VfZ 8 (1960), S. 419-448.

Morsey, Rudolf, Hitlers Verhandlungen mit der Zentrumsführung am 31. Januar 1933. In: VfZ 9 (1961), S. 182-194.

Morsey, Rudolf, Staatsfeinde im öffentlichen Dienst (1929-1932). Die Beamtenpolitik gegenüber NSDAP-Mitgliedern. In: Klaus König (u. a. Hrsg.), Öffentlicher Dienst. Festschrift für Carl Hermann Ule, Köln 1977, S. 111-133.

Mühlberger, Detlef, Hitler's Followers. Studies in the Sociology of the Nazi Movement, London 1991.

Müller, Rolf-Dieter, Das Tor zur Weltmacht. Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik zwischen den Weltkriegen, Boppard a. Rh. 1984.

Müller-Jabusch, Maximilian (Hrsg.), Handbuch des Öffentlichen Lebens. Fünfte Ausgabe des Politischen Almanachs, Leipzig 1929.

München - "Hauptstadt der Bewegung". Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum 22. Oktober 1993 bis 27. März 1994, München 1993.

Münkel, Daniela, Nationalsozialistische Agrarpolitik und Bauernalltag, Frankfurt a. M. 1996.

Muth, Heinrich, Schleicher und die Gewerkschaften 1932. Ein Quellenproblem. In: VfZ 29 (1981), S. 189-215.

Muth, Heinrich, Das "Kölner Gespräch" am 4. Januar 1933. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 37 (1986), S. 463-480, 529-541.

Nadler, Harry E., The Rhenish Separatist Movements During the Early Weimar Republic 1918-1924, New York 1987.

Nadolny, Sten, Abrüstungsdiplomatie 1932/33. Deutschland auf der Genfer Konferenz im Übergang von Weimar zu Hitler, München 1978.

Nationalsozialistisches Jahrbuch 1932. Hrsg. unter Mitwirkung der Reichsleitung der NSDAP. 6. Jahrgang, München 1932.

Neebe, Reinhard, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981.

Niclauss, Karlheinz, Die Sowjetunion und Hitlers Machtergreifung. Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen der Jahre 1929 bis 1935, Bonn 1966.

Nove, Alec and J. A. Newth, The Jewish Population: Demographic Trends and Occupational Patterns. In: The Jews in Soviet Russia since 1917. Ed. by Lionel Kochan, Oxford [3]1978, S. 132-167.

Der NSDAP-Kreis Lübeck. Werden und Wachsen (Die Kampfjahre), Lübeck 1935.

Nuß, Karl, Militär und Wiederaufrüstung in der Weimarer Republik. Zur politischen Rolle und Entwicklung der Reichswehr, Berlin (Ost) 1977.

Oertel, Thomas, Horst Wessel. Untersuchung einer Legende, Köln 1988.

Okraß, Hermann, "Hamburg bleibt rot". Das Ende einer Parole, Hamburg 1934.

Orde, Anne, The Origins of the German-Austrian Customs Union Affair of 1931. In: Central European History XIII (1980), S. 34-59.

Organisationsbuch der NSDAP. Hrsg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, München [3]1937.

Orlow, Dietrich, The History of the Nazi Party 1919-1933, Pittsburgh 1969.

Overesch, Manfred, Die Einbürgerung Hitlers 1930. In: VfZ 40 (1992), S. 543-566.

Papen, Franz von, Vom Scheitern einer Demokratie 1930-1933, Mainz 1968.

Partei-Statistik. Stand 1. Januar 1935 (ohne Saargebiet), Bd. 1: Parteimitglieder. Hrsg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, [*München 1935*].

Paul, Gerhard, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990.

Pazifismus zwischen den Weltkriegen. Deutsche Schriftsteller und Künstler gegen Krieg und Militarismus 1918-1933. Hrsg. von Dietrich Harth, Dietrich Schubert und Ronald Michael Schmidt, Heidelberg 1985.

Petzina, Dietmar, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977.

Petzold, Joachim, Franz von Papen. Ein deutsches Verhängnis, München 1995.

Petzold, Joachim, Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, Köln 1978.

Petzold, Joachim, Wirtschaftsbesprechungen der NSDAP in den Jahren 1930 und 1931. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (1982, II), S. 189-223.

Phelps, Reginald H., Aus den Groener-Dokumenten. VII: Das SA-Verbot und der Sturz des Kabinetts Brüning. In: Deutsche Rundschau 77 (1951), S. 19-31.

Picker, Henry, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-42. Im Auftrage des Deutschen Instituts für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit geordnet, eingeleitet und veröffentlicht von Gerhard Ritter, Bonn 1951.

Preiß, Heinz (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939.

Pyta, Wolfram, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989.

Rabbow, Arnold, dtv-Lexikon politischer Symbole A-Z, München 1970.

Rebentisch, Dieter, Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939-1945, Wiesbaden 1989.

Rebentisch, Dieter, Persönlichkeitsprofil und Karriereverlauf der nationalsozialistischen Führungskader in Hessen 1928-1945. In: Werner Wolf, Antonio Peter (Hrsg.), Als es mit der Freiheit zu Ende ging. Studien zur Machtergreifung der NSDAP in Hessen, Wiesbaden 1990.

Reichelt, Werner, Das Braune Evangelium. Hitler und die NS-Liturgie, Wuppertal 1990.

Repfennig, Erich, 10 Jahre Kampf um Pasewalk, die Lazarettstadt Adolf Hitlers. Geschichte der Ortsgruppe Pasewalk der NSDAP. Hrsg. zur Feier des 10jährigen Bestehens der Ortsgruppe Pasewalk, Pasewalk 1933.

Ribbentrop, Joachim von, Zwischen London und Moskau. Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen. Aus dem Nachlaß hrsg. von Annelies von Ribbentrop, Leoni am Starnberger See 1953.

Riekhoff, Harald von, German-Polish Relations, 1918-1933, Baltimore 1971.

Ritter, Gerhard A., Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918-1920. In: Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Hrsg. von Eberhard Kolb, Köln 1972, S. 244-275.

Rödder, Andreas, Stresemanns Erbe: Julius Curtius und die deutsche Außenpolitik 1929-1931, Paderborn 1996.

Röhl, Klaus Rainer, Nähe zum Gegner. Kommunisten und Nationalsozialisten im Berliner BVG-Streik von 1932, Frankfurt a. M. 1994.

Roos, Hans, Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1931-1939, Tübingen 1957.

Rosenhaft, Eve, Die KPD der Weimarer Republik und das Problem des Terrors in der "Dritten Periode", 1929-1933. In: Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und

gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld, Stuttgart 1982, S. 394-421.

Rühle, Gerd, Kurmark. Die Geschichte eines Gaues, Berlin 1934.

Rüstung und Abrüstung. Eine Umschau über das Heer- und Kriegswesen aller Länder. Unter Mitwirkung zahlreicher Mitarbeiter hrsg. von K. L. von Oertzen, Berlin 1934.

Sauer, Wolfgang, Die Mobilmachung der Gewalt, Bd. III: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Frankfurt a. M. 1974.

Schaap, Klaus, Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928-1932, Düsseldorf 1978.

Schaap, Klaus, Oldenburgs Weg ins 'Dritte Reich'. Quellen zur Regionalgeschichte Nordwest-Niedersachsens, Oldenburg 1983.

Schäfer, Oskar, Die Pirmasenser Separatistenzeit 1923/1924, Pirmasens 1936.

Schaefer, Rainer, SPD in der Ära Brüning: Tolerierung oder Mobilisierung? Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930-1932, Frankfurt a. M. 1990.

Schieder, Wolfgang, Das italienische Experiment. Der Faschismus als Vorbild in der Krise der Weimarer Republik. In: Historische Zeitschrift 262 (1996), S. 73-125.

Schildt, Axel, Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1981.

Schirach, Baldur von, Ich glaubte an Hitler, Hamburg 1967.

Schlenke, Manfred, Nationalsozialismus und Preußen/Preußentum. Bericht über ein Forschungsprojekt. In: Das Preußenbild in der Geschichte. Protokoll eines Symposions. Hrsg. von Otto Büsch, Berlin 1981.

Schlüter, Wolfgang (Hrsg.), Römer im Osnabrücker Land. Die archäologischen Untersuchungen in der Kalkrieser-Niewedder Senke, Bramsche 1991.

Schmidt-Pauli, Edgar von, Hitlers Kampf um die Macht. Der Nationalsozialismus und die Ereignisse des Jahres 1932, Berlin [2]1933.

Schmidt-Richberg, Wiegand, Die Generalstäbe in Deutschland 1871-1945. Aufgaben in der Armee und Stellung im Staate, Stuttgart 1962.

Schönhoven, Klaus, Zwischen Anpassung und Ausschaltung. Die Bayerische Volkspartei in der Endphase der Weimarer Republik 1932/33. In: Historische Zeitschrift 224 (1977), S. 340-378.

Scholder, Klaus, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Frankfurt a. M. 1977.

Scholdt, Günter, Autoren über Hitler. Deutschsprachige Schriftsteller 1919-1945 und ihr Bild vom "Führer", Bonn 1993.

Schreiber, Gerhard, Hitler. Interpretationen 1923-1983. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung, Darmstadt 1984.

Schröder, Arno, "Hitler geht auf die Dörfer...". Der Auftakt zur nationalen Revolution. Erlebnisse und Bilder von der entscheidenden Januarwahl 1933 in Lippe, Detmold 1938.

Schubert-Weller, Christoph, Hitler-Jugend. Vom "Jungsturm Adolf Hitler" zur Staatsjugend des Dritten Reiches, Weinheim 1993.

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1918-1932, München 1922-1933.

Schultze-Pfaelzer, Gerhard, Hindenburg und Hitler zur Führung vereint, Berlin 1933.

Schulz, Gerhard, Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt a. M. 1975.

Schulz, Gerhard, Deutschland und Polen vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 33 (1982), S. 154-172.

Schulz, Gerhard, Die Suche nach dem Schuldigen. Heinrich Brüning und seine Demission als Reichskanzler. In: Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Paul Mikat, Konrad Repgen, Martin Schumacher und Hans-Peter Schwarz, Berlin 1992.

Schulz, Gerhard, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. III: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930-1933, Berlin 1992.

Schulz, Gerhard und Horst Matzerath, Die Selbstfinanzierung der NSDAP 1930-1932. In: Geschichte und Gesellschaft 3 (1977), S. 59-92.

Schumacher, Martin, Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei, Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919-1933, Düsseldorf 1972.

Schuster, Wolfgang, Hitler in München - privat? In: München - "Hauptstadt der Bewegung". Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum 22. Oktober 1993 bis 27. März 1994, München 1993, S. 125-130.

Schwede-Coburg, Franz, Kampf um Coburg, München 1939.

Scott, William Evans, Alliance against Hitler. The Origins of the Franco-Soviet Pact, Durham, N. C., 1962.

Seckendorff, Eva von, Monumentalität und Gemütlichkeit. Die Interieurs der NSDAP-Bauten am Königsplatz. In: Bürokratie und Kult. Das Parteizentrum der NSDAP am Königsplatz in München. Geschichte und Rezeption, München 1995, S. 119-146.

Seehofer, Herbert, Mit dem Führer unterwegs! Kleine Stimmungsbilder einer großen Reise, München 1934.

Smelser, Ronald, Robert Ley. Hitlers Mann an der "Arbeitsfront". Eine Biographie, Paderborn 1989.

Sombart, Werner, Die Zukunft des Kapitalismus, Berlin 1932.

Sontheimer, Kurt, Der Tatkreis. In: VfZ 7 (1959), S. 229-260.

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Petzina, Dietmar, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978.

Spengler, Oswald, Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte, Bd. II: Welthistorische Perspektiven, München ^{16}1922.

Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von Gerhard Schulz. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst, Düsseldorf 1977.

Stachura, Peter D., Gregor Strasser and the Rise of Nazism, London 1983.

Stachura, Peter D., Nazi Youth in the Weimar Republic, Santa Barbara, Cal., 1975.

Statistisches Jahrbuch der Schutzstaffel der NSDAP 1937. Nur für den Dienstgebrauch, Berlin 1938.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1911-1934. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1911-1934.

Stegmann, Dirk, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der sog. Machtergreifung. In: Archiv für Sozialgeschichte 13 (1973), S. 399-482.

Stegmann, Dirk, Antiquierte Personalisierung oder sozialökonomische Faschismus-Analyse. Eine Antwort auf H. A. Turners Kritik an meinen Thesen zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Großindustrie vor 1933. In: Archiv für Sozialgeschichte 17 (1977), S. 275-296.

Stein, Peter, Die NS-Gaupresse 1925-1933. Forschungsbericht, Quellenkritik, neue Bestandsaufnahme, München 1987.

Steinmeyer, Gitta, Die Grundlagen der französischen Deutschlandpolitik 1917-1919, Stuttgart 1979.

Stephenson, Jill, The Nazi Organisation of Women, London 1981.

Striefler, Christian, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993.

Stürmer, Michael, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924-1928, Düsseldorf 1967.

Sunnus, Michael, Der NS-Rechtswahrerbund (1928-1945). Zur Geschichte der nationalsozialistischen Juristenorganisation, Frankfurt a. M. 1990.

Syring, Enrico, Hitler. Seine politische Utopie, Berlin 1994.

Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv.
Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941,
Bd. 1: 27.6.1924-31.12.1930,
Bd. 2: 1.1.1931-31.12.1936, München 1987.

Tal, Uriel, "Political Faith" of Nazism Prior to the Holocaust, Tel Aviv 1978.

Tanaka, Takashi, Les relations franco-japonaises de 1931 à 1941. In: Guerres mondiales et conflits contemporains 45 (1995), H. 178, S. 91-102.

Taschenbuch der Kriegsflotten 1932, XXVII. Jahrgang 1932. Hrsg. von B[*runo*] Weyer, München 1932.

Teichert, Eckart, Autarkie und Großraumwirtschaft in Deutschland 1930-1939. Außenwirtschaftspolitische Konzeptionen zwischen Wirtschaftskrise und Zweitem Weltkrieg, München 1984.

Transfeldt, Walter, Wort und Brauch in Heer und Flotte. Hrsg. von Hans-Peter Stein, Stuttgart ^{9}1986.

Die Treue ist das Mark der Ehre. Von München bis Tannenberg. Hrsg. von Kurt L. Walter-Schomburg, Berlin 1934.

Trumpp, Thomas, Zur Finanzierung der NSDAP durch die deutsche Großindustrie. Versuch einer Bilanz. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 32 (1981), S. 223-241.

Trumpp, Thomas, Franz von Papen, der preußisch-deutsche Dualismus und die NSDAP in Preußen. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des 20. Juli 1932, Diss. phil., Tübingen 1963.

Tschirbs, Rudolf, Tarifpolitik im Ruhrbergbau 1918-1933, Berlin 1986.

Turner, jr., Henry Ashby, Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972.

Turner, jr., Henry Ashby, Großunternehmertum und Nationalsozialismus 1930-1933. Kritisches und Ergänzendes zu zwei neuen Forschungsbeiträgen. In: Historische Zeitschrift 221 (1975), S. 18-68.

Turner, jr., Henry Ashby, Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985.

Turner, jr., Henry Ashby, Hitlers Weg zur Macht. Der Januar 1933, München 1996.

Tyrell, Albrecht (Hrsg.), Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969.

Tyrell, Albrecht, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975.

Tyrell, Albrecht, Gottfried Feder and the NSDAP. In: The Shaping of the Nazi State. Ed. by Peter D. Stachura, London 1978, S. 48-87.

Uhlig, Heinrich, Die Warenhäuser im Dritten Reich, Köln 1956.

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hrsg. und bearbeitet von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel.
Bd. III: Der Weg in die Weimarer Republik
Bd. VII: Die Weimarer Republik. Vom Kellogg-Pakt zur Weltwirtschaftskrise 1928-30. Die innerpolitische Entwicklung
Bd. VIII: Die Weimarer Republik. Das Ende des parlamentarischen Systems. Brüning - Papen - Schleicher 1930-1933, Berlin [*1958- 1963*].

Verhandlungen des Reichstags. VI. Wahlperiode 1932, Bd. 454, Berlin 1932.

Vogelsang, Thilo, Hitlers Brief an Reichenau vom 4. Dezember 1932. In: VfZ 7 (1959), S. 429-437.

Vogelsang, Thilo, Papen und das außenpolitische Erbe Brünings. Die Lausanner Konferenz 1932. In: Neue Perspektiven aus Wirtschaft und Recht. Festschrift für Hans Schäffer zum 80. Geburtstag am 11. April 1966. Hrsg. von Carsten Peter Claussen, Berlin 1966, S. 487-507.

Vogelsang, Thilo, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, Stuttgart 1962.

Volz, Hans, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin [10]1939.

Wachtler, Johann, Zwischen Revolutionserwartung und Untergang. Die Vorbereitung der KPD auf die Illegalität in den Jahren 1929-1933, Frankfurt a. M. 1983.

Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933. Von Jürgen W. Falter, Thomas Lindenberger, Siegfried Schumann. Unter Mitarbeit von Dirk Hänisch, Jan-Bernd Lohmöller und Johann de Rijke, München 1986.

Walker, Denis Paul, Alfred Hugenberg and the Deutschnationale Volkspartei, 1918 to 1930, Cambridge, Mass., 1976.

Walter, Franz, Von der roten zur braunen Hochburg: Wahlanalytische Überlegungen zur NSDAP in den beiden thüringischen Industrielandschaften. In: Nationalsozialismus in Thüringen. Hrsg. von Detlev Heiden und Gunther Mai, Weimar 1995, S. 143-164.

Walter, Michael, Hitler in der Oper. Deutsches Musikleben 1919-1945, Stuttgart 1995.

Wandycz, Piotr S., The Twilight of French Eastern Alliances, 1926-1936. French-Czechoslovak-Polish Relations from Locarno to the Remilitarization of the Rhineland, Princeton 1988.

Watlin, Alexander, Die Komintern 1919-1929. Historische Studien, Mainz 1993.

Wegerd, Alfred, Deutsche Luftfahrtgesetzgebung. Reichsrechtliche Vorschriften, Berlin 1930.

Weiß, Hermann, Der "schwache Diktator". Hitler und der Führerstaat. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 64-77.

Weißbecker, Manfred, "Wenn hier Deutsche wohnten...". Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP. In: Das Rußlandbild im Dritten Reich. Hrsg. von Hans-Erich Volkmann, Köln 1994, S. 9-54.

Wengst, Udo, Der Reichsverband der Deutschen Industrie in den ersten Monaten des Dritten Reiches. Ein Beitrag zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus. In: VfZ 28 (1980), S. 94-110.

Wengst, Udo, Großindustrie und Machtergreifung 1930-1933. Zu den Beziehungen zwischen industriellen Führungsgruppen und Nationalsozialismus von 1930 bis 1933. In: Politische Studien 34 (1983), S. 37-47.

Werner, Andreas, SA und NSDAP. SA: "Wehrverband", "Parteitruppe" oder "Revolutionsarmee"? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920-1933, Diss. phil., Erlangen 1964.

Weyerer, Benedikt, München 1919-1933. Stadtrundgänge zur politischen Geschichte. Hrsg. von der Landeshauptstadt München, München 1993.

Wiegels, Rainer und Winfried Woesler (Hrsg.), Arminius und die Varusschlacht. Geschichte, Mythos, Literatur, Paderborn 1995.

Winkler, Heinrich August, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972.

Winkler, Heinrich August, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin 1987.

Winkler, Wilhelm, Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums, Berlin 1927.

Wolan, Hubert, Świdnickie Procesy. Narodowosocjalistycznych Bojówkarzy (1929-1930), in: Studia Śląskie, 30 (1976), S. 341-362.

Wolffsohn, Michael, Industrie und Handwerk im Konflikt mit staatlicher Wirtschaftspolitik? Studien zur Politik der Arbeitsbeschaffung in Deutschland 1930-1934, Berlin 1977.

Woller, Hans, Machtpolitisches Kalkül oder ideologische Affinität? Zur Frage des Verhältnisses zwischen Hitler und Mussolini vor 1933. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 42-63.

Zehn Jahre NSDAP in Lipperode. Hrsg. von der NSDAP. Ortsgruppe Lipperode, Lippstadt 1938.

Zeidler, Manfred, Reichswehr und Rote Armee 1920-1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit, München 1993.

Ziebura, Gilbert, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch, Frankfurt a. M. 1984.

Ziegler, Walter, Gaue und Gauleiter im Dritten Reich. In: Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich. Hrsg. von Horst Möller, Andreas Wirsching und Walter Ziegler, München 1996, S. 139-159.

Zitelmann, Rainer, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, Hamburg [2]1989.

Zofka, Zdenek, Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie zur politischen Einstellung der Landbevölkerung in der Zeit des Aufstiegs und der Machtergreifung der NSDAP 1928-1936, München 1979.

Personenregister

Die *kursiv* gesetzten Seitenzahlen geben Hinweise auf nähere Angaben zur Person.